

Christian Rau

»National- bibliothek« im geteilten Land

**Die Deutsche Bücherei
1945–1990**

Wallstein



Christian Rau

»Nationalbibliothek« im geteilten Land

Christian Rau

»Nationalbibliothek« im geteilten Land

Die Deutsche Bücherei
1945 – 1990

Wallstein Verlag

Diese Studie wurde durch die finanzielle Unterstützung der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig/Frankfurt am Main ermöglicht

Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin

 **Institut für
Zeitgeschichte**
München – Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2018
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Stempel Garamond und der Thesis
Umschlaggestaltung: Qart, Hamburg
Umschlagbilder: Deutsche Nationalbibliothek Leipzig 2009.
Fotograf: Appaloosa. https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/Deutsche_Nationalbibliothek_Leipzig.jpg.
Deutsche Bibliothek Frankfurt a.M. 1960. Fotograf: Egon Steiner. Bundesarchiv.
ISBN 978-3-8353-3199-0

Inhalt

Einleitung	9
I. Vom Außenseiter zur »Nationalbibliothek« (1912-1945)	35
II. Deutschlands größte Bibliothek (1945-1951)	67
1. Instrument der Umerziehung: Die Deutsche Bücherei und die Besatzungspolitik der Alliierten	67
a.) Am Rande der Re-Education: Die Deutsche Bücherei unter amerikanischer Besatzung	67
b.) Im Zentrum der »geistigen Erneuerung Deutschlands«: Die Deutsche Bücherei und die SMAD	73
2. Politische Neuordnung und Kontinuität: Die Deutsche Bücherei und die »Demokratisierung« des Bibliothekswesens in der SBZ/frühen DDR.	90
a.) Institution der Volksbildung? Zentralisierung, Pfadabhängigkeiten und Netzwerke	90
b.) »Völlig denazifiziert«? Politische Entlassungen und Elitenkontinuität	115
c.) Geschlossene Berufswelten: Elitenaustausch, Nachwuchsbildung und Sozialpolitik	132
d.) Die Illusion des Totalen: Die Deutsche Bücherei und die Entnazifizierung des Buchwesens	153
e.) Bibliothekare als Gesellschaftspolitiker? Buchausstellungen und Benutzungspolitik in der Deutschen Bücherei	177
3. Risse: Bibliothekswesen und Buchmarkt im Zeichen des Ost-West-Konflikts	191
a.) Konkurrenz und Kalter Krieg: Der Konflikt zwischen Leipzig und Frankfurt	191
b.) Die Semantik der Einheit: Berufliche Binnenlogik, Wirtschaft und Politik	210

III. »Nationalbibliothek« und Systemkonkurrenz (1951-1961)	223
1. Das große Experiment? Die Deutsche Bücherei als »sozialistische wissenschaftliche Bibliothek«	223
a.) Reformeifer und Machtkampf: Die Deutsche Bücherei und die SED-Wissenschaftspolitik	223
b.) Bürgerlich nach außen, sozialistisch nach innen: Das Direktorat nach Heinrich Uhlendahl	247
c.) »Der Klassenkampf macht sich auch in der DB bemerkbar«: Personalpolitik und Arbeitsklima	269
d.) Informieren, Propagieren, Sekretieren: Die Deutsche Bücherei und ihre Benutzer	294
2. »Gebrochenes Bindeglied«? Innerdeutsche Perzeptionen und Verflechtungen im Kalten Krieg.	322
a.) Dynamiken des Kalten Krieges: Ressourcenmobilisierung in Leipzig und Frankfurt	322
b.) Gratwanderungen: Die Deutsche Bücherei und die westdeutschen Buchhändler	346
 Bildteil I	 371
 IV. »Sozialistische Nationalbibliothek« (1962-1968)	 383
1. Die große Ernüchterung: Die Deutsche Bücherei in der Ära Ulbricht	383
a.) Machtdemonstration(en): Die 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei 1962	383
b.) Katerstimmung: Ulbrichts »Nationalbibliothek« im Zeitalter der Rationalisierung.	409
c.) Die neue Generation: Elitenwechsel und Veränderungen in der Institutionenkultur.	429
d.) Liberalisierung? Benutzungspolitik in der »Wissengesellschaft« DDR	450
2. Entspannung? Die Deutsche Bücherei in westdeutschen Debatten	462
a.) Beliefern oder boykottieren? Interessenkonflikte um die Deutsche Bücherei im Westen	462

b.) Fortschrittskrise und Konkurrenzdenken: Das Gesetz über die Deutsche Bibliothek	484
--	-----

Bildteil II	507
------------------------------	------------

V. Tradition und Moderne: Zwei »Nationalbibliotheken« (1968-1989)	513
--	------------

1. Krisenmanagement: Die Deutsche Bücherei in der Ära Honecker	513
a.) Bröckelnde Fassaden: Die Deutsche Bücherei als »moderne Großbibliothek«	513
b.) Bibliothekspolitik und »Betriebssicherheit«; Konflikte und Praktiken der Personalpolitik	537
c.) Wissenschaftsförderung und Wissenskontrolle: Die Bibliothek und ihre Benutzer	564
2. Ambivalenzen der Annäherung: Die Deutsche Bücherei und die »Neue Ostpolitik«	583
a.) Die zweite Geburt: Die Deutsche Bibliothek und der lange Abschied vom Leipziger Erbe	583
b.) »Eine kulturelle Klammer«? Kontakte und Abkommen zwischen Leipzig und Frankfurt	595
c.) Kultur, Kommerz und »Aufklärung«: Die Verlagskontakte der Deutschen Bücherei	620

Bildteil III	639
-------------------------------	------------

Epilog: »Nationalbibliothek« im wiedervereinigten Deutschland	645
--	------------

Zusammenfassung	661
----------------------------------	------------

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	683
Abbildungsverzeichnis	687
Bildnachweis	688
Quellen- und Literaturverzeichnis	689
Personenregister	722

Einleitung

Nationalbibliotheken haben einen festen Platz in der internationalen Kulturlandschaft. Der internationale Dachverband der Bibliotheksverbände, die International Federation of Library Associations and Institutions (IFLA), listete zuletzt (2008) 172 Länder auf, die über eine oder mehrere Nationalbibliotheken verfügen.¹ Nicht zufällig dominiert Europa mit 45 Ländern diese Auflistung, verbreitete sich die Idee der Nationalbibliothek ausgehend von Großbritannien und Frankreich doch zunächst dort, wo nationale Bewegungen im 18. und 19. Jahrhundert tiefgreifende politische Wandlungsprozesse in Gang gesetzt, Imperien nationalisiert und die mobilisierende Kraft ihrer Vorstellungen von Moderne, Zivilisation, Souveränität und Wettbewerb in die Welt hineingetragen hatten.² Solche Transferleistungen sollten auch Nationalbibliotheken erbringen, indem sie das schriftliche nationale Kulturerbe und häufig auch das anderer »Kulturnationen« sammelten, verzeichneten, systematisierten und benutzbar machten. Damit trugen sie in ganz entscheidendem Maße zur Nationalisierung und kulturellen Vereinnahmung bzw. Abgrenzung von Wissensbeständen bei.

An die Stelle des Wettbewerbs ist heute zwar die internationale Kooperation und digitale Vernetzung von Informationsressourcen getreten,³ dennoch verteidigen Nationalbibliotheken ihre tradierten Gründungsmythen⁴ nach wie vor hartnäckig. Durch die Verwendung von Labels wie »Gedächtnis der Nation«⁵

1 National Libraries of the World: Address List, URL: <http://www.ifla.org/VI/2/p2/national-libraries.htm> (abgerufen am 28.1.2016).

2 Vgl. Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 584f.

3 Graham P. Cornish, *The Role of National Libraries in the new Information Environment*, Paris 1991.

4 So etwa Théodore Mortreuil, *La Bibliothèque Nationale (1878)*, Paris 1924; Gertrude Burford Rawlings, *The British Museum Library*, London/New York 1916; William Dawson Johnston, *History of the Library of Congress*, Bd. 1: 1800-1864, Washington 1904.

5 In einem Aufsatz aus dem Jahre 2002 griff die derzeitige Generaldirektorin der Deutschen Nationalbibliothek, Elisabeth Niggemann, den Gründungsmythos ihres Hau-

erinnern sie weiterhin an eine Zeit, in der nationale Bewegungen sich fortschrittliche Kulturgutspeicher schufen, und suggerieren damit eine ahistorische Kontinuität. Die historische Nationalismusforschung beschäftigt sich indes seit Jahrzehnten mit der Dekonstruktion dieser Mythen. Mit Benedict Anderson sieht sie Nationen als vorgestellte Gemeinschaften, deren teleologische Gründungsgeschichten als Ergebnisse langfristiger Kommunikationsprozesse in spezifischen historischen Konstitutionsbedingungen zu verstehen sind.⁶ Auch Nationalbibliotheken müssen somit als Produkte des *nationbuilding* begriffen werden. Ihre Selbstbilder unterlagen folglich immer wieder situativen Umdeutungen bzw. semantischen Überschreibungen.

Während die Forschungsliteratur über die Entstehung und Wirkmächtigkeit nationaler Selbstbeschreibungen heute kaum mehr zu überblicken ist, so ist doch zu konstatieren, dass Nationalbibliotheken darin eine auffällige Leerstelle bilden. Einzig Jörn Leonhard widmete – mit unmittelbarem Bezug zu Anderson – den »Zentralort[en] der durch Texte imaginierten Nation[en]«⁷ vor wenigen Jahren einen wegweisenden Beitrag. Zwar lässt sich das geringe historische Interesse damit erklären, dass Nationalbibliotheken letztlich Elitenprojekte waren und nur eine geringe gesellschaftliche Breitenwirkung entfalteten. Gleichwohl hat das Konzept nach wie vor Konjunktur. Gerade der deutsche Fall, der in dieser Studie im Zentrum steht, zeigt, dass selbst im »postnationalen« Zeitalter noch Nationalbibliotheken gegründet werden können. Hierzulande wurde erst im Jahre 2006 »Die Deutsche Bibliothek« (DDB) – bestehend aus der 1912 in Leipzig gegründeten Deutschen Bücherei, der 1946 in Frankfurt am Main errichteten Deutschen Bibliothek und dem 1970 in West-Berlin gebildeten Musikarchiv – als Nationalbibliothek gesetzlich konstituiert.⁸ Diese Umbenennung ging jedoch nicht geräuschlos vonstatten, sondern löste eine kurze, aber lautstarke erinnerungskulturelle Kontroverse aus. Erst in zweiter Lesung konnte das Gesetz im April 2006

ses unkritisch auf, indem sie es als selbstverständlich bezeichnete, dass sich »Nationen [...] Institutionen, die ihr schriftliches Gedächtnis und ihre daraus ableitbare Identität erfahrbar machen sollen«, bauten. Vgl. Elisabeth Niggemann, Die Deutsche Bibliothek – Gedächtnis der Nation, in: Antonius Jammers/Dietger Pforte/Winfried Sühlo (Hrsg.), Die besondere Bibliothek oder: Die Faszination von Büchersammlungen, München 2002, S. 47–60, hier S. 47.

6 Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, 2. Aufl., London/New York 1991, S. 5–7.

7 Jörn Leonhard, *Bücher der Nation. Die Entstehung europäischer Nationalbibliotheken als Orte lokalisierter Erinnerung*, in: Kirstin Buchinger/Claire Gantet/Jacob Vogel (Hrsg.), *Europäische Erinnerungsräume*, Frankfurt am Main 2009, S. 72–87, hier S. 73.

8 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/322, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Nationalbibliothek (DNBG), 23.12.2005, S. 1–20.

mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet werden.⁹ Dennoch blieben die Fronten bis zuletzt verhärtet. Hans-Joachim Otto (FDP), Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, warnte vor einer Dominanz nationaler Kulturpolitik gegenüber den Ländern. Dabei stützte er das Votum des Bundesrates¹⁰, das auf die viel älteren Traditionen der Staatsbibliotheken Berlins und Bayerns verwies, die damit ebenso das Recht beanspruchen konnten, Teil einer »virtuellen Nationalbibliothek« zu sein.¹¹ Dagegen wirkten die Versuche von Kulturstaatssekretär Bernd Neumann (CDU), der künftigen Nationalbibliothek eine gesamtdeutsche Tradition einzuschreiben, weniger überzeugend: »Die deutsche Einheit hat sie wieder zusammengeführt.« Es sei an der Zeit, »dass wir nach der Vereinigung eine Bibliothek, die eine besondere nationale Aufgabe hat, als Nationalbibliothek bezeichnen wollen.«¹² Dass 1989 als gesamtdeutsches Erinnerungsjahr jedoch stark umstritten ist,¹³ wurde Neumann auch postwendend entgegengehalten. Lukrezia Jochimsen (Die LINKE) warf ihm etwa vor, die Mängel der politischen Einheit durch den Verweis auf eine kulturelle Einheit bagatellisieren zu wollen.¹⁴ Die Debatten wurden freilich nicht nur im Bundestag, sondern auch in den Feuilletons der Tageszeitungen ausgetragen.¹⁵ Die mehrheitlich gegen das Gesetz argumentierenden Journalisten schlugen den Bogen vor allem zur doppelten deutschen Diktaturerfahrung. Dabei wurde der ansonsten so gescholtene Kulturföderalismus geradewegs zu einer positiven Tradition stilisiert, die der Vermeidung nationaler Weltgeltungsansprüche nach der »nationalen Katastrophe« des Zweiten Weltkrieges gedient habe, der nun aber das »Etikett des Teufels«¹⁶ übergestülpt werden sollte. Dem stellte die *Berliner Zeitung* ergänzend die negative Tradition der DDR zur Seite, indem sie darauf verwies, dass Walter

- 9 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 16/32, Stenographischer Bericht, 32. Sitzung, 4. April 2006, S. 2680.
- 10 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/322, Anlage 2, Stellungnahme des Bundesrates, S. 21 f.
- 11 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 16/11, Stenographischer Bericht, 11. Sitzung, 19. Januar 2006, S. 770 f.
- 12 Ebd., S. 770.
- 13 Zur Debatte um 1989 vgl. Martin Sabrow, Wem gehört »1989«?, in: Ders. (Hrsg.), Bewältigte Diktaturvergangenheit? 20 Jahre DDR-Aufarbeitung, Leipzig, 2010, S. 9-20.
- 14 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 16/11, Stenographischer Bericht, 11. Sitzung, 19. Januar 2006, S. 773.
- 15 Einen Überblick bietet Hermann Leskien, Deutsche Nationalbibliothek – und was nun?, in: Helmut Knüppel u. a. (Hrsg.), Wege und Spuren. Verbindungen zwischen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Geschichte und Politik. Festschrift für Joachim-Felix Leonhard, Berlin 2007, S. 557-578.
- 16 Naumann national – Neuer Name für die Deutsche Bibliothek, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 10 vom 12.1.2006, S. 33.

Ulbricht das Adjektiv »national« besetzt habe, »wo es nur ging. An diese Tradition wird jetzt wieder angeknüpft.«¹⁷

Die Debatten zeigen nicht nur die Beharrungskraft älterer Traditionen, sondern auch, dass die Institutionen, um deren Umbenennung man stritt, bis auf die Nennung ihrer Gründungsjahre weitgehend geschichtslos daherkamen und auch selbst als geschichtspolitische Akteure nicht in Erscheinung traten. So wurde noch während der Hundertjahrfeier der Deutschen Bücherei in Leipzig im Jahre 2012 das Bestehen zahlreicher »weißer Flecken« in der Geschichte des Hauses zwar beklagt, die Jubilarin letztlich aber nur mit vier schmalen Jubiläumsheften geehrt, die sich lediglich zu einem sehr geringen Teil der Hausgeschichte widmen.¹⁸ Vergessen wurde offenbar, dass aus dem Hause selbst einst Forderungen laut geworden waren, dass die Geschichte der Deutschen Bücherei »neu geschrieben werden« müsse, und zwar »nicht in einem ›Geburtstagsartikel‹ und auch nicht von einem Bibliothekar, der über 40 Jahre seines Berufslebens in dieser 80jährigen Bibliothek tätig war«¹⁹ – und dies nur ein Jahr nach der Fusion der Bibliotheken in Leipzig und Frankfurt. In der öffentlichen Wahrnehmung blieb dies jedoch nicht unbeachtet. In einem anlässlich der Feierlichkeiten veröffentlichten Artikel stellte der Lokaljournalist Armin Görtz in der *Leipziger Volkszeitung* das bislang gepflegte unpolitische Selbstbild der Deutschen Bücherei gehörig infrage, indem er den über drei Jahrzehnte von 1961 bis 1990 amtierenden und kürzlich im Alter von 93 Jahren verstorbenen Generaldirektor der Deutschen Bücherei, Helmut Röttsch, der noch im Jubiläumsinterview die Distanz der Bibliothek zur Stasi betont hatte,²⁰ als Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) enttarnte.²¹ In seinen letzten fünf Lebensjahren wurde Röttsch zum Brennpunkt der Debatten um die Diktaturvergangenheit der Deutschen Bücherei nach 1945. Die einen behalten ihn als herzlichen, gastfreundlichen und souveränen Generaldirektor in Erinnerung, andere sehen in ihm nun stärker den Diener eines verbrecherischen Systems.²²

17 Reinhard Markner, Der Bundestag und die Nationale Volksbücherei, in: Berliner Zeitung vom 19.1.2006, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/der-bundestag-und-die-nationale-volksbuecherei,10810590,10354888.html> (abgerufen am 1.2.2016).

18 Deutsche Nationalbibliothek (Hrsg.), HUNDERT. Jubiläumsmagazin der Deutschen Nationalbibliothek, 4 Teile, Frankfurt am Main/Leipzig 2012.

19 Gottfried Rost, »... was die Mode streng geteilt«. Eine Leipziger Sicht auf die Vereinigung von Deutscher Bücherei und Deutscher Bibliothek, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 39 (1992), Heft 3, S. 181-195, hier S. 181.

20 Die (Ost-) Deutsche Bücherei. Helmut Röttsch im Interview mit Christian Horn, in: Deutsche Nationalbibliothek (Hrsg.), HUNDERT. Jubiläumsmagazin der Deutschen Nationalbibliothek, Teil 2, Frankfurt am Main/Leipzig 2012, S. 43-47.

21 Armin Görtz, Stasi-Überraschung zum Jubiläum, in: Leipziger Volkszeitung vom 10.12.2012, S. 3.

22 Das zeigen die Kommentare zu einem von Klaus G. Saur verfassten Nachruf: Klaus G. Saur, Helmut Röttsch im Alter von 93 Jahren verstorben. Große Verdienste

Historiker können in einer solchen Kontroverse zur Versachlichung beitragen. So nimmt diese Arbeit den vermeintlichen Widerspruch zwischen unpolitischer Selbstbeschreibung der Deutschen Bücherei und der »diktaturbedingten Dominanz des Politischen«²³ in der DDR zum Ausgang und befasst sich entsprechend mit einer Zeitphase, die als »weißer Fleck« in der Geschichte der Bibliothek gelten kann. Insgesamt ist die Geschichte der 1912 in Leipzig vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels gegründeten Bibliothek, die in den 1920er Jahren unter Generaldirektor Heinrich Uhlendahl bzw. spätestens mit der Herausgabe der Deutschen Nationalbibliographie seit 1931 in den Rang einer auch international geachteten Nationalbibliothek aufstieg, nur in Teilen erforscht. So haben die Gründungsgeschichte²⁴ und die Zeit des Nationalsozialismus²⁵ in den

für Buchhandel und Verlage, 4. April 2017, https://www.boersenblatt.net/artikel-helmut_roetzsch_im_alter_von_93_jahren_verstorben.1302452.html (abgerufen am 23.5.2017).

- 23 Henrik Bispinck u. a., Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschungen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), Heft 4, S. 547-570, hier S. 569.
- 24 Michael Fernau/Lothar Poethe, Die Gründung der Deutschen Bücherei und das Jahr 1913, in: Philippe Alexandre/Reiner Marcowitz (Hrsg.), *L'Allemagne en 1913. Culture mémorielle et culture d'avant-guerre*, Nancy 2013, S. 289-312; Lothar Poethe, Deutsche Bücherei und Militärzensur im I. Weltkrieg. Das Buchprüfungsamt Ober Ost Leipzig 1916-1918, in: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* 19 (2010), S. 173-193; Helmut Voigt, Leipzig – Hamburg – Dresden. Zum Rücktritt Gustav Wahls von der Leitung der Deutschen Bücherei Leipzig 1916 und zu seiner beabsichtigten Berufung an die Spitze der Sächsischen Landesbibliothek Dresden 1920, in: Harald Weigel (Hrsg.), *Festschrift für Horst Gronemeyer zum 60. Geburtstag*, Herzberg 1993, S. 775-800; Johannes Jacobi, Anmerkungen zur Bibliothek der Deutschen Reichsversammlung von 1848/49, in: Ders./Erika Tröger (Hrsg.), *Bibliothek als Lebenselixier. Festschrift für Gottfried Rost zum 65. Geburtstag*, Frankfurt am Main/Leipzig 1996, S. 47-77.
- 25 Lothar Poethe, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«. Heinrich Uhlendahl in Leipzig, in: Michael Knoche/Wolfgang Schmitz (Hrsg.), *Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus. Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster*, Wiesbaden 2011, S. 243-288; Jan-Pieter Barbian, Der Börsenverein in den Jahren 1933 bis 1945, in: Stephan Füssel/Georg Jäger/Hermann Staub (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000. Ein geschichtlicher Aufriss*, Frankfurt am Main 2000, S. 91-117; Werner Schroeder, »... eine Fundgrube der Schrifttumsinformation«. Die Leipziger Arbeitsstelle für Schrifttumsbearbeitung beim Reichssicherheitshauptamt (SD) und die »SD-Verbindungsstelle an der Deutschen Bücherei«, in: Monika Gibas (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945, Leipzig 2007, S. 117-151.

letzten Jahren einige Aufmerksamkeit gefunden und ältere Darstellungen²⁶ zum Teil grundlegend korrigiert. Dagegen ist man für die Zeit der SBZ/DDR bislang auf zeitgenössische, marxistisch-leninistisch grundierte Darstellungen²⁷ und persönliche Reminiszenzen ehemaliger Akteure²⁸ angewiesen. Letztgenannte betonen die Leistungen der traditionsreichen Deutschen Bücherei, welche die ihr 1912 auferlegten Grundaufgaben der Sammlung und Verzeichnung des deutschsprachigen Schrifttums weiterhin erfüllt und in der Zeit der deutschen Teilung somit auch als kulturelle Brücke gewirkt habe. Dass politische Eingriffe seitens der SED kein unerträgliches Maß angenommen hätten, sei vor allem den Verdiensten der Bibliotheksleitung zuzuschreiben. Damit stellen sich die Autoren

- 26 Zur Gründungsgeschichte vgl. Heinrich Uhlendahl, *Vorgeschichte und erste Entwicklung der Deutschen Bücherei*, Leipzig 1957; Gerhard Hesse, *Gesellschaftliche Faktoren bei der Gründung und in der Entwicklung der Deutschen Bücherei bis zum Jahre 1923*, in: Helmut Röttsch/Gerhard Hesse/Hans-Martin Pleßke (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Nationalbibliothek*, Leipzig 1962, S. 19-46; Helmut Röttsch, *Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig und die Deutsche Bücherei*, in: ebd., S. 47-66; Helmut Röttsch/Hans-Martin Pleßke, *Die Deutsche Bücherei in Leipzig. Ein Abriss der Geschichte des Gesamtarchivs des deutschsprachigen Schrifttums*, Leipzig 1987, S. 10-29. Zur Deutschen Bücherei im Nationalsozialismus vgl. Hildegard Riedel, *Die faschistische Kultur- und Wissenschaftspolitik in ihren Auswirkungen auf das Buch- und Bibliothekswesen – speziell die Deutsche Nationalbibliothek*, Diss. A, Leipzig 1969; Röttsch/Pleßke, *Die Deutsche Bücherei in Leipzig*, S. 47-59.
- 27 *Deutsche Bücherei* (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1949-1959. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik*, hrsg. v. Kollegium der Deutschen Bücherei, Leipzig 1959; Fritz Schaaf, *Zur Geschichte der Deutschen Bücherei nach 1945*, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962*, S. 67-90; Helmut Röttsch, *Beiträge zur Geschichte und Entwicklung der Deutschen Bücherei*, Leipzig, Diss. A, Leipzig 1969; Günter Knoth, *Stellung, Funktion und Aufgaben der Deutschen Bücherei Leipzig im Bibliothekswesen der DDR*, unveröff. Diplomarbeit, Berlin (Ost) 1976; Röttsch/Pleßke, *Die Deutsche Bücherei in Leipzig*, S. 60-99.
- 28 Gottfried Rost, *Die Deutsche Bücherei als »Loch in der Mauer«*, in: Mark Lehstedt (Hrsg.), *Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch*, Wiesbaden 1997, S. 132-136; Helmut Röttsch, *Eine Gratwanderung ohne Absturz. Die Deutsche Bücherei Leipzig in jener Zeit*, in: ebd., S. 137-141; Gottfried Rost, *Die Vollständigkeit als wesentlicher Zweck. Der Buchhandel und die Bewahrung der deutschsprachigen Literatur im zwanzigsten Jahrhundert*, in: Bernhard Fabian (Hrsg.), *Buchhandel, Bibliothek, Nationalbibliothek. Vorträge eines Symposiums der Arbeitsgemeinschaft Sammlung Deutscher Drucke*, Wiesbaden 1997, S. 157-197; Gottfried Rost, *Tradition auf dem Prüfstand. Die Deutsche Bücherei in den Jahren der DDR*, in: Vodosek/Marwinski (Hrsg.), *Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR*, S. 133-143.

in die Tradition ihrer Vorgänger, die sich stets als unpolitische Kulturgutverwalter verstanden hatten, womit jedoch historische Brüche und Diskontinuitäten ausgeblendet werden. Insbesondere Helmut Röttsch klammert aus, dass er selbst nicht durch tradierte berufliche Rekrutierungsmechanismen an die Spitze der Deutschen Bücherei gelangte, sondern die SED ihm diese Karriere ermöglicht hatte und diese wiederum von ihren Kadern unbedingte politische Loyalität erwartete. Wenn Röttsch nun diese biographische Dimension verschweigt, zu der auch die bis 2012 geleugnete Stasitätigkeit gehört, und sich als Bewahrer einer unpolitischen Berufskultur präsentiert, die die SED geradewegs ablehnte, so steckt dahinter nicht nur eine jahrzehntlang eingeübte Praxis der Selbstzuschreibung, sondern auch ein persönliches Abgrenzungsbedürfnis von der SED zur Bewältigung des biographischen Bruchs 1989/90.²⁹ Damit sind die Beiträge von Röttsch und Rost nicht voreilig als Geschichtsklitterung zu bewerten, sie sind vielmehr als Quellen der Selbstwahrnehmung, als Ego-Dokumente zu lesen. Als solche weisen sie zwei voneinander unabhängige, aber scheinbar schicksalhaft miteinander verbundene Erzählstränge auf. Auf der einen Seite steht die zeitlose, kontinuierliche Entwicklung der Deutschen Bücherei seit 1912, als deren Vertreter sich Röttsch und Rost empfinden. Auf der anderen Seite steht die »große Politik« der SED, die tiefe historische Einschnitte bewirkte und die Bibliothek von außen zu beeinflussen suchte.

Arbeiten, die sich mit der Geschichte der Deutschen Bücherei aus zeitlicher und persönlicher Distanz beschäftigen, kommen dagegen nicht über die Besatzungszeit hinaus. Ute Steigers, die selbst zur letzten Generation leitender Bibliothekare in der DDR zählt, legte 1990 eine Untersuchung zur Zensurpraxis in der SBZ vor, in der sie die federführende Arbeit der Bibliothek an den Listen der auszusondernden Literatur nachzeichnet.³⁰ Unter buch- und stadteschichtlichen Fragestellungen wurde zudem die Gründungsphase der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main und deren Verhältnis zu Leipzig näher beleuchtet.³¹ Jedoch sind all diese Studien in ihren Ansätzen und der Quellenauswahl

29 Zur narrativen Glättung des biographischen Kontinuitätsbruchs nach 1989/90 bei ostdeutschen Bibliothekaren vgl. Christine Ferret, *Visages d'une profession. Les bibliothécaires de RDA*, Lyon 1996. Eine deutsche Zusammenfassung ihrer Studie findet sich bei Christine Ferret, *Bibliothekare in der DDR. Erfahrungen einer Generation*, in: BIOS 8 (1995), Heft 1, S. 235-241.

30 Ute Steigers, *Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei an der Erarbeitung der »Liste der auszusondernden Literatur« in den Jahren 1945-1951*, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 38 (1991), Heft 3, S. 236-256.

31 Thomas Bille, *Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1945-1948. Aspekte der Verlagspolitik in der sowjetischen Besatzungszone*, in: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* 2 (1992), S. 165-209; Reimar Riese, *Der Börsenverein in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik*, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-*

stark spezialisiert, sodass sie bestenfalls Bausteine für eine Gesamtgeschichte der Deutschen Bücherei darstellen.

Welche Perspektiven bieten sich nun für das Unternehmen einer Gesamtdarstellung an? Diese Frage trifft zunächst auf eine methodische Leerstelle, denn zwischen Bibliotheks- und Zeithistorikern hat bislang kaum Austausch stattgefunden. Zeithistoriker mögen, wenn sie auf der Suche nach faszinierenden Themen sind, nicht gerade an Bibliotheken denken. Bibliothekshistoriker wiederum sind in der Regel Bibliothekswissenschaftler und/oder Bibliothekare, deren historisches Erkenntnisinteresse sich weitestgehend auf die eigene Facharbeit konzentriert und nur selten darüber hinausgeht. Zudem sind sie innerhalb ihrer Zunft mit ihrer geschichtlichen Neugier oftmals Einzelkämpfer. Wer heute als Bibliothekar/in Karriere machen möchte, richtet den Blick vielmehr auf die digitale Zukunft, während sich die Beschäftigung mit der Vergangenheit zunehmend als wenig attraktives Forschungsfeld erweist.³² Während die Bibliotheksgeschichte des Nationalsozialismus durch den gegenwärtigen Boom der Provenienzforschung in letzter Zeit wieder stärkere Aufmerksamkeit auf sich zieht,³³ ist die Zeitgeschichte von Bibliotheken nach 1945 fast ausnahmslos älteren Bibliothekaren überlassen, von denen sich viele schon im Ruhestand befinden. Entsprechend stark sind ihre Darstellungen von persönlichen Erlebnissen

2000, S. 118-160; Helen Bluemel, *Identity in transition. Leipzig's cultural downfall 1943-49*, Diss., Cardiff 2010, S. 119-152; Dies., *Leipzig and its culture after 1945. The examples of the Deutsche Bücherei and the Gewandhaus*, in: Olga Fejtová (Hrsg.), *Evropská velkoměsta mezi koncem války světové a války studené (1945-1989)*, Prag 2011, S. 443-457.

- 32 Peter Vodosek, »Reflex der Verdrängung?« Zur Rezeptionsgeschichte eines schwierigen Themas, in: Sven Kuttner/Bernd Reifenberg (Hrsg.), *Das bibliothekarische Gedächtnis. Aspekte der Erinnerungskultur an braune Zeiten im deutschen Bibliothekswesen*, Marburg 2004, S. 10-24. Zu ähnlichen Einsichten kommt Jürgen Babendreier, *Nationalsozialismus und bibliothekarische Erinnerungskultur*, Wiesbaden 2013, S. 93-112.
- 33 Murray Hall/Christina Köstner, »... allerlei für die Nationalbibliothek zu ergattern ...«. Eine österreichische Institution in der NS-Zeit, Wien/Köln/Weimar 2006; Hans Erich Bödeker/Gerd-Josef Bötte (Hrsg.), *NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek. Vorträge des Berliner Symposiums am 3. und 4. Mai 2007*, München 2008; Stefan Alker/Christina Köstner/Markus Stumpf (Hrsg.), *Bibliotheken in der NS-Zeit. Provenienzforschung und Bibliotheksgeschichte*, Göttingen 2008; Cornelia Briel, *Beschlagnahmte, erpresst, erbeutet. NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek zwischen 1933 und 1945*, Berlin 2013; Klaus Kempf/Sven Kuttner (Hrsg.), *Das deutsche und italienische Bibliothekswesen im Nationalsozialismus und Faschismus. Versuch einer vergleichenden Bilanz*, Wiesbaden 2013; Stefan Alker-Windbichler/Bruno Bauer/Markus Stumpf, *NS-Provenienzforschung und Restitution an Bibliotheken*, Berlin 2017.

geprägt, während archivgestützte Untersuchungen Mangelware sind.³⁴ Es überrascht kaum, dass das Grundlagenwerk zum wissenschaftlichen Bibliothekswesen in der DDR von 1998 noch immer konkurrenzlos dasteht.³⁵ Zwar ist auch das Erkenntnisinteresse der Autorin Sigrid Amedick wesentlich durch ihren bibliothekarischen Beruf geprägt, indem sie, ausgehend vom desolaten Zustand ostdeutscher Bibliotheken nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft, die Ursachen hierfür ergründen möchte. Jedoch stellt ihre Studie die bislang differenzierteste Arbeit über das »Maß der politischen Einflußnahme von Staats- und Parteiapparat« der DDR in wissenschaftlichen Bibliotheken dar. Die Bibliothekare, die der Indoktrination einseitig ausgesetzt gewesen seien, hätten sich dem jedoch, so Amedicks These, soweit wie möglich entzogen und nach größtmöglicher Handlungsautonomie gestrebt.³⁶

Doch auch Amedicks Studie lässt methodische Engführungen erkennen, die deutliche Analogien zu den Darstellungen Rötzschs und Rosts aufweisen und Rückschlüsse auf eine übergreifende bibliothekarische Erinnerungskultur zulassen. Auch Amedick betrachtet Bibliotheken einzig aus »dem« Blickwinkel der SED als kulturpolitische Instrumente, die »nach dem Willen der politischen Obrigkeit erzieherisch auf die Bevölkerung einwirken« sollten.³⁷ Bibliothekshistoriker/innen stellen Bibliotheken generell häufig als unbescholtene Kulturbollwerke und deren Geschichte bis 1933 als »Belle Époque« dar. Diesen treten im Nationalsozialismus und in der DDR dann fremde Mächte gegenüber, die alles bisher Erreichte zerstören oder zumindest ausnutzen und ideologisch überformen. In dieser Narration können Bibliothekare (bis auf wenige Ausnahmen natürlich) nur als Opfer oder distanzierte Mitläufer erscheinen.

Solche impliziten Dichotomien zwischen Institution und Gesellschaft werden von der neueren Institutionengeschichte schon längere Zeit infrage gestellt. Stattdessen werden dort dynamische Interaktionszusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Subsystemen betont. So macht Bernhard Löffler in Auseinandersetzung mit Ansätzen der »Neuen Institutionenökonomik« bzw. der »Neuen Organisationsökonomik« und der »neuen Politikgeschichte« deutlich, dass Ins-

34 Peter Vodosek/Joachim-Felix Leonhard (Hrsg.), *Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965*, Wiesbaden 1993; Georg Ruppelt (Hrsg.), *Bibliothekspolitik in Ost und West. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Bibliotheksverbandes*, Frankfurt am Main 1998; Peter Vodosek/Konrad Marwinski (Hrsg.), *Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR*, Wiesbaden 1999; Georg Ruppelt (Hrsg.), *West-östliche Bande. Erinnerungen an interdeutsche Bibliothekskontakte*, Frankfurt am Main 2011.

35 Sigrid Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«. *Bibliotheken, Bibliothekare und Politik in der SBZ und DDR 1945 bis 1965*, in: *Bibliothek und Wissenschaft* 31 (1998), S. 1-127.

36 Ebd., S. 126.

37 Ebd., S. 2.

stitutionen aus sich selbst heraus nicht adäquat verstanden werden können. Vielmehr sind sie als Produkte einer politischen Kultur bzw. »institutioneller Arrangements« zu verstehen. Institutionen, neben physischen Einrichtungen auch (in-)formelle Regelwerke, lassen sich danach nur in Interaktion mit ihrer Umwelt begreifen, in der sie ihre Wirkmächtigkeit unter Beweis stellen müssen. Damit geraten Verhaltensmuster, Sinnorientierungen und die »Verwendung politischer Symbole und Rituale« in den Blick.³⁸ Da Institutionen per se diese nicht hervorbringen, sondern sie in kommunikativen Handlungen erzeugt werden, sind die Akteure der Institutionen selbst Gegenstand der Analyse.

Dass es auch in der ostdeutschen Diktatur Raum für dynamische Interaktionszusammenhänge zwischen verschiedenen Akteuren bzw. gesellschaftlichen Subsystemen gab, haben zahlreiche Arbeiten zur Kultur- und Sozialgeschichte der DDR unlängst betont. Diese konnten vor allem ältere Vorstellungen von einer starren Dichotomie zwischen »Herrschenden« und »Beherrschten«, welche überdies dem Anspruch der SED-Führung auf »Durchherrschaftung«³⁹ aller gesellschaftlichen Teilbereiche auf den Leim gegangen sind und der Staatspartei eine nahezu grenzenlose Macht unterstellt haben, deutlich relativieren. Dass diese Macht Grenzen besaß und die bemerkenswerte Stabilität des SED-Staates über 40 Jahre hinweg nicht nur auf der internationalen Schutzmacht Sowjetunion, allumfassender Repression und ideologischer Indoktrination beruhen konnte, sondern auch ganz wesentlich auf Kompromissen und Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen fußte, gilt heute als gesichertes Erkenntnis.⁴⁰ In einer solchen Perspektive geraten die vermeintlich »Beherrschten« als Akteure mit Handlungsorientierungen und -optionen ins Blickfeld. Diese konnten nicht nur zwischen zwei Alternativen (offener Protest oder kritiklose Hinnahme) wählen, sondern waren auf vielfältige Weise in soziale Praktiken eingebunden, die ebenso Teilhabemöglichkeiten⁴¹ eröffnen konnten. Sie konnten damit der Aufrechterhaltung der sozialistischen Ordnung dienen und im Rahmen der Möglichkeiten zugleich Eigeninteressen verfolgen. All diese Überlegungen fußen auf dem von Alf Lüdtke entwickelten Konzept »Herrschaft als

38 Bernhard Löffler, *Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.), *Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege*, München 2007, S. 155-180.

39 Jürgen Kocka, *Eine durchherrschte Gesellschaft*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 547-553.

40 Eine ausführliche Diskussion dieses Forschungsstrangs bietet Andrew I. Port, *Conflict and Stability in the German Democratic Republic*, Cambridge 2007, S. 1-12.

41 Mary Fulbrook, *The People's State. East German Society from Hitler to Honecker*, New Haven/London 2005.

soziale Praxis«⁴², das in der DDR-Forschung breite Rezeption gefunden hat.⁴³ Demnach ist Herrschaft auch in der DDR als Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Akteuren zu verstehen. Die »Interessen und Bedürfnisse[n] der Herrschaftsunterworfenen, ihre[n] Weltsichten und Lebensentwürfe[n], ihr[em] Sinn für das, was sie selbst betrifft und was sie um ihrer selbst willen anstreben oder vermeiden«, mussten, so Thomas Lindenberger, auch in der Herrschaftspraxis einer Diktatur absorbiert werden.⁴⁴ Obgleich die Betonung der Reziprozität von Herrschaftsbeziehungen den Fokus zunächst vor allem auf lokale Aushandlungsprozesse verlagerte, sind mittlerweile auch zentrale Institutionen zum Gegenstand einzelner Studien geworden, die zeigen, dass auch diese Einrichtungen keine homogene Kaste verkörperten, sondern dort ebenso um Deutungshoheiten und Ressourcen gewetteifert wurde.⁴⁵

Von diesen konzeptionellen Überlegungen ausgehend, wird die Geschichte der Deutschen Bücherei in einem breiteren Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte der deutschen Nachkriegszeit verortet und von ihren Akteuren, deren Binnenperspektiven, Praktiken und Aushandlungsstrategien her dargestellt. Damit wird das bislang gehütete, aber ins Apologetische abdriftende Narrativ von der unpolitischen Bibliothek hinterfragt und es rückt stattdessen die Frage in den Vordergrund, wie bibliothekarische und politische Interessen bei der Fortführung der Grundaufgaben der Deutschen Bücherei ineinandergrieffen. Eine zentrale analytische Funktion kommt dabei dem Begriff »Nationalbibliothek« zu, der sich als roter Faden durch die gesamte Geschichte der Deut-

- 42 Alf Lüdtke (Hrsg.), *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*, Göttingen 1991; Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.
- 43 Alf Lüdtke, *Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (1998), B36, S. 3-16; Thomas Lindenberger, *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: Ders. (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13-44; Thomas Lindenberger, *SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und »Eigen-Sinn«*. Problemstellung und Begriffe, in: Jens Gieseke (Hrsg.), *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 23-47.
- 44 Thomas Lindenberger, *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50 (2000), B40, S. 5-12, hier S. 5.
- 45 Insbesondere Corey Ross, *Constructing Socialism at the Grass-Roots. The Transformation of East Germany, 1945-65*, Basingstoke/London/New York 2000; Esther von Richthofen, *Bringing Culture to the Masses. Control, Compromise and Participation in the GDR*, New York 2009; Jan Palmowski, *Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945-1990*, Cambridge 2009; Jon Berndt Olsen, *Tailoring Truth. Politicizing the Past and Negotiating Memory in East Germany, 1945-1990*, New York/Oxford 2015.

schen Bücherei zieht und in den einzelnen Kapiteln dieses Buches entsprechend aufgegriffen wird. Wie bereits angedeutet, wurde die Deutsche Bücherei 1912 zwar nicht offiziell als Nationalbibliothek gegründet, entstand aber zu einer Zeit, als das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung öffentlich präsent war, und die Bibliothekare nutzten diese Leerstelle mal mehr, mal weniger zur Legitimation der nach ihrer Gründung wohl umstrittensten Bibliothek Deutschlands.⁴⁶ Der Begriff »Nationalbibliothek« soll hier nicht nur als Bezeichnung einer physischen Kulturinstitution verwendet werden, sondern im eingangs erwähnten Sinn als Ausdruck eines historisch wandelbaren Konzeptes⁴⁷, das zeitlichen und räumlichen Aufmerksamkeitskonjunkturen unterliegt, sich in Zeiten erhöhter Aufmerksamkeit dann aber – unter Rückgriff auf Pierre Bourdieu – in kommunikativen Zusammenhängen als symbolische Ressource im Streben nach Einfluss einsetzen lässt.⁴⁸ Nationalbibliotheken konnten sich diesbezüglich stets auf den international anerkannten Grundsatz berufen, gegenüber anderen Bibliotheken auf nationaler Ebene privilegiert zu sein.⁴⁹ Von analytischer Bedeutung sind somit die diskursiven Rahmensetzungen und die in den kommunikativen Prozessen sichtbar werdenden Interessen der Akteure, deren Ineinandergreifen und zeitlicher Wandel. So wird eine Längsschnittperspektive eröffnet, die epochenübergreifend nach Kontinuität, Wandel und Eigendynamik der »Nationalbibliothek« unter sich verändernden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen fragt. Damit wird zugleich die DDR als Teil der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts begriffen. Die Methodik dieser Studie orientiert sich somit nicht an dem in der Bibliotheksgeschichtsschreibung gängigen Untersuchungsrastrer Personal und Personalpolitik, Erwerbung, Öffentlichkeitsarbeit und Benutzung, welches die Analyse letztlich auf die inneren Funktionen von

46 Hierzu besonders Matthias Middell, *La bibliothèque nationale. L'expérience allemande*, in: Christophe Charle/Daniel Roche (Hrsg.), *Capitales culturelles, capitales symboliques. Paris et les expériences européennes: XVIIIe – XXIe siècles*, Paris 1999, S. 249-262.

47 Der doppelten Bedeutung des Begriffs wird in dieser Arbeit dadurch Rechnung getragen, dass er einerseits ohne (Institution, Gebäude) und andererseits mit Anführungsstrichen (Konzept) aufgeführt wird.

48 Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital*, in: Ders., *Schriften zu Politik und Kultur*, Bd. 1: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, Hamburg 1992, S. 49-79.

49 In der Fachliteratur immer wieder zitiert wird der einschlägige Satz von Herman Liebaers (Königliche Bibliothek Brüssel) während des UNESCO-Symposiums 1958: »The main characteristic of a national library is without any doubt the leading place it occupies compared with other libraries in the country.« Herman Liebaers, *The Needs of national libraries as regards professional training*, in: *National Libraries. Their Problems and Prospects. Symposium on National Libraries in Europe*, Vienna, 8-27 September 1958, Paris 1960, S. 27.

wissenschaftlichen Bibliotheken begrenzt, deren Legitimationsgrundlagen und strukturellen Kontinuitäten aber nicht in den Blick nimmt.⁵⁰ Stattdessen werden Arenen der Aushandlung und Ressourcenkämpfe in das Zentrum der Untersuchung gerückt, was zugleich eine unmittelbare Verknüpfung von Makro- und Mikroebene ermöglicht: Bibliothekspolitik, Personal- bzw. Kaderpolitik und Arbeitsregime, Benutzungspolitik und, mit Blick auf die besondere Situation der Deutschen Bücherei, der deutsch-deutsche Handlungsraum (Deutsche Bibliothek, Buchhandel).

Als Institution in der DDR erhielt die Deutsche Bücherei durch die sozialistische Bibliothekspolitik eine neue Rahmung. In deren Zentrum stand die kulturelle Erziehungsfunktion, die Bibliotheken im Rahmen der kommunistischen Gesellschaftspolitik der SED für die Heranbildung der »sozialistischen Menschengemeinschaft« ausüben sollten. Dies ist nicht erst von der Bibliotheksgeschichte nach 1990, sondern bereits von der marxistisch-leninistischen Bibliotheksgeschichtsschreibung der DDR betont worden.⁵¹ »Die Funktionen einer Bibliothek«, so das ostdeutsche Lexikon des Bibliothekswesens, »werden prinzipiell durch den Staat als Machtinstrument der herrschenden Klasse bestimmt. [...] Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus besteht die Funktion der Bibliotheken in der DDR darin, mit ihren Mitteln einen aktiven Beitrag zur allseitigen politischen, ökonomischen und militärischen Stärkung ihres Staates beizutragen.«⁵² Besonders Bestandsaufbau und Bestandspräsentation hatten der »sozialistischen Erziehung« Genüge zu tun.⁵³ Weniger auf ideologischer, jedoch auf struktureller Ebene lassen sich indes auch spezifisch deutsche bzw. westeuropäische Kontinuitätslinien beobachten. So galt die Deutsche Bücherei in der DDR weiterhin vornehmlich als wissenschaftliche Bibliothek, sodass sie mit der Gründung des Staatssekretariats für Hochschulwesen⁵⁴ im Jahre 1951 der Hochschulverwaltung unterstand, wäh-

50 Programmatisch vor allem Ingo Toussaint, *Wissenschaftliche Bibliotheken im Dritten Reich – methodische Probleme ihrer Erforschung*, in: Peter Vodosek/Manfred Komorowski (Hrsg.), *Bibliotheken während des Nationalsozialismus*, Teil I, Wiesbaden 1989, S. 297–303.

51 Besonders Erwin Marks, *Die Bibliotheksgeschichte der DDR*, Leipzig 1986.

52 Werner Dube, Art. »Bibliothek«, in: Horst Kunze/Gotthard Rückl (Hrsg.), *Lexikon des Bibliothekswesens*, Bd. 1, 2., neubearb. Aufl., Leipzig 1974, Sp. 194–198, hier Sp. 195f.

53 Dietrich Löffler, *Buch und Lesen in der DDR. Ein literatursoziologischer Rückblick*, Berlin 2011, S. 259.

54 Seit 1958 Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, seit 1967 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Vgl. Art. »Ministerrat der DDR, 1949–1990«, in: Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, *So funktionierte die DDR*. Bd. 2: *Lexikon der Organisationen und Institutionen*, Hamburg 1994, S. 637–703, hier S. 673–675.

rend die Nationalbibliotheken anderer Staaten des sowjetischen Einflussgebietes den Kulturministerien untergeordnet waren.⁵⁵ Wissenschaftliche Bibliotheken waren von dieser DDR-spezifischen funktionalen Differenzierung⁵⁶ in besonderem Maße betroffen, sodass systematisch nach phasenweisen Präferenzverschiebungen und Konflikten bzw. den tatsächlichen transformativen Kräften des »sozialistischen Bibliothekswesens« gefragt werden muss. Auf eine andere Art der funktionalen Differenzierung hat Dieter Höchsmann, selbst ostdeutscher Bibliothekar der letzten Generation, in einem umfassenden Überblicksartikel aus dem Jahre 1999, und noch deutlicher in einem fast wortgleichen Vortrag bzw. Aufsatz von 1991 hingewiesen, nämlich auf diejenige zwischen Zentralismus und Dezentralität. Unter Dezentralisierung verstand Höchsmann den für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der DDR charakteristischen »Zwang zur Kooperation« untereinander, dem er quasi als Positivfolie die gescheiterten Zentralisierungsversuche (insbesondere die Bibliotheksverordnung von 1968) gegenüberstellt.⁵⁷ Man muss dem dichotomischen Ansatz Höchsmanns freilich nicht folgen, dennoch muss auch dieser Konflikt berücksichtigt werden, wenn danach gefragt wird, welche zentralen Verordnungen bzw. Vorgaben die Deutsche Bücherei veränderten, in welchen Punkten die Institution infrage gestellt wurde, wo Leerstellen verblieben und an welchen Stellen sich Handlungsspielräume eröffneten. Das impliziert insgesamt auch, stärker als in der bisherigen bibliotheksgeschichtlichen Forschung zwischen Diskurs und Praxis zu unterscheiden.

Der institutionelle Rahmen ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Die Deutsche Bücherei stellte aber auch einen komplexen sozialen Raum dar. Erst eine Untersuchung sozialer Praktiken ermöglicht eine verdichtete Erkundung der Einflusszonen und Grenzen der SED-Herrschaft. Vor allem der Bereich der Personalpolitik, der als Kaderpolitik im kommunistischen Herrschaftsverständnis eine zentrale Rolle für die Durchsetzung der ideologischen Vorgaben spielte, bietet hierfür einen respektablen Untersuchungsgegenstand. Statistische Betrachtungen zum Austausch bildungsbürgerlich-sozialisierter Bibliothekare gegen Bibliothekare aus der »Arbeiterklasse« sind hierbei für sich genommen aber

55 Unterstellung des Bibliothekswesens bzw. einzelner Bibliotheksnetze in Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, 1985, BArch, DR 1/9704, unfol.

56 So ein klassischer Begriff der Systemtheorie Niklas Luhmanns. Vgl. Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Köln 1970.

57 Dieter Höchsmann, Die Entwicklung des Bibliothekswesens im zentralistischen Staat. Verordnete Strukturen und ihre Wirksamkeit, in: Vodosek/Marwinski (Hrsg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, S. 37-46; Ders., Erfahrungen und Erkenntnisse aus Kooperation und Arbeitsteilung wissenschaftlicher Bibliotheken auf dem Gebiet der neuen Bundesländer, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 38 (1991), Heft 4, S. 359-367.

noch wenig aussagekräftig. Vielmehr muss der Wandel der Bibliothek von einer »bürgerlichen« zu einer »sozialistischen« Institution insgesamt in den Blick genommen werden, so etwa der Wandel des Berufsverständnisses vom unpolitischen Kulturgutverwalter, dem bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Leitbild des wissenschaftlichen Bibliothekars⁵⁸, hin zum »Lehrer und Berater des Volkes«⁵⁹ und dessen Bedeutung für den Arbeitsalltag. Berücksichtigt wird dabei auch die Rolle neuer Institutionen im Arbeitsalltag, insbesondere der SED-Grundorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), die als Transmissionsriemen innerhalb von Betrieben und anderen Einrichtungen überkommene Machtbeziehungen brechen und an deren Stelle die »führende Rolle« der Staatspartei durchsetzen sollten.⁶⁰ Besondere Aufmerksamkeit kommt somit den sozialen Beziehungen innerhalb der Bibliothek zu, die sich nicht auf politische Nähe und Distanz zur SED reduzieren lassen, sondern auch die Wirkmächtigkeit von Traditionen reflektieren, welche die Wahrnehmung der institutionellen Umwelt ebenso prägen konnten wie politische Loyalitätsbeziehungen. Auf diesen bislang wenig beachteten Punkt verweisen insbesondere Arbeiten zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte von Unternehmen,⁶¹ deren Erkenntnisse auch neue Fragehorizonte für Kulturinstitutionen eröffnen.

Schließlich sollen neben Bibliothekspolitik und Institutionenkultur auch die Benutzer in den Blick genommen werden. Aus ideologischer Sicht waren diese vor allem das Objekt sozialistischer Erziehungsarbeit, die von den Bibliotheken an das »fortschrittliche Buch« mithilfe verschiedenster Methoden (vor allem Literaturpropaganda) herangeführt werden sollten. Vor dem Hintergrund,

58 Catherine Minter, *Academic Library Reform and the Ideal of the Librarian in England, France, and Germany in the Long Nineteenth Century*, in: *Library and Information History* 29 (2013), Heft 1, S. 19-37.

59 Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«, S. 22f.

60 Zur Rolle der SED-Grundorganisation vgl. vor allem Thomas Reichel, »Feste Burgen der Partei«. Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der SBZ 1946-1949, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 1 (2000), Heft 1, S. 62-99. Zur Rolle der Gewerkschaften siehe Renate Hürtgen, *Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb*, Köln/Weimar/Wien 2005.

61 Thomas Welskopp, *Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), Heft 1, S. 118-142; Werner Plumpe, *Das Unternehmen als soziale Organisation. Thesen zu einer erneuerten historischen Unternehmensforschung*, in: *AKKUMULATION* 11 (1998), S. 1-9; Hartmut Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung*, Paderborn 2004, S. 147; Veit Damm u. a., *Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess 1935-1995. Ein neues Forschungsfeld der modernen Unternehmensgeschichte*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 2 (2011), S. 187-205.

dass die Deutsche Bücherei, im Gegensatz zu allen anderen Bibliotheken, keinen Einschränkungen in der Erwerbung von Literatur unterlag, sondern die deutschsprachige Literatur weiterhin nach dem Sprachprinzip⁶² sammelte, ist zu fragen, wie die Bibliothekare mit dem Spannungsverhältnis zwischen ideologiefreier Erwerbungspraxis und kulturpolitischen Zielstellungen der SED umgingen, insbesondere mit Blick auf die Wahrnehmung der Benutzer. Letztgenannte werden nicht als passive Rezipienten sozialistischer Erziehungs- bzw. Kulturpolitik, sondern als aktiv handelnde Menschen mit ihren jeweiligen Wissens- und Informationsbedürfnissen in den Blick genommen. In das Zentrum der Untersuchung gerät dabei vor allem die Praxis des Sekretierens, d.h. die Aussonderung politisch unerwünschter Literatur in ein Sperrmagazin (seit 1962 offiziell Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur), das nur unter bestimmten Bedingungen genutzt werden durfte. Helmut Röttsch und Gottfried Rost betonten, dass es sich beim Sperrmagazin, im Volksmund auch »Giftschrank« genannt, in erster Linie um einen notwendigen Kompromiss gehandelt habe, um den Sammelauftrag der Deutschen Bücherei nicht zu gefährden, wobei keinem Benutzer bei Nachweis einer wissenschaftlichen Verwendung der Zugang zum Sperrmagazin verwehrt worden sei. Gestützt wird diese These durch die Aussagen ehemaliger Benutzer, die die Benutzungspolitik der Deutschen Bücherei als vergleichsweise liberal empfanden.⁶³ Die Frage, wie diese Form der Zensur in großen Bibliotheken (neben der Deutschen Bücherei auch die Ost-Berliner Staatsbibliothek) zu bewerten ist, bedarf indes einer differenzierten Einordnung in das Zensursystem und die Wissenschaftspolitik der DDR. So muss diese Form der »eher von Zufälligkeiten geprägten«⁶⁴ Nachzensur⁶⁵ von der von verschiedenen ostdeutschen Behörden bzw. Verlagslektoren praktizierten Vorzensur

62 Österreichische und Schweizer Literatur machten dabei kaum mehr als zehn Prozent des Gesamtbestandes aus. Auf eine gesonderte Untersuchung der österreichischen und Schweizer Perspektive auf die Deutsche Bücherei wird daher in dieser Studie verzichtet.

63 Siegmund Faust, Ich liebte die Deutsche Bücherei. Ein Statement, in: Siegfried Lokatis/Ingrid Sonntag (Hrsg.), Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur, Berlin 2008, S. 208-210; Elena Demke, Lauf durch die Metapher. Erfahrungen mit dem »Giftraum«, in: ebd., S. 211; »Sie waren tendenziell misstrauisch«. Der Giftschrank in der Deutschen Bücherei aus Sicht eines Benutzers. Prof. Dr. Torsten Seela (S) im Interview mit Kerstin Schmidt (I1), Diana Schmidt (I2) und Jenifer Hochhaus (I3), in: Ebd., S. 212-219.

64 Christine Ferret, Die Zensur in den Bibliotheken der DDR, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 44 (1997), Heft 4, S. 387-417, hier S. 413.

65 Roland Bärwinkel, Zensur in wissenschaftlichen Bibliotheken der DDR zwischen 1970 und 1990 oder Schatzkammern der Wissenschaft, die (ver-)bergen, was Wissenschaft, in: Daniela Lülfi (Hrsg.), 95. Deutscher Bibliothekartag in Dresden 2006. Netzwerk Bibliothek, Frankfurt am Main 2007, S. 227-237.

(als Bedingung für die Druckgenehmigung von Manuskripten)⁶⁶ sowie von den handelspolitischen Beschränkungen für westliche Literatur⁶⁷ unterschieden werden. Ein markanter Unterschied zwischen literaturpolitischer Vorzensur und bibliothekarischer Nachzensur bestand darin, dass Erstere zentralisiert, Letztere aber dezentralisiert, d.h. von den einzelnen Bibliotheken selbst verantwortet war. Horst Kunze hat auf diesen Fakt in der für die DDR charakteristischen verklausulierten Sprache hingedeutet, indem er in den »Grundzügen der Bibliothekslehre« von 1969 formulierte, dass es »in den Bibliotheken der DDR keine ›banned books‹ im Sinne von autoritären Bücherverboten, sondern eine verantwortungsbewußte, individuelle und den tatsächlichen Bedürfnissen Rechnung tragende Ausleihe« gebe.⁶⁸ Dieser Satz ist häufig als Ausdruck einer bewussten Verschleierung der Zensurpolitik der SED interpretiert worden, lässt sich vor dem Hintergrund der strukturellen Unterschiede zur literaturpolitischen Vorzensur aber auch als Hinweis auf bibliothekarische Handlungsspielräume verstehen, denen es nachzuspüren gilt. Gleichwohl muss die Zensurpolitik der SED, so uneinheitlich sie sich auch gestaltete, insgesamt im Blick behalten werden, denn die Leser orientierten sich in erster Linie an den praktisch wahrnehmbaren Bedingungen des Zugangs zu Literatur. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Frage nach den Handlungsspielräumen der Bibliothekare, die anhand weit gefasster, wenig transparenter Kriterien (z.B. faschistische, militaristische, antidemokratische bzw. imperialistische, antisowjetische Literatur) letztlich selbst darüber entschieden, was sekretiert wurde, pointierter beantworten. Zudem ist zu fragen, inwiefern die Bibliothekare darauf Einfluss nahmen, wer Zugang zum Sperrmagazin erhielt. In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Rolle

66 Die Forschung hat sich bislang vorwiegend der vom Ministerium für Kultur verantworteten Vorzensur für belletristische Literatur zugewendet. Hierzu Simone Barck/Martina Langemann/Siegfried Lokatis (Hrsg.), »Jedes Buch ein Abenteuer«. Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin 1997; Siegfried Lokatis, *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht*, Köln/Weimar/Wien 2003; Michael Westdickenberg, *Die »Diktatur des anständigen Buches«*. Das Zensursystem der DDR für belletristische Prosaliteratur in den sechziger Jahren, Wiesbaden 2004; Siegfried Lokatis/Theresia Rost/Grit Steuer (Hrsg.), *Vom Autor zur Zensurakte. Abenteuer im Leseland DDR*, Halle (Saale) 2014; Ann-Kathrin Reichardt, *Von der Sowjetunion lernen? Die Zensur sowjetischer belletristischer Literatur in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren*, Münster 2014; Robert Darnton, *Die Zensoren. Wie staatliche Kontrolle die Literatur beeinflusst hat. Vom Vorrevolutionären Frankreich bis zur DDR*, Berlin 2016, S. 177-278.

67 Hierzu vor allem Julia Frohn, *Literaturaustausch im geteilten Deutschland. 1945-1972*, Berlin 2014.

68 Horst Kunze, *Grundzüge der Bibliothekslehre*, Leipzig 1969, S. 24.

der Stasi zu werfen, die Schriftsteller, Verlage und Handelsaktivitäten intensiv überwachte.⁶⁹ Galt Ähnliches auch für Bibliothekare und Benutzer?

Die Geschichte der Deutschen Bücherei in der SBZ/DDR wäre nicht hinreichend zu verstehen, wenn ihre Beziehung zur Bundesrepublik, sprich zu der 1946 in Frankfurt am Main gegründeten Deutschen Bibliothek und der westdeutschen Verlegerschaft, auf deren Bereitwilligkeit zur kostenlosen Belieferung mit Belegexemplaren sie angewiesen war, unberücksichtigt bliebe. Im zeithistorischen Kontext stellt das Dreiecksverhältnis zwischen der Deutschen Bücherei, der Deutschen Bibliothek, die nahezu identische Funktionen und Aufgaben erfüllten, und den westdeutschen Buchproduzenten ein Paradebeispiel für die »asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte« beider deutscher Teilstaaten dar. Nach diesem, auf Christoph Kleßmann zurückgehenden Konzept⁷⁰ wird die Geschichte der DDR im Rahmen einer »integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte« vor dem Hintergrund ihrer direkten und indirekten Abhängigkeit von der Bundesrepublik (und umgekehrt) in den Blick genommen. Dabei wird auch auf Verflechtungen verwiesen, die sich nicht allein durch die Ordnungsstrukturen des Ost-West-Konfliktes, sondern vielmehr durch nationale Pfadabhängig-

69 Joachim Walther, Sicherheitsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1999; Jörn-Michael Goll, Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die »politisch-operative Arbeit« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011, S. 253-286.

70 Christoph Kleßmann selbst hat den Terminus *technicus* so in dieser Form nie in einer seiner Schriften verwendet. Er habe ihn aber, Bernd Faulenbach zufolge, in den frühen 1990er Jahren auf einer Konferenz gebraucht. Seitdem ist der Begriff mit Kleßmann untrennbar verbunden. Vgl. hierzu Bernd Faulenbach, Zur Einführung in die Tagung »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?«, in: Ders./Franz-Josef Jelinek (Hrsg.), »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?«. Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten, Essen 2005, S. 9-14, hier S. 10. Zu den Schriften Kleßmanns und darauf aufbauenden Forschungen: Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. u. erw. Aufl., Göttingen 1991; Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1988; Konrad H. Jarausch, »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1 (2004), Heft 1, S. 11-30; Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, Bonn 2005. Hermann Wentker/Udo Wengst (Hrsg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008; Tobias Hochscherf u. a. (Hrsg.), Divided, but not disconnected. German experiences of the Cold War, New York/Oxford 2010; Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzling (Hrsg.), Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013.

keiten, personelle Verflechtungen und Mentalitäten aus der Zeit vor 1945, die in beiden Teilstaaten fortwirkten, erklären lassen. Andreas Wirsching spricht in diesem Zusammenhang von einem »gemeinsamen Erfahrungs- und auch Handlungsraum«, der trotz der Trennung und unterschiedlichen Prägung beider Teilstaaten fortbestand.⁷¹ Dies gilt zumindest für die Zeit bis 1970, der sich Kleßmann besonders gewidmet hat. In letzter Zeit hat das Konzept mit Blick auf die Phase »nach dem Boom« (1970-2000)⁷² auch eine transnationale Erweiterung erfahren, wobei das Trennende in dieser jüngeren zeitgeschichtlichen Epoche eher zunahm. Dennoch: übergreifende Herausforderungen, wie Umweltverschmutzung, wirtschaftlicher Strukturwandel oder Computerisierung betrafen die westliche wie östliche Hemisphäre gleichermaßen und trugen im Fall der DDR noch einmal zur Verschärfung des Systemgegensatzes, aber auch zur Adaption westlicher Entwicklungen in der Phase europäischer Entspannungspolitik bei.⁷³

Der deutsch-deutsche Kalte Krieg im internationalen Kalten Krieg entwickelte sich zu einem eigendynamischen Handlungsfeld. Während sich beide deutsche Teilstaaten in den 1950er Jahren an der »Heimatfront« noch erbitterte ideologische Kämpfe lieferten, verlagerte sich der »global contest between Bonn and East-Berlin« nach dem Mauerbau zunehmend in den globalen Süden,⁷⁴ was dem internationalen Trend der Konfliktverschiebung von Ost/West hin zu Nord/Süd entsprach.⁷⁵ Der nach der Kuba-Krise 1962 beginnende Entspannungsprozess im Ost-West-Konflikt und die daran anschließende »Neue Ost-

71 Andreas Wirsching, Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007), Heft 3, S. 13-18, hier S. 15.

72 Das auf Anselm Döring-Manteuffel und Lutz Raphael zurückgehende Konzept »Nach dem Boom« interpretiert die Zeitspanne von 1970 bis 2000 als Phase eines sozio-ökonomischen Strukturwandels, der insbesondere Westeuropa ergriff und alle gesellschaftlichen Bereiche veränderte. Vgl. Anselm Döring-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014; Anselm Döring-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2015.

73 Tobias Huff, *Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR*, Göttingen 2015; Frank Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000*, Göttingen 2015.

74 William Glenn Gray, *Germany's Cold War. The Global Campaign to isolate East Germany, 1949-1969*, Chapel Hill/London 2003, S. 226.

75 Hierzu vor allem Odd Arne Westad, *The global Cold War. Third World Interventions and the Making of our Times*, Cambridge 2007; Robert J. McMahon (Hrsg.), *The Cold War in the Third World*, Oxford 2013; Lorenz M. Lüthi (Hrsg.), *The Regional Cold Wars in Europe, East Asia, and the Middle East. Crucial Periods and Turning Points*, Washington, D.C./Stanford 2015.

politik« der sozialliberalen Koalition schufen schließlich die Voraussetzungen für eine Intensivierung des Austausches zwischen Ost- und Westdeutschland, ohne dass die Fronten des Kalten Krieges ganz verschwanden. Das spiegelt sich auch in zahlreichen Studien wider, die sich dem »grundlegende[n] Paradox«⁷⁶ auf dem Gebiet der Kulturbeziehungen gewidmet haben.⁷⁷

Die Vielgestaltigkeit des Wechselverhältnisses zwischen beiden deutschen Teilstaaten haben Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow und Bernd Stöver einst auf die Begriffe Kooperationsbeziehungen, Traditionsbeziehungen, Konkurrenzbeziehungen und Wechselbeziehungen verdichtet.⁷⁸ In der vorliegenden Studie steht vor allem die Konkurrenzbeziehung zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek und deren Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Akteure im Fokus. Zu diesen Akteuren gehörten neben den staatlichen Trägern der Frankfurter Bibliothek auch der 1948 in den Westzonen wiedergegründete Börsenverein als Standesorganisation des westdeutschen Verlagswesens und Buchhandels, der auch nach der Übernahme der Deutschen Bibliothek durch den Bund 1969 ein bedeutendes Wort in der Bibliothekspolitik mitzureden hatte. Denn genauso wie die Deutsche Bücherei stellte auch das Frankfurter Pendant, genauer: stellten ihre Bibliographien stets eine Schnittstelle zwischen Bibliothekswesen und Buchhandel bzw. zwischen Kultur- und Wirtschaftspolitik dar. Damit waren beide Bibliotheken über die jeweilige Bibliothekspolitik zugleich in den innerdeutschen Literaturaustausch und in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen des deutschen Buchhandels einbezogen.

Diese Dreiecksbeziehung, die sich – grob gesagt – als Wechselspiel von Konkurrenz und Kooperation beschreiben lässt, ist in der Geschichte der Deutschen Bücherei bislang weitgehend ausgeblendet worden. In den wenigen Darstellungen wird ihr kaum ein Stellenwert eingeräumt, vielmehr wird – von der Gründungsgeschichte der Deutschen Bibliothek und des Frankfurter Börsenvereins abgesehen⁷⁹ – die getrennte Entwicklung beider Bibliotheken und die sich in

76 Arnd Bauerkämper, *Verflechtung in der Abgrenzung. Ein Paradox als Perspektive der historischen DDR-Forschung*, in: Ulrich Mählert (Hrsg.), *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 71-78, hier S. 73.

77 Jens Niederhut, *Wissensaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen*, Köln/Weimar/Wien 2007; Uta A. Balbier, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte*, Paderborn/München/Wien 2007; Andreas Kötzing, *Kultur und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954-1972*, Göttingen 2013; Frohn, *Literaturaustausch im geteilten Deutschland*.

78 Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver, *Die doppelte deutsche Zeitgeschichte*, in: Dies. (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 9-16, hier S. 15.

79 Bluemel, *Identity in transition*, S. 144-152.

der Tradition gründende Weiterbelieferung Leipzigs durch die westdeutschen Verlage betont, auch wenn dabei stets harte Überzeugungsarbeit seitens der Bibliotheksleitung zu leisten gewesen sei.⁸⁰ Dabei ist auch festzuhalten, dass die Geschichte der Deutschen Bibliothek bislang überhaupt nicht,⁸¹ die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des westdeutschen Buchhandels nur in Ansätzen erforscht ist.⁸² Für die Deutsche Bibliothek erklärt sich dies nicht zuletzt aus der Funktionslosigkeit von Geschichte für das Selbstverständnis des Frankfurter Hauses. Schon vor der Fusion mit der Deutschen Bücherei spielten Zukunftsgewandtheit und Modernität in Frankfurt eine viel wichtigere Rolle für die Institutionenkultur.⁸³ Die Fusion der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bi-

- 80 Neben den bereits ausführlich besprochenen Darstellungen von Röttsch und Rost sind hier zu nennen: Michael P. Olson, *The Odyssey of a German National Library. A short History of the Bayerische Staatsbibliothek, the Staatsbibliothek zu Berlin, the Deutsche Bücherei and the Deutsche Bibliothek*, Wiesbaden 1996; Siegfried Grosse, *Institutionen für die deutsche Sprache und Literatur in Ost und West*, in: Silke Flegel/Frank Hoffmann (Hrsg.), *Aufbau – Umbau – Neubau. Studien zur Kulturgeschichte nach 1945*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern 2008, S. 321–335, hier S. 331–335. Einen ersten Eindruck von den Beziehungen zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek, basierend auf persönlichen Erinnerungen eines Verlegers, der diese Beziehungen intensiv mitbegleitet hatte, vermittelt Klaus G. Saur, *Deutsche Bücherei und Deutsche Bibliothek 1945 bis 1990*, in: *Aus dem Antiquariat, Neue Folge* 10 (2012), Heft 3/4, S. 166–172.
- 81 Archivgestützte Studien zur Deutschen Bibliothek liegen bisher nicht vor. Neben den Erinnerungen von Röttsch und Rost, die die Deutsche Bibliothek kaum thematisieren, und den persönlichen Reminiszenzen von Saur finden sich lediglich auf Selbstdarstellung ausgerichtete Festschriften und knappe, wenig ergiebige Überblicke aus der Zeit vor 1990, insbesondere: Hanns Wilhelm Eppelsheimer, *Deutsche Bibliothek. Erinnerungen an eine Gründung*, in: *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel* 15 (1955), S. 13–19; Kurt Köster (Hrsg.), *Die Deutsche Bibliothek 1945–1965. Festgabe für Hanns Wilhelm Eppelsheimer zum 75. Geburtstag*, Frankfurt am Main 1966; Rolf-Dieter Saevecke (Bearb.), *Die Deutsche Bibliothek. Geschichte, Organisation und Aufgaben*, 7. Aufl., Frankfurt/Main 1986.
- 82 Erste Rundumschläge bieten Ernst Umlauff, *Der Wiederaufbau des Buchhandels. Beiträge zur Geschichte des Büchermarktes in Westdeutschland nach 1945*, Frankfurt am Main 1978, der jedoch kaum über den Beginn der 1960er Jahre hinauskommt, und Reinhard Wittmann, *Geschichte des deutschen Buchhandels. Ein Überblick*, München 1991, welcher der deutschen Buchhandelsgeschichte seit 1945 aber kaum mehr als 40 Seiten widmet. Einen neueren profunden Überblick bietet dagegen Olaf Blaschke, *Verleger machen Geschichte. Buchhandel und Historiker seit 1945 im deutsch-britischen Vergleich*, Göttingen 2010.
- 83 Sinnbildhaft dafür steht die Festschrift für Generaldirektor Günther Pflug aus dem Jahre 1983, die ohne jeden Bezug zur Geschichte der Deutschen Bibliothek auskommt und stattdessen auf die Zukunft blickt: Egon Hölder/Kurt Nowak (Hrsg.),

bliothek im Jahre 1990 wurde folgerichtig als Zusammenwachsen von Tradition und Moderne inszeniert.⁸⁴

Um das skizzierte Forschungsprogramm empirisch umzusetzen, wurden intensive Recherchen in 15 Archiven durchgeführt. Der zugrundeliegende Quellenkorpus umfasst zu großen Teilen Verwaltungsschriftgut, in dessen Sprache und kommunikativen Riten sich immer auch das jeweilige Herrschafts- und Verwaltungsverständnis widerspiegelt.⁸⁵ Für das Schriftgut aus den DDR-Provenienzen bedeutet dies, dass Spannungsfelder und Konflikte nicht oder nur unterschwellig dokumentiert sind. Freilich gilt dies für die Phase der SBZ und frühen DDR, als vieles noch im Fluss war, nicht in dieser Absolutheit. Die These Stefan Wolles aber, dass informelle Vorgänge später »über weite Strecken der Schriftlichkeit entzogen«⁸⁶ waren, kann für die Deutsche Bücherei nicht bestätigt werden. So lassen sich in einzelnen Provenienzen zahlreiche Quellen finden, die subjektive Wahrnehmungen und normative Reflexionen dokumentieren und Rückschlüsse auf Handlungsspielräume sowie personelle Netzwerke erlauben. Jedoch gilt es stets, den administrativen Kontext mit zu betrachten. Die Durchsetzung von Eigeninteressen konnte nur in den Ritualen des »demokratischen Zentralismus«, der organisationskulturellen Klammer des SED-Staates, erfolgen. Dazu gehörte etwa auch, Probleme als Einzelphänomene und Ausnahmen zu schildern, um bei übergeordneten Organen nicht den Eindruck zu erwecken, die sozialistische Ordnung zu gefährden. Darin spiegelt sich letztlich auch die Dysfunktionalität des »demokratischen Zentralismus« wider. Auf der einen Seite benötigte die Zentrale umfassende Informationen, um effizient regieren zu können, auf der anderen Seite hebelten die Logiken des »demokratischen Zentralismus« einen unverfälschten Informationsfluss aus.

Etwas außerhalb dieses Kontextes stehen die Berichte der als Inoffizielle Mitarbeiter (IM)⁸⁷ für die Staatssicherheit tätigen Bibliothekare, die einen tie-

Die neue Nationalbibliothek. Festgabe für Günther Pflug zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1983.

84 Klaus-Dieter Lehmann, Editorial, in: Dialog mit Bibliotheken 2 (1990), Heft 2, S. 1.

85 Ralph Jessen, Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von »Bürokratie« und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 57-75.

86 Stefan Wolle, Die Aktenüberlieferung der SED als historische Quelle, in: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann, Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 211-219, hier S. 215.

87 Aus stilistischen Gründen wird in dieser Arbeit vorwiegend die Globalkategorie IM verwendet. Die gelegentliche Nennung der einzelnen IM-Kategorien (GI, GM, GMS, IMS, IME) dient lediglich der korrekten Bezeichnung, hat aber für den hier verfolgten sozial- und kulturgeschichtlichen Ansatz keine Bedeutung. Ausführ-

fen Einblick in den bibliothekarischen Alltag und die deutsch-deutschen Beziehungen geben. Denn im Gegensatz zu den offiziellen Berichten, die immer auch entsprechend geschönte Rechenschaftsberichte waren, besitzen die IM-Berichte durch ihren informellen Charakter einen deutlich höheren, wenngleich nicht ideologiefreien Informationswert. Die Deutsche Bücherei stand wegen der sich zwangsläufig aus ihrem Sammelauftrag ergebenden deutsch-deutschen Kontakte, aber auch, weil sie als potentielle Gefahr für das Einsickern »ideologiefreier« Inhalte galt, ganz besonders im Kontakt mit der Stasi. Dieser Sachverhalt ist nicht erst mit der Enttarnung Helmut Rötzschs als IM im Jahre 2012 in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren wurde die Deutsche Bücherei öffentlich zuweilen als Agent des MfS beschuldigt. Die Verdächtigungen reichten damals von allgemeiner Informationsbeschaffung für den Geheimdienst über Beihilfe zur Überwachung von Journalisten bis hin zu Wirtschaftsspionage.⁸⁸ Die vorliegende Untersuchung bietet damit die Möglichkeit, zur Dekonstruktion des bei diesen zeitgenössischen Urteilen bereits durchschimmernden Stasi-Mythos beizutragen und differenziert nach den Wechselbeziehungen zwischen Bibliothek und Geheimdienst zu fragen. Bei den Recherchen im Stasiunterlagenarchiv (BStU) gelang es, den umfangreichen Aktenbestand von »Reinhard« zu ermitteln, der als Führungs-IM (FIM) spätestens seit Ende der 1960er Jahre fast alle IM der Deutschen Bücherei anleitete. Insgesamt liegen elf, zum Teil sehr umfangreiche IM-Akten vor, sieben weitere IM tauchen in den Unterlagen auf, deren Akten jedoch nicht ausfindig gemacht werden konnten. Am Ende der 1980er Jahre waren nahezu alle Abteilungsleiter parallel als IM verpflichtet, Ausnahmen bildeten lediglich die Abtei-

liche Erläuterungen zu den einzelnen IM-Kategorien finden sich in Richtlinie 1/58 für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, 1.10.1958, in: Der Bundesbeauftragte für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven (I), Bonn 1992, S. 93-128; Richtlinie 1/68 für die Zusammenarbeit mit Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Staatssicherheit und Inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1968, in: ebd., S. 145-188.

- 88 Über Journalisten wird in der DDR Kartei geführt, in: Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag vom 30.11.1972, als Kopie in ISG, W2-9, 202, unfol.; Offener Brief der Zentralstelle für Gesamtverteidigung Bern an amtliche und private Stellen, die mit Karten, Plänen, Luftfotos und anderen Darstellungen des Geländes arbeiten, Aushändigung von Dokumenten an ausländische Stellen, Februar 1982, in: Das LETZTE aus der Biblio-Szene 9/1982, S. 5; Rudolf Friedrich, Spionage unter »wissenschaftlichem« Deckmantel. Zunehmendes östliches Interesse für exponierte Infrastrukturanlagen, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 156 vom 1.7.1981, S. 18; Aus dem Papierkorb der »Stasi-Informationen«. Offener Brief des Anita Tykve Verlags an die Deutsche Bücherei, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 271 vom 1.12.1988, S. 9.

lungen Bibliographien und Benutzung. Ob unterhalb der Leitungsebene dort IM tätig waren, konnte wegen begrenzter Zeitressourcen nicht ermittelt werden.⁸⁹ Für die 1970er und 1980er Jahre als Zeitphase der Entspannung, aber auch der zunehmenden Abgrenzung der DDR vom Westen lässt sich auf der Grundlage der vorliegenden Akten ein sehr dichtes Bild vom Innenleben der Deutschen Bücherei und der Rolle des MfS in der Bibliothek zeichnen. Die Stasi war als stiller Beobachter praktisch in jeden Arbeitsbereich einbezogen. Möglich war dies aber nur, weil die als IM tätigen Bibliothekare der Stasi nicht nur bereitwillig Informationen zutrug, sondern weil sie das MfS auch in die Lösung interner und externer Konfliktfelder einbezogen.

Eine weitere besondere Quellengattung innerhalb des Behördenschrifttums stellen Eingaben der Benutzer dar, die eine zentrale Möglichkeit boten, das Fehlen demokratischer Mitwirkung zu kompensieren. Zudem stellten sie für die Adressaten unverzichtbare Informationsquellen dar.⁹⁰ Gleichwohl muss auch

- 89 Nachfolgend alle ermittelten IM in der Deutschen Bücherei mit Klarnamen, offizieller Position, Decknamen und Zeitraum der IM-Tätigkeit (soweit nachgewiesen): Helmut Röttsch, Generaldirektor (GM/IM »Sand«, 1955-1989); Hans Schurig, Leiter der Abteilung Benutzung (GI »Kramer«, 1953-1962); Helmut Lohse, Stellvertreter des Generaldirektors und Leiter der Abteilung Erwerbung (GI/IMS »Gerhard«, 1967-1987); Alfred Geßner, Leiter des Sperrmagazins (GMS »Geßner«, 1972-1980); Horst Gebauer, stellvertretender Leiter der Abteilung Kataloge (GMS »Gebauer« 1973-1976); Hildegard Scheffler, Leiterin der Abteilung Auskunft (GMS »Deutscher Platz«, 1973-1977); Hans Reihe, Mitarbeiter im Buch- und Schriftmuseum, später Sachgebietsleiter BRD/WB (IM »Anti«, 1976-?); Petra Zöllner, Leiterin des Sperrmagazins (GMS/IME »Monika«, 1977-1980); Elvira Wesner, Kaderleiterin (GMS »Elvi«, 1977/78); Käthe Schroeter, Leiterin der Abteilung Auskunft (IM »Marmor«, 1979-?); Ute Steigers, Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit (IMS »Nerz«, 1989). Weitere IM, zu denen keine Akten vorliegen: Hildegard Kind, Kaderleiterin (DA »Wittenberg«, ?-?); Roland Mehnert, Sicherheitsbeauftragter der Deutschen Bücherei (IME »Arthur«, 1980-?); Liane Lindner, Kaderleiterin (GMS »Lindner«, ?-?); Bruno Hamelmann, Leiter des Sperrmagazins (Deckname und Zeitraum der IM-Tätigkeit nicht belegt); Helga Fuß, Kaderinstrukteurin (Deckname und Zeitraum der IM-Tätigkeit nicht belegt); GMS »Bibliothekar« (Klarnamen und Zeitraum der IM-Tätigkeit nicht belegt); GMS »Reußner« (Klarnamen und Zeitraum der IM-Tätigkeit nicht belegt).
- 90 Über Eingaben und Eingabepaxis in der DDR existiert bereits eine kaum noch zu überblickende Fülle an kulturgeschichtlicher, sprach- sowie rechtswissenschaftlicher Literatur. Stellvertretend seien genannt Ina Merkel (Hrsg.), »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation«. Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln/Weimar/Wien 1998; Jay Rowell, *Les usages individuels et étatiques des »Eingabens«*, in: *L'Allemagne en chantier 3* (1999), S. 67-84; Ursula Wittich, »Dann schreibe ich eben an Erich Honecker!« »Eingaben« und »Stellungnahmen« im Alltag der DDR, in: Ruth Reiher (Hrsg.), *Vorwärts und nichts vergessen. Sprache in der DDR. Was*

bei diesen Quellen beachtet werden, dass sich die Autoren, auch wenn es ihnen vornehmlich um die Verfolgung von Eigeninteressen ging, den Sprachritualen der SED anpassen mussten, wollten sie Erfolg haben. Sie bedienten sich deshalb zuweilen Argumenten, die weniger deren eigene Positionen widerspiegeln, sondern vielmehr die Loyalitätserwartungen der Adressaten erfüllten.

Um dem Anspruch einer Verflechtungsstudie gerecht zu werden, wurden zudem Quellenbestände zur Deutschen Bibliothek, nicht nur aus dem Frankfurter Hausarchiv, sondern auch aus den Provenienzen ihrer Trägerinstitutionen umfassend in die Untersuchung einbezogen. Dabei kann auch das bisher von der Deutschen Bibliothek gepflegte Image einer von Leipzig autonomen Entwicklung innerhalb der freiheitlich-demokratischen Ordnung weitgehend korrigiert bzw. als eigenlogische Legitimationsstrategie identifiziert werden. Die Dokumente zeigen nicht nur, dass sich die Deutsche Bibliothek bis weit in die 1970er Jahre hinein an Leipzig maß, sondern dass sie auch von ihrer Umwelt an der Deutschen Bücherei gemessen wurde. Für die Bibliothekare ergaben sich damit eigendynamische Handlungsoptionen, zugleich bedeutete die materielle Fortexistenz des beanspruchten Leipziger Erbes aber auch eine besondere Belastung für die Bibliothek.

Ergänzt werden die archivalischen Überlieferungen durch die Auswertung von Pressequellen. Während die ostdeutschen Medien aufgrund des Deutungsmonopols der SED nur sehr begrenzte Aussagekraft besitzen, spielten sie im deutsch-deutschen Kontext eine nicht unwichtige Rolle, denn das geteilte Deutschland blieb als Kommunikationsraum bestehen, »der von den Medien der beiden Staaten wechselseitig durchdrungen werden« und damit auch der SED Grenzen auferlegen konnte.⁹¹ Vor allem für die Akteure der Bundesrepublik waren die Presseberichte der ostdeutschen Zeitungen wichtige Informationsquellen, die ihre Wahrnehmungen beeinflussten, aber nicht zwangsläufig im intendierten Sinne lenkten. Aber auch in der Deutschen Bücherei beobachtete man die veröffentlichte Meinung im Westen ganz genau, um gezielt intervenieren zu können.

Die Arbeit ist chronologisch aufgebaut, wobei Zäsuren in der Bibliothekspolitik der DDR und in den deutsch-deutschen Beziehungen miteinander kombiniert wurden. DDR-spezifische Themen und deutsch-deutsche Entwicklungen werden in den jeweiligen Kapiteln getrennt voneinander behandelt, ohne

war, was ist, was bleibt, Berlin 2004, S. 195-205; Paul Betts, Die Politik des Privaten. Eingaben in der DDR, in: Daniel Fulda u.a. (Hrsg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichte des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010, S. 286-309; Ders., Within Walls, Private Life in the German Democratic Republic, Oxford 2010, S. 173-192.

91 Hermann Wentker, Chance oder Risiko? Die Außen- und Deutschlandpolitik der DDR im deutsch-deutschen Kommunikationsraum, in: Frank Bösch/Peter Hoeres (Hrsg.), Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013, S. 191-210, hier S. 200.

dabei jedoch Interdependenzen aus dem Blick zu verlieren. Die gewählte Kapitelstruktur birgt freilich die Gefahr in sich, Kontinuitätslinien allzu stark zu unterbrechen. Der größer erscheinende Vorteil liegt indes darin, Redundanzen weitgehend vermeiden und zeitspezifische Veränderungen pointiert herausstellen zu können. Im Schlusskapitel werden Kontinuitätslinien deshalb noch einmal explizit reflektiert. Die vorliegende Arbeit kann sicherlich nicht alle Bereiche der Institutionengeschichte der Deutschen Bücherei abdecken. Wie in jeder Studie musste auch hier eine thematische Auswahl getroffen werden. Dennoch hofft der Verfasser, eine für ein breites Publikum interessante Darstellung vorgelegt zu haben. Möglich gewesen wäre das Buch freilich nicht ohne die ausnahmslos positive Unterstützung durch die Deutsche Nationalbibliothek, namentlich Frau Elisabeth Niggemann und Herrn Michael Fernau, die das Projekt nicht nur angeschoben, sondern stets mit großem Interesse begleitet und durch uneingeschränkten Aktenzugang gefördert haben. Außerdem sei Frau Steffi Richter gedankt, die als Hüterin des Leipziger Hausarchivs mit ihrer Liebenswürdigkeit und Aufgeschlossenheit stets für eine ausgezeichnete Arbeitsatmosphäre und frischen Kaffee gesorgt hat. Auch allen anderen Mitarbeiter/innen der Deutschen Nationalbibliothek sei auf diesem Wege für ihre Gastfreundlichkeit herzlich gedankt.

I. Vom Außenseiter zur »Nationalbibliothek« (1912-1945)

Nationalbibliotheken haben ihren Ursprung im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts. Ihre Knospen keimten bereits in der Wissenskultur der Aufklärung, die wiederum zu einem Motor nationaler Bewegungen wurde. Zunächst aber sollten die Vorläufer von Nationalbibliotheken armen Studenten das Studieren ermöglichen und damit implizit zur Konstituierung politisch bewusster Bürger durch Geschichtsvermittlung beitragen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten nicht mehr nur in exklusiven Gelehrtenbibliotheken gesammelt werden, sondern zunehmend auch in staatlich finanzierten Bibliotheken. Diese sollten nebenbei auch der »Historie des Vaterlandes insonderheit dienen«, indem sie ergänzend zu den staatlichen Archiven »alle Schriften, die zu selbiger gehören« sammelten.¹ Dieses Konzept erreichte im Zuge des *nationbuilding* im 19. und 20. Jahrhundert schließlich eine europaweite Popularität. Das gesteigerte Erinnerungs- und Homogenisierungsbedürfnis nationaler Bewegungen gab den Nationalbibliotheken dabei die entscheidende Legitimation.² Und der aufbrechende Wettbewerb der Nationen schlug sich bald auch auf dem Feld der Wissenschaften nieder. Nationalbibliotheken sollten diesen Wettbewerb abbilden und befeuern, indem sie der beschleunigten und immer spezieller werdenden Nachfrage nach Wissen Rechnung trugen. Sie wurden damit Gegenstand nationaler wie transnationaler Debatten zugleich, gerieten in den Fokus nationaler Wissenschafts- und Wissensorganisationen und galten im politischen Diskurs bald als wichtige Motoren des wissenschaftlichen Fortschritts und damit auch als Symbole nationaler Souveränität nach innen wie nach außen. Schließlich entwickelten sie sich im Laufe des

1 Art. »Bücher-Vorrath, Bibliothek«, in: Johann Heinrich Zedler (Hrsg.), Grosses vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, welche bishero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden, Bd. 4, Halle (Saale)/Leipzig 1733, S. 1838c.

2 Leonhard, Bücher der Nation, in: Buchinger/Gantet/Vogel (Hrsg.), Europäische Erinnerungsräume.

19. Jahrhunderts zu den nationalen Zentren der staatlich organisierten Bibliothekssysteme.³ Zu den Pionieren dieses Konzepts zählen die französische Bibliothèque nationale, das British Museum und die Library of Congress in Washington, D.C., die neben der nationalen wissenschaftlichen Literatur immer auch als wichtig erachtete ausländische Publikationen sammelten.

Es waren auch jene Universalbibliotheken, die deutsche Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker vor Augen hatten, als sie, beseelt von Fortschrittsbegeisterung und Zukunftsoptimismus,⁴ nach der Reichsgründung im Jahre 1871 das Fehlen einer solchen Institution in Deutschland beklagten.⁵ Zu diesem Zeitpunkt war das deutsche Wissenschafts- und Hochschulwesen gerade in einer Phase der Expansion begriffen. Dessen internationales Ansehen ging Hand in Hand mit einer intensiven staatlichen und privaten Förderung. Vor allem die Natur- und Technikwissenschaften profitierten von der deutschen Wirtschaftskraft, was sich im Ausbau der Technischen Hochschulen um 1880 und im Aufbau von Großforschungsinstituten (Kaiser-Wilhelm-Instituten) seit der Jahrhundertwende widerspiegelt.⁶ Wissenschaften wurden im späten 19. Jahrhundert damit zunehmend auch zu einem »Objekt der Politik«⁷ und der Ruf nach staatlichen Initiativen laut, die den wachsenden Informationsbedarf unterstützen sollten. So forderte etwa der Pädagoge und Bibliothekar an der Universität Halle, Karl Kehrbach (1846-1905), im Jahre 1880 eine »Reichsbibliothek« von internationalem Format. Auf Frankreich, England, Italien und die USA blickend machte er deutlich, dass eine solche Bibliothek nur auf einem Pflichtexemplargesetz beruhen könne. Dieses dürfe nicht nur die Verlagsproduktion, sondern müsse auch die zahllosen privat hergestellten Schriften umfassen. Gleichwohl könne nur Berlin, »die Reichshauptstadt, der politische Mittelpunkt Deutschlands, ganz naturgemäß den ersten Anspruch darauf haben«, Standort

3 Peter Hoare, Europe, in: Pamela Spence Richards/Wayne A. Wiegand/Marija Dalbello (Hrsg.), *A History of Modern Librarianship. Constructing the Heritage of Western Cultures*, Santa Barbara/Denver 2015, S. 1-67, hier S. 9f.

4 Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 42-44.

5 Ausführlich zu den Debatten vgl. Rudolf Blum, *Nationalbibliographie und Nationalbibliothek. Die Verzeichnung und Sammlung der nationalen Buchproduktion, besonders der deutschen, von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1990, S. 131-135.

6 Charles E. McClelland, *State, Society and University in Germany, 1700-1914*, Cambridge 1980, S. 300-313.

7 Bernhard vom Brocke, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hrsg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990, S. 17-162, hier S. 20.

der »Reichsbibliothek« zu sein, d.h. es mit Paris, London, Rom, Florenz und Washington aufzunehmen. Klar war für Kehrbach außerdem, dass »zur Nutzbarmachung der neu einlaufenden Bücherschätze ein alter Bestand dringend erforderlich ist«. Damit fiel sein Auge auf die Königlich-Preußische Bibliothek, die in das Eigentum des Reiches übergehen müsse.⁸ Unterstützung erhielt Kehrbach vom Allgemeinen Deutschen Schriftstellerverband, der wenig später eine eigene Eingabe an Reichskanzler Otto von Bismarck richtete.⁹

Erfolg war all diesen Initiativen jedoch nicht beschieden. Sie scheiterten nicht nur am fehlenden Interesse des Reiches, die Pflichtexemplarregelungen und damit die Kulturhoheit der Einzelstaaten anzutasten. Auch die Buchhändler wehrten sich energisch gegen jedwede Pflichtabgabe, vermuteten sie dahinter doch unberechtigte Interessen des Fiskus. In Sachsen hatten sie sogar einen solch großen Widerstand aufgebaut, dass sich das Königreich bereits 1870 dazu veranlasst sah, das Pflichtexemplargesetz abzuschaffen. Einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Föderalismus und dem Ruf nach Zentralisierung suchte der Wissenschaftspolitiker Friedrich Althoff (1839-1908), der seit den frühen 1880er Jahren im preußischen Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten tätig gewesen und 1897 zum Leiter der Abteilung Universitäten und Höhere Schulen ernannt worden war. Zusammen mit Adolf von Harnack (1851-1930), Berliner Ordinarius für Kirchengeschichte, einflussreiches Mitglied der Königlich-Preußischen Akademie und seit der Jahrhundertwende wissenschaftspolitischer Berater Kaiser Wilhelms II., strebte Althoff umfassende Reorganisationsmaßnahmen im preußischen Hochschulwesen an. Ziel war eine effektivere Wissenschaftsorganisation, u.a. durch »wissenschaftliche Großbetriebe«, Beteiligung der Industrie an der Forschungsförderung und Internationalisierung des Wissenschaftsaustauschs.¹⁰ In diesem Bemühen rückte auch das wissenschaftliche Bibliothekswesen in den Blick, insbesondere die Königlich-Preußische Bibliothek zu Berlin, die zu einer »Forschungsbibliothek internationalen Formats«¹¹, vergleichbar mit den Nationalbibliotheken Frankreichs,

8 Karl Kehrbach, Eine deutsche Reichsbibliothek, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel und die mit ihm verwandten Geschäftszweige 1880, Nr. 161, S. 2869-2872.

9 Eingabe an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, die Begründung einer Deutschen Reichsbibliothek betr., in: Neuer Anzeiger für die Bibliographie und Bibliothekswissenschaft 1881, S. 161-164.

10 Bernhard vom Brocke, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907. Das »System Althoff«, Stuttgart 1980; Christian Notmeier, Adolf von Harnack und die deutsche Politik 1890-1930. Eine biographische Studie zum Verhältnis von Protestantismus, Wissenschaft und Politik, Tübingen 2004, S. 158-173, 262-279.

11 Bernhard Fabian, Die Reform des preußisch-deutschen Bibliothekswesens in der Ära Althoff: Fortschritt oder Weichenstellung in eine Sackgasse?, in: Bernhard

Englands und der USA, ausgebaut werden sollte. So wurde 1885 ihr Statut revidiert, das nun die möglichst vollständige Sammlung der deutschen Literatur als zentrale Aufgabe nannte. Die Kulturhoheit der Länder blieb indes unangetastet. Hinsichtlich der Literaturversorgung setzten Althoff und Harnack vielmehr auf ein dezentrales System durch Zusammenfassung aller Berliner Bibliothekskataloge in der Königlich-Preußischen Bibliothek und Einführung des Leihverkehrs.¹² Jedoch erwies sich dieser Plan aufgrund des desolaten Zustands der Berliner Kataloge und der geringen Erwerbungssetats der Bibliotheken als Sackgasse. Bis 1911 hätte sich die Königlich-Preußische Bibliothek entgegen aller Erwartungen, so Harnack, der seit 1905 selbst als deren Generaldirektor agierte, eher zu einer »nationale[n] Ausleih-Bibliothek« entwickelt, was ihre Funktion als Forschungsbibliothek stark gefährdet habe.¹³ Dabei war außerdem offensichtlich geworden, dass der Bibliothek von 100 nachgefragten Büchern mindestens fünf fehlten.¹⁴

In dieser spannungsgeladenen Situation entstand die Deutsche Bücherei. Sie war gewissermaßen eine Kompromisslösung, hervorgegangen aus einem langen Prozess des Scheiterns des »Systems Althoff« im Bibliothekswesen, und für Adolf von Harnack, der sich nach dem Tode Althoffs als dessen Nachlassverwalter verstand, zunächst ein ausgesprochenes Ärgernis. Dabei war es kein Geringerer als Althoff selbst, der 1906 in Bad Kissingen mit Karl Siegismund (1861-1932), dem Ersten Schriftführer des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, zusammenkam, um den mächtigen Verband des herstellenden, zwischenhandelnden und handelnden Buchhandels für den Aufbau einer Zentralbibliothek zu gewinnen. Siegismund wiederum zeigte sich interessiert und nutzte die Gelegenheit zugleich, um für den Buchhandel Konzessionen herauszuschlagen, vor allem in der brennenden Frage des Bibliotheksrabatts für Preußen. Daneben erblickte er in Althoffs Begehren eine Möglichkeit, das Wöchentliche

vom Brocke (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das »System Althoff« in historischer Perspektive, Hildesheim 1991, S. 425-441, hier S. 427.

12 Zur Bibliothekspolitik Althoffs gehörten weiterhin die Ausarbeitung der Preußischen Instruktionen als maßgebliches Regelwerk für Bibliothekskataloge, Ausbildungsordnungen für den höheren Bibliotheksdienst sowie Baumaßnahmen für Universitätsbibliotheken. Vgl. Peter Vodosek, Bibliotheken und Leserlenkung, in: Georg Jäger/Dieter Langewiesche/Wolfram Siemann (Hrsg.), Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Das Kaiserreich 1870-1918, Teil 1, Frankfurt am Main 2001, S. 409-443, hier S. 419.

13 Adolf von Harnack, Die Benutzung der Königlichen Bibliothek und die deutsche Nationalbibliothek (1912), in: Adolf von Harnack, Wissenschaftspolitische Reden und Aufsätze, hrsg. v. Bernhard Fabian, Hildesheim/Zürich/New York 2001, S. 113-135, hier S. 125.

14 Vgl. ebd., S. 119.

Verzeichnis der Hinrichs'schen Buchhandlung, das Verlegern und Sortimentern als einzige Informationsquelle über Neuerscheinungen diente, sich aber angesichts des stark expandierenden Buchmarktes zunehmend verteuert hatte und ohnehin unvollständig war, durch eine kostengünstigere und effektivere Variante zu ersetzen, die auch die nicht im Buchhandel erschienene Literatur erfassete.¹⁵ Allerdings war Siegismunds Plan innerhalb des Börsenvereins nicht unumstritten, sodass das Projekt zunächst ruhte.

Den entscheidenden Impuls erhielt die Debatte schließlich durch eine geheim gehaltene Denkschrift des Dresdner Verlagsbuchhändlers und 2. Vorstehers des Börsenvereins, Erich Ehlermann (1857-1937). Dieser hatte sich 1910 für eine »Reichsbibliothek« in Leipzig ausgesprochen, deren wesentlicher Zweck die vollständige Sammlung von Erzeugnissen des Buchhandels, periodischer Literatur, von Privatdrucken, Flugblättern, Katalogen und anderen Verzeichnissen sowie darauf aufbauend die »absolute[r] Vollständigkeit der deutschen Bibliographie« sein sollte. Konzentrieren sollte sich die Sammeltätigkeit ausschließlich auf Deutschland. Begrenzt werden sollte ferner die Benutzung auf die in Leipzig ansässigen Gelehrten und wenige auswärtige Wissenschaftler. Stattdessen sollte die »Reichsbibliothek« ihre Bestände an andere Bibliotheken verleihen. Aufgebaut werden sollte die Sammlung durch die Bereitwilligkeit der Verleger, denen die kostenlose Ablieferung eine »Ehrenpflicht« sei, wobei die Bundesstaaten, die über ein Pflichtexemplargesetz verfügten, zeitgleich auf ihre Belegexemplare verzichten sollten, um die Verleger nicht unnötig zu belasten. Ehlermann hatte somit keine Nationalbibliothek im zeitgenössischen Sinne vor Augen, sondern eine die bestehenden Bibliotheken ergänzende Einrichtung, die in erster Linie dem Buchhandel dienen sollte.¹⁶ Der Titel »Reichsbibliothek« diente vorrangig der Aufwertung der Institution. So war diese Denkschrift hauptsächlich an die Stadt Leipzig, das Königreich Sachsen und das Reich gerichtet, weil diese das Vorhaben finanziell tragen sollten. Gleichwohl provozierte sie heftige Gegenwehr aus Berlin, nicht zuletzt weil sie die Position der Königlich-Preussischen Bibliothek gegenüber dem Preussischen Finanzministerium schwächte. Paul Schwenke (1853-1921), Erster Direktor der Königlich-Preussischen Bibliothek, reagierte öffentlich entrüstet. In seinen Augen wollte man »einen neuen Organismus schaffen, natürlich wieder einen unvollständigen und erst recht lückenhaften«. Deshalb sei das Vorhaben eine »so verfehlte Gründung, für die der stolze Name »Reichsbibliothek« unbedingt abzulehnen ist«, vielmehr noch eine »faktisch gegen Preußen gerichtete[n] Spitze«. Schwenke vermutete hinter dem Plan ein Agreement zwischen der sächsischen Regierung und dem Buch-

15 Blum, Nationalbibliographie und Nationalbibliothek, S. 203f.

16 Erich Ehlermann, Eine Reichsbibliothek in Leipzig (1910), Leipzig 1927.

handel, das abgeschaffte Pflichtexemplar zu kompensieren, und wertete das Projekt damit nachdrücklich ab.¹⁷

Je deutlicher sich Berlin echauffierte, umso mehr gelang es dem Börsenverein, die Stadt Leipzig und die sächsische Regierung für das Vorhaben zu interessieren. Anders als von Schwenke vermutet, ging es Sachsen aber weniger um ein Äquivalent für das abgeschaffte Pflichtexemplar, sondern um Statusgewinne gegenüber der Konkurrenz aus Preußen. Vor allem die Metropole Berlin hatte sich unlängst zum zentralen Verlagsort entwickelt und Leipzig diesbezüglich den Rang abgelaufen.¹⁸ Mit dem Aufbau einer Zentralbibliothek erhoffte man sich in Dresden, Leipzig als Verlagsstandort zu stärken, dadurch von der Wirtschaftskraft des deutschen Buchhandels zu profitieren und nicht zuletzt auch an Prestige gegenüber Preußen zu gewinnen. Das Reich (sowie die anderen Einzelstaaten) beteiligten sich an diesen Plänen aber letztlich nicht. So einigte man sich schließlich darauf, dass der Börsenverein anstelle des Reiches selbst die Träger-schaft übernahm.

Schließlich verkündete der Verband am 25. September 1912 die Gründung der Deutschen Bücherei mit dem Zweck, die gesamte ab 1. Januar 1913 erscheinende deutschsprachige Literatur, mit Ausnahme der Periodika, zu sammeln, bereitzustellen und nach wissenschaftlichen Grundsätzen bibliographisch zu verzeichnen.¹⁹ Der Börsenverein erklärte sich bereit, bei sämtlichen Vereinsmitgliedern die Werbetrommeln zu rühren, um diese zur freiwilligen Abgabe je eines Beleg-exemplares ihrer Produktion nach Leipzig zu motivieren. Königreich und Stadt übernahmen dagegen die laufenden Kosten der Institution. Der Rat der Stadt Leipzig sollte zudem ein Grundstück für den Bau eines neuen Gebäudes kostenfrei zur Verfügung stellen. Der Einfluss Sachsens und Leipzigs auf die Deutsche Bücherei blieb aber gering. Deren Statut räumte dem Börsenverein stets ein zahlenmäßiges Übergewicht ein. Von den acht Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses mussten vier aus den Reihen des Börsenvereins gewählt werden, im Verwaltungsrat stellte der Verband 16 von 31 Mitgliedern. Beide Gremien wurden jeweils vom 1. Vorsteher des Börsenvereins geleitet.²⁰ Ebenso blieb die Bibliographische Abteilung, die für die Bearbeitung des »Täglichen Verzeichnisses der Neuerscheinungen« und des »Wöchentlichen Verzeichnisses der erschienenen und der vorbereiteten Neuigkeiten des Buchhandels« (als Bestandteile bzw.

17 Paul Schwenke, Eine »Reichsbibliothek«?, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 28 (1911), S. 263-266, hier S. 265f.

18 Barbara Kastner, Statistik und Topographie des Verlagswesens, in: Jäger/Langewiesche/Siemann (Hrsg.), Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Das Kaiserreich 1870-1918, Teil I, S. 300-367, hier S. 361.

19 Fernau/Poethe, Die Gründung der Deutschen Bücherei, in: Alexandre/Marcowitz (Hrsg.), L'Allemagne en 1913, S. 304f.

20 Karl Siegismund, Deutsche Bücherei, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 81 (1914), Nr. 96 vom 28.4.1914, S. 645f.

Beilagen des Börsenblattes) zuständig war, in der Hand des Börsenvereins. Damit sollte der vornehmliche Nutzen der Bibliographie für den Buchhandel sichergestellt und wohl auch die Abgabebereitschaft der Verlage und Sortimentere am Leben gehalten werden. Für die Außendarstellung des Börsenvereins erfüllte die Deutsche Bücherei aber eine kaum zu unterschätzende Funktion, konnte sich der Verband, dem treffenden Urteil Georg Jägers zufolge, nun doch einmal mehr als »Träger nationaler kultureller Interessen profilieren«.²¹

Aus Rücksicht auf Preußen, und weil es aus Sicht des Börsenvereins schlicht nicht mehr notwendig war, verzichtete man nun jedoch öffentlich auf den umstrittenen Titel »Reichsbibliothek«. Hatte der Börsenverein in seiner ersten Ankündigung vom September 1912 noch stolz vom »Gedanken einer deutschen National-Bibliothek«²² gesprochen, verwies man in den Erläuterungen zum Vertrag mit Sachsen und Leipzig im Jahr darauf nur noch auf den »Gedanke[n] [...], der jahrzehntelang die Gemüter aller beteiligten Kreise: des deutschen Buchhandels, der Gelehrtenwelt, der Bibliothekare und auch der Behörden bewegt hat«. Zugleich machte man deutlich, dass die Deutsche Bücherei »zu keiner der bestehenden und vorzüglich geleiteten deutschen Bibliotheken in irgend einen Wettbewerb treten wird, daß sie vielmehr bestimmt ist, sie alle zu ergänzen und in ihrer Tätigkeit zu fördern«.²³ Schließlich entschied man sich bewusst für die Bezeichnung »Bücherei« (anstatt »Bibliothek«), um die Einrichtung von den staatlichen wissenschaftlichen Bibliotheken abzugrenzen. Innerhalb des deutschen Bibliothekswesens blieb die Einrichtung damit jedoch ein höchst umstrittener Außenseiter. Der Bibliothekar Paul Ladewig (1858-1940), ein Vertreter der »Bücherhallenbewegung«, etwa warf der Deutschen Bücherei vor, sich zu einem benutzerfeindlichen Monstrum zu entwickeln, da sie nicht systematisch zwischen »wertvoller« und »wertloser« Literatur unterscheidet.²⁴

Gleichwohl buhlten die Träger der Bibliothek aus wirtschaftlichen und Prestige Gründen bei jeder sich bietenden Gelegenheit weiter um die Gunst des Reiches. So wählte das Leipziger Stadtparlament für den Bau des neuen Gebäudes der Deutschen Bücherei mit dem Deutschen Platz nicht nur einen Ort in Sichtweite zum parallel errichteten Völkerschlachtdenkmal, einem der letz-

21 Georg Jäger, Von der Krönerschen Reform bis zur Reorganisation des Börsenvereins 1928, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000, S. 60-90, hier S. 86.

22 Bekanntmachung, Deutsche Bücherei, 25.9.1912, in: Börsenverein der Deutschen Buchhändler (Hrsg.), Deutsche Bücherei des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Urkunden und Beiträge zu ihrer Begründung und Entwicklung, 9. Aufl., Leipzig 1914, S. 3.

23 Vertrag über die Deutsche Bücherei in Leipzig, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 30 (1913), S. 33-36, hier S. 34.

24 Paul Ladewig, Eine Reichsbibliothek in Leipzig?, in: Der Tag (A) vom 19.7.1912, o.S.

ten wilhelminischen Großdenkmäler. Auch die Grundsteinlegung ließ man am Tage nach der Einweihung des Völkerschlachtdenkmalms am 18. Oktober 1913, hundert Jahre nach dem Sieg über Napoleon, stattfinden.²⁵ Über den Portalen des Haupteingangs prangten Porträtbüsten von Bismarck, Goethe und Gutenberg, was den nationalen Charakter der Bibliothek unterstreichen sollte. Für die Einweihung des Gebäudes im Kriegsjahr 1916 wählte man schließlich den Sedantag, den halboffiziellen Nationalfeiertag der Deutschen anlässlich der Kapitulation der französischen Truppen Anfang September 1870.²⁶ Auch nutzte man die besondere Situation des Ersten Weltkrieges, um sich »als neue[n] und bedeutende[n] Akteur des deutschen Bibliothekswesens« ins Gespräch zu bringen.²⁷ Dem diente etwa die Anlage einer Kriegssammlung unter Mitwirkung von Buchhändlern und Militärbehörden, deren Einsendungen auch für Ausstellungen genutzt wurden.²⁸ Seit 1916 arbeitete die Bibliothek zudem mit der eigens in Leipzig eingerichteten »Buchprüfungsstelle Ober Ost« zusammen, die die Einfuhr von Büchern, Broschüren und Tageszeitungen in die besetzten Gebiete des lettischen Kurlandes, Litauens und des polnisch-weißrussischen Bialystok-Grodno kontrollierte. Die Übernahme dieser »nationalen Dienstleistung« hatte durchaus Erfolg. Im letzten Kriegsjahr 1918 überwies das Reich der Bibliothek erstmals 30.000 Mark.²⁹

Nach außen hin demonstrierten die Beteiligten damit Einmütigkeit. Im Innern tobten jedoch erbitterte Kämpfe zwischen dem Börsenverein und den Bibliothekaren um die Entwicklung der Institution. Vor allem Siegmund ließ keinen Zweifel daran, wer der Herr im Hause war. So kam es bereits Anfang 1914 zu einem ersten, auch in die Öffentlichkeit getragenen Eklat zwischen ihm und dem ersten Direktor der Deutschen Bücherei, Gustav Wahl (1877-1947). Wahl und die beiden anderen bibliothekarischen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses hatten vergeblich versucht, bibliothekarische Fachfragen (etwa das Fehlen von Geschäfts- und Dienstordnungen) zu verhandeln.³⁰ Auch bei der Zusammenarbeit mit der »Buchprüfungsstelle Ober Ost« kam es immer wieder zu Streitigkeiten. Verband Siegmund damit vor allem wirtschaftliche Vorteile, indem Buchhändler unmittelbar über die Vertriebsmöglichkeiten nach »Ober

25 Fernau/Poethe, Die Gründung der Deutschen Bücherei, in: Alexandre/Marcowitz (Hrsg.), *L'Allemagne en 1913*, S. 290.

26 Middell, *La bibliothèque nationale*, in: Charle/Roche (Hrsg.), *Capitales culturelles, capitales symboliques*, S. 258.

27 Michael Tobegen, Ein Trommelfeuer von bedrucktem Papier. Fliegerabwürfe in der Deutschen Nationalbibliothek, in: Julia Freifrau Hiller von Gaertringen (Hrsg.), *Kriegssammlungen 1914-1918*, Frankfurt am Main 2014, S. 313-334, hier S. 316.

28 Ebd., S. 314f.

29 Poethe, *Deutsche Bücherei und Militärzensur im I. Weltkrieg*, S. 173-193.

30 Der Konflikt in der Deutschen Bücherei, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 199 vom 21.4.1914, S. 6f.

Ost« informiert wurden, sah Wahl hierin eine zusätzliche Belastung für die Bibliothekare. Den Einwänden der Bibliothekare begegnete Siegismund aber nicht nur als »brutaler Autokrat«³¹, offensichtlich intrigierte er auch derart gegen Wahl, dass dieser 1916 vom Direktorenposten zurücktrat und zunächst in die Leipziger Reichsgerichtsbibliothek und 1918 dann in die Hamburgische Stadtbibliothek wechselte. Die Deutsche Bücherei blieb ihm noch Jahre später als »Leipziger Bücherinferno«³² im Gedächtnis.

Doch obwohl Siegismund ebenfalls im Jahre 1916 vom konsensorientierten Leipziger Verlagsbuchhändler Arthur Seemann (1861-1925, Börsenvereinsvorsteher 1916-1918) an der Spitze des Börsenvereins abgelöst wurde, gestaltete sich die Suche nach einem Nachfolger für Wahl als ausgesprochen kompliziertes Unterfangen. Unter wissenschaftlichen Bibliothekaren galt die Institution nicht nur wegen der Übermacht des Börsenvereins als unattraktives Berufsfeld. Die Bibliothekare waren zudem allesamt Angestellte des Börsenvereins und kamen so nicht in den Genuss beamtenrechtlicher Vorzüge. Häufig musste daher auf Personal zweiter Wahl zurückgegriffen werden. Georg Minde-Pouet (1871-1950), vormals Direktor der Städtischen Sammlungen Dresden, der Wahl im Mai 1917 nachfolgte, hatte im Bewerbungsverfahren zunächst einen hinteren Rang eingenommen. Erst nachdem namhafte Persönlichkeiten wie der Direktor der Universitätsbibliothek Münster, Aloys Bömer (1863-1944), der Oberbibliothekar der Universitätsbibliothek Breslau, Georg Leyh (1877-1968), und der Direktor der Staatsbibliothek Bromberg, Martin Bollert (1876-1968), wegen unannehmbaren Bedingungen abge sagt hatten, entschied man sich für den Kleist-Forscher Minde-Pouet.³³

Minde-Pouets Wirken wiederum ist eng mit dem Krisen- und Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik³⁴ verknüpft. Für die Deutsche Bücherei markierte der Zusammenbruch der imperialen Ordnung 1918/19 den Beginn ihrer Karriere, denn nun erfolgte die Integration der bislang weitgehend skeptisch beäugten Institution ins deutsche Bibliothekswesen, was auch die Position der Bibliothekare gegenüber dem Börsenverein stärkte. Zwei zeitgenössische Diskursstränge hatten diesen Weg geebnet. Zum einen waren die Forschungseinrichtungen von den Folgen des Ersten Weltkrieges, der Geldentwertung und dem Wegfall von privatem Stiftungsvermögen besonders betroffen, was vielen Akademikern einer nationalen Krise gleichkam.³⁵ Eine wichtige Kompensationsfunktion erfüllten

31 Voigt, Leipzig – Hamburg – Dresden, in: Weigel (Hrsg.), Festschrift für Horst Gronemeyer zum 60. Geburtstag, S. 784.

32 Ebd., S. 789.

33 Ebd., S. 785-787.

34 Zum Zusammenhang von Krisendiskurs und Zukunftsoptimismus in der Weimarer Republik vgl. Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main/New York 2005.

35 Sören Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008, S. 46f.

nun das Reich, dessen Verfassung von 1919 auch Grundsatzkompetenzen für das wissenschaftliche Bibliothekswesen vorsah, und die 1920 gegründete Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, die Hilfsfonds für die notwendigsten Erwerbungen verwaltete.³⁶ Zum anderen mehrten sich mit dem Zusammenbruch des alten Regimes auch kritische Stimmen gegenüber der Notwendigkeit einer »Nationalbibliothek« als Kulturinstitution. Während parallel in der jungen Republik Österreich die Wiener Hofbibliothek in eine »Nationalbibliothek« umgetauft wurde, um den imperialen Gedanken der KUK-Monarchie weiterhin kulturell aufrechtzuerhalten,³⁷ erhoben sich im Deutschen Reich dagegen Stimmen, die das Konzept als Relikt aus einer alten Zeit brandmarkten. In einer Replik auf einen Artikel des Direktors der Bonner Universitätsbibliothek, Wilhelm Adolf Erman (1850-1932), der 1919 noch einmal das Fehlen einer »Nationalbibliothek« beklagt hatte, entgegnete sein Kollege aus Marburg, Alfred Schulze (1861-1949), dass man in Deutschland auf eine »Nationalbibliothek« verzichten könne:

»Das Gepäck unseres Volkes würde mit den Jahrhunderten so schwer, daß alle geistige Entwicklung dadurch gelähmt werden müßte. Das beständige Schauen nach rückwärts müßte das Ausschreiten nach vorwärts hemmen.«³⁸

Die Deutsche Bücherei ging aus diesem Diskurs gestärkt hervor, denn nun konnte sie sich als (unpolitische) Dienerin der Wissenschaften profilieren, ohne dass ihr automatisch ein kulturalistisch grundierter Führungsanspruch vorgeworfen werden musste. Jedoch drohte ihr aus finanziellen Gründen zunächst die Zusammenlegung mit der Leipziger Universitätsbibliothek.³⁹ Dagegen erhob sich nun aber nicht nur Protest von Leipziger Seite, sondern auch von führenden wissenschaftlichen Bibliothekaren. In einer gemeinsamen Denkschrift des Verwaltungsrates der Deutschen Bücherei und des Preußischen Beirates für Bibliotheksangelegenheiten machte man nun auf die Bedeutung der Deutschen Bücherei für das gesamte Bibliothekswesen aufmerksam. Unter den Unterzeichnern befand sich auch der erste Direktor der Preußischen Staatsbibliothek, Paul Schwenke, welcher die Leipziger Bibliothek wenige Jahre zuvor noch scharf

36 Peter Vodosek, Bibliotheken als Institutionen der Literaturvermittlung, in: Ernst Fischer/Stephan Füssel (Hrsg.), Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Die Weimarer Republik, Teil I, München 2007, S. 197-222, hier S. 198, 217.

37 Josef Mayerhöfer, Von der Hofbibliothek zur Nationalbibliothek (1899-1922), in: Josef Stummvoll (Hrsg.), Geschichte der Österreichischen Nationalbibliothek, Erster Teil: Die Hofbibliothek (1368-1922), Wien 1968, S. 497-638, hier S. 618.

38 Alfred Schulze, Zur Frage der deutschen Nationalbibliothek, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 37 (1920), Heft 1/2, S. 31-37, hier S. 36.

39 Zu den Hintergründen und Diskussionen ausführlich Hesse, Gesellschaftliche Faktoren, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962, S. 37-40.

kritisiert hatte.⁴⁰ Mit Stolz vermerkte Hans Praesent (1888-1946), seit 1918 wissenschaftlicher Hilfsbibliothekar in der Deutschen Bücherei, dass sich »die Stellung der alten Bibliotheken zur Deutschen Bücherei in den letzten Monaten völlig geändert« habe.⁴¹ Sie sei nun »weit davon entfernt, etwa eine Reichs-, National- oder Zentralbibliothek für Deutschland sein zu können und zu wollen, sondern sie wird eine Art Hilfsanstalt für alle anderen werden, aber doch ein Mittelpunkt für bibliothekswissenschaftliche Arbeiten, die nur von ihr unternommen werden können, und sie wird weniger für sich als für andere und die Gesamtheit Arbeit leisten«.⁴² Damit war das Programm der Deutschen Bücherei unter Minde-Pouet eingeraht, das im Kern aus drei Punkten bestand und nicht zuletzt auch das Ziel verfolgte, das Reich stärker materiell an der Einrichtung zu interessieren. Ausgehend von der auf freiwilligen Abgaben durch die Verleger basierenden Sammlung der Deutschen Bücherei wollte Minde-Pouet erstens die Katalogisierung der gesamten deutschen Literatur für alle anderen Bibliotheken übernehmen, d.h. Titel- und Zetteldrucke herstellen. Zweitens sollte das Tägliche Verzeichnis umgestaltet und um Publikationen außerhalb des Buchhandels erweitert werden. Hinzukommen sollten, drittens, systematische Bibliographien für bestimmte Fachthemen.⁴³ Zudem hatte sich Minde-Pouet dazu verpflichtet, die Deutsche Bücherei stärker an den Leihverkehr anzubinden.

Bei der Umsetzung des Planes stieß Minde-Pouet allerdings an erhebliche Grenzen. Zwar beteiligte sich das Reich seit 1920 regelmäßig an den Kosten der Deutschen Bücherei, durch die rasante Geldentwertung infolge der Inflation aber blieb die Wirkung der jährlich gewährten Zuschüsse begrenzt. Erst 1923 einigte man sich auf den Modus, wonach das Reich und das Land Sachsen künftig jeweils zwei Fünftel, die Stadt Leipzig ein Fünftel der Kosten übernahmen.⁴⁴ Allerdings musste die Deutsche Bücherei noch lange Zeit mit den Nachwirkungen der Inflation kämpfen. Ende 1923 musste sie erstmals für den Publikumsverkehr geschlossen werden, nachdem die Stadt Leipzig die Bereitstellung der Mittel wegen eigener Finanznöte verweigerte hatte.⁴⁵ Zudem war das Vorhaben, für alle Bibliotheken Titel- bzw. Zetteldrucke herzustellen, von erneuten Konflikten zwischen Berlin und Leipzig überschattet, denn die Preußische Staatsbibliothek diskutierte seit 1919 selbst über die Herstellung eigener Titeldrucke auf der Ba-

40 Der Kampf um das Bestehen der Deutschen Bücherei, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 37 (1920), Heft 9/10, S. 246-248.

41 Hans Praesent, Der Daseinskampf der Deutschen Bücherei im deutschen Bibliothekswesen, in: Die Grenzboten 79 (1920), S. 117-125, hier S. 121.

42 Ebd., S. 125.

43 Ebd., S. 123f.

44 Hesse, Gesellschaftliche Faktoren, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962, S. 43.

45 Die Erhaltung der Deutschen Bücherei vorläufig gesichert, in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 17 vom 17. Januar 1924, S. 21.

sis des unter Althoff etablierten dezentralen Katalogsystems, das durch regelmäßige Berichte wissenschaftlicher Bibliotheken über deren Neuerwerbungen fortlaufend aktualisiert und damit direkt an deren Bedürfnisse angepasst werden konnte.⁴⁶ Der »Kampf [...] um die Zentralkatalogisierung« sei, so Minde-Pouets Nachfolger Heinrich Uhlendahl (1886-1954) später, die eigentliche »Haupttätigkeit« seines Vorgängers gewesen.⁴⁷ Allerdings legte Minde-Pouet sein Amt, offenbar infolge einer Intrige, am 10. Oktober 1923 nieder.

Trotz der Widerstände, gegen die Minde-Pouet anzukämpfen hatte, nahm sein Handeln vieles von dem vorweg, was der Deutschen Bücherei unter seinem Nachfolger Heinrich Uhlendahl zum Durchbruch verhelfen sollte. 1921 wurde, allerdings eher aus finanziellen Gründen, die Bearbeitung des Täglichen und des Wöchentlichen Verzeichnisses der Neuerscheinungen in die Verantwortung der Deutschen Bücherei gegeben, zudem eine neue Bibliographie über Zeitschriften und andere periodische Neuerscheinungen initiiert und schließlich wurden die Benutzungsmöglichkeiten stark erweitert. Seit 1922 führte die Bibliothek außerdem einen Zentralkatalog der nicht im Buchhandel erschienenen Werke.⁴⁸

Die Rolle Uhlendahls, dessen Name später geradezu zum Synonym für die Erfolgsgeschichte der Deutschen Bücherei wurde, muss vor diesem Hintergrund relativiert werden. Bemerkenswert bleibt jedoch die Länge seiner Amtszeit, die sich bis zu seinem Tode über drei verschiedene politische Systeme erstreckte. Uhlendahl wuchs im katholischen Essen-Borbeck auf, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Berlin und Münster und wurde 1919 in Münster mit einer Arbeit über Heinrich Heine und E.T.A.Hoffmann promoviert. Von 1914 bis 1918 hatte er Kriegsdienst geleistet, 1919 trat er als Volontär in die Preußische Staatsbibliothek ein. Noch bevor Uhlendahl aber seine bibliothekarische Fachprüfung ablegte, hatte er sich beurlauben lassen, um als Mitglied der Garde-Kavallerie-Schützen-Division den preußischen Staat gegen den sogenannten Spartakusbund zu verteidigen. Nach Ablegen der Fachprüfung nahm Uhlendahls Karriere eine rasante Entwicklung. Innerhalb von drei Jahren stieg er vom Bibliotheksassistenten zum Adjutanten der Generaldirektion der Preußischen Staatsbibliothek auf. 1924 wurde er zudem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Bibliothekare gewählt.⁴⁹ Die »finanzielle[n]

46 Marta L. Dosa, *Libraries in the Political Scene*, Westport/London 1974, S. 160f.

47 Heinrich Uhlendahl an Georg Leyh, 29.7.1950, ADNBL, 811/7, Bl. 44.

48 Hans Schurig, *Zeittafel zur Geschichte der Deutschen Bücherei*, BArch, DR 3, 1. Schicht, 3031, unfol.

49 Art. Uhlendahl, Heinrich, in: Alexandra Habermann/Rainer Klemmt/Frauke Siefkes (Hrsg.), *Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925-1980*, Frankfurt am Main 1985, S. 357f.; Art. »Uhlendahl«, in: *Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935*, Berlin 1934, S. 500.

Bedrängnis unseres Vaterlandes«⁵⁰ und die vielfach damit in Verbindung gebrachten moralischen Verwerfungen bildeten die zentralen Erfahrungshintergründe für Uhlendahls bibliothekspolitische Aktivitäten. So setzte er sich immer wieder für die Stärkung seines Berufsstandes sowohl innerhalb der Beamten-schaft als auch im täglichen Verkehr mit den Benutzern ein. Die Aufgabe von Bibliothekaren sah er dabei nicht nur in der Förderung der Wissenschaften als nationale Aufgabe, sondern auch in der Disziplinierung der Benutzer »in unserer Zeit, wo durch den langen Krieg und den Umsturz der staatlichen Ordnung die moralischen Anschauungen breiter Volksschichten erschüttert sind, Diebstähle und böswillige Beschädigungen von Büchern einen bedauerlichen Umfang angenommen« hätten.⁵¹

Mit diesen Vorprägungen trat Uhlendahl fast genau ein Jahr nach dem Rücktritt Minde-Pouets seinen Dienst in Leipzig an. Anknüpfend an die von seinem Vorgänger gelegten Fundamente, bemühte er sich in den folgenden Jahren besonders um eine stärkere Beteiligung des Reiches an der Unterhaltung der Bibliothek. Unterstützt wurde er dabei vom Börsenverein, der sich unter Arthur Meiner (1918-1924) nun sogar dafür aussprach, dass die Deutsche Bücherei eine vollwertige Bibliothek werden sollte. Bei der Amtseinführung Uhlendahls am 30. September 1924 sprach Meiner die Hoffnung aus, Uhlendahl möge sein ganzes Wirken und Schaffen dem »Wohle der großen deutschen Nationalbibliothek« widmen.⁵² Auch der stellvertretende Direktor, Otto Erich Ebert (1880-1934), machte sich dafür stark, nun »jene großdeutsche Bibliothekspolitik zu betreiben, auf die Sie ihre Mission gebieterisch hinweist«. Uhlendahl griff diese Forderungen beflissentlich auf: »Was sie [die Deutsche Bücherei, d.V.] aber in 50 Jahren, in 100 Jahren bedeutet, was sie erst bedeutet, wenn der großdeutsche Gedanke eines Fichte und Arndt, eines Uhland und Eichendorff einmal Wirklichkeit werden sollte, das meine Damen und Herren, ist heute noch gar nicht zu ermessen.« Im nationalkonservativen Milieu verankert, huldigten Uhlendahl, Meiner und Ebert der antiparlamentarischen Zeitstimmung, bedienten den »Volksgemeinschafts«-Diskurs als Gegenkonzept zu Parlamentarismus und Pluralismus und unterstützten damit verbal den Übergang zu einem autoritä-

50 Heinrich Uhlendahl, Die augenblickliche wirtschaftliche Lage und die Beförderungsaussichten der Anwärter für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst in Preußen, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 40 (1923), S. 251-257, hier S. 255.

51 Heinrich Uhlendahl, Zum inneren Betrieb der Bibliotheken, in: ebd., S. 424-434, hier S. 430.

52 Zu diesem und den nachfolgenden Zitaten vgl. Ansprachen, gehalten bei der am 30. September 1924 stattgefundenen Einführung des neugewählten Direktors der Deutschen Bücherei zu Leipzig, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 243 vom 15.10.1924, S. 13915-13917.

ren Staat.⁵³ Ihrem Lobgesang auf die Exekutive entsprach freilich eine ausgesprochene personelle Kontinuität in der Bibliotheksverwaltung.⁵⁴ Nicht zuletzt auch deshalb plädierte Uhlendahl für die »Übertragung von Landeszuständigkeiten auf das Reich«, für die »Schaffung oberster Reichsinstanzen« sowie für die »Ausbreitung von Wirtschaftsverbänden und Verbandsorganisationen über das ganze Land«. Nur so könne das »alle Volksgenossen miteinander verbindende Band enger geschmiedet« werden. Aber auch die Konflikte mit der Preußischen Staatsbibliothek ließen sich durch die Betonung des Nationalstolzes verbal verwischen. Diese und die Deutsche Bücherei seien, so Uhlendahl, »beide in Zeiten gegründet [worden], wo die Wogen des nationalen Denkens und Fühlens stark und hoch gingen«. Nationale Gefühlsregung und bibliothekarische Eigeninteressen gingen somit ein eigentümliches Mischungsverhältnis ein.

Vor diesem Hintergrund ist auch die bereitwillige Unterstützung der staatlichen Zensurpolitik durch die Deutsche Bücherei zu sehen. Ende 1926 hatte der Reichstag unter dem Banner des Jugendschutzes ein Gesetz gegen die »Schund- und Schmutzliteratur« beschlossen⁵⁵, das eine Nachzensur insbesondere für Groschenromane vorsah, in denen zahlreiche gesellschaftspolitische Akteure von »bürgerlichen Jugendschützern« bis »weit in die Sozialdemokratie hinein«⁵⁶ die Ursache für die sittliche Verrohung der Jugend sahen, wie sie sich in den Gewaltexzessen der jungen Republik widergespiegelt hätte. Zuständig für die Nachzensur »minderwertiger« Schriften war das Reichsinnenministerium.⁵⁷ Die Deutsche Bücherei wurde im Zuge dessen zur Sitzungszentrale der 1927 in Leip-

53 Mark Mazower, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, New York 2000, S. 17-21. Zu den fließenden Übergängen zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus vgl. die Milieu- bzw. Lokalstudien von Bösch, *Das konservative Milieu*, S. 113-133; Peters, *Nationalsozialistische Machtdurchsetzung*.

54 Vodosek, *Bibliotheken als Institutionen der Literaturvermittlung*, in: Fischer/Füssel (Hrsg.), *Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Die Weimarer Republik*, Teil I, S. 198.

55 Zur Debatte über das Gesetz vgl. Isabelle Engelhardt, *Der Kampf gegen die moralische Vergiftung. Die Diskussion um »Schund und Schmutz« in Film und Literatur*, in: Thorsten Eitz/Isabelle Engelhardt (Hrsg.), *Diskursgeschichte der Weimarer Republik*, Bd. 2, Hildesheim/Zürich/New York 2015, S. 261-312, hier S. 289-309. Zur Einordnung der Debatte in längere Linien der deutschen Geschichte vgl. Kara L. Ritzheimer, *»Trash«, Censorship, and National Identity in Early Twentieth-Century Germany*, New York 2016.

56 Winfried Speitkamp, *Jugendschutz und kommerzielle Interessen. Schunddebatte und Zensur in der Weimarer Republik*, in: Hartmut Berghoff (Hrsg.), *Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 47-75, hier S. 55.

57 Klaus von der Groeben, *Reichsinnenministerium*, in: Kurt G.A. Jeserich u.a. (Hrsg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte*. Bd. 4: *Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1985, S. 156-168, hier S. 158.

zig geschaffenen Oberprüfkommission⁵⁸ und richtete selbst eine Sammlung der »Schund- und Schmutzschriften« ein, die sämtliches von den Prüfstellen beanstandetes Material sammelte. Darüber hinaus bildete sie eine Abteilung für geheim zu haltende Schriften, in der weitere, von Polizeistellen beschlagnahmte politische Drucke, durch Staatsanwaltschaften zugegangene erotische Literatur sowie Schriftgut von Verbänden und Logen, das nur für Mitglieder bestimmt war, aufgestellt wurden. Damit unterstützte die Bibliothek das Reichsinnenministerium auch in seinem Kampf gegen den Kulturföderalismus und konnte überdies an öffentlichem Prestige dazugewinnen, weil sie das verrufene Schrifttum sichtbar machte, zugleich aber für spätere Forschungen aufbewahrte.⁵⁹

Uhlendahls Amtsbilanz nahm sich beeindruckend aus. Bis 1933 verdoppelte sich nicht nur die Zahl der hauptamtlichen Bibliothekare von fünf auf zehn,⁶⁰ auch die Benutzung nahm stetig zu. Die Zahl der bibliographischen Auskünfte stieg um das 14-Fache (von 1.563 auf 22.524). 1932 hatte die Deutsche Bücherei die Preußische Staatsbibliothek diesbezüglich erstmals statistisch überholt. 1938 erteilte die Leipziger Bibliothek dreimal so viele Auskünfte wie Berlin.⁶¹ 1927 und 1928 erweiterte die Deutsche Bücherei zudem ihr bibliographisches Angebot um sechs monatlich und jährlich erscheinende Zusammenstellungen nationalen und internationalen Zuschnitts, darunter das Literarische Zentralblatt für Deutschland, die Internationale Bibliographie der Geschichtswissenschaften, das Verzeichnis der reichsdeutschen amtlichen Druckschriften und das Deutsche Rundfunkschrifttum.⁶²

In der Öffentlichkeit trat die Deutsche Bücherei nun immer selbstbewusster als »Nationalbibliothek« in Erscheinung. Die anfängliche Kritik am vermeintlich überkommenen Konzept war nach Überwindung der krisengeschüttelten Anfangsjahre einer Renaissance gewichen. Die Deutsche Bücherei und ihre im konservativen Milieu verankerten Akteure passten sich der antidemokratischen Aufbruchsstimmung an, die besonders in der Wissenschaftskultur verbreitet war, wo »die Betonung kultureller und intellektueller Besonderheit« zunehmend zu den Wesensmerkmalen gehörte.⁶³ In der öffentlichen Wahrnehmung verkörperte die Bibliothek nun analog geradezu das Wiedererstarben der Nation im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich. Als »vollwertiges Symbol unserer Gegenwart« repräsentierte sie wie kaum eine andere Kultur-

58 Cuno Horkenbach, *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*, Berlin 1931, S. 426.

59 Der »Giftschrank« der Deutschen Bücherei, in: *Leipziger Neueste Nachrichten*, Beilage zur Nr. 42 vom 11.2.1930, S. 5.

60 Vgl. *Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken* 26 (1925), S. 74f.; *Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken* 23/24 (1933), S. 101-105.

61 *Statistik der Auskünfte*, o.D., ADNBL, 700/00, Bl. 51.

62 *Bibliographien der DB im Überblick*, o.D., ADNBL, 558/0, Bl. 5f.

63 Lutz Raphael, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945*, München 2011, S. 62.

institution die neu gewonnene Vitalität der Deutschen.⁶⁴ Der Begriff »Nationalbibliothek« erzeugte positiv besetzte Bilder und er trug in der Öffentlichkeit maßgeblich dazu bei, dass ältere Konflikte um die Deutsche Bücherei, so sehr sie noch immer nachwirkten, zunehmend aus dem kollektiven Gedächtnis verschwanden. Auch dass die Bibliothek noch immer keine vollwertige staatliche Einrichtung war, verblasste vor diesem Hintergrund. Den neu gewonnenen Stellenwert kehrte die Bibliothek dagegen in einer Reihe von Ausstellungen nationaler Dimension nach außen. Mit »Zurück zum Weltmarkt durch das Buch« präsentierte sie kurz nach Uhlendahls Amtseinführung technische Innovationen, mit denen sich der deutsche Buchhandel den Weltmarkt zurückerobern wollte. Die Deutsche Bücherei knüpfte damit zugleich an die parallel lancierte Imageformel von der »Buchstadt« Leipzig an, mit der nicht zuletzt der Leipziger Börsenverein gegen eine zeitgenössisch diagnostizierte Absatz- bzw. »Bücherkrise« als »Hauptsymptom eines allgemeinen Kulturverfalls«⁶⁵ ankämpfte, in deren Zentrum das Leipziger Bücherkartell selbst stand.⁶⁶ Die sich nach und nach zum lokalen Label mit nationalem Führungsanspruch verfestigende Formel von der »Buchstadt« verschaffte letztlich auch der Deutschen Bücherei langfristig einen Platz im nationalen Lokalgedächtnis. Der Börsenverein trug hierzu entscheidend bei, indem er die Bibliothek in seine Imagepolitik einbezog und sie als »große[s] Gedächtnis der deutschen Wirtschaft«, die im Falle des Buchwesens in Leipzig konzentriert sei, präsentierte.⁶⁷ Weitere Ausstellungen im Stile nationaler Leistungsschauen folgten.⁶⁸ Auch hierbei überflügelte die Deutsche Bücherei die Preußische Staatsbibliothek bald statistisch. Mit 56 hatte Leipzig bis 1933 insgesamt etwas mehr als doppelt so viele Ausstellungen ausgerichtet als Berlin, die meisten im Jahre 1925.⁶⁹ Von 1925 bis 1933 beteiligte sich die Deutsche Bücherei überdies an 22 auswärtigen Ausstellungen mit internationalem Charak-

64 Leo Lania, Das Pantheon des Buches. Die Deutsche Bücherei in Leipzig, in: Berliner Tageblatt, Nr. 17 vom 23.4.1925, S. 4.

65 Thomas Keiderling, Aufstieg und Niedergang der Buchstadt Leipzig, Beucha 2012, S. 109f.

66 Edmund Winterhoff, Die Krisis im deutschen Buchhandel als Folge seiner Kartellierung, Karlsruhe 1927.

67 Georg Schwidetzky, Das Buch als Wirtschaftsfaktor. Ein Nachwort zur Ausstellung in der Deutschen Bücherei: »Zurück zum Weltmarkt durch das Buch!«, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 257 vom 1.11.1924, S. 15173f.

68 Georg Ruppelt, Anmerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit wissenschaftlicher Bibliotheken in der Weimarer Republik mit einer Übersicht »Ausstellungen wissenschaftlicher Bibliotheken des Deutschen Reiches 1919-1932«, in: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken 7 (1987), Heft 4, S. 219-279, hier S. 269.

69 Hans-Gerd Happel, Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken, München/New York/London 1989, S. 108f.

ter in Europa, den USA und Südamerika.⁷⁰ Am Ende der 1920er Jahre knüpfte Uhlendahl schließlich internationale Wissenschaftskontakte mit anderen Nationalbibliotheken. Um den Berufsstand des Bibliothekars auch in Deutschland zu fördern, engagierte er sich schon früh in der 1927 in Edinburgh gegründeten International Federation of Library Associations (IFLA) und übernahm dort den Vorsitz des Ausschusses für laufende Bibliographien und für ein internationales Verzeichnis bibliographischer Abkürzungen.⁷¹ 1928/29 amtierte Uhlendahl als Generalsekretär der IFLA und 1933 unterhielt die Deutsche Bücherei bereits mit acht Bibliotheken Europas und der USA Austauschbeziehungen.⁷²

Auch innerhalb des deutschen Bibliothekswesens erhöhte sich das Ansehen der Deutschen Bücherei binnen weniger Jahre. 1930 fing Uhlendahls früherer Chef, der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek a.D. Fritz Milkau (1859-1934), die herrschende Fachmeinung mit einiger Bewunderung, aber auch analytischem Scharfsinn ein:

»Ob es der nationale Gedanke ist, der den Antrieb gegeben hat, wie man es heute in der Regel hört, oder, wie nüchterne Leute sagen, die Absicht, die zentrale Stellung Leipzigs im deutschen Buchhandel durch einen neuen starken Anker zu sichern, darauf kommt es nicht im geringsten an. Die Hauptsache ist die Tat, und niemand, der die Deutsche Bücherei und ihre Arbeit kennt, wird leugnen, daß diese Tat dem deutschen Buchhandel glänzend gelungen ist. Erst die Deutsche Bücherei, die mit ihrer den ganzen Erdkreis umspannenden ›Werbearbeit‹ nahezu ebensoviele der Öffentlichkeit nicht ohne weiteres zugängliche Erscheinungen ans Licht zieht, als die Buchhandelsbibliographie sie aufzeigt, hat der Welt einen Begriff vom Umfang des deutschsprachigen Schrifttums gegeben.«⁷³

Drei Jahre nach seinem Amtsantritt unternahm Uhlendahl einen weiteren Schritt, um die Deutsche Bücherei vollends ins nationale Gedächtnis einzuschreiben und die Konflikte des erinnerungspolitisch ohnehin irrelevanten Jahres 1912 in Vergessenheit geraten zu lassen. Schon seit einiger Zeit hatte der Generaldirektor die Parlamentsbibliothek der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49, die sogenannte »Reichsbibliothek«, die seit 1856 im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg aufgestellt war, im Blick.⁷⁴ So hatte er 1925 in einem Festaufsatz

70 Beteiligung der DB an auswärtigen Ausstellungen, o.D., ADNBL, 897/1, unfol.

71 Heinrich Uhlendahl, Die internationalen Bibliothekskonferenzen in Edinburgh und Rom, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 45 (1928), S. 645-652.

72 Austauschbibliotheken, Stand: April 1950, ADNBL, 349/0, Bl. 43.

73 Fritz Milkau, Bibliothekswesen, in: Gustav Abb (Hrsg.), Aus fünfzig Jahren Deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen, Berlin/Freiburg/München 1930, S. 22-43, hier S. 30.

74 Jacobi, Anmerkungen, in: Ders./Tröger (Hrsg.), Bibliothek als Lebenselixier, S. 51.

darauf aufmerksam gemacht, dass die Vorgeschichte der Deutschen Bücherei »weit zurück« reiche und zwar

»bis in die Zeit des Norddeutschen Bundes (1869), wo die Notwendigkeit einer solchen Sammlung bereits erörtert wurde, ja in gewisser Hinsicht bis in die bewegten Tage des Frankfurter Parlaments (1848), wo nach dem schönen patriotischen Vorbild des hannoverschen Oberkommerzialrates Heinrich Wilhelm Hahn, des verdienstvollen Verlegers der *Monumenta Germaniae historica*, vierzig deutsche Buchhändler in großzügiger Weise dem Reichstag ihren gesamten Verlag zur Verfügung stellten, zur Gründung einer ersten »Reichsbibliothek«.⁷⁵

Allerdings war die Geschichte der »Reichsbibliothek« von 1848 zur Zeit der Gründung der Deutschen Bücherei weitgehend unbekannt,⁷⁶ nicht zuletzt, weil es sich bei den Buchhändlern, die 1848/49 tatsächlich so etwas wie eine Nationalbibliothek im Sinn hatten, eher um Außenseiter handelte. Zusammen mit Albert Paust (1889-1964), Leiter der Beschaffungsabteilung der Deutschen Bücherei, arbeitete Uhlendahl gleichwohl erfolgreich an der Gründungslegende. 1927 wurde zunächst die bis dahin geheim gehaltene Denkschrift von Erich Ehlermann über eine »Reichsbibliothek« in Leipzig (1910) publiziert.⁷⁷ Wenige Jahre später legten Uhlendahl und Paust Aufsätze zur »Reichsbibliothek« von 1848/49 nach, um die Stichhaltigkeit der historischen Kontinuität von der Idee bis zur Umsetzung nachzuweisen. Beiden ging es dabei freilich nicht nur um die Konstruktion einer nationalen Tradition, die für das Ansehen einer Nationalbibliothek von großer Wichtigkeit war, sondern auch um die Durchsetzung bibliothekspolitischer Interessen. Die Deutsche Bücherei sollte »zu einem neuen Typus einer nationalen Bibliothek« entwickelt, der Börsenverein an seine historische Mission und das Reich an seine nationale, d.h. finanzielle Verantwortung erinnert werden.⁷⁸

75 Heinrich Uhlendahl, *Die Deutsche Bücherei im Rahmen der deutschen Bibliotheken*, in: *Deutsche Bücherei* (Hrsg.), *Die Deutsche Bücherei nach dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens. Rückblicke und Ausblicke*, Leipzig 1925, S. 1-35, hier S. 11.

76 Jacobi, *Anmerkungen*, in: *Ders./Tröger* (Hrsg.), *Bibliothek als Lebenselixier*, S. 50. Auch Gerhard Hahn verweist in seiner Studie zur Reichstagsbibliothek darauf, dass der »Vorläufer« von 1848/49 selbst bei den Diskussionen um die Gründung einer Parlamentsbibliothek kurz nach der Reichsgründung 1871 keine Rolle spielte. Gerhard Hahn, *Die Reichstagsbibliothek zu Berlin – ein Spiegel deutscher Geschichte*, Düsseldorf 1997, S. 29.

77 Ehlermann, *Eine Reichsbibliothek in Leipzig*.

78 Heinrich Uhlendahl, Karl Siegismund und die Gründung der Deutschen Bücherei, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Nr. 186 vom 11.8.1932, S. 606f.; zit. nach Albert Paust, *Die Idee einer deutschen Reichsbibliothek. Zur Vorgeschichte und Gründung der Deutschen Bücherei*, in: *Minerva-Zeitschrift* 8 (1932), Heft 11/12, S. 173-188, hier S. 182f.

Obgleich Uhlendahl zu Beginn seiner Amtszeit auf Ausgleich mit der Preußischen Staatsbibliothek bedacht war, provozierten seine erinnerungspolitischen Initiativen freilich erneut Konflikte mit Berlin. Dort amtierte mit Hugo Andres Krüß (1879-1945) seit 1925 ein neuer Generaldirektor, der als Nicht-Bibliothekar, im Gegensatz zu Uhlendahl, in der Zunft zunächst wenig Anerkennung genoss.⁷⁹ Gleichwohl legte Krüß einen ebenso ambitionierten Ehrgeiz an den Tag wie sein Leipziger Konkurrent. So ging der gleichermaßen nationalkonservativ eingestellte Krüß 1928 mit einem programmatischen Artikel in die Offensive. Darin beanspruchte er, auch »im Interesse der kulturellen Weltgeltung Deutschlands«, den »Charakter der großen nationalen Zentralbibliothek« für die Preußische Staatsbibliothek. Dabei verwies er nicht nur auf die Verdienste Preußens für das Reich, sondern auch auf das reichsweit einzigartige Wissenschaftspotential, das sich im größten Flächenstaat konzentrierte (etwa die Hälfte der Universitäten und Technischen Hochschulen). Hinsichtlich ihres Umfangs und der verfügbaren Mittel sei die Berliner Bibliothek »allen anderen vorangeschritten«. Mit einem deutlichen Seitenhieb auf die Deutsche Bücherei bekundete Krüß indes, dass er keine »absolute[n] Zentralisierung« anstrebe, sondern eine »zentralisierte Zusammenarbeit« aller Bibliotheken zum Nutzen »jeder einzelnen Bibliothek«. Dabei sah er die »vornehmlichste Bestimmung« seiner Bibliothek darin, »die deutsche Literatur in möglichster Vollständigkeit zu sammeln« und kündigte überdies an, den Preußischen Gesamtkatalog »in seiner Fortsetzung zu einem Gesamtkatalog der deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken zu erweitern«.⁸⁰

In Leipzig wurde diese Programmschrift zum Movens eigener bibliothekspolitischer Initiativen. Vor dem Hintergrund der erneuten Konkurrenzsituation wurde das Wöchentliche Verzeichnis in die Deutsche Nationalbibliographie (Reihe A) umgewandelt, die seit 1931 erschien. Dabei erwuchs die Idee zunächst aus einem bereits längere Zeit im Bibliographischen Ausschuss des Börsenvereins diskutierten Bedürfnis, die Buchhändlerbibliographien kostengünstiger und rationeller zu gestalten. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte Uhlendahl angeregt, die bestehenden Verzeichnisse um eine Bibliographie der nicht im Handel erhältlichen Werke zu ergänzen, die dann als Reihe B der Deutschen Nationalbibliographie erscheinen sollte.⁸¹ Mit dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen Berlin und Leipzig gewann die Diskussion jedoch bald an Dynamik. Wenn auch Inhalt und Ausgestaltung der künftigen Bibliographien stark umstritten blieben, einte die Bibliothekare und die Buchhändler das Bedürfnis, gegen Krüß vorzu-

79 Werner Schochow, Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld. 20 Kapitel preußisch-deutscher Bibliotheksgeschichte, Frankfurt am Main 2005, S. 191-208.

80 Hugo Andres Krüß, Die Staatsbibliothek zu Berlin als Zentralbibliothek, in: Zeitungs-Verlag 29 (1928), Nr. 40, S. 51-53.

81 Bericht zur Sitzung des Ausschusses für die Bibliographie am 5. Dezember 1928, SächsStAL, 21766, 835, Bl. 107f.

gehen. Dabei waren es vor allem die Buchhändler, die die Gefahr aus Berlin heraufbeschwörten.⁸² So forderte das Vorstandsmitglied des Börsenvereins, Albert Heß (1885-1948), in der Ausschusssitzung am 29. Oktober 1930:

»Die Preussische Staatsbibliothek sei bestrebt, sich zur Reichsbibliothek zu entwickeln und den sogenannten Deutschen Gesamtkatalog herauszugeben. Sollte es nicht möglich sein, dies durch die Schaffung der Deutschen Nationalbibliographie zu verhindern, so würde das eine schwere Einbusse für die Deutsche Bücherei bedeuten.«⁸³

Auch der Vorsteher des Börsenvereins, Friedrich Oldenbourg (1888-1941, Börsenvereinsvorsteher 1930-1934), machte deutlich, dass der Deutschen Bücherei mit der Nationalbibliographie »ein wesentlicher Machtstandpunkt« in der Frage, »wer erhält das Reichspflichtexemplar«, verschafft werde.⁸⁴ Die Frage des Pflichtexemplars war auch innerhalb des Börsenvereins stark umstritten, Initiativen zu dessen Verankerung in der Satzung waren vor diesem Hintergrund stets gescheitert.⁸⁵ Das Erscheinen der Nationalbibliographie bot deshalb auch die Möglichkeit, diesen verbandsinternen Konflikt durch eine erhoffte staatliche Maßnahme zu entscheiden.

Als Adolf Hitler und seine NSDAP am 31. Januar 1933 die Regierungsgeschäfte übernahmen und die letzten Überreste des Parlamentarismus durch das Führerprinzip ersetzten, befand sich die Deutsche Bücherei auf dem Weg zur führenden deutschen Bibliothek. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bedeutete für die Institution nur bedingt einen Kontinuitätsbruch. In der Forschung sind mit Blick auf die Indienstnahme der Bibliothek durch das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda im Juni 1933 vor allem der Funktionswandel zu einem zentralen »Instrument der staatlichen Zensurpolitik«⁸⁶ und

82 Heinrich Uhlendahl blieb in seinen öffentlichen Äußerungen dagegen eher auf Ausgleich mit den Staatsbibliotheken Berlin und München orientiert. So machte er in einem Vortrag am Deutschen Museum in München 1932 deutlich, dass die »wahre deutsche Nationalbibliothek« nur als virtueller Zusammenschluss von Leipzig, Berlin und München zu denken sei. Vgl. Heinrich Uhlendahl, Bibliotheken gestern und heute, Berlin 1932, S. 20.

83 Bericht über die Sitzung vom Vorstand und vom Ausschuss für die Bibliographie am 29. Oktober 1930, SächsStAL, 21766, 835, Bl. 129.

84 Ebd., Bl. 128f.

85 Peter Karstedt, Das Pflichtexemplar, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekartagung der britischen Zone in Hamburg vom 22.-24. Oktober 1946, Hamburg 1947, S. 59-78, hier S. 68f.

86 Barbian, Der Börsenverein in den Jahren 1933 bis 1945, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000, S. 106.

die damit verbundenen geistigen Verwerfungen betont worden.⁸⁷ Einzig Rudolf Blum und Jan-Pieter Barbian verwiesen explizit darauf, dass die Deutsche Bücherei in finanzieller Hinsicht nicht minder vom nationalsozialistischen Regime profitieren konnte,⁸⁸ was die Anpassungsbereitschaft insbesondere des katholischen und parteilos gebliebenen Uhlendahl zusätzlich zu seiner nationalkonservativen Gesinnung befördert haben dürfte.

Die ideologische Nähe zu den neuen Machthabern, die sich anfangs noch als Teil einer größeren nationalen Bewegung inszenierten, demonstrierten Börsenverein und Bibliothek im Mai 1933 mit einer Ausstellung über »Das Schrifttum der nationalen Bewegung«, die offenbar auf Anregung Bernhard Payrs (1903-1945), Mitarbeiter der Deutschen Bücherei und überzeugter Nationalsozialist, zustande kam. Gegenstand der Ausstellung war eine repräsentative Auswahl aller »Bücher und Zeitschriften, die nach dem Zusammenbruch im November 1918 versucht haben, die Ehre und die Größe des deutschen Vaterlandes wiederherzustellen.«⁸⁹ Darunter zählte die Deutsche Bücherei neben der NSDAP vor allem den Stahlhelm, dem Uhlendahl selbst beitrug, das Reichsheer und die Reichsmarine. Die Ausstellung entsprang freilich weniger einer spontanen Gefühlsregung, sondern vielmehr einer exponierten Staatsnähe, die die Deutsche Bücherei seit ihrer Gründung anstrebte. So wurde Hans Praesent bei seiner Eröffnungsansprache nicht müde, die »Propagandawirkung« der Deutschen Nationalbibliographie zu betonen und – im Gegensatz zu Uhlendahl, der sich intern für einen Verbleib beim Reichsinnenministerium ausgesprochen hatte⁹⁰ – um die Gunst Joseph Goebbels' zu buhlen, »dessen tatkräftige Unterstützung, z.B. für die Erfassung der ausländischen Literatur zu erbitten wäre.«⁹¹ Mit der NSDAP, die Uhlendahl in seiner Rede nicht gesondert gewürdigt hatte, geriet der Direktor allerdings schon bald aneinander. Auf Betreiben der NSDAP-Kreisleitung Leipzig wurde er am 20. Juni 1933 als »einer der gefährlichsten Systembonzen« in Schutzhaft genommen, kam jedoch

87 Riedel, Die faschistische Kultur- und Wissenschaftspolitik; Poethe, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«, in: Knoche/Schmitz (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus.

88 Blum, Nationalbibliographie und Nationalbibliothek, S. 262f.; Barbian, Der Börsenverein in den Jahren 1933 bis 1945, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000.

89 Ausstellung in der Deutschen Bücherei »Das Schrifttum der nationalen Bewegung«, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 100 (1933), S. 369-372, hier S. 370.

90 Poethe, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«, in: Knoche/Schmitz (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus, S. 281.

91 Ausstellung in der Deutschen Bücherei »Das Schrifttum der nationalen Bewegung«, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 100 (1933), S. 371.

drei Tage später wieder frei.⁹² Die Verhaftung war somit nur eine kurze Episode, er verblieb danach unangefochten im Amt. Selbst der Versuch lokaler und regionaler NSDAP-Funktionäre, Uhlendahl einen überzeugten Nationalsozialisten an die Seite zu stellen und die Handlungsspielräume des Direktors dadurch einzuschränken, endete mit einem Kompromiss. Die Entscheidung fiel letztlich auf den Bibliotheksrat der Berliner Universitätsbibliothek Werner Rust (1893-1977), der sowohl eine bibliothekarische Fachausbildung besaß als auch seit 1932 ein NSDAP-Partei-buch führte. Rust übernahm die Personalstelle der Bibliothek sowie die Vertretung im Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten, der u. a. über die Auswahl von Bewerbern für den Bibliotheksdienst entschied. Nach innen aber scheint die Zusammenarbeit mit Uhlendahl weitgehend harmonisch verlaufen zu sein, zumindest beklagte dieser Rusts Entlassung im Zuge der Entnazifizierung⁹³, verschaffte ihm danach immer wieder kleinere Auftragsarbeiten und selbst in den 1950er Jahren war Rust in der Deutschen Bücherei noch ein gern gesehener Gast.⁹⁴ Auch schien

92 Der Grund für die Verhaftung lässt sich aus den Quellen nicht zweifelsfrei ersehen, er lautete lediglich »politisch«. Jan-Pieter Barbian führt die Verhaftung auf eine Denunziation durch Bernhard Payr zurück, der in Uhlendahls Büro zwei Briefe von Juden gefunden haben soll, Lothar Poethe gibt als Grund u. a. Uhlendahls Verbindungen zum politischen Katholizismus an, und schließlich verweist Gideon Reuveni darauf, dass sich Uhlendahl wenige Wochen vor seiner Verhaftung noch für seinen Stellvertreter Otto Erich Ebert verwendet hatte, der aufgrund seiner »jüdischen Abstammung« infolge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen werden sollte. Vgl. Jan-Pieter Barbian, Literaturpolitik im NS-Staat. Von der »Gleichschaltung« bis zum Ruin, Frankfurt am Main 2010, S. 448f.; Poethe, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«, in: Knoche/Schmitz (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus, S. 266; Gideon Reuveni, Die Deutsche Nationalbibliothek und die Juden. Anstellungspolitik und Katalogisierung der Deutschen Bücherei in Leipzig als Barometer für den Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Stephan Wendehorst (Hrsg.), Bausteine zu einer Jüdischen Geschichte der Universität Leipzig, Leipzig 2006, S. 541-561, hier S. 551f.

93 Poethe, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«, in: Knoche/Schmitz (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus, S. 255, 257.

94 So stellte Uhlendahl auf eine Anfrage der Gewerkschaft für Kunst und Schrifttum im FDGB, ob über Rust Nachteiliges bekannt sei, ein wohlwollendes Zeugnis aus, das sowohl dessen Fachkenntnis als auch angebliche Konflikte mit der NSDAP thematisierte. Vgl. Uhlendahl an die Gewerkschaft 17 für Kunst und Schrifttum, Kreisleitung Leipzig FDGB, 306.1949, ADNBL, 700/1, Bl. 58f. In einem Bericht des seit 1925 an der Deutschen Bücherei tätigen Bibliothekars Hans Schurig, der in der DDR auch als IM für das MfS tätig war, verweist dieser darauf, dass Rust während

Rust bei der Personalauswahl im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf geachtet zu haben, dass eine Parteimitgliedschaft ohne eine fachliche Ausbildung nicht für eine Mitarbeit in der Deutschen Bücherei qualifizierte, so wie dies vom für das wissenschaftliche Bibliothekswesen zuständigen Reichserziehungsministerium letztlich auch gefordert wurde.⁹⁵ Der relativ hohe Anteil von NSDAP-Mitgliedern unter den Beamten und Angestellten der Deutschen Bücherei von zuletzt 80 Mitarbeitern verdiente unter diesem Gesichtspunkt eine detailliertere sozialgeschichtliche Analyse. Zu einer Entlassungswelle jüdischer Bibliothekare wie in anderen wissenschaftlichen Bibliotheken war es in der fast ausnahmslos protestantischen Angestellten- und Beamtenschaft⁹⁶ indes nicht gekommen.

Per Verordnung Adolf Hitlers vom 30. Juni 1933 wurde die Deutsche Bücherei offiziell dem Propagandaministerium unterstellt.⁹⁷ Es dauerte allerdings noch einige Jahre, bis Goebbels die Bibliothek stärker in die Zensurpolitik des Ministeriums einband.⁹⁸ Dass sich der Propagandaminister die Deutsche Bücherei aber bereits frühzeitig sicherte, lässt sich nur mit einem Blick auf die Gründungsgeschichte seines Ministeriums und der Vehemenz erklären, mit der der von Hitler protegierte Goebbels um Kompetenzen und Einfluss kämpfte. Seit Mai 1933 sah er sich verstärkt auch im kulturellen Bereich nach Filetstücken um.⁹⁹ Die Steilvorlage, die ihm Hans Praesent während der Eröffnung der Ausstellung zum »Schrifttum der nationalen Bewegung« lieferte, nahm er offenbar dankend an. Innerhalb der Zunft sah man in der Unterstellung unter das Propagandaministerium ebenfalls keinen Kontinuitätsbruch, denn das Propagandaministerium erschien mit seiner Zuständigkeit für die gesamte kulturelle Auslandsarbeit als die geeignetste Behörde, um das neu gewonnene Image der Deutschen Büche-

der NS-Zeit »politisch an der DB nicht für ganz ernst genommen« worden sei und noch im Jahre 1953 einen engen Kontakt zu Uhlendahl gehabt haben soll. Vgl. BV Leipzig, Abt. VI, Treffbericht vom 9.10.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420, Teil II, Bd. 1, Bl. 16.

95 Barbian, Literaturpolitik im NS-Staat, S. 129.

96 Reuveni, Die Deutsche Nationalbibliothek und die Juden, in: Wendehorst (Hrsg.), Bausteine zu einer Jüdischen Geschichte der Universität Leipzig, S. 544. Lothar Poethe weist zudem darauf hin, dass der Börsenverein bereits seit 1917 zur Zurückhaltung bei der Anstellung von Juden in der Deutschen Bücherei gemahnt hatte. Vgl. Poethe, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«, in: Knoche/Schmitz (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus, S. 252f.

97 Verordnung über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 30. Juni 1933, in: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 75, S. 449.

98 Barbian, Der Börsenverein in den Jahren 1933 bis 1945, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000, S. 106.

99 Peter Longerich, Joseph Goebbels. Biographie, München 2010, S. 227-231.

rei als Nationalbibliothek dauerhaft zu sichern. Die Aussicht, die lang ersehnte Nationalbibliothek nun endlich zu bekommen, war mit den Interessen der Nazis kompatibel. Die Indienstnahme durch Goebbels sei, so der Bibliothekar der Leipziger Universitätsbibliothek, Heinrich Schreiber, in der Sonntagsbeilage der *Augsburger Postzeitung*,

»... von beiden Seiten her gerechtfertigt, wenn nicht überhaupt notwendig. Durch nichts könnte das Bestehen und die weitere sinnvolle Erhaltung der Schrifttumszentrale mit ihren vielseitigen gemeinnützigen Aufgaben besser gewährleistet werden; und auf keine Weise würde das neue Ministerium so vollkommen das gesamte für seine Tätigkeit grundlegende Material zur Verfügung haben, als eben durch diese Verbindung.«¹⁰⁰

Der Nutzen, den staatliche und Parteistellen in der Deutschen Bücherei erblickten, ging einher mit einer intensiven Förderung genuin bibliothekarischer Interessen. 1936 zeigte sich Uhlendahl Seite an Seite mit Goebbels, der die Deutsche Bücherei in diesem Jahr zum ersten und letzten Mal besuchte. Hitler selbst dagegen mied die Deutsche Bücherei, ebenso wie die Stadt Leipzig insgesamt.¹⁰¹ Auch Goebbels zeigte sich bei seinem Besuch eher aus Prestige Gründen letztlich nur oberflächlich an der Bibliothek interessiert. In sein Tagebuch notierte er lediglich: »Ein gigantisches Riesenwerk. Imposant im Aufbau. So etwas bringt nur der deutsche Idealismus zuwege.«¹⁰² Gleichwohl ließ er es sich bei dieser Gelegenheit nicht nehmen, Uhlendahl öffentlichkeitswirksam zuzusichern, »der Anstalt auch in finanzieller Hinsicht sein Wohlwollen angedeihen zu lassen«.¹⁰³ Für den Direktor bedeutete diese Zusage einen großen Erfolg, denn trotz der Unterstellung unter das Propagandaministerium bestand die Mischfinanzierung zwischen Reich, Sachsen, Leipzig und Börsenverein weiterhin fort. So waren im Juni 1937 noch immer nur acht Prozent der 134 Mitarbeiter der Deutschen Bücherei Beamte, was sie von anderen wissenschaftlichen Bibliotheken grundlegend unterschied.¹⁰⁴ Zudem hatte sich der Konflikt zwischen bibliothekarischen und buchhändlerischen Interessen in Bezug auf die Gestaltung der Deutschen

100 Heinrich Schreiber, Nationalbibliothek und Nationalbibliographie, in: *Augsburger Postzeitung*, Nr. 37 vom 16.9.1933, Sonntagsbeilage, S. 145.

101 Ulrich von Hehl, Hitler in Leipzig. »Führerbesuche« in der Messestadt – Anlässe, öffentliche Wahrnehmung, Wirkung, in: Detlef Döring (Hrsg.), *Leipzigs Bedeutung für die Geschichte Sachsens: Politik, Wirtschaft und Kultur in sechs Jahrhunderten*, Leipzig 2014, S. 233–256.

102 Joseph Goebbels, *Die Tagebücher. Aufzeichnungen 1923–1942*, Bd. 3/II: März 1936–Februar 1937, hrsg. v. Elke Fröhlich, München 2001, S. 30.

103 Besuch des Reichsministers Dr. Goebbels in der Deutschen Bücherei, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Nr. 55 vom 5.3.1936, S. 206.

104 Verhältnis der Beamten und Angestellten an den 12 größten wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands, Stand: Juni 1937, ADNBL, 339, unfol.

Nationalbibliographie seit 1935 wieder verschärft. Vor allem die Reihe B war ein ausgesprochenes Verlustgeschäft. So stand 1934 der Investition von 53.069,41 Reichsmark lediglich ein Gewinn von 6.080 Reichsmark gegenüber.¹⁰⁵ Die »Pedanterie« und der »Vollständigkeitswahn« der Deutschen Bücherei wurden nicht nur im Börsenverein unter finanziellen Gesichtspunkten kritisch vermerkt, auch unter wissenschaftlichen Bibliothekaren galten die ausufernden Bibliographien zuweilen als impraktikabel. So kam der Börsenverein in einem internen Memorandum von 1935 zu dem Schluss, dass er die Interessen der Deutschen Bücherei »nicht mehr als die seinigen anerkennen kann«.¹⁰⁶

Die intensive Förderung der Deutschen Bücherei ging einher mit ihrer wachsenden Bedeutung in der NS-Zensurpolitik. Im Nebeneinander der konkurrierenden NS-Zensurinstanzen wirkte sie bald als zentrale Instanz.¹⁰⁷ Dabei profitierte sie von dem für das NS-Regime charakteristischen »Wechselspiel von Konkurrenz und Kooperation« zwischen den Verwaltungsstäben, das eine unheimlich mobilisierende und dynamisierende Wirkung entfaltete und wesentlich zur Stabilität des »Führerprinzips« beitrug.¹⁰⁸ In der Deutschen Bücherei bildeten sich diese Konkurrenzkämpfe mikroskopisch ab. 1934 wurde die »Arbeitsstelle für Schrifttumsbearbeitung beim Sicherheitshauptamt des Reichsführers SS« in Leipzig gebildet, die für die Abwehr gegnerischer Propaganda zuständig war und eng mit der Deutschen Bücherei zusammenarbeitete. Mit der Eingliederung der Arbeitsstelle in das SD-Hauptamt in Berlin wurde eine SD-Verbindungsstelle direkt in der Deutschen Bücherei installiert, um das Potential der Bibliotheksbestände weiterhin für die Zensurarbeit zu nutzen und zuweilen Bücher auch nach Berlin zu entleihen.¹⁰⁹ Unabhängig davon hatte bereits im Jahr zuvor die Parteiamtliche Prüfungskommission der NSDAP unter Philipp Bouhler (1899-1945), die sich im Konkurrenzkampf mit Alfred Rosenbergs Amt für Schrifttumspflege um Lektoratskompetenzen befand, eine Bibliographische Auskunftsstelle direkt in der Bibliothek geschaffen.¹¹⁰ Das Propaganda-

105 Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, Leistungen des deutschen Gesamtbuchhandels und des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler für die Deutsche Bücherei, 5.10.1935, SächsStAL, 21766, 1531, Bl. 37.

106 Ebd., Bl. 42.

107 Hierzu besonders Guenter Lewy, Harmful and Undesirable. Book Censorship in Nazi Germany, Oxford 2016.

108 Rüdiger Hachtmann, Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz. Zur Struktur der Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus, in: Sven Reichardt u. a. (Hrsg.), Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 29-74, hier S. 67.

109 Schroeder, »... eine Fundgrube der Schrifttumsinformation«, in: Gibas (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig, S. 127.

110 Die Parteiamtliche Prüfungskommission war vor allem für die Pflege der NS-Bibliographie und die Überprüfung der Verwendung von Hitler-Zitaten zuständig.

ministerium agierte als zensurpolitische Instanz dagegen zunächst eher im Hintergrund. Wohl aber wirkten sich die kulturpolitischen Ambitionen Goebbels' schon seit 1934 positiv auf die Deutsche Bücherei aus. In diesem Jahr hatte der Börsenverein, der seit September 1933 in die Reichskulturkammer eingegliedert war und damit unter unmittelbarem Einfluss des Propagandaministeriums stand, das Pflichtexemplar in seine Satzung aufgenommen. Im September 1935 wurden schließlich alle in der Reichskulturkammer versammelten Institutionen und Einzelpersonen dazu verpflichtet, von allen Publikationen ein Exemplar kostenfrei an die Deutsche Bücherei abzugeben.¹¹¹ Dem vorangegangen war eine Anordnung über das »schädliche und unerwünschte Schrifttum« vom 25. April 1935, nach der künftig erst dann Zensur stattfinden sollte, nachdem der Reichsschrifttumskammer die Bücher zur Bewertung vorgelegt worden waren.¹¹²

Umfänglich eingebunden in die Zensurpraxis des Propagandaministeriums, dessen Reichsschrifttumsstelle personell schwach besetzt war,¹¹³ wurde die Deutsche Bücherei indes erst seit 1938. Im Auftrag von Goebbels, der sich mit der Arbeit der Reichsschrifttumskammer an den internen Verbotslisten unzufrieden gezeigt hatte, wurde die Leipziger Bibliothek stärker in die Neubearbeitung der Listen des verbotenen Schrifttums einbezogen. Es folgten weitere, von der Bibliographischen Abteilung der Deutschen Bücherei bearbeitete Verbotslisten, etwa für Büchereien.¹¹⁴ Im Zuge dessen gab die Bibliothek intern auch Listen der im Hause »unter Verschluss gestellten Druckschriften« heraus, was das seit Oktober 1936 bestehende Verbot, das indizierte Schrifttum in den kumulierenden Bibliographien anzuzeigen, zumindest in Teilen kompensierte. Freilich aber waren auch die Nationalsozialisten an der systematischen Verzeichnung dieser Publikationen für Auswertungszwecke interessiert.¹¹⁵ Mit der während des Zweiten Weltkrieges bearbeiteten Bibliographie des jüdischen Schrifttums von 1901 bis 1940 beteiligte sich die Deutsche Bücherei sogar sichtbar an der Diffamierung der Juden zu einem Zeitpunkt, als die »Endlösung der Judenfrage« intern bereits konkrete Gestalt angenommen hatte.¹¹⁶ Schließlich

Zudem betrachtete es Bouhler als Aufgabe, dem Zentralverlag der NSDAP ein Monopol beim Druck von NS-Schrifttum einzuräumen. Vgl. Barbian, Literaturpolitik im NS-Staat, S. 167.

111 Barbian, Der Börsenverein in den Jahren 1933 bis 1945, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000, S. 105.

112 Lewy, Harmful and Undesirable, S. 24f.

113 Christian Adam, Lesen unter Hitler. Autoren, Bestseller, Leser im Dritten Reich, Berlin 2010, S. 20.

114 Riedel, Die faschistische Kultur- und Wissenschaftspolitik, S. 167f.

115 Blum, Nationalbibliographie und Nationalbibliothek, S. 264.

116 Otto Seifert, Aspekte des geistigen Klimas für die »Arisierung« und die Folgen für die Buchstadt Leipzig, in: Gibas (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig, S. 72-96, hier S. 91; Peter Longerich, The unwritten order. Hitler's role in the Final Solution,

darf bei alledem aber nicht übersehen werden, dass die Deutsche Bücherei neben ihrer zensurpolitischen Funktion auch weiterhin zentrale Aufgaben für die Förderung der Wissenschaften erfüllte. Insbesondere die Technik- und Naturwissenschaften, die von den Nationalsozialisten in hohem Maße unterstützt wurden, konnten auf die Expertise der Bibliothek zurückgreifen. So ging 1936 auch das Jahresverzeichnis der Deutschen Hochschulschriften von der Preußischen Staatsbibliothek auf die Deutsche Bücherei über.¹¹⁷

Der Kampf der Verwaltungsstäbe um die Ressourcen der Deutschen Bücherei förderte die Vollständigkeit der Sammlungen, auf die vor allem das Propagandaministerium pochte, und eröffnete darüber hinaus neue, freilich zweifelhafte Wege zur Schließung von Bestandslücken. So begann unmittelbar nach dem »Anschluss« Österreichs im Jahre 1938 der Kampf der Behörden um die Kulturgüter. Nachdem bereits der SD und die Gestapo Bibliotheken geplündert hatten, richtete auch das Propagandaministerium an der Wiener Nationalbibliothek eine Bücherverwertungsstelle ein, deren Leiter Albert Paust, Chef der Beschaffungsabteilung der Deutschen Bücherei, wurde. Damit war die Deutsche Bücherei in eine der größten Bücherraubaktionen des nationalsozialistischen Deutschland involviert. Unter Pausts Regie wurden vom September 1938 bis Mai 1939 Buchhandlungen, Lagerräume und Privatwohnungen ausgeräumt und die Beutestücke, insgesamt rund 550.000 Bände, auf Bibliotheken, Behörden und wissenschaftliche Institutionen des »Großdeutschen Reiches« verteilt. Dabei war Paust freilich bestrebt, auch für die Deutsche Bücherei das ein oder andere fehlende Stück zu ergattern.¹¹⁸ Unter den nachweislich von Wien nach Leipzig gelangten 542 Titeln befanden sich auch Schriften deutscher Emigranten¹¹⁹, die aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr an die Deutsche Bücherei gesendet wurden.

Nicht nur die Konkurrenz unter den Zensurinstanzen selbst, sondern auch die Animositäten zwischen Goebbels und Reichserziehungsminister Bernhard Rust (1883-1945), der mit dem Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten die Oberaufsicht über das wissenschaftliche Bibliothekswesen hatte, erwiesen sich für die

Stroud 2001, S. 58f. Eine eingehendere, neuere Untersuchung der Bibliographie des jüdischen Schrifttums bietet Sören Flachowsky, *Der gelbe Stern in der Wissenschaft*, in: *Dialog mit Bibliotheken* 2016/2, S. 37-44.

117 Curt Fleischhack, *Die bibliographische Tätigkeit der Deutschen Bücherei*, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962*, S. 105-140, hier S. 123.

118 Eine quellengesättigte Darstellung der Geschichte der Bücherverwertungsstelle findet sich bei Hall/Köster, ... allerlei für die Nationalbibliothek zu ergattern ..., S. 89-124.

119 Jörg Räuber, *Die Suche nach der »Spur der Bücher« in der Deutschen Bücherei Leipzig. Ein Werkstattbericht*, in: Regine Dehnel (Hrsg.), *Jüdischer Buchbesitz als Raubgut. Zweites Hannoversches Symposium, Frankfurt am Main 2006*, S. 335-340, hier S. 339.

Deutsche Bücherei als günstig. Im Streit um Einfluss und Kompetenzen waren Goebbels und Rust von Anfang an Widersacher par excellence.¹²⁰ Schon kurze Zeit, nachdem sich Goebbels offiziell die Deutsche Bücherei gesichert hatte, gab Rust während einer Ausstellungseröffnung in der Preußischen Staatsbibliothek bekannt, jene zur Nationalbibliothek ausbauen zu wollen. Rust redete damit dem Berliner Generaldirektor, Hugo Andres Krüß, das Wort. 1934 erhielt dieser mit der Reichstauschstelle, dem Beschaffungsamt der Deutschen Bibliotheken und dem Deutsch-Ausländischen Buchtausch zentrale Literaturversorgungsstellen für die wissenschaftlichen Bibliotheken des Reiches übertragen und nutzte dies, um sein Haus erstmals seit 1928 wieder als »Reichsbibliothek« ins Gespräch zu bringen.¹²¹ Nachdem sich entsprechende Pläne im Reichserziehungsministerium konkretisiert hatten, wurde der Preußische Gesamtkatalog 1935 in einen Deutschen Gesamtkatalog, im Jahr darauf der unter Adolf von Harnack geschaffene Preußische Beirat für Bibliotheksangelegenheiten in einen Reichsbeirat, dessen Vorsitzender Krüß wurde, umgebaut.¹²² Bereits im April 1936 aber wurden die Pläne für eine »Reichsbibliothek« in Berlin auf den letzten Metern verworfen. Schon von Zeitgenossen wie dem Tübinger Bibliotheksdirektor, Georg Leyh, war dahinter das Ränkespiel zwischen Rust und Goebbels vermutet worden, wobei sich letztgenannter durchgesetzt habe.¹²³ Allerdings ließen sich für diese Entscheidung auch wirtschaftliche Gründe anführen, insbesondere das allgemeine Sinken der Erwerbungssetats der wissenschaftlichen Bibliotheken,¹²⁴ was wiederum für die Deutsche Bücherei sprach, die kostenlos beliefert wurde. So war es schließlich Rusts Behörde, die 1936 verfügte, dass alle Bibliotheken künftig nur noch von Leipzig Titeldrucke für deutschsprachige Neuerscheinungen erhalten sollten.¹²⁵ Die Deutsche Bücherei nutzte diese Chance gleichwohl prompt. Seit Januar 1937 stellte sie selbst auf Basis der Nationalbibliographie und des Hochschulschriftenverzeichnisses Zetteldrucke für Bibliotheken her und unterstrich damit zugleich ihren Anspruch »Zentralkatalogisierungsstelle«

120 Anne C. Nagel, *Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945*, Frankfurt am Main 2012, S. 138.

121 Cornelia Briel, *Zum Verhältnis zwischen Reichstauschstelle und Preußischer Staatsbibliothek in den Jahren 1934 bis 1945*, in: Bödeker/Bötte (Hrsg.), *NS-Raubgut*, S. 45-82, hier S. 51-53.

122 Barbian, *Literaturpolitik im NS-Staat*, S. 129.

123 Werner Schochow, *Die Preußische Staatsbibliothek 1918-1945. Ein geschichtlicher Überblick. Mit einem Quellenteil*, Köln/Wien 1989, S. 55.

124 Michael Knoche, *Wissenschaftliche Zeitschriften und Bibliotheken in den dreißiger Jahren*, in: Peter Vodosek/Manfred Komorowski (Hrsg.), *Bibliotheken während des Nationalsozialismus, Teil II*, Wiesbaden 1992, S. 133-149, hier S. 146f.

125 Susanne Wanninger, »Herr Hitler, ich erkläre meine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit.« Rudolf Buttman (1885-1947). *Politiker und Bibliothekar zwischen bürgerlicher Tradition und Nationalsozialismus*, Wiesbaden 2014, S. 491.

für das deutschsprachige Schrifttum zu sein.¹²⁶ 1938 schließlich erreichte die Debatte um die führende Bibliothek im Reich ihren Höhepunkt; nicht zuletzt weil mit dem »Anschluss« Österreichs eine weitere Nationalbibliothek hinzugekommen war. Das zeitliche Zusammenfallen dieses Ereignisses mit dem 25. Jubiläum der Deutschen Bücherei bildete den Anlass für einen geschichtspolitischen Akt sondergleichen, der noch heute im institutionellen Gedächtnis der Bibliothek einen ruhmreichen Platz besitzt.

»Aber 1938 hat sich durch die Großtat unseres Führers ein alter Traum deutscher Sehnsucht noch erfüllen dürfen. Großdeutschland ist wieder auferstanden. Wir knüpfen an ein kraftvolles Symbol an.«¹²⁷

Mit diesen epischen Worten übereignete Heinrich Heerwagen (1874-1942), Leiter der Bibliothek des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg, der Deutschen Bücherei am 15. Mai 1938 feierlich die lang ersehnte »Reichsbibliothek« von 1848/49. Auch Goebbels ließ es sich nicht nehmen, Uhlendahl bei dieser Gelegenheit zum Generaldirektor aufzuwerten, was noch einmal den Machtanspruch gegenüber Berlin und Wien deutlich machte. Zwei Jahre später schließlich ließ er die Deutsche Bücherei per Gesetz in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umwandeln, was auch den Börsenverein endgültig von seinen Verpflichtungen, von der Herausgabe der Deutschen Nationalbibliographie abgesehen, entlastete. Was dies für den Verband bedeutete, lässt sich aus einer Schlussrechnung erahnen, nach der die Buchhändler für die Deutsche Bücherei allein in den Jahren von 1924 bis 1939 rund 630.000 Reichsmark aufgewandt hatten, davon die Hälfte nur für Werbekosten.¹²⁸ Mit dem Gesetz von 1940 wurde die Bibliothek nun vom Reich, vom Land Sachsen (jeweils zu zwei Fünfteln) und von der Stadt Leipzig (zu einem Fünftel) finanziell getragen.¹²⁹ Der Börsenverein hatte nur noch für die Vergütung der Bibliothekare im Rahmen der Bearbeitung der buchhändlerischen Gesamtbibliographien aufzukommen, jährlich 32.500 Reichsmark.¹³⁰ Für die Deutsche Bücherei bedeutete das Gesetz zudem nicht nur eine »Hebung der Stellung und des Ansehens« im

126 Heinrich Uhlendahl, Die Sonderstellung der Deutschen Bücherei unter den deutschen Bibliotheken, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 105 (1938), S. 7-10, hier S. 9.

127 Albert Paust, Die Übereignung der Reichsbibliothek von 1848 an die Deutsche Bücherei, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 105 (1938), S. 463 f., hier S. 463.

128 Leistungen des Börsenvereins an die Deutsche Bücherei, SächsStAL, 21766, 1533, Bl. 15.

129 Gesetz über die Deutsche Bücherei in Leipzig vom 18. April 1940, in: Reichsgesetzblatt 1940, Teil I, Nr. 71, S. 637 f.

130 Vergütung der Mitarbeiter der Deutschen Bücherei zur Arbeit an buchhändlerischen Gesamtbibliographien, o.D., SächsStAL, 21766, 1533, Bl. 4 f.

Bibliothekswesen insgesamt, sondern auch einen Zugewinn an bibliothekarischen Handlungsspielräumen:

»Auf Grund dieser Gleichstellung wird es künftig möglich sein, tüchtige Anwärter des Bibliotheksdienstes und bewährte Kräfte anderer Bibliotheken an die Deutsche Bücherei zu ziehen und so wieder einen brauchbaren Beamtennachwuchs heranzubilden.«¹³¹

Zudem erweiterte sich mit dem Gesetz das Sammelgebiet um die im Ausland erscheinenden Veröffentlichungen in deutscher Sprache sowie fremdsprachige Werke über Deutschland und deutsche Persönlichkeiten (»Germanica«). Hinzu kamen 1943 noch Musikalien- und Kunstblätter. Die Kosten hierfür übernahm das Propagandaministerium.¹³² Zugleich ließ sich das Ministerium nun immer auch dann mit Erfolg hinzuziehen, wenn andere Zensurinstanzen allzu sehr in den bibliothekarischen Alltag eingriffen, so etwa als die SD-Verbindungsstelle im Dezember 1941 den Anspruch erhob, sich in der Bibliothek räumlich auszuweiten.¹³³

Spätestens mit den Luftangriffen auf Leipzig im Dezember 1943 und Februar 1944 war die Deutsche Bücherei direkt von den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges betroffen. Schwer beschädigt wurde dabei der Mitteltrakt mit dem Uhrturm. Brände im Keller- und 1. Obergeschoss zerstörten überdies u.a. 200.000 Zeitschriftenbände und den Verlegerkatalog. Dabei verloren zwei Mitarbeiter ihr Leben, 36 wurden schwer, etliche leicht verletzt.¹³⁴ Bereits nach dem ersten Angriff war die Bibliothek für die Benutzung geschlossen worden, der innere Betrieb ging jedoch im Erweiterungsbau und in der Privatwohnung Uhlendahls »behelfsmäßig« weiter.¹³⁵ So arbeiteten die Bibliothekare bald an der Wiederherstellung des Verlegerkatalogs. Zudem wurden mit Unterstützung der sächsischen Landesregierung die Bestände vorwiegend in Schlösser im Erzgebirge, in Thüringen und im Unstruttal ausgelagert.¹³⁶ Als die Amerikaner am 19. April 1945 in Leipzig eintrafen, waren über 80 Prozent der knapp mehr als

131 Referat des Generaldirektors der Deutschen Bücherei, Herrn Dr. Uhlendahl: Die Deutsche Bücherei in der alten und neuen Rechtsform, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel 107 (1940), S. 299-302, hier S. 301.

132 Riedel, Die faschistische Kultur- und Wissenschaftspolitik, S. 119f.

133 Schroeder, »... eine Fundgrube der Schrifttumsinformation«, in: Gibas (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig, S. 137.

134 Bericht über die Zerstörungen bei der Deutschen Bücherei durch den Luftangriff des 4. Dezember 1943, SächsStAL, 21766, 1532, Bl. 67f.; Bericht über die Schäden bei der Deutschen Bücherei durch den Luftangriff in der Frühe des 20. Februar 1944, ebd., Bl. 40.

135 Heinrich Uhlendahl an Rudolf Flatscher, 12.1.1944, ADNBL, 154/5, IV, Bl. 66.

136 Niederschrift über die Besprechung des Haushaltsplans der Deutschen Bücherei für das Rechnungsjahr 1944, 13.4.1944, Ebd., Bl. 75.

zwei Millionen Bände verlagert worden. Gleichwohl brach Uhlendahl, obgleich er stets eine gewisse Distanz zum Nationalsozialismus gewahrt hatte, bis zuletzt nicht mit dem Regime. Noch im Januar 1944 setzte er alle Hoffnungen auf einen Sieg der Wehrmacht und plante bereits die Wiedereröffnung der Bibliothek. An den Direktor der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol, Rudolf Flatscher (1885-1964), schrieb er im Januar 1944:

»Der Führer hat sich im Führerhauptquartier eingehenden Bericht über das Schicksal der Deutschen Bücherei erbeten. Auf Grund dieser Tatsache und des besonderen Interesses, das das vorgesetzte Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda an der Deutschen Bücherei nimmt, hoffe ich, bald wieder in das alte Geleise zu kommen. Jedenfalls sind wir mit allen Kräften bemüht, aus dem bisherigen Zustand: *media vita in moris sumus* in den Zustand *media morte in vita sumus* zu kommen.«¹³⁷

Selbst zwölf Monate später, im Januar 1945, als 50 Bibliothekare im Kriegseinsatz waren, zehn davon bereits gefallen, 40 Bibliothekarinnen in der Rüstung arbeiteten und der Personalbestand damit auf ein Drittel zusammengeschrumpft war, sah Uhlendahl den Krieg, wie viele seiner Zeitgenossen, noch immer lediglich als vorübergehende »Krisenzeit«.¹³⁸ Mit den Nazis einte ihn zumindest noch ein tiefer Antibolschewismus, weshalb ihm weniger Hitlers Kriegsführung Sorge bereitete, sondern vielmehr das Vordringen der »russischen Heersäulen«, wie er einem Kollegen noch im Januar 1945 mitteilte.¹³⁹

Eine abschließende Bewertung des Verhältnisses der Deutschen Bücherei zu den Institutionen des NS-Staates ist auf der Grundlage des bisherigen Forschungsstandes nur bedingt möglich.¹⁴⁰ Im institutionellen Gedächtnis der Deutschen Bücherei ist vor allem das Verdienst Uhlendahls verankert, die Vollständigkeit der Sammlung durch geschicktes Verhandeln bewahrt zu haben. Der ständige Rekurs auf den Begriff »Nationalbibliothek« ermöglichte im öffentlichen Diskurs stets eine überzeitliche Distanzierung oder Hinwendung zu den Nazis.¹⁴¹ Dieses Bild überlebte auch nach 1945. Selbst in den 1960er Jahren herrschte innerhalb des Hauses noch die Ansicht vor, dass Uhlendahl »Progressives geleistet« habe.¹⁴² Vielleicht ist Jürgen Babendreier zuzustimmen, dass das

137 Heinrich Uhlendahl an Rudolf Flatscher, 12.1.1944, ADNBL, 154/5, IV, Bl. 66.

138 Zur Mentalität der Deutschen im Zweiten Weltkrieg vgl. Nicholas Stargardt, *Der Deutsche Krieg 1939-1945*, Frankfurt am Main 2015.

139 Heinrich Uhlendahl an Joseph Deutsch, 12. Januar 1945, ADNBL, 154/5, III, Bl. 99.

140 Sören Flachowsky, »Zeughaus für die Schwerter des Geistes«. Die Deutsche Bücherei während der Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 2, Göttingen 2018.

141 So etwa Heinrich Uhlendahl, Fünfundzwanzig Jahre Deutsche Bücherei, in: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 56 (1939), Heft 1/2, S. 1-17.

142 Riedel, *Die faschistische Kultur- und Wissenschaftspolitik*, S. 198.

fehlende Bewusstsein für institutionelle Kontinuitätsbrüche speziell bei wissenschaftlichen Bibliothekaren mit einer starken Fixierung auf den Nimbus des unpolitischen Kulturgutverwalters einherging.¹⁴³ Allerdings darf auch nicht übersehen werden, dass der Nationalsozialismus für das wissenschaftliche Bibliothekswesen auch realiter nur bedingt einen Kontinuitätsbruch darstellte. Rassistisch wie politisch motivierte Elitenwechsel, zensurpolitische Instrumentalisierung und Angebote zur partiellen Partizipation an der administrativen Gewaltherrschaft standen neben der Tradierung konservativer beruflicher Wertvorstellungen und Institutionen. Wohl auch deshalb wurde der Nationalsozialismus von Bibliothekaren in der Nachkriegszeit nur bedingt als Kontinuitätsbruch reflektiert. Speziell für die Deutsche Bücherei bleibt zudem festzuhalten, dass der Kampf zunächst um Anerkennung, dann um die Spitze im Bibliothekswesen für den antidemokratisch gesinnten Uhlendahl und seine Vorgänger zäsurübergreifend mit einem immer dichter werdenden Netz zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik (zeitweise auch Militär) einherging. Zu einem erheblichen Maße beruhte der Aufstieg der Deutschen Bücherei vom Außenseiter zur Nationalbibliothek auf diesen Netzwerken und Anpassungsleistungen.

143 Babendreier, Nationalsozialismus und bibliothekarische Erinnerungskultur, S. 112.

II. Deutschlands größte Bibliothek (1945-1951)

1. Instrument der Umerziehung: Die Deutsche Bücherei und die Besatzungspolitik der Alliierten

a.) Am Rande der Re-Education: Die Deutsche Bücherei unter amerikanischer Besatzung

Am 8. Mai 1945, dem Tag nach der Unterzeichnung der Kapitulationserklärung durch das Oberkommando der deutschen Wehrmacht, war Heinrich Uhlendahl bereits voller Zukunftsgedanken. Wohl auch erleichtert darüber, dass nicht die Sowjets, sondern die Amerikaner Leipzig seit dem 19. April 1945 besetzt hatten, richtete er ein Schreiben an die örtliche Militärbehörde, in dem er um Schutz für die an elf Orten verlagerten Bestände vor »unlawful seizure« bat. Dies, so der Generaldirektor, »would be very important for the reconstruction and continuation of the German as well as the international cultural life«.¹

Eine Antwort der Amerikaner blieb jedoch aus, denn diese hatten anderes im Sinn. Dass die Deutsche Bücherei unter allen deutschen Bibliotheken mit Abstand am wenigsten von den Folgen des Krieges betroffen und mit ihren zwei Millionen Bänden unter den wissenschaftlichen Bibliotheken unverhofft die größte geworden war, war allen Beteiligten zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht bewusst. Literaturpolitisch wichtiger erschien den Amerikanern dagegen vielmehr der Börsenverein der Deutschen Buchhändler. Das Interesse galt vor allem bedeutenden Leipziger Verlagen wie dem Insel-Verlag, Georg Thieme, Karl Rauch, der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung, F.A. Brockhaus und Philipp Reclam², die allesamt im Juni zur Übersiedlung in die ame-

1 Heinrich Uhlendahl an das Military Government Leipzig, 8.5.1945, ADNBL, 545/4/17, Bd. 5, Bl. 1.

2 Bille, Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler; Riese, Der Börsenverein in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik,

rikanische Zone bewegt wurden.³ »Germany is traditionally a book reading country, where the printed word in book form enjoys the greatest prestige and can be of very great and lasting influence«, befand die Information Control Division (ICD) – eine zivile Militärbehörde, die aus der Psychological Warfare Division des Hauptquartiers der alliierten Streitkräfte hervorgegangen und nun mit der Kontrolle bzw. der Zensur der deutschen Medien betraut war.⁴ Das dem Prinzip der Re-Education verpflichtete Strategiepapier sah vor, bald schon vornehmlich Bücher auf den Markt zu bringen, die sich den Ursachen und Folgen des Krieges widmeten, die Gründe für den Sieg der Alliierten thematisierten und den Lesern die Prinzipien und Funktionsweisen der Demokratie erläuterten.⁵ Dies sollte einerseits zur Etablierung einer demokratischen und friedliebenden Kultur beitragen, war andererseits aber auch mit literaturpolitischer Kontrolle verbunden, die von den Amerikanern als notwendiger Schritt auf dem Weg in die demokratische Gesellschaft betrachtet wurde. Der Börsenverein sollte der Publication Control Branch (PCB) unterstellt werden,⁶ die unter der Leitung des mit den Leipziger Verhältnissen gut vertrauten Bibliothekars Douglas Waples stand.⁷ Der Verband sollte als etablierte und anerkannte Infrastruktur die Literaturkontrolle exekutiv ausüben, auch vor dem Hintergrund, dass das amerikanische Kontrollpersonal zahlenmäßig begrenzt

in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000*; Monika Estermann, *Der Börsenverein in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland*, in: ebd., S. 161-191.

- 3 Die Abwerbungen standen nicht, wie etwa Helen Bluemel mutmaßt, im Kontext des »Project Paperclip«, in dessen Verlauf bis 1952 642 deutsche und österreichische Fachleute, insbesondere Wissenschaftler und Techniker in die USA »importiert« wurden, zumal die Evakuierung Leipziger Wissenschaftler erst in den letzten Wochen der amerikanischen Besetzung der Stadt erfolgte. Vgl. Bluemel, *Identity in Transition*, S. 126; Clarence George Lasby, *Project Paperclip. German Scientists and the Cold War*, New York 1971, S. 5; Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, S. 762.
- 4 James F. Tent, *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, Chicago/London 1982; David Basker, »Deutschland lebt an der Nahtstelle, an der Bruchstelle«. *Literature and Politics in Germany 1933-1950*, in: William Niven/James Jordan (Hrsg.), *Politics and Culture in Twentieth-Century Germany*, Rochester/Suffolk 2003, S. 90-106, hier S. 96f.
- 5 Report of the »Sub-Committee« of the two fundamental Questions of German Publishing Control, o.D., IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.
- 6 Zur institutionellen Ausgestaltung der Literaturpolitik des OMGUS vgl. Hansjörg Gehring, *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms*, Stuttgart 1976, S. 25-31.
- 7 Frohn, *Literaturaustausch*, S. 36.

war.⁸ Der Verband genoss das Vertrauen der Buchhändler und garantierte einheitliche rechtliche wie wirtschaftliche Standards, was nicht nur der Legitimation der amerikanischen Besatzungspolitik diente, sondern zudem gute Voraussetzungen für die zu diesem Zeitpunkt noch gemeinsame Besatzungspolitik mit den Sowjets versprach.⁹ Schon frühzeitig entschieden sich die Amerikaner deshalb für die Aufteilung des Verbandes in zwei »effective organizations« in Ost und West. In der Begründung für diese Maßnahme spielte das Misstrauen gegenüber den Sowjets noch eine untergeordnete Rolle. Vielmehr war es die reservierte Haltung gegenüber der deutschen Bevölkerung, die gegen eine zentralistische Struktur des Börsenvereins sprach, da es diese »simple for a small determined German group to obtain a complete control of the means of propagating ideas through books in Germany« machen würde.¹⁰

Bei der Umsetzung dieses Plans stieß die PCB allerdings auf eine weitverbreitete Skepsis innerhalb des Verlegermilieus. Dies machte lokale Aushandlungsprozesse notwendig, schließlich sollte jeder allzu deutliche Anschein von Zwang vermieden werden. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatte sich ein Aktionsausschuss des Börsenvereins gebildet, bestehend aus den Leipziger Buchhändlern und Verlegern Edgar Bielefeldt, Hans Brockhaus, Georg Petermann und Theodor Volckmar-Frentzel, die sich eigene konzeptionelle Gedanken gemacht und eine Eingabe beim Military Government Leipzig eingereicht hatten. In dieser hatten sie die Wiederherstellung des Börsenvereins in Leipzig, die Genehmigung der Herausgabe des Börsenblattes und Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Tätigkeiten der Verlage, des Sortimentes und des Zwischenbuchhandels gefordert.¹¹ In einer weiteren, an den Rat der Stadt Leipzig gerichteten Denkschrift untermauerte Volckmar-Frentzel diesen Standpunkt. Ihm ging es dabei um nichts weniger als die »Wiederbelebung Leipzigs als Buchstadt«, innerhalb derer der Börsenverein »wieder als Spitzenorganisation des deutschen Buchhandels« wirken sollte. Dies wiederum sah er als Voraussetzung für das »Wiederanwerfen der Produktion«, die für den Wiederaufbau der Stadt unerlässlich sei.¹²

Diese von lokaler Verankerung geprägten Vorstellungen standen den politischen Zielen der ICD jedoch entgegen. So wurde im Vorfeld der Verhandlungen

8 Draft Publications Section, PWD Echelon, Employment of the Publications Control Section, Operation of the German Book Trade, o.D., IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

9 Memorandum on the Boersenverein der Deutschen Buchhandler in Leipzig, 2.5.1945, ebd., unfol.

10 Report of the »Sub-Committee« of the two fundamental Questions of German Publishing Control, o.D, ebd., unfol.

11 Der deutsche Buchhandel im Zeitpunkt der Besetzung durch die Alliierte Militärregierung. Lage, Probleme und Wünsche, 8.5.1945, SächsStAL, 21766, 1788, Bl. 63-71.

12 Theodor Volckmar-Frentzel, Zum Problem der Wiederbelebung Leipzigs als Buchstadt, 22.6.1945, StadtAL, StVuR, 9156, Bl. 46-50.

gen Wilhelm Klemm, Inhaber der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung, zum designierten Geschäftsführer des »westdeutschen« Börsenvereins bestimmt,¹³ der voll und ganz hinter den Absichten der Amerikaner stand, einen einflussreichen Börsenverein in deren Zone zu etablieren. Gleichwohl war bei den Gesprächen in Leipzig, die streng geheim bleiben sollten, einiges an Überredungskunst notwendig. An der Pleiße herrschte noch Ende Mai 1945 überwiegend Skepsis darüber, ob Leipzig überhaupt unter sowjetische Besatzung fallen werde.¹⁴ So erklärte Hellmut Lehmann-Haupt, ein 1929 in die USA emigrierter deutscher Buchwissenschaftler und nun Mitarbeiter von Waples, das Vorhaben als »Not- und Vorsichtsmaßnahme« und schürte damit bewusst die Ängste vor den Sowjets, obgleich dieser Aspekt in den Planungen der Amerikaner noch eher eine untergeordnete Rolle spielte. Weniger defensiv machte dagegen Klemm seinen Kollegen gegenüber deutlich, dass die Amerikaner den Plan zur Not auch »von sich aus mit Buchhändlern aus dem Westen durchführen würden, wenn die Leipziger sich versagten«. Als Verlagsstandort wäre Leipzig dann »erledigt«.¹⁵ Mit dieser Position stand er allerdings allein da. So setzte Waples im Verlauf der weiteren Diskussionen zunehmend auf Zugeständnisse an das Leipziger Verlegermilieu. Etwa wurde den zur Übersiedlung vorgesehenen Verlegern zugesagt, dass für die Mitnahme der engsten Familienangehörigen gesorgt sei und es sich bei der nunmehr in Frankfurt am Main oder Wiesbaden, dem Sitz der ICD, zu errichtenden Organisation lediglich um eine »Zweigstelle« des Leipziger Börsenvereins handeln werde.¹⁶

Schließlich wurde der Aktionsausschuss Anfang Juni 1945 von der Leipziger Handelskammer als rechtmäßiger Vertreter des Leipziger Börsenvereins bestätigt, musste aber die Eingabe vom 8. Mai umarbeiten. So musste sich der Buchhandel explizit zum Vertriebsverbot für NS-Literatur bekennen, die Wiederaufnahme der Verlagstätigkeiten wurde zudem abhängig von der Lizenzvergabe gemacht.¹⁷ Dafür ließen sich die Mitglieder des Aktionsausschusses, allen voran Volckmar-Frentzel und Brockhaus, Grundsätze zum Verhältnis von Leipzig-Frankfurt-Wiesbaden verbiefen. Dazu zählte u. a., dass je mitziehendem Verlag nur zwei Personen nach Wiesbaden (bzw. Passau) übersiedeln und diese an den neuen Standorten lediglich »Verlagsfilialen« errichten durften, und dass die Zweigstelle des Börsenvereins allenfalls ein Provisorium sei, die Zentrale aber in Leipzig bleibe. Auch der Verlag des Börsenvereins sollte einzig in Leipzig fort-

13 Bille, *Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler*, S. 166.

14 Aktennotiz, 31.5.1945, SächsStAL, 21766, 1862, unfol.

15 Besprechung mit Dr. Klemm in dessen Wohnung, 31.5.1945, SächsStAL, 21766, 1862, unfol.

16 Aktennotiz über die Besprechung der Herren Dr. Heß und Schulz mit Herrn Schauer am 2.6.1945, ebd., unfol.

17 Bericht über die Sitzung des Aktionsausschusses am 5. Juni 1945 in der Wohnung von Herrn Karl Voerster, Ebd., unfol.

bestehen. Nur unter diesen Bedingungen erklärten sich die Ausschussmitglieder letztlich auch mit der Überführung von fünf Tonnen Papier und der Freigabe von 50.000 Reichsmark einverstanden. Zudem sollten den Kollegen in Frankfurt Vertragsunterlagen mitgegeben werden, die im Fall einer »Zonenverschiebung« sicherstellten, dass die »Wünsche« des Börsenvereins auch weiterhin erfüllt würden.¹⁸ Die emotionalen Debatten, die letztlich nicht mehr als eine Woche dauerten, fanden damit ihr Ende. Am 11. und 12. Juni siedelten Kurt Georg Schauer sowie Wilhelm Klemm als oberste Repräsentanten der Zweigstelle des Börsenvereins und die ausgewählten Verleger nach Frankfurt, Wiesbaden und Passau über.¹⁹

Die Deutsche Bücherei hatte in dieser Debatte allenfalls eine randständige Rolle gespielt. In den strategischen Überlegungen der Amerikaner war sie, anders als der Börsenverein, allenfalls von sekundärer Bedeutung. Von der PCB wurde sie zwar als »complete central depository library for all books published in Germany« wahrgenommen, jedoch lediglich als »other activity« des Börsenvereins.²⁰ Dies überrascht insofern, weil die Herausgabe von Bibliographien der Neuerscheinungen auch zu den wichtigsten Aufgaben der Frankfurter Zweigstelle des Börsenvereins zählen sollte. Während im Börsenverein aber zumindest am Rande die Frage diskutiert wurde, ob man Uhlendahl dafür gewinnen könne, einen Mitarbeiter der Bibliographischen Abteilung für die Übersiedlung nach Frankfurt abzustellen, schienen sich die Vertreter der PCB hierfür nicht zu interessieren. Die Bildung einer Zweigstelle der Deutschen Bücherei in den Westzonen stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Debatte. Im Gegenteil hatte Hellmut Lehmann-Haupt Uhlendahl bereits vor den Gesprächen im Börsenverein damit beauftragt, Kopien der Vorlagen für die noch unveröffentlichten Hefte des Täglichen Verzeichnisses und der Deutschen Nationalbibliographie (Reihe A und B) für die amerikanische Militärregierung anzufertigen.²¹ Zwei Tage vor der Übersiedlung der Verleger und Börsenvereinsmitglieder, am 10. Juni, forderte Lehmann-Haupt von Uhlendahl überdies Fotokopien aller Verlegerkarteen mit den Neuerscheinungen der Jahre 1931 bis 1945.²² Bis zum 12. Juli hatte die Deutsche Bücherei unter Aufbietung sämtlicher personeller Ressourcen bis auf wenige Ausnahmen alle Titelkarten für den Zeitraum von 1937 bis 1945 (rund 200.000 Zettel und 13.500 von Hand abgeschriebene Leitkarten) auf 18 Filmen an Lehmann-Haupt abgeliefert. Den Zeitraum 1931 bis 1936

18 Ebd., unfol.; Aktionsausschuss des Börsenvereins an Wilhelm Klemm, 5.6.1945, Ebd., unfol.

19 Bille, *Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler*, S. 167.

20 Memorandum on the Boersenverein der Deutschen Buchhändler in Leipzig, 2.5.1945, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

21 Heinrich Uhlendahl an die Firma »Tempo«, 24.5.1945, ADNBL, 807/0, Bl. 232.

22 Heinrich Uhlendahl an Hellmut Lehmann-Haupt, 11.6.1945, ebd., Bl. 233.

sparte Uhlendahl indes aus, nachdem Anfang Juli 1945 bekannt geworden war, dass die Sowjets Leipzig übernehmen würden.²³ Eher beiläufig erfuhren Vertreter des Interdepartmental Committee for the Acquisition of Foreign Publications (IDC) von der Aktion. Diese 1941 geschaffene und dem Nachrichtendienst des amerikanischen Kriegsministeriums unterstellte Organisation war während des Krieges für die Erwerbung, Verteilung und Auswertung ausländischer Zeitschriften für Regierungs- bzw. Militärbehörden, Forschungseinrichtungen und die Industrie zuständig gewesen.²⁴ In Leipzig angekommen nutzte der Chef der dem IDC angegliederten und in Frankfurt am Main untergebrachten Library of Congress Mission, Reuben Peiss, die Gelegenheit, filmte die bibliographischen Verzeichnisse ab, insbesondere die Zeitschriftenverzeichnisse, und verbrachte das Material in die Library of Congress, wo es später vor allem Auswertungszwecken dienen sollte.²⁵ Der Forderung Uhlendahls, im Gegenzug für diesen Dienst die an Orten in der amerikanischen Zone ausgelagerten Buchbestände der Deutschen Bücherei unter den Schutz der amerikanischen Militärregierung zu stellen, kam diese aber nur oberflächlich nach, indem sie der Deutschen Bücherei »Off-Limits«-Plakate aushändigten, für deren Anbringung Uhlendahl jedoch selbst sorgen musste. Auch bei der Organisation einer Transportmöglichkeit musste der Generaldirektor auf persönliche Netzwerke zurückgreifen.²⁶ Zudem hatte Uhlendahl keine Gewähr für eine reibungslose Revision der Bestände. Im Schloss Bachra etwa erhielten Uhlendahl und sein Begleiter, Bibliotheksrat Günther Robbel (1895-1967), keinen Zugang zu den Bücherbeständen. Stattdessen sei das »Off-Limits«-Plakat von einem anwesenden amerikanischen Offizier zerrissen worden.²⁷ Letztlich war das Handeln der Amerikaner gegenüber der Deutschen Bücherei eher von Spontaneität, fehlender Koordination und Zeitdruck geprägt. Die Bibliothek wurde von den Militärbehörden zwar als wichtige Informationsressource wahrgenommen, im Gegensatz zum Börsenverein aber nicht als Akteur einer »cultural reconstruction«. Sie spielte im Konzept der PCB eher eine passive Rolle. Auch ist keineswegs klar, ob hinter der von Douglas Waples in Auftrag gegebenen Duplizierung der Verlegerkarteien bereits ein konkreter Plan zur Verwertung dieser Informationen stand. Womöglich sicherte

23 Heinrich Uhlendahl an Hellmut Lehmann-Haupt, 19.6.1945/2.7.1945/12.7.1945, Ebd., Bl. 235, 238, 240.

24 Elke Behrends, *Technisch-wissenschaftliche Dokumentation in Deutschland von 1900 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Bibliotheken und Dokumentation*, Wiesbaden 1995, S. 228.

25 Reuben Peiss, *European Wartime Acquisition and the Library of Congress Mission*, Frankfurt am Main 1946, S. 7; Scott Adams, *Report on the Library of Congress Mission*, in: *Bulletin of the Medical Library Association* 35 (1947), Heft 4, S. 360-364.

26 Heinrich Uhlendahl an den Fahrbereitschaftsleiter der Reichsmessestadt Leipzig, 28.5.1945, ADNBL, 545/4/1, Bd. 5, Bl. 6.

27 Revision der verlagerten Bestände, o.D., ebd., Bl. 7.

sich Waples die bibliographischen Informationen als Grundstock künftiger Zensurlisten.²⁸ Dass dahinter also die Absicht stand, eine westdeutsche Nationalbibliographie aufzubauen, wie Helmut Röttsch und Hans-Martin Pleßke, später auch Gottfried Rost (1931–2000) vermuteten,²⁹ findet in den Quellen keine Entsprechung. Vielmehr zeichnen die Vorgänge in Leipzig das Bild einer noch im Aufbau befindlichen amerikanischen Besatzungspolitik, die erst seit Sommer 1945 nach und nach Gestalt annahm, als die Zonenaufteilung bereits ihre endgültige Form gefunden hatte.³⁰

b.) Im Zentrum der »geistigen Erneuerung Deutschlands«: Die Deutsche Bücherei und die SMAD

Am 7. September, kaum zwei Monate nach der Übernahme der Stadt Leipzig durch die Sowjets, erließ der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), Wassili Danilowitsch Sokolowski, den Befehl Nr. 12 zur »Wiedererrichtung der Leipziger Bibliothek«, der vorsah, die Bücherbestände der Deutschen Bücherei zu »bewahren«, um sie als »bibliographische[n] Nachschlagestelle zur Bedienung der SMAD« zu nutzen. Damit verband sich eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen, für die regionale und lokale Behörden verantwortlich zeichnen sollten. Darunter fielen die notwendigen Reparaturarbeiten, die Rückführung der verlagerten Buchbestände, die Auswahl des für die bibliographischen Arbeiten verantwortlichen Personals, die Finanzierung der Bibliothek aus dem Budget der Stadt und die materielle Versorgung der Einrichtung, insbesondere mit Heizmaterialien und Elektroenergie.³¹ Verantwortlich für die Ausführung des Befehls war die Verwaltung für Volksbildung der SMAD in Berlin-Karlshorst unter dem Historiker und Ersten stellvertretenden Volks-

28 Erst 1946 gab die ICD eine eigene Verbotsliste für nationalsozialistisches und militaristisches Schrifttum heraus, die etwa 1.000 Titel enthielt, aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhob, sondern als Muster-Liste konzipiert war. Vgl. Gehring, *Amerikanische Literaturpolitik*, S. 36.

29 Röttsch/Pleßke, *Die Deutsche Bücherei in Leipzig*, S. 61; Rost, *Tradition auf dem Prüfstand*, in: Vodosek/Marwinski (Hrsg.), *Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR*, S. 133.

30 Henke, *Die amerikanische Besatzung*, S. 209.

31 Befehl Nr. 12 des Stellvertreters des obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Wiedererrichtung der Leipziger Bibliothek (7. September 1945), in: Gottfried Handel/Roland Köhler (Hrsg.), *Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949*, Berlin (Ost) 1975, S. 19f.

kommissar für Volksbildung der RFSSR, Pjotr Wassilewitsch Solotjuchin.³² Im institutionellen Gedächtnis der Deutschen Bücherei wird dem Befehl Nr. 12 ein herausragender Stellenwert beigemessen. Dieser habe, so die Lesart im Jahre 1962, gezeigt, »welche große Anerkennung und welches große Vertrauen sie [die SMAD, d. V.] der Arbeit der Deutschen Nationalbibliothek und ihrer Wissenschaftler, Bibliothekare und Angestellten entgegenbrachte«³³, oder, so Gottfried Rost zehn Jahre nach Ende der sowjetischen Vorherrschaft, zumindest »den Fortbestand der Deutschen Bücherei in ihren zentralen Funktionen«³⁴ gesichert.

Der Befehl kann jedoch nicht herausgelöst aus den politischen Umständen, in denen er entstand, rezipiert und interpretiert wurde, betrachtet werden. Schaut man genauer hin, so wird deutlich, dass er keinem gezielten Plan der Sowjets entsprang, vielmehr gingen ihm lokale Initiativen zur wirtschaftlichen und kulturellen Wiederherstellung der »Buchstadt« Leipzig voraus. Bereits in den 1930er Jahren hatte die Stadt diesen Status sowohl im Reich als auch auf internationaler Ebene weitgehend verloren. Die Bombenangriffe auf Leipzig in den Jahren 1943 und 1944 hatten schließlich das graphische Gewerbe wie auch das gesamte Kulturleben der Stadt zum Erliegen gebracht und mit Abwanderung einflussreicher Verleger nach Wiesbaden schien von Leipzigs einstigem Potential nicht mehr viel übrig.³⁵ Aus lokaler Perspektive verband sich mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Einmarsch der Sowjets somit auch eine Chance, den alten Status wiederherzustellen. Heinrich Uhlendahl bediente sich im eigenen Interesse dieser Initiativen. So richteten die Deutsche Bücherei, der Börsenverein und dessen Verlag zwei unter amerikanischer Besatzung nicht mehr verwirklichte Eingaben zur Wiederaufnahme der bibliographischen Tätigkeit nun umgehend an die sowjetische Stadtkommandantur und demonstrierten damit eine in den 1930er Jahren immer stärker ins Wanken gekommene Einheit. In den Eingaben vom 12. und 26. Juli 1945 verwiesen sie nicht nur auf die Bedeutung der Verzeichnisse für Wissenschaft und Buchhandel, wobei sie den Hinweis auf das nationalsozialistische Schrifttum vorsichtshalber aus dem Entwurf wieder herausgestrichen hatten, sondern auch auf die »wertvollen Dienste« der Verzeichnisse für die sowjetischen Stellen, die sich vor allem dem Buchhandel, der Literatur und der Presse widmeten. Damit empfahl sich die Deutsche Bücherei zugleich als »nationale Zentralbibliothek«.³⁶ Dabei konnte sich insbesondere Heinrich

32 Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949*, Berlin 1999, S. 478.

33 Schaaf, *Zur Geschichte der Deutschen Bücherei nach 1945*, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962*, S. 69.

34 Rost, *Tradition auf dem Prüfstand*, in: Vodosek/Marwinski (Hrsg.), *Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR*, S. 134.

35 Bluemel, *Identity in Transition*, S. 124f.

36 *Deutsche Bücherei/Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an die Sowjetische Militärische Administration*, 12.7.1945, *SächsStAL*, 21766, 835, Bl. 7; Ver-

Uhlendahl der Unterstützung durch die Sowjets gewiss sein. Bereits am 20. Juli 1945 hatte die Direktorin der Bibliothek für ausländische Literatur in Moskau, Margarita Rudomino, die zugleich im Auftrag des sowjetischen »Staatsfonds für Literatur« als Vorsitzende des Kulturkomitees der Sowjetunion bei der SMAD den Transport von »Trophäenliteratur« in die Sowjetunion organisierte,³⁷ die Deutsche Bücherei besucht und Uhlendahl die ersten bibliographischen Aufträge zugewiesen. Zudem sagte Rudomino, die zu diesem Zeitpunkt noch eng mit der Abteilung Volksbildung zusammenarbeitete,³⁸ ihre Unterstützung bei der Rückführung der verlagerten Bestände zu.³⁹

Neben dem Börsenverein engagierte sich auch die Stadtverwaltung für die Wiederherstellung der »Buchstadt«. Seit der Übernahme Leipzigs durch die Sowjets stand mit Erich Zeigner ein Repräsentant des linken Flügels der SPD an deren Spitze, der von Stadtkommandant Trufanow offenbar mit der Absicht eingesetzt worden war, zwischen den in Leipzig stark verfeindeten Lagern der KPD und der SPD zu vermitteln. Ihm oblag es, die Entnazifizierung des Buchhandels und des Bibliothekswesens der Stadt zu organisieren. Zur Seite stand ihm dabei der frühere preußische Ministerialrat für Bibliotheks- und Volksschulwesen und Leiter der Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen in Leipzig, Heinrich Becker (1891-1971), der ebenfalls wie Zeigner zum linken Flügel der SPD zählte und nun die Stadtbibliothek sowie die Städtischen Bücherhallen leitete.⁴⁰ Dort war Becker vor allem mit der Bereinigung des Buchbestandes betraut, die er als Voraussetzung für eine rasche »Wiederinstandsetzung des Buchhandels« begriff, um den »Charakter Leipzigs als Mittelpunkt des deutschen Buchhandels zu wahren«. Dabei verfolgte er eine abwägende Zensurpolitik, die vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der »Nazizensur« nicht auf eine schematische Bereinigung setzte.⁴¹ Diese Vorgehensweise stieß auch im Börsenverein auf positive Resonanz, wo man der Überzeugung war, dass eine konsequente, aber maßvolle personelle Bereinigung die Voraussetzung dafür sei, dass der Buch-

lag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler an die Sowjetische Militärische Administration Leipzig, 26.7.1945, ebd., Bl. 9.

37 Friedhilde Krause, Margarita Rudomino als Vorsitzende des Kulturkomitees der Sowjetunion bei der SMAD in Berlin, in: *Bibliothek und Wissenschaft* 28 (1995), S. 1-26, hier S. 9-12.

38 Alexandr Haritonow, *Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949*, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 29.

39 Heinrich Uhlendahl an Oberbürgermeister Erich Zeigner, 20.7.1945, ADNBL, 545/4/1, Bl. 37.

40 Heinrich Becker, *Zwischen Wahn und Wahrheit. Autobiographie*, Berlin (Ost) 1974, S. 346-348.

41 Heinrich Becker an Erich Zeigner, 9.7.1945, StadtAL, StVuR, 8852, Bl. 48.

handel schnell wieder in Gang kommen und selbst aktiv über Literaturverbote befinden könne.⁴²

Insgesamt traf die SMAD in Leipzig damit auf einen breiten Konsens und ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft. Das Vorhaben, Leipzigs einstigen (wirtschaftlichen und kulturellen) Glanz als »Buchstadt« wiederherzustellen, einte die politisch linken Kräfte der Stadtverwaltung und die nationalkonservativen Vertreter des Buchhandels bzw. der Deutschen Bücherei, deren politische Schnittmengen ansonsten aber gering waren. Dies traf sich mit der doppelzüngigen kulturpolitischen Strategie der SMAD. Diese sollte zum einen die Errungenschaften des Sozialismus in der UdSSR und die Überlegenheit des Marxismus-Leninismus durch Kulturinstitutionen verbreiten, zum anderen das von den Nationalsozialisten lancierte Bild der jüdisch-bolschewistischen Barbarei korrigieren helfen.⁴³ Bei der Umsetzung dieses Modells erweckten die Sowjets häufig den Eindruck, eine »umsichtige, großzügige, tolerante und demokratische Kulturpolitik zu entwickeln«.⁴⁴ Diese Linie vertrat auch Solotjuchin, der am 25. und 26. Juli 1945 richtungsweisende Gespräche mit den Exponenten der »Buchstadt« Leipzig führte. Leipzig, so Solotjuchin, sollte der »kulturelle Mittelpunkt, von dem die geistige Erneuerung Deutschlands ausgehen müsse«, werden.⁴⁵ Dabei griff er den Gedanken der »Buchstadt« unmittelbar auf, verkürzte ihn aber auf die Funktion einer »Zentralstelle für die Reinigung von Faschismus und Militarismus im Verlags- und Büchereiwesen«.⁴⁶ Solotjuchins Sozialisation als sowjetischer Kulturpolitiker kam hierbei voll zum Tragen. Das Verlagswesen als Wirtschaftsfaktor kam in dieser Konzeption nicht vor und auch die Akteure vor Ort waren letztlich nicht in der Lage, eine gemeinsame Linie gegenüber den Sowjets zu vertreten. Das hatte seine Gründe, denn das Verlagswesen konzentrierte sich bald verstärkt in Berlin, überwiegend unter der Ägide von SMAD

42 Theodor Volckmar-Frentzel, Zu den Problemen der personellen Bereinigung des Buchhandels und der Zensur. Denkschrift des Börsenvereins in Vorbereitung möglicher Verhandlungen mit der SMA, 23.7.1945, StadtAL, StVuR, 9156, Bl. 10-14.

43 Norman Naimark, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945-1949*, Cambridge/London 1995, S. 398.

44 Gerd Dietrich, *Politik und Kultur in der SBZ 1945-1949*. Mit einem Dokumenten-anhang, Bern/Berlin/Frankfurt am Main 1993, S. 14.

45 Niederschrift über Besprechungen mit dem sowjetischen Minister Solotjuchin (Amt für Volksaufklärung, Sowjet-Militär-Administration, Berlin-Karlshorst, Neuwieder Strasse 57) am 25. und 26.7.45, ADNBL, 152/1/5, Bl. 1.

46 Besprechung zwischen Herrn Kulturminister Solotouchin [sic!] und Professor Smirnow einerseits und zunächst den Herren Ott und Jungmann andererseits (in Gegenwart zweier russischer Dolmetscherinnen) dann in Gegenwart auch von Dr. Uhlendahl, Min. Rat a.D. Becker und OBM. Dr. Zeigner, schließlich auch von Herrn Stadtrat Bauer und Herrn Senglaub am 26.7.1945, StadtAL, StVuR, 8852, Bl. 44.

bzw. KPD/SED.⁴⁷ Nach einer zeitgenössischen Statistik, die das Ergebnis der Verlagerungsprozesse deutlich macht, befanden sich in Ost-Berlin im Jahre 1953 knapp 37 Prozent aller Verlage in der DDR, in Leipzig nur noch 29. Die »Buchstadt« hatte im Vergleich zum Stichjahr 1927 knapp über 90 Prozent ihrer Verlage verloren. Zudem wurden in Ost-Berlin nun 63 Prozent aller Neuerscheinungen verlegt, in Leipzig nur noch 23. Privatverlage hatten daran allenfalls noch einen geringen Anteil, in Ost-Berlin höchstens 3,5 Prozent, in Leipzig zumindest noch 9,2.⁴⁸

Für die Zeitgenossen war diese Entwicklung im Juli 1945 freilich noch nicht abzusehen. Anders als das Verlagswesen jedoch, ging die Deutsche Bücherei aus den Gesprächen mit Solotjuchin unmittelbar gestärkt hervor. Sie sei künftig als »führende Bibliothek in Deutschland anzusprechen«.⁴⁹ Noch bevor Solotjuchin mit den Vertretern der Stadt und des Buchhandels zusammentraf, hatte er mit Uhlendahl am 25. Juli gesondert verhandelt und den Generaldirektor um seine persönlichen Wünsche ersucht. So forderte Uhlendahl (wie einst den Amerikanern gegenüber) Unterstützung beim Rücktransport der verlagerten Buchbestände, die Sicherstellung der »notdürftigsten« Gebäudereparaturen durch die Stadtverwaltung, eine Druckerlaubnis für die wichtigsten Bibliographien und die Fortsetzung der Beziehungen zur zentralen Bücherkammer Moskaus, mit der die Deutsche Bücherei bis 1939 in Austauschbeziehungen gestanden hatte.⁵⁰ Solotjuchin selbst erweiterte den Katalog um die Bevorzugung der Bibliothekare bei der Lebensmittelversorgung (analog zur Versorgung von Universitätsprofessoren). Dafür erwartete er, dass Uhlendahl eng mit der Stadtverwaltung bei der Bereinigung des Buchhandels und der Bibliotheken sowie bei der Einstellung neuer Bibliothekskräfte zusammenarbeitete. Dabei sollte die »letzte Entscheidung darüber, welche Schriften zu verbieten sind«, »beim Generaldirektor der Deutschen Bücherei liegen, da diese Bücherei«, wie Heinrich Becker in seiner Gesprächsnotiz festhielt, »das reichste Material, die besten Informationsmittel und die genügende Anzahl qualifizierter Bibliothekare habe«. Aber nicht nur das, auch der Aufbau der »Buchstadt« Leipzig, d.h. des Volksbüchereiwesens,

47 Bettina Jütte, Verlagslizenzierungen in der Sowjetischen Besatzungszone (1945-1949), Berlin/New York 2010, S. 114f.

48 Sigfred Taubert, Buchproduktion und Verlagswesen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands im Jahre 1953, Frankfurt am Main 1954. Die Zahlen zum Verlust der Verlagszahlen decken sich mit neueren Befunden, wonach von etwa 300 nach dem zweiten Weltkrieg noch bestehenden Firmen nur 40 eine Lizenz erhielten. Vgl. Jütte, Verlagslizenzierungen, S. 112.

49 Niederschrift über Besprechungen mit dem sowjetischen Minister Solotjuchin (Amt für Volksaufklärung, Sowjet-Militär-Administration, Berlin-Karlshorst, Neuwieder Strasse 57) am 25. und 26.7.45, ADNBL, 152/1/5, Bl. 1.

50 Heinrich Uhlendahl, Anlage 2: Wünsche der Deutschen Bücherei, o.D., ADNBL, 150/2/4, Bl. 5.

des Instituts für Leser- und Schrifttumskunde und die Büchereischule sollte »in Fühlung mit Herrn Dr. Uhlendahl (DB) geschehen«.⁵¹ Ferner verlangte Solotjuchin als Vorbedingung für die Fortsetzung der Bibliographien, die er in Aussicht stellte, die Erarbeitung einer »für die russ. Zone bzw. für Gesamtdeutschland maßgebliche[n] Liste der auszusondernden Literatur«, die Bearbeitung einer Denkschrift zur Heranführung des Volkes an das Buch und Vorschläge, »welche russische Literatur sich dazu eignet, sie dem deutschen Volk bekannt zu machen«.⁵²

Dass die »Buchstadt« Leipzig mit der nunmehr zu ihrem Zentrum erklärten Deutschen Bücherei vornehmlich der Durchführung eines größeren zensurpolitischen Projekts diene, zeigt ein erster Arbeitsbericht der Abteilung Volksbildung.⁵³ Befehl Nr. 12 erscheint darin als eine zentrale Maßnahme des am 8. September 1945 erlassenen Befehls Nr. 039 über die »Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur«, der die Ablieferung entsprechender Bestände von privaten und öffentlichen Stellen sowie von Privathaushalten verordnete⁵⁴ und damit weit über das hinausging, was der Alliierte Kontrollrat erst rund sieben Monate später im Befehl Nr. 4 zur »Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters« forderte.⁵⁵ Wie die Verhandlungen vom 25. und 26. Juli in Leipzig jedoch zeigten, stand dahinter kein von Moskau vorgegebener Plan, wie dieses Projekt umzusetzen sei und nach welchen Kriterien vorzugehen war. Vielmehr bediente sich Solotjuchin der Expertise der Deutschen Bücherei, was Uhlendahl letztlich einen großen Handlungsspielraum in konkreten Fragen zusicherte.

Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Leipziger Bibliothek und der SMAD war angesichts der eher vagen Konzeption jedoch vor al-

51 Heinrich Becker, Niederschrift über Besprechung mit Minister Solotjuchin am 26.7.1945, o.D., StadtAL, StVuR, 8852, Bl. 1.

52 Heinrich Uhlendahl, Anlage 2: Wünsche der Deutschen Bücherei, o.D., ADNBL, 150/2/4, Bl. 5

53 Kratkij Otčet o rabote Otdela Narodnowo Obrasovanija Sovetskoj Voennoj administracii v Germanii na period o 15 ijulja po 15 oktjabrja 1945 g., o.D., BArch, Z 47 F/80137, Bl. 9-14.

54 Befehl Nr. 039 des obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur vom 8. September 1945, in: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), Um ein antifaschistisches-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin (Ost) 1968, S. 148f.

55 Befehl Nr. 4 des Alliierten Kontrollrats sah keine Abgabe von Literatur durch Privathaushalte vor. Vgl. Kontrollratsbefehl Nr. 4, Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters vom 13. Mai 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 7 vom 31. Mai 1946, S. 151f.

lem von Koordinationsmängeln geprägt. Dies führte insbesondere bei der Rückführung der verlagerten Bestände immer wieder zu langen Verzögerungen und Mehraufwendungen, während Margarita Rudomino in den folgenden Wochen immer nachdrücklicher auf die zeitnahe Erstellung verbindlicher Zensurlisten drängte und unrealistische Termine setzte.⁵⁶ Allerdings waren knapp über 80 Prozent der rund zwei Millionen Bände bzw. 540 Tonnen Bücher verlagert, die nicht nur für die Zensurarbeit unverzichtbar waren, sondern überdies der Witterung und spontanen Übergriffen sowie Racheakten ausgesetzt waren. Eine erste Revision nach dem Besatzungswechsel, die der Leiter des Benutzungsdienstes, Günther Robbel, Anfang August 1945 an drei der zehn Verlagerungsorte vornahm, bot ein wenig erfreuliches Bild. Auf Schloss Purschenstein im Erzgebirge habe Robbel die Bestände der Jahre 1929 bis 1932 sowie den bibliographischen Handapparat »durchwühlt« vorgefunden. Pakete mit »verbotenen« und fremdsprachigen Schriften seien indes von »Ostarbeitern und Tschechen« verwüstet und vor allem um »erotische Literatur« dezimiert worden. Ein ähnliches Bild habe sich auf Schloss Pfaffenrode dargeboten. Hier hätten, nach Aussage des Schlosshausmannes, sowjetische Truppen die Bücherstapel auf der Suche nach Gold und Silber umgestoßen, 70 Bücher nationalsozialistischen Inhalts im Hof verbrannt und 30 weitere mitgenommen. Zu den auf Schloss Rauenstein verlagerten Büchern erhielt Robbel erst gar keinen Zutritt.⁵⁷ Erst Ende September konnte der Rücktransport in Angriff genommen werden. Dies lag nicht allein am Fehlen von Transport- und Treibstoffkapazitäten, sondern auch an den unklaren und umständlichen Befehlsstrukturen. Vor allem fehlte es der Abteilung Volksbildung noch an einem Verwaltungsunterbau auf Länderebene,⁵⁸ sodass Anweisungen an die Deutsche Bücherei zumeist durch spontane direkte Besuche sowjetischer Militärangehöriger oder vermittelt, aber unkoordiniert über deutsche Verwaltungsinstanzen erfolgten.

Ins Rollen kam die Rückholaktion überhaupt erst, nachdem am 21. September zwei sowjetische Offiziere beim Ersten Präsidenten der Landesverwaltung Sachsens, Rudolf Friedrichs, erschienen waren, um diesem mitzuteilen, dass die Deutsche Bücherei am 25. September zu eröffnen und der Rücktransport nun schnellstmöglich zu organisieren sei.⁵⁹ Erst drei Tage später aber standen seitens der Stadt Leipzig und der Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen gerade einmal fünf

56 Aktennotiz über ein Gespräch mit Frau Oberleutnant Rudomino Moskalenko am 14.9.1945, 15.9.1945, ADNBL, 152/1/5, Bl. 11.

57 Günther Robbel, Revision der verlagerten Bestände, 17.8.1945, ADNBL, 545/4/1, Bd. 5, Bl. 46.

58 Maxim A. Perkow, Abteilung Volksbildung, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, München 2009, S. 455-461, hier S. 459.

59 Ministerialdirektor Emil Menke-Glückert, Aktennotiz, o.D., SächsHStAD, 11401, 1744, Bl. 11.

Wagen und 2.000 Liter Benzin bereit. Benötigt wurden indes sieben große Wagen, 8.000 Liter Benzin und 1.300 Liter Dieselöl.⁶⁰ Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Leipzig monatlich lediglich 27.000 Liter Benzin für ihre gesamte Wirtschaft zur Verfügung hatte und vor dem Hintergrund des herannahenden Winters die städtischen Fahrzeuge für Lebensmitteltransporte zur Verfügung stehen mussten,⁶¹ musste mit Stadtkommandant Trufanow verhandelt werden. Aber auch diesem waren die Hände gebunden, »da das gesamte Benzin von Dresden kommt. Auch Dresden wird aber vermutlich machtlos sein, weil das Benzin von Berlin an Dresden zugeteilt wird.«⁶² So forderte Trufanow die Vertreter der Stadtverwaltung auf, die Transporte nötigenfalls mithilfe von Straßenbahnen zu organisieren.⁶³ Von der SMAD wurde lediglich eine Tonne Benzin, d. h. knapp über 1.000 Liter zugesagt.⁶⁴ Am Ende mussten die Stadt Leipzig und das Land Sachsen die Sache selbst in die Hand nehmen. Das galt auch für die bereitzustellenden Omnibusse, die sämtlich »durch Überanstrengung in keinem guten Zustand« waren und oft mit Reifenpannen liegen blieben.⁶⁵

Am 26. September konnte Robbel die ersten Rückführungsaktionen auf Schloss Rauenstein durchführen. Dort war die im August noch verplombte Tür bereits von sowjetischen Militärangehörigen aufgebrochen und 92 Zugangsbücher der Deutschen Bücherei sowie 20 Kisten des damals noch nicht zur Bibliothek gehörenden Buch- und Schriftmuseums nach Berlin abtransportiert worden. Hierunter befanden sich auch wertvolle Handschriften, Inkunabeln, kostbare Drucke und eine 42-zeilige Gutenberg-Bibel.⁶⁶ Wie man freilich erst später erfuhr, waren diese von der von Margarita Rudomino geleiteten »Trophäenkommission« unter rund zwei Millionen Büchern als Reparationsleistungen in die Sowjetunion abtransportiert worden.⁶⁷ Die Zugangsbücher, die offenbar

60 Deutsche Bücherei, Landgraf, Aktennotiz, 22.9.1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 18; Heinrich Uhlendahl an Oberbürgermeister Zeigner, 24.9.1945, ebd., Bl. 19.

61 Landesverwaltung Sachsen, Landesverwaltung für Bildung und Schule an die Sowjetische militärische Administration Sachsen, 8.10.1945, SächsHStAD, 11401, 1744, 14.

62 Bürgermeister Sachse an Oberbürgermeister Zeigner, 10.10.1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 29f.

63 Oberbürgermeister Zeigner, Aktennotiz, 27.9.1945, ebd., Bl. 20.

64 Ministerialdirektor Emil Menke-Glückert, Aktennotiz, o.D., SächsHStAD, 11401, 1744, Bl. 11.

65 Heinrich Uhlendahl, Bericht der Deutschen Bücherei über den Rücktransport der Bücher und die Wiederherstellung des Gebäudes, 11.10.1945, ebd., 244.

66 Günther Robbel, Bericht, 28.9.1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 22.

67 Bericht des Bevollmächtigten des Kulturkomitees beim Sonderkomitee des Ministerrats der UdSSR für Deutschland Oberstleutnant Rudomino an das Komitee für Angelegenheiten der Kultur und Bildung beim Ministerrat der RSFSR über Ergebnisse der Arbeit der Bibliotheksgruppe, 28.9.1945, in: Horst Möller/Alexandr

lediglich wegen ihres Ledereinbandes mitgenommen worden waren, für Stellen außerhalb der Deutschen Bücherei aber »keinerlei Wert« besaßen,⁶⁸ wurden im Oktober wohl auf Intervention Solotjuchins, bis auf zwei, wieder zurückgegeben.⁶⁹ Insgesamt aber hielten sich die Verluste verglichen mit anderen Bibliotheken im Rahmen. Uhlendahl schätzte sie auf etwa 400 Bände. Zudem profitierte die Deutsche Bücherei parallel von der bereits begonnenen Bodenreform. Von Schloss Burgscheidungen und Schloss Vitzenburg etwa konnten neben den eigenen Beständen auch die dort befindlichen Schloss- bzw. Privatbibliotheken mitgenommen werden.⁷⁰ Intern rechtfertigten die Bibliothekare dies mit dem Schutz der Bestände vor ungesetzlichen Zugriffen, um die auf diese Weise Enteigneteten aber bemühten sie sich freilich nicht. Insgesamt dauerten die Transporte bis in den Februar 1946 hinein und hatten bereits im November 1945 fast 150 Wagenfahrten beansprucht.⁷¹ Ein ähnlich chaotisches Bild bot sich auch bei der Organisation der Gebäudereparaturen dar, die letztlich ebenfalls nur durch »verschärfte[n] Druck«⁷² auf das Landbauamt Leipzig in Gang kamen, aber aufgrund fehlenden Materials und unklarer Kompetenzen immer wieder ins Stocken gerieten. Uhlendahl scheint sich in dieser Situation aber derart geschickt verhalten zu haben, dass ihm noch im Oktober die kommissarische Leitung der Leipziger Universitätsbibliothek übertragen wurde, »um sich gegenüber allen Widerständen mit Erfolg durchsetzen zu können«.⁷³

So war es Uhlendahl auch möglich, die von den Sowjets zwischenzeitlich angeordnete feierliche Eröffnung der Deutschen Bücherei, die am 24. November 1945 stattfand, zu nutzen, um Druck auf die SMAD auszuüben, indem er die Veranstal-

O. Tschubarjan (Hrsg.), Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945-1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven, München 2005, S. 349-355, hier S. 353. Eine in der Edition nicht abgedruckte, aber zum Bericht gehörige detaillierte Liste über die abtransportierten Bücherkisten befindet sich in BArch, Z 47-F/80136, Bl. 43-59.

68 Heinrich Uhlendahl an Kultusminister Solotjuchin, 2.10.1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 26.

69 Heinrich Uhlendahl an Oberbürgermeister Zeigner, 13.10.1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 33.

70 Curt Fleischhack, Aktennotiz, 17.10.1945, ADNBL, 545/4/1, Bd. 4, Bl. 232.

71 Heinrich Uhlendahl, Bericht der Deutschen Bücherei über den Rücktransport der Bücher und die Wiederherstellung des Gebäudes, 9.11.1945, ADNBL, 545/4/1, Bd. 5, Bl. 105.

72 Heinrich Uhlendahl an Staatssekretär Emil Mencke-Glückert, 27.9.1945, SächsH-StAD, 11401, 1744, Bl. 13; Militärkommandant der Stadt Leipzig, Trufanow, an Oberbürgermeister Zeigner, 23-10-1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 37.

73 Der Rektor der Universität Leipzig an die Landesverwaltung Sachsen, Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung/Wirtschaft und Arbeit, 23.10.1945, ADNBL, 154/5, XII, unfol.

tung sorgfältig als nationales Medienevent inszenierte. Obwohl die Bibliothek, wie intern nach und nach durchgesickert war, zunächst nur für die SMAD wiedereröffnet werden sollte, organisierte der Generaldirektor mit Unterstützung des Rates der Stadt Leipzig und der sächsischen Landesverwaltung, anfangs sogar gegen den Widerstand des sowjetischen Stadtkommandanten,⁷⁴ eine groß angelegte und medial begleitete Feier, die neben Vertretern sämtlicher Militär- und Zivilverwaltungsinstanzen auch den Börsenverein, zahlreiche Verleger und Repräsentanten des Kulturlebens in der SBZ versammelte.⁷⁵ Dieses Aufgebot sollte vor allem die Sowjets zu einer raschen Wiedereröffnung der Bibliothek für die Allgemeinheit zwingen und auch die Presse stimmte ein, indem sie die Feier als »Auftakt einer wohl bald zu erwartenden allgemeinen Wiedereröffnung« aufnahm.⁷⁶

Bis dahin sollte es aber noch zwei Jahre dauern. In der Zwischenzeit stand die Deutsche Bücherei zunächst nur der Abteilung Volksbildung, seit Januar 1946 schließlich allen Abteilungen der SMAD als bibliographisches Auskunft- und Informationszentrum zur Verfügung.⁷⁷ Insgesamt lassen sich 34 mehr oder minder ausführliche Literaturverzeichnisse nachweisen, die die Deutsche Bücherei für sowjetische Besatzungsbehörden oder einzelne Militärangehörige im Zeitraum von Juli 1945 bis September 1947 anzufertigen hatte – oftmals sogar gegen Bezahlung, was durchaus von Wertschätzung der Arbeit der Bibliothek zeugt.⁷⁸ Ein Großteil der Anfragen stand in unmittelbarem Zusammenhang mit besatzungspolitischen Fragen und dem seit Juli 1945 betriebenen Aufbau von Zentralverwaltungen in der SBZ. Dabei bedienten sich vor allem die Abteilung Volksbildung und Margarita Rudomino der Expertise der Bibliothekare, erst-

74 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, 22.11.1945, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 45; Erich Zeigner, Besprechung am 24.11.1945, ebd., Bl. 62f.

75 Vgl. die Liste der ausgesprochenen Einladungen, 13.11.1945, ADNBL, 193/2/9, Bl. 14-16.

76 Von der Deutschen Bücherei, in: Tribüne. Sozialdemokratische Landeszeitung für Thüringen, Nr. 37, 1945, o.S.; vgl. auch A.S., Die Deutsche Bücherei, in: Volksstimme Dresden vom 20.11.1945, S. 3; Die Deutsche Bücherei in Leipzig. Ein Gespräch mit Generaldirektor Dr. Uhlendahl, in: Sächsische Zeitung vom 23.11.1945, o.S. Im gleichen Tenor bereits vorab auch das von der SMAD kontrollierte Blatt *Tägliche Rundschau*: H.A. Kirsch, »Deutsche Bücherei« in Leipzig, in: *Tägliche Rundschau*, Nr. 132 vom 14.10.1945, S. 5. Über den Festakt schwieg sich die *Tägliche Rundschau* indes aus. Dagegen stieß dieser sogar im amerikanischen Sektor Berlins auf positives Echo. Vgl. Die Deutsche Bücherei lebt, in: Der Tagesspiegel vom 23.12.1945, o.S.

77 Vsem Načal'nukam Otdelov Sovetskoj Voennoj Administracii v Germanii načal'nukam upravlenij SVA provincij i federal'nych zemel', 8.1.1946, BArch, Z 47 F/80139, Bl. 2.

78 Die Aufträge und teilweise auch die Bibliographien befinden sich in ADNBL, 703/2/1 und 703/2/2.

genannte Stelle offenbar auch als Kompensation für das Fehlen von Vorgaben aus Moskau. So informierten sich die Kulturoffiziere etwa über Lehrbücher zu Leibeserziehung und Sport von 1924 bis 1945 (mit biographischen Vermerken zu NS-Autoren), über Lehrbücher für Geschichte und Hilfsmittel für den Geschichtsunterricht aus der Weimarer Republik, über »progressive« Theatertraditionen, aber auch über Marineliteratur. Rudomino widmete sich dagegen im Auftrag Moskaus⁷⁹ eher dem deutschen Wissen über Russland und die UdSSR in Literatur und Wissenschaft sowie den deutschen Veröffentlichungen in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten der Sowjetunion. Großes Interesse bestand auch in Fragen der Industriestruktur der SBZ, offenbar im Zusammenhang mit dem Demontageprogramm. Einzelne Anfragen betrafen ferner die Vorbereitung politischer Ereignisse. So ließ sich ein sowjetischer Major im Juni 1946 etwa eine Bibliographie über deutsche Gemeindewahlen erstellen. Andere bibliographische Arbeiten gingen weit über besatzungspolitische Fragen hinaus und dienten offensichtlich dazu, den Stand der deutschen Wissenschaften abzuklopfen. So sollten die Bibliothekare etwa Zusammenstellungen über deutsche technische Literatur, Innovationen der Chirurgie, das Nachrichtenwesen und militärisch-geographische Länderbeschreibungen anfertigen, zumeist mit einem zeitlichen Schwerpunkt auf die Jahre seit 1941.

Allerdings kam es hierbei auch immer wieder zu unvorhergesehenen Eingriffen und Kompetenzkonflikten. Dies zeigen Beispiele der direkten Benutzung durch sowjetische Militärangehörige, die gerade deshalb aktenkundig geworden sind, weil diese zum Teil mit beträchtlichen Bücherentnahmen verbunden waren, die den durch Befehl Nr. 12 verbrieften Auftrag der Auskunftserteilung, der für die Bibliothekare ein zentrales Argument für den Schutz der Bestände war, massiv konterkarierten. Zudem arbeitete die Deutsche Bücherei parallel bereits an einer für die SBZ verbindlichen Zensurliste, weshalb Uhlendahl schon im Oktober 1945 die »strenge Anweisung« ausgegeben hatte, »dass aus diesem Grunde bis auf weiteres kein Buch aus den Beständen der Deutschen Bücherei ausgeliehen werden darf.«⁸⁰ Die dadurch entstehenden Interessenkonflikte machten immer wieder informelle Verhandlungen und Interventionen durch deutsche oder sowjetische Stellen notwendig, die aber nur bedingt Erfolg hatten. Ein explizierter Befehl, der die Mitnahme von Büchern aus der Deutschen Bücherei unter strenge Strafen stellte, wurde indes erst im August 1947 und lediglich durch die städtische Militärkommandantur erlassen.⁸¹ Auch dieser bot aber keinen hin-

79 Margarita Ivanovna Rudomino, *Moja Biblioteka. K stoletiju so dnja roždenija*, hrsg. v. Adrian V. Rudomino, Moskau 2000, S. 204.

80 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 24.10.1945, ADNBL, 154/1, Bl. 240.

81 SMA, Stellvertretender Kommandant der Stadt Leipzig, Politische Abteilung, Oberstleutnant Palkow, Allen Militärangehörigen, welche die Deutsche Bücherei benutzen, 1.8.1947, ADNBL, 732, Bl. 66.

reichenden Schutz, denn die Bücherentnahmen wurden häufig durch die Abteilung Volksbildung in Berlin-Karlshorst angeordnet oder zumindest von dieser gedeckt und einige dieser Aktionen basierten auf sakrosankten Befehlen aus Moskau. Etliche dieser Beispiele stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beschlagnahmung nationalsozialistischer Literatur als Kompensation insbesondere für die vom »Einsatzstab Rosenberg« geraubten Bibliotheksbestände.⁸²

Im August 1946 musste die Deutsche Bücherei gleich drei derartige Eingriffe in ihre Bestände hinnehmen.⁸³ Im Auftrag Solotjuchins sollten die Bibliothekare sämtliche, im von den Nationalsozialisten besetzten Osten veröffentlichten Schriften, Broschüren, Plakate, Zeitschriften, Flugblätter, Zeitungen und Mitteilungsblätter abgeben, deren Verlust aber als »nicht schwer« bezeichnet wurde, »da die gesammelten Objekte an der Grenze des Sammelgebietes liegen«. Bestimmt waren diese in 15 Paketen zusammengetragenen Veröffentlichungen für das von Margarita Rudomino geleitete Kulturkomitee, das die »Trophäen« an die Spezialabteilung der Staatlichen Leninbibliothek in Moskau ablieferte.⁸⁴ Weniger verschmerzbar war dagegen die Anweisung des seit November 1945 amtierenden Leipziger Stadtkommandanten Oberst Borissow⁸⁵, dem mit Vollmachten aus Moskau ausgestatteten Historiker der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Vladimir Ivanovic Pičeta, über 1.100 Veröffentlichungen über slawische Länder, benachbarte Balkanstaaten und Italien auszuhändigen, die für Kommissionen gedacht waren, »denen die Bearbeitung besonderer Fragen übertragen ist«.⁸⁶ Der Byzantinist Pičeta hatte besonders während des Zweiten Weltkrieges intensiv daran mitgear-

82 Die Beschlagnahmung und Ausfuhr dieser Literatur in die Sowjetunion nahm eine »Sonderstellung« in der Arbeit der SMAD ein. Vgl. Bericht des Bevollmächtigten des Kulturkomitees beim Sonderkomitee des Ministerrats der UdSSR für Deutschland Oberstleutnant Rudomino an das Komitee für Angelegenheiten der Kultur und Bildung beim Ministerrat der RSFSR über Ergebnisse der Arbeit der Bibliotheksgruppe, 28.9.1945, in: Möller/Tschubarjan (Hrsg.), Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), S. 353.

83 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, betreffend Entnahme von Büchern aus den Beständen der Deutschen Bücherei, 19.8.1946, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 101.

84 Perečen' Bibliotek i Knižnych Sobranij, Otpravlennyh predstaviteljami Komiteta kul'tprosvetučreždenij iz Sovetskoj Zony okkupanii Germanii v Sovetskij Sojuz. 1945 i 1946 g. g, BArch, Z 47-F/80136, Bl. 43-59, hier Bl. 58.

85 Zum Wechsel an der Spitze der Leipziger Stadtkommandantur vgl. Helga A. Welsh, Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität Leipzig 1945-1946. Ein Bericht des damaligen Rektors Professor Bernhard Schweitzer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), Heft 2, S. 339-372, hier S. 370. Foitzik, Sowjetische Militäradministration, S. 153, nennt dagegen Generalmajor M.F. Suprunow als Nachfolger Trufanows, der in den vorliegenden Quellen im Gegensatz zu Borissow allerdings nicht auftaucht.

86 Landesregierung Sachsen, Ministerialdirektor Protze, an Oberbürgermeister Zeigener, 12.8.1946, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 99.

beitet, die Narrative vom jahrhundertelangen Drang der Deutschen nach Osten und vom Freiheitskampf der slawischen Völker mit der sowjetischen Propaganda in Einklang zu bringen.⁸⁷ Ähnliche Forschungsinteressen verfolgte der sowjetische Mediävist N. Grazianski, der sich mit Unterstützung der Abteilung Volksbildung 64 Bände allgemeine Nachschlagewerke, Wörterbücher sowie geographische und statistische Zeitschriften mit einem räumlichen Schwerpunkt auf Jugoslawien aus der Deutschen Bücherei besorgte.⁸⁸ Die Interventionsversuche Uhlendahls und der Stadt Leipzig scheiterten in diesen Angelegenheiten ebenso wie im Falle einer nicht bestimmbar Zahl von Büchern, die für die Nürnberger Prozesse an die Sowjets abgegeben worden waren.⁸⁹

Ob die entwendeten Bestände wieder an die Deutsche Bücherei zurückkommen, hing letztlich ganz vom Willen der sowjetischen Stellen ab. Bereits im Juli 1946 hatte sich die SMA Sachsen 34 Titel, vorwiegend rassenkundlichen Inhalts, von der Deutschen Bücherei liefern lassen. Als diese Anfang 1948 noch immer nicht an die Bibliothek zurückgegangen waren, erkundigte sich Uhlendahl beim Ministerium für Volksbildung in Dresden über deren Verbleib. Von dort erfuhr er aber nur, dass die Bücher in den Bereich der inneren Verwaltung gelangt waren, sich die sowjetischen Behörden »das Verfügungsrecht über diese Bücher vorbehalten und eine Rückgabe derselben deshalb nicht erfolgen kann«. ⁹⁰ Zudem hätten die sowjetischen Stellen in einem späteren Gespräch »nur eine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, weshalb man darauf besteht, diese Literatur zurückzuverlangen«. ⁹¹ Wenige Monate später hatte die SMA Sachsen weitere 147 Bände aus der Deutschen Bücherei mit Schwerpunkt auf Polizei und Nachrichtenwesen nach Dresden verbracht, deren Nutzung offenkundig mit dem Aufbau deutscher Dienststellen in Zusammenhang stand. ⁹² Zwar waren 50 davon bereits wenige Monate später wieder nach Leipzig zurückgebracht worden, auf die restlichen 97 wartete die Deutsche Bücherei aber noch Anfang 1951 vergeblich. Mittlerweile waren diese Bestände der sächsischen Polizei übereignet worden. ⁹³

87 Rimvydas Petrauskas/Darius Staliūnas, Die drei Namen der Schlacht. Erinnerungsketten um Tannenberg/Grunwald/Žalgiris, in: Martin Aust/Krzysztof Ruchniewicz/Stefan Troebst (Hrsg.), Verflochtene Erinnerungen. Polen und seine Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 119-137, hier S. 127f.

88 Liste, unterzeichnet von Heinrich Uhlendahl, 19.10.1946, ADNBL, 542/1, Bl. 55.

89 Albert Paust, Aktennotiz, 24.11.1947, ebd., Bl. 68.

90 Ministerium für Volksbildung, Ministerialdirektor Gladwitz, an die Deutsche Bücherei, 19.1.1948, SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

91 Ministerium für Volksbildung, Abt. Allgemeine Volkserziehung an die Abt. Hochschulen und Wissenschaft, 25.3.1948, ebd., unfol.

92 Heinrich Uhlendahl an Galina Snimtschikowa, 26.6.1948, ADNBL, 772, Bl. 21.

93 Heinrich Uhlendahl an den Minister für Volksbildung des Landes Sachsen, Helmut Holtzhauer, 2.2.1951, ebd., Bl. 62.

Aber nicht alle Interessenten beharrten auf einer Übernahme der Leipziger Bestände. Ein Mitarbeiter der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, die zu den Hauptzielen der Raubaktionen des »Einsatzstabes Rosenberg« geworden war,⁹⁴ forderte von der Deutschen Bücherei im Sommer 1947 50 Bücher und 180 Zeitschriftenjahrgänge aus dem Bereich Forstwissenschaft. In diesem Fall konnte sich Uhlendahl mit seinem Vorschlag durchsetzen, die verlangten Titel antiquarisch zu besorgen.⁹⁵ Innerhalb von zehn Tagen brachte er das Material zusammen und erhielt hierfür sogar den Kaufpreis erstattet.⁹⁶ In einem anderen Fall, in dem eine sowjetische Wissenschaftlerin eine ganze Reihe nationalsozialistischer Schriften für die Akademie der Wissenschaften in Moskau verlangt hatte, konnte Uhlendahl den Kompromiss aushandeln, die betreffenden Titel kopiert auf Mikrofilmen abzuliefern, die er in Zusammenarbeit mit der Bibliothek der Humboldt-Universität und der Öffentlich-Wissenschaftlichen Bibliothek (ÖWB, ehemals Preußische Staatsbibliothek) herstellte.⁹⁷

Das Verhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der SMAD ist mit den lobenden Worten, die die Bibliothekare den Sowjets später zuschrieben, nicht treffend charakterisiert. Vielmehr handelte es sich um eine Art Zweckheirat, die von gegenseitigen Abhängigkeiten, aber auch Koordinationsmängeln geprägt war. Heinrich Uhlendahl war auf die materiellen und kulturellen Ressourcen der SMAD, diese wiederum aufgrund von Personalmangel, fehlender Konzeption und sprachlichen Barrieren auf den Sachverstand der Bibliothekare angewiesen. Im Drang danach, die Lorbeeren zu ernten, die Solotjuchin der Deutschen Bücherei versprach, und wohl nicht minder aus der Enttäuschung über die Amerikaner heraus zeigte Heinrich Uhlendahl ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft. Man begegnete sich mit dem nötigen Respekt, blieb aber ebenso auf Distanz. Von Solotjuchin konnte Uhlendahl wenige Tage nach den Gesprächen am 25./26. Juli an die Sächsische Landesverwaltung berichten, dass dieser »von der DB eine ordentliche Meinung« habe. Er habe »ihr aber auch allerhand neue Arbeiten aufgeladen. Nun, das muss in Kauf genommen werden.«⁹⁸ Jeder Besuch sowjetischer Militärangehöriger wurde fein säuberlich dokumentiert, nicht nur, um Verwaltungsstellen die eigene Interpretation der Gesprächsinhalte, die sich zumeist mit der Bevorzugung der Bibliothek bei der Ressourcenzuteilung verband, als Meinung der Sowjets zu vergegenwärtigen, sondern auch, um den oft widersprüchlichen informellen Absprachen Verbindlichkeit zu verleihen. Uhlendahl kam damit die Inter-

94 Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, 2. Aufl., München 2006, S. 146.

95 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, 31.7.1947, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 159.

96 Empfangsbestätigung Prof. Golembiovskij, 9.9.1947, ADNBL, 796/1/2, Bl. 23.

97 Heinrich Uhlendahl an Wieland Schmidt, 18.7.1949, ebd., Bl. 71.

98 Heinrich Uhlendahl an Ministerialdirektor Protze, 9.8.1945, ADNBL, 154/5, X, Bl. 7.

pretation der allenfalls mündlich weitergegeben sowjetischen Vorgaben zu. Dies gab dem Generaldirektor eine wichtige Machtressource in die Hand.

Dass die »Buchstadt« Leipzig allmählich ihre Gestalt veränderte und immer offensichtlicher zu einem bloßen Umschlagplatz für Bücher wurde, konnte Uhlendahl freilich nur noch zur Kenntnis nehmen. Im Februar 1946 wurde er vom Vorsteher des Börsenvereins und Inhaber der Carl Marhold Verlagsbuchhandlung in Halle/Saale, Walter Jäh, gebeten, eine Denkschrift über die Bedeutung des Buchhandels in Karlshorst zu besprechen, da er »mit Prof. Solotjuchin ja schon mehrfach in Berührung gekommen«⁹⁹ sei. Jedoch habe Solotjuchin Uhlendahl zu verstehen gegeben,

»... dass die vorgetragenen Gesichtspunkte ihm und auch der SMA bekannt seien, dass aber die Pläne der SMA andere seien, als die in der Denkschrift vertretenen. Es sei nicht zweckmäßig, diese Gedanken erneut an die SMA heranzutragen. Man könne durch einen solchen Schritt der Sache unter Umständen mehr schaden als nützen.«¹⁰⁰

Uhlendahl konnte sich damit jedoch leicht arrangieren, denn die Deutsche Bücherei erschütterten die Transformationsprozesse im Buch- und Verlagswesen kaum. Im Innern seiner Bibliothek blieb er der Herr über allem. Dies nicht nur deshalb, weil die SMAD von der Expertise der Bibliothekare abhängig war, sondern auch, wie die Arbeitspläne, Rechenschaftsberichte und Sitzungsprotokolle der Abteilung Volksbildung der SMAD zeigen,¹⁰¹ die Sowjets in der Deutschen Bücherei ausschließlich ein Instrument der Information und Zensur sahen, ihrer Funktion als wissenschaftliche Bibliothek aber keinerlei Beachtung schenkten bzw. schenken wollten. Uhlendahl ließ sich von Solotjuchin zwar alle drei bis vier Wochen die Arbeitspläne der Deutschen Bücherei persönlich bestätigen,¹⁰² Solotjuchin aber sprach dabei stets nur die von der SMAD erteilten Sonderaufträge an.¹⁰³ In bibliothekspolitischer Hinsicht konzentrierte sich die Abteilung Volksbildung bald nur noch auf die Volksbibliotheken, denen für die massenhafte Verbreitung sowjetischer Literatur ein wesentlich höherer Stellenwert zu-

99 Walter Jäh an Heinrich Uhlendahl, 9.2.1946, ADNBL, 866/0, unfol.

100 Heinrich Uhlendahl an Walter Jäh, 27.2.1946, ebd., unfol.

101 Diese befinden sich in BArch, Z 47 F/80136 und 80137.

102 Rat der Stadt Leipzig, Volksbildungsamt, Abteilung für Buch- und Bibliothekswesen, an die SMA, Oberleutnant Sswjatskiy [sic], 10.10.1946, StadtAL, StVuR, 9313, Bl. 330.

103 In handschriftlichen Bemerkungen zu den Arbeitsplänen der Deutschen Bücherei war die Abteilung Volksbildung der SMAD vor allem darauf bedacht, die von Uhlendahl aufgelisteten Aufgaben nach Prioritäten zu ordnen, ohne jedoch generell inhaltliche Eingriffe vorzunehmen. Vgl. etwa SMAD, Abteilung Volksbildung, Stellvertretender Leiter, Artjuchin, an Heinrich Uhlendahl, 23.10.1945, ADNBL, 152/2/4, unfol.

gemessen wurde. Das Desinteresse Solotjuchins an wissenschaftlichen Bibliotheken bekam auch Galina Snimtschikowa (1908-1991) zu spüren, die im November 1945 eher zufällig zu Solotjuchin gestoßen war und fortan als Inspekteurin für wissenschaftliches Bibliothekswesen in der Abteilung Volksbildung der SMAD arbeitete. Die in Jekaterinburg geborene und aus einer wohlhabenden Bauernfamilie stammende Snimtschikowa hatte zunächst Gesang studiert, musste die Ausbildung jedoch aus familiären Gründen abbrechen. Drei Jahre nach ihrer Hochzeit mit einem bekannten Ingenieur zog sie nach Leningrad und absolvierte dort eine Ausbildung zur Deutschlehrerin, unterrichtete die Sprache anschließend an einer Militärschule, arbeitete seit 1941 aber bereits als leitende Bibliothekarin bzw. stellvertretende Generaldirektorin an der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Leningrad. 1943 wurde sie Leiterin der Abteilung Massenarbeit im Politbüro der KPdSU, wenige Monate später Leiterin der dortigen Bibliothek, bis sie schließlich im Dezember in die SBZ abkommandiert wurde.¹⁰⁴ In der Funktion der Bibliotheksinspektorin der SMAD war sie nun auch für die Kommunikation mit der Deutschen Bücherei zuständig. Wie sie jedoch während eines Gesprächs mit Helmut Röttsch im Jahre 1963 angab, habe sie »kein besonders gutes Verhältnis zu Solotjuchin« und innerhalb der Abteilung »einen schweren Stand gehabt«. Überhaupt sei es auf ihre Initiative zurückzuführen, dass die Abteilung ihre Aufmerksamkeit auf die Besonderheiten wissenschaftlicher Bibliotheken gerichtet habe¹⁰⁵ – offenbar jedoch allenfalls in geringem Maße. Die starke Verhandlungsposition Uhlendahls in Sachfragen, bei denen es stets zu »heftige[n] Auseinandersetzungen«¹⁰⁶ gekommen sei, ging mit der schwachen Stellung Snimtschikowas innerhalb der SMAD einher. Dies schloss auch das Fehlen einer konkreten Perspektive für die Deutsche Bücherei ein, was nicht zuletzt aus der kaum mit Moskau koordinierten Zensurpolitik der SMAD resultierte. Eine Möglichkeit der institutionalisierten Disziplinierung Uhlendahls bot sich für Snimtschikowa erst mit der Bildung eines Referats Bibliothekswesen beim Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen im November 1946. Bis zu diesem Zeitpunkt, so beklagte sich Snimtschikowa beim sächsischen Ministerialrat Heinz-Otto Rocholl, sei »ein Zustand eingetreten, der der Deutschen Bücherei die Möglichkeit gegeben hat, mit vielen Stellen zu ver-

104 Leonid A. Šilov (Hrsg.), *Sotrudniki Rossijskoj Nacional'noj Biblioteki – dejateli nauki i kul'tury*, Bd. 3: Gosudarstvennaja Publičnaja Biblioteka v Leningrade – Gosudarstvennaja Publičnaja Biblioteka imeni M.E.Saltykova-Ščedrina 1931-1945, Sankt Petersburg 2003, S. 510.

105 Helmut Röttsch, Aktennotiz über ein Gespräch mit Frau Dr. Snimscikova [sic!] am 17.12.1963 in Berlin, 20.12.1963, ADNBL, 152/1/5, Bl. 43-45.

106 Gerhard Hesse, Anlage zur Aktennotiz vom 19.12.1945, 19.12.1945, ebd., Bl. 40f.

handeln, um ihre Wünsche vorzubringen. Aber keine Stelle besteht, die maßgeblich für die Belange der Deutschen Bücherei verantwortlich ist.«¹⁰⁷

Aber auch das Dresdner Referat Bibliothekswesen übte, wie nachfolgend zu zeigen sein wird, nur geringen Einfluss auf die inneren Belange der Deutschen Bücherei aus. Der lokale Bezug zur »Buchstadt« Leipzig spielte für Uhlendahls strategisches Vorgehen allenfalls zu Beginn noch eine Rolle. Weder war die Fortexistenz der Bibliothek ein Beweis für die ungebrochene kulturelle Tradition der Stadt, auf die ihre Repräsentanten auch in der DDR noch stolz verwiesen, noch verlor diese mit dem faktischen Untergang der »Buchstadt« ihre Bedeutung als Gesamtarchiv.¹⁰⁸ Dass sich Uhlendahls Wahrnehmung der Beziehung zwischen der Deutschen Bücherei und der SMAD vom sowjetischen Konzept der »Volksaufklärung«, die ein Mittel zur »education of the masses in the spirit of democracy and their ideological purification of all fascist, militarist, and other kinds of reactionary influences«¹⁰⁹ sein sollte, unterschied, konnte der Generaldirektor mit Blick auf die Verhandlungspraxis mit Karlshorst ausblenden. So war es aus Uhlendahls Sicht nur folgerichtig, dass sich die Deutsche Bücherei mit der Wiedereröffnung für die Allgemeinheit im September 1947 nun wieder »rein bibliothekarischen Arbeiten« widmen könne.¹¹⁰

107 Ministerium für Volksbildung Sachsen, Abt. Wissenschaft und Forschung, an den Leiter der Volksbildung, 5.9.1946, SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

108 Diese These vertritt etwa Bluemel, *Identity in transition*, S. 151 f.

109 Zit. nach David Pike, *The Politics of Culture in Soviet-occupied Germany, 1945-1949*, Stanford 1992, S. 129.

110 Ansprache des Generaldirektors zur Wiedereröffnung des Großen Lesesaals, 21.9.1947, ADNBL, 193/2/4, Bl. 20.

2. Politische Neuordnung und Kontinuität: Die Deutsche Bücherei und die »Demokratisierung« des Bibliothekswesens in der SBZ/frühen DDR

a.) Institution der Volksbildung? Zentralisierung, Pfadabhängigkeiten und Netzwerke

Mit der Wiederzulassung politischer (»antifaschistischer«) Parteien und dem Aufbau von Zentralverwaltungen begann zugleich der Aufstieg der KPD/SED zur führenden Staatspartei in der SBZ. Zunehmend übernahmen Kommunisten Schlüsselpositionen in allen gesellschaftlichen Sektoren, zunächst vor allem in den Bereichen Volksbildung, Landwirtschaft, Finanzen, Polizei sowie Arbeit und Sozialfürsorge.¹ Der Prozess der Machtübernahme war begleitet von tiefgreifenden sozioökonomischen Umstrukturierungen. Offiziell sprachen die Kommunisten hierbei von einer flächendeckenden »Demokratisierung« – eine Propagandaformel und Herrschaftsstrategie zugleich, sollte sich der Weg der KPD/SED zur führenden Kraft doch unter größtmöglicher Wahrung des demokratischen Scheins und Einbeziehung »breiter gesellschaftlicher Schichten« vollziehen. Kulturpolitik, wozu auch das Bibliothekswesen zählte, kam dabei eine tragende Funktion zu. Sie sollte einen bedeutenden Beitrag zur Loslösung von als reaktionär verfeimten Einflüssen leisten und die Herrschaft der Kommunisten stützen. Kultur wurde in diesem Zusammenhang als Volkserziehung verstanden. Als Zentralorgan fungierte hierbei die im August 1945 auf sowjetischen Befehl hin gebildete Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) als »ausführendes Organ des Willens der Besatzungsmacht«², aus dem nach der Gründung der DDR das Ministerium für Volksbildung hervorging. Freilich war all dies kein geradliniger Prozess. Die Zentralverwaltungen konnten nicht von einem Tag auf den anderen das Zepter übernehmen und die Gesellschaft »durchherrschen«, zumal deren Konstitutionsprozess mitunter eine längere Zeit beanspruchte. So war die DZVV mindestens bis 1948 häufigen Struktur- und Personalwechseln unterworfen und litt unter chronischer Unterfinanzierung.³ Die Lücke füllten indes wiederhergestellte regionale und lokale Verwaltungen.

Für die Deutsche Bücherei verlief die »sozialistische Umgestaltung« unter Führung der SED unter diesen Bedingungen nicht abrupt, sondern eher schleichend, und war nicht nur mit ideologischen und realen Pressionen, sondern auch

1 Hermann Weber, *Die DDR 1945-1990*, München 2000, S. 10.

2 Manfred Heinemann (Hrsg.), *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949. Die sowjetische Besatzungszone*, Berlin 2000, S. 200.

3 Pike, *The Politics of Culture in Soviet-occupied Germany*, S. 96-101.

mit Machtchancen und Möglichkeiten zur Reaktivierung älterer Netzwerke sowie Tradierung bibliothekspolitischer Strukturen verbunden. Zunächst standen aber ganz praktische Probleme im Vordergrund. Bereits am 16. August 1945 kamen Vertreter der im Mai/Juni unter Einfluss der »Gruppe Ackermann« gebildeten Sächsischen Landesverwaltung, der Stadt Leipzig und des Börsenvereins mit Heinrich Uhlendahl zusammen, um über die Zukunft der Deutschen Bücherei, die »verwaltungsmäßig und finanziell in der Luft« hing, zu verhandeln. Die Lösung fand man in der bisherigen Praxis der Mischfinanzierung. So sprachen sich die Vertreter Sachsens und Leipzigs für eine Übergangslösung aus, die zunächst eine Finanzierung der Bibliothek durch Land und Stadt vorsah, so lange bis die im Aufbau befindliche DZVV die früheren Verpflichtungen des Reiches zu übernehmen bereit war. Parallel sollten Land und Stadt erste Maßnahmen zur personellen Bereinigung ergreifen, wobei »Rechtsgrundsätze, wie sie unter der Weimarer Republik aufgestellt worden sind«, anzuwenden wären.⁴ Kompetenzen über das Aufsichtsrecht hinaus aber lehnten sowohl die Vertreter Sachsens als auch der Leipziger Oberbürgermeister kategorisch ab, obgleich die unsichere Verwaltungssituation schon früh Begehrlichkeiten innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung geweckt hatte.⁵

Bis 1947 blieb die Deutsche Bücherei verwaltungsorganisatorisch eine Domäne des Landes Sachsen. Dennoch war die Bibliothek auch dort keineswegs einheitlichen Steuerungsprozessen unterworfen. Das hatte in erster Linie etwas mit der Vielgestaltigkeit ihrer Aufgaben zu tun, die eine eindeutige Ressortzuordnung verhinderten und Stoff für interne Machtkonflikte boten. Ein solcher Streit brach im Gefolge umfangreicher personeller Veränderungen im September 1945 aus.⁶ Mitte des Monats übernahm mit Fritz Selbmann ein altgedienter KPD-Funktionär, der die Zeit des Nationalsozialismus gänzlich in politischer Haft und in Konzentrationslagern verlebt hatte, das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie damit verbunden das Amt eines von zwei Vizepräsidenten der Landesverwaltung.⁷ In diesen Funktionen erwies sich Selbmann sowohl als tatkräftiger Helfer bei der Verstaatlichung der sächsischen Wirtschaft als auch als Verfechter sächsischer Wirtschaftsinteressen, was ihn mehrfach mit seinen Par-

4 Niederschrift über die Besprechung am 16. August 1945 beim Oberbürgermeister, 20.8.1945, SächsStAL, 21766, 1791, Bl. 115.

5 Erich Zeigner an Stadtrat Helmut Holtzhauer, Denkschrift vom 13.8.1945 über die Gliederung des Erziehungs- und Kulturamtes, 20.8.1945, StadtAL, StVuR, 8855, Bl. 14.

6 Helga A. Welsh, Sachsen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, 2. Aufl., München 1993, S. 126-146, hier S. 133.

7 Andreas Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945-1952. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts, Frankfurt am Main 2000, S. 84.

teigenossen der KPD/SED in Konflikt brachte.⁸ Skeptisch verhielt sich die KPD auch bei Selbmanns Personalauswahl. So hielt dieser seine schützende Hand über »zwei der wichtigsten Ministerialbeamten des Wirtschaftsressorts« Werner Lang und Walther Protze (1890-?), obgleich der Landesvorstand der KPD auf deren rasche Versetzung auf nachgeordnete Stellen drängte.⁹ Aus Sicht der Deutschen Bücherei erwies sich die personelle Kontinuität in der Person Protzes insofern als glücklicher Umstand, da dieser bereits im März 1933 das Referat für die Deutsche Bücherei im Sächsischen Wirtschaftsministerium übernommen hatte, damit zugleich als Vertreter Sachsens in den Verwaltungsrat der Deutschen Bücherei gelangt war und die Finanzbedürfnisse der Bibliothek kannte.¹⁰ Heinrich Uhlendahl, der von der Personalie bereits vor deren offiziellem Bekanntwerden über persönliche Netzwerke erfahren hatte, zeigte sich hierüber sichtlich erleichtert und beeilte sich, dem frischgebackenen Ministerialdirektor seine Hoffnung auszudrücken, »dass Sie auch weiterhin die Deutsche Bücherei betreuen werden«.¹¹ Mit Bernhard Spangenberg (1891-1949)¹², der bereits von 1922 bis 1933 im Sächsischen Finanzministerium gearbeitet hatte und nunmehr zusammen mit seinem Parteikollegen Gerhard Rohner (CDU) die Abteilung Finanzen und Steuern im Wirtschaftsressort leitete,¹³ war ein weiterer alter Bekannter in eine leitende Funktion zurückgekehrt, der Uhlendahl umgehend zusicherte, dass er der Deutschen Bücherei »mein altes Interesse bewahren« werde.¹⁴

Protze kannte nicht nur die finanziellen Bedürfnisse der Deutschen Bücherei, sondern war als Leiter der Verwaltungsabteilung unter Selbmann nunmehr darauf aus, die Bibliothek ganz in seinen Zuständigkeitsbereich zu ziehen.¹⁵ Zur

8 Winfrid Halder, »Modell für Deutschland«. Wirtschaftspolitik in Sachsen, Paderborn 2001.

9 Mike Schmeitzner/Stefan Donth, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 146.

10 Dieter Dietrich, Die Deutsche Buchkunststiftung 1927-1957. Ein Beitrag zur Buch- und Stiftungsgeschichte, in: Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 8 (1998), S. 148f., hier S. 148; 19.-25. Jahresbericht über die Verwaltung der Deutschen Bücherei. 1. April 1931 bis 31. März 1938, hrsg. v. Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Leipzig 1938, S. 34f.

11 Heinrich Uhlendahl an Ministerialdirektor Walther Protze, 9.8.1945, ADNBL, 154/5, X, Bl. 207.

12 Heinrich Uhlendahl an Ministerialdirektor Bernhard Spangenberg, 9.8.1945, ADNBL, 154/5, XI, Bl. 99.

13 Andreas Thüsing (Hrsg.), Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010, S. 541.

14 Bernhard Spangenberg an Heinrich Uhlendahl, 17.8.1945, ebd., Bl. 18.

15 Albert Heß, Besprechung mit Ministerialdirektor Protze, Generaldirektor Uhlendahl, Ministerialrat Becker in der Deutschen Bücherei am 21.9.1945, SächsStAL, 21766, 1532, Bl. 109.

Begründung zog Protze wirtschaftspolitische Argumente heran, denen auch Selbmann zustimmte. Als »besonders wichtige Aufgaben der DB« sah Protze den Wiederaufbau des Verlegerkatalogs als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Buchproduktion.¹⁶ Deshalb sollte auch der Börsenverein künftig stärker finanziell in die Pflicht genommen werden.¹⁷ Durchkreuzt wurden diese Pläne aber von einem Erlass des Präsidenten der Sächsischen Landesverwaltung, Rudolf Friedrichs (SPD), der im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen im September 1945¹⁸ die »kulturelle Betreuung« der Deutschen Bücherei der sächsischen Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung übertragen hatte. Diese unterstand im Gegensatz zum Wirtschaftsressort direkt der Aufsicht Friedrichs und wurde von Emil Menke-Glückert, einem Mitbegründer der LDP, geleitet, der bereits in der Weimarer Republik als Ministerialrat im Sächsischen Kultus- bzw. Volksbildungsministerium gearbeitet hatte.¹⁹ Gegen die Einflussnahme Menke-Glückerts lehnte sich Selbmann persönlich auf, indem er Friedrichs gegenüber darauf verwies, dass die Bedeutung der Deutschen Bücherei für den Buchhandel »jetzt im Vordergrund« stehe und das Wirtschaftsressort als anleitende Instanz damit Vorrang habe. Zudem machte Selbmann, offenbar auf Hinweis von Protze, darauf aufmerksam, dass sich die Einflussnahme des Wirtschaftsressorts bereits in der Vergangenheit bewährt habe.²⁰ Auch wenn Menke-Glückert handschriftlich versicherte, das Wirtschaftsressort keineswegs ausschalten zu wollen,²¹ fühlte dieser sich bald von Selbmann ausgestochen. So beklagte er sich bei Friedrichs im November, dass er unter der »Betreuung der Deutschen Bücherei in kultureller Beziehung« verstehe, personelle Entscheidungen in enger Fühlungnahme mit seiner Behörde zu treffen, was Protze und Selbmann immer wieder ignorierten.²² Menke-Glückert mangelte es aber nicht nur innerhalb der Landesverwaltung am notwendigen Rückhalt, auch Heinrich Uhrendahl optierte für das Wirtschaftsressort als »federführende Aufsichtsbehörde der Deutschen Bücherei, die in allen in Betracht kommenden Angelegenheiten direkt mit der Deutschen Bücherei verkehrt und Wert darauf legt, dass dies

16 Niederschrift über die Besprechung im Dienstzimmer des Herrn Bürgermeisters Sachse, Leipzig, am 10.10.1945, ebd., Bl. 115.

17 Auszug aus dem Bericht über die Sitzung des Aktionsausschusses am 20.10.1945 im Buchhändlerhaus, ebd., Bl. 118.

18 Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung, S. 83.

19 Andreas Reichel, Art. »Menke-Glückert, Johann Wilhelm Emil Peter«, in: Sächsische Biografie, URL: [http://www.isgv.de/saebi/\(30.3.2016\)](http://www.isgv.de/saebi/(30.3.2016)).

20 Fritz Selbmann an Rudolf Friedrichs, 22.10.1945, SächsHStAD, 11401, 1743, Bl. 30.

21 Vermerk für UR.- oder Mitzeichnungssache, handschriftliche Notiz Menke-Glückert, o.D., ebd., Bl. 31.

22 Emil Menke-Glückert an das Präsidialbüro, 27.11.1945, ebd., Bl. 31A.

auch umgekehrt geschieht«. ²³ Schließlich verlor Menke-Glückert immer weiter an Einfluss. Im Januar 1946 wurde die Abteilung Volksbildung aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenressorts herausgelöst und zu einer eigenständigen Behörde unter Kurt Fischer (KPD) aufgewertet. Menke-Glückerts Zentralverwaltung wurde daraufhin zu einer Abteilung Wissenschaft und Forschung innerhalb des Bereiches Volksbildung herabgestuft und war seither der Aufsicht des Präsidenten der Landesverwaltung entzogen. ²⁴

Unter diesen Bedingungen ging man in Dresden und Leipzig die Wiederherstellung des früheren Zustandes der Mischfinanzierung zwischen Reich, Land und Stadt nach dem Verhältnis 2:2:1 an – dies umso mehr, nachdem eine erste Haushaltsbesprechung mit der SMA in Dresden im Herbst 1945, die darauf abzielte, den Anteil Sachsens von 60 Prozent sicherzustellen, zur Enttäuschung aller Beteiligten mit einer von den Sowjets angeordneten Streichung von 30 Prozent geendet hatte, was für die Deutsche Bücherei empfindliche Einsparungen im Personalbudget bedeutete. ²⁵ Die DZVV musste deshalb mit ins Boot geholt werden. So wurde der Haushalt um ein Viertel gekürzt und die DZVV sowie das Land Sachsen jeweils mit 219.000 Reichsmark, die Stadt Leipzig mit 109.500 Reichsmark in die Pflicht genommen. Bald stellte sich jedoch heraus, dass die DZVV vorerst nicht für eine Finanzierung der Deutschen Bücherei infrage kommen sollte, nachdem vom Berliner Anteil nur knapp die Hälfte überwiesen worden war. ²⁶ Im Februar 1946 erfuhren die Vertreter der Stadt und des Landes schließlich, dass die SMAD den gesamten Berliner Anteil gestrichen hatte. ²⁷

Während Walther Protze im November 1946 noch einmal darauf drängte, den »neuen Herren« die Deutsche Bücherei einmal persönlich zu präsentieren und sie dabei für die Bibliothek zu interessieren, ²⁸ hatte sich die Bibliotheksinspektorin der SMAD, Galina Snimtschikowa, unlängst auf Uhlendahl eingeschossen. Um dessen Verhandlungsspielraum einzuengen, hatte sie bereits neue Realitäten geschaffen und die Zuständigkeit für die Deutsche Bücherei endgültig dem Ressort Volksbildung der Sächsischen Landesverwaltung übertragen. Nachdem Emil Menke-Glückert Mitte September 1946 aus gesundheitlichen Gründen aus der Verwaltung ausgeschieden war, war die Leitung der Abteilung Wissenschaft und Forschung des nach den Landtagswahlen vom Oktober 1946 zum Ministerium aufgewerteten Ressorts Volksbildung dem Chemiker der TU Dresden und

23 Heinrich Uhlendahl an das Volksbildungsamt des Rates der Stadt Leipzig, 17.12.1945, ADNBL, 152/2, Bl. 41.

24 Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung, S. 91.

25 Niederschrift über die Besprechung im Dienstzimmer des Herrn Bürgermeisters Sachse, Leipzig, am 10.10.1945, SächsStAL, 21766, 1532, Bl. 115.

26 Rat der Stadt Leipzig, Aktennotiz des Stadtkämmerers Schröpfer, 8.3.1946, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 87.

27 Aktennotiz, 28.2.1946, ebd., Bl. 86.

28 Heinrich Uhlendahl an Erich Zeigner, 9.11.1946, ebd., Bl. 129.

Mitglied der LDP, Arthur Simon (1893-1962), übertragen worden,²⁹ der zwar als der SMA gegenüber loyal galt, den Kommunisten aber eher distanziert gegenüberstand.³⁰ Wichtiger als diese Personalie war aber, dass in der sächsischen Abteilung Volksbildung auf Anordnung der SMAD ein Referat Bibliotheken geschaffen wurde, mit dessen Leitung der Historiker Otto-Heinz Rocholl (1912-?) betraut wurde, der sich 1931 der SPD angeschlossen hatte und nach 1945 der KPD/SED beigetreten war.³¹ Unter ihm sollte die Deutsche Bücherei nun »demokratisiert« und dem Einfluss des Wirtschaftsressorts entzogen werden. Darunter verstand Rocholl, »alle Bibliotheken des Bundeslandes nach einheitlichen Richtlinien und Anweisungen zu pflegen und sie zu wirksamen Instrumenten für die Demokratisierung unseres Bildungswesens zu entwickeln«. Für wissenschaftliche Bibliotheken bedeutete dies, dass diese künftig nicht mehr »um ihrer selbst willen« existieren, sondern »in erster Linie Benutzern aus allen Bevölkerungsschichten für ihre wissenschaftliche Arbeit, ihr berufliches Fortkommen und die Pflege ihrer sonstigen Bildungsinteressen dienen«³² sollten. Rocholl zählte allerdings nicht zu den Hardlinern in der SED und trat gegenüber Berlin immer wieder als Verteidiger sächsischer Interessen auf.³³ In der Praxis ließ er einen gewissen Pragmatismus walten und war insbesondere gegenüber der Deutschen Bücherei bereit, die Vorgaben flexibel an die Bedürfnisse der Bibliothek anzupassen. Dahinter standen auch konkrete Machtfragen. Rocholl verstand den Auftrag Snimtschikowas vor allem als Chance, dem Land Sachsen mit der Deutschen Bücherei ein nationales politisches Einflussgebiet zu sichern. So teilte Rocholl die Beweggründe Snimtschikowas nicht völlig, etwa ihr Unbehagen darüber, dass die Deutsche Bücherei sich vorwiegend dem Wiederaufbau des Verlegerkatalogs gewidmet, ihre zensurpolitischen Aufgaben (Liste der auszusondernden Literatur) aber mit weniger Aufmerksamkeit verfolgt habe. Dies beruhte Rocholl zufolge eher auf einem Missverständnis.³⁴ Zudem sprach er sich bei den Haushaltsverhandlungen für 1947 sogar dafür aus, Walther Protze weiterhin in die Beratungen einzubeziehen, obwohl Rocholl die Machtansprüche des Wirtschaftsressorts ein ausgesprochener Dorn im Auge waren. Rocholl lag

29 Walther Protze an Heinrich Uhlendahl, 25.9.1946, ADNBL, 816/1, Bl. 109.

30 Matthias Lienert, *Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946-1989*, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 21f., 69.

31 Ilko-Sascha Kowalczuk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997, S. 226.

32 Landesverwaltung Sachsen, *Volksbildung, Wissenschaft und Forschung an alle wissenschaftlichen Bibliotheken des Bundeslandes Sachsen*, 15.11.1946, ADNBL, 152/2, Bl. 77.

33 Michael Parak, *Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Eliten-austausch an sächsischen Hochschulen 1933-1952*, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 139.

34 Rocholl, *Aktennotiz*, 2.12.1946, SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

bei allen Differenzen daran, »die guten Beziehungen zwischen der Deutschen Bücherei und dem Ressort Wirtschaft und Arbeit und vor allem Herrn Ministerialdirektor Dr. Protze persönlich weiterzupflegen«, ihm nicht nur intern eine beratende Funktion in Haushaltsfragen, sondern auch einen Sitz im künftigen Verwaltungsrat der Deutschen Bücherei zukommen zu lassen.³⁵ In der Praxis zeigte sich denn auch, dass Protze zusammen mit Bernhard Spangenberg bei Haushaltsbesprechungen noch immer den Ton angab und seine Positionen erfolgreich verteidigen konnten. Das Protokoll über die Haushaltsdiskussion für das Jahr 1947 liest sich wie ein Zwiegespräch zwischen Uhlendahl auf der einen, Protze und Spangenberg auf der anderen Seite. Zu keiner Zeit trafen diese drei auf Gegenpositionen, obgleich mehrere Vertreter des Leipziger Volksbildungsamtes, des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung und der DZVV anwesend waren. Diesen aber fehlte schlicht die Expertise und Vertrautheit mit den inneren Belangen der Deutschen Bücherei. Die Tatsache, dass im Vorfeld der Besprechung wieder empfindliche Abstriche bei den Personalausgaben gemacht worden waren (von ursprünglich veranschlagten 651.000 Reichsmark verblieben am Vorabend der Besprechung nur 590.000 Reichsmark),³⁶ ließ Uhlendahl, Protze und Spangenberg dabei an alte Krisenzeiten zurückdenken, als man im Zuge der Inflation in der ersten Hälfte der 1920er Jahre mit dem Verwaltungsrat heftig um Buchbinderkosten gekämpft hatte. Vor diesem Hintergrund vermochte es Spangenberg sogar, einen zusätzlichen Haushaltstitel zur Abführung von Rücklagen aus möglichen Überschüssen »zur Wiederherstellung des Gebäudes und zur Auffüllung der Bücherbestände« durchzusetzen, um diese Mittel vor einem Abfluss an den Fiskus zu bewahren.³⁷

Wenige Monate nach Aufstellung des Haushalts nach dem althergebrachten Muster 2:2:1 entschied die SMAD im Sinne Snimtschikowas, dass das Land Sachsen künftig alleiniger Unterhaltsträger der Deutschen Bücherei sein müsse, um klare Unterstellungsverhältnisse zu schaffen. Rocholl kam dies durchaus gelegen, obgleich dem Land Sachsen damit 324.000 Reichsmark Mehrausgaben auferlegt worden waren. Milde stimmte ihn dabei aber, wie er bei einem Besuch in der DZVV erfuhr, dass diese Maßnahme »im Zusammenhang mit der Verstärkung der Länderregierungen und der gleichzeitig eingeschränkten Stellung der Zentralverwaltung als nur beratende und anregende Instanz« zu sehen sei.³⁸ So begrüßte Rocholl die Überlassung der »repräsentativsten deutschen Bibliothek«

35 Rocholl, Stellungnahme zur Betreuung der Deutschen Bücherei Leipzig, 3.11.1946, ebd., unfol.

36 Haushaltsplan der Deutschen Bücherei für das Jahr 1947, ebd., unfol.

37 Niederschrift über die Besprechung des Haushalts der Deutschen Bücherei für 1947 am 13.11.1946, ebd., unfol.

38 Rocholl, Bericht über meine Berliner Reise vom 21.-24. Februar 1947, SächsHStAD, 11401, 1744, unfol.

an das Land Sachsen.³⁹ In der Entscheidung Snimtschikowas, die Deutsche Bücherei von der sächsischen Landesregierung verwalten zu lassen, spiegelt sich zugleich ein genereller Kompetenzkonflikt mit der SED-Führung bezüglich der ordnungspolitischen Strukturen wider. Während Erstere der regionalen Ebene noch immer einen hohen Stellenwert für die Durchsetzung ihrer Besatzungspolitik beimaß, drängte Letztgenannte seit Ende 1946 immer stärker auf eine Zentralisierung der Planung und Verwaltung.⁴⁰ Eng mit diesem übergeordneten Konflikt verbunden waren die internen Debatten um ein Statut für die Deutsche Bücherei, das auch Snimtschikowa gefordert hatte und ihrem Bedürfnis nach klaren Unterstellungsverhältnissen Rechnung tragen sollte, bald jedoch zum Gegenstand von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ost-Berlin und Dresden wurde. Als Grundlage für das neue Statut diente ein Entwurf Uhlendahls, der sich ausschließlich an älteren Bestimmungen orientierte.⁴¹ Von Rocholls Behörde wurde dieser zwar »etwas geändert im Sinne einer stärkeren Demokratisierung der Deutschen Bücherei«.⁴² Tatsächlich waren damit aber nur sehr geringe Erweiterungen des Textes verbunden. So wurde in Paragraph 2, der die Aufgaben der Bibliothek auflistete, der Benutzungscharakter stärker betont und in Paragraph 4, der die Leitungskompetenzen festlegte, die Passage hinzugefügt, dass künftige Einstellungen »den Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen über den personellen Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung vom 17.8. und 3.11.1945 entsprechen«⁴³ sollten. Erst auf Intervention Robert Rompes, der die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft in der DZVV leitete, wurden andere Bestimmungen etwas verschärft. So musste die noch in Paragraph 3 verankerte Benutzungsgebühr entfallen.⁴⁴ Einem späteren Einwand, dass es »in demokratischer Weise« besser sei, in den Bestimmungen über die Leitung der Deutschen Bücherei neben dem Generaldirektor auch die Abteilungsdirektoren gleichberechtigt aufzuführen, widersetzte sich Rocholl dagegen, indem er auf die

39 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Ref. Wissenschaftliche Bibliotheken, an das Sekretariat des Ministeriums für Volksbildung, 12.2.1947, SächsHStAD, 11401, 1708, unfol.

40 Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, 347-365; Ders., Sowjetische Ordnungspolitik und deutsche Ordnungsambition, in: Ders. (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR, Berlin 2015, S. 99-254, hier insbes. 146-167.

41 Statut der Deutschen Bücherei, o.D. [1946], ADNBL, 100/1/1, unfol.

42 Rocholl, Entwicklung des vorläufigen Entwurfs der Satzung der Deutschen Bücherei, o.D., SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

43 Statut der Deutschen Bücherei, o.D. [Anfang 1947], ADNBL, 100/1/1, unfol.

44 DZVV, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Robert Rompe, an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, 30.1.1947, SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

SMAD verwies, die »im Allgemeinen einen Verantwortlichen« bevorzuge.⁴⁵ Ein handfester Konflikt entwickelte sich allerdings um die Frage des Verhältnisses zwischen dem Ministerium für Volksbildung Sachsen und der DZVV. Schon im Dezember 1945 hatte Carl Mones, Referent für Bibliothekswesen unter Rompe, darauf gedrängt, die DZVV als Aufsichtsführende Behörde im Statut zu verankern. Bei Rocholl stieß diese Forderung jedoch »auf wenig Gegenliebe«. Vielmehr müsse sich Mones, so teilte ihm Uhlendahl vorab mit, »auf harten Widerstand gefasst machen«.⁴⁶ Rocholl wiederum wandte sich mit einem Rückgriff auf etwas zurechtgeschnittene historische Traditionen empört an die Abteilung Volksbildung in Karlshorst, worin sich einmal mehr die vorwiegend machtpolitischen (jedoch nicht bibliothekspolitischen) Interessen des Referatsleiters widerspiegeln:

»Die Deutsche Bücherei ist ursprünglich eine Gründung des Landes Sachsen, der Stadt Leipzig und des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler. Das Deutsche Reich hat sich erst in den letzten Jahren als Garant der Bücherei eingeschaltet. Die Landesregierung Sachsen ist am besten von allen Garanten in der Lage, eine wirksame Kontrolle über die Deutsche Bücherei durch Kräfte, die sie genauestens kennen, ausüben zu können.«⁴⁷

Da auch Galina Snimtschikowa der Ansicht war, dass die Deutsche Bücherei besser von Dresden aus beaufsichtigt werden sollte, reagierte Rompe ebenso konsequent, indem er Rocholl aufforderte, dass das Land Sachsen künftig auch als alleiniger Unterhaltsträger auftreten solle.⁴⁸ Jedoch einigte man sich bald darauf, der Landesregierung das Aufsichtsrecht zuzugestehen, zugleich aber die Richtlinienkompetenz der DZVV im Statut zu verankern. Im Hintergrund maßgeblich beeinflusst hatte diesen auf eine forcierte, aber begrenzte Zentralisierung hinauslaufenden Kompromiss die SMA, die dem Land Sachsen die mit Rompes Reaktion aufgebürdeten Mehrausgaben für 1947 stillschweigend aus dem Etat gestrichen hatte.⁴⁹ Dennoch scheiterte Rompe im September 1947 mit einem weiteren Versuch, der DZVV auch das Aufsichtsrecht über die Bibliothek zuzuweisen. Gelöst wurde dieser Konflikt endgültig an Rompe vorbei auf informeller Ebene zwischen Rocholl und Mones, wobei sich Letztgenannter damit einverstanden erklärte, »stillschweigend die erste Form« wiederher-

45 Bemerkungen zur neuen Satzung der Deutschen Bücherei [mit handschriftlichen Notizen Rocholls], o.D., ebd., unfol.

46 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 7.12.1946, ADNBL, 100/1/1, Bl. 20.

47 Rocholl an die SMAD, Abt. Volksbildung, über die SMA für das Bundesland Sachsen, Abt. Volksbildung, 19.12.1946, SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

48 DZVV, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Robert Rompe, an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, 30.1.1947, ebd., unfol.

49 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Rocholl, an das Sekretariat des Ministeriums für Volksbildung, 17.5.1947, ebd., unfol.

zustellen, einen »offiziellen Protest bei der Zentralverwaltung« aber zu unterlassen.⁵⁰ Am 17. Oktober 1947 wurde das Statut schließlich von Arthur Simon und Erwin Hartsch, der seit Dezember 1946 das Sächsische Volksbildungsministerium leitete, unterzeichnet.⁵¹ Dennoch wurde es in dieser Form nie in Kraft gesetzt, da es zwischen dem Volksbildungs- und Wirtschaftsministerium in Dresden bald zu erneuten Kompetenzstreitigkeiten kam.⁵² Damit trat auch der für innere Angelegenheiten der Bibliothek zuständige Verwaltungsrat der Deutschen Bücherei nicht mehr zusammen. Gleichwohl entspannte sich das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Dresden sichtlich. Dies hatte zum einen pragmatische Gründe, da das wachsende Aufgabenspektrum der Deutschen Bücherei eine finanzielle Beteiligung der DZVV zwingend erforderlich machte, zumal sich durch die Wiedereröffnung im Herbst 1947 und die Aufnahme des Ausbildungsbetriebs die Ausgaben stark erhöhten.⁵³ Zugleich ging die Verantwortung für das sächsische wissenschaftliche Bibliothekswesen im Jahr 1947 auf den früheren Theologen Heinz Trepte (1916-1964) über, der gegenüber der DZVV kompromissbereiter auftrat.

Während der Diskussionen um das Statut der Deutschen Bücherei war bereits offensichtlich geworden, dass die DZVV wie auch die anderen Zentralverwaltungen, auf Betreiben der SED und SMAD ihren Einfluss auf die Leipziger Bibliothek zu verstärken beanspruchte. Die DZVV war Ende Juli 1945 jedoch keineswegs als Nachfolgerin älterer Reichsinstitutionen geschaffen, wie Rocholl dies augenscheinlich annahm, sondern als verlängerter Arm der Volksbildungsabteilung der SMAD konstituiert worden. Sie sollte das sowjetische Leitbild der Volkserziehung in praktische Politik umsetzen. Bibliotheken sollten dabei als Kulturvermittler an der Basis eine besondere Rolle einnehmen, was zugleich einen deutlichen Bruch mit älteren bürgerlichen Wertvorstellungen implizierte. Bibliotheken sollten nun dazu beitragen, die Klassenunterschiede einzuebrennen, indem sie jedem Menschen Zugang zu kultureller Bildung ermöglichten, und entsprechend dem sowjetischen Konzept der Massenbibliothek die Leser aktiv in ihrer Lektüre beeinflussen. So galten Bibliotheken, egal ob es sich um Volks- oder wissenschaftliche Bibliotheken handelte, gleichermaßen als »Zentren der sozialistischen Kultur, Wegbereiter der großen Ideen Lenins und Stalins und getreue Helfer der Partei und der Regierung bei der kommunistischen Erzie-

50 Rocholl, Niederschrift über Telefongespräche am 17.10.1947, ebd., unfol.

51 Eine endgültige Fassung der vorläufigen Satzung der Deutschen Bücherei vom 17.10.1947 befindet sich in SächsStAL, 21766, 1533, Bl. 61 f.

52 Heinrich Uhlendahl an das Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR, Dr. Schrickel, 23.10.1951, ADNBL, 100/1/1, Bl. 47.

53 Heinz Trepte an die DZVV, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, 12.1.1948, SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

hung der Werktätigen«. ⁵⁴ In der SBZ sollte dieses Modell in erster Linie durch die Etablierung eines neuen Berufsbildes durchgesetzt werden. Der Bibliothekar sollte fortan nicht mehr vornehmlich Fachmann, sondern zugleich »Lehrer und Berater des Volkes« sein und sich dem Prinzip der Parteilichkeit unterordnen. ⁵⁵

Als Präsident der DZVV wurde Paul Wandel (1905-1995) eingesetzt. Er stammte aus einer Arbeiterfamilie, hatte sich bereits mit 14 Jahren den Kommunisten angeschlossen und war 1931 in die Sowjetunion emigriert, wo er als Lehrer der Lenin-Schule in Moskau, enger Vertrauter Wilhelm Piecks sowie Mitglied des Auslandsbüros der KPD agierte. Seine politische Versiertheit qualifizierte ihn für die Funktion des Präsidenten der DZVV. Gleichwohl waren sich auch die Sowjets im Klaren darüber, dass Wandel keinerlei konzeptionelle Vorstellungen über die Organisation des Bildungswesens besaß. ⁵⁶ Die DZVV bestand aus sechs Abteilungen, darunter »Wissenschaft und Forschung«, 1946 in »Wissenschaft und Hochschulen« umbenannt, die zunächst vom antifaschistisch gesinnten, aber parteilos gebliebenen Mediziner Theodor Brugsch (1878-1963) geleitet wurde, der zusammen mit Johannes R. Becher den Club der Kulturschaffenden in Berlin gegründet hatte. ⁵⁷ Auf Brugsch war es auch zurückzuführen, dass die Deutsche Bücherei, obwohl sie im ersten Geschäftsverteilungsplan der DZVV noch der Abteilung »Kulturelle Aufklärung« zugeordnet worden war, bald in die Wissenschaftsabteilung wechselte. ⁵⁸ Schon früh setzte Brugsch damit ein Signal zum Wiederaufbau tradierter wissenschaftspolitischer Strukturen, während die Zuordnung der Bibliothek zur Abteilung »Kulturelle Aufklärung« eher dem sowjetischen Leitbild entsprochen hätte.

Revolutionäre Energien setzte das sowjetische Modell der Massenbibliothek innerhalb der ostdeutschen Bibliothekspolitik damit nur bedingt frei. Vielmehr war das Bibliothekswesen auch in der SBZ durch Pfadabhängigkeiten gekennzeichnet, die sich unmittelbar auf die Personalpolitik auswirkten. So existierte in Deutschland bereits seit dem 19. Jahrhundert eine lange Tradition von Volksbibliotheken, die auch das Konzept der Leserlenkung integrierte. Dieses Modell war eng mit den Bildungskonzepten der Arbeiterbewegung verknüpft. Das deutsche Volksbibliothekswesen stand dem sowjetischen Modell der Massenbibliothek durchaus

⁵⁴ Vitalij Nikolaevič Denis'ev, Die Arbeit der Massenbibliothek, in: Die sowjetische Massenbibliothek. Zwei Beiträge, hrsg. v. Zentralinstitut für Bibliothekswesen, Berlin (Ost) 1954, S. 7-198, hier S. 9f.

⁵⁵ Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«, S. 22f.

⁵⁶ Natalia Tsvetkova, Failure of American and Soviet Cultural Imperialism in German Universities, 1945-1990, Leiden 2003, S. 83.

⁵⁷ Peter Schneck/Elke Reuter, Art. »Brugsch, Theodor«, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoß/Dieter Hoffmann (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2001, S. 115f.

⁵⁸ Theodor Brugsch an Paul Wandel, 17.5.1946, BArch, DR 2/807, Bl. 23.

nahe, insofern es die Bildung der Arbeiterklasse, den Grundsatz der Gleichheit des Zugangs zu Informationen und eine homogene, nationale Volkserziehung zum Grundsatz hatte.⁵⁹ Davon hatten sich allerdings die mit einer viel älteren Tradition versehenen wissenschaftlichen Bibliotheken abgegrenzt, die sich einzig dem bildungsbürgerlichen Grundsatz der Forschungsförderung verschrieben und ihr berufliches Ethos auf Objektivität, wissenschaftliche Expertise sowie Bestandserhaltung gründeten.⁶⁰ Im wissenschaftlichen Bibliothekswesen wurden insbesondere in den krisengeschüttelten 1920er Jahren und anknüpfend an das »System Althoff« bedeutende Zentralisierungs- und Institutionalisierungsprozesse in Gang gesetzt, die den Beruf des wissenschaftlichen Bibliothekars als Staatsbeamten verstetigten, während sich im Volksbibliothekswesen zur gleichen Zeit keine vergleichbare Expertenkultur ausbildete. Vielmehr war dieses Feld durch massive Richtungskämpfe gekennzeichnet.⁶¹

Es lag aus ideologischen und politischen Gründen nahe, dass die DZVV in bibliothekspolitischen Angelegenheiten auf bewährte Volksbibliothekare zurückgriff. In Brugschs Behörde, die bereits im Verlauf des Jahres 1946 vom Physiker Robert Rompe übernommen wurde, bestand ein Bibliotheksreferat, dessen Leiter Carl Mones sich schon früh die »Schaffung eines im ganzen Sowjetisch besetzten Gebiet einheitlich ausgerichteten antifaschistisch-demokratischen Büchereiwesens unter der Führung und Aufsicht der Zentralverwaltung für Volksbildung«⁶² zur Aufgabe gemacht hatte. So revolutionär dies aber auch klingen mochte, Mones hatte dabei ausschließlich das Volksbibliothekswesen vor Augen. Mones war 1886 als Sohn eines Gymnasiallehrers in Düsseldorf geboren worden, hatte an den Universitäten Bonn und Köln Theologie und Philosophie studiert, im Fach Staatswissenschaften promoviert und bis 1923 als Geistlicher in der Erzdiözese Köln gearbeitet. 1925 wechselte er als Bibliotheksrat nach Berlin, trat in die SPD ein und wurde Mitglied des Verbandes der Volksbibliothekare. 1933 war er von den Nationalsozialisten wegen »antifaschistischer Einstellung« aus seiner Position als Leiter des städtischen Büchereiwesens für den Bezirk Reinickendorf gedrängt worden und verbrachte zwei Monate im Gefäng-

59 Dieter Langewiesche, »Volksbildung« und »Leserlenkung« in Deutschland von der wilhelminischen Ära bis zur nationalsozialistischen Diktatur, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 14 (1989), Heft 1, S. 108-125.

60 Alexandra Habermann, Der wissenschaftliche Bibliothekar – Zur Professionalisierung eines Berufes, in: Engelbert Plassmann/Ludger Syré (Hrsg.), Verein Deutscher Bibliothekare 1900-2000. Festschrift, Wiesbaden 2000, S. 41-58.

61 Zum Stand der volksbibliothekarischen Ausbildung am Ende der 1920er Jahre vgl. Art. »Volksbibliothekar«, in: Sächsisches Akademisches Auskunftsamt für Studien- und Berufsfragen (Bearb.), Handbuch der Berufe, Teil II: Akademische Berufe, Magdeburg 1927, S. 93-102.

62 Carl Mones, Bericht über die Tätigkeit des Referates »Bibliothekswesen«, 12.10.1945, BArch, DR 2/630, Bl. 56.

nis. Nach verschiedenen Tätigkeiten in Wirtschaftsbetrieben übernahm er 1943 die Leitung eines Dezernates in der Gauwirtschaftskammer Berlin. Nach dem Krieg wurde er zunächst zum Leiter des Standesamtes in Berlin ernannt und trat der CDU bei.⁶³ Für seine Berufung in die DZVV waren vornehmlich fachliche Gründe ausschlaggebend. Vor allem seine Tätigkeit als Bibliotheksrat und Dezernent in der Gauwirtschaftskammer, wo er auch für das berufliche Ausbildungswesen zuständig gewesen war, qualifizierten ihn neben seiner Entlassung im Jahr 1933 für die Leitung des Bibliotheksreferates in der DZVV, die er bis Ende 1948 innehatte.⁶⁴ Sichtlich erleichtert schrieb der Leiter des Amtes für Buch- und Bibliothekswesen im Rat der Stadt Leipzig, Heinrich Becker, bereits Anfang 1946 an Heinrich Uhlendahl, dass Mones ein »sehr umgänglicher Herr unserer Jahre ohne alle zentralistischen Tendenzen«⁶⁵ sei. Dies galt nicht nur für das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Leipzig, sondern auch mit Blick auf bibliothekspolitische Strukturen. Mones machte erst gar keine Anstalten, über das wissenschaftliche Bibliothekswesen zu befinden, da er sich »von einer solchen Koppelung der beiden doch so grundverschiedenen Zweige des Bibliothekswesens keinen Erfolg verspreche«.⁶⁶ Damit bestimmte Mones selbst die Grenzen seines Handelns, indem er auf ältere Konventionen und die Expertise der Direktoren der Deutschen Bücherei und der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek (ÖWB) in Angelegenheiten des wissenschaftlichen Bibliothekswesens zurückgriff. An Uhlendahl schrieb er im Juli 1946,

»... dass ich mich bei meinen Arbeiten für das wissenschaftliche Bibliothekswesen auf die Erfahrung und den Rat bewährter Fachleute, wie Sie und Hoecker [Rudolf Hoecker, Leiter der ÖWB, d.V.] es sind, stützen muss, da ich selbst ja von der volksbibliothekarischen Arbeit herkomme und während der 12 Jahre des Hitlerregimes leider von jeder bibliothekarischen Arbeit ausgeschlossen war«.⁶⁷

Uhlendahl wurde damit zu einem zentralen Ansprechpartner für Mones in fachspezifischen Angelegenheiten. Sogar die zum internen Gebrauch erstellten Richtlinien der DZVV für die Verwaltung der wissenschaftlichen Bibliotheken, die formal zunächst einen deutlichen »Zentralisierungsschub«⁶⁸ markierten, trugen die Handschrift Uhlendahls. Ganz in den Strukturen der 1920er und 1930er Jahre denkend lag es für ihn nahe, dass »die Zentralaufgaben [...] doch

63 Personalfragebogen Carl Mones, 22.9.1945, BArch, DR 2/1351, Bl. 26f.

64 Lebenslauf Carl Mones, mit handschriftlichen Anstreichungen, o.D., ebd., Bl. 29.

65 Heinrich Becker an Heinrich Uhlendahl, 16.1.1946, ADNBL, 154/5, II, Bl. 63.

66 DZVV, Referat für Bibliothekswesen, Bibliotheksrat Mones, an Heinrich Uhlendahl, 15.7.1946, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 44.

67 Ebd.

68 Helga A. Welsh, Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV), in: Broszat/Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch, S. 229-238, hier S. 232.

wohl in jedem Falle von Berlin in die Hand genommen werden« müssten.⁶⁹ Den Entwurf der Richtlinien hatte Mones dem Generaldirektor Anfang 1947 zur Stellungnahme übersandt.⁷⁰ In Uhlendahls korrigierter Fassung, die schließlich auch in Mones' Handakten ohne Abstriche Eingang fand, war der Hinweis auf die strukturellen Unterschiede zwischen Volks- und wissenschaftlichen Bibliotheken an prominenter Stelle gerückt worden. Wissenschaftliche Bibliotheken sollten, im Gegensatz zum sowjetischen Modell, auch weiterhin in erster Linie der wissenschaftlichen Forschung dienen, zugleich aber auch »allen Kreisen des Volkes, die ernsthaft um die Erweiterung ihrer Bildung bemüht sind, zur Verfügung stehen«. »Demokratisierung« wurde hier lediglich als Erweiterung kultureller Teilhabechancen verstanden. Zugleich wies die Richtlinie der DZVV weitere Kompetenzen zu, wie das Aufsichtsrecht über gänzlich oder maßgeblich von dieser Stelle finanzierte Bibliotheken sowie die Zuständigkeit für das Ausbildungs- und Prüfungswesen.⁷¹ Insbesondere für Uhlendahl stand dies in einer längeren Tradition der Zentralisierung bibliothekarischer Angelegenheiten und die Kommunikation zwischen ihm und Mones zeigt deutlich, dass sich Pfadabhängigkeiten im wissenschaftlichen Bibliothekswesen letztlich gegenüber den Sowjetisierungsabsichten als stärker erwiesen.

In ähnlicher Weise hatten Mones und Uhlendahl bereits im Sommer 1946 bei den Vorbereitungen zur 1. Bibliothekskonferenz der SBZ (4.-6. Oktober 1946), die auf Wunsch der SMAD wissenschaftliche und Volksbibliotheken einander näherbringen sollte, miteinander kooperiert. In der bibliotheksgeschichtlichen Forschung ist diese Konferenz als Markstein für die Stalinisierung der gesamten Bibliothekspolitik in der SBZ interpretiert worden.⁷² Dabei wird jedoch übersehen, dass Carl Mones einer solchen Generalisierung skeptisch bis ablehnend gegenüberstand⁷³ und die Konferenz letztlich in eher traditionellen Bahnen ver-

69 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 99.

70 Richtlinien für die Führung der wissenschaftlichen Bibliotheken (Entwurf), mit handschriftlichen Vermerken und Ergänzungen von Heinrich Uhlendahl, o.D., ADNBL, 154/5, IX, Bl. 147.

71 Richtlinien der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung für die Verwaltung der wissenschaftlichen Bibliotheken in der sowjetischen Besatzungszone, o.D., BArch, DR 2/616, Bl. 140. Die Richtlinien enthalten die handschriftlichen Vermerke »Zu den Handakten!« und »Entwurf Dr. Uhlendahl«.

72 Alexander Greguletz, Der Beginn der stalinistischen Weichenstellung für das DDR-Bibliothekswesen. Legende und Realität 1945-1949, in: Peter Vodosek/Joachim-Felix Leonhard (Hrsg.), Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965, Wiesbaden 1993, S. 221-247, hier S. 224, der trotz der Sichtung des Archivmaterials kaum differenziert argumentiert.

73 DZVV, Referat für Bibliothekswesen, Bibliotheksrat Mones, an Heinrich Uhlendahl, 15.7.1946, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 44.

lief.⁷⁴ Wissenschaftliche und Volksbibliothekare berichteten jeweils getrennt über die Entwicklung ihrer Institutionen, wobei ausschließlich das Volksbibliothekswesen ins Zentrum politischer Aktivitäten gerückt wurde, während wissenschaftliche Bibliothekare eigene Traditionen beschworen. So wurde etwa die Ausbildung von Volksbibliothekaren als »politische Aufgabe der Zeit« betrachtet, während für die Ausbildung wissenschaftlicher Bibliothekare die »bewährten Grundsätze« gelten sollten, die sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts herausgebildet und seither die Entwicklung des Berufsbildes »vom gelehrten Liebhaber zum Fachmann« geprägt hatten.⁷⁵ Symptomatisch für den Verlauf der Konferenz ist außerdem, dass sich die wissenschaftlichen Bibliothekare im Anschluss an den offiziellen Teil separat in den Räumen der ÖWB trafen, um gemeinsame Interessen im kleinen Kreis zu verhandeln. Hierzu zählten die Reorganisation des Zentralblattes für Bibliothekswesen als exklusives Organ für das wissenschaftliche Bibliothekswesen und der Aufbau eines Ausschusses für das wissenschaftliche Bibliothekswesen (analog zum früheren Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten), der der Politik fachliche Handlungsempfehlungen geben und Richtlinien für zentral zu regelnde Angelegenheiten, Fragen der Ausbildung und Zentralkatalogisierung erarbeiten sollte – Kompetenzen, die die Deutsche Bücherei und die ÖWB in bewährter Manier ganz selbstverständlich unter sich aufzuteilen beanspruchten.⁷⁶

Wie stark der Einfluss der beiden großen Bibliotheken auf die Entscheidungen der DZVV in fachlichen Fragen war, zeigt schließlich die Diskussion um die vorläufigen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den wissenschaftlichen und gehobenen Bibliotheksdienst.⁷⁷ Die ersten Ordnungen, die »dem Bibliothekar die Gewissheit eines »anständigen Berufes« verliehen hätten,⁷⁸ waren noch vor dem Ersten Weltkrieg in Preußen und Baden beschlossen worden. Während der Weimarer Republik zogen weitere Länder nach,⁷⁹ die ersten reichseinheitlichen Regelungen für das wissenschaftliche Bibliothekswesen aber wurden erst

74 Verhandlungsprotokoll der 1. Bibliothekskonferenz der SBZ, 4.-6.10.1946, BArch, DR 2/620, Bl. 13-156.

75 Carl Diesch, Der Bibliothekartag in Berlin, 17.10.1946, ADNBL, 816/1, Bl. 10-14.

76 Protokoll der Sitzung der wissenschaftlichen Bibliothekare am 6.10.1946 in der Öffentlich-wissenschaftlichen Bibliothek, o.D., BArch, DR 2/616, Bl. 141-144.

77 Vgl. den Schriftwechsel zwischen der Deutschen Bücherei und der ÖWB, SBB, G II A/30, Bd. 1.

78 Gottfried Rost, Der Bibliothekar. Schatzkämmerer oder Futterknecht?, Leipzig 1990, S. 136.

79 Ein erster umfassender Erlass über die Laufbahn des wissenschaftlichen Bibliothekars wurde 1894 in Preußen realisiert. Eine Übersicht für den gehobenen mittleren Dienst, der 1906 eingeführt wurde, findet sich bei Heinrich Kaspers, Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken (gehobener Bibliotheksdienst) und den Dienst an öffentlichen Büche-

im Nationalsozialismus 1938 bzw. 1940 erreicht.⁸⁰ Daran knüpften die Bibliothekare in Leipzig und Ost-Berlin, in deren Händen die Ausarbeitung der Entwürfe für den wissenschaftlichen und gehobenen Bibliotheksdienst in der SBZ lag, unmittelbar an. Dabei nahm sich Uhlendahls Entwurf für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst in einigen Punkten sogar liberaler aus.⁸¹ Ihm war vor allem daran gelegen, den allgemeinen Personalmangel zu überwinden. So sollten nun auch Frauen »als gottgewollte Notwendigkeit« für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst zugelassen werden, von dem sie zuvor kategorisch ausgeschlossen waren, und die Ausbildungszeit von zwei auf ein bis eineinhalb Jahre verkürzt werden können. Auch das Staatsexamen als Vorbedingung könne wegfallen. Ein Dokorexamen aber sah auch Uhlendahl weiterhin als notwendige Bedingung für die Zulassung zum höheren Bibliotheksdienst an.⁸² Die im Jahr 1947 letztlich in Kraft gesetzten vorläufigen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den wissenschaftlichen und gehobenen Bibliotheksdienst entsprachen fast wörtlich denen von 1938 und 1940. Deren Texte wurden freilich von NS-spezifischen Inhalten bereinigt, nicht aber durch genuin sozialistische Inhalte (etwa politische Schulungen) angereichert. Lediglich in einem Absatz wurde festgehalten, dass den Referendaren und Volontären im zweiten Ausbildungsjahr die Gelegenheit gegeben werden sollte, »sich eingehend mit dem Volksbüchereiwesen vertraut zu machen«.⁸³ Dies aber war nicht unbedingt ein Spezifikum der SBZ. Auch in den Westzonen hatten die Bibliothekare für Auszubildende im gehobe-

reien (Volksbüchereien). Eine Übersicht über die seit der Begründung dieser Laufbahn im Jahre 1906 erlassenen Bestimmungen, Bonn 1962.

- 80 Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst vom 13.8.1938, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 55 (1938), S. 613-621; Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Bibliotheksdienst bei den wissenschaftlichen Bibliotheken vom 29.2.1940, in: Jahrbuch der deutschen Bibliotheken 31 (1940), S. 165-170.
- 81 DZVV, Referent für Bibliothekswesen Mones, an Heinrich Uhlendahl, 8.7.1946, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 46.
- 82 Vorläufige Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken in der sowjetischen Besatzungszone, 14.4.1946, BArch, DR 2/1064, Bl. 38-40 (Berliner Entwurf), hierzu die Entgegnung Heinrich Uhlendahls während der Bibliothekskonferenz vom 4.-6.10.1946, BArch, DR 2/620, Bl. 121.
- 83 Vorläufige Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst in der sowjetischen Besatzungszone/Vorläufige Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken in der sowjetischen Besatzungszone vom 16.4.1947, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 61 (1947), S. 135-149.

nen Dienst sogar ein zusätzliches halbes Jahr für eine weiterbildende Tätigkeit in Volksbibliotheken empfohlen.⁸⁴

Die Forderungen Uhlendahls, ältere Bestimmungen aus pragmatischen Gründen ein Stück weit aufzuweichen, blieben jedoch nicht nur unbeachtet, die Ordnungen für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst von 1947 waren in einigen Punkten sogar restriktiver als die von 1938. So wurden für die Zulassung der Kandidaten nun sowohl Staatsprüfung als auch Doktorexamen verlangt, 1938 hatte noch einer der beiden Abschlüsse genügt. Mit der restriktiveren Regelung griff man somit zurück auf die Preußische Ordnung über die Annahme, Ausbildung und Prüfung wissenschaftlicher Bibliothekare vom 30. Juli 1928, mit der zugleich der 1936 zum Reichsbeirat aufgewertete Preußische Beirat für Bibliotheksangelegenheiten für die Annahme und Prüfung der Anwärter zuständig geworden war.⁸⁵ Auch sonst blieb alles beim Alten. Die Ausbildungszeit dauerte weiterhin zwei Jahre, wobei das erste Jahr in einer Universitäts- bzw. Landesbibliothek, das zweite, stärker theoretisch ausgerichtete Jahr in der ÖWB bzw. in der Deutschen Bücherei absolviert werden musste. Im Gegensatz zur Ausbildungsordnung von 1938 bedeutete dies zugleich eine Aufwertung der Deutschen Bücherei, denn während die Preußische Staatsbibliothek schon damals als theoretische Ausbildungsstätte für das zweite Lehrjahr (für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst zumindest bis 1944)⁸⁶ verankert gewesen war, trat die Deutsche Bücherei nun an die Stelle der Universitätsbibliothek Leipzig bzw. der Bayerischen Staatsbibliothek,⁸⁷ was nicht zuletzt auch auf den Einfluss Rocholls und Mones' zurückzuführen ist.⁸⁸ Die theoretischen Ausbildungsinhalte

84 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Das Treffen in Frankfurt, in: Nachrichten für das wissenschaftliche Bibliothekswesen 1 (1948), Heft 3, S. 33-35, hier S. 34.

85 Ordnung über die Annahme, Ausbildung und Prüfung der Anwärter für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst vom 30. Juli 1928, in: Fritz Milkau (Hrsg.), Handbuch der Bibliothekswissenschaft, Bd. 2: Bibliotheksverwaltung, Leipzig 1933, S. 666-670.

86 Seit Sommer 1944 wurden die Ausbildungskurse von der Universitätsbibliothek Göttingen ausgeführt. Vgl. Karl Julius Hartmann, Die Neuordnung der Ausbildung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst. Die gegenwärtige Lage, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekarstagung der britischen Zone in Hamburg vom 22.-24. Oktober 1946, Hamburg 1947, S. 123-125.

87 Peter Böhm, Rechtsfragen der Beamtenausbildung. Unter besonderer Berücksichtigung des höheren Bibliotheksdienstes, Köln/Berlin/Bonn 1963, S. 53.

88 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 19.3.1947, ADNBL, 455/0, II, Bl. 62. Im Juni 1947 bat Rocholl Uhlendahl überdies um ein Memorandum, das die zentrale Rolle der Deutschen Bücherei für die Zulassung und Prüfung des Nachwuchses begründen sollte, wovon die Bibliothek durch die Verordnungen von 1938 und 1940 ausgeschlossen worden war. Vgl. Heinrich Uhlendahl, Zur Neuregelung der Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses, 8.7.1947, ADNBL, 454/2, Bl. 12-15.

beschränkten sich indes wie zuvor ausschließlich auf fachliche Kenntnisse, die bereits vor 1945 vermittelt worden waren (z. B. Bibliotheksrecht, Verwaltungskunde, Bibliotheksgeschichte). Die starke Fixierung auf fachliche Ausbildungsinhalte, die sich speziell an den Bedürfnissen wissenschaftlicher Bibliotheken orientierten, spiegelt sich auch in der personalpolitischen Praxis wider. In der Stadt Leipzig etwa arbeiteten 1947 in 38 wissenschaftlichen Bibliotheken 189 Bibliothekare, von denen 155 ein Diplom, neun einen Hochschulabschluss besaßen. Nur 42 waren Mitglieder der SED, 41 besaßen ein Parteibuch der CDU oder LDP und 106 waren parteilos.⁸⁹

Die starke Kontinuität in den Strukturen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, berufliche Prägungen des Fachpersonals, bibliothekarische wie politische konservative Netzwerke und auffällige personelle Kontinuitäten in der Verwaltung sicherten Heinrich Uhlendahl weitreichende Handlungsspielräume. Dies änderte sich auch nicht grundlegend, als Carl Mones Ende 1948 »im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen« aus der DZVV ausschied⁹⁰ und an dessen Stelle Erich Schröter (1894-1965) trat. Schröter gehörte ähnlich wie Mones zu jenen altgedienten Volksbibliothekaren, die in den 1920er Jahren Mitglied der SPD geworden waren und wegen »aktiver marxistischer Gesinnung« 1933 aus ihrer Stellung gedrängt wurden. 1946 hatte er sich der SED angeschlossen, bis 1949 als Hauptreferent für Büchereiwesen im Magistrat von Berlin gewirkt und dort maßgeblich an einer Liste der verbotenen Literatur für Volksbibliotheken gearbeitet.⁹¹ Er zählte überdies zu den eifrigsten Propagandisten des neuen bibliothekarischen Berufsbildes.⁹² Gleichwohl dachte auch Schröter in traditionellen beruflichen Strukturen. Während einer im Mai 1949 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik des Deutschen Volksrates, der Vorgänger der

89 Statistik über Bibliotheken der Stadt Leipzig, 18.11.1947, StadtAL, StVuR, 9303, Bl. 156-160.

90 DZVV, Personalabteilung, Zeugnis für Carl Mones, o.D., BArch, DR 2/1351, Bl. 75. Mones hatte zunächst vor, an seinen alten Wirkungsort als Leiter der Stadtbücherei Reinickendorf (französischer Sektor) zurückzukehren, wegen eines Einstellungsstopps aber fand er sein Auskommen schließlich als Archivar und Bibliothekar bei der *Neuen Zeit*, dem zentralen Presseorgan der CDU in der SBZ. Vgl. Carl Mones an Heinrich Uhlendahl, o.D., ADNBL, 154/5, IX, Bl. 20.

91 Margot Backhaus, Art. »Schröter, Erich«, in: Gabriele Baumgartner/Dieter Hebig (Hrsg.), Biographisches Handbuch der SBZ, DDR 1945-1990, Bd. 2, München 1997, S. 817; Ulrich Hohoff, Wissenschaftliche Bibliothekarinnen und Bibliothekare als Opfer der NS-Diktatur. Eine Übersicht über 250 Lebensläufe seit dem Jahr 1933. Teil 1: Die Entlassungen, in: o-bib. Das offene Bibliotheksjournal 2 (2015), Heft. 2, S. 1-32, hier S. 11.

92 Greguletz, Der Beginn der stalinistischen Weichenstellung für das DDR-Bibliothekswesen, in: Vodosek/Leonhard (Hrsg.), Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965, S. 224.

provisorischen Volkskammer der DDR, machte er deutlich, dass die »Trennung der Bibliotheksarbeit in zwei verschiedene Zweige [...] auch die Grundlage 1945 gewesen [sei], und sie wird auch heute mehr oder weniger die Grundlage für die weitere Entwicklung darstellen.«⁹³ Dabei stellte er die wissenschaftlichen Bibliotheken als Archivbibliotheken den Volksbibliotheken als »Verbrauchsbüchereien« mit »lebendigen Beständen« gegenüber. Gerade für den letzteren Zweig galt es, eine planvolle Infrastruktur zu entwickeln, etwa indem Büchereien auf lokaler Ebene durch neu zu bildende Kreisbibliotheken unterstützt und Bibliotheken in Betrieben und anderen Institutionen aufgebaut wurden.⁹⁴

In Schröters Einlassungen vom Mai 1949 spiegelt sich zudem wider, dass sich bereits seit 1947 der Schwerpunkt der Bibliothekspolitik der SBZ insgesamt auf das Volksbibliothekswesen verlagert hatte, nachdem sich sowjetische Stellen bei der Überprüfung einzelner Bibliotheken mit dem Stand der Dinge unzufrieden gezeigt hatten. Auf der 1. Sächsischen Bibliothekarstagung am 27./28. November 1947, die auf Wunsch der SMA ausgerichtet worden war, wurden vor diesem Hintergrund vor allem zwei Defizite identifiziert, denen schwerpunktmäßig zu begegnen war. Das eine war das Vorhandensein einer noch immer großen Zahl politisch unerwünschter Literatur, das andere die Dominanz privater Leihbüchereien im Alltag. Allein für Sachsen wurde ermittelt, dass eine Privatbücherei dreimal mehr Besucher anzog als eine kommunal verwaltete Volksbücherei, obwohl Letztere in deutlich größerer Zahl existierten.⁹⁵ Diesem Zustand wollte man mit einem Büchereigesetz begegnen, an dessen Rahmenrichtlinien die DZVV mit massiver Unterstützung der SMAD bereits seit 1947 gearbeitet hatte und die anfangs auch das wissenschaftliche Bibliothekswesen einschlossen.⁹⁶ Die Richtlinien sahen u.a. vor, Privatbüchereien einer stärkeren staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, indem diese laufend über die Entwicklung ihrer Bestände zu informieren hatten, und boten erste übergreifende Rahmenregelung für die personelle Besetzung der Büchereien, bei der neben der fachlichen auch die politische Eignung stärker in den Fokus gerückt wurde. Obgleich der Musterentwurf wegen politischer Mängel abgelehnt wurde, arbeiteten einzelne Länder an regionalen Gesetzen weiter, die sich nun jedoch vorrangig an die örtlich verwalteten Volksbüchereien und privaten Leihbüchereien richteten.⁹⁷ Besonders in Sachsen legte die Referentin für das Volksbüchereiwesen in der

93 19. Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik des Deutschen Volksrates am 7.5.1949, BArch, DA 1/60, unfol.

94 Ebd., unfol.

95 1. Sächsische Bibliothekars Tagung am 17./18.11.1947, 22.3.1948, SächsHStad, 11401, 1825, unfol.

96 Zu den Diskussionen innerhalb der SMAD vgl. BArch, Z 47 F/80138, Bl. 35-40, 85-92.

97 DZVV, Begründung für die Notwendigkeit der Büchereigesetze in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone, o.D., BArch, DR 2/616, Bl. 144.

Abteilung Kunst und Literatur des Volksbildungsministeriums, Ilse Korn (SED), den Schwerpunkt auf die politische Schlagkraft des Gesetzes. Dort kam es 1949 tatsächlich zu einer Verabschiedung des Gesetzes, die notwendigen Durchführungsbestimmungen unterblieben am Ende aber.⁹⁸ Dennoch prägte das Regelwerk schon vor seiner Verabschiedung das Handeln des sächsischen Volksbüchereireferates. Ilse Korn zählte neben Schröter zu den aktivsten Propagandisten des Konzepts der Leserlenkung, deren Aufgabe es sei, das »richtige Buch« zum »richtigen Leser« zu bringen, um diesen zum »richtigen Lesen« zu erziehen.⁹⁹ Als Problem rückte dabei vor allem der Mangel an »guten Bibliothekaren« in den Mittelpunkt des Handelns. So fehlten in Sachsen Ende 1948 225 Bibliothekare und, was noch alarmierender wirkte, selbst SED-Mitglieder lehnten die Ausbildung zum Volksbibliothekar häufig ab.¹⁰⁰ Gleichwohl sollte die Überprüfung von Privatbüchereien künftig unnachgiebiger verlaufen, weil diese »den Bestrebungen« der Volksbibliothekare »entgegen handeln [sic!]« würden.¹⁰¹ Als Folge der Schwerpunktverlagerung auf den Aufbau von Volksbibliotheken wechselte auch das Bibliotheksreferat der DZVV spätestens im Jahre 1949 in die Hauptabteilung Kunst und Literatur, Abteilung Buch.¹⁰²

Trotz des seit 1947 heraufbrechenden Ost-West-Konflikts und der forcierten Entwicklung zum Sozialismus in den Ländern des sowjetischen Einflussbereiches¹⁰³ änderte sich auch der staatliche Umgang mit wissenschaftlichen Bibliotheken kaum. Das sowjetische Leitbild der Massenbibliothek spielte bald nur noch eine untergeordnete Rolle. Mit der Etablierung der zentralen Wirtschaftsplanung 1947/48 erlebten Traditionen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens sogar eine deutliche Reaktivierung. Dies spiegelt sich im Prozess der Erstellung der Zweijahrespläne für die Zeitspanne 1949/50 unmittelbar wider. Hatte sich der Wiederaufbau der Wissenschaften in den Jahren zuvor noch relativ autonom gestaltet, so verlangte die SED-Führung nun von den Naturwissenschaften wirtschaftspolitische Beratungsleistungen, von den Geisteswissenschaften

98 Hasan Soilihi Mzé, Fachliches Regelwerk, politisches Werkzeug. Der Entwurf des Gesetzes zur Demokratisierung des Büchereiwesens und seine Adaption in den Ländern Thüringen und Sachsen (1947/1949), in: Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 20 (2012), S. 307-317.

99 Matti Stöhr, Literaturpropaganda als Bibliothekskultur. Ideologie und Wirklichkeit im Öffentlichen Bibliothekswesen der frühen DDR, in: LIBREAS 2/2006, S. 1-5, hier S. 3.

100 Ministerium für Volksbildung Sachsen, Ilse Korn, an den Landesvorstand der SED, PPA Volksbildung, 4.12.1948, SächsHStAD, 11401, 1825, unfol.

101 Sitzung im Ministerium für Volksbildung, Landesregierung Sachsen, am 6.1.1949, 8.1.1949, StadtAL, StVuR, 3101, Bl. 20.

102 Jütte, Verlagslizenzierungen, S. 32.

103 Donal O'Sullivan, Stalins »Cordon sanitaire«. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939-1949, Paderborn 2003, S. 322-324.

dagegen die Mitwirkung an der Bildung eines sozialistischen Bewusstseins.¹⁰⁴ Rudolf Hoecker (1889-1976), Leiter der ÖWB, sah darin eine Chance, auf den Stellenwert wissenschaftlicher Bibliotheken, und insbesondere der ÖWB, durch Betonung traditioneller Aufgabenfelder zu verweisen. In einem Brief vom 23. August 1948 an Robert Rompe betonte er, dass die ÖWB durch das »Bekanntmachen und Aufschließen« sowie die »schnelle Zurverfügungstellung« der deutschen und ausländischen Literatur einen wichtigen Beitrag leisten könne. Daran knüpfte Hoecker zugleich den Gedanken, nach der Reorganisation des Ausbildungswesens nun auch »die ehemals vorbildliche, straff zentralisierte Bibliotheksverwaltung wiedereinzurichten«. Etwa könne ein »bibliothekarische[r] Aktionsausschuss für den Zweijahresplan« eingerichtet werden, der die Aufgaben des früheren Reichsbeirats für Bibliothekswesen fortführte.¹⁰⁵

An diese Überlegungen schlossen auch Heinrich Uhlendahls Gedanken zum Zweijahresplan an. Diese basierten auf drei Säulen, die im Wesentlichen die alten Aufgaben der Deutschen Bücherei umfassten: Bibliographien/Zentralkatalogisierung, Auskunftserteilung und Teilnahme am Leihverkehr, sofern gesuchte Bücher nicht anderswo zu erhalten waren. Freilich bewies der Generaldirektor auch politisches Gespür, indem er in der Liste der Bibliographien neben den konventionellen Zusammenstellungen auch zwei Ergänzungshefte zur Nationalbibliographie (»Verzeichnis der Schriften, die 1933-1945 aus politischen Gründen nicht angezeigt werden durften«; »Verzeichnis der Schriften, die infolge von Kriegseinwirkungen nicht mehr angezeigt werden konnten«) und die Möglichkeit von Sonderbibliographien für Wirtschaft und Wissenschaft aufführte.¹⁰⁶ Der Plan, verbunden mit der Zuständigkeit einer zentralen Behörde, bot der Deutschen Bücherei nicht nur eine Grundlage, wieder »die gleichen Aufgaben wie vor dem Zusammenbruch«¹⁰⁷ durchzuführen, sondern konnte auch als Druckmittel gegenüber den Trägern der Bibliothek genutzt werden, denn noch immer wurden an den Haushaltsplänen nachträglich empfindliche Abstriche gemacht. Noch im Oktober 1948 war der Personaletat für das laufende Haushaltsjahr um 20 Prozent gekürzt worden.¹⁰⁸ Die politische Aufwertung der im

104 Andreas Malycha, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945-1961, Leipzig 2003, S. 7-86, hier S. 55.

105 Öffentlich-wissenschaftliche Bibliothek, Rudolf Hoecker, an die DZVV, Robert Rompe, 23.8.1948, ADNBL, 150/2/5, unfol.

106 Heinrich Uhlendahl, Deutsche Bücherei im Zweijahresplan, 15.10.1948, SächsHStAD, 11401, 1728, unfol.

107 Heinrich Uhlendahl an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, 13.12.1948, SächsHStAD, 11401, 1747, unfol.

108 Heinrich Uhlendahl an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, 16.11.1948, Ebd., unfol.

Plan genannten Aufgaben zu Kulturaufgaben für die gesamte SBZ bzw. Gesamtdeutschland erleichterte künftige Haushaltsverhandlungen zweifellos, zumal mit Bernhard Spangenberg 1949 der letzte frühere Ansprechpartner gestorben war, der die Interessen der Deutschen Bücherei stets konsequent vertreten hatte. So wurden die Etatkürzungen vom Oktober 1948 unter Berufung auf die Planaufgaben kurzerhand zurückgenommen.¹⁰⁹

Mit den inhaltlichen Vorstellungen Galina Snimtschikowas deckten sich die Ziele der wissenschaftlichen Bibliothekare (allerdings auch der SED) freilich nicht völlig. Sie wollte in dem Zweijahresplan vielmehr ein Instrument sehen, das Berufsbild des »sozialistischen Bibliothekars« auch in wissenschaftlichen Bibliotheken zu verankern. Während einer Referentenbesprechung in Berlin habe sie ernüchternd festgestellt,

»... daß die dargelegten Punkte fast ausnahmslos das Volksbüchereiwesen betreffen, es aber dringend notwendig ist, auch den wissenschaftlichen Bibliotheken die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie näher an die Volksaufgaben heranzubringen und beide Sparten eng miteinander zu verbinden.«¹¹⁰

Um dies zu erreichen, forderte sie, Formen der Literaturpropaganda, wie sie für Volksbüchereien obligatorisch geworden waren, auch in wissenschaftlichen Bibliotheken anzuwenden, etwa Leseabende, Buchbesprechungen, Vortragsabende, Ausstellungen zu fachlichen, politischen und ideologischen Problemen sowie das öffentliche Anbringen von Zeitungsausschnitten zum Zweijahresplan.¹¹¹ Am 26. November 1948 kamen die Leiter der größeren Bibliotheken mit Snimtschikowa und den Bibliotheksreferenten der Landesregierungen in Berlin zusammen, um die vorgeschlagenen Punkte zu diskutieren. Das Ergebnis war ein 11-Punkte-Plan,¹¹² der zwar Zugeständnisse an die Sowjets machte, letztlich aber die Distinktionsmuster wissenschaftlicher Bibliothekare verstetigte, wie die Diskussion der Punkte im kleinen Kreis Leipziger Bibliothekare zeigt. Als grundsätzlich neuen Aspekt sah Uhlendahl überhaupt nur die Erweiterung des Leihverkehrs auf Volksbibliotheken an. Alle weiteren Punkte, etwa die schnelle Bereitstellung von Literatur, die besondere Pflege der slawischen Sprachen, die Propagierung des Zweijahresplanes durch Ausstellungen und Wandzeitungen oder die Erweiterung der Öffnungszeiten auf Sonntag waren nicht mehr als äußerliche Anpassungsleistungen, die mit dem traditionellen beruflichen Selbstver-

109 Niederschrift über die Besprechung des Haushaltsplanes der Deutschen Bücherei für das Rechnungsjahr 1949 am 27.1.1949, 29.1.1949, SächsHStAD, 11401, 1745, unfol.

110 Protokoll der Referentenbesprechung am 20.10.1948, BArch, DR 2/626, Bl. 150.

111 Ebd., Bl. 151.

112 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an alle wissenschaftlichen Bibliotheken im Lande Sachsen, 1.12.1948, ADNBL, 150/2/5, Bl. 58.

ständnis des wissenschaftlichen Bibliothekars vollkommen vereinbar waren. Lesabende oder Buchbesprechungen fanden sich unter den elf Punkten nicht. Auch die Forderung, dass wissenschaftliche Bibliotheken untereinander in einen Wettbewerb treten sollten, interpretierte Uhlendahl eher als »gegenseitiges Unterstützen und Beraten«.¹¹³

Die Etablierung der zentralen Wirtschaftsplanung markiert einen deutlichen Schub hin zur Integration des traditionellen wissenschaftlichen Bibliothekswesens in die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der SED. Damit setzte sich aber auch, allerdings in deutlich abgeschwächter Form und ungeachtet der Zusammenarbeit in konkreten Fragen, der Konkurrenzkampf zwischen der Deutschen Bücherei und der ÖWB um staatliche Ressourcen und Einflussbereiche fort. Dies lässt sich besonders in den Debatten um die Einrichtung des Leihverkehrs im Rahmen des Zweijahresplans beobachten. Hierbei musste Uhlendahl erstmals eine schwere Niederlage hinnehmen. Seine Vorstellungen über die Ausgestaltung des Leihverkehrs, die er auf der 2. Konferenz der Direktoren der wissenschaftlichen Bibliotheken in der SBZ im Januar 1949 präsentierte, waren im Wesentlichen von der deutschen Leihverkehrsordnung von 1930 und seinem nationalbibliothekarischen Verständnis geprägt.¹¹⁴ So hatte er seinen Entwurf auch deshalb ins Gespräch gebracht, weil Rudolf Hoeckers Vorlage von den Bibliotheken der Westzonen abgelehnt worden war. Hoeckers Ziel war es vornehmlich, wissenschaftlich-technische Werke schnellstmöglich den »am Zweijahresplan arbeitenden Interessenten« zukommen zu lassen. Während Hoecker die Arbeit der ÖWB also ganz auf die Bedürfnisse der allmählich Konturen annehmenden Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der SED ausrichtete, blieb Uhlendahls Verständnis von der Deutschen Bücherei gesamtdeutsch orientiert. Erich Schröter optierte freilich für den Entwurf Hoeckers, der als vorläufige Leihverkehrsordnung bis 1955 Gültigkeit besaß und auf dessen Basis zunächst Landesleihverkehrsordnungen erarbeitet wurden.¹¹⁵

Nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 unternahm Schröter noch einmal einen Versuch, wissenschaftliche und Volksbibliotheken einander anzugleichen. In einem internen Papier führte er hierfür vor allem ideologische Gründe an. So hätten sich in der Trennung beider Bibliothekszeige die reaktionären

113 Protokoll der Sitzung der Leiter der Leipziger Wissenschaftlichen Büchereien im Neuen Rathaus am 30.11.1948, SächsHStAD, 11401, 1728, unfol.

114 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, 10.1.1949, ADNBL, 154/5, VII, Bl. 455. Der Text der Leihverkehrsordnung vom 22. Dezember 1930 ist abgedruckt in Walter Koschorreck, Geschichte des »Deutschen Leihverkehrs«, Wiesbaden 1958, S. 142-145.

115 Protokoll der 2. Konferenz der Direktoren der wissenschaftlichen Bibliotheken der sowjetischen Besatzungszone am 13.1.1949 in der Öffentlich-wissenschaftlichen Bibliothek, BArch, DR 2/615, Bl. 22-28; Curt Fleischhack, Dritte Konferenz der Bibliotheksdirektoren der Sowjetischen Besatzungszone, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 63 (1949), S. 298-300.

»Klassen- und Bildungsprivilegien« widergespiegelt.¹¹⁶ Um die »Klassenschranken« zu überwinden, wurde 1950 das Zentralinstitut für Bibliothekswesen geschaffen, das hauptsächlich für die Auswahl, Zulassung, Ausbildung und Prüfung der künftigen Bibliothekare zuständig war. Ferner sollte das Institut für die Entwicklung neuer Arbeitsmethoden, deren Popularisierung und Bibliothekstatistik verantwortlich sein. Auf dieser Basis sollte auch das einst gescheiterte Büchereigesetz noch einmal in Angriff genommen werden.¹¹⁷ Parallel forderte Margarethe Dyck (LDP), die nach dem Ausscheiden ihres Parteifreundes Arthur Simons die Leitung der Hauptabteilung Hochschulen und Wissenschaft im Sächsischen Volksbildungsministerium übernommen hatte,¹¹⁸ nun auch konkret von der Deutschen Bücherei, »sozialistische Methoden« des Wettbewerbs, der Literaturpropaganda und der Kontrolle der Mitarbeiter anzuwenden.¹¹⁹ Während einer ersten umfassenden Überprüfung der Deutschen Bücherei durch das Sächsische Ministerium für Volksbildung, die zahlreiche vermeintliche Mängel in der ideologischen Festigkeit der Mitarbeiter aufgedeckt hatte, wurde Heinrich Uhlendahl erstmals persönlich deutlich in seine Schranken gewiesen:

»Die Notwendigkeit einer ständig sich vertiefenden Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksbildung wurde als unerlässlich erkannt, um zu verhüten, dass die DB als ein Kulturzentrum von so hervorragender Bedeutung und exponierter Stellung in einem sachlich naheliegenden objektivistischen Praktizismus steckenbleibt und bei ihrem sehr konservativ-traditionellen Charakter den Kontakt mit den Aufgaben der Gegenwart vollends verliert.«¹²⁰

Dies und Schröters internes Papier blieben aber kurze Episoden. Sie standen gewissermaßen quer zu den beruflichen Beharrungskräften und Binnenlogiken, die bis tief in die oberen Reihen der Bibliotheksverwaltung der SBZ hineinreichten, die Mentalität des zuständigen Verwaltungspersonals (ungeachtet politischer Prägungen und Präferenzen) durchdrangen und der politischen wie kulturellen Neuordnung im wissenschaftlichen Bibliothekswesen beträchtliche Grenzen auferlegten. Auch wenn die ideologischen Debatten in den Fachzeitschriften des Bibliothekswesens in eine andere Richtung zeigten, so fehlte es im wissenschaftlichen Bibliothekswesen am Ende vor allem an realen Initiativen, sowjetische Er-

116 Ministerium für Volksbildung, Hauptabteilung Kunst und Literatur, Abt. Buch, Referat Bibliotheken, Bibliothekswesen in der Deutschen Demokratischen Republik, 3.4.1950, ADNBL, 806/0, Bl. 79.

117 Ministerium für Volksbildung, Sekretariat des Ministers, an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht, 26.1.1950, BArch, DR 2/1138, Bl. 41-43.

118 Parak, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen, S. 137.

119 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, HA Hochschulen und Wissenschaft, an die Deutsche Bücherei, 6.4.1950, ADNBL, 150/2/5, unfol.

120 Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen, HA Hochschulen und Wissenschaft, Ref. Wissenschaftliche Bibliotheken, 31.7.1950, ADNBL, 150/2/4, Bl. 6.

fahrungen in der SBZ zu implementieren. Dass sich Carl Mones ungezwungen der Expertise führender wissenschaftlicher Bibliothekare bedienen konnte und letztgenannte einen weitreichenden Einfluss auf die Konservierung beruflicher Traditionen ausüben konnten, ist Ausdruck des allenfalls oberflächlichen Wissenstransfers aus der Sowjetunion. Die innen- und außenpolitischen Weichenstellungen seit 1947 setzten allen Vereinheitlichungsbestrebungen im Bibliothekswesen schließlich ein abruptes Ende. Uhlendahl hatte es demzufolge mit Machthabern zu tun, die den tradierten Mustern des wissenschaftlichen Bibliothekswesens wenig entgegenzusetzen hatten und ihre hochtrabenden Ziele selbst modifizierten. Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der SBZ zeichnete sich durch eine verblüffende Pfadabhängigkeit beruflicher Prägungen und dichte persönliche Netzwerke aus. Die strikte Trennung zwischen wissenschaftlichen und Volksbibliotheken sowie die Zentralisierung von Aufgaben galten so weiterhin als Errungenschaften, die selbst von den Volksbibliothekaren, die zentrale Funktionen in der DZVV übernahmen, nicht ernsthaft infrage gestellt wurden. Die Bedeutung von Pfadabhängigkeiten wird noch deutlicher, wenn man einen Vergleich zum Nachbarland Polen schlägt, das ebenfalls in den politischen Einflussbereich der Sowjetunion einbezogen wurde. Dort kannte man nicht nur keine strikte Trennung zwischen den Bibliothekszeigen, vielmehr begrüßten die Bibliothekare die Bildung eines dichten Netzwerkes zwischen öffentlichen, Schul- und wissenschaftlichen Bibliotheken, weil man sich als Teil einer nationalen Kulturoffensive begriff. Deshalb fand ein Bibliotheksgesetz in Polen bereits im April 1946 breite Zustimmung, auch wenn dieses den zentralen Institutionen weitreichende Zugriffe auf private Bibliotheken einräumte.¹²¹

Unter diesen Bedingungen bot der Westen Deutschlands für Uhlendahl kaum eine Alternative. Dort wurde der Kulturföderalismus als Gegenkonzept zum Nationalsozialismus wieder gestärkt, von vielen wissenschaftlichen Bibliothekaren aber eher als Hindernis für die Einheit der Zunft erlebt. Einen tiefen Einblick in den zeitgenössischen westdeutschen Verlustdiskurs erhielt Uhlendahl durch den intensiven Austausch mit früheren Mitarbeitern der Deutschen Bücherei, die in den Westzonen Fuß gefasst hatten. Erich Zimmermann etwa, der als einer von vier ehemaligen Leipziger Bibliothekaren an der Universitätsbibliothek Hamburg gelandet war, beklagte sich bei Uhlendahl immer wieder über die Dominanz »zentrifugale[r] Tendenzen [...], die man nur bedauern bzw. belächeln kann«. Der »Blick für das Ganze« sei dort aber verloren gegangen.¹²² In den Westzonen, so warnte Uhlendahls Konkurrent und Leiter der Deutschen

121 Marek Sroka, »Soldiers of the cultural revolution«. The Stalinization of libraries and librarianship in Poland, 1945-1953, in: *Library History* 16 (2000), S. 105-125, hier S. 108.

122 Erich Zimmermann an Heinrich Uhlendahl, 18.12.1948, ADNBL, 154/5, XIII, Bl. 85.

Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer (1890-1972), während einer Bibliotheksdirektorenkonferenz im Dezember 1948, gäbe es neben den Partikularisten auch immer mehr Kollegen, die eine »gefühlsmäßige Faszination durch den Osten« zum Ausdruck brächten.¹²³

b.) »Völlig denazifiziert«? Politische Entlassungen und Elitenkontinuität

Der dem Konzept der »Demokratisierung« inhärente Anspruch auf tiefgreifende sozioökonomische Umwälzungen in der SBZ/DDR war unmittelbar anschlussfähig an den in allen Besatzungszonen in Gang gesetzten Prozess der Entnazifizierung; nicht zuletzt, weil über die generelle Notwendigkeit einer Säuberung von nationalsozialistischen Einflüssen nicht nur zwischen den Alliierten, sondern auch in der Gesellschaft ein breiter Konsens bestand, und so auch der KPD/SED eine bedeutende Möglichkeit zur Profilierung bot. Weniger einig waren sich alle Beteiligten indes in der Frage, welche Dimensionen dieser Reinigungsprozess annehmen sollte. Die erlassenen Bestimmungen boten deshalb einen breiten Interpretationsspielraum. Von zonenspezifischen Entnazifizierungspolitiken lässt sich allerdings ebenso wenig sprechen. Auch in der SBZ, wo Entnazifizierung zugleich ein Instrument zur Besetzung von Schlüsselpositionen mit Kommunisten darstellte, gestaltete sich die Entnazifizierungspraxis sektoral und regional unterschiedlich. Während etwa die personelle Säuberung von Verwaltung, Schulwesen, Justiz und Polizei zuweilen durch Befehle der SMAD zentralisiert wurde,¹²⁴ wurden wissenschaftliche Bibliotheken dezentral entnazifiziert. In Leipzig und Sachsen kamen dabei die Bestimmungen für Verwaltungskräfte zur Anwendung, deren Durchführungspraxis mit zum Teil unterschiedlichen Interessen verbunden war und vielfach voneinander abwich.

Noch unter amerikanischer Besatzung lag die Verantwortung für die Bereinigung des Personals in den Händen der Leipziger Stadtverwaltung, die sich wiederum an den Kriterien zur Säuberung der Kasseler Polizei orientierte. Danach waren alle Personen zu entlassen, die vor dem 1. April 1933 in die NSDAP eingetreten waren (diese galten als »Eidbrecher der Verfassung vor 1933«) oder bis Ende des Jahres 1933 um Aufnahme in die Partei ersucht hatten (um berufliche

123 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Das Treffen in Frankfurt, in: Nachrichten für das wissenschaftliche Bibliothekswesen 1 (1948), Heft 3, S. 33-35, hier S. 35.

124 Helga Welsh, Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945-1948), München 1989; Hermann Wenter, Justiz in der SBZ/DDR 1945-1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001, S. 103-105; Perry Biddiscombe, The Denazification of Germany. A History 1945-1950, Stroud 2007, S. 126.

Vorteile zu erlangen), zudem alle SA- und SS-Mitglieder, aber auch alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, die eine Funktion in einer NS-Organisation bekleidet hatten. Alle anderen (nominellen) NSDAP-Mitglieder waren streng zu überprüfen.¹²⁵ Für die Deutsche Bücherei war damit ein empfindlicher Aderlass verbunden, denn im Rahmen einer ersten umfassenden Befragung der Mitarbeiter stellte sich heraus, dass von 153 noch im Dienst befindlichen Bibliothekaren (dies schließt beide Geschlechter ein) 30 der NSDAP angehört hatten, weitere drei der SA, sechs Bibliothekarinnen dem NSKK bzw. dem BDM und 56 Mitarbeiter anderen NS-Verbänden bzw. Organisationen.¹²⁶ Freilich war dies nur eine erste Bilanz. Eine spätere interne Liste weist 73 aus politischen Gründen entlassene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.¹²⁷ Nach einem Abgleich dieser mit der Mitgliederkartei der NSDAP im Berlin Document Center befanden sich darunter allein 64 ehemalige Parteigenossen (davon 21 wissenschaftliche Bibliothekare), von denen elf vor der »Machtergreifung« (davon vier wissenschaftliche Bibliothekare), drei weitere bis zum Mitgliederstopp am 19. April 1933, bis zur Lockerung der Aufnahmesperre für in Gliederungen und Verbänden »Bewährte« am 20. Mai 1937 neun und bis zur endgültigen Aufhebung der Sperre am 10. Mai 1939 19 Bibliothekare in die NSDAP eingetreten waren. Dies signalisiert zumindest bei 42 Bibliothekaren eine nicht nur rein äußerliche Anpassungsbereitschaft an den Nationalsozialismus, im Hinblick auf die elf vor 1933 in die NSDAP Eingetretenen sogar ein deutliches Bekenntnis zur NS-Ideologie.¹²⁸ Aufgrund fehlender Vergleichsdaten aus anderen wissenschaftlichen Bibliotheken fällt eine Einschätzung darüber, ob die formale NS-Belastung der Deutschen Bücherei überdurchschnittlich war oder vielmehr einen allgemeinen Trend widerspiegelte, schwer.¹²⁹ Jedoch darf von der Intensität der formalen Belastung

125 Deutsche Bücherei, Verwaltungsleiter Lippmann, Betrifft Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die Mitglieder der NSDAP waren, 6.6.1945, ADNBL, 353/1/3, I, Bl. 1.

126 Vgl. die Fragebögen in StadtAL, StVuR, 9286.

127 Liste der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Militär-Regierung zu Entlassenden, o.D., ADNBL, 353/1/3, I, Bl. 13-13g

128 Für acht weitere Bibliothekare konnte eine NSDAP-Mitgliedschaft, aber nicht das Eintrittsdatum nachgewiesen werden.

129 In der Bibliotheksgeschichtsschreibung wurden NS-Belastungen bislang ausschließlich auf formale NSDAP-Mitgliedschaften reduziert und diese wiederum ins Verhältnis zur Fachkompetenz der Bibliothekare gesetzt. Mentalitätsgeschichtliche Aspekte blieben indes weitgehend ausgespart. Dabei entstand ein Bild, das wissenschaftliche Bibliothekare als weitgehend distanziert zum NS-Regime darstellte. NSDAP-Mitglieder waren, so der statistische Befund von Ingo Toussaint zu wissenschaftlichen Bibliotheken, »in der Minderzahl«. Vgl. Ingo Toussaint, Wissenschaftliche Bibliotheken im Dritten Reich – ein vorläufiges Resümee, in: Vოდосек/Коморовски (Hrsg.), Bibliotheken während des Nationalsozialismus, Teil

und teilweise womöglich auch ideologischen Nähe nicht auf sachliche Kontinuitäten zum Nationalsozialismus geschlossen werden, denn – wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt – die Nazis vollzogen keinen grundlegenden Bruch mit den Traditionen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens.

Trotz der erdrückenden formellen Belastung kam vielen Bibliothekaren zunächst ihr relativ später Parteieintritt zugute. Sie konnten glaubhaft behaupten, dass dieser lediglich eine notwendige Bedingung für den Eintritt in den Bibliotheksdienst dargestellt habe, was neueren Forschungsergebnissen zufolge von den Betroffenen vielfach zugleich als Pauschal-Beleg für eine distanzierte Haltung zum NS-Regime genutzt wurde.¹³⁰ So wurden zum 20. Juni 1945 von den vorläufig gezählten 95 Belasteten nur 14 Bibliothekare fristlos entlassen, unter ihnen Uhlendahls Stellvertreter Werner Rust und Bibliotheksrat Hans

I, S. 385–388, hier S. 385. Untersuchungen von Hans-Gerd Happel, der vor allem die Bibliotheksdirektoren in den Blick genommen hat, bestätigen diesen Befund. Happel, *Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus*, S. 30. Für die Sächsische Landesbibliothek gibt Konstantin Hermann an, dass ein Viertel der Mitarbeiter NSDAP-Mitglieder waren, wobei der Eintritt zumeist mit dem Beamtenstatus in Zusammenhang gestanden haben soll. Konstantin Hermann, *Die Sächsische Landesbibliothek 1933–1945*. Martin Bollert und Hermann Neubert – zwei Episoden in zwölf Jahren?, in: Knoche/Schmitz (Hrsg.), *Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus*, S. 289–308, hier S. 299. Ähnliche Engführungen auf die rein fachliche Arbeit hin lassen sich in der neueren Archivgeschichte beobachten. Siehe etwa Sven Kriese (Hrsg.), *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933*, Berlin 2015. Neuere historische Arbeiten, die für eine differenzierte Betrachtung von Mittäterschaften plädieren und NS-Belastungen nicht nur an formalen NSDAP-Mitgliedschaften festmachen, werden dagegen bislang nicht rezipiert. Aus der Fülle der Veröffentlichungen zur neueren Täterforschung seien herausgehoben Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002; Paul Mallmann/Gerhard Paul (Hrsg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004; Gerhard Hirschfeld, *Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionsebenen zwischen Mitwirkung und Distanz*, Frankfurt am Main/New York 2004. In den letzten Jahren sind verstärkt auch andere soziale Gruppen wie Raumplaner und Stadtforscher in den Blick genommen worden. Vgl. Karl Kegler, *Deutsche Raumplanung. Das Modell der »Zentralen Orte« zwischen NS-Staat und Bundesrepublik*, Paderborn 2015; Ulrike Kändler, *Entdeckung des Urbanen. Die Sozialforschungsstelle Dortmund und die soziologische Stadtforschung in Deutschland, 1930 bis 1960*, Bielefeld 2016.

- 130 Diese Entlastungspraxis lässt sich in sämtlichen Besatzungszonen finden. Einen besonders aufschlussreichen Einblick gewährt Manfred Görtemaker/Christoph Saferling, *Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit*, München 2016, S. 133–138.

Praesent.¹³¹ Weitere neun Entlassungen folgten kurze Zeit später.¹³² Allerdings hatte Zeigner, zu diesem Zeitpunkt noch Rechtsrat der Leipziger Stadtverwaltung, zwischenzeitlich eine mildere Behandlung insbesondere der ehemaligen »Blockleiter und Blockwalter, die reine Hilfsarbeiten geleistet haben (sogenannte Briefträger), nicht politisch tätig waren und einem Zwang unterlagen«, in Aussicht gestellt, um die Betriebsfähigkeit der Institutionen nicht zu gefährden und die sozialen Folgekosten nicht allzu sehr in die Höhe zu treiben.¹³³ Auch die SMAD stimmte später einer milderen Beurteilung zu. Sie erkannte damit durchaus die Notwendigkeit, mit dem vorhandenen Personal differenziert umzugehen, war aber zugleich darauf aus, gegenüber den Amerikanern Geländegewinne zu erzielen und sich von der »starre[n] Beurteilung« in der amerikanischen Zone abzugrenzen.¹³⁴

Dennoch mussten in vielen Fällen besondere Umstände geltend gemacht werden, die eine Weiterbeschäftigung rechtfertigten und Füllmaterial für die Konstruktion so mancher Opferlegende boten. So wurde etwa die vorläufige Weiterbeschäftigung des Bibliotheksrats Günther Robbel damit begründet, dass dieser bereits die Verlagerung der Buchbestände während des Krieges organisiert hatte und für den Rücktransport als unverzichtbar galt. Dabei ging Robbels Betätigung in der NSDAP über eine rein formelle Mitgliedschaft hinaus. Robbel, 1895 in Berlin geboren und promovierter Chemiker (1925)¹³⁵ hatte vor seiner Anstellung in der Deutschen Bücherei immer wieder auf verschiedenen, befristeten Stellen gearbeitet, zunächst als Assistent am Chemischen Institut der Berliner Universität, dann ab 1927 als Betriebschemiker bei IG Farben und von 1931 bis 1932 als Verkäufer bei der Deutschen Gasolin AG in Hamburg. Mit Ende 30 entschloss er sich schließlich, in den Bibliotheksdienst einzutreten, um »meine wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besser verwerten« zu können.¹³⁶ Nach dem Volontariat und der bestandenen Prüfung für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken an der Universitätsbibliothek Leipzig, wechselte er 1934 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter »auf jederzeitigen Widerruf« an die Deutsche Bücherei. Bereits Anfang April 1933 war er in die NSDAP eingetreten, zuvor bereits Mitglied des Opferrings, des NS-Dozentenbundes und

131 Heinrich Uhlendahl an das Personalamt der Stadt Leipzig, über das Kulturredirektoramt, 14.7.1945, ADNBL, 353/1/3, I, Bl. 28.

132 Heinrich Uhlendahl an die Landesverwaltung Sachsen, Abt. Wirtschaft und Arbeit, 7.11.1945, ebd., Bl. 76.

133 Gespräch zwischen Zeigner, Uhlendahl und Lippmann, 27.6.1945, ebd., Bl. 16.

134 Abschrift von: Nachprüfung der Beamtenentlassungen, in: Weißenfelder Bl. vom 9.7.194, ebd., Bl. 29.

135 Dies und weitere biographische Daten, sofern nicht anders nachgewiesen, aus Personalbogen Eugen Ernst Günther Robbel, o.D., ADNBL, Personalakte Günther Robbel, Bl. I.

136 Günther Robbel, Lebenslauf, 5.6.1934, ebd., Bl. 2.

der DAF, wo er sich als Amtsinhaber der Berufsgemeinschaft der Techniker engagierte. Robbel signalisierte damit zumindest eine gewisse Anpassungsbereitschaft, die ihm letztlich (jedoch keineswegs allein) auch zu einer langfristigen Anstellung in der Deutschen Bücherei verhalf, obgleich Uhlendahl sich dem Quereinsteiger gegenüber zunächst skeptisch zeigte, die guten Leistungen und die »anständige Gesinnung« des Kandidaten überzeugten ihn letztlich doch.¹³⁷ In den folgenden Jahren wirkte Robbel maßgeblich an der Erstellung der Bibliographie des Nationalsozialismus mit und bearbeitete bald eigenverantwortlich die Deutsche Rundfunkbibliographie. 1937 wurde er als planmäßiger wissenschaftlicher Hilfsarbeiter fest eingestellt und 1943 schließlich zum Bibliotheksrat befördert.¹³⁸ Während des Entnazifizierungsverfahrens im Juni 1945 war er freilich darum bemüht, jeglichem Verdacht auch nur der geringsten ideologischen Nähe zum NS vorzubeugen, denn nach den damals gültigen Maßstäben galt er als »aktiver Nazi«. So behauptete er gegenüber dem Personalamt der Stadt Leipzig, dass eine Parteimitgliedschaft für den Eintritt in den Staatsdienst unumgänglich gewesen sei. Sein Engagement in der DAF und im NS-Dozentenbund verheimlichte er dagegen. Zudem gab Robbel an, erst 1941 nach »dauerndem Drängen« und »unter dem Druck der Kriegsverhältnisse« das Amt eines Blockleiters vertretungsweise übernommen zu haben, womit lediglich die Ausgabe und Verteilung von Lebensmittelkarten verbunden gewesen sei.¹³⁹ Schließlich sprang ihm Uhlendahl mit einem »Persilschein« zur Seite, in dem er noch nachdrücklich darauf verwies, dass das Amt des Blockleiters in der Praxis nicht mehr als Entlassungsgrund gewertet werde und Robbel dies gar nicht hätte angeben müssen. Dass er es doch tat, zeuge vielmehr von seiner Ehrlichkeit und Gründlichkeit.¹⁴⁰ Freilich lässt sich aus alledem nicht schlussfolgern, dass sich Robbel während der NS-Zeit in irgendeiner Form moralisch unstat verhalten hätte. Dies ließe sich ohnehin kaum rekonstruieren. Vielmehr zeigt dieses Beispiel sehr eindrücklich, dass die zeitgenössischen Bewertungen darüber, was eine Person zu einem aktiven Nationalsozialisten qualifizierte und was nicht, stark auseinandergingen, und welche Strategien man aufbieten musste, um den Konsequenzen des vorwiegend nach formalen Mitgliedschaften urteilenden Entnazifizierungsverfahrens zu entgehen.

Eine bedeutende Verschärfung erfuhr die Entnazifizierungspraxis erst, als die Sächsische Landesverwaltung, nun unter sowjetischer Ägide, die Personalan-

137 Deutsche Bücherei, Bürodirektor Lippmann, 10.9.1934, ebd., Bl. 14a.

138 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda an den Generaldirektor der Deutschen Bücherei, 20.8.1943, ebd., Bl. 51.

139 Günther Robbel an das Personalamt der Stadt Leipzig, durch die Deutsche Bücherei, 7.7.1945, ebd., Bl. 63.

140 Heinrich Uhlendahl an das Personalamt der Stadt Leipzig, über das Kulturred, 16.7.1945, ebd., Bl. 64.

gelegenheiten der Deutschen Bücherei Anfang November 1945 übernahm.¹⁴¹ Dort war mit der Verordnung über den personellen Neuaufbau der Verwaltungen vom 17. August 1945 unter dem Einfluss der »Gruppe Ackermann« eine besonders rigorose Entnazifizierung in Gang gesetzt worden, um der KPD/SED einen umfassenden Pool an Stellen zu sichern. So sah die Verordnung die Entlassung aller ehemaligen Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen ohne Abstufungen vor.¹⁴² Zwar bat Uhlendahl Walther Protze, »vor einer endgültigen Entscheidung über die weiterhin zu entlassenden Kräfte gehört zu werden« und verwies dabei auf die der Deutschen Bücherei von der SMAD übertragenen Sonderaufgaben,¹⁴³ die schiere Masse an formell belasteten Mitarbeitern ließ solche Einzelfallprüfungen aber kaum zu. Eine Liste zählt 44 Bibliothekarinnen und Bibliothekare auf, darunter allein 30 wissenschaftliche Bibliothekare, die nach den sächsischen Vorgaben zu entlassen waren.¹⁴⁴ Zugute kam Uhlendahl aber die nach wie vor auf ein differenziertes Vorgehen bestehende Stadtverwaltung Leipzigs, die die Verordnung mithilfe eines aus den Vertretern der »antifaschistischen« Parteien bestehenden Komitees durchzuführen hatte. An den Richtlinien selbst konnte das städtische Personalamt freilich nichts ändern, die Entnazifizierung sollte jedoch nicht als »Aktion«, sondern als »Prozess« durchgeführt werden. Danach sollten die Entlassungen zeitlich gestaffelt nach fünf Gruppen vorgenommen werden, wobei der 31. Januar 1946 als letzter Termin gesetzt wurde. Dieses Procedere wurde auch dann noch eingehalten, nachdem die SMA Sachsen per Befehl einen zügigen Abschluss der Säuberungsaktion bis zum 15. November 1945 eingefordert hatte.¹⁴⁵ Die günstigere Terminsetzung durch die Stadt sollte dagegen den Verantwortlichen die Möglichkeit geben, nach und nach neues Personal zu rekrutieren, ohne den laufenden Betrieb »zum Erlahmen kommen zu lassen«.¹⁴⁶ In einer weiteren Besprechung am 30. August stellte Stadtrat Hans Weise überdies einen Rehabilitierungsausschuss in Aussicht, der vom Personalamt aufzubauen war und die »antifaschistische« Betätigung ehemaliger NSDAP-Mitglieder überprüfen sollte.¹⁴⁷ So wurden rund drei Viertel der

141 Heinrich Uhlendahl an Erich Zeigner, 2.11.1945, ADNBL, 353/1/3, Bl. 75.

142 Welsh, *Revolutionärer Wandel auf Befehl?*, S. 50.

143 Heinrich Uhlendahl an die Landesverwaltung Sachsen, Abt. Wirtschaft und Arbeit, 7.11.1945, ADNBL, 353/1/3, Bl. 76.

144 Liste der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Militär-Regierung zu Entlassenden, o.D., ADNBL, 353/1/3, I, Bl. 13-13g.

145 Landesverwaltung Sachsen, Inneres/Volksbildung, I. Abteilung und Personalamt, an die Herren Landräte und Oberbürgermeister, 3.11.1945, ebd., Bl. 83.

146 Besprechung im Personalamt der Stadt Leipzig am 24.8.1945, ebd., Bl. 49.

147 Niederschrift über die Besprechung der Leiter der Leipziger öffentlichen Dienststellen mit Vertretern der politischen Parteien und der Personalvertretungen unter Vorsitz des Dezernenten des Personalamts der Stadt Leipzig, Stadtrat Weise, am 30. August 1945, ADNBL, 155, Bl. 12f.

in diesem Zeitraum zu Entlassenden der Deutschen Bücherei erst im Dezember 1945 bzw. Januar 1946 ihrer Positionen enthoben. Darunter befanden sich auch einige stärker belastete Bibliotheksangestellte wie Eduard Hauck, der zugleich beim Rassenpolitischen Amt der NSDAP tätig gewesen war und noch bis Ende November 1945 auf seinem Posten verbleiben konnte. Hinzu kamen zahlreiche ehemalige Block- und Zellenleiter, die nun nicht mehr automatisch auf mildere Umstände hoffen konnten.¹⁴⁸ Weitere einzelne Entlassungen folgten auf Anweisung aus Dresden im Jahre 1946, am Ende summierte sich die Zahl der Entlassenen auf 80 Bibliothekare.¹⁴⁹

Gleichwohl: Die Radikalität, mit der die Durchführung der Verordnung vom 17. August 1945 nicht nur in den Behörden,¹⁵⁰ sondern auch in der Deutschen Bücherei gehandhabt wurde, bedeutete nicht, dass die frei gewordenen Positionen für wissenschaftliche Bibliothekare mit kommunistisch gesinnten Personen besetzt wurden. Insbesondere waren von den 15 wissenschaftlichen Leitungspositionen nach der Entnazifizierungsaktion noch fünf mit nicht-belasteten Bibliothekaren besetzt, vier waren aus dem Krieg bzw. der Kriegsgefangenschaft noch nicht zurückgekehrt und sechs fielen unter die sächsischen Entlassungskriterien, wurden also nach und nach entlassen.¹⁵¹ In allen letztgenannten Fällen konnte Uhlendahl jedoch eine Weiterbeschäftigung, zum Teil vorübergehend, zum Teil aber auch dauerhaft, erwirken. Das ist bemerkenswert, denn sogar der Präsident der DZVV, Paul Wandel, war über die Besetzung der Leitungspositionen informiert und hatte die Stadt Leipzig vehement dazu aufgefordert, alle früheren NSDAP-Mitglieder in Leitungspositionen der Deutschen Bücherei ausnahmslos zu entlassen: »Sollten keine geeigneten Kräfte zur Verfügung stehen, werde ich Ihnen entsprechende Persönlichkeiten benennen.«¹⁵² Wandel allerdings verkannte, dass die Sächsische Landesverwaltung mit Unterstützung der SMAD zu diesem Zeitpunkt noch die für die Deutsche Bücherei maßgebliche Stelle war und so reichte Uhlendahl das Schreiben einfach nach Dresden weiter. Und dort beanspruchte noch immer das Wirtschaftsressort, wo mit Walther Protze ein alter Vertrauter Uhlendahls arbeitete, das Aufsichtsrecht über die Bibliothek. So

148 Liste der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Militär-Regierung zu Entlassenden, o.D., ADNBL, 353/1/3, I, Bl. 13b.

149 Heinrich Uhlendahl an Walter Iwan, 6.6.1947, ADNBL, 154/5, VI, Bl. 144.

150 Einen kenntnisreichen Überblick über die konsequente Säuberung der staatlichen Verwaltungen in der SBZ 1945/46 bietet Clemens Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 369–392.

151 Beamte der Deutschen Bücherei, die an führender Stelle Dienst tun, 21.9.1945, ADNBL, 353/1/3, I, Bl. 65.

152 DZVV, Paul Wandel, an den Magistrat der Stadt Leipzig, o.D., StadtAL, 9289, Bl. 75.

verhandelte Uhlendahl Ende 1945 mit dieser Stelle um den Verbleib der formell belasteten Leitungskräfte Albert Paust (Leiter der Beschaffungsabteilung und 1938/39 am Bücherraub in Wien beteiligt), Johannes Ruppert (1885-1964) (Leiter der Bibliographien »Übersetzungen deutscher Bücher in fremde Sprachen« und »Deutschland im ausländischen Schrifttum«), Günther Robbel (Leiter des Benutzungsdienstes), Curt Fleischhack (1892-1972) (Leiter der Zeitschriften- und Zetteldruckstelle, überdies federführend mit der Bearbeitung der Liste der auszusondernden Literatur betraut), Martin Lippmann (Allgemeine Verwaltung, Personalverwaltung und Grundstücksverwaltung) und Kurt Landgraf (Kassenleiter); mit zunächst positivem Ausgang. Da die Deutsche Bücherei mit einer ganzen Reihe von Sonderaufgaben, insbesondere für die SMAD, beauftragt sei, so hieß es in der Begründung, bestünden »keinerlei Bedenken«, die genannten Personen als Beamte in freien Arbeitsverhältnissen weiter zu beschäftigen. Allerdings müsse sich die Bibliothek laufend um Ersatz bemühen.¹⁵³ Somit förderte der sowjetische Befehl Nr. 12 in der Deutschen Bücherei eine starke personelle Kontinuität auf den Leitungspositionen. Dass die Entscheidung dennoch politisch riskant war, war auch Protze bewusst, sodass er die betreffenden Personen und Uhlendahl nachdrücklich informell dazu anhielt, dass diese in einzureichenden Listen oder Unterschriften keinesfalls namentlich auftauchen dürften.¹⁵⁴

Uhlendahl war aber nicht nur darauf aus, möglichst viele seiner Ansicht nach minderbelastete Leitungs- und Fachkräfte zu halten. Im Bestreben, ungeachtet der sich wandelnden politischen Umstände an die Erfolge der Deutschen Bücherei anzuknüpfen, war er ebenso bereit, sämtlichen Leitungskräften flächendeckend eine »antinazistische« Haltung zu bescheinigen. Das galt sogar für Werner Rust, der bereits 1932 in die NSDAP eingetreten und als »Altparteigenosse« vom Propagandaministerium zum Stellvertreter Uhlendahls ernannt worden war. Auch den vom Personalamt der Stadt Leipzig entlassenen Bibliothekaren Kurt Roepke und Hans Praesent stellte er entsprechende Zeugnisse aus. Dies zeigt, wie schwer der personelle Aderlass für Uhlendahl wog. Selbst der Umstand, dass Rust einst in die Bibliothek gekommen war, um Uhlendahls Handlungsspielraum zu begrenzen, hinderte den Generaldirektor nicht daran, seinem früheren Stellvertreter ein wohlwollendes Zeugnis auszustellen und dessen na-

153 Landesverwaltung Sachsen, Wirtschaft und Arbeit, an die Deutsche Bücherei, Januar 1946, SächsHStAD, 11401, 1767, Bl. 101. Bis auf Fleischhack, der von 1934 bis 1939 lediglich in der SA-Reserve war, handelte es sich bei allen um ehemalige NSDAP-Mitglieder. Fleischhack hatte indes 1939 um Aufnahme in die NSDAP er-sucht, wurde jedoch abgelehnt, was offenbar mit seiner Mitgliedschaft in der Maz-danzan-Sekte zusammenhing, die trotz ihrer ideologischen Nähe zum Nationalso-zialismus (Körperkult, Rassenlehre, Befürwortung der Sterilisation) 1933 verboten worden war. Vgl. Curt Fleischhack, Politische Mitgliedschaft, 16.6.1945, StadtAL, StVuR, 9286, Bl. 275.

154 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, 22.1.1946, ADNBL, 353, 1/3, I, Bl. 96.

tionalsozialistische Gesinnung kleinzureden. Mit seinen Versuchen, politisch belastete Bibliothekare an die Deutsche Bücherei zurückzuholen, stieß Uhlendahl allerdings an die Grenzen seines Handlungsspielraums. Die sechs vorgenannten Bibliothekare wurden nur deshalb weiterbeschäftigt, weil sie Positionen innehatten, die für die Durchführung des Befehls Nr. 12 dringend mit Fachkräften besetzt werden mussten. Praesent und Roepke hatten dagegen die Kartenabteilung bzw. Musikbibliographien geleitet, die für die Ausführung des Befehls ohne Belang waren, obgleich deren Weiterbeschäftigung mit Blick auf den Fall Günther Robbel durchaus gerechtfertigt erscheinen konnte. Praesent war erst 1937 in die NSDAP eingetreten und hatte das Amt eines Blockleiters bekleidet, Roepke hatte der Partei bereits seit 1933 angehört und ebenfalls als Blockleiter agiert, was Uhlendahl in seinen Beurteilungen freilich verschwieg.¹⁵⁵ Gleichwohl blieb die Expertise der drei Bibliothekare, auch wenn sie in der Deutschen Bücherei keine Anstellung mehr fanden, eine nachgefragte Ressource, die bibliothekarischen Netzwerke blieben stabil und Uhlendahl stellte den Entlassenen weiterhin günstige Zeugnisse aus. Praesent etwa arbeitete bald nach seiner Entlassung im Auftrag der SMAD an einem größeren Aufsatz über das deutsche Bibliothekswesen, verstarb aber noch im Januar 1946 überraschend an Lungenentzündung.¹⁵⁶ Rust war 1949 zunächst sogar für einen Posten in der wieder aufzubauenden Bibliothek der Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Gespräch.¹⁵⁷ Später arbeitete er, nachdem er auch diese Stelle nicht erhalten hatte, immer wieder im Auftrag staatlicher Stellen an bibliographischen Zusammenstellungen, die ihm der frühere Referendar der Deutschen Bücherei und seit 1950 Direktor der ÖWB, Horst Kunze (1909-2000), verschaffte,¹⁵⁸ und blieb bis in die 1950er Jahre hinein privilegierter Dauergast in der Deutschen Bücherei.¹⁵⁹ Roepke schließlich fand 1948 eine Anstellung als Aushilfsbibliothekar an der Universitätsbibliothek Halle, wo von 1947 bis 1950 Horst Kunze Direktor war, und wechselte 1955 nach Tübingen.¹⁶⁰

Die im Januar 1946 im Einvernehmen mit der Sächsischen Landesverwaltung vorläufig zurückgeholten Leitungskräfte wurden im November 1946 aber noch

155 Beamter der Deutschen Bücherei, die in führender Stelle Dienst taten, als Parteimitglieder entlassen wurden und Einspruch erhoben haben, o.D., SächsHStAD, 11401, 1741, Bl. 26.

156 Heinrich Uhlendahl an Georg Leyh, 30.1.1946, ADNBL, 154/5, VIII, unfol.

157 Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bibliothek, an Heinrich Uhlendahl, 14.9.1949, ADNBL, 337, Bl. 113.

158 Siehe verschiedene Dokumente in SBB, G II A/30, Bd. 1.

159 Öffentlich-wissenschaftliche Bibliothek, Stellvertreter des Hauptdirektors, an den Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Bücherei, Kurt Brückmann, Benutzungserleichterung der DB für Herrn Dr. Rust, 6.8.1953, ADNBL, 735, Bl. 14.

160 Art. »Roepke, Kurt«, in: Habermann/Klemmt/Siefkes, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925-1980, S. 280.

einmal zu einem politischen Problem für die Landesverwaltung, nachdem die Bibliotheksinspektorin der SMAD, Galina Snimtschikowa, die Deutsche Bücherei dem neu geschaffenen Bibliotheksreferat im sächsischen Ministerium für Volksbildung unter Otto-Heinz Rocholl unterstellt hatte. Snimtschikowa hatte nicht nur den Eindruck gewonnen, dass die Deutsche Bücherei ein »Staat im Staate«¹⁶¹ sei, sondern kritisierte nun auch die Personalpolitik in der Bibliothek aufs Heftigste. Vor allem sah sie die Institution als »Naziparadies«, das kurzfristig »völlig denazifiziert«¹⁶² werden müsse. Die NS-Kontinuitäten, die in der Einschätzung Snimtschikowas freilich gravierender erschienen, als sie tatsächlich waren, interpretierte die Bibliotheksinspektorin weniger als Ausdruck einer laxen Entnazifizierungspolitik, sondern vielmehr als Folge einer zu starken Machtbasis von Generaldirektor Uhlendahl. Diese galt es nun zu brechen. Uhlendahls Position selbst vermochte Snimtschikowa aber nicht anzutasten. Die erste lokal organisierte Entnazifizierungsphase hatte der Generaldirektor souverän überstanden. Er hatte zwar dem nationalkonservativen Stahlhelm angehört und war aufgrund dessen 1934 in die SA-Reserve überführt worden (aus der er 1937 jedoch wieder austrat), der NSDAP oder anderen NS-Organisationen war er aber nie beigetreten. Zudem hatte er seine kurzzeitige Verhaftung im Juni 1933 argumentativ ausgenutzt und um dieses biographische Moment ein einseitiges Opfer-Narrativ konstruiert.¹⁶³ Am 29. November 1945 wurde er als Leiter der Deutschen Bücherei schließlich persönlich von Solotjuchin bestätigt.¹⁶⁴ Damit war er praktisch unangreifbar geworden, was ihn gegenüber seinen nach 1945 im Amt bestätigten Kollegen privilegierte, die, mit Ausnahme Wilhelm Brauns (1889-1974, Universitätsbibliothek Greifswald), allesamt bis 1951 ausgetauscht wurden.¹⁶⁵ Galina Snimtschikowa, die bei Solotjuchin ohnehin einen schlechten Stand hatte, konnte sich schwerlich über Entscheidungen ihres Chefs erheben. Noch im April 1946 hatte sie sich deshalb vehement gegen eine Forderung Heinrich Beckers zur Installation eines Stellvertreters »von einer größten politischen Aktivität zur Wahrung der politischen und personellen Belange« ausgesprochen.¹⁶⁶ Gleichwohl forderte sie genau dies wenige Monate später nun von Rocholl. Dieser sollte eine »starke politische Persönlichkeit« benennen, die Uhlendahl als Stellvertreter an die Seite zu stellen war und das Vertrauen der Lan-

161 Rocholl, Besprechung zu Fragen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens mit Frau Snimtschikowa am 25.10.1946 in Berlin, SächsHStAD, 11401, 1744, unfol.

162 Rocholl, Inspektion der Deutschen Bücherei durch die Referentin für wissenschaftliche Bibliotheken bei der SMA Berlin-Karlshorst Frau Snimtschikowa am 16./17. und 19. Oktober 1946 in Leipzig, ebd., unfol.

163 Fragebogen Heinrich Uhlendahl, 17.6.1945, StadtAL, StVuR, 9286, Bl. 151.

164 Heinrich Uhlendahl an Erich Zeigner, 29.11.1945, ADNBL, 154/5, XIII, Bl. 31.

165 Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«, S. 41.

166 DZVV, Carl Mones, Aktennotiz, 5.4.1946, BArch, DR 2/628, Bl. 10.

desverwaltung sowie der SED genoss. Allerdings verwies Snimtschikowa kurze Zeit später einschränkend darauf hin, dass man Uhlendahl bei der Suche nach einem Stellvertreter »nicht vor den Kopf stoßen« solle.¹⁶⁷ Uhlendahl war also unbedingt einzubeziehen und konnte mit Carl Diesch (1880-1957), der seit wenigen Wochen offiziell in der Deutschen Bücherei angestellt war, bereits einen geeigneten Kandidaten präsentieren. Diesch, vor 1945 Direktor der Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg und dort von der Roten Armee vertrieben,¹⁶⁸ hatte dem »Freund« Uhlendahl im Dezember 1945 aus dem westfälischen Kellinghausen, wo er nach der Flucht untergekommen war, geschrieben und ihn um eine Anstellung im Bibliothekswesen ersucht.¹⁶⁹ Uhlendahl kam dieses Angebot freilich sehr gelegen und er bot Diesch die frühere Stelle von Werner Rust (Leiter der Abteilung Kataloge) an.¹⁷⁰ Im Juli 1946 stimmte schließlich auch Rocholl der Berufung zu, denn sowohl fachlich als auch politisch war an Diesch nichts auszusetzen. Dieser zählte zum bibliothekarischen Establishment, war nie Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen bzw. Massenorganisationen gewesen und im Verlauf des Jahres 1946 überdies noch in die LDP eingetreten.¹⁷¹ Nachdem Diesch im Oktober 1946 auch offiziell zum Abteilungsleiter berufen worden war, hatte man zugleich einen Stellvertreter gefunden, der sowohl bei Uhlendahl als auch bei Rocholl hohes Ansehen genoss.¹⁷² Dennoch, so sehr Diesch von Rocholl und vom Ministerium für Volksbildung in Dresden insgesamt geschätzt wurde, so misstrauisch begegnete man ihm. Staatssekretär Herbert Gute etwa gab zu verstehen, dass die Deutsche Bücherei auch weiterhin bemüht bleiben solle,

»... einen weiteren Mitarbeiter zur Entlastung des Generaldirektors zu gewinnen, der sich insbesondere den Aufgaben widmen soll, die sich einer wissenschaftlichen Bibliothek im Zuge der Demokratisierung unseres Bildungswesens stellen«. ¹⁷³

167 Rocholl, Niederschrift über eine Besprechung mit der Inspektion für das Bibliothekswesen der SMAD Herrn Professor Schkral und Frau Dr. Snimtschikowa am 12./13. Dez. 1946 in Leipzig, SächsHStAD, 11401, 1744, unfol.

168 Michael Parak/Carsten Schreiber, »Flüchtlingsprofessoren«. Karrieren geflohener und vertriebener Hochschullehrer in der SBZ/DDR, Leipzig/Berlin 2008, S. 51f.

169 Carl Diesch an Heinrich Uhlendahl, 17.12.1945, ADNBL, 154/5, III, unfol.

170 Heinrich Uhlendahl an Carl Diesch, 5.1.1946, ebd., unfol.

171 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Rocholl, an das Personalreferat der Abteilung Volksbildung, 19.7.1945, SächsHStAD, 11401, 1741, Bl. 94.

172 Heinrich Uhlendahl an Carl Diesch, 24.10.1946, ADNBL, 335/0, Bl. 105.

173 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Leiter, an die Deutsche Bücherei, 11.11.1946, ADNBL, 353/1/3, II, Bl. 135.

Bereits im Februar 1947 wurde Diesch, der zugleich auch bei Uhlendahl wohnte,¹⁷⁴ aber überraschend entlassen. Diese Entscheidung fiel jedoch nicht in Dresden, sondern in Karlshorst. Dorthin, so Rocholl nach einer Besprechung in Berlin, hätten sich Dieschs »Gegner« gewandt, die auf seine Entlassung gedrungen hätten.¹⁷⁵ Dabei hatte es zwischen Rocholl und dem Volksbildungsamt der Stadt Leipzig bereits Gespräche über einen zweiten Stellvertreter für Uhlendahl gegeben, der diesen in Angelegenheiten der Demokratisierung »beraten« sollte. Dabei handelte es sich um Rudolph Franz, den ehemaligen Redakteur des Feuilletons der *Sächsischen Volkszeitung*, einem bis 1934 erschienenen Blatt der Zentrumspartei, und nun wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Volkshochschule Leipzig.¹⁷⁶ Als dieser jedoch im Gespräch mit Uhlendahl erfuhr, dass sich sein Einsatzgebiet praktisch auf die politische Prüfung der Buchbestände beschränken sollte, trat Franz empört von dem Angebot zurück:

»Ich kann nicht daran denken, nach einem Leben voll Streit und besonders voll Arbeit für die Arbeiterbewegung mich in eine solche beschauliche Abseitstätigkeit bugsieren zu lassen, als wäre ich ein beliebiger harmloser Wissenschaftler und für die erwähnte, wenn auch noch so notwendige und ehrbare, Kärnerarbeit gerade gut genug.«¹⁷⁷

Die Schwierigkeit, politisch tragbares Personal für die Deutsche Bücherei zu finden, basierte, wie das Beispiel zeigt, nicht nur auf Vorbehalten Uhlendahls, der das in der Deutschen Bücherei sozialisierte Fachpersonal unbedingt halten wollte, sondern auch auf dem wenig reizvollen Tätigkeitsprofil der Bibliothek. Gerade für jene Kräfte, die sich in der SBZ auch politisch beheimatet sahen, boten sich weitaus attraktivere Aufstiegschancen. Umso schwerwiegender war die parallele Entlassung Dieschs. Der tragische Auslöser hierfür war letztlich eine externe Denunziation durch einen Bremer Verleger, der die DZVV auf eine antisemitische Textstelle in einem von Diesch herausgegebenen literaturgeschichtlichen Grundlagenwerk von 1940 hingewiesen hatte.¹⁷⁸ Unglücklicherweise war der Verleger Hans Kasten, der in der Zunft selbst einen zweifelhaften Ruf genoss, auf die Publikation im Zuge einer Anfrage an die Deutsche Bücherei über die Veröffentlichungen des Dresdner Ehlermann-Verlages aufmerksam gewor-

174 Heinrich Uhlendahl an Josef Stummvoll, 23.12.1946, ADNBL, 154/5, XI, Bl. 332.

175 Otto-Heinz Rocholl, Bericht über meine Berliner Reise vom 21.-24.2.1947, SächsHStAD, 11401, 1741, unfol.

176 Rocholl an das Personalamt der Stadt Leipzig, Entwurf, 10.11.1946, ebd., unfol.

177 Rat der Stadt Leipzig, Volksbildungsamt, Abt. Kunst und Kunstpflege, Rudolph Franz, an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Otto-Heinz Rocholl, 20.2.1947, ebd., unfol.

178 Hauptschriftleitung Berlin an den Präsidenten der DZVV, 13.1.1947, SächsHStAD, 11401, 1748, unfol.

den.¹⁷⁹ Konkret bezog sich der Vorwurf auf die Passage über Heinrich Heine, dessen Schriften im Nationalsozialismus verboten waren, und den Diesch in der beanstandeten Schrift als »verlogen, gewissenlos und niederträchtig« bezeichnet hatte. Zudem wurde Diesch von den ohnehin misstrauischen Behörden der SBZ zusätzlich noch vorgeworfen, ein freundliches Gutachten über Egon Mühlbach (1885-?), leitender Bibliothekar in der Universitätsbibliothek Leipzig, verfasst zu haben, aufgrund dessen dieser trotz NS-Belastung im Amt verblieben sei. Schließlich wurde Diesch beschuldigt, russische, jüdische, linke und marxistische Literatur aus dem internen Lehrplan für die Bibliothekarsausbildung gestrichen zu haben.¹⁸⁰ All dies fügte sich zu einem Gesamtbild, das eine Entlassung Dieschs unausweichlich machte. Freilich versuchte Uhlendahl, dies unter allen Umständen zu verhindern, indem er eine differenziertere Betrachtung der beanstandeten Schrift Dieschs anmahnte. Gegenüber der DZVV machte er deutlich, dass es sich bei der Schrift lediglich um einen kleinen Privatdruck handele, der auf einem Vortrag Dieschs u.a. vor Königsberger NS-Funktionären basierte und für die 13-bändige Neuausgabe des »Goedecke« werben sollte. Dieschs Urteil über Heine sei keinesfalls auf Judenhass zurückzuführen, sondern als übliche Verbeugung vor dem Nationalsozialismus zu werten. Andere Urteile Dieschs über jüdische Autoren hätten dagegen gezeigt, dass der Bibliothekar kein Antisemit sei. Zudem verwies Uhlendahl auf mögliche Motive des Verlegers Kasten, der wie Diesch selbst einst Ambitionen auf den Posten des Direktors der Bremer Stadtbibliothek gehegt hätte und sich nun an Diesch rächen wolle.¹⁸¹ Wie man es jedoch drehen und wenden mochte, an Diesch sollte ein Exempel statuiert werden. Im Februar ordneten die SMAD und die DZVV an, Diesch wegen »erwiesener antidemokratischer Betätigung« zu entlassen und die Wohngemeinschaft mit Uhlendahl umgehend aufzulösen.¹⁸² Die Sächsische Landesregierung hinderte dies aber nicht daran, Diesch bald nach seiner Entlassung mit der Neubearbeitung des »Goedecke« zu beauftragen. Zudem bedeutete die Entlassung keine Zäsur in der Personalpolitik der Deutschen Bücherei. Dort griff man im Einvernehmen mit Rocholl auf altbewährtes Personal zurück, um die von Diesch hinterlassene Lücke zu füllen. Dabei einigte man sich auf Ernst Rückert (1892-1973), der bereits seit 1920 an der Deutschen Bücherei als wissenschaftlicher Bibliothekar tätig und mit verschiedenen Aufgabenbereichen (Sachkatalog,

179 Vgl. den Briefwechsel zwischen der Deutschen Bücherei und dem Ehlermann-Verlag Dresden vom Mai 1948, ADNBL, 700/1, Bl. 2-f., 27.

180 Otto-Heinz Rocholl an Carl Diesch, 28.1.1947, SächsHStAD, 11401, 1748, unfol.

181 Heinrich Uhlendahl an die DZVV, Abt. Wissenschaftliches Bibliothekswesen, 29.1.1947, ebd., unfol.

182 Aktennotiz, 10.2.1947, ebd., unfol.; Oberregierungsrat Rönisch an Heinrich Uhlendahl, 10.2.1947, ebd., unfol.; Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Prof. A. Simon, an Heinrich Uhlendahl, 11.2.1947, ebd., unfol.

Benutzerbetreuung, Auskunftstätigkeit) vertraut war, nicht in die NSDAP, im Oktober 1945 aber in die LDP eingetreten war.¹⁸³

Ähnliche Probleme bei der Suche nach geeignetem und willigem Personal traten auch im Fall von Kurt Landgraf und Martin Lippmann auf, die beide Schlüsselpositionen in der Bibliotheksverwaltung einnahmen. Deren Entlassung hatte die Landesregierung bereits im November 1946 als ersten Schritt zur Demokratisierung der Bibliothek verfügt.¹⁸⁴ Dahinter stand allerdings weniger der Gedanke, dass es sich um einflussreiche Positionen handle, sondern die pragmatische Überlegung, dass sich für leitende Verwaltungsbeamte eher Ersatz finden ließ als für wissenschaftliche Bibliothekare. Aber selbst für den Verbleib der 1937 in die NSDAP eingetretenen Lippmann und Landgraf setzte sich Uhlendahl persönlich bei Carl Mones ein und verwies auf die »komplizierte[n] Verwaltungs- und Kassenverhältnisse« der Bibliothek.¹⁸⁵ Allerdings hatte die Landesregierung, ähnlich wie bei der am Willen des Kandidaten gescheiterten Berufung von Rudolph Franz, bereits andere Realitäten geschaffen. Rocholl erwies sich auch hierbei als konsensorientiert. Dem Personalamt der Stadt Leipzig gab er zu verstehen, dass es sich bei den neuen Kräften um einen »ausgesprochenen Qualitätsersatz« handeln müsse und die Positionen nicht geeignet seien, um »irgendwelche zweitrangigen Kräfte« unterzubringen.¹⁸⁶ Zudem sollte sich die Suche ausschließlich auf ortsansässige Personen konzentrieren, um die Notwendigkeit zur Beschaffung von Wohnraum zu umgehen.¹⁸⁷ Für Landgraf, der neben der Gesamtleitung der Verwaltung auch das Personalwesen unter sich hatte, fand Uhlendahl mit dem früheren Verwaltungsdirektor der Leipziger Frauenklinik, Franz Hantzsch, selbst einen Nachfolger,¹⁸⁸ für Lippmann, der die Finanzen der Deutschen Bücherei verwaltete, schlug Rocholl den früheren Regierungsamtmann Erich Dahmann vor.¹⁸⁹ In beiden Fällen konnte Uhlendahl zudem erwirken, dass Landgraf und Lippmann vorerst unbefristet zwei Tage pro Woche weiterbeschäftigt werden konnten, um die beiden mit den Verhältnissen

183 Personalbogen Ernst Rückert, 21.7.1950, ADNBL, Personalakte Anton Ernst Rückert, Bl. 4-6; Heinrich Uhlendahl Verfügung, 24.7.1947, ebd., Bl. 11.

184 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, an die Deutsche Bücherei, 11.11.1946, ADNBL, 353/1/3, II, Bl. 135.

185 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 154/5, IX, Bl. 42.

186 Otto-Heinz Rocholl an das Personalamt der Stadt Leipzig, 10.11.1946, SächsHStAD, 11401, 1741, unfol.

187 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, an das Personalamt der Stadt Leipzig, 18.11.1946, ADNBL, 353/1/3, II, Bl. 138.

188 Heinrich Uhlendahl an die Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Ref. Wissenschaftliche Bibliotheken, 27.11.1946, ebd., Bl. 139.

189 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, an die Deutsche Bücherei, 18.11.1946, SächsHStAD, 11401, 1741, unfol.

der Deutschen Bücherei nicht vertrauten neuen Kräfte einzuarbeiten.¹⁹⁰ Landgrafs Unterschrift findet sich noch in den späten 1960er Jahren unter haushaltsrelevanten Dokumenten.

Das Fehlen geeigneter Fachkräfte, die geringe Attraktivität der Tätigkeit in der Deutschen Bücherei und die Beschränkung auf lokal vorhandenes Personal konterkarierte letztlich eine Personalpolitik, wie sie sich SMAD und SED idealerweise gewünscht hatten, und begünstigte zugleich die laufenden Rehabilitierungsverfahren der verbliebenen Leitungskräfte Curt Fleischhack, Günther Robbel, Johannes Ruppert und Albert Paust. Tatsächlich aufgenommen wurden diese erst wieder und nunmehr unter anderen Bedingungen, nachdem die SMAD die angeblich laxen Entnazifizierungspraxis der Länder im Dezember 1946 gerügt und eine straffere sowie einheitliche personelle Säuberung verlangt hatte, indem sie mit fast einem Jahr Verspätung die Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates vom 12. Januar 1946 über die »Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen« zur Arbeitsgrundlage erhob.¹⁹¹ Dies sollte nicht zuletzt die Machtposition der SED im Innern und der Sowjets gegenüber den Westalliierten stärken, die die Direktive 24 selbst keineswegs konsequent angewandt hatten.¹⁹² Im Falle der Deutschen Bücherei, wie generell in Sachsen, hielten sich die Auswirkungen dieser erneuten Entnazifizierungswelle jedoch in Grenzen, obgleich die Direktive den umfangreichsten Katalog an Entlassungsgründen bot.¹⁹³ Wichtiger war, dass die Bibliothekare allesamt einen guten Leumund besaßen. Neben Uhlendahl hatte sich auch der langjährige Bibliothekar und nunmehr Betriebsratsvorsitzende, Hans Schurig (1895-1966), der trotz seiner marxistischen Sozialisation und Mitgliedschaft in der SED ein besonders loyales Verhältnis zu Uhlendahl pflegte,¹⁹⁴ positiv über die belaste-

190 Heinrich Uhlendahl an das Arbeitsamt Leipzig, 31.1.1947, ADNBL, 353/1/3, II, 142; Heinrich Uhlendahl an das Arbeitsamt Zwenkau, 3.2.1947, ebd., Bl. 143.

191 Biddiscombe, *The Denazification of Germany*, S. 139.

192 Welsh, *Revolutionärer Wandel auf Befehl?*, S. 67f.

193 Clemens Vollnhals, *Die Entnazifizierung als Instrument kommunistischer Machtpolitik*, in: Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals/Francesca Weil (Hrsg.), *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949*, Göttingen 2016, S. 293-328, hier S. 327.

194 Schurig war seit 1925 an der Deutschen Bücherei beschäftigt und leitete die Zugangsstelle. Von 1924 bis 1930 war er Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes. Ungeachtet dessen hatte sich Heinrich Uhlendahl 1935 schützend vor Schurig gestellt, als im Zuge des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1935 auch innerhalb der Deutschen Bücherei Zweifel an Schurigs »nationaler Zuverlässigkeit« geäußert worden waren. 1944 hatte sich Uhlendahl abermals für Schurig verwendet, nachdem diesem die Überführung in das Beamtenverhältnis aufgrund seiner Ehe mit Erna Kalischer, die als »jüdischer Mischling 2. Grades« galt, zunächst versagt worden war. Nach Kriegsende 1945 trat Schurig zunächst in die SPD, dann in die

ten Kollegen geäußert und ihnen eine durchweg »antifaschistische« Haltung bescheinigt. Zudem hatten weitere frühere Kollegen und Wegbegleiter, die bereits entnazifiziert waren, den Bibliothekaren beste Zeugnisse ausgestellt.¹⁹⁵ Darüber hinaus waren sämtliche Rehabilitierungsgesuche bereits im Herbst 1946 bei entsprechenden Ausschüssen der LDP bzw. der CDU eingereicht und intern positiv beschieden worden.¹⁹⁶ Ruppert und Robbel hatten parallel die Mitgliedschaft in der LDP beantragt, Fleischhack war der CDU beigetreten. Ihre »antifaschistische« Haltung wurde dadurch nach außen hin untermauert.¹⁹⁷ Die Rehabilitierungsverfahren wurden zwar offiziell nicht mehr durchgeführt, die Urteile der Ausschüsse aber hatten Einfluss auf die Entscheidungen, die im Zuge der Durchsetzung des Kontrollratsbefehls 24 nunmehr wieder von einer lokalen Entnazifizierungskommission unter dem Vorsitz Erich Zeigners vorgetroffen wurden. Neben den vier leitenden Bibliothekaren Fleischhack, Paust, Robbel und Ruppert mussten sich noch weitere 33 Bibliothekarinnen und Bibliothekare der Überprüfung unterziehen, von denen 13 bereits im April 1947 entnazifiziert wurden. Im Falle einer Belastung (in den meisten Fällen handelte es sich um HJ/BDM- und NSDAP-Mitgliedschaften) konnten sie in nicht-leitenden Tätigkeiten weiterbeschäftigt werden.¹⁹⁸ Alle anderen Fälle wurden im Laufe des Jahres verhandelt und ähnlich beschieden. Dabei wurden sogar langfristige Einstellungen bereits entlassener Bibliothekare möglich – so etwa im Falle Erich Schwaneckes (1905-1993). Dieser war im Februar 1946 wegen Mitgliedschaft in der SA entlassen, mit Billigung durch das Arbeitsamt Leipzig aber bereits im August wieder als Aushilfskraft zur Verstärkung der Schriften-Prüfstelle eingestellt worden, um die Liste der auszusondernden Literatur termingerecht fertigzustellen.¹⁹⁹ Im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens im Jahr 1947 konnte er wieder in nicht-leitender Position beschäftigt werden. Uhlendahl selbst war auch diesmal nicht Gegenstand des Entnazifizierungsverfahrens geworden, nachdem er die Kom-

SED ein. Von Helmut Röttsch, der von 1950 bis 1953 zunächst als Personalleiter in der Deutschen Bücherei arbeitete, wurde Schurig immer wieder für sein »Nur-Gewerkschaftertum« angegriffen, gleichwohl er über eine gute politische Bildung verfügt habe. 1951 wurde Schurig aus der SED ausgeschlossen. Vgl. ADNBL, Personalakte Hans Schurig.

195 Die Zeugnisse befinden sich in SächsHStAD, 11401, 1741.

196 Aktennotiz, Rehabilitierungsverfahren, o.D., ADNBL, 353/1/3, II, Bl. 110.

197 Personalliste der Deutschen Bücherei Leipzig, Stand vom 18. Oktober 1946, ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955, unfol.

198 Protokoll über die 35. Sitzung der Kreiskommission für Entnazifizierung innerhalb der Stadtverwaltung der Stadt Leipzig in der Deutschen Bücherei am 24. April 1947, StadtAL, StVuR, 3178, Bl. 9-11.

199 Heinrich Uhlendahl an Erich Schwanecke, 16.8.1946, ADNBL, 353/1/3, Bl. 106.

mission noch einmal darauf hingewiesen hatte, dass er von Solotjuchin persönlich bestätigt worden war.²⁰⁰

Bei Günther Robbel hatte sich die Entnazifizierungskommission der Stadt sogar für einen Verbleib in leitender Tätigkeit ausgesprochen, im Falle von Fleischhack, Paust und Ruppert optierte die Kommission wie in den anderen Fällen auf eine Weiterbeschäftigung in nicht-leitenden Positionen.²⁰¹ Damit knüpfte die Kommission an die unter amerikanischer Besatzung praktizierte Politik vom Sommer 1945 an. Im August 1947 lag zudem die Bestätigung vor, dass sich sowohl die SMA Sachsen als auch die der städtischen Entnazifizierungskommission übergeordnete Landeskommission dem Votum der Stadt angeschlossen und zugleich in den noch offenen Fällen eine Weiterbeschäftigung auf nicht-leitenden Stellen befürwortet hatten.²⁰² Selbst sowjetische Stellen erfüllten die mit der Einführung der Kontrollratsdirektive 24 verbundenen Erwartungen somit nicht konsequent.

Noch bevor die Entnazifizierungskommissionen im Frühjahr 1948 offiziell aufgelöst wurden, war der Großteil der ehemals leitenden Bibliothekare wieder in der Deutschen Bücherei beschäftigt. Auch wenn diese zunächst offiziell keine Leitungspositionen bekleiden durften, so gewährte ihnen nun sogar die Sächsische Landesverwaltung die Beibehaltung ihrer früheren Bezüge.²⁰³ Nach 1949 konnten auch Fleischhack und Paust auf leitende Positionen zurückkehren. Bis dahin versuchte Uhlendahl immer wieder, die entnazifizierten Mitarbeiter mit lange Zeit unbesetzten, aber höher dotierten Wissenschaftlerstellen zu versorgen. So stieg Fleischhack bereits im November 1947 vom Bibliotheksobersinspektor zum Bibliotheksamtsmann auf, die Beförderung zum Bibliotheksrat im Mai 1948²⁰⁴ wurde indes von Dresden abgelehnt; allerdings nicht aus politischen, sondern schlicht finanziellen Gründen.²⁰⁵ Gleichwohl leitete Fleischhack seit 1951 die Abteilung Bibliographien wieder offiziell,²⁰⁶ 1955 beerbte er Uhlendahl als Hauptdirektor der Deutschen Bücherei. Paust, der 1938/39 an der Bücher-

200 Heinrich Uhlendahl an Erich Zeigner, 5.4.1947, ADNBL, 154/5, XIII, Bl. 22.

201 Rat der Stadt Leipzig, Entnazifizierungskommission des Stadtkreises Leipzig, an die Deutsche Bücherei, Heinrich Uhlendahl, 22.5.1947, ADNBL, 353/1/3, II, Bl. 162.

202 Erich Zeigner an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung, Minister, 13.8.1947, StadtAL, StVuR, 3178, Bl. 15.

203 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an Heinrich Uhlendahl, 1.10.1947, ADNBL, 353/1/3, II, Bl. 187.

204 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 12.11.1947, ADNBL, 358/0, Bl. 169; Heinrich Uhlendahl an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Beförderung von Angestellten der Deutschen Bücherei, 19.5.1948, ebd., Bl. 173.

205 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an Heinrich Uhlendahl, 18.10.1948, ADNBL, 361/2, Bl. 176.

206 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 14.2.1951, ebd., Bl. 194.

raubaktion in Wien leitend beteiligt gewesen war, führte die Beschaffungs- und Zugangsstelle informell weiter, bis er sie von 1951 bis 1952 noch einmal kurzzeitig offiziell übernahm. Anschließend wurde er auf eine nicht-leitende wissenschaftliche Stelle in der Auskunftsabteilung herabgestuft und verblieb dort bis zum Eintritt ins Rentenalter im Jahr 1957.²⁰⁷ Robbel, der als Einziger belasteter Bibliothekar nach dem Entnazifizierungsverfahren seine Leitungsposition (Benutzerdienst) offiziell weiterhin ausfüllen durfte, schied 1949 auf eigenen Wunsch aus.²⁰⁸ Ersetzt wurde er durch Heinrich Kunze (1889-1960), der 1927 seine Ausbildung zum wissenschaftlichen Bibliothekar an der Deutschen Bücherei begonnen hatte und 1938 Bibliotheksrat geworden war. Von der Entnazifizierungskommission wurde er zwar wegen seiner Mitgliedschaft im Opferring der NSDAP zunächst auf eine nicht-leitende Tätigkeit beschränkt, zwei Jahre später fand er sich jedoch auf Robbels Abteilungsleiterstelle wieder.²⁰⁹

c.) Geschlossene Berufswelten: Elitenaustausch, Nachwuchsbildung und Sozialpolitik

Es gäbe ein unvollständiges Bild ab, wenn die Personalpolitik der Deutschen Bücherei in der SBZ einzig auf Entnazifizierung beschränkt würde, wengleich hiermit tiefe Eingriffe in die Arbeitsweise der Bibliothek verbunden waren. Politische Entlassungen stellten aber bei Weitem nicht den einzigen Grund für Personalabgänge dar. Wie ein Blick auf die Statistik der Neueinstellungen bis Oktober 1950 zeigt, war die langfristige Besetzung wissenschaftlicher Stellen das eigentliche Problem. Für den Großteil der in dieser Zeit eingestellten wissenschaftlichen Bibliothekare blieb die Beschäftigung in der Deutschen Bücherei eine kurze berufliche Episode. Stellenplatzwechsel waren denn auch die häufigsten Gründe für Abgänge.²¹⁰

Neueinstellungen waren zunächst durch externe Faktoren begrenzt. So konnten diese seit Ende November 1945 nicht mehr ohne die Zustimmung des Arbeitsamtes der Stadt Leipzig erfolgen,²¹¹ wobei dieses in der Regel den Vor-

207 Personalbogen Albert Paust, o.D., ADNBL, Personalakte Albert Paust, unfol.

208 Günther Robbel an Heinrich Uhlendahl, 20.1.1949, ADNBL, Personalakte Eugen Ernst Günther Robbel, Bl. 84.

209 Personalbogen Heinrich Kunze, 4.1.1952, ADNBL, Personalakte Ernst Heinrich Kunze, Bl. 1f.

210 ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955.

211 Informationsblatt. Amtliches Nachrichtenblatt der Stadtverwaltung Leipzig und des Landrates zu Leipzig, Nr. 44 vom 27.10.1945, o.S. Eine interne Liste zeigt, dass das Leipziger Arbeitsamt bis zu Jahresbeginn 1951 um Zustimmung ersucht werden musste. Vgl. Kräfteanforderungen beim Arbeitsamt Leipzig, o.D., ADNBL, 336, Bl. 106-110.

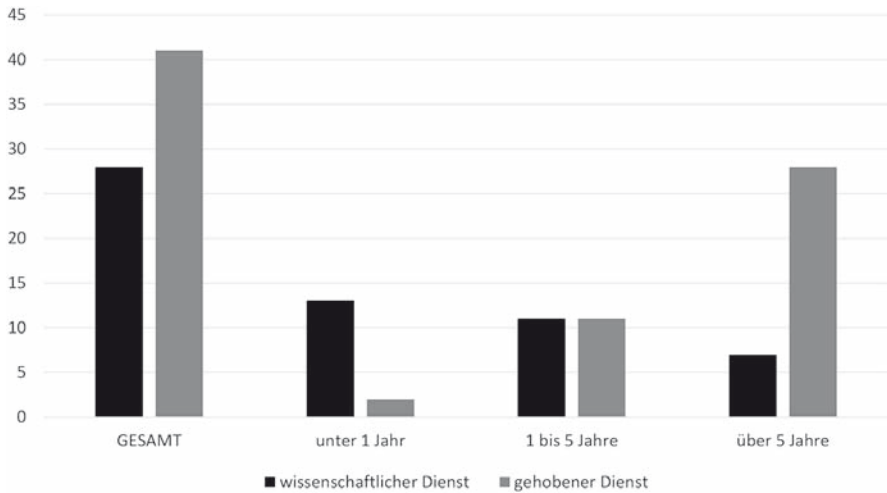


Abb. 1: Neueinstellungen in der Deutschen Bücherei (Juli 1945-Oktober 1950) und Beschäftigungsdauer²¹³

schlägen Uhlendahls folgte und dem Generaldirektor sogar erlaubte, eigene Stellenanzeigen in lokalen und überregionalen Zeitungen aufzugeben, was erst 1948 von Dresden untersagt wurde.²¹² Zuweilen mischte sich die Sächsische Landesverwaltung schon zuvor in die Einstellungspraxis der Deutschen Bücherei ein. So weigerte sich Arthur Simon im November 1946 etwa, einen Bericht der Deutschen Bücherei über die Besetzung von Leitungspositionen nach Karlshorst weiterzugeben, weil Uhlendahl im Falle zweier mit Einverständnis des Arbeitsamtes eingestellter Wissenschaftler nicht die Zustimmung der Landesverwaltung eingeholt hatte.²¹⁴ Auch wenn den betroffenen Personen daraus letztlich keine negativen Konsequenzen erwuchsen, musste Uhlendahl doch zumindest auf die Befindlichkeiten Dresdens Rücksicht nehmen. Zum anderen war die Neueinstellung ehemaliger NSDAP-Mitglieder strikt verboten, obgleich, so Uhlendahl, »gerade unter den nominellen Parteimitgliedern – jedenfalls trifft dies bei uns zu – viele tüchtige Kräfte sind«. ²¹⁵ Aber auch interne Faktoren be-

²¹² Siehe diverse Quellen in ADNBL, 335/0.

²¹³ ADNBL, Personalliste 1913-1954. Die Zäsur Oktober 1950 ergibt sich daraus, dass das Personalreferat ab November des Jahres von Helmut Röttsch geleitet wurde, womit sich auch die Rahmenbedingungen der Einstellungspolitik änderten.

²¹⁴ Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Arthur Simon, an die Deutsche Bücherei, 11.11.1946, ADNBL, 338/0, Bl. 18.

²¹⁵ Heinrich Uhlendahl an die Landesbibliothek Neustrelitz, 7.12.1945, ADNBL, 337, Bl. 73.

einflussten die Personalpolitik entscheidend. Vor allem die Erfahrung, dass außerhalb der Deutschen Bücherei ausgebildetes Personal häufig nicht dauerhaft in der Bibliothek verblieb, ließ den Generaldirektor Bewerbern gegenüber immer wieder skeptisch reagieren. An einen Bewerber schrieb er ganz unverhohlen:

»Sollte in der Praxis die Möglichkeit einer Wiedereinstellung ehemaliger Mitglieder [der NSDAP, d.V.] bestehen, so würde die Deutsche Bücherei natürlich in erster Linie an die bewährten entlassenen Kräfte denken, von denen im Jahre 1945 rund 80 ihren Posten aufgeben mussten und von denen mehrere ihre Wiedereinstellung bereits beantragt haben.«²¹⁶

Bemühungen Uhlendahls, frühere wissenschaftliche Bibliothekare der Deutschen Bücherei zurückzugewinnen, scheiterten jedoch aus verschiedenen Gründen. So hatte der Generaldirektor 1947 etwa mit Dresden um die Wiedereinstellung des ehemaligen Referendars Paul Kretschmann (1901-1993) verhandelt,²¹⁷ blieb wegen dessen NSDAP-Mitgliedschaft aber erfolglos. Kretschmann wurde dagegen noch im selben Jahr an der Universitätsbibliothek Rostock als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter angestellt, wechselte aber kurze Zeit später nach Kiel.²¹⁸ Ebenso erfolglos bemühte sich Uhlendahl um Hans Cordes (1905-1995), der Anfang der 1930er Jahre an der Deutschen Bücherei ausgebildet und danach als Bibliotheksrat übernommen worden war, bis er 1940 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Cordes, der bis 1948 in französischer Kriegsgefangenschaft war, nicht Mitglied der NSDAP gewesen, aber auf Druck in die SA eingetreten war, galt Uhlendahl als »in fachlicher wie in menschlicher Hinsicht einer meiner besten Bibliothekare«.²¹⁹ Ähnlich wie Kretschmann suchte aber auch Cordes sein berufliches Glück in den Westzonen, jedoch weniger aus politischen, sondern aus familiären Gründen. So bewarb er sich ausschließlich im südwestdeutschen Raum, konnte aber erst 1952 in der Bundesgerichtsbibliothek Karlsruhe wieder eine Anstellung finden.²²⁰ In den meisten Fällen aber war die strenge Entnazifizierungspraxis in der SBZ ausschlaggebend dafür, dass sich frühere Mitarbeiter gar nicht erst wieder bei der Deutschen Bücherei bewarben. In den Westzonen konnten, wie Uhlendahl bereits 1947 zur Kenntnis nehmen musste, »vielfach nominelle Pg.s ohne weiteres wieder

216 Heinrich Uhlendahl an Paul Axmann, 22.11.1949, ebd., Bl. 24.

217 Heinrich Uhlendahl an Bibliotheksdirektor Philipsborn, Weimar, 19.3.1947, ADNBL, 154/5, X Bl. 64.

218 Art. »Kretschmann, Paul«, in: Alexandra Habermann/Peter Kittel, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare. Die wissenschaftlichen Bibliothekare der Bundesrepublik Deutschland (1981-2002) und der Deutschen Demokratischen Republik (1948-1990), Frankfurt am Main 2004, S. 99.

219 Heinrich Uhlendahl an Rudolf Kern, Wangen/Bodensee, 14.1.1948, ADNBL, 154/5, VII, Bl. 88.

220 Hans Cordes an Heinrich Uhlendahl, 21.1.1952, ADNBL, 154/5, III, Bl. 287.

beschäftigt«²²¹ werden, während der Deutschen Bücherei dies untersagt blieb. So fand sich in der Bundesgerichtsbibliothek auch Hans Peter des Coudres (1905-1977) wieder – ein früherer Volontär der Deutschen Bücherei, der bereits 1930 der NSDAP, nach der Fachprüfung als wissenschaftlicher Bibliothekar der SS beigetreten und dann Leiter der SS-Bibliothek auf der Wewelsburg geworden war.²²² Auch an der Universitätsbibliothek Hamburg, so stellte Uhlendahl während eines Besuchs im Sommer 1950 fest, habe sich eine »kleine DB-Kolonie« von vier ehemaligen Mitarbeitern gebildet.²²³ Völlig andere Gründe spielten bei Horst Kunze eine Rolle, der von 1935 bis 1937 an der Deutschen Bücherei zum wissenschaftlichen Bibliothekar ausgebildet worden war, dann aber mangels einer Stelle nach Darmstadt wechselte, bis er 1942 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Aus französischer Kriegsgefangenschaft kommend, stieß er in Darmstadt nur noch auf die Trümmer seiner beruflichen und privaten Existenz. Dies veranlasste ihn, sich bei der Sächsischen Landesverwaltung um eine Stelle als Bibliotheksrat zu bewerben, wobei ihn schlicht der Wunsch nach Rückkehr in seine frühere Heimat motivierte.²²⁴ In Dresden nahm man Kunze, der promoviert war, während seines Studiums Ende der 1920er Jahre dem Roten Studentenbund angehört hatte und keinerlei NS-Belastung aufwies, mit Kusshand. Nachdem Uhlendahl durch Rocholl von der Bewerbung Kunzes erfahren hatte, veranlasste er den Bibliotheksreferenten dazu, Kunze »telegraphisch eine offene Abteilungsleiterstelle an der Deutschen Bücherei anzubieten«.²²⁵ Kunze, den Uhlendahl als »erstklassige Kraft« gern zurückgeholt hätte, entschied sich am Ende aber für den freien Posten des Direktors der Universitäts- und Landesbibliothek Halle.²²⁶ Während die gut ausgebildeten Bibliothekare der Deutschen Bücherei also relativ problemlos eine ihrer Ausbildung entsprechende Anstellung im deutschsprachigen Raum fanden, konnten oder wollten sie an ihren ursprünglichen Wirkungsort nicht zurückkehren. Der in allen Besatzungszonen hohe Bedarf an wissenschaftlichen Bibliothekaren²²⁷ bot Aufstiegschancen, mit denen die Deutsche Bücherei nicht aufwarten konnte.

Dennoch versuchte Uhlendahl bei der Auswahl neuer Bibliothekare, die hohen fachlichen Ansprüche, die vor 1945 an Bibliothekare des wissenschaftlichen

221 Heinrich Uhlendahl an Eduard Strübing, 19.3.1947, ADNBL, 154/5, XI, Bl. 281.

222 Hans Cordes an Heinrich Uhlendahl, 21.1.1952, ADNBL, 154/5, III, Bl. 287.

223 Heinrich Uhlendahl an Eduard Rosenbaum, British Library of Political and Economic Science, 4.1.1951, ADNBL, 154/5, X, Bl. 338.

224 Horst Kunze an Heinrich Uhlendahl, 12.12.1946, ADNBL, 154/5, VII, Bl. 463.

225 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, 6.2.1947, ebd., Bl. 462.

226 Heinrich Uhlendahl an Carl Wendel, 14.11.1946, ADNBL, 154/5, XIII, Bl. 165.

227 Die Mehrzahl der wissenschaftlichen Bibliotheken war einer ersten Nachkriegsbilanz zufolge »aufs schwerste getroffen«. »Eine verminderte Zahl der Arbeitskräfte sieht sich vor eine Vermehrung der Arbeitsaufgaben gestellt«, urteilte Georg Leyh im Jahre 1946. Vgl. Georg Leyh, Die Lage der deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Kriege, in: Europa-Archiv 1946, Heft 4/5, S. 234-240.

(Hochschulabschluss, Promotion, zweijährige bibliothekarische Ausbildung mit Fachprüfung) und gehobenen Dienstes (Abitur oder mittlere Schulreife, zwei- bzw. vierjährige bibliothekarische Ausbildung, Diplomprüfung) gestellt wurden, aufrechtzuerhalten. Zugeständnisse musste er jedoch im wissenschaftlichen Dienst machen. Während Studium und Promotion Pflicht blieben, war er bereit, auf die obligatorische Fachprüfung zu verzichten oder zumindest Diplom-Bibliothekare einzustellen. Das erklärt auch die hohe Fluktuation innerhalb dieser Berufsgruppe. Wissenschaftler zu finden, war offensichtlich kein Problem, sie zu halten schon, denn die zeitaufwendige Arbeit, die die Bibliothekare zu leisten hatten, unterforderten Wissenschaftler, die sogar Position in anderen wissenschaftlichen Bibliotheken vorzogen, weil sie dort nebenbei noch forschen und publizieren konnten. Die Arbeit eines wissenschaftlichen Bibliothekars in der Deutschen Bücherei, so Uhlendahl gegenüber einem Bewerber, der nebenbei noch seiner Hochschultätigkeit nachzugehen beabsichtigte, erfordere »heutzutage einen ganzen Mann«. ²²⁸ Umso strikter handhabte er die Einstellung von Bibliothekaren des gehobenen Dienstes. Obwohl diese nicht notwendig über ein Abitur verfügen mussten, sondern auch die mittlere Reife genügte, ließ Uhlendahl Bildungsabschlüsse unterhalb des Abiturs nur zu, wenn die Bewerber bereits über langjährige praktische Erfahrungen verfügten. Politische Kriterien spielten indes keine Rolle. Erst auf den unteren Rängen fanden sich häufiger, allerdings auch nicht übermäßig viele SED-Mitglieder.

Die politischen Restriktionen bei Neueinstellungen, die hohen fachlichen Anforderungen und das geringe Angebot an willigen Fachkräften erhöhten die Bedeutung der Nachwuchsausbildung. Zugleich war dieses Feld einer stärkeren politischen Beeinflussung ausgesetzt, ging es hierbei doch um nichts Geringeres als die Heranbildung politisch bewusster Bibliothekare, die sich des Berufsethos der Objektivität entledigten und die Ideologie der SED stützen sollten. Die Deutsche Bücherei stand in ganz besonderem Maße in diesem Spannungsfeld, denn im Herbst 1946 wurde sie zur zentralen theoretischen Ausbildungs- und Prüfungsstätte des Landes Sachsen, mit Verabschiedung der vorläufigen Prüfungsordnungen im Jahr darauf für den gesamten südlichen Raum der SBZ. Das Spannungsfeld zwischen Personalmangel und politischer Beeinflussung wird nachfolgend anhand der beruflichen Stationen der Auszubildenden für den wissenschaftlichen (Referendare) und gehobenen Dienst (Praktikanten, Anwärter, Lehrlinge) ²²⁹ –

²²⁸ Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, 31.12.1947, ADNBL, 455/0, II, Bl. 81.

²²⁹ Die Terminologie wird in den Quellen nicht immer einheitlich verwendet. In der Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1947 wurden alle Bewerber für den gehobenen Dienst als Praktikanten bezeichnet. Als Anwärter galten sie in der Praxis, wenn sie über ein Abitur verfügten – dann betrug ihre Ausbildungszeit zwei Jahre, als Lehrlinge, wenn sie die mittlere Reife besaßen – dann betrug die Ausbildungszeit vier Jahre. Vgl. zu den terminologischen Unschärfen Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 8.6.1948, ADNBL, 455/0, Bl. 94.

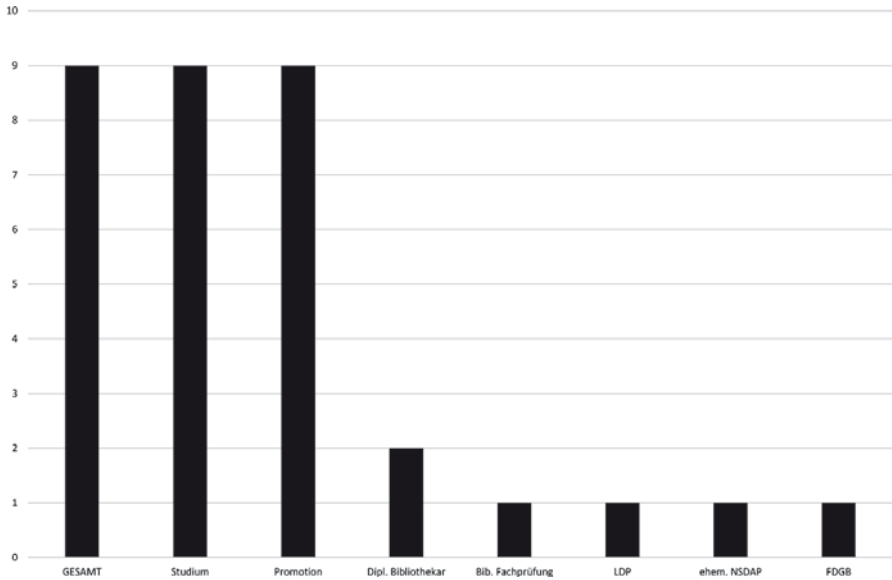


Abb. 2: Berufliche und politische Biographie der Neuzugänge im wissenschaftlichen Bibliotheksdienst der Deutschen Bücherei 1945-März 1948²³⁰

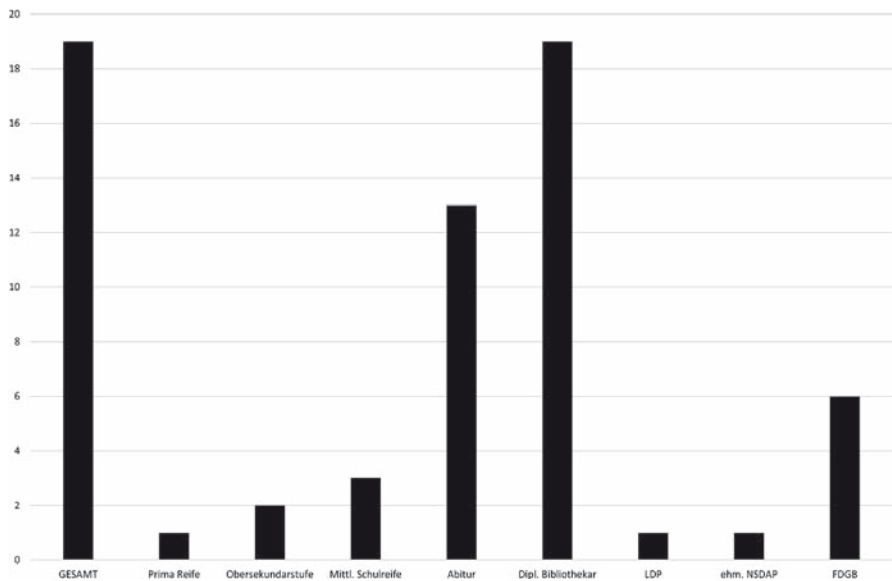


Abb. 3: Berufliche und politische Biographie der Neuzugänge im gehobenen Bibliotheksdienst der Deutschen Bücherei 1945-März 1948²³¹

Aufnahme, Ausbildung, Prüfung, Übernahme in den Bibliotheksdienst – dargestellt.

Bereits im Herbst 1946 stand die Nachwuchsbildung für den gehobenen Dienst unter besonderer Beobachtung Galina Snimtschikowas. Von Rocholl forderte sie präzise Lehrpläne für die theoretische und praktische Ausbildung sowie eine gezielte Auswahl der Bewerber auch nach politischen Kriterien. Zuvor war die Annahme von Bewerbern für den gehobenen Dienst stets mit Einverständnis des Arbeitsamtes erfolgt, wobei die Bewerber (männlich wie weiblich) mindestens die mittlere Reife besitzen, die Kurzschrift beherrschen mussten und nicht älter als 30 Jahre sein durften.²³² Unter Einfluss der Sächsischen Landesregierung traten politische Kriterien hinzu. Als sich bei der ersten Abnahme einer Prüfung durch Rocholl »die Notwendigkeit einer wesentlich stärkeren Überwachung der Deutschen Bücherei« gezeigt habe, weil »keine der geprüften Praktikantinnen [...] völlig den Anforderungen, die an eine Bibliothekarin im demokratischen Deutschland gestellt werden muß«²³³, entsprochen habe, musste die Deutsche Bücherei zunächst im Vorfeld sämtliche Bewerber und Lehrkräfte in Dresden anzeigen, wobei auch frühere Wehrmachtstränge, NSDAP-Mitgliedschaften und Zugehörigkeiten zu »antifaschistisch-demokratischen« Parteien, Organisationen sowie zum FDGB anzugeben waren.²³⁴ Kurze Zeit später wurde auf Betreiben Rocholls außerdem eine Ausbildungs- und Prüfungskommission für den gehobenen Dienst bei der Deutschen Bücherei gebildet, die über Auswahl und Einsatz von Praktikanten entschied.²³⁵ Den Vorsitz der Kommission sollte Uhlendahl führen, zudem sollten der Kommission ein Beauftragter des Volksbildungsministeriums in Dresden, zwei weitere wissenschaftliche Bibliothekare, ein Bibliothekar des gehobenen Diensts und der Dozent der politischen Pflichtvorlesung angehören.²³⁶ Die Ausbildung für den wissenschaftlichen Dienst blieb bei diesen Bestrebungen indes außen vor. Hier konnte Uhlendahl weiterhin

230 ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955. Die nach dem März 1948 angefertigten Personallisten geben über berufliche und politische Biographien der Neuzugänge keine Auskunft mehr.

231 Ebd.

232 Deutsche Bücherei an den FDGB, Hauptverwaltung, 22.8.1946, ADNBL, 455/0, II, Bl. 108.

233 Rocholl an Simon, 11.11.1946, SächsHStAD, 11401, 1743, unfol.

234 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, an die Deutsche Bücherei, 10.12.1946, ADNBL, 455/0, Bl. 48.

235 Rocholl, Niederschrift über eine Besprechung mit der Inspektion für das Bibliothekswesen der SMAD Herrn Professor Schkral und Frau Dr. Snimtschikowa am 12./13. Dez. 1946 in Leipzig, ebd., unfol.

236 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Otto-Heinz Rocholl an die Deutsche Bücherei, 18.1.1947, ADNBL, 455/0, Bl. 58.

selbst über die Annahme von Bewerbern entscheiden, seit August 1947 musste er die übergeordneten Behörden lediglich über den Umfang angenommener Referendare informieren.

Der Einfluss des Ministeriums für Volksbildung auf die Bewerberauswahl für den gehobenen Dienst blieb in der Praxis aber begrenzt. Zunächst einmal waren die Auswahlmöglichkeiten unter den Bewerbern groß, sodass man die fachlichen Ansprüche hoch ansetzen konnte. 1947 kamen auf 20 an der Deutschen Bücherei vorgesehene Anwärterstellen 73 Bewerbungen.²³⁷ Das entscheidende Kriterium, nach dem Uhlendahl die Bewerber auswählte, waren »glänzende Abiturzeugnisse mit ›gut‹ oder ›fast gut‹«.²³⁸ Ehemalige Volksbibliothekare hatten dagegen so gut wie keine Chance.²³⁹ Frühere NSDAP-Mitglieder lehnte Uhlendahl freilich kategorisch ab, gleichwohl gab er »antifaschistisch« engagierten Kandidaten keineswegs den Vorzug.²⁴⁰ Zwar wurde im Verlauf des Jahres 1947 auch eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung vom Antifaschistischen Ausschuss des Wohnblocks des Bewerbers gefordert, ein aktives »antifaschistisches« Engagement musste aber nicht nachgewiesen werden.²⁴¹ Zudem wurde die Bescheinigung nur von denjenigen gefordert, die aus fachlicher Sicht ohnehin für eine Ausbildung infrage kamen. Diese Bewerber mussten sich neben dem obligatorischen Bewerbungsgespräch noch einem weiteren Test unterziehen und einen kurzen Aufsatz zum Thema »Mein Verhältnis zum Buch« anfertigen. Dabei ging es einerseits darum, die literaturgeschichtlichen Kenntnisse zu testen, andererseits aber auch Einsichten in die Problemlösekompetenz und die Ausdrucksfähigkeit der Bewerber zu erhalten. Beurteilt wurden die Aufsätze ausschließlich von wissenschaftlichen Bibliothekaren der Deutschen Bücherei, die der Ausbildungskommission angehörten. Erst nach dem Bestehen dieser Vorprüfung wurden die Kandidaten für die Ausbildung zum gehobenen Dienst zugelassen.²⁴²

Dass gerade der gehobene Dienst weitaus stärker von politischer Beeinflussung betroffen war als der wissenschaftliche, basierte nicht zuletzt auf dem Gedanken, dass sich dieser einerseits eher für die Besetzung mit Arbeiterkindern eignete und dass er andererseits Schnittmengen mit der Ausbildung von Volksbibliothekaren besaß, wodurch sich Möglichkeiten zur beabsichtigten Annäherung der Bibliothekstypen boten. Bereits im Mai 1949 liefen in Dresden Über-

237 Heinrich Uhlendahl an die Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, 23.12.1946, Ebd., Bl. 49; Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, an Heinrich Uhlendahl, 25.2.1947, ebd., Bl. 68.

238 Heinrich Uhlendahl an Albert Soergel, 13.4.1948, ADNBL, 154/5, XI, Bl. 29.

239 Vgl. die handschriftlichen Notizen Ernst Rückerts auf dem Ablehnungsschreiben eines Bewerbers vom 20.8.1948, ADNBL, 335/1, Bl. 36.

240 Das zeigen die Bewerbungsverfahren in ADNBL, 335/1.

241 Heinrich Uhlendahl an Annemarie, 2.5.1947, ADNBL, 457, Bl. 148.

242 Vgl. die Bewerbungsunterlagen in ADNBL, 457.

legungen zur Öffnung des gehobenen Dienstes für Arbeiterkinder mit einem Abschluss der achten Klasse.²⁴³ Nachdem das Ministerium für Volksbildung in Ost-Berlin infolge der Gründung der DDR das Zepher übernahm, wurden diese Überlegungen aufgenommen und die Trennung zwischen den Ausbildungsgängen für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und für Volksbibliothekare aufgehoben, wodurch das Abitur als Zugangsvoraussetzung wegfiel und an dessen Stelle berufliche Erfordernisse als entscheidendes Auswahlkriterium traten. Die Ausbildung sollte, wie es zuvor im Falle der Lehrlinge gehandhabt wurde, auf drei Jahre festgelegt werden, wobei die Bibliothekare nicht nur zu Fachkräften, sondern auch zu »kulturellen Potenzen« ausgebildet werden sollten. Eine Regelung für den wissenschaftlichen Dienst verlegte man dagegen weiterhin in die Zukunft. Allerdings sollten auch auf diesem Gebiet zukünftig »fortschrittliche Bibliothekare« verstärkt zum Zuge kommen.²⁴⁴ In der Praxis waren diesem Anspruch allerdings manifeste Grenzen gesetzt. Zwar musste Uhlendahl den Ministerien für Volksbildung in Dresden und Ost-Berlin bereits seit Herbst 1949 auch Auskunft über die gesellschaftspolitischen Aktivitäten der Bewerber (aller Kategorien) geben.²⁴⁵ Unter den gemeldeten Kandidaten, die freilich weiterhin nach fachlichen Kriterien in Leipzig vorselektiert worden waren, befanden sich jedoch kaum politisch aktive Personen. Die Auswahlpraxis selbst änderte sich grundsätzlich, nachdem das Ministerium für Bibliothekswesen die Verteilung der Bewerber im Jahr 1950 an sich zog.²⁴⁶ Dadurch sollte gewährleistet werden, dass vor allem »aufgeschlossene, entwicklungsfähige Menschen [...], die eine enge Verbundenheit mit den werktätigen Massen besitzen [...], die gewillt sind, die Entwicklung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Kräften zu fördern«²⁴⁷, zu Bibliothekaren ausgebildet würden. In erster Linie verursachte die Zentralisierung

243 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft an den Generaldirektor der Deutschen Bücherei, 9.5.1949, ADNBL, 152/2, Bl. 130.

244 Ministerium für Volksbildung der DDR, HA Kunst und Literatur, Abt. Buch, Ref. Bibliotheken, Ausbildung der Nachwuchskräfte für Bibliotheken, 5.12.1949, BArch, DR 2/1125, Bl. 70f.

245 Heinrich Uhlendahl an das Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Ref. Bibliotheken, 17.9.1949, ADNBL, 455/0, Bl. 105; Heinrich Uhlendahl an den Referenten Pfeiffer, Ministerium für Volksbildung, Landesregierung Sachsen, 12.10.1949, ebd., Bl. 110.

246 Erst im Herbst 1950 übernahm das Zentralinstitut offensichtlich die Verteilung der Bewerber. Vgl. Heinrich Uhlendahl an Lotte Boden, 16.10.1950, ADNBL, 154/5, II, Bl. 166.

247 Zentralinstitut für Bibliothekswesen, Merkblatt für die Aufnahme in die bibliothekarische Ausbildung, o.D., BArch, DR 2/1343, Bl. 95.

der Bewerberverteilung aber vor allem einen Bearbeitungsrückstau. Referendare und Anwärter mussten nun mitunter fast ein Jahr auf die Übernahme in die Ausbildung warten. Gerade bei wissenschaftlichen Bibliothekaren sah Uhlendahl deshalb zunehmend die Gefahr der Abwanderung, da er diese ohne abgeschlossene Ausbildung nur als wissenschaftliche Hilfsbibliothekare in unteren Gehaltsgruppen beschäftigen konnte.²⁴⁸ Das administrative Chaos ließ es bald zur Praxis werden, dass Uhlendahl Listen mit Personen, die sich direkt bei der Deutschen Bücherei beworben hatten oder dort bereits als wissenschaftliche Hilfsbibliothekare tätig waren, nach Ost-Berlin schickte und man dort dann aus diesem Pool auswählen konnte. Die entscheidende Vorauswahl der Bewerber wurde damit wieder dezentral getroffen.²⁴⁹

Die theoretischen Inhalte der 1947 wieder aufgenommenen Referendarausbildung²⁵⁰ blieben im Wesentlichen dem beruflichen Leitbild des humanistisch und wissenschaftsgeschichtlich gebildeten, mehrere Fremdsprachen beherrschenden Kulturgutverwalters verpflichtet.²⁵¹ Politische Schulungskurse wurden auf Veranlassung Snimtschikowas und Rocholls zwar in die Struktur integriert, beide gaben sich aber damit zufrieden, dass diese letztlich allenfalls Ergänzungen zum konventionellen Ausbildungskanon darstellten und nur einen sehr geringen Anteil am Lehrpensum hatten. Für Auszubildende des gehobenen Dienstes machten »politische und soziale Gegenwartsfragen« innerhalb eines Halbjahreskursus nicht einmal 15 Prozent der insgesamt 168 abzuleistenden theoretischen Stunden aus. Referendare kamen dagegen zweimal mit »aktuellen Gegenwartsfragen« in Kontakt, innerhalb eines Halbjahreskursus nahm dieses Seminar aber auch gerade einmal neun Prozent ein.²⁵² Inhaltlich stand dahinter vor allem das Erlernen von Faktenwissen, etwa die Ideengeschichte kommunistischer Utopien, die Entwicklung der politischen Parteien, die Aufgabe des Kulturbundes, des FDGB und der FDJ, Kenntnisse über die wirtschaftliche Umgestaltung, die

248 Heinrich Uhlendahl an das Ministerium für Volksbildung der DDR, HA Kunst und Literatur, Abt. Buchhandel, Ref. Bibliotheken, 2.8.1950, ADNBL, 455/0, Bl. 120.

249 Vgl. exempl. Heinrich Uhlendahl an den Leiter des Zentralinstituts für Bibliothekswesen, Adler, 29.9.1950, ebd., Bl. 143; Zentralinstitut für Bibliothekswesen an Henrich Uhlendahl, 24.10.1950, ebd., Bl. 144.

250 Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses 1945-1947 im südlichen Teil der Sowjetischen Besatzungszone, Deutsche Bücherei, o.D., SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

251 Zur Ideengeschichte des Berufsbildes im 19. Jahrhundert vgl. Hugo Kunoff, *The Foundations of the German Academic Library*, Chicago 1982, S. 59-63; Catherine J. Minter, *The Classification of Libraries and the Image of the Librarian in nineteenth and early twentieth-century Germany*, in: *Library & Information History* 25 (2009), No. 1, S. 3-19.

252 Ausbildungskurse 1946-1948, SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

Bodenreform, aber auch die Aufgaben der Bibliotheken »im Zuge der Demokratisierung Deutschlands«. Didaktisch wurden die politischen Seminarinhalte aber nicht mit der Praxis verknüpft, wie dies bei der theoretischen Fachausbildung der Fall war. Umgekehrt spielten politische Themen in der fachlichen Ausbildung keine Rolle.²⁵³ Das änderte sich auch nicht, nachdem das Zentralinstitut für Bibliothekswesen 1950 die Ausbildungsinhalte zu definieren suchte. Dies scheiterte letztlich an unvereinbaren Positionen. Dabei wurden mehrere Modelle diskutiert, etwa, dass die Auszubildenden zunächst zwei Jahre zentral in theoretischen Fragen geschult werden sollten und erst dann ein Praxisjahr in einer Ausbildungsbibliothek absolvierten. Da eine solche Umstellung aber bedeutet hätte, dass für ein Jahr keine Absolventen zur Einstellung in den Bibliotheksdienst zur Verfügung stünden,²⁵⁴ beließ man die theoretische Ausbildung zunächst in der Deutschen Bücherei (bzw. der ÖWB),²⁵⁵ bis im April 1951 schließlich eine endgültige Regelung zumindest für wissenschaftliche Bibliothekare gefunden wurde. Diese mussten ihre einjährige theoretische Ausbildung nun vollständig am Zentralinstitut für Bibliothekswesen und an der ÖWB absolvieren, womit der Deutschen Bücherei für die Zukunft untersagt wurde, eigene Ausbildungskurse anzubieten. Zuvor hatte man noch kurzzeitig ein Misch-Modell praktiziert, wonach die fachliche Ausbildung in der Deutschen Bücherei (bzw. der ÖWB) absolviert worden war, die gesellschaftspolitische Bildung dagegen in einem dreimonatigen Kurs in Ost-Berlin, was sich jedoch schnell als nicht praktikabel erwies.²⁵⁶ Damit begann zugleich die Akademisierung der Ausbildung im wissenschaftlichen Bibliotheksdienst, die seit 1951 vom Staatssekretariat für Hochschulwesen organisiert wurde und im Jahre 1955 in die Gründung des Instituts für Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin mündete.²⁵⁷

Die zweijährige Ausbildung zum gehobenen Dienst wurde dagegen für Absolventen allgemeinbildender Schulen ohne Abitur geöffnet. Durch Schaffung des Berufs des Bibliothekstechnikers, später als Bibliothekshelfer bezeichnet,²⁵⁸

253 Ergänzung zum Bericht über die Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses im südlichen Teil der Sowjetischen Besatzungszone, Deutsche Bücherei, o.D., ADNBL, 462, Bl. 13-22.

254 Protokoll der Arbeitstagung der Länderreferenten für Bibliothekswesen der DDR, 13. und 14. April 1950, BArch, DR 2/634, Bl. 103.

255 Heinrich Uhlendahl an Lotte Boden, 16.10.1950, ADNBL, 154/5, II, Bl. 166.

256 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen, an die Deutsche Bücherei, 10.4.1951, ADNBL, 455/0, Bl. 172.

257 Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«, S. 25-31.

258 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Arbeit und Aufbau, HA Arbeit, an Heinrich Uhlendahl, 8.9.1950, ADNBL, 452/3, Bl. 11.

konnten Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren eine dreijährige Ausbildung in Kurzschrift, Literaturgeschichte, Fremdsprachen und Wissenschaftskunde absolvieren, um anschließend zur Ausbildung in den gehobenen Bibliotheksdienst zugelassen zu werden. Uhlendahl, der maßgeblich an der konzeptionellen Ausgestaltung des Berufsbildes mitgewirkt hatte, machte allerdings zur Bedingung, dass der Übergang nur durch eine nachgewiesene Erweiterung der Allgemeinbildung möglich war – gewissermaßen als Ersatz für das Fehlen des Abiturs.²⁵⁹ Skeptisch zeigte er sich jedoch gegenüber einer »Vorläufigen Richtlinie über das Vorpraktikum innerhalb der bibliothekarischen Berufsausbildung« vom 24. April 1951, wonach die Auszubildenden ein Vierteljahr in einer allgemeinen öffentlichen Bibliothek, wie Volksbibliotheken nun bezeichnet wurden, und ein Vierteljahr in einer wissenschaftlichen Bibliothek verbringen sollten, um sich dann selbst für einen Bibliothekstyp zu entscheiden.²⁶⁰ Dagegen wehrte sich Uhlendahl mit Verweis auf die unterschiedliche Entwicklung beider Bibliothekstypen und bot stattdessen an, Führungen durch Volksbüchereien in Verbindung mit mehrtätigen Kursen zur dortigen Arbeitsweise in die Ausbildung zu integrieren, gleichwohl aber auf die Unterschiede zwischen den Bibliothekstypen hinzuweisen.²⁶¹ Die Schaffung eines zweiten Bildungsweges für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken sollte also nicht, wie von Ost-Berlin durchaus beabsichtigt, zur Aufweichung der traditionellen Strukturen in der Bibliothekarsausbildung führen. Wenn auch die Bestrebungen des Zentralinstituts letztlich ein an seinen Ansprüchen gescheiteres Experiment blieb, so wurden mit den Aushandlungsprozessen zwischen Ost-Berlin und Leipzig doch entscheidende Grundlagen für die Neuregelung der Bibliothekarsausbildung im Jahre 1954 gelegt, bei der man auf nationale Traditionen zurückgriff, diese durch den stückweisen Wegfall bürgerlicher Bildungsprivilegien aber gewissermaßen modernisierte, ohne die liebgewonnenen fachlichen Standards aufzuweichen.²⁶² Seit 1954 wurden wissenschaftliche Bibliothekare wieder in der

259 Heinrich Uhlendahl, Berufsbild des Bibliotheksgehilfen für den technischen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken (mittlerer Bibliotheksdienst), o.D., ADNBL, 809/1, Bl. 8-10.

260 Zentralinstitut für Bibliothekswesen, Abteilungsleiter Steiner, an die Deutsche Bücherei, 21.9.1951, ABNDL, 455/0, Bl. 199.

261 Heinrich Uhlendahl, Bericht über die Leistungen und die Eignung der Lehrlinge der Deutschen Bücherei im 1. Ausbildungsjahr (September 1949 bis August 1950), o.D., ADNBL, 458, Bl. 105.

262 Dietmar Kummer, Ausbildung und Beruf im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1945 und 1990, in: Vodosek/Marwinski (Hrsg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, S. 183-193; Anordnung zur Regelung der Ausbildung von Bibliothekshelfern, Bibliothekaren und wissenschaftlichen Bibliothekaren vom 3.8.1954, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 68 (1954), Heft 11/12, S. 435-437.

Deutschen Bücherei theoretisch ausgebildet, nun in einer an die Bibliothek angegliederten Fachschule, die dem Staatssekretariat direkt unterstand.²⁶³

Bis 1951 spielten gesellschaftspolitische Inhalte auch in den Prüfungen allenfalls eine Nebenrolle. In den schriftlichen Hausarbeiten wurden ausschließlich fachlich relevante Kenntnisse abgefragt. In mündlichen Prüfungen bildeten »politische Gegenwartsfragen« nur einen von neun Themenschwerpunkten, wobei diese Inhalte stets von Vertretern des Sächsischen Volksbildungsministeriums abgefragt wurden. Entscheidend für das Bestehen von Prüfungen aber blieben neben den Fachkenntnissen die Beherrschung von Fremdsprachen und Kurzschrift.²⁶⁴ Erst für die im Herbst 1950 geprüften Anwärter und Referendare wurden politische Inhalte relevanter. Diese Prüflinge mussten zunächst Selbstberichte über eigene gesellschaftliche Aktivitäten einreichen, bevor sie zu den Prüfungen zugelassen wurden.²⁶⁵ Zu einem handfesten Problem wurde der gesellschaftspolitische Lernstoff aber erst mit der Zentralisierung der Prüfung im Jahr darauf. Wie aus einem verzweifelten Brief einer Leipziger Anwärtlerin an den nunmehr für die Prüfung zuständigen Horst Kunze vom 11. Juli 1951 hervorgeht, wurde an der Deutschen Bücherei bis dato kein besonderer Wert auf politische Seminarinhalte gelegt. Diese habe man sich selbst erarbeiten müssen, »auf Kosten der Zeit, die wir sonst zur Bewältigung des Buch- und Schrift-Stoffes benötigen würden«.²⁶⁶ Die Ausbildungsinhalte in der Deutschen Bücherei und der ÖWB unterscheiden sich in diesem Punkt offenbar stark. Aber auch hier fand man letztlich eine pragmatische Lösung. Zur Abmilderung des Prüfungsstresses sicherte Kunze zu, dass man der »besonderen Lage« der Ausbildung in Leipzig bei den Klausurprüfungen Rechnung tragen werde,²⁶⁷ was zeigt, dass die konventionellen fachlichen Inhalte weiterhin als maßgeblich erachtet wurden. Schließlich spiegeln die spärlich vorhandenen Statistiken über eingestellte

263 Kornelia Richter, Chronik zur bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig, in: Engelbert Plassmann/Dietmar Kummer (Hrsg.), Bibliothekarisches Studium in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift aus Anlass des 80jährigen Bestehens der bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig im Oktober 1994, Frankfurt am Main 1995, S. 15-67, hier S. 56.

264 Deutsche Bücherei, Bericht über die Prüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken bei der Deutschen Bücherei in Leipzig am 23./24. und 31. März 1948, 31.3.1948, SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.; Ausbildungs- und Prüfungskommission für den Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken bei der Deutschen Bücherei Leipzig, Bericht über die Prüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken bei der Deutschen Bücherei in Leipzig 15./16. und 29. Juni 1948, ebd., unfol.

265 Auszug aus der Niederschrift über den Besuch des Herrn Adler in der Deutschen Bücherei am 24.7.1950, 31.7.1950, ADNBL, 455/0, Bl. 119.

266 Eva-Luise Schultz an Horst Kunze, 11.7.1951, SBB, G II A/30, Bd. 1, unfol.

267 Horst Kunze an Eva-Luise Schultz, ebd., unfol.

Auszubildende im wissenschaftlichen und gehobenen Dienst in den Jahren 1947 bis 1950 wider, dass die Deutsche Bücherei ihre Stellen nur ausnahmsweise für Nicht-Akademiker öffnete. In beiden Auszubildendenkategorien lässt sich für die Jahre 1947 und 1948 die Dominanz hoher Bildungsabschlüsse belegen. Auszubildende im wissenschaftlichen Dienst hatten allesamt ein Studium absolviert und waren, bis auf zwei Ausnahmen, promoviert. Im gehobenen Dienst dominierten Abiturienten mit 77 Prozent, nur 15 Prozent waren über die mittlere Reife zugelassen worden und immerhin neun Prozent waren nach Abschluss der achten Klasse in den Genuss der Ausbildung gekommen. Zumindest für die Jahre 1947 und 1948 lässt sich allenfalls von einer leichten Öffnung der Bibliotheksausbildung im gehobenen Dienst für geringer gebildete Schichten sprechen (1950 kamen jedoch noch 35 Prozent der Auszubildenden im gehobenen Dienst aus Akademikerhaushalten), im wissenschaftlichen Dienst lassen sich dagegen keine grundlegenden Veränderungen, allenfalls Ausnahmen feststellen. Daten über politische Mitgliedschaften sind für den Zeitraum von 1947 bis 1950 überliefert. Danach war kein Auszubildender im wissenschaftlichen Dienst Mitglied der SED, insgesamt 94 Prozent blieben gänzlich parteilos. Auch im gehobenen Dienst fanden sich nur wenige politisch »aktive« Auszubildende. Mit 72 Prozent blieb auch hier die Masse ohne Parteimitgliedschaft, lediglich acht Prozent besaßen ein SED-Parteibuch.²⁶⁸

Die Konsequenz, mit der die SED den Personalaustausch in anderen gesellschaftlichen Sektoren durch neue Ausbildungswege, etwa für Neulehrer und Volksrichter, steuerte, zeigt sich im wissenschaftlichen Bibliothekswesen gerade nicht, obwohl die Heranbildung »fortschrittlicher Bibliothekare« ein zentrales Anliegen der DZVV war. Eine SBZ/DDR-spezifische Bibliothekarsausbildung gab es im wissenschaftlichen Bereich jedoch nicht. Die relative Politikferne des Bibliothekarsberufs dürfte aber ein entscheidendes Kriterium dafür gewesen sein, dass ein promovierter Wissenschaftler die Hürden der Ausbildung auf sich nahm und in der zweijährigen Ausbildungszeit ein klägliches Gehalt von 200 Reichsmark/DM²⁶⁹ akzeptierte, während sich an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in der Verwaltung deutlich mehr verdienen ließ.

Die weitgehende Tradierung des bürgerlich-elitären Berufsverständnisses in der Ausbildungspraxis spiegelte sich aber bald nicht mehr in den Gehaltseinstufungen für ausgebildete Bibliothekare wider. Vor allem auf diesem Gebiet sollten alte Standesprivilegien abgeschafft werden. Bis zum Frühjahr 1949 konnten allerdings, trotz der schleichenden Erosion des Beamtenrechts und der ständigen

268 ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955.

269 Anwärter im gehobenen Dienst erhielten ein Grundgehalt von 140 Reichsmark/DM. Der wissenschaftliche Nachwuchs an Universitäten konnte dagegen mit einem monatlichen Stipendium von 300 Reichsmark gefördert werden. DZVV an die Abteilung Volksbildung der SMAD, 10.4.1948, SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

Eingriffe übergeordneter Stellen in den Haushaltsplan der Deutschen Bücherei, die vor 1945 gültigen Einstufungen und damit verbundene soziokulturelle Abgrenzungen in großen Teilen bewahrt werden. Nicht nur Heinrich Uhlendahl konnte 1947 noch ein stattliches Gehalt von rund 1.300 Reichsmark im Monat vorweisen, auch die älteren wissenschaftlichen Bibliothekare, sofern sie nach der Entnazifizierung wieder eingestellt worden waren, erhielten dank des angerechneten Besoldungsdienstalters durchaus respektable Monatsgehälter. Die Leitungskräfte Fleischhack, Ruppert, Paust und Robbel etwa bezogen 1947 monatlich zwischen 795 und 830 Reichsmark, obgleich sie infolge des Entnazifizierungsverfahrens vom selben Jahr nur eine nicht-leitende Position bekleiden durften, während Uhlendahls Stellvertreter und Abteilungsleiter Ernst Rückert mit 861 Reichsmark nur knapp über deren Gehältern lag. Aufgestockt wurden die Bezüge zusätzlich durch Vergütungen aus freien Arbeitsverhältnissen. So erhielt Fleischhack etwa neben seinem regulären Gehalt von 795 Reichsmark seit Juli 1947 zusätzlich 140 Reichsmark monatlich, Paust seit Jahresbeginn 1947 sogar 400 Reichsmark. Für neu eingestellte wissenschaftliche Bibliothekare lag das Gehalt dagegen bei 400 bis 600 Reichsmark, d.h. deutlich unter den Vergütungssätzen in der Verwaltung.²⁷⁰ Die Sächsische Besoldungsordnung von 1946 ließ bei der Einstufung der Bibliothekare durchaus einigen Handlungsspielraum, was vor allem dem altgedienten Personal zugutekam. Dies änderte sich schlagartig mit der Einführung des Einheitstarifvertrages für den öffentlichen Sektor vom 1. Februar 1949, der auch für die Bibliotheken gelten sollte. Für die vier genannten leitenden Bibliothekare bedeutete dies etwa eine Herabstufung auf ein monatliches Gehalt von 600 bzw. 700 DM.²⁷¹ Nicht nur für die wissenschaftlichen Bibliothekare der Deutschen Bücherei, für den Berufsstand insgesamt war dies ein ausgesprochenes Ärgernis; nicht, weil die Bibliothekare damit an den Rand ihrer materiellen Existenz gebracht wurden, sondern weil man nun wie ein Verwaltungsangestellter behandelt wurde. Ähnlich wie in der Justiz,²⁷² regte sich auch unter den Bibliothekaren erheblicher Unmut gegen den befürchteten Statusverlust. Bereits am 15. Februar 1949 wandte sich Horst Kunze, der trotz seiner sozialistischen Sozialisation und SED-Mitgliedschaft die Interessen seines Berufsstandes vehement verteidigte, entrüstet darüber an Uhlendahl,

270 Kassenverwaltung der Deutschen Bücherei, Gesamtnachweisung der im Rechnungsjahr 1947 gezahlten Dienstbezüge, ADNBL, 283/2, Bl. 129-134.

271 Überleitung der Beschäftigten der DB in die Vergütungsgruppen des Tarifvertrages IG 15 mit Wirkung vom 1. März 1949

272 Petra Weber, Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945-1961, München 2000, S. 156f. Die unter Richtern weitverbreitete und berechtigte Furcht, dass die nun geschaffene Möglichkeit zur Entlassung eines jeden Angestellten mit sechswöchiger Frist zu einer Aushöhlung des Berufsstandes führe, bestand im Bibliothekswesen dagegen nicht.

»... dass man uns, die wissenschaftlichen Bibliothekare, [...] endgültig in die ›Verwaltung‹ abdrängt. Da das schließlich eine Prestigefrage für unseren Beruf ist, glaube ich schon, dass man sich deswegen rechtzeitig rühren müsste.«²⁷³

Im Juni 1949 übergab Kunze Uhlendahl eine Denkschrift, auf deren Grundlage man gegenüber übergeordneten Behörden offensiv argumentieren sollte. Darin spitzte Kunze die Problematik auf eine zentrale Frage zu: Warum sollte sich jemand künftig für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst, für den besonders harte Zugangsbedingungen galten, entscheiden, wenn er in Verwaltung, Wissenschaft oder Wirtschaft ein genehmeres Auskommen erreichen konnte? Der Einheitstarifvertrag sprach global nur von »Angestellten in Büchereien«, für die lediglich zwei Gehaltskategorien vorgesehen waren. Unterstützt durch die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) der Universitäts- und Landesbibliothek Halle, die Kunze leitete, warf er den für den Tarifvertrag Verantwortlichen des FDGB »eine gewisse Unkenntnis über die Tätigkeit der Bibliotheksangestellten« vor, und nur an Volksbibliothekare gedacht zu haben.²⁷⁴ Unterstützung kam auch von Uhlendahls Stellvertreter Ernst Rückert, der sich bereits zusammen mit 23 Bibliothekaren des gehobenen Dienstes empört an die Personalabteilung des Dresdner Volksbildungsministeriums gewandt hatte. Rückert selbst zog die Vielzahl seiner Tätigkeitsfelder, neben der Leitung der Katalog- und Auskunftsabteilungen auch Verantwortlichkeiten in Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten sowie die Hauptschriftleitung der Nationalbibliographie, ins Feld und verwies darauf, dass der stellvertretende Generaldirektor der ÖWB vergleichbar mit Staatsanwälten und Amtsrichtern vergütet wurde, obgleich die ÖWB »zur Zeit an Größe und Bedeutung hinter der Deutschen Bücherei zurücksteht«.²⁷⁵ In den nächsten Monaten schlossen sich weitere wissenschaftliche Bibliotheken, jeweils unterstützt durch ihre BGL, dem Vorhaben an, die übergeordneten Behörden einheitlich zu einer Korrektur der Tarifsätze zu bewegen. In Thüringen war es 1951 sogar zu einer landesweiten Zusammenkunft von Bibliothekaren und Archivaren gekommen, bei der sich alle Beteiligten einig darüber waren, dass die »Leistungen der wissenschaftlichen Bibliothekare und Archivare [...] durch die Gleichstellung mit den [...] Verwaltungsangestellten unterbewertet sind«. Dagegen forderten sie, aus Furcht vor dem Aussterben des Berufsstandes,

273 Horst Kunze an Heinrich Uhlendahl, 15.2.1949, ADNBL, 806/0, Bl. 76.

274 BGL-Vertretung der Martin-Luther-Universität in der Universitäts- und Landesbibliothek Halle/Saale, an die IG 15 des FDGB, Halle/Saale, 14.5.1949, ADNBL, 376/1, Bl. 54.

275 Sammeleingabe an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung Dresden, 1.3.1949, ADNBL, 363/11, Bl. 28; Ernst Rückert an die Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung Dresden, 2.3.1949, ebd., Bl. 26; Ernst Rückert, Stellungnahme zur Denkschrift der Universitäts- und Landesbibliothek Halle, o.D., ebd., Bl. 55.

die Anwendung der Vergütungssätze für Ärzte im öffentlichen Dienst, Staatsanwälte und Richter, »die seit jeher mit den wissenschaftlichen Bibliothekaren und Archivaren gehaltlich auf einer Stufe standen«. ²⁷⁶

Die Bestrebungen scheiterten aber nicht nur an der Ignoranz der Behörden, sondern auch an der mangelnden Bereitschaft der wissenschaftlichen Bibliotheken insgesamt, an einem Strang zu ziehen. Heinrich Uhlendahl ist hierfür das beste Beispiel. So sehr er sich etwa in Ausbildungs- oder Leihverkehrsfragen für zentrale Regelungen einsetzte, so wenig erachtete er ein einheitliches Auftreten in Vergütungsangelegenheiten für zielführend. Das mag einerseits seinem Verständnis von Loyalität gegenüber staatlichen Beschlüssen geschuldet gewesen sein, andererseits aber auch der spezifischen Situation der Deutschen Bücherei, die unter den wissenschaftlichen Bibliotheken noch immer eine Sonderrolle einnahm, die gerade in der Personalpolitik auch ihre Schattenseiten zeigte. Auf die Denkschrift aus Halle reagierte Uhlendahl nicht zuletzt auch deshalb mit dem Vorschlag, zunächst eine Umfrage unter wissenschaftlichen Bibliothekaren über deren Eingruppierungen durchzuführen und dann zu »versuchen, die bessere Einstufung auch für die eigene Bibliothek zu erwirken«. ²⁷⁷ Uhlendahl setzte vielmehr auf dezentrale, interne Lösungen im Rahmen der Vorgaben. Als eine erste Reaktion auf die Einführung des Einheitstarifs trat das gesamte Kollegium der Deutschen Bücherei geschlossen in den FDGB ein, ²⁷⁸ dessen Gliederungen vor Ort noch von einem weitgehend politisch neutralen Geist geprägt waren. ²⁷⁹ Kurz darauf konstituierte sich innerhalb der BGL eine Gehaltskommission, die künftige Höherstufungen vorbereiten sollte und ausschließlich aus wissenschaftlichen Bibliothekaren bestand, die bereits vor der Besetzung Leipzigs durch alliierte Truppen in die Deutsche Bücherei eingetreten waren. Dies waren Ernst Rückert (LDP), Hans Schurig (SED), Anna-Dorothea Kretzschmar (CDU), die alle in den 1920er Jahren in den Dienst der Bibliothek getreten waren, und Berthold Schöpe (parteilos), der noch im Mai 1945 an die Deutsche Bücherei gekommen war. ²⁸⁰ Die Gehaltskommission, die weniger von Partei-, sondern vielmehr von Berufsinteressen geprägt war, konnte in personalpolitischen Angelegenheiten einen wesentlich stärkeren Einfluss ausüben als die im Jahr zuvor gebildete SED-Betriebsgruppe mit lediglich zwölf Mitgliedern. Letztgenannte widmete sich ausschließlich der formellen politischen Mobilisierung der Bibliothekare

276 Die wissenschaftlichen Archivare und Bibliothekare in Weimar an den Direktor der Sächsischen Landesbibliothek, 7.3.1951, ADNBL, 376/1, Bl. 64.

277 Heinrich Uhlendahl an Dr. Göber, Universitäts- und Landesbibliothek Halle/Saale, 17.6.1949, ebd., Bl. 52.

278 Deutsche Bücherei, Veränderungen im Personal, o. D. (1949), ADNBL, 344, Bl. 12-17.

279 Hürtgen, Zwischen Disziplinierung Partizipation, S. 30-39.

280 Hans Schurig an Heinrich Uhlendahl, Konstituierung der Gehaltskommission der DB, 25.5.1949, ADNBL, 363/11, Bl. 45.

(z.B. Beteiligung an Kundgebungen und nationalen Festtagen), während die Generaldirektion mit den »Regierungsstellen unter Hinzuziehung der BGL alle einschlägigen Fragen klärt«. ²⁸¹ SED-Betriebsgruppe und Gehaltskommission betrachteten sich in der Deutschen Bücherei nicht als Konkurrenten und Letztgenannte nutzte im Einvernehmen mit der Generaldirektion alle Möglichkeiten des Einheitstarifvertrages aus, um regelmäßige Höherstufungen, insbesondere von wissenschaftlichen Bibliothekaren, vorzunehmen. ²⁸²

Die relative Autonomie der BGL und deren loyales Verhältnis zur Generaldirektion eröffnete der Deutschen Bücherei zudem im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung der Mitarbeiter einen wichtigen Kommunikationskanal zu übergeordneten Stellen, denn auch auf diesem Gebiet war die Bibliothek trotz ihrer herausgehobenen politischen Funktion und der Zusicherungen der Sowjets alles andere als privilegiert. Noch 1950 konstatierte Uhlendahl, dass Bibliotheksräte und Abteilungsdirektoren lediglich Lebensmittelkarten der Stufe III (Angestellte) erhielten, Bibliothekare ohne Diplom, Auszubildende und Bibliothekstechniker dagegen nur der Stufe IV (Grundkarte), ²⁸³ was nicht einmal das damals gültige Existenzminimum für eine Person in leichter Bürotätigkeit abdeckte. ²⁸⁴ Nur sieben leitende Bibliothekare erhielten aufgrund ihrer besonderen Aufgabenfülle und Verantwortlichkeiten zusätzliche Sonderzuwendungen, darunter auch Uhlendahl und Rückert. Die BGL musste dafür jedoch immer wieder die Verdienste dieser Bibliothekare gegenüber misstrauischen lokalen Stellen, von denen die Zuteilung abhing, als Beiträge zur »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung« ausweisen. ²⁸⁵ Damit beförderte sie einerseits die Sonderbehandlung eines kleinen Kreises altgedienter Bibliothekare, musste andererseits aber zusehen, dass sämtliche anderen Bibliothekare versorgungspolitisch wie einfa-

281 Rechenschaftsbericht der SED-Betriebsgruppe der Deutschen Bücherei, o.D. (1949), SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

282 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, ADNBL, 361/2, Bl. 179; Hans Schurig/Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 20.2.1950, ebd., Bl. 181.

283 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, Direktor der Landes- und Universitätsbibliothek Halle, 23.1.1950, ADNBL, 397/1, Bl. 3; Heinrich Uhlendahl an den Rat der Stadt Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, 11.3.1950, ebd., Bl. 7.

284 Marcel Boldorf, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945-1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998, S. 73. Zu den zeitgenössisch in Leipzig veröffentlichten Kalorienwerten für Kartenkategorien vgl. Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 102.

285 Betriebsgewerkschaftsleitung der Deutschen Bücherei an den Rat der Stadt Leipzig, Amt für Buch- und Bibliotheken, 2.7.1949, ADNBL, 397/1/3, Bl. 1-3. Bis Ende 1947 wurden diese Bibliothekare informell über die »Pajok«-Zuteilungen der Karl-Marx-Universität zusätzlich mitverpflegt. Vgl. Der Rektor der Universität Leipzig an Heinrich Uhlendahl, 10.11.1947, ADNBL, 154/5, X, Bl. 206.

che Verwaltungsangestellte behandelt wurden. Mit der Arbeitswirklichkeit hatte dies freilich nicht viel gemein. Die schiere Masse an zu bewältigenden Sonderaufgaben neben den laufenden Arbeiten (Beschaffung des sammelpflichtigen Schrifttums, Katalogisierung, Bibliographieren, Auskunftserteilung und Benutzung) bedeutete nicht nur Termindruck und häufige Überstunden²⁸⁶ (im Winter oftmals in unbeheizten Räumen).²⁸⁷ Auch die grassierende Personalnot machte es notwendig, dass sich Bibliothekare ohne Diplom vermehrt Spezialkenntnisse aneignen mussten, um die Bibliothekare des wissenschaftlichen und gehobenen Dienstes zu unterstützen.²⁸⁸ Andererseits wurden Diplom-Bibliothekarinnen auch immer wieder für unvorhersehbare Arbeiten abgezogen; etwa für den Aufwischdienst, der die aufgrund noch immer vorhandener Löcher im Dach hereindringende Nässe umgehend zu beseitigen hatte. Auf einen von Uhlendahl aufgestellten Aufwischplan kommentierte eine offenkundig verärgerte Mitarbeiterin die damit verbundene Mehrbelastung auf ironische Weise: »Laut Befehl Zwo-Vierunddreissig bohnt man den Dachstuhl fleißig. In der frischen Höhenluft wird die Energie verpufft.«²⁸⁹

Verschiedene Initiativen der BGL, der Generaldirektion und der Verwaltungsleitung, Höherstufungen für die Betroffenen zu erwirken, scheiterten jedoch am Widerstand der lokalen und zentralen Behörden. Hierin fand die Einflussnahme über den »Gewerkschaftskanal« ihre Grenzen. So lehnte etwa die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), die zentrale wirtschaftliche Kontrollinstanz in der SBZ, ein Gesuch der Deutschen Bücherei vom April 1949 ab, 17 Bibliothekare, die zugleich in der Lehre tätig waren, versorgungspolitisch als Lehrer zu behandeln. Dabei half weder ein befürwortendes Schreiben des Dresdner Volksbildungsministeriums noch der Verweis auf eine Verordnung der DWK und DZVV vom 31. März 1949 zur Verbesserung der materiellen Lage der Intelligenz in wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen.²⁹⁰ Einen weiteren Versuch im Jahre 1953, drei Jahre zuvor eingeführte Zusatzkarten für

286 Bis 1952 hatte sich die reguläre wöchentliche Arbeitszeit überdies auf 50,5 Stunden angestaut. Vgl. Hans Schurig, BGL-Vorsitzender, Änderung der Arbeitszeit, 19.12.1952, ADNBL, 154/1, VIII, Bl. 197.

287 Besonders im Winter 1946/47 mussten aufgrund des Kohlenmangels dringliche Dienstaufgaben auch außerhalb der regulären Arbeitszeit zuhause erledigt werden. Zudem wurde der Betrieb zentraler Abteilungen (Deutsche Nationalbibliographie, Beschaffung) zeitweise in Uhlendahls Privatwohnung verlegt, wo zumindest ein Zimmer beheizbar war. Vgl. Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 15.2.1947, ADNBL, 154/1, VI, unfol.; Heinrich Uhlendahl an Anton Kippenberg, 13.3.1947, ADNBL, 154/5, VII, Bl. 176.

288 Deutsche Bücherei, Verwaltungsleiter Wallner, an den Rat der Stadt Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, 26.8.1953, ADNBL, 397/1, Bl. 63.

289 Heinrich Uhlendahl, Aufwischdienst, 9.2.1948, ADNBL, 154/1, Bl. 4.

290 Zur Initiative vgl. SächsHStAD, 11401, 1747, unfol.

einfache Bibliothekare und Auszubildende zu erhalten, scheiterten an der strikten Auslegung der Normen durch den Rat der Stadt. Dort verwies man darauf, dass sich die Zusatzversorgung an den Gehaltseinstufungen bemesse. Es müsse jeweils erst eine Höherstufung erfolgen, damit eine höhere Zusatzkarte im Einzelfall beantragt werden könne.²⁹¹ Der Streit zwischen der Deutschen Bücherei und der Stadt Leipzig, der erst im Juni 1954 zugunsten Letztgenannter für beendet erklärt wurde, überrascht vor dem Hintergrund, dass die Aufstände vom 17. Juni 1953 in Leipzig, wo der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Paul Fröhlich sogar den Schießbefehl erteilt hatte, noch in frischer Erinnerung waren.²⁹² »Vom 17.6.53 hat der Koll. Höpfel nichts gelernt«, beschwerte sich ein Bibliothekar in einer handschriftlichen Eingabe über den Rat der Stadt und verwies nicht nur auf die prekäre Versorgungslage der einfachen Bibliothekare, sondern auch auf den politischen Schaden, den die »strenge Auslegung der Anordnung« verursache.²⁹³ Aber auch das half letztlich nichts.

Unter diesen Bedingungen mussten informelle Notlösungen gefunden werden. Eine solche fand man etwa in der Kooperation mit der Karl-Marx-Universität Leipzig, deren Mensaleitung man die hauseigene Küche überließ, im Gegenzug dafür durften 90 Angestellte der Deutschen Bücherei gegen Abgabe von Lebensmittelmarken und einen Preis von 70 Pfennigen pro Essen an der Mittagsversorgung teilnehmen. Dieses Agreement wurde Anfang 1948 allerdings zum Streitfaktor. Bibliothek und Universität hatten nun gleichsam mit steigenden Auszubildenden- bzw. Studierendenzahlen fertigzuwerden, doch die Mensaleitung weigerte sich, das Kontingent für die Deutsche Bücherei zu erhöhen. Überdies waren die Studierenden der Universität dadurch privilegiert, dass man die Menge der von ihnen abzugebenden Karten reduzierte, was die Mensa durch Abgabehöherungen für die Bibliotheksreferendare und -anwärter ausglich. So hatten Studierende monatlich drei Kilogramm Kartoffeln und 40 Gramm Fett abzugeben, die Auszubildenden der Deutschen Bücherei dagegen 750 Gramm Brot, 200 Gramm Nahrungsmittel, 80 Gramm Fett und vier Kilogramm Kartoffeln. »Die einseitige Änderung der Markenerhebung«, so der Betriebsrat der Deutschen Bücherei an das Sächsische Volksbildungsministerium, »wird allgemein als nicht gerade rücksichtsvoll für die Belegschaft empfunden.«²⁹⁴ Uhlendahl, Hantzsch und Schurig beschlossen deshalb im Sechsaugengespräch, sämtliche in Leipzig wohnenden und halbtags Beschäftigten zur freiwilligen Ausscheidung

291 Rat der Stadt Leipzig, Abt. Handel und Versorgung, an die Deutsche Bücherei, 27.10.1953, ADNBL, 397/1, Bl. 68.

292 Heidi Roth, *Der 17. Juni 1953 in Sachsen*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 101-182.

293 Handschriftliche Eingabe, Krauß, o.D., ADNBL, 397/1, unfol.

294 Deutsche Bücherei, Betriebsrat, an die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Forschung und Wissen [sic!], 2.2.1948, SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

aus der Mensaverpflegung zu bewegen.²⁹⁵ Eine zufriedenstellende Lösung fand man aber erst, nachdem Uhlendahl im August 1949 eine Zusatzversorgung für 118 Bibliothekare unter Berufung auf den SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947 über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität mühsam hatte erwirken können. Diese Kontingente ließ er umgehend der Mensa zukommen, wodurch die Auszubildenden nun wie Studierende behandelt wurden. Die prekäre Versorgungslage wusste Uhlendahl gleichwohl als Instrument der Arbeitsdisziplin zu nutzen. So erhielt die Deutsche Bücherei für die 118 Mitarbeiter außerdem Zusatzkarten für Nahrungsmittel, Zucker, Butter und Kartoffeln, die der Generaldirektor eigenmächtig in der Weise unter seinen Mitarbeitern verteilte, »dass im Laufe des Monats alle gleichermaßen bedacht werden«. Voraussetzung für den Erhalt der Zusatzkarten war jedoch eine tägliche Arbeitsleistung von acht Stunden.²⁹⁶ Zudem achtete der Generaldirektor unter ständiger Androhung von Strafen verbissen darauf, dass man die im Dienstplan eigentlich nicht vorgesehene Mittagspause von 15 Minuten nicht überschritt, dass man bei der Einnahme einer zweiten Portion die verloren gegangenen Zeit nacharbeitete, und dass selbst Arztbesuche nur außerhalb der Dienstzeit stattfanden.²⁹⁷

Der patriarchalische Führungsstil des Generaldirektors spiegelt sich auch im Rahmen einer anderen Notlösung wider, die gewissermaßen direkt vor der Tür lag. Bereits in den letzten Kriegsmonaten hatte Uhlendahl aus der peripheren Lage der Deutschen Bücherei Nutzen gezogen und die umgebenden, unbebauten Flächen seinen Mitarbeitern als Grabeland pachtweise überlassen.²⁹⁸ Der im Vergleich zu den Schwarzmarktpreisen für die zu erwartenden Ernteerträge günstige Pachtzins von drei Reichsmark für hundert Quadratmeter ließ bis 1949 etwa jeden dritten Mitarbeiter der Deutschen Bücherei zum Hobbygärtner werden. Nahezu die Hälfte davon waren Bibliothekare des gehobenen Dienstes, während sich die versorgungspolitisch besonders benachteiligten Auszubildenden hierfür kaum begeistern ließen.²⁹⁹ Das angebaute frische Obst und Gemüse, das die Leipziger dem regulär erhältlichen Essig- und Salzgemüse vorzogen³⁰⁰ sowie der (allerdings nur schwer genießbare) Tabak lockten jedoch regelmäßig Diebe an. Allein für 1946 wurden 26 Diebstähle registriert, die meisten in der

295 Franz Hantzsch, Besprechung mit Uhlendahl und Schurig (BGL), am 10.4.1948, ADNBL, 150/2/0, Bl. 22.

296 Heinrich Uhlendahl/Betriebsgewerkschaftsleitung, Verfügung, 30.8.1949, ADNBL, 397/1/1, Bl. 10.

297 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 9.1.1946, ADNBL, 154/1, V, Bl. 271; Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 19.3.1949, ADNBL, 154/1, VII, Bl. 63; Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 2.5.1947, ADNBL, 368/2, Bl. 24.

298 Kurt Lippmann, Aktennotiz, ADNBL, 301/6, Bl. 1.

299 Überlassung von Grünflächen des Grundstückes der DB als Grabeland, Verzeichnis der Pächter, Stand: 1.4.1949, ebd., unfol.

300 Gries, Die Rationen-Gesellschaft, S. 105.

Reife- und Erntezeit vom Mai bis September.³⁰¹ Seit 1948 wurde deshalb jeder Parzelleninhaber vom Generaldirektor dazu verpflichtet, mindestens einmal im Monat Nachtwache zu halten,³⁰² nachdem eine Anfrage bei der örtlichen Polizei unbeantwortet geblieben war.³⁰³ 1952 wurden die Parzellen schließlich aufgelöst, um wieder zur Grünfläche umgestaltet zu werden.

Das Urteil über die Personalpolitik der Deutschen Bücherei in der Besatzungszeit fällt zwiespältig aus. Die verblüffende Elitenkontinuität in Leitungspositionen, die Tradierung fachlicher Standards in der Ausbildung und damit einer spezifischen »corporate identity«, die von den politischen Umständen relativ unberührt blieb, und der patriarchalische Führungsstil im Innern, sollte nicht dazu verleiten, den Handlungsspielraum Uhlendahls zu überschätzen. Vieles von dem basierte auf einem Konsens zwischen ihm und den staatlichen Stellen. Die allgemein grassierende Personalnot, die geringe Attraktivität des Berufsfeldes, die hoheitlichen Aufgaben der Deutschen Bücherei, aber auch der Prestigedrang des Sächsischen Volksbildungsministeriums und letztlich ein ausgeprägtes Traditionsbewusstsein innerhalb des wissenschaftlichen Bibliothekswesens bis hinein in die höchsten Ebenen der Bibliothekspolitik, unabhängig von der politischen Einstellung der leitenden Bibliothekare – all dies waren Umstände, die staatliche Stellen dazu bewogen, einen erstaunlichen Pragmatismus walten zu lassen und eigene ideologisch motivierte Modelle zu vernachlässigen, sofern das äußere Gesamtbild stimmte. Uhlendahl selbst, dem diese Gelegenheitsstrukturen zweifelsohne zugutekamen, agierte immer nur in dem Rahmen, den die staatlich festgesetzten Normen zuließen. Anders als Bibliothekare wie Horst Kunze vermied er es, auf Konfrontationskurs gegenüber den Behörden zu gehen. Für ihn blieb es trotz seiner politischen Distanz zur führenden Partei auch unter den Bedingungen der sich etablierenden SED-Diktatur wichtig, sich übergeordneten Stellen nicht grundlegend zu widersetzen. Dafür nahm er auch Defizite, etwa in der Versorgungslage, in Kauf, die dann durch informelle Notlösungen, gepaart mit Chancen zur Festigung der Arbeitsdisziplin (als Möglichkeit zur Überbrückung der Personalnot), ausgeglichen wurden.

d.) Die Illusion des Totalen: Die Deutsche Bücherei und die Entnazifizierung des Buchwesens

Die wohl umfangreichste Aufgabe war der Deutschen Bücherei von den Sowjets mit der Erarbeitung der Liste der auszusondernden Literatur gestellt; dies nicht

301 Gartendiebstähle, Grabeland und Schrebergärten der DB, o.D., ebd., unfol.

302 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, 8.12.1947, ebd., Bl. 69.

303 Deutsche Bücherei, Heinrich Uhlendahl, an das Polizei-Revier Leipzig, 16.5.1947, ADNBL, 160, Bl. 60.

nur, weil sie unter erschwerten institutionellen wie personellen Rahmenbedingungen stattfand, sondern auch, weil die damit verbundenen Erwartungen über die Entnazifizierung des Buchwesens differierten, die Vorgaben vage blieben und in der Praxis komplizierte Aushandlungsprozesse notwendig wurden. Die Arbeit an den Listen galt dem Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotjuchin zunächst als »wichtigste und dringlichste Aufgabe«³⁰⁴ für die kulturelle Erneuerung Gesamtdeutschlands. Sie sollte Grundlage für die Säuberung von Bibliotheken und Buchhandlungen sein. Dabei spielte die Konkurrenz mit den westlichen Besatzungsmächten eine zentrale Rolle, denn die Entnazifizierung des Buch- und Bibliothekswesens war Teil der von allen vier Alliierten vereinbarten Umerziehung der deutschen Bevölkerung. So wurden auch in der amerikanischen, britischen und französischen Zone Aussonderungslisten erstellt, die Sowjets wollten jedoch eine vollständige und damit die maßgebliche Liste für alle Zonen herausgeben und dadurch gegenüber den westlichen Alliierten punkten.³⁰⁵ Schon im Frühjahr 1946 aber ging die organisatorische und inhaltliche Verantwortung auf den Referenten für Bibliothekswesen in der DZVV, Carl Mones, über, der der Liste eine SBZ-spezifische Funktion zuwies, was auch von Solotjuchin unterstützt wurde.³⁰⁶ Die Liste sollte Mones zufolge nun vor allem als Grundlage und Steuerungsinstrument für die »Schaffung eines im ganzen Sowjetisch besetztem Gebiet einheitlich ausgerichteten antifaschistisch-demokratischen Büchereiwesens unter der Führung und Aufsicht der Zentralverwaltung für Volksbildung« dienen.³⁰⁷ Freilich standen hinter diesen ambitionierten Zielvorgaben noch keine allgemein verbindlichen Vorstellungen darüber, welche Inhalte einer »demokratischen« Erziehung (ob für Gesamtdeutschland oder die

304 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz über den Besuch des Leiters der Abteilung Volksbildung der SMA Solotjuchin und Major Nikitin in der DB am 26.1.1946, ADNBL, 150/2/0, Bl. 21.

305 So setzte sich die Abteilung Volksbildung der SMAD im Rahmen von inter-alliierten Gesprächen immer wieder für eine verbindliche Nutzung der Liste der aussondierenden Literatur in allen Besatzungszonen ein. Dies geht aus russischen Akten hervor. Vgl. Olaf Hamann, Faschistische Literatur in deutschen Bibliotheken – über Aussonderungen und Neuorientierungen im Bestandsaufbau wissenschaftlicher Bibliotheken in der Zeit 1945-1949 am Beispiel der Öffentlich Wissenschaftlichen Bibliothek Berlin (ÖWiBi), in: Ursula Heukenkamp (Hrsg.), Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit (1945-1961). Internationale Konferenz vom 01.-04.9.1999 in Berlin, Amsterdam/Atlanta 2001, S. 525-540, hier S. 527f.

306 SMAD, Abteilung Volksbildung, an die DZVV, Direktor Paul Wandel, 23.10.1945, BArch, DR 2/622, Bl. 9; Carl Mones an Heinrich Uhlendahl, 16.2.1946, ADNBL, 614/0/0, Bl. 22.

307 Carl Mones, Bericht über die Tätigkeit des Referates »Bibliothekswesens«, 12.10.1945, BArch, DR 2/630, Bl. 56.

SBZ) konkret dienlich waren. Vielmehr galt es zunächst, die bis dahin eher disparate Zensurpraxis in der eigenen Besatzungszone durch eine einheitliche Liste zu beseitigen. Neben einer im Februar 1946 veröffentlichten Verbotsliste des Magistrats von Berlin existierten auch eine Thüringer, eine Hallenser³⁰⁸ und zahlreiche weitere lokale Verbotslisten, die jeweils nach unterschiedlichen Kriterien bearbeitet worden waren. Interesse an einer verbindlichen Liste hatten so auch die Bibliotheken selbst, die stets mit unangenehmen Kontrollen und ernsten Konsequenzen rechnen mussten.³⁰⁹ Die Arbeit an der Liste der auszusondernenden Literatur begann im Herbst 1945, dauerte bis 1951 an und umfasste neben der Hauptliste auch drei Nachträge.

Die Arbeit an der Hauptliste, die zum 26. Februar 1946 vorliegen sollte, fiel noch in den Konstituierungsprozess der DZVV und auch der Befehl Nr. 039 der SMAD vom 8. September 1945 zur »Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur«, der als offizielle Grundlage für die Entnazifizierung des Buch- und Bibliothekswesens in der SBZ diente, taugte nur bedingt als Referenzquelle. Zwar nannte dieser konkretere inhaltliche Schwerpunkte, wie NS-Propaganda, Rassentheorie, Literatur über die »gewaltsame Aneignung fremder Länder«, Schriften »gegen die Sowjetunion und andere Vereinte Nationen« sowie Kriegsliteratur.³¹⁰ Diese Kategorien aber waren freilich bis zu einem gewissen Grade ausdeutbar. So schlossen die Bibliothekare in Leipzig unmittelbar an lokale Vorarbeiten an. Seit Ende August 1945 arbeitete ein fünfköpfiger Ausschuss unter der Leitung Heinrich Kunzes bereits im Auftrag der Leipziger Stadtverwaltung an einer Liste der zu verbietenden Bücher.³¹¹ Am 11. September kam eine weitere Gruppe unter Curt Fleischhack hinzu, die sich speziell den NS-Zeitschriften widmete.³¹² Unter dem Druck der SMAD wurden beide Listen aber bald in einer Schriften-Prüfstelle unter der Anleitung Fleischhacks, dessen formeller NS-Belastung zum Trotz, zusammengelegt und bildeten nunmehr den Grundstock der Hauptliste.³¹³ Bei der Festlegung der Verbotskriterien orientierte sich die »Stelle Fleischhack« an den bereits im August 1945 von der Thüringer Landesverwaltung herausgegebenen und etwa 2.700 Titel enthaltenden »Amtlichen Richtlinien

308 Steigers, *Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei*, S. 237.

309 Jan Pepino, *Städtische Bücherei Dresden*, an Heinrich Uhlendahl, 17.5.1946, ADNBL, 614/0/0, Bl. 79.

310 Befehl Nr. 039 des obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Konfiskation nazistischer und militaristischer Literatur vom 8. September 1945, in: *Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR* (Hrsg.), *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949*, Berlin (Ost) 1968, S. 148f.

311 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 25.8.1945, ADNBL, 154/1, Bl. 216.

312 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 11.9.1945, ebd., Bl. 219.

313 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 30.11.1945, ebd., Bl. 262.

über die Ausmerzung des nationalsozialistischen, des militaristischen und des imperialistischen Schrifttums«, die gerade bei wissenschaftlicher Literatur Abstriche gemacht hatte, sofern es sich um Fachwerke handelte, »die im Vorwort oder im Nachwort oder auf einzelnen Seiten des Buches eine Zwangsverbeugung vor dem System gemacht haben.«³¹⁴ Zudem hatte Mones noch im Februar 1946 darauf hingewiesen, dass die Leipziger Liste lediglich als Ergänzung zur Berliner Liste,³¹⁵ die speziell an Volksbibliotheken adressiert und explizit »nicht für Schriftsteller und Wissenschaftler gedacht«³¹⁶ war, dienen sollte.

Die Bibliothekare in Leipzig konnten sich unter diesen Bedingungen ganz auf ihre Expertise verlassen. So war die Leipziger Zensurpraxis, wie die internen Richtlinien über die Erfassungsmethoden vom 13. Februar 1946 zeigen, vor allem von der Suche nach objektivierbaren und messbaren Kriterien zur Bestimmung nationalsozialistisch belasteter Literatur geprägt. Darunter verstand man etwa die Zahl der NS-Zitate sowie Ausführungen über NS-Persönlichkeiten und NS-Behörden. Rassistische oder aggressiv nationalistische Inhalte galten dagegen nicht von vornherein als bedenklich. So wurden rassentheoretische Schriften als unbelastet angesehen, wenn diese nicht von Nationalsozialisten verfasst worden waren. Darunter zählten auch Übersetzungen der Schriften Joseph Arthur de Gobineaus, obgleich dessen rassentheoretische Arbeiten auf die völkische und nationalsozialistische Literatur einen erheblichen Einfluss ausgeübt hatten. Imperialistische Schriften, worunter man ausschließlich die Beschäftigung mit Kolonien, nicht jedoch etwa den »amerikanischen Imperialismus« verstand, wurden dann als bedenkenlos angesehen, wenn sie nicht explizit mit dem deutschen Kolonialismus im Zusammenhang standen. Dies galt etwa für Reisebeschreibungen und Erlebnisberichte, geographische und völkerkundliche Darstellungen oder Schriften über das Auslandsdeutschtum. Auch bei Kriegsliteratur galten zahlreiche Ausnahmen. Das betraf vor allem das gesamte Schrifttum aus der Zeit vor 1933 sowie theoretische und historische Darstellungen früherer Kriege, aber auch Anthologien, die nur einzelne Kriegsgedichte enthielten.³¹⁷ Strittige Fälle

314 Land Thüringen, Landesamt für Volksbildung (Hrsg.), Amtliche Richtlinien über die Ausmerzung des nationalsozialistischen, des militaristischen und des imperialistischen Schrifttums, o. O. 1945, S. 7. Die Zahlenangabe basiert auf unveröffentlichten Untersuchungen von Dr. Michael Buddrus, dem ich für die Überlassung des Materials herzlich danke.

315 Carl Mones an Heinrich Uhlendahl, 1.2.1946, ADNBL, 614/0/0, Bl. 14.

316 Abteilung Volksbildung im Magistrat der Stadt Berlin (Hrsg.), Verzeichnis der auszusondernden Literatur, Berlin 1946, S. 3.

317 Richtlinien für die Aufstellung der Listen des verbotenen Schrifttums, 13.2.1946, ADNBL, 614/0/0, Bl. 15-17.

wurden jedoch in eine Grenzfallliste aufgenommen, über die später im Einvernehmen mit der DZVV entschieden werden sollte.³¹⁸

Das erste vorläufige Ergebnis lag am 25. Februar zur Begutachtung durch die Abteilung Volksbildung der SMAD sowie die DZVV vor und umfasste rund 8.000 Einzel- und 1.500 Zeitschriftentitel.³¹⁹ Noch während das Manuskript, offenbar ohne Beanstandungen, im Druck war, hatten sich die Berliner Stellen jedoch dafür entschieden, die Liste des Berliner Magistrats nun doch in die Leipziger Liste zu integrieren.³²⁰ Erst nach diesen Arbeiten, die wiederum ausschließlich von den Leipziger Bibliothekaren geleistet wurden, konnte die Hauptliste Anfang Mai 1946 erscheinen, nun um etwa 5.000 Einzeltitel erweitert.³²¹ An den zugrunde liegenden Erfassungskriterien hatte sich aber nichts geändert. Noch Monate nach der Veröffentlichung erklärte die Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei auf Nachfrage, dass die Liste der auszusondernden Literatur »ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten zusammengestellt« worden war, sich aber von der Berliner Liste, die »volksbildnerische und ähnliche Ziele« verfolge, unterscheide.³²²

Die Leipziger Bibliothekare hatten bis dahin insgesamt rund eine Million Titel aus der Zeit von 1933 bis 1945, mitunter täglich fast zehn Stunden und zum Teil auch an Sonntagen durchsehen müssen.³²³ Vollständigkeit konnte die Liste dennoch nicht beanspruchen. Längst nicht alle Bücher waren in der Kürze der Zeit überprüft, noch zu viele Schriften als Grenzfälle zurückgestellt worden. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatten sich die hohen und widersprüchlichen Erwartungen an die Liste als nicht erfüllbar erwiesen. Sollte die Hauptliste auch in den westlichen Besatzungszonen zum Einsatz kommen, mussten die Arbeiten zügig abgeschlossen werden, denn am 13. Mai 1946 veröffentlichte der Alliierte Kontrollrat seine Anordnung zur Säuberung von Buchhandlungen und Bibliotheken.

318 Ronald Loesch an Ministerialdirektor Walther Protze, 2.10.1945, ADNBL, 154/5, XIII, Bl. 219.

319 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz über eine Besprechung mit Carl Mones am 12. und 13.2.1946, ADNBL, 614/0/0, Bl. 20; Steigers, Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei, S. 244.

320 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 22.3.1946, ADNBL, 614/0/0, Bl. 40.

321 Steigers, Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei, S. 245; Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (Hrsg.), Liste der auszusondernden Literatur. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946, Berlin 1946.

322 Schriften-Prüfstelle bei der Deutschen Bücherei an den Rat der Stadt Rötha, Kulturamt, 24.7.1946, ADNBL, 614/3/1 (M-Z), Bl. 40.

323 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 2.2.1946, ADNBL, 154/1, Bl. 286; Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 22.2.1946, Ebd., Bl. 294.

ken³²⁴ und in jeder Zone gab es bereits eigene Verbotslisten, Vollständigkeit aber beanspruchte nur die sowjetische.³²⁵ Die DZVV musste unter dem Druck der SMAD deshalb eigene Initiativen zum Aufbau eines einheitlichen Bibliothekswesens zurückstellen und bei den Säuberungsaktionen auf die Fachkompetenz der Leiter der betreffenden Einrichtungen setzen. So wiesen die Herausgeber der Liste bereits im Vorwort explizit darauf hin, dass diese

»... so sehr sie zur Bereinigung der deutschen Literatur beitragen wird, die verantwortlichen Leiter von Bibliotheken, Büchereien und Buchhandlungen nicht von der Pflicht befreien [kann], ihrerseits alle Sorgfalt auf die Durchsicht auch der hier nicht verzeichneten Bücher anzuwenden.«³²⁶

Die Praxis gestaltete sich vielfach anders, denn überall herrschte seitens der örtlichen Stellen ein allgemeines Misstrauen gegenüber Bibliothekaren und Buchhändlern. Informelle Bemühungen, die Ziele der DZVV doch noch durchzusetzen, mündeten zudem in lokal uneinheitliche Praktiken und spontane Säuberungsaktionen. So wurde in Leipzig etwa, Wochen bevor die Sächsische Landesregierung den Startschuss zur Ablieferung auszusondernder Literatur am 13. Juni 1946 gegeben hatte, die Einsetzung von Kommissionen verfügt, die insbesondere in privaten Leihbüchereien, Werkbüchereien und Buchhandlungen, aber auch in wissenschaftlichen Bibliotheken stichprobenartige Kontrollen durchführen sollten, obgleich die Sächsische Landesverwaltung dies nicht offiziell vorgesehen hatte.³²⁷ Die Kommissionen sollten sich aus »am Buch interessierte Laien« und Mitgliedern der »antifaschistischen« Parteien zusammensetzen. Ihre Berichte waren sowohl an das Amt für Buch- und Bibliothekswesen beim Rat der Stadt als auch an die sowjetische Militärverwaltung in Dresden ab-

324 Kontrollratsbefehl Nr. 4, Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters vom 13. Mai 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 7 vom 31. Mai 1946, S. 151 f.

325 Michael Buddrus kam im Rahmen (unveröffentlichter) statistischer Erhebungen zu dem Ergebnis, dass die Liste der SBZ mit rund 35.000 Titeln am Ende zwar am weitreichendsten war, allerdings auch nur 54 Prozent der Titel der NS-Bibliographie, die von den Nationalsozialisten herausgegeben worden war, aufreichte. Die britische Liste umfasste knapp 17.000 Schriften oder 26 Prozent der Titel der NS-Bibliographie, die französische Liste 5.000 Titel oder knapp acht Prozent der NS-Schriften und die amerikanische Liste nicht einmal 1.000 Titel oder rund 1,5 Prozent der NS-Schriften.

326 Liste der auszusondernden Literatur. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946, S. 2f.

327 Landesverwaltung Sachsen, Volksbildung, Abt. Wissenschaft und Forschung, Rundbrief an sämtliche Bibliotheken, Forschungsinstitute und Kulturämter der Städte, 13.6.1946, BArch, DR 2/622, Bl. 97-98.

zuliefern, die beschlagnahmten Bücher zu makulieren.³²⁸ In Zittau verfolgte man dagegen eine völlig andere Strategie. Dort wurden sämtliche Bücher nicht von den Leitern der betreffenden Institutionen, sondern vom städtischen Kulturamt, zuweilen auch direkt von sowjetischen Stellen überprüft, was immer wieder zu willkürlichen Entscheidungen führte. So habe ein Kulturoffizier der Sowjets die in der Buchhandlung der LDP (vormals Pahl'sche Buchhandlung) angebotenen Jugendschriften (Schalk'sche Heldensagen) zum Verkauf genehmigt, später wurden diese vom Kulturamt der Stadt jedoch verboten.³²⁹ In der Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt) hatten regionale SMA-Stellen sogar die Beschlagnahmung des »gesamten buchhändlerischen Katalogmaterials, also der Jahresbände der Nation[alen] Bibliographie der Barsortimentskataloge« angeordnet, »sofern in diesen nationalsozialistische Bücher enthalten sind«.³³⁰ In Luckenwalde (Brandenburg) wiederum begutachtete die Volksbildungsabteilung des örtlichen Rates die Bücherbestände lediglich anhand von Listen, die von den betreffenden Einrichtungen einzureichen waren. Dem Inhaber einer Leihbücherei, der sich bei der Aussonderung ganz an die Liste der DZVV gehalten hatte, wurde dabei mitgeteilt, dass diese »völlig unmaßgeblich sei und man sich weiterhin nach dem von dem Volksbildungsamt der Stadt Berlin im Febr[uar] 1946 herausgegebenen Index richte«.³³¹

Um dem Chaos vor Ort Herr zu werden, ordnete der Vizepräsident der DZVV, Theodor Brugsch, am 12. Oktober 1946 an, die Säuberungen durch den Einsatz örtlicher Kommissionen zu verstärken, deren personelle Zusammensetzung zu überprüfen und deutlich auszuweiten. Diese sollten jedes zum Verkauf bzw. Verleih freigegebene Buch mit einem Stempel versehen und für die »ideologische Sauberkeit« der Bibliotheken bürgen.³³² Durchführbar waren diese verschärfenden Maßnahmen aber kaum, denn vor Ort fehlte es an entsprechendem Personal und die Termine waren eng gesteckt. Den Verantwortlichen in der Berliner Zentralverwaltung gegenüber machte Ilse Korn, Referentin für Büchereiwesen in der Sächsischen Landesverwaltung, deutlich, dass sie »z. Zt. nicht in der Lage« sei, Buchprüfungskommissionen zu bilden. Dass es noch immer »sehr viele strittige Fälle« gäbe, würde vielmehr an der »zu langsamen Arbeit der Deut-

328 Plan über die Maßnahmen zur Nachprüfung, ob Befehl des obersten Chefs der SMA, veröffentlicht im Informationsblatt Nr. 32 vom 19.9.45, durchgeführt ist, o.D., StadtAL, StVuR, 9313, Bl. 341-344.

329 Buchhandlung der Liberal-Demokratischen Partei an die Zentralstelle für Buch- und Bibliothekswesen Leipzig, 12.9.1946, SächsHStAD, 11401, 1726, unfol.

330 Firma August Friedrich, Inh. Arno W. Friedrich, an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler, 30.11.1946, SächsStAL, 21766, 942, Bl. 19.

331 Johs. Käppel an die Schriftenprüfstelle der Deutschen Bücherei, 12.6.196, ADNBL, 614/3/2 (J-N), Bl. 8.

332 DZVV in der sowjetischen Besatzungszone an die Landes- und Provinzialverwaltungen, 12.10.1946, BArch, DR 2/622, Bl. 42.

schen Bücherei und ihrer Buchprüfungskommission« liegen. Solange diese keine verbindlichen Listen vorlege, drohte Korn, werde sie keine Kommissionen bilden, »denn ich würde die damit beauftragten Personen, die bisher unermüdlich gearbeitet haben, außerordentlich verärgern«. ³³³ Auch in der Landesverwaltung der Provinz Sachsen stieß die Anordnung der DZVV auf Unbehagen. Hier war man der Ansicht, dass die Praxis des Abstempelns keineswegs ein Zugewinn an Sicherheit garantiere, sondern eher zur Verkomplizierung beitrage, weil der Stempel missbräuchlich verwendet werden könne. ³³⁴ Ferner meldete die Universität Greifswald Bedenken darüber an, dass die notwendigen Arbeiten der Kommissionen angesichts der Masse an zu überprüfenden Beständen (500.000 Bücher) in der verlangten Frist von 15 Tagen keineswegs zu bewältigen war. Stattdessen rechnete man dort mit mindestens 300 Arbeitstagen. Die Eingabe hatte schließlich zur Folge, dass die Anordnung der DZVV für Universitätsbibliotheken wieder aufgehoben wurde. ³³⁵ Schon zuvor hatte die DZVV gegenüber wissenschaftlichen Bibliotheken anstatt einer strikten Durchsetzung auf pragmatische Arrangements gesetzt. Dies betraf etwa die *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, die ab Jahrgang 1934 indiziert worden war. Auf das Verbot reagierte Ende Juli 1946 zunächst der noch amtierende Dekan der Juristenfakultät der Universität Leipzig, Hans Otto de Boor, der seit 1935 dort den Lehrstuhl für Deutsches Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Urheberrecht und Rechtsvergleichung innehatte, entrüstet:

»Es gibt m.E. nur zwei Wege: entweder man vertraut uns nicht, dann muss man uns entlassen, oder man hält uns für geeignet am Neuaufbau des demokratischen Deutschland mitzuwirken, dann sollte man uns die Mittel zu solcher Arbeit lassen.« ³³⁶

Diese Worte zeigten umgehend ihre Wirkung, wollte man doch auf benötigtes Fachpersonal zunächst nicht verzichten. So durften auf Genehmigung der Sächsischen Landesverwaltung sämtliche benötigten Bände in der Universitätsbibliothek trotz des Verbots verbleiben und Studenten ab dem vierten Fachsemester zugänglich gemacht werden. Nur zwei Wochen später wandte sich Brugsch persönlich an Uhlendahl mit der Bitte die Zeitschrift ganz von der Liste zu streichen, wurde diese doch nun auch für die Errichtung der Wirtschafts-

333 Landesverwaltung Sachsen, Abt. Volksbildung, Abt. Kunst und Literatur, Ref. Büchereiwesen, an die DZVV, 31.10.1946, ebd., Bl. 119.

334 Der Präsident der Provinz Sachsen, Abt. Volksbildung, an die DZVV, Carl Mones, 5.11.1946, ebd., Bl. 112.

335 Universitätsbibliothek Greifswald an die DZVV, Carl Mones, 3.11.1946, ebd., Bl. 110.

336 Der Dekan der Juristenfakultät der Universität Leipzig an Theodor Brugsch, 24.7.1946, BArch, DR 2/622, Bl. 71.

wissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin benötigt.³³⁷ Die Überprüfung der Zeitschriftenbände kam schließlich zu dem Ergebnis, dass etwa ein Drittel der Aufsätze als nationalsozialistisch zu beanstanden war, der Nutzen für den akademischen Alltag aber überwog.³³⁸

Die aus der Not heraus geborene Praxis, die letztendliche Entscheidung über die Säuberung in die Hände lokaler Akteure zu legen, führte zwangsläufig zu Konflikten. Nicht nur die Landesbehörden, auch die Sowjets machten deshalb bald die Deutsche Bücherei für die Versäumnisse verantwortlich. Dabei spielten Zufälle und subjektive Wahrnehmungen eine entscheidende Rolle. So war etwa Galina Snimtschikowa während einer Reise durch die Provinz, die dem Zweck diente, »sich an verschiedenen Plätzen von dem Stand des Bibliothekswesens und der Durchführung der Säuberungsaktion zu überzeugen«, auf eine ganze Reihe »einwandfrei faschistische[r] Werke[n]« gestoßen, die noch immer in den Bibliotheken lagerten. Völlig empört und ungehalten aber habe sie erst reagiert, als sie auf ein Buch rassentheoretischen Inhalts gestoßen sei, in dem sich ein Bild von ihr befunden habe, das dort »als Beweis russischen Niedergangs und Entartung« gedient habe. Daraufhin habe sie Carl Mones sogar trösten müssen.³³⁹ Auch wenn das betreffende Buch später nicht eruiert werden konnte, hatte der Eindruck, den Snimtschikowa gewonnen hatte, zur Folge, dass die Abteilung Volksbildung der SMAD ihrerseits eine Liste mit 183 »faschistischen« Werken anfertigte, die von den Leipziger Bibliothekaren noch einmal genauer überprüft werden mussten.³⁴⁰ Zudem verlangte die Volksbildungsabteilung nachdrücklich die zügige Bearbeitung eines Nachtrags, der bereits zum 1. September vorliegen sollte.³⁴¹ Neben den Eindrücken der Sowjets stellten auch die zahlreichen Kommentare in deutschen Printmedien, insbesondere in denjenigen der Westzonen, wichtige Informationsquellen für die DZVV dar, die diese aufmerksam verfolgte und auswertete. So berichtete etwa die in München erscheinende *Neue Zeitung* über die sorgfältige, aber mitunter zu duldsame Arbeit der Deutschen Bücherei. Bemängelt wurde etwa die Nachsicht gegenüber Antisemiten wie Oswald Spengler, Eugen Dühring oder Paul de Lagarde. Auch das Fehlen ausländischer faschistischer und antisemitischer Autoren, wie Benito Mussolini oder Louis Ferdinand Céline wurde beklagt.³⁴²

337 Theodor Brugsch an Heinrich Uhlendahl, 10.8.1946, ebd., Bl. 69.

338 Schmitt, Betr.: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 30.9.1945, ADNBL, 614/1, Bl. 40.

339 DZVV, Carl Mones, an Heinrich Uhlendahl, 31.7.1946, ADNBL, 614/0/0, 82f.

340 Carl Mones an Heinrich Uhlendahl, ebd., Bl. 83.

341 SMA, Abteilung Volksbildung, an den Präsidenten der deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Paul Wandel, 7.8.1946, ebd., Bl. 81.

342 Welche Literatur ist verboten? Eine vorläufige Liste der Deutschen Bücherei, in: Die Neue Zeit vom 31.5.1946, o.S.

Als Reaktion auf die öffentlichen Einschätzungen, aber auch aufgrund fehlender eigener Expertise, hatten die Abteilung Volksbildung der SMAD und die DZVV bereits Ende Mai 1946, als die Säuberungen in der SBZ noch nicht einmal begonnen hatten, Überlegungen zu Fortsetzungsarbeiten angestellt. Beide Stellen stimmten darin überein, dass diese nicht mehr in der alleinigen Verantwortung der Deutschen Bücherei liegen durften. Theodor Brugsch, in kulturpolitischen Fragen stark von seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus geprägt,³⁴³ als Ordinarius für Innere Medizin aber auch die Interessen der Wissenschaften achtend, schlug einen Mittelweg vor. Zum einen sollte die Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei einer Kommission der DZVV unterstellt werden, die über Grenzfälle entscheiden sollte, zum anderen setzte er sich aber dafür ein, dass Wissenschaftler bei Vorlage einer Empfehlung durch die Universität oder den Kulturbund die beanstandete Literatur auch weiterhin benutzen dürften. Die zentrale Buchprüfungskommission sollte vor allem einer schnellen Entscheidungsfindung dienen. Dass Heinrich Uhlendahl dann aber auch hier den Vorsitz führen konnte, verdankte er letztlich Carl Mones, der eigentlich für diesen Posten vorgesehen war, diesen aber aus fachlichen Gründen an Uhlendahl weiterreichte.³⁴⁴ Ansonsten waren Vertreter aus der Wissenschaft unerwünscht. Vielmehr sollten »fortschrittliche« Bibliothekare den Ton angeben. Als Mitglieder waren vorgesehen Erich Schröter, der als Hauptreferent für Büchereiwesen im Magistrat von Berlin maßgeblich an der Berliner Liste beteiligt gewesen war, der Direktor der Städtischen Bücherei Dresden, Jan Pepino (1898-1975), der Referent für Bibliothekswesen in der DZVV, Carl Mones, und der Leiter des Referats Moderne Literatur in der Abteilung Kunst und Literatur der DZVV, Cuno Wojczewski³⁴⁵, der in der DZVV vor allem für die Vorauswahl registrierungswürdiger Autoren zuständig war.³⁴⁶ Letztgenannter, der als Schriftsteller und Schauspieler 1934 ins tschechoslowakische Exil gegangen und später im KZ Sachsenhausen interniert worden war, wurde noch im Verlauf des Jahres 1946 durch den Referenten für Literatur in der DZVV Walter Gerull-Kardas ersetzt. Der Vorschlag, den Verleger und Bibliothekar Josef Caspar Witsch (1906-1967), der 1933 zwar ebenfalls von den Nationalsozialisten aus dem Bibliotheksdienst gedrängt worden, 1937 aber der NSDAP beigetreten war und sich mit dem Regime arrangiert hatte, wurde indes zurückgewiesen. Stattdessen wurde der Schriftsteller und Widerstandskämpfer Günther Weißenborn berufen, der aber bald in die Westsektoren Berlins abwanderte und in der Buchprüfungskommission

343 Peter Schneck/Elke Reuter, Art. »Brugsch, Theodor«, in: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR?*, S. 115f.

344 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 10.8.1946, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 43.

345 Pike, *The Politics of Culture in Soviet-occupied Germany*, S. 128.

346 DZVV, Theodor Brugsch, an die SMA, Abteilung Volksbildung, Prof. Schkral, 29.5.1946, BArch, DR 2/622, Bl. 15.

sion nie aufgetaucht sei. Im Januar 1947 wurden zudem Wolf Haenisch (1908-1978), seit 1946 Direktor der ÖWB, und Wieland Schmidt (1904-1989), Direktor der Berliner Universitätsbibliothek, die beide nach 1950 wegen Konflikten mit der SED in die Bundesrepublik flohen, in die Kommission berufen.³⁴⁷ Hinzu trat schließlich noch der Bibliothekar Arthur Werner, der Heinrich Becker als Leiter der Abteilung Buch- und Bibliothekswesen im Volksbildungsamt der Stadt Leipzig nachgefolgt war. Damit wurde die Kommission am Ende zwar von SED-Mitgliedern dominiert, die aber in der Summe kaum zum dogmatischen Kern zählten, sondern auch im Interesse des Bibliothekswesens agierten.

Die Kommission trat angesichts der häufigen personellen Wechsel erst im Oktober 1947 erstmals zusammen. Zwischenzeitlich, im Februar 1947, war angesichts der chaotischen Säuberungsaktionen, der entrüsteten Reaktion Snitshikowas und des Zeitdrucks bereits ein erster Nachtrag zur Liste der auszusondernden Literatur erschienen, der weitere 5.000 Titel umfasste. Dabei handelte es sich zunächst lediglich um eine Fortsetzung der Hauptliste »nach den gleichen Richtlinien«.³⁴⁸ So bescheinigten die Bibliothekare etwa Oswald Spenglers Opus Magnum »Der Untergang des Abendlandes«, mit Hitler verwandte Gedankengänge zu formulieren, was aber keine Begründung dafür bot, das Werk der Öffentlichkeit zu entziehen, habe es doch »an der Formung des geistigen Lebens in der Zeit der sogenannten Kulturkrise einen Anteil«³⁴⁹ gehabt. Dagegen lehnte man einen Einspruch des Autors Cuno Horkenbach ab, zwei seiner in der Hauptliste aufgeführten Bücher (»Das Deutsche Reich von 1918 bis heute«, »Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden«) wieder vom Index zu nehmen. Diese enthielten zwar nützliches statistisches Material, ausschlaggebend für das Verbot aber war die Häufung von Zitaten und Biogrammen nationalsozialistischer Persönlichkeiten sowie das im Handbuch befindliche Orientierungswissen über die NS-Behörden.³⁵⁰ Beide Beispiele illustrieren, dass zum nationalsozialistischen Erbe noch immer lediglich Personen und Institutionen, nicht aber unbedingt geistige Einflüsse gezählt wurden. Zahlreiche Werke stellte man indes zur Beratung in der übergeordneten Buchprüfungskommission zurück, da sie, wie Bernhard Polls »Deutsches Schicksal 1914/18« wenige positive Erwähnungen Hitlers enthielten, oder wie Gerhard Ritters »Machtstaat und Utopie« im Verdacht standen, nazistisches Denken zu befördern.³⁵¹

347 Zu den Personalveränderungen in der Buchprüfungskommission vgl. Mitglieder der Buchprüfungskommission, o.D., ADNBL, 152/1/3, Bl. 32.

348 Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (Hrsg.), Liste der auszusondernden Literatur. Erster Nachtrag nach dem Stand vom 1. Januar 1947, Berlin 1947.

349 Wehner, Spengler: Untergang des Abendlandes, 23.7.1946, ADNBL, 614/1, Bl. 27.

350 Schmitt, Betr.: Einspruch von Cuno Horkenbach v. 6.8.1946, 7.11.1946, ebd., Bl. 18.

351 Heinrich Kunze an Studienrat M. Sturm, 16.7.1947, ADNBL, 614/2 (P-Z), Bl. 209.

Allerdings enthielt der erste Nachtrag auch Schriften von bei Stalin in Ungnade gefallenen Autoren wie Leo Trotzki, Fjodor Iwanowitsch Schaljapin oder Grigorij Bessedowsky,³⁵² zudem Ausgaben von Martin Luthers Schriften über das Judentum und Veröffentlichungen deutscher Autoren (z. B. Emil Ludwig, Ernst Niekisch und Peter Sachse), die mit dem Nationalsozialismus in Konflikt geraten waren, oder deren Schriften die Nationalsozialisten ihrerseits schon verboten hatten. Auch ausländische faschistische oder antisemitische Autoren, deren Fehlen in der Hauptliste sogar westdeutsche Zeitungen beklagt hatten, fanden sich nun im ersten Nachtrag. Verboten war außerdem Band IV der Neuen Deutschen Biographie, weil dort der Eintrag über Joseph Goebbels vom früheren Mitarbeiter des Propagandaministeriums Wilfried Bade verfasst worden war.³⁵³ Hatte die vermeintlich laxen Zensurpraxis der Deutschen Bücherei für Kritik in westdeutschen Printmedien gesorgt, sahen einzelne Zeitungen das strengere Vorgehen nun mitunter als Ausweis einer zunehmenden Sowjetisierung der SBZ,³⁵⁴ worin sich die allmähliche Verschiebung der Wahrnehmung durch die Brille des heraufziehenden Kalten Krieges widerspiegelt. Allerdings waren dies noch Ausnahmen. Der Großteil der kritischen Stimmen richtete sich gegen die Bewertung einzelner Autoren, dies jedoch stets in einem betont nationalen Kontext ohne Verweis auf Ost-West-Differenzen. Insbesondere bei westdeutschen Buchhändlern wurde die Liste samt ihrem ersten Nachtrag überwiegend positiv als ideologiefreies Nachschlagewerk aufgenommen,³⁵⁵ das im Gegensatz zu der in der amerikanischen Zone parallel veröffentlichten Musterliste, die etwa 1.000 Titel enthielt, ein Mehr an Sicherheit bei der Aussonderung bot³⁵⁶ und mitunter sogar als »weniger kleinlich« erachtet wurde.³⁵⁷

Seit Frühjahr 1947 arbeitete die Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei bereits am zweiten Nachtrag. Dabei waren nun auch die rund eine Million Titel aus der Zeit von vor 1933 inhaltlich zu bewerten, was zuweilen bis zu 60 Biblio-

352 17962 ausgesonderte Bücher in der Sowjetzone, in: Die WELT vom 25.3.1947, o.S.

353 Entnazifizierung der Literatur. Ein Nachtrag zum neuen Index, in: Der Tagesspiegel vom 9.5.1947, o.S.

354 So etwa bei Martin Luther auf dem Index, in: Das andere Deutschland vom 25.10.1947, o.S.

355 Helga Meiner, Liste der auszusondernden Literatur, in: Mitteilungen des Landesverbandes des Bayerischen Buchhandels vom 15.5.1947, o.S.

356 Zur kritischen Bewertung der von den Amerikanern herausgegebenen »Illustrative List of national socialist and militarist literature« in den Westzonen vgl. Der böse Index, in: Weser-Kurier vom 17.7.1946, o.S.; »Liste der 1000«, in: Die Neue Zeitung vom 12.7.1946, o.S.; Tausend Titel auf dem Index. Verbotene Bücher für die US-Zone werden eingezogen, in: Frankenpost vom 20.7.1946, o.S.

357 Wilhelm H. Lange (Offenbach am Main) an Heinrich Uhlendahl, 17.6.1946, ADNBL, 154/5, VIII, Bl. 64.

thekare beschäftigte.³⁵⁸ Die bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Kriterien zur Bestimmung von nationalsozialistisch belasteten Schriften ließen sich dabei freilich nicht mehr ohne weiteres anwenden. So kam es in der Arbeit der Bibliothekare bald zu einem beträchtlichen Rückstau. Erst an diesem Punkt wurde die Buchprüfungskommission der DZVV aktiv. Diese sollte nun über 40.000 Grenzfälle befinden. Allerdings verstand es die Kommission trotz ihrer unmittelbaren Anbindung an die DZVV nicht als ihre Aufgabe, einheitliche Richtlinien festzulegen. Zudem trat sie insgesamt nur dreimal zusammen. In der ersten dreitägigen Sitzung im Oktober 1947 diskutierte man nur Fälle, in denen gegen die Aussonderung Einspruch erhoben worden war. Dabei waren die Mitglieder bei ihrem Votum immer auf die Urteile der Bibliothekare der Deutschen Bücherei angewiesen, die nach ihren eigenen internen Bewertungskriterien entschieden, sodass die Kommission letztlich nur bedingt als Kontrollinstanz wirken konnte. Zudem verstanden sich die Bibliothekare als politisch neutral und begründeten ihre Entscheidungen ausschließlich auf der Basis der von den Alliierten gesetzten Normen. Deshalb einigten sich die Kommissionsmitglieder schon in der ersten Sitzung am 25. Oktober 1947 auf eine differenzierte Behandlung umstrittener Schriften, die nach Maßgabe der alliierten Befehle als unbedenklich einzustufen waren, für die Volksbildung aber als unerwünscht galten. Hier war es sogar der ansonsten so eifrig auf eine Aufweichung der Unterschiede zwischen wissenschaftlichen und Volksbibliotheken hinarbeitende Erich Schröter, der vorschlug, solche Titel in einer neuen internen Liste festzuhalten, die ausschließlich für Volks-, Leih- und Werksbüchereien gültig sein sollte. Offenbar reagierte Schröter damit auf zunehmende Kritiken von Volksbibliothekaren, denen die Liste der auszusondernden Literatur nicht weit genug ging.³⁵⁹ Paradoxe Weise war es nun Uhlendahl, der gegenüber dieser abwägenden Vorgehensweise Bedenken anmeldete und darauf verwies, »dass die Absetzung eines Buches von der Liste das Augenmerk weiter Kreise auf dieses Buch lenke«.³⁶⁰ So blieben Bücher, die selbst Schröter als für die Liste der auszusondernden Literatur ungeeignet empfand, etwa Leopold Webers »Asgard. Die Götterwelt unserer Ahnen«, vorerst auf dem Index. War man sich gänzlich uneinig, was nur selten vorkam, so wurde das betreffende Buch, unter anderem sogar Hans Grimms »Volk ohne Raum«, noch einmal begutachtet. Strenger wurde auf Betreiben Kurt Wehners, dem früheren Schriftleiter der Leipziger Lehrerzeitung, sächsischen Schulinspektor

358 Heinrich Uhlendahl an den Zentralverlag Berlin, 12.9.1947, ADNBL, 614/0/0, Bl. 142.

359 Ferret, Die Zensur in den Bibliotheken der DDR, S. 390.

360 Niederschrift über die 1. Sitzung der Buchprüfungskommission der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone bei der Deutschen Bücherei in Leipzig, 23.-25. Oktober 1947, BArch, DR 2/622, Bl. 255.

und in der Weimarer Zeit Mitglied der SPD,³⁶¹ allerdings Jugendliteratur behandelt, auch wenn diese keine explizit nationalsozialistischen Inhalte transportierte, den Wertvorstellungen der Zeitgenossen aber entgegenstand. So sprach sich etwa Wehner für die Indizierung der Schrift »Peter auf der Hamsterfahrt« (Mathias Ludwig Schroeder) aus, obgleich das Buch von den Nationalsozialisten sogar verboten worden war. Das Buch schilderte aber die Erlebnisse eines jugendlichen »Rowdies« und thematisierte Topoi wie »Betrug auf der Eisenbahn, Verhöhnung der Polizei, Anleitung zum Diebstahl usw.«, was, so Wehner, »den Zusammenhang mit der Hitlerjugend und ihren Auswüchsen erkennen« lasse.³⁶² Unabhängig davon lassen sich aber keine Muster identifizieren, die auf eine SBZ-spezifische Zensurpraxis hindeuten. Verhandeltbar war nach wie vor die Schwere verbaler Verbeugungen gegenüber den Nationalsozialisten, »antibolschewistische« Äußerungen wurden dagegen strenger, gleichwohl nicht kategorisch, gehandhabt.³⁶³ Selten kam es dabei sogar vor, dass sowjetische Stellen die Aussonderung einzelner Titel russischer Autoren wie Boris Belonoschkins »Biologie der menschlichen Spermatozoen im Konzeptionsgeschehen« verlangten.³⁶⁴ Gleichwohl legte die Kommission bereits in ihrer ersten Sitzung den Grundstein für die spätere Praxis des Sekretierens in der DDR, die es – unabhängig von der späteren Zensurpraxis innerhalb des Ministeriums für Kultur – in die Hand der Bibliotheken legte, bestimmte wissenschaftliche Werke und Lehrbücher (auch Militaria) als »halbgeheime« Schriften nur an Wissenschaftler auszugeben.³⁶⁵ Auch der innerhalb der Kommission gefundene Modus, die Berliner Liste für Volksbüchereien vom Frühjahr 1946 intern zu erweitern, ermöglichte das Nebeneinanderher-Bestehen von zwei Bewertungssystemen, die in etlichen Fragen stark voneinander abwichen. Von 192 für die interne Liste vorgesehenen

361 Rainer Bölling, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1919-1933, Göttingen 1978, S. 151; Marjorie Lamberti, *The Politics of Education. Teachers and School Reform in Weimar Germany*, New York/Oxford 2002, S. 142, 230.

362 Niederschrift über die 1. Sitzung der Buchprüfungskommission der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone bei der Deutschen Bücherei in Leipzig, 23.-25. Oktober 1947, BArch, DR 2/622, Bl. 256.

363 So fiel Curt Fleischhacks Votum über Romane des früheren russischen Diplomaten in Berlin Alexander von Andreevsky, der seine Antipathien gegenüber den »Bolschewisten« keineswegs versteckte, differenziert aus, dennoch landeten sie allesamt auf dem zweiten Nachtrag der Liste der auszusondernden Literatur. Vgl. Curt Fleischhack an Erich Schröter, 10.11.1947, ADNBL, 614/1/3, A-B, Bl. 44.

364 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an die Buchprüfungskommission der DB, 17.11.1947, SächsHStAD, 11401, 1726, unfol.

365 Niederschrift über die 1. Sitzung der Buchprüfungskommission der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone bei der Deutschen Bücherei in Leipzig, 23.-25. Oktober 1947, BArch, DR 2/622, Bl. 259.

Titel, die Erich Schröter den Leipziger Bibliothekaren im Dezember 1947 zur Begutachtung meldete, stuften Letztgenannte nur 105 als für die offizielle Liste geeignet ein.³⁶⁶ Wissenschaftliche Fachzeitschriften, Gesetzestexte, Tageszeitungen, aber auch einzelne wissenschaftliche Werke ließ man im Einvernehmen mit Theodor Brugsch unterdessen von Fachwissenschaftlern begutachten, deren Auslese man den Rektoren bzw. Dekanen der Universitäten überließ.³⁶⁷ Auch hierbei wurden die Urteile überwiegend von wiedereingestellten Professoren gefällt, deren wissenschaftliche Sozialisation in die Zeit vor 1945 fällt. So beurteilte etwa der Historiker Johannes Kühn, der von 1928 bis 1946 ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Dresden gewesen war, 1946 wegen einer inkriminierten Schrift entlassen wurde, bereits 1947 aber eine Professur für Neuere Geschichte in Leipzig erhielt, Gerhard Ritters »Machtstaat und Utopie« von 1940, gegen dessen Aussonderung sich auch andere Historiker ausgesprochen hatten, und das letztlich nicht auf die Liste kam.³⁶⁸

In der zweiten Sitzung Ende Januar 1948 wurde schließlich deutlich, dass man nicht einmal für die 40.000 Grenzfälle einheitliche Kriterien zu formulieren imstande war. Vielmehr legten die Kommissionsmitglieder auch hier unterschiedliche Maßstäbe fest. Aber auch dabei stießen sie an ihre Grenzen. So blieben die Festlegungen am Ende trotz aller Differenzierungen für 31 Literaturgattungen vage und ließen in der Praxis einigen Interpretationsspielraum, machten die Entscheidungen der Bibliothekare aber auch immer wieder angreifbar, denn die Dimension einer NS-Belastung blieb letztlich dem subjektiven Urteil überlassen. So galten etwa Fachzeitschriften mit einem nationalsozialistisch motivierten Artikel als unbedenklich, »wenn der zu beanstandende Beitrag im Verhältnis zum Gesamtumfang nicht zu umfangreich ist«, Briefsteller und stenographische Lehrbücher wurden indes verboten, wenn sie »nationalsozialistische Redensarten«, etwa auch den Hitlergruß, enthielten. Amts- und Verordnungsblätter, die Gesetze und Anordnungen der Nationalsozialisten abdruckten, waren wiederum nicht auszusondern. Bei Romanen war dagegen weniger die Anzahl der NS-spezifischen Begriffe entscheidend, sondern die »literarische Qualität des Buches und des Schriftstellers«, bei Anthologien war wiederum der transportierte Leitgedanke ausschlaggebend. Weitreichende Spielräume gab man den Leipziger Bibliothekaren, welche die vagen Kriterien schließlich anzuwenden

366 Pahner, Handschriftliche Notiz, Schröter-Liste II, 30.1.1948, ADNBL, 614/3/1, A-B, Bl. 120.

367 Heinrich Uhlendahl, Bericht über den Stand der Arbeiten zur Aussonderung der nationalsozialistischen, militaristischen und alliiertenfeindlichen Literatur, 4.11.1947, ebd., Bl. 168; Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an die DZVV, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, 27.11.1947, SächsHStAD, 11401, 1726, unfol.

368 Johannes Kühn, Gutachten über die Schrift von G. Ritter »Machtstaat und Utopie«, o.D., ADNBL, 614/2, Bl. 89.

hatten, zudem bei Lehrbüchern für die Berufs- und Erwachsenenbildung, militärischer Literatur, Büchern über Wehrmedizin und Schriften zum Versailler Vertrag, sofern diese nicht offensiv zum Revanchekrieg aufriefen.³⁶⁹

Dass die Kommission letztlich an zwei verschiedenen Bewertungssystemen festhielt, hatte mit der ursprünglich gesamtdeutschen Ausrichtung der Liste, die bei der Hauptliste und dem ersten Nachtrag noch eine tragende Rolle gespielt hatte, nichts mehr zu tun. Die Liste war zwar auch in den westlichen Besatzungszonen zum Einsatz gekommen, dort waren die Säuberungsaktionen aber aus unterschiedlichen Gründen nach kurzer Zeit beendet worden,³⁷⁰ sodass der zweite Nachtrag, der im September 1948 mit 9.906 Titeln erschien, dort schon gar keine Rolle mehr spielte und entsprechend von den Medien auch nicht mehr wahrgenommen wurde. Nun ging es vornehmlich darum, einen Kompromiss zwischen volksbildnerischen und wissenschaftspolitischen Zielen zu finden, wobei die Universitäten, an denen alte Eliten noch einen starken Einfluss ausübten, häufig gegen ein Totalverbot wissenschaftlicher Literatur votierten. Zur gleichen Zeit zeigten sich amtliche Stellen, in deren Fokus immer mehr die »sozialistische Umgestaltung« unter Führung der sich zunehmend als stalinistische Partei gerierende SED rückte,³⁷¹ mit den erzielten Ergebnissen unzufrieden. So richtete sich deren Kritik in erster Linie nicht mehr gegen die Zensurpraxis bei nationalsozialistischen, militaristischen und antisemitischen Schriften, sondern gegen die Behandlung alliiertenfeindlicher, imperialistischer bzw. kolonialpolitischer und juristischer Schriften, die von der Kommission bislang eher nachrangig behandelt worden waren.³⁷² Nur einen Monat nach der zweiten Kommissionsitzung vom Januar 1948 sprach sich Theodor Brusch für die Auflösung der Kommission und die Ersetzung durch eine neue, unmittelbar dem Kulturellen Beirat der DZVV unterstellte Kommission aus.³⁷³ Verwirklicht wurde dieser Vorschlag,

369 Niederschrift über die 2. Sitzung der Buchprüfungskommission der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone bei der Deutschen Bücherei in Leipzig am 27. und 28. Januar 1948, ADNBL, 614/5, Bl. 70-82.

370 In der amerikanischen Zone waren Säuberungsaktionen in Bibliotheken schnell beendet worden, weil die Methode dem demokratischen Umerziehungskonzept entgegenstand und es in der US-amerikanischen Öffentlichkeit zu heftiger Kritik an den Beschlagnahmungen gekommen war. Vgl. Maritta Hein-Kremer, *Die amerikanische Kulturoffensive 1945-1955*, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 141 f.

371 Vgl. hierzu Andreas Malycha, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953*, Paderborn u.a. 2000; Frank Hirschinger, »Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter«. *Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918-1953*, Göttingen 2005.

372 Statistik zur Arbeit der Schriften-Prüfkommission, Stand: 10. August 1948, ADNBL, 347/0, Bl. 17.

373 Theodor Brusch an die Abteilung Kunst und Literatur der DZVV, 16.2.1948, BArch, DR 2/1031, Bl. 17; DZVV, Abt. Kunst und Literatur, an den Präsidenten Paul Wandel, 25.2.1948, Ebd., Bl. 18.

offenkundig aus arbeitspraktischen Gründen, jedoch nicht. Stattdessen berief Erich Schröter vier neue Kommissionsmitglieder, die fachlich versierten, international anerkannten und der sozialistischen Utopie gegenüber positiv (wenn auch nicht unkritisch) eingestellten Professoren der Universität Leipzig Walter Markov (Geschichtswissenschaft), Friedrich Behrens (Wirtschaftswissenschaft) und Hans Mayer (Literaturwissenschaft), sowie den Lektor für politisch-ideologische Fragen im Verlag Volk und Wissen I.M.Lange (eigentlich Hans Lange).³⁷⁴ Die Buchprüfungskommission der DZVV tagte am 28. Juli 1949 zum letzten Mal, wobei die neuen Mitglieder allesamt wegen anderweitiger Verpflichtungen fehlten.³⁷⁵ Lediglich Markov hatte sich vertreten lassen. Deren Aufgabe lag in der Beurteilung der noch verbliebenen Grenzfälle (zu diesem Zeitpunkt noch etwa 4.000). Die Sitzung selbst stand unter dem Druck, das bereits zu einem nur noch schwer handhabbaren Monstrum aufgeblähte Projekt möglichst schnell zu einem Abschluss zu bringen. Entsprechend wenig Raum blieb für Diskussionen, wie sie die beiden vorangegangenen Sitzungen geprägt hatten. Im Zentrum der als prioritär behandelten Frage der Grenzfälle standen jetzt nur noch Literaturgattungen mit »antibolschewistischen« Stellen. Auch hierbei machten die Mitglieder deutliche Unterschiede zwischen Unterhaltungs- und wissenschaftlicher Literatur. So war bei Letztgenannter nicht unbedingt entscheidend, wie schwer eine Äußerung wog, sondern vielmehr, ob bereits oder in absehbarer Zeit Ersatzwerke vorliegen würden. Im Zweifelsfall entschied man sich dafür, die Schriften als »halbgeheim« einzustufen. Dadurch sollte vermieden werden, den Wissenschaftsbetrieb lahmzulegen, denn ein generelles Verbot hätte die Aussonderung aus sämtlichen wissenschaftlichen Bibliotheken zur Folge gehabt. Auch bei Fachzeitschriften galt das Prinzip. Das hieß aber auch, dass man in der Praxis mit »antibolschewistischer« Literatur, der zunehmenden Stalinisierung zum Trotz, ähnlich abwägend umging wie mit nationalsozialistischem Schrifttum. Einen Sonderfall stellten »antifaschistische« Zeitschriften dar, die »antisowjetische« Aufsätze enthielten. Hierzu sollten Einzelfallentscheidungen in Ost-Berlin getroffen werden. Als zweiter zentraler Punkt wurden die zur Begutachtung an Leipziger Wissenschaftler abgegebenen Grenzfälle aus den letzten Sitzungen entschieden, wobei man sich den Voten der Experten anschloss, auch wenn die Bibliothekare anderer Ansicht waren. So führte das Urteil Hans Mayers über Hans Grimms »Volk ohne Raum« und Gerhard Ritters »Machtstaat und Utopie« nun zum generellen Verbot beider Schriften, obgleich Uhlendahl im letztgenannten Fall gegenteilig argumentiert hatte. Mayer hatte das Buch dagegen

374 DZVV, Ref. Bibliothekswesen, Erich Schröter, 30.6.1949, ADNBL, 614/5, Bl. 99-102.

375 Niederschrift über die 3. Sitzung der Buchprüfungskommission der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone bei der Deutschen Bücherei in Leipzig am 28. Juli 1949, BArch, DR 2/616, Bl. 10-16.

nicht mehr vorrangig nach dem Kriterium der NS-Belastung bewertet, wie dies zuvor noch geschehen war, sondern unter Maßgabe des zukünftigen Nutzens des Buches. Er habe das Buch in einem Seminar mit Studenten diskutiert und sei zu der Einsicht gekommen, dass Ritters Darstellung von Thomas Morus nicht dafür geeignet sei, die »Bedeutung des Morus unter den Vorläufern zum utopischen Sozialismus« herauszustellen.³⁷⁶ Freilich hingen solche Bewertungen noch immer vom subjektiven Urteil der Professoren ab und spiegeln keine Wende in der Zensurpraxis wider. Bei Carl Brinkmanns »Der englische Wirtschaftsliberalismus«, das zunächst für ein Verbot vorgesehen war, entschied man sich auf der Grundlage des Urteils des Leipziger Professors Gerhard Menz (Buchhandelslehre, Wirtschaftswissenschaften) für eine Absetzung von der Liste. Selbst bei schwerwiegenden Altlasten, wie »Trübners Deutsches Wörterbuch«, das einem Gutachten Arthur Werners zufolge fast 200 zu beanstandende NS-belastete Stellen aufwies,³⁷⁷ wurde für eine nochmalige Prüfung durch einen Wissenschaftler der Leipziger Universität votiert. Infolge eines Gutachtens des Germanisten Theodor Frings kam das Wörterbuch schließlich auf die »Liste B«. ³⁷⁸

Es war unübersehbar, dass der Fokus auf nationalsozialistische Inhalte nun zusehends dem Blick auf politische Gegenwartsfragen wich.³⁷⁹ So veranlasste die DZVV im April 1948 auf dem Verwaltungswege die Aussonderung »opportunistischer und trotzkistischer« Schriften, deren Autoren in der Sowjetunion als »Volksfeinde« verfeimt waren, darunter auch Ausgaben von Rosa Luxemburg, die wegen eines Vorwortes des ehemaligen Reichstagsabgeordneten der KPD Paul Frölich, der wegen seiner reformerischen Haltung Ende der 1920er Jahre aus der Partei ausgeschlossen worden war, ausgesondert werden musste. Auch ganze Zeitschriften, wie das Jahrbuch der Arbeiterbewegung oder der Almanach der Kommunistischen Internationale waren von dem Verbot betroffen.³⁸⁰ Diese Verbotsliste galt ausdrücklich auch für wissenschaftliche Bibliotheken.³⁸¹

Auch juristisches Schrifttum, vor dessen Pauschalbewertung die Leipziger Bibliothekare bis dato abgesehen hatten, wurde nun vor allem unter Maßgabe

376 Hans Mayer an die Schriftenprüfungskommission der Deutschen Bücherei, 20.7.1949, ADNBL, 614/5, Bl. 120.

377 Abschrift eines Briefes des Rates der Stadt Leipzig, Amt für Buch- und Bibliothekswesen an Walter de Gruyter & Co., Leipzig, 26.11.1948, ADNBL, 614/3/1, G-L, Bl. 82; Auflistung der bedenklichen Stellen in ADNBL, 614/2, H-O, Bl. 307f.

378 Germanistisches Institut der Universität Leipzig, Prof. Theodor Frings, an Heinrich Uhlendahl, 11.11.1949, ADNBL, 614/3/1, G-L, Bl. 81.

379 Ferret, Die Zensur in den Bibliotheken der DDR, S. 392.

380 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an die wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes Sachsen, 19.4.1948, SächsHStAD, 11401, 1824, unfol.

381 DZVV, Präsident Wandel, an die Volksbildungsministerien Weimar, Dresden, Halle, Potsdam und Schwerin, 7.4.1948, DR 2/616, Bl. 44f.

des künftigen Nutzens für den »Aufbau des Sozialismus« bewertet. Dies geschah allerdings nicht auf dem Verwaltungswege, sondern in einer internen Besprechung mit Hans Nathan, der seit August 1948 die Abteilung Gesetzgebung in der Zentralverwaltung für Justiz leitete. Das am 18. Mai 1949 in der Deutschen Bücherei geführte Gespräch spiegelt nicht nur das Hin und Her zwischen strengen Verbotskriterien und der Gefahr des wissenschaftlichen Stillstandes wider, sondern ist zugleich eine hervorragende Quelle für die Transformation des NS-Rechtes, das ja immer auch ein Instrument der Rasse- und Volkstumspolitik gewesen war, und das Rechtsverständnis des für die Rechtsentwicklung in der SBZ/DDR wichtigen Nathan, der bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1966 wichtige Positionen in Politik und Wissenschaft besetzte.³⁸² Dem Volljuristen Nathan galten Rechtsnormen, bis auf Militärrecht, *sui generis* als unpolitisch, erst deren Auslegung machte diese zu politischen Instrumenten. Andere Großgesetze wurden dagegen einzeln danach beurteilt, ob die Rechtsnormen für die Gegenwart nützlich waren, dies auch unabhängig davon, ob die Gesetze durch die Alliierten verboten worden waren. Generelle Verbote waren dabei selten, die meisten Gesetze (und zum Teil auch Kommentare) wurden als »halbgeheim« eingestuft und blieben damit Grundlage für die künftige Rechtsentwicklung – so etwa die Deutsche Gemeindeordnung von 1935, die Nathan zufolge als »noch nicht völlig überholt« galt, oder das Tarifvertragsrecht, das an die Stelle von betrieblich vereinbarten Tarifverträgen gesetzlich erlassene Tarifordnungen gesetzt hatte, von Nathan zwar als »reaktionär«, aber als nicht nazistisch gekennzeichnet wurde. Nichts einzuwenden hatte Nathan gegen das Reichserbhofgesetz von 1933, dessen »zu Grunde liegende Idee [...] keineswegs neu und nazistisch im engeren Sinn« gewesen sei, obwohl die sich daraus ergebende Möglichkeit, Bauernwirtschaften dem kapitalistischen Markt zu entziehen, eng mit der Blut- und Boden-Ideologie der Nazis verknüpft gewesen war. Auch beim Bürgerlichen Gesetzbuch müsse man keine »Bilderstürmerei« betreiben, zumal die neu ausgebildeten Volksrichter einen wirksamen »Schutz vor Auswüchsen« garantierten. Selbst das 1938 eingeführte Ehegesetz, das Scheidungen aus rassistischen Gründen erleichterte, sei bis auf den Paragraphen 4 (»Blutsverschiedenheit«) als völlig unbedenklich anzusehen. Paragraph 5 etwa, der das Verbot von Eheschließungen »aus Gründen der Volksgesundheit« regelte, galt nicht als anstößig. Sogar Rechtsnormen, die von den Nazis auf annektierten Territorien erlassen worden waren, galten Nathan nicht von vornherein als verbotswürdig. Entscheidend war hier vielmehr, ob diese der »Verwaltung« oder der »Ausräuberung« der besetz-

382 Hans Nathan wirkte in den 1950er Jahren maßgeblich an der Entwicklung des Zivil-, Familien- und Zivilprozessrechtes mit. Seit 1955 war er Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für Staats- und Rechtswissenschaft beim Staatssekretariat bzw. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Vgl. Dirk Breithaupt, Art. »Nathan, Hans«, in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 745.

ten Gebiete gedient hätten. Sämtliche Gerichtsentscheidungen, die Loseblattsammlung »Schönfelder«, Amts- und Verordnungsblätter, Arbeitsberichte der Akademie für deutsches Recht, Lehrbücher und Monographien sowie Schriften zum Vierjahresplan blieben als »halbgeheime« Publikationen ebenfalls vollumfänglich der Forschung erhalten, reine (gebundene) Gesetzessammlungen wurden sogar ganz von der Verbotsliste gestrichen.³⁸³

Von der mehrgleisigen Zensurpraxis profitieren konnten vor allem wissenschaftliche Bibliotheken. Demgegenüber nützte die Arbeit der Deutschen Bücherei kleineren Leihbüchereien und (Verlags-)Buchhandlungen kaum etwas. In der Stadt Leipzig wurde die Liste der auszusondernden Literatur zwar als Quelle zur Entscheidung von Lizenzierungsanträgen herangezogen, die Behörden aber stufte in vielen Fällen wesentlich mehr Verlagstitel als »vermutlich untragbar« ein als die Leipziger Bibliothekare es getan hatten.³⁸⁴ Leihbüchereien und Buchhandlungen waren zudem immer wieder spontanen Eingriffen durch örtliche Stellen ausgeliefert, die für Verunsicherung und Unmut sorgten.³⁸⁵ Nahezu täglich erreichten die Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei im Nachgang solcher Aktionen Schreiben von Inhabern betroffener Einrichtungen, die die Bibliothekare um Vermittlung oder eine kompetente verbindliche Entscheidung baten.³⁸⁶ Den Betroffenen ging es dabei keineswegs um die Verteidigung von Kulturgut, sondern schlicht um die Vermeidung wirtschaftlicher Schäden. Man war bereit, jede Entscheidung zu akzeptieren, wenn diese ein Mehr an Sicherheit erbrächte. Selbst SED-Mitglieder erbosten sich über die willkürlichen Enteignungen, die immer mit Existenzangst einhergingen. In ihren Antwortschreiben verwiesen die Bibliothekare der Schriften-Prüfstelle jedoch immer wieder darauf, dass ihnen ein Urteil über »Maßnahmen der lokalen Volksbildungsämter« nicht zustehe.³⁸⁷ Auch nur der Verdacht von Kompetenzübertretungen konnte für die Bibliothekare negative Konsequenzen haben. Bis zum Januar 1950 hatte die Deutsche Bücherei den betroffenen Personen zumindest Auskünfte darüber

383 Bericht über den Verlauf der Besprechung am 18.5.1949 betreffend die Behandlung des juristischen Schrifttums im Hinblick auf die Liste der auszusondernden Literatur, ADNBL, 614/0/0, Bl. 252-258.

384 Vgl. die statistischen Erhebungen des Volksbildungsamtes der Stadt Leipzig in StadtAL, 9302, Bl. 10, 19.

385 So legte etwa die Kriminalpolizei Oelsnitz dem dortigen Rat der Stadt immer wieder Bücher zur Begutachtung vor, die bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmt worden waren, weil sie auf der offiziellen Liste nicht zu finden waren. Die Deutsche Bücherei hatte deshalb immer wieder zusätzliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Vgl. Kreisrat Oelsnitz, Volksbildung und Büchereien, an die Deutsche Bücherei, 9.6.1948, ADNBL, 614/3/1, Bl. 17.

386 Curt Fleischhack an Heinrich Uhlendahl, 26.3.1949, ADNBL, 614/0/0, Bl. 194.

387 Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei an Erna Förster, 26.6.1947, ADNBL, 614/3/2, A-H, Bl. 108.

gegeben, ob die beschlagnahmten Bücher auf einer der internen Listen standen. Nun aber musste sich Curt Fleischhack gegenüber Ost-Berlin erklären, weil die Deutsche Bücherei in den Verdacht geraten war, Verkaufsgenehmigungen für Einzeltitel auszustellen. Eine Thüringer Verlegerin hatte das zuständige Volksbildungsministerium um Verkaufsgenehmigungen ersucht, war von dort aus aber an verschiedene Instanzen weitergereicht worden. Die Schriften-Prüfstelle, bei der die Verlegerin ebenfalls mehrfach vorgespochen hatte, hatte zu vermitteln versucht, indem die Bibliothekare noch einmal selbst in Weimar nachfragten. Das Schreiben war der Verlegerin in Abschrift zugegangen, was diese aber offenkundig als Verkaufsgenehmigung wertete. Seither wurden sämtliche Gesuche an die Deutsche Bücherei kommentarlos nach Ost-Berlin weitergereicht.³⁸⁸ Indes kam es immer wieder vor, dass sich örtliche Volksbildungsämter von der Zensurarbeit der Deutschen Bücherei völlig unbeeindruckt zeigten und eigene Verbotlisten herausgaben. Im Februar 1948 etwa hatte das Chemnitzer Volksbildungsamt eine Liste mit 175 deutschen Autoren herausgegeben, deren Schriften ausnahmslos auszusondern waren. Entrüstet über den »sehr spürbaren Eingriff in die kümmerlichen Restbestände unserer Literatur« hatte sich ein Buchhändler an den Börsenverein gewandt und um Aufklärung gebeten, denn die Sache kam ihm reichlich seltsam vor. Die Autorennamen waren »vollkommen falsch geschrieben« und überhaupt schien es, als wäre die Liste »von keinem besonders geeigneten Literaturkenner« zusammengestellt worden.³⁸⁹ Der Rat der Stadt Chemnitz musste, nachdem der Börsenverein das Sächsische Ministerium für Volksbildung auf die Praxis aufmerksam gemacht hatte, die Liste schließlich zurücknehmen.³⁹⁰ Ein ähnlicher Fall ereignete sich nur wenige Monate später in Werder/Havel.³⁹¹ In Mecklenburg-Vorpommern hatten Volksbibliothekare im Jahre 1951 eine interne Liste beschlossen, die weiteren Säuberungsaktionen in Volksbüchereien als Grundlage dienen sollte.³⁹² Der Börsenverein, der sich noch immer als Interessenvertretung des Buchhandels verstand, konnte freilich immer nur punktuell vermitteln. Am Ende hing es vom Willen der Volksbildungsministerien in den Ländern ab, ob lokal motivierte, dem Prinzip der Einheitlichkeit entgegenstehende Maßnahmen unterbunden wurden. Machtlos war man zudem gegen Aktionen, die direkt von Polizeibehörden ausgingen, die etwa

388 Curt Fleischhack an das Ministerium für Volksbildung, Erich Schröter, 14.1.1950, ADNBL, 614/3/1, A-B, Bl. 137.

389 Otto Koppe, Rob. Friese's Buchhandlung, an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler Leipzig, 6.2.1948, SächsStAL, 21766, 942, Bl. 51.

390 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Kunst und Literatur, an den Rat der Stadt Chemnitz, Volksbildungsamt, 21.2.1948, ebd., Bl. 50.

391 Aktenvermerk, am 31. August 1948 Besprechung mit Fräulein Plaetrich, Werder (Havel), 1.9.1948, ebd., Bl. 54.

392 Universitätsbibliothek Greifswald, Direktor Wilhelm Braun, an Heinrich Uhlen-dahl, 16.2.1951, ADNBL, 154/5, II, Bl. 423-425.

in Chemnitz trotz des Verbotes lokaler Listen weiterhin willkürlich Buchhandlungen schließen ließen.³⁹³

Nachdem die Buchprüfungskommission ihre Arbeit Ende Juli 1949 beendet hatte, waren noch rund 2.000 Grenzfälle verblieben, über die nun Universitätsprofessoren und politische Stellen befinden sollten.³⁹⁴ Dass die Kommission nicht mehr zusammentrat, um den letzten dritten Nachtrag der Liste der auszusondernden Literatur endgültig zu bearbeiten, lag trotz aller Differenzen und Verzögerungen weniger daran, dass die Behörden die Arbeit der Kommission nicht wertschätzten. Vielmehr verloren diese nach Gründung der DDR und Auflösung der Abteilung Volksbildung der SMAD selbst das Interesse an einem dritten Nachtrag. Ein gesamtdeutsches Projekt war die Liste ohnehin nicht mehr und der Aufwand, mit dem Wissenschaftler und Bibliothekare einzelne Titel begutachteten, stand kaum noch in einem adäquaten Verhältnis zum Ertrag. Der Historiker Walter Markov, der für die Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei Gutachten anfertigte, benötigte allein für acht Titel 50 Stunden und musste selbst immer wieder einräumen, dass seine Bewertungen nur subjektiv sein konnten.³⁹⁵ Als treibende Kraft, die vehement den Abschluss des dritten Nachtrages forderte, trat allenfalls noch das Referat Verlage, Buchhandel und Leihbüchereien des Ost-Berliner Magistrats auf, dem die Bearbeitung der »Liste Schröter« übertragen worden war, nachdem das Ministerium für Volksbildung 1951 die Zuständigkeit für das wissenschaftliche Bibliothekswesen, und damit die Deutsche Bücherei, verloren hatte.³⁹⁶ In einem informellen Gespräch mit Helmut Röttsch, dem seit 1950 amtierenden Verwaltungsleiter der Deutschen Bücherei, hatte eine Vertreterin des Staatssekretariats für Hochschulwesen, das nunmehr für wissenschaftliche Bibliotheken zuständig war, indes erklärt, dass sie einen dritten Nachtrag für »entbehrlich« erachte. Erich Schröter, der mit dem Verlust der Zuständigkeit für die Liste ebenfalls keine nennenswerten Anstalten mehr machte, auf das Projekt Einfluss zu nehmen, stimmte dem zu, machte aber deutlich, »dass ein gewisser Abschluss der Arbeit doch erwünscht sei«.³⁹⁷ Versuche Uhlendahls, die Buchprüfungskommission noch einmal ins Leben zu rufen, oder stattdessen einen Beauftragten des Staatssekretariats nach Leipzig zu

393 Aktenvermerk, 6.5.1949, SächsStAL, 21766, 942, Bl. 34.

394 Curt Fleischhack an die DZVV, Erich Schröter, 26.9.1949, ADNBL, 614/0/0, Bl. 199.

395 Karl-Marx-Universität Leipzig, Institut für Kultur- und Universalgeschichte, Walter Markov, an Heinrich Uhlendahl, 11.11.1950, ADNBL, 614/4, Bl. 122.

396 Magistrat von Gross-Berlin, Abt. Volksbildung, Amt Buch- und Büchereiwesen, Ref. Verlage, Buchhandel, Leihbüchereien, an die Deutsche Bücherei, 14.3.1951, ADNBL, 614/3/1, A-B, Bl. 163.

397 Curt Fleischhack, Aktennotiz, 17.8.1951, ADNBL, 614/0/1, Bl. 76.

entsenden, blieben aber sämtlich unbeantwortet.³⁹⁸ Im Haushaltsplan der Deutschen Bücherei war für die Schriften-Prüfstelle im Jahre 1951 ohnehin keine Stelle mehr vorgesehen, sodass die letzten Arbeiten nebenher erledigt werden mussten. In Ost-Berlin vertrat man unterdessen die Ansicht,

»... dass jedes Volksbildungsamt, jeder Bibliothekar, jeder Buchhändler in der DDR heute selbst in der Lage sein muss zu entscheiden, inwieweit ein Buch heute noch tragbar ist oder nicht bzw. ob ein Buch für einen bestimmten Zweck noch Verwendung finden darf.«³⁹⁹

Während man sich damit implizit eingestanden hatte, dass eine vollständige Liste illusorisch war, erschien der dritte Nachtrag endgültig erst im Dezember 1953,⁴⁰⁰ obgleich die noch verbliebenen Grenzfälle bereits Anfang 1952 allesamt bearbeitet worden waren.⁴⁰¹ Ein Grund hierfür war, dass das Ministerium für Volksbildung 1952 noch eine ganze Reihe von Titeln spontan auf dem Verwaltungswege verbieten ließ, darunter etwa Eugen Kogons »Der SS-Staat«, da Kogon »heute amerikanischer Agent« sei und »einige Unwahrheiten und Diffamierungen führender deutscher Widerstandskämpfer« erzähle. Die sich darin widerspiegelnde Verschärfung des Kalten Krieges zu Beginn der 1950er Jahre führte auch zu aus heutiger Sicht abstrusen Urteilen. So wurde etwa das 1950 in der DDR erschienene Buch Herbert Kürths »Alte und neue Brettspiele« zensiert, weil eine abgebildete Rautenmühle die Form eines Hakenkreuzes beinhaltet hätte, oder Ernest Thompson Setons Kinderbuch »Tito, die Geschichte einer Präriewölfin«, weil der Name der Titelheldin mit dem von Stalin geächteten jugoslawischen Staatschef übereinstimmte, obgleich der Autor bereits 1946 gestorben war und die Namensgleichheit lediglich auf einem Zufall beruhte.⁴⁰² Vor diesem Hintergrund sprach sich die Abteilung Propaganda des ZK der SED im April 1953 noch dafür aus, den Nachtrag »unter Berücksichtigung der heutigen Situation« unter Verschluss zu halten und lediglich 100 Abzüge für den internen Gebrauch herzustellen.⁴⁰³

398 Heinrich Uhlendahl an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen, 8.1.1952, ebd., Bl. 82.

399 Curt Fleischhack an den Rat der Stadt Erfurt, Dezernat Volksbildung, Abt. Kunst und Literatur, 25.9.1951, ADNBL, 614/3/1, Bl. 79.

400 Steigers, *Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei*, S. 247.

401 Helmut Röttsch an den Magistrat von Gross-Berlin, Amt für Buch- und Büchereiwesen, Kurt Brückmann, 17.01.1952, ADNBL, 614/3/1 (A-B), Bl. 177.

402 Zu den angeordneten Verboten vgl. SächsHStAD, 11401, 1841. Zum Verbot von »Tito, die Geschichte der Präriewölfin« vgl. Siegfried Lokatis, *Der zensierte Hund*, in: Monika Estermann u.a. (Hrsg.), *Buch-Kulturen. Festschrift für Reinhard Wittmann*, Wiesbaden 2005, S. 397-408.

403 ZK der SED, Abt. Propaganda, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 28.4.1953, ADNBL, 152a/1, Bl. 2.

Es wäre abschließend dennoch verfehlt, den dritten Nachtrag ausschließlich als Produkt des Ost-West-Konfliktes bzw. der Zensurpolitik der SED in der Hochphase des Stalinismus in der DDR zu bewerten. Ein wesentlicher Teil der hier aufgenommenen Schriften waren Grenzfälle, über deren Aufnahme in die Verbotsliste gerade nicht übergeordnete Behörden spontan, sondern die Bibliothekare im Rahmen der Vorgaben wissenschaftlich reflektiert entschieden. Auch permanente nachdrückliche Aufforderungen, bestimmte Bücher auf die Liste zu setzen, die zum Teil auch über die SED-Grundorganisation ihren Weg in die Schriftenprüfkommission fanden,⁴⁰⁴ ließen die Bibliothekare nicht davon abrücken, die Bücher am Ende noch einmal selbst zu überprüfen. Deren Fokus richtete sich dabei keineswegs allein auf »antibolschewistisches« Schrifttum. Vielmehr seien, so schätzte Uhlendahl nach Abschluss der Arbeiten der Schriften-Prüfstelle im September 1951, nicht einmal 20 Prozent der gelisteten Schriften wegen »antibolschewistischer« Inhalte auf den Index gekommen. Ein erheblicher Teil habe indes antisemitische Titel betroffen.⁴⁰⁵

In der Forschung ist die Liste der auszusondernden Literatur bislang eher als Spiegelbild für den »Übergang von der Entnazifizierung zur ›Eroberung der Kultur unter stalinistischen Vorzeichen.«⁴⁰⁶ interpretiert worden. Obwohl die Liste häufig Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden ist,⁴⁰⁷

404 SED-Betriebsgruppe, Der Schriftenprüfstelle zur Vorlage, 29.6.1950, ADNBL, 614/2, Bl. 95.

405 Heinrich Uhlendahl an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikation, Bibliotheken und Museen, 12.9.1951, ADNBL, 614/0/0, Bl. 212.

406 York-Gothart Mix, Das richtige Buch für den richtigen Leser und die falschen Bücher von Leo Perutz, Armin T. Wegner und Karl Kautsky. Öffentliches Bibliothekswesen, Volksbildung und Zensur in Ostdeutschland zwischen kulturpolitischer Entnazifizierung und Stalinisierung (1945-1953), in: Vodosek/Marwinski (Hrsg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, S. 117-131, hier S. 119.

407 Neben Mix, Das richtige Buch für den richtigen Leser, siehe auch Lutz Winckler, Kulturelle Erneuerung und gesellschaftlicher Auftrag. Zur Bestandspolitik der Öffentlichen Bibliotheken und Betriebsbüchereien in der SBZ und DDR 1945 bis 1951, Tübingen 1987, S. 6-17; Steigers, Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei; Riese, Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1945-1990; Greguletz, Der Beginn der stalinistischen Weichenstellung für das DDR-Bibliothekswesen, in: Vodosek/Leonhard (Hrsg.), Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965; Ferret, Die Zensur in den Bibliotheken der DDR; Hamann, Faschistische Literatur in deutschen Bibliotheken, in: Heukenkamp (Hrsg.), Schuld und Sühne? Zuletzt hat Ines Prodöhl, den Forschungsstand resümierend, die Liste der auszusondernden Literatur und deren Rolle für die Bereinigung von Bibliotheken und Buchhandlungen als »gut erforscht« gekennzeichnet. Vgl. Ines Prodöhl, Die Politik des Wissens. Allgemeine deutsche Enzyklopädien zwischen 1928 und 1956, Berlin 2011, S. 209f.

vermisst man eine differenziertere Bewertung, die die Akteure und deren Praktiken stärker in den Blick nimmt. Untersucht man diese, dann zeigt sich, dass es außer den vorgegebenen, aber eher nebulösen Kriterien zur Aussonderung belasteter Literatur keinen zentralen »Masterplan« gegeben hat. Vielmehr beruhte die Arbeit an den Listen auf lokalen Aushandlungsprozessen, in denen feste Kriterien weniger eine Rolle spielen, sondern stets der Blick auf den Einzelfall dominierte. Auch Verbote über den Verwaltungsweg, die 1948 zunahmen, aber immer punktuell blieben, schlossen nicht aus, dass die Schriften-Prüfstelle der Deutschen Bücherei weiterhin selbst über Grenzfälle entschied. Die Bibliothekare, die in diesem Netzwerk eine zentrale Rolle spielten, fühlten sich in erster Linie dem Berufsethos der Objektivität verpflichtet, indem sie jede Entscheidung mit den Bestimmungen der SMAD und des Alliierten Kontrollrates begründeten, diese aber nach eigenen Kriterien auslegten. Die vermutlich angestrebte Totalität der Buchsäuberungen blieb dagegen eine Illusion.

e.) Bibliothekare als Gesellschaftspolitiker? Buchausstellungen und Benutzungspolitik in der Deutschen Bücherei

Ungeachtet des aufbrechenden Ost-West-Konflikts beriefen sich wissenschaftliche Bibliothekare in der SBZ und den Westzonen nach wie vor auf eine gemeinsame berufliche Sinnwelt, die sie miteinander verband und in Kontakt hielt. Dennoch zeigten sich bereits frühzeitig erste Bruchlinien innerhalb des Berufsstandes, die aber keineswegs einseitig als Ausdruck des Ost-West-Konflikts zu werten sind. Vielmehr stellte der globale Konflikt der Ideologien im Mikrokosmos Deutschland Ressourcen und Orientierungsstrukturen bereit, welche die Reintegration zweier aus dem Nationalsozialismus hervorgegangener Erfahrungsgemeinschaften ermöglichten. In den Westzonen kehrten mehrheitlich wissenschaftliche Bibliothekare in leitende Positionen zurück, deren berufliche Biographien nicht durch das Zäsurjahr 1933 gebrochen worden waren. In der SBZ rückten dagegen vor allem ihre 1933 entlassenen Berufskollegen auf leitende Stellen. Beide Erfahrungsgemeinschaften gingen mit ihrem beruflichen Erbe unterschiedlich um. Dies lässt sich anhand der Debatten über die Figur des »objektiven Bibliothekars« nachzeichnen, die im Westen wie im Osten eine Neubestimmung erfuhr. In den Westzonen griff man dabei auf das weit in die Zeit vor 1933 zurückreichende kulturpessimistische Erklärungsmodell zurück. So machte der Direktor der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Hermann Tieemann (1899-1981), den erst der Beginn des Krieges 1939 aus dem bibliothekarischen Berufsleben gerissen hatte, auf der 1. Bibliothekarstagung der britischen Zone im Oktober 1946 deutlich, dass der wissenschaftliche Bibliothekar sich durch den Prozess der Technisierung und Spezialisierung der Wissenschaft zu sehr habe in eine passive Rolle drängen lassen. Nun solle er wieder selbst zum

aktiven Gestalter von Wissenschaft werden, indem er das Fach, das er einst studiert hatte, mit eigenen Erkenntnissen bereichere.⁴⁰⁸ Wurde im Westen damit ein kollektives Beschweigen der NS-Vergangenheit durch das übergeordnete Narrativ der »reinen Wissenschaften« gerechtfertigt, wollte man den Berufsstand in der SBZ durch aktive politische Aufbauarbeit vom Erbe des NS bereinigen. Heinrich Becker, der ehemalige Geschäftsführer der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen in Leipzig und von den Nazis entlassene Ministerialrat für Bibliotheks- und Volksschulwesen im Preußischen Kultusministerium, geißelte das Berufsethos der Objektivität in einem Aufsatz von 1948 als »Ausfluss einer tiefen Resignation« des gesamten Berufsstandes, der durch den Nationalsozialismus vollends ausgelugt worden sei.⁴⁰⁹ Ähnlich argumentierte Rudolf Hoecker, der während des Ersten Weltkrieges zum wissenschaftlichen Bibliothekar in der Preußischen Staatsbibliothek ausgebildet, in den 1920er Jahren zum Direktor der Berliner Universitätsbibliothek ernannt, von den Nazis 1933 entlassen und 1946 zum Direktor der ÖWB berufen worden war. Er machte seine Kollegen, ganz gleich ob Arbeiterkind oder bildungsbürgerlicher Herkunft, auf die Chancen aufmerksam, die sich dem Berufsstand nach dem Zusammenbruch in der SBZ darboten. Das weitverbreitete Bild, dass dem Bibliothekar »nur eine dienende Funktion zukomme«, die dem hohen Niveau der Ausbildung nicht entspreche, sei, so Hoecker, auch Ergebnis einer geringen Neigung wissenschaftlicher Bibliothekare, gegen diesen Missstand zu protestieren. Dass der Bibliothekar in der SBZ nicht mehr nur Verwaltungsfachmann, sondern auch »ein in der Öffentlichkeit stehender wissenschaftlicher Berater und Kritiker« sei, müsse als Chance verstanden werden:

»Wir wissenschaftlichen Bibliothekare müssen unsern Anspruch geltend machen, unsern Beitrag zur Förderung der Forschung und Beurteilung derselben allgemein anerkannt zu sehen.«⁴¹⁰

Man solle nun, so Hoecker, anstatt das überkommene Berufsethos der Objektivität hochzuhalten, aktiv mitwirken beim »Umsturz aller geistigen Werte«, etwa durch Mitarbeit im kulturellen Beitrag für das Verlagswesen, der über die Lizenzierung von Buchmanuskripten entschied. Die Bedeutung, die die SED dem Buch als Instrument der Erziehung zumaß, ging für ihn einher mit einer sich

408 Hermann Tiemann, Vom Beruf des Bibliothekars, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekars Tagung der britischen Zone in Hamburg vom 22.-24. Oktober 1946, Hamburg 1947, S. 137-146.

409 Heinrich Becker, Objektivität des Bibliothekars – Eine Tugend oder eine Schwäche?, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 61 (1948), Heft 5/6, S. 261-265, hier S. 264.

410 Rudolf Hoecker, Zwei Jahrgänge Zentralblatt für Bibliothekswesen, in: ebd., S. 257-261, hier S. 258.

bietenden Chance zur Umdeutung und Aufwertung des Berufsstandes. Ein weiteres Mittel, das wissenschaftlichen Bibliothekaren zu neuem Prestige verhelfen sollte, sah Hoecker in »regelmäßigen großen Ausstellungen«, mit denen die »enge Gebundenheit aller geistesgeschichtlichen Phänomene an die jeweilige gesellschaftliche Struktur ganz besonders deutlich« werde.⁴¹¹ Anders als die herkömmliche Form der »buchhändlerisch-historischen«, sollten nun »kinetisch-wissenssoziologische« Ausstellungen vom jeweiligen gesellschaftlichen Standpunkt ausgehen. Auch SMAD und SED maßen Buchausstellungen in diesem Sinne eine hohe Bedeutung bei, um »Kreise, die dem wissenschaftlichen Buch noch fernstehen, zu gewinnen.«⁴¹² Buchausstellungen waren in der SBZ damit gleichermaßen ein Instrument der sozialistischen Gesellschaftspolitik und ein Mittel zur Selbstbereinigung des Berufsstandes der wissenschaftlichen Bibliothekare.

Diese Aufforderung war keineswegs exkludierend, sondern sollte auch Bibliothekare integrieren, deren berufliche Karrieren durch den Nationalsozialismus nicht unterbrochen worden waren. Auch Heinrich Uhlendahl knüpfte hieran an. Allerdings weniger als Chance zur Selbstbereinigung, sondern vielmehr als Ressource zur Beförderung eigener institutioneller und beruflicher Interessen geriet das Objekt Buch bereits 1946 in den Fokus Uhlendahls, der schon kurz nach seinem Eintritt in die Deutsche Bücherei im Jahre 1924 Ausstellungen stets als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, Vertrauensbildung in Regierungskreisen und Akquise finanzieller Ressourcen genutzt hatte. Als Uhlendahl die erste große und medial begleitete Ausstellung nach dem Zweiten Weltkrieg, »Bücher der Emigration«, am 2. März 1947 eröffnete, bezeichnete er die Würdigung dieses Schrifttums als eine »Ehrenpflicht« der Deutschen Bücherei.⁴¹³ Die Ausstellung war jedoch alles andere als intrinsisch motiviert. Einen ersten Impuls hatte der Leipziger Kulturbund gesetzt, der Uhlendahl für ein solches Vorhaben im April 1946 zu gewinnen versuchte.⁴¹⁴ Einen zweiten Impuls setzte wenige Monate später das Leipziger Volksbildungsamt, das Uhlendahl darum bat, im Rahmen der »Leipziger Woche« eine Ausstellung zu organisieren. Nicht gerade euphorisiert, aber auch nicht abgeneigt, ersuchte er bei der Abteilung Volksbildung der SMAD daraufhin um eine Genehmigung für das Vorhaben:

411 Ebd., S. 260.

412 Bericht über das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Lande Sachsen, o.D., SächsHStAD, 11401, 1708, unfol.

413 Heinrich Uhlendahl, Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung der Deutschen Bücherei »Bücher der Emigration«, 2.3.1947, ADNBL, 896/1, unfol.

414 Kulturbund Leipzig an Heinrich Uhlendahl, 27.4.1946, ebd., unfol.

»Obwohl die Anstalt gerade jetzt mit dringenden bibliothekarischen Arbeiten bedacht ist, hat sie geglaubt, sich dem geäußerten Wunsche nicht entziehen zu dürfen und als Thema der Ausstellung ›Bücher der Emigration‹ gewählt.«⁴¹⁵

Dass sich hieraus auch eine einzigartige Gelegenheit zur Eigenwerbung ergab, sollte sich erst in den folgenden Monaten zeigen. Galina Snimtschikowa erteilte nicht nur die Genehmigung, sondern zeigte sich von dem Vorhaben derart begeistert, dass sie das Projekt gleich in ihre Hände nahm. Ihr zufolge sollte die Ausstellung »einen starken politischen Akzent tragen und etwas von dem neuen Geist der Bibliotheken erkennen lassen«.⁴¹⁶ Am 6. November ließ sie Uhlendahl wissen, dass die Ausstellung »nicht zu eröffnen« sei, »bis ich sie mit meinen eigenen Augen sehen werde«.⁴¹⁷ Das Vorhaben traf aber auch an anderer Stelle auf positive Resonanz. Im Kulturellen Beirat für Verlagswesen etwa bestand das Bedürfnis nach einer Bibliographie der »Emigranten-Literatur«, womit sich der stellvertretende Geschäftsführer des Beirates und zugleich Chefredakteur des Börsenblattes, Ludolf Koven, direkt an Uhlendahl wandte:

»Ich glaube, dass es für das Ansehen der Deutschen Bücherei von erheblicher Bedeutung wäre, wenn sie recht bald mit einem solchen Vorhaben an die Öffentlichkeit treten würde [...], bevor sie eine Anregung von außen erhält. Sie bringt damit einen sichtbaren Beweis für ihre fortschrittliche Einstellung und hindert vor allen Dingen andere Institute daran, ihr in dieser Arbeit zuvorzukommen.«⁴¹⁸

Die unmittelbare Verknüpfung der Ausstellung mit politischen Zielen schloss die Emigranten, deren Werke man präsentieren und historisch-politisch einordnen wollte, als Akteure aus. Deren Perspektive war ebenso wenig gefragt, wie deren Mitarbeit, zumal die Deutsche Bücherei als einzige Bibliothek während des Nationalsozialismus dazu berechtigt gewesen war, das verbotene Schrifttum zu sammeln und dabei auch von den Raubaktionen der Nazis in besetzten Gebieten profitiert hatte. Es ist überdies fraglich, ob die Schriftsteller allesamt zu einer Mitarbeit bereit gewesen wären. So musste auch der Direktor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, der seit 1948 seinerseits in Zusammenarbeit mit dem Schutzverband Deutscher Schriftsteller in der Schweiz eine Sammlung von Exil-Literatur plante, erfahren, wie häufig Emigranten ihm, der trotz Pressionen in Deutschland geblieben war, mit

415 Heinrich Uhlendahl an die Abteilung Volksbildung der SMA, Galina Snimtschikowa, 19.10.1946, ebd., unfol.

416 Besprechung zu Fragen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens mit Frau Snimtschikowa am 25.10.1946 in Berlin, SächsHStAD, 11401, 1744, unfol.

417 Galina Snimtschikowa an Heinrich Uhlendahl, ADNBL, 154/5, XI, Bl. 23.

418 Ludolf Koven an Heinrich Uhlendahl, 6.11.1946, ADNBL, 550/1, Bl. 10.

Misstrauen und Zurückhaltung begegneten.⁴¹⁹ Auch sei das »exilierte Buch«, wie der Publizist und prominente Vertreter des Nationalbolschewismus, Karl Otto Paetel, 1950 in einer deutschen Literaturzeitschrift schrieb, »keine Einheit, es lebt aus keinem gemeinsamen Glauben«.⁴²⁰ Eine solche individualistische Sicht stand der Absicht einer homogenen Interpretation, wie sie Snimtschikowa anstrebte, entgegen.

So sollte es in der Leipziger Ausstellung auch nicht um die individuellen Schicksale gehen. Geschickt aber verknüpfte Uhlendahl das Verlangen von SMAD und SED, sich als Garanten eines »besseren Deutschland« zu präsentieren und das alle Deutschen betreffende Bedürfnis nach Sinnstiftung mit Werbung für das eigene Haus. Die Ausstellung war, nachdem sie auf Anweisung Snimtschikowas noch einmal umgebaut worden war,⁴²¹ in zwei Teile gegliedert. Im ersten, »historischen« Teil wurden Nachdrucke von Schriften von Emigranten des 17. bis 19. Jahrhunderts präsentiert, darunter etwa Friedrich List, Heinrich Heine, Ludwig Börne, Carl Schurz, Richard Wagner, aber auch Friedrich Engels, Karl Marx und Wilhelm Liebknecht. Im zweiten, »aktuellen« Teil standen die Schriften von emigrierten Publizisten, Wissenschaftlern und Politikern, etwa Thomas Mann, Stefan Zweig, Hermann Rauschnig, Sigmund Freud, Ernst Cassirer, aber auch Johannes R. Becher und Wilhelm Pieck. Nationalkonservative reihten sich damit an Liberale und Kommunisten. Das Exzeptionelle der Exilliteratur nach 1933 aber wurde einem Masternarrativ untergeordnet. Alle ausgestellten 36 Autoren standen, Uhlendahl zufolge, sinnbildlich für den »unbändigen Freiheitsdrang« und den »Hass gegen jeden geistigen und materiellen Zwang«.⁴²² Als exzeptionell stellte der Generaldirektor die Rolle der Deutschen Bücherei heraus, die »in besonderer Weise in der Lage« gewesen sei, gegen die »anfänglich von Regierung und NSDAP erhobenen grundsätzlichen Einwände« das Emigrantenschrifttum vollständig zu sammeln.⁴²³ In einem späteren Interview mit dem *Mitteldeutschen Rundfunk* legte Uhlendahl noch einmal nach. Die

419 Walter Fabian/Werner Berthold, Exilliteratur in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main. Ein Gespräch (17.1.1977), in: Anne-Marie Fabian (Hrsg.), Arbeiterbewegung, Erwachsenenbildung, Presse. Festschrift für Walter Fabian zum 75. Geburtstag, Köln/Frankfurt am Main 1977, S. 212-227, hier S. 214f.

420 Karl Otto Paetel, Das deutsche Buch in der Verbannung, in: Deutsche Rundschau 76 (1950), S. 755-760, hier S. 757.

421 Was Galina Snimtschikowa konkret beanstandet hatte, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Ein knappes Schreiben Uhlendahls an die Bibliotheksinspektorin deutet darauf hin, dass Snimtschikowa die Ausstellung stärker zur Propagierung sowjetischer Literatur nutzen wollte. Heinrich Uhlendahl an Galina Snimtschikowa, 5.2.1947, ADNBL, 896/1, unfol.

422 Heinrich Uhlendahl, Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung der Deutschen Bücherei »Bücher der Emigration«, 2.3.1947, ADNBL, 896/1, unfol.

423 Ebd., unfol.

Deutsche Bücherei, so der Generaldirektor, sei »vor allen anderen Bibliotheken dazu berufen, jene Lücke zu schließen, die der Nationalsozialismus in das literarische Bewusstsein unseres Volkes gerissen hat, indem er das Schrifttum der deutschen Emigration unterschlug«.424 Unverhohlen nutzte Uhlendahl die Ausstellung zur Imagepflege der Deutschen Bücherei. Sie bot vor allem eine Möglichkeit zur moralischen Distanzierung vom Nationalsozialismus und förderte die öffentliche Wahrnehmung der Deutschen Bücherei als einer »antifaschistischen« Institution.

Fragt man indes nach der zeitgenössischen Rezeption der Ausstellung, so lässt sich nur schwer ein eindeutiges Urteil fällen. Geht man allein nach den Zahlen, die Uhlendahl schon kurz nach der Ausstellung als Beleg für die überwiegend positive Ausstrahlung der Ausstellung anführte, so war diese mit 5.116 Besuchern ein voller Erfolg. Etwa 60 Prozent der Besucher waren aber im Monat der Leipziger Messe (1947) in die Ausstellung geströmt, sie waren also nicht primär wegen der Ausstellung gekommen. Zudem waren etliche Schulklassen auf Anordnung des Leipziger Volksbildungsamtes, d.h. nicht freiwillig, in die Ausstellung »geschleift« worden.425 Auch war die abstrakte Einordnung des ausgestellten Schrifttums unter dem Begriff des Freiheitsdranges zwar durchaus anschlussfähig an verschiedene Interpretationen, zur Förderung eines kollektiven Gedächtnisses aber wenig geeignet. Aus Sicht der SED war durchaus positiv zu vermerken, dass sich ihre aktuellen Vertreter Pieck und Becher in guter Gesellschaft mit national wie international geachteten Persönlichkeiten wähen konnten, was ihnen das weitverbreitete Image der »Russenknechte« nahm, zumal die Ausstellung alle Autoren als geistige Befreier vom »nationalsozialistischen Joch« präsentierte und die zentrale Rolle der SMAD damit relativierte.426 Damit stand die Ausstellung auch im Einklang mit Deutungsangeboten von Autoren wie Alexander Abusch oder Ernst Niekisch, die als Erklärungen für den Nationalsozialismus neben der Macht des Finanzkapitals auch den »Preußengeist« thematisiert, zugleich aber auch auf das positiv-progressive Erbe der deutschen Geschichte verwiesen hatten.427 Diese Interpretation wurde vor allem von ostdeutschen Medien übernommen. Als »Warner«, »Entlarver«, »Seher« und »Widerständler« wurden die Emigranten in zahlreichen Artikeln präsentiert.428

424 Ausschnitt aus der Sendung »Die kulturelle Bedeutung der Leipziger Frühjahrsmesse« am 7.3.1947, ebd., unfol.

425 Bericht über die Ausstellung »Bücher der Emigration«, ebd., unfol.

426 Abschrift der Sendung des Mitteldeutschen Rundfunks zur Eröffnung der Ausstellung »Bücher der Emigration«, 3.3.1947, ebd., unfol.

427 Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates, S. 57-69.

428 Hans Bauer, Warner – Entlarver. Widerständler. Eine Gesamtschau der Exil-Literatur in Leipzig, in: Tägliche Rundschau vom 13.3.1947, o.S.; Wend Krumbholtz, Seher – Warner – Satiriker. Ausstellung »Bücher der Emigration« in der Deutschen Bücherei in Leipzig, in: Freie Presse Chemnitz vom 23.4.1947, o.S.. Vor al-

Westdeutsche Medien, die ebenfalls ausgiebig über die Ausstellung berichteten, verhielten sich dagegen zurückhaltender.⁴²⁹ Sie beschrieben die Ausstellung vielmehr als gelungene Überblicksdarstellung zu einem weitgehend unbekanntem Kapitel der deutschen Geschichte. Die gesellschaftliche Breitenwirkung sollte somit nicht überschätzt werden, denn in weiten Teilen der deutschen Nachkriegsgesellschaft bestanden gegenüber den Emigranten starke Vorbehalte.⁴³⁰ Auf positive Resonanz stieß die Ausstellung vor allem bei solchen Besuchern, die selbst den Drangsalierungen der Nazis ausgesetzt gewesen waren. So fühlte sich etwa Fritz Heinrichs, Schriftleiter von *Werkstatt und Betrieb*, einer Zeitschrift für Maschinenbau, nach dem Besuch der Ausstellung daran erinnert, wie er seine Privatbibliothek vor dem Zugriff der Gestapo nach London hatte verschiffen lassen.⁴³¹ Keinen nachhaltigen Eindruck machte die Ausstellung indes auf die in die Ausstellung »geschleiften« Schüler. Der Leiter der Nikolaischule brach den Ausstellungsbesuch deshalb sogar ab:

»Dieser Besuch hat sich nach Aussagen der die Klassen führenden Herren als wenig geeignet und ergiebig erwiesen. Die Schüler wissen mit den Büchern, von denen sie nur den Titel lesen dürfen, die sie nicht in die Hand nehmen oder irgendwo erwerben können, nichts Rechtes anzufangen.«⁴³²

Hierin spiegelt sich auch ein allgemeines Problem von Buchausstellungen wider, die Objekte präsentieren, »die, dem eigentlich Sinne nach nicht sinnhaft sind, sondern gelesen und daher natürlich auch umgeblättert werden müssen«.⁴³³ Zwischen den Zeilen wird aber auch deutlich, dass Emigrantenschrifttum im schulischen Alltag kein Thema war, der Ausstellungsbesuch also außerhalb des Lernstoffs stand, weder vor- noch nachbereitet wurde.

lem der Artikel von Hans Bauer wurde in verschiedenen Printmedien der SBZ, zum Teil mit anderen Überschriften versehen, häufig nachgedruckt.

- 429 Weite Verbreitung fand der Beitrag von Volkmar Hoffmann, der etwa in der WELT vom 13.5.1947 oder in der Rheinischen Post Düsseldorf vom 3.5.1947 abgedruckt wurde.
- 430 Werner Berthold, Exil-Literatur der Jahre 1933-1945 in der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Main. Hanns W. Eppelsheimers »Emigrantenbibliothek« in ihrem 25. Jahr, in: Jahrbuch für Internationale Germanistik 6 (1975), Heft 2, S. 108-124, hier S. 109f.
- 431 Fritz Heinrichs an Dr. Bock, Deutsche Bücherei, 17.5.1947, ADNBL, 896/1, unfol.
- 432 Nikolaischule, Leiter Dr. Gasse, an das Volksbildungsamt der Stadt Leipzig, Abt. III Schulwesen, 11.4.1947, ebd., unfol.
- 433 Bernhard Zeller, Literatúrausstellungen. Möglichkeiten und Grenzen, in: Susanne Ebeling (Hrsg.), Literarische Ausstellungen von 1949 bis 1985. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik. Diskussion, Dokumentation, Bibliographie, München/London/New York 1991, S. 39-44, hier S. 41.

Wichtiger für die Deutsche Bücherei aber war die Rezeption der Ausstellung durch die Behörden und dort war man trotz des Erfolges der »Bücher der Emigration« geteilter Ansicht. In der DZVV wollte man einerseits nicht auf die langjährige Ausstellungstradition der Deutschen Bücherei verzichten, andererseits zeigte man sich mit dem dort praktizierten traditionellen Ansatz der geisteswissenschaftlichen Ausstellung unzufrieden, da dieser ein stärkeres Gewicht auf Chronologie und wissenschaftliche Kategorisierung des Gegenstandes, denn auf politische Botschaften und Lebendigkeit legte. Nachdem die Deutsche Bücherei im Herbst 1947 mit einer Ausstellung über das »Schrifttum des neuen Deutschland«, die einen repräsentativen Querschnitt von Büchern aus allen Zonen (ausgewählt anhand der Kategorien der Nationalbibliographie) zeigte, an den Erfolg der »Bücher der Emigration« hatte anknüpfen können,⁴³⁴ versuchte die DZVV zunehmend selbst, die Regie zu übernehmen. So regte sie im Januar 1948 eine Ausstellung zum 100. Jahrestag der Erstausgabe des Kommunistischen Manifestes an, gab aber zugleich zu Bedenken, das die Bibliothekare für die Realisierung »geistig« nicht in der Lage seien. Der Präsident der DZVV, Paul Wandel, ordnete deshalb eine Beteiligung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und des Abteilungsleiters der ÖWB, Bruno Kaiser (1911-1982), an.⁴³⁵ Dennoch ließ das Konzept am Ende eine eher traditionelle Ausstellung erwarten, in der neben der sozialistischen auch die bürgerliche Tradition des 19. Jahrhunderts durch eine öffentliche Präsentation der »Reichsbibliothek« von 1848 geehrt wurde, was wiederum der Eigenwerbung der Deutschen Bücherei diene.⁴³⁶ In der Konzeption kam der Star der Ausstellung »100 Jahre wissenschaftlicher Sozialismus«, das Kommunistische Manifest, erst an dritter Stelle. Chronologisch vorangestellt waren dessen »Vorläufer«, zu denen auch die klassische deutsche Philosophie und die englische politische Ökonomie gezählt wurden. Die Rezeptionsgeschichte der Schrift wurde schließlich auf Deutschland begrenzt, wobei der Erste Weltkrieg und das Jahr 1933 als Zäsuren gesetzt waren.⁴³⁷ Dass sich der erhoffte Wandel in den Ausstellungsmethoden der Deutschen Bücherei nicht einstellte, lässt sich aus den gemischten Kritiken ablesen. Während das Leipziger Börsenblatt die Ausstellung in höchsten Tönen lobte und die »systematische Gründ-

434 Die Ausstellung wurde im Rahmen der offiziellen Wiedereröffnung der Deutschen Bücherei im September 1947 eröffnet und fand auch in den Westzonen mediale Aufmerksamkeit. Vgl. ADNBL, 896/1, unfol.

435 DZVV, Präsident Wandel, an die Landesregierung Sachsen, Minister für Volksbildung Hartsch, 22.1.1948, SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

436 Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Ausstellung »1848« am 23.2.1948, 24.2.1948, ADNBL, 896/1, unfol.

437 Konzeption Ausstellung 100 Jahre wissenschaftlicher Kommunismus, o.D., SächsHStAD, 11401, 1746, unfol.

lichkeit« hervorhob,⁴³⁸ kritisierte die Leipziger Volkszeitung, obwohl nun auch der Lebendigkeit durch Anbringen von Sprüchen, Zitaten, Bildern, Statistiken und biographischen Details Rechnung getragen worden war, die Darstellungsweise aufs Schärfste:

»Es wäre interessanter gewesen, die ideologischen, dem Manifest vorangegangenen und nachfolgenden Äußerungen des Klassenkampfes unter dem Gesichtspunkte einzuordnen, die in der Kritik des Manifests von Marx und Engels selbst ein- und vorausgenommen wurde.«⁴³⁹

Die Ost-Berliner Behörden erhöhten den Einfluss auf die Ausstellungspraxis der Deutschen Bücherei in den folgenden Jahren weiter. Im Vorfeld der Eröffnung einer vom Leipziger Kreisvorstand der SED im Auftrag der DWK im August 1949 angeregten Ausstellung der neuesten naturwissenschaftlichen, technischen und kulturellen Literatur, »die für die Ziele des Volkswirtschaftsplanes richtunggebend und aufklärend ist«⁴⁴⁰, nahm Erich Schröter die Präsentation persönlich ab, woraufhin Uhlendahl bis zur Eröffnung dafür Sorge tragen musste, dass 61 Prozent des ausgestellten Schrifttums aus der DDR stammte.⁴⁴¹ Nachdem das Staatssekretariat für Hochschulwesen das Zepter übernommen hatte, wurden die Richtlinien für Ausstellungen direkt von Ost-Berlin diktiert. Im September 1951 wurden alle wissenschaftlichen Bibliotheken dazu aufgefordert, aus Anlass der »Remilitarisierungsmaßnahmen« in Bonn Ausstellungen zum »Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands« zu organisieren und die auszustellende Literatur nicht nur mithilfe zusätzlicher Materialzusammenstellungen, sondern auch durch Einrichtung einer Sofortausleihe und Veranstaltung von Diskussionsabenden zu popularisieren.⁴⁴² Ausgestellt werden konnten deshalb nur Dubletten, von denen einige erst erworben werden mussten.⁴⁴³

Trotz der Ambitionen, Buchausstellungen als Bestandteil der Lesekultur zu etablieren, waren diesem Medium naturgemäß enge Grenzen gesetzt. Man

438 Von Utopisten zum wissenschaftlichen Sozialismus. Eine Ausstellung der Deutschen Bücherei, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 16 vom 17.4.1948, S. 146.

439 Die Ausstellung: »Hundert Jahre wissenschaftlicher Sozialismus«, in: Leipziger Volkszeitung vom 25.4.1948, o.S.

440 SED-Kreisvorstand Leipzig, Aufgaben zur Verwirklichung der Beschlüsse des Kreissekretariats zur DWK-Verordnung (Organisation einer Buchausstellung durch die Deutsche Bücherei), 29.8.1949, ADNBL, 896/1, unfol.

441 Heinrich Uhlendahl an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Max Opitz, 14.3.1950, ebd., unfol.

442 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen, an die deutsche Bücherei, 19.9.1951, ebd., unfol.

443 Bericht der Deutschen Bücherei über die Vorbereitung der Ausstellung »Schriften zum Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands«, 4.10.1951, ebd., unfol.

sollte sie in ihrer gesellschaftlichen Breitenwirkung daher nicht überschätzen. Viele Besucher bemängelten nach wie vor das Fehlen von Inhaltsangaben und von Möglichkeiten, die Bücher käuflich zu erwerben, um sich tiefer mit ihnen zu beschäftigen. »Vom bloßen Anblick der Einbände kann man nicht sehr viel lernen«, beklagte sich ein Schüler im Gästebuch der Einheits-Ausstellung. Ein anderer Besucher beschwerte sich darüber, dass bei etlichen Büchern keine Bestellnummern angegeben waren.⁴⁴⁴ Die Sozialismus-Ausstellung musste sogar vorzeitig abgebaut werden, da sich – parallel zum sich allmählich normalisierenden Bibliotheksbetrieb – die Beschwerden über die Nicht-Benutzbarkeit der ausgestellten Objekte häuften.⁴⁴⁵ Auch Lehrer waren mit der recht formalen Ausstellungsmethode unzufrieden. Ideologische Zusammenhänge seien nicht aufgezeigt worden, mokierten sich verschiedene Lehrer beim Dezernat Volksbildung der Stadt Leipzig nach dem Besuch der Ausstellung zum wissenschaftlichen Sozialismus.⁴⁴⁶

Bereits früh verlor das Medium Ausstellung im Betriebsalltag der Deutschen Bücherei seine herausgehobene Bedeutung, während parallel die Benutzung der Bestände an zunehmender Relevanz gewann. Hierin spiegelt sich nicht zuletzt der Übergang der Deutschen Bücherei vom Ministerium für Volksbildung auf das Staatssekretariat für Hochschulwesen wider. Diesen Zusammenhang zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die Sozialstatistik der Benutzer. Die Bibliothek wurde zwar von allen sozialen Schichten genutzt, was nicht zuletzt auf die Abschaffung von Benutzungsgebühren zurückzuführen sein dürfte⁴⁴⁷, gleichwohl blieb sie nach wie vor überwiegend von Studenten frequentiert.

Die Bestände der Deutschen Bücherei standen jedoch nicht jedem gleichermaßen zur Verfügung. Das betraf freilich in erster Linie die in der Liste der auszu-sondernden Literatur verzeichneten Schriften. Die geheim zu stellende Literatur (1948 rund 47.000 Bände⁴⁴⁸) wurde schon im Prozess der Erarbeitung der Liste in einem improvisierten Bretterverschlag untergebracht, der in den Magazinräumen errichtet, von innen zusätzlich verhangen und mit einem Sicherheitsschloss

444 Gästebuch der Ausstellung »Schriften zum Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands«, o.D., ebd., unfol.

445 Günther Robbel, Herrn Generaldirektor mit der Bitte zur Kenntnisnahme, 18.8.1948, Ebd., unfol.

446 Rat der Stadt Leipzig, Dezernat Volksbildung, Amt für Schulwesen, Besuch der Ausstellung »100 Jahre wissenschaftlicher Sozialismus« in der deutschen Bücherei, 10.5.1948, StadtAL, StVuR, 9926, Bl. 25.

447 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an die wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes Sachsen, 9.4.1949, ADNBL, 726/0, Bl. 4.

448 Meldung Schneider, 14.1.1948, ADNBL, 546/3/0/0, Bl. 8. Darunter befanden sich nicht nur die in der Liste der auszu-sondernden Literatur aufgeführten Schriften, sondern auch die bereits vor 1945 sekretierte pornographische Literatur.

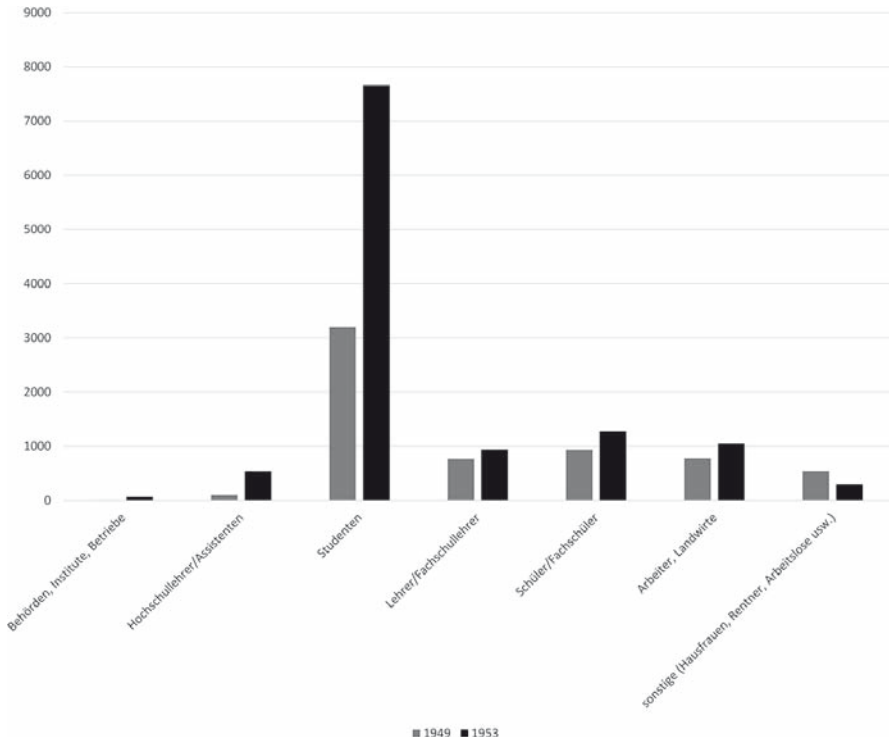


Abb. 4: Sozialstruktur der Benutzer der Deutschen Bücherei 1949 und 1953⁴⁵⁰

versehen wurde, das nur von den Leitern des Benutzungsdienstes und des Magazins geöffnet werden durfte.⁴⁴⁹ Zurückging das »Sperrmagazin« auf einen Befehl des Generalmajors Dubrowski vom 13. März 1946, wonach die Deutsche Bücherei eine zentrale Sammelstelle der verbotenen und in den Ländern Thüringen, Sachsen sowie Sachsen-Anhalt beschlagnahmten Bücher anzulegen hatte. Die Bücher der »zweiten« und »dritten« Reihe gingen dann in die Sowjetunion.⁴⁵¹ Die Frage, wie mit dem Material, das nur in der Deutschen Bücherei und der ÖWB aufbewahrt werden durfte, in Zukunft umzugehen sei, wurde indes in langwierigen informellen Verhandlungen besprochen. Obgleich Solotjuhin bereits im Mai 1946 eine Ausgabeordnung für das verbotene Schrifttum in

449 Heinrich Uhlendahl an das Ministerium für Volksbildung, HA Kunst und Literatur, Erich Schröter, 1.12.1950, ADNBL, 546/3/2, Bl. 6.

450 Zahlen entnommen aus BArch, DR 3, 1. Schicht, 5985; ADNBL, 187/3/4; ADNBL, 150/2/7/3.

451 Befehl Nr 60 des Generalmajor Dubrowski, 13.3.1946, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5983, unfol.

Aussicht gestellt⁴⁵² und Uhlendahl die Ausnahmeregelungen für die in den Blick genommenen Personengruppen (Angehörige der SMAD, staatliche Funktionsträger, Professoren, Dozenten, Assistenten, Doktoranden, Examenskandidaten, sonstige Personen bei Vorliegen einer Befürwortung durch »antifaschistische« Organisationen) immer wieder verschärft hatte,⁴⁵³ verschleppte offenkundig die DZVV eine endgültige Regelung über Jahre hinweg. Deshalb hatte sich Uhlendahl nach der Wiedereröffnung der Deutschen Bücherei im Jahre 1947 mit Galina Snimtschikowa über vorläufige Ausnahmeregelungen verständigt. Danach durften zunächst nur »bekannte Personen«, denen sogar die Außer-Haus-Ausleihe gestattet wurde, Vertreter von Gerichten, Kriminalämtern und Polizeibehörden, sofern ein Antrag einer »maßgeblichen Stelle« vorlag, und Wissenschaftler, deren Anträge eigens von der SMAD abgestempelt werden mussten, die gesperrte Literatur »unter geeigneten Vorsichtsmaßnahmen« benutzen.⁴⁵⁴ Eine verbindliche Regelung wurde schließlich erst im Kleinen Sekretariat der SED am 31. Mai 1949 gefällt. Seither durfte das verbotene Schrifttum nur zweckgebunden (wissenschaftlich, schriftstellerisch, journalistisch sowie im Rahmen von straf- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren) ausgegeben werden. Zudem hatten die Benutzer Bestätigungen ranghoher Funktionsträger beizubringen, was den berechtigten Personenkreis weiterhin stark eingrenzte. Ausstellen durften diese nur Universitäts-Rektoren, Hochschuldirektoren, Vertreter der Zonenleitungen von SED, FDGB, Kulturbund sowie des Presseverbundes, die Oberlandesgerichtspräsidenten bzw. Generalstaatsanwälte der Länder und die Landesminister des Innern. Schließlich durften die verbotenen Bücher nur in einem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Raum gelesen werden.⁴⁵⁵ Erich Schröter, der seit 1949 in der DZVV bzw. im Ministerium für Volksbildung für das Bibliothekswesen zuständig war, misstraute den Bibliothekaren in ihrer Fürsorgepflicht aber weiterhin. Im Februar 1950 etwa verlangte er von Uhlendahl, sämtliche kriegs- und wehrwissenschaftliche Schriften nach Ost-Berlin abzugeben. Die Angelegenheit verlief jedoch schnell im Sande, nachdem Uhlendahl Schröter gegenüber deutlich gemacht hatte, dass »das Bekanntwerden eines solchen Eingriffes« auf die »Bereitwilligkeit der Verleger des deutschen Sprachgebiets, ihre Neuerscheinungen an die Deutsche Bücherei abzuliefern, von nachteiliger Auswirkung sein«⁴⁵⁶

452 Aktennotiz, Besprechung in der Abteilung für Volksbildung der SMA über die Deutsche Zentralbücherei Leipzig, 14.5.1946, ADNBL, 744, Bl. 65.

453 Vgl. die zwischen 1946 und 1948 mit Galina Snimtschikowa verhandelten Entwürfe in ebd., Bl. 68-74.

454 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz über ein Gespräch mit Frau Dr. Snimtschikowa am 14.10.1947, 17.10.1947, ebd., Bl. 78.

455 Sitzung des Kleinen Sekretariats der SED am 31.5.1949, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/30, Bl. 2, 16.

456 Heinrich Uhlendahl an Ministerium für Volksbildung Sachsen, HA Hochschulen und Wissenschaft, Ministerialdirektor Dr. Dyck, 24.2.1950, ADNBL, 542/0, Bl. 6.

werde, und sächsische Funktionäre sowie sowjetische Stellen auf Uhlendahls Hinweis hin ebenfalls auf einen Erhalt der Vollständigkeit gedrungen hätten.⁴⁵⁷ Dennoch verhielten sich die Ost-Berliner Behörden weiterhin skeptisch gegenüber dem Geheimmagazin. So mussten zunächst alle Anträge auf Benutzung sekretierter Literatur von Erich Schröter persönlich bestätigt werden,⁴⁵⁸ aber auch nach dem Wechsel der Zuständigkeit für das wissenschaftliche Bibliothekswesen in das Staatssekretariat für Hochschulwesen machte Staatssekretär Gerhard Harig unmissverständlich deutlich, dass die Sperrbibliothek »eine selbständige Einrichtung ist, die zwar organisatorisch der Deutschen Bücherei angeschlossen ist, jedoch dem Staatssekretariat für Hochschulwesen unmittelbar untersteht«.⁴⁵⁹

Die Bereitwilligkeit, mit der Uhlendahl etwa die Benutzungsgrundsätze für sekretierte Schriften immer restriktiver gestaltete, die Vehemenz aber, mit der er gegen Eingriffe seitens der Behörden in den Bestand der Deutschen Bücherei vorging und die Argumente, die er dabei anführte, spiegeln zwei Seiten ein- und derselben Strategie der Positionswahrung wider. Das Signum der Bibliothek war nun einmal die Vollständigkeit ihrer Bestände, die auf der freiwilligen Ablieferung durch die Verleger beruhte. Diese wurden hofiert, während der Generaldirektor Benutzern gegenüber schon in den 1920er Jahren mit einiger Skepsis begegnet war. Bereits als Adjutant der Generaldirektion der Preußischen Staatsbibliothek hatte er Benutzer vor allem als potenzielle Gefahr für die Bestandserhaltung gesehen.⁴⁶⁰ Vor diesem Hintergrund war es nur folgerichtig, dass der Generaldirektor die Benutzung der Deutschen Bücherei – im Einvernehmen mit dem Sächsischen Volksbildungsministerium – erst ab dem 18. Lebensjahr gestattete und damit die von der SED beabsichtigte Überwindung der gesellschaftlichen Gegensätze durch die Erweiterung kultureller Teilhabechancen konterkarierte. »Mit jüngeren Besuchern [...] haben wir wiederholt schlechte Erfahrungen gemacht«, gab er noch Ende 1948 einem Journalisten gegenüber zu verstehen.⁴⁶¹ Zu einem kurzen Eklat führte diese Politik, als sich ein erboster jugendlicher Bibliotheksbenutzer im November 1948 an die FDJ wandte, die der Deutschen Bücherei in ihrem Rundbrief prompt einen »Sabotageakt an unserer Ausbildung«⁴⁶² vorwarf. Auf Drängen des Volksbildungsamtes der Stadt

457 Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz betreffend kriegs- und wehrwissenschaftliche Literatur, 23.2.1950, Aktennotiz, 12.5.1950, ADNBL, 542/2, Bl. 8.

458 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 29.1.1951, ADNBL, 546/3/0/0, Bl. 9.

459 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Staatssekretär Harig, an den Direktor der Deutschen Bücherei, 22.8.1951, ebd., Bl. 21.

460 Heinrich Uhlendahl, Zum inneren Betrieb der Bibliotheken, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 40 (1923), S. 424-434.

461 Heinrich Uhlendahl an die Leipziger Volkszeitung, Schriftleiter Paul Lange, 3.12.1948, ADNBL, 766, Bl. 17.

462 Abschrift eines Artikels, erschienen im Rundbrief der Freien Deutschen Jugend für November 1948, ADNBL, 731, Bl. 21.

Leipzig und des Volksbildungsministeriums in Dresden musste die Deutsche Bücherei das Mindestalter für die Benutzung umgehend »versuchsweise« auf 16 Jahre herabsetzen.⁴⁶³ Vier Jahre später aber ließ die Bibliothek über die *Leipziger Volkszeitung* mitteilen, dass 16- bis 18-Jährige vorerst keine Benutzungsgenehmigungen mehr erhielten, da die Lesesäle zu stark von Wissenschaftlern, Studenten und Werktätigen in Anspruch genommen würden.⁴⁶⁴ Die Deutsche Bücherei blieb damit eine genuin wissenschaftliche Bibliothek, die trotz ihrer nach außen hin demonstrierten Offenheit für alle »werktätigen Schichten« vor allem akademische Benutzer privilegierte. Die Benutzungspolitik folgte gleichwohl nicht der Prämisse des offiziell propagierten »wissenschaftlichen Fortschritts«, sondern in erster Linie der Bestandserhaltung, der das Gebot der »Demokratisierung« untergeordnet wurde.

Dass die Bibliothekare der Deutschen Bücherei letztlich kaum als Gesellschaftspolitiker wirkten, wie von der offiziellen Propaganda verlangt, ist keineswegs auf eine spezifische bibliothekarische Resistenz zurückzuführen. Vielmehr wird mit Blick auf das Ausstellungswesen eine hohe, freilich nicht kritiklose Anpassungsbereitschaft deutlich, die die Bibliothekare vor allem mit der Eigenwerbung für das Haus verbanden. Zudem waren dem Medium der Buchausstellung in seiner gesellschaftlichen Breitenwirkung naturgemäß enge Grenzen gesetzt. Die Privilegierung wissenschaftlicher Benutzergruppen folgte dagegen zum einen offiziellen Vorgaben zur Benutzung des »Sperrmagazins« und war zum anderen eine logische Konsequenz der funktionalen Differenzierung der Bibliotheksverwaltung entlang der traditionellen Zweiteilung des Bibliothekswesens.

463 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abteilung Hochschulen und Wissenschaft, 10.12.1948, ebd., Bl. 20.

464 Leipziger Volkszeitung, Nr. 26 vom 31.1.1953, S. 5.

3. Risse: Bibliothekswesen und Buchmarkt im Zeichen des Ost-West-Konflikts

a.) Konkurrenz und Kalter Krieg: Der Konflikt zwischen Leipzig und Frankfurt

Für Uhlendahl war es kein Widerspruch, einerseits eng mit den Institutionen der SBZ/DDR zusammenzuarbeiten bzw. die Chancen des Zentralismus und Antipluralismus zu nutzen, andererseits aber stets als Repräsentant einer gesamtdeutschen Institution aufzutreten. Dieses Arrangement erhielt durch die Gründung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main im November 1946 eine neue Dynamik, in deren Sog auch die einstige Freundschaft zwischen Uhlendahl und dem zum Direktor der Frankfurter Bibliothek berufenen Hanns Wilhelm Eppelsheimer (1890-1972) unverhofft zerbrach. Noch im Frühjahr 1946 hatte Uhlendahl, wie mit zahlreichen anderen Bibliothekaren in den westlichen Besatzungszonen und in Westeuropa, auch mit Eppelsheimer einen regen persönlichen Briefverkehr unterhalten. Nach Bekanntwerden der Frankfurter Pläne änderte sich dies abrupt:

»Ich war die ganzen Jahre hindurch mit ihm eng befreundet und habe ihm in der nationalsozialistischen Zeit sogar eine Beschäftigung als Leiter der Bibliothek des Deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart erwirken können, wo ihn aber die SS schließlich wieder hinausgedrängt hat. Seit er den Seitensprung mit der Gründung der ›Deutschen Bücherei des Westens‹ gemacht hat, habe ich keine Briefe mehr mit ihm gewechselt. Strafe muss sein!«¹

Eppelsheimer war sich der Empfindlichkeiten Uhlendahls bewusst, wie er ein halbes Jahr später Reuben Peiss von der Library of Congress Mission gegenüber durchschimmern ließ:

»Ich bin mit Herrn Uhlendahl seit mehr als fünfzehn Jahren befreundet und kenne ihn gut: der Mensch U. ist vortrefflich, der Direktor der Deutschen Bücherei unbelehrbar, wenn er argwöhnt, es könne seinem Institut irgendwo ein Nebenbuhler erwachsen. Das war früher so, und ich habe gelegentlich (vor 1933) zwischen ihm und der Preussischen Staatsbibliothek, Emil Jacobs (1968-1940), mit dem ich auch befreundet war, vermittelt: jetzt kämpft er gegen Frankfurt, das ihm doch nichts tun will und nichts tun kann.«²

1 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 27.3.1947, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 32.

2 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an die Library of Congress Mission, Reuben Peiss, 3.9.1946, ADNBF, Generaldirektoren I, 4, 1940-1950, unfol.

Eppelsheimer ist, anders als Uhlendahl, ein Beispiel für eine gebrochene Kontinuität im wissenschaftlichen Bibliothekswesen nach 1945. Bis 1933 hatte er als Direktor der Landesbibliothek Darmstadt gearbeitet, bis ihn die Nazis wegen angeblicher Nähe zur Sozialdemokratie, wohl aber vor allem wegen seiner jüdischen Frau entließen. Bis 1945 widmete er sich vorwiegend literaturwissenschaftlichen Studien, von denen das zwischen 1935 und 1937 verfasste »Handbuch der Weltliteratur« das wichtigste Werk wurde, das ihm nach 1945 sowohl Anerkennung als auch Probleme einbrachte, weil der Autor unter den Bedingungen des Nationalsozialismus auf die Exilliteratur verzichtet hatte.³

Der Konflikt mit Preußen sowie der Nationalsozialismus hatten Uhlendahl und Eppelsheimer enger zusammengeschweißt, die Gründung der Deutschen Bibliothek hatte ihre Verbindung zerrissen. In der Literatur wird der Konflikt zwischen Leipzig und Frankfurt primär als Produkt des Kalten Krieges gewertet.⁴ Diese Argumentation ignoriert jedoch, dass der ost-westliche Bibliothekskonflikt in ein komplexes Amalgam verschiedener Konfliktlinien eingebunden war und auf beiden Seiten gleichermaßen mobilisierende Kräfte freisetzte. Beide Bibliotheken blieben in der Teilung stets miteinander verflochten.

Die in Verlegerkreisen weitverbreitete Unsicherheit über die Entwicklung des Verhältnisses der Westalliierten zu den Sowjets, zusätzlich angefacht durch tief

3 Art. »Eppelsheimer, Hanns Wilhelm«, in: Habermann/Klemmt/Siefkes (Hrsg.), Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925-1980, S. 69f. Die politische Tauglichkeit Eppelsheimers für den Posten des Leiters der Deutschen Bibliothek war auch innerhalb des Hessischen Kultusministeriums anfangs umstritten. Vgl. Kulturamt, Zuschrift des Chefs der Staatskanzlei beim Ministerpräsidenten des Landes Gross-Hessen an den Herrn Oberbürgermeister II 117/46 vom 28.9.46 über die Bibliothek des Westens und ihre Leitung, 8.11.1946, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

4 Die offiziellen (Selbst-)Darstellungen der Deutschen Bücherei sahen die Gründung der Deutschen Bibliothek stets unter dem Aspekt des Systemkonflikts. Vgl. Autorenkollektiv (Leitung Helmut Röttsch), Die Deutsche Bücherei – Die Deutsche Nationalbibliothek, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962, S. 1-18, hier S. 15f.; Röttsch/Pleßke, Die Deutsche Bücherei in Leipzig, S. 64. Nach der Fusion beider Bibliotheken im Rahmen der Wiedervereinigung 1990 wurde dem Konflikt zwischen Leipzig und Frankfurt in den Darstellungen Helmut Röttschs und Gottfried Rosts nur noch ein geringer Stellenwert beigemessen. Wie bereits in den Darstellungen aus der Zeit vor 1990 erklärten sie die Kontinuität der Deutschen Bücherei vor allem aus ihrer Tradition heraus. Vgl. Rost, Die Vollständigkeit als wesentlicher Zweck, in: Fabian (Hrsg.), Buchhandel – Bibliothek – Nationalbibliothek, S. 157-197; Röttsch, Eine Gratwanderung ohne Absturz, in: Lehstedt/Lokatis (Hrsg.), Das Loch in der Mauer, S. 137-141. Bluemel, Identity in transition, S. 144-151, sieht die Gründung der Deutschen Bibliothek vor allem als Konsequenz der Teilung des Buchmarktes, ebenso Estermann, Der Börsenverein in den Westzonen, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000, S. 165-168.

verankerte antibolschewistische Ressentiments, trug wesentlich zur Gründung der Deutschen Bibliothek bei. Im Mittelpunkt aller Debatten stand dabei die Zukunft der Bibliographie. Hatte diese als wirtschaftliches Steuerungsinstrument in der SBZ zunehmend ausgedient, blieb ihr schnelles Wiedererscheinen in den Westzonen ein dringendes Bedürfnis von Verlegern und Bibliothekaren gleichermaßen. Der Buchhändler Georg Kurt Schauer, der eigentlich aus ganz anderen Gründen von den Amerikanern zum Leiter der Wiesbadener Zweigstelle des Börsenvereins auserkoren worden war, wurde immer wieder mit diesem Bedürfnis konfrontiert. So schrieb etwa Richard Oehler (1978-1948), den Eppelsheimer wenig später als Direktor der städtischen und Universitätsbibliotheken in Frankfurt am Main beerben sollte, im Juli 1945 deutliche Zeilen an Schauer:

»Sie werden ohne weiteres zugeben, dass ein Buch oder eine Zeitschrift für den Verkauf und Benutzung einfach tot sind, wenn sie nicht bibliographisch erfasst sind, wie jedes Buch in den Bibliotheken tot ist, das nicht katalogisiert wird.«⁵

Schauer war es auch, der den Gedanken einer Zweigstelle der Deutschen Bücherei in der amerikanischen Zone schon früh ins Gespräch gebracht hatte. Jedoch stand er zwischen den Stühlen. Den Amerikanern sei Schauer während der Vorbereitungen zur Übersiedlung von Leipziger Verlegern nach Wiesbaden eher zufällig über den Weg gelaufen und sei dann zusammen mit Wilhelm Klemm an die Spitze der Wiesbadener Zweigstelle gesetzt worden.⁶ Beide waren mit dem Leipziger Börsenverein zuvor nur sporadisch in Kontakt gekommen,⁷ was neben deren fachlicher Expertise aber gerade für die Ernennung beider gesprochen haben dürfte, denn die PCB der ICD unter dem Bibliothekswissenschaftler Douglas Waples strebte einen fundamentalen Umbau des Börsenvereins zu einem kulturpolitischen Steuerungsorgan an. Dieser sollte gleichwohl zu einer demokratischen Organisation umgestaltet werden, in der die Buchhändler aktiv über die vordringliche Herausgabe von Literatur entscheiden sollten, »welche die Lösung persönlicher und sozialer Fragen mit humanen Mitteln erstrebt, mit Mitteln, welche die Freiheit und Persönlichkeit achten und die Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein Tun und Lassen als Grundlage jeder Kultur« anerkenne.⁸ Der Börsenverein sollte so auch für die Verteilung der Papierkontingente zuständig

5 Richard Oehler an Georg Schauer, 26.7.1945, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

6 Leipzig – Wiesbaden – Frankfurt. Ein Gespräch mit Professor Dr. Georg Kurt Schauer über die Anfänge des Frankfurter Börsenblattes, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe 60 (1974), S. 1238-1241, hier S. 1238.

7 Headquarters United States Forces, Information Control Division, Douglas Waples, Status of the Börsenverein Branch at Wiesbaden, 25.7.1945, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

8 Protokoll über die Versammlung der Frankfurter Buchhändler am 17.7.1945, 20.7.1945, ebd., unfol.

sein. Dem standen die Verleger zwar nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, sie aber wollten mehrheitlich einen Verband in der Form von vor 1933, d.h. eine zentrale Organisation, die vorwiegend wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Buchhandel schuf. Initiativen zur Rekonstruktion des Börsenvereins nach altem Muster⁹ scheiterten allerdings am Widerstand der ICD, welche die unpolitische Haltung der Verleger scharf kritisierte.¹⁰ Eine Verordnung der amerikanischen Militärregierung vom 8. Oktober 1945, die die Bildung berufsständischer Vertretungen nur in den Landesgrenzen gewährte, bot schließlich die offizielle Grundlage dafür, die zentralistischen Tendenzen zu unterbinden und lediglich den Aufbau von Landesverbänden zu gestatten.¹¹ An die Spitze des Hessischen Verbandes rückte Georg Kurt Schauer, dessen Aufgabe es nun war, die steuerungspolitischen Absichten der Amerikaner mit dem Anspruch der Demokratisierung »von unten« zu verbinden.¹²

Die Unerfahrenheit und in Vereinskreisen weitgehende Unbekanntheit Schauers sowie die vermittelnde Rolle, die dieser zwischen der ICD und den Berufskollegen einzunehmen versuchte, drückte sich in einer Unentschlossenheit aus, die er auch in Bezug auf die Deutsche Bibliothek erkennen ließ. Bereits im Juli 1945 hatte Schauer ein erstes Memorandum in dieser Angelegenheit vorgelegt. Dabei hatte es offenbar mit Uhlendahl noch in Leipzig eine informelle Verabredung gegeben, wonach für den Fall eines Abreißens der Verbindungen zwischen der SBZ und dem Westen eine »Zweigstelle mit Leipziger Personal« in der amerikanischen Zone geschaffen werden sollte, die nach den Richtlinien der Deutschen Bücherei für die Sammlung und Verzeichnung der Neuerscheinungen der drei Westzonen sorgen sollte, solange wirtschaftliche Restriktionen und die Zonengrenzen einen freien Warenverkehr unterbanden. Die Zweigstelle sollte Schauer zufolge keine wissenschaftliche Bibliothek sein, sondern an eine bereits existierende öffentliche Bibliothek angegliedert werden sowie mit nur einem Bibliothekar und wenigen Hilfskräften auskommen, zugleich aber einen »Rahmen zu einem umfangreichen Institut« darstellen.¹³ Schauer wusste, dass die Amerikaner den Betrieb einer Bibliothek nicht zu den zentralen Aufgaben des Börsenvereins rechneten. Es gab aber nicht wenige Verleger, die eine Präsenzbi-

9 Vgl. hierzu Umlauff, *Der Wiederaufbau des Buchhandels*, Sp. 149-164.

10 Three Proposals for a Börsenverein Tagung, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

11 Office of the Director of Information Control, Publications Control Branch, OMGUS, Douglas Waples, Memorandum, 27.1.1947, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-1/27, unfol.

12 Headquarters, United State Forces, Information Control Division, Special requests of publishers in American Zone, 17.10.1945, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

13 Georg Kurt Schauer, Memorandum, Über eine Zweigstelle der Deutschen Bücherei, 19.7.1945, ADNBF, Generaldirektion, II, unfol.

bliothek wie die Deutsche Bücherei wünschten.¹⁴ Dass Heinrich Uhlendahl im November 1945 die Genehmigung der Nationalbibliographie durch die SMAD verkündet hatte,¹⁵ machte dieses Bedürfnis nicht obsolet, denn zwischenzeitlich war der Postverkehr zwischen den Zonen auf 500-Gramm-Pakete beschränkt worden, was implizierte, dass manche Bücher zerteilt in mehreren Lieferungen nach Leipzig hätten geschickt werden müssen.¹⁶ Auf der Stuttgarter Tagung der Buchhändler der amerikanischen Zone im Februar 1946 hatte man das Projekt einer westdeutschen Präsenzbücherei weiter vorantreiben und erfolgreich an die Stadt Frankfurt herantragen können, wo seit kurzem Hanns Wilhelm Eppelsheimer die städtischen und Universitätsbibliotheken leitete. Im Bemühen um einen Ausgleich mit Uhlendahl, machten Eppelsheimer und Schauer dem Leipziger Generaldirektor bald darauf den Vorschlag, dass man in Frankfurt zunächst auf die bibliographische Verzeichnung verzichten könne, dass dort aber sämtliche Erscheinungen der Westzonen in zwei Exemplaren gesammelt würden, um eines davon nach Lockerung der Restriktionen nach Leipzig zu schicken. Von Leipzig erwartete man freilich entsprechende Gegenleistungen.¹⁷

Wenige Wochen später erschien im Frankfurter Börsenblatt, das Schauer federführend aufgebaut hatte, ein programmatischer Aufsatz über eine »Deutsche Bücherei des Westens«.¹⁸ Eine erste Version des Exposés hatten auch Waples und Uhlendahl erhalten und Letzterer reagierte äußerst verschnupft. Dass die Vorab-Version das Gründungsjahr der Deutschen Bücherei auf das Jahr 1933 datiert hatte,¹⁹ bot ihm hierfür einen willkommenen Anlass. Nachdem Uhlendahl die Ankündigung als unfreundlichen Akt sowie Eingriff in seinen Kompetenzbereich scharf zurückgewiesen und daraufhin ein ausführliches Statement an sämtliche Verlegerverbände geschickt hatte,²⁰ das zahlreiche Solidaritätsbekun-

14 Großen Anklang fand etwa der Vorschlag des Buchhändlers Paul Obermüller, der vor einem ersten Treffen der Buchhändler der amerikanischen Zone in Stuttgart im Oktober 1945 eine rasch benutzbare Bibliothek verlangte, die nicht nur Neuerscheinungen, sondern auch frühere Publikationen sammelte. Vgl. Paul Obermüller an Kurt Sellin, Obmann des Heidelberger Buchhandels, 19.8.1945, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

15 Heinrich Uhlendahl an Georg Kurt Schauer, 28.11.1945, ADNBF, Generaldirektoren, I, 4, 1940-1950, unfol.

16 Kurt Georg Schauer an Heinrich Uhlendahl, 27.10.1945, ADNBL, 811/10, I, Bl. 1.

17 Georg Kurt Schauer/Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Heinrich Uhlendahl, 30.3.1946, ADNBL, 811/10, I, Bl. 10.

18 Georg Kurt Schauer, Über eine Deutsche Bücherei des Westens in Frankfurt a.M., in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe 1946/9, S. 73 f.

19 Eine Abschrift des Exposés befindet sich in StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 113-115, wobei jedoch nicht klar ist, ob es sich lediglich um einen Tippfehler handelte oder die Verwechslung tatsächlich auf Unwissen basierte.

20 Heinrich Uhlendahl an Georg Kurt Schauer, 6.7.1946, ADNBL, 811/10, I, Bl. 45 f.

dungen in Richtung Leipzig nach sich zog, versuchte Schauer zwar, Eppelsheimer zu einem Verzicht auf das zweite Exemplar für Leipzig zu bewegen. Als dieser jedoch abwinkte, zog sich Schauer resigniert zurück²¹ und überließ Eppelsheimer das Feld.²² Im Bemühen, sich Leipzig gegenüber »fair but friendly«²³ zu verhalten und zwischen den Beteiligten einen Ausgleich herzustellen, verkannte Schauer, dass eine westdeutsche Zentralbibliothek bei Uhlendahl auch dann keine Anerkennung gefunden hätte, wenn man zu weiteren Kompromissen bereit gewesen wäre. Schauer wurde schließlich zwischen den divergierenden Interessen zerrieben. Im Hessischen Landesverein war er wegen seiner schlingernden Haltung ohnehin schon zwischen die Fronten geraten. An der Spitze seiner Kritiker stand Vittorio Klostermann (1901-1977), ein einflussreicher und angesehener Frankfurter Verleger, der 1948 zum ersten Vorsitzenden der westdeutschen Dachorganisation der Verlegerverbände gewählt wurde. Zum Konflikt war es bereits im Frühjahr 1946 gekommen, nachdem der organisatorisch und personell umgebaute Leipziger Börsenverein einen Satzungsentwurf vorgelegt hatte, in dem dieser die Vertretung für den gesamten deutschen Buchhandel beanspruchte.²⁴ Schauer hatte diese Offerte freilich entschieden zurückgewiesen und stattdessen dafür plädiert, die Landesverbände der Westzonen mit dem Leipziger Börsenverein gleichzustellen.²⁵ Klostermann warf ihm jedoch vor, den Bruch mit Leipzig beschleunigt zu haben, weil Schauer für einen künftig nach demokratischen Prinzipien zu schaffenden Börsenverein die alleinige Rechtsnachfolge des Verbandes beanspruche.²⁶ Klostermann hatte damit die sich bietende Gelegenheit genutzt und Schauer im Machtkampf mit dem Vorwurf der Spaltung der Verlegerzunft ins Abseits gedrängt. Letztgenannter zog sich im Juli 1946 schließlich nicht nur als Beauftragter für die »Deutsche Bücherei des Westens«, sondern kurze Zeit später auch vom Vorsitz des Hessischen Landesverbandes zurück.²⁷ Seither, so Klostermann erleichtert,

21 Georg Kurt Schauer an Heinrich Uhlendahl, 18.7.1946, ADNBF, Generaldirektoren, I, 4, 1940-1950, unfol.

22 Besuch Dr. Schauer bei Dr. Eppelsheimer am 19.7.1946, Ebd., unfol.

23 So eine Einschätzung der Publications Control Branch. Vgl. handschriftliche Notiz, 1.2.1946, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-1/27, unfol.

24 Die neue Satzung des Leipziger Börsenvereins sah die Entscheidung zentraler Verbandsangelegenheiten durch einen Hauptausschuss vor, in dem die Mehrheit der Mitglieder von der DZVV, der Landesregierung Sachsen und dem FDGB nominiert wurde. Vgl. Bille, Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1945-1948, S. 183.

25 Georg Kurt Schauer an Douglas Waples, 26.2.1946, Ebd., unfol.; Kurt Georg Schauer an Ernst Reclam, 17.12.1946, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-1/27, unfol.

26 Vittorio Klostermann an Hans Severing, Landesverband der Buchhändler in Bayern, 11.1.1947, ISG, W2-7, 5036, Bl. 149.

27 Umlauff, Der Wiederaufbau des Buchhandels, Sp. 177.

»ist es sehr rasch zu praktischen Resultaten gekommen, und Ruhe und Frieden eingelehrt.«²⁸

Ungeachtet dessen stieß die Idee einer »Deutschen Bücherei des Westens« auch zunehmend innerhalb der ICD auf positive Resonanz. Dort spielten allerdings weniger wirtschaftliche Fragen, sondern vielmehr das wachsende Misstrauen gegenüber den Sowjets eine tragende Rolle, denn nach der Pariser Außenministerkonferenz vom April/Mai 1946 war die Option der Teilung zunehmend in den Fokus der Deutschlandpolitik der Amerikaner und Briten gerückt. Dem Ziel, den Kommunismus so weit wie nur möglich aus Europa zurückzudrängen, wurde damit auch die Re-Education-Politik nachgeordnet. Nach außen hin sollte man sich zwar weiterhin als Fürsprecher der deutschen Einheit zeigen, intern wurde indes eine trizonale bzw. westdeutsche Lösung vorbereitet.²⁹ Noch bevor der Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Zone Anfang Dezember 1946 besiegelt wurde, hatte der Chef der ICD, Robert McClure – nicht zuletzt als Zugeständnis an die wesentlich sowjetkritischer eingestellten Briten –, die Zirkulation »sowjetisch-kontrollierter Publikationen« unter strenge Strafen gestellt.³⁰ Die Idee einer »Deutschen Bücherei des Westens« wurde damit zum Politikum. Umstritten war zwischen Douglas Waples und seinem Vorgesetzten William Kinard, dem Deputy Director der ICD,³¹ dabei vor allem die Frage, ob sich die Sammeltätigkeit der »Frankfurt Bibliothek«, wie man sie nun neutral zu bezeichnen pflegte, nur auf die drei Westzonen oder auf alle vier Zonen erstrecken sollte. Während Waples die erstere Option befürwortete, weil er sich davon die Intensivierung des Schriftenaustausches mit der sowjetischen Zone erhoffte und erwartete, dass »the Deutsche Buecherei would retain more freedom of action if there is a western counterpart«, votierte Kinard mit Blick auf die britischen und französischen Partner für eine gesamtdeutsche Ausrichtung. Dabei dachte Kinard, dass die Sowjets ihrerseits dann die Deutsche Bücherei für ein solches Unternehmen anbieten würden.³² Dagegen hatte Waples vielmehr die spezifischen Probleme der PCB im Blick, die mit der Zunahme der Verlagslizenzen immer mehr Anfragen von Besatzungsstellen und auswärtigen Behörden zu beantworten hatte:

28 Vittorio Klostermann an Hans Severing, Landesverband der Buchhändler in Bayern, 11.1.1947, ISG, W2-7, 5036, Bl. 149.

29 Gunther Mai, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?*, München 1995, S. 149-161.

30 Abschrift einer Meldung aus der amerikanischen Nachrichten-Agentur Associated Press vom 16.9.1946, ADNBL, 811/10, I, Bl. 112.

31 Josef Henke/Klaus Oldenhage, *Office of Military Government for Germany (US)*, in: Christoph Weisz (Hrsg.), *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*, München 1994, S. 1-142, hier S. 47.

32 William Kinard an ICD, *Plans and Directives*, 27.9.1946, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-1/27, unfol.

»Publications Control Branch is no longer able by reason of manpower shortage to meet these requests in addition to other important duties. [...] The obvious remedy for this situation is to establish one or more German agencies to which action in such requests can be delegated. Publications Control Branch is accordingly organizing a collection point and bibliographic center at Frankfurt which should be functioning in about two months from date.«³³

Noch während innerhalb der ICD Diskussionen über die genaue Funktion der Deutschen Bibliothek liefen, hatte Waples Nägel mit Köpfen gemacht und bereits am 12. September 1946 Eppelsheimer, Klostermann und Schauer zur PCB zitiert, wo diesen eröffnet wurde, dass Waples »die Errichtung einer Präsenzbücherei im Westen nicht nur gestattet, sondern wünscht«.³⁴ Im Einklang mit Kinard einigte man sich schnell auf den weniger anstößigen Namen Deutsche Bibliothek. An diese sollten vorläufig alle Verleger der westlichen Zonen (zunächst freilich nur der amerikanischen und britischen Zone) jeweils zwei Belegexemplare abliefern, wovon eines für Leipzig bestimmt war. Zudem sollten die Titel hier bibliographisch verzeichnet werden. Zwar signalisierte Frankfurt weiterhin, auf die bibliographische Verzeichnung zu verzichten, sobald die Verkehrsverhältnisse es erlaubten, als Präsenzbibliothek sollte die Deutsche Bibliothek nun aber auch nach Auflösung der Zonengrenzen bestehen bleiben.³⁵

Interesse an einer Dauereinrichtung hatte neben der ICD auch die britische Militärregierung, die die »Lieferung von statistischem Material nach Leipzig strikt ablehnt«³⁶, und die Frankfurter Verleger, die darin auch eine Chance zur Aufwertung des Standortes am Main erkannten. Offene Türen rannten das Vorstandsmitglied des Hessischen Buchhändlerverbandes, Vittorio Klostermann, und Eppelsheimer damit freilich in der Frankfurter Stadtverwaltung ein, an deren Spitze seit August 1946 der Sozialdemokrat und exponierte NS-Gegner Walter Kolb³⁷ stand. Kolb und der Leiter des Kulturamtes, Heinrich Seliger, ebenfalls Sozialdemokrat und bereits in den 1920er Jahren bis zu seiner Entlassung

33 Publications Control Branch, Chief, Douglas Waples, an Plans & Directives Branch, ODIC, Draft, Memorandum, Inter-Office, Subject: Deutsche Nationalbibliographie, 21.10.1946, NARA, RG 260, Entry A1 257, Box 246, Folder Deutsche Bücherei, unfol. Hervorhebung im Original.

34 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an das Kulturamt der Stadt Frankfurt, vertraulich, 16.9.1946, ADNBF, Generaldirektoren, I, 4, 1940-1950, unfol.

35 Zum Aufbau der Verbände (Forts.), in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe 2 (1946), Nr. 20/21, S. 205-207, hier S. 206f.

36 Protokoll über die Arbeitsgemeinschaft am 18.3.1947, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

37 Franz Lerner, Art. »Kolb, Walter«, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1980), S. 444f.

1933 in der Schulverwaltung der Stadt tätig gewesen,³⁸ sahen in der Deutschen Bibliothek einen wichtigen Standortfaktor, um den herum bald eine blühende Verlagslandschaft entstehen würde, so ihre Hoffnung. So bat Eppelsheimer die Stadt bereits im November 1946 um Unterstützung für sein Institut, »das mehr als alles andere dazu beitragen wird, sie [die Stadt Frankfurt, d.V.] wieder zu einem Mittelpunkt, ja ich bin gewitzt: zu einem Mittelpunkt deutschen Verlagswesens zu machen«.³⁹ Dabei konnte er auf einen lokalen Identitätsanker zurückgreifen, denn bis ins 18. Jahrhundert hinein war Frankfurt die führende Buchmessestadt im Alten Reich gewesen, bis allmählich Leipzig diese Rolle übernommen hatte.⁴⁰ Eppelsheimers und Klostermanns Offerten waren aber nur auf den ersten Blick gegen Leipzig gerichtet, auch wenn man dies in der sächsischen Messemetropole anders sah.⁴¹ Vielmehr hatten die Akteure in Frankfurt Städte wie Stuttgart, München und Köln im Blick, in denen sich bereits zahlreiche Verlage angesiedelt hatten. Als Ausdruck eines aufbrechenden Ost-West-Konfliktes lassen sich die Überlegungen in Frankfurt daher nicht ohne weiteres werten. Eher scheinen lokale Konflikte zwischen den Buchhändler-Verbänden im Westen (was freilich für sich genommen auch eine Folge der sich vollziehenden Teilung war) eine tragendere Rolle gespielt zu haben.

Im Dezember 1946 konnte Eppelsheimer der Stadtverwaltung das Projekt noch schmackhafter machen, indem er darauf verwies, dass neben dem Länderrat der amerikanischen Zone nun auch die Länder der britischen Zone Interesse an der Deutschen Bibliothek zeigten. Damit wirke die Bibliothek nicht mehr wie eine »grosshessische oder vielleicht frankfurtische« Veranstaltung, sondern gewinne »als eine deutsche Angelegenheit an Ansehen«.⁴² Mit diesen Verheißungen wurde der Frankfurter Magistrat im Februar 1947 gebeten, die Stadtverordneten über die neu entstehende Bibliothek zu informieren. Allerdings musste Eppelsheimer der städtischen Finanzverwaltung zusichern, dass dieser

38 Wolfgang Klötzer (Hrsg.), *Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon*, Bd. 2, Frankfurt am Main 1996, S. 375.

39 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, über das Kulturamt, 21.11.1946, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

40 Fritz Funke, *Buchkunde. Ein Überblick über die Geschichte des Buches*, 6. Aufl., München 1999, S. 144; Thomas Höpel, »Die Kunst dem Volke«. Städtische Kulturpolitik in Leipzig und Lyon 1945-1989, Leipzig 2011, S. 369; Bluemel, *Identity in transition*, S. 138-150.

41 Rat der Stadt Leipzig, Volksbildungsamt, Stadtrat Holtzhauer, an Oberbürgermeister Zeigner, 23.9.1946, StadtAL, StVuR, 9289, Bl. 107. In den Monaten bis zur Buchmesse im März 1947 entwickelte sich zwischen den Oberbürgermeistern der Städte Leipzig und Frankfurt ein reger Schriftwechsel in dieser Sache, der aber ebenso schnell wieder erlahmte.

42 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an das Kulturamt der Stadt Frankfurt/Main, 16.12.1946, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

keine zusätzlichen Kosten entstünden, sondern die Bibliothek nebenamtlich von den städtischen und Universitätsbibliotheken mitverwaltet werden konnte und man das Großhessische Staatsministerium um eine finanzielle Beteiligung bitten werde.⁴³ Die geforderte Beteiligung mit rund 20.000 Reichsmark lehnte Wiesbaden jedoch unerwartet ab.⁴⁴ Die Deutsche Bibliothek hing damit schon kurz nach ihrer Gründung finanziell in der Luft. Die Stadt Frankfurt stellte lediglich Räumlichkeiten und Mobiliar, der Börsenverein finanzierte die Bibliographie, einen eigenen Etat besaß die Bibliothek aber nicht. Das von den Amerikanern anfangs vorgeschlagene Modell, eine Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bibliothek zu gründen und die Bibliothek damit finanziell in die Hände von Honoratioren zu legen,⁴⁵ und die Vorstellung des Hessischen Buchhändlerverbandes, den Länderrat »oder die entsprechende bizonale Einrichtung« für eine finanzielle Unterstützung gewinnen zu können, hatten sich ebenfalls als nicht tragfähig erwiesen.⁴⁶ Eppelsheimer setzte deshalb zunehmend alle Hoffnungen darauf, dass, sobald sich Hessen an der Finanzierung beteilige, die anderen Länder nachziehen würden.⁴⁷ In zwei weiteren Anträgen an den hessischen Minister für Kultus und Unterricht vom 21. Juni und 23. Juli 1947 sprach Eppelsheimer daher nicht nur die zentralen Sonderaufgaben der Deutschen Bibliothek (Erstellung der Bibliographie, Auskunftstätigkeit) und die begrenzte Belastungsfähigkeit des Börsenvereins an, sondern appellierte offensiv an das Landesinteresse: »Es wäre doch wirklich schade, wenn wir dieses zukunftsreiche Institut in Hessen nicht halten könnten und der hessische Staat eines schönen Tages seinen Zuschuss nach Stuttgart zahlte«:

»Heute stellt die Deutsche Bibliothek gegenüber dem Vorsprung, den Württemberg und Baden im Verlagswesen nun einmal gewonnen hat, unsere einzige Hoffnung dar. Ich bin überzeugt, dass sie nicht trügt, dass sie sich eines Tages ganz wie die Deutsche Bücherei in Leipzig für uns auswirken muss und dass sie auch die Unterstützung der übrigen Länder im Westen finden wird.«⁴⁸

43 Kulturamt an den Magistrat 22.1.1947, ebd., unfol.

44 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Main an das Großhessische Staatsministerium, Minister für Kultus und Unterricht, 31.1.1947, ebd., unfol.

45 Protokoll über die Errichtung einer Sammelbibliothek der Neuerscheinungen seit 8.5.1945 in den drei Westzonen in der American Library, Frankfurt am Main, 12.9.1946, NARA, RG 260, Entry A1 259, Box 258, Folder Deutsche Bibliothek Frankfurt Main, unfol.

46 Beschluss, Betreff: Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main, 12.12.1946, NARA, RG 260, Entry A1 255, Box 236, Folder Frankfurt Meeting Publishers 13.-14. Dezember 46, unfol.

47 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Main, 14.4.1947, ebd., unfol.

48 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an das Hessische Ministerium, Der Minister für Kultus und Unterricht, 23.7.1947, ebd., unfol.

Die Aussicht, dass »Frankfurt zu einem Vorort und Umschlagplatz für den Buchhandel« werden und dies sich auch für die Region Wiesbaden-Darmstadt-Offenbach positiv auswirken könnte,⁴⁹ fand im hessischen Kultusministerium durchaus Zuspruch,⁵⁰ eine Finanzierungszusage gewährte man der Deutschen Bibliothek dennoch nicht. Das hatte nicht zuletzt juristische bzw. politische Gründe, denn die Bibliothek blieb auch dann ein Teil des Vermögens des Börsenvereins, was die Einflussmöglichkeiten staatlicher Träger eng begrenzte.⁵¹

Seitens der Besatzungsbehörden blieb die Förderung der Deutschen Bibliothek indes auf die PCB bzw. Douglas Waples begrenzt. Dieser maß der Deutschen Bibliothek nicht nur eine wichtige Funktion für die Auskunftstätigkeit bei, sondern auch für die Publikationsplanung. So hatte die PCB bei der Bibliothek ein Statistisches Büro einrichten lassen, dessen Aufgabe es war, einen Prüfungsausschuss mit Informationen über die Produktion wissenschaftlicher Zeitschriften in den drei Westzonen zu versorgen. Diese Informationen dienten der Planung der Papierkontingente und wurden außerdem von der Library of Congress Mission dazu genutzt, wissenschaftlich wichtige Publikationen für die USA anzukaufen.⁵² Zudem unterstützte Waples Eppelsheimer, indem er seine guten Beziehungen zu Heinrich Uhlendahl nutzte. Dieser hatte den Sowjets nach »sehr langwierig[en]« Verhandlungen in Karlshorst⁵³ im Mai 1946 eine Druckgenehmigung für die Deutsche Nationalbibliographie abgetrotzt⁵⁴ und dabei unmittelbar von der Konkurrenzgründung in Frankfurt profitiert. So hatte er Carl Mones und Pjotr Solotjuchin über die Gefahr für die kulturelle Einheit, die von Frankfurt ausgehe, informiert und um ein rasches Wiedererscheinen der wichtigsten Bibliographien ersucht.⁵⁵ Waren entsprechende Ersuche Uhlendahls zuvor stets an den Behörden gescheitert, so erhielten er und der Verlag des Leipziger Börsenvereins nun rasch die gewünschte Lizenz, schließlich ließ sich dadurch die sow-

49 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an den Minister für Kultus und Bildungswesen, 21.6.1947, HHStAW, 504, 6897, Bl. 30.

50 Aktenvermerk Dr. Appel, Hessisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht, 22.5.1947, ebd., Bl. 15.

51 Obermagistrat Dr. Askenasy an Stadtrat Seliger, 26.1.1947, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

52 Protokoll des Zeitschriftenausschusses der Arbeitsgemeinschaft am 26.2.1947, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

53 Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Besprechung am 25. Juli mit Herrn Generaldirektor Dr. Uhlendahl, 25.7.1946, ADNBL, 558/0, Bl. 51.

54 SMAD, Propaganda-Leitung, Lizenz zur Genehmigung der Herausgabe der Deutschen Nationalbibliographie ab 1. Juni 1946, 10.6.1946, ADNBL, 558/0, Bd. 3, Bl. 38; Sowjetische Militär-Verwaltung, Propaganda-Leitung, Lizenz, 21.6.1946, ADNBL, 866/0/1, unfol.

55 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 6.5.1946, ADNBL, 558/0, Bd. 3, Bl. 29; Heinrich Uhlendahl an Solotjuchin, 27.5.1946, ebd., Bl. 35.

jetische Einheitspropaganda unter Beweis stellen. Trotz des Mangels an Papier und der geringen Neigung der sowjetischen Zensurstellen, »zweifelhafte Literatur« in der Öffentlichkeit bekannt zu machen,⁵⁶ durfte die Bibliographie nun zumindest zweimal im Monat mit einer Auflage von 2.000 (Reihe A) bzw. 1.000 (Reihe B) erscheinen. Dies bedeutete jedoch nicht automatisch eine Unterstützung der bibliographischen Arbeiten durch die DZVV. Ganz im Gegenteil, dort widmete man der Bibliographie als »einigendem Band« keine besondere Aufmerksamkeit. Vielmehr, so erklärte Theodor Brugsch Heinrich Uhlendahl im Dezember 1946 unverhohlen, werde man abwarten, ob die westdeutschen Verleger bereit seien, ein drittes Belegexemplar nach Leipzig zu senden: »Soweit in der Nabi Lücken entstehen, müsste man sie vorläufig eben in Kauf nehmen.«⁵⁷

Waples nutzte das Wiedererscheinen der Nationalbibliographie indes, um sich umfassende Informationen über das Literaturleben in der SBZ zu verschaffen, die wiederum in die Publikationsplanung der amerikanischen Zone eingingen.⁵⁸ Damit hatte er aber auch ein zentrales Interesse daran, den Konflikt zwischen Leipzig und Frankfurt nicht allzu sehr eskalieren zu lassen. Anfang März 1947 schickte er anlässlich der Leipziger Buchmesse zwei seiner Mitarbeiter nach Leipzig, um zusammen mit Uhlendahl und dem Vorstand des Börsenvereins über das Verhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek zu beraten. Dabei sicherte man Uhlendahl mit der ganzen Autorität der Besatzungsmacht zu, dass die in Frankfurt deponierten zweiten Exemplare für Leipzig notfalls auch mithilfe eines Militärtransportes vollständig in die sowjetische Zone gelangten, Frankfurt sich bemühen werde, dass die Exemplare künftig direkt nach Leipzig kämen, und die Deutsche Bibliothek nur ein Provisorium sei. Gleichwohl verlangten die Amerikaner vom Vorstandsmitglied des Leipziger Börsenvereins, Georg Petermann, dass dieser einen offiziellen Appell an die Verleger der SBZ richte, Frankfurt direkt zu beliefern.⁵⁹ Bereits am 26. März kam Petermann dem nach und verließ damit die strikt ablehnende Haltung Uhlendahls. Befördert hatte diesen pragmatischen Entschluss auch ein Schreiben von Douglas Waples vom Tag zuvor. Darin hatte dieser über eine Sitzung im Rahmen des Alliierten Kontrollrates vom 19. März berichtet, in der sich die Ver-

⁵⁶ Aktennotiz, Besprechung zwischen den Herren Generaldirektor Uhlendahl, Dr. Heß, Schwab, Schönemann und Griefsbach in der Deutschen Bücherei am 11. April 1946, 15.4.1946, SächsStAL, 21766, 836, Bl. 113.

⁵⁷ Albert Heß an den Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, Deutsche Bücherei, 10.12.1946, SächsStAL, 21766, 1535, Bl. 35.

⁵⁸ Die Auswertungen der Publications Control Branch der ICD erhielt auch Heinrich Uhlendahl zur Kenntnisnahme. Eine dieser Auswertungen befindet sich in den Leipziger Akten: OMGUS, ICD, Publications Control Branch, Books and Pamphlet Production in the four Zones of Germany, to 1 January 1947, 15.5.1947, ADNBL, 838, unfol.

⁵⁹ Heinrich Uhlendahl, Aktennotiz, 6.3.1947, SächsStAL, 21766, 1536, Bl. 87.

antwortlichen für Nachrichtenkontrolle darüber verständigt hatten, dass die örtlich zuständigen Besatzungsbehörden die Verleger dazu aufrufen sollten, je ein Belegexemplar direkt an die Deutsche Bücherei, die Deutsche Bibliothek und die ÖWB zu liefern.⁶⁰ Allerdings räumte Waples in einem Sechs-Augen-Gespräch mit Uhlendahl und dem stellvertretenden Vorsteher des Leipziger Börsenvereins und Leiter des Bibliographischen Instituts in Leipzig, Heinrich Becker, wenige Wochen später ein, dass es sich hierbei lediglich um eine Bitte handelte, ein Zwang daher nicht ausgeübt werden könne.⁶¹ Obgleich der Alliierte Kontrollrat angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen den Sowjets und den Westalliierten kaum noch entscheidungsfähig war,⁶² trug die vermittelnde Tätigkeit von Waples zwar nicht zur Abmilderung des Konfliktes, aber doch dazu bei, dass Uhlendahl nun zumindest zu taktischer Zurückhaltung bereit war.⁶³

Gleichwohl änderte sich an den Rahmenbedingungen nicht viel. Die Paketgrenze war im Februar 1947 zwar auf ein Kilogramm angehoben worden, doch blieb die westdeutsche Verlagswelt in ihrer Haltung gegenüber der Deutschen Bücherei gespalten. Einige Verleger nahmen die Mehrarbeit auf sich und schickten ein drittes Belegexemplar nun zerlegt nach Leipzig, andere blieben gegenüber dem interzonalen Postverkehr zutiefst misstrauisch. So wiesen die ersten im September 1946 erschienenen Hefte der Nationalbibliographie starke Lücken auf. Eine erste Analyse, veröffentlicht vom Bayerischen Buchhändlerverband im Dezember, gab an, dass von 795 dort angezeigten Titeln allein 530 aus der sowjetischen Zone stammten, während von den 250 bisher in der britischen Zone erschienenen Titeln nur zwei angezeigt waren.⁶⁴ Freilich war auch die Frankfurter Bibliographie anfangs stark lückenhaft. Dennoch befand sich von den 296 Titeln der ersten Nummer, die ausschließlich Publikationen aus der amerikanischen und britischen Zone anzeigte, fast die Hälfte noch nicht in der Nationalbibliographie.⁶⁵ Die Verleger in den Westzonen reagierten auf solche Nachrichten empfindlich. Ferner schlossen sich der Empfehlung des Alliierten Kontrollrates zunächst lediglich die amerikanische und die britische Zone an. Die Verleger der französischen Zone lieferten ihre Pflichtexemplare noch an die Freiburger Universitätsbibliothek, die ihrerseits die zweiten Exemplare später nach Leip-

60 Douglas Waples an Georg Petermann, 26.3.1947, IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-0/12, unfol.

61 Aktennotiz, 194.47, Besprechung mit Dr. Uhlendahl über seine Verhandlungen bei Ltn. Waples zusammen mit Herrn MR Becker, SächsStAL, 21766, 1536, Bl. 116.

62 Mai, Der Alliierte Kontrollrat, S. 397.

63 Heinrich Uhlendahl an Carl Mones, 27.3.1947, BArch, DR 2/1351, Bl. 66.

64 Bibliotheken und Buchhandel, in: Mitteilungen des Landesverbandes der Bayerischen Buchhändler 1 (1946), Heft 2/3, S. 29f.

65 Albert Paust, Ergebnis der Nachprüfung der Frankfurter Bibliographie, Nr. 1 vom März 1947, 19.4.1947, ADNBL, 550/3, Bl. 2.

zig schicken wollte.⁶⁶ Erst im Juni 1947 hatte Eppelsheimer die dortigen Verlegerverbände, obwohl diese der Deutschen Bücherei gegenüber insgesamt sehr wohlgesinnt waren, von einer Belieferung Frankfurts überzeugen können.⁶⁷ Denn auch dort war das Bedürfnis nach einer funktionierenden Statistik für die Papierplanung groß. Der Zeitverlust, der bei der Auslieferung der Leipziger Verzeichnisse eintrat, erwies sich dabei als hinderlich.⁶⁸ Die SMAD ignorierte die Empfehlung des Alliierten Kontrollrates dagegen gänzlich. Der in seinem Handlungsspielraum stark beschnittene Leipziger Börsenverein hatte keinerlei Möglichkeiten, direkten Einfluss auf die lizenzierten Verlage auszuüben.⁶⁹ Dem war man sich in Leipzig auch schmerzlich bewusst.⁷⁰ Dem Vorstand war in erster Linie daran gelegen, dass die Bibliographie auch weiterhin in Leipzig verlegt werden konnte und nicht an den neu gegründeten Zentralverlag in Ost-Berlin abwanderte.⁷¹ Vor diesem Hintergrund hatte der Verband das harsche Vorgehen Uhlendahls gegen Frankfurt stets unterstützt. Nachdem der Verlag des Börsenvereins die Druckgenehmigung im Juni 1946 erhalten hatte, ging der Vorstand zunehmend auf Abstand zu Uhlendahl. Ernst Reclam, der dem Leipziger Börsenverein bis 1948 vorstand, distanzierte sich intern deutlich von der »Schärfe des Kampfes [...], wie er vonseiten der Deutschen Bücherei geführt worden ist« und befürwortete aus pragmatischen Gründen nun auch die Belieferung Frankfurts.⁷² Ein erneuter Versuch, eine offizielle Empfehlung der SMAD im Sinne der Empfehlung des Alliierten Kontrollrates zu erwirken, scheiterte jedoch. So entschied sich der Börsenverein in Leipzig im Einverständnis mit Ludolf Koven, dem stellvertretenden Geschäftsführer des Kulturellen Beirats für Verlagswesen

66 Mitteilungen für den Buchhandel in der französischen Zone 1 (1946), S. 34.

67 Universitätsbibliothek Freiburg/Breisgau, Direktor Rest an Heinrich Uhlendahl, 2.7.1947, ADNBL, 154/5, X, Bl. 224. Im Ergebnis der Verhandlungen mit den französischen Verlegern beschlossen diese (im Unterschied zur Empfehlung des Alliierten Kontrollrates), künftig Belegstücke an die Deutsche Bücherei, die Deutsche Bibliothek sowie die Universitätsbibliotheken Freiburg, Tübingen bzw. Mainz zu senden. Vgl. Mitteilungen für den Buchhandel in der französischen Zone 2 (1947), S. 17f.

68 Protokoll über die Arbeitsgemeinschaft am 18. März 1947, NARA, RG 260, Entry A1 259, Box 258, Folder Boersenverein (Hessischer Buchhändler Verein Schauer), unfol.

69 Hierzu Bille, Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1945-1948, S. 185-189.

70 Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an den Vorstand und die Geschäftsführung, 7.8.1947, SächsStAL, 21766, 1536, Bl. 41f.

71 Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, Geschäftsstelle, Dr. Heß, an Heinrich Becker, 20.4.1946, SächsStAL, 21766, 836, Bl. 114.

72 Ernst Reclam an die Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, o.D., SächsStAL, 21766, 1536, Bl. 49.

und Chefredakteur des Leipziger Börsenblattes, für ein informelles Rundschreiben an die lizenzierten Verleger.⁷³ Viele der Adressaten aber reagierten skeptisch. Oftmals war das Fehlen einer Empfehlung der SMAD entscheidend, andere Verleger äußerten gegen die Deutsche Bibliothek starke Vorbehalte und waren erst bereit nach Frankfurt zu liefern, wenn von dort eine offizielle Anfrage käme.⁷⁴ Zudem wirkten die Papierknappheit, die geringen Auflagenzahlen und die hohen Versandkosten als weitere Hemmschuhe.⁷⁵ Dazu kam, dass die Verlage in der SBZ auf den Befehl der SMAD Nr. 356 vom 9. Dezember 1946 hin selbst 29 kostenlose Pflichtexemplare an zentrale Stellen und je nach Region weitere Pflichtstücke abzuliefern hatten.⁷⁶

Unterdessen war der »Burgfrieden« zwischen Uhlendahl und Eppelsheimer wieder in einen heftigen Konflikt umgeschlagen. Streitpunkt waren nun die etwa 3.000 noch in Frankfurt liegenden Zweitexemplare, deren Übersendung nach Leipzig sich mehrere Monate hinzog. Dies war freilich in erster Linie den widrigen Verkehrsverhältnissen geschuldet. Eppelsheimer beauftragte deshalb die noch junge Frankfurter Kommissionsbuchhandlung Rudi Strauß, die für Sammellieferungen in die SBZ eine Erlaubnis besaß. Da bis November 1947 Lieferungen von bis zu sieben Kilogramm nur nach Berlin gestattet waren, scheiterte ein erster Versuch, die 53 Pakete direkt nach Sachsen zu schicken am Fehlen einer Einfuhrgenehmigung. So mussten die Pakete zunächst in den sowjetischen Sektor von Berlin geschickt werden,⁷⁷ wo sie die dortige Postverwaltung abfertigte, bis sie an den Wirtschaftsverband der Berliner Buchhändler überstellt wurden, von wo aus sie schließlich eine von der Deutschen Bücherei beauftragte Speditionsfirma nach Leipzig transportieren konnte. Damit war der Ärger für Uhlendahl aber noch nicht vorbei. Nicht nur, dass einige Bücher nach Ankunft der Pakete fehlten bzw. etliche Pakete in stark beschädigtem Zustand waren, auch lagen den Sendungen nicht, wie bisher stets üblich, Rechnungen bei, die Auskünfte über Preise gaben. Da diese Information aber in die Nationalbibliographie aufgenommen wurde, musste die Deutsche Bücherei die Buchhändler noch einmal selbst kontaktieren. Schließlich stellte man fest, dass über die Hälfte der Bücher bereits in Leipzig vorhanden war, da zahlreiche Verleger die Bibliothek unlängst mit einem dritten Belegexemplar direkt beliefert hatten. Die Du-

73 Aktennotiz, Telefongespräch am 13. September 1947 mit Herrn Koven, betr. Schreiben vom 14.8.47, Belegstücke für die Deutsche Bibliothek Frankfurt/M., ebd., Bl. 60.

74 So etwa die Verlagsleitung der Berliner Zeitung an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, 3.9.1947, ebd., Bl. 75.

75 Deutsche Bibliothek, Bibliotheksrat Binder, an Georg Petermann, 26.1.1948, Sächs-StAL, 21766, 1537, Bl. 43-47.

76 Befehl Nr. 356, in: Regierungsblatt für das Land Thüringen, S. 13.

77 Deutsche Bibliothek, Eppelsheimer, an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, 28.7.1947, ADNBL, 811/10 (2), Bl. 74.

blenden mussten, um den Verlegern gegenüber das Gesicht zu wahren, kostspielig zurückgeschickt werden.⁷⁸ Damit eskalierte erneut der Streit mit Eppelsheimer, dem Uhlendahl vorwarf, die Zweitexemplare bewusst zurückgehalten zu haben, weil sich Leipzig geweigert hatte, die Versandkosten zu übernehmen. Auch hierbei musste Douglas Waples noch einmal vermitteln. Dieser war, wie er Uhlendahl unverhohlen zu erkennen gab, in erster Linie daran interessiert, dass »wir im Westen auch ueber die rein sowjetische Propaganda hinaus ueber die Neuerscheinungen in der Ostzone orientiert sind«. ⁷⁹ Dafür war Waples auch bereit, die »leidige[n] Transportangelegenheit« zulasten der Deutschen Bibliothek zu entscheiden.⁸⁰

Die Restriktionen im Warenverkehr zwischen den Zonen hatten der Deutschen Bibliothek nur für kurze Zeit Luft verschaffen können. Zwar hatten immer mehr Verleger die Frankfurter Bibliothek akzeptiert, nicht zuletzt weil sie sich gegenüber den zwischenzeitlich von einigen Landesverbänden provisorisch herausgegebenen Buchhändlerbibliographien von ihr eine deutliche Verbesserung versprochen. Dennoch beruhte die Belieferung der Deutschen Bibliothek in vielen Fällen eher auf der Unterstützung durch die amerikanische und britische Militärregierung. Diese ging über eine ideelle Förderung jedoch nicht hinaus. Einen im September 1947 unternommenen Versuch des Leiters der ICD, Gordon E. Textor, dem Bipartite Economic Control Office als zentraler Kontrollbehörde der bizonalen Wirtschaftsorganisation die Notwendigkeit einer räumlichen Erweiterung der Deutschen Bibliothek mit dem Argument zu begründen, dass diese »strategically important to the affective planning and control of educational, scientific and literary activity in the Bi-zonal area« und »indispensable to the development of foreign markets for German publications«⁸¹ sei, wies die Behörde ab. Man sei nunmehr bestrebt, »to close out all Military Government and Army assistance in purely German housing problems in Frankfurt as soon as possible«. Vielmehr sollten die deutschen Kommunalbehörden diese Aufgabe übernehmen.⁸² Damit wurden auch weiterführende Pläne Eppelsheimers begraben, mit Unterstützung von Waples die Deutsche Bibliothek zu einer For-

78 Rücksprache mit Prof. Eppelsheimer, 26.1.1948, ebd., Bl. 105.

79 OMGUS, ICD, Douglas Waples an Heinrich Uhlendahl, 19.8.1947, ADNBL, 154/5, XIII, Bl. 106.

80 Douglas Waples an Hanns Wilhelm Eppelsheimer, 23.8.1948, ADNBF, DBB 1947-1952, 4, unfol.

81 Gordon E. Textor an das Bipartite Economic Control Office, Frankfurt a/Main, 19.9.1947, NARA, RG 260, Entry A1 259, Box 258, Folder Deutsche Bibliothek Frankfurt Main, unfol.

82 Bipartite Control Office, Subject: Allocation of Materials for Completion of Bizonal German Library in Frankfurt, 17.10.1947, ebd., unfol.

schungsbibliothek auszubauen.⁸³ Dennoch unterstützte die ICD Eppelsheimer im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin, etwa indem sie ihm informell beschlagnahmte Bücher aus der NS-Zeit überließ, die Eppelsheimer zu Forschungszwecken »in einem besonderen Raum« aufbewahren durfte.⁸⁴

Nach der Währungsreform und der Aufhebung der Papierwirtschaft sowie der Auflagenbegrenzung für Druckwerke in der Bizone Mitte 1948⁸⁵ bekam die Deutsche Bibliothek die Folgen ihres nach wie vor ungeklärten Status mit aller Kraft zu spüren. Immer mehr Verleger lieferten wie selbstverständlich wieder nach Leipzig und Uhlendahl zeigte sich erleichtert, dass »die große Schwierigkeit, Bücher zu erhalten [...] durch die Währungsreform fast in das Gegenteil umgeschlagen« sei.⁸⁶ Seit Mai des Jahres konnte überdies die Reihe A der Nationalbibliographie wieder wöchentlich mit einer Auflage von 6.000 erscheinen.⁸⁷ Die Schwäche der Deutschen Bibliothek, so Eppelsheimer in einem alarmierenden Schreiben an Waples im Oktober 1948, »becomes more and more critical«. Vor allem fehlte es der Bibliothek an einschlägigen Bibliographien und Nachschlagewerken, die sie für die an Bedeutung gewinnende Auskunftstätigkeit benötigte.⁸⁸ Der Bitte Eppelsheimers, ihm die notwendigen Erwerbungsmitel zur Verfügung zu stellen, konnte Waples zwar nicht nachkommen, jedoch war es diesem zumindest möglich, die benötigten Titel für die ICD anzukaufen und diese der Deutschen Bibliothek dann als dauerhafte Leihgaben zur Verfügung zu stellen.⁸⁹ Parallel erwiesen sich indes die Hoffnungen der Frankfurter Verleger, die Deutsche Bibliothek als lokalen Standortvorteil etablieren zu können, als Trugschluss. Dabei hatte man in Frankfurt sämtliche Register gezogen, um die Stadt als neuen »Bücherplatz« zu etablieren. So hatten der Hessische Buchhändlerverband und die Frankfurter Kommissionäre im Mai 1948 eine große lokale Leistungsschau initiiert, die von keinem Geringeren als Eppelsheimer eröffnet wurde. Und dieser ließ in seiner Begrüßungsrede keinen Zweifel daran, dass »die geistige Entwicklung, die vor einem Jahrhundert den geistigen Schwerpunkt von Frankfurt nach dem Osten verlegte, [...] rückläufig geworden [...] und die Vor-

83 Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an die Information Control Division Wiesbaden, 15.10.1947 (Anlage: The Deutsche Bibliothek – Exposition), ebd., unfol.

84 Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an Archival Depot, Mr. Born, 6.11.1947, ebd., unfol.

85 Wittmann, *Geschichte des deutschen Buchhandels*, S. 406.

86 Heinrich Uhlendahl an Rudolf Kern, 22.11.1948, ADNBL, 154/5, VII, Bl. 76.

87 Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an die Deutsche Bucherei, Heinrich Uhlendahl, 17.6.1948, ADNBL, 555/0/1/0, Bl. 63.

88 Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an Colonel D. Waples, through I.C.D. Frankfurt, 8.10.1948, NARA, RG 260, Entry A1 259, Box 258, Folder Deutsche Bibliothek Frankfurt Main, unfol.

89 Douglas Waples an Hanns Wilhelm Eppelsheimer, 27.10.1948, ebd., unfol.

rangstellung von Leipzig wieder in die Etappe Frankfurt zurückverlegt« worden sei.⁹⁰ All dies half aber nichts. Vittorio Klostermann, der erste Vorsitzende der im Mai 1948 in München gegründeten Arbeitsgemeinschaft (seit 1950 Börsenverein) der Deutschen Verleger- und Buchhändler-Verbände, musste im August 1949 resigniert einräumen,

»... daß es offensichtlich nicht möglich sein wird, auf die Dauer Frankfurt als Spitze der buchhändlerischen Organisationen zu halten. Die Kräfte, die von Frankfurt wegstreben, sind stark, und leider hat die Politik der Stadt in den 3 Jahren, in denen ich mit diesen Dingen zu tun hatte, nicht wenig dazu beigetragen, diese Bestrebungen zu fördern.«⁹¹

Klostermann warf der Stadt vor, ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bibliothek nicht erfüllt zu haben, während der Börsenverein »nicht unbeträchtliche Summen« ausgegeben habe, um seine Strukturen auszubauen. Dies habe, davon war Klostermann fest überzeugt, maßgeblich dazu beigetragen, dass das Verlagswesen nun nicht in Frankfurt, sondern in Hamburg, Stuttgart, München und Köln blühe. Nicht ein einziger bekannter Verleger habe sich demgegenüber in Frankfurt angesiedelt, lediglich einige renommiertere Firmen hätten in der Stadt am Main Filialen eröffnet.⁹²

In der Tat stand die Deutsche Bibliothek wenige Monate nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 kurz vor ihrer Auflösung. Für den Börsenverein war sie kaum noch finanzierbar. Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1949 hatte der Verband für die Deutsche Bibliothek 44.000 DM gezahlt. Das waren fast 10.000 DM mehr als im Vorjahreszeitraum.⁹³ Den Verlegern gegenüber war dies nur noch schwer zu rechtfertigen, waren diese doch seit der Währungsreform mit einem unerwartet harten Wettbewerbsdruck konfrontiert.⁹⁴ Bis 1955 verschwand ein Drittel der zur Zeit der Währungsreform lizenzierten Verlage wieder vom Markt.⁹⁵ Vittorio Klostermann war mit seinen Ambitionen gescheitert. Noch im Herbst 1949 trat er vom Vorsitz des Börsenvereins zurück, intern erwog man bereits die Übergabe der Deutschen Bibliothek an die

90 Bücherplatz Frankfurt in der Börse eröffnet. Bücher und Schriften aus allen Zonen, in: Frankfurter Rundschau vom 11.5.1948, S. 3.

91 Vittorio Klostermann an Bürgermeister Leiske, 24.8.1949, ISG, Kulturamt, 1.423, Bl. 281.

92 Ebd.

93 Struktur der Deutschen Bibliothek (1950), HHStAW, 504, 6897, Bl. 98.

94 Der enorme Wettbewerbsdruck war insbesondere auf dem Zeitschriftenmarkt zu spüren. Vgl. Tim von Arnim, »Und dann werde ich das größte Zeitungshaus Europas bauen«. Der Unternehmer Axel Springer, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 49f.

95 Wittmann, Geschichte des deutschen Buchhandels, S. 373.

Universität Köln.⁹⁶ Dort war wenige Monate zuvor die Deutsche Forschungsgemeinschaft neugegründet worden, worin sich das exponierte Interesse des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums an der Förderung der Wissenschaften (und wohl auch des eigenen Standortes) widerspiegelt.⁹⁷ Womöglich sah man im Börsenverein darin eine realere Chance, der Deutschen Bibliothek eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage zu verschaffen. Zu allem Überflus kündigte auch noch Eppelsheimer im Oktober, weil die Stadt Frankfurt ihm noch immer keine Wohnung zugewiesen hatte.⁹⁸ Im Börsenverein herrschte Krisenstimmung.

Doch der »Worst Case« trat nicht ein. Zwar befand sich der Börsenverein in einer ähnlichen Situation wie kurz nach der Gründung der Deutschen Bucherei im Jahre 1912 – man hatte sich mit der Strahlkraft der Institution schlicht überschätzt. Offenbar hatte man aus der Geschichte des Hauses aber gelernt. So folgte dem Weggang Klostermanns, dessen Posten der Münchner Verleger Carl Hanser übernahm, prompt die Wiederentdeckung eines alten Konzepts. Man müsse, so einigten sich Buchhändler und Vertreter der Stadt Frankfurt, zu einer Verteilung der Kosten auf Stadt, Land und Bund nach dem Leipziger Modell kommen.⁹⁹ Wesentlich befördert wurde diese nun nicht mehr ausschließlich von lokalen Interessen getragene Initiative zur Verstetigung der Deutschen Bibliothek durch den sich zuspitzenden Ost-West-Konflikt, den die Buchhändler auf wirtschaftlichem Gebiet unmittelbar zu spüren bekamen. Die Währungsreform von 1948 hatte nicht nur den Wettbewerbsdruck in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik erhöht, sondern auch den innerdeutschen Handel auf eine neue Grundlage gestellt. Dieser musste nun über ein Clearing-Verfahren abgewickelt werden. Warenkontingente, die angesichts des stetigen Verfalls der ostdeutschen Währung ein Mehr an Sicherheit geschaffen hätten, wurden für Verlagszeugnisse nicht eingeführt. Selbst das Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 nannte lediglich Zellstoff und Papier.¹⁰⁰ Entsprechend empfindlich reagierten Buchhändler auf Nachrichten über die Entwicklung des Buchmarktes in der SBZ/DDR. Besondere Aufmerksamkeit fand ein Bericht der ICD, der Leipzig nun erstmals explizit als »sterbende Buchstadt«, die einzig »diktatorischen Maßnahmen« unterliege, bezeichnete.¹⁰¹ Dem Vereinsvorstand bot diese skepti-

96 Protokoll der 14. Vorstandssitzung am 21.8.1949, ISG, W2-7, 2, Bl. 23.

97 Karin Orth, *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949-1968*, Stuttgart 2011, S. 25-29.

98 Protokoll der 16. Vorstandssitzung am 29./30.10.1949, ISG, W2-7, 3, Bl. 23.

99 Niederschrift über die Sitzung mit Vertretern des Börsenvereins und der Buchhändler-Vereinigung am 9.9.1949, ISG, Kulturamt, I.423, Bl. 266.

100 Frohn, *Literaturaustausch im geteilten Deutschland*, S. 52.

101 Bericht über das Verlagswesen im Ostsektor, o.D. [1949], IfZ-Archiv, OMGUS, 15/154-1/27, unfol. Auszüge wurden in zahlreichen westdeutschen Medien veröffentlicht, so etwa: Nicht mehr Hauptstadt des Buches. Leipzigs Rolle vernichtet, Verleger gehen nach Stuttgart und München, in: *Westfalenpost* vom 23.1.1949.

sche Grundstimmung eine Gelegenheit, um die Deutsche Bibliothek aus ihrem Dilemma herauszuholen. So stieß der Vorschlag des Vorstandsmitgliedes Lambert Schneider, die Bibliothek gänzlich in eine Bundesinstitution zu verwandeln, auf starke Zustimmung im Vorstand. Erste Verhandlungen wolle man bald mit Theodor Heuss (Bundespräsident), Carlo Schmid (Bundestagsvizepräsident) und Karl Arnold (Präsident des Bundesrates) aufnehmen.¹⁰²

Der Ost-West-Konflikt war für beide Bibliotheken in Leipzig und Frankfurt zu einer Art Katalysator für jeweils ungelöste Probleme geworden, was sie zugleich eng miteinander verflocht. Beide hatten jeweils eigene Interessen daran, den Bibliothekskonflikt auf eine politische Ebene zu heben. Uhlendahl fühlte sich in seinem Kompetenzbereich empfindlich beschnitten und wollte die Nationalbibliographie wieder in ihrer alten Form herausbringen, Eppelsheimer und der Börsenvereinsvorstand in Frankfurt standen vor dem Problem, sich strategisch umorientieren zu müssen, wollten sie die Deutsche Bibliothek erhalten. Der globale Konflikt wurde damit zu einer wesentlichen Existenzbedingung beider Bibliotheken.

b.) Die Semantik der Einheit: Berufliche Binnenlogik, Wirtschaft und Politik

Am 1. Juni 1948 klagte Heinrich Uhlendahl in einem Brief an seinen Kollegen, den Direktor der Stadtbibliothek Lübeck, Hans Peter Karstedt (1909-1988),

»... dass die zum Teil sehr großen Schwierigkeiten, die der Deutschen Bücherei bei der Durchführung ihrer Sammelaufgaben gemacht worden sind, nicht etwa den Militärmächten [...], sondern unseren lieben Landsleuten: den Herren Dr. Schauer und Dr. Eppelsheimer zu verdanken sind.«¹⁰³

Dieses Zitat spiegelt die Mentalität deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare nach 1945 eindrücklich wider. Die Binnenlogik des Berufsstandes und die Beharrungskräfte bibliothekarischer Netzwerke waren derart stark, dass sie selbst das Narrativ der »Stunde Null« nicht hatte erschüttern können. Während Gebäude, Bestände und bibliothekarische Infrastrukturen weitgehend zerstört waren, konnten persönliche Netzwerke zwischen Bibliothekaren unmittelbar nach Kriegsende reaktiviert werden und sich damit zu treibenden Kräften im Wiederaufbau des wissenschaftlichen Bibliothekswesens entwickeln. Arbeitet man sich durch Heinrich Uhlendahls Briefwechsel von 1945 bis 1954, so gewinnt man einen tiefen Eindruck von seinem ausgeprägten Interesse daran, zu erfahren, wie

102 Protokoll der 15. Vorstandssitzung am 23.9.1949, ISG, W2-7, 2, Bl. 14f.

103 Heinrich Uhlendahl an Bibliotheksrat Dr. P. Karstedt, 1.6.1948, ADNBL, 811/0, Bl. 81.

es den Kollegen und deren Bibliotheken im Krieg ergangen war. Man unterhielt sich über Buchbestände, Bombenschäden, persönliche Tragödien und man half sich gelegentlich mit kleinen Buchgeschenken wie »Care-Paketen« über die persönliche Not hinweg. Worüber man allerdings kein Wort verlor, war das Zusammenwirken von Bibliothekswesen und NS-Wissenschafts- bzw. Kulturpolitik, die etliche Karrieren befördert hatte, oder der organisierte Bücherraub, von dem Bibliotheken besonders profitiert hatten. Nur selten sprach man über die NS-DAP-Mitgliedschaft eines Kollegen, und wenn, dann bestand unter den Briefpartnern kaum ein Zweifel daran, dass diese nur unfreiwillig zustande gekommen sein konnte und dessen fachliche Expertise nicht schmälern könne. Das Berufsethos des unparteilichen Kulturgutverwalters schweißte zusammen und ließ Kontinuitätslinien selbst noch dort erscheinen, wo bereits andere politische Realitäten geschaffen worden waren. Die schnell wieder aufgenommenen Korrespondenzen waren Praktiken der kollektiven Selbstvergewisserung und Selbsttäuschung. Der dort geführte Diskurs wirkte gemeinschafts- und sinnstiftend und trug zur Vermeidung jeglicher Diskussionen über Schuld und Verantwortung bei. Das galt trotz unterschiedlicher weltanschaulicher Kontexte für die sowjetische und die Westzonen gleichermaßen.

Die Welt der wissenschaftlichen Bibliothekare entpuppte sich als äußerst geschlossen, traditionsbewusst und veränderungsresistent. Wer das historisch gewachsene System durchbrach, hatte es in der Community schwer. Die Gründung der Deutschen Bibliothek wurde vor diesem Hintergrund nicht nur von Uhlendahl als Fremdkörper angesehen. Selbst der 1947 pensionierte Direktor der Tübinger Universitätsbibliothek, Georg Leyh, war über die Vorgänge in Frankfurt derart erzürnt, dass er sogar seine früheren Rivalitäten mit der Deutschen Bücherei in kürzester Zeit über Bord warf. Leyh hatte 1916 selbst Ambitionen auf den Direktorenposten in der Deutschen Bücherei gehegt, wurde vom Börsenverein aber abgelehnt. In den 1920er und 1930er Jahren nutzte er jede Gelegenheit, um gegen Leipzig zu intrigieren. 1935 scheiterte schließlich seine Berufung zum stellvertretenden Direktor der Preußischen Staatsbibliothek, wofür er Uhlendahls Stellvertreter Werner Rust, der im Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten auch über Personalberufungen mitentschied, verantwortlich machte.¹⁰⁴ Leyh selbst sah sich als reinster Repräsentant des Ideals des unpolitischen Bibliothekars, in dessen Augen die Gründung der Deutschen Bibliothek einen Traditionsbruch sondergleichen darstellte. Dort sah er eine Modellbibliothek heraufziehen, die den Not leidenden wissenschaftlichen Bibliotheken, denen er 1947 eine umfangreiche Studie gewidmet hatte,¹⁰⁵ auf kurze oder lange Sicht die nötigen finanziellen Ressourcen entziehen könnte. Dies war ausschlag-

104 Dosa, *Libraries in the political scene*, S. 160-166; 181-183.

105 Georg Leyh, *Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg*, Tübingen 1947.

gebend dafür, dass sich Leyh nun mit Uhlendahl in ungewohnt friedlichem Ton aussöhnte. Schon Anfang Januar 1947 sprach er Uhlendahl gegenüber vom »Anfang der Auflösung des deutschen Bibliothekswesens«, die mit der Konkurrenzgründung in Frankfurt besiegelt sei.¹⁰⁶ Ob die Verärgerung über die Deutsche Bibliothek so groß war, dass Leyh deshalb 1954 den Nationalpreis der DDR annahm, sei dahingestellt. Andere Kollegen hielten sich mit der Heraufbeschwörung von Untergangsszenarien indes stärker zurück, ließen aber einen ähnlichen Traditionalismus erkennen. Josef Rest (1884-1961), Direktor der Universitätsbibliothek Freiburg und zuständig für die Sammlung der Pflichtexemplare in der französischen Zone, berichtete Uhlendahl im Juli 1946 von einer ersten Zusammenkunft von zwölf Bibliothekaren im April unter Beteiligung amerikanischer und französischer Offiziere, bei der Eppelsheimer vehement für die Übersendung der Pflichtexemplare nach Frankfurt geworben habe. Bei Rest und seinen Kollegen habe dies jedoch nicht nur Lächeln erzeugt, sondern man habe »richtig gelacht über diese Verteilung von Licht und Schatten«. Demgegenüber wolle man »an der Aufgabe der Deutschen Bücherei als archivalische Sammelstelle des deutschen Buches« festhalten und man sei bereit, »Sie nicht zu Gunsten Frankfurts zu verraten«.¹⁰⁷ Auch auf der 1. Bibliothekarstagung der britischen Zone im Oktober 1946 in Hamburg zeigte man sich solidarisch mit der Deutschen Bücherei, denn Bibliothekare hätten als Kulturvermittler die Pflicht, jeder Bestrebung, die »eine weitere Lockerung der deutschen Einheit mit sich bringt«, Einhalt zu gebieten. Die Deutsche Bücherei, die man allerdings nicht als »Reichsbibliothek« mit einem Pflichtexemplar verstanden wissen wollte,¹⁰⁸ erfuhr damit im Kontext »semantischer Transformationen«¹⁰⁹ in den Vorstellungen der Bibliothekare eine deutliche Aufwertung.

Dass der Konkurrent Eppelsheimer ein Landsmann war, gar ein Berufskollege, wog für Uhlendahl schwerer als die Auswirkungen der Besatzungspolitik auf Bibliothekswesen und Buchmarkt. In Uhlendahls Augen war der eigentliche »Separatist« nicht etwa die Besatzungsmacht, sondern der Frankfurter Bibliotheksdirektor.¹¹⁰ Dabei weckte der Konflikt mit Frankfurt auch bittere Erinnerungen an vergangene Positionskämpfe. Hans Cordes, der in den 1930er Jahren in der Deutschen Bücherei ausgebildet worden war und Anfang der 1950er Jahre um eine Anstellung in der Deutschen Bibliothek ersucht hatte, dort aber we-

106 Georg Leyh an Heinrich Uhlendahl, 3.1.1947, ADNBL, 154/5, VIII, Bl. 44.

107 Josef Rest an Heinrich Uhlendahl, ADNBL, 811/10, Bl. 76.18.7.1946.

108 Karstedt, Das Pflichtexemplar, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen, S. 72.

109 Der Begriff geht zurück auf Georg Bollenbeck/Clemens Knobloch (Hrsg.), Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, Heidelberg 2001.

110 Heinrich Uhlendahl an Georg Leyh, 15.12.1947, ADNBL, 154/5, VIII, Bl. 49.

gen seiner guten Beziehungen zu Uhlendahl abgewiesen worden war,¹¹¹ schrieb Letztgenanntem 1952:

»Es ist doch wirklich ein Jammer, dass der jahrelange Kampf der 30er Jahre mit der ehemaligen Preuss. Staatsbibliothek nun in anderer Form wieder von neuem geführt werden muss. Aber das scheint das Schicksal der Deutschen Bücherei zu sein.«¹¹²

Der Kampf mit der Preußischen Staatsbibliothek um die nackte Existenz saß derart tief in Uhlendahls Berufsgedächtnis, dass die politischen Prozesse, die die Teilung Deutschlands bewirkt hatten, für ihn eher von sekundärer Bedeutung waren. Vor diesem Hintergrund sind auch Uhlendahls forcierte Appelle an die deutsche Einheit zu sehen. Die Repräsentation der Nation gehörte freilich seit jeher zum Standardrepertoire von Nationalbibliotheken. Auch die Deutsche Bücherei hatte sich in den 1920er Jahren erfolgreich als gemeinsinnstiftendes Symbol eines wiedererstarkten Deutschland positionieren und dabei vom Krisenklima der Weimarer Republik profitieren können. Die öffentliche Selbstdarstellung als Symbol der Einheit war aber nicht nur zugleich eine Ressource im Kampf gegen die Preußische Staatsbibliothek. Sie war immer auch an die Verleger gerichtet, die die Deutsche Bücherei aufgrund des Fehlens eines Pflichtexemplargesetzes freiwillig mit je einem Belegexemplar beliefern sollten. Im bibliothekarischen Diskurs der 1920er Jahre hatte sich dies angesichts immer knapper werdender Erwerbungssetats wiederum als entscheidender Vorteil gegenüber Preußen erwiesen. Die öffentliche Repräsentation der Bibliothek als Symbol der Nation entsprang damit keineswegs einem reinen Idealismus, sondern hatte verschiedene strategische Dimensionen.

Wenn Heinrich Uhlendahl seit 1946 forciert von der Einheit als zu verteidigendem Gut sprach, dann hatte er jenen Diskurs der 1920er und 1930er Jahre vor Augen, sprach damit aber auch einen Kernpunkt bibliothekarischer Identität an. Das Szenario der bedrohten Einheit rief Uhlendahl bereits in seiner ersten (Abwehr-)Reaktion gegen Schauers Plan von einer »Deutschen Bücherei des Westens« reflexartig auf die Agenda. Die »partikularistische[n] Pläne« Frankfurts erwiesen, so Uhlendahl in seinem mehrseitigen Antwortschreiben an Schauer im Juli 1946, »dem kulturellen Leben und dem Einheitswillen unseres Volkes [...] dadurch fürwahr kein Dienst«.¹¹³ Das Schreiben war keinesfalls bloßer Ausdruck einer inneren Gefühlsregung, sondern bewusst mit dem Hintergrund abgefasst, es anschließend an die Verlegerverbände der Westzonen abschriftlich weiterzugeben. Unterstützung erhielt Uhlendahl vom Vorstand des Leipziger

111 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Hans Cordes, 17.7.1950, ADNBL, 154/5, III, Bl. 303.

112 Hans Cordes an Heinrich Uhlendahl, 28.12.1952, ebd., Bl. 285.

113 Heinrich Uhlendahl an Georg Kurt Schauer, 6.7.1946, ADNBL, 811/10, Bl. 144.

Börsenvereins und der Stadt Leipzig, deren Interessen allerdings vielmehr im Erhalt der »Buchstadt« lagen, die durch Abwanderungen in den Westen, aber auch durch Verlagerungsprozesse innerhalb der SBZ gefährdet war. Im Frühjahr 1947 zerbrach die Leipziger Interessengemeinschaft jedoch schlagartig. Die Briefwechsel zwischen den Oberbürgermeistern Leipzigs und Frankfurts waren ohne Ergebnis erlahmt, der Vorstand des Leipziger Börsenvereins hatte nach einer gesamtdeutschen Verlegertagung im Februar 1947 in Bielefeld seine Strategie geändert und seitdem die gegenseitige Belieferung Leipzigs und Frankfurts befürwortet. Parallel verschärfte Uhlendahl seine Rhetorik. Spätestens auf dem Höhepunkt des Streites mit Frankfurt über die Lieferung der Zweitexemplare nach Leipzig Ende 1947 schien er zuweilen selbst davon überzeugt, dass »irgendwelche unterirdischen[n] Strömungen am Werke« seien, die die freiwillige Belieferung Leipzigs durch die Verleger verhinderten.¹¹⁴ Uhlendahls Kampfrhetorik war im Tenor mit derjenigen der SED kompatibel, die den Rekurs auf die deutsche Einheit seit 1948/49 verstärkt als Propagandamittel gegen den westdeutschen »Imperialismus« einsetzte. Institutionalisiert wurden diese Kampagnen in der Nationalen Front, die auf Befehl Stalins als nationale Sammelbewegung gebildet worden war.¹¹⁵ Nach der doppelten Staatsgründung scheute selbst Uhlendahl immer seltener davor zurück, auch öffentlich den Schulterschluss mit dieser Institution zu suchen. Als er von der Redaktion des Leipziger Börsenblattes, offenbar im Zusammenhang mit der ersten Einheitslistenwahl der DDR im Oktober 1950, um eine Notiz gebeten wurde, präsentierte Uhlendahl die Deutsche Bücherei in seinem Antwortschreiben selbstbewusst als »Vorkämpfer für die Nationale Front auf kulturellem Gebiet«. Zur Begründung zog er die gesamtdeutsche Bibliographie, die Zentralkatalogisierung und die Auskunftserteilung heran:

»Durch diese zentralen Arbeiten ist sie ein deutliches Symbol der Einheit. In ihrem Charakter und ihrem Aufgabenkreis liegt begründet, dass sie alle Bestrebungen begrüßt, die geeignet erscheinen, die Verbindung zwischen Ost und West enger zu knüpfen und, soweit es erforderlich ist, wiederherzustellen. Der aufrichtige Wunsch der gesamten Mitarbeiterschaft der Deutschen Bücherei geht dahin, dass die Nationale Front mit dazu beitragen möge, den Osten und den Westen im Sinne aller ihr Vaterland liebenden Deutschen bald wieder kulturell und politisch miteinander zu vereinigen.«¹¹⁶

114 Heinrich Uhlendahl an die Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, 31.12.1947, SächsStAL, 21766, 1537, Bl. 27.

115 Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 25 f.

116 Heinrich Uhlendahl, Notiz für das Börsenblatt des Deutschen Buchhandels, o.D. [1950], ADNBL, 154/0, Bl. 59.

Für Uhlendahl war es nicht das erste Mal, dass er ein weitverbreitetes Bedürfnis nach nationaler Harmonie für die Verfolgung eigener Interessen nutzte. Dass er nun einem von der SED propagierten Kampfbegriff gegen den »Klassenfeind« in Westdeutschland auf den Leim ging, war dabei offenbar kein Widerspruch. Uhlendahl wahrte öffentlich keineswegs Distanz zum ostdeutschen Staat, sondern inszenierte sich als dessen Verteidiger.

Freilich passte sich der Generaldirektor den Diskursregeln des SED-Staates nicht blindlings an, sondern betrachtete dies als Bedingung eigener Handlungsspielräume, die sich mit der Währungsreform von 1948 zu verengen drohten. Die anfängliche Erleichterung, mit der Uhlendahl die Währungsreform begrüßt hatte, war alsbald in das Gegenteil umgeschlagen. Egal ob wissenschaftliche oder Unterhaltungsliteratur, sämtliche in den Westzonen herausgegebene Titel wurden in der SBZ sowie an der Zonengrenze unter Androhung strenger Strafen beschlagnahmt, Drucksachenlieferungen gar auf 500 Gramm begrenzt.¹¹⁷ Westdeutsche Periodika durften in der SBZ nur noch bezogen werden, wenn sie in einer Postzeitungsliste der DWK aufgeführt waren. Der Zahlungsverkehr konnte dann nur noch über ein Postscheckkonto abgewickelt werden.¹¹⁸ Westdeutsche wissenschaftliche Literatur schließlich durfte nur noch auf Antrag bei der DZVV über die DWK bezogen werden,¹¹⁹ seit 1950 war hierfür die neu geschaffene und dem Ministerium für Volksbildung unterstellte Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur zuständig, wo die Literatur, nachdem die zuständigen Zollbehörden sie für einfuhrwürdig erklärt hatten, noch einmal auf ihre politische Tauglichkeit hin geprüft wurde, bevor sie an den Besteller abgegeben wurde.¹²⁰ Für westdeutsche Verleger bedeutete diese Prozedur vor allem Unsicherheit und zuweilen einen beträchtlichen Gewinnverlust, wenn die Bücher beschlagnahmt und, anstatt zurückgeschickt, eingestampft wurden. Der Krisenrhetorik, mit der Uhlendahl etwa auf jeden potentiell gefährlichen Zeitungsartikel reagierte, stand allerdings im August 1949 eine Belieferungsquote von

117 Vgl. die zahlreichen Beschwerdebriefe von Buchhandlungen in der SBZ an den Leipziger Börsenverein in SächsStAL, 21766, 942; DZVV an die Volksbildungsministerien der Länder (abschriftlich an den Rat der Stadt, Amt für Buch- und Bibliothekswesen), Büchereinfuhr westlich lizenzierter Verlage in die sowjetische Besatzungszone (Schmutz- und Schundliteratur), 3.10.1949, StadtAL, 8860, Bl. 79f.

118 Rundschreiben der Deutschen Wirtschaftskommission, HV Post und Fernmeldewesen, Aufnahme in die Postzeitungsliste, 1949, SächsStAL, 21766, 942, Bl. 106.

119 Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, an die wissenschaftlichen Bibliotheken im Lande Sachsen, 30.6.1949, ADNBL, 506/1/0, Bl. 128.

120 Frohn, Literaturaustausch im geteilten Deutschland, S. 74; Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur, Rundschreiben, 4.4.1950, ADNBL, 500/1, Bl. 62.

90 Prozent aller westdeutschen Verlagsserzeugnisse gegenüber,¹²¹ woran sich bis 1952 nichts grundsätzlich änderte. Trotz der Restriktionen wirkten sich diese zwischen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen changierenden Maßnahmen¹²² also kaum auf das Verhältnis zwischen den Verlegern und der Deutschen Bücherei aus.

Was veranlasste die Verleger in den Westzonen, die Deutsche Bücherei weiterhin zu beliefern? Zunächst muss man sich vergegenwärtigen, dass die westdeutsche Verlagslandschaft keineswegs einheitlich agierte. Die Kommunikation zwischen ihnen war durch die Vielzahl an Verbänden und unterschiedlichen Besatzungsregimen erschwert. Die umfangreichen Korrespondenzen zwischen der Deutschen Bücherei und den westdeutschen Verlegern zeigen indes, dass pures Traditionsbewusstsein nur wenige Verleger dazu bewegte, kostenfreie Belegexemplare nach Leipzig zu schicken. Auch die Hoffnung, mit der Unterstützung Leipzigs die politische Einheit zu fördern, hegten allenfalls diejenigen Verleger, die mit der Deutschen Bücherei in einem persönlichen Verhältnis standen. Für Hellmuth von Hase, den Leiter des Musikverlages Breitkopf & Härtel, der bereits im Juni 1945 von Leipzig nach Wiesbaden übergesiedelt war, um dort eine Zweigstelle seines Verlages zu eröffnen (die Zwangsenteignung in Leipzig erfolgte erst 1952), war die Unterstützung der Leipziger Bibliothek eine »Selbstverständlichkeit«.¹²³ Die persönliche Bekanntschaft mit Uhlendahl und die Hoffnung auf einen gesamtdeutschen Buchmarkt hätten ihn dazu veranlasst.¹²⁴ Persönliche, zudem berufspolitische Beweggründe, Leipzig zu beliefern, hatte auch Annemarie Meiner, Verlagsbuchhändlerin in München. Sie hatte die Deutsche Bücherei als Tochter des früheren, der Deutschen Bücherei in ihren Anfängen wohlgesinnten Börsenvereinsvorstehers, Arthur Meiner, und als Benutzerin in bester Erinnerung.¹²⁵ Zudem wollte sie ein Zeichen dagegen setzen, dass sich Frankfurt als neue »Buchstadt« zu profilieren versuche.¹²⁶ Die Mehr-

121 Auszug aus Sitzung des Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig am 25.8.1949, SächsStAL, 21766, 1533, Bl. 142.

122 In einem Schreiben an den Rat der Stadt Leipzig vom 19. Oktober 1949 etwa hatte das Sächsische Volksbildungsministerium deutlich gemacht, dass für die Einfuhrbeschränkung nicht nur das »literarische Niveau« und die »politische Tragbarkeit« ausschlaggebend seien, sondern auch die »Verausgabung von Westgeld«. Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, HA Kunst und Literatur, 19.10.1949, StadtAL, 8860, Bl. 78.

123 Breitkopf & Härtel, Wiesbaden an die Deutsche Bücherei, 20.6.1947, ADNBL, 507/1, A-D, Bl. 135.

124 Breitkopf & Härtel, Wiesbaden an die Deutsche Bücherei 14.8.1948, ebd., Bl. 138; Breitkopf & Härtel, Wiesbaden an die Deutsche Bücherei, 13.1.1949, ebd., Bl. 142.

125 Johann Ambrosius Barth, Verlagsbuchhandlung, München an die Deutsche Bücherei, 2.12.1949, ebd., Bl. 61.

126 Annemarie Meiner an Heinrich Uhlendahl, 7.6.1946, ADNBL, 811/10, Bl. 41.

heit der Buchhändler hatte aber weniger politische oder kulturelle, sondern vielmehr ökonomische Gründe, die Deutsche Bücherei zu beliefern oder nicht. Gegen eine Belieferung sprachen vor allem die Restriktionen und Unsicherheiten im Warenverkehr. Für Leipzig sprach aber das Fehlen jeglicher bibliographischer Routine in Frankfurt. Gerade für den Wiederaufbau bzw. die Neugründung von Verlagen war eine aktuelle, vollständige und sauber gearbeitete Bibliographie als Marktbeobachtungs- und Werbeinstrument umso wichtiger, zumal die Kommunikationsstrukturen im Buchhandel selbst erst wieder aufgebaut werden mussten. Die Deutsche Nationalbibliographie genoss international einen ungebrochen hervorragenden Ruf, was obendrein für die Erschließung von Absatzmärkten außerhalb Deutschlands zentral war. Josef Kohl, Vorsitzender des rheinisch-westfälischen Buchhändlerverbandes in der britischen Zone, brachte diese Disposition, aber auch die mit dem Beginn der politischen Teilung wachsenden Unsicherheiten am Vorabend der Gründung der Deutschen Bibliothek Uhlendahl gegenüber deutlich zum Ausdruck:

»Die Tradition Leipzigs und die damit verbundenen Vorteile lassen sich einfach nicht leugnen. Auch glaube ich, dass in Leipzig Kräfte an der Arbeit sind, die in schönster Weise die Fortsetzung dieser Arbeit gewährleisten. Ich glaube aber nicht, dass diese gewichtigen Tatsachen die Tatsache der Zonentrennung aus dem Wege schaffen können. [...] Ich weiß nicht, in wie weit die Deutsche Bücherei in der Lage ist, ihre Aufgaben unbefangen und unbehindert zu erfüllen.«¹²⁷

Verleger, die die Nationalbibliographie nach wie vor wertschätzten, konnten etwa in der Leipziger Messe ein Schlupfloch finden, um die Restriktionen und Unsicherheiten des Warenverkehrs nach der Währungsreform zu unterwandern.¹²⁸ Dies habe in Uhlendahls Worten der Deutschen Bücherei stets »eine reiche Ernte an sammelpflichtigen Schriften« beschert.¹²⁹ Zudem gelangten zahlreiche Bücher aufgrund eines weitverbreiteten Irrtums über den regulären Postweg an die Deutsche Bücherei. So glaubten viele Verleger, dass die Empfehlung des Alliierten Kontrollrates vom 19. März 1947 zur Belieferung Leipzigs und Frankfurts Beschlusscharakter habe. Freilich forderte auch die Deutsche Bücherei Verleger immer wieder dazu auf, die Pakete mit einem Zettel »Pflichtstücke gemäß Anordnung des Kontrollrates vom 19.3.1947« zu versehen. In vielen Fällen

127 Josef Kohl an Heinrich Uhlendahl, 11.9.1946, ADNBL, 811/10, Bl. 109. Auch in der amerikanischen Zone klagte man über die fehlende fachliche Expertise in Frankfurt. Vgl. Otto Harrassowitz, Wiesbaden, an Heinrich Uhlendahl, 11.1.1949, ADNBL, 506/0/1, Bl. 3.

128 Verlag Enßlin & Laiblin, Reutlingen an die Deutsche Bücherei, 16.7.1948, ADNBL, 507/1, E-H, Bl. 18.

129 Heinrich Uhlendahl an das Leipziger Messeamt, 24.8.1950, ADNBL, 506/1, Bl. 63.

war diese Praxis erfolgreich.¹³⁰ Als Gegenleistung erwartete das Gros der Verleger aber wie in der Vergangenheit auch eine schnell erscheinende und vollständige Nationalbibliographie.¹³¹

Der bloße Appell an die kulturelle Einheit konnte nur wenige westdeutsche Verleger zur Belieferung der Deutschen Bücherei motivieren, diese entschieden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wozu auch Vertrauen in die Tradition gehörte. In diesem Sinne konnten sie ausblenden, dass Uhlendahl der Nationsrhetorik der SED öffentlich auf den Leim ging. In den Verhandlungen mit Ost-Berlin spielte aber genau diese Dimension eine zunehmend zentrale Rolle. Bei den Haushaltsberatungen Anfang 1949 wurden auch die Auswirkungen der Währungsreform auf die Bibliographie besprochen. Dabei forderte der Vorstand des Leipziger Börsenvereins, die Bezugspreise für die von ihm herausgegebene Nationalbibliographie zu erhöhen, denn die Absatzzahlen waren im Sinken begriffen und der Verband verpflichtet, 25 Prozent vom Gewinn als Honorar (anstelle des früheren Pauschalbetrages) an die Bibliothekare abzuführen. Dem hielt Uhlendahl mit Unterstützung der DZVV aber entgegen, dass dies einem kulturpolitischen Sieg Frankfurts gleichkäme.¹³² Die Deutsche Nationalbibliographie bot aus Ost-Berliner Sicht bald sogar Chancen für die Außenrepräsentation der DDR und den internationalen Absatz der ostdeutschen Produktion gegen Devisen, denn durch die gesamtdeutsche Ausrichtung der Bibliographie ließ sich verschleiern, »in welcher starkem Masse die Ostproduktion hinter ihr [der Westproduktion, d. V.] zurücktritt«.¹³³ Diese Vorteile überwogen sämtliche andersgelagerten Argumente. So galten auch weitere, in den Jahren 1948/49 erlassene bibliothekspolitische Maßnahmen für die Deutsche Bücherei nicht; so etwa die Pflicht zur Anschaffung klassischer russischer bzw. sowjetischer Literatur¹³⁴ oder die Steuerung der Erwerbungspolitik durch das Einkaufshaus für Büchereien in Leipzig.¹³⁵

Die Entscheidung, die Preise für die Nationalbibliographie in Leipzig nicht zu erhöhen, obgleich sich die Buchproduktion in der Reihe A schlagartig von 9.543 Titeln (1947) auf 14.509 Titel (1948) bzw. in der Reihe B von 3.128 (1947)

130 Deutsche Bücherei an Breitkopf & Härtel, Wiesbaden, 5.1.1949, ADNBL, 507/1, A-D, Bl. 142.

131 So etwa H. W. Doebelin Verlag, Der Wirtschaftsspiegel, Wiesbaden, 1.10.1946, Bl. 217.

132 Niederschrift über die Besprechung des Haushaltsplanes der Deutschen Bücherei für das Rechnungsjahr 1949 am 27.1.1949, 29.1.1949, SächsHStAD, 11401, 1745, unfol.

133 Albert Paust, Aktennotiz, 2.12.1949, ADNBL, 558/0, Bd. 4, Bl. 230.

134 Rat der Stadt Leipzig, Betr.: Rundschreiben Nr. 32 der LBS, Ministerium für Volksbildung, Abt. Kunst und Literatur, 28.4.1949, StadtAL, StVuR, 9322, Bl. 8f.

135 DZVV, Referat Bibliotheken, Das Bibliothekswesen in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein Bericht, o.D., BArch, DR 2/634, Bl. 62.

auf 7.244 Stücke (1948) gesteigert hatte,¹³⁶ zeigte in Frankfurt unmittelbare Wirkung. So veranlasste Eppelsheimer den Frankfurter Börsenverein im Juli 1949 unverhofft dazu, von der beabsichtigten Herausgabe des Vierjahresverzeichnisses (1945-1948) Abstand zu nehmen, weil Leipzig zu einem Preis produziere, mit dem man in Frankfurt nicht mithalten könne.¹³⁷ War das Konkurrenzverhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek bis zur Währungsreform eher rhetorischer Natur und fand in Verlegerkreisen nur bedingt Widerhall, so ließ erst die Währungsreform mit all ihren Auswirkungen in Ost und West beide Bibliotheken zu realen Konkurrenten um die Gunst der Verleger werden. Für die staatliche Förderung der bibliographischen Arbeit, auf die die Deutsche Bücherei angewiesen war, war somit nicht der Gründungsauftrag entscheidend, sondern der Konkurrenzkampf mit Frankfurt, den man in Ost-Berlin als Ausdruck des Systemkonflikts ansah.

Zu viel Traditionsbewusstsein konnte sich für die Deutsche Bücherei in ihren Verhandlungen mit den Behörden der SBZ/DDR sogar negativ auswirken. Dies zeigt sich, deutlicher noch als in den Haushaltsberatungen, in den Verhandlungen mit den Zollorganen. Nach einer ersten Besprechung zwischen dem Vorstandsmitglied des Börsenvereins, Georg Petermann, und Vertretern der Abteilung Post- und Fernmeldewesen der DWK im März 1949,¹³⁸ machte Petermann Uhlendahl darauf aufmerksam, dass ein offizieller Antrag der Deutschen Bücherei an die DWK und die Zentralverwaltung des Innern um die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen unbedingt mit der »Aufrechterhaltung der für die wissenschaftliche Forschung sehr wertvollen Tätigkeit der Deutschen Bücherei« begründet werden sollte. Dagegen solle Uhlendahl auf Hinweise zur Bedeutung der Bibliothek für den Buchhandel unter allen Umständen verzichten, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass mit den kostenlos eingelieferten Belegexemplaren Handel betrieben werde.¹³⁹ Hintergrund waren hier nicht nur taktische Überlegungen, sondern ein Antrag Uhlendahls, den dieser bereits im Februar an die DWK gerichtet hatte. Diesem hatte er eine Kopie des Statuts der Deutschen Bücherei von 1940 beigefügt, was in Ost-Berlin und Dresden auf harsche Kritik stieß. Es sei, so eine handschriftliche Notiz, »schlechthin unverständlich, daß er das Druckstück als aml. Unterlage anwendet u. nach dem Westen schickt«.¹⁴⁰ Die Sondergenehmigung für den Erhalt der Belegexemplare bekam Uhlendahl schließlich, nachdem Petermann sich vermittelnd eingeschaltet und

136 Statistik der Deutschen Nationalbibliographie, o.D., ADNBL, 558/0, Bl. 160f.

137 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an den Vorsitzenden der Buchhändler-Vereinigung Frankfurt/Main, 27.7.1949, ADNBF, Generaldirektoren, I, 4, 1940-1950, unfol.

138 Aktenvermerk, o.D., ADNBL, 506/0/1, Bl. 120.

139 Georg Petermann an Heinrich Uhlendahl, 23.3.1949, ebd., Bl. 121.

140 Heinrich Uhlendahl an die Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen, 15.2.1949, mit handschriftlichen Notizen, SächsHStAD, 11401, 1745, unfol.

auch die DZVV ihr Interesse an einer vollständigen Sammlung der wissenschaftlichen Literatur zumindest an einem Ort geltend gemacht hatte.¹⁴¹ Das konnte freilich nicht verhindern, dass einzelne Titel, insbesondere Zeitschriften, immer wieder beschlagnahmt wurden und der Postverkehr generell nur sehr langsam vorankam, was vor allem an Kommunikationsdefiziten zwischen den Behörden lag, in vielen Fällen aber auch auf einzelne Postangestellte zurückzuführen war, die zuweilen dem Genuss westdeutscher Literatur nicht widerstehen konnten und diese vielfach erst nach einer geraumen Zeit »in völlig zerlesenem Zustand« an die Bibliothek weiterleiteten.¹⁴² Die Schaffung der Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur bedeutete für die Deutsche Bücherei ungewollt sogar eine zusätzliche Entlastung, denn diese war organisatorisch an die ÖWB angegliedert, wo sie von Direktor Horst Kunze in Personalunion geleitet wurde, der ja selbst in der Deutschen Bücherei ausgebildet worden war und trotz gegensätzlicher politischer Weltanschauung mit Uhlendahl nach 1945 noch eng in berufsständischen Fragen zusammenarbeitete. Dadurch verfügte Uhlendahl nun über einen unmittelbaren Draht zur Postverwaltung. Eine Mitteilung Kunzes an die Oberpostdirektion Leipzig habe stets genügt, um sämtliche Hindernisse für die Deutsche Bücherei abzustellen.¹⁴³ Zudem scheute Uhlendahl, nachdem der Postverkehr für die Bibliothek geregelt war, auch nicht davor zurück, die Beschlagnahmungspraxis zum Vorteil der Deutschen Bücherei auszunutzen. So fragte er im Dezember 1950 beim Leipziger Polizeipräsidium an, ob von den beschlagnahmten Büchern nicht doch eines an die Deutsche Bücherei geschickt werden könnte, würden sie doch ohnehin eingestampft. Der Generaldirektor berief sich dabei auf eine bereits in den 1920er Jahren geübte Praxis, als Polizeistellen und Staatsanwaltschaften beschlagnahmte »Schund- und Schmutzliteratur« zur Sammlung an die Deutsche Bücherei abgegeben hatten. Insofern war dies aus Uhlendahls Sicht ein normaler Vorgang mit historischer Entsprechung.¹⁴⁴ Wie und ob das Polizeipräsidium auf Uhlendahls Anfrage antwortete, ist nicht überliefert.

Uhlendahls Einheits-Rhetorik wohnte letztlich eine diffus erscheinende Doppeldeutigkeit inne, die sich nur vor dem Hintergrund ihrer ressourcenmobilisierenden Kraft verstehen lässt, in deren Zentrum die Deutsche Bibliothek stand. Aus berufsständischer Sicht stellte Letztere eine Gefahr für die Einheit der Zunft dar, die sich nach wie vor gesamtdeutsch begriff. Zugleich legitimierte Uhlen-

141 Heinrich Uhlendahl an die Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur, 25.7.1950, ADNBL, 158/1, Bl. 134.

142 Deutsche Bücherei, Leiter der Zeitschriftenstelle, an den Bezirkspressevertrieb der Deutschen Post, 7.12.1949, ebd., Bl. 20.

143 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, 14.9.1950, ADNBL, 506/0/1, Bl. 138.

144 Heinrich Uhlendahl an den Präsidenten des Volkspolizeipräsidiiums Leipzig, 7.12.1950, ADNBL, 506/0, Bl. 141.

dahl die Deutsche Bücherei vor den Augen der ostdeutschen Behörden, die sich dem Alleinvertretungsanspruch der SED verschrieben hatten. Der aufbrechende Kalte Krieg bot hier nun das stichhaltigste Argument dafür, die Deutsche Bücherei vor dem befürchteten Kontinuitätsbruch zu bewahren. Die SED bzw. DZVV konnte in dem Generaldirektor damit einen Verbündeten im Kampf gegen den »Klassenfeind« im Westen sehen.

III. »Nationalbibliothek« und Systemkonkurrenz (1951-1961)

1. Das große Experiment? Die Deutsche Bücherei als »sozialistische wissenschaftliche Bibliothek«

a.) Reformeifer und Machtkampf: Die Deutsche Bücherei und die SED-Wissenschaftspolitik

Das Jahr 1951 markiert das Ende eines gescheiterten Projektes. Die verfolgte Angleichung von wissenschaftlichen und Volksbibliotheken wurde nun endgültig begraben und die Trennung der Bibliotheksbereiche institutionell verstetigt. Die Volksbibliotheken verblieben noch wenige Jahre im Ministerium für Volksbildung, bis sie 1954 in das neu gebildete Ministerium für Kultur übergingen. Die wissenschaftlichen Bibliotheken wurden indes in die Wissenschaftspolitik der SED integriert. Im Februar des Jahres 1951 wurde die Hauptabteilung Hochschule und Wissenschaft aus dem Ministerium für Volksbildung herausgelöst und zu einem eigenständigen Staatssekretariat aufgewertet, das seitdem die Hochschulpolitik der DDR koordinierte. Parallel wurden die Hochschulabteilungen der Länder aufgelöst.¹ Als erster Staatssekretär wirkte der Physiker Gerhard Harig (1902-1966). Dieser wurde 1958 vom Literaturwissenschaftler Wilhelm Girnus (1906-1985) abgelöst, dessen Aufgabengebiet sich um die neu gebildeten Fachschulen erweiterte.² Zugleich unterstand das Staatssekretariat der politischen Anleitung durch die im November 1952 geschaffene Abteilung Wissenschaften im ZK der SED, die von 1954 bis 1957 zwischenzeitlich mit der Abteilung Propaganda zusammengelegt wurde. Geleitet wurde diese zunächst vom

1 Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22. Februar 1951, in: Gesetzblatt der DDR 1951, S. 123-125.

2 Malycha, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Geplante Wissenschaft, S. 33.

späteren Kultursekretär der SED, Kurt Hager (1912-1998), seit 1955 bis zur ihrer Auflösung 1989 von Johannes Hörnig (1921-2001).³ Die Schlüsselpositionen in der Wissenschaftspolitik der SED waren demnach mit Funktionären besetzt, die bis auf Hörnig zum Kreis der altgedienten KPD-Mitglieder und Antifaschisten zählten.⁴ Inhaltlich markierte dieser Institutionalisierungsschub »eine Wende zur Politisierung und Funktionalisierung der Wissenschaft«.⁵ Wissenschaft sollte nun in den Dienst des auf der zweiten Parteikonferenz der SED im Juni 1952 verkündeten »Aufbaus des Sozialismus« gestellt und vornehmlich der Lösung ökonomischer wie gesellschaftlicher Probleme dienen. Wissenschaft sollte damit zugleich steuerbar werden. Wissenschaft und Forschung stellten zudem eine zentrale Ressource in der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West dar, der bipolare Konflikt umgekehrt aber auch eine wichtige Ressource für die Entwicklung einzelner Forschungsfelder.⁶

3 Heike Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat*, Münster/Hamburg/London 2003, S. 377-379.

4 Der aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Gerhard Harig hatte sich bereits 1931 der Gesellschaft für die Freunde des Neuen Rußland angeschlossen, noch nach der »Machtergreifung« der Nazis war er in die KPD eingetreten, für die er kurze Zeit arbeitete, bis er in Schutzhaft genommen wurde. Noch 1933 emigrierte er in die Sowjetunion und arbeitete dort in der kernphysikalischen Forschung sowie zur Geschichte der Naturwissenschaft und Technik. 1938 wurde er als vermeintlicher Spion des NKWD nach Deutschland abgeschoben, wo er verhaftet und im KZ Buchenwald interniert wurde. Der Sohn eines Gerbers und späteren Beamten, Wilhelm Girnus, war bereits während seines Studiums Mitglied der Roten Hilfe geworden, 1929 erfolgte sein Eintritt in die KPD. Die Zeit des Nationalsozialismus verbrachte er vorwiegend in politischer Haft und als Internierter in verschiedenen Konzentrationslagern. Der aus einer Arbeiterfamilie stammende Kurt Hager war bereits seit seiner Jugend in kommunistischen Verbänden sozialisiert worden, 1930 trat er in die KPD ein. Nach einer Sabotageaktion gegen die Übertragung einer Hitler-Rede wurde er verhaftet. Es folgten verschiedene Stationen der Emigration, u. a. arbeitete er als Korrespondent im Spanischen Bürgerkrieg und für die Auslandsorganisation der KPD sowie im Vorstand der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien. Hörnig war bis zu seinem Eintritt in die SPD 1946 dagegen politisch völlig unbedarft. Während der Zeit des Nationalsozialismus hatte er eine Schlosserlehre absolviert, 1940 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen.

5 Malycha, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), *Geplante Wissenschaft*, S. 59.

6 Auf diesem Gebiet existiert bereits eine Vielzahl an Einzeluntersuchungen, die an dieser Stelle nicht aufgezählt werden können. Vgl. den Literaturüberblick von Corinna R. Unger, *Cold War Science. Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg*, in: *Neue Politische Literatur* 51 (2006), S. 49-68 sowie Klaus Gestwa/Stefan Rohdewald, *Verflechtungsstudien. Naturwissenschaft und Technik im Kalten Krieg*, in: *Osteuropa* 59 (2009), Heft 10, S. 5-14; Alexander Keynan, *The Political Impact of Scientific Cooperation in Nations in Conflict. An Overview*, in: Allison L. C. de

An die Weichenstellungen im administrativen Bereich knüpften sich eine umfassende Hochschulreform mit weitreichenden Eingriffsrechten des Staatssekretariats in innere Belange der Institute, die Etablierung neuer Forschungsinstitute sowie eine forcierte Verbindung von akademischer und betrieblicher Forschung an. Forschungsschwerpunkte wurden fortan zentral geplant, Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie, dialektischer und historischer Materialismus als obligatorische Bestandteile des gesellschaftlichen Grundstudiums eingeführt.⁷ Das bildungsbürgerliche Ideal der »reinen Wissenschaften« wurde sukzessive durch die Prinzipien der staatlichen Wissenschaftsplanung und der Parteilichkeit ersetzt. Die Politisierung der Wissenschaften stand nunmehr in einem wechselseitigen Verhältnis zur Verwissenschaftlichung von Politik, wobei eine ausstehende Wissenschaftsgeschichte der DDR zu fragen hätte, inwiefern sich hier auch eine Kontinuitätslinie zur staatlichen Wissenschaftsplanung seit dem Kaiserreich ziehen lässt.⁸

Auch die wissenschaftlichen Bibliotheken wurden in diesem Zusammenhang zu einem Element der Wissenschaftssteuerung sozialistischer Spielart. So unterstanden dem Staatssekretariat neben den Forschungs- und Lehranstalten sowie 17 wissenschaftlichen Museen auch 14 wissenschaftliche Bibliotheken,⁹ die von der Abteilung Wissenschaftliche Publikationen, wissenschaftliche Bibliotheken und Museen angeleitet wurden. An der Spitze der Abteilung stand bis 1959 Johannes Müller (1904-1976) – ein studierter Historiker und Germanist, der von 1931 bis 1939 als Studienreferendar an Höheren Schulen gearbeitet hatte, bis er 1939 zur Luftwaffe eingezogen wurde. Nach vierjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft bekam er 1949 eine wissenschaftliche Assistentenstelle an der Universität Jena und wurde Kandidat der SED. Zwei Jahre später erhielt er die volle Parteimitgliedschaft und leitete kurzzeitig die Universitätsbibliothek Jena,

Carreño/Alexander Keynan (Hrsg.), *Scientific Cooperation, State Conflict. The Role of Scientists in Mitigating International Discord*, New York 1998, S. 1-54. Mit Blick auf die Sozialwissenschaften zuletzt besonders Nils Gilman, *The Cold War as Intellectual Force Field*, in: *Modern Intellectual History* 13 (2016), Heft 2, S. 507-523.

7 Zu den Grundsätzen der II. Hochschulreform von 1951 vgl. Carlo Jordan, *Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945-1989*, Berlin 2001, S. 47-49; Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschulen und Studenten in der SBZ und DDR. 1945-1961*, Köln 1994, S. 49-53.

8 Bereits Jürgen Kocka hat darauf hingewiesen, dass sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR nicht als einseitiger Prozess der ideologischen Durchdringung »von oben« charakterisieren lässt, sondern vielmehr von einer gegenseitigen Durchdringung auszugehen ist. Vgl. Jürgen Kocka, *Wissenschaft und Politik in der DDR*, in: Ders./Renate Mayntz (Hrsg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, S. 435-459.

9 Eine Übersicht befindet sich in BArch, DR 3, 1. Schicht, 4388, unfol.

bis er noch im selben Jahr ins Staatssekretariat berufen wurde. 1959 wurde er nach politischen Differenzen als Direktor an die Universität Leipzig versetzt.¹⁰ Als Hauptreferent für das wissenschaftliche Bibliothekswesen agierte bis 1958 Werner Schmidt (1910-1982). Dieser hatte Alte Sprachen, Mathematik und Geodäsie studiert und war bereits seit 1948 als Referent für das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Landesverwaltung Thüringen zuständig gewesen. Praktische Erfahrungen als Bibliothekar sammelte er indes erst nach seinem Ausscheiden aus dem Staatssekretariat. 1958 wurde er zunächst zum stellvertretenden Generaldirektor der Deutschen Staatsbibliothek (wie die ÖWB seit 1954 hieß) ernannt, seit 1961 leitete er die Landesbibliothek Weimar.¹¹

Die für wissenschaftliche Bibliotheken zuständige Abteilung war damit hinsichtlich ihres Personals – im Gegensatz zur Leitungsebene des Staatssekretariats – durch fehlende Verwurzelung im kommunistischen Milieu, zugleich aber auch durch Mangel an Fachexpertise gekennzeichnet. Dies schlug sich in einer Bibliothekspolitik nieder, die zwar Elemente des »sozialistischen Bibliothekswesens« integrierte, sich ansonsten aber am traditionellen Konzept einer wissenschaftlichen Bibliothek und der Schaffung eines institutionellen Rahmens orientierte. Wissenschaftliche Bibliotheken sollten, so Schmidt in einem programmatischen Aufsatz von 1954, künftig zwei Funktionen erfüllen:

»Sie haben die Aufgabe, die für die Forschungs- und Lehrtätigkeit notwendige Literatur zu beschaffen, zu erschließen und für die Benutzung bereitzustellen. Die wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken sorgen zugleich für die Verbreitung und Popularisierung der Wissenschaft und Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung.«¹²

Für die Erwerbungspolitik bedeutete dies, dass verstärkt naturwissenschaftlich-technische Literatur angeschafft werden musste, wobei diese vorwiegend aus der Produktion sozialistischer Staaten zu beziehen war. Fachliteratur aus »kapitalistischen« Ländern konnte fortan nur noch über die 1950 gebildete Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur (ZwL) an der ÖWB bezogen werden, die die Literatur nach ökonomischen und politischen Gesichtspunkten bewertete und vorselektierte. Politisch und ökonomisch als besonders wichtig erachtete Litera-

10 Ausführlich zu Johannes Müller vgl. Hassan Soilihi Mzé, Aspekte der Transformation. Die Entwicklung der Universitätsbibliothek Leipzig vom Kriegsende bis zur Bibliotheksreform der DDR (1945-1968/69), unveröff. Magisterarbeit, Leipzig 2011, S. XXIII.

11 Art. »Schmidt, Werner«, in: Habermann/Kittel, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare, S. 158.

12 Werner Schmidt, Struktur und Organisation des Bibliothekswesens in der Deutsche Demokratischen Republik, in: Horst Kunze (Hrsg.), Aus der Arbeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1955, S. 1-10, hier S. 5.

tur musste künftig auch in den Lesesälen an prominenter Stelle stehen und in speziellen Benutzerauswahlkatalogen sowie empfehlenden (Spezial-)Bibliographien verzeichnet werden, damit die akademischen Nutzer gezielt an die geoder vielmehr erwünschte Literatur herankamen.¹³ Zugleich differenzierte Schmidt aber zwischen wissenschaftlichen Allgemein- und Fachbibliotheken. Das bedeutete, dass die etablierte Struktur (Allgemeinbibliotheken) lediglich um Neugründungen (Fachbibliotheken) ergänzt wurde. So zählten zu den Allgemeinbibliotheken die ÖWB, die Deutsche Bücherei, Universitäts- und Landesbibliotheken, die auch nach der Auflösung der Länder und der Bildung von Bezirken im Jahr 1952 fortbestanden, und einige Stadtbibliotheken. Die Gruppe der Fachbibliotheken setzte sich dagegen zusammen aus Instituts-, Akademie-, Behörden-, Betriebs- und Fachhochschulbibliotheken. Auch die Bibliotheken der politischen Organisationen, inklusive der SED, zählten hierzu. Innerhalb der Gruppe der Allgemeinbibliotheken besaßen die Deutsche Bücherei und die ÖWB eine herausgehobene Funktion, insofern es ihre Aufgabe war, das nationale Schrifttum sowie die wichtigste ausländische Literatur zu sammeln – die Deutsche Bücherei auf der Basis von kostenlosen Abgaben der Verleger, die ÖWB durch Zuweisung besonderer Devisenkontingente. Sie bildeten damit nach traditionellem Verständnis nunmehr gemeinsam die Nationalbibliothek.¹⁴

Gleichwohl ernteten Müller und Schmidt zunehmend Kritik aus den Reihen der Bibliotheksdirektoren. Aus deren Sicht galt es vor allem dringende praktische und allgemeine berufsständische Probleme (etwa die Neugründung eines Berufsverbandes) zu lösen. Dem Referat für wissenschaftliches Bibliothekswesen fehlte es aber, neben dem Fachwissen, an den nötigen Verwaltungsressourcen, was eine Beschäftigung mit speziellen Fragen illusorisch machte. Eine Koordination der Arbeit der wissenschaftlichen Bibliotheken, so Schmidt 1955, könne die Abteilung nicht leisten.¹⁵ Müller und Schmidt setzten sich deshalb nur eine sehr überschaubare Anzahl an Arbeitsschwerpunkten, die mehr an den Bedürfnissen der Hochschulpolitik orientiert waren, d.h. Katalogisierung, Auskunftserteilung, Ausleihe und Benutzung.¹⁶ Für alle weiteren Fragen war Schmidt auf die Einbindung bibliothekarischer Expertise angewiesen. So setzte die Abteilung zunächst Kommissionen ein, die von erfahrenen Bibliothekaren geleitet wurden und das Staatssekretariat mit Empfehlungen unterstützen soll-

13 Im Einzelnen Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen«, S. 73-116.

14 Schmidt, Struktur und Organisation des Bibliothekswesens, in: Kunze (Hrsg.), Aus der Arbeit der wissenschaftlichen Bibliotheken, S. 5 f.

15 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Staatssekretär Harig an das ZK der SED, Johannes Hörnig, 26.7.1955, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 53.

16 Arbeitsbesprechung der Bibliotheksleiter und ihrer Stellvertreter im Staatssekretariat für Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin am 28. und 29. Juni 1951, BArch, DR 3, 1. Schicht, 4403, unfol.

ten. Deshalb waren Müller und Schmidt darum bemüht, möglichst viele Kompetenzen in Ost-Berlin zu bündeln, um Kommunikationskosten zu senken. So wurden die Kommissionen für Ausbildungs-, Katalog- und Magazinfragen von leitenden Bibliothekaren der ÖWB angeführt. Die Kommission für Bibliothekspraxis stand unter dem Vorsitz von Willi Göber, dem Direktor der Berliner Universitätsbibliothek. Lediglich die Kommissionen für Dokumentation und Erwerbungsfragen lagen in der Hand der Deutschen Bücherei bzw. der Universitätsbibliothek Rostock.¹⁷ Die ÖWB, der bereits 1950 die ZwL angegliedert worden war, avancierte damit zum Zentrum der Bibliothekspolitik in der DDR. Deren Direktor Horst Kunze wurde folglich auch zum Vorsitzenden des Anfang 1953 gebildeten Beirates für die Fachrichtung Bibliothekswissenschaft (seit 1962 Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen) ernannt, der zentrale Koordinationsfragen diskutieren und das Staatssekretariat entsprechend beraten sollte.¹⁸ Das Gremium befasste sich im Wesentlichen mit organisatorischen Fragen (u. a. Austausch mit Bibliothekaren der sozialistischen Länder), kommunizierte Stellungnahmen bzw. Anordnung des Staatssekretariats innerhalb der Fachcommunity, hob aber auch eigene Forderungen auf die Agenda, etwa die Neugründung eines Berufsverbandes als Voraussetzung für die Teilnahme am internationalen Wissenschaftsaustausch.¹⁹

In die Kritik gerieten Müller und Schmidt aber auch in der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED, weil diese eine klare ideologische Linie vermisste. Einen Anlass beide Politiker anzumahnen bot die Tagung der Bibliotheksdirektoren in Rostock im Juni 1955, die aus Sicht der ZK-Abteilung desaströs verlaufen war. Sie habe gezeigt, dass das Staatssekretariat die wissenschaftlichen Bibliotheken bislang unterschätzt und vernachlässigt habe. Im Vergleich zu den öffentlichen Bibliotheken seien diese rückständig, die fachliche und politische Anleitung aus Ost-Berlin habe völlig gefehlt.²⁰ Was war passiert? Bereits im November 1954 hatten die wissenschaftlichen Bibliothekare ein Arbeitsprogramm des Staatssekretariats erhalten, das als Basis für die jeweiligen Arbeitspläne der Bibliotheken dienen sollte. Das Papier stellte erstmals eine Art Fahrplan für die Transformation der wissenschaftlichen Bibliotheken zu »sozialistischen Bildungseinrichtungen« analog zur Hochschulpolitik dar. In der Struktur wirkte das Papier allerdings planlos und erschöpfte sich in vielen Einzelforderungen, mit denen wissenschaftliche Bibliothekare idealerweise in die Lage versetzt werden sollten,

17 Bericht über die Direktorenkonferenz am 19. Und 20. September 1952 in Jena, ADNBL, 816/1, Bl. 73 f.

18 Staatssekretariat für Hochschulwesen, komm. HA-Leiter Erdmann, an Heinrich Uhlendahl, 2.2.1953, ADNBL, 806/2, Bl. 39.

19 Die Protokolle befinden sich in ADNBL, 806/2.

20 ZK der SED, Abt. Wissenschaft und Propaganda, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Gerhard Harig, 15.7.1955, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 21.

ihre fachlichen Kompetenzen ganz in den Dienst des »sozialistischen Aufbaus« an der Basis zu stellen. Die programmatische Kernaussage fand sich jedoch erst auf den hinteren Seiten:

»In der Vermittlung des Lehrstoffes an die Studierenden überwiegt die Mitteilung bloßer Fakten, ohne daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge wissenschaftlich interpretiert werden. Der historische Materialismus muß die Grundlage der Bibliothekswissenschaft werden. Die bibliothekswissenschaftliche Arbeit muß dazu dienen, die Bibliothekspraxis den gesellschaftlichen Forderungen entsprechend zu gestalten.«²¹

Das sich hierum gruppierende Aufgabenspektrum nahm sich entsprechend ambitioniert aus. Dazu zählten die Entwicklung neuer Berufsbilder, die Ausbildung politisch und fachlich qualifizierter Bibliothekare, die Etablierung zentraler gesellschaftswissenschaftlicher Lehrgänge für ältere Kollegen, die Entwicklung neuer Lehrbücher bzw. die Übersetzung bibliothekswissenschaftlicher Arbeiten aus den sozialistischen Ländern, die Mobilisierung der Bibliothekare zur publizistischen Tätigkeit, deren Mitarbeit im Kulturbund, die Verstärkung der Leserbetreuung, die Bearbeitung empfehlender Bibliographien und der Aufbau Gesellschaftswissenschaftlicher Beratungsstellen.²²

In Rostock hatte Werner Schmidt dieses Programm in seinem Eröffnungsreferat noch einmal vorgetragen. Protest gegen den Verlauf der Tagung erhob sich jedoch besonders in den Reihen der leitenden Genossen der Deutschen Bücherei. Der Stellvertreter des Generaldirektors, Kurt Brückmann, und der Leiter der Gesellschaftswissenschaftlichen Beratungsstelle, Werner Rittner, die zu den wenigen aktiven SED-Mitgliedern in der Bibliothek zählten, beklagten sich gegenüber der ZK-Abteilung über das ermüdende und langatmige Referat Schmidts, das keinen Anlass dafür geboten habe, »die Auseinandersetzung mit vorhandenen alten und auch reaktionären Auffassungen im wiss. Bibliothekswesen zu führen«. Vielmehr sei alles beim Alten geblieben, die »alte Tendenz des Verschweigens, die unkritische Einschätzung der Lage im Bibliothekswesen und die fast fehlende selbstkritische Untersuchung der eigenen Arbeit waren wieder einmal feststellbar«.²³ Die Vorwürfe, die sich in erster Linie gegen Schmidt und Müller richteten, passten einerseits in die allgemein aggressiver werdende Rhetorik gegenüber verbliebenen bürgerlich-sozialisierten Wissenschaftlern. Nachdem die SED infolge des Schocks über die Aufstände vom 17. Juni 1953 zunächst eine kurze Phase der Lockerung im kulturpolitischen Bereich eingeläutet hatte,

21 Arbeitsprogramm der wissenschaftlichen Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1955, ebd., Bl. 4.

22 Ebd., Bl. 1-7.

23 Deutsche Bücherei, Einschätzung der Direktorentagung in Rostock (14. u. 15. Juni 1955), 28.6.1955, ebd., Bl. 15 f.

schwenkte sie spätestens mit der zweiten Hochschulkonferenz im Dezember 1955 wieder auf einen stalinistischen Kurs ein, trieb die Umwandlung der Hochschulen zu »sozialistischen Bildungseinrichtungen« voran und baute ihre Vormachtstellung innerhalb der Institute aus.²⁴

Hinter Brückmanns und Rittners harscher Kritik an Müller und Schmidt steckte andererseits jedoch auch ein dezidiertes Eigeninteresse, denn die SED-Grundorganisation stand innerhalb der Hackordnung der Deutschen Bücherei trotz ihres Führungsanspruchs eher am Rande. Sie repräsentierte zu ihren Hochzeiten gerade einmal ein Fünftel der Mitarbeiter.²⁵ Die Generaldirektion bildete im Betrieb noch immer das Machtzentrum, die Parteileitung wurde nur sporadisch in Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen. Die Möglichkeiten der Parteiorganisation, jenseits einzelner Genossen Einfluss auf den Arbeitsalltag auszuüben, waren eher begrenzt. Dies änderte sich auch nicht grundlegend, nachdem die Organisationsstrukturen der Bibliothek durch die Bildung eines Kollegiums im Februar 1953 erweitert worden waren. Das Kollegium sollte das sozialistische Prinzip der »kollektiven Leitungstätigkeit«²⁶ in der Deutschen Bücherei verwirklichen, indem neben dem Generaldirektor, dessen Stellvertreter und vier weiteren wissenschaftlichen Bibliothekaren auch der Parteisekretär und der Vorsitzende der BGL gemeinsam zentrale innere Angelegenheiten berieten. Dazu zählten insbesondere die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen, die Realisierung wissenschaftlicher Arbeiten im Rahmen der Pläne und die Implementierung sozialistischer Arbeitsmethoden.²⁷ Gleichwohl übernahm das Kollegium ähnliche Funktionen wie der frühere Verwaltungsrat, der im Zuge der im Sande verlaufenen Arbeiten an einem Statut nicht mehr zusammengetreten war. So fungierte das Kollegium auch als direkte Verbindungsstelle zum Staatssekretariat, dessen Vertreter sich weniger häufig als erwartet im Hause der Deutschen Bücherei blicken ließen.²⁸ Dagegen spielten der Parteisekretär und der Vorsitzende der BGL im Kollegium keine nennenswerte Rolle.²⁹ Gerade die Beteiligung des erstgenannten entwickelte sich zwischen Curt Fleischhack, der seit dem Tode Uhlendahls Ende 1954 die Deutsche Bücherei leitete, und seinem Stellvertreter, Kurt Brückmann, zu einem grundlegenden Konflikt. War Fleisch-

24 Malycha, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), *Geplante Wissenschaft*, S. 69; Parak, *Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen*, S. 161 f.

25 Rechenschaftsbericht 1956/57 der Betriebsparteiorganisation der SED an der Deutschen Bücherei Leipzig, 21. & 28.3.1957, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

26 Zum Begriff des Kollektivs in der DDR vgl. Lutz Niethammer, *Das Kollektiv*, in: Martin Sabrow (Hrsg.), *Erinnerungsorte in der DDR*, München 2009, S. 269–280.

27 Entwurf eines Statuts über die Deutsche Bücherei [1955], ADNBL, 100/1, Bl. 62 f.

28 Vgl. die Sitzungsprotokolle in ADNBL, 153/6/1.

29 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Hochschul-Film, Bestätigung des Kollegiums der DB, 27.4.1956, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 242.

hack allenfalls bereit, dem Sekretär eine beratende Stimme zuzugestehen, um zumindest die Parität zwischen Genossen und Nicht-Genossen zu wahren,³⁰ so wollte Brückmann die führende Rolle der SED stärker verankern und dem Parteisekretär eine beschließende Stimme innerhalb des Kollegiums zuweisen.³¹ Eine endgültige Regelung konnte aber nur erreicht werden, wenn ein neues Statut in Kraft trat. So einigte man sich schließlich darauf, das Staatssekretariat über die strittige Frage entscheiden zu lassen. Dieses allerdings verschleppte die Angelegenheit. So musste sich die Deutsche Bücherei in Detailfragen immer wieder an das Staatssekretariat wenden. Im Dezember 1953 musste der Verwaltungsleiter der Bücherei, Rudolf Wallner, sogar in Ost-Berlin nachfragen, ob die Deutsche Bücherei noch als Anstalt des öffentlichen Rechts anzusehen sei,³² um erst einen Monat später von der Rechtsstelle des Staatssekretariats die Antwort zu erhalten, dass eine solche »bürgerliche[n] Rechtsterminologie« mit dem »demokratischen Verwaltungsrecht« in der DDR nicht mehr vereinbar sei.³³

In der SED-Grundorganisation beklagte Brückmann das eher sporadische Interesse des Staatssekretariats an der »Initiative der leitenden Genossen der DB«: »Man kann nicht sagen, daß die Genossen in der Fachabteilung des StfH sich besonders für die Belange der DB und die Vorschläge unserer Genossen einsetzen.«³⁴ Diese Initiative wollten die leitenden Genossen aber als wichtigen Beitrag zur Entwicklung des sozialistischen Bibliothekswesens verstehen, an dessen Spitze freilich die Deutsche Bücherei mit entsprechender Förderung stehen sollte:

»Es ist eine Tatsache, daß die BPO der DB [...] im wiss. Bibliothekswesen der DDR die führende Rolle einnimmt und von ihr aus oft neue Impulse zur Lösung der politischen und fachlichen Probleme kommen.«³⁵

Solchen Forderungen gegenüber zeigte sich das Staatssekretariat aber unbeeindruckt. Dort ging es um ganz andere Probleme. Vor allem die grassierende Personalnot im wissenschaftlichen Bibliothekswesen bereitete Schmidt und Müller Sorgen. Sigrid Amedick hat für acht wissenschaftliche Bibliotheken ausgerechnet, dass in der Zeit von 1950 bis 1961 rund ein Viertel der wissenschaftlichen

30 Staatssekretariat für Staatssicherheit, BV Leipzig, Abt. XV, Lagebericht Bezirk Leipzig, 14.9.1955 (Streng geheim), BStU, MfS BV Leipzig, Leiter 00932, Bd. 9, Bl. 16.

31 Protokoll über die am 3. September 1955 durchgeführte Kollegiumssitzung, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 117.

32 Deutsche Bücherei, Verwaltungsleiter Wallner, an den Justiziar des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 14.12.1953, ADNBL, 100/2, Bl. 95.

33 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Rechtsstelle, Dr. Kaiser, an die Deutsche Bücherei, Verwaltungsleiter Wallner, 11.1.1954, ebd., Bl. 96.

34 Rechenschaftsbericht, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

35 Ebd., unfol.

Bibliothekare in die Bundesrepublik geflohen war. Die Deutsche Bücherei lag ganz in diesem Trend.³⁶ Dieser Verlust konnte im Rahmen der Nachwuchsbildung nur unzureichend ausgeglichen werden, zumal der Beruf des wissenschaftlichen Bibliothekars eher als »unpopulär« galt.³⁷ So hatte Schmidt immer auch die »loyalen Mitarbeiter« vor Augen, die die ideologische Linie nach außen mittrugen, sofern die fachliche Arbeit davon nicht übermäßig betroffen war.³⁸ Den nachrückenden SED-Kadern war dies freilich ein Dorn im Auge.

Daneben galt es eine Reihe von technischen Fragen zu lösen, die ein funktionierendes, der wissenschaftlichen Forschung dienendes Bibliothekssystem erst ermöglichten. Die Abteilung konzentrierte sich deshalb schnell wieder auf Struktur- und Arbeitsordnungen, Katalogisierungsvorschriften, Zentralkatalogisierung, Bibliographie, den gesamtdeutschen und internationalen Leihverkehr, wissenschaftlichen Schriftentausch, die Verwertung von Dubletten und Altbeständen sowie Aus- und Weiterbildung.³⁹ Am 6. Juli 1955 wurde eine, allerdings die Erwartungen immer wieder enttäuschende Leihverkehrsordnung für die DDR erlassen, die den gesamtdeutschen Leihverkehr über regional zuständige Bibliotheken, den internationalen Leihverkehr dagegen gänzlich über die Deutsche Staatsbibliothek regelte.⁴⁰ Die Deutsche Bücherei wurde nur dann in den Leihverkehr einbezogen, wenn ein gesuchtes Buch in anderen Bibliotheken der DDR nicht beschafft werden konnte. Damit trug man dem Präsenzcharakter der Bibliothek Rechnung,⁴¹ was in der Deutschen Staatsbibliothek im-

36 Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«, S. 57f.

37 Thesen der Fachabteilung Wiss. Bibliotheken, Museen und Hochschulfilm im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen auf Frage der Anleitung der wissenschaftlichen Bibliotheken, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 146. In der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED wurde die These der geringen Popularität des Bibliothekarberufs mit einem Fragezeichen versehen.

38 Beratung mit wiss. Bibliothekaren, handschriftliche Notizen, 28.7.[1955], ebd., Bl. 26-33.

39 Anordnung über die Anleitung der wissenschaftlichen Bibliotheken und der Fachbibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik, Entwurf, o.D., ebd., Bl. 54-56.

40 Anordnung über den Leihverkehr der Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik – Leihverkehrsordnung – vom 6. Juli 1955; Anweisung zur Leihverkehrsordnung der Bibliotheken der DDR, Fassung vom 5. März 1955, in: Walter Koschorreck, Geschichte des »Deutschen Leihverkehrs«, Wiesbaden 1958, S. 150-156.

41 In einem ersten Entwurf des Ministeriums für Volksbildung, dem bis zur Bildung des Ministeriums für Kultur im Jahre 1954 noch die Volksbibliotheken unterstanden, war die Deutsche Bücherei noch als »Leitbibliothek« für die Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt vorgesehen worden. Dort sollten alle Leihbestellungen eingehen und erst dann weitergeleitet werden, wenn die gewünschten Titel nicht im Bestand des Hauses aufzufinden waren. Vgl. Entwurf einer Leihverkehrsordnung

mer wieder für Unmut sorgte.⁴² Neben dem internationalen Leihverkehr erhielt die Staatsbibliothek Ende der 1950er Jahre schließlich auch die Verantwortung für die Verwertung der wissenschaftlichen Altbestände. Eine seit 1959 im Hause der Bibliothek untergebrachte Zentralstelle sollte die in der gesamten DDR vorhandenen Altbestände, worunter man sämtliche Dubletten, unbearbeitete Bestände, bislang ungenutzte beschlagnahmte Literatur sowie nach der Auflösung von Institutionen anfallende Titel verstand, verzeichnen und dafür sorgen, dass diese nicht ins Ausland, sondern in den volkseigenen Buchhandel gelangten. Davon ausgenommen wurde der Tauschverkehr der beiden Zentralbibliotheken in Ost-Berlin und Leipzig.⁴³ Eine Ausbildungsordnung war bereits im Jahre 1954 erlassen worden.⁴⁴ Die konkrete Ausgestaltung der Lehrpläne usw. blieb angesichts der angespannten Personalsituation allerdings weiterhin umstritten. Eine zentrale Benutzerordnung, die insbesondere den Umgang mit Literatur, die »gegen die Wahrung des Friedens« gerichtet sei, regelte, blieb dagegen im Entwurfsstadium stecken.⁴⁵

Als sich das Klima innerhalb der SED seit 1957 wieder verstärkt gegen vermeintliche »Abweichler« in den eigenen Reihen richtete und es erneut zu zahlreichen Entlassungen und Verhaftungen von Wissenschaftlern wie hochrangigen Funktionären kam, nutzte Kurt Brückmann die Gelegenheit, um auf die Ablösung Werner Schmidts und Johannes Müllers zu drängen. Bereits 1957 war Gerhard Harig entlassen und durch den Literaturwissenschaftler Wilhelm Girnus ersetzt worden.⁴⁶ Schmidt und Müller blieben indes zunächst verschont. Gleichwohl machte Brückmann im Rahmen von Parteileitungssitzungen in

für die Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik, [1953], BArch, DR 2/990, Bl. 74-77.

- 42 Der Leiter der Benutzungsabteilung der Deutschen Staatsbibliothek, Willy Unger, etwa beschwerte sich intern darüber, »warum die Deutsche Staatsbibliothek unablässig vor der DB ihre entsprechende Literatur in den Leihverkehr geben muss«. Dies sei schon deshalb nicht gerechtfertigt, da die Deutsche Bücherei, genauso wie die Deutsche Staatsbibliothek, keine unersetzbaren Einzelstücke besäße. Vgl. Willy Unger, Stellungnahme zu den Sammelgrundsätzen der DB, 24.10.1955, SBB, G II/A/32, unfol.
- 43 Arbeitsordnung der Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände (ZwA), 23.4.1959, ADNBL, 152/1/6, Bd. 2, Bl. 24-26.
- 44 Anordnung zur Regelung der Ausbildung von Bibliothekshelfern, Bibliothekaren und wissenschaftlichen Bibliothekaren vom 3.8.1954, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 68 (1954), Heft 11/12, S. 435-437.
- 45 Entwurf der Benutzerordnung für die Sonderabteilungen bei wissenschaftlichen Bibliotheken, o.D.; Entwurf Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen gegen die Verbreitung friedensfeindlicher Literatur, o.D., SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 48-52.
- 46 Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht, Göttingen 1999, S. 95

der Deutschen Bücherei zunehmend gegen beide mobil. Besonders Müller, so Brückmann im April 1958, fehle »jede politische Überzeugungskraft«. Fachliche Aufgaben würde er sämtlich Horst Kunze übertragen, der den wissenschaftlichen Beirat wiederum zu einem »Institut seines Willens« gemacht habe und mit seinem »Dogmatismus« sowie seiner »Empfindsamkeit« jegliche kollektive Arbeit verhinderte. Brückmanns Schlussfolgerung war eindeutig: »Gen. Müller ist im Staatsapparat nicht tragbar, daher Ablösung.« Zudem forderte Brückmann, eine Parteibrigade zu bilden, die »alle Aufgaben der Staatsbibliothek« untersuchen sollte, sah man sich gegenüber Ost-Berlin doch zunehmend ins Hintertreffen geraten. Über die Ergebnisse wolle man im Juni zusammen mit Vertretern des ZK der SED beraten.⁴⁷ Die Sitzung fand schließlich am 25./26. Juni 1958 im Kabinett der SED-Bezirksleitung Leipzig statt. Neben einigen wissenschaftlichen Bibliothekaren der Deutschen Bücherei nahmen auch Johannes Hörnig sowie Müller und Schmidt an der Sitzung teil. Letztere waren indes nur geladen, um Selbstkritik zu üben und sich als »Agentengruppe des Ost-Büros der SPD« diffamieren zu lassen. Ihre Entlassung war bereits beschlossen, Müllers Posten übernahm erwartungsgemäß Brückmann, der die Entlassung Müllers maßgeblich vorangetrieben hatte.⁴⁸

Im kleinen Kreis wurden nun auch die Ziele für die nächsten Jahre abgesteckt. Die wissenschaftlichen Bibliotheken sollten sich jetzt gänzlich dem kulturellen »Aufbau des Sozialismus« verschreiben. Das bedeutete auch,

»... dass es heute kein einheitliches deutsches Bibliothekswesen mehr gibt. Bei uns leisten die Bibliotheken eine aktive Hilfe beim Aufbau des Sozialismus, in der Bundesrepublik sind sie Institute und Instrumente der Bonner Kriegspolitik.«⁴⁹

47 Protokoll der Leitungssitzung am 24.4.58, 27.4.1958, SächsStAL, 21532, IV/7/169/03, unfol.

48 Zuvor war Brückmann bereits im Frühjahr 1958 von Johannes Müller für ein neues großes Bibliotheksprojekt vorgesehen worden, wobei auch die Vermutung nahe liegt, dass Müller damit seinen ärgsten Widersacher beschwichtigen wollte. Brückmann, der zunächst die Leitung der sächsischen Landesbibliothek übernehmen sollte, hatte selbst den Vorschlag gemacht, eine neue Staatsbibliothek für technische Literatur aufzubauen. Diese Idee stieß im Staatssekretariat für Hochschulwesen auf derart großen Widerhall, dass man sich dort keinen anderen Leiter als Brückmann selbst vorstellen konnte. Mit der Ablösung Müllers und Schmidts kam das Projekt aber zum Erliegen. Vgl. Protokoll der Parteileitungssitzung am 27.3.1958, 28.3.1958, ebd., unfol.

49 Kurzbericht über die Tagung der Genossen der wissenschaftlichen Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik am 25./26. Juni 1958 im Parteikabinett der Bezirksleitung der SED in Leipzig, ADNBL, 152a/2, Bl. 25.

Der inhaltliche Rahmen der von den wissenschaftlichen Bibliotheken zu leistenden Aufbauarbeit sollte in einem Perspektivplan für die Zeit von 1959 bis 1965 festgesetzt werden, der wie sämtliche Perspektivpläne in dieser Zeit dem erklärten Ziel der SED-Führung dienen sollte, den Westen im friedlichen Wettbewerb zu überholen. Für dessen Erarbeitung wurde eine zentrale Kommission mit rund 60 Mitarbeitern wissenschaftlicher Bibliotheken, überwiegend SED-Mitgliedern, gebildet. Das Plandokument sollte schließlich die Grundlage für die individuellen Bibliothekspläne sein, die nun von den SED-Grundorganisationen vorzulegen waren.⁵⁰ Der Perspektivplan sollte damit zugleich ein Instrument werden, den Ende Februar/Anfang März 1958 auf der III. Hochschulkonferenz der SED-Führung geforderten Kampf gegen den »Revisionismus« in wissenschaftlichen Institutionen auch im Bibliothekswesen durchzusetzen.⁵¹ In der Praxis öffnete er aber gleichwohl die Möglichkeit, eigene Interessen, sofern sie sich dem Gesamtsystem als dienlich erwiesen, auf die Agenda zu bringen. Insbesondere aus Sicht der Genossen der Deutschen Bücherei hatte sich das Staatssekretariat in dieser Hinsicht nicht als eine fördernde Instanz erwiesen. Das machte sich vor allem in der Personalpolitik bemerkbar. Zwar hatte sich der Personaletat zwischen 1950 und 1959 von 555.780 DM auf 1.536.000 nahezu verdreifacht,⁵² dennoch beklagte sich die Verwaltungsleitung immer wieder über die Ignoranz des Staatssekretariats, das die Haushaltsvorschläge der Deutschen Bücherei stets aus Kostengründen zurückgewiesen hatte. Auch die veraltete technische Ausstattung machte Investitionen dringend erforderlich.⁵³

Gleichwohl musste die Deutsche Bücherei zeigen, dass sie sich als Vorreiter einer »sozialistischen Bibliothekspolitik« erweisen könne. Ihr zentrales Alleinstellungsmerkmal war die Art und Weise der Sammlungspraxis, die von den Ost-Berliner Behörden bald nicht mehr nur als kulturpolitische Aufgabe, sondern auch als ökonomischer Vorteil wahrgenommen wurde. Immerhin trug die Bibliothek wesentlich zur Einsparung von Devisen bei. In den Jahren von 1954 bis 1959 verzeichnete sie einen Eingang im Wert von 2,84 Millionen DM (Ost), von denen nur 22 Prozent aus tatsächlichen Ankäufen stammten. Angesichts des stark expandierenden Buchmarktes im Westen Deutschlands erwies sich die Deutsche Bücherei für die Wissenschaftspolitik der SED als unverzichtbare Sammelstelle, zumal die DDR auf wissenschaftliche Literatur aus Westdeutsch-

50 ZK der SED, Abt. Wissenschaften an die SED-PO der Deutschen Staatsbibliothek, der Deutschen Bücherei, der UB Leipzig, der ULB Halle, der UB Jena, der UB Rostock, der LB Weimar, Johannes Müller, 1.7.1958, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 179.

51 Hierzu vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 395 f.

52 BArch, DR 3, 1. Schicht, 5985 (1949-1954); ADNBL, 187/3/4 (1949-1959); ADNBL, 150/2/7/3 (1952-1961).

53 Vgl. den Schriftverkehr in ADNBL, 150/2/5.

land angewiesen blieb.⁵⁴ So hatte es auch Staatssekretär Harig gesehen. Vor allem geisteswissenschaftliche Institute waren davon abhängig, sich »Titelkenntnis auch der abzulehnenden Literatur« verschaffen zu müssen: »Wenn wir die Titel nicht verzeichnen, müssen wir die minderwertigen Titel käuflich erwerben, denn in einem Exemplar müssen sie zur Verfügung stehen.«⁵⁵

Vor diesem Hintergrund aber enttäuschte der erste Entwurf des zentralen Perspektivplanes.⁵⁶ Er sei zu allgemein gehalten und verkörpere keine einheitliche Linie, beklagten sich gleich mehrere Bibliothekare der Deutschen Bücherei. Vor allem fehle, so Werner Rittner, ein Hinweis auf die besondere Stellung der Deutschen Bücherei. Vielmehr müsse im Plan zum Ausdruck kommen, dass das Staatssekretariat »die Wahrnehmung der Sammelfunktionen der DB unterstützt und dafür sorgt, finanziell und materiell, dass wir in der Lage sind, die sammelpflichtige Literatur zu beschaffen und pünktlich bibliographisch zu verzeichnen«. Zudem habe es immer wieder Anzeichen dafür gegeben, dass bestimmte Sammelaufgaben, etwa die Dissertationen, nach Ost-Berlin verlagert werden sollten, was unbedingt zu unterbinden sei. Auch die Frage der Zentralkatalogisierung und der Bestandserschließung (Herausgabe von Titeldrucken) fand im zentralen Perspektivplan nur wenig Berücksichtigung.⁵⁷ Die Verbesserungsvorschläge der Leipziger Bibliothekare bezogen sich überwiegend auf das gesamte wissenschaftliche Bibliothekswesen, gleichwohl diente der Bezug zum Gesamtsystem immer auch dazu, eigene Kompetenz- und Einflussbereiche abzustecken. Besonders begrüßt habe man in Leipzig deshalb die im Plandokument verankerte Würdigung der Deutschen Bücherei als »Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums« und »Zentrale der Bibliographie«, da »diese speziellen Grundaufgaben der DB nur von ihr gelöst werden können« und »in vieler Beziehung die Arbeit in anderen Bibliotheken davon abhängig ist«. Auch in Bezug auf die sozialistische Umgestaltung der wissenschaftlichen Bibliotheken wolle man eine »entscheidende Rolle« übernehmen.⁵⁸

Kurt Brückmann aber war in seiner neuen Funktion im Staatssekretariat mit der Vielzahl an Einzelforderungen, die nicht nur aus der Deutschen Bücherei kamen, überfordert. Zudem musste er in seiner neuen Funktion stärker zwischen den Einzelinteressen vermitteln. Der zentrale Perspektivplan sollte deshalb nur

54 Frohn, *Literaturaustausch im geteilten Deutschland*, S. 52-55.

55 Staatssekretär für Hochschulwesen, Gerhard Harig, an das ZK der SED, Abt. Wissenschaft und Propaganda, Johannes Hörnig, 20.6.1956, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 1.

56 Das wissenschaftliche Bibliothekswesen der Deutschen demokratischen Republik im Siebenjahrplan (Perspektivplan 1959 bis 1965), 26.6.1959, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 44-57.

57 Bericht über die am 21.7.1959 stattgefundene Abteilungsdirektoren-Besprechung, ADNBL, 153/6/1, unfol.

58 Unbetitelttes Manuskript, o.D., ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 60-68.

»allgemeine Richtlinien für die zukünftigen Arbeiten bieten«, die Bibliotheken hingegen müssten »in ihrer Arbeit selbstständiger werden«.59 So fanden die Forderungen aus Leipzig auch nur bedingt Eingang in den überarbeiteten Entwurf. Besonders die Aussagen zum Verhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek blieben aus Leipziger Perspektive unbefriedigend. Großzügige Unterstützung durch das Staatssekretariat und eine »entscheidende Rolle« für die sozialistische Umgestaltung des Bibliothekswesens in fachlicher und politischer Hinsicht wurde explizit nur der Deutschen Staatsbibliothek zuerkannt, die zum »Zentrum der Vermittlung internationaler Literatur« geworden sei. Die Deutsche Bücherei musste sich hingegen mit einer »hervorragende[n] nationale[n] Bedeutung« begnügen, ohne dass damit ausdrücklich Verpflichtungen des Staatsapparates verbunden waren.⁶⁰

Die Sorge, gegenüber der Deutschen Staatsbibliothek auf eine nachrangige Position im wissenschaftlichen Bibliothekswesen abzudriften, hatte eine längere Vorgeschichte. Sie wurzelte in den Positionskämpfen zwischen der Deutschen Bücherei und der Preußischen Staatsbibliothek in den 1920er und 1930er Jahren, die in den 1950er Jahren unter veränderten politischen Rahmenbedingungen von neuem entflamten. Befördert wurde dies gerade durch die herausgehobene Stellung, die Werner Schmidt beiden Bibliotheken innerhalb des Gesamtsystems zugewiesen hatte, was zwangsläufig zu Konflikten führte, zumal immer mehr Kompetenzen aus Gründen einer effektiveren Anleitung durch das Staatssekretariat in der Ost-Berliner Bibliothek konzentriert wurden, womit letztere durchaus in den Rang einer »Nationalbibliothek« aufrücken konnte. Dass dadurch bald schon historisch tief sitzende Dissonanzen erneut das Verhältnis zwischen beiden Bibliotheken prägen sollten, hatte Schmidt freilich nicht im Blick. Wann immer sich eine Bibliothek auf einem bestimmten Gebiet exponierte, witterte die andere Seite fast schon automatisch einen Angriff.

Zu einer ersten Verstimmung in Ost-Berlin war es infolge eines Artikels der jungen Leipziger Bibliothekarin Sigune Mallachow im *Leipziger Börsenblatt* vom August 1952 gekommen. Der Aufsatz mit dem Titel »Die Deutsche Bücherei bildet den ersten Bibliothekstechniker aus« stieß bei Horst Kunze deshalb auf Unbehagen, weil Mallachow die Arbeit der von Kunze geleiteten Kommission für Ausbildungsfragen mit keiner Silbe erwähnt hatte. Für Kunze war dies ein direkter Ausdruck von »Betriebsegoismus«.61 Es dauerte keinen Monat bis zur nächsten Zwistigkeit, in die nun auch das Staatssekretariat eingebunden wurde. Dieses

59 Protokoll der Direktorenkonferenz der wissenschaftlichen Bibliotheken am 29. und 30. Juli in Berlin, Ebd., Bl. 111.

60 2. Entwurf, Das wissenschaftliche Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik im Siebenjahrplan (Perspektivplan 1959 bis 1965), 24.10.1959, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 298.

61 Horst Kunze an Sigune Mallachow, 12.8.1952, ADNBL, 806/6/0, Bl. 19.

hatte Kunze angetragen, das von 1850 bis 1944 erschienene *Literarische Zentralblatt* wiederaufleben zu lassen. Dabei handelte es sich um eine traditionsreiche Wochenzeitschrift, die laufend kurze Besprechungen von deutschen wie ausländischen wissenschaftlichen Neuerscheinungen gebracht hatte. Das neue Zentralblatt sollte sich nun entsprechend der wissenschaftspolitischen Schwerpunkte der DDR auf technisch-naturwissenschaftliche Literatur konzentrieren. Daraufhin intervenierte Heinrich Uhlendahl im Staatssekretariat, weil er hinter diesem Plan Anzeichen eines Konkurrenzunternehmens zur Nationalbibliographie vermutete. Das Staatssekretariat legte das Projekt daraufhin stillschweigend auf Eis.⁶²

Wieder zwei Monate später, im November 1952, kam es bereits zum nächsten Eklat. Erneut ging es um einen Aufsatz aus dem Hause der Deutschen Bücherei, der in der Kasseler Zeitschrift *Musica* erschienen war. Dort hatte Hans-Martin Pleßke die Vorzüge der seit 1943 erscheinenden Musikbibliographie der Deutschen Bücherei herausgestellt, um die westdeutschen Musikverleger hinsichtlich ihrer Lieferfreudigkeit bei der Stange zu halten.⁶³ Obwohl der Artikel vornehmlich mit Blick auf die Deutsche Bibliothek in Frankfurt veröffentlicht worden war, reagierte nun Kunze mit historisch tief sitzenden Ressentiments. Seinem Ärger machte er direkt gegenüber Johannes Müller Luft. Dabei verwies er auf die viel ältere Tradition der Deutschen Musiksammlung, die 1906 an der Königlich-Preußischen Bibliothek ins Leben gerufen worden war. Dort wurden alle Neuerscheinungen der Musikverleger gesammelt, nachdem diese ihre Belegexemplare an den Leipziger Hofmeister-Verlag geschickt hatten, wo sie bibliographisch verzeichnet worden waren. Das Propagandaministerium hatte der Deutschen Bücherei diese Bibliographie 1943 übertragen – und damit auch den Sammelauftrag. »Die Leipziger Sammlung«, so Kunze erbost, »errichtet seit 1943 also Stockwerke auf einem Gebäude, dessen Fundament seit 1906 in Berlin fest verankert ist«. Zwar erhielt die Deutsche Musiksammlung in Ost-Berlin seit 1945 nur noch die Produktion der SBZ/DDR, einen Beitrag zur Forschung erfüllte in Kunzes Augen aber nur diese, da sie viel weiter zurückreichte. Kunze verlangte von Müller deshalb, dass die Deutsche Bücherei dazu aufgefordert werde, die Neuerscheinungen außerhalb der DDR nach ihrer Verzeichnung umgehend an Ost-Berlin zu übergeben.⁶⁴ Der Ton zwischen Kunze und Uhlendahl wurde nun merklich rauer und beide Seiten trachteten zunehmend danach, im öffentlichen bzw. halb-öffentlichen Raum Geländegewinne zu erzielen. So ließ es sich Kunze nicht nehmen, die Staatsbibliothek im hauseigenen Mitteilungs-

62 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, 13.9.1952, ADNBL, 811/1, Bl. 64.

63 Hans-Martin Pleßke, Das Gesamtarchiv der deutschen Musikalien, in: *Musica* 1952, Heft 9, S. 386.

64 Horst Kunze an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen, Johannes Müller, 25.11.1952, ADNBL, 520, Bl. 28-30.

blatt als »die zentrale wissenschaftliche Bibliothek der Deutschen Demokratischen Republik« zu bezeichnen.⁶⁵ Und kurze Zeit darauf erschien ein anonym verfasster Beitrag über die Deutsche Bücherei als »Spiegel deutschen Geisteslebens« im *Leipziger Börsenblatt*, der das Haus als »die größte deutschsprachige Bibliothek der Welt« pries und, was auch Uhlendahl peinlich berührte, mit offensichtlichen Falschmeldungen ins rechte Licht rückte.⁶⁶ Während Kunze sich über diese »falsch verstandene[n] ›Werbung für das Bibliothekswesen««, die »mein Verantwortungsbewusstsein für das wissenschaftliche Bibliothekswesen« geschädigt habe, wiederum bei Müller beschwerte,⁶⁷ wies Uhlendahl seinen einstigen Volontär nun unmissverständlich in seine Schranken. Schließlich sei Uhlendahl es gewesen, dem Kunze seinen Aufstieg zu verdanken habe. Nur durch dessen lobende Worte sei Kunze 1947 zum Direktor der Landes- und Universitätsbibliothek Halle berufen worden. Nach der Ernennung Kunzes zum Direktor der ÖWB habe es zudem informelle Absprachen gegeben, dass »die vielen Jahre hindurch bestehenden Spannungen zwischen der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek und der DB endgültig zu begraben« seien. Diese Vereinbarung sei nun von Kunze gebrochen worden.⁶⁸

Neben den deutsch-deutschen Bibliothekskonflikt zwischen Leipzig und Frankfurt war damit ein DDR-interner Konflikt mit langer Tradition getreten. Dieser erschwerte auch die Zusammenarbeit beider Bibliotheken im wissenschaftlichen Beirat. So beschwerte sich Uhlendahl bei Kunze im April 1954, dass es nach einer Beiratssitzung »erneut eine Attacke auf die DB« gegeben habe.⁶⁹ Nun drehte sich der Konflikt nicht mehr nur um »Betriebsgeizmen« in der öffentlichen Repräsentation, sondern um die Essenz beider Bibliotheken – die Sammelgebiete. Für Aufsehen in der Staatsbibliothek sorgte etwa, dass die Deutsche Bücherei am 1. August 1955 ihre aktuellen Sammelgrundsätze schriftlich festgehalten und für den internen Dienstgebrauch zirkulieren lassen hatte – insbesondere, weil diese sowohl das 1941 und 1943 erweiterte Sammelgebiet (Übersetzungen deutschsprachiger Werke im Ausland, fremdsprachige Werke über Deutschland, Musikalien) als auch Patentschriften als neues Sammelgebiet seit 1945 umfassten.⁷⁰ Aus allen Abteilungen der Deutschen Staatsbibliothek erbat sich Kunze Stellungnahmen. Dabei wurde jedoch deutlich, dass Kunzes kämpf-

65 ÖWB an die Deutsche Bücherei, 7.2.1953, ADNBL, 811/1, Bl. 73.

66 Deutsche Bücherei – Spiegel deutschen Geisteslebens, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* 1953, Heft 5, S. 83.

67 ÖWB, Horst Kunze, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen, Johannes Müller, 25.2.1953, ADNBL, 199, Bl. 87.

68 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, 22.4.1953, ebd., Bl. 86.

69 Heinrich Uhlendahl an Horst Kunze, 3.4.1954, ADNBL, 811/1, Bl. 83. Das Schreiben befindet sich im Original in SBB, G II/A/32, unfol.

70 Sammelgrundsätze der Deutschen Bücherei, 1.8.1955, ADNBL, 500/1, Bl. 63-65.

ferische Ambitionen auch innerhalb seines Hauses auf Kritik stießen. Heinrich Roloff, Leiter des Auskunftsbüros, etwa sah die Gelegenheit gekommen, das leidige Problem der Musikaliensammlung zu lösen. Er sprach sich dafür aus, die Chance zu nutzen und »die Staatsbibliothek von gewissen pflichtgemäßen Sammelaufgaben zu befreien«, weil dies den Geschäftsgang erheblich entlasten würde. Zudem habe ihm das Dokument der Deutschen Bücherei noch einmal vor Augen geführt, dass von Vollständigkeit in der Ost-Berliner Bibliothek keine Rede sein könne und »letzten Endes die Überzeugung von der Notwendigkeit dieses Sammelprinzips bei uns fehlt«.71 Auch der Leiter der Erwerbungsabteilung, Oskar Tyszko, gab mit Blick auf die Belastung des Geschäftsganges zu bedenken, dass die Staatsbibliothek über eine sinnvolle Abgrenzung ihres Sammelgebietes nachdenken müsse.72

Dennoch blieb der in den 1940er Jahren erweiterte Sammelauftrag der Deutschen Bücherei ein ausgesprochener Streitpunkt zwischen den Bibliotheksleitungen, denn gerade hierbei kam es häufig zu Überschneidungen. So hatte die Staatsbibliothek im Rahmen von Kulturabkommen mit den sozialistischen Staaten die Zuständigkeit für den Buchaustausch erhalten, was zur Folge hatte, dass die Deutsche Bücherei mit sammelpflichtigen Titeln aus diesen Ländern kaum noch beliefert wurde. Uhlendahls Nachfolger Fleischhack verlangte im Februar 1958 vom Staatssekretariat deshalb, dass die auf dem Wege der Kulturabkommen in Ost-Berlin eingehenden Schriften immer zuerst der Deutschen Bücherei angeboten werden müssten.73 Kunze lehnte »einen derartigen Antrag« erwartungsgemäß ab74 und legte im Jahr darauf noch einmal kräftig nach. Er habe »nie einen Hehl daraus gemacht, daß mich die Erweiterung des Sammelgebietes der Deutschen Bücherei [...] bedenklich stimmt«, so Kunze in Reaktion auf eine in Stuttgart veröffentlichte Bibliographie, die auch französische Literatur über Deutschland auflistete. Diese schickte Kunze mit der doppelzüngigen Bemerkung nach Leipzig, einmal zu überprüfen, wie viele der genannten Titel dort überhaupt vorhanden wären.75 Damit hatte Kunze einen wunden Punkt berührt, denn tatsächlich waren von den 572 gelisteten Titeln nur 69 in der Deutschen Bücherei verfügbar.76 Daran schloss sich eine achtstündige Sitzung des Kollegiums der Deutschen Bücherei an, die sich nur mit diesem Problem beschäftigte, was wiederum zeigt, wie schwer der Konflikt aus Leipziger Sicht wog. Dabei waren sich die Leipziger Bibliothek-

71 Heinrich Roloff, Stellungnahme zu der innerdienstlichen Verfügung »Sammelgrundsätze der Deutschen Bücherei«, o.D., SBB, G II/A/32, unfol.

72 Oskar Tyszko, Sammelgrundsätze der Deutschen Bücherei, o.D., ebd., unfol.

73 Deutsche Bücherei, Generaldirektor Curt Fleischhack, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Hochschulfilm, 22.2.1957, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 303.

74 Helmut Röttsch an die Hauptdirektion, Aktennotiz, o.D., ebd.

75 Horst Kunze an Curt Fleischhack, 20.2.1958, ADNBL, 517, Bl. 35.

76 Helmut Röttsch an die Hauptdirektion, 14.3.1958, ebd., Bl. 36.

kare durchaus darüber im Klaren, dass Kunze mit seiner Behauptung, die Deutsche Bücherei würde gerade mit den fremdsprachigen Titeln über Deutschland und den Übersetzungen deutschsprachiger Werke Sammelgebiete besetzen, die sie aus Ressourcenmangel gar nicht zu bewältigen in der Lage sei, nicht ganz unrecht hatte. Helmut Röttsch (1923-2017), zu diesem Zeitpunkt noch Leiter der Erwerbsabteilung, wies darauf hin, dass man gegenwärtig 20-25.000 DM an Devisen benötigen würde, um alle in der Fehlkartei verzeichneten Schriften zu erwerben. Sein Mitarbeiter Horst Halfmann ergänzte, dass es für die beiden Schreibkräfte der Auslandsbeschaffung eine Überlastung darstellte, wenn sie jedes Land einzeln anschreiben müssten. Schließlich machte Kurt Brückmann darauf aufmerksam, dass die Auslandserwerbung auch unter politischen Gesichtspunkten gesehen werden müsse. So gelte es zwar, möglichst viele Übersetzungen aus den »befreundeten Ländern« zu erhalten, dagegen aber möglichst wenige Titel von westdeutschen Anbietern zu erwerben. Auch Tauschexemplare müssten zuerst in der DDR angeboten werden.⁷⁷ Um der Deutschen Staatsbibliothek nicht weiterhin einen Angriffspunkt zu bieten, schränkte die Deutsche Bücherei die beiden Sammelgebiete erheblich ein, womit die Bibliothek notgedrungen Einschränkungen an ihrem Vollständigkeitsprinzip vornahm. Zudem öffneten die Bibliothekare einer politisch begründeten Einschränkung der Sammelgebiete Tür und Tor. Dies mag das Beispiel des Umgangs mit Schriften zum Thema Konzentrationslager verdeutlichen. Diese sollten vollständig gesammelt werden, sofern es sich um Konzentrationslager handelte, die auf deutschem Boden bestanden hatten oder von deutschen Stellen verwaltet worden waren. Erlebnisschilderungen einzelner Personen waren hingegen nur dann sammelpflichtig, wenn sie »bedeutsam für die Beurteilung größerer gesellschaftlicher Vorgänge in Deutschland sind«⁷⁸. Von einer publizierten Bibliographie der fremdsprachigen Titel sah man angesichts der Unvollständigkeit jedoch ab.⁷⁹

Diese ausführlich geschilderten Positionskämpfe zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek stellten ein wesentliches Movens für die Bemühungen der Leipziger Bibliothekare dar, die Deutsche Bücherei im Rahmen des Perspektivplanes am Ende der 1950er Jahre nicht hinter die Deutsche Staatsbibliothek zurückfallen zu lassen. Abgrenzung und gegenseitige Beobachtung prägten das Verhältnis zwischen beiden Häusern in den 1950er Jah-

77 Bericht über die am 14.10.58 stattgefundene Kollegiumssitzung (Fortsetzung), ADNBL, 153/6/1, unfol.

78 Grundsätze für die Sammlung der Übersetzungen deutschsprachiger Werke und der fremdsprachigen Werke über Deutschland und deutsche Persönlichkeiten/Erläuterungen zu den »Grundsätzen für die Sammlung der Übersetzungen deutschsprachiger Werke und der fremdsprachigen Werke über Deutschland und deutsche Persönlichkeiten«, 1.12.1958, ADNBL, 500/1, Bl. 69-77.

79 Gerhard Pomaßl an das Kollegium der Deutschen Bücherei, , 10.3.1962, ADNBL, 153/6/1, Bl. 125.

ren. Schon als die ÖWB 1954 in Deutsche Staatsbibliothek umbenannt wurde, sah man sich in Leipzig genötigt zu reagieren, weil die im Schriftverkehr gebräuchlichen Abkürzungen für die Deutsche Bücherei (DB) und die Deutsche Staatsbibliothek (DSB) Verwechslungen befürchten ließen. Man solle künftig, so Fleischhack im Kollegium, von der »DB Leipzig« sprechen.⁸⁰ Die Positionskämpfe liefen freilich im Hintergrund ab. Offiziell waren Konflikte im harmonischen Miteinander des Sozialismus tabuisiert. So spiegelte sich der Bibliothekskonflikt im Perspektivplan der Deutschen Bücherei, der sich an den im Oktober 1959 vorgelegten zweiten Entwurf des Staatssekretariats anschloss, auch nur indirekt wider. Dennoch lassen sich zwischen den Zeilen deutliche Spuren der Abgrenzung vom Ost-Berliner Nebenbuhler bereits in der Einleitung finden. Anders als im zentralen Perspektivplan, in dem die Deutsche Bücherei ganz konventionell als »Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums« bezeichnet wurde, präsentierte sich das Leipziger Haus nun als »Zentralbibliothek des gesamten deutschsprachigen Schrifttums«.⁸¹ Mehr noch:

»Die kulturhistorische Bedeutung der daraus resultierenden Aufgaben liegt darin, daß die DB – und nur sie – das gesamte seit ihrer Gründung erschienene deutschsprachige Schrifttum für alle Zukunft sammeln und bibliographisch nachweisen muß.«⁸²

Nur sie sei die »rechtmäßige Trägerin und Bearbeiterin der historisch gewachsenen deutschen Grundbibliographien«.⁸³ Diese Formulierungen ließen keinen Zweifel am Anspruch der Deutschen Bücherei, in der Hackordnung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens mindestens gleichwertig neben, wenn nicht sogar über der Deutschen Staatsbibliothek zu stehen. Daraus leiteten sich gewichtige Forderungen ab, etwa die Erlaubnis, gesonderte Vereinbarungen mit den Nationalbibliotheken der sozialistischen Länder über den Buch- und Bibliographie-Austausch zu schließen, oder die Einplanung ausreichender Mittel für den Bücherkauf. Dafür war die Deutsche Bücherei auch bereit, deutlich mehr Verantwortung für das gesamte Bibliothekswesen zu übernehmen. Dazu zählten vor allem die Zentralkatalogisierung und die Bildung einer Methodischen Beratungsstelle für Bibliographien, die theoretische Maßstäbe für die Erarbeitung von Bibliographien in der DDR setzen sollte.⁸⁴ Einen entsprechenden Markstein setzte die Deutsche Bücherei mit der Ausrichtung der ersten ökonomischen Konferenz

80 Protokoll über die am 10.12.1954 durchgeführte Kollegiumssitzung, ebd., Bl. 168.

81 Noch während der Arbeiten am Perspektivplan der Deutschen Bücherei hatte die Hauptdirektion intern verfügt, das neue Label künftig auch auf dem offiziellen Briefkopf zu verwenden. Vgl. Aktennotiz, 3.11.1959, ADNBL, 500/1, unfol.

82 Perspektivplan der Deutschen Bücherei für die Jahre 1960 bis 1965, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5480, Teil 1, unfol.

83 Ebd., unfol.

84 Ebd., unfol.

im wissenschaftlichen Bibliothekswesen noch im November 1959. Dabei handelte es sich um eine Form innerbetrieblicher Diskussion mit dem Ziel, Methoden für eine effiziente Planerfüllung zu entwickeln. Aus Sicht der Leipziger Bibliothekare war dies in erster Linie aber eine Möglichkeit zur Eigenwerbung, ohne tatsächlich eine Vorstellung davon zu besitzen, inwiefern sich Methoden der betrieblichen Rationalisierung auf das Bibliothekswesen anwenden ließen. Curt Fleischhack betonte vor allem, dass die Ausrichtung der Konferenz ein Wert an sich sei. Die Deutsche Bücherei leiste damit »Pionierarbeit«. Dies beweise nur einmal mehr, »daß wir in der DB immer guten Willens sind, das Neue aufzugreifen«. ⁸⁵ So fand die erste ökonomische Konferenz im Bibliothekswesen auch nicht als betriebsinterne Veranstaltung statt, sondern unter Beteiligung zahlreicher Bibliotheksdirektoren der DDR. Im Zentrum der Konferenz stand freilich das Thema Zentralkatalogisierung. Dabei verfolgten die Leipziger Bibliothekare das Ziel, die hauseigenen Titeldrucke künftig an alle Bibliotheken der DDR zu liefern und sich damit eine Monopolstellung in diesem Bereich zu sichern. Dabei galt es jedoch, das Problem zu lösen, dass von der Abgabe des Manuskripts eines Heftes der Nationalbibliographie, auf deren Satz die Titeldrucke basierten, bis zur Auslieferung an die Besteller durchschnittlich sechs Wochen vergingen, was aber vor allem an der Ressourcenknappheit der Druckereien lag. Dies sei auch der Hauptgrund dafür, dass von zwölf Technischen Hochschulbibliotheken bisher nur eine Bibliothek die Leipziger Titeldrucke bezog. Brückmann schlug deshalb den Leipziger Bibliothekaren, deren Arbeitsumfeld er ja bestens kannte, vor, die Fahnenabzüge vorab an die Bibliotheken zu schicken, auf deren Basis die Institute dann schon einmal die benötigten Titel bestellen könnten. Würde man die dadurch erhoffte Zeit von drei Wochen einsparen, werde das Staatssekretariat den Bezug der Leipziger Titeldrucke für alle wissenschaftlichen Bibliotheken zur Pflicht machen. ⁸⁶ Eine solche Regelung hatte Brückmann bereits rund zwei Wochen zuvor auf einer Konferenz der Bibliotheksdirektoren in Aussicht gestellt. ⁸⁷ Brückmann unterstützte selbst noch in seiner Funktion als Verantwortlicher für das gesamte wissenschaftliche Bibliothekswesen weiterhin die Deutsche Bücherei, wenn auch nicht vorbehaltlos. Schon während seiner Zeit als Stellvertreter des Hauptdirektors in Leipzig hatte auch er die Deutsche Staatsbibliothek als Konkurrentin wahrgenommen. So habe er einst auf den »Versuch einer kollegialen Hilfe« seitens der Staatsbibliothek, die ihre eigenen Titeldrucke zum Abgleich nach Leipzig schickte, immer

85 Protokoll der Abteilungsleitersitzung am 24.8.1959, 5.10.1959, ADNBL, 153/6/1, unfol.

86 Protokoll über die 1. Ökonomische Konferenz in der Deutschen Bücherei am 26.11.1959, ebd., unfol.

87 Protokoll der Direktorenkonferenz der wissenschaftlichen Bibliotheken am 13. und 14. November 1959 in Leipzig, ADNBL, 816/1, Bl. 31.

wieder mit behelrenden Antworten reagiert. Die Übermittlung des Materials sei daraufhin eingestellt worden.⁸⁸

Inwiefern der Kampf zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek einen tatsächlichen Einfluss auf die Bibliothekspolitik der SED nahm, lässt sich nicht hinreichend beantworten. Das Staatssekretariat und die Wissenschaftsabteilung im ZK der SED schenken dem Konflikt wohl selbst kaum Beachtung. Dennoch behinderte dieser Dissens immer wieder bibliothekspolitische Initiativen. Aus der Perspektive der zuständigen Staats- und Parteiorgane aber waren beide Bibliotheken unabdingbare Ressourcen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Zugleich aber beförderte der Konflikt die Mobilisierung von Ressourcen in beiden Bibliotheken. Besonders die Deutsche Bücherei überbot sich im Rahmen der Perspektivplanung geradezu mit Avancen zur Förderung der SED-Bibliothekspolitik. Blickt man auf die Entwicklung zentraler Haushaltpositionen in beiden Bibliotheken im Zeitraum des Perspektivplanes, so wird deutlich, dass die Deutsche Bücherei mehr noch als die Deutsche Staatsbibliothek darauf angewiesen war, sich als einzige »Nationalbibliothek« zu profilieren. Denn obwohl es zur Bewältigung ihrer Aufgaben an Personal und moderner Technik mangelte, blieben die Haushaltpositionen der Leipziger Bibliothek nahezu konstant, während sich die Investitionen in Ost-Berlin deutlich erhöhten.

	Lohnfonds DB	Lohnfonds DSB	Beschaffung DB	Beschaffung DSB
1959	1,63	2,31	0,3	1,08
1960	1,73	2,72	0,33	1,16
1961	1,77	2,93	0,32	1,21
1962	1,79	3,05	0,31	1,24
1963	1,8	3,22	0,31	1,34
1964	1,8	3,31	0,31	1,33
1965	1,8	3,37	0,31	1,34

Abb. 5: Haushaltpositionen der Deutschen Bücherei (DB) und der Deutschen Staatsbibliothek (DSB) 1959-1965 (in Mill. DM)⁸⁹

88 Hausmitteilung Heinrich Roloff an Direktor Werner Dube, 1.7.1963, SBB, G II/A/30, Bd. 3, unfol.

89 Haushaltsentwicklung der wissenschaftlichen Bibliotheken 1959-1965, o. D., BArch, DR 3, 1. Schicht, 5470, unfol. Nimmt man den Beschaffungsetat aller wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken für das Jahr 1959 zum Vergleich, so hatte die Deutsche Staatsbibliothek hieran einen Anteil von 30 Prozent. Vgl. zum Beschaffungsetat für das Jahr 1959 Protokoll über den Verlauf der Direktoren-Konferenz der Bibliotheken der DDR am 30. März und 1. April 1960 in Greifswald, ADNBL, 816/1, Bl. 40.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Deutsche Bücherei, die seit 1961 von Helmut Röttsch geleitet wurde, die Deutsche Staatsbibliothek 1962 – das Jahr, in dem die Leipziger Bibliothek ihren 50. Jahrestag mit großem Aufwand beging und sich erstmals öffentlichkeitswirksam als »sozialistische Nationalbibliothek« präsentierte – zum »sozialistischen Leistungsvergleich« aufforderte. Offiziell ging es Röttsch darum, auszuloten, welche Bibliothek ressourcensparender arbeitet, inoffiziell war er jedoch von der Überlegenheit der Deutschen Bücherei derart überzeugt, dass er selbst wahrgenommene Zweifel an der Sinnhaftigkeit eines solchen Vergleiches ignorierte. So schlug er nicht nur vor, die hauseigenen Druckereien, Buchbindereien und Fotostellen gegeneinander antreten zu lassen, sondern auch die Haushaltsorganisation einzubeziehen.⁹⁰ Gerade der letztgenannte Punkt entwickelte sich aber bald zu einem Streitfaktor zwischen den Bibliotheksleitungen. Im Wissen, dass die Lohnkosten in Ost-Berlin wesentlich höher lagen und dass dadurch »die Berliner Kollegen von Haus aus im Nachteil sind, was die Anstrengungen in einem Wettbewerb stark hemmen würde«, lehnte die Verwaltungsabteilung der Staatsbibliothek die Einbeziehung dieser Positionen ab.⁹¹ Dennoch kam im Januar 1964 ein Vertrag zwischen beiden Bibliotheken zustande. Dieser bezog sich zunächst nur auf die Buchbindereien und Fotostellen. Zuvor hatten sich beide Parteien darauf geeinigt, in den Vergleich nur Kriterien einzubeziehen, die von den Arbeitern selbst beeinflusst werden konnten, d. h. Materialverbrauch, Anzahl der Arbeitskräfte und der Wert der Produktion nach dem staatlich festgesetzten Regelleistungspreis.⁹² Die ersten Ergebnisse, die auch das Staatssekretariat zur Kenntnisnahme erhielt, sorgten jedoch prompt für einen Eklat. In ihrer Rechnung war die Verwaltungsdirektion der Deutschen Staatsbibliothek zu dem Ergebnis gekommen,

»... daß im Augenblick die Arbeitsproduktivität in der Deutschen Staatsbibliothek weder von der Fotostelle noch von der Hausbuchbinderei der Deutschen Bücherei erreicht wird. Hieran werden auch nicht unsere höheren Regelleistungspreise, dafür aber höheren Löhne, etwas ändern.«⁹³

Die Reaktionen der Deutschen Bücherei waren erhitzt. Verwaltungsleiter Krieger äußerte sich kritisch in Bezug auf die höheren Preise der Deutschen Staats-

90 Helmut Röttsch an Horst Kunze, 13.12.1962, ADNBL, 811/1/2, Bl. 1.

91 Deutsche Staatsbibliothek, Verwaltung, Protokoll über eine Besprechung von Vertretern der Staatsbibliothek mit Vertretern der Deutschen Bücherei wegen Abschluß eines Leistungsvergleichs, 18.7.1963, ebd., Bl. 13.

92 Vereinbarung über den Leistungsvergleich zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek, 6.1.1964, ebd., Bl. 28-30; Deutsche Staatsbibliothek, Aktennotiz, 23.9.1963, ebd., Bl. 15.

93 Bericht über den Stand des Leistungsvergleiches der Hausbuchbindereien sowie der Fotostellen der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei, 2.9.1964, SBB, G II/A/34, unfol.

bibliothek⁹⁴ und Röttsch warf Kunze vor, gegenüber dem Staatssekretariat »in sehr unkollegialer Weise ein völlig falsches Bild« heraufbeschworen zu haben und sprach sogar von »Manipulationen«. Zudem untersagte Röttsch seinen Mitarbeitern bis auf Weiteres den Kontakt zu den Kollegen in Ost-Berlin.⁹⁵ Dort war man ebenfalls missgestimmt. Die Reaktion Helmut Röttschs, so Verwaltungsdirektor Kluge in einer Hausmitteilung an Kunze, rufe »wie seit allem Anfang« den Eindruck hervor, »daß nur die Deutsche Bücherei in allen Angelegenheiten des Leistungsvergleiches der Initiator ist und die Deutsche Staatsbibliothek hemmend wirkt«. Dabei habe man von Ost-Berliner Seite aus immer wieder darauf hingewiesen, »daß in beiden Einrichtungen völlig unterschiedliche Vergleichspositionen bestehen«.⁹⁶ Die Wogen zwischen beiden Bibliotheken glätteten sich jedoch bald wieder und während einer letzten gemeinsamen Sitzung im Januar 1965 einigte man sich schließlich darauf, dass ein weiterer Leistungsvergleich keine belastbaren Ergebnisse erbrächte.⁹⁷

Am Vorabend des Mauerbaus war die Deutsche Bücherei ebenso wenig wie andere wissenschaftliche Bibliotheken eine »sozialistische Bildungseinrichtung« geworden. Ein solches Konzept existierte lediglich auf dem Papier. Bis zur Ablösung von Johannes Müller und Werner Schmidt war die Bibliotheksverwaltung in Ost-Berlin damit befasst, die organisatorischen Weichen dafür zu stellen, dass wissenschaftliche Bibliotheken den steigenden Bedürfnissen des staatlich gesteuerten Wissenschaftsbetriebes gerecht werden konnten. Auch nach deren Ablösung fehlte es aber an einer stringenten, spezifisch sozialistischen Bibliothekspolitik, welche die wissenschaftlichen Bibliotheken nicht nur als Dienstleisterinnen der Wissenschaft betrachtete. Was diese jenseits ideologischer Rahmungen ausmachte, konnte keiner der Akteure beantworten. Aus Sicht der leitenden SED-Mitglieder der Deutschen Bücherei war der Rekurs auf das »sozialistische Bibliothekswesen« deshalb vielmehr ein wichtiger Mobilisierungsfaktor. Der Terminus stellte vor allem für sie ein Angebot dar, sich innerhalb der Bibliothek und im gesamten wissenschaftlichen Bibliothekswesen mithilfe der Staats- und Parteiorgane gegen die alten Eliten zu profilieren. Dabei nutzten sie den Zielkonflikt zwischen dem Staatssekretariat und der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED um das Wesen einer »sozialistischen wissenschaftlichen Bibliothek«, um sich als Initiator des großen Experiments zu präsentieren. Warum aber zeigten neue Eliten wie Brückmann letztlich so wenig Interesse da-

94 Deutsche Staatsbibliothek an den Verwaltungsdirektor der Deutschen Bücherei, Krieger, 8.9.1964, ADNBL, 811/1/2, Bl. 55.

95 Helmut Röttsch an Horst Kunze, 19.10.1964, SBB, G II/A/34, unfol.

96 Hausmitteilung Kluge an Kunze, 27.10.1964, ebd., unfol.

97 Protokoll über die Beratung der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin und der Deutschen Bücherei in Leipzig zu Problemen des Leistungsvergleiches 1964, 29.1.1965, ADNBL, 811/1/2, Bl. 88.

ran, die Deutsche Bücherei tatsächlich in eine »sozialistische wissenschaftliche Bibliothek« umzuwandeln? Wohl weil dies womöglich bedeutet hätte, dass sie eine von vielen Institutionen ihrer Art geworden wäre. Ihr Alleinstellungsmerkmal, das ihr eine hervorragende Verhandlungsposition um materielle Ressourcen verschaffte, hätte sie damit verloren. In den 1960er Jahren sollte sich dann zeigen, dass ein erstmals in die Debatte eingebrachtes kohärentes Konzept eines »sozialistischen Bibliothekswesens« in der Deutschen Bücherei gerade deshalb auf starke Kritik stieß.

b.) Bürgerlich nach außen, sozialistisch nach innen:
Das Direktorat nach Heinrich Uhlendahl

Gegen Heinrich Uhlendahl und seinen eigensinnigen Führungsstil war immer wieder Kritik laut geworden. Die relative Autonomie in inneren Angelegenheiten der Deutschen Bücherei, die sich der Generaldirektor bewahrte, war von vielen Bibliothekspolitikern als Hindernis der »Demokratisierung« betrachtet worden. Alle Versuche, Uhlendahl einen politisch standfesten Stellvertreter an die Seite zu stellen, scheiterten jedoch an der schützenden Hand, die der Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD, Pjotr Solutjuchin, über Uhlendahl hielt. Mit der Auflösung der Abteilung Volksbildung der SMAD im November 1949 verlor Uhlendahl zwar den Rückhalt durch Karlshorst, von einer Entlassung des Generaldirektors sah man aus politischen Gründen jedoch auch weiterhin ab, während in anderen Bibliotheken bis 1952 die Spitzen mit SED-Kadern besetzt wurden. Auf Uhlendahls guten Namen und dessen Kontakte zu westdeutschen Verlegern und Bibliothekaren wollte man indes nicht verzichten.

Vor diesem Dilemma stand nach der Gründung der DDR auch die SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei. Ihr Auftrag als kleinste Zelle der Staatspartei war es, die »führende Rolle« der SED in der Bibliothek durchzusetzen und damit die Hierarchieverhältnisse in der Bibliothek umzukehren. In der Praxis stieß sie bei ihrem Bemühen, die Macht des Generaldirektors zu brechen, aber an deutliche Grenzen. Abteilungsleitersitzungen, aber auch Verhandlungen mit dem Staatssekretariat fanden in der Regel ohne den Parteisekretär statt.⁹⁸ Als dieser den »diktatorischen« Führungsstil Uhlendahls innerhalb des Hauses offen kritisierte, indem er an die Wandzeitung der Parteigruppe einen Artikel zum Thema »Kritik und Selbstkritik« anbrachte, gab Uhlendahl ihm in einem Vieraugengespräch deutlich zu verstehen, dass »so etwas wohl für einen Pro-

98 Protokoll über die Mitglieder-Versammlung der Parteiorganisation am 25.11.1952, 26.11.1952, SächsStAL, 21532, IV/7/169/02, unfol.

duktionsbetrieb infrage kommt, aber nicht für unser Institut.«⁹⁹ Das Verhältnis zwischen Uhlendahl und der SED-Grundorganisation war seitens des Generaldirektors eher durch konsequente Nichtbeachtung geprägt, gleichwohl wusste dieser auch die Vorzüge der Parteigruppe zu nutzen, die, anders als er, einen direkten Draht zur Wissenschaftsabteilung im ZK der SED besaß. So band Uhlendahl die Parteileitung etwa in die Verhandlungen um die Deutsche Nationalbibliographie ein, die von übergeordneten Behörden immer wieder aufgrund der Verzeichnung »feindlicher« Literatur unter Beschuss geriet.¹⁰⁰

Eine deutliche Verstärkung erfuhr die Parteiorganisation noch unter der Zuständigkeit des sächsischen Volksbildungsministeriums. Dieses hatte im Dezember 1950 die Bildung einer Abteilung Personal und Schulung verfügt, die nicht mehr – wie bisher – der Verwaltungsleitung der Bibliothek, sondern der Personalabteilung des Volksbildungsministeriums direkt unterstehen sollte.¹⁰¹ Geleitet wurden sie zusammen mit der Verwaltungsabteilung von Helmut Röttsch, der zwei Monate zuvor auf Anordnung des Ministeriums für Volksbildung in Ost-Berlin an die Deutsche Bücherei versetzt worden war. Damit war Röttsch seit 1945 der erste Mitarbeiter, der nicht aufgrund der fachlichen Qualifikation oder einer langjährigen Tätigkeit in der Deutschen Bücherei, sondern einzig als politischer Funktionär und ohne Einfluss der Generaldirektion an die Bibliothek gekommen war. Der 1923 in Leipzig als Sohn eines Rangierarbeiters geborene Röttsch hatte 1938 die Volksschule nach der achten Klasse abgeschlossen und im selben Jahr eine Ausbildung zum Buchhändler bei Volckmar, der damals größten Buchhandelsfirma in Leipzig, begonnen. Bis 1941 hatte er außerdem die Buchhändler-Lehranstalt in seiner Heimatstadt besucht. In diesem Jahr war Röttsch auch mit 18 Jahren in die NSDAP eingetreten.¹⁰² Ob dies aus freien Stücken oder durch formale Überführung geschah, lässt sich nicht mehr rekonstruieren,¹⁰³ zumal Röttsch in seinen Lebensläufen die Mitgliedschaft nicht nur unter den Tisch kehrte, sondern sogar aktiv negierte.¹⁰⁴ Im Februar 1945 wurde Röttsch nach

99 Protokoll über die Mitglieder-Versammlung am 30.9.1952, 2.10.1952, SächsStAL, 21532, IV/7/169/02, unfol.

100 Rechenschaftsbericht der Leitung der Parteiorganisation der Deutschen Bücherei anlässlich der Neuwahl der Parteileitung in der Versammlung am 23. April 1952, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

101 Heinrich Uhlendahl, Verfügung, 23.12.1950, ADNBL, 154/1, Bl. 438.

102 Mitgliederkartei der NSDAP, BArch, 3200, 50044, unfol.

103 In einem Lebenslauf von 1954 gibt Röttsch mit Bezug auf seine Mitgliedschaft bei der DJ und HJ lediglich an, »die damaligen Tendenzen« nicht klar erkannt zu haben, was allerdings auch als Loyalitätsbeweis der SED gegenüber gewertet werden kann. Vgl. Handschriftlicher Lebenslauf, 18.2.1954, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil 1, Bd. 1, Bl. 47f.

104 Vgl. etwa Lebenslauf Helmut Röttsch, 5.12.1950, ADNBL, Personalakte Helmut Röttsch, Bl. 3.

seinem Dienst bei der Luftwaffe von den Amerikanern gefangen genommen. Nach seiner Entlassung im Juli 1946 arbeitete er für zwei Jahre als Kriminalsekretär bei der Kriminalpolizei am Leipziger Hauptbahnhof. Hier trat er auch der SED bei, die vielen jungen, NS-sozialisierten, aber desillusionierten aus dem Krieg zurückgekehrten Menschen Integrations- und Aufstiegschancen bot.¹⁰⁵ So sammelte Röttsch bald erste Erfahrungen in Parteifunktionen. Ende 1948 fiel er jedoch einer personellen »Bereinigung der Polizei« im Zuge der Stalinisierung der SED zum Opfer.¹⁰⁶ Seine Karriere erhielt dadurch aber keinen Knick. Die Kreisleitung der SED delegierte Röttsch 1949 zum Kurzstudium der Kulturpolitik an die Universität Leipzig, das er mit mäßigem Ergebnis abschloss.¹⁰⁷

Dennoch übernahm Röttsch 1950 mit gerade einmal 27 Jahren eine Schlüsselposition innerhalb der Deutschen Bücherei und vertrat darüber hinaus den Leiter des Sperrmagazins, Ernst Rübenkönig, bei Abwesenheit.¹⁰⁸ Auch in der Kommunikation mit dem Staatssekretariat trat Röttsch zunehmend als direkter Ansprechpartner der Bibliotheksleitung auf.¹⁰⁹ Die Deutsche Bücherei stellte für den jungen SED-Kader eine politische Bewährungsprobe dar und diese nutzte er, indem der Personalchef im Hintergrund als verlängerter Arm der SED-Grundorganisation agierte. Denn deren Einfluss innerhalb der Bibliothek war begrenzt. Selbst auf genuin sozialpolitischen Feldern, der Jugend- und Frauenförderung, konnte die Parteiorganisation nur eine Handvoll Mitarbeiter mobilisieren. Bei der Wahl zum Frauenausschuss im Jahre 1952 etwa hatten sich, anders als erhofft, von 125 angestellten Frauen nur acht mobilisieren lassen.¹¹⁰ Als Anne-

105 Ralph Jessen/Jens Gieseke, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 16–60, hier S. 46–54.

106 Lebenslauf Helmut Röttsch, 12.12.1951, ADNBL, Personalakte Helmut Röttsch, Bl. 26. Der eigentliche Grund dürfte in der biographischen Episode der amerikanischen Kriegsgefangenschaft zu suchen sein – ein Kadermerkmal, das vor allem während der Parteisäuberungen der späten 1940er Jahre als Sicherheitsrisiko galt. Vgl. hierzu auch Aktennotiz über Röttsch zur Anwerbung als Quellenwerber und Informant, 28.11.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil 1, Bd. 1, Bl. 65.

107 Personalbogen Helmut Röttsch, 5.12.1950, ADNBL, Personalakte Helmut Röttsch, Bl. 1f.

108 Staatssekretär Gerhard Harig an den Direktor der Deutschen Bücherei, 22.8.1951, ADNBL, Personalakte Ernst Heinrich Rübenkönig, Bl. 47.

109 Vgl. die Dienstreisebescheinigungen in ADNBL, 158/5/1.

110 Frauenausschüsse sollten auf einen Beschluss des Politbüros vom 8. Januar 1952 hin in allen Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, aber auch in wissenschaftlichen Institutionen geschaffen werden. Sie trugen dem Leitbild der egalitären Gesellschaft Rechnung, sollten die Interessen der Frauen im Betrieb stärken und insbesondere die Nicht-Parteimitglieder »in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben« einbeziehen. Vgl. Bildung von Frauenausschüssen, Beschluss des Politbüros vom 8. Januar 1952, in: ZK der SED (Hrsg.), Dokumente der Sozialisti-

Marie Plettner, Mitglied der Parteileitung, bei einer Frauenversammlung für eine Erweiterungswahl zu werben versuchte, sei die Versammlung in »höhnische[m] Gelächter« zusammengebrochen. Dabei waren die 90 versammelten Frauen durchaus willens, eine eigene Interessenvertretung zu wählen, die sich jedoch ausschließlich beruflichen Problemen, aber nicht der politischen Mobilisierung widmete.¹¹¹ Den Schuldigen sah Plettner jedoch in Uhlendahl und dessen Loyalitätsnetzwerk:

»Dr. Uhlendahl und diese bestimmten Kreise, wobei sich besonders die Bibliothekarinnen hervortun, verstehen sich ausgezeichnet, dieselben werden durch derartige Worte und derartiges Gehabe des Leiters der Deutschen Bücherei in ihrer ablehnenden Haltung zum Fortschritt bestärkt und unsere geduldige beharrliche Aufklärungsarbeit somit keine Bereitwilligkeit antreffen.«¹¹²

Die Parteileitung schoss sich nun auf Uhlendahl ein, der auch zur größten Bewährungsprobe Rötzschs wurde. Ein Anlass war schnell gefunden. Während einer Belegschaftsversammlung Ende Juli 1952 hatte Uhlendahl über seine Reise nach Westdeutschland berichtet, die ihn auch ins Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen geführt hatte. Dabei ging es um die Belieferung der Deutschen Bücherei mit amtlichen Druckschriften. Die Parteileitung zeigte sich anschließend entsetzt darüber, »dass man wegen einigen unbedeutenden amtlichen Schriften einen Verräter der deutschen Arbeiterklasse besucht« und Uhlendahl dort nicht als Vertreter der DDR aufgetreten sei. Diese Episode war aus Sicht der Parteileitung nur eine von vielen Symptomen, die für den Misserfolg der politischen Arbeit verantwortlich seien:

»Dieses reaktionäre Verhalten, das mehr oder weniger gut verborgene des Dr. Uhlendahl und seines Anhangs, hat einen dementsprechenden Niederschlag auf die Jugendlichen und die FDJ-Gruppe unseres Institutes. In den Tagen der Bereitschaft der FDJ, gelang es nicht, einen einzigen Jugendlichen für den Dienst in der Volkspolizei zu überzeugen, zumal die beiden verantwortlichen FDJ-Funktionäre (beide Mitglieder der LDP) selbst ablehnten. Auch hat sich bis heute noch niemand für den Dienst für Deutschland gemeldet.«¹¹³

schen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 690f.

111 Frauenausschuss der Deutschen Bücherei, o.D., ADNBL, Personalakte Heinrich Uhlendahl, Bl. 22.

112 Annemarie Plettner, Die vordringlichste Aufgabe unserer SED-Parteiorganisation Deutsche Bücherei ist: Höchste Wachsamkeit!, o.D., ebd., Bl. 21.

113 Bericht über die Berichterstattung des Generaldirektors Dr. Uhlendahl über seine Reise nach Westdeutschland, o.D., ebd., Bl. 20.

Im Frust über den eigenen Misserfolg geriet Heinrich Uhlendahl so auch ins Visier Helmut Rötzschs, der nun zusammen mit der Parteileitung kontinuierlich an dessen Entmachtung arbeitete. Für das Jahr 1952 dokumentierte Rötzsch peinlich genau 20 »Vergehen« Uhlendahls. Die Liste zeigt nicht nur, dass der Generaldirektor die Autorität der Personalabteilung zum Ärger Rötzschs immer wieder unterwanderte, sie gibt überdies einen tiefen Einblick in dessen Führungsstil. Personalumsetzungen etwa nahm Uhlendahl ohne Rücksprache mit Rötzsch durch Direktoralverfügungen vor. Wichtige Angelegenheiten (Personalien, Arbeitspläne usw.) erledigte er bisweilen auch mit wenigen vertrauten Mitarbeitern in seiner Privatwohnung. Allerdings war Uhlendahl auch grundsätzlich kaum bereit, Arbeiten an andere zu delegieren. Selbst den genauen Sitzplan für die Bibliographische Abteilung, »wo er angeordnet hat, wie sich die einzelnen Mitarbeiter einzusetzen haben und wie sie ihre Tische stellen müssen«, wollte der Generaldirektor in Eigenregie regeln.¹¹⁴ Zudem landeten Schriftwechsel mit westdeutschen Journalisten und sogar intime Schreiben an Uhlendahl in den Handakten Rötzschs. Das gesammelte kompromittierende Material übergab dieser schließlich Ende des Jahres 1952 an die Bezirksdienststelle der Staatssicherheit.¹¹⁵ Dort wollte man sich indes selbst ein Bild verschaffen. So wurde wenige Tage nach Neujahr ein »Vorgang Uhlendahl« angelegt, zunächst mit dem Ziel, den Leiter der Bibliographischen Abteilung, Curt Fleischhack, als Inoffiziellen Mitarbeiter »zur operativen Bearbeitung Uhlendahls« anzuwerben.¹¹⁶ Für die Wahl Fleischhacks sprachen weniger politische Gründe. Vielmehr galt dieser als »der engste Vertraute des Generaldirektors«: »Da der Kandidat F. sehr vertrauliche Beziehungen zu U. hat, wird er in der Lage sein, uns den Schleier um U. zu lüften.«¹¹⁷ Allerdings schief der Vorgang schnell wieder ein. Das lag weniger am Kandidaten selbst als an den zuständigen Mitarbeitern der Staatssicherheit, die sich, weil sie Fleischhack politisch nicht einzuschätzen vermochten, dafür entschieden, sich langsam an diesen heranzutasten. Über Uhlendahl wollte man mit Fleischhack zunächst nicht sprechen, vielmehr sollte dieser erst einmal vermeintlichen »Hetzschriften« nachspüren, die angeblich in Büchern der Deutschen Bücherei gefunden worden waren.¹¹⁸ Schließlich unterschrieb Fleischhack erst im Mai 1954 die Verpflichtungserklärung unter dem Vorwand, den Kirchen-

114 Liste Betr. Uhlendahl, o.D., ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955 (Allgemeines), unfol.

115 Helmut Rötzsch an die Staatssicherheit Leipzig, 20.12.1952, ebd., unfol.

116 Bezirksdienststelle Leipzig, Abt. VI, Arbeitsplan für die Zeit vom 2.1. bis 31.1.1953, 6.1.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung, 00195/03, Bl. 5.

117 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. VI, Ref. IV, Aufklärungsbericht, 13.12.1952, BStU, BV Leipzig, AP 3111/62, Bl. 54.

118 Ebd.

tag in Leipzig gegen »Feindtätigkeit aus dem Westen« absichern zu helfen.¹¹⁹ In der Zwischenzeit war Uhlendahl zunehmend von Krankheit gezeichnet und erschien immer seltener in der Deutschen Bücherei. Im November 1952 hatte er sich einen Herzmuskelschaden zugezogen, im März/April 1953 kam während eines Klinikaufenthaltes eine Nervenentzündung hinzu.¹²⁰ Im Jahre 1953 habe er allein 17 Wochen in Sanatorien und Kliniken, überwiegend ans Bett gefesselt, zugebracht.¹²¹

Dessen ungeachtet unternahm die Parteileitung weiterhin eigene Schritte, Uhlendahl unter Kontrolle zu halten. So hatten die Genossen, zu denen auch Röttsch zählte, die Abteilung Propaganda im ZK der SED, die die Grundorganisation der Deutschen Bücherei direkt anleitete, im August 1952 über das Verhalten Uhlendahls informiert. Zugleich wandte sich die Parteileitung der Deutschen Bücherei immer wieder an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKK), ein einflussreiches Exekutivorgan der SED, um dort die lang ersehnte Haushaltstelle für einen Stellvertreter des Generaldirektors zu erwirken:

»Die Situation an der Deutschen Bücherei ist so, dass wir auf Grund der Beschlüsse der II. Parteikonferenz unbedingt auf dieser Stelle des Stellvertreters bestehen müssen. Da die gesamte Betriebsleitung der Deutschen Bücherei aus bürgerlichen Wissenschaftlern besteht, deren Verbleib in der Deutschen Bücherei aus Gründen der gesamtdeutschen Bedeutung der Deutschen Bücherei unbedingt notwendig ist, sehen wir in der Schaffung der Stelle eines Stellvertreters die einzige Möglichkeit die führende Rolle unserer Partei in der Bücherei mehr als bisher zu gewährleisten. Vorkommnisse, die sich in letzter Zeit in der Deutschen Bücherei abgespielt haben, bestärken uns, noch nachdrücklicher diese Forderung zu erheben.«¹²²

Rückendeckung genoss die Parteileitung vom Leiter der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED, Kurt Hager, der dem Staatssekretariat für Hochschulwesen schon 1951 nahegelegt hatte, »Kurs auf eine Verstärkung der Spitze der Deutschen Bücherei durch einen wissenschaftlich geschulten Genossen zu nehmen, der in der Lage ist, zu Uhlendahl ein Gegengewicht zu bilden.«¹²³ Dem Stellver-

119 BV Leipzig, Abt. V/3 B, Anwerbsbericht Curt Fleischhack, 6.5.1954, ebd., Bl. 55.

120 Heinrich Uhlendahl an Fräulein Malcles, 21.12.1953, ADNBL, 154/5 (1953-1954), Bl. 322.

121 Heinrich Uhlendahl an Carolyn Walker-Collins, 31.12.1953, ebd., Bl. 62.

122 SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei, Rübenkönig, Plettner, Wünsche, Röttsch an Geiss, Leiter der Stellenplankommission bei der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle – Zentrale Inspektion, 9.8.1952, BArch, DR 3, 1. Schicht, 4405, unfol.

123 ZK der SED, Abt. Propaganda, Kurt Hager, an Walter Ulbricht, Hausmitteilung, 6.4.1951, SAPMO-BArch, NY 41/82/931, Bl. 207.

treter sollten weitreichende, als strategisch und ideologisch bedeutsam erachtete Aufgabengebiete übertragen werden. Dazu zählten die gesamte Bibliotheksverwaltung, die Leitung der Publikationskommission für die Herausgabe der Bibliographien, die Gesamtleitung des Ausstellungswesens, die Auswertung bibliographischer Methoden der Sowjetunion und die Übertragung des Klassifikationssystems der Moskauer Lenin-Bibliothek.¹²⁴

Dem zuständigen Abteilungsleiter im Staatssekretariat für Hochschulwesen, Johannes Müller, blieb unter diesen Umständen kaum etwas anders übrig, als entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Allerdings war Müller weniger auf Konfrontation, denn auf einen Kompromiss bedacht – einerseits, weil er die harsche Kritik an Uhlendahl nicht unumschränkt teilte, andererseits weil das Staatssekretariat dem Generaldirektor in dessen Einzelvertrag vom März 1952 ausdrücklich zugesichert hatte, ihn bei der Besetzung wichtiger leitender Positionen in der Deutschen Bücherei zumindest einzubinden.¹²⁵ Hatte die Propagandaabteilung des ZK der SED von Müller verlangt, Uhlendahl zu verwarren, weil er sich vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen als »Agent« habe missbrauchen lassen, so ließ es Müller am Ende bei einem Vieraugengespräch bewenden, bei dem er den Generaldirektor auf die »Unmöglichkeit seines Verhaltens« hingewiesen habe. Gleichwohl nahm Müller einige Veränderungen vor, »um der Betriebsparteiorganisation größeren Einfluss administrativer Art in der Deutschen Bücherei zu geben«. So verfügte er, den gesamten Schriftverkehr mit westlichen Verlegern künftig über Röttsch laufen zu lassen, zudem ließ er bestimmte Schlüsselpositionen in der Bibliothek umbesetzen. Unter anderem sollte Röttsch zum Stellvertreter Uhlendahls ernannt werden, nachdem die zusätzliche Stelle in den Haushalt eingeplant worden war. Dies stieß bei Uhlendahl jedoch auf »erbitterten Widerstand«, sodass Müller diese Entscheidung zunächst rückgängig machte und zusammen mit der Propagandaabteilung des ZK der SED nach weiteren Kandidaten Ausschau hielt. Dabei wurde zunächst Ernst Adler in Betracht gezogen, der 1933 als Mitglied der KPD seiner Position an der Deutschen Bücherei enthoben worden war und nach 1945 in der SBZ/DDR wichtige Positionen im Bibliothekswesen der DDR bekleidete.¹²⁶ Die Wahl fiel letztlich

124 Abteilungsleiter Dr. Freitag an Stellenplankommission bei der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, Zentrale Inspektion, Herrn Hartmann, Stellenplan der Deutschen Bücherei, 21.7.1952, ebd., unfol.

125 Einzelvertrag, 7.3.1952, ADNBL, Personalakte Heinrich Uhlendahl, Bl. 10-14. Der Vertrag sicherte Uhlendahl weitreichende Privilegien, etwa die Beschaffung von Interzonenpässen für Westreisen, die Bereitstellung von Wohn- und Arbeitsräumen sowie eine vergleichsweise hohe Altersrente, die er auch bei krankheitsbedingter Abwesenheit neben seinem regulären Gehalt zusätzlich beziehen sollte.

126 Johannes Müller an das ZK der SED, Abt. Propaganda, 17.1.1953, ebd., Bl. 26-28. Zur Biographie Ernst Adlers vgl. Gotthard Rückl, Zum Gedenken an Ernst Adler, in: Der Bibliothekar 36 (1982), Heft 2, S. 77f.

aber auf Kurt Brückmann, wobei Uhlendahl auch bei dieser Entscheidung zunächst außen vor blieb. Nachdem der Generaldirektor selbst aus dem Sanatorium in Bad Liebenstein heraus erneut energisch Einspruch gegen diese Vorgehensweise erhoben hatte, da diese geeignet sei, »die Autorität des Leiters der Deutschen Bücherei und damit die Disziplin zu beeinträchtigen«,¹²⁷ kam es noch einmal zu einem informellen klärenden Gespräch zwischen den Konfliktparteien. An der Entscheidung änderte dies aber nichts mehr. Brückmann war als Stellvertreter des Generaldirektors gesetzt, Röttsch erhielt dagegen mit den Lesesälen ein anderes Aufgabengebiet übertragen.¹²⁸

Mit Kurt Brückmann (1917-1997) wurde ein nach 1945 ausgebildeter Volksbibliothekar auf eine weitere Schlüsselposition in der Deutschen Bücherei gesetzt. Der ein Jahr vor Ende des Ersten Weltkrieges in Berlin als Sohn eines Feuerwehrmanns geborene Brückmann hatte nach Abschluss der 9. Klasse (I. Aufbauklasse) von 1932 bis 1938 als Laufbursche, Arbeiter und kaufmännischer Angestellter bei Siemens & Halske gearbeitet. Von 1932 bis 1933 engagierte er sich zudem als politischer Sekretär im KJVD. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, den Brückmann an der Front miterlebt hatte, trat er umgehend der KPD, 1946 der SED bei. Von 1945 bis 1950 leitete er die Büchereiabteilungen der Bezirksämter Berlin-Charlottenburg und Lichtenfelde, von 1947 bis 1949 eignete er sich in der Ost-Berliner Büchereischule parallel entsprechendes Fachwissen an. Anschließend bekleidete er leitende Funktionen im Ost-Berliner Magistrat und im Ministerium für Volksbildung, bis er 1953 die Leitung der Bibliothek der Hochschule für Planökonomie übernahm. Brückmann hatte sich bis zu seiner Berufung an die Deutsche Bücherei zudem als Autor in der zentralen Fachzeitschrift für Volksbüchereiwesen der SBZ/DDR, *Der Bibliothekar* (bis 1949 *Der Volksbibliothekar*), hervorgetan.¹²⁹ An Brückmann schieden sich innerhalb der Deutschen Bücherei die Geister. Er galt als ausgesprochen durchsetzungsfähig. Vor allem die Parteileitung der SED-Grundorganisation verfügte nun über eine zentrale Führungsfigur. Besonders enthusiastisch begrüßten die Genossen der Parteileitung, dass Brückmann mit der Erkrankung Uhlendahls zunehmend die Leitung der Bibliothek übernommen habe.¹³⁰ Schon bei dessen Ernennung hatte ihm Uhlendahl notgedrungen auch die Gesamtverantwortung für die Personalverwaltung übertragen müssen.¹³¹

127 Heinrich Uhlendahl an die Abteilung Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 4.4.1953, ebd., unfol.

128 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Personalabteilung, an den Generaldirektor der Deutschen Bücherei Uhlendahl, 22.5.1953, ADNBL, 347/1, Bl. 55.

129 Personalbogen Kurt Brückmann, 8.6.1953, ADNBL, Personalakte Kurt Brückmann, Bl. 1-4.

130 Die politische Lage, Erfahrungen und Aufgaben der Parteiorganisation bei der Durchführung des neuen Kurses, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

131 Heinrich Uhlendahl, Bekanntmachung, 9.6.1953, ADNBL, 154/0, Bl. 223.

Brückmann dehnte sein Einflussgebiet innerhalb der Deutschen Bücherei sukzessive aus, die häufige Abwesenheit des Generaldirektors spielte ihm dabei in die Hände. Für die Verhandlungen um den Stellenplan der Deutschen Bücherei 1953 holte er sich sogar Rückendeckung durch den sowjetischen Botschafter Wladimir Semjonow.¹³² Im Parteilehrjahr unterrichtete er »Geschichte der KPdSU«¹³³ und 1955 initiierte er die Gründung einer Betriebsschule in der Deutschen Bücherei, die auch die zahlreichen Nicht-SED-Mitglieder zu politisch bewussten Bibliothekaren heranbilden sollte. Gerade in dieser Institution erkannten die leitenden Genossen der SED-Grundorganisation einen »wichtigen Hebel zur ideologischen Beeinflussung der Kollegen«.¹³⁴ Im selben Jahr übernahm Brückmann immer häufiger auch die Vertretung der Deutschen Bücherei auf der Frankfurter Buchmesse.¹³⁵ Die zentrale Rolle, die Brückmann in der Bibliotheks- und Parteileitung einnahm, ließen ihn gleichwohl immer wieder an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen. Zu seinen fachlichen Aufgaben kamen mit der Zeit immer mehr politische Ämter, so etwa im Mai 1955 die Mitgliedschaft im Zentralvorstand, im Sekretariat und als Parteigruppensekretär des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft.¹³⁶ Wenig beliebt war Brückmann indes unter den parteilosen wissenschaftlichen Bibliothekaren, die Brückmann im informellen Gespräch häufig als Beispiel für Parteimitglieder anführten, die gar nicht die fachliche Qualifikation besäßen, um ihre Aufgaben adäquat ausführen zu können.¹³⁷

Obgleich Heinrich Uhlendahl kaum noch in der Deutschen Bücherei präsent war, dauerte es nicht lange, bis er mit Brückmann aneinandergeriet. So beklagte sich der Parteisekretär und Leiter der Gesellschaftswissenschaftlichen

132 Niederschrift des Verwaltungsleiters Wallner über Verhandlungen mit Kollegen des Staatssekretariats für HS-Wesen und der Stellenplankommission, Besuch am 15.9.53 in Berlin, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 429. Die Verhandlungen mit Semjonow waren eine deutliche Spitze gegen das Staatssekretariat. Semjonow hatte bereits im Jahr 1953 die Deutsche Bücherei besucht und dabei seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, warum »bisher noch kein führender Staatsfunktionär aus dem Bereiche Wissenschaft und Kultur die D.B. besucht habe, die er als Sowjetmensch so schätze«. Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. VI, Persönliche Rücksprache mit Schurig, Hans von der Deutschen Bücherei, 7.8.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil I, Bl. 25.

133 Die politische Lage, Erfahrungen und Aufgaben der Parteiorganisation bei der Durchführung des neuen Kurses, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

134 Rechenschaftsbericht, o.D., ebd., unfol.

135 Vgl. ADNBL, Personalakte Kurt Brückmann.

136 Rechenschaftsbericht, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

137 Staatssekretariat für Staatssicherheit, BV Leipzig, Abt. XV, Lagebericht (Bezirk Leipzig), 14.9.1955 (Streng geheim), BStU, MfS, BV Leipzig, Leiter 00932, Bd. 9, Bl. 16.

Beratungsstelle, Werner Rittner, in einem Schreiben an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 20. Februar 1954, dass sich die Rückkehr Uhlendahls vom Krankenbett zurück an die Deutsche Bücherei hemmend auf »die besondere Initiative seines Stellvertreters« ausgewirkt habe. Wie in den Jahren zuvor habe Uhlendahl mit seinem »Betriebsführertum« sämtliche Verwaltungsangelegenheiten in Eigenregie erledigt, Akten mitunter in seine Privatwohnung genommen und selbst die Abteilungsleiter und erst recht das Kollegium nicht mehr beratend hinzugezogen. Zum Parteisekretär, dem Vorsitzenden der BGL, seinem Stellvertreter und dem Verwaltungsleiter habe er wörtlich gesagt: »Aber meine Herren, das machen wir seit 1938 so, und daß sich in dieser Beziehung etwas in der DDR geändert habe, ist ihre [sic!] persönliche Ansicht.« Darüber hinaus nutze Uhlendahl seine guten Kontakte zu Wissenschaftlern und Staatsfunktionären, die er »für seine Ziele« einspanne. Dass man an Uhlendahl vor allem aus Rücksicht auf westdeutsche Verleger festhielt, sei indes durch persönliche Erfahrungen widerlegt. Er spiele »in den westdeutschen Verlegerkreisen nicht die Rolle [...], von der man bisher gesprochen hat«. Lediglich vielen wissenschaftlichen Bibliothekaren gelte Uhlendahl als »Stützpunkt in der DDR«. Rittner meinte sogar, hier eine »von jeher bestehende starke Verbindung zwischen wiss. Bibliothekswesen und katholischer Kirche« zu erkennen, wohinter er den Einfluss Adenauers vermutete. Für Rittner stand überdies fest, dass auch der umstrittene Besuch des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1952 in diesem Zusammenhang stand. Der Kampf gegen die Deutsche Bibliothek in Frankfurt sei Uhlendahl kein politisches Anliegen, sondern diene dem Generaldirektor einzig dazu, seine Position auch im Falle einer Wiedervereinigung »unter der amerikanischen Oberherrschaft« zu festigen. All dies ließ aus Rittners Sicht keine andere Lösung zu, als Uhlendahl zu entlassen, zumal sich durch die Erkrankung des Generaldirektors ein passender Vorwand ergeben hatte. Auch hinsichtlich des Nachfolgers bestanden schon recht genaue Vorstellungen:

»Die Lösung der Nachfolgerschaft stellen wir uns so vor, daß an seine Stelle ein Wissenschaftler gesetzt wird, der gleichzeitig Professor der Universität sein kann, der Verbindungen zur Literatur besitzt und durch seine Persönlichkeit dafür garantiert, daß die DB im nationalen und internationalen Leben eine größere Rolle einnimmt als bisher. Die Aufgabe des künftigen Generaldirektors wäre, die wissenschaftliche Arbeit voranzutreiben, die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus der DB anzustreben und schöpferische Anregungen für neue Arbeiten zu geben, während dem stellvertretenden Generaldirektor vorwiegend die gesamte innere Organisation, die gesamte Arbeit der Bibliotheksverwaltung, der Kaderpolitik usw. obliegen würden.«¹³⁸

138 Werner Rittner an die Kaderabteilung des Staatssekretariat für Hochschulwesen, 20.2.1954, ADNBL, Personalakte Heinrich Uhlendahl, unfol.

Einen weiteren Beleg für die Untragbarkeit Uhlendahls hatte die Kaderabteilung der Deutschen Bücherei bereits im Januar 1954 zutage gefördert. Dort war man auf das »Deutsche Führerlexikon« von 1934/35 aufmerksam geworden, für das namhafte Persönlichkeiten in Führungspositionen einst gebeten worden waren, kurze Lebensläufe einzureichen. Auch Uhlendahl fand sich unter den »Führern«. In seinem biographischen Eintrag, der auf Informationen aus erster Hand basierte, spiegeln sich dessen geringe Berührungängste mit den Nationalsozialisten wider. So fand sich in keinem anderen veröffentlichten Lebenslauf der Hinweis, dass sich Uhlendahl 1919 an der Bekämpfung des Spartakusbundes beteiligt hatte, was unter den ideologischen Bedingungen der DDR nun freilich einen handfesten Entlassungsgrund darstellte.¹³⁹ Der interne Konflikt mit Uhlendahl gipfelte schließlich in einer Auseinandersetzung zwischen der SED-Grundorganisation, BGL und dem Kollegium der Deutschen Bücherei im April 1954, die in Abwesenheit des Generaldirektors stattfand. Den Anlass bot ein privater Eilbrief Uhlendahls an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, mit dem der Generaldirektor versucht hatte, einen propagandistischen Artikel Kurt Brückmanns unter dem Titel »Der Plan der großen Initiative der Deutschen Bücherei« zu verhindern.¹⁴⁰ Darin wurde die Deutsche Bücherei erstmals öffentlich in direkte Verbindung zur Deutschlandpolitik der SED gesetzt, was von der Pressepolitik Uhlendahls, der in öffentlichen Äußerungen stets nur den Konflikt mit Frankfurt betont hatte, fundamental abwich. Die Botschaft der internen Auseinandersetzung Mitte April 1954 war deutlich: »Die Zeit des privaten Betriebsführertums ist restlos vorbei.« Mit ihrer harten Kritik an Uhlendahl standen Rittner und Brückmann, die die Sitzung des Kollegiums einberufen hatten, allerdings allein da. Curt Fleischhack, der zum engen Kreis der Vertrauten Uhlendahls zählte, machte deutlich, dass es sich hierbei lediglich um ein Missverständnis zwischen dem »Chef« und Brückmann handele:

»Es ist ja leider das gegenseitige Vertrauen derjenigen, die nun jetzt alle hier mit der Leitung der DB betraut sind – was auf einer Seite der Generaldirektor und auf der anderen Seite Brückmann ist, nicht vorhanden, wie das im Interesse des Instituts zu wünschen wäre. Der Chef hat den Aufsatz nicht gesehen, hat einen Brief geschrieben, den Brückmann nicht gesehen hat. Die DB ist Uhlendahl, U. ist verheiratet mit der DB. Alles was er glaubt, was der

139 Deutsche Bücherei, Kaderleiterin Krauß, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Kaderabteilung, 4.1.1954, ebd., unfol.

140 Der Artikel erschien wenige Tage zuvor in der Leipziger Volkszeitung und löste auch unter Bibliothekaren der Bundesrepublik Irritationen aus. Kurt Brückmann, Der Plan der großen Initiative der Deutschen Bücherei, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 85 vom 10.4.1954, S. 3.

DB nachteilig sein könnte, versucht er zu verhindern. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch seine Büchereipolitik gegangen.«¹⁴¹

Neben allem Rückhalt ließ freilich auch Fleischhack erkennen, dass der Konflikt zwischen Uhlendahl und der Parteileitung ein ausgesprochenes Problem für das Betriebsklima insgesamt war. Anders als Uhlendahl sprach er sich dafür aus, die Partei als neue Kraft zu akzeptieren und eine kollegiale Zusammenarbeit im Interesse der Bibliothek anzustreben. »Die radikale Lösung« aber, so der BGL-Vorsitzende und Pfarrerssohn Gottfried Wilhelm, »wird von allen Anwesenden nicht gewünscht oder ins Auge gefasst«. So fragte Wilhelm zugleich, »ob wir aber nicht auch Anlass gegeben haben, dass das Misstrauen zu Recht besteht?«¹⁴² Rittner und Brückmann hatten ihr Ziel, die Machtbasis Uhlendahls im Innern der Bibliothek zu brechen, nicht erreicht. Unter dem Druck der Kollegen, die eher auf Ausgleich zwischen den Parteien drängten, schwenkte Brückmann schließlich ein und schlug vor, mit Uhlendahl die Abgrenzung der Arbeitsgebiete noch einmal zu besprechen. Zu diesem Gespräch aber kam es nicht mehr. Uhlendahl sorgte kurze Zeit später mehr oder weniger freiwillig selbst dafür, dass sich die Debatten um seine Person in Luft auflösten. Im Mai 1954 beantragte er krankheitsbedingt einen halbjährigen Erholungsurlaub,¹⁴³ von dem er nicht mehr zurückkehrte. Uhlendahl starb zwischen Weihnachten und Neujahr, am 28. Dezember 1954.

Mit Uhlendahls Tod hatte sich für die Parteileitung die Möglichkeit ergeben, die entstandene Lücke an der Spitze der Bibliothek mit einem Kandidaten zu füllen, der den bereits Anfang 1954 geäußerten Kriterien entsprach. Es sollte kein Bibliothekar, sondern ein Wissenschaftler mit guten Beziehungen zur Literatur sein. Dieser sollte sich auf repräsentative Aufgaben beschränken, während die fachlichen Aufgaben damit ganz in die Hände Brückmanns gefallen wären. Dem war unter anderem auch die Einschätzung vorausgegangen, dass die westdeutschen Verleger nicht zwangsläufig nach einem alten Vertrauten vom Schlage Uhlendahls verlangten. Wie wenig dieses Urteil aber der Realität entsprach, wurde bereits im Januar 1955 deutlich. In einem Schreiben vom 28. Januar an Curt Fleischhack gab Günther Ruprecht (Verlag Vandenhoeck & Ruprecht) deutlich zu verstehen:

141 Protokoll über die am 14.4.1954 durchgeführte Aussprache zwischen Betriebsparteiorganisation der SED, Betriebsgewerkschaftsleitung und Kollegium der Deutschen Bücherei, 14.4.1954, ADNBL, 153/6/1, unfol.

142 Ebd., unfol.

143 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Kaderabteilung, Wiebach, an den Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Leipzig, Prof. Bürger, 20.5.1954, ADNBL, Personalakte Heinrich Uhlendahl, unfol.

»Und es ist eine entscheidende Frage, ob es möglich werden wird, diese Lücke in angemessener Weise zu schließen, denn für eine weitere Zusammenarbeit des Westens mit der Deutschen Bücherei hängt alles davon ab, daß der Posten des Generaldirektors mit einer wirklich überragenden, im gesamtdeutschen Bibliothekswesen anerkannten Persönlichkeit besetzt wird.«¹⁴⁴

Dass die Wahl neun Monate später auf Curt Fleischhack fiel, zeigt, dass das Staatssekretariat für Hochschulwesen der Perspektive der westdeutschen Verleger mehr Gewicht zumaß als der Parteileitung der Deutschen Bücherei. Die lange Dauer bis zur endgültigen Entscheidung, die gänzlich ohne Zutun der SED-Grundorganisation fiel, ist wohl der Brisanz der Angelegenheit zuzuschreiben. Zudem waren, wie die wenigen verfügbaren Quellen verdeutlichen, mehrere Stellen in den Prozess involviert – neben dem Staatssekretariat auch die Wissenschaftsabteilung sowie die Kulturabteilung des ZK der SED.¹⁴⁵ Der Wahrnehmung der westdeutschen Verleger und Bibliothekare wurde auch in diesem Kreis Priorität eingeräumt. In der Begründung, die Staatssekretär Harig an Johannes Hörnig schickte, hob Erstgenannter vor allem den »anerkannten Ruf« hervor, den Fleischhack »als Bibliograph und Mitarbeiter der Deutschen Bücherei in Gesamtdeutschland und darüber hinaus« genieße: »Sein Einsatz als Hauptdirektor der Deutschen Bücherei würde auch gegenüber Westdeutschland eine positive politische Wirkung haben.«¹⁴⁶ Dem stimmten auch die beiden beteiligten ZK-Abteilungen zu. Dort bestand überdies kein Zweifel, dass Fleischhack trotz seiner CDU-Mitgliedschaft und katholischen Konfession »eine positive Haltung zu unserem Staat gezeigt« habe. Er sei ein »kritisches Element, das keine unklaren Fragen duldet und jegliche Bürokratie bekämpft«. Seine Ernennung sei »als eine politische Verbesserung der Leitung der DB gegenüber Dr. Uhrendahl zu betrachten und nimmt zugleich der Frankfurter Spalter-Bibliothek die Spitze gegen unsere Personalpolitik«.¹⁴⁷ Der Berufungsvorgang zeigt, wie sehr sich die Verflechtung der DDR mit der Bundesrepublik auf die Entscheidungsfindung auf höchster Ebene auswirkte. Am 21. Oktober 1955 konnte Fleischhack Günther Ruprecht schließlich darüber in Kenntnis setzen, dass er

144 Günther Ruprecht an Curt Fleischhack, 28.1.1955, ADNBL, 866/0, unfol.

145 Im Jahr 1955 ging die Leitung der Abteilung Wissenschaft im ZK der SED von Kurt Hager auf Johannes Hörnig über. Es ist zu vermuten, dass sich Hörnig in dieser Phase des Übergangs bei wichtigen Entscheidungen noch mit seinem Vorgänger abstimmen wollte.

146 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Staatssekretär Harig/Stellvertreter des Karlsruher Zeuske, an das ZK der SED, Abt. Wissenschaft und Propaganda, Einsetzung des Herrn Kurt [sic!] Fleischhack als Hauptdirektor der Deutschen Bücherei Leipzig, 14.9.1955, SächsStAL, 21699, 741, unfol.

147 Bestätigung: Ernennung von Wilhelm Curt Fleischhack zum Hauptdirektor der Deutschen Bücherei in Leipzig, 27.9.1955, ebd., unfol.

sich trotz seiner 63 Jahre »aus Pflichtgefühl gegenüber unserer Deutschen Bücherei« dazu entschlossen habe, die Nachfolge Uhlendahls anzutreten.¹⁴⁸ Mit Fleischhacks Amtsantritt änderte sich auch die formale Bezeichnung für den Bibliotheksleiter. Dieser hieß nun Hauptdirektor, was implizierte, dass sich der Bibliotheksleiter nicht mehr als »Betriebsführer«, sondern als Leiter eines (sozialistischen) Kollektivs verstehen sollte.

Fleischhack zählte zu den ältesten Mitarbeitern der Deutschen Bücherei. Fleischhack, welcher in Leipzig als Sohn eines Straßenbahnfahrers und einer Landarbeiterin geboren wurde, hatte keine klassische Bibliothekarslaufbahn eingeschlagen, sondern sich in der Deutschen Bücherei hochgearbeitet. Nach dem Abschluss der achten Klasse in der Leipziger Bürgerschule hatte er eine Lehre zum Buchhändler absolviert und in verschiedenen Leipziger Buchhandlungen gearbeitet, bis er 1915 als Bücherei-Assistent an die Deutsche Bücherei gelangte, womöglich unter Einfluss des Börsenvereinsvorstandes, der die Einstellung von Bibliothekaren aus Kostengründen abgelehnt hatte. Noch im Herbst 1915 wurde Fleischhack zum Kriegsdienst eingezogen und kehrte erst 1918 an die Deutsche Bücherei zurück. Sodann holte er die bibliothekarische Ausbildung an der Bibliothekarschule Leipzig nach und erwarb dort 1921 das Diplom für den gehobenen Dienst. 1929 stieg er zum Bibliotheksoberspektor auf. 1923 war er überdies für kurze Zeit der SPD beigetreten, blieb bis auf diese kurze Episode aber parteilos.¹⁴⁹ In den 1930er Jahren versuchte Fleischhack immer wieder, eine Verstetigung seiner Stelle bzw. eine Beförderung zu erwirken. Verhindert wurde dies aber durch seine Mitgliedschaft in der Mazdaznan-Bewegung, die den Nationalsozialisten als »Judensekte« galt und 1935 verboten wurde, obgleich diese durchaus ideologische Analogien zu den Nazis aufwies.¹⁵⁰ Seine äußerliche Anpassungsbereitschaft an den Nationalsozialismus gab Fleischhack durch Beitritt zu mehreren NS-Organisationen in den Jahren 1934/35 Ausdruck (NS-Kulturgemeinde, NSV, RDB, RLB, SA). 1939 scheiterte jedoch der Versuch, in die NSDAP einzutreten. Auch dies war offenbar vor dem Hintergrund geschehen, eine Verstetigung seiner Stelle bzw. eine Beförderung zu erwirken. Gegen Fleischhack bestanden seitens der NS-Behörden aber schwerwiegende Beden-

148 Curt Fleischhack an Günther Ruprecht, 21.10.1955, ADNBL, 866/0, unfol.

149 Personalbogen Curt Fleischhack, 2.7.1950, ADNBL, Personalakte Wilhelm Curt Fleischhack, Bl 21 f.

150 Gemeingefährliche Judensekte in Leipzig verboten. Der Jude im Gewande des Mazdaznanpriesters, in: Leipziger Tageszeitung, Nr. 214 vom 3.8.1935, S. 5; Werner Rust, Beschluss vom 2.4.1937, ADNBL, Personalakte Wilhelm Curt Fleischhack, Bl. 4R. Dabei handelte es sich um eine Bewegung, deren Lehre sich aus Elementen verschiedener religiöser Richtungen speiste. Zur Lebensphilosophie der im 19. Jahrhundert vom aus Teheran stammenden Otoman Zar-Adusht Ha'nish gegründeten Sekte gehört unter anderem auch Vegetarismus, Meditation und die Beschwörung der weißen arischen Rasse als »Herschervolk«.

ken. Einem Schreiben des Fachamtsleiters Eggert vom 11. Dezember 1936 zufolge habe sich Fleischhack nach der »Machtergreifung« immer wieder gerühmt, der erste Sozialdemokrat in der Deutschen Bücherei zu sein. Er habe es überdies bedauert, sich für die Demonstration am 1. Mai 1933 hergeben zu müssen. Dem Berufsbeamtengesetz vom 7. April 1933 sei er lediglich deshalb nicht zum Opfer gefallen, weil er schon 20 Jahre in der Deutschen Bücherei gearbeitet hatte, die Bibliothek eine private Einrichtung war und er Vater von zwei Kindern sei.¹⁵¹ Dies alles spielte aber bald keine Rolle mehr, mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bücherei erhielt auch Fleischhack die Position des Bibliotheksinspektors auf Lebenszeit.¹⁵²

Im Entnazifizierungsverfahren konnte Fleischhack aus seiner formalen Mazdanzan-Mitgliedschaft doch noch einen späten Nutzen ziehen und sich als Opfer und Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten darstellen.¹⁵³ Dennoch schützte ihn dies zunächst nicht vor seiner Entlassung, die aufgrund seiner SA-Mitgliedschaft erfolgte. Gleichwohl gelang es Uhlendahl, Fleischhack zu halten. Vor allem die Übertragung der Verantwortung für die Liste der auszusondernden Literatur machte diesen unentbehrlich. Das Entnazifizierungsverfahren im April 1947 überstand Fleischhack, der zwischenzeitlich in die CDU eingetreten war, ohne Schwierigkeiten.¹⁵⁴ Auch die für die Wissenschaftspolitik zuständigen Staats- und Parteiorgane der DDR standen Fleischhack, der seit 1951 die Bibliographische Abteilung leitete, wohlwollender gegenüber als einst die NS-Behörden. Ersteren galt er zwar als bürgerlicher, aber loyaler Bibliothekar. Selbst das MfS schätzte Fleischhack trotz seiner katholischen Konfession und Kirchentreue als loyalen Staatsbürger ein und auch Fleischhack zeigte letztlich kaum Berührungängste, mit dem Geheimdienst zu kooperieren.¹⁵⁵ So übertrug ihm das Staatssekretariat für Hochschulwesen die verantwortungsvolle Aufgabe der Ausbildungsleitung, da »Ihre Autorität den wohlthuendsten Einfluss auf die auszubildenden jungen Kollegen ausüben« werde.¹⁵⁶ Innerhalb der Deutschen

151 NSDAP, Ortsgruppe Leipzig-Süd, Organisationsleiter, Auskunft für den Landeskulturwarter, Gau Sachsen, 1.1.1939, BStU, MfS, BV Leipzig, AP 3111/62, Bl. 14.

152 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Ernennungsurkunde, 1.11.1940, ADNBL, Personalakte Wilhelm Curt Fleischhack, Bl. 115.

153 Curt Fleischhack, Politische Mitgliedschaft, 16.6.1945, StadtAL, StVuR, 9286, Bl. 275.

154 Entnazifizierungskommission des Stadtkreises Leipzig, 15.4.1947, ADNBL, Personalakte Wilhelm Curt Fleischhack, Bl. 139.

155 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. V, Anwerbungsbericht Kurt [sic!] Fleischhack, 29.4.1954, BStU, MfS, BV Leipzig, AP 3111/62, Bl. 24f.

156 Staatssekretariat für Hochschulwesen an den Leiter der Bibliographischen Abteilung der Deutschen Bücherei, Curt Fleischhack, 9.4.1952, ADNBL, 347/1, Bl. 52.

Bücherei galt Fleischhack als »der 1. Ratgeber für Gen.-Dir. Uhrendahl«¹⁵⁷, sehr zum Missfallen der Personalabteilung.¹⁵⁸ Mit der Berufung Fleischhacks zum Hauptdirektor änderte sich der Führungsstil entscheidend. Obwohl die verantwortlichen Staats- und Parteistellen nicht, wie die Parteileitung der Bibliothek vorgeschlagen hatte, einen auswärtigen Wissenschaftler, sondern einen erfahrenen Bibliothekar aus dem Hause selbst ausgewählt hatten, entwickelte sich das Verhältnis zwischen Fleischhack und Brückmann ohne größere Konflikte. Dieses fußte auf dem Prinzip, dem Doppelcharakter der Deutschen Bücherei als gesamtdeutscher Kulturinstitution und »sozialistische[r] Bibliothek« durch Arbeitsteilung an der Spitze gerecht zu werden. Der Bibliothekar Hans Schurig (1895-1966) schilderte dem MfS das Machtverhältnis an der Spitze in markanten Worten:

»Fl[eischhack] hat seit seiner Ernennung zum Hauptdirektor seine Verbindung zu westdeutschen Verlegern und führenden Persönlichkeiten des Buchhandels verstärkt aufgenommen im Interesse der D.B., der gesamtdeutschen Arbeit, die besonders darauf abzielt, die irrsinnige Doppelarbeit, die in Frankfurt seit 1946 gemacht wird, möglichst durch Überzeugung abzuschaffen. Allerdings kommt er nicht immer damit gut an. Man habe ihm schon ins Gesicht gesagt: Trotz Ihrer Ernennung zum Haupt-Dir. ist der wahre Direktor Herr Brückmann von der SED.«¹⁵⁹

Mit dieser Regelung hatte man nun einen deutlichen Bruch mit der bisherigen Leitungskultur in der Deutschen Bücherei vollzogen. Die Kompetenzen des Generaldirektors waren zwar bereits in den letzten beiden Lebensjahren Uhrendahls sukzessive aufgeweicht worden, mit Fleischhack hatte man aber einen Hauptdirektor gewonnen, der sich Brückmann aus eigenem Antrieb nicht mehr in den Weg stellte und sich mit seiner nachgeordneten Rolle innerhalb der Deutschen Bücherei zunächst gut arrangieren konnte. Als Leitungspersönlichkeit wollte Fleischhack, nicht zuletzt aufgrund seines hohen Alters und immer labiler werdenden Gesundheitszustandes, auch nicht auftreten. Nach damaligen Maßstäben galt er bereits als 50-70 Prozent arbeitsunfähig. Dem entsprach auch die Regelung einer individuellen Dienstzeit im Rahmen seines Einzelvertrages. In seiner täglichen Arbeit beschränkte er sich neben der Kontaktpflege mit westdeutschen Verlegern vor allem auf bibliographische und historische Studien. Fleischhack reiste als erster wissenschaftlicher Bibliothekar der Deutschen Bü-

157 Bericht »IM Kramer«, 8.8.1956, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420, Teil II, Bd. 1, Bl. 100.

158 Betr. Fleischhack, o.D., ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955 (Allgemeines), unfol.; Besprechung im Staatssekretariat für Hochschulwesen am 15. August 1952 mit AL Dr. Müller, ADNBL, 811/1, Bl. 62.

159 Ebd., Bl. 102.

cherei 1956 nach Moskau, um dort Einblicke in die bibliographische Arbeit des »großen Bruders« zu erhalten. Ein Jahr darauf veröffentlichte er seinen »Grundriß der Bibliographie«, der bald zum Standardwerk für die Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses wurde.¹⁶⁰

Fleischhacks Amtszeit, die 1961 ein Ende fand, war dennoch nicht frei von Konflikten. Nach außen hin verkörperte er die (bildungsbürgerliche) Kontinuität der Institution, auch wenn westdeutsche Verleger gelegentlich an diesem Bild zweifelten. In der inneren Hierarchie der Institution stand indes Brückmann an der Spitze und dieser erwartete auch vom bürgerlich-sozialisierten Hauptdirektor vollen Einsatz für die politischen Interessen der DDR. Die Gespräche mit westdeutschen Verlegern, Behörden und Bibliothekaren besäßen immer auch

»... einen großen moralischen und politischen Wert, da dadurch die Stellung der DB gefestigt wird und durch das persönliche Gespräch viele politische und fachliche Mißverständnisse sowie die oft anzutreffende Unkenntnis über unsere politische und fachliche Arbeit, über unsere erfolgreiche Entwicklung in der DDR beseitigt werden kann.«¹⁶¹

Diesen Erwartungen wurde Fleischhack allerdings nicht gerecht. Er sah sich deshalb zunehmend isoliert und teilte Helmut Röttsch, der zwischenzeitlich zu Fleischhacks Stellvertreter aufgestiegen war, am 30. Mai 1960 schließlich seinen Rücktritt mit. Seine wissenschaftliche Arbeit habe, so beklagte sich Fleischhack, »keine Anerkennung« gefunden. Er wolle diese unbedingt fortführen, allerdings in einer unabhängigeren Stellung, aber mit allen Rechten eines Mitarbeiters.¹⁶²

Der Blick auf eine Episode am Ende der 1950er Jahre verdeutlicht, dass Fleischhack mit den Widersprüchen seiner Position kaum umzugehen vermochte. Es ging um den Aufbau einer Bibliothek auf dem FDGB-Urlaubsschiff »Fritz-Heckert«. Mit diesem Projekt wollte Fleischhack nicht nur der Medienöffentlichkeit der DDR, sondern auch den Verantwortlichen im zentralen Staats- und Parteiapparat vor Augen führen, dass die Deutsche Bücherei auch für das Bibliothekswesen in der DDR Wichtiges zu leisten imstande war. Das Urlaubsschiff »Fritz-Heckert« geriet vor allem deshalb in den Blick des Hauptdirektors, weil dessen Bau durch die Mathias-Thesen-Werft in Wismar großspurig auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 angekündigt worden war. Während die SED auf dem Parteitag alle He-

160 Curt Fleischhack/Ernst Stein, Bericht über bibliographische Tätigkeit und Dokumentation, SAPM-BArch, DY 30/IV 2/9.04/687, Bl. 61-79; Curt Fleischhack, Grundriss der Bibliographie, Leipzig 1957. Horst Kunze hatte der Erarbeitung eines Lehrwerkes für Bibliographie bereits 1953 eine hohe Bedeutung für die Nachwuchsbildung zugemessen. Vgl. Horst Kunze an Heinrich Uhlendahl, 17.4.1953, SBB, G II A/30, Bd. 1, unfol.

161 Rechenschaftsbericht, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

162 Kadergespräch mit Koll. Fleischhack am 30.5.1960, ADNBL, Personalakte Wilhelm Curt Fleischhack (Nebenakte), unfol.

bel in Bewegung setzte, um die Bundesrepublik in absehbarer Zeit wirtschaftlich zu überholen, sollte das FDGB-Ferientschiff den Wohlstand und Fortschritt in der DDR nach außen repräsentieren. Mediale Aufmerksamkeit war dem Projekt damit garantiert.¹⁶³ Fleischhack hatte darin eine Chance erkannt und angeregt, das Schiff mit einer kleinen Bibliothek auszustatten, für die die Deutsche Bücherei später auch die Patenschaft übernehmen sollte. Der Grundstock von 500 Büchern sollte auf der Basis freiwilliger Spenden der Bibliotheksmitarbeiter aufgebaut werden, die Bibliothek sollte darüber hinaus weitere Buchspenden einwerben und sich verpflichten, das zusammengetragene Material zu verzeichnen, zu signieren und ausleihfähig zu machen. Zudem sollte ein Katalog gedruckt werden, der an sämtlichen Orten des Schiffes, das etwa 2.000 Personen fassen sollte, ausliegen sollte.¹⁶⁴ Die Aktion verlief jedoch anders als gedacht. Die Mitarbeiter spendeten nur zögerlich, große DDR-Verlage ignorierten das Projekt und auch die bibliothekarische Bearbeitung der Sammlung geriet bald ins Stocken.¹⁶⁵ Die eigens eingerichtete Arbeitsgruppe »Schiffsbibliothek« forderte von Fleischhack im November 1959, zusätzliche Mitarbeiter notfalls auch in der Dienstzeit zur Mitarbeit am Projekt zu verpflichten.¹⁶⁶ Fleischhack kam dem lakonisch nach und handelte dabei derart ignorant gegenüber den Mitarbeitern, die sich ohnehin über ihre Gehälter und Überforderung beschwerten,¹⁶⁷ dass im Januar 1961 zahlreiche Kollegen lautstark ankündigten, der feierlichen Verabschiedung des Hauptdirektors fern zu bleiben:

»Eine ganze Reihe von Kollegen aber sagt: bei der Abschiedsfeier sind wir nicht dabei, da kann sich Koll. Fleischhack darauf verlassen! Er hat sich einen guten Abgang gesichert! Durch Administrieren hat Koll. Fleischhack eine gewaltige Empörung unter der Belegschaft hervorgerufen. Für die Schiffsbibliothek des Urlaubsschiffes sollten die Bücher fertig gemacht und annotiert werden. Er wandte sich an die dazu benannten Kollegen: das ist Staatsauftrag, Diskussionen gibt es nicht. Sie haben zu machen ... Er forderte damit den Widerspruch der Kollegen heraus, die eben gewohnt sind, zu diskutieren und

163 Andreas Stirn, *Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlaubschiffe 1953-1990*, Berlin 2010, S. 45-53.

164 Aufruf an die Belegschaft, [Juli 1958], ADNBL, 483/1, Bl. 2f.; Manuskript für einen Beitrag für das Leipziger Börsenblatt, o.D., ebd., Bl. 126-128.

165 BGL, Bibliothek für das erste Urlauber-Hochseeschiff des FDGB, 15.10.1958, ebd., Bl. 79.

166 Protokoll über die Besprechung der »Arbeitsgruppe Schiffsbibliothek« am 7. November, ebd., Bl. 114f.

167 Dies zeigen die Informationsberichte der SED-Grundorganisation in SächsStAL, 21537, IV/7/169/05.

mitzuberaeten und sich doch schon an sozialistische Arbeitsmethoden zu gewöhnen beginnen und deren Vorteile erkennen.«¹⁶⁸

Der Widerspruch zwischen Selbstbild und von außen herangetragenem Erwartung hatte Fleischhacks plötzlichen Rücktritt maßgeblich befördert. Die Frage, wer die Deutsche Bücherei als »sozialistische wissenschaftliche Bibliothek« künftig im Innern leiten und zugleich als gesamtdeutsche Bibliothek nach außen repräsentieren sollte, war jedoch stark umstritten. Obgleich Fleischhack auf eine schnelle Entbindung von seinen Aufgaben drängte und die Frage der Nachfolge auch in vielen Fachabteilungen der Bibliothek für Unruhe sorgte,¹⁶⁹ war eine kurzfristige Lösung nicht in Sicht. Kurt Brückmann, der seit 1959 die im Staatssekretariat zuständige Abteilung leitete, gab weiterhin den früheren Vorstellungen der SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei die Priorität. So schwebte Brückmann vor, an die Spitze der Deutschen Bücherei einen Wissenschaftler mit hervorragenden literarischen Kenntnissen zu berufen, der die Bibliothek vor allem nach außen repräsentieren sollte, während dessen Stellvertreter sämtliche inneren Belange regelte. Die in Betracht gezogenen Kandidaten erwiesen sich jedoch als zähe Verhandlungspartner. Zudem war Brückmann von den Kandidaten nicht restlos überzeugt. Ein wissenschaftlicher Bibliothekar kam für ihn aber nicht infrage, wie er den Leipziger Genossen während einer Sondersitzung der Parteileitung am 23. Oktober 1960 mitteilte. Genau dieses Modell aber verfochten die Leipziger Genossen nun. So machte Röttsch etwa darauf aufmerksam, dass sich der neue Direktor auch mit dem Leiter der Deutschen Staatsbibliothek, Horst Kunze, messen lassen müsste.¹⁷⁰ Die Parteileitung sprach sich geschlossen dafür aus, Brückmann zum Hauptdirektor zu ernennen. Da dieser aber im Staatssekretariat nicht abkömmlich war, obgleich Brückmann durchaus gewollt hätte, schlug man Helmut Röttsch an zweiter Stelle für den Posten vor. Dieser wurde auf Beschluss der Parteileitung zunächst kommissarisch mit der Geschäftsführung betraut, behielt aber offiziell seine Stellung als Stellvertreter des Hauptdirektors, die er nach Brückmanns Weggang übernommen hatte.¹⁷¹ Zugleich wurde mit Gerhard Hesse (geb. 1921), dem Leiter der Abteilung Kataloge und seit 1947 SED-Mitglied,¹⁷² ein zweiter Stellvertreter des Hauptdirektors ernannt. Indes wuchs innerhalb der Parteileitung der Unmut über das Staatssekretariat, das die Angelegenheit weiter hinzog. Ende April 1961 schickte Parteisekretär Fritz Schaaf deshalb ein Schreiben an die

168 SED-Betriebsparteiorganisation der Deutschen Bücherei, Informationsbericht Januar 1961, BArch, DR 3, I. Schicht, 5446, unfol.

169 Informationsbericht für Dezember 1960, SächsStAL, 21532, IV/7/169/05, unfol.

170 Protokoll der Sonderleitungssitzung vom 23.10.1960, SächsStAL, 21532, IV/7/169/04, unfol.

171 Ausserordentliche Parteileitungssitzung am 4.1.1961, ebd., unfol.

172 Mitteilung der Hauptdirektion, der Betriebsparteiorganisation der SED und der Betriebsgewerkschaftsleitung, 23.1.1961, ADNBL, 154/1, Bl. 245.

Wissenschaftsabteilung des ZK der SED, in dem der Standpunkt der Genossen deutlich formuliert war. Der neue Hauptdirektor müsse ein »erfahrenes Mitglied unserer Partei« und ein »Mann« sein, »der in der Lage ist, besonders auch die diffizilen bibliothekspolitischen Aufgaben der Verbindungen zum westdeutschen Verlags- und Bibliothekswesen zu lösen, von denen sehr viel für die weitere Entwicklung der Deutschen Bücherei als Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums abhängt«. Konkret geeignet sei Helmut Röttsch.¹⁷³ Klarheit erbrachte aber auch dieses Schreiben nicht.

Der entscheidende Impuls kam unerwartet von einer ganz anderen Stelle – der Staatssicherheit. Mit der Bezirksverwaltung des MfS arbeitete Helmut Röttsch bereits seit seiner Versetzung an die Deutsche Bücherei im Jahre 1950 offiziell zusammen. Er machte den Geheimdienst auf potentielle IM in der Deutschen Bücherei aufmerksam und versorgte die Offiziere auf Wunsch mit Büchern, die sie für Auswertungszwecke benötigten. Nachdem Röttsch 1955 von der Abteilung Lesesäle an die Spitze der Abteilung Beschaffung gerückt war, zögerte die Stasi nicht lang, Röttschs Potential als »parteiergebener Genosse«, »überzeugenden«, »intelligenten« und »findigen« Redner¹⁷⁴ für eine neue Aufgabe abzuschöpfen. Er sollte nun, da er in der neuen Position zwangsläufig Dienstreisen in die Bundesrepublik unternahm, zur »Aufklärung von führenden Personen in WD« herangezogen werden, um »in Westdeutschland wohnende Agenturen anzulaufen und sie ideologisch zu festigen«.¹⁷⁵ Röttsch wurde als IM »Sand« in den Apparat der Auslandsspionage eingebunden, seine IM-Akte wanderte damit in die Abteilung XV der Leipziger Bezirksverwaltung des MfS, die wiederum der für Auslandsspionage zuständigen HV A der Ost-Berliner Zentrale unterstand. Sein Aufgabenprofil wurde dabei sukzessive erweitert. So sollte er vor allem über sämtliche Kontakte mit westdeutschen Personen sowie über Reisekader der Deutschen Bücherei berichten, zudem selbst »operative Aufgaben« im »kapitalistischen Ausland« durchführen und besonders intensive Kontakte zu »operativ interessanten Verlegern und anderen Personen« aufnehmen.¹⁷⁶

Ein Makel in seiner Kaderbiographie (die NSDAP-Mitgliedschaft blieb unbeachtet) musste freilich noch bereinigt werden. Die länger als ein Jahr währende amerikanische Kriegsgefangenschaft gab gleich mehreren Stellen immer wieder Anlass, trotz der ansonsten tadellosen Beurteilungen, an Röttsch zu zweifeln. Zu hoch schien das Risiko, dass er in dieser Zeit womöglich ideologisch infil-

173 Deutsche Bücherei, SED-Grundorganisation, Fritz Schaaf, an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, Genn. Pflug, 28.4.1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 23.

174 Aktennotiz über Röttsch zur Anwerbung als Quellenwerber und Informant, 28.11.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 1, Bl. 65f.

175 BV Leipzig, Abt. II/V an die Leitung der Abt. II im Hause, 3.11.1955, ebd., Bl. 71.

176 BV Leipzig, Abt. XV, Treffbericht IM »Sand« am 5.3.1973, 5.3.1973, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 1, Bl. 241.

triert worden sei. So fiel er deshalb der »Parteisäuberung« in der Kriminalpolizei Leipzig im Jahre 1948 zum Opfer und vier Jahre später verhinderte dieser Makel die schon fast beschlossene Berufung zum Leiter der Kontrollstelle im Staatssekretariat für Hochschulwesen.¹⁷⁷ Auch 1955 musste er der Stasi versichern, dass er während seiner Gefangenschaft keiner ideologischen Beeinflussung durch die Amerikaner ausgesetzt gewesen sei.¹⁷⁸ Die Anwerbung klappte indes reibungslos und das MfS zeigte sich mit IM »Sand« sichtlich zufrieden, auch wenn Röttsch die fachliche Arbeit zuweilen hinter seine inoffizielle Tätigkeit zurückstellte. Ende 1960 ergab sich jedoch ein ernstes Sicherheitsproblem, nachdem zwei mit Röttsch bekannte westdeutsche IM in der Bundesrepublik enttarnt und verhaftet worden waren. Im Polizeiverhör sei auch Röttschs Klarnamen gefallen.¹⁷⁹ Sämtliche Westreisen wurden daraufhin abgesagt. Es wurde zudem eine »arbeitsmäßige Umstellung« nötig, so der Plan der Bezirksverwaltung Leipzig:

»Seit 1.2.1961 ist die Funktion des Hauptdirektors unbesetzt und unser GM [Gesellschaftlicher Mitarbeiter, d.V.] erledigt diese Arbeit zur Zeit kommissarisch. Die Frage der Besetzung dieser Funktion ist noch nicht geklärt und seitens der Dtsch. Bücherei wurden die Genossen Brückmann, zur Zeit Sektorenleiter im Sekretariat für Hochschulwesen[,] und unser GM vorgeschlagen. Es ist zur besseren Absicherung unseres GM notwendig, ihn so schnell wie möglich als Hauptdirektor einzusetzen. Dadurch fällt die Funktion des Abteilungsleiters weg und er hat genügend Begründung, um keine Westreisen mehr durchzuführen.«¹⁸⁰

Das MfS unterstützte damit, jedoch aus ganz anderen Beweggründen, die Initiative der Parteileitung der Deutschen Bücherei und forcierte die Berufung Röttschs. Der Stellvertreter des Leiters der HV A, Hans Fruck, besprach diese Angelegenheit persönlich mit dem Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, Wilhelm Girnus. Am 10. August 1961 konnte er die Personalangelegenheit mit positivem Ausgang als »erledigt« kennzeichnen.¹⁸¹ Röttsch durfte zwar bald wieder Dienstreisen in den Westen unternehmen, war bis 1973 aber ausdrücklich von operativen Aufgaben für das MfS befreit.¹⁸²

So hatten schließlich nicht bibliotheks-, sondern sicherheitspolitische Interessen den entscheidenden Impuls zur Berufung Helmut Röttschs zum Haupt-

177 Vgl. hierzu ADNBL, Personalakte Helmut Röttsch, Bl. 31 f.

178 BV Leipzig, Abt. II/V, Aussprache mit dem Gen. Röttsch (Deutsche Bücherei), 14.6.1955, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Bl. 69.

179 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. XV, Hauptmann Runge, Bericht über die Verbindung »Sand« und »Minister«, 23.1.1961, ebd., Bl. 34-36.

180 MfS, BV Leipzig, Abt. XV an die Regierung der DDR, Ministerium für Staatssicherheit, HV A, 6.2.1961, ebd., Bl. 32.

181 Ebd.

182 Führung des IM, o.D., BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 1, Bl. 25.

direktor der Deutschen Bücherei gegeben. Die komplizierte Aufgabe, die Deutsche Bücherei als gesamtdeutsche Institution gegenüber Westdeutschland zu repräsentieren und nach innen sozialistisch umzugestalten, fiel damit wieder in die Hände einer Person. Im Gegensatz zu Brückmann verfolgte Röttsch jedoch eine pragmatische Definition einer »sozialistischen wissenschaftlichen Bibliothek«, die sich allein durch ihren Dienst an der Entwicklung von Wissenschaft und Forschung in der DDR sowie der Etablierung sozialistischer Arbeitsformen auszeichne.¹⁸³ Das vor allem von Brückmann propagierte Alleinstellungsmerkmal der Deutschen Bücherei, durch ihre besondere gesamtdeutsche Funktionen den Klassenkampf auch im Westen anheizen zu können, betonte Röttsch dagegen kaum noch. Er musste es freilich auch nicht, denn als IM des MfS agierte er zwangsläufig in diese Richtung, ohne sich im direkten Kontakt mit westdeutschen Akteuren allzu deutlich als Vertreter der SED gerieren zu müssen.¹⁸⁴

Zu den sozialistischen Prinzipien gehörte auch die bereits im März 1961 erfolgte Festlegung einer formalen Leitungsstruktur, die einerseits das bereits angewandte kollektivistische Prinzip verstetigte, andererseits aber auch von der Notwendigkeit bestimmt war, angesichts der Vielgestaltigkeit der Aufgaben klare Zuständigkeiten zu schaffen. Der wichtigste Grundsatz war hierbei der Aufbau eines erweiterten Führungsstabes. Der Hauptdirektor sollte demnach die Deutsche Bücherei nach außen repräsentieren sowie die generelle Linie festlegen und deren Umsetzung kontrollieren. Der 1. Stellvertreter sollte demgegenüber als rein politischer Funktionär und zusammen mit der Parteileitung die ideologische Erziehungsarbeit koordinieren. Hinzu kam ein weiterer Stellvertreter des Hauptdirektors, der vorwiegend organisatorische Aufgaben übernahm, die nicht im engeren Aufgabenbereich der Bibliothek lagen, d.h. Publikationstätigkeit, Ausstellungen, Aus- und Weiterbildung. Als die beiden wichtigsten Formen der Entscheidungsfindung wurden das bereits seit 1953 bestehende Kollegium, nun unter ausdrücklicher Einbindung des Parteisekretärs, und regelmäßige Dienstbesprechungen mit dem Stellvertreter des Hauptdirektors, des Kaderleiters, des Verwaltungsdirektors, des Haushaltsbearbeiters und des Assistenten der Direktion in der Leitungskultur der Deutschen Bücherei verankert.¹⁸⁵

Verfolgt man die Debatten um die personelle Besetzung der Direktion und die damit einhergehenden strukturellen Veränderungen in den 1950er Jahren, so lassen sich zwei zentrale Entwicklungen festhalten. Zum einen avancierte die

183 Rechenschaftslegung Hauptdirektion über die Erfüllung der Aufgaben der DB im Jahre 1960, 10.5.1961, ADNBL, 152/2/6, unfol.

184 Vor allem frühere Verleger betonten immer wieder die sachlichen Beziehungen zu Helmut Röttsch. Vgl. die Beiträge von Jürgen Hering, Franz Georg Kaltwasser, Klaus G. Saur und Werner Schochow in: Ruppelt (Hrsg.), West-östliche Bande.

185 Arbeitsverteilungsplan für die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Hauptdirektion, 28.3.1961, ADNBL, 154/0, Bl. 97-99.

Parteilitung der Deutschen Bücherei, obwohl die Genossen innerhalb der Bibliothek insgesamt in der Minderheit waren, zur entscheidenden Instanz für die Besetzung der Spitzenpositionen, was einem allgemeinen Trend in der frühen DDR entsprach.¹⁸⁶ Zum anderen führten unterschiedliche Präferenzsetzungen des übergeordneten Staatssekretariats und der SED-Grundorganisation immer wieder zu Konflikten über personalpolitische Leitlinien bzw. Einzelentscheidungen. So setzte das Staatssekretariat auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Uhlendahl und bei der Suche nach dessen Nachfolger auf eine im Westen angesehene Persönlichkeit, die der Deutschen Bücherei nach außen hin ein unpolitisches Antlitz gab, was den Handlungsspielraum der SED-Grundorganisation stark begrenzte. Die Ernennung Helmut Rötzschs zum Hauptdirektor 1961 war schließlich auch eine Konsequenz aus der Erfahrung des gescheiterten Versuchs, um die SED-Grundorganisation herum ein hinreichend starkes Loyalitätsnetzwerk aufzubauen. Rötzsch war zwar, ebenso wie Brückmann, nicht über traditionelle berufliche Rekrutierungsmuster, sondern über den Parteiweg an die Deutsche Bücherei gekommen, hatte aber verschiedene Stationen im Betriebsalltag durchlaufen und war dadurch in die Arbeitsroutinen hineingewachsen. Dass man sich letztlich der Stasi bediente, um seine Berufung endgültig durchzusetzen, bedarf einer sorgfältigen Kontextualisierung. Rötzsch kam nicht aufgrund seiner IM-Tätigkeit auf den Posten des Hauptdirektors. Die entscheidenden Weichen wurden von der Leitung der SED-Grundorganisation gestellt, die nach Brückmanns Weggang auf eine pragmatische Lösung setzte. Die Stasi war letztlich nur Nutznießer dieser Entwicklung und der entscheidende Hebel.

c.) »Der Klassenkampf macht sich auch in der DB bemerkbar«:
Personalpolitik und Arbeitsklima

Ging es nach Kurt Brückmann, so sollte sich die auf der Leitungsebene vollzogene Verschiebung der Machtverhältnisse und Loyalitäten auch bis in den letzten Winkel der Deutschen Bücherei fortsetzen und das Arbeitsklima bestimmen. Die Leitung der SED-Grundorganisation zeigte sich in entsprechender Kampfeslust, das von ideologischen und gewaltsamen Pressionen geprägte Klima innerhalb der gesamten SED ins Innere der Bibliothek hineinzutragen. So heizte Brückmann die Stimmung unter den Genossen immer wieder an, etwa während einer Wahlversammlung im März 1955:

»Die Parteiorganisation muß eine geschlossene Gemeinschaft sein, muß im Betrieb einen Block darstellen, der wirklich fest zusammenhält gegen Intri-

186 Reichel, »Feste Burgen der Partei«, S. 62-99.

gen und Schwätzereien. Die Durchführung der Beschlüsse muss kontrolliert werden.«¹⁸⁷

»Wir sind kein Verein, sondern eine Kampforganisation«¹⁸⁸, ergänzte ein euphorisierter Genosse. Kaum etwas bot der Grundorganisation mehr Angriffsfläche und Legitimation als die aus dem gesamtdeutschen Sammelauftrag vermeintlich erwachsende Anfälligkeit des Bibliothekspersonals für »feindliche« Ideologien, was die Genossen zu erhöhtem Verantwortungsbewusstsein zwang:

»Der Klassenkampf macht sich auch in der DB bemerkbar. Dort muss der Hebel angesetzt werden, um das politische Leben im gesamten Betrieb zu verbessern, denn auch dort setzt der Gegner den Hebel an.«¹⁸⁹

Das Hauptaugenmerk lag jedoch weniger auf der Bestandspolitik als vielmehr auf dem »sehr labilen und auf Formen achtenden Personenkreis«¹⁹⁰, der jedoch zur Aufrechterhaltung des Betriebes eingebunden werden musste, da Bibliothekare mit SED-Parteibuch Mangelware waren. Deshalb, so Brückmann, müsse man den parteilosen Kollegen »besonders freundlich« begegnen: »Dann wird auch der parteilose Mensch seine Kollegen achten.«¹⁹¹ So sollten alle Genossen zu »bestimmten Vorfällen« stets Stellung beziehen, ohne dass die parteilosen Kollegen dies als bloße »Meinung der Herrschenden« abqualifizierten.¹⁹² Nur dann würden die »Parteilosen sich unserer Idee anschliessen« und die »Gesamtarbeit der Deutschen Bücherei unter Führung der BPO« kommen.¹⁹³ Mit diesem pädagogischen Ansatz befand sich Brückmann ganz auf der Höhe der Zeit. Bezüglich der Methoden der Herrschaftssicherung hatte in der SED infolge des Schockerlebnisses des 17. Juni 1953 ein Umdenken eingesetzt. Offene Repressionen sollten künftig nicht mehr die einzige Methode darstellen, sondern sukzessive »dem Mittel der selektiven Disziplinierung weichen«. Dem lag der Gedanke zugrunde, dass die SED nur »zusammen mit positiver Konditionierung« einen effektiven Zugriff auf die Gesamtgesellschaft erhalten konnte.¹⁹⁴

187 Leitungswahlversammlung der SED-Betriebsparteiorganisation Deutsche Bücherei am 21.3.1955, Rechenschaftsbericht, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

188 Ebd., unfol.

189 Wahl- und Berichtsversammlung der SED-BPO, o.D. [1955], ebd., unfol.

190 Rechenschaftsbericht zur Berichts- und Wahlversammlung am 24.2.1958, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

191 Wahl- und Berichtsversammlung der SED-BPO, o.D. [1955], ebd., unfol.

192 Protokoll der Parteileitungssitzung am 3.7.1958, 4.7.1958, SächsStAL, 21532, IV/7/169/03, unfol.

193 Protokoll über die am 28. März 1960 durchgeführte Wahlberichtsversammlung der BPO an der Deutschen Bücherei, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

194 Thomas Klein, »Für die Einheit und Reinheit der Partei«. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 266.

Eine zentrale Funktion für die Machtdurchsetzung der SED in der Deutschen Bücherei kam, wie in anderen Institutionen auch, der Personalabteilung zu. Diese unterstand seit 1950 organisatorisch der Personalabteilung des Ministeriums für Volksbildung bzw. des Staatssekretariats für Hochschulwesen und war damit formal dem Zugriff des Generaldirektors entzogen, der bis dahin den entscheidenden Einfluss auf die Personalpolitik der Deutschen Bücherei ausgeübt hatte. Mit dem Einsatz Helmut Rötzschs als Personalleiter fungierte die Abteilung zugleich als quasi-fachlicher Arm der Parteileitung. Allerdings funktionierte die »Zangenbewegung zwischen den machtbewussten und aufstiegswilligen Nachwuchsleuten der SED vor Ort und der zentralen Bildungsverwaltung«¹⁹⁵ in der Deutschen Bücherei weniger reibungslos als im Hochschulbereich. Vor allem die Personalwechsel in den Leitungspositionen machen deutlich, dass die Parteileitung und die Personalabteilung häufig auf die Ausnutzung von Gelegenheitsstrukturen angewiesen waren. So nutzte die Parteileitung die Aufmerksamkeit der zuständigen Genossen im ZK der SED im Jahre 1953, um dem Staatssekretariat für Hochschulwesen gleich mehrere Personalwechsel aufzuzwingen, obgleich man dort nicht in jedem Fall hinter den Entscheidungen stand. Dabei gerieten freilich die Abteilungen Lesesäle, Benutzung sowie Beschaffung und Zugang in den Blick, d.h. alle Bereiche, die mit der Außenwelt in Kontakt standen und damit als Aushängeschilder einer »sozialistischen wissenschaftlichen Bibliothek« fungierten.

Die Abteilung Lesesäle wurde seit 1951 von Heinz Siegel (1914-?) geleitet, dessen Berufung noch auf Uhlendahl zurückging. Siegel stammte aus einfachen Verhältnissen, hatte von 1937 bis 1947, mit Unterbrechung in den Jahren 1939 bis 1944 aufgrund seiner Teilnahme am Krieg, an den Universitäten Breslau, Leipzig und Bonn Theologie studiert, und war 1947 als Referendar an die Deutsche Bücherei gekommen. 1947 war er der CDU beigetreten, zudem engagierte er sich im Betriebssport der Bibliothek.¹⁹⁶ Schon 1952 bescheinigte ihm der Personalleiter Rötzsch jedoch, im Lesesaal »nicht am richtigen Platz« zu sein und schlug dessen Versetzung in die Bibliographische Abteilung vor, wo ausschließlich Facharbeit gefragt war.¹⁹⁷ Die auch von der Parteileitung der Deutschen Bücherei angestrebte Entlassung Siegels, der es vernachlässigt habe, die Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus sowie aktuelle gesellschaftswissenschaftliche Schriften »in der erforderlichen Weise« aufzustellen,¹⁹⁸ wurde jedoch erst dann

195 Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, S. 282.

196 Personalbogen Heinz Siegel, 27.7.1950, ADNBL, Personalakte Heinz Otto August Siegel, Bl. Vf.

197 Deutsche Bücherei, Personal-Abteilung, Beurteilung Heinz Siegel, 14.7.1952, ebd., Bl. 49.

198 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Personalabteilung, an Heinrich Uhlendahl, 26.1.1953, ebd., Bl. 53.

realisiert, als auch die zuständige Abteilung im ZK der SED diesen Schritt befürwortet hatte.¹⁹⁹ Siegels Nachfolger wurde Helmut Röttsch, der das Ressort bis 1955 leitete. Das Beispiel macht deutlich, wie aufwendig sich die Kommunikationswege zwischen der Deutschen Bücherei und Ost-Berlin in Personalangelegenheiten gestalteten. Um Personalentscheidungen gegen die Generaldirektion durchzusetzen, kommunizierte Röttsch zunächst direkt mit der Personalabteilung des Staatssekretariats, während die Parteileitung die verantwortlichen Stellen im ZK der SED alarmierte. Die im Staatssekretariat zuständige Abteilung für wissenschaftliche Bibliotheken wurde dann vor vollendete Tatsachen gestellt, obgleich die Entscheidungen nicht unbedingt in deren Interesse lagen. Die Prozedur konnte sich so über mehrere Monate hinziehen.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Personalwechsel an der Spitze der Abteilung Beschaffung und Zugang. Dort leitete mit Albert Paust ein langjähriger Bibliothekar mit NS-Vergangenheit noch immer die Geschicke. Gleichwohl hatte man in der Personalabteilung der Deutschen Bücherei an Paust nichts auszusetzen, er habe seine Aufgaben, zu denen vor allem der Verkehr mit westdeutschen Verlegern gehörte, stets gewissenhaft bewältigt. Seine politisch distanzierte und »ängstliche« Haltung geriet jedoch zunehmend in die Kritik, denn diese wirke gegenüber westdeutschen Verlegern wie eine »indirekte Verneinung der DDR«.²⁰⁰ Nachdem Pausts Entlassung zeitgleich zur Ablösung Siegels beschlossen worden war, reiste Curt Fleischhack noch einmal zu informellen Gesprächen nach Ost-Berlin, um im Staatssekretariat eine Revision des Beschlusses zu erwirken. Dabei verwies Fleischhack auf die guten Kontakte Pausts zu westdeutschen Verlegern, unter denen der plötzliche Personalwechsel »etwas Aufsehen« erregen würde. Zudem gab er zu bedenken, dass die Absetzung Pausts auch unter den zahlreichen wissenschaftlichen Bibliothekaren für »Unruhe« sorgen werde, »weil diese annehmen müssten, dass es auch ihnen jeden Tag so gehen könnte«. Die als Nachfolgerin ins Gespräch gebrachte Annemarie Plettner würde unter den dienstälteren Mitarbeitern indes wenig Anerkennung finden, zumal sich jene in ihren Hoffnungen auf eine Beförderung ausgebootet sähen. Fleischhacks Versuch, auf die Bedeutung personalpolitischer Konventionen für das Arbeitsklima in der Bibliothek hinzuweisen, blieb allerdings folgenlos. In Ost-Berlin erklärte man ihm nur, dass der Beschluss vom Personalleiter unterschrieben sei und nicht mehr rückgängig gemacht werden könne.²⁰¹ Paust wurde in die Auskunftsabteilung versetzt, das Misstrauen gegenüber dem sich zunehmend vom Kollegenkreis abschottenden Bibliothekar blieb indes bestehen.²⁰² Annemarie

199 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Personalabteilung, 4.11.1952, ebd., unfol.

200 Vgl. die Beurteilungen in ADNBL, Personalakte Albert Paust, unfol.

201 Curt Fleischhack, Aktennotiz, 28.1.1953, ADNBL, 152/1/6, Bl. 449.

202 GI »Kramer«, Bericht, 17.2.1955, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bl. 80.

Plettner (1905-?) übernahm schließlich die Position Pausts als Leiterin der Abteilung Erwerbung. Sie stammte aus einem bürgerlichen Haushalt, hatte in den 1920er Jahren eine Ausbildung zur Bibliothekarin für den gehobenen Dienst absolviert und arbeitete seit 1928 in der Deutschen Bücherei. Einer Partei trat sie vor 1945 nicht bei. Auch im Beruf zählte sie eher zu den unauffälligen Bibliothekarinnen. Nach dem Krieg witterte sie jedoch offenbar Karrierechancen, als die SED offiziell danach trachtete, die bürgerliche Geschlechterordnung radikal umzugestalten und der Frau eine dem Mann gleichgestellte Position in der »Arbeitsgesellschaft« zuzuweisen.²⁰³ Die Parteiorganisation bot ihr damit auch eine Möglichkeit, sich gegenüber höher stehenden männlichen Kollegen durchzusetzen und deren Position einzunehmen. So übernahm sie 1950 eine Funktion im Ausschuss der Nationalen Front und trat 1952 in die SED ein. In der Parteileitung der Deutschen Bücherei zählte sie zu den engagiertesten und propagandistisch versiertesten Genossinnen.²⁰⁴ Bereits 1956 gab sie die Leitung der Erwerbungsabteilung aber an Helmut Röttsch ab, wobei die Gründe im Dunkeln liegen. Womöglich spielte aber die von Fleischhack vermutete geringe Autorität Plettners gegenüber älteren (männlichen) Kollegen eine tragende Rolle. Darin spiegelt sich die allgemeine Praxis wider, dass letztlich auch in der SED die Anstrengungen, die Geschlechterverhältnisse zu revolutionieren, eher Lippenbekenntnisse blieben. Ein anderer Grund könnte darin zu suchen sein, dass Plettner mit ihrem agitatorischen Eifer gerade bei Dienstreisen im Westen zuweilen über die Strenge schlug. Selbst Kurt Brückmann kritisierte sie dafür, dass sie während eines Gesprächs mit einem aus der DDR geflohenen Verleger auf der Frankfurter Buchmesse 1954 »so aggressiv geworden sei«, dass dieser kein Wort mehr mit Vertretern der Deutschen Bücherei wechseln wollte. Brückmann habe diesen dann in einem ruhigen Gespräch beschwichtigen müssen.²⁰⁵

Der Personalwechsel an der Spitze der Abteilung Benutzung macht über die Kommunikationsprobleme hinaus deutlich, wie sehr die Überwachung der wissenschaftlichen Kräfte bereits in der ersten Hälfte der 1950er Jahre zugenommen hatte. Zudem steht er beispielhaft dafür, dass die leitenden Genossen besonders dann mit aller Härte gegen bürgerlich-sozialisierte Kollegen vorgingen, wenn Letztgenannte alte Hierarchien über die neuen Machtverhältnisse stellten, wobei Brückmann zugleich selbst gegen die von ihm verordnete Strategie der freundlichen Begegnung verstieß. Die Abteilung wurde seit 1951 von Wolfgang Proksch (1913-1990) geleitet. Dieser stammte aus einer bildungsbürgerlichen

203 Donna Harsch, *Revenge of the Domestic. Women, the Family, and Communism in the German Democratic Republic*, Princeton 2007.

204 Personalbogen Annemarie Plettner, 21.7.1950, ADNBL, Personalakte Auguste Annemarie Plettner, Bl. 1-3.

205 Bericht des Kollegen Brückmann über Gespräche mit Vertretern von Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse 1955, ADNBL 154/4, Bl. 302.

Familie, hatte in den 1930er Jahren in Breslau und Berlin Philosophie, neuere Geschichte, Kunstgeschichte sowie Publizistik studiert und war nach seinem Einsatz im Krieg 1946 als Bibliotheksreferendar an die Deutsche Bücherei gekommen. Als einer der wenigen klassisch ausgebildeten Wissenschaftler erhielt er 1949 eine Stelle als Bibliotheksrat und wurde zwei Jahre später zum Abteilungsleiter befördert.²⁰⁶ Mit Proksch hatte es seither immer wieder kleinere Auseinandersetzungen gegeben. Zum Bruch kam es aber erst, als der hauseigene Betriebsschutz – eine polizeiliche Dienststelle, die in besonders wichtigen Betrieben eingesetzt wurde, um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aufzudecken²⁰⁷ – eine Kontrolle in Prokschs Arbeitsbereich durchgeführt hatte und auf eklatante Missstände gestoßen war. Zu Prokschs Zuständigkeitsbereich zählte auch das Geheimmagazin »Erotika«, das vom Sperrmagazin, in dem die »politischen Schriften« lagerten, organisatorisch abgekoppelt worden war. Dennoch war der Betriebsschutz auf »politische Schriften« im Erotikmagazin gestoßen, die offenbar während der Umbauphase übersehen worden waren. Daraufhin kündigten die Parteileitungsmitglieder und leitenden Bibliothekare Kurt Brückmann und Werner Rittner einen gemeinsamen Kontrollgang an. Als beide jedoch bei Proksch erschienen, hatte dieser schon vorgearbeitet und einen Stapel »politischer Schriften« zur Abgabe in das Sperrmagazin auf den Tisch gelegt, weil er die Überprüfung als Eingriff in seinen Kompetenzbereich betrachtet hatte.²⁰⁸ Diese Handlung entfaltete jedoch eine nicht intendierte Dynamik. Nun sah Brückmann sich selbst in seiner Autorität herausgefordert und musste nicht lange suchen, um Proksch einen »Verstoß gegen die Bestimmungen des Staatssekretariats« nachzuweisen, immerhin hatte Brückmann einen in Leder gebundenen Prachtband von Adolf Hitlers »Mein Kampf«, der mit einer Widmung an den sächsischen Gauleiter Martin Mutschmann versehen war, aus den Regalen gezogen.²⁰⁹ Mit seiner »akademische[n] Überheblichkeit, die fast an Borniertheit grenzte«²¹⁰, hatte Proksch unbewusst eine Grenze überschritten. Ihm wurde nun deutlich signalisiert, dass nicht mehr formale Kompetenzbereiche, sondern die Partei die entscheidende Referenzquelle war. Es folgten ein Disziplinarverfahren und die Entlassung. Proksch wurde schließlich an die Universitäts- und Landesbibliothek Halle versetzt, floh jedoch 1958 in den Westen und begeg-

206 Personalbogen Wolfgang Proksch, 2.1.1952, ADNBL, Personalakte Wolfgang Rudolf Proksch, Bl. 1f.; Lebenslauf, 5.1.1952, ebd., Bl. 3.

207 Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952-1968, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 179.

208 Protokoll über die Stellungnahme des Kollegen Dr. Proksch an den im Bericht der Leitung der DB an das Staatssekretariat für Hochschulwesen enthaltenen Ausführungen, 5.12.1953, ADNBL, 153/6/1, Bl. 273-276.

209 Deutsche Bücherei an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Kaderabteilung, 12.11.1953, ADNBL, Personalakte Wolfgang Rudolf Proksch, unfol.

210 Entwurf einer Beurteilung über Wolfgang Proksch, o.D., ebd., unfol.

nete Röttsch in den 1970er Jahren als stellvertretender Leiter der Bibliothek der Kernforschungsanlage Jülich wieder.²¹¹

Der Fall Proksch zeigt die ganze Ambivalenz des Umgangs der Parteileitung mit bürgerlich-sozialisierten Kräften. Auf der einen Seite hatte man Proksch mehrfach von einer Entlassung verschont und es stattdessen bei Zurechtweisungen belassen. Auf der anderen Seite bedurfte die Parteileitung der Informationen des Betriebsschutzes, denn die wissenschaftlichen Bibliothekare banden die Genossen kaum von sich aus in entsprechende Vorgänge ein.²¹² Damit konterkarierten die Genossen jedoch ihren Anspruch, Misstrauen unter den Parteilosen abzubauen, vielmehr wurde das Misstrauen dadurch noch verstärkt.

Der Nachfolger Prokschs, Hans Schurig, der die Abteilung Benutzung bis ein Jahr vor seinem Tod leitete, galt indes weder als politisch geeignet noch als fachliche Autorität. So galt der Beamtensohn, der bereits seit 1925 im gehobenen Bibliotheksdienst der Deutschen Bücherei arbeitete, trotz seines Eintritts in die SED im Jahre 1946 und der Übernahme des Amtes des Vorsitzenden der BGL²¹³ als »bürgerlicher Mensch«, der »grundsätzlich das durchführte, was die bürgerlichen Kreise wollten.«²¹⁴ Immer wieder wurde er wegen seines »Nur-Gewerkschaftertums« kritisiert,²¹⁵ was offenbar auch der Grund dafür war, dass Schurig 1951 im Zuge einer der zahlreichen Parteiüberprüfungen, die seit der Stalinisierung der SED in der gesamten DDR stattgefunden hatten,²¹⁶ aus der SED ausgeschlossen wurde. Das Amt des BGL-Vorsitzenden übte er indes noch bis 1953 aus. Eine wichtige Rolle bei der Ernennung Schurigs könnte indes das MfS gespielt haben. Direkte Belege hierfür fehlen zwar, jedoch beschloss die für Kulturinstitutionen zuständige Abteilung VI der Bezirksverwaltung des MfS wenige Monate vor Schurigs Ernennung zum Abteilungsleiter, diesen zu einem festen Stützpunkt in der Deutschen Bücherei zu machen, über den der Geheimdienst Informationen über »Feindtätigkeiten« erhalten konnte. Die cha-

211 VPKA Leipzig, Abt. K, VPRKSt Südwest an die BDVP Leipzig, 15.7.1958, BStU, MfS, A-SKS, 37755, Bl. 13; BV Leipzig, Abt. XV, Tonbandabschrift, 3.8.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91 Teil I, Bd. 1, Bl. 260.

212 Die politische Lage, Erfahrungen und Aufgaben der Parteiorganisation bei der Durchführung des neuen Kurses, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

213 Personalbogen Hans Schurig, 31.7.1954, ADNBL, Personalakte Friedrich Albert Gustav Hans Schurig, unfol.

214 BV Leipzig, Abt. VI, Vorschlag eines GI für das Objekt Deutsche Büchereien [sic!], 30.8.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 1, Bl. 9.

215 Deutsche Bücherei, Personal-Abteilung, Helmut Röttsch, Beurteilung Hans Schurig, 14.7.1952, ADNBL, Personalakte Friedrich Albert Gustav Hans Schurig, Bl. 15.

216 Im Rahmen der Parteiüberprüfungen des Jahres 1951 wurden rund 300.000 SED-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Klein, »Für die Einheit und Reinheit der Partei«, S. 145-156.

rakterlichen Eigenschaften, die den leitenden Genossen in der Deutschen Bücherei nicht gerade als vorbildhaft erschienen, sprachen den Geheimdienst umso mehr an. Schurig verfügte nicht nur über gute Kontakte zu vielen älteren Mitarbeitern, er galt der Stasi auch als »Karrierist« und »feiger Mensch, der jederzeit seine Freunde verraten würde, wenn es darum geht[,] für sich dadurch etwas Angenehmes zu gewinnen«. Fazit des einschätzenden Offiziers: »Ich bin der Meinung, dass einer Anwerbung nichts im Wege steht, da hier der Kandidat für eine Ablehnung zu feige ist und andererseits er seinen Vorteil in der Zusammenarbeit suchen wird.«²¹⁷ Als Leiter der Abteilung Benutzung hatte Schurig seit Dezember 1953 nicht nur die Möglichkeit, die »reaktionären Kreise« in der Deutschen Bücherei zu beschatten, sondern die Stasi auch mit Informationen über das Verhalten der Benutzer zu versorgen, was er bis zum Abbruch der inoffiziellen Tätigkeit im Jahre 1963 mit großer Detailgenauigkeit tat.²¹⁸ Für die Stasi erwies sich Schurig trotz der vielen Nebensächlichkeiten, in denen er sich bei Treffs immer wieder verloren habe, als wertvolle Quelle. 1961 etwa habe man durch die Zuarbeit des »GI Kramer« einen Lehrer der Sportschule als »Gegner der DDR« entlarven und entlassen können.²¹⁹ Aus Sicht der Parteileitung der Deutschen Bücherei stellte Schurig als Leiter der Benutzungsabteilung indes zunehmend ein Ärgernis dar:

»Er wagt keine einzige Anordnung zu treffen, ohne vorher die Zustimmung der Genossen einzuholen. Noch weniger wagt er es, einen Genossen, der etwas verschuldete oder der eine andere Auffassung zu einer Anweisung von Schurig hat, zu kritisieren. Seine Autorität als Abteilungsleiter ist hin, und auch seine parteilosen Mitarbeiter orientieren sich auf das Beispiel einiger Genossen.«²²⁰

Weniger konfliktgeladen gestalteten sich die Besetzungen des Sperrmagazins, der Gesellschaftswissenschaftlichen Beratungsstelle und der Abteilung Bibliographien. Die beiden Erstgenannten waren Neugründungen und wurden gleich zu Beginn mit »klassenbewussten« SED-Mitgliedern besetzt, bei denen die fachliche Qualifikation zweitrangig war. Als erster Leiter des Sperrmagazins fungierte Ernst Rübenkönig (1890-?), nachdem man diese Stelle der Benutzungsabteilung 1951 entzogen und dem Staatssekretariat direkt unterstellt hatte. Rübenkönig galt als kampfprober Genosse. Der seit 1941 an der Deutschen Bücherei tätige Schriftsetzer war bereits im Alter von 20 Jahren in sozialistischen/kommunisti-

217 BV Leipzig, Abt. VI, Vorschlag eines GI für das Objekt Deutsche Büchereien [sic!], 30.8.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 1, Bl. 11 f.

218 BV Leipzig, Abt. V/1, Pemmann, Beschluss, 19.8.1963, ebd., Bl. 47.

219 BV Leipzig, Abt. V/1, Einschätzung GI »Kramer«, 15.3.1961, ebd., Bl. 45.

220 Rechenschaftsbericht zur Berichts- und Wahlversammlung am 24.2.1958, Sächs-StAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

schen Parteien organisiert gewesen, zunächst in der SPD, dann in der USPD, schließlich in der KPD. Dort hatte er vor 1933 auch Parteifunktionen wahrgenommen. Nach 1945 trat er der SPD, dann der KPD bei und fungierte seit 1948 (bis 1953) als Parteisekretär der SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei.²²¹ Erfahrungen im »Klassenkampf« allein genühten jedoch nicht. Auch sein Organisationstalent trug dazu bei, dass er die Stelle des Verwalters des Sperrmagazins erhielt.²²² Bald zeigte sich jedoch, dass zu viel politischer Dogmatismus in dieser Funktion auch Probleme verursachen konnte. Besonders im Zuge der Entstalinisierung warf ihm Brückmann vor, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben.²²³ 1958 wurde Rübenkönig, immerhin schon 68 Jahre alt, abgelöst und durch Alfred Geßner (1909-1985) ersetzt, der das Sperrmagazin bis 1977 leitete. Geßner stammte aus einfachsten Verhältnissen (beide Eltern hatten keinen Beruf erlernt), schloss 1927 eine Lehre zum kaufmännischen Angestellten ab und arbeitete in den folgenden Jahren als Kontorist und Lagerist in verschiedenen Unternehmen. Anders als Rübenkönig hatte Geßner keine Erfahrungen im »Klassenkampf« vor 1945 gesammelt, sondern war stattdessen erst 1954 der SED beigetreten, als die Arbeiterpartei nicht mehr Oppositionsbewegung, sondern bereits Staatspartei war.²²⁴ In der Deutschen Bücherei, an der er bereits seit 1951 tätig war, arbeitete er als Sachgebietsleiter des Feststellungsdienstes und erwies sich aus Rötzschs Sicht hierbei als vorbildlicher Kollege – fleißig, gewissenhaft, kollegial und hilfsbereit. Rötzsch sah ihn für »größere Aufgaben« vor.²²⁵ Diese Eigenschaften, zu denen sich auch eine tadellose politische Beurteilung gesellte, gaben den Ausschlag dafür, ihn zum Nachfolger Rübenkönigs zu ernennen.²²⁶ Als sich das MfS nach dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker zunehmend verstärkt in kulturpolitische Angelegenheiten einmischte und ebenfalls in der Deutschen Bücherei nach und nach IM-»Stützpunkte« aufbaute, wurde auch Geßner 1972 angeworben. Bis zum Eintritt in das Rentenalter 1977

221 Personalbogen Ernst Rübenkönig, 21.7.1950, ADNBL, Personalakte Ernst Heinrich Rübenkönig, Bl. 10f.; Vorschlag zur Auszeichnung des Schriftsetzers der Deutschen Bücherei Ernst Rübenkönig mit der »Verdienstmedaille der DDR« anlässlich der 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei am 3. Oktober 1962, 7.7.1962, ebd., unfol.

222 Deutsche Bücherei, Personalleiter Helmut Rötzsch, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Personalabteilung, 26.6.1951, ebd., unfol.

223 Deutsche Bücherei, Kaderabteilung, Beurteilung Ernst Rübenkönig, 20.6.1956, ebd., Bl. 58.

224 Personalbogen Alfred Geßner, 17.6.1952, ADNBL, Personalakte Karl Otto Alfred Geßner, Bl. 3f.

225 Deutsche Bücherei, Beurteilung Alfred Geßner, 29.3.1955, ebd., Bl. 34.

226 Helmut Rötzsch, Beurteilung über den Genossen Alfred Geßner, 24.12.1959, ebd., unfol.

versorgte er die Stasi mit angeforderter Literatur und Informationen über Benutzer des Sperrmagazins.²²⁷ In diesem Sinne wurden auch seine Nachfolger tätig.

Die Gesellschaftswissenschaftliche Beratungsstelle, die mit der erst 1949 eigenständig gewordenen Abteilung Auskunft zusammengelegt wurde und künftig speziell das marxistisch-leninistische Grundstudium an den Hochschulen mit Literaturzusammenstellungen unterstützen sollte,²²⁸ fand mit Werner Rittner (1922-2006) 1953 einen als vorbildhaft geltenden Leiter. Der in der Nähe von Dresden geborene Sohn eines Fabrikarbeiters und ausgebildete Stanzer erlebte als junger, vielversprechender Nachwuchskader in der SBZ/DDR einen deutlichen Karrieresprung. Bereits 1945 trat er in die SPD, dann in die SED ein und übernahm erste leitende Funktionen. Nach einer kurzen Tätigkeit in lokalen Verwaltungsstellen besuchte er 1947 die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig, die er im Jahr darauf jedoch ohne Abschluss verließ. Seither arbeitete er als Leiter verschiedener Volksbüchereien in Sachsen und wurde nach einem Kurzlehrgang an der Bibliothekarschule Leipzig dort sogar als Dozent für Gesellschaftswissenschaften eingestellt. Anschließend arbeitete er kurzzeitig als zuständiger Behördenleiter für das Volksbüchereiwesen in Leipzig.²²⁹ Mit seiner Bewerbung an der Deutschen Bücherei im Jahre 1953 verknüpfte Rittner die Hoffnung, wieder eine Dozentenfunktion erlangen zu können.²³⁰ Röttsch war Rittner bereits aus gemeinsamen Begegnungen in der Prüfungskommission für den Bezirk Leipzig bekannt und dieser sorgte zusammen mit Brückmann dafür, Rittner unter Umgehung des Generaldirektors zum Leiter der Gesellschaftswissenschaftlichen Beratungs- und Auskunftsstelle zu ernennen.²³¹

Als letzte Domäne bürgerlich-sozialisierter Bibliothekare verblieb indes die Abteilung Bibliographie, schließlich gerieten deren Mitarbeiter nicht oder kaum in Kontakt mit der »sozialistischen« Außenwelt. Die Abteilung wurde bis 1954 von Curt Fleischhack und anschließend bis 1958 von Erich Drews geleitet. Der in Berlin geborene Sohn eines Gewerbetreibenden hatte eine klassische Bibliothekslaufbahn absolviert. Nach dem Studium an die Universitäten Wien und Graz wurde er 1938 promoviert und schloss eine zweijährige Ausbildung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst an. Bereits 1937 war er Anwärter der

227 Vgl. seine IM-Akte: BStU, MfS, BV Leipzig, AGMS 1795/80.

228 Das Auskunftswesen war vor der Bildung der Gesellschaftswissenschaftlichen Beratungsstelle Teil der Abteilung Kataloge. Vgl. Schaaf, Zur Geschichte der Deutschen Bücherei nach 1945, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962, S. 80.

229 Personalbogen Werner Rittner, 7.3.1953, ADNBL, Personalakte Werner Walter Rittner, Bl. 1f.

230 Lebenslauf Werner Rittner, 7.3.1953, ebd., Bl. 4.

231 Helmut Röttsch an die Personalabteilung des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 12.3.1953, ebd., unfol.

NSDAP in Graz geworden, hatte aber das Parteibuch eigenen Angaben zufolge nie erhalten. 1941 konnte er noch die Geschäftsführung der an die Steiermärkische Landesbibliothek angegliederten Volksbüchereistelle übernehmen, wurde aber bereits im Jahr darauf zum Kriegsdienst eingezogen. Nach Kriegsende von Österreich abgeschnitten fand Drews zunächst eine Anstellung als Bibliothekar bei den Industrie-Werken Sachsen/Anhalt, bis er 1948 zum persönlichen Referenten des Finanzministers von Sachsen-Anhalt berufen wurde. Zugleich trat er in die LDP ein. Mit der Auflösung der Länder im Jahre 1952 schied er aus dem Verwaltungsdienst aus.²³² An die Deutsche Bücherei kam Drews ganz konventionell durch eine direkte Bewerbung bei Uhlendahl, dem er 1939 einmal während einer Fachtagung begegnet sei.²³³ Er erhielt eine Stelle als wissenschaftlicher Bibliothekar an der Bibliographischen Abteilung, wo er bald zum Stellvertreter Fleischhacks aufrückte. Nachdem Fleischhack Hauptdirektor geworden war, übernahm Drews die freie Abteilungsleiterstelle. Er galt als durchsetzungsfähig, fachlich und in Organisationsangelegenheiten versiert. Dass er es nicht ablehnte, auch »gesellschaftliche Aufgaben« zu übernehmen, nahm man in der Kaderabteilung positiv zur Kenntnis, entscheidend war dies für Drews' Berufung indes nicht.²³⁴ 1958 floh er jedoch in die Bundesrepublik, nachdem einige seiner Mitarbeiter, bei denen »Hetzgedichte« gefunden wurden, verhaftet worden waren.²³⁵ Die Leitung der Abteilung wurde schließlich von Werner Rittner übernommen.

Die Personalwechsel in den Leitungspositionen spiegeln, so ein Zwischenergebnis, die Strategien und Grenzen der Machtdurchsetzung der SED in der Deutschen Bücherei wider. Wie in vielen anderen Institutionen wurde auch in der Leipziger Bibliothek das akademisch gebildete Bürgertum allmählich aus Führungspositionen verdrängt, von einer »Proletarisierung« der Institutionenkultur lässt sich aber nicht sprechen.²³⁶ Eine zentrale Funktion für die Personalwechsel spielte die SED-Grundorganisation in Zusammenarbeit mit der Kaderabteilung. Diese erwiesen sich jedoch weniger für »Altkommunisten«, sondern vor allem für jüngere, aufstiegswillige Parteikader ohne kommunistische Sozialisation vor 1945 als Karrieresprungbretter. Die neuen Leitungskader Hans Schurig, Annemarie Plettner und selbst Helmut Röttsch, der vor 1945 eine Buch-

232 Personalbogen Erich Drews, ADNBL, Personalakte Erich Josef Wilhelm Drews, Bl. 1f.

233 Erich Drews an Heinrich Uhlendahl, 30.9.1952, ebd., Bl. 3f.

234 Deutsche Bücherei, Kaderabteilung, Beurteilung Erich Drews, 20.6.1956, ebd., Bl. 23.

235 Erich Drews an Curt Fleischhack, 30.5.1958, ebd., unfol.; Deutsche Bücherei, Kaderleiter Conrad, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Personalabteilung, 4.6.1958, ebd., unfol.

236 Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch Ralph Jessen in Bezug auf den Elitenaustausch bei Professoren. Vgl. Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*, S. 379f.

händlerlehre absolviert hatte, stammten aus der Mittelschicht, verfügten über notwendige Berufserfahrungen und zum Teil über langjährigen »Stallgeruch«. Gleichwohl stellten ihre Berufungen einen deutlichen Bruch mit den Traditionen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens dar. Bibliothekare des gehobenen Dienstes (Schurig und Plettner) waren zwar bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit vereinzelt auf Wissenschaftlerstellen gerückt (jedoch nicht auf leitende Positionen), dies war allerdings eine aus der Not heraus geborene Praxis. Der Einflussgewinn von Parteileitung und Kaderabteilung hebelte nun die Konventionen der Bibliothekarslaufbahn(en) aus und ermöglichte Aufstiegschancen, die jedoch – von den beiden neu gegründeten Abteilungen abgesehen – Professionalität im Beruf ebenso voraussetzten wie politische Loyalität.

Wie tief dieser keineswegs planvoll gesteuerte Elitenaustausch auch auf den unteren Rängen in der Deutschen Bücherei Fuß fasste, lässt sich aufgrund fehlender Quellen nicht hinreichend beantworten. Es können im Folgenden daher nur einige Rahmenbedingungen dargestellt werden, die eher die Grenzen der Kaderpolitik unterhalb der Leitungsebene verdeutlichen. Zumindest für die Amtszeit Helmut Rötzschs als Personalleiter (1950–1953) finden sich Entlassungsstatistiken, die nicht das Bild eines flächendeckenden Verdrängungsprozesses bürgerlich-sozialisierten Fachpersonals zeichnen. Von den 85 im Zeitraum vom 1. Juli 1951 bis 21. Dezember 1953 statistisch erfassten Abgängen lassen sich nur sechs politischen Gründen zuordnen. In den häufigsten Fällen waren gesundheitliche, persönliche oder berufliche Gründe ausschlaggebend.²³⁷ Bestätigt wird dieses Bild durch einen Blick auf diejenigen Mitarbeiter, welche die DDR in Richtung Westen verließen und offiziell als »Republikflüchtlinge«, d.h. als Kriminelle und Vaterlandsverräter, galten.²³⁸ Für die Zeitspanne von 1950 bis 1953 konnten 13 abgewanderte Bibliothekare ermittelt werden, darunter fast ausschließlich Mitarbeiter des gehobenen Dienstes und überdurchschnittlich viele Frauen, was angesichts der Dominanz weiblicher Angestellte auf dieser Ebene kaum verwundert. Vor allem jüngere, zwischen Mitte und Ende der 1920er Jahre geborene Bibliothekarinnen schlossen sich häufig nur ihren Eltern an, wenn diese die DDR verließen. Die Motivation, die DDR zu verlassen, hing in diesen Fällen also nicht mit der Deutschen Bücherei zusammen. Andere Bibliothekare fanden in der Bundesrepublik einen Beruf, der ihren Qualifikationen und beruflichen Vorstellungen eher entsprach. Für viele war die Deutsche Bücherei nur eine Zwischenstation, das Arbeitsumfeld in der Leipziger Bibliothek galt seit jeher als nicht sonderlich attraktiv. Das schließt gewiss nicht aus, dass die Geflohenen auch politische Gründe hatten. Die häufig überlieferten Briefe aber, die diese aus Westdeutschland an Generaldirektor Uhlendahl – oft verbunden mit

237 ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946–1955, unfol.

238 Zum Begriff »Republikflucht« vgl. Damian van Melis, »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.

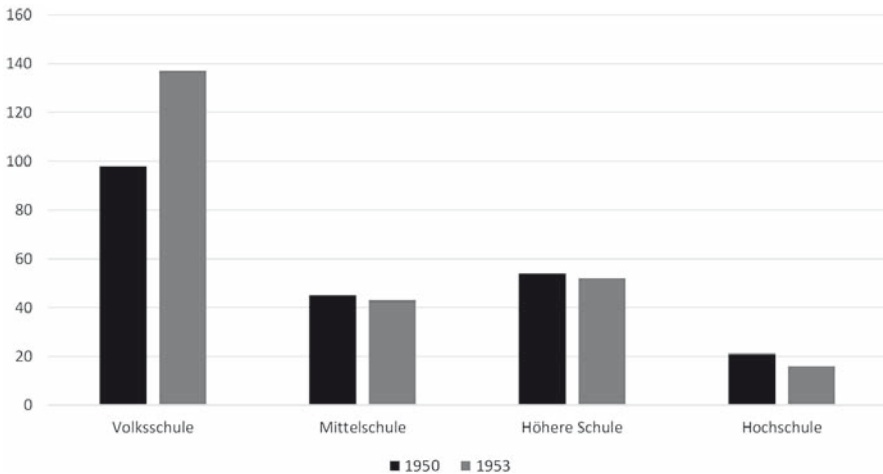


Abb. 6: Qualifikationsniveau der Mitarbeiter der Deutschen Bücherei 1950 und 1953²⁴⁰

der Bitte um ein Arbeitszeugnis – schrieben, lassen jedoch keine Rückschlüsse darauf zu, dass die ideologischen Pressionen in der Deutschen Bücherei ein unerträgliches Maß erreicht hatten.²³⁹

Für das Personalamt und die Parteileitung boten die zahlreichen Abgänge freilich eine passende Gelegenheit, die frei gewordenen Stellen mit Arbeiterkindern und SED-Mitgliedern zu besetzen. So erhöhten sich die Anteile der Arbeiterkinder von 30,3 auf 42,3 bzw. der SED-Mitglieder von 6,4 auf 16,5 Prozent.²⁴¹ Allein eine numerische Vergrößerung der Anteile von Arbeiterkindern und SED-Mitgliedern erzeugte freilich noch keine »klassenbewusste« Belegschaft. Im Rahmen einer Anordnung des sächsischen Volksbildungsministeriums vom Februar 1951, sämtliche Mitarbeiter der Deutschen Bücherei politisch einzuschätzen,²⁴²

239 ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955, unfol.; Personalakten der Betroffenen. Hans Schurig berichtete dem MfS über zwei Fälle von »Republikflucht«, will aber bei Gesprächen mit Mitarbeitern herausgefunden haben, dass die Geflohenen wegen des allgemeinen politischen Klimas in der DDR in den Westen gegangen waren, nicht aber wegen bestimmter Vorkommnisse in der Deutschen Bücherei. Vgl. Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 12.7.1956, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bl. 87; Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 3.4.1960, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 3, Bl. 21.

240 ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955, unfol.

241 Zahlen aus: ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955, unfol.

242 Ministerium für Volksbildung an die Personalabteilung der Deutschen Bücherei, 2.2.1951, ebd., unfol.

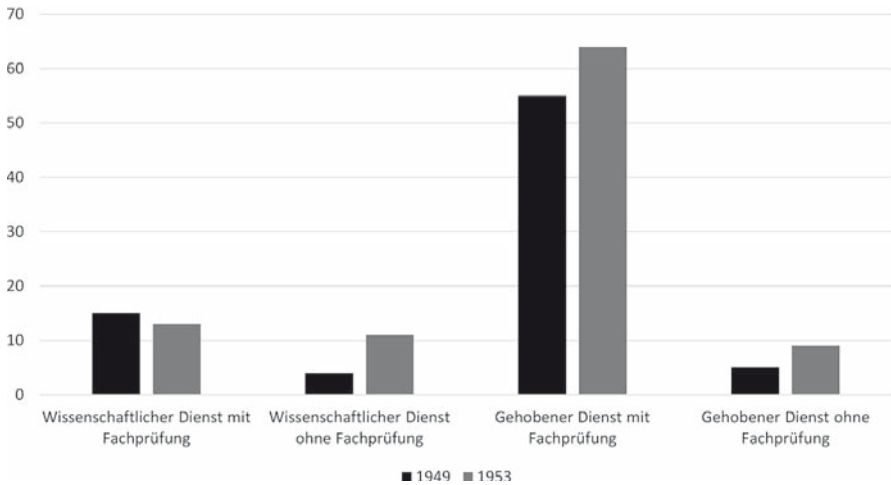


Abb. 7: Qualifikationsniveau im wissenschaftlichen und gehobenen Dienst 1949 und 1953²⁴⁴

bescheinigte der Personalleiter Röttsch zwar immerhin rund 37 Prozent der Belegschaft eine »positive« oder »fortschrittliche« Einstellung bzw. eine aktive Beteiligung am politischen Leben. Berücksichtigt man indes die unterschiedlichen Statusgruppen in der Bibliothek, so fanden sich diese Kräfte vor allem im technischen und Verwaltungspersonal. Unter den wissenschaftlichen, gehobenen und einfachen Bibliothekaren fiel jeweils nur etwa ein Viertel unter jene Kategorien. Die meisten Bibliothekare wurden als desinteressiert, »ablehnend« oder »undurchsichtig« beurteilt, was zeigt, dass ein Großteil der Bibliothekare der SED gegenüber reserviert begegnete. Die Verteilung der Parteimitgliedschaften zeichnet ein analoges Bild. Von insgesamt 32 SED-Mitgliedern (Dezember 1952) fanden sich 22 im technischen und Verwaltungsdienst, von den 24 Mitgliedern in Blockparteien dagegen 23 im Bibliotheksdienst.²⁴³ Blickt man auf das fachliche Niveau der Mitarbeiter, so zeigen sich sogar die negativen Seiten der Personalpolitik. So hatte der Fokus auf die Erhöhung der Anteile von Arbeiterkindern und SED-Mitgliedern auch zu einer Aufweichung fachlicher Standards geführt.

Gewiss ergaben sich die signifikanten Veränderungen vor allem auf den unteren Personalrängen. Der wissenschaftliche und gehobene Dienst war von diesen Entwicklungen jedoch keineswegs ausgeschlossen. Besonders hier wurden zunehmend Quereinsteiger mit mustergültigem Sozialprofil bevorzugt.

²⁴³ Handschriftliche Einschätzungen, 4.12.1952, ebd., unfol.

²⁴⁴ Zu den Zahlen vgl. BArch, DR 3, 1. Schicht, 5985.

Unterminiert wurde eine systematische Kaderarbeit jedoch, weil die Personalabteilung mit der Besetzung der freien Stellen nur mühsam hinterherkam. Selbst die übergeordneten Behörden taten kaum etwas, um die wenig attraktiven Arbeitsbedingungen an der Deutschen Bücherei zu verbessern. Die Staatliche Stellenplankommission behandelte die Haushaltsbedürfnisse wissenschaftlicher Bibliotheken generell nachrangig. Im August 1953 etwa erhielt die Personalabteilung der Deutschen Bücherei die enttäuschende Mitteilung, dass die Stellenpläne der Hochschulen Priorität besäßen und »es beim besten Willen nicht möglich war, gleichzeitig die Stellenpläne für die Büchereien und das Bibliothekswesen mit zu bearbeiten«.²⁴⁵ Die Personalabteilung der Deutschen Bücherei musste deshalb immer wieder auf die Möglichkeit zurückgreifen, Personal über lokale Annoncen anzuwerben. Auch wenn man dabei verstärkt »staatsbewusste« und »fortschrittliche« Kräfte direkt ansprach,²⁴⁶ blieb man letztlich darauf angewiesen, wer sich meldete. Diese Praxis fand infolge eines Verbots durch den Wirtschaftsrat vom 22. August 1957 indes ein jähes Ende. Obwohl sich diese Anordnung vornehmlich an zentral geleitete Betriebe richtete, die immer wieder Arbeitskräfte durch finanzielle Anreize an sich gezogen hatten und der zentralen Arbeitskräftelenkung damit entgegenarbeiteten,²⁴⁷ musste nun auch die Deutsche Bücherei ihre Arbeitskräftezufuhr über lokale Behörden regeln – mit negativen Folgen. Nachdem die Personalabteilung immer wieder Anfragen an den Rat der Stadt Leipzig gerichtet und dabei auf ihre führende Rolle im Bibliothekswesen der DDR verwiesen hatte, erhielt sie im Juni 1959 die ernüchternde Antwort, dass der momentane Arbeitskräftemangel in den Betrieben Vorrang habe und die Bibliothek ihre Personalprobleme durch hausinterne Umbesetzungen selbst zu lösen habe.²⁴⁸ Die anfänglichen Erfolge der Personalabteilung bei der Erhöhung der Anteile von Arbeiterkindern und SED-Mitgliedern schlugen deshalb bald in Stagnation um. Bis Ende 1956 war der Arbeiteranteil wieder auf 34,4 Prozent gesunken und erst im Jahr darauf wieder auf 43,5 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Republikdurchschnitt sah man sich in der SED-Grundorganisation damit schon weit ins Hintertreffen geraten.²⁴⁹ Über die Zeitungsannoncen gewann man dagegen eher »sehr viel [sic!] bürgerliche Menschen, die den bibliothekarischen Beruf ergreifen«. Auf karrierebewusste SED-Mitglieder konnte der Beruf des Bibliothekars indes keine sonderliche Attraktivität ausüben. Es seien

245 Regierung der DDR, Staatliche Stellenplankommission, Abteilungsleiter Kriegel, an die Deutsche Bücherei, 11.8.1953, ADNBL, 333, Bl. 20.

246 Vgl. die Anzeigentexte in ADNBL, 335/0.

247 Vgl. hierzu Dierk Hoffmann, *Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963*, München 2002, S. 496.

248 Rat der Stadt Leipzig, Abt. Arbeit, an die die Deutsche Bücherei, 30.6.1959, ADNBL, 335/0, Bl. 217.

249 Rechenschaftsbericht zur Berichts- und Wahlversammlung am 24.2.1958, Sächs-StAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

deshalb »sehr viele alte und sehr viele konservative Mitarbeiter vorhanden, die zwar nicht mehr die Bücherei politisch maßgebend beeinflussen, die aber umso intensiver die jungen Menschen unter ihren Einfluß bringen«. ²⁵⁰

Auch Institutionen innerhalb der Deutschen Bücherei, die der Machtdurchsetzung der SED dienen sollten, erwiesen sich nicht als effektive Transmissionsriemen. Die BGL etwa blieb auf sozialpolitische Inhalte beschränkt, obgleich die Leitungspositionen von SED-Mitgliedern besetzt waren, welche die Parteileitung »vorgeschlagen« hatte. Die Diskussionen um die Ablösung Heinrich Uhrendahls im Frühjahr 1954 haben deutlich gezeigt, dass die BGL der Generaldirektion loyal gegenüberstand und die von der Parteileitung geforderte Ablösung nicht vertreten wollte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nahezu alle Mitarbeiter der Bibliothek gewerkschaftlich organisiert waren, was den Genossen in der Gewerkschaft eine Minderheit verschaffte. Noch im November 1958 stellte die Parteileitung ernüchternd fest, dass die BGL zwar in der Hand von Genossen sei, dass dort jedoch vorwiegend über soziale Probleme diskutiert werde, politische Erziehungsarbeit dagegen kaum ein Thema sei. Häufig reagierte die BGL in dieser Hinsicht erst, wenn die SED-Grundorganisation entsprechende Aufträge erteilt hatte. Auf starkes Desinteresse stieß man zudem bei den jüngeren Mitarbeitern. In der FDJ-Grundeinheit seien lediglich zehn Prozent der SED-Mitglieder der Deutschen Bücherei organisiert gewesen. ²⁵¹

Bürgerlich-sozialisierte Fachkräfte bildeten aber nur eine unter mehreren Flanken, an denen die Parteileitung kämpfte. Auch leitende Genossen selbst haderten mit den hohen Anforderungen der Parteileitung, die dadurch selbst an Mobilisierungskraft verlor. Diese hatte vor allem in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre immer häufiger damit zu tun, ihre leitenden Mitglieder zu disziplinieren, was deren Kampfeslust oft in Desillusionierung umschlagen ließ. Nicht nur, dass Genossen unsicher waren, wie genau sie sich in ihrer fachlichen Tätigkeit zu verhalten hatten. Die Doppelrolle als Fachkraft und Parteiarbeiter erlebten viele als Widerspruch. Werner Rittner ist hierfür ein typisches, zugleich aber auch extremes Beispiel. Obzwar er in der Hoffnung an die Deutsche Bücherei gekommen war, nebenbei wieder als Dozent für Gesellschaftswissenschaft tätig werden zu können, merkte er bald, dass die Parteileitung anderes mit ihm vorhatte. Bereits im ersten Jahr an der Bibliothek übernahm der gerade einmal 31-Jährige die Funktion des alternden Parteisekretärs Ernst Rübenkönig. Schon bald aber klagte der überdies an Tuberkulose erkrankte Rittner über eine zu starke Inanspruchnahme durch die fachliche Arbeit, sodass besonders die politischen Aufgaben zu kurz kämen. Selbst sein Nachfolger Walter Enghardt, der

250 Situationsbericht zur patriotischen Erziehung der Belegschaft der Deutschen Bücherei, 6.10.1954, SächsStAL, 21532, IV/7/169/05, unfol.

251 Rechenschaftsbericht zur Berichts- und Wahlversammlung am 24.2.1958, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

die Funktion des Parteisekretärs von 1955 bis 1958 ausübte und keine leitende Funktion in der Bibliothek innehatte, sondern in der Verwaltung (Buchhaltung) tätig war, monierte, dass die vielen Sitzungen, Versammlungen und Anleitungen der Partei mit der fachlichen Arbeit kollidierten. Einen Ausweg sah Enghardt nur in der Ernennung eines hauptamtlichen Parteisekretärs.²⁵² Im Nachgang des Aufstandes in Ungarn im Herbst 1956, der auch innerhalb der SED-Führung erneut die Furcht vor »Abweichlern« in den eigenen Reihen verstärkte, stand Rittner kurz vor seinem Austritt aus der SED. Als Agitator der SED habe es Rittner nicht mehr verkräften können, »die offizielle Meinung zu vertreten, hinter der ich oft nicht stehen kann«. Seine Austrittspläne verwarf er jedoch, nachdem die Parteileitung immer wieder auf ihn eingeredet und psychologischen Druck (würde sich Rittner entlasten, belastete er die Partei) ausgeübt hatte.²⁵³ Nachdem Rittner, der weiterhin Parteileitungsmitglied blieb und damit auch politische Aufträge zu erfüllen hatte, 1958 auf den durch die Flucht Drews' vakant gewordenen Leiterposten der Bibliographischen Abteilung beordert worden war, machte er Röttsch zwei Jahre später in einem Kadergespräch deutlich, dass er hierfür kaum qualifiziert war. Dennoch setzte Röttsch in Rittner sämtliche Hoffnungen. Dieser solle künftig »Unterricht in Bibliographie« geben und zum »Experten der Bibliographien« werden.²⁵⁴ Als Röttsch ihm dann im Zuge der Nachfolgeregelung für Fleischhack im informellen Gespräch eröffnet hatte, dass Rittner Stellvertreter des Hauptdirektors werden solle und notfalls auch einen Parteauftrag erhalte,²⁵⁵ zog Rittner die Reißleine und floh wenige Wochen vor dem Mauerbau in den Westen. Der Fall sorgte für großes Aufsehen und war aus Sicht der Parteileitung ein doppeltes Ärgernis. So wurde zum einen die »Republikflucht« Rittners in führenden westdeutschen Pressemedien publik gemacht,²⁵⁶ zum anderen zog der Fall auch vereinzelt Solidaritätsbekundungen innerhalb der Deutschen Bücherei nach sich. So hätten einige Sekretärinnen lautstark geäußert, »daß, wenn schon ein Mann, wie Werner Rittner strauchelt und zum Gegner überläuft, daß dann die ganze Partei wackelt«. Überdies hätten sie »mit einer gewissen Schadenfreude« zum Ausdruck gebracht, »daß Einer endlich den Mut gehabt hat, sich dem Druck, den die Partei ausübt (Funktionsüber-

252 Rechenschaftsbericht, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

253 Außerordentliche Leitungssitzung am 12.11.1956, SächsStAL, 21532, IV/7/169/04, unfol.

254 Kadergespräch mit Koll. Rittner am 1.6.1960, ADNBL, Personalakte Werner Walter Rittner, unfol.

255 Abschiedsbrief Werner Rittner (Abschrift), 28.7.1961, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

256 Vgl. die Abschriften der Artikel (FAZ vom 9.8.1961, Die WELT vom 9.8.1961), ADNBL, Personalakte Werner Walter Rittner, unfol.

nahme)[,] zu entziehen«.²⁵⁷ Rittner war indes nicht der einzige Genosse, der in den Westen geflohen war. Bereits 1953 und 1959 hatten sich zwei SED-Mitglieder aus der Deutschen Bücherei abgesetzt.

Rittner steht stellvertretend für eine ganze Reihe von SED-Mitgliedern, die sich bald kaum noch in der Lage sahen, fachliche und politische Arbeit den Erwartungen entsprechend miteinander zu verbinden. Der Nachfolger des Parteisekretärs Enghardt, Gerhard Hesse, klagte schon ein Jahr nach Übernahme der Funktion 1958, dass er ohne eine Schreibkraft kaum noch in der Lage sein würde, Parteifunktion, Abteilungsleitung und den Vorsitz in zwei Ausbildungskommissionen bewältigen zu können.²⁵⁸ Parteilehrjahre, von denen man sich anfangs noch eine Stärkung des »Klassenbewusstseins« erhofft hatte, wurden bald kaum noch besucht. 1954 konnte man noch 80 Prozent der Genossen im Parteilehrjahr begrüßen.²⁵⁹ Vier Jahre später, so die ernüchternde Diagnose, legten viele Genossen ihre Arztbesuche absichtlich auf Montag, um den Schulungsveranstaltungen zu entgehen. Pflichtliteratur werde häufig nicht gelesen, das Interesse am Selbststudium sei gering. Die »merkliche Passivität« vieler Genossen habe sich auch in einer deutlichen Abnahme des Besuchs von Agitationsanleitungen gezeigt.²⁶⁰ Zuweilen fühlten sich die Genossen bald nicht mehr einer Avantgarde zugehörig, sondern sahen sich gegenüber ihren parteilosen Kollegen benachteiligt. So musste die Parteileitung 1959 einräumen, dass »die parteilosen Wissenschaftler in der Regel mehr Zeit als die Genossen finden, um wissenschaftlich zu arbeiten«.²⁶¹

Besonders im Fokus der Parteileitung standen zunehmend auch viele »Altkommunisten«, die den Klassenkampf auf den Straßen der Weimarer Republik oder im Untergrund des Nationalsozialismus miterlebt hatten, von der jüngeren Kadergeneration aber zunehmend als Gefahr für die Durchsetzung der SED-Herrschaft angesehen wurden. Auch hier stieß die Durchsetzung des Idealbildes einer »sozialistischen« Belegschaft an die Grenzen organisationaler Notwendigkeiten. Dies sei an zwei Beispielen demonstriert. Der erste Fall, der mit einer »strengen Rüge« für den Genossen endete, stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953, an dem es auch in Leipzig zu schweren Ausschreitungen gegen die SED gekommen war.²⁶² In der Deutschen Bücherei, die sich nicht weit vom Demonstrationsgeschehen entfernt befand, war es indes ruhig

257 SED-Kreisleitung Leipzig-Süd, Gen. Bauch, an die SED-Bezirksleitung, Gen. Lauter, 5.8.1961, SächsStAL, 21123, IV/2/12/593, Bl. 88.

258 Deutsche Bücherei, Kaderleiterin Kind, an den Rat der Stadt Leipzig, Stadtbezirks Süd, Sachgebiet Arbeit und Berufsbildung, 11.5.1959, ADNBL, 335/0, unfol.

259 Rechenschaftsbericht, o.D. [1955], SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

260 Rechenschaftsbericht zur Berichts- und Wahlversammlung am 24.2.1958, ebd., unfol.

261 Rechenschaftsbericht, o.D. [1959], ebd., unfol.

262 Hierzu vgl. Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, S. 101-182.

geblieben. Allerdings hatten Mitarbeiter die Gelegenheit genutzt, um ihrem über viele Jahre angestauten Unmut über unzureichende Löhne und Gehälter Luft zu machen, ähnlich wie es auch die Bauarbeiter der Ost-Berliner Stalinallee zunächst getan hatten. Jedoch griffen die Mitarbeiter der Deutschen Bücherei nicht zum Instrument des Streiks, sondern fertigten ohne Kenntnis der Parteileitung eine Unterschriftenliste an, mit der die zuständige Abteilung im Staatssekretariat aufgefordert werden sollte, die beschriebenen Mängel zu überprüfen. Im Text wurde auch auf Ungerechtigkeiten zwischen älteren Mitarbeitern und jüngeren SED-Mitgliedern hingewiesen. Als die Parteileitung davon erfuhr, stoppte und vernichtete sie die »illegale« Liste.²⁶³ Auf dieser hatte fast die Hälfte der Mitarbeiter der Deutschen Bücherei unterschrieben, an 20. Stelle auch der Genosse S. Ob dies unter Druck geschah, wie sich S. später während einer Leitungssitzung rechtfertigte, oder ob S. als früheres SPD-Mitglied (1918–1928) mit seiner Unterschrift einfach als Betroffener gehandelt hatte, lässt sich nicht mehr ermitteln. Jedenfalls musste S. sich vorhalten lassen, eine »antidemokratische, antigewerkschaftliche Handlung« gefördert und zahlreiche parteilose Mitarbeiter zur Unterschrift bewegt zu haben. Er habe »karrieristische Tendenzen erkennen« lassen, da er sich mit dem Gros der parteilosen Mitarbeiter solidarisieren wollte, während er die Partei desavouiert habe.²⁶⁴

In einem zweiten Fall aus dem Jahre 1957 geriet wiederum ein kampfprober Genosse in die Mangel. Dem Genossen T. war zum Verhängnis geworden, dass er sich vornehmlich als Parteiarbeiter sah, seiner fachlichen Arbeit im Zeitschriftenlager aber weniger enthusiastisch nachging. Als alter Kämpfer der KPD wehrte er sich jedoch mit allen verbalen Mitteln dagegen, dass jüngere Genossen ihm etwa Prämienzahlungen verweigerten. Das Argument, dass T. nachlässig und langsam gearbeitet habe, wischte er immer wieder mit dem Verweis auf sein kulturelles Kapital beiseite: »Ihr habt versucht[,] mich klein zu kriegen. Mein Weg ist sehr steinig gewesen. Die, die mich hier angeklagt haben, kennen die Zeit nicht, wo wir die Zeitungen unter der Weste verkauften.« Zudem habe er im Auftrag des ZK der SED und unter Aufwendung eigener finanzieller Mittel als Literaturobmann bereitwillig »fortschrittliche Literatur« an Kollegen verkauft. Die Verbitterung über ausbleibende Prämienzahlungen sowie die Vorwürfe, T. kenne »kein rationelles Arbeiten« und habe eine »schlechte Arbeitseinstellung«, wirkten sich auch auf das Arbeitsklima im Zeitschriftenlager aus, wo es immer wieder zu lauten verbalen Auseinandersetzungen zwischen T. und jüngeren Ge-

263 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. VI, Persönliche Rücksprache mit Schurig, Hans von der Deutschen Bücherei, 7.8.1953, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil I, Bl. 16f.

264 Protokoll über Leitungssitzung mit dem Parteiaktiv am 30.9.1953, SächsStAL, 21532, IV/7/169/04, unfol.; Protokoll über die Mitgliederversammlung am 30.10.1953, 5.11.1953, SächsStAL, 21532, IV/7/169/02, unfol.

nossen gekommen sei. Wegen seiner Verwurzelung in der politisch organisierten Arbeiterbewegung sah man jedoch davon ab, T. zu entlassen. Er erhielt zunächst nur eine »Rüge«. ²⁶⁵ In den Augen der SED-Kreisleitung Leipzig, die der SED-Grundorganisation organisatorisch übergeordnet war, war jedoch auch dies zu viel des Guten. Die Rüge musste zurückgezogen werden, obgleich T. sich dem Votum bereits gebeugt hatte. Im September 1960 kam es erneut zum Eklat mit T., weil er einer jüngeren Genossin nachgestellt haben soll. Die Parteileitung strengte ein neues Parteiverfahren an, zog aber gleich zu Beginn die Kreispartei-kontrollkommission der SED hinzu, um möglichen nachträglichen Interventionen vorzubeugen. Nach erhitzten Diskussionen, ob Genosse T. aus der Partei ausgeschlossen werden solle oder nicht, entschied man sich letztlich dafür, T. zu beurlauben und seinen Geisteszustand überprüfen zu lassen. Anschließend wurde ihm für zwei Jahre die Möglichkeit zur Übernahme von Parteifunktionen entzogen, was für einen altgedienten Funktionär eine wohl größere Strafe bedeutete als die Versetzung auf eine andere Position. ²⁶⁶ Diese Beispiele von Sozialdisziplinierung in der Deutschen Bücherei spiegeln generelle Mechanismen der Machtdurchsetzung der SED, insbesondere den Wandel der Partei von einer »Bewegung« zu einer Staatspartei wider. Nicht nur politische Passivität oder gar Resistenz, sondern auch mangelnde Professionalität stand aus Sicht der leitenden Genossen der Durchsetzung des SED-Einflusses innerhalb der Deutschen Bücherei entgegen.

Zudem konnte sich das Prinzip der gegenseitigen Beobachtung zuungunsten der Genossen auswirken und der Machtdurchsetzung der SED weitere Grenzen setzen. Ein ausgesprochen politisches Problem stellten die vielfachen Klagen von Arbeitern mit niedrigen Gehältern dar, darunter auch viele SED-Mitglieder selbst. Im Juli 1956 monierte ein 62 Jahre alter Genosse, wie schwer es sei, unter den Arbeitern »politische Aufklärungsarbeit« zu betreiben. Besonders häufig zeigten sich Arbeiter verärgert über die Widersprüche zwischen den Erfolgsmeldungen über das wirtschaftliche Wachstum in der DDR und der eigenen Lebenslage, ²⁶⁷

265 Protokoll der Mitgliederversammlung am 15.4.1957, 3.5.1957, Ebd., unfol.

266 Protokoll der Mitgliederversammlung der BPO der SED am 12.9.1960, ebd., unfol.; Protokoll der Leitungssitzung vom 3.6.1960, SächsStAL, 21532, IV/7/169/04, unfol.

267 Neuere Forschungen betonen, dass der Pro-Kopf-Verbrauch in der DDR in den 1950er Jahren etwa zwei Drittel von dem in der Bundesrepublik betrug und damit keineswegs so niedrig war, wie er gemeinhin dargestellt wird. Vielmehr wurde die Wahrnehmung dieses Umstandes durch die Erfolgsmeldungen aus der Bundesrepublik und die insgesamt steigenden Löhne in der DDR verzerrt, von denen allerdings vor allem Fachkräfte und Akademiker profitierten. Zudem verursachten die nicht proportional zur Leistung steigenden Löhne einen Kaufkraftüberhang, der die Konsumlage in der DDR noch einmal schlechter erscheinen ließ. Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004,

in der sie kaum eine oder gar keine Verbesserung spürten.²⁶⁸ Es gab sogar Genossen, die insbesondere in den Tagen und Monaten der Entstalinisierung im Sommer/Herbst 1956 deutlich zum Ausdruck brachten, dass sie »früher unter anderem Regime« nicht so wenig verdient hätten wie in der DDR. Der langjährige Genosse T., der sich wenige Monate später wegen seiner nachlässigen Arbeit im Zeitschriftenlager vor der SED-Grundorganisation verantworten musste, zeigte sich dabei derart verärgert über die sozialen Ungleichheiten zwischen Arbeitern und Akademikern, dass er sich lautstark darüber mokierte, »der Kapitalismus sei in der DDR gar nicht abgeschafft.«²⁶⁹ Prekäre Lebenslagen schweißten auch in der Deutschen Bücherei zusammen. Vor allem in den unteren Gehaltskategorien waren sich Genossen und Nicht-Genossen so einig wie sonst kaum. Auch solche informellen Gegenkollektive, die ihren materiellen Status beklagten, schränkten die SED-Grundorganisation in ihrer Autorität ein.²⁷⁰

Bürgerlich-sozialisierte Bibliothekare reagierten auf ideologischen Druck dagegen vorwiegend mit äußerlichen Anpassungsleistungen, um dadurch ungestört der fachlichen Arbeit nachgehen zu können. Hans Schurig beschrieb diese äußerliche Selbstmobilisierung auf markante Weise:

»Die Wachsamkeit im Betriebe ist seit langem erheblich verbessert organisiert und besonders seit Übernahme der Leitung der Kaderab[t]eilung durch den stellvert[retenden] General-Dir[ektor] weht ein sehr scharfer Wind, der beim letzten Betriebsangehörigen angekommen sein dürfte. Der Ausspruch, mehrfach wiederholt, des Koll[egen] Br[ückmann]: ›Die wissenschaftlichen Bibliotheken waren bisher eine Domäne bürgerlicher Menschen u[nd] bürgerlicher Wissenschaftler, das muss geändert werden‹ hat durchaus seine Wirkung, indem sich viele, mehr als bisher, bemühen als positive, fortschrittliche Mitarbeiter zu bewähren (gesellschaftliche Mitarbeit in d[en] verschiedenen Formen). Es wurden in letzter Zeit, mehrfach nicht fortschrittliche oder ›undurchsichtige‹ Kräfte abgehängt [...] und mehr und mehr Genossen herein genommen. Auch diese Maßnahmen sind für alle Nicht-Genossen ein Signal, ihre eigene Haltung, wenn nötig, dauernd zu korrigieren. Das hat weiter zur Folge, dass man sich gegenseitig beobachtet und Fehler und Abweichungen in der Haltung einzelner bespricht.«²⁷¹

S. 101-110; Jennifer Schevardo, Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Stuttgart 2006, S. 239-241.

268 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 26.7.1956, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bl. 96f.

269 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 18.10.1956, ebd., Bl. 112.

270 KD Leipzig-Stadt, AG V/1, Treffbericht vom 4.1.1957, 5.1.1957, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 14.

271 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 8.10.1954, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bl. 63f.

Die Spannbreite der Anpassungsbereitschaft war groß. Anpassung konnte bedeuten, sich unauffällig durch den Arbeitsalltag zu bewegen. Allerdings lief man dann auch Gefahr, wegen »unkritischer« Haltung bestraft zu werden. Viele parteilose Kollegen lasen deshalb aufmerksam die Leipziger Volkszeitung oder hörten Radio, um über politische Entwicklungen informiert zu sein und gegebenenfalls mitreden zu können.²⁷² Bei einer 1924 geborenen Kollegin, die 1942 noch vom BDM in die NSDAP überführt worden war, ging die Anpassungsbereitschaft sogar so weit, dass sie der Volkspolizei und der Stasi immer wieder »Hetzschriften« ablieferte, die sie angeblich in der Deutschen Bücherei gefunden habe, und kassierte hierfür Punkte, »die im Endergebnis eine Prämie in Aussicht stellen«.²⁷³ Bald aber zweifelte selbst die Parteileitung der Deutschen Bücherei angesichts der Häufigkeit der Ablieferungen daran, dass die Schriften tatsächlich in der Bibliothek versteckt lagen.²⁷⁴

Zu einer gewaltsamen Eskalation kam es jedoch nur in einem Fall, der für die Beteiligten mit Verhaftungen, und in einem Fall sogar mit Verwahrung in der JVA Bautzen endete. Im Frühjahr 1958 geriet die Bibliographische Abteilung ins Visier von Partei und Sicherheitsorganen. Die Abteilung war 1954 noch einmal personell verstärkt worden, nachdem die Bibliographische Abteilung im Verlag des Börsenvereins von der Deutschen Bücherei übernommen worden war. Drei der übernommenen Mitarbeiter, allesamt nicht Mitglieder der SED, wurden im März 1958 verhaftet, nachdem ein aufmerksamer Genosse zufällig auf ein handgeschriebenes »Hetzgedicht« gestoßen war, das in ein Buch eingelegt war, und den Fund umgehend der Kaderabteilung gemeldet hatte. Der Kaderleiter, der im Ruf stand, die Stärkung der SED-Grundorganisation zum obersten Kriterium für personalpolitische Entscheidungen erhoben zu haben,²⁷⁵ meldete den Fund umgehend an das MfS weiter. Nach aufwendigen Handschriftenverglei-

272 Beispiele hierfür finden sich vor allem in den Informationsberichten der SED-Grundorganisation. Diese zeigen, dass ideologischer Druck unter parteilosen Kollegen keineswegs zwangsläufig zu einer entpolitisierten Haltung führten, dass aber Diskussionen über politische Themen auch Früchte tragen konnten, die nicht im Sinne der SED waren. So diskutierte man etwa eifrig über die Nachfolge des am 7. September 1960 verstorbenen Wilhelm Pieck, wobei die Abschaffung des Präsidentenamtes und dessen Ersetzung durch den Staatsrat vor allem wegen der zu erwartenden finanziellen Mehrausgaben stark kritisiert wurde. Vgl. SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei, Informationsbericht September 1960, o.D., DR 3, I. Schicht, 5478, unfol.

273 Staatssekretariat für Staatssicherheit, BV Leipzig an die KD Leipzig-Stadt, Betreff: Deutsche Bücherei/Gegebene Veranlassung, 27.10.1955, BStU, MfS, BVfS Leitung, 00061/03, Bl. 139f.

274 KD Leipzig-Stadt, AG V/1, Treffbericht vom 14.2.1957, 15.2.1957, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 20.

275 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, o.D. [1957], ebd., Bl. 23.

chen hatte man bald die Schuldigen ausgemacht.²⁷⁶ Bei dem Gedicht handelte es um einen Text des westdeutschen Satirikers Eckart Hachfeld, dessen politische Kolumne »Amadeus geht durchs Land« (*Die Welt*, später *Der Spiegel*) sehr beliebt war. Die Untersuchung brachte nicht nur ans Tageslicht, dass der Hauptbeschuldigte an seinem Arbeitsplatz stets offen seinen Unmut über Politik und Wirtschaft in der DDR zum Ausdruck gebracht habe, sondern auch, dass trotz der Existenz eines Sperrmagazins noch erhebliche Sicherheitslücken bestanden, die die alltägliche Arbeit jedoch zwangsläufig mit sich brachte. So hing es zunächst einmal von der Zugangsstelle ab, ob ein Buch überhaupt zur Begutachtung an den Leiter des Sperrmagazins kam. Im Rahmen der Untersuchungen wurden gleich fünf Fälle bekannt, in denen die Zugangsstelle nach dem Dafürhalten der Ermittler falsch entschieden hatte. Zudem war es jedem Mitarbeiter ohne Probleme möglich, magazinierte Titel zu Dienstzwecken anzufordern. Für das Sperrmagazin galten hierbei keine Ausnahmeregelungen. Für die Auslieferung eines Buches genügte ein ausgefülltes Formular (»Dienstfahne«), das als Stellvertreter so lange im Magazin verblieb, bis der Titel wieder eingereicht wurde.²⁷⁷ Die drei Bibliothekare – neben dem Hauptbeschuldigten ein weiterer Kollege, der häufig politische Witze erzählt habe, und eine Hilfsbibliothekarin, die das Gedicht für den Hauptbeschuldigten abgeschrieben hatte – wurden schließlich nach mehreren Befragungen und Gegenüberstellungen durch die Staatssicherheit in einem politischen Prozess vom Bezirksgericht Leipzig wegen »staatsgefährdender Propaganda und Hetze« (§ 19 Strafgesetzbuch) zu Gefängnisstrafen von einem halben Jahr bis zwei Jahren verurteilt. Der Hauptbeschuldigte wurde sogar in die JVA Bautzen überwiesen, wo auch der Verleger Walter Janka und weitere als Mitglieder der sogenannten »Harich-Gruppe« diffamierte Intellektuelle einsaßen. Ihm wurde nicht nur zur Last gelegt, dass er namentlich Otto Grotewohl und Walter Ulbricht herabgewürdigt hatte. Zugleich sah es das Gericht als erwiesen an, dass die versuchte Verbreitung des »Hetzgedichtes« nur Ausdruck dafür gewesen sei, dass der einst als Soldat der Wehrmacht in der Sowjetunion eingesetzte Bibliograph noch immer von der »faschistischen« Ideologie durchdrungen sei. So verfügte das Gericht außerdem die »öffentliche Bekanntmachung« des Prozesses, »um der Deutschen Bücherei bei dem Bestreben der Verbesserung der Erziehungsarbeit ihrer Belegschaftsmitglieder behilflich zu sein«.²⁷⁸

Noch im Monat der Urteilsverkündung trugen der zuständige Richter und der Staatsanwalt den Fall vor der gesamten Belegschaft der Deutschen Büche-

276 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. V/1, Eröffnungsbericht des Vorganges »Aufweicher«, 8.2.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 142/58, Bl. 14f.

277 Vgl. die Befragungsprotokolle in BStU, MfS, BV Leipzig, AU 47/58, Bd. 1.

278 Bezirksgericht Leipzig, Urteil in der Strafsache, 18.7.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AU 47/58, Bd. 2, Bl. 111-117, Zit. Bl. 117.

rei vor. Das Ergebnis war ein Desaster. Das ohnehin durch die Verhaftung geschürte Klima der Angst wurde durch die Praxis der Abschreckung nur noch verstärkt. So habe Hans Schurig, wie er dem MfS berichtete, nach der Versammlung mit einem Mitarbeiter gesprochen, der die Befürchtung äußerte, dass parteilose Kollegen nun gar keine Perspektive mehr an der Deutschen Bücherei besäßen.²⁷⁹ Schon kurz nach der Verhaftung der drei Bibliothekare hatte sich die Stimmung in der Bibliographischen Abteilung deutlich verschlechtert. Es sei kaum noch miteinander geredet worden, weil man einen Spitzel in der Abteilung vermutete.²⁸⁰ Schließlich löste die Verhaftung der drei Bibliothekare, die im Kollegenkreis beliebt waren,²⁸¹ eine nicht intendierte Kettenreaktion aus. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 1958 verließen acht Mitarbeiter der Deutschen Bücherei, darunter auch der Leiter der Bibliographischen Abteilung, Erich Drews, die DDR in Richtung Bundesrepublik.²⁸² Die Konsequenz waren erneute Personalprobleme.²⁸³

So blieb die Verhaftung bürgerlich-sozialisierter Bibliothekare eine singuläre Erscheinung, denn »wenn die DB die Westflucht eines ihrer Kollegen erlebt, gehen jedesmal [sic!] die Wogen sehr hoch«, wie die Parteileitung in einem Informationsbericht vom April 1960 alarmierend zu erkennen gab.²⁸⁴ Bibliothekare »alten Schlags« hatten so vielfach weniger unmittelbare Drangsalierungen zu befürchten als »Altkommunisten«. Auch die leitenden Genossen mussten erfahren, dass die SED-Grundorganisation letztlich eine schwache Führungskraft innerhalb der Deutschen Bücherei blieb. Viele Bibliothekare blieben auf Distanz zur SED, eine ganze Reihe von Parteimitgliedern verlor unter dem hohen Erwartungsdruck sämtliche Illusionen über die Durchschlagskraft der Organisation und zum Teil auch über diese selbst. Nachdem eine weitere Kollegin im April 1960 in den Westen geflohen war, zweifelten immer mehr Genossen an der bisher verfolgten personalpolitischen Praxis, »daß man 1945 diese verlogenen und innerlich feindlich gesinnten Menschen in der Bücherei ließ, anstatt gleich mehr Genossen Arbeiter herein zu nehmen«. ²⁸⁵ Anstatt jedoch den Elitenwechsel »mit der Brechstange«, wie hier implizit gefordert, zu forcieren, prägten zunehmend

279 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. V/1, Treffbericht GI »Kramer«, 30.7.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil II, Bd. 2, Bl. 99.

280 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. V/1, Treffbericht GI »Kramer«, 25.4.1958, ebd., Bl. 91.

281 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 24.3.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 87.

282 VPKA Leipzig, Abt. K, VPRKSt Südwest an die BDVP Leipzig, 15.7.1958, BStU, MfS, A-SKS, 37755, Bl. 12f.

283 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei über die Arbeitsaufgaben im II. Quartal 1958, 30.7.1958, ADNBL, 152/2/6, unfol.

284 Informationsbericht April 1960, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5478, unfol.

285 Ebd., unfol.

Arrangements das Betriebsklima. Zumal, wie die Erfahrung gezeigt hatte, auch die formale Erhöhung des Arbeiteranteils angesichts der materiellen Situation keine Gewähr für eine schlagkräftige Grundorganisation bot. Während in vielen anderen Bereichen, nicht zuletzt in der Industrie, die »Republikflucht«-Zahlen noch einmal massiv stiegen und nur durch den Bau der Mauer gestoppt werden konnten, blieb die Deutsche Bücherei von einer entsprechenden Entwicklung verschont. Lange bevor die SED-Führung sozialpolitische Versprechungen in erste größere Programme umsetzte, war man hier (wie vielerorts) für dieses Thema im höchsten Maße sensibilisiert. Dazu hatte nicht minder die Erkenntnis beigetragen, dass die von der SED propagierten Partizipationsangebote wie Betriebschaftsversammlungen gerade bei den unteren Statusgruppen durchaus einige Beliebtheit erlangt hatten, die neue »Diskussionskultur« aber nicht zwangsläufig der SED als Erfolg angerechnet wurde. Viele sahen diese Foren als eine Art Kontrollorgan für die Umsetzung der Versprechungen der SED. So konnte die Parteileitung immer dann Erfolge vermelden, wenn zentrale Beschlüsse eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen bewirkt hatten. Vor allem Gehaltserhöhungen²⁸⁶ sorgten für ein allgemein gutes Betriebsklima.²⁸⁷ Gleichwohl konnten sich solche als Zustimmung zur Politik der SED bewerteten Episoden schnell in ihr Gegenteil verkehren, etwa wenn bekannt wurde, dass Prämienzahlungen für zusätzliche Leistungen versteuert werden mussten.²⁸⁸ Vor allem die Verteilung materieller Ressourcen, neben Gehältern auch Ferienplätze, Messe- oder Opernkarten, blieb ein empfindlicher Konfliktgegenstand, den auch die Parteileitung zu lösen nicht imstande war. Von einer einseitigen Machtdurchsetzung der SED in der Deutschen Bücherei kann in den 1950er Jahren, dem einschneidenden Elitenwechsel auf den Leitungspositionen zum Trotz, nicht gesprochen werden. Vielmehr waren Anpassungsleistungen von jedem Einzelnen gefragt und politisch erwünscht. Die Parteileitung wurde sich der Grenzen ihrer Durchsetzungsfähigkeit bewusst und zeigte sich bereits dann zufrieden, wenn sich Kollegen positiv über die DDR äußerten und durch formale Beteiligung an offiziellen Zeremonien ihre Zustimmung zur SED demonstrierten. Jene wiederum erkannten, dass auch sie nicht ohne Stimme waren, sondern ihre formale Zustimmung von materiellen Forderungen abhängig machen konnten. Schließlich nahm der

286 Eine spürbare Erhöhung der Gehälter, vor allem in unteren Personalkategorien, ergab sich infolge eines neuen Lohn- und Gehaltsabkommens des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen vom 1. September 1959. Vgl. Überleitung der Beschäftigten der Deutschen Bücherei aus den TG-Gruppen des Tarifvertrages VBV-Länder in die TG-Gruppen des neuen Lohn- und Gehaltsabkommens für den Bereich des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen der DDR mit Wirkung vom 1. September 1959, 25.9.1959, ADNBL, 363/12, Bl. 3-12.

287 Informationsbericht für den Monat Oktober 1959, ebd., unfol.

288 Bericht u. Information zum Statist. Bogen – Mai 1959 der BPO – Deutsche Bücherei, Leipzig, ebd., unfol.

ideologische Druck mit dem Weggang Kurt Brückmanns in das Staatssekretariat für Hochschulwesen spürbar ab. In der SED-Grundorganisation hatte man diese Personalie als deutliche Schwächung ihres Einflusses gedeutet,²⁸⁹ was die begrenzte Machtposition der SED-Grundorganisation innerhalb der Bibliothek einmal mehr demonstriert. Hatte das Verhältnis zwischen weitgehend tradierter institutioneller Hierarchie und SED-Grundorganisation in der »Ära Brückmann« stets zwischen Konkurrenz und Arrangement gependelt, entwickelte sich dieses nach dem Weggang Brückmanns tendenziell zu Letzterem.

d.) Informieren, Propagieren, Sekretieren:

Die Deutsche Bücherei und ihre Benutzer

Mit der Verkündung des planmäßigen »Aufbaus des Sozialismus« in der DDR im Sommer 1952 war der SED-Führung auch das vermeintlich planlose und unparteiliche Informieren und Dokumentieren der Bibliotheken (aber auch der Tages- und Fachzeitungen) ein ausgesprochener Dorn im Auge geworden. Aus Sicht der Funktionäre sollte deren technisches Knowhow fortan ausschließlich dem großen gesellschaftlichen Projekt dienen. Dabei galt es auch im Kalten Krieg der Worte²⁹⁰ die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der westlichen Welt zu belegen, zumal die DDR spätestens unter Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow zum »Schaufenster des Sozialismus« avancierte, zugleich aber mit dem westdeutschen »Klassenfeind« ein gemeinsames historisches Erbe teilte.²⁹¹ Auch wenn der Kalte Krieg in erster Linie ein durch militärisches Wettrüsten gekennzeichneter Konflikt war, so war er damit doch auch ein kultureller Kampf, geprägt von Bedrohungsszenarien, Feindbildern und gegenseitiger Spionage. Informationsdienstleister in der sowjetischen Hemisphäre mussten sich dem durch Literaturpropaganda fügen. Die Propagierung des »fortschrittlichen Buches«, das der »ideologischen und fachlichen Erziehung der Werktätigen« diene und diese zu »patriotischen Taten« begeistere, war dem Politbüro der SED ein derart zentrales Anliegen, dass es am 26. Mai 1953 eigens einen entsprechenden und detaillierten Maßnahmenkatalog beschloss. Tages- und Fachzeitungen sollten danach künftig laufend kommentierte Zusammenstellungen von Neuerscheinungen der DDR veröffentlichen, deren

289 Rechenschaftsbericht zur Wahlversammlung der BPO am 23. März 1959, SächsStAL, 21532, IV/7/169/01, unfol.

290 Patrick Major/Rana Mitter sprechen von einem »war of words«. Vgl. Patrick Major/Rana Mitter, *East is East and West is West? Towards a Comparative Socio-Cultural History of the Cold War*, in: *Cold War History* 4 (2003), Heft 1, S. 1-22, hier S. 4.

291 Zur DDR als Frontstaat im Kalten Krieg vgl. die Beiträge in Hochscherf/Laucht/Plowman (Hrsg.), *Divided, but not disconnected*.

Auswahl sich an politischen Kriterien bemessen sollte. Universitäten sollten hierfür Literaturkritiker ausbilden, Bibliotheken zudem auf verschiedene Weise weit in die Öffentlichkeit hineinwirken und tatkräftig mithelfen, neue Leser an das »fortschrittliche Buch« heranzuführen. Die Deutsche Bücherei und die Deutsche Staatsbibliothek wurden überdies namentlich dazu aufgefordert, empfehlende Bibliographien zu erstellen, »eine wichtige Waffe«, die »den Buchinhalt charakterisieren, die gesellschaftspolitische Bedeutung des Buches erläutern, den wissenschaftlichen und künstlerischen Wert aufdecken und dem Leser zum richtigen marxistischen Verständnis der in dem Buch behandelten Fragen verhelfen« sollte.²⁹²

Die bibliotheksgeschichtliche Forschung hat mit Recht den zentralen Stellenwert der Literaturpropaganda für den Arbeitsalltag in Volks- und wissenschaftlichen Bibliotheken betont. Durch Umgestaltung der Lesesäle, Erstellung spezieller Benutzerauswahlkataloge sowie empfehlender Bibliographien und die Einrichtung Gesellschaftswissenschaftlicher Beratungsstellen²⁹³ sollten speziell die Benutzer wissenschaftlicher Bibliotheken dazu motiviert werden, die Fachliteratur aus der DDR und anderen sozialistischen Staaten gezielt zu studieren, auch in der Hoffnung, dass die Nachfrage nach westlicher Literatur damit von selbst zurückginge. Der Umsetzung dieses Anspruchs standen jedoch gewichtige Faktoren entgegen, insbesondere das Fehlen adäquater Fachliteratur aus sozialistischer Produktion, die mangelnde Überzeugung der Bibliothekare und die geringe Nachfrage nach den genannten Produkten, sodass diese Initiativen spätestens Mitte der 1960er Jahre eingestellt oder allenfalls noch oberflächlich verfolgt wurden. Zudem verblieb den Benutzern stets die Möglichkeit, sich weiterhin über das Gesamtangebot der Bibliotheken zu informieren,²⁹⁴ schließlich beanspruchte auch die SED-Führung für die Wissenschaften in der DDR »Weltniveau«, womit sie kein Interesse daran haben konnte, sich vom grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Diskurs gänzlich abzuschotten. Vielmehr galt es, die Informationspolitik kontrolliert zu steuern. Vernachlässigt wird in der Forschung allerdings, dass es weder verbindliche Vorgaben noch einen Konsens darüber gab, was genau ein »fortschrittliches Buch« auszeichnete. Das führte zuweilen zur Überzeichnung der bibliothekarischen Resistenz. Blickt man auf die

292 Über die Verbesserung der Literaturkritik, der Bibliographie und Propagierung des fortschrittlichen Buches, Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 26. Mai 1953, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/282, Bl. 16-22.

293 Im Gegensatz dazu sollten Volks- bzw. öffentliche Bibliotheken insbesondere zu folgenden Maßnahmen greifen: Wandzeitungen, Leseabende, Literaturdiskussionen, Wanderausstellungen, Lektüreempfehlungen zu sozialistischen Themen und Gedenktagen sowie die Zusammenarbeit mit Schulen, Dorfklubs und anderen Kulturinstitutionen. Vgl. Stöhr, Literaturpropaganda als Bibliothekskultur, S. 3 f.

294 Amedick, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen«, S. 102-122.

Deutsche Bücherei, so zeigt sich, dass Resistenz nur eine mögliche Reaktion war, mit der die Bibliothekare den zentralen Vorgaben begegneten.

Dies lässt sich insbesondere am Beispiel der Gestaltung von Lesesaal-Handbibliotheken demonstrieren. In der Bibliothekspraxis zählten Handbibliotheken zu den noch recht jungen Entwicklungen. Sie wurden überhaupt erst seit den 1880er Jahren systematisch aufgestellt. Noch in den 1960er Jahren stellten führende Bibliothekswissenschaftler deshalb fest, dass eine methodische Diskussion über Handbibliotheken bislang kaum stattgefunden hatte. Vielmehr blieb deren Aufstellung von örtlichen Bedingungen abhängig. Konsens herrschte nur über den Zweck. Sie sollten Studierende und Wissenschaftler beim Studium unterstützen und ihnen einen schnellen Zugang zu viel verwendeter aktueller Grundlagenliteratur verschaffen. So fanden sich in den Handbibliotheken zu meist Wörterbücher, Enzyklopädien, Handbücher, Atlanten, bibliographische und biographische Apparate. Die Aufstellung erfolgte häufig anhand der Gliederung der Fakultäten und in enger Zusammenarbeit mit den Benutzern vor Ort.²⁹⁵ In der DDR knüpfte man an diese Tradition an. Lesesäle sollten zwar immer noch »gebrauchsfähige, wissenschaftliche Arbeitsinstrument[e]« darstellen, zugleich aber von »feierliche[n] Totenhäuser[n] des Schrifttums einer vergangenen Zeit«²⁹⁶ zum »Zentrum und Spiegelbild der geleisteten Arbeit« des sozialistischen Aufbaus avancieren²⁹⁷ und den »Charakter einer Bibliothek«²⁹⁸ repräsentieren. Übersetzt bedeutete dies, die als »rückständig« und »unwissenschaftlich« verfemte Literatur aus den Lesesälen auszusondern und, sofern vorhanden, durch »fortschrittliche« Titel zu ersetzen. Zudem sollten die Bücher analog zum sowjetischen Klassifikationsmodell, das dem Marxismus-Leninismus als Grundlagenwissenschaft und den Naturwissenschaften herausragende Positionen zuwies,²⁹⁹ neu geordnet werden. Schließlich galt es, Lesesaalkataloge

295 Gustav Abb/Wilhelm Martin Luther, Die Bibliotheksbenutzung, in: Georg Leyh (Hrsg.), Handbuch der Bibliothekswissenschaft, Bd. 2: Bibliotheksverwaltung, Wiesbaden 1961, S. 357-507, hier S. 416-423.

296 Heinrich Ruhl, Der vernachlässigte Lesesaal. Beitrag zu einer notwendigen Diskussion, in: Der Bibliothekar 5 (1951), Heft 5, S. 269f.

297 Werner Dux, Das Gesicht des Lesesaals, in: Der Bibliothekar 7 (1953), S. 325f.

298 Helmut Röttsch, Bemerkungen zum Aufbau von Lesesaal-Handbibliotheken, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 74 (1960), S. 95-101, hier S. 96.

299 Das sowjetische Klassifikationsmodell ging auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus von der Annahme aus, dass sich die Wissenschaften »in Übereinstimmung mit der historischen Entwicklung der objektiven Wirklichkeit von der Natur zur Gesellschaft« anordnen ließen. Damit folgten auf den Marxismus-Leninismus als Grundlagenwissenschaft die Naturwissenschaften (in der Reihenfolge: Mathematik, Physik, Chemie, Geowissenschaften und Biologie), daran anschließend die »Wissenschaften von den Mitteln der Einwirkung des Menschen auf die Natur« (Technik, Landwirtschaft, Medizin) und am Ende die Gesellschaftswissenschaften.

auch für ungeübte Bibliotheksbenutzer handhabbar zu machen und den Lesesaal mit Losungen und Spruchbändern auszuschnücken.³⁰⁰ In der Deutschen Bücherei begann der Umbauprozess in Umrissen bereits 1949, als die Diskussionen über die Lesesäle noch in den Anfängen steckten. Dabei ging es den Bibliothekaren zunächst um die Bereinigung der Bestände nach den Grundsätzen der Liste der auszusondernden Literatur. Die bewährte Systematik, die sich an der Nationalbibliographie orientierte, wurde hingegen als Ordnungsprinzip des Lesesaals beibehalten, lediglich die Sparte Staatswissenschaft um Klassiker des Marxismus-Leninismus ergänzt. Neu war zudem, dass der Lesesaal nun mit Sprüchen bekannter Persönlichkeiten über Wissenschaft, Bücher und Bibliotheken ausgeschmückt wurde und Benutzer die Möglichkeit hatten, ihre Bücherwünsche in einem eigens aufgestellten Kasten mit der Aufschrift: »Die Deutsche Bücherei dient dem Volke« vorzubringen.³⁰¹ Insbesondere dieser Beitrag zur »Demokratisierung« des Bibliothekswesens, der den Wissenschaftlern und Studenten vor Ort einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Lesesäle zusicherte, spiegelt aber auch ein Stück Kontinuität in der Praxis der Lesesaalgestaltung wider und diente zugleich dem Selbstschutz. Für die Bibliothekare der Deutschen Bücherei blieben die Benutzerwünsche die zentrale Referenzquelle für die Umgestaltung der Lesesäle. So hielt auch Heinz Siegel als zuständiger Bibliothekar einen engen Kontakt zu den Benutzern. Zudem zog er immer wieder den Rat von Wissenschaftlern der Universität Leipzig hinzu, die im Auftrag der Bibliothekare häufig vor Ort die ideologische Qualität der einzelnen Sparten überprüften und strittige Fälle entschieden. Gleichwohl wurde den Instituten der Leipziger Universität auch das Vorrecht eingeräumt, Bücherwünsche zu äußern, da die Deutsche Bücherei vorwiegend von deren Studenten und Wissenschaftlern frequentiert wurde. Die Institute, die insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich noch häufig einen traditionellen Bildungskanon verfolgten,³⁰² legten dabei oftmals ganz andere Kriterien an als die SED-Führung. Ihnen war vor allem daran gelegen, dass die aufgestellten Bücher aktuell und die Aufrechterhaltung des Forschungs- und Lehrbetriebes gesichert waren. So forderten zahlreiche Institute, vermehrt westdeutsche Literatur im Lesesaal aufzustellen, da die Bezugs-

Vgl. Gerhard Hesse, Zur Praxis der Sachkatalogisierung, unveröff. Manuskript, ADNBL, 543, Bl. 39-45.

300 Dux, Das Gesicht des Lesesaals, S. 326.

301 Arbeitsbericht des Grossen Lesesaals für das Jahr 1949, 23.12.1949, ADNBL, 740, Bl. 52-54.

302 Günther Heydemann, Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945-1961, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909-2009, Leipzig 2010, S. 332-565, hier S. 442.

preise für die Universität erheblich gestiegen waren³⁰³ und sich die Prozedur über die ZwL langwierig gestaltete. Auch einzelne systemnahe Disziplinen wie die Rechtswissenschaften benötigten immer wieder ältere Quellenwerke sowie neuere westdeutsche Rechtstexte, um die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik laufend verfolgen zu können. In der Regel erfüllte Uhlendahl, den diese Bittbriefe stets direkt erreichten, die Wünsche, sofern es sich um Literatur aus der Zeit vor 1945 handelte, die nicht in der Liste der auszusondernden Literatur aufgeführt war. Dennoch wurden Titel aus der NS-Zeit, auch wenn sie als unbedenklich galten, bei Bedarf gesondert in einem Glaskasten am Pult der Lesesaalaufsicht aufgestellt, wo sie zu wissenschaftlichen Zwecken ausgeliehen werden konnten.³⁰⁴ Handelte es sich um westdeutsche Titel, die nicht auf der Liste der auszusondernden Literatur standen, sicherten sich die Bibliothekare zuvor durch Nachfragen beim Dekanat der Juristenfakultät ab, wo man gegen die Aufstellung von »Tatsachenmaterial«, d.h. reinen Gesetzestexten, keine Bedenken erhob, rechtsphilosophische Werke dagegen strikt ablehnte.³⁰⁵ Die Aufstellungen im Lesesaal unterlagen neben politischen Vorgaben somit immer auch lokalen Aushandlungsprozessen.

Das Fehlen adäquater Ersatzliteratur aus sozialistischer Produktion führte gleichwohl zu einer erheblichen Dezimierung der Lesesaalbestände. Allein in den sechs Monaten vom April bis September 1951 wurden aus den beiden zugänglichen Lesesälen der Deutschen Bücherei 1.519 Bücher ausgesondert, aber nur 1.178 Titel neu eingestellt.³⁰⁶ Den größten Aderlass hatten die Sparten Rechtswissenschaft, Theologie, Philosophie und Geschichte zu verzeichnen. Im Bereich Philosophie etwa wurden von ursprünglich 525 Bänden 157 Titel (etliche davon auf Veranlassung des Staatssekretariats für Hochschulwesen)³⁰⁷ entnommen, aber nur 17 neu eingestellt, sodass die Bestände dieser Sparte innerhalb von sechs Monaten um mehr als ein Viertel schrumpften. Allerdings nahmen sich diese Aussonderungen verglichen mit einer internen Überschlagsrechnung, wonach beim Anlegen eines strengen Maßstabes in diesen Sparten rund 80 Prozent der Titel ausgeschieden wären, recht zurückhaltend aus, was die Bedeutung der Kommunikation zwischen Bibliothek und Universität unterstreicht.³⁰⁸ Dagegen

303 Deutsche Bücherei an sämtliche Institute der Universität Leipzig, 21.3.1951, ADNBL, 741, Bl. 126. Vgl. zudem die Bücherwünsche der Institute in ebd.

304 Heinrich Uhlendahl an den Jurastudenten Manfred B., 17.10.1950, ADNBL, 766, Bl. 81.

305 Heinz Siegel an den Dekan der Juristenfakultät, 31.7.1951, mit handschriftlicher Rückantwort, ADNBL, 741, Bl. 44.

306 Übersicht zur Statistik der Lesesäle für die Zeit vom 1.4.-30.9.1951, Stand vom 1.10.1951, ebd., Bl. 14.

307 Aktennotiz, betr. Philosophie, ebd., Bl. 75.

308 Entwurf eines Schreibens an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Zwischenbericht zur Überprüfung der Lesesaalbestände, 25.5.1951, ebd., Bl. 95.

erfahren die Bereiche Naturwissenschaften, Technik sowie die neu eingerichteten Sparten Aktuelles und wissenschaftlicher Sozialismus eine Vermehrung um etwa 13 Prozent.³⁰⁹

Für die Bibliothekare bedeuteten die Agreements mit den Leipziger Wissenschaftlern aber auch eine heikle Gratwanderung, zumal die Wissenschaftler oftmals gar nicht die Zeit fanden, die zur Beurteilung vorgelegten Titel gründlich durchzusehen.³¹⁰ Einerseits verstanden sich die Bibliothekare noch ganz konventionell als Dienstleister der Wissenschaft und Wissenschaftler bildeten nun einmal die Hauptklientel der Deutschen Bücherei.³¹¹ Zuweilen wurde die Bibliothek bis zum Mauerbau sogar von westdeutschen Studenten frequentiert,³¹² denen man keinen Beleg dafür liefern wollte, dass die Deutsche Bücherei Literaturzensur betreibe. Andererseits bestand stets die unberechenbare Gefahr von Kontrollen durch übergeordnete Organe und bei diesen schrillten die Alarmglocken bereits dann, wenn sich ein Buch in den Beständen befand, das vielleicht nur einen politisch fragwürdigen Halbsatz enthielt. So stellte eine Arbeitsgruppe des Staatssekretariats für Hochschulwesen der Deutschen Bücherei nach einer Überprüfung ihrer Lesesaalbestände im Mai 1951 ein vernichtendes Zeugnis aus. Die Abteilung wissenschaftlicher Sozialismus befinde sich »in einem unmöglichen Zustand«, da sich dort noch zahlreiche Klassikerausgaben befunden hätten, die, häufig nur wegen des Vorworts, als »trozkistisch« und »reformistisch« galten. Als besonderen Fehlgriff wertete man die Abteilung Politische Gegenwartsliteratur, die allenfalls dafür geeignet sei, »die aktuelle politische Literatur in Misskredit zu bringen«. Die sich an der Nationalbibliographie orientierende Systematik beurteilte die Delegation überdies als »prinzipienlos und objektivistisch«. In geistes- und kulturwissenschaftlichen Bereichen hätten sich ferner zahllose »reaktionäre« Schriften befunden. Der Abteilungsleiter Siegel sei, so der Gesamteindruck, »nicht in der Lage, die Handbibliothek ideologisch richtig zu leiten und auf der Grundlage der fortschrittlichen Wissenschaft auszubauen«. Dennoch empfahl die Delegation, Siegel weiter zu beschäftigen, da er einen »gutwilligen Eindruck« gemacht habe und eine »ideologisch bessere Kraft« nicht vorhanden war. Zudem sollten die Bibliothekare sich künftig noch stärker dem Urteil der Wissenschaftler der Leipziger Universität bedienen, womit man im Grunde die

309 Übersicht zur Statistik der Lesesäle für die Zeit vom 1.4.-30.9.1951, Stand vom 1.10.1951, ebd., Bl. 14.

310 Vgl. exempl. Psychologisches Institut der Universität Leipzig an die Deutsche Bücherei, 27.9.1951, ebd., Bl. 49.

311 1953 machten Hochschullehrer, Assistenten, Aspiranten und Studenten 67,4 Prozent der Benutzer aus, bis 1961 stieg deren Anteil auf 71,7 Prozent. Vgl. ADNBL, 150/2/7/3.

312 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. V, Treffbericht vom 23.8.1954, 24.8.1954, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420, Teil II, Bd. 1, Bl. 59.

bisherige Praxis der Lesesaalgestaltung noch einmal aufwertete, obwohl man diese eigentlich (aber unwissentlich) kritisiert hatte.³¹³ Dies zeigt, dass letztlich auch die verantwortlichen Staatsfunktionäre keine konzeptionellen Verbesserungsvorschläge anzubieten hatten. Gleichwohl reagierte man in der Deutschen Bücherei auf solche Überprüfungen mit besonderer Vorsicht. So ordnete Uhlendahl an, bei strittigen Fällen künftig ausnahmslos dem Urteil des Staatssekretariats zu folgen.³¹⁴ Ein solch strittiger Fall war etwa die Große Sowjetenzyklopädie von 1926ff., die mangels Neuauflage bei den Klassikern stand und zudem stark nachgefragt war. Das Werk musste jedoch nach der Überprüfung ausgesondert werden und war nur noch unter Aufsicht einzusehen.³¹⁵

Neben offiziellen Überprüfungen kam es jedoch auch immer wieder vor, dass sich empörte Benutzer über das Vorhandensein »schädlicher« Literatur beschwerten. Auch auf solche Vorfälle reagierten Uhlendahl und Siegel mit äußerster Vorsicht. Wurden sie etwa auf westdeutsche Zeitschriften hingewiesen, die »unseren demokratischen Gepflogenheiten der Deutschen Demokratischen Republik« widersprachen, wurden diese umgehend entfernt,³¹⁶ auch auf die Gefahr hin, dass andere Nutzer der Deutschen Bücherei dann vorhielten, sie würde ihren Charakter verlieren.³¹⁷ Solche Imageschäden waren jedoch hinnehmbar, gab es doch immer wieder Benutzer, die die Deutsche Bücherei bei der Kriminalpolizei anzeigten.³¹⁸

Nach der Ablösung Siegels, dem man 1953 vorgeworfen hatte, die marxistisch-leninistische Literatur allzu formal behandelt zu haben, wurde die Abteilung Lesesäle, bis dahin stets Teil der Abteilung Benutzung, unter Helmut Röttsch zunächst zu einer eigenständigen Abteilung aufgewertet, was deren Stellenwert unterstreicht.³¹⁹ Mit dem Wechsel Röttschs in die Abteilung Erwerbung wurden die Lesesäle 1956 wieder in den Bereich der Benutzung ein-

313 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken und Museen, Waltraut Schrickel, Überprüfung der Handbibliothek der Deutschen Bücherei in Leipzig am 5.5.1951, 9.5.1951, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5983, unfol.

314 Entwurf eines Schreibens an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Zwischenbericht zur Überprüfung der Lesesaalbestände, 25.5.1951, mit handschriftlichen Bemerkungen Heinrich Uhlendahls, ADNBL, 741, Bl. 95.

315 Heinz Siegel an Gerhard W., 24.9.1951, ebd., Bl. 54

316 Aktiengesellschaft für Brennstoffindustrie, Benzinwerk Böhlen, Kulturdirektor, an den Leiter der deutschen Bücherei, 20.5.1950, ADNBL, 766, Bl. 72; Heinrich Uhlendahl an das Kulturhaus der Aktiengesellschaft für Brennstoffindustrie, Benzinwerk Böhlen, 27.5.1950, ebd.

317 Gerhard B. an Heinrich Uhlendahl, 23.7.1953, ADNBL, 742/1, Bl. 80.

318 Aktennotiz, 30.9.1949, ebd., Bl. 76.

319 Niederschrift über die Besprechung beim ZK der SED am 5.3.1953 mit dem Genossen Misslitz, o.D., SächsStAL, 21532, IV/7/169/04, unfol.

gegliedert und fortan von Annemarie Plettner geleitet. Mit diesem letzten Personalwechsel zog zugleich ein restriktiverer Stil in den Arbeitsalltag und die alltägliche Kommunikation mit den Benutzern im Lesesaal ein. Von ihren Mitarbeitern verlangte Plettner unbedingte Wachsamkeit. So dauerte es etwa keinen Tag, dass eine Kollegin sämtliche Bücher des sowjetischen Außenministers Molotow aus den Lesesälen entfernt hatte, nachdem bekannt geworden war, dass dieser nach dem missglückten Putschversuch gegen Chruschtschow alle seine Ämter verloren hatte.³²⁰ Im Zeitschriftenlesesaal wurden westdeutsche Zeitschriften, auch wenn an ihnen im Grunde nichts zu beanstanden war, häufig erst vier Wochen nach ihrem Erscheinen ausgelegt, damit Benutzer keine Möglichkeit mehr hatten, auf Stellenanzeigen in der Bundesrepublik zu reagieren.³²¹ Benutzer konnten dagegen kaum noch Einfluss auf die Aufstellung von Literatur nehmen, sondern mussten stattdessen mit empfindlichen Zugangsschranken rechnen, welche die Lesesäle in den Augen ihrer Benutzer zunehmend ihrer Funktion beraubten. 1959 beklagte sich ein Wissenschaftler der Hochschule für Binnenhandel, zugleich SED-Mitglied, dass die »Klassiker der bürgerlichen politischen Ökonomie« nicht mehr im Großen Lesesaal zu finden waren. Diese hatte Plettner entfernen lassen, weil die dort transportierte »Ideologie« zu dieser Zeit von der westdeutschen Sozialdemokratie propagiert worden sei.³²² 1957 beklagte sich ein angehender Bibliothekar, der zwar noch kein Diplom hatte, aber bereits eine Bibliothek bei der Grenzpolizei leitete, dass die Lesesalaufsicht ihm die westdeutsche Fachzeitschrift *Bücherei und Bildung* zunächst verweigert hatte, da man diese nur an ausgebildete Bibliothekare ausgeben dürfe. Erst nach Vorzeigen seines Dienstausweises wurde ihm die Zeitschrift ausgehändigt. Schließlich veranlasste den Benutzer der Unmut über die »politische Säuglingspädagogik«³²³ in der Deutschen Bücherei dazu, einen entsprechenden Artikel für den *Bibliothekar* zu schreiben, beließ es dann aber bei einer internen Beschwerde. Dennoch wurde er, nachdem der Fall intern diskutiert worden war, von Kurt Brückmann schroff in seine Schranken gewiesen:

»Ihre Einschätzung der Zeitschrift ›Bücherei und Bildung‹ beweist mir eigentlich, daß Sie diese sehr objektivistisch beurteilen. Ich würde Ihnen empfehlen, in der Sonderausbildung mit Ihren Lehrern einmal diese Frage zu diskutieren.

320 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 17.7.1957, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 42.

321 Bericht GI »Kramer«, 20.10.1958, ebd., Bl. 101.

322 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 19.12.1959, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 3, Bl. 5.

323 Rolf Z[anonymisiert], Der Deutschen Bücherei ins Beschwerdebuch, o.D., ADNBL, 161, Bl. 177f.

Ich bin bereit, im Interesse der Ausbildung für Bibliothekare an allgemeinbildenden Bibliotheken, daran teilzunehmen.«³²⁴

Auch in der internen Kommunikation zwischen den Bibliothekaren blieb die Lesesaal-Handbibliothek ein umstrittenes Terrain. So schlug Karl-Heinz Wenkel, der Geschichte studiert hatte und später die Leitung der Benutzungsabteilung übernahm, während einer Besprechung im Jahre 1962 vor, die Neuauflage der (westdeutschen) Propyläen-Weltgeschichte im Lesesaal aufzustellen, weil sie als Standardwerk von Wissenschaftlern benötigt werde. Um die politische Brisanz dieses Vorschlags wissend regte er zudem an, dass man ruhig die russische Ausgabe der Weltgeschichte danebenstellen könne, damit – so der Subtext – Benutzer beide Ausgaben vergleichen und politisch »falsche« Inhalte aufdecken könnten. Die Meinungen über diesen Vorschlag waren gespalten. Während Annemarie Plettner als Sachgebietsleiterin der Lesesäle den Vorstoß Winkels mit Verweis auf den (vermuteten) »imperialistischen-militaristischen Inhalt« des Werkes und einen Aufsatz Helmut Rötzschs über den Charakter von Lesesaal-Handbibliotheken kategorisch zurückwies, warfen ihr Kollegen falsche Autoritätsgläubigkeit und fehlende Fachkompetenz vor. Selbst der stellvertretende Hauptdirektor, Gerhard Hesse, sprach sich dafür aus, dass man »auch danach gehen [müsse, d.V.], ob ein Werk sehr viel benötigt wird. [...] Das Werk benutzen Wissenschaftl[er,] die verstehen mit dem ›Gift‹ fertigzuwerden.«³²⁵

Neben allen politischen Motiven, hinter denen im Falle Plettners auch dezidierte Karriereambitionen in einer männlich dominierten Leitungskultur vermutet werden können, prägte auch das konservative Selbstbild des Bibliothekars vom Diener der Wissenschaft die Ausgestaltung der Lesesaal-Handbibliotheken. Es kam aber noch ein anderer, nicht-politischer Beweggrund hinzu, der die Bibliothekare dazu veranlasste, vor allem westdeutsche Literatur sukzessive aus dem Lesesaal zu verbannen, denn diese Bücher wurden parallel zur immer restriktiver werdenden Beschaffungspolitik zum begehrten Diebesgut. Bei einer Stichprobe Ende 1952 in den Lesesälen zählte man bereits 56 vermisste Titel, überwiegend westdeutscher Herkunft.³²⁶ Als Folge dieser Entwicklungen wurden westdeutsche Lehrbücher, insbesondere der Naturwissenschaften, die häufig die Deutsche Bücherei illegal verließen, in Glaskästen neben der Lesesaalaufsicht aufgestellt. Um sie dort auszuleihen, mussten Benutzer ihre Namen nennen, was, so ein interner Bericht, zu einem deutlichen Nachlassen der Diebstähle geführt habe.³²⁷ Dennoch gab es immer wieder Benutzer, die auf Gelegenheiten warteten und die Bücher in

324 Kurt Brückmann an Rolf Z[anonymisiert], 26.3.1957, ebd., Bl. 179.

325 Niederschrift über die Debatte »Propyläen-Weltgeschichte« am 29.3.1962, ADNBL, 736/2, Bl. 117f.

326 In den Lesesälen vermisste Werke, vorwiegend mit Erscheinungsjahr nach 1945, Stand: 1.1.1953, o.D., ADNBL, 741, Bl. 3-7.

327 Aktennotiz, o.D., ebd., Bl. 2.

unbeobachteten Momenten aus den Glaskästen entfernten, etwa wenn die Lesesaalaufsicht kurzzeitig nicht besetzt war.³²⁸ Aus diesem Grunde wurde schon früh erwogen, die Benutzer intensiver zu beobachten. So sollten etwa »in den Lesesälen der DB tagsüber Mitarbeiter der DB unauffällig platziert werden«, ihre Schreibtischarbeit verrichten und dabei »unauffällig die Benutzer mit beobachten«.³²⁹ Auch Taschenkontrollen an den Ein- und Ausgängen nahmen zu, zum Leidwesen zahlreicher Benutzer, die sich zunehmend über Eingriffe in ihre Intimsphäre und den rauen Ton des Kontrollpersonals beschwerten.³³⁰ Gegen Benutzer, die auf frischer Tat ertappt wurden, ging man entsprechend mit ganzer Härte vor, um damit auch ein abschreckendes Beispiel für andere Benutzer zu schaffen. 1955 etwa wurde ein überführter Benutzer, der über zwei Jahre hinweg 36 Bücher aus den Lesesälen der Deutschen Bücherei geschmuggelt hatte, nicht nur mit einer empfindlichen Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren verurteilt, das Urteil wurde zudem in den Lesesälen der Deutschen Bücherei ausgehängt, um andere Benutzer davon abzuhalten, seinem Beispiel zu folgen. Überdies verschickten Kurt Brückmann und Curt Fleischhack Abschriften des Urteils in kollegialer Absicht auch an andere Bibliotheken.³³¹ Das war freilich keinesfalls ein Ausdruck des allgemein von Kampf- und Gewaltretorik geprägten Klimas in der DDR der 1950er Jahre. Bereits unter Uhlendahl war diese Praxis gang und gäbe.³³² Solche Vorfälle bargen nämlich auch die Gefahr in sich, gegenüber westdeutschen Verlegern, denen man die Aufbewahrung der Archivexemplare versprechen musste, in Misskredit zu geraten. So wurde etwa 1954 ein Bücherdieb der Universität Köln überführt, in dessen Privatwohnung auch Bände der Deutschen Bücherei gefunden wurden.³³³ Es waren solche Erfahrungen, die die Bibliothekare der Deutschen Bücherei zu einem besonders restriktiven Umgang mit westdeutscher Literatur im Lesesaal bewegten.

328 Ende 1953 etwa meldete Helmut Röttsch an die Betriebsschutzleitstelle der Deutschen Bücherei, dass 14 Mathematik-Lehrbücher in den Glaskästen fehlten. Vgl. Deutsche Bücherei, Betriebsschutzleitstelle an das Volkspolizeikreisamt, 15.12.1953, ADNBL, 722/1/2, Bl. 40.

329 Aktennotiz, betr. Betriebsschutz, 19.12.1952, ADNBL, 283/2, Bl. 159.

330 So etwa Dr. K[anonymisiert] an die Direktion der Deutschen Bücherei, 18.2.1960, ADNBL, 161, Bl. 187.

331 Kurt Brückmann an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, 26.5.1955, ADNBL, 154/4, Bl. 381-384; Kurt Brückmann an Horst Kunze, 25.5.1955, SBB, G II A/30, Bd. 1, unfol.; Curt Fleischhack an die Bücherei der Bergakademie Freiburg i. Sa., 26.1.1956, ADNBL, 811/0, Bl. 89.

332 So hatte Uhlendahl etwa im Juni 1951 beim Amtsgericht Leipzig abgefragt, ob er das Urteil gegen einen erwachsenen Benutzer, der Seiten aus einer Zeitschrift herausgerissen hatte, im Lesesaal als »Abschreckungsmittel« aufhängen könnte. Heinrich Uhlendahl an das Amtsgericht Leipzig, 13.6.1951, ADNBL, 161, Bl. 116.

333 Universitäts- und Stadtbibliothek Köln an den Generaldirektor der Deutschen Bücherei, 7.10.1954, ADNBL, 722/1/1, Bl. 133.

Auch die internen Richtlinien zur Aufstellung der Lesesaal-Handbibliotheken von 1961 basierten auf diesen Überlegungen:

»Die von uns erarbeiteten neuen Richtlinien für die Neueinstellung und Belassung westdeutscher wiss. Werke in den Buchlesesaal-Bestand sehen den Verzicht auf deren Neueinstellung und ein allmähliches Ausscheiden vor, vorausgesetzt es sind gleichwertige DDR-Werke erschienen. Wir verbinden mit diesem politischen Ziel die weitere Entscheidung, dadurch die ja nur in Grundexemplaren zur Verfügung stehenden westdeutschen Werke im Interesse der Deutschen Bücherei als Nationalbibliothek durch ihre Aufbewahrung in den Magazinen besser zu schützen.«³³⁴

Selbst als das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen in den Monaten nach dem Mauerbau noch eine interne Liste über 87 westdeutsche Lehrbücher an die Bibliotheken reichte, die aufgrund fehlenden adäquaten Ersatzes aus DDR-Produktion für das Studium noch unverzichtbar waren, fanden sich die Leipziger Bibliothekare nicht bereit, über die 37 bereits aufgestellten Werke die restlichen 50 noch hinzuzufügen.³³⁵

Gleichwohl dürfte die Wirkung der Umstrukturierungen in den Lesesälen insgesamt kaum Einfluss auf das Benutzerverhalten ausgeübt haben. Die Benutzer nahmen die Umstrukturierungen mehrheitlich als Verlust, denn als Bereicherung wahr, und das unabhängig von Parteimitgliedschaften. Dass Literaturpropaganda im Benutzungsalltag so gut wie keine Rolle spielte, zeigt vor allem das Beispiel des Auswahlkataloges (ASK). Dieses späte Kind der Literaturpropaganda war bereits während seiner Entstehung zum Scheitern verurteilt. Im Perspektivplan von 1959 wurde dem ASK noch eine herausragende Bedeutung beigemessen. Er sollte Studenten und interessierten Laien durch gezielte Auswahl einerseits den Zugang zum »fortschrittlichen Buch« erleichtern bzw. beschleunigen und andererseits den Hauptsachkatalog entlasten. Jedoch stand der vehementen Forderung, mit der die ASK 1960/61 aufgebaut werden sollten, keine verbindliche Theorie gegenüber, mit deren Hilfe sich die Umsetzung des Vorhabens realisieren ließ.³³⁶ Der Aufbau eines ASK war nicht nur zeit-, sondern auch kostenintensiv und ging zulasten der Arbeiten an den Hauptkatalogen. Zudem zweifelten die in der Katalogabteilung verantwortlichen Mitarbeiter an dessen Nutzen und wurden durch erste Erfahrungsberichte in ihrer Ansicht bestätigt. In der Universitätsbibliothek Leipzig sei die Benutzung des ASK trotz

334 Halbjahres-Bericht über die Erfüllung der von der »Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Lesesäle« übernommenen Aufgaben und Verpflichtungen, 1961, II, 16.1.1962, ADNBL, 736/2, Bl. 72.

335 Ebd.

336 Gerhard Hesse, Probleme des Auswahl-Sachkataloges (ASK) in wissenschaftlichen Bibliotheken, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 74 (1960), Heft 3, S. 161-187.

der Aufstellung des Kataloges im Eingangsbereich des Lesesaals »äusserst geringfügig« gewesen. Für die Deutsche Bücherei erwartete man kaum bessere Ergebnisse. Im Gegenteil: der ASK gleiche, so der Bearbeitungsstand im Oktober 1962, eher einem »Studienkatalog« auf dem Niveau des vierten Semesters. Studenten aber würden in diesem Stadium auf die mittlerweile gut bestückten Institutsbibliotheken zurückgreifen und erst in höheren Semestern die Deutsche Bücherei aufsuchen, dann aber speziellere Bücherwünsche äußern, die der ASK nicht zu befriedigen vermochte. Insgesamt kämen, so eine optimistische Schätzung, vielleicht 25 Prozent der Benutzer der Deutschen Bücherei überhaupt als Klientel für den ASK infrage.³³⁷ Beim Großteil der Benutzer bestehe jedoch »kaum das Bedürfnis, solche Schriften einzusehen, die wegen ihrer progressiven politischen Aussage bereits in jeder Instituts- und Werkbibliothek vorhanden sind«. ³³⁸ Nicht nur die Mehrheit der Mitarbeiter der Katalogabteilung, sondern auch andere wissenschaftliche Bibliothekare und das Staatssekretariat selbst standen ökonomisch ineffizienten Unternehmen wie dem ASK bereits zu diesem Zeitpunkt distanziert gegenüber, sodass das Projekt, das dem tatsächlichen Nutzerverhalten nicht entsprach, schließlich im Mai 1963 für abgebrochen erklärt wurde.³³⁹

Ein ebenso völlig ineffizientes Unternehmen stellten die empfehlenden Bibliographien dar, zu deren Erarbeitung die Deutsche Bücherei neben der Deutschen Staatsbibliothek verpflichtet war. Im Gegensatz zu allgemeinen Bibliographien sollten empfehlende Bibliographien in erster Linie erzieherisch wirken, indem sie die Überlegenheit der sozialistischen Wissenschaft sichtbar machten. So sollten sie bewusst nur die Literatur propagieren, »die in einer gegebenen historischen Periode der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung am nützlichsten erscheint«. Vollständigkeit gehörte indes nicht zu den entscheidenden Kriterien.³⁴⁰ Ähnlich wie im Falle des ASK steckte die theoretische Debatte über die Gestaltung von empfehlenden Bibliographien aber noch in den Kinderschuhen. Allerdings war die Motivation der Leipziger Bibliothekare zur Bearbeitung empfehlender Bibliographien ungleich höher, denn die Deutsche Bücherei verfügte über eine langjährige bibliographische Tradition (auch auf dem Gebiet der Sonderbibliographien) und der offizielle Auftrag zur Erstellung von empfehlenden Bibliographien bot eine willkommene Chance, die Bedeu-

337 Abteilung Kataloge an die Hauptdirektion, 22.10.1962, ADNBL, 543/2, Bl. 44f.

338 Ergebnis der Diskussion in der Sitzung der erweiterten Parteileitung vom 6.11.1962 zu Fragen des ASK, o.D., ebd., Bl. 48.

339 Helmut Röttsch an den Direktor der Abteilung Kataloge, 25.5.1963, ebd., Bl. 50.

340 Gottfried Rost, Die empfehlende Bibliographie in der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Diskussionsgrundlage für gemeinsame Beratungen, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 50 vom 19.12.1961, S. 729-733, hier S. 730.

tung der Bibliothek in praktischer und theoretischer Hinsicht³⁴¹ unter Beweis zu stellen. Die leitenden Bibliothekare verbanden damit vor allem einen Prestigegewinn. Jedoch gestaltete sich die Verbindung von Wissenschafts- und Propagandalogik in der Praxis konfliktgeladen, was das Projekt zusätzlich ineffizient machte. So zeichneten sich die 20 empfehlenden Bibliographien, die die Deutsche Bücherei bis 1962 herausgab, zwar durch ein hohes Maß an fachlicher Professionalität aus. Das war aber gleichzeitig auch ein ausgesprochenes Problem. Die Bibliothekare beauftragten zunächst ausgewiesene Fachexperten mit den Literaturzusammenstellungen zu bestimmten Themen, anschließend wurden die Literaturlisten nach bibliographischen Gesichtspunkten fachlich nachbearbeitet. Am Ende wurden die Manuskripte an den VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen gegeben, der zugleich die Honorarkosten für die Wissenschaftler übernehmen sollte. Dieser Prozess barg jedoch viele Hürden. Schon die Gewinnung bereitwilliger Wissenschaftler stellte die Bibliothekare vor besondere Herausforderungen, da jene häufig nur gegen feste Honorare tätig wurden, die Auszahlung von Verlagsseite aber erst nach der Drucklegung und entsprechend der abgesetzten Stückzahlen erfolgte. Wissenschaftler aber sahen in den empfehlenden Bibliographien häufig kaum einen Nutzen, zumal sie mit den Grundbibliographien der Deutschen Bücherei über verlässlichere Informationsmöglichkeiten verfügten. So musste die Deutsche Bücherei häufig in Vorkasse gehen, um überhaupt Fachleute zu gewinnen.³⁴² Hatte man Fachexperten bewegen können, so kam es nicht selten vor, dass diese entweder bald selbst die Sinnhaftigkeit des Projektes anzweifeln oder über das Ziel hinausschossen. So monierte der Leipziger Stadtarchitekt Walter Lucas, der eine empfehlende Bibliographie zum Thema »Neuzeitlicher Wohnungsbau« erarbeiten sollte, dass die Zusammenstellung für den Fachmann unbrauchbar, für den Laien aber zu speziell sein werde. Architekten würden sich durch laufendes Zeitschriften- und Buchstudium, Hinweise von Verlagen oder Bibliothekskataloge ohnehin stets auf dem aktuellsten Stand halten, für Bauarbeiter, Poliere oder Bauleiter wäre ein allzu starker Spezialisierungsgrad dagegen ungeeignet: »Wir schreiben und drucken am Bedarf vorbei«, lautete Lucas' Credo.³⁴³ Im Falle der Bibliographie »Bildsame Formung der Metalle«, für die Wissenschaftler des dem Ministerium für Berg- und Hüttenwesen unterstellten Instituts für bildsame Formung der Metalle (Zwickau) verantwortlich zeichneten, erhielt die Deutsche Bücherei ein Manuskript, das eher einer Fachbibliographie glich. Nicht nur die schiere Masse an biblio-

341 So etwa durch die Übersetzung bibliothekswissenschaftlicher Theorien aus der Sowjetunion, etwa Werner Rittner (Red.), Die Bearbeitung empfehlender Bibliographien. Allgemeine Grundsätze und methodische Verfahren, Leipzig 1960.

342 Curt Fleischhack an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, 14.10.1954, ADNBL, 617/1/2, Bl. 21.

343 Walter Lucas an Curt Fleischhack, 26.3.1956, ADNBL, 61/1/8, Bl. 35.

graphischen Angaben, auch der Umstand, dass ausländisches Schrifttum in der Liste überwog, gab Anlass zu Kritik.³⁴⁴ Schließlich beklagte sich auch der Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, der eigens ein gesondertes Fachgutachten über das Projekt angefordert hatte, dass der Aufwand keineswegs den Nutzen rechtfertige und das Überwiegen von westdeutscher Literatur bedenklich stimme.³⁴⁵ Nachdem sich der stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts vehement dagegen gewehrt hatte, eine Bibliographie zu verantworten, die den Eindruck erwecke, »daß das Material von einem Nichtfachmann zusammengestellt wurde«³⁴⁶ und »es uns gleichgültig ist, aus welchem Lager die modernste Technik kommt«³⁴⁷, solange sie der Wirtschaft der DDR diene, einigte man sich Ende 1958 schließlich auf einen Kompromiss. Der stellvertretende Direktor des Instituts, Gerhard Gentzsch, musste einige westdeutsche Titel streichen und weitere Beiträge aus der DDR aufnehmen, sodass zumindest ein Verhältnis von 300:120 Titeln erreicht wurde.³⁴⁸

Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Parteien konnten dazu führen, dass sich einzelne bibliographische Projekte mitunter über Jahre hinziehen konnten und das fertige Produkt am Ende kaum noch Aktualität (wie offiziell verlangt) beanspruchen konnte. Ein extremes Beispiel ist die Bibliographie »Kunst des Realismus«, auf deren Veröffentlichung vor allem das Ministerium für Kultur drängte. Allerdings stritten sich Ende 1957/Anfang 1958 zunächst der Verlag und die Bibliographische Abteilung der Deutschen Bücherei über die Nützlichkeit der Bibliographie. Der Verlag gab zu bedenken, dass etwa die Diskussion über Ästhetik noch derart im Fluss sei, dass die Zusammenstellung bei ihrem Erscheinen schon erheblich an Aktualität verlieren könnte,³⁴⁹ der Abteilungsleiter Erich Drews kanzelte diese Vorbehalte dagegen als »Verzögerungstaktik« des Verlags ab.³⁵⁰ Nach längeren Diskussionen hatte man sich darauf ge-

344 Deutsche Bücherei, Leiter der Bibliographischen Abteilung, Erich Drews, an Forschungsinstitut für bildsame Formung der Metalle, Stellv. Direktor Gentzsch, 4.11.1957, ADNBL, 617/1/19, Bl. 20.

345 Fachverlag Leipzig an den VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Manuskript »Bildsame Formung der Metalle«, 18.6.1958, ebd., Bl. 28f.; Abschrift des Gutachtens, o.D., ebd., Bl. 30.

346 Forschungsinstitut für bildsame Formung der Metalle an Erich Drews, 17.12.1957, ebd., Bl. 27.

347 Gutachten über das Manuskript »Bildsame Formung der Metalle«, o.D., ebd., Bl. 31.

348 Forschungsinstitut für bildsame Formung der Metalle an Werner Rittner, 30.12.1958, ebd., Bl. 36.

349 VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Lektor Lehmann, an Erich Drews, 17.12.1957, ADNBL, 617/1, Bl. 11.

350 Erich Drews an den VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Herrn Lehmann, 2.1.1958, ebd., Bl. 12.

einigt, die Bibliographie auf theoretische Fragen zu begrenzen, historische und biographische Themen aber wegzulassen. Genau dies aber monierte das Ministerium für Kultur, das sich mit der Begutachtung des Manuskriptes bis Juli 1959 Zeit ließ. So mussten die Leipziger Bibliothekare noch einmal nachträglich Aufklärungsarbeit leisten und schließlich musste das Manuskript aufgrund der politischen Relevanz auch vom Kultursekretariat des ZK unter die Lupe genommen werden.³⁵¹ Obwohl auch die Bearbeiter offen eingestanden, dass die auf theoretische Probleme begrenzte Bibliographie für die tägliche Arbeit der Kulturfunktionäre in den Betrieben nur wenig geeignet war,³⁵² erschien diese mit reichlicher Verspätung im Oktober 1960 in einer viel zu hoch bemessenen Auflage von 3.500 Stück, von der gerade einmal 673 Exemplare abgesetzt wurden.³⁵³

Auch andere Bibliographien, etwa über Braunkohlentagebau, Braunkohlenschwelung, Arbeitsschutz oder Schweißtechnik, erwiesen sich am Ende als Ladenhüter.³⁵⁴ Zu speziell waren die Themen, zu gering die Nachfrage von Buchhandel, Wissenschaft und Bibliotheken, von interessierten Laien ganz zu schweigen. Dies bewirkte auch ein Umdenken in der Deutschen Bücherei, wo man jedoch die mit dem Namen des Hauses verbundene Tradition der Sonderbibliographien nicht aufgeben wollte. So wurden empfehlende Bibliographien künftig überhaupt nur noch in Angriff genommen, wenn der Verlag für Buch- und Bibliothekswesen vorab seine Zustimmung zu dem Vorhaben gegeben hatte.³⁵⁵ Zudem entschlossen sich die Bibliothekare Ende 1962 dazu, Sonderbibliographien künftig vor allem in Eigenregie kostengünstig zu produzieren und im Rahmen eines »Bibliographischen Informationsdienstes« laufend anzuzeigen.³⁵⁶

Die Beispiele der Lesesaal-Handbibliotheken, des ASK und der empfehlenden Bibliographien verdeutlichen die ambivalente Rolle der Deutschen Bücherei im Kalten Krieg der Worte. Sie kam der Forderung der SED-Führung zur Propagierung des »fortschrittlichen Buches« formal nach, einer dogmatischen Umsetzung stand aber nicht nur der Widerspruch zwischen den Anforderungen an die wissenschaftliche Forschung und den zur Verfügung stehenden Informationen (insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften), sondern auch die Lo-

351 Gottfried Rost, Aktennotiz, o.D., ebd., Bl. 39f.

352 Lektorat, Bibliographie »Sozialistischer Realismus«, 19.7.1959, ebd., Bl. 53.

353 Zustand und Perspektive des Sachgebietes »Sonderbibliographien«, 19.11.1962, ADNBL, 617/0, Bl. 12.

354 Stand des Vertriebes der Sonderbibliographien vom 9. März 1961, ebd., Bl. 52f.

355 So scheiterte etwa der Versuch, dem Ministerium für Nationale Verteidigung die anvisierte Bibliographie »Literatur für unsere Soldaten« anzubieten. Vgl. VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen an das Ministerium für Nationale Verteidigung, 1.12.1962, ebd., Bl. 111.

356 Protokoll der Sitzung zum Thema »Empfehlende Bibliographie« am 11.12.1962, ebd., Bl. 6-10. Der »bibliographische Informationsdienst« erschien seit 1963 in zwangloser Folge, ab 1966 monatlich als »Bibliographie der Bibliographien«.

gik des Kalten Krieges der Worte selbst entgegen. Wer gegen den »Klassenfeind« argumentieren wollte, musste ihn studieren. Zudem verblasste die Wirksamkeit der Literaturpropaganda vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Binnenlogiken. Die zunehmende Spezialisierung in der Forschung ließ das Bedürfnis nach immer gezielteren Informationen wachsen, die man in Auswahlkatalogen oder empfehlenden Bibliographien schlicht nicht fand. Deutlich zu spüren bekam dies die 1956 in der Abteilung Auskunft geschaffene Technisch-Naturwissenschaftliche Beratungsstelle, die mit immer spezielleren Anfragen von Wissenschaftlern, Institutionen und Behörden nicht nur der DDR, sondern auch aus der Bundesrepublik überhäuft wurde.³⁵⁷ Obgleich auch diese Stelle dazu angehalten war, vornehmlich »fortschrittliche« Literatur zu propagieren, kam ein interner Bericht aus dem Jahre 1963 zu dem Ergebnis, »daß sie im Wesentlichen nur in der Lage sind, die jeweils neueste Literatur zu ermitteln, ohne in jedem Falle zuverlässig sagen zu können, ob sich darin das Weltniveau widerspiegelt«.³⁵⁸

Während sich das Benutzungsverhalten durch die Maßnahmen der Literaturpropaganda nicht grundsätzlich änderte, sondern im Gegenteil die Literaturpropaganda zunehmend dem Benutzerverhalten angepasst wurde, so entfaltete der Kalte Krieg der Worte eine deutlich spürbare Wirkung auf den Zugang zu denjenigen Büchern und Zeitschriften, die aus Sicht der SED gefährliches Gedankengut enthielten. Im Gegensatz zu allen anderen wissenschaftlichen Bibliotheken war der Bestandsaufbau in der Deutschen Bücherei nicht durch staatliche Maßnahmen begrenzt. Zwar sammelte auch die Deutsche Staatsbibliothek westliche Literatur, jedoch war deren Sammlungspolitik durch die Zuteilung von Devisen zumindest teilweise steuerbar. Beide Bibliotheken mussten auf Beschluss des Politbüros der SED vom Herbst 1949 die als »feindlich« bewertete Literatur in gesonderten Sperrmagazinen aufbewahren, sie der allgemeinen Benutzung entziehen, zugleich aber für die Forschung zur Verfügung halten. Die Regelung dieser Gratwanderung oblag seit 1951 dem Staatssekretariat für Hochschulwesen. Staatssekretär Harig legte an die Benutzung der sekretierten Literatur strenge Maßstäbe an, schließlich stand die Verbreitung von »Kriegspropaganda der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfershelfer« unter hohen Strafen.³⁵⁹ So mussten Benutzer jeweils einen Antrag stellen, den nur Harig selbst, sein Stellvertreter Hans Goßens sowie der Personalleiter Fritz Schulz persönlich bestätigen durften.³⁶⁰ Aus Harigs

357 Deutsche Bücherei (Hsrg.), Deutsche Bücherei 1949-1959, S. 31f.; Kurze Aufzeichnungen von der Rechenschaftslegung am 2.4.1958, ADNBL, 150/2/6, unfol.

358 Bericht der Arbeitsgruppe 8 über ihre Untersuchungen in den Bibliotheken der Technischen Universität Dresden und der Universität Jena sowie der Deutschen Bücherei in Leipzig, [1963], BArch, DR 3, 1. Schicht, 5454, unfol.

359 Gesetz zum Schutze des Friedens vom 15. Dezember 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 1199.

360 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Gerhard Harig, an die Sperrbibliothek der Deutschen Bücherei, 10.4.1951, ADNBL, 744, Bl. 6.

Sicht war dies jedoch weniger eine Frage der ideologischen Erziehung; er wäre letztlich gar nicht in der Lage gewesen, jedes beantragte Buch zu beurteilen. Vielmehr agierte der Staatssekretär auf der Basis fehlender Rechtssicherheit, denn die SED-Führung hatte die Regelung der Benutzung der gesperrten Bestände offengelassen. Zudem konnte jedes Signal mangelnder Kontrolle schwerwiegende Konsequenzen für Harig haben. So erlangte etwa die ZKK – ein quasi-justitielles Organ, das zahlreiche politische Schauprozesse zu verantworten hatte – im Februar 1954 Kenntnis darüber, dass der Leiter der Abteilung Wissenschaftliche Publikationen, Museen und Bibliotheken, Johannes Müller, dem Redakteur einer Ost-Berliner Zeitung die Ausleihe der »Nazizeitschrift« *Zeitschrift für Politik* gestattet hatte und auf diesem Wege Informationen an einen westdeutschen Journalisten gegangen seien. Der Leiter der ZKK, Fritz Lange, verlangte daraufhin von Harig einen ausführlichen Bericht und drängte auf politische Konsequenzen für Müller.³⁶¹ In seinem Antwortbrief, der zuvor minutiös mit der Rechtsstelle des Staatssekretariats abgesprochen worden war, weil eine offizielle Berufsgrundlage für die Ermächtigung Müllers fehlte, verwies Harig darauf, dass er lediglich nach einer bewährten Praxis gehandelt habe. Die Einrichtung der Sperrmagazine sei auf die SMAD zurückgegangen, die selbst individuell über die Benutzung der sekretierten Literatur entschieden habe. Mit der Gründung der DDR sei dieses Recht stillschweigend auf die Behörden der DDR übergegangen und der Minister für Volksbildung, Paul Wandel, habe seither das Bestätigungsrecht ausgeübt. Harig habe lediglich daran angeknüpft, aufgrund der nicht erwarteten Häufung von Anträgen jedoch Johannes Müller dazu ermächtigt, in Einzelfällen Genehmigungen zu erteilen.³⁶² Die Angelegenheit war damit zwar erledigt und ohne Konsequenzen für Harig und Müller (wohl aber nicht für den Redakteur) geblieben, aus der Sicht Harigs aber war dieser Vorfall ein Signal, dass man zu einer verbindlichen Regelung kommen müsse. Im Staatssekretariat arbeitete man deshalb bald an einer Beschlussvorlage für den Ministerrat über »Maßnahmen gegen die Verbreitung friedensfeindlicher Literatur«, die das Staatssekretariat dazu ermächtigte, eine Benutzungsordnung für die »Sonderabteilungen« in wissenschaftlichen Bibliotheken auszuarbeiten.³⁶³ Im September 1955 wurde schließlich die Benutzerordnung für die Sperrmagazine in Angriff genommen. Mit der Absicht, dass die »Benutzung weitgehend einge-

361 Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Fritz Lange, an Staatssekretär Harig, 2.2.1954, BArch, DR 3, 1. Schicht, 242, Bl. 184.

362 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Rechtsstelle, Dr. Kaiser, an Harig, Genehmigung für die Benutzung der Sperrbibliotheken, 12.2.1954, ebd., Bl. 186; Gerhard Harig an den Vorsitzenden der ZKK, Fritz Lange, 3.5.1954, ebd., Bl. 189.

363 Beschluss des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen gegen die Verbreitung friedensfeindlicher Literatur, o.D. (Entwurf), BArch, DR 3, 1. Schicht, 4400, unfol.

schränkt werden soll, ohne wissenschaftliche Arbeit zu verhindern«³⁶⁴, legte das Staatssekretariat erstmalig verbindliche Maßnahmen zur Benutzung der Sperrliteratur fest. So durfte diese Literatur nur noch ausgeliehen werden, wenn sie »wissenschaftlichen Zwecken« oder dem »Kampf gegen den Militarismus, gegen reaktionäre oder kulturfeindliche Tendenzen« diene. Die Benutzung wurde somit nicht mehr an den Inhalt des Buches, sondern an den subjektiven Verwendungszweck geknüpft. Für die Genehmigungen zeichneten weiterhin der Staatssekretär bzw. von ihm ermächtigte Personen verantwortlich. Die Benutzer mussten fortan detaillierte Angaben machen zu den verlangten Titeln, ihren Motiven und zum genauen Verwendungszweck. Schließlich wurden auch für die Anfertigung von Kopien strenge Auflagen erteilt.³⁶⁵

Offiziell beschlossen wurde die Benutzungsordnung jedoch nicht. Die Gründe hierfür liegen zwar im Dunkeln, wahrscheinlich ist aber, dass ein solches Dokument die Zensur in der DDR allzu sichtbar gemacht hätte, was politisch nicht opportun erschien, zumal die SED-Führung infolge der Aufstände des 17. Juni 1953 kulturpolitische Lockerungen im Rahmen des »Neuen Kurses« verkündet hatte. Auch wenn die Parteiführung den »Neuen Kurs« bereits 1955 intern wieder fallen ließ, waren nun doch subtilere Methoden der Kontrolle gefragt.³⁶⁶ So erschien zeitlich parallel zu den internen Diskussionen über eine Benutzungsordnung für Sperrbibliotheken die Verordnung zum Schutze der Jugend, die auch die Weitergabe von »Schund- und Schmutzerzeugnissen« an Jugendliche untersagte.³⁶⁷ Dem vorangegangen war eine Kampagne zum Umtausch von »Schundliteratur« gegen »gute Jugendbücher« im »doppelten Wert« im Dezember 1954, deren »erschütternde[n]« Ergebnisse³⁶⁸ die Legitimationsgrundlage für die Verordnung von 1955 bildeten. Damit wurde (analog den Schund- und Schmutzgesetzen der Weimarer Republik) eine als besonders gefährdet erachtete Benutzergruppe ohnehin vom Zugang zu Sperrliteratur ausgeschlossen, allerdings auf subtilere Weise als auf der Grundlage einer speziellen Benutzungsordnung für sekretierte Bestände. Andererseits hatte es schon im Jahre 1952 eine

364 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Sekretär des Kollegiums, Protokoll der 17. Sitzung am 20.9.1955, BAArch, DR 3, 1. Schicht, 154, unfol.

365 Benutzungsordnung für die Sonderabteilungen (Sperrbibliotheken) bei der Deutschen Staatsbibliothek Berlin und der Deutschen Bücherei Leipzig, o.D., ebd., unfol.

366 Der »Neue Kurs« hatte auch für die Literaturpolitik Folgen. So sollten Bücher künftig nicht mehr generell verboten, sondern vielmehr in ihrer Wirkung eingeschränkt werden. Vgl. Siegfried Lokatis, Vom Amt für Literatur und Verlagswesen zur Hauptverwaltung Verlagswesen im Ministerium für Kultur, in: Barck/Langermann/Lokatis (Hrsg.), »Jedes Buch ein Abenteuer«, S. 19-60, hier S. 37.

367 Verordnung zum Schutze der Jugend vom 15. September 1955, in: Gesetzblatt der DDR 1955, Teil I, S. 641.

368 Karl Jellinghaus, Schundliteratur vergiftet unsere Jugend, in: Unsere Jugend 7 (1955), S. 215-217.

Reihe von Beschwerden von Benutzern gegeben, die das Beantragungsverfahren als bürokratische Last empfanden.³⁶⁹ Zu diesen zählten auch westdeutsche Studenten, die die Bibliothekare zuweilen sogar deutlich darauf hinwiesen, dass sie in der Bundesrepublik ungehinderten Zugang zu der gewünschten Literatur erhielten.³⁷⁰ Solchen Nutzern wollte man freilich keinen Vorwand dafür bieten, die DDR öffentlich in Misskredit zu bringen. Selbst innerhalb der DDR bestand noch am Ende der 1950er Jahre die Gefahr, dass die tabuisierte Zensurpraxis publik gemacht würde. So meldete sich im Dezember 1958 ein Leser des DDR-Satiremagazins *Eulenspiegel* bei der Redaktion des Blattes und beklagte sich mit viel Ironie darüber, dass er erotische Literatur in der Deutschen Bücherei nur zu wissenschaftlichen Zwecken einsehen dürfe, während im Sozialismus doch angeblich »staubige Perücken und spießerhafte Befangenheit verschwunden« seien.³⁷¹ Gegen solche nicht intendierten Dynamiken hatte das Staatssekretariat bereits frühzeitig Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. So verbot Harig dem Leiter der Sperrbibliothek im August 1951, Auskünfte über die ausgesonderten Bestände zu geben. Das Recht hierzu hatte ausschließlich die Auskunftsabteilung.³⁷² Auch die Deutsche Bücherei hatte Maßnahmen getroffen, die dazu beitragen sollten, die Zensurpraxis durch ein bürokratisches Verfahren zu verschleiern – dies freilich auch aus eigenem Interesse heraus. So hatte man etwa trotz Aufforderung durch das Staatssekretariat darauf verzichtet, die gesperrte Literatur aus den allgemeinen Benutzerkatalogen zu entfernen und die Katalogkarten mit besonderen Kennzeichnungen zu versehen, »mit Rücksicht auf die Vorwürfe der Verleger Westdeutschlands, dass ihre kostenlos an die D.B. gelieferten Bände hier unter Zensur ständen«.³⁷³ Benutzer konnten so nicht ersehen, ob es sich bei den bestellten Titeln um Sperrliteratur handelte. Erst wenn sie ihre Bestellzettel mit den Stempelvermerken »Nachweis für die wissenschaftliche Verwendung erforderlich« oder »Nur für wissenschaftliche Zwecke« zurückerhielten, konnten sie

369 Deutsche Bücherei, Leiter der Sperrbibliothek, Ernst Rübenkönig, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Publikationen, Bibliotheken, Museen, 3.4.1952, ADNBL, 744, Bl. 217.

370 So etwa handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 23.8.1954, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bl. 57. In einem Fall habe ein westdeutscher Student sogar explizit auf dem Bestellzettel vermerkt, dass er »Student der Bundesrepublik« sei, was zeigt, dass die Zensurpraxis in Bibliotheken der DDR im Alltag durchaus bekannt war. Vgl. handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 23.11.1956, ebd., Bl. 121.

371 *Eulenspiegel*, Leserbriefabteilung, an die Deutsche Bücherei, Direktor, 13.12.1958, ADNBL, 766, Bl. 164.

372 Gerhard Harig an die Verwaltung der Sperrbibliothek bei der Deutschen Bücherei, Auskunftserteilung über Bestände der Sperrbibliothek, 22.8.1951, ADNBL, 546/3/0/0, Bl. 22.

373 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 29.1.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bd. 2, Bl. 73.

den Hintergrund erahnen. Der Stempeltext war freilich ebenfalls mit Bedacht gewählt. Auf eine Anfrage der Deutschen Staatsbibliothek, ob man auf den Leihschein vermerken solle, dass das Buch »wegen seines fortschrittsfeindlichen Inhalts« besonderen Benutzungseinschränkungen unterliege, gab Kurt Brückmann zu bedenken, dass es dann vorkommen könne, »daß die Besteller aus Westdeutschland den Leihverkehr mit vielen Rückfragen usw. belasten« und man sich eine politische Formulierung aus Rücksicht auf die Sammlungspolitik nicht erlauben könne.³⁷⁴ Nachbohrende Benutzer und auch der Leser des *Eulenspiegels* wurden in der Regel mit dem Argument der Bestandserhaltung vertröstet.³⁷⁵

Aus Sicht der Bibliothekare war dieses Argument freilich nicht ganz aus der Luft gegriffen, wie die Zunahme der Diebstähle im Lesesaal gezeigt hat. Insofern bot die staatliche Zensurpolitik auch eine Grundlage dafür, die begehrten Bestände vor Diebstahl oder Beschädigungen zu schützen. In der Tat stieg die Nachfrage nach Literatur aus der Zeit des Nationalsozialismus in den frühen 1950er Jahren stark an. Zudem zeigten ostdeutsche Behörden und Institute ein reges Interesse an militärischer Literatur.³⁷⁶ Auch die Stasi forderte immer wieder – freilich auf unbürokratischem Wege – gesperrte Bücher zu Aufklärungszwecken von der Deutschen Bücherei an. Dafür erhielten die Behörden vom Staatssekretariat sogar Sondergenehmigungen. Verwaltungs- und Parteistellen durften die gesperrten Bände über einen bestimmten Zeitraum außer Haus ausleihen (zumeist ein halbes Jahr), die Stasi erhielt überdies eine Kollektiv-Genehmigung, die dem Sicherheitsdienst praktisch unbegrenzten Zugriff auf die Bestände ermöglichte.³⁷⁷ Die Deutsche Bücherei erledigte die Aufträge des MfS stets ohne Rückfragen. Die privilegierten Behörden stellten jedoch auch die säumigsten und schwierigsten Benutzer dar. Sie behielten die ausgeliehenen Bücher mitunter über Jahre hinweg ein und reagierten häufig erst, wenn Vertreter des Staatssekretariats für Hochschulwesen persönlich intervenierten. In einer Aufstellung vom April 1956 über säumige Bibliotheksbenutzer rangierten das Innenministerium, die Seepolizei und der Zentralrat der FDJ an der Spitze, sie hatten ausgeliehene Sperrbestände seit 1949/50 nicht zurückgegeben. Auch das MfS zählte mit 191 seit 1953 ausgeliehenen Titeln zu den pflichtvergessenen Nutzern der Deutschen Bücherei.³⁷⁸ Freilich waren sich die Behörden ihrer privilegierten

374 Deutsche Bücherei, Kurt Brückmann, an die Deutsche Staatsbibliothek, Abteilungsdirektor Gittig, 11.8.1958, ADNBL, 811/1, Bl. 91.

375 Curt Fleischhack an die Leserbriefabteilung des Eulenspiegel, 19.12.1958, ADNBL, 766, Bl. 165. Beispiele für die Kommunikation mit Benutzern finden sich in ADNBL, 806/6/0.

376 Vgl. die Genehmigungsschreiben in ADNBL, 744.

377 Vgl. die Schriftwechsel zwischen dem Staatssekretariat für Hochschulwesen und der Deutschen Bücherei in ebd.

378 Curt Fleischhack, Erfahrungsbericht über säumige Bibliotheksbenutzer, 23.4.1956, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 237.

Situation bewusst, was zuweilen auch zu peinlichen Zwischenfällen führte. Im Februar 1957 etwa erschienen gleich mehrere Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) und verlangten Einsichtnahme in militärtechnische Literatur aus der Zeit vor 1945. Nachdem sie auf die Benutzungsbeschränkungen aufmerksam gemacht worden waren, zeigten sie sich brüskiert darüber, »dass man ihre Legitimation durch die Offiziersuniform nicht für ausreichend hält«.379

Der allgemeine Anstieg der Benutzerzahlen im Bereich des Sperrmagazins wurde nicht nur zunehmend zu einem politischen, sondern auch einem technischen Problem, die Forderung der Bibliothekare nach geregelten Abläufen daher immer lauter. Schon im Januar 1955 hatte sich der Direktor der Deutschen Staatsbibliothek, Horst Kunze, beim Staatssekretariat darüber beklagt, dass das Festhalten Harigs am Bestätigungsrecht unter den Benutzern immer häufiger Unmut über die »Ausschaltung der Verantwortung der Bibliotheksleitung« provoziere, ganz zu schweigen vom Zeitverlust für die Forschung.³⁸⁰ In der Deutschen Bücherei gestalteten sich die Probleme noch komplizierter. Bis zum Mai 1957 war der Bestand des Sperrmagazins auf 108.470 Bände gestiegen.³⁸¹ Das waren im Verhältnis zum Gesamtbestand zu diesem Zeitpunkt zwar nur 4,2 Prozent, allerdings lag die Bestellfrequenz mit etwa 350 Titeln im Monat (Stand: November 1958)³⁸² im Sperrmagazin vergleichsweise hoch, wenn man den damit verbundenen Verwaltungsaufwand bedenkt. Ein signifikanter Anstieg der Benutzerzahlen ließ sich in den Tagen und Monaten des Aufstandes in Ungarn im Oktober 1956 beobachten. Vor allem häuften sich die Bestellungen für nationalsozialistische und westdeutsche Literatur durch Studenten, die vielfach ohne Bescheinigungen ihrer Institute erschienen und sich ungehalten über die »dogmatischen« Reaktionen der Bibliothekare zeigten. Zudem kam es vor, dass sich Benutzer als Vertreter der Kriminalpolizei ausgaben, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen.³⁸³ Aber auch die Institute selbst gingen vermehrt dazu über, ihren Studenten inflationär Bescheinigungen auszustellen, oder stellten selbst Formulare her, um das administrative Prozedere zu beschleunigen.³⁸⁴ Angesichts fehlender anderer Möglichkeiten, den Zustrom zu regulieren, machte der Leiter der Benutzungsabteilung, Hans Schu-

379 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 27.2.1957, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 121.

380 Deutsche Staatsbibliothek, Horst Kunze, an den Stellvertreter des Staatssekretärs für Hochschulwesen, Hans Goßens, 19.1.1955, BArch, DR 3, I. Schicht, 4400, unfol.

381 Aktennotiz der Verwaltungsleitung, 22.5.1957, ADNBL, 310/5, Bl. 1.

382 Bezirksverwaltung Leipzig, Abt. V/1, Treffbereich GI »Kramer«, 4.11.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bd. 2, Bl. 109.

383 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 18.10.1956, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bl. 113; Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 23.11.1956, ebd., Bl. 121.

384 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 4.3.1957, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 22; Bericht GI »Kramer«, 22.3.1957, ebd., Bl. 26.

rig, die Stasi immer wieder ausgiebig über die Vorgänge in der Sperrbibliothek aufmerksam, indem er diejenigen Benutzer meldete, die sich nicht peinlich genau an das Beantragungsverfahren hielten,³⁸⁵ und dies als politische Unreife auslegte. Seine Meldungen verband Schurig zuweilen mit unmissverständlichen Forderungen: »Es sollte der Kreis vielmehr eingeschränkt werden, da ausserdem nicht kontrolliert werden kann, in welcher Art die Auswertung [der sekretierten Literatur, d.V.] erfolgt.«³⁸⁶ So nutzte nicht nur das MfS die Redseligkeit Schurigs für seine Zwecke, auch Schurig bediente sich des Repressionsapparates, um sich ungeliebte Benutzer vom Halse zu schaffen, ohne dass die Deutsche Bücherei selbst offen repressiv tätig werden musste.

Anfang 1957 zog allerdings das Staatssekretariat von sich aus die Konsequenz aus dem entstandenen Chaos und gab das Bestätigungsrecht über die Benutzungsanträge von Einzelpersonen an den Hauptdirektor Fleischhack und dessen Stellvertreter Brückmann ab.³⁸⁷ Dieser Dezentralisierungsschub bot den Verantwortlichen in der Deutschen Bücherei nun auch die Möglichkeit, selbst interne Regelungen zu treffen. So wurden nicht nur erstmals die Zuständigkeiten vom Eingang bis zur Endbenutzung nutzungsbeschränkter Titel geregelt,³⁸⁸ auch der Zugang der Mitarbeiter der Bibliothek, die aus dienstlichen Gründen bislang relativ unproblematisch an gesperrte Literatur kamen, dieses Privileg aber zuweilen auch privat nutzten, wurde jetzt deutlich verschärft. Einen Schlüssel für das Sperrmagazin durften seither nur noch der Verwalter selbst, der diesen nach Dienstschluss bei der Betriebswache abgeben musste, und die Betriebswache, die den hermetisch abgeriegelten Raum nur bei technischen Störungen betreten durfte, besitzen.³⁸⁹ Außerdem erhielten auf Anweisung Brückmanns nur weitere 15 Bibliothekare die Zutrittsberechtigung, wobei diese Auswahl offenbar auch von politischen Einschätzungen abhängig gemacht wurde.³⁹⁰ Das administrative Verfahren beschleunigte sich dadurch erheblich, indem die Kommunikationskosten sanken. Gleichwohl wurde die Stasi auch weiterhin im Hintergrund über suspekt erscheinende Benutzer informiert. Der Zustrom brach dadurch freilich nicht ab, vielmehr hatte sich das Staatssekretariat dem Nutzerverhalten angepasst. Allerdings dürfte das administrative Verfahren, durch das die Benutzer bei

385 Etwa Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, Bestellungen von Büchern aus der Sperrbibliothek, 4.11.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Teil 2, Bd. 2, Bl. 106.

386 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 4.3.1957, ebd., Bl. 22.

387 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Staatssekretär Harig, Vollmacht, 15.1.1957, ADL, 152/1/6, Bl. 296.

388 Arbeitsanweisung für die Behandlung der in die Sperrbibliothek einzustellenden Literatur, o.D., ADNBL, 524/0, Bl. 58.

389 Handschriftlicher Bericht GI »Kramer«, 29.1.1958, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3420/63, Bd. 2, Bl. 74.

390 Anweisung der Hauptdirektion, 13.7.1958, ADNBL, 154/1, Bl. 240.

offiziellen Stellen namentlich als Leser bestimmter Bücher erfasst wurden und damit potentiell in den Fokus der Stasi geraten konnten, auf diese einigen psychologischen Druck ausgeübt haben.

Paradoxerweise interessierte sich das Staatssekretariat für Hochschulwesen letztlich mehr für die Frage des Zugangs zu den sekretierten Büchern als für die Frage, welche Bücher auszusondern waren. Gewiss gehörte Literaturpolitik nicht in den Zuständigkeitsbereich des Staatssekretariats, sondern wurde vom Ministerium für Volksbildung bzw. ab 1954 vom Ministerium für Kultur verantwortet. Nur interessierten sich auch diese Stellen nicht für die Praxis des Sekretierens in der Deutschen Bücherei, unterstand die Bibliothek doch dem Staatssekretariat. Während also die Benutzungsmodalitäten einer straffen Regelung unterlagen, existierte in Fragen der Aussonderung politisch unerwünschter Literatur ein empfindliches Machtvakuum. Zentrale Vorgaben über zu sekretierende Literatur blieben nebulös und waren weit auslegbar.³⁹¹ Die Verantwortung hierfür lag in den Händen der Bibliothekare.³⁹² Für diese bedeute das jedoch keinesfalls ein höheres Maß an Handlungsspielraum, sondern angesichts des repressiven innenpolitischen Klimas ein Mehr an Unsicherheit. Eine hohe Bereitschaft zur Selbstbeschränkung war die Folge. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem informellen Austausch zwischen den Sperrbibliotheken der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek zu, der jedoch von den ständigen Querelen zwischen beiden Seiten überschattet war. Wie die wenigen vorhandenen Akten, die diese Aushandlungsprozesse dokumentieren, zeigen, hatte der kollegiale Austausch vor allem die Funktion der gegenseitigen Absicherung. Allerdings verfolgten beide Bibliotheken unterschiedliche Sammlungspolitiken und legten auch unterschiedliche Maßstäbe an die zu sekretierende Literatur an. So konzentrierte sich die Staatsbibliothek auf naturwissenschaftlich-technische und Literatur aus anderen sozialistischen Ländern. Die Aussonderung erfolgte hier auf zwei Stufen. Die meisten nutzungsbeschränkten Titel erhielten einen Rotkreis (später ein W), was bedeutete, dass die Titel nicht im Sperrmagazin standen und auch kein Antrag auf Einsichtnahme nötig war. Hier genügte offenbar die mündliche Versicherung, das Buch ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke zu benutzen, während in der Deutschen Bücherei auch für »bedingt verleihbare« Bestände (etwa Erotika) ein schriftlicher Nachweis gefordert wurde. In Ost-Berlin landeten so nur die wenigsten Titel im Sperrmagazin, 1989 waren es insgesamt rund 100.000 (0,2 Prozent des Gesamtbe-

391 Ulrike Geßler/Jennifer Hochhaus/Kerstin Schmidt, Die Deutsche Bücherei Leipzig. Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums und seine besonderen Bedingungen, in: Lokatis/Sonntag (Hrsg.), Heimliche Leser in der DDR, S. 201-207, hier S. 204f.

392 Benutzungsordnung für die Sonderabteilungen (Sperrbibliotheken) bei der Deutschen Staatsbibliothek Berlin und der Deutschen Bücherei Leipzig, o.D., BArch, DR 3, 1. Schicht, 154, unfol.

standes); ein Ausmaß, das das Sperrmagazin der Deutschen Bücherei bereits Ende der 1950er Jahre erreicht hatte.³⁹³ Aus der Perspektive der Staatsbibliothek bot der Austausch mit Leipzig die Möglichkeit, das hausintern abgestufte Verfahren durch kollegiale Absicherung aufrechtzuerhalten. So war es auch der Direktor der Staatsbibliothek, Horst Kunze, der sich seit Mitte der 1950er Jahre immer wieder an Curt Fleischhack und Kurt Brückmann wandte, um beide Bibliotheken zur Abstimmung der Grundsätze an einen Tisch zu bringen.³⁹⁴ Ein Treffen kam indes erst nach dem Mauerbau zustande. Den Verantwortlichen der Deutschen Bücherei genügte offenbar der regelmäßige gegenseitige Austausch von Aussonderungslisten, die die Leipziger Bibliothekare auch dazu nutzten, um fehlende Titel im eigenen Bestand zu ermitteln.³⁹⁵

Einen vollständigen Überblick über die Praxis des Sekretierens zu gewinnen, ist aufgrund der Quellenlage nicht möglich. Insgesamt aber scheint die Deutsche Staatsbibliothek eine weniger restriktive Praxis verfolgt zu haben.³⁹⁶ In Zweifelsfällen war Kunze jedoch bereit, die strengeren Maßstäbe der Deutschen Bücherei auch im eigenen Haus anzuwenden, um eventuelle politische Konsequenzen zu vermeiden. So hatte der Referent für Germanistik in der Deutschen Staatsbibliothek etwa entschieden, das im Hamburger Rowohlt-Verlag 1954 erschienene Buch »Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll. Beiträge zur Geschichte des modernen Schriftstellers« für die allgemeine Benutzung freizugeben, weil er in dem Werk »eine besondere politische Aktualität und Förderung im Sinne der Verbreitung humanistischer Literatur« sah. Im »Selbstverhör« Bronnens zeige sich die »Wandlung des geistigen Standpunktes in der deutschen Literatur«, indem der Autor sich

- 393 Raimund Waligora, *Der Giftschränk der Staatsbibliothek Berlin*, in: Lokatis/Sonntag (Hrsg.), *Heimliche Leser in der DDR*, S. 191-200, hier S. 195.
- 394 Horst Kunze an Curt Fleischhack, 29.1.1955, SBB, G II A/30, Bd. 1, unfol.; Horst Kunze an Kurt Brückmann, 25.11.1955, ADNBL, 811/1, Bl. 182; Horst Kunze an Kurt Brückmann, 30.12.1955, ebd., Bl. 185.
- 395 Einige dieser Listen, zum Teil mit Anmerkungen, befinden sich in ADNBL, 524/1 und 2; ADNBL, 811/1; SBB, Sperrbibliothek, DB & DSB, 1953/2.
- 396 Raimund Waligora verweist auf einen Vergleich vom September 1956, wonach von 362 Titeln, die in der Deutschen Bücherei konsequent gesperrt wurden, in der Berliner Bibliothek 75 Titel ebenfalls in der Sperrbibliothek standen, 68 dagegen nur mit einem Rotkreis versehen waren. Waligora, *Der Giftschränk*, in: Lokatis/Sonntag (Hrsg.), *Heimliche Leser in der DDR*, S. 198. Es muss allerdings dahingestellt bleiben, ob es sich bei dem von Waligora zitierten Fall um eine Ausnahme handelt, die im Zusammenhang mit der Entstalinisierung stand. Die Akte, die Waligora herangezogen hat (SBB, Konvolut ASF, Mappe »Abstimmung Zugangslisten«), ist jedoch seit der Auslagerung des Hausarchives der Staatsbibliothek nicht mehr auffindbar und konnte vom Verfasser nicht überprüft werden. Allerdings hinterlassen die bis in die 1960er Jahre überlieferten Listen der Deutschen Bücherei im Hausarchiv der Staatsbibliothek den Eindruck, dass die Ost-Berliner Bibliothekare auch weiterhin an ihrer liberaleren Aussonderungspraxis festhielten.

selbst für seine »Feigheit« und »Gewinnssucht« in der Zeit des Nationalsozialismus anklage.³⁹⁷ Nachdem Kunze jedoch erfuhr, dass das Buch in Leipzig sekretiert worden war, wurde es auch in Ost-Berlin vorsichtshalber unter Verschluss genommen. Nur wenige Tage später jedoch korrigierte Brückmann die Entscheidung, nachdem er auf eine positive Rezension des Buches in der *Neuen Deutschen Literatur* aufmerksam geworden war.³⁹⁸ So zeigt der Fall überdies, wie sehr die Entscheidung, ein Buch zu sekretieren, auch vom politischen Tagesgeschehen abhängig war, und dass zwischen Literatur- und Bibliothekspolitik kein Austausch bestand. Ähnlich verfuhr man im Falle des 1957 vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Werkes »Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen«. In der Deutschen Bücherei war der Band gesperrt worden, wohl schon allein aufgrund des Herausgebers, der in der DDR offiziell als »Sabotageministerium« galt.³⁹⁹ In der Staatsbibliothek sah man den Dokumentenband dagegen als harmlos an. Sein »Informationsnutzen« sei gering. Zu beanstanden sei lediglich, dass dort das Wort Volkskammer in Anführungsstrichen stand. Zugleich wurden in diesem Fall aber auch intern Zweifel darüber laut, »ob strikte Übereinstimmung mit Leipzig für uns überhaupt nötig ist, ferner ob man gegebenenfalls Leipzig um Revision seiner Entscheidung ersuchen sollte«.⁴⁰⁰

Der Vergleich zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek sollte allerdings nicht dazu verleiten, den Leipziger Bibliothekaren ideologischen Dogmatismus zu unterstellen. Wie sehr auch sie sich darüber im Klaren waren, dass es kaum möglich war, formal verbindliche Kriterien festzulegen, macht eine Sitzung vom 12. Dezember 1963 deutlich, in der erstmals Vertreter Leipzigs und Ost-Berlins an einem Tisch saßen, um sich über ihre Aussonderungsgrundsätze auszutauschen. Die gemeinsamen Festlegungen ließen am Ende immer noch einen beträchtlichen und teilweise auch als notwendig erachteten subjektiven Spielraum in der Bewertung der Literatur. »Schriften von führenden deutschen und internationalen Vertretern der Arbeiterbewegung« sowie führender sozialistischer Staatsmänner galten grundsätzlich als unbedenklich, wenn sie keine »unwissenschaftlichen und feindlichen Tendenzen« enthielten. Auch jugoslawische Literatur wurde dann als allgemein benutzbar eingestuft, »sofern sie den heutigen politischen Auffassungen gerecht wird«. Bei Prozessliteratur gegen rehabilitierte Persönlichkeiten und überholter DDR-Literatur einigte man sich auf Einzelfallprüfungen. »Antimarxistische chinesische Literatur« sollte katego-

397 Siegfried Joost an Horst Kunze, 12.1.1955, SBB, G II A/30, Bd. 1, unfol.

398 Kurt Brückmann an Horst Kunze, 4.2.1955, ebd., unfol.

399 Stefan Creuzberger, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969, Düsseldorf 2008, S. 300.

400 Handschriftliche Stellungnahme, 30.9.1957, SBB, Sperrbibliothek, DB & DSB, 1953/2, unfol.

risch nur zu wissenschaftlichen Zwecken ausgegeben werden. Abgelehnt wurde indes der Vorschlag, »Republikflucht« eines Autors grundsätzlich als Aussonderungsgrund anzuerkennen. Gleichwohl gestaltete sich die Benutzung westlicher Literatur in der Deutschen Staatsbibliothek einfacher. Etwa wurden in Ost-Berlin westdeutsche Zeitschriften und Tageszeitungen nach zwei Jahren als »Rotkreisliteratur« eingestuft, in der Deutschen Bücherei blieben sie zeitlich unbegrenzt gesperrt.⁴⁰¹ Bei der Beurteilung dieser Unterschiede sollte schließlich auch in Betracht gezogen werden, dass in der Deutschen Bücherei Fragen des Bestandsschutzes angesichts der hohen Nachfrage, der häufigen Diebstähle und der besonderen Beziehungen zu westdeutschen Verlegern, denen man versprechen musste, die kostenlos gelieferten Titel jederzeit bereitzuhalten, eine ganz eigene (politische) Relevanz besaßen.

Lässt man die Benutzungspolitik der Deutschen Bücherei in den 1950er Jahren Revue passieren, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Literaturpropaganda und Aussonderung waren bis zu einem gewissen Grad Aushandlungssache. Für die Bibliothekare waren nicht nur die zentralen Vorgaben (sofern sie es überhaupt gab) entscheidend, sondern auch die Kommunikation mit den Nutzern und die Verpflichtung gegenüber westdeutschen Verlegern. Sie agierten gewissermaßen als Mediatoren zwischen Politik, Benutzerbedürfnissen und öffentlicher Wahrnehmung. Das ausführlich behandelte Beispiel der Lesesaalgestaltung zeigt diese Übersetzungstätigkeit in besonderem Maße. Aus Benutzerperspektive spielten die Maßnahmen der Literaturpropaganda am Ende aber kaum eine Rolle. Ein völlig anderes Bild zeigt sich in der Praxis des Sekretierens. Hier war die Deutsche Bücherei mit dem Problem konfrontiert, dass die strengen zentralen Vorgaben zur Benutzung im Widerspruch zur Häufigkeit der Anfragen standen, und sich das Prozedere bald kaum noch praktisch handhaben ließ, zumal das Staatssekretariat, das lange Zeit das Bestätigungsrecht für Benutzungsanträge für sich beanspruchte, auch Entscheidungen traf, die für die Bestandserhaltung schwerwiegende Folgen haben konnte. Vor allem Behörden der DDR hielten sich nur mäßig an die Benutzungsvorschriften der Bibliothek. Auch hier kam es aber letztlich zu Anpassungsleistungen der staatlichen Organe. Mit der Dezentralisierung der Regelungsbefugnis für die Benutzung der sekretierten Literatur fanden sich die Leipziger Bibliothekare nun auch in der Lage, ihr Interesse am Bestandsschutz mit den Vorgaben der SED in Einklang zu bringen – mit dem Ergebnis, dass der Zugang zu gesperrter Literatur (und zudem die Praxis des Sekretierens) hier besonders restriktiv gehandhabt wurde. Gleichwohl ließen sich die meisten Nutzer davon nur wenig beeindrucken.

401 Protokoll über die am 12.12.1963 stattgefundene Aussprache zwischen Herrn Dr. Lohse (DB) und Herrn Dr. Unger (DSB) betr. Gemeinsam interessierende benutzungspolitische Fragen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek, 16.12.1963, SBB, G II/A 30, Bd. 3, unfol.

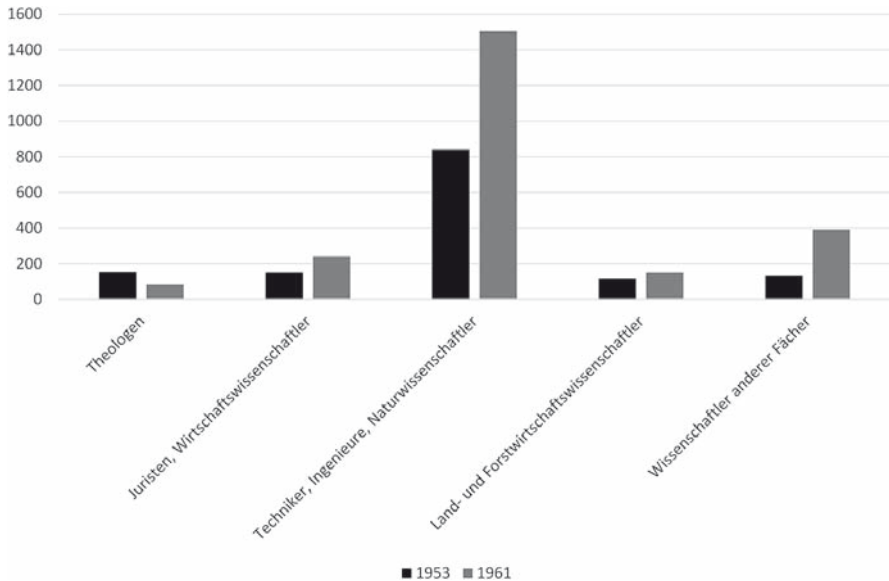


Abb. 8: Wissenschaftliche Benutzer der Deutschen Bücherei nach Disziplinen (1953 und 1961)⁴⁰²

So zeigt auch die soziale Zusammensetzung der Nutzer eine verblüffende Kontinuität. Wissenschaftler und Studenten stellten noch immer die Hauptklientel dar. Zwei Veränderungen lassen sich dennoch beobachten. Der Anteil nicht-wissenschaftlicher Benutzer, der zwar nie besonders hoch war, sank nun noch einmal bedeutend. Vor allem Schüler und Fachschüler, denen sich die Deutsche Bücherei im Rahmen der proklamierten »Demokratisierung« anfangs noch hatte öffnen müssen, erhielten kaum noch oder nur begrenzt Zugang zur Deutschen Bücherei. Anfragen von unter 18-Jährigen wurden zumeist mit dem Verweis darauf, dass die Deutsche Bücherei vornehmlich der Forschung zu dienen habe, abgelehnt. Nur in wenigen Fällen erhielten Jugendliche eine befristete Leseerlaubnis, die sich oft nur über wenige Monate erstreckte und lediglich zum Lesen von »Fachliteratur« berechnete.⁴⁰³

Eine weitere signifikante Veränderung war für Theologen spürbar, deren Anteil bis auf die Hälfte zurückging. Damit machte sich die kirchenfeindliche Haltung der SED in den 1950er Jahren auch im Lesesaal der Deutschen Bücherei und im Umgang der Bibliothekare mit Theologen bemerkbar. So einigten sich

402 Die Zahlen stammen aus ADNBL, 150/2/7/3.

403 Vgl. exempl. Elisabeth B. an den stellvertretenden Generaldirektor der Deutschen Bücherei, Kurt Brückmann, 1.9.1953, ADNBL, 731, Bl. 30; Kurt Brückmann an Elisabeth B., 14.9.1953, ebd., Bl. 31.

die Verantwortlichen der Benutzungsabteilung, der Sperrbibliothek und der Bibliotheksverwaltung schon 1951 darauf, den Lesesaalbestand Theologie zu verkleinern, von einer »grösseren, ins Auge fallenden« Verringerung aber abzusehen. Neueinstellungen sollten jedoch vermieden werden.⁴⁰⁴ Einem verärgerten Benutzer, für dessen Geschmack sich die theologische Handbibliothek immer noch zu üppig ausnahm, gab Heinz Siegel unverhohlen zu verstehen, dass das Fach »in der letzten Zeit nur in Bezug auf die Aussonderung der für den Lesesaal nicht mehr tragbaren Literatur im Vordergrund« gestanden habe.⁴⁰⁵ Bald wurde die Abteilung Theologie in die Galerie der Deutschen Bücherei ausgelagert, wo die Lichtverhältnisse derart schlecht waren, dass Nutzer Mühe hatten, die Bücher in den Regalen zu finden.⁴⁰⁶ Zudem fielen den »Säuberungen« auch wichtige Handbücher und Enzyklopädien zum Opfer, die Theologen für ihre wissenschaftliche Arbeit benötigten.⁴⁰⁷ Diese mussten nun aus dem Magazin bestellt werden, was das Studium deutlich zeitintensiver gestaltete. Für Vertreter anderer Disziplinen aber blieb die Deutsche Bücherei eine wichtige Informationsstelle und deren Leser ließen sich weder durch Literaturpropaganda noch durch die strikte Reglementierung des Zugangs zu sekretierter Literatur grundsätzlich in ihrem Leseverhalten beeinflussen. Vielmehr waren sie sogar in der Lage, ihre Wissensbedürfnisse als Ressource in die Ausgestaltung dieser »von oben« angeordneten Praktiken einzubringen.

404 Aktennotiz, o.D., ADNBL, 741, Bl. 128.

405 Heinz Siegel an Günter S., 24.9.1951, ebd., Bl. 55.

406 So etwa der Theologiestudent Heinz W., 13.5.1952, ADNBL, 766, Bl. 148.

407 Die Aussonderung der Werke geschah häufig auf Anordnung durch übergeordnete Behörden. Vgl. Heinz Siegel an Max K., 29.6.1952, ADNBL, 741, Bl. 16; Heinz Siegel an Heinrich Uhlendahl, o.D., ebd., Bl. 17.

2. »Gebrochenes Bindeglied«? Innerdeutsche Perzeptionen und Verflechtungen im Kalten Krieg

a.) Dynamiken des Kalten Krieges: Ressourcenmobilisierung in Leipzig und Frankfurt

»Sind wir uns schon so fremd geworden?« Diese Frage stellte ein anonymes Leipziger Autor, der die westdeutsche Medienöffentlichkeit mit einem seltenen und deshalb so bemerkenswerten Artikel in der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* Ende Mai 1958 an die vermeintlich letzte gesamtdeutsche Institution in Leipzig erinnerte. Die Deutsche Bücherei, einst die »Arche Noah des deutschsprachigen Buches«, sei nunmehr jedoch zu einem »gebrochenen Bindeglied« geworden, so seine Mahnung. Schuld seien aber nicht die Machthaber in der DDR, sondern die westdeutschen Verleger, die nur noch 60 Prozent der ihrer Neuerscheinungen nach Leipzig schicken würden: »Die Verlage wissen wohl nichts mehr von der Verpflichtung, [...] je ein Pflichtexemplar nach Leipzig zu schicken«, gab der Anonymus zu bedenken. Diese sollten jedoch stets daran denken: Wer die Deutsche Bücherei betritt, der komme in den Genuss, »dort einmal freie Leseluft zu schnuppern«. Die sich auf die Revolution von 1848/49 berufende Gründungstradition lasse zudem »an die Zukunft [denken], an jene Bibliothek, die einmal einer anderen Nationalversammlung zu Berlin zur Verfügung stehen wird, wenn die Wiedervereinigung kommt«.¹

Solche Gedankenspiele waren am Vorabend der Berlin-Krise aber nur noch selten zu vernehmen. Längst bestimmten Kriegsprognosen, Bedrohungsszenarien und Feindbilder die öffentliche Kommunikation, durchzogen den Alltag und prägten politisches Handeln. Infolge zunehmender Spannungen zwischen den Supermächten seit 1946/47 hatten beide Lager nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch aufgerüstet. Das im Westen lancierte Narrativ vom Kalten Krieg fand sein sowjetisches Pendant in der Zwei-Lager-Theorie. Beide Seiten traten in einen erbitterten Wettbewerb auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und militärischem Gebiet. Dabei wirkte die Angst, vom »Klassenfeind« abgehängt zu werden, auf beiden Seiten als Faktor für die Mobilisierung von Ressourcen.² Die Rollback-Strategie des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles war eine direkte Reaktion auf diese Ängste: Man müsse die westliche Demokratie missionarisch ausweiten, um die »Klassengegner« zu

1 C. W. (Leipzig), Gebrochenes Bindeglied. »Deutsche Bücherei« – doch hat sie nicht alle deutschen Bücher, in: *Die ZEIT*, Nr. 22 vom 29.5.1958, S. 7.

2 Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, S. 67-88.

schwächen.³ In keinem Land waren die Feindbilder so konkret wie im geteilten Deutschland.⁴ Zugleich aber waren die gegenseitigen Vorwürfe, jeweils nur als Marionette des eigentlichen »Klassengegners« zu fungieren (und damit Opfer zu sein), stets mit Angeboten an die Bevölkerung beider Staaten verknüpft, solange sie bis zum 13. August 1961 noch über eine offene Grenze in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin miteinander verbunden waren. Die SED gerierte sich als Vertreterin aller deutschen »progressiven« Kräfte und propagierte unablässig die Wiedervereinigung im Sozialismus, nicht zuletzt aber auch, um ihr Ansehen in der Bevölkerung der DDR zu steigern.⁵ Die Bundesregierung unter Konrad Adenauer (CDU) wiederum beschwor zwar nicht minder den Anspruch, die Interessen aller Deutschen zu vertreten, sah aber in der Westbindung das vorrangige Ziel, während sie gegen ideologische Gegner im Innern scharf vorging. Genannt seien das Verbot der im Grunde kaum noch bedeutsamen KPD durch das Bundesverfassungsgericht zu einem Zeitpunkt, als sich die DDR gezwungenermaßen vom Erbe Stalins lossagte,⁶ und die Zensur kommunistischer Literatur unter dem Banner der Jugendgefährdung und Verfassungswidrigkeit.⁷ Die bereits frühzeitig vollzogene implizite Abkehr vom Primat der Wiedervereinigung wurde nicht unwesentlich durch den Machtwechsel in der Sowjetunion von Stalin zu Chruschtschow (1953) befördert, denn Letztgenannter erkannte die Bundesrepublik diplomatisch an, was durch den Moskaubesuch Adenauers 1955 untermauert wurde. Den gesamtdeutschen Visionen Ulbrichts schenkte der neue Kreml-Chef dagegen kaum Aufmerksamkeit.⁸ Die Bundesregierung arbeitete so ungehindert auf die internationale Isolierung der DDR hin, was in der Doktrin des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, seinen prominentesten Ausdruck fand.

3 Beatrice Heuser, Subversive Operationen im Dienste der »Roll-Back«-Politik 1948-1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), S. 279-297.

4 Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn u.a. 2002; Monika Gibas, »Bonner Ultras«, »Kriegstreiber« und »Schlotbarone«. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus, Leipzig 2004, S. 75-106.

5 Amos, Die Westpolitik der SED, S. 258-266.

6 Edgar Wolfrum, Das Verbot der KPD im Jahr 1956. Wehrhafte bundesrepublikanische Demokraten oder politische Gefangene des Kalten Krieges?, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), Politische Gefangene in Südwestdeutschland, Tübingen 2001, S. 250-281.

7 Frohn, Literaturtausch im geteilten Deutschland, S. 79-82; York-Gothart Mix (Hrsg.), Kunstfreiheit und Buchzensur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Boston 2014.

8 Gray, Germany's Cold War, S. 31-39.

Kalter Krieg und Ressourcenmobilisierung hingen auch im Bibliothekskonflikt zwischen Leipzig und Frankfurt am Main eng miteinander zusammen. Für den sich ansonsten als Vertreter des »neuen deutschen Weltbildes« und Teil der liberalen »Gemeinschaft einer werdenden Welt« verstehenden⁹ Frankfurter Direktor Hanns Wilhelm Eppelsheimer bildeten die Wahrnehmung des Kalten Krieges und die antikommunistischen Ressentiments in der westdeutschen Politik eine wichtige Referenz für die Lösung der Finanzprobleme der Deutschen Bibliothek. Nachdem diese im Herbst 1949 schon am Rande ihrer Auflösung gestanden hatte, sollte sie nun im Einverständnis mit dem Vorstand des Frankfurter Börsenvereins und des Hessischen Kultusministeriums eine Bundesinstitution werden. In Wiesbaden war man sich bereits im März 1950 bewusst, dass die Finanzierung der Deutschen Bibliothek »im Grunde eine hochpolitische Frage« sei, d.h. die Bibliothek überhaupt nur dann zu rechtfertigen sei, wenn man von einer dauerhaften Teilung beider deutscher Staaten ausgehe, während zu diesem Zeitpunkt offiziell noch kaum einer von einem solchen Szenario zu sprechen vermochte. Die Deutsche Bücherei diente intern als zentrale Referenzquelle. Dass man mit der Leipziger Bibliothek konkurrieren müsse, daran bestand zwischen den Beteiligten kaum ein Zweifel.¹⁰ Vor diesem Hintergrund sollte die Bibliothek eine Bundesinstitution werden, auch weil Hessen parallel noch die Westdeutsche Bibliothek in Marburg zu finanzieren hatte und die Stadt Frankfurt selbst kaum noch in der Lage war, ihre Stadt- und Universitätsbibliotheken adäquat zu unterhalten.¹¹ Die Situation für die Deutsche Bibliothek konnte erdrückender nicht sein. In einem vertraulichen Bericht vor den Beiratsmitgliedern am 12. August 1950 klagte Eppelsheimer: Der »Mangel an institutioneller Festigkeit« sei die »eigentliche Schwäche der Bibliothek«. Neben dem Platzmangel bereiteten dem Direktor vor allem die Personalprobleme Sorgen. So seien neun Kräfte aus den Stadt- und Universitätsbibliotheken in der Deutschen Bibliothek beschäftigt, während die Stadt parallel auf eine Trennung der Bibliotheken drängte. Eine »überlegte Personalpolitik« war unter den Bedin-

9 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Geleitwort, in: Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Weltausstellung Brüssel 1958. Bibliothek eines geistig interessierten Deutschen, Frankfurt am Main 1958, S. IX. Zur Außenwahrnehmung Eppelsheimers auch Siegfried Unseld, Hanns W. Eppelsheimer – der Europäer, in: Harro Kieser (Red.), Hanns W. Eppelsheimer (1890-1972). Bibliothekar, Literaturwissenschaftler, Homme de lettres. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, Frankfurt am Main 1990, S. 106-114.

10 Protokoll der 33. Vorstandssitzung am 28./29. Oktober 1951 in Frankfurt/Main, ISG, W2-7, 12, Bl. 57.

11 Referat X an den Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung, Deutsche Bücherei in Frankfurt/M., 24.3.1950, HHStAW, 504, 6897, Bl. 82.

gungen einer fehlenden Perspektive aber unmöglich.¹² Ferner mangelte es der Bibliothek an den nötigen Ressourcen zum Aufbau eines Realkatalogs, der für die tägliche Arbeit unverzichtbar war.¹³

Als zuständige Bundesbehörde kam, zunächst jedoch eher aus Gründen der Tradition, nur das Bundesinnenministerium (BMI) infrage, schließlich war auch die Deutsche Bücherei in den 1920er Jahren vom Reichsinnenministerium getragen worden. Zudem stellte das CDU-geführte sowie in starkem Maße von ehemaligen NS-Eliten¹⁴ und deren »administrative[m] Antikommunismus«¹⁵ geprägte Ministerium in den 1950er Jahren eine wichtige Stütze der Politik Adenauers gegen die DDR und ideologische Gegner im Innern dar.¹⁶ Hier konnte man gegen Leipzig wichtige Unterstützer finden. Eine schnelle Lösung der Finanzprobleme Frankfurts war auch aus Eppelsheimers Sicht umso notwendiger, da Heinrich Uhlendahl fortlaufend westdeutsche Verleger, Bibliothekare sowie Verwaltungsbehörden persönlich aufsuchte, um diese von der Funktionsfähigkeit der Deutschen Bücherei zu überzeugen, und dabei durchaus erfolgreich agierte. Uhlendahl und sein Nachfolger Curt Fleischhack genossen bei zahlreichen westdeutschen Verlegern noch immer hohes Ansehen. Viele Verleger fühlten sich nach wie vor an Leipzig gebunden, was, wie ein Vertreter des Verlegerverbandes Nordrhein-Westfalen während einer Beiratssitzung der Deutschen Bibliothek im August 1950 ernüchternd bemerkte, für Frankfurt eine schwere

- 12 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 12.8.1950, ebd., Bl. 108.
- 13 Vermerk über die Besprechung vom 14.7.1950 beim Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände in Frankfurt/M., o.D., BArch, B 106/144, Bl. 101.
- 14 Einen ersten Überblick über die NS-Belastung des Bundesinnenministeriums, vor allem in den 1950er Jahren, bietet der Abschlussbericht einer entsprechenden Vorstudie: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam/Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Hrsg.), *Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (MdI) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus*, Stand: 29.10.2015, URL: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2015/11/abschlussbericht-vorstudie-aufarbeitung-bmi-nachkriegsgeschichte.pdf> (abgerufen am 3.5.2016).
- 15 Till Kössler, *Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik*, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und Immunsierung der Gesellschaft. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229-250, hier S. 229.
- 16 Vgl. die Beiträge von Rüdiger Thomas und Till Kössler in: Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und Immunsierung der Gesellschaft; Torsten Oppeland, Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002, S. 253-418.

Hypothek bedeutete.¹⁷ Aber auch wissenschaftliche Bibliotheken bevorzugten vielfach noch die Bibliographien aus Leipzig und lehnten die Frankfurter Alternativen ab.¹⁸

Dazu kam eine eiserne Pressepolitik Uhlendahls. Wann immer sich die Gelegenheit darbot, pries der Leipziger Generaldirektor seine Bibliothek in den ostdeutschen Medien an. Bei westdeutschen Zeitungen war Uhlendahl dagegen weniger erfolgreich. Diese druckten seine Artikel nur dann bereitwillig ab, wenn die Herausgeber mit Institutionen der DDR in enger Beziehung standen.¹⁹ Allerdings erreichte Uhlendahl die westdeutsche Fachöffentlichkeit über das Leipziger *Börsenblatt* und das *Zentralblatt für Bibliothekswesen*, die in der Bundesrepublik wegen ihrer gesamtdeutschen Ausrichtung noch immer aufmerksam gelesen wurden. In seinem Einzelvertrag hatte sich Uhlendahl dazu verpflichtet, »die der Deutschen Bücherei zugewiesenen gesamtdeutschen Aufgaben im Bewusstsein seiner Verantwortung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik«²⁰ zu erfüllen. Der Leipziger Generaldirektor ließ sich so bis zu einem gewissen Grade für die gesamtdeutsche Propaganda der SED vereinnahmen, wenn er die Deutsche Bücherei öffentlich als Brückenbauer zwischen den Völkern²¹ oder als »Bastion der deutschen Kultureinheit«²² darstellte. Die Grenze des Sagbaren war allerdings dann erreicht, wenn es um eine direkte Parteinahme für die SED ging. In diesem Falle hatte Uhlendahl die westdeutschen Leser immer im Blick. Wenn überhaupt, dann sprach er gegenüber Journalisten oder westdeutschen Bekannten allenfalls von der Regierung der DDR, zumeist aber nahm er für sich in Anspruch, unparteilich zu sein. Das war freilich keineswegs

17 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 12.8.1950, HHS-tAW, 504, 6897, Bl. 113.

18 Protokoll der 33. Vorstandssitzung des Börsenvereins am 28./29. Oktober 1951 in Frankfurt/Main, ISG, W2-7, 12, Bl. 57.

19 So konnte Uhlendahl etwa einen Beitrag über den »gesamtdeutschen Charakter der Deutsche[n] Bücherei« im westdeutschen literarischen Magazin *Heute und Morgen* platzieren, dessen Herausgeber Johann Fladung als Landessekretär des Demokratischen Kulturbundes der Bundesrepublik Deutschland Nordrhein-Westfalen agierte, der mit dem Kulturbund der DDR in direktem Austausch stand. Vgl. Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands, Carlfriedrich Wiese, an Heinrich Uhlendahl, 30.5.1953, ADNBL, 154/5, I, Bl. 257; Heinrich Uhlendahl an Carlfriedrich Wiese, 18.6.1953, ebd.

20 Einzelvertrag Heinrich Uhlendahl, 7.3.1952, ADNBL, Personalakte Heinrich Uhlendahl, unfol.

21 Beyer, Bücher bauen Brücken zwischen den Völkern. Die Arbeit der Deutschen Bücherei in Leipzig für den Weltfrieden, in: Neues Deutschland, Nr. 283 vom 3.10.1949, S. 6.

22 Walter Richter, Eine Bastion der deutschen Kultureinheit, in: Tägliche Rundschau, Nr. 246 vom 28.10.1950, S. 4.

nur bloße Taktik, sondern ging auch mit seiner eigenen Wahrnehmung konform, wonach der Bibliothekskonflikt zwischen Leipzig und Frankfurt ein primär institutioneller, aber kein vornehmlich politischer Konflikt war.

Gleichwohl wusste Uhlendahl die politischen Rahmenbedingungen in der DDR, etwa auch das Fehlen eines parlamentarischen Meinungsstreites, zu seinem Vorteil zu nutzen. Im Staatssekretariat für Hochschulwesen und in der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED wiederum stand man Uhlendahls eigenwilliger Kommunikationsstrategie wohlwollend gegenüber, Interventionen und Einflussnahmen von diesen Stellen lassen sich nicht belegen. Scharfe Kritik an Uhlendahls Verhalten gegenüber Westdeutschland kam vielmehr aus der Deutschen Bücherei selbst. Aus Sicht der übergeordneten Partei- und Staatsstellen sah man in Uhlendahls Bekanntheit im Verlags- und Bibliothekswesen dagegen eine Chance, Positionen der SED dort salonfähig zu machen, auch wenn dieser jeglichen Anschein der Parteilichkeit vermied. Auch die Ernennung Curt Fleischhacks zum Nachfolger Uhlendahls 1955 macht deutlich, dass die verantwortlichen Stellen in Ost-Berlin die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Verlegern letztlich über eine scharfe Agitation stellten, zumal ein Abbruch der Belieferung der Deutschen Bücherei durch westdeutsche Verlage einer schweren politischen Niederlage gleichgekommen wäre.

Uhlendahl konnte sich so ungehindert seiner Netzwerke bedienen, die dank zahlreicher personeller Kontinuitäten in der Bundesrepublik über Verlegerkreise hinaus bis weit in den politischen Bereich hinein reichten. Diese Kontakte aktivierte der Generaldirektor vor allem dann, wenn er die Deutsche Bücherei öffentlich diffamiert sah oder Geländegewinne für Frankfurt vermutete. So war Uhlendahl darum bemüht, jeden potentiellen Angriff auf die Deutsche Bücherei in westdeutschen Presseartikeln ebenso konsequent wie scharf zurückzuweisen, denn hierin sah er eine wesentliche Ursache für die »Schwierigkeiten mit den einzelnen Verlegern«. ²³ Er sei »entschlossen, auf jede derartige Notiz eine Erwiderung oder Berichtigung zu schicken«, schrieb er seinem früheren wissenschaftlichen Volontär und nunmehr stellvertretenden Direktor der Lateinamerikanischen Bibliothek in West-Berlin, Hans-Joachim Bock, der Uhlendahl stets mit Zeitungsartikeln und Informationen versorgte. ²⁴

Uhlendahl gelang es zwar in keinem Fall, seine Gegendarstellungen in westdeutschen Medien unter zu bringen, allerdings konnte er immer wieder frühere Weggefährten dazu mobilisieren, ihrerseits Protest gegen vermeintliche Verleumdungen der Deutschen Bücherei einzulegen, was die angeklagten Stellen letztlich zu offiziellen Rechtfertigungen nötigte. Anhand solcher Beispiele zeigt sich die mobilisierende Kraft der Außendarstellung Uhlendahls. Indem er die Deutsche Bücherei als Hort der Kultureinheit beschwor, war er nicht nur an-

23 Heinrich Uhlendahl an Karl Molle, 26.8.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

24 Heinrich Uhlendahl an Hans-Joachim Bock, 29.8.1952, ADNBL, 154/5, II, Bl. 114.

schlussfähig an den gesamtdeutschen Diskurs in der DDR, sondern traf auch den Nerv vieler Westdeutscher. So beschwerte sich Uhlendahl etwa beim Präsidenten der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bochum, Gustav Möllenberg, über eine Notiz in der *Neuen Zeitung* vom 18. März 1951, in dem die IHK darauf aufmerksam gemacht hatte, dass ein Pflichtexemplargesetz seit 1945 nicht mehr bestünde und nur noch die Deutsche Bibliothek zu beliefern sei. Uhlendahl appellierte, allerdings erst im Jahr darauf, an Möllenberg, »dass jeder echte Deutsche ein solches seit vier Jahrzehnten bestehendes Kulturwerk wie die Deutsche Bücherei aus kulturpolitischen Gründen nach Möglichkeit fördern müsste, statt ihm durch Zeitungsnotizen wie der vorliegenden Abbruch zu tun und die ihm auferlegte Vollständigkeit der Sammlung zu stören«. ²⁵ Um Möllenberg weiter unter Druck zu setzen, griff Uhlendahl auf alte konservative Netzwerke aus der NS-Zeit zurück. So machte er Karl Ott, von 1933 bis 1945 Leiter der Haushaltsabteilung im Propagandaministerium, bereits seit 1932 Mitglied der NSDAP und von 1952 bis 1956 Staatssekretär im Niedersächsischen Innenministerium, auf den Artikel aufmerksam. Es seien »unterirdische Wühlereien« am Werk, die der Deutschen Bücherei schaden, so der Generaldirektor an Ott. ²⁶ Daraufhin intervenierte Letzterer bei Möllenberg und forderte diesen auf, die Deutsche Bücherei als Brücke der Einheit Deutschlands zu fördern. ²⁷ Möllenberg fühlte sich schließlich dazu veranlasst, Ott gegenüber zu erklären, dass er die Notiz lediglich veröffentlicht habe, weil er immer wieder mit Rückfragen über Abgabepflichten konfrontiert worden war. ²⁸ Bald darauf erschien sogar ein Aufsatz des Wiener Verlegers Walter Krieg, der von 1923 bis 1937 in Leipzig ansässig gewesen war, in dem dieser den Bochumer Aufruf als Beitrag zum »kulturlosen und auf die Dauer gewiß auch unhaltbaren Zustand« der Spaltung verurteilte. ²⁹ Auch später noch versicherte Ott Uhlendahl, »daß ich Ihnen stets zur Verfügung stehe, wenn es sich darum handelt für die Deutsche Bücherei etwas zu tun«. ³⁰

Während der Generaldirektor der Deutschen Bücherei sich auf die Tradition seines Hauses, intakte Netzwerke sowie seine persönliche Autorität stützen konnte und die verantwortlichen Behörden der DDR ihn förderten bzw. gewähren ließen, gestalteten sich die Verhandlungen zwischen dem BMI und Eppelsheimer weniger reibungslos. Eine besondere Hürde bildete die von den Ländern vehement verteidigte Kulturhoheit. Deren Gremium, die Konferenz der Kultusminister, konkur-

25 Heinrich Uhlendahl an Gustav Möllenberg, 2.4.1952, ADNBL, 199, Bl. 13.

26 Heinrich Uhlendahl an Karl Ott, 3.4.1952, ADNBL, 154/5, IX, Bl. 113.

27 Karl Ott an Gustav Möllenberg, 22.4.1954, ADNBL, 199, Bl. 20.

28 Gustav Möllenberg an Karl Ott, 30.4.1952, ebd., Bl. 27.

29 Walter Krieg, »Deutsche Bücherei« Leipzig und »Deutsche Bibliothek« Frankfurt a. M., in: *Das Antiquariat* 8 (1952), Nr. 7/8, S. 131. Gleichwohl nahm Krieg eine vermittelnde Position ein, indem er der Deutschen Bibliothek, ebenso wie der Deutschen Bücherei, eine Daseinsberechtigung zugestand.

30 Karl Ott an Heinrich Uhlendahl, 15.1.1953, ADNBL, 154/5, I, Bl. 372.

rierte energisch mit der 1949 eingerichteten Kulturabteilung des BMI um Kompetenzen.³¹ Der als Ausweg aus diesem Dilemma zu verstehende Vorschlag des Verlegers und gerade erst zurückgekehrten ehemaligen Börsenvereinsvorstehers Vittorio Klostermann, die Deutsche Bibliothek »aus der betonten und nicht recht auszuwertenden Zugehörigkeit zur Kultur zu lösen und als eine Einrichtung für den Export und die heimische Wirtschaft zu präsentieren«³², fand jedoch keinen Widerhall in Bonn. Auch der gegenteilige Versuch, die Deutsche Bibliothek unter das Königsteiner Abkommen vom 31. März 1949, das die gemeinsame Finanzierung von Forschungsinstitutionen mit überregionaler Bedeutung durch Bund und Länder vorsah, zu bringen, lehnten die Kultusminister Ende März 1951 ab.³³ Gleichwohl stieß Eppelsheimer auch in Bonn auf erhebliche Probleme. Insbesondere der Finanzminister zeigte sich unwillig, die Deutsche Bücherei zu fördern und verwies auf die Zuständigkeit der Länder.³⁴ Gegenüber dem BMI wiederum hatte Eppelsheimer auf politische Befindlichkeiten und Interessen zu achten. Dort war man an einer Förderung der Deutschen Bibliothek durchaus interessiert, allerdings teilte man Eppelsheimers Position, die Deutsche Bibliothek als Gegenstück zur Deutschen Bücherei aufzubauen,³⁵ nicht. Staatssekretär Erich Wende, der die Kulturabteilung von 1950 bis 1953 leitete, war als Verfechter einer gesamtdeutschen Kulturpolitik darauf bedacht, dass die Arbeit der Deutschen Bibliothek sich nicht allzu sehr mit derjenigen der Deutschen Bücherei überschneide, um nach außen hin nicht den Eindruck zu erwecken, einer vielfach als kulturelle Brücke zwischen Ost- und Westdeutschland wahrgenommenen Institution zu schaden. Ein westdeutsches Pflichtexemplar etwa lehnte Wende entschieden ab,³⁶ nachdem zuvor sogar Uhlendahl persönlich mit ihm über die Aufgaben der Deutschen Bücherei gesprochen hatte. In ihren Folgeverhandlungen mit Eppelsheimer versicherten sich Wende und dessen Referent Schaar, dass die Deutsche Bibliothek u. a. bei der Sammlung und Verzeichnung der Dissertationen keine Doppelarbeit leiste. Gleichwohl erschien ihnen die Bibliothek aber schon deshalb als erhaltenswert, da

31 Matthias Bode, Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik. Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese, Tübingen 2014, S. 294-305.

32 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 12.8.1950, ISG, W2-7, 3324, unfol.; auch Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände an das Bundesinnenministerium, Staatssekretär Wende, 20.3.1950, BArch, B 106/144, Bl. 41.

33 Bundesministerium des Innern, Staatssekretär Wende, an das Hessische Ministerium für Erziehung und Volksbildung, 21.6.1951, HHStAW, 504, 6897, Bl. 141.

34 Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an Bundes-Innenministerium, Ernst Schaar, 2.4.1951, BArch, B 106/144, Bl. 132.

35 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Zum Etat der Deutschen Bibliothek, 10.10.1950, ADNBF, 1, 2, 1946-1952, unfol.

36 Lambert Schneider, Verhandlungen Bonn, 19.11.1950, ISG, W2-7, 3527, unfol.

sie sich eine Institution wünschten, die das »deutsche Buch« im westlichen Ausland zu propagieren und den Buchaustausch im Inland zu forcieren vermochte.³⁷ Jedoch musste sich die Deutsche Bibliothek, wollte sie vom Bund gefördert werden, den Modalitäten der Kulturpolitik im Innern sowie der auswärtigen Repräsentation anpassen. Nicht opportun erschien es in diesem Zusammenhang, sich (anders als die Deutsche Bücherei)³⁸ als »Nationalbibliothek« zu gerieren, da das Auswärtige Amt im Zuge der Westintegration in kultureller Hinsicht auf Zurückhaltung und Kulturaustausch (anstatt Kulturexport) bedacht war.³⁹ Zudem wollte man die Länder und insbesondere Bayern, das mit seiner Staatsbibliothek über die quantitativ größte Bibliothek in der Bundesrepublik verfügte und das Entstehen einer Nationalbibliothek fürchtete, nicht verprellen, insofern man sich angesichts der Blockadehaltung des Finanzministeriums die Option offenhalten wollte, die Länder doch noch zu einer anteiligen Finanzierung der Deutschen Bibliothek zu bewegen.⁴⁰ Als etwa nach dem Kongress deutscher Bibliothekare und vonseiten des Hochschulausschusses der »Wunsch, eine deutsche Nationalbibliothek der Bundesrepublik als zentrale Auskunftsstelle zu errichten«⁴¹, an die Kulturabteilung des BMI herangetragen worden war, fühlte sich Eppelsheimer dazu veranlasst, sich Schaar gegenüber zu rechtfertigen. Das Schreiben des Vorsitzenden des Hochschulausschusses, Hans von Heppe, sei, so Eppelsheimer, »ein Spiegel so mancher irrigen Ansicht, die der Deutschen Bibliothek schädlich geworden sind«. Die Bibliothek sei sich ihrer politischen Bedeutung bewusst und erhebe nicht den Anspruch, »Nationalbibliothek« zu sein, auch wenn sie Aufgaben erfülle, »die

37 Vermerk über die Besprechung vom 14.7.1950 beim Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände in Frankfurt/M., o.D., BArch, B 106/144, Bl. 101.

38 So etwa Kurt Brückmann, Die Deutsche Bücherei – die deutsche Nationalbibliothek, in: Tägliche Rundschau, Nr. 5 vom 7.1.1954, S. 4.

39 Johannes Paulmann, Auswärtige Repräsentation nach 1945: Zur Geschichte der deutschen Selbstdarstellung im Ausland, in: Ders. (Hrsg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 1–32; Ulrike Stoll, Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906–1968) in München, Bonn und Rom, Paderborn/München/Wien 2005.

40 Als die Länder 1961 im Vorfeld der Planungen zu einem Erweiterungsbau der Deutschen Bibliothek erneut zur finanziellen Unterstützung aufgerufen wurden und dabei das Wort »Nationalbibliothek« fiel, wandte sich der Bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1946–1954 und 1960–1962) brüskiert an seine Amtskollegen und verwies auf die historisch gewachsene dezentrale Struktur des Bibliothekswesens sowie die föderale Verfassung der Bundesrepublik, die eine Nationalbibliothek nicht zulasse. Vgl. Ministerpräsident Bayern, Hans Ehard, an die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, 28.6.1961, HHStAW, 504, 6901b, Bl. 261.

41 Hansesstadt Hamburg, Schulbehörde, Hochschulabteilung, Leitender Regierungsdirektor/Vorsitzender des Hochschulausschusses, Hans von Heppe, an den Oberregierungsrat Dr. Schaar (BMI), 21.6.1951, ADNBF, 2, DBB, 1947–1952, A, unfol.

man allgemein einer Nationalbibliothek anvertraut«.42 Unter diesen Bedingungen gewährte der Bund der Deutschen Bibliothek für 1951 zunächst einen einmaligen Zuschuss von 100.000 DM, der eigentlich für eine Forschergruppe an der Freien Universität vorgesehen gewesen war.43

Nur wenige Monate später traten das BMI, der Börsenverein, die Stadt Frankfurt und das Land Hessen in Verhandlungen über die Umwandlung der Deutschen Bibliothek in eine Stiftung des öffentlichen Rechtes ein, die sich jedoch wegen Meinungsverschiedenheiten über die jeweiligen finanziellen Anteile und künftige Machtverhältnisse innerhalb der Stiftung hinzogen. Diese Konstruktion wurde vor allem als Notmaßnahme ergriffen, denn bereits im Frühjahr 1951 waren der Börsenverein, die Stadt Frankfurt und das Land Hessen wieder in einen handfesten Konflikt geraten. Im Vorstand des Buchhändler- und Verlegerverbandes diskutierte man bereits über einen Wechsel der Bibliothek von Frankfurt nach Darmstadt, nachdem von dort ein entsprechendes Angebot unterbreitet worden war.44 Obwohl dieses innerhalb des Börsenvereins stark umstritten war, da der bestehende Vertrag mit der Stadt Frankfurt die Möglichkeit beließ, dass Frankfurt sämtliche bisher gezahlten Beträge zurückverlangen konnte,45 so übte die Gefahr einer Abwanderung doch maßgeblichen Druck auf das Hessische Kultusministerium und das BMI aus, die Verhandlungen zu einem zügigen Abschluss zu bringen.46 Obgleich nicht alle Meinungsverschiedenheiten endgültig ausgeräumt werden konnten, einigte man sich angesichts der Krisengefahr Ende Juli 1952 auf die endgültigen Modalitäten der Stiftung, wonach nur die Stadt Frankfurt und das Land Hessen als Stifter auftraten, der Bund und der Börsenverein dagegen nur als Beiträger.47 Das waren jedoch nur Äußerlichkeiten. Selbst das Land Hessen, das immer wieder Befürchtungen über eine nachrangige Position innerhalb der Stiftung geäußert hatte, stellte am Ende seine Bedenken zurück und wertete den Abschluss als politischen Erfolg:

»Ausschlaggebend waren Überlegungen politischer Art: die Deutsche Bibliothek ist das Gegenstück zur Deutschen Bücherei in Leipzig, wird daher mehr und mehr Angriffen seitens der Machthaber in der Sowjetzone ausgesetzt sein.

42 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Dr. Schaar, 9.7.1951, ebd., unfol.

43 Dr. Schaar an Staatssekretär Wende, 8.1.1951, BAArch, B 106/144, Bl. 114.

44 Lambert Schneider an Josef Knecht, Frankfurt-Darmstadt, 10.11.1951, ISG, Magistrakten, 2.357, unfol.

45 Josef Knecht an Vittorio Klostermann, 2.11.1951, ebd., unfol.

46 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Walter Kolb, an den Kultusminister des Landes Hessen, Ludwig Metzger, 10.5.1951, ebd., unfol.

47 Stiftungsurkunde und Satzung der Deutschen Bibliothek vom 31. Juli 1952, abgedruckt in: Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Die Deutsche Bibliothek. Erinnerungen an eine Gründung, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 32a vom 22.4.1959, S. 13-22, hier S. 20.

Dagegen bietet das Bundesministerium des Innern die beste Abwehr. Vom Rath [Stadtrat in Frankfurt am Main, d.V.] und ich haben umso lieber zugestimmt, da wir erwarten, daß sich das Bundesministerium des Innern mit höheren Beiträgen als bisher an der Stiftung beteiligen wird.«⁴⁸

Vor allem in der Ernennung von Staatssekretär Wende zum Vorsitzenden des Kuratoriums, das unter anderem für die Haushaltsplanung zuständig war, sah man einen erheblichen politischen und wirtschaftlichen Vorteil, war dadurch doch ein direkter Draht zum BMI hergestellt. Zudem erfuhr die Deutsche Bibliothek nun von der wichtigsten Institution der Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Rücken- deckung. Das war insbesondere deshalb von Vorteil, weil der 1949 zum Ehren- präsidenten der DFG ernannte Friedrich Schmidt-Ott, der als erster Gründungs- präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1934 von den Nazis entlassen worden war, über gute persönliche Kontakte zu Heinrich Uhlendahl verfügte. So hatte Uhlendahl Schmidt-Ott im Frühjahr 1953 dazu veranlasst, dem Präsidenten der DFG, Ludwig Raiser, ein Schreiben zu übermitteln, in dem er darum bat, dem Frankfurter Börsenverein einen Aufruf an dessen Mitglieder zur Weiterbelieferung Leipzigs abzutrotzen.⁴⁹ Hintergrund war ein Rundschreiben der für den Bezug westdeutscher Literatur zuständigen Zentralstelle für wis- senschaftliche Literatur (ZwL) von 1952, in dem empfohlen worden war, die wissenschaftliche Literatur künftig in Mikroform zu erwerben, wobei die Zen- tralstelle selbst für die Verfilmung sorgen wollte.⁵⁰ Diese Urheberrechtsverlet- zung hatte schließlich zur Konsequenz, dass plötzlich 30 Prozent der Verleger der Bundesrepublik die Belieferung nach Leipzig einstellten.⁵¹ Ludwig Raiser lehnte das Gesuch Uhlendahls jedoch deutlich mit dem Verweis darauf ab, dass westdeutsche Literatur in der DDR nicht mehr erwünscht sei.⁵² So war es durch den Rückhalt der Notgemeinschaft bzw. Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) nun möglich, dem Einfluss Uhlendahls über persönliche Netzwerke eine deutliche Grenze zu setzen. Auch sonst engagierte sich die DFG ideell (jedoch

48 Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung, Ref. X/33/Dr. S./G. an Herrn Ministerialdirektor über Abteilungsleiter, 31.7.1952, HHStAW, 504, 6898 a, Bl. 303.

49 Heinrich Uhlendahl an Friedrich Schmidt-Ott, 5.6.1953, GStA PK, VI, HA, NL Schmidt-Ott, F., Nr. 872, unfol.

50 Aktennotiz über die Besprechung zwischen Herrn Buchhändler Meurer, Vor- standsmitglied des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, Sitz Frankfurt a.M., und Generaldirektor Uhlendahl von der Deutschen Bücherei in den Räumen der Firma Elwert und Meurer, Berlin-Schöneberg am 30.1.1952, ADNBL, 866/0, unfol.

51 Heinrich Uhlendahl an Erwin Jacobi, 7.5.1952, ADNBL, 506/1, Bl. 75.

52 Deutsche Forschungsgemeinschaft, Der Präsident, Ludwig Raiser, an Friedrich Schmidt-Ott, 2.4.1953, GStA PK, VI, HA, NL Schmidt-Ott, F., Nr. 872, unfol.

nicht finanziell)⁵³ im Interesse Frankfurts. Im Herbst 1952 etwa unterstützte sie das Vorhaben einer »Deutschen Bücherliste«, die vor allem der »kulturellen Außen- und innenpolitischen Darstellung« der Bundesrepublik dienen sollte, indem sie ausländische Besucher und diplomatische Vertretungen über deutsche Geschichte sowie Landeskunde bibliographisch informierte. Allerdings stieß man damit beim Auswärtigen Amt auf Ablehnung, weil dort die Befürchtung erwuchs, »daß nicht doch bei dem einen oder anderen Ausländer falsche Vorstellungen erweckt oder gar Widerstände hervorgerufen würden«. ⁵⁴ Als Kompromiss erschien letztlich die schon 1950 von Eppelsheimer angeregte Bibliographie »Das Deutsche Buch«, wovon sich aber letztlich nur eine Preisliste verbarg, mit der deutsche Verlage im Ausland werben konnten. Gleichwohl konnte die Deutsche Bibliothek weitere Prestigegewinne einfahren. Sowohl der Verein deutscher Bibliothekare als auch die österreichischen und Schweizer Verlegerverbände erkannten die Deutsche Bibliothek noch während der Verhandlungen um die Stiftung als deutsches bibliographisches und Informationszentrum an. ⁵⁵ Eine wichtige ideelle Förderung wurde der Deutschen Bibliothek auch durch den Bundespräsidenten Theodor Heuss zuteil, der sich im Hintergrund zuweilen auch in politische Entscheidungsprozesse einmischte, etwa indem er Staatssekretär Wende immer wieder dazu ermahnte, die Deutsche Bibliothek nicht »verhungern« zu lassen. ⁵⁶

Das neu gewonnene Prestige setzte Eppelsheimer aber auch unter Zugzwang, da sich hieraus eine Reihe neuer Aufgaben ergab. Im November 1953 drängte der frisch im Amte befindliche Innenminister Gerhard Schröder, im Gegensatz zu Wende, auf die Verzeichnung der Dissertationen, die bereits von seinem Vorgänger Robert Lehr angeregt worden war. Der von antikommunistischen Ressentiments durchdrungene Schröder wertete dies nun jedoch zu einer sicherheitspolitischen Maßnahme auf, nachdem auch der Verfassungsschutz auf die Gefahr der Auswertung westdeutscher Dissertationen durch Behörden der DDR hingewiesen hatte. ⁵⁷ Schon unter Lehr hatte das BMI immer wieder darauf gedrungen, dass die Innenminister der Länder dafür Sorge trugen, amtliche

53 Die Förderung von Bibliotheken zählte in den 1950er Jahren nicht zum Schwerpunkt der DFG. Zwischen 1949 und 1955 etwa wurden nur 7,8 Prozent der DFG-Mittel für Bibliotheksförderung ausgegeben. Vgl. Orth, *Autonomie und Planung der Forschung*, S. 70.

54 Deutsche Forschungsgemeinschaft, Tausch- und Beschaffungsstelle für Ausländische Literatur, Dr. Schmidt-Künsemüller, an Hanns Wilhelm Eppelsheimer, 26.9.1952, UB Frankfurt am Main, NL Eppelsheimer, 155, Bl. 10.

55 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Ernst Schaar, 2.4.1951, BAArch, B 106/144, Bl. 132.

56 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Theodor Heuss, 1.12.1963, UB Frankfurt, NL Eppelsheimer, 133.1, Bl. 10.

57 Zweiter Teil des Briefes DBMdI an Bundesminister für Finanzen, 30.11.1953, BAArch, B 106/144, Bl. 628; Bundesamt für Verfassungsschutz, Abt. III/3, an den Bundesminister des Innern, 21.8.1953, BAArch, B 106/143, Bl. 619.

Druckschriften nicht an die Deutsche Bücherei zu senden, »weil zu befürchten ist, dass diese Druckschriften von sowjetzonaler Seite für die kommunistische Propaganda ausgewertet werden«. ⁵⁸ Jedoch hatte nur der Hessische Innenminister den Behörden seines Landes eine Abgabe von Druckschriften per Erlass im April 1952 verboten. ⁵⁹

Aus Eppelsheimers Perspektive war dieser Aufgabenzuwachs Chance und Belastung zugleich. Die Offerten des BMI gaben ihm Argumente dafür in die Hand, die Deutsche Bibliothek zu einer »Sache des Bundes« zu machen. Gleichwohl waren die anderen Trägerinstitutionen nicht bereit, notfalls in die Bresche zu springen. ⁶⁰ Ein weiteres Projekt schloss sich an die Aufwertung der Deutschen Bibliothek zum nationalen bibliographischen Informationszentrum an. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, schlug Eppelsheimer, der zugleich als 1. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation fungierte, zusammen mit dem 2. Vorsitzenden Erich Pietsch vor, an der Deutschen Bibliothek ein Zentrum für wissenschaftliche Dokumentation zu errichten. Dieses sollte künftig Anfragen gezielt an dezentrale Dokumentationsstellen weiterleiten (Clearing), und damit das »Tempo des wissenschaftlichen Fortschritts«, dem im Kalten Krieg auch eine besondere politische Relevanz zukam, anzukurbeln. ⁶¹

Gleichwohl blieben die finanziellen Probleme virulent. Zwar wurden durch die Beteiligung des Bundes und des Landes Hessen mit 65.000 bzw. 60.000 DM der Börsenverein und die Stadt Frankfurt deutlich entlastet. Jedoch mussten fast 90 Prozent der Zuweisungen für Personalkosten aufgewendet werden, sodass der Verband und die Stadt nachträglich immer wieder zusätzliche Mittel aufbringen mussten, ⁶² um die neuen Aufgaben zu finanzieren, neben denen freilich auch die Buchhändlerbibliographien vorangetrieben werden mussten. So wandte sich Eppelsheimer schon im

58 Bundesminister des Innern an das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, 3.12.1952, BArch, B275/17, unfol.

59 Der Hessische Minister des Innern, Deutsche Bücherei in Leipzig und Öffentliche Wissenschaftliche Bibliothek in Berlin, in: Staats-Anzeiger für das Land Hessen, Nr. 14 vom 5. April 1952, S. 280. Im Februar 1957 wurden auch die Magistrate der Städte Frankfurt, Hanau und Wiesbaden noch einmal nachdrücklich angewiesen, Anfragen zur Abgabe amtlicher Drucke nach Leipzig oder an die Staatsbibliothek in Ost-Berlin unbeantwortet an die Deutsche Bibliothek weiterzuleiten. Vgl. Der Regierungspräsident an sämtliche nachgeordneten staatlichen Behörden des Bezirks, 21.2.1957 ISG, Magisterakten, 2.358, unfol.

60 Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Erich Wende, 30.7.1953, BArch, B 106/144, Bl. 214.

61 Hanns Wilhelm Eppelsheimer/Erich Pietsch, Memorandum über die Errichtung eines Zentrums für wissenschaftliche Dokumentation in der Deutschen Bibliothek – Frankfurt a.M., o.D., BArch, B 106/143, Bl. 310-317.

62 Einnahmen und Ausgaben 1951 und 1952 (Übergang zur Stiftungsgründung), o.D., ISG, Kulturdezernat, 73, unfol.

April 1953 mit der alarmierenden Prognose an Staatssekretär Wende, dass die drohenden Rückstände in den Bibliographien einem »Deichbruch« gleichkämen, »durch den der sowjetzonale Einfluß uns sehr bald überspülen würde«. ⁶³ Zudem drängte die Frage eines Neubaus. Noch immer war die Deutsche Bibliothek zusammen mit den Stadt- und Universitätsbibliotheken im Haus der ehemaligen Rothschild'schen Bibliothek am Untermainkai untergebracht. ⁶⁴ Dort hatte sich die räumliche Situation angesichts anwachsender Aufgaben und eines expandierenden westdeutschen Buchmarktes ⁶⁵ in kurzer Zeit dramatisch verschärft. Bereits 1954 hatte die Deutsche Bibliothek ihre Bestände auf drei Standorte verteilen müssen, im Keller der Bibliothek, in einer auf dem Hof errichteten Baracke sowie in einem ehemaligen Bunker. Der Arbeitsplatz eines Mitarbeiters umfasste bald kaum mehr als ein Schreibmaschinentischchen. Vor diesem Hintergrund kündigte Eppelsheimer sogar an, auf die Drucklegung des Jahresberichtes für 1953 zu verzichten, weil die Darstellung der Deutschen Bibliothek »nicht für die Öffentlichkeit taugt«. ⁶⁶ Bereits Schröders Vorgänger im Amt des Bundesinnenministers, der ebenso antikommunistisch gesinnte Lehr, hatte persönlich Partei für die Deutsche Bibliothek ergriffen und versucht, Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) von der politischen Bedeutung der Bibliothek zu überzeugen. Verzichte man auf die Finanzierung eines Neubaus, so Lehr, wäre die Konsequenz eine Zwangsschließung der Bibliothek, »eine Angelegenheit von grosser politischer Bedeutung für die ganze Bundesrepublik«. Die Deutsche Bibliothek sei aber unverzichtbar, »schon weil durch die völlig einseitige Politik der Deutschen Bücherei in Leipzig das Ausland ohne die Frankfurter Bibliothek über deutsche Verhältnisse ausschließlich im Sinne der gegenwärtigen Politik der Sowjetzone unterrichtet worden wäre. Im innerdeutschen Verkehr aber würden die kommunistischen Tendenzen der Leipziger Bücherei ohne die Gegenwirkung der neuen

63 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Erich Wende, 9.4.1953., ebd., unfol.

64 Saevecke (Bearb.), Die Deutsche Bibliothek, S. 16.

65 Buch und Buchhandel in Zahlen, hrsg. v. Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt am Main 1954, S. 48. Die jährlichen Eingangszahlen der Deutschen Bibliothek bewegten sich in der Zeit von 1949 bis 1957 bei Monographien zwischen ca. 20.000 und 23.000, bei Zeitschriften zwischen ca. 800 bis 1.600. Seit 1957 nahm der jährliche Zuwachs an Monographien um 33 Prozent (ca. 35.000) zu. Zudem stieg die Zahl der Benutzer rasant von 1.914 (1950) auf 8.221 (1955). Hinzu kamen Mitte der 1950er Jahre etwa 53.000 jährlich registrierte Auskünfte. Vgl. Statistik der Deutschen Bibliothek 1957, o. D., HHStAW, 504, 6899a, unfol.; Erläuterungen zum Organisations- und Stellenplan der Deutschen Bibliothek 1960/61, HHStAW, 504, 6901a, Bl. 62.

66 Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an die Mitglieder des Kuratoriums, 24.6.1954, BArch, B 106/143, Bl. 79, 83; Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Paul Egon Hübinger, 16.5.1955, ebd., Bl. 141.

Frankfurter Zentrale die gefährlichsten Folgen gehabt haben.«⁶⁷ An Schäffer, der die Behörde bis 1957 führte und als »Erzföderalist«⁶⁸ galt, bissen sich Lehr und sein Nachfolger Schröder aber die Zähne aus. Auch im Falle des Zentrums für wissenschaftliche Dokumentation winkte Schäffer ab, obgleich sogar die DFG die Finanzierung der Erstausrüstung zugesagt hatte.⁶⁹ Auch in der Frage der Verzeichnung der Dissertationen, die neben dem Verfassungsschutzamt und dem Innenminister auch der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen unterstützte, verwies Schäffer auf die Zuständigkeit der Länder und kritisierte die Hysterie der Behörden, da »nur ein geringer Teil der Dissertationen sich mit so wesentlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen befasst, daß sie eines gewissen Schutzes bedürfen.«⁷⁰ Zudem sperrte sich der Verein deutscher Bibliothekare gegen ein Verbot der Ablieferung von Dissertationen nach Leipzig, weil damit eine wichtige Grundlage des Wissenschaftsaustauschs zwischen Ost und West verloren ginge.⁷¹ Schließlich blieb der Hessische Innenminister mit seiner Initiative, die Empfehlung des BMI zur Abgabe amtlicher Druckschriften zum Erlass zu erheben, ohne Nachahmer. In der Ständigen Konferenz der Kultusminister war es vor allem Bayern, das eine verbindliche Entscheidung für alle Länder verhinderte, wollte man doch die Bayerische Staatsbibliothek als Ablieferungsempfänger nicht gefährden.⁷² Noch nicht einmal ein Jahr nach Gründung der Stiftung zeigte sich, wie sehr diese auf tönernen Füßen stand. Sie stellte nur bedingt eine »gesicherte Rechtsform [...] nach dem Leipziger Vorbild«⁷³ dar. Vielmehr war sie ein antikommunistisch motivierter Kompromiss ohne sicheres Fundament. Die Hoffnungen Eppelsheimers, dass das »Politikum, das dahinter steht, uns helfen wird, die Arbeiten zu übernehmen, die wir nun einmal übernehmen müssen«⁷⁴, erfüllten sich angesichts grundlegender politischer Differenzen somit nicht.

67 Bundesminister des Innern, Robert Lehr, an den Bundesminister der Finanzen, Fritz Schäffer, 2.6.1953, BAArch, B 126/30884, unfol.

68 Thomas Schlemmer, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955*, München 1998, S. 383.

69 Kurzprotokoll über die Beratung zur Errichtung eines Zentrums für wissenschaftliche Dokumentation in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main am 22.7.53 im Bundesministerium des Innern, 22.7.1953, BAArch, B 106/143, Bl. 307f.

70 Bundesminister der Finanzen an den Bundesminister des Innern, 18.1.1954, ebd., Bl. 635.

71 Verein deutscher Bibliothekare e.V. an den Bundesminister des Innern, 9.3.1954, ebd., Bl. 643.

72 Ständige Konferenz der Kultusminister, Sekretariat, an die Mitglieder der Kultusminister-Konferenz, 1.8.1959, HHStAW, 504, 6900, unfol.

73 Estermann, *Der Börsenverein in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000*, S. 168.

74 Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Erich Wende, 30.7.1953, BAArch, B 106/144, Bl. 215.

Eppelsheimer blieb kaum etwas anderes übrig, als immer wieder mit den finanziellen Trägern um einzelne Etatposten zu diskutieren und Nachtragshaushalte sowie Sonderzuschüsse auszuhandeln. Laut Stiftungsurkunde war jeder Träger mit 60.000 DM (der Bund mit 65.000 DM) jährlich an der Finanzierung der Bibliothek beteiligt, 1954 hatte sich die Beteiligung des Bundes bereits auf 140.900 DM, der der anderen Träger auf jeweils 100.000 DM erhöht. In nur zwei Jahren waren die Finanzbedürfnisse der Deutschen Bücherei damit um 71 Prozent gestiegen.⁷⁵ Bereits während der Haushaltsverhandlungen für 1954 kündigte der Börsenverein überdies an, den Anteil von einem Viertel nicht mehr jedes Jahr aufbringen zu können, da seine finanzielle Basis vom Absatz der in Vorkasse finanzierten Bibliographien und Zeitschriftenpublikationen abhängig war.⁷⁶ Ab 1956 schließlich reduzierte der Verband seinen Beitrag selbst, während die anderen Träger nun jeweils ein Drittel der Gesamtsumme stemmen mussten,⁷⁷ obgleich auch das Land Hessen und die Stadt Frankfurt bereits 1955 darauf hingewiesen hatten, »daß die seitherigen Beiträge einen Endpunkt ihrer Leistungen darstellen«.⁷⁸ Im April/Mai 1954 war zudem eine erneute Initiative von Innenminister Schröder gescheitert, die Länder zur Finanzierung des Neubaus für die Deutsche Bibliothek ins Boot zu holen.⁷⁹ Damit wuchs der Druck auf den Bund und Eppelsheimer setzte nun alles daran, die Bedrohungsgefahr aus Leipzig noch einmal deutlich zu dramatisieren. Unfreiwillig lieferte die Deutsche Bücherei hierfür sogar selbst das Material. Am 10. April 1954 war der Artikel des stellvertretenden Generaldirektors, Kurt Brückmann, über den »Plan der großen Initiative« in der *LVZ* erschienen, den auch Uhrendahl nicht hatte verhindern können. Auch wenn der Hauptadressat dieses Artikels aller Wahrscheinlichkeit nach die SED-Führung war, von der man sich in Leipzig selbst mehr Unterstützung erhoffte, so sahen Eppelsheimer und der Börsenverein nun die Chance, den Beitrag als Druckmittel gegenüber ihren westdeutschen Adressaten einzusetzen. Bereits wenige Wochen zuvor hatte der Vorstand des Börsenvereins mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Bundestages gesprochen und das Ergebnis erzielt, dass zur Finanzierung des Neubaus nur der Etat des BMI infrage käme und man darauf hinarbeiten müsse, dass hierfür ein

75 Für die Deutsche Bibliothek. Erhöhter Bundeszuschuß, in: *Neue Presse* vom 16.12.1953, o.S.

76 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am Mittwoch, dem 16. September 1953 im »Haus des Buchhandels«, BArch, B 106/143, Bl. 64.

77 Estermann, *Der Börsenverein in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Füßel/Jäger/Staub (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000*, S. 168.

78 Hanns Wilhelm Eppelsheimer an den Vorsitzenden des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek, Paul Egon Hübinger, 16.5.1955, BArch, B 106/143, Bl. 141.

79 Bundesminister des Innern, Gerhard Schröder, an Walter Leiske, Bürgermeister in Frankfurt am Main und Mitglied des Bundestages, 3.5.1954, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

»besonderer Titel« im Haushalt geschaffen werde.⁸⁰ Für die Haushaltsberatungen im Bundestagsausschuss arbeitete Eppelsheimer daraufhin ein Redemanuskript aus, das gegenüber früheren Argumentationen noch einmal an politischer Schärfe zulegte. Den Abgeordneten präsentierte er die Verlautbarungen Leipzigs als Plan, »uns zu überrennen, die abtrünnigen Verleger und Buchhändler der Bundesrepublik zurückzugewinnen und dem Ausland gegenüber Leipzig als den bibliographischen Vorort Gesamtdeutschlands zur Geltung zu bringen, d.h. für Deutschland zu sprechen«.⁸¹ Gegenüber den Mitgliedern des Kuratoriums, in dem auch der Referent für die Förderung wissenschaftlicher Forschung in der Kulturabteilung des BMI, Heinrich Kipp, saß, wurde Eppelsheimer noch deutlicher. Der »Plan der großen Initiative« sei »nicht weniger als eine Art Kampfansage an den Buchhandel der Bundesrepublik und damit an die Deutsche Bibliothek«. Damit verband Eppelsheimer eine unmissverständliche Botschaft, die er in dieser direkten Form bislang nicht lanciert hatte:

»Mit Leipzigs Anstrengungen, hinter denen offenbar das Geld steht, das Diktaturen auch für kulturell-wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung haben, wenn sie diese als Teil ihrer Politik begreifen, können wir nicht ernsthaft in Wettbewerb treten, – wenigstens solange nicht, als die Bundesregierung nicht ihrerseits die Folgerungen aus der ostzonalen Ankündigung der ›großen Initiative‹ zieht und die DB als ein Politikum von Rang anerkennt.«⁸²

Nachdem aber auch dieser harte Tonfall keine Änderung in der Haltung der Bundesregierung erbracht hatte, ging Eppelsheimer dazu über, den öffentlichen Druck zu verstärken, indem er die Deutsche Bibliothek nun als Förderin von Demokratie und Meinungsstreit positionierte. Im September 1955 sandte er an sämtliche Bibliotheken, Verleger sowie an das BMI ein mit Bedrohungsszenarien gespicktes Memorandum, das die Deutsche Bibliothek als »politisches Werkzeug der Bundesregierung« umwarb. Es sei nun die Zeit gekommen, dass sie eine Bundesinstitution werden müsse, denn »die nationale Bibliographie ist ein Stück Souveränität« und »bei uns gibt es ja jemand, der sie uns ›abnehmen‹ will«, womit Eppelsheimer die Deutsche Bücherei meinte. Diese bilde nur »den Kern« des gesamtdeutschen Kulturprogramms der SED. Gerade deshalb gelte es die nationale Bibliographie als »politisches Werkzeug ersten Ranges«, als »unentbehr-

80 Aktenvermerk über die Besprechung zwischen Vertretern des Börsenvereins und Abgeordneten des Bundestages in Bonn am 9. März 1954, ISG, W2-7, 26, Bl. 85 f.

81 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an die Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Stadtrat Karl vom Rath, Redemanuskript vor dem Haushaltsausschuss des Bundestages, 26.6.1954, ADNBF, Generaldirektion, II, 4, 1951-1965, unfol.

82 Deutsche Bibliothek, Hanns Wilhelm Eppelsheimer an die Mitglieder des Kuratoriums, 24.6.1954, BArch, B 106/143, Bl. 84.

liches Werkzeug der Demokratie« zu begreifen: »wer sie in der Hand hat, kann ganze Sektoren der Meinungsäußerung und Forschung um ihre Stimme bringen, die Diktatur wird es, wenn sie es kann«. ⁸³

Letztlich blieb aber auch dieser Versuch, an den demokratischen Geist der jungen Bundesrepublik zu appellieren, erfolglos. Das Finanzministerium und die Länder blieben bei ihrer ablehnenden Haltung, aber auch das BMI griff diese Argumentation nicht auf. Aus dessen Sicht war die Deutsche Bibliothek vor allem ein Instrument zur Abwehr feindlicher Einflüsse. Aber auch eine andere, parteipolitische Konfliktlinie, die eine Verstetigung der Deutschen Bibliothek zu einer Bundesinstitution verhinderte, zeigt, dass die Verteidigung der Demokratie in der jungen Bundesrepublik noch keineswegs ein überzeugendes kulturpolitisches Argument bildete. Im Haushaltsausschuss des Bundestages, der ein gewichtiges Wort bei der Vorbereitung der Haushaltsgesetze mitzureden hatte, schieden sich die Geister bezüglich des Umgangs mit der Deutschen Bibliothek und der Deutschen Bücherei an der Frage der Nation. Dort standen sich die beiden großen Parteien CDU und SPD mit verschiedenen deutschlandpolitischen Ansichten gegenüber. Die CDU setzte besonders nach dem Deutschlandvertrag von 1952 und der Integration in die NATO 1955 primär auf Westbindung, während die Wiedervereinigung immer mehr die Gestalt eines Fernzieles annahm. Die SPD war parallel (zumindest bis 1959) der Ansicht, dass sich Westbindung und Wiedervereinigung vor dem Hintergrund europäischer Sicherheit nicht ausschlossen. Vielmehr wollte man nach dem Moskabeuch Adenauers 1955 den »deutsch-sowjetischen Kanal zur Entwicklung einer aktiven deutschen Ostpolitik nutzen« und die Gespräche zwischen Bonn und Ost-Berlin aufrechterhalten. ⁸⁴ Vor diesem Hintergrund ließ sich in den Haushaltsdebatten vom Mai 1957 zwar durchaus ein beachtlicher Erfolg erzielen, indem der Zuschuss des Bundes für die Deutsche Bibliothek um 80.000 DM auf nunmehr 314.400 DM erhöht wurde. Diese Mittel waren jedoch ausdrücklich nur für die Bibliographien der amtlichen Druckschriften und der nicht im Buchhandel erschienenen Schriften vorgesehen. Man habe dezidiert darauf geachtet, so der SPD-Abgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen, »daß keine Aufgaben, die heute noch als gesamtdeutsche Aufgaben von der Deutschen Bücherei in Leipzig wahrgenommen werden können, von der [Deutschen] Bibliothek aufgenommen werden, so daß das Hohe Haus in dieser

83 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Memorandum: Die Deutsche Bibliothek als ein politisches Werkzeug der Bundesregierung, September 1955, ADNBF, 55, 9, 1952-1955, unfol.

84 Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin (West)/Bonn 1982, S. 363; Klaus Erdmenger, Adenauer, die Deutsche Frage und die sozialdemokratische Opposition, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 169-182, hier S. 174-176; Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 631 f.

Beziehung keine Bedenken zu haben braucht«. Auch der SPD-Abgeordnete Wilhelm Gülich, Direktor der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft, ergriff für die Deutsche Bücherei als eine »der wenigen gesamtdeutschen Institutionen, die funktionieren«, im Bundestag Partei, betonte aber gleichwohl die Notwendigkeit, die Bibliographie der amtlichen Druckschriften der Bundesrepublik in Frankfurt zu etablieren.⁸⁵ Gülich selbst zählte zum Kreis der Vertrauten Heinrich Uhlendahls⁸⁶ und unterhielt auch zu dessen Nachfolger Fleischhack enge persönliche Kontakte. Diesem hatte Gülich etwa im Vieraugengespräch versichert, dass er »mehrfach dafür eingetreten sei, dass der Deutschen Bibliothek in Frankfurt a.M. keine Mittel für die Schaffung weiterer Bibliographien zur Verfügung gestellt werden, wenn diese Vorhaben bereits in der Deutschen Bücherei durchgeführt sind«. Gülich nutzte den Kontakt zu Fleischhack überdies, um Verbindungen zum Bibliothekswesen in der Sowjetunion aufzunehmen.⁸⁷ Neben dem Haushaltsausschuss des Bundestages fand die SPD, die in vielen Großstädten der Bundesrepublik regierte,⁸⁸ auch im Deutschen Städtetag ein Forum, um den Einflussgewinn der Deutschen Bibliothek zu begrenzen. So beschloss dieser Anfang 1957, veröffentlichte amtliche Druckschriften »im Interesse der Wiedervereinigung« wieder an die Deutsche Bücherei zu schicken,⁸⁹ was freilich für Aufregung im BMI sorgte, wo man das Problem kontrovers diskutierte. Eine Entscheidung traf man aufgrund der Interessengegensätze indes nicht. Zwar war man sich darin einig, den Behörden grundsätzlich von einer Belieferung Leipzigs abzuraten, gerade aber, wenn es sich um »eindrucksvolle Jubiläumsschriften, Berichte über Leistungen der Bundesrepublik, Rechenschaftsberichte der Stadtverwaltungen über ihre Aufbauleistungen u.a.m.« handelte, d.h. sofern sich das Material dazu eignete, die Attraktivität der Bundesrepublik in der DDR zu steigern, waren auch die Antikommunisten im BMI bereit, Einzelfallentscheidungen zuzulassen.⁹⁰

85 2. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll der 207. Sitzung vom 8. Mai 1957, S. 11918f.

86 Heinrich Uhlen Dahl an Wilhelm Gülich, 7.12.1949, ADNBL, 154/5, IV, Bl. 459. In diesem Brief verweist Uhlen Dahl auch auf den gemeinsamen Freund, den Möllner Bürgermeister Rudolf Michelsen.

87 Curt Fleischhack an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wiss. Bibliotheken, Museen und Hochschulfilm, 27.6.1957, ADNBL, 811/10, Bl. 188.

88 Eine ausführliche Untersuchung mit belastbarem Datenmaterial für westdeutsche Städte ab 100.000 Einwohnern bietet Rainer Bovermann, der die 1950er und 1960er Jahre als die Zeit der »roten Rathäuser« bezeichnet. Vgl. Rainer Bovermann, Das »rote« Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, Düsseldorf 1995, S. 19.

89 Deutscher Städtetag, Abt. 10/10-04, an die Stadtverwaltung Bochum, das Statistische Amt Duisburg, das Hauptamt Essen, die Stadtverwaltung Frankfurt und den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, 29.3.1957, ISG, Masterakten, 2.358, unfol.

90 Bundesminister des Innern, Vermerk über eine Besprechung betr. Übersendung von Druckschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig am 13. November 1957 im Bundesministerium des Innern in Bonn, 18.1.1958, ebd., unfol.

Das Scheitern der Versuche Eppelsheimers, die Bedeutung der Deutschen Bibliothek mit einem Verweis auf deren Nutzen nicht nur im Kampf gegen kommunistische Einflüsse, sondern auch für die Förderung der Demokratie aufzuwerten, zeigten ihm die Grenzen des Sagbaren auf. Ihm blieb letztlich kaum etwas anderes übrig, als das Bild von der Deutschen Bücherei als Instrument der SED mit den Feindbildern des Kalten Krieges zu überzeichnen, wollte er Gehör im BMI finden. Gleichwohl ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Deutsche Bücherei ungleich stärker von den politischen Rahmenbedingungen in der DDR, insbesondere der Ausschaltung des demokratischen Diskurses, profitieren konnte. Allein die Zahl der Planstellen in der Deutschen Bücherei erhöhte sich in der Zeit von 1949 bis 1961 um etwa 130 Prozent (von 156 auf 363 Planstellen).⁹¹ Die Deutsche Bibliothek verfügte 1961 gerade einmal über 143 Stellen.⁹² Ein bezeichnendes Beispiel für die Mobilisierung von Ressourcen in der DDR ist der 1959 begonnene zweite Erweiterungsbau im Nordwestflügel der Deutschen Bücherei.⁹³ Hinsichtlich der Raumsituation ging es der Deutschen Bücherei kaum besser als der Deutschen Bibliothek. Das 1916 am Deutschen Platz eingeweihte Gebäude war für einen Bestandsaufbau von 20 Jahren berechnet worden. Entsprechend erfolgte in den Jahren 1936 bis 1938 der erste Erweiterungsbau, der den Betrieb der Bibliothek für die nächsten zehn Jahre sichern sollte. So stand der zweite Erweiterungsbau bereits 1946 an, war jedoch angesichts dringenderer Aufgaben zurückgestellt worden.⁹⁴ Spätestens Mitte des Jahres 1950 aber wurde die Raumnot in der Deutschen Bücherei akut. Ein erster Antrag Uhlendahls, die notwendigen Mittel für 1951 einzuplanen, scheiterte jedoch. 1952 drohten schließlich die Magazine aus allen Nähten zu platzen. Das Büchermagazin und das Zeitschriftenmagazin waren restlos überfüllt und mussten bereits in anderen Räumen fortgesetzt werden.⁹⁵ Zwei Jahre später hatte die Platznot auch die Arbeitsräume der Bibliothekare erreicht. In der bibliographischen Abteilung sei es, einem alarmierenden Schreiben Kurt Brückmanns an das Staatssekretariat für Hochschulwesen zufolge, schon Alltag geworden, dass 25 Mitarbeiter auf 65 Quadratmetern zusammenarbeiten mussten, wobei wissen-

91 Zahlen aus ADNBL, 187/3/4; ADNBL, 150/2/7/3.

92 Personalentwicklung der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main 1946-1967, HHStAW, 504, 6907a, Bl. 660.

93 Curt Fleischhack, Großzügiger Erweiterungsbau der Deutschen Bücherei, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (Leipzig), 126 (1959), Nr. 9 vom 28. Februar 1959, S. 129-132.

94 Waldemar Krieger/Gottfried Rost, Das Gebäude der Deutschen Bücherei und seine technischen Einrichtungen, in: Röttsch/Hesse/Pleßke (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962, S. 259-270, hier S. 262-264.

95 Magazin-Oberverwalter an die Betriebsleitung der Deutschen Bücherei, Ein Notschrei betr. Platzmangel in den Magazinen der Deutschen Bücherei, 30.10.1952, ADNBL, 545/0, Bl. 11.

schaftliche Kräfte nicht von technischen Kräften, die vorwiegend Schreibarbeiten verrichteten und Telefongespräche führten, getrennt waren.⁹⁶ Bald waren auch die Lesesäle angesichts des Ausbaus der Karl-Marx-Universität und der Errichtung neuer Hochschulen im Raum Leipzig derart überlaufen, dass sie im Winter 1956/57 erstmals zeitweise gesperrt werden mussten.⁹⁷ Schon 1954 hatte Brückmann in seinem Schreiben angemahnt, dass dem Erweiterungsbau auch ein gesamtdeutsches Interesse zukomme, was zumindest insofern für Bewegung in Ost-Berlin sorgte, als man dort mit den Projektierungsarbeiten begann. Die Arbeiten zogen sich jedoch zwei Jahre hin, denn das Projekt musste in die bereits bestehende Konzeption zur Umgestaltung Leipzigs zu einer »sozialistischen Stadt« integriert werden. Die Nähe der Deutschen Bücherei zur Technischen Messe, die das Herzstück der städtebaulichen Planungen bildete, erschwerte die Umsetzung des Erweiterungsbaus zusätzlich.⁹⁸ Als die Projektierungsarbeiten 1956 abgeschlossen waren, verweigerten die Planer in Ost-Berlin jedoch die notwendigen Investitionsmittel. Hintergrund war die von Chruschtschow 1954 eingeleitete Wende in der Baupolitik. Anstatt der bisherigen Konzentration auf innerstädtische Prestigebauten im stalinistischen »Zuckerbäcker-Stil«, sollte sich der Schwerpunkt nun auf den standardisierten Massenwohnungsbau verschieben. Die DDR schloss sich dieser Maxime auf der 1. Baukonferenz im April 1955 an⁹⁹ und auch in Leipzig begannen die Vorbereitungen zu einem ersten großen Wohnungsbauprogramm, wonach in der Zeit von 1959 bis 1965 29.400 Wohnungen in den Industriegebieten der Stadt entstehen sollten. Der Erweiterungsbau der Deutschen Bücherei wurde deshalb zunächst zurückgestellt und stattdessen eine Behelfslösung in Angriff genommen. Das Dachgeschoss sollte nun so umgebaut und ausgestattet werden, dass dort die gesamte Sperrliteratur gelagert werden und die Deutsche Bücherei für die nächsten zwei bis drei Jahre weiterarbeiten konnte.¹⁰⁰ Die Verwaltungsleitung der Bibliothek hatte sich letztlich selbst um die Baubetriebe zu bemühen, die jedoch immer wieder für andere Aufgaben in der Stadt Leipzig abgezogen wurden, sodass die Arbei-

96 Deutsche Bücherei, Kurt Brückmann, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen, o.D. [1954], ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 316.

97 Kurt Brückmann/Curt Fleischhack, Exposé über die Dringlichkeit des Erweiterungsbaus der Deutschen Bücherei, o.D. [1957], ADNBL, 154/4, Bl. 310f.

98 Rat der Stadt Leipzig, Sachgebiet Stadtplanung, Aktennotiz, Bauvorhaben Deutsche Bücherei, 21.5.1954, StadtAL, StVuR, 15430, Bl. 25.

99 Frank Betker, »Einsicht in die Notwendigkeit«. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994), Stuttgart 2005, S. 170.

100 Deutsche Bücherei an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Haushalt, 11.6.1957, ADNBL, 310/5, Bl. 2; Betriebswirtschaftliches und Technisches Gutachten zum Ausbau des Dachgeschosses der Deutschen Bücherei Leipzig, 15.11.1957, ebd., Bl. 2f.

ten noch im Mai 1959 nicht abgeschlossen waren.¹⁰¹ Bereits im Oktober 1958 hatte unterdessen das Staatssekretariat den Rat der Stadt Leipzig in einem informellen Gespräch angewiesen, den Erweiterungsbau im Nordwestflügel entsprechend den Projektierungen durchzuführen,¹⁰² nachdem durchgesichert war, dass die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main den lang ersehnten Neubau in der Zeppelinallee erhalten werde und hierfür fünf Millionen DM investiert werden sollten:

»Der Beginn des Erweiterungsbaues im Jahre 1959 wird [...] zu einer politischen Notwendigkeit, denn auch durch ihn wird die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Welt dokumentiert und die Deutsche Demokratische Republik das Beispiel für Westdeutschland.«¹⁰³

Obwohl das Stadtbauamt auf die Ressourcenknappheit und ökonomisch vorranglichere Schwerpunktaufgaben verwies,¹⁰⁴ musste der Bau als politisches Signal nach Frankfurt und Bonn im März 1959 begonnen werden, denn bereits im Monat darauf wurde der Neubau an der Frankfurter Zeppelinallee eingeweiht. Dabei nutzten die Beteiligten in Frankfurt den Anlass für eine politische Großdemonstration, die der Deutschen Bibliothek erstmals auch eine größere Aufmerksamkeit in der westdeutschen Tagespresse verschaffte – mit deutlichen Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb. Die »grosse Publicity«, so die einhellige Wahrnehmung im Kuratorium der Deutschen Bibliothek, habe sich »schlagartig auf Bucheingang, Beanspruchung der Auskunft und Benutzung ausgewirkt«.¹⁰⁵ Auch fand die Deutsche Bibliographie, gegen die es vonseiten westdeutscher Bibliothekare immer wieder Vorbehalte gegeben hatte, nun auch unter diesen stärkere Verbreitung. Von 29 im Sommer 1962 befragten Bibliotheken, die aufgrund von Landesgesetzen Pflichtexemplare erhielten, gaben 15 an, neben dem Frankfurter *Börsenblatt* ausschließlich die Deutsche Bibliographie als Informationsquelle zu benutzen. Nur noch vier Bibliotheken bezeichneten das Frankfurter und Leipziger wöchentliche Verzeichnis als gleichwertige Hilfsmittel und nur zwei weitere Bibliotheken zogen noch die Deutsche Nationalbibliographie

101 Deutsche Bücherei, Verwaltungsleiter Krieger, an den Architekten Manfred Schleinitz, 29.5.1959, ADNBL, 310/5, Bl. 74.

102 Deutsche Bücherei an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Erich Uhlich, 27.10.1958, SächsStAL, 21766, 1539, Bl. 9-12.

103 Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Hoch- und Fachschulverwaltung, an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Erich Uhlich, 18.12.1958, StadtAL, StVuR, 2218, Bl. 11.

104 Rat der Stadt Leipzig, Plankommission, an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, 12.1.1959, ebd., Bl. 9.

105 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/M. am 4.6.1959, HHStAW, 504, 6900, Bl. 37.

vor.¹⁰⁶ Die Deutsche Bibliothek war damit endgültig zu einer festen Größe im westdeutschen Bibliothekswesen geworden. Dazu beigetragen hatte vor allem der Auftritt des Bundespräsidenten Theodor Heuss, der dem Festakt einen nationalen Rahmen verlieh. Neben Paul Egon Hübinger, dem Nachfolger Erich Wendes als Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten im BMI, skizzierte auch Heuss in seiner Rede die politischen Hintergründe, die zur Gründung der Deutschen Bibliothek geführt hätten, und trug damit zur Legitimation der Bibliothek in der westdeutschen Öffentlichkeit bei. Diese sah Heuss auf zwei Ebenen. Zum einen habe es sich um eine Notwendigkeit gehandelt, nachdem die Deutsche Bücherei »in die Zwänge der politischen Zweckhaftigkeit und der geistigen Isolierung geraten ist«. Zum anderen stehe der Neubau, letztlich ein Gemeinschaftswerk des Bundes, des Landes Hessen, der Stadt Frankfurt und des Börsenvereins, für ein »reibungsl[os]es« Funktionieren der westdeutschen Demokratie,¹⁰⁷ was freilich verdeckte, dass mit dem Neubau erst nach dem Wechsel an der Spitze des Bundesfinanzministeriums im Herbst 1957 begonnen werden konnte.¹⁰⁸ Gleichwohl blieben Heuss' lobende Worte über die Funktionsfähigkeit der jungen Demokratie in der Öffentlichkeit unbeachtet. Die Tagesmedien griffen – dem Zeitgeist entsprechend – nur das gegen die Deutsche Bücherei bzw. die DDR gerichtete Argument des Bundespräsidenten auf, das sich seither zum Gründungsnarrativ der Deutschen Bibliothek in der Öffentlichkeit verfestigte.¹⁰⁹

In Ost-Berlin nahm man das Signal aus Frankfurt unterdessen zum Anlass, den Rat der Stadt Leipzig ein weiteres Mal unter Druck zu setzen. Dieser hatte bereits im Juni 1959 einen Baustopp am Deutschen Platz von Mitte August 1959

106 Auswertung der Deutschen Bibliographie, Wöchentliches Verzeichnis an den Pflichtexemplarbibliotheken der Bundesrepublik, 25.10.1962, ADNBF, Handakten Rudolf Blum, unfol.

107 Monument und Werkstatt in einem. Ansprache des Bundespräsidenten bei der Einweihung der »Deutschen Bibliothek«, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 79 vom 29. April 1959, S. 753f. Die Reden Paul Egon Hübingers und Hanns Wilhelm Eppelsheimers befinden sich in: Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Drei Ansprachen gehalten aus Anlaß der Einweihung des Neubaus der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main am 24. April 1959, Frankfurt am Main [1959].

108 Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 532: Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im 4. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1957, 7.8.1958, S. 17.

109 Vgl. exempl. Deutsche Bibliothek eingeweiht. Heuss: Im Zwielflicht zwischen Stolz und Trauer, in: Deutsche Post vom 25.4.1959; Weihe der Deutschen Bibliothek. Eigenbericht der WELT, in: Die Welt vom 27.4.1959; Arianna Giachi, Unsere neue Bücherzentrale. Die »Deutsche Bibliothek« endlich in ihrem neuen Haus, in: Handelsblatt (Düsseldorf) vom 17./18.4.1959.

bis Jahresende angeordnet, nachdem der Rat des Bezirkes infolge politischer Konflikte Baukapazitäten aus der Stadt in den Kreis Delitzsch hatte abziehen müssen.¹¹⁰ Die Lage schien selbst Staatssekretär Wilhelm Girnus so akut, dass er den erst wenige Monate im Amte befindlichen Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig, Erich Grützner, persönlich darauf aufmerksam machte, »dass durch die Stilllegung des Erweiterungsbaues der Deutschen Bücherei unsere Wissenschaft in bibliografischer Hinsicht von dem vom Westzonen-Staat in Frankfurt/Main aufgezogenen Konkurrenzunternehmen abhängig gemacht wird.«¹¹¹ Der Erweiterungsbau musste so, allen Vorbehalten zum Trotz, wieder aufgenommen werden, am 9. Mai 1962 konnte schließlich Richtfest gefeiert werden, während das Wohnungsbauprogramm in Leipzig stark ins Hintertreffen geraten war. Die Wahrnehmung der Bedrohung aus Frankfurt überwog letztlich örtliche und sogar eigene wirtschaftliche Bedürfnisse, schließlich diente der Wohnungsbau nicht zuletzt auch der Bildung von Stammebelegschaften in wichtigen Export-Betrieben.

Der Kalte Krieg, seine Feindbilder und Bedrohungsszenarien prägten den Bibliothekskonflikt zwischen Leipzig und Frankfurt in den 1950er Jahren in entscheidendem Maße. Beide Konkurrenten überboten sich in der Überzeichnung des jeweils anderen. Entscheidend war dabei nicht, ob das Bild vom Gegenüber tatsächlich den Realitäten entsprach, sondern dass die staatlichen Adressaten der Bedrohungsszenarien dies annahmen. Die Konstruktion von Feindbildern bzw. Bedrohungslagen und die Mobilisierung materieller wie finanzieller Ressourcen standen hierbei auf beiden Seiten stets in einem direkten Wechselverhältnis. Für Eppelsheimer und die Deutsche Bibliothek war der Rekurs auf das Narrativ des Kalten Krieges und die in der Regierung verbreitete Furcht vor kommunistischer Infiltration von existentieller Wichtigkeit. Die Deutsche Bücherei profitierte demgegenüber von ihrer Tradition und der Hoffnung vieler Westdeutscher auf eine baldige Wiedervereinigung, insofern sich diese als dem SED-Regime dienliche Ressourcen erwiesen, zugleich aber auch von der Ausschaltung

110 Deutsche Bücherei, Verwaltungsdirektor, Protokoll über die am 4.6.1959 im Sitzungszimmer der Deutschen Bücherei stattgefundene Baubesprechung, 10.6.1959, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5470, unfol. Im März 1959 war der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Karl Adolphs, wegen Mängel im Aufbau des Kreises Delitzsch, ein Prestigeobjekt des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, Paul Fröhlich, entlassen worden. Den politischen Auseinandersetzungen fiel schließlich auch Oberbürgermeister Erich Uhlich zum Opfer, der im Dezember 1959 seinen Posten räumen musste. Hierzu vgl. Christian Kurzweg/Oliver Werner, SED und Staatsapparat im Bezirk. Der Konflikt um den Rat des Bezirkes Leipzig 1958/59, in: Michael Richter/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.), Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Halle (Saale) 2007, S. 255-276.

111 Wilhelm Girnus an Erich Grützner, 26.8.1959, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5470, unfol.

des demokratischen Diskurses in der DDR. Dabei blieb die Deutsche Bücherei zweifelsohne von der Präferenzsetzung der SED abhängig und diese vermochte das Staatssekretariat für Hochschulwesen auch nur dann zu beeinflussen, wenn in Frankfurt tatsächlich wahrnehmbare Erfolge erzielt wurden, wie am Beispiel des Erweiterungsbaus deutlich wurde. In der Logik der SED-Diktatur waren die Fortexistenz und die sichtbaren Fortschritte der Deutschen Bibliothek damit das entscheidende Faustpfand, das der Deutschen Bücherei weitgehende Kontinuität garantierte. Sie mochte in der Wahrnehmung vieler Zeitgenossen noch als »gebrochenes Bindeglied« erscheinen, in der politischen Praxis aber erwies sich die deutsch-deutsche Konkurrenz als entscheidender Faktor der Ressourcenmobilisierung.

b.) Gratwanderungen: Die Deutsche Bücherei und die westdeutschen Buchhändler

Die westdeutschen Verleger spielten im Konflikt zwischen Leipzig und Frankfurt eine zentrale, aber ambivalente Rolle. Ihre individuelle Bereitwilligkeit, die Bibliotheken mit Belegexemplaren zu beliefern und die Bibliographien zu erwerben, konnte in der öffentlichen Wahrnehmung schnell als kollektive politische Abstimmung gewertet werden. Aus deren Sicht war die Realität jedoch komplexer, denn es gab verschiedene Gründe, die Deutsche Bücherei weiterhin zu beliefern. Freilich spielten auch kulturpolitische Motive eine Rolle, etwa die »Sorge um das Lesepublikum im Osten« oder die Aufrechterhaltung einer kulturellen Brücke,¹¹² insbesondere mit Blick auf die noch existierenden Privatverlage im Osten, denen man unterstellte, der SED mehrheitlich distanziert gegenüberzustehen.¹¹³ Es gab aber auch handfeste wirtschaftliche Gründe, die eine Bekanntmachung westdeutscher Literatur in der Nationalbibliographie der Deutschen Bücherei erstrebenswert machte. Vor allem Anbieter wissenschaftlicher und Fachliteratur profitierten von der Angewiesenheit der DDR auf deren Produkte in besonderem Maße und waren entsprechend eng in den innerdeutschen Handel eingebunden. Die Wirtschaftsbeziehung mit der DDR gestaltete sich besonders lukrativ, da die ostdeutsche Seite immer nur so viel abnahm, wie sie tatsächlich benötigte.¹¹⁴ Die Gefahr von kostspieligen Reimporten bestand somit nicht. Ne-

112 Frohn, *Literaturaustausch im geteilten Deutschland*, S. 59.

113 Börsenverein der Deutschen Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V., *Der Vorsitzende des Länderausschusses, Heinrich Gonski*, an den Vorstand des Börsenvereins, 17.6.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

114 Heinz Sarkowski, *Die Anfänge des deutsch-deutschen Buchhandelsverkehrs (1945-1955)*, in: Lehmstedt/Lokatis (Hrsg.), *Das Loch in der Mauer*, S. 89-108, hier S. 95.

ben dem üblichen Handel über Verrechnungskonten war es seit dem Berliner Abkommen von 1951 überdies möglich, Druckwerke gegen Druckwerke im gleichen Wert zu tauschen, aber alternativ auch graphische Dienste der DDR in Anspruch zu nehmen, die in Qualität und Preis die Angebote in der Bundesrepublik oftmals weit übertrafen. Kompensationsgeschäfte mit der DDR stellten somit eine Möglichkeit dar, dem Preisdruck in der Bundesrepublik zu begegnen.¹¹⁵

Vor diesem Hintergrund hatte Eppelsheimer nur geringen Erfolg damit, die Verleger durch Verweis auf die politische Instrumentalisierung der Deutschen Bücherei durch die SED von einer Belieferung Leipzigs abzubringen. Aus Rücksicht auf den Frankfurter Börsenverein fielen Eppelsheimers Antwortschreiben an westdeutsche Verleger, die sich bei ihm über die Modalitäten der Abgabe von Belegexemplaren nach Leipzig erkundigten, oftmals zwiespältig aus. Auf der einen Seite hielt er mit seiner politisch begründeten Ablehnung der Deutschen Bücherei nicht hinterm Berg und wies die Verleger auf die Zensur in Leipzig hin, auf der anderen Seite betonte er jedoch stets, dass es jedem Verleger anheimgestellt war, wie er sich verhielt.¹¹⁶ Auch der Börsenverein war in dieser Frage hin- und hergerissen. Auf der einen Seite hatte er als Träger der Deutschen Bibliothek ein politisches und finanzielles Interesse daran, seine Mitglieder gegen Leipzig aufzubringen, auf der anderen Seite gehörte eine betont unpolitische Haltung zu dessen Selbstbild. Schließlich vertrat er auch eine Klientel, die der Deutschen Bücherei gegenüber sehr heterogen eingestellt war. Vor allem den in der SBZ/DDR enteigneten Verleger gegenüber wollte man nicht als politischer Verband auftreten.¹¹⁷

Zuweilen haderte der Börsenverein mit seiner Haltung gegenüber der Deutschen Bücherei, weil die von ihm finanzierten Bibliographien und Titeldrucke der Deutschen Bibliothek ein ausgesprochenes »Verlustgeschäft« waren. Vor allem ärgerte man sich über die wissenschaftlichen Bibliothekare, die, »weltfremd wie sie sind«, noch immer die Leipziger Bibliographien kauften.¹¹⁸ Die Absatzstatistiken aus Leipzig und Frankfurt spiegeln dies deutlich wider. Die Deutsche Bücherei hatte bereits vom Jahrgang 1950 der Deutschen Nationalbibliographie

115 Frohn, *Literaturaustausch im geteilten Deutschland*, S. 55-58; *Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen dem Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. Frankfurt/M. und dem Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig am 7. und 8. Januar 1952 in Frankfurt/Main*, 8.1.1952, ISG, W2-7, 13, Bl. 69.

116 Vgl. die Antwortschreiben Eppelsheimers 1953-1954 in ADNBF, Generaldirektion, IV, F.

117 Estermann, *Der Börsenverein in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Füssel/Jäger/Staub (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000*, S. 174.

118 *Protokoll der 33. Vorstandssitzung des Börsenvereins am 28./29. Oktober 1951 in Frankfurt/Main*, ISG, W2-7, 12, Bl. 57.

(Reihe A und B) insgesamt 600 Exemplare der einseitig bedruckten Bibliotheksausgabe abgesetzt. Das Frankfurter Äquivalent, die Deutsche Bibliographie, die die ungedruckten Schriften überdies nur in einer Beilage verzeichnete, zählte noch Ende Juni 1953 gerade einmal 104 Bezieher (bei einer Auflage von 150).¹¹⁹ Noch 1955 hatten sich zahlreiche westdeutsche Bibliothekare, teils aus Pflichtgefühl gegenüber Leipzig, teils aus wirtschaftlichen Gründen (unzureichende Erwerbungssetats) für eine Initiative Curt Fleischhacks zur Verschmelzung der Leipziger und Frankfurter Bibliographien ausgesprochen. Das Projekt war aber am Widerstand Eppelsheimers und des Börsenvereinsvorstandes gescheitert, noch bevor es auf einer offiziellen Ebene lanciert werden konnte.¹²⁰

Dennoch tat sich der Vorstand des Börsenvereins schwer, im Konflikt Leipzig-Frankfurt offiziell Stellung zu beziehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Vorstand keine zentrale Gewalt darstellte, sondern immer von den Entscheidungen der Landesverbände abhängig war. Zudem betrachtete sich der Börsenverein noch immer selbst als »Vorstufe zu einer ganz Deutschland umfassenden Vereinigung der Buchhändler«.¹²¹ Die Gratwanderungen, die der Vorstand zu bewältigen hatte, spiegeln sich besonders in den Diskussionen über die Herausgabe des Sechsjahres-Verzeichnisses als Gegenstück zum Leipziger Fünfjahresverzeichnis (Deutsches Bücherverzeichnis) im Jahre 1952 wider. Das Erscheinen eines Sechsjahreskataloges war zwar schon 1949 angeregt worden, der Vorstand

119 Absatzzahlen der Deutschen Nationalbibliographie, o.D., ADNBL, 558/0, Bd. 5, Bl. 4; Deutsche Bibliographie, Wöchentliches Verzeichnis, Bezieher 30.6.1953, ISG, W2-7, 1445, unfol.

120 Der Initiative Fleischhacks, die innerhalb des Vorstandes des Frankfurter Börsenvereins als möglicher Propagandafeldzug der DDR gewertet wurde, lagen durchaus ernste Absichten zugrunde. Im Bibliographie-Ausschuss des Leipziger Börsenvereins bestand großes Einvernehmen darüber, dass man die Vorteile beider Bibliographien im Hinblick auf eine »rationellere Arbeitsweise« miteinander vereinen sollte. Die Gespräche Fleischhacks mit Bibliothekaren der Bundesrepublik kamen jedoch über eine informelle Ebene nicht hinaus. Zu sehr fürchtete man dort den Einfluss Eppelsheimers auf die Bundesregierung und schließlich stellte sich auch der Frankfurter Börsenverein dagegen. Gleichwohl war das Vorhaben auch in der DDR nicht außerhalb des Börsenvereins diskutiert worden. Es ist aber zweifelhaft, dass die Behörden der DDR dem Projekt zugestimmt hätten. Vgl. Protokoll über die 2. Sitzung des Ausschusses für Bibliographie am 18. Februar 1955, ADNBL, 555/0/1/2, 221f.; Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Erich Zimmermann, an die Deutsche Bücherei, Curt Fleischhack, 10.5.1955, ADNBF, Generaldirektion VIII, unfol.; Bericht über Besprechungen anlässlich des Bibliothekartages in Düsseldorf, bibliographischer Ausschuss, 31.5. und 1.6.1955, o.D., ebd., unfol.; 65. Vorstandssitzung am 2./3.9.1955, Anlagen, Hanns Wilhelm Eppelsheimer an den Vorstand des Börsenvereins des deutschen Buchhandels e.V., 15.8.1955, ISG, W2-7, 39, Bl. 384.

121 Satzung des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. (in der Fassung vom 24. April 1951), S. 7, Zit. S. 2.

des Börsenvereins hatte aber immer wieder gewartet, ob das Leipziger Verzeichnis doch noch erschien. 1952 schließlich hatte sich das Vorstandsmitglied, der Tübinger Verleger Hans Georg Siebeck, wie er seinem Kollegen Lambert Schneider im Juni mitteilte, mit dem Vorstandsvorsitzenden, Josef Knecht (Freiburg i. Br.), darauf geeinigt, mit Heinrich Uhlendahl bezüglich der Auslieferung des Fünfjahreskataloges (1941-1945, 1946-1950) in Verbindung zu treten. Für Siebeck waren hierfür vor allem »Prestige Gründe« ausschlaggebend, musste man doch fürchten, dass Uhlendahl im Falle eines Frankfurter Alleinganges alle Hebel in Bewegung setzen würde, um gegen die Deutsche Bibliothek und den Börsenverein mobilzumachen. Eppelsheimer, der daraufhin »hörbar einschnappte«, bat Knecht, »in keiner Weise Gespräche mit Uhlendahl zu führen« und unabhängig von den Leipziger Plänen ein eigenes Sechsjahresverzeichnis (1945-1950) zu bringen.¹²² Ebenso wie Siebeck sah auch Schneider in diesem Moment »viel Kummer« und »erhebliche[n] Meinungsverschiedenheiten« auf den Börsenverein zukommen. Auch er war der Ansicht, die Veröffentlichung eines Sechsjahresverzeichnisses aus Rücksicht auf die Mitglieder, die letztlich hierfür mit ihren Mitgliederbeiträgen aufkommen mussten, von der Qualität der Leipziger Bibliographie abhängig zu machen.¹²³ Allerdings sah Schneider, der selbst nach dem Krieg von Leipzig nach Heidelberg übersiedelt war,¹²⁴ zugleich die Probleme der Deutschen Bibliothek. Erst im Oktober 1951 hatte er in einer Vorstandssitzung des Börsenvereins vehement dafür votiert, die »Propaganda der bibliographischen Veröffentlichungen des Börsenvereins gegenüber den gleichen Bestrebungen Leipzigs« zu verstärken, und war hierbei auf positive Resonanz gestoßen.¹²⁵ Nur wenige Monate später wiederholte Schneider seine Forderung, die Pressearbeit gegen Uhlendahl zu verstärken, jedoch »ohne jede Polemik«.¹²⁶

Gleichwohl: Die Bedenken, die Schneider und Siebeck bei der Herausgabe des Mehrjahresverzeichnisses anbrachten, repräsentierte nicht die Gesamtmeinung des Börsenvereins. Dieser war in der Frage vielmehr uneins. So musste Schneider den Vorstandsmitgliedern am 16. Juni 1952 zur Kenntnis geben, dass der Ausschuss für Bibliographie und Bibliotheksfragen »einhellig« für den Sechsjahreskatalog gestimmt hatte. Hintergrund war, dass Uhlendahl auf der Bibliothekartagung in Mainz Anfang Juni 1952 nun selbst die Herausgabe eines Zehnjahresverzeichnis-

122 Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V., Hans Georg Siebeck, an Lambert Schneider, 10.6.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

123 Lambert Schneider an Hans Georg Siebeck, 12.6.1952, ebd., unfol.

124 Dora Fischer-Barnicol, Art. »Schneider, Lambert«, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 301 f.

125 Protokoll der 33. Vorstandssitzung des Börsenvereins am 28./29. Oktober 1951 in Frankfurt/Main, ISG, W2-7, 12, Bl. 57.

126 Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V., Protokoll der 35. Vorstandssitzung am 19. Januar 1952 (unkorrigierte Fassung), ISG, W2-7, 13, Bl. 16.

ses (1941-1950) angekündigt hatte. Das Bekanntwerden der Frankfurter Initiative war ihm dabei zugutegekommen. So konnte Uhlendahl in einer Besprechung im Staatssekretariat für Hochschulwesen die bislang aus politischen Gründen verweigerter Herausgabe durchsetzen, denn »die Dispositionen von Frankfurt würden durch einen solchen Mehrjahreskatalog [...] gestört werden und die DB würde in der gesamten Kulturwelt weiterhin als die Zentrale der Bibliographie gelten.«¹²⁷ Obwohl man im Bibliographie-Ausschuss des Frankfurter Börsenvereins darin eine politische Reaktion der DDR auf den von der Bundesregierung wenige Tage zuvor mit den Westalliierten abgeschlossenen Deutschlandvertrag sah, musste man den Mitgliedern nun dennoch plausibel begreifbar machen, warum Frankfurt noch ein Sechsjahresverzeichnis herausbringen wollte. Hierfür hatte der Ausschuss Eppelsheimer damit beauftragt, einen begründenden Aufsatz für das Börsenblatt zu verfassen, der diese Chance aber nutzte, sich gegenüber Leipzig lautstark zu positionieren.¹²⁸ In seinem Manuskript zog Eppelsheimer nicht nur Vergleiche zwischen der DDR und der NS-Diktatur, sondern ließ sich auch zu diffamierenden Äußerungen gegenüber Uhlendahl herab, etwa indem er ihn in Analogie zum ehemaligen Reichspropagandaminister als »Joseph Uhlendahl« bezeichnete. Die Ankündigung des Leipziger Zehnjahreskataloges charakterisierte er als »politische[n] Anschlag gegen unseren Buchhandel.«¹²⁹ Für diesen Aufsatz erhielt Eppelsheimer innerhalb des Börsenvereins heftigen Gegenwind. Der Vorsitzende des Länderausschusses, Heinrich Gonski (Köln), warf Eppelsheimer mangelndes politisches Feingefühl vor. Sein Aufsatz würde sowohl die »nicht sowjetisch gesinnten Deutschen in Leipzig, von denen wir doch annehmen, dass sie die überwiegende Mehrzahl bilden«, diffamieren, als auch die Grenzen des Sagbaren überschreiten, wenn er »einen Mann wie U h l e n d a h l in der Presse lächerlich« machte.¹³⁰ Auch weitere Ausschussvorsitzende plädierten dafür, den Aufsatz nicht zu veröffentlichen.

Schlussendlich erschien am 1. Juli 1952 lediglich eine Gegenüberstellung des Leipziger und Frankfurter Mehrjahresverzeichnisses (samt einer Vorankündigung des Letztgenannten),¹³¹ die nicht nur eine Gegendarstellung aus Leipzig

127 Aktennotiz über die Besprechung im Staatssekretariat für Hochschulwesen am 16.1.1952, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 518.

128 Lambert Schneider an die Mitglieder des Vorstandes des Börsenvereins, 16.6.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

129 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Unser Sechsjahres-Katalog, Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen, o.D., ebd., unfol.

130 Börsenverein der Deutschen Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V., Der Vorsitzende des Länderausschusses, Heinrich Gonski, an den Vorstand des Börsenvereins, 17.6.1952, ebd., unfol. Hervorhebung im Original.

131 »Deutsche Bibliographie« (Frankfurt) oder »Deutsches Bücherverzeichnis« (Leipzig)?, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 53 vom 1. Juli 1952, S. 261.

nach sich zog,¹³² sondern auch unter westdeutschen Verlegern eher verhalten aufgenommen wurde. Helmut Ruprecht (Vandenhoeck & Ruprecht) etwa zeigte sich enttäuscht über das Frankfurter Sechsjahresverzeichnis. Er bemängelte nicht nur die »außerordentlich enttäuschende[n] Druckprobe«, die eine »ganz unnötige Raumverschwendung« offenbare, sondern auch den Preis, der höher liege als der für das Leipziger Verzeichnis, das überdies bis 1940 zurückging.¹³³ Gegen das Frankfurter Verzeichnis sprach außerdem das Weglassen von Zeitschriften, worauf Uhlendahl westdeutsche Verleger immer wieder beflissentlich hinwies.¹³⁴ Auch anfängliche Zweifler an der Funktionsfähigkeit der Leipziger Bibliographie zollten dieser nun ihre Anerkennung.¹³⁵ Es gab aber auch Stimmen innerhalb des Börsenvereins, die die Konkurrenz zwischen Leipzig und Frankfurt nicht ausschließlich nach ökonomischen Kriterien beurteilten, sondern den Vorstand darauf drängten, politisch in die Offensive zu gehen. Vor allem Verleger, die in der SBZ/DDR enteignet worden waren, empfanden Uhlendahls Avancen als unerträgliche Propaganda. Der ehemalige Dresdner Verleger Karl Molle (L. Ehlermann Verlag), der nach Düsseldorf übergesiedelt war, hatte von Uhlendahl persönlich Besuch erhalten. Zunächst habe er sich gefreut »in der Annahme, er sei für immer in die Bundesrepublik gekommen«. Nachdem Uhlendahl Molle jedoch seinen Arbeitsvertrag gezeigt hatte, um nachzuweisen, dass die Deutsche Bücherei von der Regierung der DDR alle erdenklichen Freiheiten erhalten habe, war die Freude dahin. Uhlendahl erschien Molle nun als Vertreter der SED, denn er hatte sich vertraglich dazu verpflichtet, »im Sinne der Einheit und friedliebend (das ist die Tarnform für bolschewistisch) zu handeln und in der Bundesrepublik entsprechend zu wirken«. Molle legte dem Vorstand deshalb nahe, aktiver gegen Uhlendahl vorzugehen.¹³⁶

Mit der Herausgabe des Sechsjahresverzeichnisses sah sich der Vorstand des Börsenvereins angesichts der internen Meinungsverschiedenheiten vor die »schwierigste Entscheidung in seiner bisherigen Geschichte« gestellt. Er müsse, so Gonski, »auf einem ihm völlig fremden Gebiet, nämlich dem der Politik, eine

132 Heinrich Uhlendahl/Curt Fleischhack, »Deutsche Bibliographie« Frankfurt oder »Deutsches Bücherverzeichnis« Leipzig? Zu der Mitteilung im Frankfurter Börsenblatt vom 1.7.1952, Beilage zum Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 29 vom 19.7.1952, o.S.

133 Vandenhoeck & Ruprecht, Helmut Ruprecht, an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler und Verlegerverbände, Ernst Umlauff, 26.6.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

134 Etwa Heinrich Uhlendahl an Karl Molle (L. Ehlermann Verlag Düsseldorf), 26.8.1952, ebd., unfol.

135 So etwa Arnulf Liebing OHG an die Deutsche Bücherei, 3.11.1953, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 331.

136 Verlag L. Ehlermann, Karl Molle, an die Geschäftsstelle des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e. V., 29.8.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

Entscheidung treffen«, ohne die finanziellen Risiken aus dem Blick zu verlieren. Letztgenannte lagen für Gonski klar auf der Hand. Stets argumentiere der Börsenverein mit der Möglichkeit, dass Leipzig eines Tages nicht mehr liefern könne, während die Buchhändlerbibliographien der Deutschen Bücherei weiterhin problemlos bei westdeutschen Sortimentern zu erwerben waren. Zudem neigten Buchhändler generell dazu, das gewohnte Format zu beziehen.¹³⁷ Während Uhlendahl sich also im Vorteil wähnte, eifrig die erste Lieferung des Zehnjahresverzeichnisses kostenfrei an westdeutsche Verleger schickte und diese auf die Vorteile des Leipziger Kataloges aufmerksam machte,¹³⁸ wuchs innerhalb des Börsenvereins der Wunsch nach gezielten Gegenmaßnahmen. Zunächst verweigerte der Verband Uhlendahl konsequent, die von ihm herausgegebenen Zeitschriften als Werbepattform zu nutzen.¹³⁹ Schließlich scheute der Börsenverein auch vor der Anwendung von Zensurmethode nicht zurück; so etwa, nachdem die von ihm finanziell unterstützte Zeitschrift *Der Jungbuchhandel* einen Beitrag von Curt Fleischhack über die Leipziger Bibliographien gebracht hatte.¹⁴⁰ Obwohl der Herausgeber, Hans Schulte, auf die Neutralität des Blattes verwies und den Aufsatz als Anregung für eine Debatte zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek verstanden wissen wollte, war dem Vorstand nicht an einem offenen Diskurs gelegen. Stattdessen warf er Schulte vor, »daß er mit der Aufnahme des Beitrages in seine Zeitschrift instinktos gehandelt habe«, und Schulte diese »Taktlosigkeit« durch eine Richtigstellung wiedergutmachen müsse. Andernfalls drohte Schulte die Einstellung der Bezuschussung.¹⁴¹

In der Frage aber, ob man die Deutsche Bücherei notgedrungen als Marktkonkurrenten wie jeden anderen auch behandeln, oder ob man aus politischen Gründen und letztlich auch aus finanziellen Interessen heraus gegen Leipzig propagandistisch vorgehen solle, kam der Vorstand nicht weiter. Immer wieder nahm man missmutig zur Kenntnis, dass Uhlendahl »von Tag zu Tag unsachlicher und aggressiver«¹⁴² werde sowie den Frankfurter Sechsjahreskatalog öffentlich ungeniert als »einen lückenhaften Teil des ›Deutschen Bücherverzeich-

137 Heinrich Gonski an den Vorstand des Börsenvereins, 6.8.1952, ebd., unfol.

138 Eine Abschrift des Werbebriefes von Uhlendahl befindet sich in Anlage zur Vorstandssitzung: Deutsche Bücherei und Deutsches Bücherverzeichnis, 4.1.1952, ebd., unfol.

139 Deutsche Bücherei, Heinrich Uhlendahl, an den Vorsitzenden des Börsenvereins der westdeutschen [sic!] Verleger- und Buchhändler-Verbände, 19.8.1952, ISG, W2-8, 78, unfol.

140 Curt Fleischhack, Die Deutsche Bücherei und der deutsche Buchhandel, in: *Der Jungbuchhandel* 6 (1952), Nr. 11, S. 324-326.

141 Protokoll der 43. Vorstandssitzung des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. am 29.11.1952, ISG, W2-7, 18, Bl. 22.

142 Lambert Schneider an Helmut Ruprecht, 16.9.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

nisses« herabwürdigte.¹⁴³ Auch die in der SBZ/frühen DDR enteigneten und in die Bundesrepublik abgewanderten Verleger, die der Deutschen Bücherei konsequent die Abgabe von Belegexemplaren verweigerten, vermochten es nicht, den Börsenverein zu einer solidarischen Aktion zu bewegen. Eine Einigung erzielte der Vorstand erst nach einer hitzigen Debatte am 29. März 1953, in deren Folge die Pressestelle des Verbandes damit beauftragt wurde, einen sachlichen Text auszuarbeiten, der auch auf die politischen Hintergründe einging.¹⁴⁴ Der Beitrag kam jedoch in letzter Minute nicht zustande, womit der Börsenverein auf die Bildung eines »Ausschusses für deutsche Einheit« beim Ministerpräsidenten der DDR reagierte, der zwar kaum mehr als eine Propagandaaktion darstellte, aber durchaus den Wunsch vieler Deutscher nach einer Wiedervereinigung nährte.¹⁴⁵ Der lange Zeit einzige öffentliche Beitrag zum Deutschen Bücherverzeichnis aus Frankfurter Perspektive bildete Bertold Hacks Besprechung des Leipziger Zehnjahreskataloges im Frankfurter *Börsenblatt* im Januar 1953.¹⁴⁶ Mit diesem Artikel hatten der Börsenverein und die Deutsche Bibliothek auf eine Besprechung des Deutschen Bücherverzeichnisses durch den ehemaligen Stellvertreter Uhlendahls, Carl Diesch, im *Zentralblatt für Bibliothekswesen* reagiert. Dort hatte Diesch nicht nur die Leipziger Traditionsarbeit in vollen Tönen gerühmt, sondern auch die Deutsche Bibliothek für die ständigen politischen Verdächtigungen Leipzig gegenüber polemisch kritisiert.¹⁴⁷ In seiner Gegendarstellung versuchte Hack, selbst Bibliothekar an der Deutschen Bibliothek, durch interne Berechnungen die Unvollständigkeit der Leipziger Bibliographie zu belegen. Danach fehlten im Deutschen Bücherverzeichnis 76 Titel, die im Frank-

143 Heinrich Uhlendahl an den Vorstandsvorsitzenden des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände, Josef Knecht, 12.9.1952, ISG, W2-8, 78, unfol.

144 45. Vorstandssitzung des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. am 29.3.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

145 Dies geht aus einer handschriftlichen Notiz Hanns Wilhelm Eppelsheimers hervor, der zunächst mit der Ausarbeitung des Beitrages beauftragt worden war. Vgl. Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. an Hanns Wilhelm Eppelsheimer, 18.3.1953 [mit handschriftlicher Notiz Eppelsheimers, 29.1.1954], ADNBF, Generaldirektion, VIII, Bl. 145. Zu den Initiativen der SED im Januar 1954 vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, S. 97f.

146 Bertold Hack, Das Zentralblatt für Bibliothekswesen »bespricht« (mit einem Vorwort von Lambert Schneider), in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Frankfurter Ausgabe 9 (1953), Nr. 5, S. 25 f.

147 Carl Diesch, Bücherbesprechung: Deutsches Bücherverzeichnis 1941-1950, in: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 66 (1952), Heft 9/10, S. 366-370.

furter Mehrjahresverzeichnis angezeigt waren, davon 55 Verlagstitel.¹⁴⁸ Jedoch blieb der Erfolg dieses Versuches, die Beeinflussung der Leipziger Bibliographie durch die SED-Diktatur zu belegen, aus, zumal sich der Vergleich lediglich auf 31 Seiten der Gesamtlieferung bezog. Für Curt Fleischhack war es deshalb problemlos möglich, die Kritik mit sachlichen Argumenten zurückzuweisen, indem er in seiner Erwiderung auf ein technisches Versehen verwies, das für die folgenden Lieferungen abgestellt würde.¹⁴⁹ Zudem waren unabhängig davon mehrere positive Rezensionen zum Deutschen Bücherverzeichnis in westdeutschen Zeitungen erschienen, welche die Vollständigkeit und Zuverlässigkeit des Kataloges betonten.¹⁵⁰ Schließlich musste auch Eppelsheimer zugeben, dass die im Hause der Deutschen Bibliothek erstellte Analyse selektiv war und keine Rückschlüsse auf das Gesamtwerk zuließ.¹⁵¹ Letztlich hatten sich der Börsenverein und die Deutsche Bibliothek mit ihrem Vorstoß gegen die Deutsche Bücherei selbst in eine Sackgasse manövriert.

Weder dem Börsenverein noch Eppelsheimer gelang es, die politische Bedeutung der Deutschen Bibliothek, von der vor allem der wichtigste Verhandlungspartner, das BMI, überzeugt war, mit stichhaltigen Belegen zu untermauern. In der Tat sickerten nur wenige verlässliche Informationen über die Zustände in der Deutschen Bücherei nach Frankfurt durch. Jede Anfrage, die auf die Herausgabe statistischer Angaben abzielte, musste die Deutsche Bücherei dem Staatssekretariat für Hochschulwesen vorlegen, das dann über die Form der Beantwortung entschied.¹⁵² Eppelsheimer selbst verfügte nur über zwei Quellen. Das war zum einen ein ehemaliger Bibliothekar der Deutschen Bücherei, der nach seiner Flucht in die Bundesrepublik in der Deutschen Bibliothek Anstellung gefunden hatte.¹⁵³ Zum anderen wurde Eppelsheimer vom Bundesministerium für

148 Vergleichung des »Deutschen Bücherverzeichnisses 1941-50« mit der »Deutschen Bibliographie 1945-50« (durchgeführt von der Deutschen Bibliothek Frankfurt/Main), 31.10.1952, ISG, W2-7, 3303, unfol.

149 Deutsche Bücherei, Bibliographische Abteilung, Erwiderung auf einen das »Deutsche Bücherverzeichnis 1941-1950« betreffenden Artikel von Bertold Hack im »Frankfurter Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel« vom 16.1.1953, 22.1.1953, ADNBL, 154/5, I, Bl. 233.

150 Zum Beispiel M. Sp., Das zuverlässigste Berufsgedächtnis. Die Welt eines Jahrzehnts im »Deutschen Bücherverzeichnis 1941-1950«, in: Generalanzeiger der Stadt Wuppertal, 66 (1952), Nr. 235 vom 10. Oktober 1952, o.S.

151 Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Frankfurt – Leipzig. Eine Niederschrift für Mr. Harry J. Krould, o.D., ADNBF, Generaldirektion, VIII, unfol.

152 Curt Fleischhack an Staatssekretär Wilhelm Girnus, 25.6.1959, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 59.

153 Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Hanns Wilhelm Eppelsheimer, an Library of Congress, Reference Department, European Affairs Division, Harry Krould, 17.5.1954, ADNBF, Generaldirektion, VIII, unfol.

Gesamtdeutsche Fragen, das sich der »psychologischen Kriegsführung« gegen kommunistische Einflüsse verschrieben hatte,¹⁵⁴ 1956 ein geheimdienstlicher Bericht über die Zustände in der Deutschen Bücherei zugespielt, das wegen seiner Detailgenauigkeit über Personal und sogar Inneneinrichtung eine wichtige Quelle darstellte. Auch wenn das Dossier keine Rückschlüsse auf seine Quellen zuließ und der Verfasser selbst zu dem Schluss kam, dass es »sehr schwer erkennbar sei«, »wie weit die SED und die sowjetische Besatzungsmacht, wie weit die Direktiven aus Moskau Einfluß auf das Geschehen an der Deutschen Bücherei nehmen«¹⁵⁵, nutzte man die »durchaus zuverlässige[r] Quelle« als Authentizitätsbeweis in der Kommunikation mit zweifelnden Verlegern.¹⁵⁶ Die Mehrzahl der Verleger und Bibliothekare beurteilte ihr Verhältnis zur Deutschen Bücherei jedoch weiterhin unbeirrt nicht nach politischen Kriterien, sondern danach, ob die Bibliographien aktuell, vollständig und technisch sauber gearbeitet waren. Dies hing freilich von subjektiven Wahrnehmungen ab, denn kaum ein Bibliothekar oder Verleger vermochte angesichts der Fülle der angezeigten Neuerscheinungen zu überblicken, ob bestimmte Titel fehlten oder nicht, ausgenommen die von den Fehlstellen Betroffenen selbst. Zudem war die Deutsche Bibliographie, vor allem was das Schrifttum außerhalb des Buchhandels und Literatur aus der DDR betraf, selbst nicht vollständig.¹⁵⁷ Als etwa der Vorsitzende des Bayerischen Verleger- und Buchhändlerverbandes, Horst Kliemann, den Erwerbungsdirektor der Münchner Staatsbibliothek nach dessen Meinung zur Leipziger Bibliographie befragte, stellte dieser den Leipzigern ein weitgehend positives Zeugnis aus. Er habe den »Eindruck, daß die bibliographischen Angaben der ›Nationalbibliographie‹ zuverlässiger und vollständiger sind, als die ›Bibliographie der Deutschen Bibliothek‹.«¹⁵⁸ Nicht minder wichtig für diese Beurteilung waren die zahllosen Werbereisen, die Heinrich Uhlendahl und Curt Fleischhack anknüpfend an eine alte Tradition des Börsenvereins seit 1950 nach Westdeutschland unternahmen, um bei Verlegern und Bibliothekaren im persönlichen Gespräch um Vertrauen zu werben. Bei diesen informellen Treffen, die der Kontrolle durch die Behörden des SED-Staates völlig entzogen waren, besprach man weniger politische Probleme, sondern vielmehr konkrete Sorgen und Nöte der Verleger selbst, was mit den Belegexemplaren geschehe, ob alle

154 Kreuzberger, Kampf für die Einheit, S. 60f.

155 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen an Hanns Wilhelm Eppelsheimer, Vertraulicher Bericht über die Deutsche Bücherei, Juli 1956, ADNBF, Generaldirektion, VIII, unfol.

156 Kurt Köster an den Standard-Verlag K. G., 13.9.1956, ebd., unfol.

157 Analyse über Eingang von Neuerscheinungen in Leipzig und Frankfurt, 1.4.1950, ADNBF, I, 2, 1946-1952, unfol.

158 Bayerische Staatsbibliothek, Erwerbungsabteilung, Dr. Mehl, an den Bayerischen Verleger- und Buchhändlerverband, Direktor Kliemann, 3.10.1951, ISG, W2-7, 3303, unfol.

Titel angezeigt würden usw. Die Treffen trugen ganz entscheidend dazu bei, Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Deutschen Bücherei zu zerstreuen. Uhlendahl und Fleischhack gelang es dabei sogar, Mitglieder der Satzungskommission des Frankfurter Börsenvereins dazu zu bewegen, bei ihren Verhandlungen für die Aufnahme eines Pflichtexemplar-Paragraphen zugunsten der Deutschen Bücherei zu werben.¹⁵⁹

Neben ihrer vertrauensbildenden Funktion stellten die Werbereisen auch einen wichtigen Informationskanal nicht nur für die Deutsche Bücherei selbst, sondern auch für die übergeordneten Staats- und Parteistellen in der DDR, denen die Bibliothekare berichten mussten, dar. Blickt man auf die Verhandlungen in Ost-Berlin in den 1950er Jahren, so wird deutlich, wie sehr die Deutsche Bücherei von der Angewiesenheit der DDR, denen man berichten musste, auf wissenschaftliche Literatur aus der Bundesrepublik profitieren konnte. Die Gefahr, die Titel künftig kaufen zu müssen, überwog dabei letzten Endes gegenüber politisch-ideologischen Vorbehalten. Vielmehr machte man sich in Ost-Berlin von der Gunst der westdeutschen Verleger abhängig und diese hatten mit ihren Belegstücken ein entscheidendes Druckmittel in der Hand. So drohten sie etwa mit der Einstellung der Belieferung, als die ZwL im Herbst 1951 die Herstellung von Mikrofilmen westlicher Literatur für Stellen in der DDR angekündigt hatte, was für westdeutsche Verleger freilich nicht nur eine Urheberrechtsverletzung bedeutete, sondern im innerdeutschen Handel auch empfindliche wirtschaftliche Verluste mit sich bringen konnte.¹⁶⁰ Obwohl die Zentralstelle bereits eine Mikrokopie-Stelle in der Deutschen Bücherei eingerichtet hatte, verweigerte Uhlendahl dieser jedoch konsequent die Zurverfügungstellung abgelieferter Schriften und im April 1953 einigte sich Fleischhack schließlich auch mit dem Staatssekretariat darauf, dem Druck der Verleger nachzugeben und sich den Forderungen der Zentralstelle zu entziehen.¹⁶¹ Nachdem Kurt Brückmann die inneren Angelegenheiten der Deutschen Bücherei übernommen hatte, gab er den ablehnenden Kurs Uhlendahls und Fleischhacks zwar wenige Monate später wieder auf, um der Zentralstelle gegenüber nicht als Verhinderer wissenschaftlicher Forschung in der DDR dazustehen. Allerdings machte auch er es zur Bedingung, dass Reproduktionen nur dann angefertigt

159 Curt Fleischhack bei Herbert Hoffmann, Vorsitzender des Landesverbandes des Buchhändler- und Verlegerverbandes Nord-Württemberg und Nord-Baden, 5.6.1950, ADNBL, 507/5, Bl. 4; Curt Fleischhack bei Horst Kliemann, Mitglied der Satzungsausschusses des Frankfurter Börsenvereins, 9.6.1950, ebd., Bl. 5.

160 Aktennotiz über die Besprechung zwischen Herrn Buchhändler Meurer, Vorstandsmitglied des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler [sic!], Sitz Frankfurt a.M., und Generaldirektor Dr. Uhlendahl von der Deutschen Bücherei in den Räumen der Firma Elwert und Meurer, Berlin Schöneberg am 30.1.1952, ADNBL, 506/0/1, Bl. 169.

161 Curt Fleischhack an das Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR, Abt. Wiss. Publikationen, Bibliotheken und Museen, 16.4.1953, ADNBL, 846/0, unfol.

würden, wenn die Deutsche Bücherei ausdrücklich zustimmte und die urheberrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik beachtet würden.¹⁶²

Gratwanderungen hatte damit nicht nur der Börsenverein in Frankfurt zu bewältigen, auch in der DDR musste zwischen den Interessen der Staats- und Parteiorgane und denen der westdeutschen Verleger verhandelt werden. Dies verdeutlichen besonders die Debatten um das Wöchentliche Verzeichnis (Deutsche Nationalbibliographie). Unter allen Grundbibliographien war die seit 1931 erscheinende Bibliographie national wie international am weitesten verbreitet.¹⁶³ Buchhändler, Verleger und Bibliothekare nutzten sie gleichermaßen als Informations- und Orientierungsmittel. Gerade aber das Höchstmaß an Aktualität, welche die wöchentliche Erscheinungsweise garantierte, wurde Anfang der 1950er Jahre von den ostdeutschen Behörden als politisches Problem empfunden. Da die Bibliographie auch durch die literaturpolitischen Kontrollinstanzen musste, mischte sich anfangs sogar das Propagandasekretariat des ZK der SED in die Arbeiten am Manuskript ein. Werke, die eine besondere Diffamierung der DDR bzw. der Sowjetunion erkennen ließen, sollten nach dessen Ansicht unter keinen Umständen im Verzeichnis auftauchen. Um dies sicherzustellen, wurden die Manuskripte bis Anfang 1952 vom Cheflektor des Verlags Volk und Wissen, Hans Friedrich Lange (Pseudonym: I.M.Lange, 1891-1972)¹⁶⁴, vor ihrer Drucklegung überprüft.¹⁶⁵ Langes nebenamtliche Tätigkeit hatte in der Praxis aber nur geringe Auswirkung. Auffällige Titel strich er nur in sehr begrenztem Umfang, sodass diese Eingriffe nicht weiter ins Auge fielen, zumal die Frankfurter Bibliographie in der Gesamtzahl der angezeigten Titel noch immer deutlich im Rückstand war.¹⁶⁶ Wohl aber verursachte die Zwischenschaltung eines Lektorats unliebsame Verzögerungen bei der Auslieferung, zumal Lange nur nach und nach an den Manuskripten arbeitete.¹⁶⁷ Zudem machte die Propagandaabteilung immer wieder Druck, bestimmte Titel, die dem Kampf der DDR um Frieden und Freiheit widersprächen, nicht anzuzeigen, was nachträgliche Kor-

162 Kurt Brückmann an den Direktor der Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur, 15.12.1953, ebd., unfol.

163 Neben der wöchentlich erscheinenden Deutschen Nationalbibliographie zählten das Jahresverzeichnis des deutschen Schrifttums und Deutsche Bücherverzeichnis (Fünfjahreskatalog, nur 1941-1950 als Zehnjahresverzeichnis) zu den Grundbibliographien der Deutschen Bücherei.

164 Art. »I.M. Lange«, in: Kürschners Deutscher Literaturkalender 53 (1958), S. 413.

165 Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an Heinrich Uhlen Dahl, 13.1.1951, ADNBL, 558/1/0, Bl. 141.

166 Vgl. die Korrekturfahnen in ebd.; Vergleich Leipziger und Frankfurter Bibliographie, o.D., ADNBL, 558/2/0, Bl. 112.

167 Protokoll der Arbeitsbesprechung der Zugangs-Abteilung und der Bibliographischen Aufnahme (DN:A, DN:B, AK-Reste, Kubi, Mubi und BA) am 8. März 1951, ADNBL, 150/2/0, Bl. 38.

rekturen verursachte.¹⁶⁸ Kritik an dieser Praxis kam vor allem von Institutionen in der DDR selbst. So unterstützten etwa der Direktor der Staatsbibliothek, Horst Kunze, und der sächsische Volksbildungsminister, Helmut Holtzhauer, einen Antrag Uhlendahls an das Ministerium für Volksbildung, die Zensurmaßnahmen aus kulturpolitischen und wirtschaftlichen Gründen abzustellen und die Subventionen zu erhöhen, da das Frankfurter Verzeichnis im Verkauf günstiger war.¹⁶⁹ Forderungen, auf westdeutsche Titel in der Nationalbibliographie ganz zu verzichten, kamen indes aus den Reihen der ostdeutschen Buchhändler. Diese mussten schließlich ein teures Verzeichnis kaufen, was ihnen, wie sie schätzten, allenfalls zu zehn Prozent nützlich sei, da sie die westdeutschen Titel ohnehin nicht vertreiben durften.¹⁷⁰

Als Kompromisslösung erschien ab Juli 1951 zusätzlich die auf die DDR beschränkte Bibliographie »Neuerscheinungen der Deutschen Demokratischen Republik«, die vollständige Nationalbibliographie wurde innerhalb der DDR nur noch an bestimmte Stellen wie Behörden, Partei- und Massenorganisationen, Institute, lizenzierte Verlage, Export- und größere Zwischenbuchhandlungen sowie einzelne Wissenschaftler ausgegeben.¹⁷¹ In der Bundesrepublik konnte das Verzeichnis damit weiter bezogen werden, parallel verzichtete das Amt für Literatur und Verlagswesen auf das Lektorat durch Lange.¹⁷² Entscheidend hierfür war nicht nur die Gesichtswahrung im Rahmen der Deutschlandpolitik der SED¹⁷³, auch das Devisengeschäft und die Möglichkeit, für die Literatur der DDR in der Bundesrepublik werben zu können, spielten dabei eine Rolle.¹⁷⁴ Allerdings konnte das Volksbildungsministerium nun die Zirkulation des

168 Heinrich Uhlendahl an das Ministerium für Volksbildung, Staatssekretärin Ruth Fabisch, ADNBL, 558/0, Bd. 5, Bl. 122f.

169 Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen, Helmut Holtzhauer, an die Deutsche Bücherei, Generaldirektor Heinrich Uhlendahl, 14.12.1950, ADNBL, 558/0, Bd. 6, Bl. 51; Börsenverein der Deutschen Buchhändler/Deutsche Bücherei, an das Ministerium für Volksbildung, Abt. Buch-, Bibliotheks- und Verlagswesen, Notwendigkeit einer vollständigen »Deutschen Nationalbibliographie«, 29.10.1950, ebd., Bl. 39f.

170 Hermann Koch Buchhandlung Rostock an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, 17.10.1950, ebd., Bl. 38.

171 Aktennotiz, Heinrich Uhlendahl, 5.1.1951, ebd., Bl. 57; Rundbrief des Verlags des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler an alle Buchhandlungen der DDR, 18.6.1951, ebd., Bl. 167.

172 Amt für Literatur und Verlagswesen an die Deutsche Bücherei, 24.9.1951, ebd., Bl. 211. Eine detaillierte Liste der autorisierten Bezieher in der DDR befindet sich in ADNBL, 558/0, Bd. 5, Bl. 140-156.

173 ZK der SED, Abt. Propaganda, Kurt Hager, an Prof. Dr. Rudolf Agricola, 6.4.1951, SAPMO-BArch, NY 4182/931, Bl. 209.

174 Heinrich Uhlendahl/Hans Schurig an das Ministerium für Volksbildung, Hauptabteilung Kunst und Literatur, 14.2.1951, ADNBL, 558/0, Bd. 6, Bl. 80.

Verzeichnisses innerhalb der DDR einer effektiveren Kontrolle unterziehen, da sich Interessenten immer erst in eine Auslieferungsliste eintragen lassen mussten und aus dieser auch wieder gestrichen werden konnten.¹⁷⁵ Dennoch kam es dennoch immer wieder vor, dass das Staatssekretariat für Hochschulwesen bei einzelnen Titeln den Rotstift ansetzte. Hier spielte allerdings weniger die Sorge um das politische Bewusstsein des Lesepublikums im Osten eine Rolle, als die Furcht vor außenpolitischen Konsequenzen. So griff das Staatssekretariat vor allem dann ein, wenn Bücher »antipolnische« oder »antisowjetische« Ressentiments schürten.¹⁷⁶ Insgesamt beliefen sich die Streichungen für die Berichtszeit von 1945 bis April 1952 auf 400 Titel bzw. 0,25 Prozent der anzuzeigenden Buchproduktion.¹⁷⁷

Diese Lösung hatte jedoch ernsthafte Konsequenzen. Die Eingriffe des Staatssekretariats in die Vollständigkeit der Nationalbibliographie, die auf ausgewählte Stellen begrenzte Abgabe des Verzeichnisses in der DDR und schließlich auch die Urheberrechtsverletzungen durch die ZwL führten zu einem plötzlichen Einbruch der Eingänge westdeutscher Schriften in der Deutschen Bücherei und der Abonnentenzahl der Nationalbibliographie. Hinzu kam, dass die verbliebenen Bezieher im Westen ihre Lieferungen zunehmend verspätet erhielten. Der Grund war, dass der Vertrieb der Nationalbibliographie im Rahmen des innerdeutschen Handels über den Leipziger Export-Betrieb Koehler & Volckmar (später: Deutsche Buch-Export und -Import GmbH) sowie über die West-Berliner Kommissionsbuchhandlung KAWE abgewickelt werden musste. Dabei kam es immer wieder zu schwerwiegenden Zeitverzögerungen,¹⁷⁸ was sich zusätzlich negativ auf die Herstellung der Folgehefte auswirkte. Seit dem 1. Juli 1952 hatte die Deutsche Bücherei die Kosten für Bearbeitung, Herstellung und Vertrieb der Nationalbibliographie in ihren Haushalt aufgenommen, da der Verlag des Börsenvereins die angesichts der Drosselung der Stückzahlen gestiegenen Herstellungskosten nicht mehr aufbringen konnte, Subventionen staatlicher Organe aber ausblieben.¹⁷⁹ Die Bezahlung der Satz- und Druckkosten durch die

175 So lehnte das Ministerium für Volksbildung etwa Anträge von Volksbibliotheken, privaten Büchereien und Buchhandlungen von Blockparteien ab. Vgl. ebd., Bl. 200-211.

176 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Hauptabteilungsleiter Wohlgemuth, an die Deutsche Bücherei, Aufnahme von antisowjetischen und antipolnischen Schriften in die »Deutsche Nationalbibliographie«, 11.3.1952, ADNBL, 558/12 (A-L), Bl. 67.

177 SED-Parteiorganisation Deutsche Bücherei an den Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, 7.4.1952, ADNBL, 152a, Bl. 6.

178 Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an Koehler & Volckmar, 5.7.1952, ADNBL, 558/0, Bd. 6, Bl. 28.

179 Deutsche Bücherei, Haushaltsachbearbeiter, Kurt Landgraf, Die Übernahme der Verlagstätigkeit für die von der Deutschen Bücherei bearbeiteten Bibliographien, 19.3.1957, DR 3, 1. Schicht, 5478, unfol.

Deutsche Bücherei war damit unmittelbar von der Überweisung der Bezugsgelder abhängig. In der Konsequenz ging der »Reiz der Neuheit«¹⁸⁰ bei vielen Abonnenten der Bundesrepublik mit der Zeit verloren.

Der Frankfurter Börsenverein nutzte diese Gelegenheit prompt. Auf dem Buchhändlertag am 16. September 1951 in Frankfurt am Main wurde beschlossen, die Deutsche Bücherei nicht mehr zu beliefern, und selbst der Bibliothek so wohlgesinnte Verleger, wie der Münchner Horst Kliemann, konnten dem nichts entgegensetzen.¹⁸¹ Dem Votum folgten bis Mitte Dezember 161 zum Teil namhafte Traditionsverlage (rund neun Prozent aller westdeutschen Verlage)¹⁸² und 77 Abonnenten der Deutschen Nationalbibliographie.¹⁸³ 1952 herrschte schließlich Krisenstimmung in Leipzig. Zwar spielten die Erfolge im Wettbewerb mit dem Frankfurter Mehrjahresverzeichnis und die Unwilligkeit des westdeutschen Börsenvereins, hierauf adäquat zu reagieren, der Deutschen Bücherei durchaus in die Hände. Auch in persönlichen Gesprächen konnte einiges an Vertrauen wiedergewonnen werden¹⁸⁴ und selbst das Angebot Leipzigs, lieferwilligen Verlagen zusätzlich kostenlose Zetteldrucke zum Aufbau eigener Verlagsarchive zu übersenden,¹⁸⁵ mag einige Verleger umgestimmt haben. Dennoch ließ das Vorgehen in der DDR einen tiefen Spalt in der westdeutschen Verlegerzunft entstehen. Ebenso, wie etliche Verleger die Belieferung urplötzlich einstellten, schallte es Solidaritätsadressen in Richtung Leipzig. Vor allem die Verleger- und Buchhändlerverbände Bayerns und Hessens sprachen sich offen für eine Weiterbelieferung Leipzigs aus.¹⁸⁶ Selbst Arthur Meiner, der die Deutsche Bücherei als Vorsteher des Leipziger Börsenvereins von 1918-1924 in ihren Anfangsjahren begleitet hatte, und Fritz Brockhaus, der noch bis 1952 seinen Verlag in Leip-

180 Bibliothek der TU Berlin an die Deutsche Bücherei, 1.11.1952, ADNBL, 558/12 (A-L), Bl. 33.

181 Bayerischer Verleger- und Buchhändlerverband e. V., Horst Kliemann, an den Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände, 8.10.1951, ISG, W2-7, 3303, unfol.

182 Nach einer internen Statistik der Deutschen Bücherei waren 1952 1.811 westdeutsche Verlage in der Deutschen Bibliographie verzeichnet. Vgl. Die Buchproduktion und das Verlagswesen der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1952, 15.11.1954, vertraulich, ADNBL, 506/1, Bl. 90.

183 Heinrich Uhlendahl/Curt Fleischhack an das Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR, Abt. Wiss. Publikationen, Bibliotheken und Museen, 18.12.1951, ADNBL, 506/0/1, Bl. 152.

184 Von Januar bis August 1952 besuchten Uhlendahl und Fleischhack 143 der abtrünnigen Verlage und erzielten dabei »befriedigende« Erfolge. Vgl. Heinrich Uhlendahl an Edith Zimmermann, 9.8.1952, ADNBL, 520, Bl. 23.

185 Deutsche Bücherei an den Hermann-Luchterhand-Verlag, 28.11.1953, ISG, W2-7, 3303, unfol.

186 Walter Krieg an Heinrich Uhlendahl, 19.6.1952, ADNBL, 199, Bl. 33.

zig geleitet hatte, redeten auf den Vorsteher des Frankfurter Börsenvereins, Josef Knecht, ein, die Einheit Deutschlands nicht außer Acht zu lassen,¹⁸⁷ was zumindest zu einem Treffen zwischen Uhlendahl und Knecht führte.¹⁸⁸ In all diesen Fällen spielten persönliche Beziehungen zu Uhlendahl und Fleischhack eine entscheidende Rolle. Manche Verleger belieferten Leipzig indes nur noch, um »den im mitteldeutschen Raum ansässigen Berufskollegen eine gewisse moralische Unterstützung in ihrem sicherlich nicht leichten Daseinskampf«¹⁸⁹ zu geben. Andere wiederum wollten mit einer Fürsprache für Leipzig ein Zeichen dafür setzen, dass der Buchhandel aus der Erfahrung des Nationalsozialismus lernen und sich nun der Parteinahme für Ost oder West entziehen müsse. Die buchhändlerische Objektivität müsse sich als Norm durchsetzen.¹⁹⁰ Unterdessen forderte der Frankfurter Börsenverein seine Mitglieder in einer groß angelegten Briefaktion nachdrücklich auf, die Wöchentlichen Verzeichnisse zugunsten Frankfurts umzubestellen.¹⁹¹

Die Ereignisse seit Sommer 1951 veranlassten Heinrich Uhlendahl (zusammen mit Hans Schurig) und die Parteileitung der SED-Grundorganisation in einer seltenen Gemeinschaftsaktion Anfang April 1952 dazu, Denkschriften an Staatssekretär Gerhard Harig und SED-Chef Walter Ulbricht zu schreiben, die zeigen, wie abhängig die Deutsche Bücherei von der Konkurrenz aus Frankfurt war. Während Uhlendahl den Staatssekretär vor allem auf die ökonomischen Konsequenzen aufmerksam machte, dass in der Deutschen Bücherei jährlich westdeutsche Literatur im Werte von rund 250.000 DM (West) einginge und deren Fehlen unabsehbare Folgen für die Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft in der DDR hätte,¹⁹² argumentierte die Parteileitung vorwiegend politisch. Danach seien

187 Arthur Meiner/Fritz Brockhaus an Josef Knecht, 12.5.1952, ADNBL, 507/5, Bl. 19.

188 Josef Knecht, Aktennotiz über einen Besuch von Herrn Dr. Heinrich Uhlendahl, Generaldirektor der Deutschen Bücherei, am 28. Mai 1952, 30.5.1952, ISG, W2-7, 1201, unfol. Neben Meiner und Brockhaus hatte auch der Ehrenpräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Friedrich Schmidt-Ott, auf Uhlendahls Bitte hin bei Knecht interveniert. Vgl. Heinrich Uhlendahl an H.D. Schmidt-Ott, 14.5.1952, ADNBL, 154/5, XII, Bl. 369; Friedrich Schmidt-Ott an Josef Knecht, o.D., ebd., Bl. 370.

189 Werner-Verlag, Verlag für Bautechnik und Bauwirtschaft (Düsseldorf) an den Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V., 28.10.1953, ISG, W2-7, 3303, unfol.

190 Herbert Stubenrauch Verlagsbuchhandlung (Wien), Walter Krieg, an Heinrich Uhlendahl, 2.2.1953, ADNBL, 154/5, I, Bl. 250.

191 Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an die Deutsche Bücherei, 26.1.1953, ADNBL, 558/0, Bd. 7, Bl. 61.

192 Heinrich Uhlendahl/Hans Schurig an Staatssekretär Gerhard Harig, Denkschrift betreffend die »Deutsche Nationalbibliographie« und die bei der Deutschen Bücherei bestehende Krise, 2.4.1952, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 535-540.

die von den westdeutschen Verlegern geäußerten Kritiken, dass ihre Bücher in Leipzig sämtlich sekretiert würden, ihre Verlagserzeugnisse in der DDR ohnehin nicht vertrieben werden dürften und die Deutsche Bücherei Urheberrechtsverletzungen fördere, als »Hetzpropaganda der Frankfurter Bibliothek« zu werten.¹⁹³ Die Möglichkeit, die im Grunde hausgemachten Probleme auf die Konkurrenz am Main abwälzen zu können, war nötig, um bei Ulbricht auf offene Ohren zu stoßen. Es dauerte nur etwas mehr als einen Monat, bis die Parteileitung der Deutschen Bücherei von Kurt Hager eine Antwort erhielt. In der Propagandaabteilung habe man beschlossen, »die Zahl der nicht in die Nationalbibliographie aufzunehmenden Titel vom Charakter des Titels her zu bestimmen und nach Möglichkeit niedrig zu halten«.¹⁹⁴ Das war zumindest ein Teilerfolg, bedenkt man, dass das Staatssekretariat zuvor auch Titel wegen ihres Inhaltes gestrichen hatte. Die Aufmerksamkeit des ZK der SED für die Belange der Deutschen Bücherei bewirkte zudem, dass das Staatssekretariat nun auch keine spontanen Streichungen mehr durchsetzen konnte. So verfügte die Abteilung Bibliotheken, Museen und Hochschulfilm im November 1955 die Streichung sämtlicher Titel des Teubner-Verlags in Stuttgart, da ein Leipziger Kreisgericht dem Verlag die Verwendung des Traditionsnamens untersagt hatte, weil das bereits verstaatlichte Unternehmen in Leipzig denselben Namen benutzte,¹⁹⁵ um die Anordnung nach einem Beschwerdebrief Fleischhacks gleich wieder zu revidieren.¹⁹⁶ Monate nach der Intervention bei Walter Ulbricht wurden auch die Restriktionen für den Bezug der Nationalbibliographie in der DDR gelockert. Bereits Ende März 1953 durfte die Leipziger Kommissions- und Großbuchhandels-gesellschaft (LKG), die den Vertrieb der Literatur für Buchhandlungen in der DDR organisierte, selbst über Anträge ihrer Klientel befinden.¹⁹⁷ Und ein Jahr später nutzte die Deutsche Bücherei die kurze »Tauwetter«-Phase nach dem 17. Juni 1953, um die Bibliographie der Neuerscheinungen der DDR als »Beitrag zur Festigung der Verbindung zwischen Ost- und Westdeutschland« abzuwickeln.¹⁹⁸ Die Genehmigungspflicht zum Bezug der Nationalbibliographie in der DDR blieb freilich bestehen. Auch blieb, neben den Eingriffen in die Vollständigkeit des Verzeichnisses, das Problem der

193 SED-Parteiorganisation Deutsche Bücherei an den Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, 7.4.1952, ADNBL, 152a, Bl. 6.

194 ZK der SED, Abt. Propaganda, Kurt Hager, an die Betriebsparteiorganisation der Deutschen Bücherei, 14.5.1952, ebd., unfol.

195 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abteilungsleiter, Werner Schmidt, an Curt Fleischhack, 9.11.1955, ADNBL, 152/1/6, Bd. 1, Bl. 221.

196 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abt. Bibliotheken, Museen und Hochschulfilm, an Curt Fleischhack, 20.12.1955, ADNBL, 558/1/0, unfol.

197 Amt für Literatur und Verlagswesen, HA Verlagswesen, Abt. Buchhandel, an die LKG, Direktion, 29.3.1953, ADNBL, 558/0, Bd. 7, Bl. 85.

198 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei für das II. Quartal 1954, ADNBL, 152/2/6, unfol.

Herstellungsdauer. Am 27. April 1954 musste die für den Vertrieb in die Bundesrepublik zuständige Buch-Export und -Import GmbH nüchtern festhalten, »dass die Frankfurter Bibliographie zeitlich schon weiter ist als unsere und deshalb lieber gekauft wird.«¹⁹⁹ Curt Fleischhack schätzte den Verlust an Abonnenten zu dieser Zeit auf 50 Prozent.²⁰⁰ Die häufig langen Fristen von der Abgabe des Manuskripts bis zur Auslieferung wurden zwar auch vom Staatssekretariat für Hochschulwesen als vordringlich politisches Problem anerkannt, dennoch setzten die Bedingungen der Planwirtschaft, insbesondere das Fehlen dezentral verfügbarer Ressourcen (graphische Maschinen), einer adäquaten Lösung deutliche Grenzen. Mehrere Beratungen zwischen Vertretern der Deutschen Bücherei, des Staatssekretariats, des VEB Verlages für Buch- und Bibliothekswesen (wie der Verlag des Leipziger Börsenvereins nach seiner Verstaatlichung hieß) und des VVB Polygraphie (als dem Verlag übergeordnete Industriebehörde) verliefen ergebnislos. Die einzige Möglichkeit bestand darin, dass das Staatssekretariat die Nationalbibliographie subventionierte,²⁰¹ nur garantierte dies allein keine zügige Auslieferung in die Bundesrepublik. 1957 mussten die Grundbibliographien bereits mit 83.700 DM (Ost) subventioniert werden, womit man zumindest den Preis gegenüber Frankfurt drücken konnte.²⁰²

Allerdings sah es in Frankfurt nicht wesentlich besser aus. Hier fehlte es vor allem an qualifiziertem und dauerhaft in der Bibliothek tätigem Personal, was die Arbeiten an den Manuskripten der Deutschen Bibliographie immer wieder in die Länge zog. Ähnlich wie in der DDR zählte der Bibliothekar auch in der Bundesrepublik zu den »Mangelberufen«. Nur knapp mehr als die Hälfte der Absolventen ergriffen nach ihrer Ausbildung auch tatsächlich den erlernten Beruf. In der Deutschen Bibliothek kam erschwerend hinzu, dass die Arbeit durch »Trockenheit«, »Termindruck« und die »geringen Aufrückungs- und Beamtungschancen« zusätzlich unattraktiv war. Auch darin ähnelten sich beide Bibliotheken in Leipzig und Frankfurt. Während aber in Leipzig immer wieder neue Planstellen geschaffen wurden, was es der Direktion dort erleichterte, flexibel Arbeitskräfte zur Aufholung von Rückständen einzusetzen,²⁰³ blieb eine vergleichbare dy-

199 Deutscher Buch-Export und -Import GmbH Leipzig an den VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, Verlagsleitung, 27.4.1954, ADNBL, 866/0, unfol.

200 Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bibliographie am 18. Mai 1955 in der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, 19.7.1955, ADNBL, 555/0/1/2, Bl. 207.

201 Protokoll über die Besprechung zur Klärung der Frage, ob der VEB Verlag f. Buch- und Bibliothekswesen 1958 die Bibliographien der Deutschen Bücherei nur in Form eines Kommissionsverlags übernimmt, ADNBL, 551, unfol.

202 Protokoll über die Besprechung über Subventionen für Bibliographien der Deutschen Bücherei am 2. Mai 1957, ebd., unfol.

203 Kurt Brückmann/Curt Fleischhack, an alle Abteilungsdirektoren, Einsatz von Bibliothekaren für die Titelaufnahme, 4.4.1956, ADNBL, 558/0, Bd. 6, Bl. 20.

namische Entwicklung angesichts engerer finanzieller Spielräume in Frankfurt aus, was erdrückende Fluktuationen zur Folge hatte. Allein in der Zeit von 1953 bis 1959 seien 61 Mitarbeiter ausgewechselt worden.²⁰⁴ Parallel setzte der Vorstand des Börsenvereins Eppelsheimer bezüglich der Herausgabe der Bibliographien aber immer wieder die Pistole auf die Brust, denn Verzögerungen bei der Auslieferung von Bibliographien bedeuteten für den Verband Einbußen in der finanziellen Unterhaltung der Deutschen Bibliothek.²⁰⁵

Dass Leipzig durch die Personalprobleme in der Deutschen Bibliothek und die steigenden staatlichen Subventionen wieder im Vorteil war, nahm man auch innerhalb des Frankfurter Börsenvereins zur Kenntnis, ebenso wie die Tatsache, dass der Einfluss des Vorstandes auf das Verhalten der westdeutschen Verleger gegenüber der Leipziger Bibliothek letztlich doch temporär begrenzt blieb. Seit Mitte der 1950er Jahre teilte die Geschäftsstelle nachfragenden Verlegern zudem mit, dass man den Kampf gegen Leipzig aufgeben habe, da die Deutsche Bücherei die Titel notfalls auch aufkaufen würde.²⁰⁶ Zuweilen gab der Verband seinen Mitgliedern sogar zu verstehen, dass man auch deshalb auf ein Abgabeverbot nach Leipzig verzichte, weil die Bibliographien dort schneller erschienen, »und es wäre ganz unsinnig, diesen Vorteil nicht auszunützen«.²⁰⁷ Damit reagierte der Verband auch auf eine neue Dynamik im innerdeutschen Handel. Mitte der 1950er Jahre hatte der zunehmende Konkurrenzdruck im westdeutschen Verlagswesen, forciert durch die Expansion der Produktion,²⁰⁸ die Bedeutung des innerdeutschen Handels wachsen lassen. 1956 hatte die Nachfrage aus der DDR mit 14,7 Millionen Verrechnungseinheiten²⁰⁹ einen neuen Höchst-

204 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/M. am 4.6.1959, HHStAW, 504, 6900, Bl. 37.

205 Protokoll der 45. Vorstandssitzung des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. am 29.3.1952, ISG, W2-7, 19, Bl. 10.

206 Börsenverein, Geschäftsstelle an Dr. Hans-Otto Mayer, Düsseldorf, 30.10.1959, ISG, W2-7, 3303, unfol.

207 Börsenverein, Geschäftsstelle an Fa. Werner-Verlag GmbH, Düsseldorf, 1.10.1960, ebd., unfol.

208 Ute Schneider, *Der unsichtbare Zweite. Die Berufsgeschichte des Lektors im literarischen Verlag*, Göttingen 2005, S. 166.

209 Die Verrechnungseinheit (VE) war eine künstliche Währung, über die der gesamte Handel zwischen Ost- und Westdeutschland abgewickelt wurde. Da sich die Warenpreise in der Praxis nach den Marktverhältnissen in der Bundesrepublik richteten, entsprach eine VE dem Nominalwert der DM West. Mit der Schaffung der künstlichen Währung vermied sowohl die Bundesrepublik eine De-facto-Anerkennung der DDR als auch Letztgenannte das Bekanntwerden der realen Schwäche der DM Ost. Vgl. Peter E. Fäßler, *Innerdeutscher Handel als Wegbereiter der Entspannungspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2007, Heft 3, S. 31-37, hier S. 34.

stand erreicht.²¹⁰ Parallel zeigten sich auch immer mehr westdeutsche Verleger an einer Ausstellung auf der Leipziger Buchmesse interessiert²¹¹ und schließlich durften ostdeutsche Verlage 1955 erstmals, allerdings unter Auflagen, auf der seit 1949 existierenden Frankfurter Buchmesse ausstellen.²¹² Vor allem junge Verlage, wie der Münchner Verlag Dokumentationen der Technik (Saur), sahen in der Leipziger Messe nicht nur eine wichtige Verbindungsstelle für die Sicherung von Lizenzverträgen in der DDR, sondern für den Handel und die Verständigung mit Osteuropa insgesamt.²¹³ Die DDR nutzte die Präsenz auf beiden Messen freilich auch als Bühne der politischen Selbstdarstellung, in der Hoffnung, die internationale Isolation auf diesem Wege durchbrechen zu können. Dafür nahm sie auch politisch unerwünschte Nebenwirkungen, wie die sich häufenden Diebstähle an Ständen der Westverlage, in Kauf.²¹⁴ Der Frankfurter Börsenverein wiederum sah, neben den wirtschaftlichen Vorteilen, im Austausch auch eine kulturpolitische Notwendigkeit, insofern er sich noch immer als Vorbote eines gesamtdeutschen Verleger- und Buchhändlerverbandes begriff. Dies barg allerdings auch reichlich internen Konfliktstoff, denn im Vorstand wollte man die kulturpolitische Mission keineswegs als gleichberechtigten Kulturaustausch, sondern immer auch als wirtschaftlichen Vorteil verstanden wissen. So erhoffte man sich, durch den Austausch auf den Messen den innerdeutschen Handel zugunsten der Bundesrepublik beeinflussen zu können, denn bereits Ende der 1950er Jahre hatte sich gezeigt, dass die Lieferungen in die DDR angesichts fehlender Devisen schon wieder im Abnehmen begriffen waren und die Herstellungskosten für Druckaufträge in der DDR sich zudem verteuerten.²¹⁵ Zudem galt es, die Rechte enteigneter Verleger durch die Aufrechterhaltung eines Ge-

210 Aktenvermerk über die Besprechung des Ausschusses für Fragen des Interzonenhandels mit am Interzonenhandel interessierten Verlegern am 7. Oktober 1959 in Frankfurt/M., ISG, W2-7, 2391, unfol.

211 Patricia F. Zeckert, Die internationale Leipziger Buchmesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/2009, S. 39-46, hier S. 40.

212 Die SBZ auf der Frankfurter Buchmesse, o.D., ISG, W2-7, 2391, unfol. Zu den Auflagen zählte der Ausschluss von in der DDR enteigneter Verlage sowie von Titeln, die Verlagsrechte in der Bundesrepublik verletzten. Zudem durften die Verlage der DDR (wie auch die westdeutschen Verlage in Leipzig) nur an Gemeinschaftsständen ausstellen, die nicht unter dem Namen »DDR« firmieren durften. Parallelverlage durften nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch das westdeutsche Pendant präsentieren.

213 Dokumentationen der Technik, Klaus G. Saur, an die Deutsche Bücherei, Kurt Brückmann, 21.1.1958, ADNBL, 839, unfol.

214 Goll, Kontrollierte Kontrolleure, S. 253-256.

215 Wirtschaftlich wichtiger für den Handel mit osteuropäischen Staaten wurde deshalb bald die seit 1956 in Warschau ausgerichtete Buchmesse. 1966 kam die Buchmesse in Belgrad hinzu.

sprächskanals, durch den man auch Druck auf die DDR ausüben konnte, zu wahren.²¹⁶ Demgegenüber wollte man der DDR keine Bühne für Propagandaaktionen geben. Zudem fürchtete man, dass billige ostdeutsche Produkte den Konkurrenzdruck auf dem westdeutschen Markt verschärfen könnten.²¹⁷

Auch die Deutsche Bücherei nutzte die Buchmessen in Leipzig und Frankfurt zur Eigenwerbung und verlagerte die Werbereisen zunehmend auf das Messegeschehen dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs. Womöglich spielte dabei auch die Einsparung von Devisen eine wichtige Rolle, denn die Chance, möglichst viele Verleger ohne großen Aufwand ansprechen zu können, war auf den Messen am größten. Die Möglichkeit, sich über den Austausch zwischen Ost- und Westdeutschland neue Absatzmärkte zu sichern, wirkte sich positiv auf die Haltung zahlreicher westdeutscher Verlage gegenüber der Deutschen Bücherei aus. Politische Antipathien als Begründung für eine Nichtbelieferung äußerten allenfalls noch Verleger, die in der DDR enteignet worden waren oder im Konflikt mit einem Parallelverlag in Ostdeutschland standen (etwa Reclam). Aber selbst Verleger, die im Vorstand des Börsenvereins saßen, änderten nun ihre Meinung. Ein eindrückliches Beispiel hierfür ist der von 1953 bis 1956 amtierende Vorsitzende Arthur Georgi (Paul-Parey-Verlag), der die Belieferung der Deutschen Bücherei von Fall zu Fall entschied, je nachdem, ob das Werk in der DDR Absatz finden konnte.²¹⁸ Einige Verleger unterließen die Abgabe von Belegexemplaren nur noch, weil sie annahmen, dass das Gros der Kollegen dies auch tat und man diesen nicht in den Rücken fallen wollte. Aber bereits im Mai 1957 zeigte sich einer der schärfsten Kritiker der Deutschen Bücherei im Börsenverein, Lambert Schneider, »schwer getroffen«, nachdem er erfahren hatte, dass die meisten seiner Kollegen die Belieferung Leipzigs wieder aufgenommen hatten.²¹⁹ Immer weniger Verleger empfanden es nun als politisch anstößig, ihre Publikationen an die Deutsche Bücherei zu liefern. Vielmehr galt die Deutsche Nationalbibliographie, allen Eingriffen der DDR-Behörden zum Trotz, als wichtiges Medium, um Verlagszeugnisse in Osteuropa bekannt zu machen, während die Deutsche Bibliographie dort kaum Absatz fand.²²⁰ Zudem machten sich Verleger zunehmend selbst ein Bild von der Arbeit der Deutschen Bücherei und kamen vielfach mit positiven Eindrücken von den Messen zurück. Ein anonymes Wiesbadener

216 Friedrich Georgi an Carl Hanser, Josef Schumpe, Walter Thiele, 14.5.1959, ISG, W2-7, 2391, unfol.

217 Friedrich Georgi an den Vorsitzenden des Verleger-Ausschusses des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V., Helmut Ruprecht, 14.5.1959, ebd., unfol.

218 Helmut Röttsch, Bericht über den Besuch der Frankfurter-Buchmesse 1955, o.D., ADNBL, 154/4, Bl. 319.

219 Helmut Röttsch, Bericht über die Werbereise nach der Bundesrepublik, 15.5.1957, ADNBL, 507/5, Bl. 74.

220 Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Geschäftsstelle, an Firma Carl L. Schmitt Verlag, 4.11.1960, ISG, W2-7, 3303, unfol.

Verleger fühlte sich nach seinem Besuch in der Deutschen Bücherei 1955 sogar dazu veranlasst, seine Erlebnisse dem Vorstand des Börsenvereins mitzuteilen, um diesen von seiner starren Haltung Leipzig gegenüber abzubringen:

»Das Ergebnis dieses Besuches zeigte immerhin, daß die Versendung von Freistücken unserer Bücher und Zeitschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig der Bevölkerung Mitteldeutschlands hilft, unsere Literatur kennen zu lernen. Sie dürften darüber hinaus zu einer, wenn auch geringfügigen Förderung des Absatzes beitragen, da die Kontingentsträger sich dort über unsere Veröffentlichungen unterrichten können.«²²¹

Aus strategischen Gründen akzeptierten die Vertreter der Deutschen Bücherei die veränderten Diskursregeln des westdeutschen Verlagswesens und traten nun zunehmend unpolitisch auf, was ihnen Handlungsspielräume und Geländegewinne gegenüber dem Frankfurter Börsenverein verschaffte. Dies spiegelt sich selbst in den internen Begründungen für die Dienstreisen in die Bundesrepublik wider. Hatte Brückmann bei der Beantragung der Interzonenpässe für den Besuch der Frankfurter Buchmesse 1953 noch damit argumentiert, dass man dort aktiv »Maßnahmen zugunsten Gesamt-Deutschland« ergreifen wolle,²²² wurde diese aktive immer mehr in eine reaktive Formel umgewandelt. 1960 etwa gab Fleischhack dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen gegenüber an, dass der Besuch der Buchmesse auch zur Verhinderung von Beschlüssen des Frankfurter Börsenvereins gegen die Deutsche Bücherei diene.²²³ Die Strategie hatte Erfolg. Auf der Frankfurter Buchmesse 1957 sei die Atmosphäre gar »gefährlich-freundlich«²²⁴ gewesen. Selbst 1959, als es im Vorfeld der Frankfurter Buchmesse zu einem heftigen Konflikt zwischen beiden Börsenvereinen um die Bezeichnung des Standes der ostdeutschen Verlage gekommen war und die DDR-Delegation die Messe vorzeitig verlassen hatten, habe es bis auf zwei Ausnahmen keine verbalen Entgleisungen gegenüber der Deutschen Bücherei gegeben, obgleich die Leipziger Bibliothekare die Reaktion der ostdeutschen Verlage öffentlich unterstützt hatten.²²⁵

221 Bericht eines Wiesbadener Verlegers, 5.4.1955, Abschrift, ISG, W2-8, 78, unfol. Der Bericht wurde zwar in einer Vorstandssitzung des Börsenvereins vorgetragen, aber nicht diskutiert. Vgl. Aus dem Protokoll der Vorstandssitzung des Börsenvereins vom 30.4.1955-1.5.1955, ISG, W2-7, 3303, unfol.

222 Kurt Brückmann an das Kreispolizeiamt Leipzig, Interzonenpassstelle, 16.9.1953, ADNBL, 507/5, Bl. 33.

223 Curt Fleischhack an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, 15.8.1960, ebd., Bl. 176.

224 Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse vom 4.-11.10.1957, 17.10.1957, ebd., Bl. 114.

225 1958/59 nahmen die Spannungen, zusätzlich angeheizt durch die im November 1958 von Nikita Chruschtschow ausgelöste Berlin-Krise, zwischen dem Frankfurter und dem Leipziger Börsenverein zu. Im Vorfeld der Leipziger Herbstmesse

Gleichwohl verknüpfte das Gros der Verleger seine Bereitschaft, Belegexemplare zu senden, nun mit handelspolitischen Forderungen, die die Deutsche Bücherei gegenüber den Behörden der DDR durchsetzen sollte. Neben der Eröffnung von Absatzmöglichkeiten in der DDR verlangten vor allem Zeitschriftenverlage die Aufnahme ihrer Produkte in die Postzeitungsliste, andere setzten voraus, dass sich die Bibliothekare bei den Zollbehörden dafür einsetzten, dass privat verschickte Bücher nicht mehr beschlagnahmt wurden, und wieder andere machten die Anbahnung von Lizenzverträgen mit DDR-Verlagen zur Voraussetzung. In Leipzig war man sich freilich darüber bewusst, dass »es im Interesse einer guten Zusammenarbeit mit den westdeutschen Verlegern notwendig [ist], diese Vermittlerrolle auszuüben«. ²²⁶ Damit erfuhr die Deutsche Bücherei in der Wahrnehmung der Verleger eine erneute Umdeutung. Hatte die Tradition des Hauses, die auch für Qualitätsarbeit stand, nach der Gründung der DDR noch zahlreiche Verleger dazu bewegt, ihre Belegexemplare nach Leipzig zu senden, wurde die Bibliothek nun in die Rolle eines Mittlers im innerdeutschen Buchhandel gedrängt. Dies erwies sich auch deshalb langfristig als Vorteil, weil die Qualität der Frankfurter Verzeichnisse zunehmend wuchs.

Diese Entwicklung fand auch aufseiten der DDR ihre Entsprechung, wo die nach wie vor propagierte politische Funktion der Bibliothek für die Wiedervereinigung Deutschlands bald nur noch eine sekundäre Rolle spielte. Noch 1953/54 hatte das Amt für Literatur und Verlagswesen als zentrale literaturpolitische Kontrollinstanz in der DDR die Deutsche Bücherei in ihrem Kampf gegen Frankfurt politisch unterstützt. Als das Amt Anfang Dezember 1953 davon erfahren hatte, dass die Deutsche Bibliothek zum Zwecke der Titelaufnahme Erfassungsbögen auch an Zeitschriftenredaktionen in der DDR geschickt hatte, untersagte es umgehend deren Beantwortung, da eine »Unterstützung derar-

1958 hatten sich Vertreter beider Börsenvereine in Frankfurt getroffen, um über Regeln des Buchaustauschs zu sprechen. Keine endgültige Einigung hatte man dabei in der Frage der Bezeichnung des ostdeutschen Standes unter dem Namen »DDR« erzielt. Als wenige Tage vor Beginn der Frankfurter Buchmesse 1959 die Deutsche Buch-Export und -Import GmbH als Betreuer des DDR-Standes versuchte, die Bezeichnung »DDR« mithilfe des Frankfurter Landgerichtes durch eine einstweilige Verfügung durchzusetzen, legte der Frankfurter Börsenverein Protest ein. Nach Scheitern des Versuchs brachen die ostdeutschen Verlage schließlich ihren Stand vorzeitig ab. Vgl. Protokoll über Interzonenhandelsbesprechung am 24.9.1958 im Buchhändlerhaus Frankfurt/Main, ebd., unfol.; Aktenvermerk über die Besprechung des Ausschusses für Fragen des Interzonenhandels mit am Interzonenhandel interessierten Verlegern am 7. Oktober 1959 in Frankfurt/M., ISG, W2-7, 2391, unfol.; Helmut Röttsch, Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse 1959, 30.10.1959, ADNBL, 507/5, Bl. 152.

226 Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse vom 4.-11.10.1957, 17.10.1957, ebd., Bl. 114.

tiger Unternehmen [...] die kulturelle Spaltung Deutschlands anzuerkennen hieße«. ²²⁷ Zugleich nutzte die SED dies, um die Deutsche Bibliothek öffentlich als Spionageanstalt zu diffamieren. Bereits Ende Dezember 1953 war in zahlreichen ostdeutschen Presseorganen zu lesen, dass »eine als ›Deutsche Bibliothek‹ firmierende Frankfurter Zentrale [...] Zuträgerdienste für Spionageorganisationen« leiste, »um Agenten zu ködern und Spionagematerial zu sammeln«. ²²⁸ Die Folgen dieser Kampagne blieben aber begrenzt. Die Deutsche Bibliothek verzeichnete weiterhin einen kontinuierlichen Eingang ostdeutscher Zeitschriften. ²²⁹ Als der innerdeutsche Austausch Mitte der 1950er Jahre eine Hochzeit erlebte, änderte sich auch in der Hauptverwaltung Verlagswesen des Kulturministeriums, in der das Amt für Literatur und Verlagswesen nach der Entstalinisierung aufgegangen war, ²³⁰ die Meinung grundlegend. Verwaltungsleiter Junge sprach sich nun für eine Belieferung Frankfurts mit Belegexemplaren aus, ²³¹ »weil dies geeignet ist, den innerdeutschen Literaturaustausch zu beleben und die Verlagsproduktion unserer Republik auch in Westdeutschland bekannt zu machen«. ²³² Obwohl er betonte, dass dies keine Gleichsetzung beider Bibliotheken bedeute, so gab er doch zu verstehen, dass der gesamtdeutsche Vertretungsanspruch der SED keine Einseitigkeit im administrativen Handeln mehr bewirken musste.

Die Entwicklungen in den 1950er Jahren verdeutlichen die zentrale Rolle der westdeutschen Verleger. Die Abhängigkeit der DDR von westdeutschen Verlagszeugnissen sowie das Bedürfnis nach Absatzsteigerung der ostdeutschen Produkte auf der einen Seite, der zunehmende Konkurrenzdruck und die damit wachsende Bedeutung des innerdeutschen und des Ost-Handels auf der anderen Seite beeinflussten und verbanden das Handeln der ostdeutschen Behörden und des Vorstandes des Frankfurter Börsenvereins entscheidend. Die bereits von Peter E. Fäßler diagnostizierte Erosion der »weitgehende[n] Kongruenz politischer und wirtschaftlicher Interessenlagen« auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs

227 Regierung der DDR, Amt für Literatur und Verlagswesen, HA Planung und Plankontrolle, Rundschreiben, 3.12.1953, ADNBL, 811/10, Bl. 162.

228 Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, an den Vorsitzenden des Ausschusses für Bibliographie- und Bibliotheksfragen, 4.2.1954, ISG, W2-7, 25, Bl. 138.

229 Protokoll der 53. Vorstandssitzung des Börsenvereins der Deutschen Verleger- und Buchhändler-Verbände e.V. am 27.2.1954, ebd., Bl. 51 f.

230 Frohn, Literaturaustausch im geteilten Deutschland, S. 388.

231 Am Beginn stand zunächst eine vertrauliche Anfrage an Curt Fleischhack über die Situation des Buchaustausches. Vgl. Ministerium für Kultur, HV Verlagswesen, Abt. Buchhandel, an die Deutsche Bücherei, Curt Fleischhack, 5.12.1956, ADNBL, 701, Bl. 11.

232 Ministerium für Kultur, Hauptverwaltung Verlagswesen, an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, Lieferung von Belegstücken an die Deutsche Bibliothek, Frankfurt/M., 2.8.1957, SächsStAL, 21766, 1538, Bl. 8.

Mitte der 1950er Jahre²³³ hatte somit auch für die Deutsche Bücherei weitreichende Folgen. Obgleich die Deutsche Bibliothek und die Deutsche Bücherei jeweils aus politischen Gründen von ihren Trägerinstitutionen unterstützt wurden, förderten diese die jeweils andere Seite zugleich aus wirtschaftlichem Antrieb. Die Deutsche Bücherei wurde damit gewissermaßen zu einer hybriden Institution. Während sie sich in der DDR als Speerspitze des »sozialistischen Bibliothekswesens« gerierte, fungierte sie im innerdeutschen Handel zunehmend als Interessenvermittlerin.

233 Peter E. Fäßler, *Durch den »Eisernen Vorhang«. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949-1969*, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 303f.

Bildteil I



Bild 1: Die Deutsche Bücherei, Stirnseite von Westen, 1959



Bild 2: Heinrich Uhlendahl, Generaldirektor der Deutschen Bücherei von 1924 bis 1954 (nach 1945)



Bild 3: Curt Fleischhack, Hauptdirektor der Deutschen Bücherei von 1955 bis 1961 (links), und Helmut Röttsch, Hauptdirektor der Deutschen Bücherei von 1961 bis 1990 (rechts), 1958



Bild 4: Kurt Brückmann, Stellvertreter des General- bzw. Hauptdirektors der Deutschen Bücherei von 1953 bis 1959

*Sozialistische und bürgerliche Lebenswelten im Direktorat
der Deutschen Bücherei in den 1950er Jahren*



Bild 5: Dienstzimmer von Kurt Brückmann, 1957



Bild 6: Dienstzimmer von Curt Fleischhack, 1959

Bibliothekarischer Alltag in den 1950er Jahren



Bild 7: Sachkatalog, um 1956



Bild 8: Bearbeitungsraum der Deutschen Nationalbibliographie, 1959



Bild 9: Magazingang im 4. Obergeschoss, 1959



Bild 10: Bibliographien der Deutschen Bücherei, 1959

Propaganda in der Deutschen Bücherei in den 1950er Jahren



Bild 11: Eingangshalle und Zugang zum Lesesaal, 1957



Bild 12: Großer Lesesaal, 1955

Satirische Kritik an der Bibliothekspolitik der SED in der Deutschen Bücherei



Bild 13: Karnevalsfeier der Deutschen Bücherei in der HO-Gaststätte der Technischen Messe, 1956

Politische Repräsentation der Deutschen Bücherei in den 1950er Jahren



Bild 14: Demonstration zur Maifeier, 1957



Bild 15: Demonstrationszug beim IV. Weltgewerkschaftskongress am 15. Oktober 1957

IV. »Sozialistische Nationalbibliothek« (1962-1968)

1. Die große Ernüchterung: Die Deutsche Bücherei in der Ära Ulbricht

a.) Machtdemonstration(en): Die 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei 1962

Am 15. Juni 1961 hatte SED-Chef Walter Ulbricht während einer Pressekonferenz noch beteuert, dass »niemand« die Absicht habe, »eine Mauer zu errichten«. Knapp zwei Monate später waren diese Worte bereits Geschichte. Am 13. August wurde die Vier-Sektoren-Stadt Berlin über Nacht abgeriegelt und durch eine Mauer geteilt, die beide deutsche Teilstaaten dauerhaft voneinander trennte. Die Deutsche Bücherei als gesamtdeutsche Institution machte dies in den Augen der Politiker und Bibliothekare aber keineswegs überflüssig. Ganz im Gegenteil: in Leipzig konnte man sich nun erst recht auf dem Zenit wähnen. Die Ereignisse des Krisenjahres 1961, oder besser gesagt: deren Wahrnehmung durch die Staats- und Parteiführung der DDR, hatten der Deutschen Bücherei sogar eine ungeheure öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Im April 1961 besuchte Walter Ulbricht in Begleitung seiner Gattin Lotte erstmals (und wohl auch zum letzten Mal) die Bibliothek, beide ließen sich eine Stunde lang durch das Haus führen und diskutierten anschließend eine weitere Stunde mit leitenden Bibliothekaren über Bedeutung und Probleme der Deutschen Bücherei. Den Schlusspunkt dieses Medienereignisses bildete Ulbrichts Eintrag in das Gästebuch der Bibliothek:

»Die Deutsche Bücherei als die deutsche Nationalbibliothek ist von größter Bedeutung für die Pflege der deutschen Literatur und für die Erstürmung der Höhen der Kultur durch unsere Werktätigen.«¹

1 Walter Ulbricht besucht die Deutsche Bücherei, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 128 (1961), Nr. 15 vom 18.4.1961, S. 219.

Die mediale Aufmerksamkeit, die der Deutschen Bücherei durch diesen Autoritätsbeweis zuteilwurde,² überstand den Mauerbau und, als hätte es den 13. August nicht gegeben, kulminierte in den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Bibliothek am 3. Oktober 1962, welche sogar die im Jahr zuvor als propagandistische Leistungsschau der DDR begangene 300-Jahr-Feier der Deutschen Staatsbibliothek³ in den Schatten stellten. In seiner Festansprache konnte der seit September 1961 amtierende Hauptdirektor der Deutschen Bücherei, Helmut Röttsch, der Ulbrichts Besuch noch einen Monat nach dem Mauerbau als »mein größtes Erlebnis«⁴ darstellte, seine Bibliothek nun als »rechtmäßige deutsche Nationalbibliothek« bezeichnen, die sie zwar schon seit ihrer Gründung gewesen sei, deren Charakter aber erst im »progressiven« Teil Deutschlands voll zur Geltung gekommen sei.⁵

Die Ende der 1950er Jahre verordnete Renaissance des im Zuge der Stalinisierung der SED zunächst aus der offiziellen Lehrmeinung verbannten »progressiven« Bürgertums⁶ bildete die ideologische Grundlage für eine breitere Auseinandersetzung mit der Hausgeschichte. Röttschs Geschichtspolitik, in der die Deutsche Bücherei nun als Machwerk »fortschrittlicher bürgerlicher Kräfte« erschien,⁷ und Ulbrichts symbolische Aneignung des Terminus technicus »Nationalbibliothek« waren aber nicht nur schlichte Verbeugungen vor der marxis-

- 2 Gerhard Hesse zählte allein 19 Beiträge in ostdeutschen Pressemedien, die die Deutsche Bücherei nach dem Besuch Ulbrichts als Nationalbibliothek in Szene setzten. Vgl. Gerhard Hesse, Die Deutsche Bücherei – Die Deutsche Nationalbibliothek. Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in der Deutschen Bücherei, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 75, 1961, Heft 7, S. 289–296, hier S. 289f.
- 3 Den Feierlichkeiten zum 300-jährigen Bestehen der Deutschen Staatsbibliothek wohnte zudem eine deutsch-deutsche Dimension inne, denn parallel beging auch die Westdeutsche Bibliothek in Marburg, wo ein Teil der Bestände der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek lagerte, entsprechende Feierlichkeiten. Vor allem in der ostdeutschen Presse kursierte der Begriff vom »Marburger Büchergrab«, verknüpft mit der Forderung um eine Rückführung der Bestände nach Ost-Berlin. Vgl. Martin Hollender, Das »Marburger Büchergrab« – Politische Kontroversen um die beiden Berliner Staatsbibliotheken in Ost und West im Kalten Krieg, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 63 (2008), S. 158–220.
- 4 Leistungen des Wissenschaftlers oder der Lärm von Knallfröschen. Mit der ganzen Persönlichkeit für die Leipziger Bücherei/Gedanken zur Deutschen Nationalbibliothek, in: National-Zeitung vom 14.9.1961, S. 8.
- 5 Helmut Röttsch, Die rechtmäßige deutsche Nationalbibliothek, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 39 vom 25.9.1962, S. 566f.
- 6 Den Auftakt hierzu bildete die von Walter Ulbricht Mitte Juni 1958 angeordnete Neubewertung der Novemberrevolution als »bürgerlich-demokratisch«. Vgl. Lokatis, Der rote Faden, S. 97–105.
- 7 Dieses Narrativ durchzieht die noch heute viel zitierte Festschrift von 1962 wie ein roter Faden.

tisch-leninistischen Umdeutung des nationalen Erbes. Dahinter stand vielmehr eine spezifisch asymmetrische Verflechtung bibliothekarischer und politischer Interessen – asymmetrisch deshalb, weil die Entscheidungsgewalt über den Ablauf der Feierlichkeiten beim Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen bzw. der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED lag. Dennoch konnten die Bibliothekare hierbei eigene Akzente setzen.

Zum tieferen Verständnis müssen zwei Diskursstränge in ihrer jeweiligen Eigenlogik betrachtet werden. In der jüngeren Forschung zum Bau der Berliner Mauer ist das Ereignis nicht mehr ausschließlich im Kontext internationaler Politik und als mehr oder weniger spontane Reaktion auf die Massenabwanderung in den Westen betrachtet worden.⁸ Thomas Lindenberger machte zudem auf den kulturellen Kontext des Mauerbaus als »notwendiger Durchgangspunkt kommunistischer Gesellschaftspolitik« aufmerksam. Bereits Stalin habe mit dem Verzicht auf den Export der Revolution nach Westeuropa die Undurchlässigkeit der Grenze zur Staatsdoktrin erhoben. Die DDR schloss sich diesem Prinzip an.⁹ Dennoch musste die kontinuierliche Bekräftigung der Wiedervereinigungsvision Ulbrichts auch dann nicht als Antagonismus erscheinen, obgleich entsprechende Skepsis an der Legitimität dieses Zukunftsversprechens sogar an der SED-Basis geäußert wurde.¹⁰ Noch immer war der SED-Chef davon überzeugt, die DDR als nationales Zukunftsprojekt etablieren zu können. In der Abgrenzungslogik der SED-Führung erschien die Mauer als notwendiger Schritt, der es dem ostdeutschen Staat erst ermöglichte, den Sozialismus zu festigen und die internationale Isolierung zu durchbrechen, um auf dieser Basis dann die Wiedervereinigung vorantreiben zu können. Für Ulbricht und das Politbüro waren die Berlin-Krise, die Hallstein-Doktrin, die Abwanderung von Fachkräften in die Bundesrepublik und selbst der desaströse Auftritt des Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann in Marburg im Januar 1961 einzig Beweise für die »antinationale Rolle Bonns«.¹¹ Die Mauer in dieser Sichtweise ein Bollwerk zur

8 So etwa die Darstellungen von Michael Lemke, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995; Fred Taylor, *The Berlin Wall. 13 August 1961–9 November 1989*, London 2007; Edgar Wolfrum, *Die Mauer. Geschichte einer Teilung*, München 2009; Frederick Kempe, *Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt*, München 2011; Hope M. Harrison, *Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach*, Berlin 2011.

9 Thomas Lindenberger, *Grenzregime und Gesellschaftskonstruktion im SED-Staat*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung*, München 2011, S. 111–121, hier S. 112f. (Zit. S. 112).

10 Jan Kiepe, *Für die Revolution auf die Schulbank. Eine alltagsgeschichtliche Studie über die SED-Funktionärsausbildung in Thüringen*, Bonn 2016, S. 323–328.

11 Amos, *Die Westpolitik der SED*, S. 325.

Abwehr feindlicher Einflüsse.¹² So hatte die SED-Führung in ihrem »Deutschlandplan« vom April 1960 die Einheit der west- und ostdeutschen Arbeiterklasse als »Führer der Nation« beschworen, um zwei Jahre später bzw. sieben Monate nach dem Mauerbau im »Nationalen Dokument« den »Aufbau des Sozialismus« in der DDR als »entscheidende Voraussetzung für die Lösung unserer nationalen Frage« kämpferisch zu adressieren.¹³

Die Deutsche Bücherei sah sich parallel dagegen einer doppelten Konkurrenzsituation ausgesetzt. An der Spitze des »sozialistischen Bibliothekswesens« stritt man mit der Deutschen Staatsbibliothek um ideelle und materielle Ressourcen, im gesamtdeutschen Kontext mit der Deutschen Bibliothek um die Gunst der westdeutschen Verleger. In der Logik der politischen Kommunikation mit übergeordneten Staats- und Parteistellen der DDR war erstere Konfliktlinie tabuisiert, letztgenannte entfaltete dagegen umso größere mobilisierende Kräfte.

Vor diesem Hintergrund ist der Staatsbesuch Ulbrichts in Leipzig am 8. April 1961 zu sehen. In Ulbrichts nationalpolitischen Vorstellungen kam seiner Geburtsstadt eine besondere Funktion zu. Sie sollte hinter Ost-Berlin als politischem Zentrum die zweitwichtigste Metropole bilden, und zwar als Zentrum des Handels, der Industrie und der Kultur.¹⁴ Bereits am Tag vor der Stippvisite in der Deutschen Bücherei hatte der SED-Chef im Rat der Stadt und im Rat des Bezirks wirtschaftliche und kulturelle Probleme der Stadt Leipzig besprochen und sich dabei hitzige Wortgefechte mit den örtlichen Funktionären geliefert.¹⁵ Von diesen Konflikten war tags darauf in der Deutschen Bücherei nichts mehr zu spüren. Alles schien harmonisch. Für die Bibliothekare kam der hohe Besuch freilich nicht unerwartet, hatten sie doch selbst lange Zeit darauf hingearbeitet. Bereits in den 1950er Jahren war immer wieder versucht worden, hohe Funktionäre zu einem öffentlichkeitswirksamen Besuch in der Deutschen Bücherei zu bewegen, bot dies doch nicht nur der Staats- und Parteiführung eine Plattform, ihre Macht symbolisch zu manifestieren, sondern auch der Deutschen Bücherei die Gelegenheit, Deutungsansprüche zu legitimieren und bestimmte Anlie-

12 Joanna McKay, *The official Concept of the Nation in the former GDR. Theory, Pragmatism and the Search for Legitimacy*, Aldershot/Brookfield/Singapore 1998, S. 20.

13 Der »Deutschlandplan des Volkes« vom 17. April 1960 und das »Nationale Dokument« vom 25. März 1962 befinden sich in Matthias Judt (Hrsg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse*, Berlin 1997, S. 513f.

14 Niederschrift über die Aussprache mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, am 9. Oktober 1960, *StadtAL, StVuR* (1), 4873, Bl. 12.

15 Christian Rau, *Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957-1989)*, Stuttgart 2017, S. 136-138.

gen zu kommunizieren.¹⁶ Als der Hauptdirektor Curt Fleischhack nach vielen erfolglosen Versuchen im Januar 1961 schließlich an Ulbricht höchstpersönlich schrieb, hielt er mit seinen Absichten nicht hinterm Berg:

»Das Ansehen, das die Deutsche Bücherei innerhalb und ausserhalb der Deutschen Demokratischen Republik genießt, würde zweifellos durch einen Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates eine Stärkung erfahren; darüber hinaus dürften sich auch weitere positive Auswirkungen für unsere Tätigkeit ergeben.«¹⁷

Ulbricht selbst nutzte den Besuch wiederum zur Inszenierung und Untermauerung seiner Wiedervereinigungs-Absichten. Nicht nur der bereits zitierte Eintrag in das Gästebuch, auch der Rundgang durch die aufgestellte »Reichsbibliothek« gab Ulbricht Anlass, auf die besondere historische Legitimation der Deutschen Bücherei hinzuweisen. Schließlich erweiterte er seinen Autoritätsbeweis durch die Betonung seiner persönlichen Beziehungen zur »Nationalbibliothek«. So sei er es gewesen, welcher der Deutschen Bücherei aus dem sowjetischen Exil laufend Exil-Literatur zukommen lassen habe, er sei damit »einer der illegalen Mitarbeiter der Deutschen Bücherei« gewesen.¹⁸ Nun müsse die Deutsche Bücherei ihrer Aufgabe als »Nationalbibliothek« gerecht werden, indem sie das »humanistische Erbe« der Nation pflege und gegen die »herrschenden militaristischen Kreise in Westdeutschland, die die Spaltung vertiefen«, verteidige. Ulbricht fand sich sogar dazu bereit, die Exklusivität der Deutschen Bücherei im Bibliothekswesen der DDR zu unterstreichen, indem er entsprechende Korrekturen am Perspektivplan anordnete, was die Bibliothekare wenige Jahre zuvor vergeblich versucht hatten.¹⁹

Nach dem inszenierten Rundgang waren die Bibliothekare selbst an der Reihe. Sie hatten Ulbricht die Kulisse für eine kolossale Selbstinszenierung geboten, nun durften sie dem höchsten Repräsentanten der SED ihre Wünsche vortragen, die Ulbricht freilich zuvor in Papierform erhalten hatte. Für alle darin genannten Probleme sagte der SED-Chef umgehend unbürokratische Hilfe zu. Dabei ging es um die zeitnahe Ablieferung amtlicher Druckschriften der DDR-Behörden, die wiederholte Beschlagnahme westdeutscher Literatur durch die

16 Diese wechselseitige Dimension von Repräsentation ist zuletzt besonders mit Blick auf die Inszenierung des lokalen Raumes herausgestellt worden. Vgl. hierzu Adelheid von Saldern, *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart 2003; Dies. (Hrsg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975)*, Stuttgart 2005.

17 Curt Fleischhack an Walter Ulbricht, 5.1.1961, ADNBL, 151/5, Bl. 5.

18 Bericht über die Aussprache des Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht mit den leitenden Mitarbeitern der Deutschen Bücherei am 8. April 1961 im Kultursaal der Deutschen Bücherei, 8.4.1961, ADNBL, 154/4, Bl. 54.

19 Ebd., Bl. 53.

Zollorgane, die Bereitstellung von Mitteln für den Schriftentausch mit auswärtigen Bibliotheken, die Zuweisung von Devisen für Dienstreisen in das nicht-sozialistische Ausland, Probleme beim Erweiterungsbau und die in der Vergangenheit heftigen Kontroversen mit dem VVB Polygraphie um den Druck der Bibliographien. Ulbrichts Zusagen wurden schließlich nicht nur in der regionalen und überregionalen Presse, sondern auch als Tonbandmitschnitt im Hause selbst archiviert und waren damit jederzeit als Autoritätsbeweis abrufbar. Die positiven Auswirkungen bekamen die Bibliothekare bald zu spüren. In vielen Fällen hatte der Besuch des Ersten Sekretärs der SED tatsächlich zur Lösung materieller Ressourcenprobleme geführt. Freilich genügte dabei häufig eine kurze Anweisung durch den Staatsrat oder das ZK der SED und selbst die Mittelzuweisung für die Unterhaltung von Tauschbeziehungen ließ sich auf dem Wege der Umschichtung von Planpositionen relativ unkompliziert bewerkstelligen. Allerdings hatte der Einfluss Ulbrichts dort seine Grenzen, wo mehrere Akteure in den Planungsprozess eingebunden waren oder Teilinteressen tangiert wurden. So blieben die Probleme des termingerechten Druckes der Bibliographien weiterhin bestehen. Zwar habe sich der Besuch Ulbrichts auf die »Dispositionen der Druckereien« positiv ausgewirkt,²⁰ dennoch fand sich letztlich keine Druckerei, die genügend Kapazitäten besaß, sämtliche Verzeichnisse der Deutschen Bücherei herzustellen. Zu stark klafften die wachsende Auftragslage und die begrenzte Verfügbarkeit von Druckkapazitäten auseinander.²¹ Auch in Bezug auf die Belieferung mit parteiamtlichen Druckschriften musste man bis 1969 warten. Erst in diesem Jahr fasste das Politbüro der SED einen entsprechenden Beschluss, der die Abgabe von jeweils zwei Exemplaren sämtlicher Parteischriften festschrieb, vertrauliches Material aber ebenso ausschloss wie Entschlüsselungen, Reden, Propaganda-, Agitations- und Schulungsmaterialien, sofern diese nicht in Parteiverlagen veröffentlicht worden waren.²²

Für die Deutsche Bücherei verband sich mit dem Besuch Ulbrichts nicht nur ein ungeheurer Prestigeerfolg, der sich – wenn auch in begrenztem Maße – schlagartig auf den Zugang zu materiellen Ressourcen auswirkte. Der Auto-

20 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei über das II. Halbjahr 1961, 3.2.1962, ADNBL, 152/2/6, unfol.

21 Deutsche Bücherei, Sekretär der BPO der SED, Fritz Schaaf/Hauptdirektor Helmut Röttsch, an Walter Ulbricht, 3.6.1961, ADNBL, 152/5, Bl. 7-11. Einen letzten dokumentierten Versuch vom 9. Dezember 1965, Walter Ulbricht für die Schwierigkeiten beim Druck der Bibliographien zu sensibilisieren, erklärte Helmut Röttsch im Oktober 1967 schließlich endgültig für gescheitert. Vgl. Helmut Röttsch, Aktennotiz, 20.10.1967, ebd., Bl. 78.

22 Die Streichung dieser Schriften im Politbürobeschluss ging auf den Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED, Werner Lambertz, zurück. Vgl. Büro des Politbüros, Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees: Sammlung von Druckschriften der Partei durch die Deutsche Bücherei, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/1724, Bl. 1.

ritätsbeweis bot auch die Möglichkeit, der Ost-Berliner Staatsbibliothek den (informellen) Rang an der Spitze des wissenschaftlichen Bibliothekswesens abzulaufen. Man müsse, so der interne Rechenschaftsbericht zum Ulbricht-Besuch, nun endgültig mit dem »Burgfrieden« zwischen beiden Bibliotheken um die jahrzehntelange Frage der »Nationalbibliothek« Schluss machen.²³ So nahmen die Leipziger Bibliothekare die Bezeichnung »Nationalbibliothek« kurzerhand in ihr Statut auf²⁴ und ließen sich die damit verbundene Exklusivität von Ulbrichts Referenten, Heinz Eichler, persönlich bestätigen:

»Er gab unmißverständlich zu verstehen, daß die Deutsche Bücherei entsprechend den Darlegungen des Gen. Walter Ulbricht anlässlich seines Besuches in der DB die Frage Nationalbibliothek betreffend zu verfahren habe. Sollten andere Mitarbeiter des wiss. Bibliothekswesens der DDR, besonders die der Staatsbibliothek, die Auffassungen Walter Ulbrichts nicht teilen, sollten sie sich über den Staatssekretär an Walter Ulbricht persönlich wenden.«²⁵

Der Grund für diese informelle Absicherung war, dass die Deutsche Staatsbibliothek im Hinblick auf die im Oktober 1961 anstehende 300-Jahr-Feier ihr Statut ändern und dabei selbst den Titel »Nationalbibliothek« in der Präambel verankern wollte. Denn dort wurde der Vorstoß der Deutschen Bücherei als Signal eines drohenden Statusverlustes wahrgenommen. Im Gegensatz zur Leipziger Bibliothek verfüge man aber, so Horst Kunze an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, über »die wertvollste und vollständigste Sammlung deutscher Nationalliteratur« und den »umfangreichsten Besitz an fremdsprachiger Literatur«, zudem sei die Staatsbibliothek »organisierendes und leitendes Zentrum großer Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Bibliotheken«. Überdies machte Kunze darauf aufmerksam, dass auch im Falle der Staatsbibliothek politische und bibliothekarische Interessen eng miteinander verwoben waren. So sei die Bezeichnung »Nationalbibliothek« »als wichtigstes kulturpolitisches Argument bei der Auseinandersetzung« um die Rückführung der in Marburg lagernden Bestände der ehemaligen Preussischen Staatsbibliothek zu betrachten.²⁶

Der Hauptreferent im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Erwin Marks, hatte Kunze die Verwendung des Begriffs zwar mit Blick auf den Besuch Ulbrichts in Leipzig untersagt und die Arbeiten am Statut damit auf Eis gelegt, allerdings war dies eher eine Verlegenheitslösung. Die »Äußerung Ul-

23 Rechenschaftsbericht der Hauptdirektion über die Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Bücherei im Jahre 1961, 4.5.1962, ADNBL, 152/2/6, unfol.

24 Statut der Deutschen Bücherei in Leipzig, Entwurf, Urfassung 1961, ADNBL, 100/1/2, Bl. 2.

25 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 16.5.1961, ADNBL, 193/3/2, Bl. 13.

26 Deutsche Staatsbibliothek, Hauptdirektor, Horst Kunze, an den Stellvertreter des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Genossen Herder, 30.5.1961, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

brichts« sei »etwas Neues«, womit man nicht so recht umzugehen wüsste, stellte Marks während eines Gesprächs mit beiden Konfliktparteien fest. Auch wusste niemand so recht zu bestimmen, worin nun eigentlich die Konsequenzen bestanden, wenn einer Bibliothek der Titel zuerkannt, der anderen aber verwehrt wurde. Hier trafen völlig verschiedene und getrennte Sinnenwelten aufeinander. In der Staatsbibliothek fürchtete man ganz allgemein eine baldige »Funktionsänderung«, wogegen die Bezeichnung »Nationalbibliothek« gewissermaßen immunisiere. Röttsch verwies indes stur auf das historisch verbrieft und von Ulbricht bestätigte Vorrecht auf den Titel. Er lehnte es – mit Blick auf die langjährigen Konflikte²⁷ – zudem ab, die bisherige Konvention, wonach beide Bibliotheken gemeinsam Funktionen einer »Nationalbibliothek« ausfüllten, statuarisch festzuschreiben. Dies sei auch die Auffassung des Staatsrates und des ZK der SED.²⁸ Allerdings bestand auch dort keineswegs Einhelligkeit. Selbst Kurt Hager, der Chef-Ideologe der SED, ließ keinen Zweifel daran, »daß die Deutsche Staatsbibliothek neben der Deutschen Bibliothek [sic!] Aufgaben einer Nationalbibliothek erfüllt«²⁹, wobei er hier sicherlich mehr an die Konkurrenz zur Bundesrepublik dachte als an vermeintlich historisch verbrieft Rechte. In diese Kerbe schlug auch der Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, Wilhelm Girnus. Er entschied den Konflikt letztlich, indem er deutlich machte, »daß sich die im Zusammenhang mit dem Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Walter Ulbricht, getroffene Feststellung hinsichtlich der Bezeichnung der Deutschen Bücherei als Deutsche Nationalbibliothek nach außen – nach Westdeutschland wendet, nicht nach innen«³⁰, worin er mit Kurt Hager übereinstimmte.³¹ Eine terminologische Gleichbe-

27 Dies geht aus einem vertraulichen Schreiben hervor, in dem der Parteisekretär der Deutschen Bücherei, Fritz Schaaf, den Kultursekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Lauter, darum bat, auf höchster Parteiebene zu intervenieren. Grund war das störende Verhalten der Deutschen Staatsbibliothek in Sachen Nationalbibliothek, das schon seit Bestehen der Deutschen Bücherei eine gedeihliche Entwicklung der Leipziger Bibliothek behindert habe. Dieses Problem müsse auch im Hinblick auf das 50-jährige Jubiläum »endgültig« gelöst werden. Vgl. Deutsche Bücherei, Fritz Schaaf, an den Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Lauter, Vertrauliche Mitteilung über Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 50jährigen Jubiläums der Deutschen Bücherei, 23.3.1962, SächsStAL, 21123, IV/2/09/02/531, Bl. 116.

28 Heinrich Roloff, Aktennotiz über eine Besprechung zu Fragen des Statuts der Deutschen Staatsbibliothek, 17.5.1961, SBB, G II/A/32, unfol.

29 ZK der SED, Kurt Hager, an die BPO der SED der Deutschen Staatsbibliothek, 12.7.1961, ebd., unfol.

30 Niederschrift über eine Besprechung, die der Genosse Staatssekretär Dr. Girnus in Anwesenheit des Genossen Marks (anstelle des Sektorenleiters, Genosse Brückmann) mit dem Unterzeichneten am 20. Juni 1961 durchgeführt hat, 6.7.1961, ebd., unfol.

31 Wilhelm Girnus an Horst Kunze, 9.2.1962, BArch, DR 3, 1. Schicht, 2080, unfol.

handlung beider Bibliotheken, wie sie Kunze gefordert hatte, war damit jedoch nicht verbunden. Die Staatsbibliothek musste sich, den am 5. Oktober 1964 offiziell bestätigten Statuten zufolge, künftig mit der Bezeichnung »zentrale wissenschaftliche Bibliothek der Deutschen Demokratischen Republik« begnügen.³² Hager und Girnus hatten Horst Kunze zwar den gleichberechtigten Status der Staatsbibliothek informell garantiert, dennoch belastete der Besuch Walter Ulbrichts in Leipzig und die sich daran anschließenden Statuskonflikte die Beziehungen zwischen beiden Bibliotheken noch über Jahre hinweg.³³

Der Konflikt zwischen der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei prägte die Vorbereitungen zur 50-Jahr-Feier der Leipziger Bibliothek, deren propagandistischer Rahmen das Thema »Nationalbibliothek« bildete. Die dramaturgische Linie der Feierlichkeiten war durch den Besuch Ulbrichts vorgegeben. Ähnlich wie die terminologischen Diskussionen zwischen der Deutschen Bücherei und der Staatsbibliothek bargen aber auch die Vorbereitungsarbeiten einigen Konfliktstoff in sich. Einen zentralen Streitpunkt bildete die Frage, inwiefern sich die Deutsche Bücherei als »Nationalbibliothek« und/oder »sozialistische wissenschaftliche Bibliothek« präsentieren sollte. Aus Sicht der Leipziger Bibliothekare, die aus dem Fest ein »internationales Ereignis« machen wollten, lag der Fokus klar auf Erstgenanntem. Die Auseinandersetzung mit Westdeutschland bzw. der Deutschen Bibliothek, wo man einer »Spaltung des historisch gewachsenen wissenschaftlichen Bibliothekswesens in Deutschland« Vorschub leiste, und das Bekenntnis zum »ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat«, der der Deutschen Bücherei erstmals eine gedeihliche Entwicklungsgrundlage biete, stellten die narrativen Eckpunkte in den Planungen Leipzigs dar. Auch hinsichtlich der Adressaten lag der Schwerpunkt eindeutig auf ausländischen Vertretern von Nationalbibliotheken, westdeutschen Buchhändlern und Verlegern, denen ganze vier Tage der angedachten Festwoche (1.-7. Oktober

32 Die Statuten der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei vom 5. Oktober 1964 sind veröffentlicht in: Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen, Nr. 1/2 vom 15.2.1965, S. 4-6.

33 Ein markantes Beispiel hierfür ist eine an sich trivial anmutende Episode aus dem Jahr 1969. Im April fragte ein Bibliothekar der Deutschen Staatsbibliothek bei der Deutschen Bücherei an, ob die Leipziger Bibliothekare die Arbeit an einem Gemeinschaftsprojekt, dem Zentralkatalog der Literatur zur Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, beschleunigen könnten. Daraufhin erhielten sie eine unfreundliche Antwort aus Leipzig, die in den Akten jedoch nicht überliefert ist. Die Reaktion Horst Kunzes auf den Briefwechsel spricht aber Bände: »Euer Schreiben vom 29.5. gefällt mir nicht. Es ist in traditioneller Weise ein Zurückschlagen mit vielen Beschuldigungen der Deutschen Staatsbibliothek. Ich habe keine Lust mehr, diese Methoden des überholten Kleinkrieges fortzusetzen. [...] Ich bin der Meinung, wir haben diese veralteten [sic!] Methoden hinter uns gebracht.« Vgl. Horst Kunze an Helmut Röttsch, 4.7.1969, SBB, G II/A/30, Bd. 4, unfol.

1962) gewidmet sein sollten. Zwei Tage davon waren für eine »wissenschaftliche Konferenz« reserviert, auf der die Deutsche Bücherei als »Nationalbibliothek« propagandistisch legitimiert werden sollte.³⁴ Im Staatssekretariat und in der SED-Bezirksleitung Leipzig sah man diese Planungen jedoch kritisch. In Ost-Berlin bemängelte man, dass den (ostdeutschen) Benutzern als Zielgruppe noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde.³⁵ Erwin Marks, Hauptreferent im Staatssekretariat, mahnte an, dass es nicht genüge, am Rande der Feierlichkeiten Lichtbildvorträge in Großbetrieben zu halten, auch müsse man die Schulen aktiv beteiligen. Zudem monierte Kurt Brückmann (unter Anführung von finanziellen Gründen), dass die vorgesehenen informellen Zusammenkünfte mit ausländischen und westdeutschen Vertretern deutlich beschränkt werden müssten.³⁶ Die Abteilung Volksbildung und Kultur der SED-Bezirksleitung wiederum verwies darauf, dass eine »sozialistische[n] Deutsche[n] Nationalbibliothek« auch Brigaden, Arbeitsgemeinschaften und Vertreter von Betriebs- und Dorfkademien an den Feierlichkeiten beteiligen müsse.³⁷

Einen anderen Streitpunkt bildeten die von den Bibliothekaren erarbeiteten Thesen, die die »ideologischen Grundfragen« der Feierlichkeiten und der anzufertigenden Festschrift klären sollten. Dabei war man sich in Leipzig völlig im Klaren darüber, dass die Darstellung »heute nur noch vom Standpunkt des historischen Materialismus heraus erfolgen [kann], wollen wir uns von vorherein nicht der Kritik aussetzen«.³⁸ Dennoch gab es im Vorfeld im Kollegium der Deutschen Bücherei Diskussionen über die thematischen Schwerpunkte. Der Großteil der Bibliothekare sprach sich, angesichts des anvisierten Adressatenkreises, für ein Übergewicht der historischen Darstellung aus, während nur einzelne Bibliothekare wie Werner Rittner und Vertreter des Staatssekretariats einen stärkeren Gegenwartsbezug forderten.³⁹ Das Ergebnis der internen Diskussionen war ein 22-seitiges Dokument mit 43 Thesen, in denen sich Ver-

34 Helmut Röttsch, Konzeption für die Durchführung der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der Deutschen Bücherei, 12.12.1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 51f.; Begründung für die Durchführung des Jubiläums, o.D., BArch, DR 3, 1. Schicht, 3031, unfol.

35 Bemerkungen zu den Thesen der Deutschen Bücherei, 30.1.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 67.

36 Protokoll der Kollegiumssitzung am 22.3.1962, ADNBL, 153/6/1, Bl. 133.

37 SED-Bezirksleitung, Abt. Volksbildung und Kultur, Bemerkungen der Abteilung Volksbildung und Kultur zu den Thesen und der Konzeption zum 50. Jahrestag der Gründung der Deutschen Bücherei, 2.3.1962, SächsStAL, 21123, IV/2/09/02/531, unfol.

38 Helmut Röttsch an Horst Kunze, 5.5.1962, SBB, G II/A/30, Bd. 2, unfol.

39 Protokoll über die am 26.10.1959 stattgefundenere erweiterte Kollegiumssitzung, ADNBL, 153/6/1, Bl. 192f.; Protokoll über die am 14.12.1959 stattgefundenere erweiterte Kollegiumssitzung, ebd., unfol.

suche der historisch-materialistischen Einordnung der Hausgeschichte mit bibliothekspolitischen Interessen mischten. Großen Raum nahmen somit die minutiöse Darstellung der fachlichen Leistungen und die historische Einordnung der Bibliotheksgeschichte ein, die jedoch für den Geschmack des Staatssekretariats zu undogmatisch daherkam.⁴⁰ Unstrittig war, dass die Deutsche Bücherei ihre Ursprünge in der »bürgerlich-demokratischen« Revolution von 1848 hätte. Die Darstellung aller nachfolgenden Epochen aber wurde als zu »objektivistisch« und einer »bürgerlichen Chronik« ähnelnd zurückgewiesen.⁴¹ Der »Ansatz einer Auseinandersetzung« sei zwar vorhanden, aber »noch zu schwach«. Im Kaiserreich, so ein Monitum, habe sich die Deutsche Bücherei nicht deshalb mehr schlecht als recht entwickeln können, weil der Partikularismus einer zentralen Nationalbibliothek entgegenstand, sondern weil der »preußisch-deutsche Imperialismus« zutiefst »antinational« gewesen sei. Die Betonung des Partikularismus war freilich auch eine verdeckte Spitze gegen die Staatsbibliothek, die man, so der Stellvertreter Rötzschs, Gerhard Hesse, bewusst nicht in die Darstellung aufgenommen habe. Schließlich konnte man schlecht die Gründung der Deutschen Bücherei als »demokratischen Akt von unten gegen die reaktionäre kulturelle Lage in Deutschland«⁴² beschreiben und dann im gleichen Atemzug einer staatlichen Bibliothek ebenso das Recht zugestehen, Teil einer »Nationalbibliothek« zu sein.⁴³ Das Staatssekretariat machte dagegen unverhohlen deutlich, dass bei den Feierlichkeiten nicht die Deutsche Bücherei an sich, sondern deren »gesellschaftliche Rolle« und sozialistischer Charakter im Mittelpunkt stehen sollten. Ferner war die Einladung von Vertretern westdeutscher Unternehmen und Behörden bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des »Nationalen Dokumentes« im März 1962 politisch unerwünscht geworden.⁴⁴

Das Leipziger Thesenpapier wurde schließlich um die Hälfte gekürzt und der geschichtspolitischen Leitlinie der SED angepasst. Auch am Festprogramm wurden empfindliche Abstriche gemacht. Die Festwoche wurde auf fünf Tage begrenzt, das Budget von ursprünglich 118.000 auf zunächst 96.000, dann 76.000 DM (Ost) herabgesetzt und anstatt 160 durften nur noch 80 westdeutsche bzw. ausländische Gäste geladen werden. Zudem mussten sich die Mitarbeiter der

40 Thesen zum 50. Jahrestag der Gründung der Deutschen Bücherei, Dezember 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/69I, Bl. 53-63.

41 Bemerkungen zu den Thesen der Deutschen Bücherei, 30.1.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/69I, Bl. 65.

42 Fritz Schaaf, Bericht über die beiden Seminare zum Nationalen Dokument, 22.5.1962, ADNBL, 152/1/6, Bd. 3, Bl. 75.

43 Protokoll der Kollegiumssitzung am 22.3.1962, ADNBL, 153/6/1, Bl. 130-134.

44 Deutsche Bücherei, Verwaltungsdirektor, Waldemar Krieger, Aktennotiz, Betr.: Aussprache beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen – Sektor Internationale Tagungen und Kongresse – am 5.3.1962 über Fragen der 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei, 9.3.1962, ADNBL, 187/3/5/0, Bl. 118-120.

Deutschen Bücherei zu Brigaden zusammenfinden und die im Vorfeld nationaler Ereignisse üblichen zusätzlichen Leistungen erbringen, wobei die Hauptdirektion dies nutzte, um den im Zweiten Weltkrieg zerstörten Verlegerkatalog vollständig zu rekonstruieren und die in den 1950er Jahren übernommenen Restbestände der einstigen Börsenvereins-Bibliothek aufzustellen. Ansonsten hielt man aber an der Leitlinie fest, die Leistungen der Deutschen Bücherei auf nationaler und internationaler Ebene und die Auseinandersetzung zwischen Ost- und Westdeutschland in den Mittelpunkt zu stellen.⁴⁵ Schließlich wurden die Streichungen der im Detail genannten Leistungen der Bibliothek dadurch kompensiert, dass die Mitarbeiter der Deutschen Bücherei dazu angehalten wurden, im Vorfeld der Feier entsprechende Beiträge in nationalen und internationalen Medien zu platzieren.⁴⁶ Die Geschichte der Deutschen Bücherei aber las sich nun ganz im Sinne des offiziellen Geschichtsbildes und im Sinne der Deutschen Bücherei. Sie sei 1912 von »nichtmonopolistischen Kreisen der deutschen Bourgeoisie«, den Buchhändlern, als »Nationalbibliothek« gegründet worden – zu einer Zeit, als die »Konterrevolution« gegen das erstarkte »Proletariat« längst begonnen hatte und sich die Buchhändler und Verleger auf das Erbe der »bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49« rückbesannen. Jedoch habe die Bibliothek ihr »progressives« Potential in den folgenden Jahren nicht durchsetzen können. Dies sei ihr erst nach der Abschaffung des »bürgerlichen Bildungsprivilegs« in der DDR vergönnt gewesen.⁴⁷ Dass die Deutsche Bücherei zur Zeit des »Imperialismus« gerade nicht von staatlichen Akteuren gegründet worden war, erwies sich für die retrospektive ideologische Einordnung geradezu als Glücksfall, der nun als geschichtliche Gesetzmäßigkeit erscheinen konnte.

Allerdings war auch diese Version nicht unumstritten. Gegenwind kam nun vor allem aus der Deutschen Staatsbibliothek. Dort war man zutiefst verärgert über Leipzig, hatte die Deutsche Bücherei doch die Verabschiedung des gewünschten Statutes im Rahmen der 300-Jahr-Feier verhindert. Wie stark die Verbitterung war, zeigt auch ein unorthodoxer Vorschlag für ein Geschenk, das man den Leipzigern zum Jubiläum überreichen wollte. Heinrich Roloff, der neben Horst Kunze zu den energischsten Kritikern der Deutschen Bücherei im Streit um den Titel »Nationalbibliothek« zählte, trat dabei mit einer »etwas ungewöhnlich[en]« Idee hervor. Er schlug vor, den Leipziger Kollegen eine Fotokopie des alten Preußischen Realkataloges (57 Bände) zu überreichen, der die

45 Konzeption für die Durchführung der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der Deutschen Bücherei, [7.4.1962], ebd., Bl. 17-25; Vorlage für das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Betr.: Fünfzig-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei zu Leipzig, o.D., ebd., Bl. 124-130.

46 Der Presseplan der Deutschen Bücherei befindet sich in ebd., unfol.

47 Thesen zum Referat »Die Nationalbibliothek – ihre Funktion und Aufgaben im Kapitalismus und im Sozialismus«, 3. Entwurf, 16.7.1962, ebd., Bl. 95-101.

gesamte »deutsche nationale Literatur« vor 1913 verzeichnete, damit die Deutsche Bücherei ihren historischen Auftrag als »Nationalbibliothek« erfüllen könne.⁴⁸ Freilich war man sich im Hause bewusst, dass dies »nach einer direkten Provokation« rieche und davon abzuratet sei.⁴⁹

Allerdings konnte die Deutsche Bücherei die Kollegen aus Ost-Berlin auch nicht ignorieren, sondern deren Beteiligung an den eigenen Feierlichkeiten erschien politisch nur allzu opportun. Sogar ein Redebeitrag auf der »wissenschaftlichen Konferenz« wurde ihnen zugestanden. Sie durften damit gleichermaßen ihre Meinung zu den Thesen der Deutschen Bücherei unterbreiten und hielten dabei mit kleinteiliger Kritik an den »z.T. elementaren Fehler[n]« nicht hinterm Berg, was sie auch in der ostdeutschen Fachcommunity kommunizierten. Freilich monierten sie dabei in erster Linie die geglättete Geschichte der Deutschen Bücherei. Zum einen hätten sich die »Verleger des imperialistischen Deutschland vor dem ersten Weltkrieg« keineswegs als »Vollstrecker des Erbes der 48er betrachtet«, zum anderen könne »nicht ignoriert werden, daß es auch eine Deutsche Staatsbibliothek gibt, die – wie jedermann sich überzeugen kann – Funktionen einer Nationalbibliothek wahrnimmt, in die sie hineinwuchs, als die Deutsche Bücherei noch gar nicht existierte«.⁵⁰ Mit Verweis auf Adolf von Harnack, der die Königlich-Preußische Bibliothek zur Nationalbibliothek machen wollte, stellte Horst Kunze sogar die Ansicht infrage, dass es sich bei der Schaffung der Deutschen Bücherei um eine »fortschrittliche Tat« gehandelt habe. Einen weiteren Angriffspunkt bot die Sammlungspraxis der Deutschen Bücherei, die durch die Einbeziehung des österreichischen und schweizerischen Schrifttums die geistige Grundlage für den großdeutschen Imperialismus gelegt habe. Vor allem dieser Aspekt sollte die Leipziger zu einer Stellungnahme zwingen. Unabhängig davon müssten Thesen und Eröffnungsreferat, so Kunze weiter, »ihren Schwerpunkt im Neuen haben«. Es wäre herauszustellen, welche Aufgaben eine »Nationalbibliothek« im Sozialismus habe. Die »kapitalistischen Verhältnisse«, gegen die man in Leipzig zu argumentieren beabsichtigte, dürften hingegen nur als Kontrastfolie herangezogen werden.⁵¹ Erfolg war diesem Einflussversuch allerdings nur bedingt beschieden. Vor allem die historischen Einwände erschienen politisch nicht opportun, sodass sie im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen auf Ablehnung stießen:

48 Heinrich Roloff an Horst Kunze, Betr. Geschenk für die Deutsche Bücherei, 17.1.1962, SBB, G II/A/36, unfol.

49 Werner Dube an Horst Kunze, 19.4.1962, ebd., unfol.

50 Deutsche Staatsbibliothek, Stellvertreter des Hauptdirektors, Werner Dube, an den Vorsitzenden des Beirats für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Horst Kunze, 26.7.1962, ebd., unfol.

51 Protokoll Nr. 1 der Kollegiumssitzung am 28. Juli 1962, 1.8.1962, ebd., unfol.

»In diesen Diskussionen zeigte sich, daß die Genossen der Deutschen Staatsbibliothek den ganzen Umfang des Nationalen Dokuments nicht allseitig begriffen hatten. Sie behaupten nämlich, daß die Gründung der Deutschen Bücherei im Jahre 1912 – also in der imperialistischen Phase der deutschen Geschichte – keine historisch fortschrittliche Tat mehr sein konnte. Die Deutsche Bücherei wurde aber nicht vom Deutschen Reich geschaffen, sondern von nationalgesinnten Buchhändlern im Deutschen Börsenverein, also nicht monopolistisch orientierten Kreisen der deutschen Bourgeoisie, deren merkantile Interessen nationale Zielsetzungen nicht ausschlossen.«⁵²

Aber auch die Deutsche Bücherei wurde für ihr Beharren kritisiert, den Fokus zu sehr auf die Entlarvung der »antinationalen Politik des westdeutschen Staates« legen zu wollen.⁵³ Kurt Brückmanns Fazit war: Die Mängel der Thesen lägen in der zu oberflächlichen Analyse der herrschenden Kräfte, die Deutsche Bücherei sei aber für die nationale Entwicklung »progressiv«, der Gegenwartsbezug zum Sozialismus müsse hingegen deutlicher werden.⁵⁴ Wie dies geschehen sollte, war allen Beteiligten aber unklar. Schon in der Diskussion mit Vertretern der Staatsbibliothek war zur Sprache gekommen, dass es in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten keine Debatten über das Wesen von Nationalbibliotheken gegeben habe, dies sei vielmehr eine Angelegenheit der »bürgerlichen Bibliothekswissenschaft«.⁵⁵ Damit blieb die Forderung nach mehr Gegenwartsbezug praktisch folgenlos, lediglich der Titel des Eröffnungsreferates musste abgeändert werden.

Die Feierlichkeiten fanden vom 2. bis zum 5. Oktober 1962 statt. Die einzelnen Programmpunkte waren durchgeplant und eine kurzfristig zusammengesetzte Parteigruppe war installiert worden, um bei unvorhergesehenen Zwischenfällen korrigierend eingreifen zu können. Schließlich waren die ausgewählten Betreuer für die auswärtigen Gäste von Kurt Brückmann im Vorfeld noch einmal persönlich über die Kulturpolitik der DDR und die Struktur des Bibliothekswesens unterwiesen worden. Das große »internationale Ereignis«, das sich die Leipziger Bibliothekare erhofft hatten, wurde es dann aber doch nicht. Von den 1.334 Gästen kamen letztlich nur 78 aus dem westlichen und sozialistischen Ausland, der Rest kam aus der DDR. Das war angesichts der ursprünglich ausgestellten 543

52 Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Wiss. Publikationen, Museen und Bibliotheken, Erwin Marks, an den Stellvertreter des Staatssekretär, Heinz Herder, 2.8.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 78.

53 Ebd.

54 Protokoll über die 1. Arbeitstagung des Beirats für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der DDR am 2. August 1962 in Leipzig, BArch, DR 3, 1. Schicht, 3291, unfol.

55 Protokoll Nr. 1 der Kollegiumssitzung am 28. Juli 1962, 1.8.1962, SBB, G II/A/36, unfol.

Einladungen an auswärtige Gäste zwar eine magere Ausbeute, die Staats- und Parteiorgane hatten aber ohnehin nur 80 zugelassen. Unter den 78 auswärtigen Besuchern befanden sich 20 westdeutsche Gäste, darunter überwiegend Vertreter von Verlagen, aber nur ein Bibliothekar.⁵⁶ Die meisten eingeladenen Bibliothekare hatten aus Protest gegen den Mauerbau abgesagt. Auf der Liste der Abwesenden befanden sich jedoch auch sämtliche Vertreter der Sowjetunion, die es vorgezogen hatten, einer Veranstaltung in Schweden beizuwohnen.⁵⁷ Damit blieb der politischen Demonstration für ein einheitliches Deutschland unter sozialistischen Vorzeichen die erhoffte Legitimation aus Moskau verwehrt, zumal jedwede Reaktion auf die Einladungen unterblieb. Das hatte wohl politische Gründe. Gerade in Fragen der Deutschlandpolitik war das Verhältnis zwischen Ulbricht und Chruschtschow gespannt. Moskaus Referenzrahmen lagen in erster Linie bei den Westmächten, deren Nerven der Kreml-Chef angesichts der Berlin-Krise nicht allzu sehr strapazieren wollte, Ulbrichts deutschlandpolitische Ambitionen passten dabei nur bedingt ins Konzept. Er ignorierte sie⁵⁸ bzw. nutzte sie im Gespräch mit Westdeutschland allenfalls als Faustpfand, um die Bundesrepublik und damit den Westen insgesamt zu intensiveren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu bewegen.⁵⁹ Zudem lag das politische Hauptaugenmerk der Sowjets im Oktober 1962 ohnehin gänzlich auf Kuba, wo das Wettrüsten mit der USA einen Nuklearkrieg auszulösen drohte. Erwähnt sei gleichwohl, dass auch Ulbricht seinen im Herbst 1961 noch zugesicherten Besuch⁶⁰ ebenso absagte, wobei unklar ist, ob dies auf sowjetische Intervention hin geschah oder nicht. Als politische Großdemonstration hatte die Feier allein schon durch diese Absagen an Tragweite eingebüßt.

Mit dem Ablauf des öffentlich inszenierten Teils am 2. und 3. Oktober zeigte man sich aus bibliothekarischer Sicht jedoch insgesamt zufrieden. An diesen Ta-

56 Helmut Röttsch, Bericht über die 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei, 17.10.1962, ADNBL, 154/4, Bl. 5, 13.

57 Erwin Marks, Einschätzung der Jubiläumsveranstaltungen und des Ablaufs der 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei Leipzig, 15.10.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 81.

58 Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohhpolitik und Mauerbau, München 2009, S. 285-289.

59 Gespräch Chruschtschows mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Hans Kroll, am 11. September 1962 in Pizunda (Auszug), in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Chruschtschows Westpolitik 1955-1964, Bd. 3: Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962), München 2011, S. 614-628.

60 In den ersten Planungsunterlagen hieß es noch, Walter Ulbricht habe bereits am 18. Januar 1961 mitteilen lassen, »auf jeden Fall [...] der sich im Oktober 1962 jährenden Gründungsfeier der DB beizuwohnen«. Vgl. Helmut Röttsch, Konzeption für die Durchführung der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der Deutschen Bücherei, 12.12.1961, BArch, DR 3, 1. Schicht, 3031, unfol.

gen wurde eine Sonderausstellung zur Geschichte der Deutschen Bücherei von Staatssekretär Wilhelm Girnus eröffnet und besichtigt, es hangelte Grußadressen, man besuchte gemeinsam die Leipziger Oper und fand sich am zweiten Tag zu einer repräsentativen Festveranstaltung im Schauspielhaus ein, bei der der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Alexander Abusch, die Festansprache hielt. Während die Regierungsvertreter sich anschließend durch die Räumlichkeiten der Deutschen Bücherei führen ließen, machte sich eine kleine Gruppe ausländischer Gäste auf den Weg zum Grabe Heinrich Uhlendahls, um dort einen Kranz niederzulegen. Darauf folgte ein Festempfang der DDR-Regierung.⁶¹ Am Abend schließlich aß man zusammen, während das bekannte Leipziger Kabarett »Pfeffermühle« aufspielte. Auch wenn die Qualität des Essens und der Service des Gaststättenpersonals Anlass zu Klagen gegeben hätten und die Technik gelegentlich nicht mitspielen wollte,⁶² sei die Feststimmung zu jeder Zeit ausgelassen gewesen. Nicht nur Helmut Röttsch und Erwin Marks, selbst Horst Kunze wertete die Festwoche als »einen großen Erfolg für die Deutsche Bücherei und darüber hinaus für das gesamte Bibliothekswesen in der Deutschen Demokratischen Republik«, nicht zuletzt weil nun auch auswärtige Gäste erleben konnten, »welch hohes Ansehen des Bibliothekswesen in unserem Staate genießt und wie aufmerksam die Bibliotheken von Partei und Regierung gefördert werden«. Angesichts der Spannungen zwischen beiden Häusern konnte sich Kunze einige Seitenhiebe auf Leipzig dennoch nicht verkneifen. So betonte er gegenüber dem Staatssekretariat, dass sich die jüngeren Leipziger Bibliothekare außerhalb des offiziellen Programms kaum als würdige Gastgeber verhalten hätten.⁶³

Politische Komplikationen bereitete indes die für den 4. und 5. Oktober angesetzte »wissenschaftliche Konferenz«, um deren konzeptionelle Ausrichtung man bis zuletzt gestritten und nur einen leidigen Kompromiss gefunden hatte. Hierbei gingen auch die Einschätzungen der Deutschen Bücherei, der Deutschen Staatsbibliothek und des Staatssekretariats, die sich schon beim Streit um die ideologische

61 In dieser Form war die Abfolge der Feierlichkeiten Ende August 1962 von der SED-Bezirksleitung Leipzig endgültig bestätigt. Vgl. SED-Bezirksleitung, Abt. Volksbildung und Kultur, Sekretariatsvorlage (Plan der Veranstaltungen in der Jubiläumswoche), 30.8.1962, SächsStAL, 21123, IV/2/3/318, Bl. 152f. An dieser Stelle sei nur erwähnt, dass neben dem offiziellen Programm weitere kleinere Veranstaltungen insbesondere für die Gäste der Bundesrepublik und des Auslands stattfanden. Vgl. Rat der Stadt Leipzig, Abt. Kultur, an den Oberbürgermeister Walter Kresse, Betr.: Verlauf der Feierlichkeiten aus Anlaß der 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei vom 2. bis 5.10.62, 24.9.1962, StadtAL, StVuR, 2158, Bl. 57.

62 Helmut Röttsch, Bericht über die 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei, 17.10.1962, ADNBL, 154/4, Bl. 24f.

63 Deutsche Staatsbibliothek, Horst Kunze, an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Wiss. Bibliotheken, Museen und Publikationen, Bericht über die 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei, 22.10.1962, SBB, G II/A/36, unfol.

Leitlinie nicht auf einen verbindlichen Referenzrahmen für die historische Darstellung hatten einigen können, deutlich auseinander. Helmut Röttsch betonte in seiner Beurteilung, dass man dem eigenen Anspruch, »zu den führenden Weltbibliotheken« zu gehören, gerecht geworden sei,⁶⁴ aus der Perspektive von Horst Kunze und Erwin Marks kam dagegen besonders der erste Konferenztag einem politischen Desaster gleich. Was war passiert? »[D]ass unsere politische Konzeption nicht in allen Punkten die Zustimmung der Gäste aus den NATO-Staaten erhalten würde«, war allen Beteiligten bereits im Vorfeld bewusst.⁶⁵ Ein besonderes Ärgernis aus Marks' Sicht aber war der Auftritt Josef Stummvolls, zumal es sich bei diesem Redner um einen ganz besonderen Gast handelte. Stummvoll war Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek und offizieller Repräsentant (Vizepräsident) des Internationalen Dachverbandes der Bibliotheksverbände IFLA. Stummvoll hatte zudem seine Ausbildung zum wissenschaftlichen Bibliothekar unter Heinrich Uhlendahl in der Deutschen Bücherei genossen, unterhielt zu diesem und seinen Nachfolgern einen engen persönlichen Kontakt und versorgte die Deutsche Bücherei seit den 1950er Jahren informell mit Dubletten aus der österreichischen Verlagsproduktion.⁶⁶ Ausgerechnet er gerierte sich nun jedoch als Fürsprecher der Zweistaatlichkeit. Der Wiener Generaldirektor hielt eine flammende Rede aus dem Stegreif, geißelte den »Einheitsphrasennebel« der DDR, räumte der Deutschen Bibliothek ebenso ein Existenzrecht ein wie der Deutschen Bücherei, mahnte Letztgenannte zu »Selbstbeschränkung« und erntete hierfür großen Beifall. Zudem sprach er der Deutschen Bücherei als »Nationalbibliothek« das Recht ab, österreichische und schweizerische Titel weiterhin in der Nationalbibliographie anzuzeigen und verwies auf die Annexion Österreichs durch die Nazis.⁶⁷ Das war freilich erwartbar und so war aus Marks' Sicht auch nicht Stummvolls Rede an sich das Ärgernis, sondern die Stellungnahmen der Leipziger Bibliothekare, die gegenüber den Worten des Wahl-Österreichers einfürmig daherkamen und die Argumente Stummvolls nicht zu entkräften vermochten. Das Fass zum Überlaufen brachte, dass der erste Konferenztag noch vor Ablauf der vorgesehenen Zeit abgebrochen und nicht dazu genutzt worden war, die Auffassungen Stummvolls weiter zu »diskutieren«.

Für Ärger sorgte aber auch der Redebeitrag Werner Dubes von der Deutschen Staatsbibliothek. Dube hatte sich angesichts des vorausgegangenen Streits

64 Helmut Röttsch, Bericht über die 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei, 17.10.1962, ADNBL, 154/4, Bl. 1.

65 Erwin Marks, Einschätzung der Jubiläumsveranstaltungen und des Ablaufs der 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei Leipzig, 15.10.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 84.

66 Curt Fleischhack an Josef Stummvoll, 3.11.1955, ADNBL, 814/3, Bl. 22.

67 Die Beiträge wurden auf Tonband festgehalten, um sie später zu publizieren. Eine unkorrigierte Abschrift befindet sich in ADNBL, 187/3/5/0. Zur Rede Josef Stummvolls vgl. ebd., Bl. 32-34.

in politischer Zurückhaltung geübt und sich an der Auseinandersetzung mit Stummvoll nicht beteiligt. Marks sah es daher angezeigt, nach dem ersten Konferenztag die Parteigruppe zusammenzurufen, um die Probleme aus der Welt zu schaffen. Vor allem Horst Kunze wurde dabei »verpflichtet«, am zweiten Konferenztag eine »klare[n] und unmißverständliche[n] Stellungnahme zur Frage der Nationalbibliothek« vorzutragen. Nach Marks' Urteil habe er diesen Parteauftrag zur Erleichterung anwesender Genossen schließlich mit Bravour erfüllt, auch wenn in den Reihen der Staatsbibliothek sichtlich »Verwirrung« geherrscht habe.⁶⁸ Kunze habe sich zudem besser geschlagen als die jungen Genossen der Deutschen Bücherei, die noch nicht das »Format« besäßen, »um auf einer solchen internationalen Konferenz wirkungsvoll aufzutreten«.⁶⁹ Dass Kunze, trotz des eher widerwillig erfüllten Parteauftrages, am Ende als Retter des zweiten Konferenztages erschien, mag für ihn nur ein schwacher Trost gewesen sein. Er ging aus der Festwoche mit gemischten Gefühlen heraus. Einerseits hatte er nicht aus eigenen Stücken Partei für die Leipziger Kollegen ergriffen, andererseits sah er sich in seinen Auffassungen nach den Feierlichkeiten bestätigt. Vor allem Alexander Abusch und Kurt Brückmann hatten in ihren Redebeiträgen die Gleichrangigkeit der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek an der Spitze des (ost-)deutschen Bibliothekswesens betont,⁷⁰ was Kunze zum Anlass nahm, seine zuvor geäußerte Kritik noch einmal im Staatssekretariat vorzutragen. Dabei kritisierte er die amateurhaften und »deklamatorischen« Redebeiträge der Leipziger Kollegen scharf: »[D]urch die Enge des wissenschaftlichen Programms« habe man sich »eine günstige Gelegenheit entgehen lassen, einem internationalen Forum ihre [der Deutschen Bücherei, d. V.] wirklich beachtenswerten Leistungen, z. B. auf dem Gebiet der Bibliographie oder auf dem Gebiet der Forschungsarbeiten über Buch- und Schriftwesen, vor Augen zu führen.«⁷¹

68 In seiner Rede am zweiten Tag hatte Kunze sowohl die Bundesrepublik als Fortsetzung des Nationalsozialismus charakterisiert als auch den »humanistischen« Erziehungsauftrag sozialistischer Bibliotheken (»Buch ist nicht gleich Buch«) herausgestellt, zugleich aber die Gleichrangigkeit der Deutschen Bücherei und Deutschen Staatsbibliothek betont. Vgl. ebd., Bl. 65 f.

69 Erwin Marks, Einschätzung der Jubiläumsveranstaltungen und des Ablaufs der 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei Leipzig, 15.10.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 85 f.

70 Zur Festansprache Alexander Abuschs vgl. Alexander Abusch, Auf dem Wege zu einer humanistischen Blüte der deutschen Kultur. Aus der Festansprache zur 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei am 3. Oktober im Leipziger Schauspielhaus, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 43 vom 22. Oktober 1962, S. 646-649, hier S. 646. Zum Redebeitrag Kurt Brückmanns auf der wissenschaftlichen Konferenz vgl. ADNBL, 187/3/5/0, Bl. 39-43.

71 Deutsche Staatsbibliothek, Horst Kunze, an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Wiss. Bibliotheken, Museen und Publikationen, Be-

Auch bei der Auswertung der Feierlichkeiten im Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen übten Kunze und Dube noch einmal harsche Kritik an der Deutschen Bücherei und forderten diese dazu auf, künftig auf die Anzeige österreichischer und Schweizer Literatur zu verzichten, wohl wissend, dass man hiermit einen wunden Punkt traf.⁷²

Während die ostdeutschen Pressemedien erwartungsgemäß vor Erfolgsmeldungen strotzten, zeigen die internen Einschätzungen der Deutschen Bücherei, der Deutschen Staatsbibliothek und des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen, dass die Festwoche für keine der drei Parteien als durchschlagender Erfolg verbucht werden konnte. Die Kritikpunkte der beiden Letztgenannten hatten sich bereits in der Vorbereitungsphase angedeutet. Auch die politische Großdemonstration, die man sich erhofft hatte, war die Festwoche am Ende nicht. Für die Deutsche Bücherei hatten die Feierlichkeiten letztlich auch konkrete negative Folgen. Noch während der Feierlichkeiten brachten drei Verlagsvertreter, darunter der Springer-Verlag, ihr »Befremden über den politischen Charakter der 50-Jahr-Feier zum Ausdruck«, gaben die ihnen überreichten Gedenkmedaillen sowie Festschriften zurück⁷³ und forderten die Verantwortlichen auf, ihnen dies als Ausdruck ihres Protestes schriftlich zu bestätigen, was jene freilich nicht taten. Die protestierenden Verlage stellten ihre Lieferungen nach Leipzig umgehend ein,⁷⁴ zwei von ihnen nahmen die Belieferung aber wenige Wochen später wieder auf, nachdem ihnen Helmut Röttsch versichert hatte, dass die Deutsche Bücherei nicht auf Konfrontation aus sei.⁷⁵ Die angeordnete Veröffentlichung der Beiträge der »wissenschaftlichen Konferenz« unterließ man zudem aus Rücksicht auf das Verhältnis zum westdeutschen Verlagswesen.⁷⁶

Von längerer Dauer war indes der sich an die Festwoche unmittelbar anschließende Konflikt mit Josef Stummvoll. Das lag weniger an den Wortgefechten während der Konferenz selbst, sondern vielmehr daran, dass ostdeutsche Medien

richt über die 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei, 22.10.1962, SBB, G II/A/36, unfol.

72 Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik, Der Sekretär, 2. Teil des Protokolls über die 2. Arbeitstagung des Beirates für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der DDR am 14. November 1962 in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin, 29.1.1963, ADNBL, 806/2, Bl. 158f.

73 Helmut Röttsch, Bericht über die 50-Jahr-Feier der Deutschen Bücherei, 17.10.1962, ADNBL, 154/4, Bl. 3.

74 Erwin Marks, Einschätzung der Jubiläumsveranstaltungen und des Ablaufs der 50-Jahrfeier der Deutschen Bücherei Leipzig, 15.10.1962, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/691, Bl. 87f.

75 Helmut Röttsch an Josef Stummvoll, 3.1.1963, ADNBL, 154/4, unfol.

76 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei über das Jahr 1964, ADNBL, 152/2/6, unfol.

seine Anwesenheit zu Propagandazwecken ausgenutzt hatten, wodurch Stummvoll wiederum in Österreich in die Kritik geriet. Stummvoll war indes nur nach Leipzig gekommen, weil ihm Röttsch während der IFLA-Tagung zuvor versichert hatte, dass die 50-Jahr-Feier keinen politischen Hintergrund habe. Hätte er gewusst, was ihn erwartet, wäre er der Feier ferngeblieben, so Stummvoll mahnend an Röttsch.⁷⁷ Die persönlichen Verstimmungen konnten zwar in einem Vier-Augen-Gespräch im Januar 1964 in Wien beigelegt werden, nicht zuletzt weil sich Röttsch als Wahrer der Tradition Uhlendahls und Fleischhacks präsentierte, Stummvoll hielt aber an seiner Forderung bezüglich der Anzeige österreichischer Verlagstitel fest.⁷⁸

Diese Forderung wiederholte Stummvoll im Jahre 1966 noch einmal mit Nachdruck, nachdem er als Mitglied des Ausschusses für geistige Landesverteidigung einen entsprechenden Regierungsauftrag erhalten hatte und mit einer Anrufung der UNESCO drohte. Dem vorausgegangen war im Frühjahr der Erdrutschsieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die bis 1970 allein regierte und gerade im Kulturbereich einen strikt nationalen Kurs verfolgte.⁷⁹ Nach einer erhitzten Debatte im Kollegium der Deutschen Bücherei einigte man sich auf ein konsensorientiertes Vorgehen, auch aus Rücksicht auf die angespannten Beziehungen zwischen der DDR und Österreich.⁸⁰ Nachdem ein informelles Treffen zwischen Stummvoll und Vertretern der Deutschen Bücherei sowie der Deutschen Bibliothek, die ebenfalls auf eine Anzeige österreichischer Titel verzichten sollte, stattgefunden und Frankfurt den Forderungen Stummvolls zähneknirschend zugestimmt hatte,⁸¹ fand man auch in Leipzig ein Lösungsmodell, das sowohl in Wien als auch in Ost-Berlin auf Zustimmung treffen konnte. In den Reihen A und B der Deutschen Nationalbibliographie sollten die österreichischen und sonstigen deutschsprachigen Titel des Auslands nicht mehr erscheinen, dafür in einer monatlich publizierten zusätzlichen Bibliographie.⁸² Hierfür konnten sich

77 Josef Stummvoll an Helmut Röttsch, 12.10.1963, ADNBL, 154/4, unfol.

78 Helmut Röttsch, Vertraulicher Bericht über meine Reise nach Wien zum Besuch des Generaldirektors der Österreichischen Nationalbibliothek, DDr. Josef Stummvoll vom 28.1. bis 1.2.1964, o.D., ebd., unfol.

79 Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2007, S. 315f.

80 Protokoll der außerordentlichen Kollegiumssitzung am 19.9.1966, ADNBL, 153/6/1, Bl. 169.

81 Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 8.12.1966, ADNBL, 814/3, Bl. 155f. Die Deutsche Bibliothek hatte seit 1953 auf die Verzeichnung der österreichischen und Schweizer Titel im wöchentlichen Verzeichnis verzichtet, nachdem der Frankfurter Börsenverein den Forderungen der Verlegerverbände bei einem Treffen in München nachgegeben hatte. Vgl. hierzu Hanns Wilhelm Eppelsheimer an Lambert Schneider, 6.10.1952, BArch, B 106/28731, unfol.

82 Helmut Röttsch, Anweisung, 27.12.1966, ADNBL, 154/1, Bl. 24.

auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)⁸³ und die Wissenschaftsabteilung des ZK der SED erwärmen. Gerade dort sah man sogar den Vorteil, dass durch die Beschränkung auf nur noch »nationales« Schrifttum die Grenzen zwischen ost- und westdeutscher Literatur optisch noch stärker aufgehoben würden. Dies lag zwar nicht unbedingt auf der deutschlandpolitischen Linie der SED, die seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre immer deutlicher die Zweistaatlichkeit betonte, hatte aber den günstigen Nebeneffekt, dass das starke »Übergewicht« der westdeutschen Produktion dann nicht mehr sofort ins Auge fiel.⁸⁴ Diese Praxis wurde bis 1977 aufrechterhalten. Erst in diesem Jahr entschied sich der Hauptverband des österreichischen Buchhandels dazu, die österreichischen Titel – vornehmlich zu Werbezwecken – wieder in der Deutschen Nationalbibliographie anzeigen zu lassen.⁸⁵ Fünf Jahre zuvor hatten die DDR und Österreich offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen.

In diese Debatten mischte sich eine weitere, parallel verlaufende Kontroverse, die mit der 50-Jahr-Feier an sich nichts zu tun hatte, das Verhältnis zwischen Leipzig und Wien aber temporär zusätzlich trübte. 1964 hatte sich Josef Stummvoll, nachdem sich die Wogen im Verhältnis mit Röttsch wieder geglättet hatten, einem seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt zwischen der DDR und Österreich zugewandt. Im Jahre 1936 hatte die österreichische Nationalbibliothek 38 Fragmente von Pehlewi-Papyri, Dokumente aus der Zeit der Besetzung Ägyptens durch die Sassaniden (619–629 n. Chr.), an die Staatlichen Museen zu Berlin entliehen, wo sich weitere dieser Fragmente befanden. In Berlin sollten sie restauriert und wissenschaftlich bearbeitet werden. Sie gelangten allerdings nie nach Wien zurück. Stummvoll hatte sich dieser diplomatischen Aufgabe angenommen⁸⁶ und Helmut Röttsch erklärte sich nach einer Anfrage Stummvolls und angesichts des wiedererlangten Vertrauens dazu bereit, als Vermittler tätig zu werden. Nachdem Stummvoll Ende 1967 in den Ruhestand getreten war, hatte sein Nachfolger Rudolf Fiedler die Aufgabe übernommen und dieser warf – anders als sein Vorgänger – nun die Beziehungen zwischen der österreichischen Nationalbibliothek und der Deutschen Bücherei als Verhandlungsmasse in die diplomatische Waagschale. Obgleich das ostdeutsche Kulturministerium signalisiert hatte, dass die Dokumente »für uns nicht sonderlich wertvolle Stücke«

83 Helmut Lohse, Aktennotiz, Aussprache im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Kulturabteilung, Fachreferat für Österreich am 22.12.1966, 27.12.1966, ADNBL, 814/3, Bl. 153

84 ZK der SED, Abteilung Wissenschaften, Verzeichnung der österreichischen Literatur in der Deutschen Nationalbibliographie, 27.1.1967, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/505, unfol.

85 Hauptverband des österreichischen Buchhandels, Direktor Wilhelm Schwabel, an Helmut Röttsch, 10.8.1977, ADNBL, 866/9, unfol.

86 Josef Stummvoll an die Staatlichen Sammlungen zu Berlin, Generaldirektor Gerhard Meyer, 12.7.1965, ADNBL, 814/3, Bl. 165.

darstellten, und eine Rückgabe befürwortete⁸⁷, wollte man im MfAA »diese Gelegenheit für die Herstellung staatlicher Kontakte« nutzen und verlangte ein offizielles Schreiben des österreichischen Ministeriums für Unterricht und Erziehung.⁸⁸ Freilich war dem kaum Hoffnung beschieden, denn obwohl das neutrale Österreich eine kulturpolitische Mittlerposition zwischen Ost und West behauptete und sich erste Kulturkontakte zur DDR bereits 1954 belegen lassen,⁸⁹ hatte sich Wien der Bonner Nicht-Anerkennungspolitik gegenüber stets loyal verhalten.⁹⁰ Deshalb, aber wohl auch wegen Fiedlers Drohungen hatte man in Ost-Berlin zumindest eine Notvariante in den Blick genommen, die anstatt einer offiziellen Vereinbarung zwischen zwei Ministerien eine Vereinbarung zwischen den beiden Bibliotheksdirektoren (jeweils in Vollmacht der Ministerien) vorsah, um dadurch protokollarische Notwendigkeiten aussparen zu können. Noch ehe es zu einer Entscheidung im MfAA kam, hatte die Sozialdemokratische Partei in Österreich (SPÖ) die Parlamentswahlen 1970 gewonnen und besetzte nun sämtliche Ministerien neu. Der neue Bundeskanzler Bruno Kreisky schloss sich, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, in deutschlandpolitischer Hinsicht dem Deutschlandplan der SPD der 1950er Jahre an. Er plädierte für eine gleichberechtigte Aufnahme der DDR in die UNO, deren Aufgabe es sein sollte, »weltpolitische Reibungszonen ruhigzustellen«. Erst dann würde es auch, so Kreiskys Hoffnung, zu einer »permanenten Demokratisierung der Gesellschaft« in der DDR kommen.⁹¹ Entsprechend dieser Linie signalisierte die erste sozialdemokratische Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Hertha Firnberg, kurz nach Amtsantritt auch Gesprächsbereitschaft in Sachen Pehlewi-Dokumente,⁹² die Verhandlungen kamen aber erst nach der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten am 21. Januar 1972 zustande. Die Deutsche Bücherei war damit aus dem Schussfeld.

Unterdessen hatte sich in der Bundesrepublik eine Stimme aus dem Off gemeldet. Der mittlerweile 85-jährige ehemalige Direktor der Tübinger Universitätsbibliothek, Georg Leyh, nutzte die kühlen Reaktionen auf die 50-Jahr-

87 Helmut Röttsch an den Minister für Kultur, Klaus Gysi, 31.5.1968, ebd., Bl. 192.

88 Minister für Auswärtige Angelegenheiten an den Minister für Kultur, 5.11.1969, Abschrift, ebd., Bl. 209.

89 Andrea Brait, »die große Trennungslinie, die an unserer Haustür vorbeiführt, überbauen«. Zur Vermittlungsfunktion der österreichischen Kulturaußenpolitik zwischen Ost und West, in: Maximilian Graf/Agnes Meisinger (Hrsg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext, Göttingen 2016, S. 259-295, hier S. 266.

90 Maximilian Graf, Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis. Österreich und die DDR 1949-1989/90, in: Zeitgeschichte 39 (2012), Heft 2, S. 75-97, hier S. 82.

91 Bruno Kreisky, Deutschland viergeteilt, in: Monat 22 (1970), Heft 260, S. 20-26, hier S. 25f.

92 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 27.7.1970, ADNBL, 814/3, Bl. 218.

Feier im Westen, um persönliche Wunden zu heilen. Leyh hatte sich zwar nach Kriegsende mit Uhlendahl im Kampf gegen die Deutsche Bibliothek zweckmäßig ausgesöhnt, die bitteren Grabenkämpfe der 1920er und 1930er Jahre um die Titeldrucke aber nie ganz vergessen. In einer ersten Reaktion auf die Übersendung der Festschrift von 1962 schrieb Leyh noch einen freundlichen Brief an Röttsch, in dem der hochbetagte Bibliothekar a.D. um eine Aussprache über die Politisierung des Bibliothekswesens in der DDR und die Verwendung der Titeldrucke bat.⁹³ Was folgte, sorgte nicht nur in Leipzig, sondern auch in der Bundesrepublik und sogar in Wien für Empörung. In einem Aufsatz mit dem harmlosen Titel »Zur Geschichte der Deutschen Bücherei in Leipzig« rief Leyh den Konflikt zwischen Leipzig und Berlin zurück ins öffentliche Bewusstsein und polemisierte scharf gegen Heinrich Uhlendahl.⁹⁴ Dabei nutzte Leyh eine empfindliche Leerstelle, die die Festschrift hinterlassen hatte. In einer Rezension durch den Referendar an der Staatsbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in West-Berlin, Werner Schochow, war deutlich geworden, wie hin- und hergerissen das westdeutsche Bibliothekswesen in Sachen Deutsche Bücherei war. Schochow wusste wohl zu unterscheiden zwischen den fachlichen Leistungen der Bibliothek und den politischen Verbeugungen, wobei die postulierte Dichotomie freilich keineswegs der Realität entsprach. Der Beitrag sagt aber viel über das bibliothekarische Berufsverständnis aus. Für Schochow war die fachliche Expertise das entscheidende Kriterium, Parteizugehörigkeiten und politische Einstellungen seiner ostdeutschen Berufsgenossen spielten für ihn eine untergeordnete Rolle. Als »Kernstück der ganzen Festschrift«⁹⁵ bezeichnete er so den Beitrag Curt Fleischhacks über die Bibliographien der Deutschen Bücherei, ohne freilich zu wissen, dass Fleischhack wegen seiner unpolitischen Haltung als Autor der Festschrift innerhalb der Deutschen Bücherei scharf kritisiert worden war.⁹⁶ Andere Beiträge waren für Schochow dagegen eher Spiegelbild »unsere[r] eigene[n] zerrissene[n] Welt«.⁹⁷ Als eklatante Lücke machte Schochow die »Hauptwirkungszeit Uhlendahls« aus, die in der Festschrift vernachlässigt worden war. Das stand im Widerspruch zu dem Ansehen, das der langjährige Generaldirektor vor allem im Westen genoss. Allerdings war die Festschrift von jenen Bibliothekaren federführend verfasst worden, die in den 1950er Jahren an Uhlendahls Entmachtung gearbeitet hatten. Gleichwohl waren dies auch die Wegbereiter einer Mythisierung Uhlendahls nach dessen Tod. Die während der

93 Georg Leyh an Helmut Röttsch, 19.11.1962, ADNBL, 187/3/5/1, Bl. 70f.

94 Georg Leyh, Zur Geschichte der Deutschen Bücherei in Leipzig, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 12 (1965), Heft 3, S. 149-167.

95 Werner Schochow, Rezension: »Die Deutsche Bücherei 1912-1962«, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 12 (1963), S. 452-455, hier S. 454.

96 Helmut Röttsch an Horst Kunze, 5.5.1962, SBB, G II A/30, Bd. 2, unfol.

97 Schochow, Rezension, S. 455.

Feierlichkeiten ohne Beteiligung von Regierungsvertretern begangene Kranzniederlegung an Uhlendahls Grab war ein erster solcher Schritt. Selbst Kurt Brückmann, einer der schärfsten Kritiker Uhlendahls in den 1950er Jahren, hatte im Vorfeld der Festwoche vorgeschlagen, den großen Lesesaal in »Heinrich-Uhlendahl-Lesesaal« umzubenennen, was aus unbekanntem Gründen aber nicht verwirklicht wurde.⁹⁸ Schließlich wurde auch Helmut Röttsch spätestens durch den Schriftwechsel mit Josef Stummvoll bewusst, wie sehr er im Westen an seinem ruhmreichen Vorgänger gemessen wurde. Es genügte nicht, so Stummvoll, fachliche Expertise auszustrahlen, der »Chef einer solchen Bibliothek« müsse außerdem mit »Umsicht, Vorsicht und Rücksicht« nach außen agieren.⁹⁹

Uhlendahl zum Mythos zu stilisieren bedeutete aber, dessen Erbe zu pflegen und zu wahren. Das war der Kredit, den Röttsch nach der 50-Jahr-Feier nicht verspielen durfte. Dieser Mythisierung wollte Leyh nicht um dessen Dekonstruktion willen, sondern aus persönlichem Frust heraus entgegenwirken, indem er der Fachwelt zeigte, dass die Politisierung der Deutschen Bücherei in der DDR eine Kontinuitätslinie darstelle, die ihren Ausgang bereits im Nationalsozialismus genommen habe und von Uhlendahl aktiv mitgetragen worden sei. Leyh zufolge habe die Gründung der Deutschen Bücherei »eine große Unordnung und Unfrieden in das deutsche Bibliothekswesen hineingetragen«. Der Drang, sich innerhalb des Bibliothekswesens behaupten zu müssen, habe nicht nur hohe Kosten verursacht, sondern auch in der Zukunft zur »Cliquenbildung« geführt. 1933 habe die Bibliothek, namentlich Uhlendahl, die Chance genutzt, als sich Goebbels »nach sowjetischem Vorbild« anschickte, die Bibliotheken zu seinen Propagandawerkzeugen zu »degradieren«. In dieser Zeit sei die Deutsche Bücherei »durch einen sachlich nicht gerechtfertigten nazistischen Willkürakt« zur »Nationalbibliothek« geworden, Uhlendahl hätte mit Goebbels in Komplizenschaft gestanden, heißt es. Der Generaldirektor habe tatenlos zugesehen, wie die Nazis und daran anknüpfend die Sowjets das historische Erbe Althoffs systematisch zerstörten, weil er selbst davon profitierte. Leidtragende all dieser Entwicklung sei letztlich die altherwürdige Berliner Staatsbibliothek gewesen, die einzig für sich den Titel »Nationalbibliothek« beanspruchen könne. Leyh verband mit seiner Polemik zugleich die Forderung an die jüngere Generation, die Geschichte der Deutschen Bücherei kritisch aufzuarbeiten, was in seinen Augen freilich bedeutete, dieser die gesamte Schuld für die Erosion des traditionellen deutschen wissenschaftlichen Bibliothekswesens aufzubürden.¹⁰⁰

Obwohl Leyh – freilich in starker Überspitzung – viele heute in einem ähnlichen Licht erscheinende Probleme ansprach, hatte er bei all seinem Eifer zweierlei nicht im Blick. Einerseits hatte sein Ansehen innerhalb des westdeutschen

98 Protokoll der Kollegiumssitzung am 23.1.1962, ADNBL, 153/6/1, Bl. 141.

99 Josef Stummvoll an Helmut Röttsch, 12.10.1962, ADNBL, 154/4, unfol.

100 Leyh, Zur Geschichte der Deutschen Bücherei in Leipzig.

Bibliothekswesens, an das sich sein Aufsatz im Wesentlichen richtete, seit der Annahme des Nationalpreises der DDR 1954 stark gelitten.¹⁰¹ Andererseits fand sich unter den wissenschaftlichen Bibliothekaren, von denen viele selbst bereits in den 1930er Jahren ihren Beruf ausgeübt hatten, keiner bereit, der Aufforderung Leyhs Folge zu leisten. Antikommunistische Ressentiments waren in der Bundesrepublik und in Österreich zwar noch immer weit verbreitet, ebenso wie die Ansicht, dass Nationalsozialismus und Kommunismus sich in ihrem Wesen nicht voneinander unterschieden. Die Bereitschaft, den Nationalsozialismus jenseits der in Nürnberg verurteilten Täter kritisch zu thematisieren, war in weiten Teilen der Bevölkerung aber noch immer gering. Trotz zahlreicher Initiativen war die »kritische Aneignung der Geschichte« des Nationalsozialismus in den 1960er Jahren noch »in erster Linie eine Angelegenheit von einzelnen, privaten oder institutionell isolierten Akteuren«.¹⁰² Das wissenschaftliche Bibliothekswesen zählte nicht hierzu. Dort setzte die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erst Ende der 1980er Jahre ein.¹⁰³

Die öffentlichen Reaktionen auf den Artikel von Leyh, letztlich aber auch der Artikel selbst, spiegelten die unkritische Haltung der Bibliothekare zur Vergangenheit ihres Berufes wider. Der Beitrag wurde als irritierende Grenzüberschreitung aufgefasst und zog eine kurze, aber lautstarke Welle bibliothekarischer Selbstvergewisserung nach sich, die auch Solidaritätsbekundungen für die Deutsche Bücherei einschloss. In einer ersten Replik machte Erich Zimmermann, der selbst in den 1930er Jahren in der Deutschen Bücherei gearbeitet hatte, ohne Umschweife deutlich, dass Leyhs Kritik an der Inanspruchnahme des Titels »Nationalbibliothek« durch die Deutsche Bücherei und die Äußerungen zur nationalsozialistischen und »ostzonalen« Bibliothekspolitik völlig berechtigt seien, dass es aber »im Interesse unseres Berufes« sei, »Männern wie Wahl, Uhlendahl, Frels, A. Luther« nicht posthum anzugreifen. Sowohl vor als auch nach 1945 hätten die Bibliothekare in Leipzig stets »in zähem Ringen die Eigenständigkeit der fachlichen Arbeit zu behaupten gewußt«.¹⁰⁴ Auch die Stiefschwester Heinrich Uhlendahls, Anna Müller (geb. Tannewitz), die gegen den Herausgeber der *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* sogar Strafanzeige wegen »Verunglimp-

101 Dosa, *Libraries in the political scene*, S. 178.

102 Claudia Fröhlich, *Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik*, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung*, München 2009, S. 105–126, hier S. 118.

103 Zu verweisen ist hierbei besonders auf das Pionierwerk von Peter Vodosek/Manfred Komorowski (Hrsg.), *Bibliotheken während des Nationalsozialismus*, 2 Teile, Wiesbaden 1989–1992.

104 Erich Zimmermann, *Zu Georg Leyhs Auffassung von der Geschichte der Deutschen Bücherei. Ein Wort der Entgegnung*, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 12 (1965), Heft 4, S. 257f.

fung des Andenkens Verstorbenen« gestellt hatte,¹⁰⁵ meldete sich zu Wort und stellte Uhlendahl als Opfer der Nazis dar, der »wie jeder Beamte des Dritten Reiches« die Anordnungen der vorgesetzten Behörden auszuführen hatte. Ihr Bruder habe sogar den Weg in den Widerstand gefunden. Davon zeugten angeblich einige, in der Wohnung des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters, Carl Friedrich Goerdeler, beschlagnahmte Schriften, die nur die Handschrift Uhlendahls tragen konnten.¹⁰⁶ Für die Deutsche Bücherei bot sich damit die einmalige Gelegenheit, das Erbe Uhlendahls öffentlichkeitswirksam zu vereinnahmen. Man konnte sich im Kreise der Kritiker Leyhs wähnen, zu denen sich auch Josef Stummvoll gesellte, der den »Gehässigkeiten«¹⁰⁷ Leyhs einen ganzen Band widmete, ohne dabei freilich mit Kritik in Sachen »Nationalbibliothek« zu sparen.¹⁰⁸ Es waren aber nicht nur altgediente, der Deutschen Bücherei besonders verbundene Persönlichkeiten, die Leipzig ihre Solidarität bekundeten. Auch jüngere Kollegen wie der spätere Direktor der Deutschen Bibliothek, Günther Pflug, entschuldigten sich bei Röttsch für den »gehässigen« Artikel Leyhs.¹⁰⁹ Die Aufgabe, im Namen der Deutschen Bücherei öffentlich zu antworten, übernahm Röttschs Stellvertreter Gerhard Hesse. Dieser nutzte die wohl offensichtlichste Schwachstelle in Leyhs Aufsatz, um diesen zu degradieren. So hatte Leyh von der Notwendigkeit eines genauen Quellenstudiums gesprochen, ohne aber selbst mit neuen Quellen aufwarten zu können. Zwei freilich nach Nützlichkeitsabwägungen ausgesuchte Quellen präsentierte nun Hesse, um das Ansehen der Deutschen Bücherei und deren »wissenschaftliche Leistungsfähigkeit als deutsche Nationalbibliothek« ins rechte Licht zu rücken. Die erste war ein Memorandum vom 29. Mai 1933, in dem Uhlendahl für den Verbleib der Deutschen Bücherei beim Reichsinnenministerium argumentiert hatte. Die zweite stellte ein Brief Georg Leyhs an Uhlendahl vom August 1949 dar, in dem der Tübinger Bibliothekar Letztgenannten als »Freund« angeschrieben und die Leistungen der Leipziger Bibliothek gewürdigt hatte.¹¹⁰

Dass es Leyh nicht um eine historisch-kritische Aufarbeitung um ihrer selbst willen ging, hatte er mit seinem Aufsatz deutlich demonstriert. Er hatte sich aus Frust in Widersprüche verstrickt, was es seinen Kritikern leicht machte, ihm jegliche Legitimation abzusprechen. Als Leyh am Ende in einer kurzen Notiz be-

105 Anna Müller an Helmut Röttsch, o.D. [Dezember 1966], ADNBL, 199, Bl. 26.

106 Anna Müller, Heinrich Uhlendahl und die Deutsche Bücherei, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 13 (1966), Heft 3, S. 178.

107 Josef Stummvoll an Helmut Röttsch, 4.9.1965, ADNBL, 814/3, unfol.

108 Josef Stummvoll, Dire necessitas. Der Fall Leyh-Uhlendahl, mit Bemerkungen über Nationalbibliotheken und Nationalbibliographien, Wien 1968.

109 Beschlußprotokoll der Abteilungsdirektorenbesprechung am 27.8.65, 6.9.1965, ADNBL, 153/7, unfol.

110 Deutsche Bücherei, »Es bedarf der Behandlung im Detail ...«, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 79 (1965), Heft 10, S. 578-580.

hauptete, dass ihm jegliche Angriffe fernlagen,¹¹¹ nahm dies kaum noch jemand zur Kenntnis. Freilich ging es auch den Kritikern Leyhs nicht um historische Aufarbeitung, sondern um berufsethische Fragen. Die Vorstellung, einen weitgehend unpolitischen Beruf ausgeübt zu haben, war stärker als der Drang nach nüchternen Selbstreflexion. Leyhs Beitrag trug damit unfreiwillig zur Mythisierung Uhlendahls auf deutsch-deutscher und transnationaler Ebene bei, indem er nicht zuletzt der Deutschen Bücherei eine Bühne der Selbstinszenierung bot, die die Leipziger Bibliothekare nutzten, um ihr Haus von jeglicher politischen Instrumentalisierung freizusprechen. Dabei steigerte die Bezugnahme auf Uhlendahl, der in der Zunft zur Chiffre für das berufliche Selbstverständnis vom unpolitischen Kulturgutverwalter avancierte, das Ansehen der Deutschen Bücherei im Westen, nachdem die 50-Jahr-Feier zunächst das Gegenteil bewirkt hatte. Leyh hatte nicht nur eine Fachkontroverse¹¹² verloren, sondern am Ende eine Steilvorlage zur Rehabilitierung der Deutschen Bücherei in der Bundesrepublik geliefert.

b.) Katerstimmung: Ulbrichts »Nationalbibliothek« im Zeitalter der Rationalisierung

Während die Kontroverse um den Titel »Nationalbibliothek« die Gemüter der deutsch-deutschen Fachöffentlichkeit erhitzte, waren parallel Reformprozesse in der Bibliothekspolitik der DDR im Gange. Als Impulsgeberin wirkte eine groß angelegte Wirtschaftsreform, mit der die SED für sich in Anspruch nahm, nach dem Mauerbau überzeugende Antworten auf drängende gesellschaftliche Problemlagen zu geben. Im Zentrum stand dabei die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) seit 1963,¹¹³ aber auch eine forcierte Dienstbarmachung insbesondere der Natur- und Technikwissenschaften. Immer häufiger war die Rede von der »Produktivkraft Wissenschaft«.¹¹⁴ Noch immer war der Zu-

111 Georg Leyh, Gegendarstellung, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 14 (1967), Heft 2, S. 120.

112 Als solche hat bereits die britische Bibliothekshistorikerin Marta L. Dosa die Debatte in den 1970er Jahren untersucht. Vgl. Dosa, Libraries in the political scene, S. 184-188.

113 Hierzu besonders André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

114 Am Anfang der Debatte stand das 1957 veröffentlichte Buch des erst drei Jahre zuvor in die DDR übergesiedelten Bauministers, Gerhard Kosel, »Produktivkraft Wissenschaft«. Vgl. Eckart Förtsch, Science, Higher Education, and Technology Policy, in: Kristie Macrakis/Dieter Hoffmann (Hrsg.), Science under Socialism. East Germany in comparative Perspective, Cambridge/London 1999, S. 25-43, hier

kunftsoptimismus immanenter Bestandteil der Herrschaftsauffassung der SED, gleichwohl sollte die Zukunft nun nicht mehr allein den marxistisch-leninistischen Entwicklungsgesetzen überlassen sein, sondern stärker durch wissenschaftliche Prognose und Rationalisierung gesteuert werden. Das schloss eine, wenn auch begrenzte Zulassung von Fehlerdebatten durch die Einbeziehung von Experten ein. Hinzu kam, dass alte Leitungskader im Partei- und Staatsapparat zunehmend durch jüngere Funktionäre mit wissenschaftlich-technischer Vorbildung ersetzt wurden.¹¹⁵

Wissenschaftsgläubigkeit, Rationalisierung und Technikbegeisterung waren aber auch globale Phänomene, welche die westlich-liberale und die sozialistische Welt stark miteinander verbanden. Neben die politische und kulturelle Konkurrenz traten nun vermehrt wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperations- und Austauschbeziehungen, die durch Prozesse der De-Industrialisierung sowie der Technisierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche jenseits des Militärs¹¹⁶ forciert wurden und allmählich Risse im »Eisernen Vorhang« entstehen ließen.¹¹⁷ In der Bundesrepublik diskutierte man seit dem »Sputnik-Schock« von 1957 darüber, wie man die »technologische Lücke« zu den USA schließen könne, wobei man deren Vorsprung zuweilen überschätzte.¹¹⁸ In diesem Zusammenhang aber lösten sich auch bildungspolitische Debatten aus ihrer nationalen Verengung und orientierten sich zunehmend an der internationalen Vergleich-

S. 33 f. Zum Begriff auch Andreas Malycha, »Produktivkraft Wissenschaft«. Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945-1990, in: Clemens Burrichter (Hrsg.), Auf dem Weg zur »Produktivkraft Wissenschaft«, Leipzig 2002, S. 39-104.

- 115 Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 40; Förtsch, Science, Higher Education, and Technology Policy, in: Macrakis/Hoffmann (Hrsg.), Science under Socialism, S. 33 f.
- 116 Andrew Preston, The Great Transition. From Geopolitics to Geoeconomics, in: Lüthi (Hrsg.), The regional Cold War in Europe, East Asia, and the Middle East, S. 111-121, hier S. 117.
- 117 Für Deutschland vgl. vor allem Niederhut, Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg, der zeigt, wie sehr sich der Austausch ost- und westdeutscher Naturwissenschaftler nach 1961 intensivierte und wie die SED die Kontrolle über die Dynamiken der Beziehungen zunehmend verlor. Wie unterschiedlich die Dynamiken des Austausches im europäischen Raum insgesamt sein konnten, verdeutlichen die Beiträge von Sampsä Kaatja, Beatrice Scutaru, Anssi Halmesvirta und Ioana Popa, in: Simo Mikkonen/Pia Koivunen (Hrsg.), Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe, New York/Oxford 2015, S. 101-173. Ebenso Sari Autio-Sarasmo/Katalin Miklóssy (Hrsg.), Reassessing Cold War Europe, London/New York 2011.
- 118 Helge Majer, Die »Technologische Lücke« zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, Tübingen 1973.

barkeit.¹¹⁹ Auf beiden Seiten des »Eisernen Vorhangs« war man bald gleichermaßen der Ansicht, dass wirtschaftlicher Fortschritt und technologische Entwicklung unmittelbar vom Bildungsstand der Arbeitsbevölkerung abhängig waren.¹²⁰ In der DDR suchte man nach Lösungen, die sich nicht mehr zwangsläufig aus der marxistisch-leninistischen Doktrin ergaben, wohl aber mit dieser zumindest vereinbar sein mussten.¹²¹

Rationalisierung avancierte auch im wissenschaftlichen Bibliothekswesen auf beiden Seiten des »Eisernen Vorhangs« zum Schlüsselbegriff. Bei näherem Hinsehen werden jedoch unterschiedliche Verständnisse von Rationalisierung erkennbar. In der DDR begriff man Rationalisierung als effektiven Umgang mit vorhandenen Ressourcen und einen damit verbundenen Lernprozess innerhalb unveränderter Akteurskonstellationen. Sprich: die Bibliothekare sollten diesen Prozess zusammen mit der staatlichen Leitung selbst steuern. In der Bundesrepublik sollten dagegen Impulse berufsfremder Systeme, insbesondere von Fachleuten aus der Wirtschaft, zu einer Neugestaltung der Arbeitsabläufe innerhalb wissenschaftlicher Bibliotheken führen.¹²² Rationalisierung, im ostdeutschen Sinne, war dann auch das Stichwort, mit dem Kurt Brückmann bereits im Arbeitsprogramm der wissenschaftlichen Bibliotheken für das erste Halbjahr 1962 argumentierte. »Sozialistische Umgestaltung«, so Brückmann, sollte nun vor allem »Technisierung« und »Wissenschaftlichkeit« bedeuten.¹²³ Am 12. und 13. Juni 1963 kamen führende wissenschaftliche Bibliothekare in der Deutschen Staatsbibliothek zusammen, um ambitionierte Zielvorgaben für die Modernisierung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens zu formulieren. Ambitioniert

119 Ralph Jessen/Jürgen John, Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Editorial, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 7–25, hier S. 20f.

120 Wolfgang Lambrecht, Deutsch-deutsche Reformdebatten vor »Bologna«. Die »Bildungskatastrophe« der 1960er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 4 (2007), Heft 3, S. 472–477, hier S. 474.

121 Hubert Laitko, The Reform Package of the 1960s. The Policy Finale of the Ulbricht Era, in: Macrakis/Hoffmann (Hrsg.), Science under Socialism, S. 44–63, hier S. 47.

122 Die unterschiedlichen Sichtweisen auf Rationalisierung lassen sich anhand zweier zeitlich parallel erschienener Schriften nachvollziehen: Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.), Die Rationalisierung der Arbeit in wissenschaftlichen Bibliotheken, Materialien der Internationalen wissenschaftlichen Tagung. Berlin, den 8. und 9. Juni 1967, Berlin (Ost) 1968; Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.), Rationalisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken. Vorschläge und Materialien, Bonn/Boppard 1970.

123 Kurt Brückmann, Arbeitsprogramm des Sektors Wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Publikationen (1. Halbjahr 1961), ADNBL, 152/1/6, Bd. 3, Bl. 3f.

mussten sie auch deshalb sein, weil die Behörden in Ost-Berlin bereits signalisiert hatten, dass die Investitionssummen in den nächsten Jahren nicht steigen würden. Die Erwartungen waren dagegen hoch gesteckt. Bibliotheken mussten mit dem einkalkulierten wissenschaftlichen Fortschritt mithalten und jederzeit in der Lage sein, diesen durch zügige Bereitstellung und Propagierung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu fördern, seien die Bedürfnisse der Wissenschaftler auch noch so speziell.¹²⁴ Damit verlangte man von den Bibliotheken auch, mit den zahlreichen, in den Jahren zuvor aufgebauten Dokumentationsstellen enger zusammenzuarbeiten bzw. selbst Aufgaben der Dokumentation zu übernehmen,¹²⁵ obgleich zahlreiche Bibliothekare die »Dokumentalisten« als lästige Konkurrenten betrachteten und ihnen mit kühler Distanz begegneten.¹²⁶ Wie man mit dieser noch recht vagen Perspektive umzugehen gedachte, machte Helmut Röttsch in seinem Einführungsreferat deutlich. Er gerierte sich nicht nur wie einst auch Heinrich Uhlendahl als Befürworter der Zusammenarbeit von Bibliotheken und Dokumentationsstellen, seine Vision war ein straff zentralisiertes wissenschaftliches Bibliothekswesen mit der Deutschen Bücherei als »Nationalbibliothek« und der Deutschen Staatsbibliothek an der Spitze, während die anderen Bibliotheken in regional und/oder fachlich strukturierten »Bibliotheksnetzen« zusammengefasst werden sollten. Internationale Zusammenarbeit im sozialistischen sowie mit dem westlichen Lager sollte forciert, die Interessen des Berufsstandes durch die Gründung eines Verbandes gestärkt wer-

124 Kurt Brückmann, Die Bedeutung der Technisierung u. Rationalisierung für die Lösung der den wissenschaftlichen Bibliotheken im Siebenjahrplan gestellten Aufgaben, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 75 (1961), Heft 2, S. 49-66.

125 In Deutschland wurden erste Dokumentationsstellen, deren Aufgabe in der gezielten Verfügbarmachung von speziellen bibliographischen Informationen lag, im frühen 20. Jahrhundert im Zuge des Ausbaus der Forschungsinfrastruktur eingerichtet. Während des Nationalsozialismus koppelte sich das Dokumentationswesen allmählich vom Bibliothekswesen ab und baute eigene Verbandsstrukturen, was die Konkurrenz zwischen beiden Bereichen forcierte. Seit Ende der 1950er Jahre erfuhr das Dokumentationswesen im Kontext zunehmender Verwissenschaftlichungsprozesse einen erneuten Institutionalisierungsschub in beiden deutschen Staaten. Zur Geschichte der Dokumentation vgl. Hansjoachim Samulowitz/Marlies Ockenfeld, Bibliothek und Dokumentation – eine unendliche Geschichte, in: Information – Wissenschaft und Praxis 54 (2003), S. 453-462; Michael Rieck, Die Geschichte der wissenschaftlichen Information und Dokumentation in Deutschland unter Berücksichtigung politischer Einflüsse, unveröff. Masterarbeit, Berlin 2004.

126 Protokoll über die Sonderberatung des Beirats für das wissenschaftliche Bibliothekswesen am 9. April 1963 in der Deutschen Bücherei, 9.4.1963, ADNBL, 806/2, Bl. 95.

den.¹²⁷ Gerade diese Forderung war keineswegs neu, sondern bereits seit den 1950er Jahren intensiv in der Community diskutiert worden.¹²⁸ Zudem findet sich die Idee der »Bibliotheksnetze« bereits bei Lenin, der inmitten des Bürgerkrieges im Mai 1919 ein »organisiertes Netz von Bibliotheken« als eines von vielen Mitteln gegen Desorganisation, Chaos und Kompetenzgerangel (sowie Alphabetismus) sah.¹²⁹ Gerade der Umstand aber, dass Lenins Einlassungen diffus blieben und keinem klar erkennbaren Konzept zur Umsetzung folgten, ermöglichte posthum deren breite (legitimierende) Interpretation.¹³⁰

Die erhofften Rationalisierungseffekte, insbesondere die Vermeidung von Doppelarbeit und die Beschleunigung des Literaturzugangs, gingen in den Ausführungen Rötzschs mit den Eigeninteressen der Deutschen Bücherei konform. Das von ihm vorgeschlagene Modell sollte seiner Bibliothek die gewünschte führende Stellung innerhalb des Bibliothekswesens der DDR sichern und zugleich eine Möglichkeit zur Abgrenzung von der Deutschen Staatsbibliothek bieten, die zwar auf gleicher Ebene mit der Deutschen Bücherei stehen, aber eher als deren Juniorpartner auf dem Gebiet der Bibliographie agieren sollte.¹³¹ Rationalisierung des Bibliothekswesens bedeutete für die Deutsche Bücherei zudem eine Chance zur Aufwertung ihres Status als »Nationalbibliothek« mit allen Implikationen bezüglich der Mobilisierung staatlicher Ressourcen. Im Bestreben, das wissenschaftliche Bibliothekswesen künftig effektiver zentral zu steuern, wollte sie selbst zum steuernden Akteur werden. »Der Name Nationalbibliothek«, so Rötzsch kämpferisch während einer Berichts- und Wahlversammlung der SED-Grundorganisation im April 1964, »ist eine Verpflichtung, der [sic!] verlangt, daß wir uns auch auf diesem Gebiet an die Spitze der Deutschen De-

127 Helmut Rötzsch, Die Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Referat auf der Direktorenkonferenz der wissenschaftlichen Bibliotheken am 12. und 13. Juni 1963 in der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin, o.D., ADNBL, 816/1, Bl. 10-56.

128 Konrad Marwinski, Der (Deutsche) Bibliotheksverband der DDR 1964 bis 1990, in: Ruppelt (Hrsg.), Bibliothekspolitik in Ost und West, S. 65-129, hier S. 66-75.

129 Vladimir Iljitsch Lenin, Begrüßungsrede auf dem I. Gesamtrussischen Kongress für außerschulische Bildung (6.-19. Mai 1919) am 6. Mai 1919, in: Ders., Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 29: März bis August 1919, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1971, S. 323-326, hier S. 326.

130 Helmut Rötzsch, Lenin in deutschen Bibliotheken und die Anwendung Leninscher Prinzipien im Buch- und Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik, in: Libri 22 (1972), Heft 3, S. 227-231.

131 Helmut Rötzsch, Die Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, ADNBL, 816/1 Bl. 10-56.

mokratischen Republik stellen«. Die Deutsche Bücherei müsse zum Motor der Rationalisierung und Technisierung werden, andere Bibliotheken sollten von ihr lernen.¹³² Dieses herausgehobene und zugleich klassische Verständnis von einer Nationalbibliothek spiegelt sich entsprechend im ersten Entwurf eines Perspektivplanes für die Deutsche Bücherei für die Jahre 1965 bis 1970 wider, der eine ganze Reihe von bisher nicht verwirklichten und neuen Projekten nannte: etwa die Erweiterung des Sammelgebietes um Musikschallplatten, die Beschaffung fehlender Emigrantenschriften, der Einsatz einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage (EDV), die Mitwirkung beim Aufbau der gesellschaftswissenschaftlichen Dokumentation und der kulturelle Austausch mit westdeutschen Kollegen (insbesondere auf dem Gebiet der Ausarbeitung neuer Katalogisierungsanweisungen für die deutschsprachigen Länder).¹³³ Dafür erwartete man von den zentralen Behörden aber auch baldige konkrete Aussagen über verfügbare Investitionssummen.¹³⁴ Im Verlauf der Debatten zeigte sich jedoch, dass in Ost-Berlin erst einmal ganz andere Probleme im Zentrum standen.

Zunächst wurde im Herbst 1963 der Durchbruch bezüglich eines Bibliotheksverbandes erzielt, der im März 1964 als Institutionenverband gegründet wurde. Dies war der Kompromiss, für den sich auch die Wissenschaftsabteilung des ZK der SED erwärmen konnte, die darin ein »wichtiges kulturpolitisches Instrument« für die Zusammenarbeit der verschiedenen Bibliothekszweige sah und sich zugleich Chancen auf einen Ausbruch aus der internationalen Isolierung erhoffte, insofern die Verbandsvertreter auf IFLA-Tagungen offensiv gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik vorgehen konnten.¹³⁵ Wenige Monate nach Gründung des Verbands übernahm eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Alexander Abusch, die Ausarbeitung einer Konzeption zur Rationalisierung und Zentralisierung des Bibliothekswesens in der DDR. Die von Horst Kunze geleitete Arbeitsgruppe, die später in die für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zuständige Staatliche Kommission für ein »einheitliches Bildungswesen« eingegliedert wurde, arbeitete dabei eng mit dem neuen Bibliotheksverband zusammen. Ihre Bildung erwuchs aus einer Initiative von Bibliothekaren, die sich vehement dagegen verwehrt hatten, dass erste bildungspolitische Dokumente der SED nach dem Mauerbau den Bi-

132 Protokoll über die am 22.4.1964 durchgeführte Berichts- und Wahlversammlung der BPO der SED der Deutschen Bücherei, SächsStAL, IV/A/7/169/01, unfol.

133 Helmut Röttsch, Perspektivplan der Deutschen Bücherei für die Jahre 1965 bis 1970, o.D., ADNBL, 150/2/7, unfol.

134 Beschlussprotokoll der Kollegiumssitzung vom 27.11.1964, ADNBL, 153/6/1, unfol.

135 ZK der SED, Abt. Wissenschaften, Stellungnahme zur Vorlage des Ministeriums für Kultur an das Sekretariat des ZK, 13.9.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/504, unfol.

bibliotheken keinen Platz eingeräumt hatten.¹³⁶ Das erste gemeinsame Papier der Arbeitsgruppe und des Verbandes knüpfte an die während der Direktorentagung 1963 diskutierten Ansätze an und präsentierte einen Lösungsansatz, der deutlich zeigt, wie aufbruchsbejahend die neue Sachlichkeit wirkte. Schonungslos sprach man die »unökonomische Doppelarbeit, Unrentabilität und Fehlinvestitionen« der vergangenen Jahre an, welche auf einen eklatanten Mangel an Steuerung zurückgeführt wurden. Entsprechend sei es an der Zeit, ein »einheitlich geleitetes, planbares und ökonomisch rentables Bibliothekswesen zu schaffen, das durch seine Leistungsstärke geeignet ist, bei der Entwicklung der Wissenschaft zur gesellschaftlichen Produktivkraft und bei der Entwicklung zur gebildeten Nation umfassend wirksam zu werden«.¹³⁷ Was bereits unter wissenschaftlichen Bibliothekaren diskutiert worden war, sollte nun ungeachtet der Unterstellungsverhältnisse auf das gesamte Bibliothekswesen übertragen werden. Daraus erwuchs tatsächlich die erste konkretere Vorstellung von einem »sozialistischen Bibliothekswesen« – die jedoch allenfalls oberflächlich als Fortführung der »antifaschistisch-demokratischen Revolution« der 1940er Jahre gelesen werden kann, wie es die Bibliotheksgeschichtsschreibung der DDR später dargestellt hat.¹³⁸ Denn deren Ankerpunkt bildete nicht mehr die Heranbildung »sozialistischer Persönlichkeiten«, sondern die Rationalisierungseffekte der »sozialistischen Gemeinschaftsarbeit«. Erwin Marks, Leiter der Geschäftsstelle des Bibliotheksverbandes, machte zum Auftakt der vierten Präsidiumssitzung selbstbewusst deutlich,

»[...] daß die Konzeption den ersten Lösungsversuch darstelle, das allgemeinbildende und das wissenschaftliche Bibliothekswesen in einem System zusammenzufassen. Dabei wurde nicht von der vorhandenen Bibliotheksstruktur der DDR ausgegangen. Vielmehr ist versucht worden, ein Bibliothekssystem auf der Grundlage der Leserbedürfnisse und des Literaturbedarfs zu entwickeln.«¹³⁹

Der Konzeption zufolge sollten alle öffentlichen Bibliotheken in territorialen Netzen zusammengeschlossen werden, die wissenschaftlichen Bibliotheken (insbesondere Fachbibliotheken) in fachlich strukturierten Netzen, deren Sammelschwerpunkte sich an dem jeweiligen Bedarf der Region bzw. des Faches orientieren sollten. Für beide Netze sollten die Deutsche Bücherei und die Deutsche

136 »Arbeitsgruppe Bibliothekswesen«, BArch, DC 20/7705, unfol.

137 Deutscher Bibliotheksverband/Zeitweilige Arbeitsgruppe »Einheitliches Bibliothekssystem« beim Präsidium, Erwin Marks/Wolfgang Mühle, Grundzüge des einheitlichen Bibliothekssystems der Deutschen Demokratischen Republik (Entwurf), September 1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/504, unfol.

138 Erwin Marks, Die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR, Leipzig 1985, S. 99.

139 Protokoll der vierten Präsidiumssitzung des Deutschen Bibliotheksverbandes am 24. und 25. September 1964 in der Deutschen Staatsbibliothek, Bln., 8.10.1964, ADNBL, 817/3/4, Bl. 40.

Staatsbibliothek zentrale Funktionen übernehmen. Dazu kamen konkrete Vorschläge für eine verbesserte Steuerung des Bibliothekswesens, insbesondere die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes und die Bildung eines »mit interministeriellen Weisungsbefugnissen ausgestatteten staatlichen Organ[s]«, das als nachgeordnete Einrichtung ein wissenschaftliches und methodisches Zentrum zur Unterstützung der Leitungstätigkeit unterhalten sollte. Ferner wurde gefordert, dass Bibliotheken mit ähnlichen Funktionen (Fachbibliotheken, Gewerkschaftsbibliotheken, Betriebsbibliotheken, Hochschulbibliotheken usw.) in zentralen Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten sollten und in Leipzig ein zentrales Dienstleistungskombinat für die Materialversorgung sämtlicher Bibliotheken eingerichtet werde.¹⁴⁰

Die Implementierung dieses Modells scheiterte aber aus vielen Gründen. Vor allem war dem Entwurf keine umfassende Problemdiskussion vorausgegangen. Man ging zwar von einem immensen Leistungsanstieg der Bibliotheken aus, der ohne die geforderte straffe Zentralisierung nicht handhabbar erschien, aber an konkreten Belegen mangelte es. In der DDR existierten Mitte der 1960er Jahre rund 2.500 wissenschaftliche Bibliotheken, über deren Bestände, Benutzungsfrequenz und Finanzbedürfnisse niemand so recht Bescheid wusste. Routinierte Formen der Zusammenarbeit waren kaum vorhanden. Deutlich schlechter sah es im Bereich der öffentlichen Bibliotheken aus. Hier hatte man es schon mit rund 14.500 Einrichtungen zu tun, über deren Leistungen bislang überhaupt kein Überblick bestand.¹⁴¹ Ein Gutachten des Bibliotheksverbandes, das den Zustand des ostdeutschen Bibliothekswesens im Vergleich zur Bundesrepublik schilderte und die Bedeutung der von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Maßnahmen untermauern sollte, brachte noch weitere Probleme zum Vorschein. Darin stellten die Gutachter einen eklatanten Rückstand im Bibliotheksbau fest und mahnten an, dass spätestens im Jahre 1970 die Magazinkapazitäten in der gesamten DDR »völlig erschöpft« sein würden. Die in den zwischenzeitlich zirkulierten Perspektivplanentwürfen ausgewiesenen Investitionsmittel gestatteten es indes nicht einmal, »auch nur die empfindlichsten Lücken zu schließen«.¹⁴²

140 Deutscher Bibliotheksverband/Zeitweilige Arbeitsgruppe »Einheitliches Bibliothekssystem« beim Präsidium, Erwin Marks/Wolfgang Mühle, Grundzüge des einheitlichen Bibliothekssystems der Deutschen Demokratischen Republik (Entwurf), September 1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/504, unfol.

141 Arbeitsgruppe Bibliotheken bei der Staatlichen Kommission zur Gestaltung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems an Alexander Abusch, Über die Aufgaben und die Entwicklung der Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik, 12. März 1965 (Beschlussvorlage), Anlage 2, 12.3.1965, BArch, DC 20/7705, unfol.

142 Deutscher Bibliotheksverband, Kommission für Bibliotheksbau, technische Ausrüstung und Mobiliar, Gutachten über den Stand des Bibliotheksbaus in Westdeutschland und Westberlin, 1965, ebd., unfol.

Ein wesentlich entscheidenderes Hindernis aber stellten institutionelle Egoismen dar. Vor allem dem stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Kurt Fichtner, und dem Minister für Kultur, Hans Bentzien, gingen die Zentralisierungsbestrebungen zu weit. Ersterer lehnte die Bildung eines weisungsbefugten interministeriellen Organs ab, da »dies nicht unseren Leitungsprinzipien entspricht«. ¹⁴³ Bentzien hingegen begründete seine Ablehnung mit dem Fehlen sämtlicher »ideologische[r] und kulturell-erzieherische[r] Aufgaben« der öffentlichen Bibliotheken. Der Entwurf erwecke zudem den »Eindruck der Überzentralisierung und Überbewertung der Bibliotheksarbeit«. Vielmehr sollten nach seiner Ansicht kleinere Schritte zur Verbesserung der Situation eingeleitet werden, ¹⁴⁴ während ein »einheitliches Bibliothekswesen« als Fernziel anzusehen sei. ¹⁴⁵ Indirekt hatte Bentzien, der innerhalb der SED-Führung nicht unumstritten war und schon Ende 1965 abgelöst wurde, ¹⁴⁶ in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass der Entwurf der Arbeitsgruppe einseitig aus der Perspektive wissenschaftlicher Bibliothekare geschrieben worden war, die die Tätigkeit der Arbeitsgruppe dominiert hatten. Das traditionelle Hierarchiegefälle zwischen wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken lebte in der DDR fort, indem erstere die Entwicklungsperspektive diktierten. Gleichwohl erwies sich auch der seit 1962 amtierende Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, der Physiker Ernst-Joachim Gießmann, als Gegner »einer starken Zentralisation aller Bibliotheken«. ¹⁴⁷ Kurzum: die maßgeblichen Behörden waren allesamt nicht willens, an der gewachsenen Struktur des Bibliothekswesens grundlegend etwas zu ändern, aber auch die beteiligten Bibliothekare konnten sich von eingespielten Routinen nicht lösen. Das Grundsatzpapier der Arbeitsgruppe war damit nicht konsensfähig.

Die distanzierte Haltung des Staatssekretärs hing vor allem damit zusammen, dass das wenige Wochen zuvor, am 25. Februar 1965, veröffentlichte Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem den Schwerpunkt der Reformvorhaben auf die Sozialisationsinstanzen von der Kinderkrippe bis zur Universität legte, die Bibliotheken aber lediglich an einer Stelle als fördernde und unterstüt-

¹⁴³ Kurt Fichtner an Alexander Abusch, 21.4.1965, ebd., unfol.

¹⁴⁴ Hans Bentzien an Alexander Abusch, 14.4.1965, ebd., unfol.

¹⁴⁵ Aktennotiz über eine Beratung der Arbeitsgruppe Bibliothekswesen der Staatlichen Kommission am 2.3.1965, 3.3.1965, ebd., unfol.

¹⁴⁶ Der Grund war, eigenen Angaben zufolge, seine Kritik an der Sprengung der Leipziger Universitätskirche im Jahre 1968. Vgl. hierzu Sandra Meenzen, »Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit«. SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: *Historical Social Research* 35 (2010), Heft 3, S. 47-78, hier S. 59f.

¹⁴⁷ Ernst-Joachim Gießmann an Alexander Abusch, 24.4.1965, BArch, DC 20/7705, unfol.

zende Einrichtungen erwähnte,¹⁴⁸ was letztlich auch die nachrangige Stellung der Arbeitsgruppe »Einheitliches Bibliothekswesen« innerhalb der Staatlichen Kommission für die Reform des Bildungswesens widerspiegelt. Die Diskussion über ein »einheitliches Bibliothekswesen« spielte innerhalb der Generaldebatte über das »sozialistische Bildungssystem« eher eine randständige Rolle und kam über einen auf einen kleinen Kreis konzentrierten Expertendiskurs nicht hinaus. Die Arbeit des Staatssekretariats, das 1967 zum Ministerium aufgewertet wurde, verlagerte sich mit dem Bildungsgesetz von 1965 vollends auf die Umsetzung der III. Hochschulreform, von der sich die SED einen effektiveren Zugriff auf die Forschung durch die Bildung von Sektionen und eine noch intensivere Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft erhoffte.¹⁴⁹ Vom Bibliothekswesen erwartete man dagegen eine selbstständige Anpassung an die neuen Strukturen und mutmaßlich steigenden Literaturbedürfnisse. Um die Bibliotheken hierfür fit zu machen, wurde das bereits von der Arbeitsgruppe geforderte Methodische Zentrum gegründet, allerdings begrenzt auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen und unter Anleitung des Staatssekretariats. Gleichwohl sahen sich deren Mitarbeiter in der Tradition der Arbeitsgruppe »Einheitliches Bibliothekswesen« und fühlten sich »moralisch« für alle Bibliothekstypen verantwortlich. Charakteristisch für das Selbstverständnis des Methodischen Zentrums war zudem eine intensive Orientierung an westlichen Vorbildern, insbesondere den USA und der Bundesrepublik. Die dort vom Kölner Wissenschaftsrat herausgegebenen Empfehlungen für die staatliche Wissenschaftsförderung wollte man sogar als »eine Art Perspektivplan des westdeutschen Bibliothekswesens« verstanden wissen, womit man ihnen implizit Empfehlungscharakter auch für die DDR zusprach.¹⁵⁰ Das Methodische Zentrum war künftig für die Vorbereitung sämtlicher Rationalisierungs- und Technisierungsvorhaben im wissenschaftlichen Bibliothekswesen zuständig. Eine deutliche Begrenzung für dessen konzeptionellen Einfluss markierte allerdings die Bibliotheksverordnung vom 31. Mai 1968, die von den Zeitgenossen zwar im Nachhinein offiziell als Meilenstein auf dem Weg zum »einheitlichen Bibliothekswesen« gedeutet wurde,¹⁵¹ angesichts der fehlenden Konsensfähigkeit in den vorangegangenen Diskussionen im Grunde aber eher die gewachsenen Strukturen festschrieb. Die in der bislang einzigen neueren geschichtswissenschaftlichen

148 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965, in: Gesetzblatt der DDR 1965, Teil I, S. 83-106, hier S. 104.

149 Jordan, Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin, S. 167f.; Wolfgang Lambrecht, Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster/New York/München 2007, S. 70-92.

150 Das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Begründung seiner Tätigkeit, [1965], BArch, DR 3, 1. Schicht, 3291, unfol.

151 Marks, Die Bibliotheksgeschichte der DDR, S. 40.

Auseinandersetzung mit der Bibliotheksverordnung vertretene These, dass diese »eine Veränderung der ostdeutschen Bibliothekslandschaft« einleitete, muss vor diesem Hintergrund modifiziert werden.¹⁵² Bibliotheken und Behörden wurden lediglich zur Zusammenarbeit ermuntert, in der Praxis blieb dies jedoch freiwillig.¹⁵³ In der Deutschen Bücherei sorgte das Gesetz aber durchaus für Beruhigung, denn dieses verankerte sie als »Nationalbibliothek« sowie »Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums und Zentrale der Bibliographie«.¹⁵⁴ Für eine längerfristige Bibliothekspolitik aber bot die Verordnung allenfalls eine schwache Grundlage. Auf erhoffte Investitionszusagen wartete auch die Deutsche Bücherei nach wie vor vergebens. Entnervt warf die Parteileitung der Deutschen Bücherei dem Staatssekretariat bereits im November 1966 vor, »daß das wissenschaftliche Bibliothekswesen so unbedeutend ist, daß es vorläufig keinen Perspektivplan bekommt«.¹⁵⁵ Resigniert äußerte sich auch Helmut Röttsch Ende 1968 gegenüber Horst Kunze über die nachlassende Anleitung durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF): »Ich glaube, das Ministerium beschäftigt sich z.Z. nur mit der Durchführung der Hochschulreform und der damit zusammenhängenden Probleme [sic!]«.¹⁵⁶ 1969 wurde die Abteilung Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen im MHF schließlich aufgelöst und die wissenschaftlichen Bibliotheken in eine nachrangige Position der Abteilung Forschung eingegliedert. Kurt Brückmann, der die Deutsche Bücherei bis dahin persönlich, wenn auch nicht kompromisslos gefördert hatte, wurde als Stellvertreter des Generaldirektors in die Deutsche Staatsbibliothek versetzt und arbeitete damit nun bei der einstigen Konkurrenz. In administrativer Hinsicht war das wissenschaftliche Bibliothekswesen auf dem Rückzug.¹⁵⁷

Ein weiteres Hindernis bei der Umsetzung der ehrgeizigen Ziele war letztlich auch der starke Traditionalismus der Bibliothekare selbst. Ein Bericht über die Entwicklung des Bibliothekswesens von 1974 kam mit Blick auf die beabsichtigte Netzbildung zu dem ernüchternden Urteil, dass von den nur acht bestehenden Fachnetzen »einige [...] lediglich auf dem Papier« stünden und deren

152 Soilihi Mzé, Aspekte der Transformation, S. 102f.

153 Verordnung über die Aufgaben des Bibliotheksystems bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems in der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Mai 1968, in: Gesetzblatt der DDR 1968, Teil II, S. 565-571.

154 Rechenschaftslegung (1968) der staatlichen Leitung anlässlich der Belegschaftsversammlung am 26.3.1969 im Kultursaal der Deutschen Bücherei, ADNBL, 152/2/6, unfol.

155 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei, beschlossen auf der Parteileitungssitzung am 15.11.1966, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

156 Helmut Röttsch an Horst Kunze, 3.12.1968, SBB, G II/A/30, Bd. 4, unfol.

157 Helmut Röttsch an Gerhard Pomaßl und Helmut Lohse, Veränderungen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 1.9.1969, ADNBL, 152/1/6, Bd. 5, Bl. 132.

Bildung nicht über den »eigenen Führungsbereich« hinausginge. Zudem hätten nur zwei Bibliotheken die Möglichkeit ergriffen, sich zu zentralen Fachbibliotheken innerhalb ihrer Netze zu entwickeln, was deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb.¹⁵⁸ Auch die Deutsche Bücherei war vom Traditionalismus des wissenschaftlichen Bibliothekswesens nicht ausgenommen: »Viele neigen zu der Auffassung, wenn nicht das Beste angenommen [und] angewandt werden kann, dann eben gar nichts!«, kritisierte Helmut Röttsch zwar die Arbeitsgruppe bei Abusch während einer Berichts- und Wahlversammlung der SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei.¹⁵⁹ An einer allzu deutlichen Aufweichung der Grenzen zwischen wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken war aber auch er kaum interessiert. Deutlich wurde dies selbst in den Diskussionen um ein bibliothekswissenschaftliches Vollstudium, das insbesondere Bibliothekare der mittleren Ebene, die bisher in Fachschulen (eine davon bestand in der Deutschen Bücherei) ausgebildet wurden, dazu befähigen sollte, »verantwortliche und leitende Funktionen in bibliothekarischen Zentren, in großen allgemeinbildenden Bibliotheken, in zentralen Bibliotheken regionaler Netze sowie in großen und größeren Fachbibliotheken ausüben« zu können.¹⁶⁰ Obwohl der Ansatz per se viel stärker an den Bedürfnissen wissenschaftlicher Bibliotheken ausgerichtet war, befürchtete man in der Deutschen Bücherei mit dem Entwurf eine »Verflachung des bibliothekarischen Berufes«¹⁶¹, denn das Vollstudium war nicht nur für Bibliothekare der mittleren Ebene, sondern auch für wissenschaftliche Bibliothekare gedacht. Für diese wäre das der Ausbildung bislang vorangegangene fachwissenschaftliche Studium weggefallen. Dagegen solle man gerade jetzt, so Gerhard Hesse ergänzend, wo immer mehr Spezialisierung verlangt würde, an den Konventionen der Bibliothekarsausbildung festhalten und diese verbessern.¹⁶²

Besonders empfindlich reagierten die Leipziger Bibliothekare, wenn die eigene Institution von der Arbeit der Experten in Ost-Berlin negativ betroffen schien. So sah man in Leipzig sowohl im Grundsatzpapier der Arbeitsgruppe als auch in den zwischenzeitlich erarbeiteten Perspektivplanentwürfen für das wissenschaftliche Bibliothekswesen eine Geringschätzung der Deutschen Bü-

158 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken, Zentrale Fachbibliotheken und Fachnetzbildung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand, Probleme, Empfehlungen, August 1974, ADNBL, 152/1/6/1, Bl. 28f.

159 Protokoll über die am 22.4.1964 durchgeführte Berichts- und Wahlversammlung der BPO der SED der Deutschen Bücherei, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

160 Deutscher Bibliotheksverband, Kommission für Berufsnachwuchs und Weiterbildung, Konzeption für das bibliothekswissenschaftliche Vollstudium, 2. Entwurf, 15.3.1965, ADNBL, 817, Bl. 72.

161 Stellungnahme, o.D., ebd., Bl. 79.

162 Deutsche Bücherei, Gerhard Hesse, an das Institut für Bibliothekswissenschaft, Ruth Unger, 14.7.1965, ebd., Bl. 80f.

cherei. Besonders besorgt reagierte man darauf, dass die Deutsche Bücherei immer erst nach der Deutschen Staatsbibliothek genannt wurde, dabei müsse doch eine »Nationalbibliothek« immer an der Spitze des Bibliothekswesens stehen.¹⁶³ Ein entsprechender Antrag an das Staatssekretariat stieß jedoch auf Kritik. Er würde die Versuche der Bundesrepublik zur Entwertung der Staatsbibliothek fördern. Diese sei, so Kurt Brückmann, »Nationalbibliothek der DDR«, die Deutsche Bücherei hingegen »Nationalbibliothek für ganz Deutschland«.¹⁶⁴ Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betraf die Integration der Deutschen Bücherei in die Regional- und Fachnetze, was auch innerhalb der Bibliothek für heftige Kontroversen sorgte. Einig waren sich die Leipziger Bibliothekare darin, dass die Netzfunktionen der Deutschen Bücherei nicht zu einer Verwässerung ihres Institutionenprofils führen dürften. Gerhard Hesse sprach sich so zwar für eine Beteiligung der Deutschen Bücherei an der Netzbildung aus, weil sich sonst ein »vertragsloser Zustand« ergebe. Die Stellung der Bibliothek innerhalb der Netze solle aber allenfalls »repräsentativen Charakter« tragen. Der Direktor der Abteilung Bibliographie, Gerhard Pomaßl, lehnte eine Beteiligung der Deutschen Bücherei aus Furcht vor weitreichenden Uniformierungstendenzen dagegen grundsätzlich ab. Selbst Röttsch sah in einer allzu starken Anpassung an das »einheitliche Bildungssystem« die Gefahr einer Funktionsänderung und Herabminderung der Deutschen Bücherei. Fritz Schaaf wiederum machte deutlich, dass man sich »unter der Netzbildung nichts Richtiges vorstellen« könne.¹⁶⁵

Die Differenzen zwischen den Bibliothekaren der Deutschen Bücherei und den Experten in Ost-Berlin hatten im Hinblick auf das Verhältnis zur Deutschen Staatsbibliothek allerdings auch einen positiven Nebeneffekt, denn auch Letztgenannte beäugte die Fachdebatten mit einiger Skepsis. Beide Bibliotheken näherten sich im Verlauf der Diskussionen in ihrer Abwehrhaltung an. Bereits Anfang 1964 hatte Helmut Röttsch informelle Gespräche mit Horst Kunze aufgenommen und innerhalb der Deutschen Bücherei verfügt, dass sämtliche Kritiken an der Arbeit der Staatsbibliothek an ihn persönlich heranzutragen seien, damit Alleingänge ausgeschlossen waren.¹⁶⁶ Am 29. Mai sowie 10. Juni 1969 fand seit vielen Jahren wieder ein fachlicher Austausch auf Leitungsebene statt, woraus sich jährliche Treffen entwickelten. Den zündenden Funken hierfür stellte der Entwurf des Methodischen Zentrums für eine prognostische Entwicklung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens nach der Bibliotheksverordnung von

163 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Wissenschaftliche Bibliotheken, Publikationen und Museen, 12.3.1965, ADNBL, 150/2/7, unfol.

164 Fritz Schaaf, Aktennotiz, Beiratssitzung vom 22.4.1965 (Perspektivplandiskussion), ebd., unfol.

165 Protokoll der Kollegiumssitzung am 28.6.1965, ADNBL, 153/6/1, Bl. 112f.

166 Beschlussprotokoll der Abteilungsleiterbesprechung am 21.1.1964, ADNBL, 153/7, unfol.

1968 dar. Darin war festgelegt, die Deutsche Bücherei und die Deutsche Staatsbibliothek zu »wissenschaftlichen Universalbibliotheken« für die Räume Leipzig und Ost-Berlin zu entwickeln,¹⁶⁷ worin die Bibliotheksdirektoren Röttsch und Kunze gleichermaßen eine Geringschätzung der zentralen Funktionen bzw. Röttsch sogar eine »Diskriminierung der Arbeit unserer Bibliothek«¹⁶⁸ sahen. Beide einte die Furcht vor dem Statusverlust. Schon während des Treffens im Mai 1969 einigte man sich ohne große Umschweife darauf, die Konzeption des Methodischen Zentrums nicht mitzutragen, sondern stattdessen offensiv einen »Sonderstatus« für beide Bibliotheken zu fordern.¹⁶⁹ Freilich waren die Treffen kaum mehr als eine Zusammenarbeit auf Zweckbasis und allen Gesprächen zum Trotz blieben die Grundkonflikte zwischen beiden Bibliotheken bestehen. So trat die Deutsche Bücherei Anfang 1970 dem Prognoseplan des Methodischen Zentrums mit einer eigenen Konzeption zur Erweiterung ihrer Funktionen entgegen, die in der Staatsbibliothek jedoch als Diktat empfunden wurde. Die Leipziger Konzeption sah vor, dass die Deutsche Bücherei als »Zentrale der Bibliographie« künftig ein Dokumentations- und Informationssystem »Bibliographische Literaturinformationen« aufbauen sollte, indem ihr eine Zentrale Leit- und Koordinierungsstelle für Bibliographie sowie ein Organisations- und Rechenzentrum für Bibliographie angegliedert wurde. Die Deutsche Staatsbibliothek sollte demgegenüber auf die Erschließung des ausländischen Schrifttums beschränkt werden und die dezentrale Auswertung der Fachzeitschriften organisieren. Diese Arbeitsteilung hatte Röttsch bereits in seinem Grundsatzreferat von 1963 angedeutet. Die Staatsbibliothek wäre damit der Deutschen Bücherei nachgeordnet worden.¹⁷⁰ Der Leiter des Auskunftsbüros der Staatsbibliothek, Heinz Gittig, beschuldigte die Deutsche Bücherei deshalb der Bevormundung der Staatsbibliothek.¹⁷¹ Selbst Kurt Brückmann, der wenige Monate zuvor noch die Leipziger Bibliothek unterstützt hatte, warf der Deutschen Bü-

167 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen, Prognose für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der DDR, Entwurf, September 1968, ADNBL, 150/2/7, unfol.

168 Protokoll der Beratung des Kollegiums am 8.4.1970, ADNBL, 153/6/1, Bl. 6.

169 Beschlussprotokoll der ersten gemeinsamen Sitzung der staatlichen Leitungen der Deutschen Bücherei (DB) und der Deutschen Staatsbibliothek (DSB) am 29. Mai 1969 im Sitzungszimmer der DB, Entwurf, ADNBL, 150/2/7, unfol.

170 Vorlage über die Funktionserweiterung der Deutschen Bücherei auf dem Gebiet der Bibliographie für die Sitzung des Kollegiums der Deutschen Bücherei am 8. April 1970, 16.3.1970, SBB, G II/A/30, Bd. 4, unfol.

171 Heinz Gittig, Stellungnahme zur Vorlage über Funktionserweiterung der Deutschen Bücherei auf dem Gebiet der Bibliographie für die Sitzung des Kollegiums der Deutschen Bücherei am 8. April 1970, 29.6.1970, ebd., unfol.

cherei nun vor, sich zum »bestimmenden Faktor im gesamten Bibliothekswesen der DDR« aufwerten zu wollen.¹⁷²

Die Hauptdirektion der Deutschen Bücherei hatte mit den bibliothekspolitischen Initiativen der 1960er Jahre in erster Linie das Ziel verknüpft, eine »moderne[n] Großbibliothek« zu werden, die sich mit anderen Nationalbibliotheken im Ausland messen konnte.¹⁷³ Alle Augen lagen auf den Entwicklungen außerhalb der DDR, freilich insbesondere auf der Deutschen Bibliothek, die 1966 unerwartet zum Vorreiter der Technisierung im westdeutschen Bibliothekswesen wurde und auf starke internationale Anerkennung stieß. In Frankfurt war man von dieser Aufmerksamkeit selbst überrascht.¹⁷⁴ Freilich hatte auch die Deutsche Bücherei bis dahin einige kleinere technische Neuerungen als große Innovationen verkaufen können. Man war stolz auf eine selbst entwickelte, schon von den Zeitgenossen als »legendär« bezeichnete Staubsaugerdüse für die zeitsparende Reinigung der Bücherregale¹⁷⁵ sowie auf die neue Büchertransportanlage, eine Gemeinschaftsaktion der DDR und der westdeutschen Firma Siemens, deren Erfolg – der Propaganda um die »Störfreimachung«¹⁷⁶ der ostdeutschen Wirtschaft zum Trotz – selbst in der DDR-Presse euphorisch kommuniziert wurde.¹⁷⁷ Ferner hatte man durch die Einrichtung eines zweiten Geschäftsgangs für »minderwertige Literatur«¹⁷⁸ einige Verzögerungen vom Eingang der Belegstücke bis zur Auslieferung der Titeldrucke kompensieren können, aber schon 1968 war deutlich geworden, dass dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein war. Im Durchschnitt vergingen 30 Wochen, bis ein Band den Geschäftsgang durchlaufen hatte, in der Regel dauerte das *Procedere* hingegen

172 Kurt Brückmann, Stellungnahme zur Vorlage über Funktionserweiterung der DB auf dem Gebiet der Bibliographie, 14.8.1970, ebd., unfol.

173 Protokoll über die am 22.4.1964 durchgeführte Berichts- und Wahlversammlung der BPO der SED der Deutschen Bücherei, SächsStAL, IV/A/7/169/01, unfol.

174 Protokoll der Sitzung des Beirats der Deutschen Bibliothek am 16.2.1967, HHS-tAW, 504, 6907 b, Bl. 734.

175 Helmut Röttsch, Die Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, ADNBL, 816/1 Bl. 45.

176 Am 4. Januar 1961 hatte die Staatliche Plankommission die »Aktion Störfreimachung« beschlossen und damit den Anspruch erhoben, die Wirtschaft der DDR in kürzester Zeit von Westimporten unabhängig zu machen. Zwar wurde bald klar, dass die Wirtschaft weiterhin auf Westimporte angewiesen war und die bald nach dem Mauerbau wieder auflebenden Wirtschaftsbeziehungen geduldet werden mussten. Die Propaganda um »Störfreimachung« ging indes weiter. Vgl. Fäßler, *Durch den Eisernen Vorhang*, S. 245–251.

177 Ein Knüller: Bücher im Fahrstuhl, in: Sächsisches Tageblatt vom 25. August 1963, S. 4.

178 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei für das II. Halbjahr 1961, 3.2.1962, ADNBL, 152/2/6, unfol.

noch immer drei bis fünf Monate.¹⁷⁹ Dennoch: lange Zeit war man in Leipzig davon überzeugt, einen deutlichen »Vorsprung gegenüber Frankfurt«¹⁸⁰ zu haben. 1966 stellte die Deutsche Bibliothek sämtliche Rationalisierungserfolge und Siegesgewissheiten in Leipzig unverhofft in den Schatten, als sie als erste deutsche Bibliothek eine EDV-Anlage erhielt, mit der die Grundbibliographien effizienter als bisher hergestellt werden konnten. In Leipzig lagen die Nerven blank. Helmut Röttsch machte während einer Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation deutlich,

»... dass wir vor grossen Schwierigkeiten stehen, die Lage ganz real einschätzen müssen und uns vor Augen halten müssen, welches Politikum es wird, wenn die Deutsche Bibliothek in Frankfurt mit ihrer Datenverarbeitungsanlage uns an die Wand spielt. [...] Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt würde, hätte nur sie – und das ist Klassenkampf – die neueste Technik, damit den Alleinvertretungsanspruch im deutschen Bibliothekswesen bekommen.«¹⁸¹

Freilich beruhte dieses Bedrohungsszenario nicht auf gesicherten Erkenntnissen über den tatsächlichen Einfluss der Technisierung, sondern vielmehr auf der durch den Kalten Krieg überformten Technikbegeisterung der 1960er Jahre, in deren Logik es nur Mitziehen oder Zurückbleiben gab, wobei Letzteres einer Katastrophe gleichkam. Die Bibliographische Abteilung wurde in diesem Zusammenhang zum größten Sorgenkind der Deutschen Bücherei. Man musste reagieren. In Ost-Berlin bestanden allerdings kaum Illusionen darüber, dass die DDR in Fragen der Technisierung stark rückständig war. Das galt nicht nur für die EDV, auch in den Bereichen Reprographie, Mikrofilmtechnik, Fotokopie, Thermokopie, Xerographie, Kommunikations- und Überwachungstechnik war die sozialistische der westlichen Welt gnadenlos unterlegen.¹⁸² Die Deutsche Bücherei ließ deshalb ihre informellen Kontakte zu Siemens spielen, die mit der Anlage 3003 ein weltweit konkurrenzloses Produkt für den Einsatz in Bibliotheken anbot. Und die Firma, die ihre Produkte auch in die Sowjetunion lieferte,¹⁸³ machte Leipzig ein unschlagbares Angebot. Über die Firma Hell (Kiel) konnte eine damals revolutionäre digital-elektronische Fotosetzanlage zur Herstellung von Schriftsatz, die sogenannte

179 Deutsche Bücherei, Abteilung Beschaffung, Gerhard Hesse, Untersuchungen zum Geschäftsgang der Deutschen Bücherei, 28.5.1968, ADNBL, 150/2/4, Bl. 21-51.

180 Protokoll der Mitgliederversammlung der BPO am 28.1.1963, 29.1.1963, Sächs-StAL, 21532, IV/A/7/160/01, unfol.

181 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10.10.1966, Ebd., unfol.

182 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken, Erstes Programm zur Technisierung und Rationalisierung der Arbeit in den wissenschaftlichen Bibliotheken, 7.4.1965, ADNBL, 152/1/6/1, Bl. 10-19.

183 Sari Autio-Saraso, Knowledge through the Iron Curtain. Soviet scientific-technical Cooperation with Finland and West-Germany, in: Ders./Miklóssy (Hrsg.), Reassessing Cold War Europe, S. 66-82, hier S. 77f.

Digiset, samt Satzprogramm und Siemens-Anlage für 4,5 Millionen DM bezogen werden. Die fachliche Unterweisung der Bibliothekare gab es kostenfrei dazu. Ein vergleichbares Modell des VEB Sachsenwerkes Dresden, die Robotron 300, oder eine Anlage aus sowjetischer Produktion hätte dagegen 15 Millionen Ost-Mark verschlungen, zumal hierfür die Software erst entwickelt werden musste und die Produktionskosten sowie der Aufwand hoch waren. Hell berechnete die Herstellungszeit für das Programm mit fünf Mannjahren, das Kombinat veranschlagte dagegen das Sechsfache.¹⁸⁴ Das Angebot aus Kiel und München stellte nicht nur sämtliche sozialistischen Alternativen in den Schatten, selbst die Deutsche Bibliothek hätte damit überflügelt werden können. Diese besaß zwar auch die Digiset, allerdings in Verbindung mit einer IBM-Anlage, das Satzprogramm musste vom Rechenzentrum in Darmstadt entwickelt werden, ohne dass Hell hierbei unterstützend tätig wurde.¹⁸⁵ Allein im Hinblick auf den Eingang an kostenloser Literatur aus Westdeutschland hätte sich die Siemens-Anlage mit Digiset in vier bis fünf Jahren amortisiert.¹⁸⁶

In der Deutschen Bücherei wurden sämtliche Ressourcen mobilisiert, um die Behörden zur Anschaffung der Anlage zu bewegen. In der Bibliothek war eigens eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Rötzschs Stellvertreter Hesse gebildet worden, die eine umfassende Denkschrift ausarbeitete. Der Erwartungsdruck auf Hesse, der lieber an seiner Habilitation gearbeitet hätte, war groß. Anfang 1967 kritisierte ihn die Parteileitung der Deutschen Bücherei wegen der »sporadischen« Arbeit der Arbeitsgruppe Datenverarbeitung scharf¹⁸⁷ und entzog ihm die Verantwortung, die Rötzsch nun persönlich übernahm.¹⁸⁸ Hesse, der sich zunehmend isoliert sah und den Entzug der Leitung nicht überwinden konnte,¹⁸⁹ wurde schließlich auf Beschluss der Parteileitung im November 1968 entlassen, ein Parteiverfahren ersparte man ihm jedoch.¹⁹⁰ Im Innern der Bibliothek hatte sich der

184 Ergänzung zur Denkschrift über die Notwendigkeit der Anschaffung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage für die bibliothekarische, insbesondere die bibliographische Arbeit der Deutschen Bücherei, Leipzig, 4.4.1967, ADNBL, 905/0, unfol.

185 Aktennotiz über eine Besprechung mit Herrn Dipl.-Ing. Käpernick von der Firma Hell, Kiel, am 9. März 1967 in Leipzig, ebd., unfol.

186 Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Protokoll der Kommission für Bibliographie vom 26.4.1967 in Leipzig, SächsStAL, 21766, 060, Bl. 13.

187 Protokoll der 3. Parteileitungssitzung am 3. Januar 1967, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

188 Programm für die Arbeitsgruppe Datenverarbeitung für 1967, ADNBL, 905/0, unfol.

189 Protokoll über die Aussprache der Parteileitung mit Gen. Hesse am 18.2.1967, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

190 Protokoll über die durchgeführte Mitgliederversammlung am 1. November 1968, 4.11.1968, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/02, unfol.

Handlungsdruck in kürzester Zeit erheblich verschärft. Auch nach außen rührte Röttsch kräftig die Werbetrommel. So setzte er etwa den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Alexander Abusch, bei dem man »stets ein offenes Ohr für unsere Anliegen«¹⁹¹ gefunden habe, Anfang Juni 1967 über das »Existenzproblem« in Kenntnis und bat ihn um Einflussnahme in Ost-Berlin.¹⁹² Tatsächlich ließ sich Abusch in seiner Funktion als Volkskammerabgeordneter wenige Tage nach dem Schreiben in der Deutschen Bücherei sehen und nahm medienwirksam den Rechenschaftsbericht entgegen, was wiederum Gelegenheit gab, den Druck auf das MHF zu erhöhen.¹⁹³ Und schließlich gelang es auch, die SED-Bezirksleitung, wo mit Paul Fröhlich ein einflussreicher Bezirkssekretär mit direktem Draht zu Ulbricht saß, von dem Vorhaben zu überzeugen, schließlich bot die der Deutschen Bücherei durch die Bibliotheksverordnung übertragene Funktion der bibliographischen Zentrale der DDR eine zusätzliche Begründung für die Anschaffung einer westdeutschen EDV-Anlage.¹⁹⁴

Aber was man auch tat, und obgleich die Technisierung ein Ankerpunkt in den bibliothekspolitischen Konzepten der 1960er Jahre darstellte, Staatssekretär bzw. Minister Gießmann winkte ab: »Die Chancen, eine solche Anlage für die DB zu importieren, sind gleich Null«, gab er Röttsch während einer ersten Besprechung im Dezember 1966 zu verstehen. Im Plan waren lediglich fünf Importe für die Siemens 3003 vorgesehen, die freilich bereits verteilt waren. Selbst die ZK-eigene Zeitung *Neues Deutschland* konnte einen der hochmodernen Apparate ergattern und ihre Propagandameldungen nun dank der Hilfe des »Klassenfeindes« auf modernste Art und Weise herstellen. Die Deutsche Bücherei stand hierbei zurück.¹⁹⁵ Einerseits aus wirtschaftlichen Gründen, andererseits aber auch aus Angst vor einem Eindringen westlicher Wertvorstellungen beschränkte die SED den Import westlicher Datenverarbeitungsanlagen auf ein Minimum.¹⁹⁶ Obwohl sich selbst der zuständige Abteilungsleiter im MHF, Kurt

191 Rechenschaftslegung (1967) anlässlich der Belegschaftsversammlung am 15. März 1968 im Kultursaal der Deutschen Bücherei, ADNBL, 152/2/6, unfol.

192 Helmut Röttsch an Alexander Absuch, 1.6.1967, ADNBL, 152/1/6, Bd. 4, Bl. 130.

193 Dr. Alexander Abusch sprach in der Deutschen Bücherei. Rechenschaftslegung wurde zu einem Höhepunkt der Wahlvorbereitung im Buchwesen, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr. 27 vom 27. Juni 1967, S. 483f.

194 Beschlußprotokoll über die Zusammenkunft der Arbeitsgruppe Datenverarbeitung am 26.1.1968, 5.2.1968, ADNBL, 905/0, unfol.

195 Helmut Röttsch, Aktennotiz, Betr.: Aussprache mit dem Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Herrn Prof. Dr. Ernst-Joachim Gießmann am 13. Dezember 1966, 27.12.1966, ebd., unfol.

196 Simon Donig, Vorbild und Klassenfeind. Die USA und die DDR-Informatik in den 1960er Jahren, in: Osteuropa 59 (2009), Heft 10, S. 89-100.

Brückmann, nachdrücklich für den Import aus dem Westen verwendet¹⁹⁷ und Gießmann überdies zur Kenntnis genommen hatte, dass die Deutsche Bücherei spätestens 1970 auf EDV umstellen müsse, weil ansonsten jährlich eine Million Valuta-Mark wegen des befürchteten Exportrückgangs der Bibliographien verloren ging, legte Gießmann Röttsch aus politischen Gründen nahe, sich auf die wesentlich teurere Robotron- oder eine sowjetische Anlage zu konzentrieren.¹⁹⁸ Im Bestreben, mit den technischen Innovationen im Westen mithalten zu können, setzte die SED alle Hoffnungen in die Innovationskraft der sozialistischen Welt. In Leipzig nahm man indes zur Kenntnis, dass die allseits propagierte »sozialistische Gemeinschaftsarbeit« kaum nennenswerte Früchte trug. Das Institut für Datenverarbeitung in Dresden hatte zwischenzeitlich bekundet, über einen möglichen Einsatz sowjetischer Anlagen keine fachliche Auskunft geben zu können.¹⁹⁹ Am Ende stand eine regional ausgehandelte Kompromisslösung. Von 1970 bis 1974 sollten Informatiker der Karl-Marx-Universität ein für die Zwecke der Bibliothek nutzbares Erfassungsmodell und Programm entwickeln, 1974 war dann die Einrichtung der EDV-Anlage mit dem Nachfolgemodell der Robotron 300 in der Deutschen Bücherei geplant. In der Zwischenzeit wurde den Bibliothekaren gestattet, eine Anlage der VOBZentrag, die dem ZK der SED direkt unterstand und den Großteil der Druckkapazitäten in der DDR verwaltete, mitzubenutzen. Die Anlage wurde zudem in der Bibliothek aufgestellt, damit Forscher der Karl-Marx-Universität gleichzeitig mithilfe der Bibliothekare ein Satzprogramm für die kompatible Lichtsatzanlage Linotron 505 mitentwickeln konnten.²⁰⁰ Dieser Kompromiss war nur »auf der Basis von gutem Zureden, vielem Herumreisen und über Beziehungen« zustande gekommen und verursachte zahlreiche Folgeprobleme, insbesondere weil sich die Verantwortlichen erst selbst mit den Geräten vertraut machen mussten.²⁰¹

197 Abt. Wiss. Bibliotheken und Museen, Kurt Brückmann, Gutachten zur Denkschrift der Deutschen Bücherei, Leipzig, über die Notwendigkeit der Anschaffung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage, 31.5.1967, BArch, DC 20/7587, unfol.

198 Stellungnahme zur Denkschrift über die Notwendigkeit der Anschaffung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage für die bibliothekarische, insbesondere für die bibliographische Arbeit der Deutschen Bücherei, Leipzig, o.D., ADNBL, 905/0, unfol.

199 Beschlußprotokoll über die Zusammenkunft der Arbeitsgruppe Datenverarbeitung am 11.12.1967, ebd., unfol.

200 Helmut Röttsch, Konzeption für die Entwicklung des Teilsystems »Bibliographische Literaturinformation« auf EDV-Grundlage durch die Deutsche Bücherei zu Leipzig (Vorlage für die Stadtleitung der SED), 30.5.1970, ADNBL, 152a/2, Bl. 20f.

201 Zum Stand der EDV-Vorbereitung in der Deutschen Bücherei und die sich aus gegenwärtiger Sicht ergebenden Konsequenzen für die staatliche Leitungstätigkeit. Bericht vor dem Kollegium der Deutschen Bücherei am 31.1.1969, vertraulich, ADNBL, 153/6, Bl. 48.

Die Reaktionen der Deutschen Bücherei auf den Rationalisierungsdiskurs im Bibliothekswesen der 1960er Jahre lässt durchaus Analogien zu den 1950er Jahren sichtbar werden. In beiden Phasen nahmen die Leipziger Bibliothekare die Signale der SED zum Anlass, die führende Stellung im wissenschaftlichen Bibliothekswesen zu behaupten. Rationalisierung bot hierfür nun das zentrale Argument, zugleich aber auch dafür, die Konkurrenz der Deutschen Staatsbibliothek zu verdrängen. Selbst die Ende der 1960er Jahre forcierte Zusammenarbeit zwischen beiden Bibliotheken basierte auf der Gewissheit, über der Staatsbibliothek zu stehen, aber auch auf der Einsicht, dass man genügend eigene Probleme zu lösen hatte und man sich nicht zusätzlich durch einen DDR-internen Konflikt belasten wollte. Damit hegte der Zwang zur Kooperation den jahrzehntelangen Dissens zwischen den Bibliotheken bis zu einem gewissen Grade ein. In den 1950er Jahren hatte man in Leipzig allerdings kaum zu befürchten, dass die konzeptionell völlig undeutliche »sozialistische Bibliothekspolitik« die Deutsche Bücherei in ihrem Grundbestand bedrohen würde. Diese Gefahr nahm nach dem Mauerbau aber Gestalt an, weil es tatsächlich erstmals eine konkretere Vorstellung von einem »sozialistischen Bibliothekswesen« gab, in dem institutionelle Unterschiede zugunsten des großen Ganzen eingeeht werden sollten. Sicherlich überschätzten die Bibliothekare in Leipzig die von der Konzeption ausgehende Bedrohung, zumal die Debatte letztlich ein Randdiskurs blieb. Die Bedrohungsgefahr basierte hauptsächlich auf einer spezifischen Lesart der Grundsatzdokumente, die viel über das traditionelle Selbstverständnis der Bibliothekare aussagt. Dass das »einheitliche Bibliothekswesen« letztlich auf dem Papier stehen blieb, weil es zu viele Probleme auf einmal in kürzester Zeit zu lösen beanspruchte und weder materiell umsetzbar noch konsensfähig war, kam den Leipziger Bibliothekaren durchaus entgegen. Demgegenüber stellten die mit der Verschiebung der Diskursgrenzen in den internationalen Bibliotheksdebatten verbundenen Erwartungen an die Technisierung und die in diesem Zusammenhang wahrgenommene Bedrohung aus Frankfurt die Deutsche Bücherei zum ersten Mal in ihrer Nachkriegsgeschichte vor Herausforderungen, denen man nicht mehr allein mit Worten oder einer Zurücknahme politischer Restriktionen (Stichwort: Bibliographie), geschweige denn mit einem im Vergleich zu Frankfurt deutlich größeren Mitarbeiterstab begegnen konnte. Hier stieß man an harte wirtschaftliche Grenzen, welche die Unfähigkeit der DDR bzw. der gesamten sozialistischen Welt markieren, auf den globalen Trend der Technisierung mit vergleichbaren Initiativen zu reagieren. Mit der Globalisierung des Ost-West-Konfliktes drohte der Deutschen Bücherei ein empfindlicher Rückstand.

c.) Die neue Generation: Elitenwechsel und Veränderungen in der Institutionenkultur

Die Reformansätze der 1960er Jahre sollten sich auch auf die Personal- bzw. Kaderpolitik auswirken. Im Zuge der Ökonomisierung und Verwissenschaftlichung von Politik gelangten immer mehr akademisch ausgebildete Kader, die vielfach keine oder kaum persönliche Verbindungen zur Arbeiterbewegung vor 1945 hatten, auf politische und wirtschaftliche Leitungspositionen. Das ihnen zuweilen von zeitgenössischen Beobachtern im Westen unterstellte Potential aber, eine »institutionalisierte Gegenelite« zur »strategischen Clique« um Ulbricht zu bilden und die DDR von innen heraus zu »modernisieren«²⁰², besaßen sie freilich nicht,²⁰³ jedoch veränderten sie die Arbeitskultur in den Institutionen maßgeblich. Zugespitzt formuliert, standen sie nicht mehr, wie ihre einst aus Moskau heimkehrten oder aus den KZs befreiten Vorgänger, vornehmlich für Revolution und Klassenkampf, sondern vielmehr für Wohlstand und Stabilität, ohne freilich zu vergessen, wem sie ihren Aufstieg zu verdanken hatten.²⁰⁴ Auch die im wissenschaftlichen Bibliothekswesen diskutierten Konzepte hoben die Bedeutung der Akzentverschiebung in der Kaderpolitik hervor. Nicht nur Rationalisierung, Technisierung und Koordinierung, sondern auch entsprechend »technisch vorgebildete Kader«²⁰⁵ sollten die bibliothekarische Arbeit künftig prägen.

Diesem Anspruch stand eine ernüchternde Realität gegenüber. Im Bibliothekswesen der DDR beobachteten Experten Mitte der 1960er Jahre eine zunehmende »Dequalifizierung in diesem Beruf«, was sie vor allem auf die schlechten Verdienstmöglichkeiten zurückführten.²⁰⁶ In der Deutschen Bücherei sprach man sogar von einer »ernsthaften Kaderkrise im wissenschaftlichen Dienst«.²⁰⁷ Wie in vielen anderen Bibliotheken der DDR (und ebenso der Bundesrepublik)

202 Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln 1968.

203 Jens Gieseke, *Die SED-Parteielite zwischen Wandel und Verharren*. Peter Christian Ludz' *Modernisierungstheorie*, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 110–113.

204 Ein Porträt dieser um 1929 herum geborenen Generation findet sich bei Mary Fulbrook, *Dissonant Lives. Generations and Violence through the German Dictatorships*, Oxford 2011, S. 330–344.

205 Die Aufgaben des Bibliothekswesens der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Thesen zur Ausarbeitung des Perspektivplans für den Zeitraum von 1964–1970, Entwurf, 13.12.1963, ADNBL, 150/2/7, unfol.

206 Aktennotiz über eine Beratung der Arbeitsgruppe Bibliothekswesen der Staatlichen Kommission am 2.3.1965, BArch, DC 20/7705, unfol.

207 Helmut Röttsch an Alexander Abusch, 1.6.1967, ADNBL, 152/1/6, Bd. 4, Bl. 131.

herrschte auch unter den Bibliothekaren der Deutschen Bücherei eine hohe Fluktuation. Speziell in Leipzig befand man sich in scharfer Konkurrenz zu anderen Bibliotheken, Instituten und Dokumentationsstellen der Industrie, die wesentlich höhere Gehälter zahlten. In der Deutschen Bücherei verdiente ein qualifizierter Chemiker Mitte der 1960er Jahre gerade einmal 850 MDN (Mark der Deutschen Notenbank, Währung der DDR 1964-1967), beim VEB Chemieanlagenbau 150 MDN mehr, im Zentralinstitut für Information und Dokumentation sogar das Doppelte.²⁰⁸ Zudem lockte dort die Möglichkeit, eine der vielen Neubauwohnungen für Fachkräfte in privilegierten Betrieben und Institutionen zu ergattern, während die Deutsche Bücherei diesbezüglich keine Sonderrechte besaß. Die prekäre Wohnungssituation vor allem vieler älterer Kollegen erhitze immer wieder die Gemüter in der SED-Grundorganisation. So fiel eine Genossin oftmals für mehrere Wochen aus, da sie »alles Lebensnotwenige weiter vier Treppen hochschleppen muss und mit den wenigen Kräften nicht mehr zurecht kommt«. ²⁰⁹ Auch Versorgungsengpässe, etwa bei Batterien für Hörgeräte, konnten ganze Abteilungen lahmlegen.²¹⁰ Gerade auf jene älteren Kollegen aber war die Deutsche Bücherei angewiesen. Viele der Planstellen waren mit Hilfspersonal besetzt oder mit langjährigen Mitarbeitern, von denen schon einige im Rentenalter standen und entsprechend häufig durch Krankheit ausfielen. Dienstältester Mitarbeiter war nach dem Ausscheiden Curt Fleischhacks nun Kurt Landgraf, der immerhin schon seit 1924 in der Deutschen Bücherei tätig war und 1946 zunächst wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft entlassen worden war. Noch mit dem Eintritt ins Rentenalter zeichnete er 1967 als Haushaltssachbearbeiter verantwortlich.²¹¹ In der Katalogabteilung standen 1966 von 27 Mitarbeitern bereits vier im Rentenalter, ein weiterer Mitarbeiter befand sich kurz davor, eine Reihe weiterer Kollegen hatte mit einem labilen Gesundheitszustand zu kämpfen. Dies hatte der Abteilung 1965 einen Ausfall von 533 Arbeitstagen beschert, was fast auf den Tag genau dem gesetzlichen Jahresurlaub der Mitarbeiter entsprach.²¹² Auch in der Verwaltungsabteilung sah man die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes aufgrund der Überalterung des Personals »ernsthaft gefährdet«. ²¹³

208 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei für das Jahr 1964, ADNBL, 152/2/6, unfol.

209 Informationsbericht für Dezember 1961, BAArch, DR 3, I. Schicht, 5446, unfol.

210 Informationsbericht für Mai 1962, ebd., unfol.

211 Helmut Röttsch an Josef Stummvoll, 19.4.1967, ADNBL, 814/3, Bl. 143.

212 Heinz Höhne, Abteilung Kataloge, Stellungnahme vom Standpunkt der Abteilung Kataloge zur Vorbereitung der 45-Stunden-Woche ab Anfang April, 5.2.1966, ADNBL, 365/2, Bl. 42.

213 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an die Leipziger Volkszeitung, Anzeigenredaktion, 13.5.1966, ADNBL, 335/0, Bd. II, Bl. 55.

Nachwachskräfte waren dagegen Mangelware. Angesichts stagnierender Stellenpläne und geringer Gehälter konnten sich nur wenige ausgebildete Fachkräfte für eine Tätigkeit in der Deutschen Bücherei erwärmen, solange es attraktivere Arbeitsmöglichkeiten in der von Arbeitskräftemangel geplagten DDR gab, die wiederum die Erwartungen der umworbenen jüngeren Generation nach oben schraubten. Die seit jeher wenig reizvolle Tätigkeit in der Deutschen Bücherei, die durch lange Arbeitszeiten, starken Termindruck, geringe Aufstiegsmöglichkeiten und wenig Abwechslung gekennzeichnet war, erschien vor diesem Hintergrund in einem noch ungünstigeren Licht. Die Situation verschlechterte sich zusätzlich durch die Einführung der Fünf-Tage-Woche seit Mitte der 1960er Jahre.²¹⁴ Mit diesem sozialpolitischen Geschenk reagierte die DDR vor allem auf parallele Entwicklungen in der Bundesrepublik, wo auf Druck des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1956 für die Zigarettenindustrie als erster Branche die 40-Stunden-Woche eingeführt worden war und seit 1965 weitere Branchen sukzessive nachzogen.²¹⁵ In der Deutschen Bücherei war man hierauf nicht vorbereitet. Ganz im Gegenteil: Stetig ansteigende Benutzerzahlen und Bucheingänge ließen sich angesichts der schwierigen Personalsituation nur mit langen Arbeitszeiten bewältigen. Für die Abteilung Beschaffung und Zugang bedeutete die neue Regelung deshalb keine sozialpolitische Verbesserung, sondern einen Ausfall von jährlich 936 Arbeitsstunden oder sechs unbesetzten Planstellen.²¹⁶ Die Abteilung Benutzung sah sich nur noch imstande, ihr Arbeitspensum in der gewohnten Form aufrechtzuerhalten, wenn ihr jährlich die Unterstützung von 72 Kollegen aus anderen Abteilungen zuteilwurde,²¹⁷ stieß damit bei den angesprochenen Kollegen aber auf deutliche Ablehnung. Am Ende hatten die Benut-

214 Verordnung über die »5-Tage-Arbeitswoche für jede zweite Woche« und die Verkürzung der Arbeitszeit vom 22. Dezember 1965, in: Gesetzblatt der DDR 1965, Teil II, S. 897-902; Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Neuregelung der Arbeitszeit in einigen Wochen mit Feiertagen vom 3. Mai 1967, in: Gesetzblatt der DDR 1967, Teil II, S. 237-241.

215 Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970*, Berlin 1995, S. 120-129; zur Bundesrepublik vgl. Karl A. Otto, *Die Arbeitszeit. Von der vorindustriellen Gesellschaft bis zur »Krise der Arbeitsgesellschaft«*, Pfaffenweiler 1989, S. 268.

216 Deutsche Bücherei, *Abteilung Beschaffung und Zugang*, Helmut Lohse, an Gerhard Hesse, *Einführung der 5-Tage-Woche*, 4.1.1966, ADNBL, 365/2, Bl. 23.

217 Deutsche Bücherei, *Karl-Heinz Wenkel*, *Vorlage für die Beratung der »Kommission zur Vorbereitung der Einführung der 45-Stunden-Woche« in der Deutschen Bücherei*, o.D., Ebd., Bl. 34.

zer das Nachsehen. Die Öffnungszeiten wurden verkürzt, Literaturbestellungen für Sonnabend mussten künftig bis Freitag 14 Uhr abgegeben sein.²¹⁸

Die Deutsche Bücherei verfügte kaum über Möglichkeiten, materielle Anreize zu setzen, obgleich die SED unablässig die Wirkung »ökonomischer Hebel« pries. Ohne Absprache mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen initiierte die Hauptdirektion deshalb 1964 ein »Stellenplanexperiment«, von dem man sich einigen Handlungsspielraum erhoffte, das sich am Ende aber als Luftnummer erwies. Danach konnten innerhalb eines festgesetzten Kontingents Planstellen beliebig umgesetzt werden, zudem war es möglich, bestimmte Stellen aufzuwerten, wenn andere Stellen abgewertet wurden. Überdies stellte man Mitarbeitern, die ihre Leistungen »überdurchschnittlich« erhöhten, zum Teil einen Leistungszuschlag von 100 Prozent in Aussicht.²¹⁹ Diese Zusagen konnten jedoch nicht gehalten werden, sodass schon wenige Monate nach Beginn des Experiments dessen Erfolglosigkeit eingestanden werden musste.²²⁰ Für Überstunden stand der Bibliothek jeweils nur ein Leistungszuschlag von 25 Prozent zur Verfügung. Versuche, diesen Satz zumindest für einige prekär beschäftigte Mitarbeiter auf 50 Prozent anzuheben, scheiterten jedoch am Widerstand des Staatssekretariats.²²¹ Immer wieder musste Helmut Röttsch viel Überzeugungsarbeit leisten und insbesondere verkürzt arbeitende Kolleginnen und Kollegen bitten, ihr Arbeitspensum freiwillig und unbezahlt zu erhöhen, während ihm auf der anderen Seite zunehmend Klagen über die Grenzen der physischen Belastbarkeit entgegenschlugen.²²² Dabei ließ sich die ansteigende Belastung der Mitarbeiter nicht nur auf die Erhöhung des Arbeitspensums und die Überalterung der Belegschaft zurückführen. Eine interne Arbeitsplatzstudie im Sach-

218 Deutsche Bücherei, Verwaltungsdirektor, Verwaltungsmittelteilung Nr. 4/1967, 1.7.1967, Ebd., Bl. 119.

219 Helmut Röttsch, Zur Diskussion: Stellenplanexperiment, in: Korrekturfahne 1964/II, Heft 5, S. 17-21.

220 Deutsche Staatsbibliothek, Verwaltungsdirektor, an Horst Kunze, Aufsatz in der Betriebszeitung der Deutschen Bücherei »Stellenplanexperiment«, 8.9.1964, SBB, G II/A/30, Bd. 3, unfol.

221 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch/Kurt Landgraf, an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Haushalt, Einführung der 45-Stundenwoche: Bezahlung der Aushilfskräfte an den Schaltern der Bücherausgaben und den Pulten der Lesesäle im Rahmen der 45-Stundenwoche, 11.4.1967, ADBL, 363/12, Bl. 117; Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Arbeit und Recht, Dr. Joseph, Bezahlung der Aushilfskräfte im Rahmen der 45-Stundenwoche, 7.7.1967, Abschrift, ebd.

222 Leninlehrgang 1970 und Rechenschaftslegung 1969 der staatlichen Leitung der Deutschen Bücherei (Belegschaftsversammlung am 20. April 1970), ADNBL, 152/2/6, unfol.; Rechenschaftslegung über das Jahr 1965 anlässlich einer Belegschaftsversammlung am 4.3.1966, ebd., unfol.

gebiet Sachkatalog von 1969 etwa kam zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich über 15 Prozent der Arbeitszeit für persönliche Bedürfnisse, Arztbesuche, aber auch Vorlesungen, gesellschaftliche Verpflichtungen und Qualifikationsveranstaltungen verloren gingen.²²³ Parallel mehrte sich die Zahl der Mitarbeiter, die einer Verlängerung ihrer täglichen Arbeitszeit über 16 Uhr hinaus nicht mehr ohne weiteres zuzustimmen bereit waren. Wenn Helmut Röttsch diesen Kollegen eine mangelnde »Beziehung zu ihrem Institut« vorwarf, dann zeigt dies weniger die Verkennung der Realitäten, sondern vielmehr die Hilflosigkeit der Hauptdirektion, mit den sich wandelnden Bedürfnisstrukturen, die wesentlich von der auf Privilegien aufbauenden Sozialpolitik der SED gefördert wurden, adäquat umzugehen.²²⁴ Unverkennbar wurde Röttsch vor Augen geführt, dass der Deutschen Bücherei trotz ihrer gesetzlich verankerten Sonderstellung keine Sonderbehandlung zuteilwurde.

Unter diesen Bedingungen gestaltete sich auch der Personalwechsel auf zahlreichen Leitungspositionen in der Deutschen Bücherei keineswegs planvoll, sondern war vielmehr ein Spiegelbild der Personalprobleme im wissenschaftlichen Bibliothekswesen insgesamt und in der Deutschen Bücherei im Speziellen. In vier von sechs Fällen waren die neuen Leitungskader erst kurz zuvor an die Deutsche Bücherei gekommen, jedoch zumeist eher aus Zufall. Dies waren Helmut Lohse (1925-1991), Gerhard Pomaßl (1929-1993), Karl-Heinz Wenkel (1924-?) und Horst Bunke (1925-1988), denen zwischen 1961 und 1965 die Leitungen der Abteilungen Beschaffung und Zugang, Bibliographien, Benutzung sowie der neu geschaffenen Methodischen Beratungsstelle für Literaturpropaganda und Bibliographie übertragen wurden. Bei Gerhard Hesse (1921-?), der von 1961 bis zu seiner Entlassung 1968 als Stellvertreter des Hauptdirektors (seit 1965 wieder Generaldirektor) tätig war, und Hildegard Scheffler (1914-?), die 1967 die Leitung der Abteilung Auskunft und Beratung übernahm, handelte es sich dagegen um Hausberufungen.

Die vier Erstgenannten zählten zu jener Generation, die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre geboren worden war und denen die DDR bzw. die SED in ihrer sächsischen Heimat einst die Möglichkeit geboten hatte, die durch den Krieg unterbrochenen Lebensentwürfe fortzusetzen und sozial aufzusteigen. Zur Arbeiterbewegung vor 1945 hatten sie keine persönlichen Verbindungen. Der gebürtige Dresdner Helmut Lohse hatte 1941 noch das Notabitur ablegen und eine Ausbildung zum Industriekaufmann in seiner Heimatstadt aufnehmen können, bis er 1943 zum Kriegsdienst in der SS eingezogen wurde. Zuvor hatte er als Jugendlicher den militärischen Drill in der HJ erfahren, gegen den er, wie er später

223 Deutsche Bücherei, Abt. Kataloge, Arbeitsplatzstudie Sachkatalog, März 1969, ADNBL, 543/2/1, unfol.

224 Mitgliederversammlung der BPO der SED am 13.1.1964, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

gebetsmühlenartig bekundete, schon als Jugendlicher einen ausgeprägten Hass entwickelt habe. Nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft und kleineren Tätigkeiten in der Stadtverwaltung Dresden bzw. der Landesverwaltung Sachsen erhielt der 1947 in die SED eingetretene Lohse 1949 ein Stipendium für ein dreijähriges Studium der Gesellschaftswissenschaft an der Universität Leipzig. Es folgte eine mustergültige akademische Karriere als Assistent, Oberassistent und Dozent an den Universitäten Leipzig und Halle. 1956 wurde er im Fach »Wissenschaftlicher Sozialismus« mit einer Arbeit über die »revolutionären Traditionen des Roten Frontkämpfer-Bundes unter der Führung von Ernst Thälmann« promoviert. Zudem engagierte sich der ehrgeizige Lohse seit 1952 ununterbrochen als Sekretär in verschiedenen SED-Grundorganisationen.²²⁵ 1959 erhielt seine Karriere indes einen Dämpfer. Anlässlich des zehnten Jahrestages der DDR hatte er ein Referat auf einer theoretischen Konferenz über »die erste Etappe der volksdemokratischen Revolution in der DDR« halten müssen, das ihm von der SED-Bezirksleitung Halle »starke Kritik« einbrachte. Lohse erhielt im Rahmen eines Parteiverfahrens eine »strenge Rüge« und schied aus dem Dienst der Universität aus.²²⁶ Dies war freilich nicht das erste Mal. Schon nach dem 17. Juni 1953 war es zu Querelen gekommen, was Lohses Versetzung in den VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig zur Folge gehabt hatte. 1959 war seine Universitätskarriere jedoch endgültig beendet. Die Deutsche Bücherei bot ihm deshalb die Möglichkeit, auch ohne bibliothekarische Vorbildung in einer politisch weniger unter Beschuss stehenden leitenden Stellung die Wissenschaftlerkarriere fortzusetzen. Als Leiter der Abteilung Beschaffung und Zugang, die er von Helmut Röttsch übernahm, bestand die Aussicht auf eine Habilitation.²²⁷ Dass daraus nichts wurde, war dem Arbeitspensum als Abteilungsdirektor geschuldet, womit Lohse sich aber offenbar arrangierte. Schließlich genoss er als Beschaffungsdirektor die Möglichkeit, als Reisekader in den Westen fahren zu können, wo er bald häufig Vorträge über Exilliteratur hielt. Er blieb jedoch ein ehrgeiziger Genosse, sah seine Zugehörigkeit zur SED als Privileg an, engagierte sich weiterhin als Sekretär in der SED-Grundorganisation und unterschrieb 1967 schließlich eine Verpflichtungserklärung beim MfS. Seine Funktion als Reisekader hatte ihn für die Stasi interessant gemacht und dort zeigte man sich begeistert von der Intelligenz, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Kontaktfreudigkeit, Abgeklärtheit und Verschwiegenheit des IMS »Gerhard«²²⁸, der den Offizieren auch detaillierte Be-

225 Personalbogen Helmut Lohse, 13.II.1975, ADNBL, Personalakte Helmut Siegfried Lohse, unfol.

226 Helmut Lohse, Lebenslauf, 14.8.1960, ebd., unfol.

227 Protokoll, Betrifft: Kadergespräch mit Abteilungsdirektor Kollegen Dr. Helmut Lohse am 1.10.1965, ebd., unfol.

228 BV Leipzig, Abt. XX/7, Auskunftsbericht IMS Gerhard, 21.II.1974, BStU, MfS, XIII 115/57, unfol.

richte über Konflikte und Vorfälle in der Deutschen Bücherei lieferte und dabei auch mit Kritik an Helmut Röttsch, mit dem Lohse immer wieder in Auseinandersetzungen geriet, nicht sparte. Auch Konflikte mit anderen Kollegen schimmern in den Berichten immer wieder durch, was zeigt, welche zentrale Funktion Lohse der inoffiziellen Tätigkeit für den eigenen Stuserhalt zumaß.

Ganz andere Charaktere waren Gerhard Pomaßl und Karl-Heinz Wenkel, die als ausgebildete wissenschaftliche Bibliothekare an die Deutsche Bücherei gekommen waren. Der im mährischen Sternberg (tschechisch: Šternberk) geborene Pomaßl hatte die Oberschule durch den Ausbruch des Krieges nicht mehr abschließen können. 1946 trat er in die SED ein, als Belohnung konnte er im Jahr darauf das Abitur nachholen. Es folgte ein Studium der Germanistik, Anglistik und Pädagogik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, das er 1951 abschloss. Anschließend absolvierte er einen Sonderlehrgang für wissenschaftliche Bibliothekare an der ÖWB. Obwohl er nur mit »befriedigend« abschloss, schlug er eine klassische Laufbahn als wissenschaftlicher Bibliothekar ein. Die Personalnot war groß. Zunächst wurde er Referendar an der Thüringischen Landesbibliothek Weimar, dann Leiter der Abteilungen Kataloge, Altbestände und Magazine in der Jenaer Universitätsbibliothek und schließlich Leiter der Abteilung Bibliographien der Deutschen Bücherei, wo er den 1961 in den Westen geflohenen Werner Rittner ersetzte. Bereits 1960 war Pomaßl mit einer Arbeit über den Minnesang in der deutschen Lyrik des 12. und 13. Jahrhunderts promoviert worden.²²⁹ Der SED-Mitgliedschaft scheint Pomaßl bei Weitem nicht den zentralen Stellenwert beigemessen zu haben wie Lohse. Zumindest wurde ihm keine herausragende politische Aktivität bescheinigt, vielmehr eine formale Erfüllung von Parteiaufträgen.²³⁰ Dennoch beanspruchte er die Privilegien eines sozialistischen Wissenschaftlers für sich. So mokierte er sich in einem Kadergespräch, dass ihm als Leiter der größten Abteilung in der Deutschen Bücherei auch ein im Vergleich zu den anderen Abteilungsleitern deutlich höher dotierter Einzelvertrag zustünde. Auch forderte er immer wieder die Gewährung von Weiterbildungsmöglichkeiten ein.²³¹ Gleichwohl genoss er als Reisekader schätzenswerte Annehmlichkeiten, was ihm einige Jahre nach seiner Berufung jedoch zum Verhängnis wurde. Im Kollegium der Deutschen Bücherei war Pomaßl zwar nicht unbeliebt, wurde wegen seines großspurigen Geredes über seine internationale Arbeit aber häufig belächelt.²³² Im November 1966 wurde er zum ersten Mal während einer Par-

229 Personalbogen Gerhard Pomaßl, 6.4.1990, ADNBL, Personalakte Gerhard Pomaßl, unfol.

230 Öffentliche Wissenschaftliche Bibliothek, Leiter der Personalabteilung, Riedel, Beurteilung Gerhard Pomaßl, 4.12.1953, ebd., unfol.

231 Kadergespräch mit Kollegen Dr. Pomaßl, geführt von Kollegen Hesse und Kollegin Kind am 8.10.1965, ebd., unfol.

232 BV Leipzig, Abt. XX/7, Bericht des IMS Gerhard über Dr. Gerhard Pomaßl, 24.7.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 271.

teileitungssitzung von Röttsch wegen »zu intensiver Reisetätigkeit« kritisiert, nachdem er einer Einladung des tschechischen Kulturministers gefolgt war und 14 Tage in der ČSSR verbracht hatte.²³³ Hintergrund war, wie sich erst später herausstellte, Pomaßls Homosexualität, die in der DDR zwar schon 1968 auf strafrechtlicher Ebene entkriminalisiert wurde, aber weiterhin gesellschaftlich und politisch geächtet blieb.²³⁴ So geriet Pomaßl, wie viele andere Homosexuelle auch, bald ins Visier der Staatssicherheit, denn seine privaten Vorlieben und das Fehlen von »familiären [sic!] Bindungsfaktoren in der DDR«²³⁵ galten der Stasi als »erheblicher Unsicherheitsfaktor für weitere Einsätze nach dem NSW«, zumal bekannt geworden war, dass er internationale Gäste auch in seine Privatwohnung einlud.²³⁶ Ihm wurde unterstellt, dadurch zu einer leichten Beute für ausländische Geheimdienste werden zu können. 1977 musste er sich schließlich im MHF für seine »ungeordnete[n] persönliche[n] Verhältnisse« verantworten. Auf das darauffolgende Verbot, an einer UNESCO-Tagung in Paris teilzunehmen bzw. die Aufforderung, diese wegen Krankheit abzusagen, reagierte Pomaßl empört und warf den Verantwortlichen Denunziation und Rufmord vor.²³⁷ Sein Privatleben war Pomaßl zum beruflichen Risiko geworden, die Entlassung bereits in die Wege geleitet. Dass sie dennoch nicht vollzogen wurde, lag wohl am internationalen Prestige und den Netzwerken Pomaßls. Seit 1968 war er Vorsitzender der Sektion Bibliographie der IFLA, bereits seit 1965 saß er im Präsidium des Dachverbandes. Nach seinem Gespräch im Ministerium hatte er auch gegenüber westlichen Gesprächspartnern nicht hinterm Berg damit gehalten, in Schwierigkeiten mit den Behörden der DDR gekommen zu sein. Diesen drohte er indes ungeniert damit, die IFLA in den Vorgang einzuschalten und seine Reisen künftig über »Dollarschecks« der Organisation zu finanzieren.²³⁸ Ost-Berlin wurde die »Causa Pomaßl« offenbar zu heiß, der international angesehene Bibliothekar blieb in seiner Funktion, zumal man nicht nur Gesichtsverlust im Ausland befürchtete, sondern auch, dass Pomaßls internationale Funktion bei Vakanz sofort von

233 Protokoll über die Leitungssitzung am 1.11.1966, 4.11.1966, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

234 Günter Grau, Zur Theoriebildung über Homosexualität und Homosexuelle, in: Günter Amendt (Hrsg.), Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR, Köln 1989, S. 93-123, hier S. 96f.; Edgar Nastola, Individuelle Freiheit und staatliche Reglementierung. Lesben und Schwule in der DDR, Marburg 1999, S. 85.

235 IM Reinhardt, Stellvertretender Generaldirektor der DB Pomassl – gegenwärtige Situation, 24.10.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 79.

236 BV Leipzig, Abt. XX/7, Information, 19.10.1977, BStU, MfS, HA XX, 2302, Bl. 225.

237 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Stellvertreter des Ministers, Notiz über ein Gespräch mit Gen. Dr. Pomaßl, Stellvertretender Generaldirektor der Deutschen Bücherei Leipzig am 7.9.1977, 12.9.1977, ebd., Bl. 221.

238 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 25.8.1977, 25.8.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 108.

einem westdeutschen Vertreter okkupiert werden würde. Pomaßl konnte so weiterhin in den Westen reisen, wurde aber unter Beobachtung gehalten.²³⁹

Unter welchen Umständen Karl-Heinz Wenkel an die Deutsche Bücherei kam, ist in den Akten nicht überliefert, wohl aber, dass er sicherlich kein Wunschkandidat war. Der in Leipzig geborene Wenkel hatte nach Abschluss der achten Klasse von 1938 bis 1941 eine Lehre zum Augenoptiker absolviert, parallel in der HJ gedient, bis er 1942 zum Einsatz in der Sowjetunion, Rumänien und Ungarn eingezogen wurde. Aus der englischen und amerikanischen Kriegsgefangenschaft konnte er im Juli 1945 fliehen. In Leipzig nahm er zunächst seinen alten Beruf wieder auf und schloss sich der SPD, nach der Zwangsvereinigung mit der SED, an. Diese fand bald eine neue Verwendung für den 22-Jährigen. Im sächsischen Penig wurde er zunächst als Grundschullehrer eingesetzt, 1951 stieg er zum stellvertretenden Direktor einer Erweiterten Oberschule (EOS) auf. Von 1956 bis 1961 absolvierte er ein Studium in Geschichte und Geographie in Leipzig. Mehrere Funktionen in der SED, der FDJ und im FDGB verstanden sich bei dieser Karriere von selbst. Danach kam er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Benutzung an die Deutsche Bücherei, 1965 übernahm er deren Leitung von Hans Schurig,²⁴⁰ der bereits in den 1950er Jahren wegen seiner mangelnden Leiterkompetenzen in die Kritik geraten war. Aber erst 1963 entschied die Parteileitung, Schurig, der immerhin schon im 67. Lebensjahr stand, abzulösen. Offenbar hatte man bisher vergeblich nach einem geeigneten Nachfolger gesucht. So entschieden sich die Genossen auch dafür, nicht das Staatssekretariat um Hilfe zu ersuchen, sondern Vorschläge aus dem Kreis der Wissenschaftler der Deutschen Bücherei zu unterbreiten. Dabei brachte Helmut Röttsch Karl-Heinz Wenkel als einen von zwei Kandidaten ins Spiel.²⁴¹ Da der einzige Gegenkandidat an einer labilen Gesundheit litt und sich wegen Fehlverhaltens die Kritik der Parteileitung zugezogen hatte, kam nur noch Wenkel infrage, der jedoch gerade an seiner Dissertation arbeitete und wenig Interesse an einer leitenden Position zeigte.²⁴² Er musste sich jedoch dem Willen der Parteileitung, der er ebenfalls angehörte, beugen, nachdem auch das Staatssekretariat grünes Licht gegeben hatte, weil man dort »keine bessere Lösung« wusste.²⁴³ Wenkels Dissertation konnte so erst 1974 fertiggestellt werden.

239 Bericht IM Gerhard vom 8.5.1978, Information über Pomaßl, 10.5.1978, ebd., Bl. 202.

240 Personalbogen Karl-Heinz Wenkel, 28.4.1981, ADNBL, Personalakte Adalbert Karl-Heinz Wenkel, unfol.

241 Protokoll der Parteileitungssitzung am 12. Februar 1963, 23.2.1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

242 Protokoll über die Parteileitungssitzung am 12.3.1963, ebd., unfol.

243 Protokoll über die Leitungssitzung der SED-Betriebsparteiorganisation vom 7.5.1963, 8.5.1963, ebd., unfol.

Horst Bunkes Einsatz in der Deutschen Bücherei war im Grunde eine Maßnahme der Strafversetzung und geschah unter maßgeblicher Mitwirkung der Stasi. Der gebürtige Leipziger hatte nach Abschluss der achten Klasse 1940 eine Buchhändlerlehre absolviert, hatte parallel etwas mehr als ein Jahr in der HJ gedient und wurde nach seiner Ausbildung seit 1943 als Soldat in Polen, der Sowjetunion und der ČSSR eingesetzt. Das Ende des Krieges erlebte Bunke bereits in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, in der er sich seit Januar 1944 befand. Ähnlich wie bei Lohse, Pomaßl und Wenkel gestaltete die SED seinen Weg zurück ins zivile Leben. 1946 trat er der Partei bei, übernahm kürzere Tätigkeiten in Leipziger Betrieben bzw. Verwaltungen und schloss bereits 1949 ein Studium der Gesellschaftswissenschaft und Kulturpolitik an der Universität seiner Heimatstadt ab. Nach mehreren Parteischulbesuchen und bestandenen Bewährungsproben als Funktionär in Massenorganisationen nahm er 1951 ein Studium am Lehrstuhl für Kunst und Literatur am Institut für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED auf, das er 1956 mit Staatsexamen abschloss.²⁴⁴ Bunke erwies sich jedoch als kritischer Geist. Während seiner Tätigkeit am Institut für Gesellschaftswissenschaft habe er innerhalb der SED-Parteiorganisation »Kunst und Literatur« einer »oppositionellen Gruppe« angehört, die durch scharfe Kritik an der Parteilichkeit und geringen Qualität der »proletarischen Literatur« nach 1945 aufgefallen war. Dieser Gruppe gehörte auch Siegfried Weigel an, der im Jahr der Entstalinisierung 1956 nach West-Berlin floh und dort seitdem im Ostbüro der SPD tätig war. Dennoch unterhielt Weigel auch danach noch Kontakte zum ostdeutschen Intellektuellen Wolfgang Harich, der 1957 in einem politischen Schauprozess wegen »Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe« zu einer langjährigen Zuchthausstrafe in Bautzen verurteilt worden war.²⁴⁵ Bunkes Karriere erlitt in diesem Zusammenhang einen empfindlichen Bruch. Er erhielt »Berlinverbot« und wurde 1960 auf die durchaus respektable Position des stellvertretenden Direktors der Universitätsbibliothek Leipzig strafversetzt, wo er jedoch bereits im Jahr darauf nach einem Parteiverfahren, das mit einer »strengen Rüge« endete, wieder ausschied. Durch gute Kontakte zu Kurt Brückmann, der seit 1959 für das wissenschaftliche Bibliothekswesen verantwortlich zeichnete, konnte er allerdings nach Ost-Berlin zurückkehren und wurde an der Deutschen Staatsbibliothek als Redakteur des *Zentralblattes für Bibliothekswesen* angestellt. Bald aber wurde dieser Arbeitsplatz aus Sicherheitsgründen an die Deutsche Bücherei verlegt. Die Stasi beobachtete ihn seit

244 Personalbogen Horst Bunke, 27.1.1981, ADNBL, Personalakte Karl Paul Horst Bunke, unfol.

245 Zur Verbindung von Wolfgang Harich und Siegfried Weigel vgl. Wolfgang Buschfort, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000, S. 137f.; Guntolf Herzberg, Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006, S. 491.

Oktober 1959 intensiv, musste zwei Jahre später die »zielstrebige« Bearbeitung seines Vorgangs aber offenbar aus Ressourcenmangel zurückfahren. An Bunke schieden sich die Geister. Offenbar verfügte er weiterhin über gute Kontakte in seiner ehemaligen wissenschaftlichen Wirkungsstätte, überdies zur Akademie der Wissenschaften und sogar zum persönlichen Umfeld des Staatssekretärs Wilhelm Girnus. Für die Stasi blieb er jedoch suspekt, zumal er an der Deutschen Bücherei eine Stelle besetzte, in der er »allein verantwortlich und schwer zu kontrollieren« war. Zudem reiste Bunke, der aufgrund seiner Gehbehinderung in den Stasi-Akten verächtlich als »Holzbein«²⁴⁶ betitelt wurde, immer wieder nach Ost-Berlin, ohne dies zu kommunizieren.²⁴⁷ 1962 wurde die Beobachtung Bunkes und dessen persönlichen Umfelds deshalb wieder intensiviert. Auch Kurt Brückmann geriet dabei kurzzeitig in den Fokus des MfS. Der Mitarbeiter der Hauptabteilung V/2 der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit Leipzig, Martin Pemann, verband damit auch das Ziel, Bunke als IM zu werben, um an Siegfried Weigel heranzukommen.²⁴⁸ Nach mehrmaligen erfolglosen Versuchen, gab Pemann jedoch im März 1964 auf, da Kontakte zum Ostbüro der SPD nicht nachgewiesen werden konnten. Man setzte aber weiterhin einen IM auf Bunke an, um ihn unter Kontrolle zu halten,²⁴⁹ denn immer wieder war dieser wegen (politischer) »Nachlässigkeit« bei der Redaktion des *Zentralblattes*,²⁵⁰ abfälliger Bemerkungen über Walter Ulbricht und Paul Fröhlich,²⁵¹ aber auch wegen missliebiger Beziehungen und informellen Tauschgeschäften mit westlicher Literatur aufgefallen.²⁵² An der Deutschen Bücherei erfuhr Bunke dagegen mehr Wertschätzung. Dort war er nicht nur als Redakteur des *Zentralblattes* tätig, sondern erhielt auch die Leitung einer neu eingerichteten Methodischen Beratungsstelle für Literaturpropaganda und Bibliographie übertragen, was ihm ein durchaus respektables Einkommen sicherte.²⁵³ Deren Hauptaufgabe lag in der

246 Diverse Dokumente, BStU, MfS, HA XX, 6224.

247 Die Informationen sind zusammengefasst aus zahlreichen einzelnen Dokumenten des MfS-Vorgangs »Bücherwurm«: ebd.

248 Bericht der HA V/2, 20.7.1962, ebd., Bl. 298.

249 Beschluss der BV Leipzig, XX/1, Pemann, 16.3.1964, BStU, MfS, AOP 1467/64, Bl. 349.

250 BV Leipzig, Abt. V/1, Plan für die Befragung des Beschuldigten im Vorgang »Bücherwurm«, 18.11.1963, ebd., Bl. 316f.

251 BV Leipzig, Abt. V/1, Auszüge aus dem Vorgang »Bücherwurm«, 31.8.1963, BStU, MfS, HA XX, 6224, Bl. 377.

252 Bericht des GI »ANTI«, entgegengenommen am 16.12.1963 durch Gen. Ltn. Pemann, ebd., Bl. 411.

253 Staatssekretariat für Hochschulwesen, Kurt Brückmann, an die Deutsche Bücherei, Hauptdirektion, Besetzung der Leitung der Beratungsstelle für Literaturpropaganda und Bibliographie durch den Kollegen Horst Bunke, 30.8.1961, ADNBL, Personalakte Karl Paul Horst Bunke, unfol.

Beratung wissenschaftlicher Bibliotheken, Forschung und Publikation auf dem Gebiet der Methodik der Literaturpropaganda.²⁵⁴ Eine besondere Wirkung entfaltete die Beratungsstelle jedoch offenbar nicht. Ihr Aufgabenbereich war nicht eindeutig abgesteckt, Bunke war offensichtlich immer mit anderen Tätigkeiten beschäftigt²⁵⁵ und 1964 wurde die Beratungsstelle aufgelöst und in das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken überführt.²⁵⁶ Bunke wurde deshalb die Verantwortung für das Annotationsblatt übertragen. Die Parteileitung der Deutschen Bücherei beschloss 1970 schließlich die Löschung der zehn Jahre zuvor verhängten Parteistrafe²⁵⁷ und im Jahr darauf übernahm Bunke die Leitung der Öffentlichkeitsarbeit.

Über Gerhard Hesse, der von 1961 bis 1968 als Stellvertreter Helmut Rötzschs fungierte, ist wenig bekannt. Seine Personalakte enthält weder einen Lebenslauf noch Informationen über seine Tätigkeit an der Deutschen Bücherei. Die offenbar an seine letzte Wirkungsstätte abgegebenen Dokumente sind nicht mehr auffindbar. Der 1921 geborene Hesse war seit 1947 Mitglied der SED und arbeitete vor seiner Tätigkeit an der Deutschen Bücherei als Dozent für Gesellschaftswissenschaft an der Fachschule für Wirtschaftsleitung in Leipzig und Redakteur des *Zentralblattes für Bibliothekswesen*. Zwischen 1954 und 1958 kam er, wie viele andere Leitungskader auch, ohne berufliche Vorkenntnisse an die Deutsche Bücherei, leitete die Katalogabteilung und wirkte von 1958 bis 1961 als Parteisekretär. Außerdem war er als Vorsitzender der Kommission für Ausbildungsfragen tätig. Mit der Ernennung Helmut Rötzschs zum Hauptdirektor im Jahre 1961 wurde Hesse dessen Stellvertreter, arbeitete maßgeblich an den Thesen zur 50-Jahr-Feier mit, wurde aber 1968 aufgrund unüberbrückbarer Spannungen mit der Parteileitung, zu der er selbst gehörte, entlassen.²⁵⁸ Von 1975 bis 1979 arbeitete er als Dozent an

254 Horst Bunke, Über die Aufgaben der Beratungsstelle für Literaturpropaganda (Entwurf), o.D., ADNBL, 153/6/1, Bl. 9-11.

255 Arbeit der Methodischen Beratungsstelle für Literaturpropaganda, 5.12.1962, BStU, MfS, AOP 1467/64, Bl. 191.

256 Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Kurt Brückmann, an die Deutsche Bücherei, Helmut Rötzsch, Auflösung der Methodischen Beratungsstelle für Bibliothekspropaganda, Literaturpropaganda und Bibliothekstechnik, 6.8.1964, ADNBL, Personalakte Karl Paul Horst Bunke, unfol.

257 Protokoll der außerordentlichen Leitungssitzung am 8. Juni 1970, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/03, unfol.

258 Spannungen zwischen Hesse und der Parteileitung hatte es offenbar schon häufiger in den 1960er Jahren gegeben. Die Kritikliste war lang. Sie reichte von Vorwürfen über ein schlechtes Verhältnis zum Bibliothekswesen, die »egoistische« Konzentration auf die Dissertation, einen schlechten Leitungsstil bis hin zum Versagen in der politischen Arbeit. Offenbar hatte sich Hesse auch bei Kurt Brückmann über seine Behandlung durch die Parteileitung beschwert. Dies geht aus einem handschriftlichen Versammlungsprotokoll der SED-Grundorganisation hervor, die die

der in der Deutschen Bücherei befindlichen Fachschule für wissenschaftliche Bibliothekare, seit 1979 am Methodischen Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken.²⁵⁹ Seinen Stellvertreterposten teilten sich seit 1969 Helmut Lohse und Gerhard Pomaßl zusätzlich zu ihren fachlichen Aufgaben.²⁶⁰

Als einzige Frau stieg Hildegard Scheffler 1967 in den Kreis der leitenden Bibliothekare auf. Die gebürtige Leipzigerin hatte nach Beendigung der Volksschule von 1929 bis 1938 als kaufmännische Angestellte im dortigen Konsum-Verein gearbeitet, war dann bis zum Ende des Krieges aber arbeitslos. 1945 schloss sie sich zunächst der SPD an, trat nach der Zwangsvereinigung in die SED über und begann einen neuen beruflichen Abschnitt als Volksbibliothekarin. Nach Beendigung der Büchereischule und einer Tätigkeit als Leiterin der Leipziger Volksbüchereien wurde sie vom Ministerium für Volksbildung an die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft delegiert. An die Deutsche Bücherei verschlug es sie, nachdem die Volksbildungsklassen innerhalb der Akademie 1953 aufgelöst worden waren. In der größten Bibliothek ihrer Heimatstadt erwartete sie eine wichtige Aufgabe. Hier baute sie zusammen mit Werner Rittner die Gesellschaftswissenschaftliche Beratungsstelle auf. Schon bald hatte sie die Position der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Auskunft und Beratung übernommen und galt sowohl als fachlich hervorragende als auch als politisch zuverlässige Kraft.²⁶¹

Dennoch wurde die Abteilung Auskunft nach dem Wechsel Rittners an die Spitze der Abteilung Bibliographie 1958 Fritz Schaaf (1926-1999), einem bibliothekarisch unbeleckten Wissenschaftler, übertragen. Schaaf war nach seiner Teilnahme im Krieg als frisches KPD-Mitglied zunächst zum Neulehrer ausgebildet worden und hatte dann eine akademische Karriere an der Karl-Marx-Universität begonnen, wo er zeitweise als 2. Sekretär der SED-Parteileitung fungierte, bis er 1958 von seiner Stelle als Oberassistent am Institut für Geschichte an die Deutsche Bücherei beordert worden war. Von 1961 bis 1966 fungierte Schaaf neben seiner leitenden Funktion auch als Parteisekretär der Bibliothek. Hildegard Schefflers Chance war erst gekommen, nachdem Schaaf mit 40 Jahren an die Universitätsbibliothek Leipzig abberufen wurde, wo er drei Jahre später zum Direktor aufstieg.²⁶² Zum Zeitpunkt der Übernahme der Leitung der

Aussprache mit Hesse dokumentiert. Vgl. Parteiversammlung 29.8.1968, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/02, unfol.

259 ADNBL, Personalakte Gerhard Hesse; verschiedene Dokumente in SächsStAL, 21532, IV/7/169/05.

260 Deutsche Bücherei, Jahresbericht 1968-1969, ADNBL, 817, Bl. 202.

261 Personalbogen Hildegard Scheffler, 26.8.1953, ADNBL, Personalakte Hildegard Scheffler, unfol.; diverse Beurteilungsschreiben, ebd., unfol.

262 Kurzbiographie Fritz Schaaf, 5.2.1966, ADNBL, Personalakte Fritz Schaaf, unfol. Das Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare gibt fälschlicherweise an, dass Fritz Schaaf die Auskunftsabteilung der Deutschen Bücherei bis 1969 leitete.

Abteilung Auskunft und Beratung war sie bereits 51 Jahre alt. 1973 wurde das MfS auf Hildegard Scheffler aufmerksam und verpflichtete sie bis zum Eintritt ins Rentenalter 1977 als GMS »Deutscher Platz«. Zu den Aufgaben der als »sehr parteilich«, aber auch reserviert geltenden Abteilungsleiterin zählten vor allem operative Personenkontrollen von Mitarbeitern der Deutschen Bücherei, aber auch die Weiterleitung »interessante[r] Materialien« über Auskunftersuchen von Auswärtigen.²⁶³

Der Zugewinn an akademisch qualifizierten und von der Privilegienkultur der SED profitierenden Leitungskadern, unter denen sich jedoch kein technisch ausgebildeter Wissenschaftler befand, wirkte sich auch auf die sozialen Beziehungen in der Bibliothek aus. Vor allem die vier erstgenannten, in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre Geborenen empfanden ihre Positionen an der Deutschen Bücherei keinesfalls als besonderes Privileg, sondern wussten im Gegenteil den Wert ihrer Arbeitskraft und Expertise einzusetzen, um Privilegien einzufordern und konnten dabei auf die Unterstützung durch die SED-Grundorganisation zurückgreifen. Damit traten diese neuen Kader in Fragen der Zuteilung materieller Ressourcen aber zunehmend in Konkurrenz zu den Bibliothekaren der mittleren Ebene. Im März 1962 geriet etwa die BGL wegen der Verteilung der FDGB-Ferienplätze in die Kritik der Parteileitung. Die Liste war bereits ausgehängt worden, die BGL wollte die Anrechtsscheine für Auslandsreisen aber nach einem egalitären Prinzip verteilt wissen und verlor diese – mit dem Ergebnis, dass die beiden leitenden Wissenschaftler auf der Liste gestrichen wurden. Darin spiegelte sich nicht nur, so die Parteileitung, eine »falsche Einstellung verschiedener Genossen zur Intelligenz« wider, dies sei auch »Klassenkampf in der DB, wobei die Linie des Gegners durch Genossen unterstützt wurde«.²⁶⁴ Ende März 1969 äußerte sich die Leiterin der Fachschule für wissenschaftliche Bibliothekare abschätzig über die »kleinbürgerlich verklemmte Sophistik« der leitenden Kader. Ihnen lastete die erzürnte Genossin an, dass »das uns alle verbindende Wort Kollege [...] nach Arbeiterklasse« rieche und zunehmend abgelehnt werde, da die Angesprochenen eine Kultur der »Überheblichkeit« etabliert hätten. Hintergrund war die Ablehnung der von der Genossin beantragten Gehaltserhöhung

Die Personalakte Hildegard Schefflers allerdings zeigt deutlich, dass ihr die kommissarische Abteilungsleitung bereits seit 1. September 1966 oblag. Auch hatte Fritz Schaaf während einer Parteileitungssitzung am 2. August 1966 bereits seinen kurz bevorstehenden Weggang von der Deutschen Bücherei erwähnt. Siehe Art. »Schaaf, Fritz«, in: Habermann/Kittel, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare, S. 153 f.; Helmut Röttsch, Liane Lindner, Abschlußbeurteilung Hildegard Scheffler, 17.5.1976, ADNBL, Personalakte Hildegard Scheffler, unfol.; Protokoll der Leitungssitzung vom 2.8.1966, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

263 Vgl. ihre IM-Akte BStU, MfS, BV Leipzig, AGMS, 1131/77.

264 Informationsbericht für März 1962, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

mit der Begründung, dass sie als Arbeiterin auf keinen Fall mehr verdienen dürfe als eine Bibliothekskraft mit Facharbeiterbrief.²⁶⁵

Ein zentraler Indikator, an dem sich der Wandel der Institutionenkultur beobachten lässt, ist die SED-Grundorganisation bzw. das Verhältnis zwischen Parteileitung und einfachen Mitgliedern. Dort war zwar nur ein kleiner Teil der Belegschaft organisiert, die Grundorganisation aber sah sich als führende Kraft innerhalb der Bibliothek bzw. als Korrektiv zur innerbetrieblichen Hierarchie und hatte sich in den 1950er Jahren vor allem als Karrieresprungbrett für Leitungskräfte mit Parteibuch erwiesen. Ein wesentlicher Grund dafür, warum die Parteileitungsmitglieder dennoch vielfach Zurückhaltung gegenüber ihren parteilosen Kollegen geübt hatten, lag in den auffällig hohen »Republikflucht«-Zahlen. Belegen lassen sich bis zum Mauerbau 31 »Republikfluchten«, wobei die Dunkelziffer sicherlich höher anzusetzen ist.²⁶⁶ Mit dem Mauerbau fiel dieser Grund für die ideologische Zurückhaltung weg. Den 13. August 1961 nahm die Hauptdirektion durchaus mit einiger Erleichterung wahr, nicht aber weil man nun vom »Klassenfeind« abgeschottet war, sondern weil die »Republikflucht« an der Deutschen Bücherei ein Ende gefunden hatte²⁶⁷: »Wir alle haben letzten Endes selbst miterlebt, welchen Einfluss das illegale Verlassen der DDR einiger ehemaliger Mitarbeiter im Sommer 1961 auf die reibungslose Durchführung unserer fachlichen Arbeit hatte.«²⁶⁸ War nun die Zeit für eine ideologische Großoffensive gekommen? Mitnichten. Für die durch Überalterung gekennzeichnete Parteiorganisation bedeutete das Hinzukommen von Hesse, Pomaßl, Lohse und Wenkel zunächst einmal eine deutliche Verjüngungskur. Im März 1969 zählte die SED-Grundorganisation 78 Genossen, was rund 18 Prozent aller Mitarbeiter der Bibliothek entsprach. Unter diesen gehörten die neuen Leitungskader zu jenen 28 Genossen, die zwischen 31 und 50 Jahren alt waren. 34 Genossen waren dagegen bereits 51 Jahre oder älter. An jüngerem Nachwuchs mangelte es dagegen.²⁶⁹

Zugleich forcierten die neuen Leitungskader einen schleichenden Funktionswandel der SED-Grundorganisation, denn sie dominierten nun die entschei-

265 Protokoll über die am 21. März 1969 durchgeführte Wahlberichtserstattung, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/01, unfol.

266 Zu den nachgewiesenen »Republikfluchten« vgl. ADNBL, Personalstatistische Unterlagen 1946-1955. Zudem finden sich in zahlreichen weiteren Quellenbeständen insbesondere des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig und der Stasiunterlagenbehörde immer wieder vereinzelt Hinweise auf »Republikfluchten«.

267 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei für das II. Halbjahr 1961, 3.2.1961, ADNBL, 152/2/6, unfol.

268 Rechenschaftsbericht der Hauptdirektion über die Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Bücherei im Jahre 1961, 4.5.1962, ebd., unfol.

269 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei Leipzig, GO-Wahl am 31.3.1969, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/01, unfol.

dende Parteileitung. Alte »reaktionäre Kräfte« in Leitungspositionen, gegen deren Einfluss man sich durchsetzen musste, gab es jetzt nicht mehr. Damit verlor die SED-Grundorganisation ihre zentrale Funktion als Karrieresprungbrett. Staatliche und politische Leiter waren nunmehr identisch. Welche Aufgaben der Grundorganisation künftig zukommen sollten, daran schieden sich nun sogar in Ost-Berlin die Geister. Der promovierte Gesellschaftswissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, Georg Uhlemann, etwa stellte die politische Mobilisierung der Angestellten und Arbeiter der Deutschen Bücherei ins Zentrum seiner Anforderungen an die Grundorganisation. Es zeuge von »Bequemlichkeit« und »Verspießerung«, wenn Mitarbeiter bei Demonstrationen das Tragen eines Transparents ablehnten. Vor allem die parteilosen Kollegen müssten »in geduldiger ideologischer Diskussion« mobilisiert werden, ein Parteieintritt allein reiche nicht aus.²⁷⁰ Andere Akzente setzte dagegen Kurt Brückmann als Vertreter des Staatssekretariats:

»Die Arbeitsorganisation, die Leistungssteigerung der Mitarbeiter, die Frage der vollen Ausnutzung des Arbeitstages, wenn wir diese Dinge nicht in den Griff bekommen und wir als Genossen nicht Vorbild sind, dann werden wir viele Stunden unserer Zeit nicht nützen [sic!] für die ökonomische Aufgabenstellung. In dieser Hinsicht muß die Parteiorganisation stärker Einfluß nehmen auf die Mitarbeiter. Wir können Bummelanten nicht dulden.«²⁷¹

Die Leitungsmitglieder standen damit vor dem Zielkonflikt, die parteilosen Kolleginnen und Kollegen ideologisch zu mobilisieren oder die Hebung des »Staatsbewusstseins« zur Erfüllung der fachlichen Aufgaben in das Zentrum ihrer Aktivitäten zu stellen. Die Entscheidung fiel angesichts der Dominanz der neuen Elite in der Parteileitung stillschweigend auf letztere Option. Damit leiteten sie zugleich die Selbsttransformation bzw. Professionalisierung der Parteileitung ein, mit dem Ergebnis, dass diese als Fürsprecher aller Genossen der Bibliothek nur noch bedingt agierte, denn mangelndes »Staatsbewusstsein« identifizierte man nun vor allem unter Genossen. Ein großes Augenmerk legte die Parteileitung zudem auf die (formale) Anwerbung neuer Parteimitglieder, die vor allem aus den Reihen der Fachkräfte zu gewinnen waren. Dadurch erhoffte man sich, gerade diese und andere potentielle Kader längerfristig an die Deutsche Bücherei binden zu können, politische Mobilisierung spielte aber kaum noch eine Rolle für das Selbstverständnis der Parteileitung. Fritz Schaaf sprach dieses strategische Ziel während einer Berichts- und Wahlversammlung deutlich an:

270 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei, beschlossen in der Parteileitungssitzung am 15.11.1966, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

271 Protokoll über die am 22.4.1964 durchgeführte Berichts- und Wahlversammlung der BPO der SED der Deutschen Bücherei, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

»Wir müssen wegkommen von der jahrelangen Praxis, unseren Zuwachs für die Parteiorganisation von außerhalb zu holen, sondern daß wir dazu übergehen, selbst Kandidaten zu gewinnen und hier muß sich die Parteileitung ernsthaft damit beschäftigen. Wir müssen uns überlegen, wen wir anzusprechen haben, wen wir gewinnen wollen. Dann wird es auch möglich sein, den einen oder anderen fachlich guten Kollegen zu gewinnen.«²⁷²

Die strategische Selektion künftiger Parteimitglieder bedingte auch eine zunehmende Ungleichbehandlung von wünschenswerten und nicht wünschenswerten Genossen. Die Grenzen wurden dabei implizit gezogen. Eine besondere Herausforderung stellte etwa der Parteiaustritt einer bei Genossen und Nicht-Genossen gleichermaßen beliebten Kollegin im Jahre 1963 dar. Im April des Jahres war die Betroffene wegen ihrer sporadischen Teilnahme am Parteilehrjahr kritisiert worden, wenige Tage später erklärte sie unerwartet ihren Parteiaustritt. Als »aktives FDJ-Mitglied« sei sie noch während ihrer Ausbildungszeit 1956 für die SED gewonnen worden. Sie habe aber zu keiner Zeit ein »Verhältnis zur Partei« entwickelt. Der Parteisekretär Fritz Schaaf und andere Leitungsmitglieder versuchten jedoch, sie mit allen Mitteln von ihrem Austritt abzubringen. Sie machten ihr deutlich, dass die SED »kein Verein sei, aus dem man einfach austreten kann« und kritisierten sogar ihren Ehemann, der die Entscheidung »völlig seiner Frau« überlasse, was überdies das traditionelle Geschlechterverständnis der Genossen widerspiegelt. Die Diskussion fand indes ein abruptes Ende, nachdem die betroffene Genossin ihr Unverständnis darüber äußerte, »weshalb sie als Parteilose nicht auch gut arbeiten könne«.²⁷³ An dieser Stelle übten die Leitungsmitglieder eine ungewohnte Zurückhaltung, wollte man am Ende doch nicht aus Prinzip auf die Kollegin verzichten. Man habe Interesse, »dass sie weiter Mitglied bleibe, weil sie eine gute Facharbeit leistet«. Man war sogar bereit, ein Stück weit auf ihre Bedürfnisse zuzugehen. So beantwortete man ihr Argument, dass sie aus familiären Gründen den Verpflichtungen einer Parteigenossin nicht vollumfänglich nachkommen könne, damit, dass die Genossen jederzeit auch die Betreuung ihres Kindes übernehmen könnten. Am Ende aber reichten die Argumente nicht aus, sie schied aus der Partei aus, ohne dass ihr daraus berufliche Konsequenzen erwachsen.²⁷⁴

Ganz anders verhielt sich die Parteileitung im Falle der in den 1950er Jahren über die SED-Grundorganisation in der institutionellen Hierarchie aufgestiegenen Annemarie Plettner. Ihr wurde im Juni 1963 zur Last gelegt, dass sie ihre Verpflichtung als SED-Mitglied, im Sinne der Partei aufzutreten, zu dogmatisch aufgefasst habe. Sie habe mit ihrem Verhalten »das Niveau einer Nationalbibli-

272 Ebd., unfol.

273 Protokoll über die Leitungssitzung der SED-Betriebsparteiorganisation vom 7.5.1963, 8.5.1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

274 Sekretariats-Vorlage, o.D., SächsStAL; 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

othek herabgesetzt« und sich im Kollegenkreis derart unbeliebt gemacht, dass selbst die wissenschaftlichen Mitarbeiter sie mieden. Es waren vor allem zwei Vorfälle, die Plettner vorgeworfen wurden. In einem Fall ging es um die Bestellung eines Buches durch einen französischen Wissenschaftler. Weil dieser das gesuchte Objekt nicht im Lesesaal finden konnte, erkundigte er sich beim Personal. Der angefragte Kollege telefonierte daraufhin mit der Chefin der Lesesäle, Annemarie Plettner, diese lehnte die Bereitstellung des Buches aber in harschem Ton ab, mit der Begründung, auch ein ausländischer Wissenschaftler müsse sich an die Öffnungszeiten halten und könne das Buch außerdem über den internationalen Leihverkehr beziehen. Der Wissenschaftler hatte das Telefonat mitgehört, was dem Kollegen freilich peinlich war. Plettners Vorgesetzter Schurig besorgte das Buch schließlich und rettete die Situation. In einem anderen Fall ging es um einen Konflikt zwischen Plettner und Karl-Heinz Wenkel über die Aufstellung der Propyläen-Weltgeschichte und anderer westlicher Schriften im Lesesaal. Plettner hatte dies kategorisch abgelehnt, Wenkel jedoch befürwortet. Die Parteileitung warf Plettner deshalb »bürokratisches« und selbstgefälliges Verhalten vor und erwartete von ihr eine umfassende Selbstkritik. Plettner allerdings beschuldigte die Parteileitung der einseitigen Verleumdung.²⁷⁵ Schon während einer vorangegangenen Aussprache hatte sie auf die wohl unerwartet scharfe Kritik an ihr mit der Bitte um Entlassung aus der Deutschen Bücherei reagiert, »weil sie das nicht ertragen könne«.²⁷⁶ Diesen Wunsch erfüllte die Parteileitung ihr jedoch nicht, allerdings nicht weil man sie unbedingt halten wollte, sondern weil man es aus politischen Gründen nicht verantworten konnte, Plettner drei Jahre vor dem Renteneintritt zu kündigen. Sie wurde deshalb für den Rest ihres Berufslebens auf eine nachgeordnete Position abgeschoben.²⁷⁷ Die beiden Fälle zeigen deutlich, dass sich die Referenzen der Parteiarbeit verschoben hatten. Die Parteileitung trat nun nicht mehr als Transmissionsriemen der »sozialistischen Umgestaltung« auf, sondern als Unterstützerin einer institutionenspezifischen und akademisierten Berufskultur. Verfehlungen gegenüber der Parteidisziplin wurden nur noch dann streng geahndet, wenn sie sich für den laufenden Dienstbetrieb als schädlich erwiesen. Dazu zählte auch ein allzu dogmatisches Auftreten. Bei fachlich besonders erwünschten Genossen war man dagegen bereit, auch dann ein Auge zuzudrücken, wenn diese die eigene ideologische Fortbildung vernachlässigten. Das Auftreten der Partei musste sich dem Selbstverständnis der Deutschen Bücherei unterordnen.

275 Protokoll der Leitungssitzung vom 2.7.1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

276 Protokoll über die Leitungssitzung der SED-Betriebsparteiorganisation am 4.6.1963, ebd., unfol.

277 Protokoll der Leitungssitzung vom 2.7.1963, ebd., unfol.

Ausgewogen-loyales Auftreten war angesagt, um das Ansehen der Deutschen Bücherei nach außen und den inneren Betriebsfrieden nicht zusätzlich zu gefährden. Als besondere Gefahr sah man dabei nicht nur Parteimitglieder, die sich in ihrer Berufsausübung zu dogmatisch verhielten, sondern auch solche, die sich zu sehr als Vertreter der Arbeiterklasse begriffen und offen über die Ungleichbehandlung von Arbeitern sprachen. Dies wurde 1966 einem Genossen zum Verhängnis, der sich geweigert hatte, von seinem geringen Lohn einen Teil als Beitrag zur Entwicklungshilfe für Vietnam zu spenden. Zudem kritisierte dieser die Werbemethoden der Parteileitung, denn ein Parteieintritt müsse aus eigener Motivation heraus geschehen. Er sei unter diesen Umständen auch nicht bereit, eine Parteifunktion zu übernehmen.²⁷⁸ Der Genosse, dem vorgeworfen wurde, mit seinem Verhalten einen schlechten Eindruck unter Parteilosen hervorzurufen und damit die Werbung neuer Parteimitglieder zu gefährden, wurde schließlich in einer »Geheimsitzung« dazu verpflichtet, eine Parteifunktion zu übernehmen.²⁷⁹ Dass dies jedoch nicht im Rahmen einer offiziellen Sitzung geschah, zeigt, wie sehr die Parteileitung auch um das eigene Image innerhalb des Betriebes besorgt war. Zudem macht der Fall deutlich, dass man bei der Behandlung von Parteimitgliedern zweierlei Maß anlegte. Leitungs- bzw. Fachkräften, um deren Verbleib man in der Bibliothek bemüht war, begegnete man mit größerer Nachsicht. Arbeiter dagegen hätten gegebenenfalls schneller ersetzt werden können. Genossen, welche die SED-Grundorganisation dazu nutzten, um Meinungsverschiedenheiten mit ihren Vorgesetzten zur Sprache zu bringen, und auf deren Unterstützung hofften, hatten so häufig das Nachsehen. Im April 1967 mokierte sich eine Genossin der Benutzungsabteilung über den Leitungsstil des Abteilungsdirektors und Parteileitungsmitgliedes Wenkel, der sich seinen Mitarbeitern gegenüber »überheblich« verhalte und sie laufend kontrolliere. In Dienstbesprechungen würde Wenkel nur Nebensächlichkeiten behandeln, habe seine Mitarbeiter dabei aber auch schon als »Klippschüler«, denen man die grundlegendsten Dinge beibringen müsse, beschimpft. In der Parteileitung schenkte man dieser Kritik lange Zeit keine Beachtung. Erst als die Genossin mit der Bezirkspresse drohte, griff man ein. Während der Aussprache im Kreis der Leitungsmitglieder wurde Wenkel zwar ermahnt, seinen »schulmeisterischen« Leitungsstil zu überdenken, Kritik musste aber vor allem die Genossin einstecken. Die Vorwürfe gegen Wenkel seien keinesfalls so schwerwiegend wie diese sie vorgetragen habe, so die Mahnung. Zudem wurde sie noch zum Stillschweigen über die Aussprache verpflichtet.²⁸⁰

278 Protokoll der Leitungssitzung vom 2.8.1966, ebd., unfol.

279 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei, beschlossen in der Parteileitungssitzung am 15.11.1966, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

280 Protokoll der Sitzung der Parteileitung der Betriebsparteiorganisation der SED der Deutschen Bücherei vom 25.4.1967, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

Konflikte zwischen Vorgesetzten und Untergebenen am Arbeitsplatz hatten, solange es sich bei Erstgenannten um alte »reaktionäre Kräfte« handelte, in den 1950er Jahren ganz selbstverständlich zum Alltagsgeschäft der Parteileitung gehört. Nun, wo deren Nachfolger selbst die Parteileitung dominierten, zog sich diese von jenem Aufgabenfeld zurück. Als Instrument des Korrektivs zur Hierarchie im Arbeitsalltag nutzten die Parteileitungsmitglieder die SED-Grundorganisation nur noch, wenn das Ansehen der Partei im Betrieb gefährdet erschien, dann aber bekamen vor allem ältere und in unteren Positionen beschäftigte Genossen die ganze Härte der Parteimoral zu spüren. Die neuen Leitungskader waren die Träger der zunehmenden Selbstbeschränkung der Parteileitung und forcierten die Konservierung der administrativen Strukturen, trugen am Ende aber auch zur Verschlechterung des Arbeitsklimas bei, was den Führungsanspruch der SED-Grundorganisation zugleich unterminierte. Die Grenzen innerhalb der inner-institutionellen Hierarchie verliefen nicht mehr schlicht zwischen Parteigenossen und Parteilosen, sondern zwischen Fachkraft und Nicht-Fachkraft. Dies stand im krassen Gegensatz zu den immerwährenden Klagen über die Passivität, die Inaktivität, die Gleichgültigkeit und das Desinteresse vieler parteiloser Kollegen gegenüber der SED-Grundorganisation.²⁸¹ Mit der stillschweigend geübten Praxis des Zweierlei-Maß-Nehmens verband sich indes die unmissverständliche Botschaft, dass man als Parteiloser an der Deutschen Bücherei durchaus einen guten Stand hatte, solange man als potentieller Kandidat für einen Parteieintritt galt, auch wenn man die Offerten der Genossen immer wieder ausschlug. Das bezog sich freilich vor allem auf das umworbene Fachpersonal, das die SED relativ leicht auf Distanz halten konnte. Nur allzu offensichtlich war die enorme Belastung, die SED-Mitglieder zusätzlich zu ihrer Arbeit hatten. Vor allem unter jüngeren Kollegen hatte es die Parteileitung schwer, Aufnahmewillige zu finden. Selbst für einen jungen Genossen, den man als FDJ-Sekretär zu gewinnen beabsichtigt hatte, stand die berufliche Existenz an erster Stelle. Noch bevor man ihn ansprechen konnte, hatte er eine besser bezahlte Stelle an einem anderen Institut gefunden. Junge Genossen gaben damit zu verstehen, dass ihre Loyalität der Partei gegenüber an materielle Bedingungen geknüpft war, und gleichaltrige parteilose Kollegen machten ganz offen deutlich, dass sie von den zusätzlichen gesellschaftlichen Verpflichtungen sowie der Parteidisziplin abgeschreckt wurden.²⁸²

Neben der starken Arbeitsbelastung trugen auch die Praktiken der Konfliktlösung durch die Parteileitung dazu bei, dass das Parteileben zusehends einschlich. Im Parteilehrjahr blieben immer mehr Plätze leer. 1963 konnten sich für

281 Rechenschaftsbericht (Referat) zur Wahlversammlung 1962, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

282 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei, beschlossen in der Parteileitungssitzung am 15.11.1966, ebd., unfol.

zwei Zirkel jeweils nur fünf Prozent der Genossen begeistern, ein dritter Zirkel zog immerhin 60 Prozent an. Zum monatlichen Parteilehrjahr standen bei auffällig vielen Genossinnen und Genossen dagegen Frisörbesuche, Zahnarzttermine oder Haushaltstage an.²⁸³ Im Parteilehrjahr 1967/68 sah es kaum besser aus.²⁸⁴ 1970 untersagte das ZK der SED sämtlichen Parteimitgliedern deshalb, Dienstreisen auf Montag zu legen, was zeigt, dass die Deutsche Bücherei diesbezüglich keine Ausnahme bildete.²⁸⁵ Noch schlechter war die Beteiligung an der FDJ-Schulung. Dort fanden sich nur 30,5 Prozent der FDJ-Mitglieder ein, während der überwiegende Rest unentschuldig fehlte. Besser war dagegen die Beteiligung an den Wissenschaftlerkolloquien, wo man 77 Prozent der Genossen begrüßen konnte. Die Mitglieder der Parteileitung wussten freilich, dass diese mageren Ergebnisse nicht allein der »Trägheit« der Genossen geschuldet waren, sondern auch der Dröghheit des Stoffes. Statt eines vorbereitenden Selbststudiums ausufernder Manuskripte empfahl man deshalb eine agitatorische Auflockerung des Unterrichtes. Gegenwartsprobleme sollten stärker ins Zentrum gestellt, Filmvorführungen und Ausstellungsbesuche häufiger integriert werden, auch Probleme der Jugendpolitik sollten zu einer interessanteren Gestaltung des Unterrichts beitragen.²⁸⁶ Damit kam man der vielfach in der SED-Grundorganisation geäußerten Kritik entgegen, in der Schulung würde man nur das Altbekannte hören, was Presse und Rundfunk zuvor viel interessanter vermittelt hätten.²⁸⁷ Andere Genossen bemängelten, dass die für den Zirkelunterricht notwendigen Lehrbücher für den Einzelnen zu teuer seien, weshalb sich mehrere Genossen ein Buch teilen mussten.²⁸⁸ Ein aktives Mitgliederleben wurde am Ende zunehmend selbst zum Privileg derjenigen, die der SED ihren sozialen Aufstieg nach 1945 verdankten und in den 1960er Jahren in respektable Leitungspositionen kamen. Jüngere und ältere Genossen, aber auch Parteilose konnten sie hingegen kaum noch mitreißen. Der zunehmende Rückzug der SED-Grundorganisation ist jedoch keineswegs als Zeichen einer erodierenden SED-Herrschaft anzusehen. Im Gegenteil markiert dieser Prozess vielmehr das Hineinwachsen der SED in eine Staatspartei, die ihre Mobilisierungsstrukturen nicht mehr zur

283 Zusammenfassung der Arbeit der Parteileitung in der Zeit vom 5. Februar bis 27. März 1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

284 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei Leipzig, GO-Wahl am 31.3.1969, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/01, unfol.

285 Protokoll über die 21. ordentliche Parteileitungssitzung am 17.3.1970, Information vom Tag des Parteisekretärs am 25.2.1970, SächsStAL, 21532, IV/B/7/169/03, unfol.

286 Protokoll der Leitungssitzung vom 16.7.1963, ebd., unfol.

287 Informationsbericht für den Monat Oktober 1961, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

288 Informationsbericht für den Monat Dezember 1961, ebd., unfol.

Etablierung ihrer Herrschaft benötigte, sondern allenfalls noch zu deren rituellen Aufrechterhaltung.

d.) Liberalisierung? Benutzungspolitik in der »Wissensgesellschaft« DDR

In der zwar immer noch primär über Industrie, zunehmend aber auch über Wissen definierten Kultur- und Gesellschaftspolitik der SED der 1960er Jahre, deren Ziel die »gebildete sozialistische Nation« war,²⁸⁹ wurden auch Fragen des Zugangs zu Informationen zusehends neu gestellt. Nicht mehr so sehr durch Leserlenkung, sondern vielmehr durch Beschleunigung des Literaturzugangs und Orientierung am Informationsbedarf sollten wissenschaftliche Bibliotheken nun ihren Beitrag zum »Sieg des Sozialismus« leisten.²⁹⁰ Der stetig steigende Bedarf an Literatur schlug sich auch in der Statistik der Deutschen Bücherei unmittelbar nieder. Zwischen 1961 und 1970 erfuhr die Zahl der Lesekartenbesitzer fast eine Verdopplung, sie stieg von 15.440 auf 27.750. In keinem anderen Jahrzehnt wuchsen die Benutzerzahlen derart rasant an – sieht man einmal von der Dynamik der unmittelbaren Nachkriegszeit ab, der die kriegsbedingte Schließung der Bibliothek und die Erlahmung des Wissenschaftsbetriebs vorausgegangen waren. 1971 lasen 15 Prozent aller Benutzer der dem MHF unterstellten wissenschaftlichen Bibliotheken in der Deutschen Bücherei. Legt man zudem die Zahl der Lesesaalbenutzer (198.551) im Verhältnis zu den Lesesaalkapazitäten (566 Plätze) zugrunde, so lässt sich für dasselbe Jahr von einer nahezu restlosen Auslastung der Platzkapazitäten täglich sprechen.²⁹¹ Mit ihren 5,3 Millionen Titeln (Stand: 1970)²⁹² avancierte die Deutsche Bücherei zum wohl begehrtesten Ort der Literaturversorgung. Ein Grund dafür lag im Ausbau der lokalen Wissenschaftsinfrastruktur, die eine der Säulen des NÖSPL bildete.²⁹³ Allein die Zahl der jähr-

289 Horst Keßler/Fred Staufenbiel/Hans Blaimer, *Kultur in unserer Zeit. Zur Theorie und Praxis der sozialistischen Kulturrevolution in der DDR*, Berlin (Ost) 1965, S. 372. Vgl. hierzu auch Margit Szöllösi-Janze, *Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte?*, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 277-305.

290 Kurt Brückmann, *Zu einigen Fragen der Entwicklung und Aufgabenstellung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens der DDR*, in: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 78 (1964), Heft 10, S. 577-595.

291 Zahlen aus ADNBL, 333/1/2, unfol.; BArch, DR 1, 9715, unfol.

292 *Die Deutsche Bücherei*, in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 338 vom 7.12.1970, S. 1.

293 Oliver Werner, *Zwischen Konsolidierung, Bedeutungsverlust und Stagnation. Die Stadt Leipzig in der Planwirtschaft der DDR*, in: Susanne Schötz (Hrsg.), *Leip-*

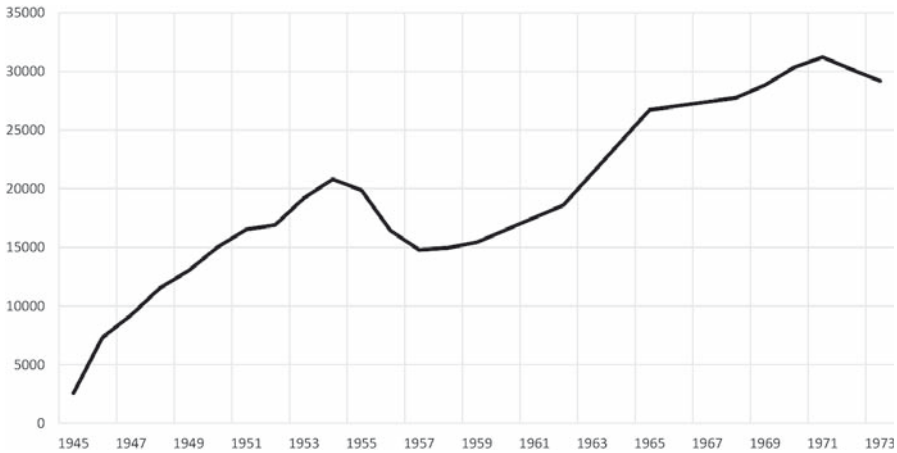


Abb. 9: Entwicklung der Benutzerzahlen der Deutschen Bücherei 1945-1975 (nach ausgegebenen Lesekarten)²⁹⁴

lichen Neuimmatrikulationen an der Karl-Marx-Universität wuchs in dieser Zeit von 1.481 Studenten (1963) auf 2.600 Studenten (1972) an.²⁹⁵

Die Bedeutung der Deutschen Bücherei wuchs aber auch, weil politische und wirtschaftliche Zwänge zu einem spürbaren Rückgang des Imports westdeutscher Literatur führten. Bereits einen Monat vor dem Mauerbau hatte der Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei eine zunehmende Beanspruchung des Sperrmagazins vermerkt. Allein im ersten Halbjahr 1961 waren dort rund 5.700 Bände und 1.750 Einzeltitel zu Forschungszwecken ausgegeben worden.²⁹⁶ Hinzu kam eine stetig wachsende Nachfrage nach Kopien aus westdeutschen Zeitschriften, die – offiziell zum Zwecke der »Störfreimachung« – nicht mehr an die Institute geliefert werden durften.²⁹⁷ Bereits im November 1961 hatte die SED den privaten Bezug westdeutscher Literatur in Form von Geschenkpaketen gesetzlich eingeschränkt, wobei die Vorgaben von den Zollbehörden be-

zigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Akteure, Handlungsspielräume, Wirkungen (1400-2011), Leipzig 2012, S. 355-364, hier S. 360-362.

294 Datengrundlage: ADNBL, 283/2; BArch, DR 3, 1. Schicht, 5985; ADNBL, 187/3/4; ADNBL, 150/2/7/3; BArch, DR 3, 1. Schicht, 5471; BArch, DR 3, 2. Schicht, B 1347/4b; ADNBL, 150/2/9; ADNBL, 550.

295 Klaus Fitschen, Wissenschaft im Dienste des Sozialismus. Die Universität Leipzig vom Mauerbau bis zur Friedlichen Revolution 1961-1989, in: von Hehl (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, S. 571-777, hier S. 706.

296 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei für das 1. Halbjahr 1961, 10.7.1961, ADNBL, 152/2/6, unfol.

297 Informationsbericht für März 1962, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

sonders restriktiv umgesetzt wurden.²⁹⁸ Ab Juni 1963 konnte der legale Bezug westdeutscher Literatur für wissenschaftliche Institutionen nur noch auf der Basis von Sondergenehmigungen durch das Ministerium für Kultur erfolgen, was einen langen Verwaltungsweg zur Folge hatte und den wissenschaftspolitischen Ansprüchen der SED im Grunde entgegenstand.²⁹⁹ Neben dem Kontrollbedürfnis der SED verbargen sich dahinter auch handfeste wirtschaftliche Probleme, die aus der zunehmenden Inkongruenz zwischen verfügbaren Devisen und parallel steigenden Bücherpreisen und Produktionszahlen im Westen resultierten. So errechnete das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken im Jahre 1968, dass allein der Erwerbungssetat der Deutschen Staatsbibliothek bei gleichbleibender Preisentwicklung in der Zeit von 1967 bis 1980 jährlich um zwölf Prozent steigen müsste. Damit würde die Summe von 1,45 Millionen Mark auf 5 Millionen Mark anwachsen, was das MHF zum Zeitpunkt der Berechnung für das gesamte wissenschaftliche Bibliothekswesen ausgab.³⁰⁰ Während die Ost-Berliner Bibliothek bereits 1964 eine »bedrohliche Entwicklung« bezüglich ihres Bestandsaufbaus signalisierte,³⁰¹ blieben die Folgen für die Deutsche Bücherei angesichts der mehrheitlich kostenlosen Eingänge vergleichsweise moderat. Noch als das Ministerium für Kultur, das für die Devisenkontingente im Bibliothekswesen zuständig war, das MHF im Jahre 1970 anwies, Kontingentmittel zu kürzen und Letztgenanntes mit der Abbestellung von fast 400 Mehrfachexemplaren westlicher Zeitschriften in 13 Bibliotheken reagierte,³⁰² konnte Helmut Röttsch anzeigen, dass die der Deutschen Bücherei zugewiesenen Mittel für die Beschaffung der nicht kostenlos abgelieferten Schriften »einigermaßen« ausreichten. Für die Beschaffung der in den »Währungsgebieten Dollar/Pfund« hergestellten Bücher und Zeitschriften wurden die Kontingentmittel indes um die Hälfte gekürzt.³⁰³ Die Benutzung der Deutschen Bücherei stellte damit aber

298 Bemerkungen der Deutschen Bücherei zur Handhabung der 5. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr vom 6.12.1961 durch die Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik, 7.11.1964, ADNBL, 152/1/6, Bd. 3, Bl. 347-357.

299 Anordnung über die Erteilung von Sondergenehmigungen zum Empfang von Literatur aus Westdeutschland, West-Berlin und dem kapitalistischen Ausland vom 13. Juni 1963, in: Gesetzblatt der DDR 1963, Teil II, S. 414f.

300 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen, Prognose für das wissenschaftliche Bibliothekswesen der DDR, Entwurf, September 1968, ADNBL, 150/2/7, unfol.

301 Arbeitsgruppe Abusch, Dr. Wiese, Vermerk für Genossen Abusch, 16.11.1964, BArch, DC 20/7705, unfol.

302 Vgl. den Schriftwechsel in BArch, DR 3, 2. Schicht, B 1347/4b.

303 Deutsche Bücherei, Generaldirektor, Helmut Röttsch, an den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Alexander Abusch, 5.11.1970, ebd., unfol.

zunehmend die einzig legale Möglichkeit dar, vergleichsweise schnell an westdeutsche Literatur heranzukommen.

Der Anstieg der Benutzerfrequenz zog freilich Folgeprobleme für den Benutzungsalltag in der Deutschen Bücherei nach sich, insbesondere für das Sperrmagazin, wo nur 20 Personen auf einmal arbeiten konnten. Dies entsprach etwa 3,5 Prozent der gesamten Lesesaalkapazitäten der Deutschen Bücherei.³⁰⁴ Wenig glücklich erschien vor diesem Hintergrund ein Vorstoß der Deutschen Staatsbibliothek und des MHF, das Sperrmagazin von seinem negativen Image zu befreien und die Benutzungspolitik in einigen Punkten zu liberalisieren. Anlass für die Initiative waren Pressemeldungen in führenden Zeitungen der Bundesrepublik über den »Giftschrank« in der Staatsbibliothek. Das Hamburger Blatt *DIE ZEIT* hatte die Bibliothek im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 300-jährigen Jubiläum im November 1960 angesichts der Vielzahl sekretierter Schriften für »tot« erklärt, was man in der DDR als Reaktion Bonns auf die Kampagne gegen das »Marburger Büchergrab« und Maßnahme zur Legitimation des beabsichtigten Neubaus des Hauses am Potsdamer Platz, in das die Marburger Bestände umziehen sollten, begriff.³⁰⁵ Ähnliche Pressemeldungen kursierten bald auch über den »Giftschrank« in der Deutschen Bücherei, allerdings in weniger prominenten Medien.³⁰⁶ In Ost-Berlin musste man auf die Diffamierungen reagieren. So schlug die Deutsche Staatsbibliothek im November 1961 vor, die Sperrbibliothek in »Abteilung für spezielle Forschungsliteratur« umzubenennen³⁰⁷, was Kurt Brückmann derart begeisterte, dass er ein Jahr später anordnete, selbst die als »bedingt verleihbar« gekennzeichneten Bestände unter diesem Oberbegriff zu fassen.³⁰⁸

304 Deutsche Bücherei, Stellvertreter des Hauptdirektors, Gerhard Hesse, an die Hochschule für Bauwesen Leipzig, Abt. Planung und Statistik, 16.8.1963, ADNBL, 162, Bl. 38.

305 Bücher hinter verschlossener Tür. Was von der Preußischen Staatsbibliothek übrigblieb, in: *DIE ZEIT*, Nr. 48 vom 25.11.1960, S. 9. Zuvor bereits H. Ruhmer, Bücher im Giftschrank. Die Staatsbibliothek hat ihr Gesicht sehr verändert. »Westliteratur« ist nicht für jedermann zugänglich, in: *WELT AM SONNTAG* vom 31. Juli 1960, o.S. Zur Antwort aus Ost-Berlin vgl. Giftschrank und Giftküche. So lügt die »Welt am Sonntag«. Phantasien um die Deutsche Staatsbibliothek, in: *Der Morgen* (Berlin) vom 3. September 1960, o.S.

306 F.J., Die genormte Buchstadt. Ein Rundgang durch die Deutsche Bücherei/Westliteratur im Giftschrank, in: *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung* vom 4.12.1961, o.S.

307 Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Kurt Brückmann, an die Hauptdirektion der Deutschen Bücherei, 13.11.1961, ADNBL, 744, Bl. 101.

308 Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Kurt Brückmann, an die Direktionen der wissenschaftlichen Bibliotheken der Universitäten und Hochschulen, 6.8.1962, ebd., Bl. 109.

Der nach längeren Korrespondenzen zwischen dem Staatssekretariat, der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei fertiggestellte Entwurf enthielt durchaus einige liberalere Formulierungen. So nannte er als Zugangsberechtigte für das Sperrmagazin neben dem ZK der SED sowie dessen Einrichtungen, Professoren, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter, denen bei Vorlage eines Verwendungsnachweises zusätzlich zur Einsichtnahme »in besonderen Fällen« die Ausleihe gestattet wurde, nun auch Studenten und Privatpersonen, denen bei »Nachweis des wissenschaftlichen Verwendungszweckes« zumindest die Einsichtnahme vor Ort erlaubt wurde. Vor allem Privatpersonen waren bislang von der Benutzung sekretierter Literatur ausgeschlossen gewesen. Selbst die Anfertigung von Fotokopien und die Möglichkeit der Fernleihe der »speziellen Forschungsliteratur« wurden in Aussicht gestellt. Freilich bedurfte all dies jeweils der Genehmigung durch verantwortliche Mitarbeiter.³⁰⁹ Im Hause der Deutschen Staatsbibliothek wollte man diese Bestimmungen tatsächlich als einen Schritt zur Liberalisierung und Normalisierung des Zugangs zu Sperrliteratur verstanden wissen. Für die Ost-Berliner Bibliothekare, die bereits in den 1950er Jahren eine im Vergleich zu Leipzig moderatere Benutzungspolitik praktiziert hatten, war die Initiative mehr als nur eine Maßnahme zur Aufbesserung des Images. Deshalb sorgte Erwin Marks, der 1963 vom Staatssekretariat an die Deutsche Staatsbibliothek gewechselt war, für eine Veröffentlichung der Richtlinien in den *Mitteilungen aus dem wissenschaftlichen Bibliothekswesen der Deutschen Demokratischen Republik*, die sich explizit auch an das Fachpublikum in der Bundesrepublik richteten. Zur Begründung machte Erwin Marks deutlich, dass es in zahlreichen Bibliotheken der DDR »Sperrbestände« gäbe, »deren Benutzung z.T. unsinnig erschwert oder schwerfällig gehandhabt wird«. Man wolle anderen Bibliotheken der DDR die neuesten Entwicklungen bekanntgeben und zugleich »Überspitzungen« in der Bundesrepublik entgegentreten. So gehe aus der neuen Regelung hervor, »daß jeder, der spezielle Forschungsliteratur benötigt, nur einen Nachweis des wissenschaftlichen Verwendungszweckes beizubringen braucht«. Zusätzlich begründete Marks seinen Vorstoß mit der Chance des Prestigegewinns für die DDR, die sich damit deutlich zu ihrer »parteimäßige[n] Bibliotheksarbeit« bekenne, während die »ebenfalls klassenmäßige Bibliothekspolitik« der Bundesrepublik sich noch immer hinter dem Mantel des Unpolitischen verstecke.³¹⁰ In der Deutschen Bücherei, wo man kaum Illusionen über

309 Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Kurt Brückmann, Benutzungsregelung für die spezielle Forschungsliteratur der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei, 5. Exemplar, 1.8.1962, ADNBL, 152/1/6, Bd. 3, Bl. 117f.

310 Deutsche Staatsbibliothek, Methodische Beratungsstelle für Bibliothekspropaganda, Erwin Marks, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 5.4.1963, ADNBL, 744, Bl. 113f.

die Haltung westdeutscher Verleger zur DDR hatte, sah man dies freilich völlig anders. Die Veröffentlichung, so Röttsch, sei »nicht gerade« ein »Akt politischer Weitsicht«. Neue »Anwürfe gegen die Deutsche Bücherei und die Deutsche Staatsbibliothek« seien zu befürchten.³¹¹ Offenbar auf Röttschs Einwirken wurde auch die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED auf die mit keiner offiziellen Stelle abgesprochene Veröffentlichung rasch aufmerksam. Deren Leiter, Johannes Hörnig, war entsetzt über den »politischen Fehler«.³¹² Nachdem die ausschließlich für den internen Gebrauch bestimmten Benutzungsrichtlinien kurz darauf in der westdeutschen Zeitschrift *Bücherei und Bildung* sowie im Frankfurter *Börsenblatt* abgedruckt worden waren³¹³ und Röttsch dies wiederum umgehend an das ZK gemeldet hatte,³¹⁴ mussten die Verantwortlichen der Staatsbibliothek sich schließlich bei Hörnig rechtfertigen.³¹⁵ Ihnen wurden die »Fehler« ihres Handelns aufgezeigt, berufliche Konsequenzen blieben ihnen indes erspart.

Die Veröffentlichung der Benutzungsordnung in der Bundesrepublik ging freilich nicht mit einer differenzierten Bewertung einher. Kommentiert wurde letztlich nur die Tatsache, dass »unerwünschte« Literatur in der DDR sekretiert werde, nicht aber deren Zugänglichkeit. Berücksichtigt man indes, dass sich der legale Zugang zu westlicher Literatur insgesamt auch für Wissenschaftler nach dem Mauerbau deutlich restriktiver gestaltete, so stellten die Sperrmagazine in Ost-Berlin und Leipzig tatsächlich so etwas wie ein »Loch in der Mauer« dar. Um Zugang zu ihnen zu erhalten, bedurfte es keiner von zentralen Behörden ausgestellten Sondergenehmigung, sondern lediglich einer Bescheinigung über den wissenschaftlichen Verwendungszweck, welche die Institute selbst erteilten. Zudem wurde der Sperrbibliothek durch die Umbenennung der Geruch des politisch Zweifelhafteu genommen – mit der nicht intendierten Nebenwirkung aber, dass politisch »unerwünschte« Literatur für den Benutzer nun nicht mehr auf den ersten Blick erkennbar war. Eine Zunahme von Benutzungsanfragen war zumindest zu befürchten. Und selbst wenn Kurt Brückmann nach dem Eklat um die Veröffentlichung der Benutzungsrichtlinien sämtliche leitende wissenschaftlichen Bibliothekare noch einmal nachdrücklich darauf verwies, dass damit keine Änderung der bisherigen Benutzungspolitik verbunden war, so konnte »spezielle Forschungsliteratur« aus der Perspektive der Benutzer nun alles außer moralisch verwerfliches Schrifttum sein. Befördert wurde diese implizite Grenzverschiebung von politisch »erwünschter« und »unerwünschter« hin zu »all-

311 Helmut Röttsch an Erwin Marks, 26.3.1963, ebd., Bl. 111.

312 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 23.4.1963, ebd., Bl. 116.

313 Unerwünschte Literatur, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 45 vom 5.6.1963, S. 999f.

314 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 7.5.1963, ADNBL, 744, Bl. 117.

315 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 27.11.1963, ebd., Bl. 121.

gemeiner« und »spezieller« Forschungsliteratur durch die Anordnung Brückmanns, sämtliche Kennzeichnungen über Benutzungsbeschränkungen in den Hauptkatalogen zu tilgen. Dies geschah freilich eher vor dem Hintergrund der erneuten medialen Aufmerksamkeit im Westen, waren die Kennzeichnungen in den Hauptkatalogen von den Berichterstattern doch stets als Hauptbelastungsquellen herangezogen worden.³¹⁶ Die Sichtbarkeit politisch »unerwünschter« Bestände ging damit zunehmend verloren. Schon im November hatte der Leiter der Abteilung Benutzung, Hans Schurig, kritisiert, dass die Termini »Sperrbibliothek« und »bedingt verleihbare« Bestände auch für den Laien verständlich waren, der neue Begriff indes nicht mehr.³¹⁷ Indem die Benutzungsordnungen für die Sperrmagazine nicht den allgemeinen Verschärfungen im legalen Zugang zu westdeutscher Literatur folgten, sind sie ein Indiz dafür, dass es der SED nicht um völlige Abschottung von »feindlichem« Gedankengut ging. Die Sperrmagazine boten vielmehr die Möglichkeit eines räumlichen konzentrierten und kontrollierbaren Zugangs zu westdeutscher Literatur.

Für die Deutsche Bücherei war die Grenzziehung zwischen politisch »erwünschter« und »unerwünschter« Literatur bislang immer auch ein willkommenes Argument zur Bewahrung des Präsenzcharakters gewesen. Die diskursiven Grenzverschiebungen und das rasante Anwachsen der Benutzerzahlen schufen allerdings neue Herausforderungen für die Benutzungspolitik. Nahezu unverändert blieben die direkte Unterstellung des nunmehrigen Sachgebietes für spezielle Forschungsliteratur unter den Haupt- bzw. Generaldirektor sowie die im Vergleich zur Deutschen Staatsbibliothek restriktivere Aussonderungspraxis. Dies belegen die mit handschriftlichen Vermerken gekennzeichneten Eingangslisten der Deutschen Bücherei in den Beständen der Deutschen Staatsbibliothek. Danach konnten in der Ost-Berliner Bibliothek etwa eine Ausgabe der Reden Willy Brandts von 1961 bis 1965 oder die von westdeutschen Osteuropa-Wissenschaftlern herausgegebenen »Dokumente zum Studium des Kommunismus« ohne Benutzungsbeschränkung gelesen werden, während diese Titel in Leipzig sekretiert waren.³¹⁸

Den Bibliothekaren in Leipzig kam diese liberalere Handhabung der Konkurrenz nicht ganz ungelegen. So verlangten sie bei Fernleihbestellungen nun im-

316 Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Der Sekretär, Protokoll über die 5. Arbeitstagung des Beirats für das wissenschaftliche Bibliothekswesen am 17. März 1964 in der Deutschen Staatsbibliothek, 20.4.1964, ADNBL, 806/2, Bl. 45.

317 Hans Schurig, Bemerkungen zum 1. Entwurf einer Benutzungsregelung für die »Abteilung für spezielle Forschungsliteratur«, 30.11.1961, ADNBL, 152/1/6, unfol.

318 Deutsche Bücherei, Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur, Neuerwerbungen der Monate Mai-Juli 1965, 16.8.1965, SBB, Sperrbibliothek, DB & DSB, ab 1959, unfol.

mer erst einen Nachweis darüber, dass das gesuchte Buch nicht in der Deutschen Staatsbibliothek vorhanden war.³¹⁹ Eine deutliche Verschärfung erfuhr die Benutzungspolitik dagegen durch die Eingliederung der benutzungsbeschränkten Gruppe 1 (Erotika/Pornographie) in das Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur im Jahre 1965.³²⁰ Dieser Bestand hatte zuvor in der Verantwortung der Benutzungsabteilung gestanden und sollte durch diese Maßnahme, die eine ganze Reihe von Kontrollmechanismen umfasste, zusätzlich geschützt werden – wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil im Zuge eines zunehmend offeneren gesellschaftlichen Umgangs mit dem Thema Sexualität auch die Nachfrage nach entsprechender Literatur anstieg. Auch jüngeres Publikum interessierte sich immer häufiger für den Bestand. Verlangte ein Jugendlicher erotische Literatur, dann beließ es der Leiter des Sachgebietes für spezielle Forschungsliteratur, Alfred Geßner, nicht unbedingt bei einer formellen Ablehnung der Einsichtnahme, sondern meldete entsprechende Vorfälle zuweilen auch an die pädagogisch zuständigen Stellen weiter, um weiteren Anfragen vorzubeugen. Anfang November 1968 hatte ein Internatsschüler eine ganze Reihe erotische Fachbücher und Belletristik bestellt. Zum Nachweis hatte er ein formelles, aber sehr allgemein gehaltenes Bittschreiben der Schule vorgelegt, woraus der genaue Verwendungszweck nicht hervorging. Der Schüler erhielt die verlangte Literatur nicht und wurde stattdessen um einen konkreten Verwendungsnachweis gebeten, der jedoch nicht erfolgte. Anstatt die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, wandte sich Geßner mit einer Liste der bestellten Bücher aber an den Direktor der Schule, freilich im Wissen darum, dass dem Schüler dadurch ernsthafte Konsequenzen erwachsen konnten.³²¹ Dabei stellte sich heraus, dass der Schüler tatsächlich die Blanko-Genehmigung, die er für eine Jahresarbeit im Fach Deutsch erhalten hatte, benutzt hatte, um sich damit Zugang zu erotischer Lektüre zu verschaffen. Für den Schüler hatte dies ein ernstes Nachspiel.³²² Selbst im Falle eines promovierten Wissenschaftlers, der an einer Dokumentation über die pornographische Literatur der DDR sowie die Sexualgesetzgebung in der Bundesrepublik arbeitete und hierfür einen detaillierten Verwendungsnachweis der FDJ-Bezirksleitung Erfurt vorlegen konnte, kam es zu Komplikationen.³²³ Die verlangte Literatur

319 Deutsche Bücherei, Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur, Alfred Geßner, an das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bibliothek, 30.3.1971, ADNBL, 744, Bl. 165.

320 Gerhard Hesse, Aktennotiz, 7.7.1965, ebd., Bl. 123.

321 Deutsche Bücherei, Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur, an die Internatsoberschule Lützen, Literaturbestellung Ihres Schülers Wilfried H[anonymisiert], 6.11.1968, ebd., Bl. 19.

322 Internatsoberschule Lützen, Stellvertretender Direktor, an die Deutsche Bücherei, Abt. Beschaffung, 12.11.1968, ebd., Bl. 12.

323 FDJ-Bezirksleitung Erfurt, Sekretär der Bezirksleitung, Ergänzung zu der Herrn Dr. M[anonymisiert] im Okt. Ausgestellten Bescheinigung, 14.12.1970, ebd., unfol.

war diesem zwar vorgelegt worden, verweigert wurde ihm indes die Anfertigung von Kopien. Der Wissenschaftler musste diesbezüglich sogar persönlich bei Helmut Röttsch vorsprechen, wobei ihm Letztgenannter die Ablehnung damit begründete, dass es sich um »außerordentlich diffizile[s] Material« handele. Dies rief freilich Unmut bei dem Benutzer hervor, der sich gegen eine moralische Bewertung des Schrifttums unter Verweis auf die Wissenschaftlichkeit seines Vorhabens verwehrt. Erfolg hatte er damit offenbar nicht.³²⁴ Der Fall zeigt deutlich, dass die Umbenennung der Sperrbibliothek in Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur es den Bibliothekaren zunehmend erschwerte, Benutzungsanträge aus politischen (oder moralpolitischen) Gründen abzulehnen. Dies fand zunehmend im Informellen statt, was die Legitimität der Ablehnung aber zuweilen infrage stellte.

Daneben erhöhten sich mit dem Rückgang der Orientierungsmöglichkeiten für Nutzer »spezieller Forschungsliteratur« die Kommunikationskosten, was die Forderung nach Beschleunigung des Zugangs zu wissenschaftlicher Literatur wiederum unterminierte. So bemühte sich ein Magdeburger Wissenschaftler »seit Monaten« vergeblich um die Einsichtnahme in eine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation in den Räumen der Deutschen Bücherei. Dass es sich hierbei um »spezielle Forschungsliteratur« handelte, erfuhr der Nutzer, der aus beruflichen Gründen nur am Wochenende nach Leipzig kommen konnte, erst nachdem er aufgrund seiner Bestellung in das Sachgebiet zitiert worden war. Den erforderlichen Verwendungsnachweis besorgte der Wissenschaftler schließlich. Während seines nächsten Besuches wurde ihm gesagt, dass der Lesesaal für »spezielle Forschungsliteratur« sonnabends nicht geöffnet sei. Auch diese Information war für den Benutzer nicht auf den ersten Blick ersichtlich, sie fand sich lediglich auf einem Merkblatt, das neuen Lesern ausgehändigt wurde.³²⁵ Die Überprüfung, ob es sich bei einem Titel um benutzungsbeschränkte Literatur handelte oder nicht, konnte der Nutzer nicht mehr im Vorfeld der Bestellung vornehmen, dies mussten nun die Sachbearbeiter erledigen. Zudem häuften sich die Beschwerden der Benutzer, die bearbeitet werden mussten und gegebenenfalls ein persönliches Gespräch nach sich zogen.

Unberührt von den Problemen der Benutzungspolitik blieben freilich privilegierte Behörden und Einzelpersonen. Bei diesen genügten informelle Anfragen, die weder eine Vorrecherche noch einen Verwendungsnachweis voraussetzten. Nicht nur das Ökonomische Forschungsinstitut bei der Staatlichen Plankommission konnte sich auf unbürokratische Weise Literatur zur kapitalistischen

324 Dr. M[anonymisiert] an Helmut Röttsch, 14.12.1970, ebd., unfol.

325 Dipl.-Ing. Dietrich B[anonymisiert] an Helmut Röttsch, 3.2.1968, ADNBL, 161, Bl. 244.

Betriebsorganisation nach Ost-Berlin schicken lassen,³²⁶ auch der stellvertretende Ministerpräsident, Alexander Abusch³²⁷, der Leiter des Verlags der Nation, Günter Hofé³²⁸, oder der bekannte Kybernetiker Georg Klaus³²⁹ ließen ihre Bestellungen direkt über den Schreibtisch Helmut Rötzschs erledigen. Damit begünstigte Röttsch freilich diejenigen Forschungsvorhaben, die unmittelbar staatliche Interessen berührten. Hierfür bedurfte es keiner Lesegenehmigung, obgleich die interne Richtlinie diese in jedem Fall verlangte. Die Praxis der Unterwanderung der Benutzungsvorschriften durch hohe Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur barg freilich die Gefahr, dass zahlreiche Bände über Jahre hinweg nicht an die Deutsche Bücherei zurückgelangten. So wurde Anfang der 1960er Jahre von einem Ost-Berliner Ministerium berichtet, das 191 Bände des Munzinger-Archivs entliehen hatte, die Rückgabe aber verweigerte. In der Fachbibliothek des Innenministeriums lagerten zudem seit 1955/56 60 Bände über das Flugwesen, deren Rücksendung ebenfalls abgelehnt wurde.³³⁰

Ein ganz anderes Problem, das der Anstieg der Benutzerfrequenz mit sich brachte, war die Zunahme von Diebstählen in den Lesesälen. Eine Bestandsrevision im Jahre 1966 kam zu dem Ergebnis, dass von 419.120 überprüften Titeln 6.670 Bände fehlten,³³¹ wobei nicht etwa westdeutsches Schrifttum ganz oben auf der Liste des Diebesgutes stand, sondern natur- und gesellschaftswissenschaftliche Schriften aus der DDR.³³² Der Personalmangel ließ indes keine flächendeckende Überwachung der Benutzer und der rund 40.000 aufgestellten Bücher in den Lesesälen vom Pult aus zu.³³³ Hinzu kam, dass im Großen Lesesaal, wo 200 Benutzer Platz fanden, undichte Fenster hinter dem Aufsichtspult

326 Ökonomisches Forschungsinstitut bei der Staatlichen Plankommission an die Deutsche Bücherei, 19.8.1963, ADNBL, 702, Bl. 122 (Rückantwort auf der Rückseite des Schreibens).

327 Ministerrat der DDR, Stellvertreter des Vorsitzenden, Leiter der Arbeitsgruppe, Fleck, an Helmut Röttsch, 12.4.1967, ebd., Bl. 45; Helmut Röttsch an den Ministerrat der DDR, Stellvertreter des Vorsitzenden, Sekretariat des Gen. Alexander Abusch, Gen. Fleck, 14.4.1967, ebd., Bl. 47.

328 Helmut Röttsch an Günter Hofé, 10.12.1968, ebd., Bl. 55.

329 Georg Klaus an Helmut Röttsch, 17.11.1971, ebd., Bl. 72; Helmut Röttsch an Georg Klaus, 26.11.1971, ebd., Bl. 73.

330 Hans Schurig, Stellungnahme zu einer Anfrage des Instituts für Deutsche Geschichte Leipzig (Ernst Engelberg) zur Dauerausleihe von etwa 600 Büchern zur Militärgeschichte, o.D., ADNBL, 154/4, Bl. 216.

331 Deutsche Bücherei, Abt. Benutzung und Lesesäle an die Generaldirektion, o.D., ADNBL, 539, Bl. 48.

332 Zahlspiegel der Revision der Lesesaalhandbibliothek 1965, o.D., ebd., Bl. 31.

333 Deutsche Bücherei, Abt. Benutzung, Vorlage, betreffend: Analyse der Sicherung unserer Bestände vor Beschädigung und Verlust, 7.6.1971, ADNBL, 545/4/o, unfol.

besonders in den Wintermonaten für eisige Zugluft sorgten, was zeitweilig zu erhöhtem Personalausfall führte.³³⁴ Zugleich wurden Bücherdiebstähle keineswegs mehr derart hoch bestraft wie noch in den 1950er Jahren. So wurden Vertreter der Deutschen Bücherei, trotz vorheriger Korrespondenz mit dem Staatsanwalt, nicht einmal zu einer Gerichtsverhandlung geladen, bei der es um einen in der Bibliothek eingesetzten Maurer ging, der mehrere Bände »Schundliteratur« aus der Deutschen Bücherei entfernt und dann verkauft hatte.³³⁵ Auch ein als Zeuge benannter Buchbinder der Bibliothek wurde nicht geladen. Das Strafmaß fiel mit sechs Monaten auf Bewährung schließlich moderat aus, was bei den Verantwortlichen der Deutschen Bücherei auf Unbehagen stieß, weil hiervon kein Signal auf weitere potentielle Diebe ausginge.³³⁶

Die Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen, oblag nun zunehmend den schlecht bezahlten Pförtnern, die immer wieder wegen nachlässiger Kontrollen in die Kritik der Generaldirektion gerieten. Aber auch das Gegenteil konnte der Fall sein. So kam es vor, dass Pförtner zuweilen die nötige Sensibilität bei den Taschenkontrollen vermissen ließen, was leitende Bibliothekare wiederum zum Eingreifen zwang. So beschwerte sich eine Ärztin, die vergessen hatte, eine Fachzeitschrift beim Verlassen des Lesesaals abzugeben, über das »Theater«, das der Pförtner veranstaltet habe, als sie ihm die Zeitschrift bei der Taschenkontrolle übergeben hatte. Er habe nicht nur herumgebrüllt, sondern ihr auch die Lesekarte entzogen.³³⁷ Der Pförtner selbst verwies in seiner Stellungnahme zu dem Vorfall nicht nur auf die »Dummfreschheit« der Ärztin, sondern ließ auch durchblicken, dass er seine Handlungsweise als Maßnahme gegen die immerwährende »Verleumdung und Diskreditierung der sog. Pförtner« verstanden wissen wollte.³³⁸ Es fanden schließlich persönliche Gespräche mit den Kontrahenten statt, aus dem Benutzungsdirektor Wenkel die Erkenntnis zog, dass Benutzer künftig vor »einer ähnlichen Verhaltensweise dieses Mitarbeiters zu bewahren« seien.³³⁹ Allerdings gab es auch Fälle, in denen sich die Bibliothekare schützend vor ihre Pförtner stellten, mussten die Leitungskräfte hierbei doch stets zwischen Serviceorientierung und Sicherheitsbedürfnis abwägen. So beschwerte sich im Juli

334 Deutsche Bücherei, Abt. Buchlesesäle an die Verwaltung, 10.1.1963, ADNBL, 161, Bl. 219.

335 Helmut Röttsch an den Staatsanwalt des Stadtkreises Leipzig, Stadtbezirk Mitte, 3.9.1964, ADNBL, 160, Bl. 99.

336 Der Staatsanwalt des Stadtkreises Leipzig an die Deutsche Bücherei, 10.9.1964, ebd., unfol.; Deutsche Bücherei, Verwaltungsdirektor Krieger, Aktennotiz, 28.10.1964, ebd., unfol.

337 Karl-Marx-Universität Leipzig, Medizinische Universitätsklinik, Dr. Helga S[anonymisiert], an den Direktor der Benutzungsabteilung, Karl-Heinz Wenkel, 10.2.1971, ADNBL, 161, Bl. 257.

338 Willibald S[anonymisiert] an Karl-Heinz Wenkel, 1.2.1971, ebd., Bl. 255.

339 Karl-Heinz Wenkel an Dr. Helga S[anonymisiert], 15.2.1971, ebd., Bl. 258.

1962 ein Ingenieur über die Anweisung eines Pförtners, seine Tasche zu öffnen, weil sich in dieser geheime Dokumente befunden hätten. Als der Leiter des Sachgebietes für spezielle Forschungsliteratur dazukam, habe der Ingenieur diesen abfällig als Hausmeister bezeichnet. Auch in diesem Fall sparte der offenbar missgelaunte Pförtner nicht mit Kritik an dieser »Art Herrenmenschen«, die man gelegentlich unter den Benutzern finde. Zudem sei dem Nutzer womöglich das Parteiabzeichen des Pförtners sauer aufgestoßen.³⁴⁰ Im Kollegium herrschte zwar Einigkeit darüber, dass nicht der Pförtner, sondern der Ingenieur sich falsch verhalten hatte, dennoch wurden die Pförtner und sämtliche anderen Kollegen noch einmal nachdrücklich auf die richtige Verhaltensweise gegenüber Benutzern hingewiesen.³⁴¹

Von jener faktischen Liberalisierung der Benutzungspolitik lässt sich für die 1960er Jahre nicht sprechen. Was sich jedoch änderte, waren die diskursiven Rahmenbedingungen und damit der Handlungsspielraum und die Wahrnehmung der Benutzer. »Sperrliteratur« war offiziell nicht mehr moralisch diskreditiert, Bücherdiebstähle wurden nicht mehr streng gehandelt und die internen Kontrollmöglichkeiten gerieten mit steigenden Benutzerzahlen an ihre Grenzen und die Deutsche Bücherei gegenüber den Benutzern damit zunehmend in die Defensive.

340 Otto G[anonymisiert] an den Verwaltungsdirektor Krieger, Betr.: Beschwerde des Ingenieurs B[anonymisiert] aus Halle über den Gen. G[anonymisiert] und den vermeintlichen Hausmeister Gen. Geßner (Sperrmagazin), 19.7.1962, ebd., Bl. 207.

341 Waldemar Krieger, Aktennotiz, 7.8.1962, unfol.

2. Entspannung? Die Deutsche Bücherei in westdeutschen Debatten

a.) Beliefern oder boykottieren? Interessenkonflikte um die Deutsche Bücherei im Westen

Die Vertreter derjenigen Verlage, die sich noch während der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der Deutschen Bücherei im Oktober 1962 entrüstet über die verbalen Entgleisungen der ostdeutschen Repräsentanten gezeigt hatten, reagierten nur kurzzeitig geschockt. Sie nahmen die kostenlose Belieferung Leipzigs schon bald wieder auf. Damit reihten sie sich in die Mehrheit der Verleger ein, die sich von den Festtagen kaum beeindruckt zeigten. Bereits während einer Werbereise im Spätsommer 1963 konnten die Leipziger Bibliothekare sogar weitere Verleger gewinnen, »die Deutsche Bücherei zu beliefern, die teilweise nach 1945 noch gar nicht wieder Belegstücke eingesandt hatten«.¹ Erfolg hatte man nicht nur bei größeren traditionsreichen wissenschaftlichen Verlagen, sondern auch bei zahlreichen in den 1950er und 1960er Jahren neu gegründeten Verlagen.² Zwar hatten die Mitarbeiter der Abteilung Beschaffung und Zugang um Helmut Lohse allerhand Mühe, den Anteil der kostenlosen Belegexemplare aus Westdeutschland von jährlich knapp 80 Prozent der Gesamtproduktion stabil zu halten. Angesichts der in den 1960er Jahren rasant steigenden Preise und Produktionszahlen in der Bundesrepublik (Erstere um etwa die Hälfte, Letzteren um mehr als das Doppelte)³ kann dies aber als herausragender Erfolg bewertet werden. Der Mangel an Devisen konnte dabei zuweilen über persönliche Kontakte (Erwerbung aus »dritter Hand«) ausgeglichen werden.

1 Zur Aufgabenstellung und Arbeit einiger Abteilungen der Deutschen Bücherei zu Leipzig, o.D. (als Anlage zu einem Brief Helmut Rötzschs an Werner Daum, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Alexander Abusch vom 25.9.1963), ADNBL, 152/0, Bl. 38.

2 Tätigkeitsbericht zur Rechenschaftslegung 1966, Abt. Beschaffung und Zugang, o.D., ADNBL, 150/2/6, unfol.

3 Zur Preisentwicklung vgl. Rolf Auer, Entwicklung der Buchpreise, in: Der Jungbuchhandel 18 (1964), Heft 12, S. 914f.; Auch Bücher werden teurer. 400 000 Titel seit 1951/Steigende Umsätze, in: Hamburger Abendblatt, Nr. 216 vom 17.9.1970, S. 15. Zur Entwicklung der Produktionszahlen vgl. Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, 127 (1960), Heft 31, S. 482, 486; 129 (1962), Heft 28, S. 409f.; 132 (1963), Heft 51/52, S. 986; 133 (1966), Heft 33, S. 550f.; 134 (1967), Heft 30, S. 567; 135 (1968), Heft 38, S. 685; 136 (1969), Heft 44, S. 859; 137 (1970), Heft 35, S. 686-688.

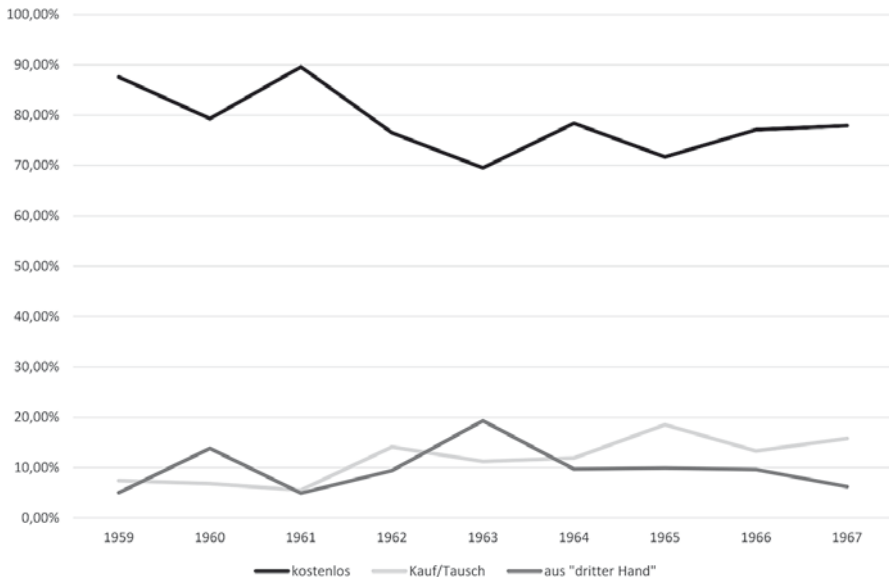


Abb. 10: Entwicklung der Eingangszahlen westdeutscher Literatur 1959-1967 (nach Erwerbungsarten)⁴

Wie lassen sich dieser Erfolg und die relativ schnelle Entspannung vor dem Hintergrund der Abschottung der DDR von der Bundesrepublik seit dem 13. August 1961 erklären? Spiegelt sich hierin das sich langsam bahnbrechende und von einem gesellschaftlichen Mentalitätswandel begleitete Konzept der »Neuen Ostpolitik« wider, das dem Antikommunismus in der Bundesrepublik allmählich die Legitimationsgrundlage entzog? Ein Blick auf die Diskussionen über die 50-Jahr-Feier innerhalb des Frankfurter Börsenvereins zeigt, dass die Meinungen über die Leipziger Bibliothek weit auseinandergingen. Angestoßen wurde die Debatte von Eduard Kreuzhage (Verlag Chemie GmbH), der als einer von drei Verlagsvertretern entrüstet aus Leipzig zurückgekehrt war. Er habe die Veranstaltung, so Kreuzhage in einem Brief an Helmut Röttsch, verlassen, weil er »nicht als eines jener Aushängeschilder verwendet werden [wollte, d.V.], mit denen man von Fall zu Fall die nunmehr offenbar rein politische, d.h. also rein kommunistische Aufgabenstellung der Deutschen Bücherei verdeckt«. Kreuzhage, der die Transformation des Buchwesens in der SBZ bis 1947 selbst miterlebt hatte, drohte Röttsch sogar damit, das Schreiben im Frankfurter *Börsenblatt* veröffentlichen zu lassen, wenn die Teilnahme westdeutscher Verleger öffentlich als Ausdruck der »Unterstützung kommunistischer Zielsetzungen« geschildert

4 Tätigkeitsberichte zur Rechenschaftslegung 1967, Abt. Beschaffung und Zugang, o.D., ADNBL, 150/2/6, unfol.

werden sollte«. ⁵ Allerdings musste Kreuzhage auch einräumen, dass seine Reaktion innerhalb der Zunft nicht auf ungeteilten Zuspruch stieß. Eine ganze Reihe von Verlegern mahnte zur Besonnenheit. Der »tagesübliche Phrasensalat«, so ein Kollege, diene »in erster Linie der politischen Sicherung des Referenten und will sachlich auch nicht ernst genommen werden«. Man solle vielmehr unterscheiden zwischen den persönlichen, weitgehend unpolitischen Beziehungen und der öffentlichen Darstellung der Bibliothekare. Andere Kollegen glaubten sogar, nicht zu Unrecht, in der Selbstbezeichnung »Nationalbibliothek« vornehmlich eine Spitze gegen die Deutsche Staatsbibliothek, nicht aber einen politischen Akt zu erkennen. Und selbst die verbalen Entgleisungen gegenüber der Bundesrepublik seien so »absurd [gewesen, d.V.], daß sie auch der dümmste SED-Funktionär als unreal erkennen muß«. Würde man dagegen die Beziehungen zur Deutschen Bücherei abreißen lassen, dann hätte »das ZK der SED einen weiteren Stein in die Mauer gefügt, die Deutschland von Deutschland trennt«. ⁶ Schließlich konnte sich auch Kreuzhage selbst nicht dazu durchringen, die Kontakte zur Deutschen Bücherei gänzlich erlahmen zu lassen, wofür er vor allem wirtschaftliche Gründe anführte, denn im Vergleich der Bibliographien sei die »Deutsche Bibliothek weit im Rückstand«, während Leipzig »ganz zweifellos [...] sehr viel leistungsfähiger« sei. ⁷ Selbst Peter Karstedt, der als einziger Bibliotheksdirektor (Stadtbibliothek Lübeck) an den Feierlichkeiten in Leipzig teilgenommen hatte und ebenso entrüstet zurückgekehrt war, trug den nach wie vor zahlreich nach Leipzig liefernden Verlegern an, »daß man unter kluger Ausnutzung dieser Lieferungen einen gewissen Einfluß auf die Deutsche Bücherei nehmen könne«. So sollten kostenlose Abgaben an die Leipziger Bibliothek an eine »freie Benutzung« der Bestände gebunden sein. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass die Nationalbibliographie jedem Interessenten zugänglich ist und die fachliche Qualität der Bibliothekare gesichert blieb. ⁸

So entrüstet Kreuzhage und Karstedt auf die 50-Jahr-Feier reagierten, stellten sie die Funktionsfähigkeit der Deutschen Bücherei dennoch nicht grundsätzlich infrage. Der eine fand wirtschaftliche, der andere politische Gründe. Gleichwohl hatten beide den Börsenverein mehr oder weniger explizit dazu aufgerufen, Position zu beziehen. Hierzu konnten die Meinungen innerhalb des Verbandes nicht heterogener sein. Die Mitglieder der Ausschüsse für Bibliographie- und Bibliotheksfragen sowie für Veröffentlichungen des Börsenvereins etwa suchten

5 Eduard Kreuzhage an Helmut Röttsch, 6.10.1962, ISG, W2-7, 1201, unfol.

6 Äußerungen westdeutscher Tagungsteilnehmer zu dem beigefügten Schreiben vom 6. Oktober 1962 an die Deutsche Bücherei, Leipzig, ebd., unfol.

7 Eduard Kreuzhage an die Teilnehmer der AwV[Ausschuss wissenschaftlicher Verleger]-Sitzung vom 30. Oktober 1962, 19.10.1962, ISG, W2-9, 202, Teil 2, unfol.

8 Friedrich Gittig, Besprechung mit Bibliotheksdirektor Dr. Karstedt aus Lübeck und Verlagsleiter Laudien (Verlag Max Schmidt-Römhild) am 29. Oktober 1962 im Verlag, 29.10.1962, ISG, W2-7, 1201, unfol.

einen Mittelweg zwischen Kreuzhages »offiziellen Schmähungen« und Karstedts »völlig utopisch[en]« Vorschlägen. Die Verleger um Horst Kliemann, der sich der Leipziger Tradition noch immer stark verbunden fühlte, waren sich einig, »technische Kontakte zu pflegen und die offiziellen Tiraden nicht zu beachten geschweige denn zu beantworten«, um »eine der letzten Verbindungen nach drüben« erhalten zu können.⁹

Konfrontative Töne schlug indes der Ausschuss für Interzonenhandel an. Die Deutsche Bücherei war freilich nicht deren zentraler Diskussionsgegenstand, im Angesicht der nach dem Mauerbau relevant gewordenen Frage nach der Fortsetzung des innerdeutschen Handels warfen sie die Leipziger Bibliothek jedoch in die politische Waagschale. Jürgen Steinkopff, Inhaber des Verlages Dietrich Steinkopff, sah sich mit dem Mauerbau in seiner schon zuvor pessimistischen Sicht auf das Interzonenhandelsabkommen bestätigt. Dieses hatte sich seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre angesichts rückläufiger Geschäftsabschlüsse für westdeutsche Verleger nicht mehr gerechnet. Deshalb plädierte Steinkopff in einer ersten Reaktion auf den 13. August 1961 für eine Aufkündigung des Abkommens, da man sich nun »keinen Illusionen mehr hingeben« müsse.¹⁰ Dem hielt der Vorsitzende des Ausschusses, Friedrich Georgi, zunächst in einer persönlichen Stellungnahme entgegen, dass die Aufrechterhaltung des Abkommens zwar »nicht politische Tatsachen verändern« könne, aber »die Auswirkungen der politischen Verhältnisse zu mildern« verspreche. Allerdings verhehlte Georgi seine antikommunistische Einstellung dabei kaum. Seine Haltung gegenüber der DDR hatte freilich auch einen realen Erfahrungshintergrund. Als Komplementär des Paul-Parey-Verlags war er vom Mauerbau unmittelbar betroffen, da sich ein Teil seiner Verlagsbuchhandlung in Ost-Berlin befand. Angesichts der Tatsache, dass der 13. August zur »Aussperrung meiner alten Mitarbeiter« geführt habe, reagiere er hinsichtlich des Verhältnisses zur DDR »allergischer [...] als andere«.¹¹ So sah Georgi in der Aufrechterhaltung des innerdeutschen Handels in erster Linie die noch einzig verbliebene Möglichkeit, die Verbindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik zu wahren.¹² Erst in seiner offiziellen Stellungnahme vor den Ausschussmitgliedern ergänzte Georgi seine Argumentation um eine deutsch-deutsche Dimension, nämlich dass der innerdeutsche Handel »neben dem Postverkehr und neben Rundfunk und Fernsehen die einzige Brücke zu den Menschen im Osten« bilde. Die Vorschläge, die Georgi auf Anfrage des Börsenvereinsvorstandes, wie man auf den

9 Aus dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bibliographie- und Bibliotheksfragen und des Ausschusses für Veröffentlichungen des Börsenvereins am 3. Dezember 1962, ebd., unfol.

10 Jürgen Steinkopff an Friedrich Georgi, 18.8.1961, ISG, W2-7, 2391, unfol.

11 Friedrich Georgi an Helmut Simons, 23.4.1965, ISG, W2-9, 202, Teil 2, unfol.

12 Friedrich Georgi an Jürgen Steinkopff, 29.8.1962, ebd., unfol.

Mauerbau reagieren könne, machte, zeigten seine antikommunistische Einstellung indes unverhohlen. So empfahl er den Verlegern, durch »buchhändlerische Selbstkontrolle« »schärfer als bisher« zu überprüfen, ob ostdeutsche Belletristik mit den Strafgesetzen der Bundesrepublik kollidiere. Damit sprach er sich für eine kompromisslose Anwendung des Paragraphen 93 des Strafgesetzbuches über das Verbot »verfassungsfeindlicher Publikationen« aus, den er auch auf das Leipziger *Börsenblatt* angewendet wissen wollte. An erster Stelle stand für ihn jedoch die sofortige Einstellung der kostenlosen Belieferung der Deutschen Bücherei.¹³ Die 50-Jahr-Feier war aus Georgis Sicht nur ein weiteres Symptom der politischen Entwicklungen und bot dem Verleger Anlass, den Vorstand des Verbandes intern scharf dafür zu kritisieren, dass er seinen Mitgliedern im Vorfeld der Feierlichkeiten keine verbindliche Auskunft darüber gegeben habe, wie diese sich verhalten sollten.¹⁴

Georgis Versuch, die in West-Berlin weitaus stärker als in der Bundesrepublik verbreitete Schockstimmung über den 13. August¹⁵ zu nutzen, um den Börsenvereinsvorstand zu einer offiziellen Boykottpolitik gegenüber der Deutschen Bücherei zu bewegen, schlug jedoch fehl. Obwohl sich auch die Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger intern auf eine Einstellung der Belieferung Leipzigs verständigt hatte, weil man dort einen politischen Missbrauch der westdeutschen Verlagszeugnisse befürchtete,¹⁶ unterließ der Vorstand eine Positionierung. Stattdessen sollten die Verleger nach wie vor selbst darüber entscheiden, ob sie Leipzig belieferten oder nicht.¹⁷ Selbst im Interzonenhandelsausschuss, wo mehrheitlich Kritiker der Deutschen Bücherei versammelt waren,¹⁸ sah man eine einseitig ablehnende Haltung gegenüber der Leipziger Bibliothek mit gemischten Gefühlen. Auch Friedrich Georgi, der von 1965 bis 1968 als Börsenvereinsvorsteher agierte, sprach sich bald selbst wieder für eine Belieferung Leipzigs, allerdings unter Bedingungen, aus. Gleichwohl blieben Georgis Hoffnungen auf die mildernde Wirkung des innerdeutschen Handels stets im Zentrum seiner Gedanken. Seinem Berufskollegen Helmut Simons, der im Juni 1964 ebenfalls ins Zweifeln gekommen war, ob seine ablehnende Hal-

13 Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Fragen des Interzonenhandels des Börsenvereins am 4.9.1961, ebd., unfol.

14 Friedrich Georgi an den Geschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V., Wolfgang Michael, 25.10.1962, ISG, W2-9, 202, Teil 2, unfol.

15 Peter Bender, Reaktionen in West-Berlin und in der Bundesrepublik, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Wirkung, Berlin 2002, S. 159-164.

16 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Vorstand, Friedrich Gittig, an den Geschäftsführer, Wolfgang Michael, 10.12.1962, ISG, W2-9, 202, Teil 2, unfol.

17 Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Fragen des Interzonenhandels des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. am 28.1.1963, ISG, W2-7, 2819, unfol.

18 Sitzung des Interzonenhandelsausschusses vom 28.1.1965, ebd., unfol.

tung gegenüber der Deutschen Bücherei richtig sei, empfahl Georgi, die Abgabe von Belegexemplaren an politische Bedingungen zu knüpfen: »Die Ablieferung von Belegexemplaren an die Deutsche Bücherei ist eines der wenigen Zugeständnisse, die wir noch ›verkaufen‹ können«. Ziel sei es, »durch zähe und beharrliche Verhandlungen mit dem Osten für den westdeutschen Verlag den ostdeutschen Markt so weit wie möglich zu öffnen«. ¹⁹ Ein Jahr, nachdem Georgi den Verbandsvorsitz übernommen hatte, legte er einem anderen Kollegen nahe, »solche kleinen Freundschaftsdienste« wie die Abgabe von kostenlosen Exemplaren zu leisten, da die Deutsche Bücherei durchaus noch von Nutzen sein könne. Zaghafte direkte Kontakte zur Bibliothek selbst nahm Georgi erst Ende 1968 wieder auf, nachdem er kurz zuvor aus dem Ehrenamt des Börsenvereinsvorstehers ausgeschieden war. ²⁰

Das Scheitern von gegen Leipzig gerichteten Initiativen erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass der Börsenverein auch eine ganze Reihe von Verlagen repräsentierte, die ostdeutsche Schriftsteller unter Vertrag hatten und selbst Geschäftsbeziehungen in die DDR unterhielten, ²¹ denen aber der Versand von Verlagsprospekten an ostdeutsche Buchhändler, die Verbreitung des Frankfurter *Börsenblattes* und schließlich auch der Besuch von Buchhandlungen in der DDR untersagt war. ²² Vor allem diese Verlage verwehrten sich offensiv gegen eine zu starke Einflussnahme des Börsenvereins. ²³ Eine politische Positionierung war für viele Verleger ohnehin gleichbedeutend mit Bevormundung und passte nicht so recht in das unpolitische Selbstverständnis. Gleichwohl trafen Georgis und Kreuzhages Vorbehalte gegenüber Leipzig auch auf Zuspruch, denn der Mauerbau hatte viele Verleger vor praktische Herausforderungen gestellt. Die Sorge um das Lesepublikum im Osten rückte nun stärker als bisher in den Fokus. Vertreter, vor allem großer wissenschaftlicher Verlage ²⁴ reagierten, indem sie die Deutsche Bücherei zunehmend aufforderten, sich als Vermittler ihrer Interessen gegenüber der SED zu betätigen. Kostenlose Büchersendungen sollten die Deutsche Bücherei nur noch dann erreichen, wenn sich die Bibliothekare aktiv

19 Friedrich Georgi an Helmut Simons, 13.6.1964, ISG, W2-9, 202, Teil 1, unfol.

20 Friedrich Georgi an Arthur Meiner, 20.1.1969, ebd., unfol.

21 Claus Kröger, »Establishment und Avantgarde zugleich«? Siegfried Unseld und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1967/68, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), *Zwischen den Fronten. Positionskämpfe europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert*, Berlin 2006, S. 311-331, hier S. 315f.

22 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Ausschuss für Fragen des Interzonenhandels, an die am Interzonenhandel interessierten Kollegen aus Verlag und Zwischenbuchhandel, 10.5.1965, ISG, W2-7, 2391, unfol.

23 Deutsche Bücherei, Informationsbericht für den Monat Oktober 1962, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

24 Rechenschaftsbericht der Deutschen Bücherei für das Jahr 1963, 5.2.1964, ADNBL, 152/2/6, unfol.

gegen die »Politisierung und Behinderung der Literatur durch Ihre Behörden«²⁵ einsetzten. Dies konnte sich bisweilen auf allgemeine Vertriebsmöglichkeiten westdeutscher Literatur in der DDR beziehen, zumeist aber forderten die Verleger eine Verbesserung der Einfuhrbedingungen für Geschenksendungen, durch die zahlreiche Bücher und Zeitschriften auf legalem Wege in die DDR gelangen konnten.²⁶

In der Tat hatte sich die Kontrollpraxis für Büchersendungen nach dem Mauerbau insoweit verschärft, als sich der Spielraum der Zollorgane der DDR hinsichtlich der Bewertung der Büchersendungen vergrößerte. Nach wie vor galt die Geschenkpaket-Verordnung vom 5. August 1954, nach der die Einfuhr von »antidemokratischer«, »friedensfeindlicher« und »unzüchtiger« Literatur untersagt worden war.²⁷ Wie ein im November 1961 vom »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« in West-Berlin herausgegebenes Merkblatt deutlich macht, war die Verordnung in der Praxis bislang eher mäßig restriktiv gehandhabt worden. »[N]ach bisherigen Erfahrungen« seien »Klassiker-Ausgaben und Standardwerke der Weltliteratur, schöngeistige Literatur und Bücher aus den Gebieten der Philosophie, Kunst und Fachwissenschaft« problemlos durchgewunken worden. Dasselbe galt für Unterhaltungsromane, Taschenbuchausgaben, Jugendbücher und sogar für religiöse Literatur, sofern sich diese nicht gegen den Sozialismus richteten, von verbotenen Glaubensgemeinschaften stammten und im Falle der religiösen Schriften nicht in Massensendungen die Grenze passierten.²⁸ Noch Ende November 1961 dehnte die SED den Handlungsspielraum des Zolls aber auf die »Interessen des sozialistischen Staates und seiner Bürger« aus, gegen die eingeführte Schriften nicht verstoßen sollten.²⁹ Die Tätigkeit der Zollorgane wurde damit undurchsichtiger und unberechenbarer – nicht zuletzt für die Zoll-Mitarbeiter selbst, die nun eigene Kriterien entwickelten. So wurden Büchergeschenke nur dann noch weitergeleitet, wenn die Titel aus den Bereichen Technik und Naturwissenschaften stammten, die Empfänger Sonder-

25 Ensslin & Laiblin KG Verlag Reutlingen an die Deutsche Bücherei, 28.7.1964, ADNBL, 507/1 (D-G), Bl. 49.

26 Vgl. den Schriftverkehr mit verschiedenen Verlagen in ADNBL, 507/1.

27 Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland vom 5.8.1954, in: Gesetzblatt der DDR 1954, S. 727.

28 Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen, Merkblatt für den Postversand von Geschenkpaketen in die Sowjetzone, Stand: November 1961, <http://www.chroniker-mauer.de/material/180380/merkblatt-fuer-den-postversand-von-geschenkpaketen-in-die-sowjetzone-november-1961> (abgerufen am 10.11.2016).

29 Fünfte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland vom 30. November 1961, in: Gesetzblatt der DDR 1961, Teil II, S. 515.

genehmigungen besaßen oder die Autoren auf einer internen Liste standen.³⁰ Die Sondergenehmigung für den Bezug wissenschaftlicher Literatur aus dem Westen wurde 1963 schließlich offiziell zur Pflicht, was in der westdeutschen Verlegerwelt erneut Analogien zur NS-Zeit wachrief.³¹

Sicherlich waren sich die Verleger der begrenzten Einflussmöglichkeiten der Deutschen Bücherei auf staatliche Organe weitgehend bewusst, zumal die Bibliothekare in ihren Antwortschreiben auch immer wieder darauf hinwiesen.³² Das Kalkül war jedoch ein anderes: Die Verleger gingen, nicht zu Unrecht, davon aus, dass nicht nur die Deutsche Bücherei, sondern auch die SED an den kostenlosen Einsendungen ein politisches wie wirtschaftliches Interesse hatte und diese deshalb zu weitreichenden Zugeständnissen bereit sei. Nur überschätzten die Verleger diese Bedeutung. Das mussten auch die Leipziger Bibliothekare erfahren, die den Forderungen der Verleger nachkamen und sich in den Jahren von 1961 bis 1964 intensiv um eine Liberalisierung des Zollverkehrs bemühten – freilich aus eigenem Interesse: »Eine falsche und überspitzte Handhabung der Durchführungsbestimmungen«, so Hauptdirektor Röttsch in einem Schreiben an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, bedeute für die Bibliotheken »ein[en] erhebliche[n] Schaden«. Alle Versuche aber, mit Verantwortlichen der Zollverwaltung und des Kulturministeriums über dieses Problem zu verhandeln, seien gescheitert. Man habe den Eindruck, »daß niemand dieses ›heiße Eisen‹ anfassen möchte« und »das Ausweichen vor einer klaren Entscheidung der bequemste Weg für die verantwortlichen Stellen ist«. Bibliothekare, so Röttsch, seien generell »für das Buch verantwortlich«. Nur sie könnten »ein Urteil über die Mehrzahl der in Westdeutschland erscheinenden Buchtitel und anderen Druckschriften fällen«. Röttsch kritisierte damit nicht nur die Unfähigkeit der Zollkontrolleure, Bücher fachgerecht zu beurteilen, sondern verwies auch auf die vielen »Verärgerungen«, die durch die Praxis der Zollkontrollen unter den Bürgern der DDR ausgelöst worden seien. Seine Vorschläge, etwa naturwissenschaftliche und technische Fachliteratur generell ohne Sondergenehmigung einzuführen oder Jugend- und theologische Literatur differenziert zu behandeln,³³ fanden jedoch kein Gehör. Hier waren die Diskursgrenzen eng gezogen.

30 Bemerkungen der Deutschen Bücherei zur Handhabung der 5. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr vom 6.12.1961 durch die Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik, 7.11.1964, ADNBL, 152/1/6, Bd. 3, Bl. 353.

31 Eine geistige Mauer?, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 62 vom 2. August 1963, S. 1337f.

32 Vgl. etwa Deutsche Bücherei, Sachgebietsleiter Hahn, an den Verlag Giebel & Oehlschlägel, 20.8.1965, ADNBL, 507/1, Bl. 118.

33 Bemerkungen der Deutschen Bücherei zur Handhabung der 5. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr vom

Der Mauerbau hatte die Deutsche Bücherei in den Augen westdeutscher Verleger verstärkt in die Position einer Vermittlerin rücken lassen. Dies machte auch in Leipzig eine Strategieänderung notwendig. Die Bibliothekare wussten, dass das unpolitische Selbstbild des Börsenvereins eine Chance zur Aufrechterhaltung der Beziehungen darstellte. Selbst innerhalb der SED-Grundorganisation wurde dieser Zusammenhang ganz offen kommuniziert. Bei der Ausnutzung der westdeutschen Kontakte dürfe man »nicht kleinlich« sein, so der Tenor.³⁴ Helmut Röttsch machte die Mitglieder während einer Rechenschaftslegung zudem unverhohlen darauf aufmerksam, dass man die Bereitschaft westdeutscher Verleger zur kostenlosen Belieferung der Deutschen Bücherei nicht als Einverständnis mit der DDR bewerten dürfe: »Das wäre nicht richtig und gewagt«.³⁵ Die Bibliothekare reagierten auf die Erwartungen der Verleger mit einer eigenen Agenda für die auswärtige Repräsentation. Anstatt sich wie zuvor noch als Vertreter der rechtmäßigen »Nationalbibliothek« zu gerieren, präsentierten sie sich nun als Bewahrer ihrer »traditionellen Aufgaben im Interesse der Benutzer, der Öffentlichkeit, insbesondere im Interesse der Wissenschaft«.³⁶ Ohne direkt miteinander darüber zu reden, entwickelten die Leipziger Bibliothekare und die westdeutschen Verleger gemeinsame Regeln für einen deutsch-deutschen Kommunikationsraum.

Eine wichtige Funktion für die Erprobung dieser Strategieänderung kam den Buchmessen außerhalb der DDR zu, weil »die meisten Verleger die Messe als einen Handelsplatz betrachteten, der jedem offen stehen soll«.³⁷ Aktionen wie Boykottaufrufe gegen ostdeutsche Verlage, wie sie etwa im Rahmen der Frankfurter Buchmesse 1962 von Jürgen Steinkopff und dem Vorsitzenden des Verlegerausschusses, Joseph Caspar Witsch, öffentlich geäußert wurden, stießen sowohl in der westdeutschen Presse als auch beim Gros der westdeutschen Verleger auf starke Ablehnung.³⁸ Für die Deutsche Bücherei wurde die Beteiligung an den Messen in Frankfurt, Belgrad und Warschau zu einer Lebensnotwendigkeit, denn diese boten eines der wenigen Foren, in denen persönliche Gespräche unterhalb der politischen Ebene möglich waren. Zudem stellten sie eine Art Seismographen für die Stimmung unter westdeutschen Verlegern

6.12.1961 durch die Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik, 7.11.1964, ADNBL, 152/1/6, Bd. 3, Bl. 347-357.

34 Protokoll über die Parteileitungssitzung vom 5.2.1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

35 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Deutschen Bücherei, beschlossen in der Parteileitungssitzung am 15.11.1966, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/01, unfol.

36 Deutsche Bücherei, Helmut Lohse, an Hermann Schroedel Verlag KG, 17.11.1964, ADNBL, 507/1, Bl. 71.

37 Helmut Lohse, Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse 1962, 16.9.1962, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5446, unfol.

38 Ebd., unfol.

dar. Parallel zu den Messebesuchen setzten die Bibliothekare ihre individuellen Verlegerreisen fort, bei denen sie häufig direkt mit Verlagsinhabern in Kontakt kamen. Strategisch richteten die Reisekader, allen voran Helmut Röttsch, Helmut Lohse und später auch Horst Halfmann (Leiter des Sachgebietes Auslandsbeschaffung) sowie Siegfried Hahn (Leiter des Sachgebietes Erwerbung DDR und BRD)³⁹, die persönliche Kontaktaufnahme auf die »einflußreichen westdeutschen Verlage«⁴⁰ aus. Politische Zurückhaltung und fachliche Gespräche verschafften ihnen schnell Zugang zu Verlegernetzwerken, die sich, wie auch der von 1962 bis 1965 amtierende Börsenvereinsvorsteher, Friedrich Wittig, gegen die Politisierungsversuche »einige[r] Heißsporne« aussprachen. Wichtig war außerdem der Kontakt zum Generaldirektor der Deutschen Buch-Export- und Import GmbH, dem bedeutendsten Außenhandelsunternehmen der DDR im Bereich Literatur. Diese Verbindung spielte etwa eine zentrale Rolle dafür, dass sich Eduard Kreuzhage auf der Frankfurter Buchmesse 1963 von der Wiederaufnahme der Belieferung überzeugen ließ.⁴¹ Zudem unterhielten zahlreiche in der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger organisierte Buchproduzenten Beziehungen zum Außenhandelsunternehmen. Allerdings hatten die informellen Beziehungen zwischen Bibliothek und Unternehmen auch zur Folge, dass die Bibliothekare zunehmend als Vermittler in Handelsfragen angesehen wurden: Man habe den »Eindruck, dass die Mitarbeiter der Deutschen Bücherei in den Gesprächen mit den Verlegern mehr über die unzufriedene Stimmung erfahren als die offiziellen Vertreter, die es angeht«.⁴² Der Konflikt mit der Arbeitsgemeinschaft, die die Belieferung der Deutschen Bücherei strikt ablehnte, löste sich indes fast von selbst auf, nachdem deren Vorsitzender Hans Georg Siebeck 1965 zurückgetreten war und mit Richard Meiner ein der Bibliothek wohlgeinnter Verleger dessen Posten übernahm.⁴³ Einen »starken propagandistischen Erfolg« habe die Deutsche Bücherei außerdem auf der Frankfurter Buchmesse 1964 erzielt, weil sie sich erstmals am Stand des VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen beteiligt hatte, der die Bibliographien der Bibliothek herausgab. Hier konnten sie für ihre fachliche Expertise werben, ohne gegen die Deutsche

39 Saur, Deutsche Bücherei und Deutsche Bibliothek, S. 169.

40 Bericht über den Besuch der Warschauer Buchmesse 1963, 31.5.1963, BArch, DR 3, 1, Schicht, 5453, unfol.

41 Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1963, o.D., ebd., unfol.

42 Bericht über den Besuch der Internationalen Buchmesse vom 13. bis 18. Oktober 1965 in Frankfurt am Main, ADNBL, 507/5, Bl. 105.

43 Reisebericht 20. April – 6. Mai 1965 Hamburg – Kiel – Münster – Dortmund – Witten – Wuppertal – Paderborn – Detmold – Hildesheim – Hannover, 11.5.1965, ebd., Bl. 90f.

Bibliothek aufzutreten.⁴⁴ 1965 besuchten die Vertreter der Deutschen Bücherei erstmals offiziell die Deutsche Bibliothek, woraus sich bald regelmäßige Treffen entwickelten. »Diese Politik«, so Lohse in seinem Reisebericht vom April 1966, »dürfte im Interesse unserer bibliothekarischen Aufgaben liegen«.⁴⁵ Als nützlich erwiesen sich auch die guten Beziehungen zum Geschäftsführer der Ausstellungs- und Messe GmbH, Sigfred Taubert⁴⁶, der sich nach der Warschauer Buchmesse im Mai 1970 sogar dafür stark machen wollte, dass die ostdeutschen Verlage auf der kommenden Frankfurter Buchmesse unter der offiziellen Staatsbezeichnung DDR firmieren durften.⁴⁷

Die »Taktik, mit uns sympathisierende Verleger auf die nicht liefernden Verlage anzusetzen«⁴⁸, zeigte schnell Erfolge. Bereits im Frühjahr 1964 konnte man nach Ost-Berlin vermelden, dass der Mauerbau und die 50-Jahr-Feier kaum noch als Argumente gegen eine Belieferung der Deutschen Bücherei genannt wurden.⁴⁹ Zwei Jahre später hatte man bereits »zahlreiche Verbündete« gefunden, »die heute bereit sind, offen für die Interessen der Deutschen Bücherei einzutreten«. Einen solchen Fürsprecher fand man etwa in dem jungen Münchner Verleger Klaus G. Saur. Selbst Verleger, die in der SBZ enteignet worden waren, nahmen die Belieferung der Bibliothek wieder auf.⁵⁰ Freilich geschah all dies unter Duldung der ostdeutschen Behörden, denen man nicht mehr Rechenschaft über die positiven Effekte der Reisen auf eine mögliche diplomatische Anerkennung der DDR ablegen musste. Ein Hinweis auf den ökonomischen und politischen Nutzen genügte nun.

Bereits aus den Erfahrungen auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1962 hatte man gelernt, dass ein »aktives Auftreten von Mitarbeitern der DB in Westdeutschland für die Beschaffungspolitik sehr verhängnisvoll werden« könne, so Röttsch während einer Parteileitungssitzung im Mai 1963. Man müsse stattdes-

44 Gottfried Rost an die Hauptdirektion der Deutschen Bücherei, Betr.: Teilnahme an der Internationalen Buchmesse in Frankfurt als Aussteller des VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, 26.9.1964, ADNBL, 572/1/1, Bl. 115.

45 Reisebericht 13.-26. April 1966 Leipzig – Bayreuth – Nürnberg – Fürth – München – Ulm – Stuttgart – Tübingen, 5.5.1966, ADNBL, 507/5, Bl. 147.

46 Reisebericht 15.-27.4.1968 Frankfurt a.M., Mainz, Darmstadt, Wiesbaden, Hanau, Bad Homburg, Oberursel, Gelnhausen, 30.4.1968, ebd., Bl. 6.

47 Bericht über den Besuch der Warschauer Buchmesse vom 19. bis 23. Mai 1970, 7.7.1970, ADNBL, 152/1/6, Bd. 5, Bl. 182.

48 Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse in der Zeit vom 7.-13. Oktober 1969, o.D., ADNBL, 507/5, Bl. 51.

49 Reisebericht 17.-30. April 1964 Braunschweig, Hannover, Düsseldorf, Köln, Bonn, Bad Godesberg, o.D., ebd., Bl. 43.

50 Bericht über den Besuch der Internationalen Buchmesse vom 22. bis 27. September 1966 in Frankfurt am Main, 18.10.1966, ebd., Bl. 164-168.

sen »die Freiheit haben, uns von den gemachten Fehlern zu distanzieren«. ⁵¹ So reagierte man selbst auf einen entrüsteten Brief des Musikverlages Breitkopf & Härtel, dem in Leipzig ein Parallelverlag mit gleichem Namen gegenüberstand, mit schnellen Gegenmaßnahmen. Gerade solche Parallelunternehmen standen stets im Zentrum des politischen Konflikts zwischen Ost- und Westdeutschland. ⁵² Der in Wiesbaden ansässige Verlag hatte sich im November 1968 verärgert an die Deutsche Bücherei gewandt, weil der persönliche Referent des Generaldirektors, Hans-Martin Pleßke, in einem Aufsatz das Wiesbadener Unternehmen als »widerrechtlich« bezeichnet hatte. Eine solche politische Positionierung sei, so der Tenor des Schreibens, mit einer Tätigkeit an der Deutschen Bücherei nicht vereinbar. In der Bibliothek reagierte man auf solche Vorkommnisse äußerst sensibel. Schon 1963 hatten die Bibliothekare sich deshalb auf die Linie verständigt, auch in Veröffentlichungen künftig »die nötige Zurückhaltung zu üben«. ⁵³ Mit Pleßke wurde eine »längere[n] Aussprache« geführt und über persönliche Kontakte zum West-Berliner Musikarchiv konnten schließlich auch die Unstimmigkeiten mit Wiesbaden ausgeräumt werden. ⁵⁴

Die Bibliothekare ließen sich überdies auch konkrete kleinere Zugeständnisse abringen, deren Umsetzung freilich nicht flächendeckend überprüft werden konnten. Dies betraf vor allem Aufforderungen, eingesandte Bücher der freien Benutzung zuzuführen. In einigen Fällen genügte es womöglich, wenn man den Verlegern (nicht nachprüfbare) Hinweise gab, dass speziell deren Publikationen vermehrt nachgefragt würden, ⁵⁵ dass viele religiös gebundene Menschen die Deutsche Bücherei aufsuchten ⁵⁶ oder dass der häufig nachgefragte *Spiegel* »selbstverständlich« für die »Öffentlichkeit« zur Verfügung stünde. ⁵⁷ Allerdings reichten in einigen Fällen Lippenbekenntnisse nicht aus, denn die Verleger standen oft im Briefkontakt mit Nutzern, die über die Einhaltung der Zusagen berichten sollten. So wurde die Deutsche Bücherei in einem Fall sogar von einem Pfarrer besucht, der kontrollieren sollte, ob die Zeitschrift *Die Christengemeinschaft* im Lesesaal ausliege. ⁵⁸ In einem anderen Fall verlangte der Herausgeber

51 Protokoll über die Leitungssitzung der SED-Betriebsparteiorganisation vom 7.5.1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

52 Frohn, Literaturaustausch im geteilten Deutschland, S. 235–260.

53 Bericht über die in der Katalogabteilung abgehaltenen Seminare zur Auswertung des VI. Parteitages der SED, 1.3.1963, ADNBL, 152a/I, unfol.

54 Breitkopf & Härtel an die Deutsche Bücherei, 22.11.1968, mit Aktennotizen, ADNBL, 866/0, unfol.

55 Deutsche Bücherei, Sachgebietsleiter Hahn, an die Verlagsbuchhandlung Carl Marhold, 17.4.1967, ADNBL, 507/I, Bl. 18.

56 Deutsche Bücherei, Sachgebietsleiter Hahn, an den Main-Verlag GmbH, 3.2.1965, ebd., Bl. 11.

57 Deutsche Bücherei, Helmut Lohse, an Der SPIEGEL, 2.2.1963, ebd., Bl. 89.

58 Verlag Ursachhaus Stuttgart an die Deutsche Bücherei, 31.3.1966, ebd., Bl. 34.

einer Satirezeitschrift, dass seiner in Leipzig wohnenden Freundin »regelmäßig« Einblick in das Magazin gewährt werden sollte, woraufhin der Leiter der Benutzungsabteilung umgehend instruiert wurde, der Betreffenden die Zeitschrift »in jedem Fall« auszuhändigen.⁵⁹ Die Grenzen des Handlungsspielraumes waren indes dann erreicht, wenn die Bibliothekare gefragt wurden, ob sie sich als Zusteller für vom Zoll reklamierte Zeitschriften zur Verfügung stellen würden. Hier befürchtete man, in Konflikt mit den Gesetzen der DDR zu kommen, was die Bibliothekare freilich vermeiden wollten. In einem Fall – es ging um die Wellensittichzüchter-Zeitschrift *Die gefiederte Welt* – bot die Deutsche Bücherei jedoch die Kompromisslösung an, dass der Verlag zwei Exemplare der Zeitschrift nach Leipzig schicken könne und man davon ein Exemplar an die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden gäbe, sodass das Fachmagazin zumindest an zwei Orten in Sachsen greifbar sei.⁶⁰

Grundlegender Handlungsspielraum erwuchs der Deutschen Bücherei indes auf dem Gebiet der Nationalbibliographie. Diese hatte seit den 1950er Jahren zeitweise an Wert für westdeutsche Buchhändler und Bibliothekare eingebüßt, weil zahlreiche politisch anstößige westdeutsche Titel »verstümmelt« angegeben waren, d. h. es fehlten oftmals die Untertitel, sodass der Inhalt eines Buches nur bedingt ersichtlich war. Das betraf zumeist Bücher, deren Untertitel Diffamierungen gegenüber der DDR bzw. der Sowjetunion enthielten oder über »Republikfluchten« und ehemalige deutsche Ostgebiete berichteten.⁶¹ Diese Praxis wog freilich für westdeutsche Bibliothekare wesentlich schwerer als für Verleger und Buchhändler, weil Erstere die Bibliographie als Grundlage für Bestellungen, Letztgenannte diese aber eher für Werbezwecke und als Informationsmittel über Preisentwicklungen nutzten und deshalb größeren Wert auf Schnelligkeit und Vollständigkeit legten. So kam eine Umfrage bei 29 Pflichtexemplarbibliotheken der Bundesrepublik durch die Deutsche Bibliothek im Jahre 1962 zu dem Ergebnis, dass 15 Bibliotheken die Deutsche Bibliographie aus Frankfurt nutzten und sechs Einrichtungen die Leipziger Nationalbibliographie nur noch zusätzlich heranzogen.⁶² Als die Deutsche Bücherei im Jahr darauf 105 westdeutsche Bibliotheken anschrieb und für die Leipziger Titeldrucke warb, da kurz zuvor die Deutsche Bibliothek diesen »empfindlichen Verlustposten« eingestellt

59 Verlag Das FALLBEIL an die Deutsche Bücherei, 3.1.1962, mit handschriftlicher Notiz von Helmut Lohse, ebd., Bl. 82.

60 Deutsche Bücherei, Helmut Lohse, an den Verlag Gottfried Helène, 1.11.1961, ebd., Bl. 140.

61 Beispiele für solche »Verstümmelungen« befinden sich in ADNBF, Handakten Rudolf Blum, unfol.

62 Auswertung der Deutschen Bibliographie, Wöchentliches Verzeichnis an den Pflichtexemplarbibliotheken der Bundesrepublik, 25.10.1962, ebd., unfol.

hatte,⁶³ blieb dieser Vorstoß »ohne Echo«. ⁶⁴ Weniger einheitlich agierte dagegen der Buchhandel, als es 1963 zu einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse zwischen der Leipziger und Frankfurter Bibliothek um die »Glaubwürdigkeit der Bibliographie« gekommen war. Auslöser der Debatte war ein Artikel des Feuilletonisten der *FAZ*, Günther Rühle, vom 8. Januar 1963 über die Finanzsorgen der Deutschen Bibliothek. Darin kreierte Rühle vor allem das geringe Interesse der Politik an der Bibliothek an und forderte deren Unterstellung unter das seit 1962 bestehende Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (hervorgegangen aus dem Bundesministerium für Atomkernenergie), was im BMI freilich für »ein gewisses Unbehagen« sorgte und den Bibliotheksdirektor Kurt Köster zu einer Rechtfertigung zwang.⁶⁵ Zur Unterstützung seiner Argumentation hatte Rühle aber auch auf die Unterordnung der Leipziger Bibliographie unter das »allmächtige[n] Prinzip der Parteilichkeit« hingewiesen,⁶⁶ woraufhin Helmut Röttsch in gewohnter Manier mit einem Leserbrief an die *FAZ* reagierte, in dem er die »unbegründeten Anschuldigungen« Rühles zurückwies.⁶⁷ In der Vergangenheit hatten solche Maßnahmen, die auch Röttschs Vorgänger Fleischhack und Uhlendahl ergriffen hatten, zumeist Wirkung gezeigt. Die Medienlandschaft der Bundesrepublik war seit den 1960er Jahren jedoch in einem Wandel begriffen. Landesweite Presseorgane wie die *FAZ* definierten ihre Rolle zunehmend als überparteiliche Akteure, die aktiven Einfluss auf die Politik nehmen wollten und dabei zunehmend das Mittel der Skandalisierung einsetzten.⁶⁸ So wurde Röttschs Leserbrief, der am 1. Februar 1963 erschien, ungewollt zu einem Politikum. Am 16. Februar brachte die *FAZ* eine Gegendarstellung zu Röttsch, geschrieben vom Wiesbadener Verleger und Vorsitzenden des Beirates der Deutschen Bibliothek, Werner Dorn.⁶⁹ Diese wiederum veranlasste einen Leser der *FAZ* dazu, einen scharfen Brief an Röttsch zu schreiben, worin Letzterenannter aufgefordert wurde, abermals zu reagieren. Dem Leser ging es freilich weniger um die Sache an sich, sondern darum, Röttsch öffentlich als Lakaien

63 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V. an das Kuratorium der Deutschen Bibliothek, Vorsitzender Hagelberg, 29.6.1962, HHStAW, 504, 6902b, Bl. 217.

64 Informationsbericht für den Monat Februar 1963, 5.3.1963, ADNBL, 152/1/6/2, Bl. 4.

65 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 29.1.1963, HHS-tAW, 504, 6903b, Bl. 140.

66 Günther Rühle, Wer hilft der Deutschen Bibliothek?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 6 vom 8.1.1963, S. 12.

67 Helmut Röttsch, Nicht der Parteilichkeit untergeordnet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 27 vom 1.2. 1963, S. 8.

68 Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, S. 359-362.

69 Werner Dorn, Es geht um die Glaubwürdigkeit der Bibliographie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Samstag) vom 16.2.1963, S. 11.

des »dortigen System[s]« bloßzustellen.⁷⁰ Die Angelegenheit drohte schließlich aus dem Ruder zu laufen und Röttsch musste sich mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen sowie der Wissenschaftsabteilung im ZK der SED abstimmen, wo entschieden wurde, keine weiteren öffentlichen Stellungnahmen folgen zu lassen.⁷¹ Es kam Röttsch sicherlich nicht ungelegen, dass der Artikel Dorns auch für die Deutsche Bibliothek ein Nachspiel hatte, denn die *FAZ* hatte den Text in einer gekürzten Fassung veröffentlicht, wobei sämtliche Stellen herausgestrichen worden waren, die sich explizit an Buchhändler und Verleger gerichtet hatten. So überwog in der veröffentlichten Version die politische Kritik an der DDR, was innerhalb der Zunft nicht unbedingt auf ungeteilte Gegenliebe stieß. So musste Kurt Köster auch diesmal die Verantwortung übernehmen, zumal die Beziehungen zwischen beiden Bibliotheken seit dem Wechsel von Epelsheimer zu Köster (1959) auf dem Wege der Entspannung waren.⁷² Im Frankfurter *Börsenblatt* folgte ein fachlicher Artikel über die Frage der »Objektivität« oder »Parteilichkeit« der Leipziger Bibliographie, dem auch der vollständige Beitrag Dorns beigefügt war.⁷³

Die Reaktionen der westdeutschen Verleger auf die Debatte waren geteilt. In persönlichen Gesprächen während der Frankfurter Buchmesse 1963 habe der Beitrag im *Börsenblatt* allenfalls eine »untergeordnete Rolle« gespielt.⁷⁴ Stattdessen machten die »Unzulänglichkeiten« der Deutschen Bibliographie die Deutsche Nationalbibliographie für viele Verleger noch immer attraktiv. In einem Aufsatz im *Jungbuchhandel* hatte der Verleger Karl Saur bereits 1962 auf die Unvollständigkeit und verspätete Anzeige vieler Titel in der Frankfurter Bibliographie hingewiesen und dabei nicht ohne Bewunderung nach Leipzig geblickt.⁷⁵ In diesem Zusammenhang aber forderten zunehmend auch einzelne Verlage von der Deutschen Bücherei, dass sie ihnen eine vollständige Anzeige der Titel in der Nationalbibliographie formell bestätigten. Die *FAZ*-Kontroverse hatte wohl ihr Übriges dazu beigetragen, dass man aus politischen Gründen künftig auf die Praxis der »Verstümmelung« verzichtete. So konnte Helmut Lohse im Juni 1964 einem Verleger stolz berichten, dass diese Praxis zwar bestanden habe, aber »in eine Zeit« fiel, »in der es bei einigen ehemaligen Mitarbeitern der Deutschen Bücherei Unklarheiten gab. Wir haben heute jedenfalls in der Deutschen Bücherei

70 Ein *FAZ*-Leser an Helmut Röttsch, 16.2.1963, ADNBL, 154/4, Bl. 161.

71 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 30.3.1962, ebd., Bl. 160.

72 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am 3.4.1963, HHStAW, 504, 6903a, Bl. 115.

73 Ist die Leipziger Bibliographie objektiv oder »parteilich«?, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Frankfurter Ausgabe, Nr. 30 vom 11.4.1963, S. 581-587.

74 Protokoll der Leitungssitzung vom 16.7.1963, SächsStAL, 21532, IV/A/7/169/02, unfol.

75 Karl Saur, Unzulänglichkeiten und Mängel an den Veröffentlichungen der Deutschen Bibliothek, in: *Der Jungbuchhandel* 16 (1962), Nr. 2, S. 83-85.

alle Voraussetzungen für eine vollständige und exakte bibliographische Anzeige geschaffen, weil wir der Meinung sind, daß dies nicht ein Ausdruck der Politik sein darf.«⁷⁶ Damit hatte die *FAZ*-Debatte am Ende eher der Deutschen Bücherei als der Deutschen Bibliothek gedient.

Die Deutsche Bücherei zeichnete verbal von sich ein Bild, das den Realitäten freilich nur bedingt entsprach. Dies jedoch ermöglichte den Verlegern zumindest einen begrenzten Einfluss auf den bibliothekarischen Alltag, auch wenn sich etwa an den restriktiven Benutzungsvorschriften grundsätzlich nichts änderte. Der Mauerbau hatte diese Entwicklung paradoxerweise befördert, denn die Zugeständnisse, die die Deutsche Bücherei machte, waren für die Verleger nun nur noch bedingt nachprüfbar. Spontane Besuche in Leipzig waren nicht mehr möglich. Sie konnten allenfalls noch im Rahmen der Leipziger Buchmesse oder nach langen Vorbereitungen stattfinden, was sie für die Bibliothekare berechenbarer machte. Selbst der Direktor der Deutschen Bibliothek, Kurt Köster, musste später einräumen, keine generellen Aussagen über die Benutzungsmodalitäten in Leipzig mehr treffen zu können.⁷⁷ Zudem verschaffte die Abschottung der DDR von der Bundesrepublik der Deutschen Bücherei in den Augen westdeutscher Verleger eine neue Legitimationsgrundlage, da sie nun als eine der »letzten Verbindungen« erschien. Die sachliche Art und Weise, mit der die Leipziger Bibliothekare den westdeutschen Verlegern begegneten, sprach sich in der Szene schnell herum.⁷⁸ Positiv wurden zudem die sich »normalisierenden«, faktisch jedoch eher symbolischen Beziehungen zwischen der Leipziger und Frankfurter Bibliothek aufgenommen. Freilich waren auch dabei ost- und westdeutsche Eigeninteressen eng miteinander verflochten. So befürwortete etwa die Hauptabteilung Verlage des ostdeutschen Kulturministeriums die Förderung der Frankfurter Bibliothek durch kostenlose Abgaben aus ostdeutscher Verlagsproduktion, da dies, so der Hauptreferent Wolfgang Schumann, der »einzige legale Weg« sei, auf dem die Mehrzahl der DDR-Publikationen in die Bundesrepublik gelangen würde.⁷⁹ Vor diesem Hintergrund warb die Hauptverwaltung zunehmend auch bei anderen Behörden dafür, dass diese ihre amtlichen Drucke nach Frankfurt schickten.⁸⁰ Die Leipziger Bibliothekare zogen ihren Nutzen daraus und gerierten sich im Schriftverkehr mit west-

76 Deutsche Bücherei, Helmut Lohse, an den A.w. Zickfeldt Verlag, 16.6.1964, ADNBL, 507/1, Bl. 125.

77 Deutsche Bibliothek an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, 26.3.1973, BACh, B 137/16889, Bd. 4, unfol.

78 Hansisches Verlagskontor H. Scheffler an die Deutsche Bücherei, Abt. Beschaffung, 25.3.1969, ADNBL, 507/1, Bl. 113.

79 Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, Abt. Literaturverbreitung und Literaturpropaganda, Wolfgang Schumann, an die Hauptverwaltungsleitung, Gen. Haid, 20.7.1965, BACh, DR 1/9741, unfol.

80 Ministerium für Kultur, Abt. Literaturverwaltung und -propaganda, an das Ministerium für Bauwesen, Büro des Ministers, 15.7.1966, ebd., unfol.

deutschen Verlegern als Förderer des »Benutzerkreises beider Bibliotheken«.⁸¹ Der Inhaber des Verlages Th. Martens & Co sah sich unter diesen Umständen dazu veranlasst, auf der Börsenvereinsitzung am 28. April 1966 offen für eine kostenlose Belieferung Leipzigs zu werben, nachdem er sich bei der Deutschen Bibliothek über die regelmäßigen Eingänge aus der DDR erkundigt hatte.⁸²

Es bedurfte letztlich nicht des Generationswechsels im Frankfurter Börsenverein, um die Beziehungen zwischen der Deutschen Bücherei und den westdeutschen Verlegern auf eine neue Grundlage zu stellen. Gleichwohl setzten jüngere Verleger wie Siegfried Unseld (Suhrkamp), die sich von dem durch »fortschreitende ›Vergreisung«⁸³ gekennzeichneten Börsenverein immer weniger vertreten sahen, seit Mitte der 1960er Jahre neue Signale der Entspannung in Richtung DDR. In ihrem Bemühen, den Börsenverein aus seinem unpolitischen Traditionalismus herauszuholen und diesen von einem ausschließlich brancheninternen Verständigungsorgan zu einer professionellen, auch nach außen wirkenden »Pressure Group« zu entwickeln, sprachen sie sich generell für eine Entspannung im Verhältnis zur DDR aus und nahmen damit vieles von dem vorweg, was dann im Rahmen der »Neuen Ostpolitik« der sozialliberalen Koalition auf die politische Agenda gesetzt wurde.⁸⁴ Nicht zu Unrecht wies Helmut Lohse bereits im Mai 1966 in einem Reisebericht darauf hin, dass man unter diesen jungen Verlegern »manchen Verbündeten« finden werde.⁸⁵

Während im Börsenverein das Ethos des unpolitischen Verbandes antikomunistische Ressentiments aufwog und der Mauerbau für eine Aufwertung der Deutschen Bücherei sorgte, noch bevor der Generationswechsel um die Mitte der 1960er Jahre einen politischen Richtungswechsel einläutete, gestaltete sich die Verschiebung der Diskursgrenzen innerhalb der Bundesbehörden, die über die Abgabe amtlicher Druckschriften nach Leipzig zu befinden hatten, anders. Dort hatte man in erster Linie die außenpolitischen bzw. innerdeutschen Interessen der Bundesregierung im Blick. Im BMI wäre man so von der Empfehlung der späten 1950er Jahre, welche die Belieferung der Deutschen Bücherei mit amt-

81 Deutsche Bücherei, Helmut Lohse, an den Wolfgang Marken Verlag, 12.5.1964, ADNBL, 507/1, Bl. 22.

82 Verlag Th. Martens & Co. GmbH an die Deutsche Bücherei, Helmut Lohse, 21.4.1966, ebd., Bl. 30.

83 Ulrike Seyer, Die Frankfurter Buchmesse in den Jahren 1967-1969, in: Stephan Füssel (Hrsg.), Die Politisierung des Buchmarktes. 1968 als Branchenereignis, Wiesbaden 2007, S. 159-241, hier S. 167-170.

84 Dieser Generationenkonflikt kulminierte auf den Frankfurter Buchmessen der Jahre 1967 und 1968 und erstmals in der Geschichte des Börsenvereins wurden brancheninterne Spannungen auch in die stark politisierte Öffentlichkeit der späten 1960er Jahre getragen, ebd., S. 191-209.

85 Reisebericht 13.-26. April 1966 Leipzig – Bayreuth – Nürnberg – Fürth – München – Ulm – Stuttgart – Tübingen, 5.5.1966, ADNBL, 507/5, Bl. 149.

lichen Druckschriften nur in bestimmten Fällen zuließ, nicht abgerückt, hätte nicht eine behördeninterne Indiskretion vom Frühjahr 1962 die Medien auf den Plan gerufen. Den Juristen und Wissenschaftsreferenten im BMI, Konrad Petersen, erreichte im März 1962 eine Anfrage des *Zeitungs-Verlages und Zeitschriften-Verlags*, dem Organ des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, wie man sich zur kostenlosen Belieferung der Deutschen Bücherei nach dem Mauerbau verhalten solle. Hintergrund waren die unmittelbar nach dem Mauerbau vorgenommenen massenhaften Streichungen von Zeitungen und Zeitschriften aus der Postzeitungsliste der DDR.⁸⁶ Petersen hatte daraufhin eine deutliche Stellungnahme verfasst, deren Veröffentlichung er ausdrücklich zustimmte. Dort hieß es:

»Das deutsche Schrifttum in der Bundesrepublik wird durch die Deutsche Bibliothek in Frankfurt gesammelt. Gemessen an den politischen Verhältnissen im sowjetisch besetzten Gebiet, verdient die Deutsche Bücherei keine Unterstützung aus der Bundesrepublik. Da es eine unabhängige Forschung und Wissenschaft im sowjetisch besetzten Gebiet nicht gibt, wird man annehmen müssen, daß die Deutsche Bücherei in Leipzig auch zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Es mag Einzelfälle geben, in denen es ratsam erscheint, eine Veröffentlichung an die Deutsche Bücherei in Leipzig zu schicken. In der Regel jedoch sollte man davon absehen.«⁸⁷

Die Stellungnahme wurde wenige Tage später veröffentlicht.⁸⁸ Was Petersen nicht beachtet hatte (und offenbar nicht wusste): auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Auswärtige Amt waren von den Interessenverbänden um Stellungnahmen gebeten worden und dort sah man die Dinge etwas anders. Beide Behörden hatten sich bereits zuvor intern darüber verständigt, die Belieferung Leipzigs gerade vor dem Hintergrund massiver Streichungen von Publikationen christlicher Verlage aus der Postzeitungsliste der DDR aufrechtzuerhalten. Das Auswärtige Amt hatte zu bedenken gegeben, dass »ein Ausfall der Belieferung, bzw. eine Verweigerung weiterer Lizenzen [...] die von der Zonenregierung angestrebte Isolierung vom Westen erheblich verstärken« würde.⁸⁹ Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das sich dem Propagandakrieg gegen die DDR verschrieben hatte, bzw. dessen Fachreferat I 6 (Kultur und volkspolitische Fragen), das sich speziell der Förderung des kirch-

86 Elwin Staude Verlag GmbH an den Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V., Fachgruppe Fachzeitschriften, 22.12.1961, BAArch, B 137/16889, unfol.

87 Bundesministerium des Innern, Abt. III/1, Konrad Petersen, an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 6.4.1962, ebd., unfol.

88 Bonn gegen die Lieferung von Zeitungen und Zeitschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig, in: *Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag*, Nr. 10 vom 1.4.1962, S. 387.

89 Auswärtiges Amt an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 4.1.1962, BAArch, B 137/16889, unfol.

lichen Lebens in der DDR gewidmet hatte,⁹⁰ bot sogar an, den Direktversand christlicher Literatur in die DDR durch die Aufwendung finanzieller Mittel zu fördern.⁹¹ Die »Einschleusung von Schrifttum in die Sowjetzone« galt dort als »Element gesamtdeutscher Politik«.⁹² Petersens Vorstoß kam dem Referatsleiter I 6, Friedrich von Zahn, deshalb alles andere als gelegen. Um Ausgleich bemüht, reagierte von Zahn mit einem Vorschlag für eine gemeinsame Stellungnahme mit dem BMI, die in ihrem Grundton sachlicher, aber nicht grundsätzlich abweichend von Petersens Text war. Bei Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) stieß dieser Vorschlag ebenso wie der Vorstoß seines Wissenschaftsreferenten aber auf vehemente Ablehnung. Höcherl befürchtete, »dass eine Veröffentlichung den Eindruck erweckt, als/ob [sic!] die BR [Bundesrepublik Deutschland, d.V.] bestehende gesamtdeutsche Verbindungen abzuberechnen empfehle. Auf alle Fälle wird die sowjetzonale Presse dies so auslegen, um damit die Stimmung der Bevölkerung negativ gegen die BR zu beeinflussen.«⁹³ Zwar warnten alle beteiligten Stellen intern vor einer möglichen Instrumentalisierung der Deutschen Bücherei für politische Auswertungszwecke, nach außen hin aber wollten vor allem das Auswärtige Amt und das BMI nicht als Blockierer gesamtdeutscher Kontakte dastehen.

Am 13. Dezember 1962 versammelte Hans Karl Geeb, Ministerialrat in der Kulturabteilung des BMI, alle direkt und indirekt in den Konflikt involvierten Akteure, einschließlich des Börsenvereins, um über die Angelegenheit zu beraten. Dass man noch einige Monate seit der Veröffentlichung verstreichen ließ, war dem Umstand geschuldet, dass man zunächst abwarten wollte, wie sich der Druckschriftenaustausch mit der DDR entwickelte. Im Dezember stand für das BMI schließlich fest, dass alle Befürchtungen falsch gewesen seien.⁹⁴ Dort wollte man zu einer gemeinsamen verbindlichen Empfehlung kommen, um eine »unglaublich peinlich[e]« Situation wie im April 1962 zu vermeiden.⁹⁵ Geeb legte auch gleich

90 Kreuzberger, Kampf für die Einheit, S. 121 f.

91 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Abt. I 6, Vermerk, 16.1.1962, B 137/16889, unfol.

92 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, I 6, Abgabe von Druckschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig und an andere Bibliotheken in der Sowjetzone, 11.9.1962, ebd., unfol.

93 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, I 6, von Zahn an den Bundesminister des Innern, 18.4.1962, mit handschriftlichen Notizen Hermann Höcherls, ebd., unfol.

94 Ergebnisniederschrift über die Besprechung betreffend Abgabe von Druckschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig am 13. Dezember 1962 im Bundesministerium des Innern, o.D., Abschrift, ISG, W2-7, 1201, unfol.

95 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, I 6, Abgabe nicht-amtlicher Drucksachen an öffentliche Bibliotheken in der Sowjetzone, 16.10.1962, BArch, B 137/16889, unfol.

einen Vorschlag vor. Dieser sah, im Vergleich zu den früheren Stellungnahmen, die die Abgabe von amtlichen Druckschriften nur in Einzelfällen (aber nicht an Bibliotheken) gestattet hatten, vor, die Abgabe nur noch dann einzuschränken, wenn die Druckschriften kein besonderes Titelblatt trugen, die »Interessen der Bundesrepublik und ihrer Bürger« oder »sonstige schutzwürdige Interessen« gefährdeten.⁹⁶ Gleichwohl hatte der Vorstand des Börsenvereins, dessen Meinung Geeb nicht unberücksichtigt lassen wollte, signalisiert, dass er an einer öffentlichen Stellungnahme Bonns nicht interessiert war.⁹⁷ So einigten sich das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das BMI im August 1964 auf eine gemeinsame, ausschließlich interne Richtlinie, die weitgehend dem Vorschlag Geeb entsprach.⁹⁸ Gleichwohl bekräftigte Friedrich von Zahn seine deutschlandpolitischen Absichten, indem er sämtlichen Bundesbehörden gegenüber noch einmal deutlich machte, dass Druckschriften, wenn sie keine Interessen gefährdeten, vor allem dann in die DDR geschickt werden sollten, wenn sie etwa der »Aufrechterhaltung ›technischer Kontakte‹, Einschleusung von Gedankengut der Freien Welt u.a.« dienen konnten.⁹⁹ Damit entfernte sich von Zahn freilich nicht von der gemeinsamen Linie mit dem BMI, wies aber die Behörden zusätzlich an, eine aktive Deutschlandpolitik im Sinne seines Ministeriums zu fördern. Damit übernahm das gesamtdeutsche Ministerium – freilich aus anderen Beweggründen – eine ähnliche antreibende Rolle wie das Kulturministerium auf ostdeutscher Seite.

Als die Große Koalition die Regierungsverantwortung in Bonn 1966 übernahm und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) zusammen mit der SPD neue Impulse zur Entspannung des deutsch-deutschen Verhältnisses im europäischen Kontext setzte,¹⁰⁰ wurde die gemeinsame Stellungnahme des BMI und des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen schon bald zum internen Diskussionsgegenstand. Vor allem der neue gesamtdeutsche Bundesminister, Herbert Wehner (SPD), machte sich für eine wesentliche Auflockerung der gemeinsamen Stellungnahme stark. Wehner verstand sich selbst als »Antreiber von deutsch-deutschen Gesprächen und Verhandlungen« und verschaffte seinem Bedürfnis nach einem »gesteigerte[n] Mitspracherecht« auch durch Ausnutzung der medialen Öffentlichkeit Geltung.¹⁰¹ So machte er in einer veröffentlichten

96 Stellungnahme des BMI zur Abgabe von Druckschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig und andere Stellen in der SBZ, o.D., ISG, W2-7,1201, unfol.

97 Aktenvermerk über eine gemeinsame Besprechung im Bundesministerium des Innern, Bonn, gemäß Einladung vom 30. November 1962, am 13. Dezember 1962, ISG, W2-9, 202, Teil 2, unfol.

98 Abgabe von Druckschriften an die Deutsche Bücherei in Leipzig und an andere öffentliche Bibliotheken in der SBZ, BArch, B 137/16889, unfol.

99 Friedrich von Zahn an sämtliche Bundesbehörden, 15.8.1964, ebd., unfol.

100 Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 82-91.

101 Creuzberger, Kampf um die Einheit, S. 406.

Stellungnahme gegenüber dem Deutschen Städtetag Ende 1966 deutlich, dass bei der Abgabe von amtlichem Schrifttum zwar nach wie vor abzuwägen sei, es aber im Interesse der »geistige[n] und kulturelle[n] Einheit« liege, wenn die »Deutschen in der Zone [...] als Orientierungsquelle möglichst viel westdeutsche Literatur übermittelt« bekämen, »und zwar selbst dann, wenn damit zu rechnen ist, daß es nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis zugänglich sein wird.«¹⁰² Unterstützung erhielt Wehner vom Auswärtigen Amt, das sich nun unter Willy Brandt (SPD) »im Interesse möglichst zahlreicher Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands« dafür aussprach, die »bisher geübte Zurückhaltung in Fragen des Schriftenaustausches« nicht mehr aufrechtzuerhalten.¹⁰³ Schließlich nutzte Wehner auch die Vorbereitungsphase für ein Pflichtemplargesetz des Bundes, das 1969 in Kraft trat, um zunächst einen Entwurf für die Abgabe amtlicher Druckschriften an westdeutsche Bibliotheken zu unterbreiten, der freilich auch die Frage des Umgangs mit der Deutschen Bücherei wieder auf die Agenda brachte. Neu an dem Entwurf war, dass er nicht mehr den Ausdruck »amtliche Druckschriften« enthielt, sondern stattdessen global von »einmalig oder laufend erscheinenden Druckwerken« sprach. Ausdrücklich ausgenommen von der Abgabe waren demzufolge nur noch Verschlussachen, Sonderabdrucke aus amtlichen Veröffentlichungen ohne besonderes Titelblatt, Auslege- und Patentschriften sowie Formblätter und Vordrucke.¹⁰⁴ Obgleich der Entwurf beim Bundesfinanz- und Verteidigungsministerium jeweils auf Ablehnung stieß, wurde der Terminus »Druckwerke« schließlich in das am 31. März 1969 in Kraft getretene Gesetz über die Deutsche Bibliothek, das diese zu einer Bundesinstitution umformte, aufgenommen. Noch bevor das Gesetz offiziell in Kraft trat, meldete sich das zwischenzeitlich umbenannte Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erneut beim BMI mit der Frage, wie man künftig mit der Deutschen Bücherei verfahren wolle. Das innerdeutsche Ministerium sprach sich für eine »möglichst großzügig[e]« Belieferung der Leipziger Bibliothek im »Interesse der gesamtdeutschen Politik und der geistig-kulturellen Verklammerung im geteilten Deutschland« aus. Es ging den Verantwortlichen dabei jedoch weniger um Liberalisierungseffekte in der DDR, wie man sich dies vor 1966 noch eher erhofft hatte, sondern vielmehr um ein kulturpolitisches Signal an Ost-Berlin. So müsse man »in Kauf nehmen [...], daß ein Teil dieser Literatur sekretiert und nicht entleihbar ist.«¹⁰⁵ Die Reaktion des CDU-geführten BMI fiel

102 Abgabe von Druckschriften in die SBZ, in: Mitteilungen (Deutscher Städtetag), Folge 1, Nr. 1-43 vom 16.1.1967, S. 1 f., hier S. 2.

103 Auswärtiges Amt, II A, an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Regierungsdirektor Dr. Stern, 24.1.1968, BAArch, B 137/16889, unfol.

104 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Entwurf, o.D., ebd., unfol.

105 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen an das Bundesministerium des Innern, 6.3.1969, ebd., unfol.

jedoch ernüchternd aus. Dort herrschte zwar prinzipielle Übereinstimmung mit der Haltung des innerdeutschen Ministeriums, jedoch sollte nach Ansicht des BMI aus Gründen der Sicherheit jedes Ressort für sich entscheiden dürfen.¹⁰⁶ Dies änderte sich auch nicht, nachdem die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP die große Koalition 1969 abgelöst hatte und die »Neue Ostpolitik« aktiv vorantrieb. Ende Oktober 1969 sah man innerhalb des innerdeutschen Ministeriums besonders das BMI noch als Blockierer für eine »Modernisierung im Sinne der neuen deutschlandpolitischen Auffassungen«¹⁰⁷ an, was zeigt, dass mit der »Neuen Ostpolitik« durchaus unterschiedliche Akzentsetzungen innerhalb der Bundesregierung verbunden waren. Gleichwohl setzte der neue Bundesminister für innerdeutsche Beziehung, Egon Franke (SPD), den einst von Wehner eingeschlagenen Kurs fort. Für das ihm unterstellte Gesamtdeutsche Institut, das durch Dokumentation und politische Bildungsarbeit die Idee der Entspannung des deutsch-deutschen Verhältnisses öffentlich vermitteln sollte, wurde die gemeinsame Stellungnahme vom 15. August 1964 offiziell aufgehoben, verbunden mit dem Ziel, »das Wissen über die Bundesrepublik zu vertiefen, bestehende Kontakte zu erweitern und den Abschluß sowie die Einhaltung von Verträgen zwischen beiden deutschen Staaten indirekt zu erleichtern«.¹⁰⁸ Die Bemühungen des Ministeriums hatten in Teilen Erfolg. Noch vor Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten entschlossen sich das innerdeutsche Ministerium und das BMI zu einer neuen gemeinsamen Stellungnahme, wonach die Abgabe amtlicher Druckschriften unter Vorbehalt der Bundes- und Individualinteressen zwar weiterhin in das Ermessen der einzelnen Behörden gestellt wurde, die Grundsätze »[e]ntsprechend den Entspannungsbemühungen der Bundesregierung« nun aber »flexibel« anzuwenden waren.¹⁰⁹

Der Grundstein für die Neubewertung, die die Deutsche Bücherei sowohl im Börsenverein als auch in der Bundesregierung seit Mitte der 1960er Jahre erfuhr, wurde nicht erst durch die Träger der Entspannungs-Idee, sondern bereits kurze Zeit nach dem Mauerbau gelegt. In den Debatten über die Folgen des 13. August 1961 wurden selbst überzeugte Antikommunisten in der Bundesrepublik zu einem Umdenken im Umgang mit der Deutschen Bücherei bewegt. Das Argument der

106 Bundesministerium des Innern, an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 11.6.1969, ebd., unfol.

107 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, II 6, Murawski, an den Herrn Staatssekretär über Abteilungsleiter II, 30.10.1969, ebd., unfol.

108 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen an das Gesamtdeutsche Institut sowie an den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, die Ressorts der Bundesregierung, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes, das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Regierungen der Länder, 20.5.1970, Vorentwurf, ebd., unfol.

109 Gemeinsame Stellungnahme des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und des Bundesministeriums des Innern vom 11. Juli 1972, ebd., unfol.

Gefahr des Missbrauchs westdeutschen Schrifttums verlor seine dominante Stellung, stattdessen wurde die Bibliothek nun zunehmend als Vermittler zwischen Ost und West wahrgenommen. Die Bundesregierung betonte die Aufrechterhaltung gesamtdeutscher Kontakte als vorrangiges politisches Ziel, der Börsenverein verteidigte dagegen sein unpolitisches Selbstbild und vermied damit jegliche interne Diskussion. Es war auch jenes unpolitische Image, das sich die Leipziger Bibliothekare in der Repräsentation nach außen zu eigen machten. Sie konnten damit vom Mauerbau und dessen Perzeption im Westen profitieren. Eine eindeutige Richtungsentscheidung war im Westen damit nicht mehr notwendig.

b.) Fortschrittskrise und Konkurrenzdenken:
Das Gesetz über die Deutsche Bibliothek

Die 1960er Jahre markieren auch im Verhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek eine Phase strategischen Umdenkens. Erste Impulse hatte es jedoch schon vor dem Mauerbau gegeben. Bald nachdem der Neubau der Deutschen Bibliothek in der Zeppelinallee im Frühjahr 1959 eingeweiht worden war, hatte Hanns Wilhelm Eppelsheimer im Alter von fast 69 Jahren den Stab an seinen etwa 20 Jahre jüngeren Stellvertreter Kurt Köster (1912-1986) übergeben. Der in Wiesbaden geborene und habilitierte Geisteswissenschaftler war nach Tätigkeiten als Volksschullehrer und im wissenschaftlichen Verlagswesen 1950 an die Deutsche Bibliothek gekommen, hatte dort zwei Jahre später seine Fachprüfung abgelegt und war bereits 1954 auf den Posten des stellvertretenden Direktors gelangt.¹¹⁰ Im Unterschied zu Eppelsheimer war Kösters Verhältnis zur Deutschen Bücherei nicht von einem tief sitzenden persönlichen Konflikt mit Uhlendahl geprägt. Zudem hatte Köster angesichts der Misserfolge Eppelsheimers, die Deutsche Bibliothek zu einer Bundesinstitution umzuwandeln, kaum Illusionen darüber, dass sich am Ist-Zustand kurzfristig etwas ändern würde. Eine partielle Zusammenarbeit mit Leipzig auf informeller Ebene lag somit durchaus im Interesse des Bibliotheksdirektors, für den Leipzig, zumal wegen des zunehmenden Erfolgs der Deutschen Bücherei bei westdeutschen Verlegern, eine viel härtere Konkurrenz darstellte als andersherum. So tauschten Leipzig und Frankfurt zunächst ihre Bibliographien aus, ohne dass der Mauerbau dem auch nur kurzzeitig Abbruch tun konnte.¹¹¹ Erste Begegnungen zwischen Röttsch und Köster auf Buchmessen in Frankfurt und Sofia stimmten beide Seiten zumindest verhalten optimistisch. Sie hätten, so Köster während einer Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek im Februar 1964,

110 Art. Köster, Kurt, in: Habermann/Kittel, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare, S. 93f.

111 Helmut Röttsch an Horst Kunze, 31.1.1962, SBB, G II A/30, Bd. 2, unfol.

»deutlich den Wunsch von seiner Seite erkennen [lassen], die bestehenden technischen Kontakte zu intensivieren«. ¹¹² Seit 1965 traf man sich regelmäßig am Rande der Frankfurter Buchmesse zu informellen Gesprächen. Schon bei der ersten Zusammenkunft einigte man sich auf grundsätzliche Unterstützungstätigkeiten, die sich nicht nur auf die gegenseitige Fürsprache bei west- und ostdeutschen Verlegern beschränkten, sondern auch den Austausch von Kleinschriften, Dubletten und Exilliteratur einbezogen. ¹¹³ Die Kooperation trug schnell Früchte. Bereits Anfang Dezember 1965 waren auf diesem Weg über 1.600 Schriften nach Leipzig gelangt ¹¹⁴ und bald nahmen die Exilliteratur-Archive beider Bibliotheken intensive Kontakte auf. Vorausgegangen waren dem auf Leipziger Seite mehrere erfolglose Versuche, Devisen für die antiquarische Beschaffung von Emigrantenschriften zu erhalten. Auch das schlagkräftige Argument, dass die DDR als einziger Staat einen »Rechtsanspruch für die Sammlung und Pflege antifaschistischer Widerstandsliteratur« habe, hatte dabei wenig genützt. ¹¹⁵ Parallel hatte sich der Frankfurter Abteilungsleiter, Werner Berthold, während der Vorbereitungen zur ersten Exilliteratur-Ausstellung 1965 mit kleineren biographischen Anfragen an seinen Kollegen in Leipzig, Horst Halfmann, gewandt. Daraus erwuchs ein intensiver Informationsaustausch auf persönlicher Ebene, der sich 1967 auf den gegenseitigen Austausch von Reproduktionen von Emigrantenschriften erweiterte. ¹¹⁶

Impulse zur Zusammenarbeit beider Bibliotheken kamen auch von außen. Im Oktober 1961 waren auf der Internationalen Katalogisierungskonferenz in Paris Empfehlungen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung von Katalogregeln beschlossen worden. Vor allem die großen wissenschaftlichen Bibliotheken des deutschsprachigen Raumes waren aufgerufen, an neuen Regeln zu arbeiten, die die Preußischen Instruktionen ersetzen und zugleich den Prozess der Automatisierung unterstützen sollten. In der Bundesrepublik, der DDR, Österreich und der Schweiz wurden dadurch zunächst jeweils verbandsinterne Debatten ausgelöst. Seit 1965 fanden auf Initiative des Direktors der Bochumer Universitätsbibliothek, Günther Pflug, erste deutsch-deutsche Treffen statt, an denen auch Vertreter der Deutschen Bibliothek und der Deutschen Bücherei teilnahmen. Diese Treffen wurden bald um Vertreter aus Österreich, der Schweiz und Luxemburg erweitert. Besonders in der deutsch-deutschen Zusammenarbeit

112 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 5.2.1964, HHStAW, 504, 6904 a, Bl. 300.

113 Helmut Röttsch, Bericht über den Besuch der Deutschen Bibliothek in Frankfurt (Main), 3.12.1965, ADNBL, 811/10, unfol.

114 Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, an Helmut Röttsch, 3.12.1965, ebd., unfol.

115 Antrag auf Zuweisung zweckgebundener Devisenmittel für die Beschaffung der in der Deutschen Bücherei fehlenden Emigrantenschriften der Jahre 1933-1945, 27.11.1965, BArch, DR 3, 1. Schicht, 5471, unfol.

116 Vgl. die Korrespondenzen zwischen Horst Halfmann und Werner Berthold in ADNBL, 546/5.

entwickelte sich eine fachliche Kooperation auf Augenhöhe, die über politische Befindlichkeiten gestellt wurde. So erklärten sich selbst die westdeutschen Kollegen dazu bereit, die Bezeichnung »Deutsche Demokratische Republik« als offizielle Länderbezeichnung in das Regelwerk aufzunehmen, obgleich sie »Kritik ihrer eigenen offiziellen Stellen« befürchteten.¹¹⁷ Die Diskussionen endeten Mitte der 1970er Jahre nicht nur mit der Veröffentlichung der »Regeln für die alphabetische Katalogisierung« (RAK), an denen die Vertreter der DDR offenbar den größten Anteil hatten,¹¹⁸ die Treffen boten überdies die Möglichkeit, sich über verbandsinterne Debatten und Entwicklungen auf der Gegenseite zu informieren und auszutauschen.

Dennoch dürfen die Auswirkungen dieser informellen und formellen Kontakte nicht überbewertet werden. Sie waren überwiegend strategische Kooperationen, fußten jeweils primär auf Eigeninteressen und blieben von tiefem Misstrauen sowie Konkurrenzdenken überlagert. Helmut Röttsch etwa erhoffte sich, dass sich Köster mit der Intensivierung der Beziehungen auf einen Schriftentausch einlassen würde, der vor allem nicht eingehende Verlagswerke umfasste.¹¹⁹ Köster allerdings zweifelte an der Sinnhaftigkeit solcher Tauschbeziehungen, wie er Röttsch gegenüber offen zugab. Zum einen betrachteten viele Verleger dies als Eingriff in ihre Entscheidungsfreiheit, zum anderen knüpfte Köster solche Abkommen an eine »Anerkennung und Beachtung der gleichen Spielregeln bei beiden Seiten«. So forderte er Röttsch auf, dass zunächst jegliche Polemisierung gegen die Deutsche Bibliothek vonseiten der DDR unterbleiben müsse, bevor es zu einem Ausbau der Beziehungen käme.¹²⁰ Dies hätte für Röttsch aber bedeutet, auf seine wichtigste politische Ressource in der Kommunikation mit ostdeutschen Behörden verzichten zu müssen. So ließ sich Röttsch etwa nicht davon abhalten, am Rande der Frankfurter Buchmesse 1964 einen Vortrag über die Deutsche Bücherei beim »Club ausländischer und deutscher Studenten« in Frankfurt am Main, einem am Austausch zwischen Ost und West interessierten Kreis, zu halten. Als besonderen Erfolg des Vortrags wertete Röttsch, »daß z.B. der Direktor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main keineswegs erbaut war, daß die DB in dieser Weise in Westdeutschland aufgetreten ist«. ¹²¹ So hielt Röttsch an den Beziehungen zu den Studenten fest, in der

117 Deutsche Bücherei, Heinz Höhne, Bericht über die Dienstreise zur Teilnahme an einer Sitzung der Kommission für alphabetische Katalogisierung des Vereins Deutscher Bibliothekare am 21./22.10.1965 in Bonn, ADNBL, 543/1, unfol.

118 Deutsche Staatsbibliothek, Peter Kittel, Bericht über eine Dienstreise nach Wien vom 14.-20. Oktober 1968, 6.11.1968, ADNBL, 811/1, Bl. 43.

119 Deutsche Bücherei, Rechenschaftslegung über das Jahr 1965 anlässlich einer Belegschaftsversammlung am 4.3.1966, ADNBL, 152/2/6, unfol.

120 Kurt Köster an Helmut Röttsch, 8.9.1964, ADNBF, Generaldirektion, VIII, unfol.

121 Deutsche Bücherei, Rechenschaftsbericht über das Jahr 1964, o.D., ADNBL, 152/2/6, unfol.

Hoffnung, diese als Verbündete im Kampf um die Belegexemplare gewinnen zu können, wenn diese erst einmal selbst Verleger geworden waren.¹²² Öffentliche Polemiken in Richtung Frankfurt nahmen in den 1960er Jahren zwar deutlich ab, verschwanden aber nicht völlig. Gleichwohl hielt Köster, allen Enttäuschungen zum Trotz, im Einvernehmen mit den Trägern der Deutschen Bibliothek, an den Verbindungen nach Leipzig fest, um die Kooperation bei Bedarf in die politische Waagschale werfen zu können.¹²³

Schließlich setzte sich die Konkurrenz beider Bibliotheken auch auf transnationaler Ebene fort. 1960 wurde die Deutsche Bücherei, neben der Deutschen Staatsbibliothek, als assoziiertes Mitglied in die International Federation of Library Associations (IFLA) aufgenommen¹²⁴ und damit Teil einer seit 1947 von der UNESCO geförderten Nichtregierungsorganisation, deren Mitglieder sich als frei von Blockgrenzen handelnde Akteure verstanden, aber vornehmlich westlich orientiert waren.¹²⁵ Ihren exzeptionellen Mitgliederstatus behielten beide ostdeutsche Bibliotheken auch nachdem der 1964 gegründete Bibliotheksverband der DDR in die IFLA aufgenommen worden war. Die Verwaltungen in Ost-Berlin hatten sich von der Vertretung in der IFLA in erster Linie einen positiven Effekt auf die internationale Anerkennung der DDR bzw. die Aufnahme in die UN erhofft. Hinzu kam das vehemente Interesse daran, dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, gewissermaßen auf politisch nicht kontaminiertem Boden, entgegenzutreten. Die hohen Erwartungen wurden jedoch nur zum Teil erfüllt. Nach dem 29. IFLA-Kongress in Sofia 1963 habe zwar

122 Fritz Schaaf/Helmut Röttsch an die SED-Stadtleitung Leipzig, Einladung von 8 Studenten aus Frankfurt (Main) in die Deutsche Bücherei, 5.10.1965, ADNBL, 733/1/1, unfol.

123 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am 9.8.1967, HHStAW, 504, 6908 b, Bl. 226.

124 Bericht über die Konferenz der International Federation of Library Associations (IFLA), Fédération Internationale des Associations des Bibliothécaires (FIAB), Internationaler Verband der Bibliothekar-Vereine in Lund und Malmö (Schweden) vom 8.8.-11.8.1960, 15.9.1960, BArch, DR 1/20295, unfol.

125 Die Geschichte der IFLA ist bislang kaum erforscht. Die wenigen vorliegenden Publikationen befassen sich zumeist mit den auf den Konferenzen diskutierten Fachproblemen und/oder sind in einem starken teleologischen Duktus verfasst. Vgl. Rudolf Málek, On the Origin of the International Organisation of Librarians (IFLA). The Congress of Librarians in Prague 1926, in: *Libri 20* (1970), Heft 3, S. 222-224; Hanna de Vries, *The History of the International Federation of Library Associations. From its creation to the Second World War, 1927-1940*, unveröff. Master Thesis, Leiden 1976; Willem Roelf Henderikus Koops/Joachim Wieder, *IFLA's first fifty Years. Achievement and Challenge in international Librarianship*, München 1977.

kein Zweifel mehr an der »gleichberechtigten Mitarbeit der DDR« bestanden,¹²⁶ was angesichts des Selbstverständnisses der IFLA jedoch kaum verwundert. Gleichwohl blieb der von den Ost-Berliner Behörden erhoffte Einfluss der Bibliothekare auf die IFLA begrenzt. Das betraf insbesondere die Beteiligung am Leitungsgremium und die Wahl der Kongressorte.¹²⁷ Zudem wurden die Devisenmittel zur Beschickung der IFLA seit 1964 stark gedrosselt. Konnten im Jahr zuvor noch zehn Delegierte nach Sofia reisen, waren es seither nur noch drei bis sechs, während die Bundesrepublik eine 30-köpfige Delegation entsandte. Schließlich war auch der Hoffnung, die von der IFLA initiierten Long-Term-Programme zur Besetzung von Themen zu nutzen, kaum Erfolg beschieden. Vielmehr gerieten die Diskussionen zwischen wissenschaftlichen Bibliothekaren der DDR diesbezüglich bald ins Stocken, nachdem man festgestellt hatte, dass die überwiegend mit praktischen Problemen befassten Programme keinerlei Anknüpfungspunkte zur Artikulation theoretischer Positionen boten.¹²⁸ Überdies war die Unterstützung durch die sowjetischen Kollegen bei der Formulierung einer gemeinsamen »sozialistischen« Position marginal. Aber auch die ostdeutschen Behörden zeigten kaum Interesse am fachlichen Austausch, sie maßen den Erfolg der Bibliothekare einzig an Kriterien der Repräsentation der DDR und des Sozialismus.¹²⁹ Aus diesem Grunde aber wurde die Beteiligung an IFLA-Konferenzen aufrechterhalten, was am Ende zwar weniger der DDR, wohl aber der Deutschen Bücherei nützte, denn diese konnte durchaus Einfluss auf transnationale Fachdiskurse nehmen. So wurde der Leiter der Abteilung Bibliographie, Gerhard Pomaßl, 1965 zum Sekretär der IFLA-Kommission für Bibliographie gewählt. Des weiteren wurde der Leiter der Katalogabteilung, Heinz Höhne, 1967 Leiter der Katalogkommission der IFLA. Mit Pomaßl und Höhne konnte man zwei Experten in IFLA-Gremien entsenden, die sich gerade nicht durch politischen Dogmatismus auszeichneten, sondern Anerkennung innerhalb der transnationalen Fachcommunity genossen. Pomaßl war zwar SED-Mitglied, politisch aber passiv und dafür eher auf Repräsentation seiner fachlichen Reputation bedacht. Höhne gehörte keiner Partei an und galt als »gutbürgerliche Per-

126 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Internationale Organisationen, Stellvertretender Abteilungsleiter Neugebauer, an den Minister für Kultur, Klaus Gysi, 16.5.1963, BArch, DR 1/20295, unfol.

127 Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Mitarbeit in Internationalen Organisationen, Gebiet Literatur, Jahresanalyse 1966, 32. IFLA 1966 in Scheveningen, o.D., BArch, DR 1/23495, unfol.

128 Direktor Dr. Unger, Entwurf einer Stellungnahme zum IFLA Long Term Programme, 27.5.1963, ADNBL, 819/0, Bl. 156.

129 Konzeption der internationalen Arbeit des DBV für den Arbeitsabschnitt bis etwa 1970 (überarbeiteter Entwurf, September 1967), BArch, DR 1/20295, unfol.

son mit wenig politischem Interesse«. ¹³⁰ Insofern ging das zunehmend begrenzte Interesse der Behörden am transnationalen Austausch der Bibliothekare sowohl mit einer eingeschränkten Zurverfügungstellung von Ressourcen als auch mit der Ermöglichung von Handlungsspielräumen für die Bibliothekare einher. Die Präsenz der Deutschen Bücherei, so wenig Aufmerksamkeit die ostdeutschen Behörden ihr auch schenkten, beförderte gleichwohl die Aufnahme der Deutschen Bibliothek als assoziiertes Mitglied der IFLA. »Die Anwesenheit von Vertretern der Deutschen Bibliothek und der Staatsbibliothek der Stiftung Preussischer Kulturbesitz auf den jährlichen Sitzungen des IFLA-Councils« sei, so Kurt Köster Anfang Februar 1965 im Beirat der Deutsche Bibliothek,

»... schon darum erforderlich, weil die beiden entsprechenden Bibliotheken der SBZ, die Deutsche Bücherei Leipzig und die Deutsche Staatsbibliothek Ost-Berlin, der IFLA als assoziierte Einzel-Mitglieder angehören und beim Fehlen eines entsprechenden Gegengewichts aus der Bundesrepublik sich im internationalen Rahmen nur zu gern als die Vertreter des gesamtdeutschen Bibliothekswesens präsentieren«. ¹³¹

Vor diesem Hintergrund erteilte auch das Kuratorium die Erlaubnis, einen Antrag auf Aufnahme als assoziiertes Mitglied zu stellen. ¹³² Die »Auseinandersetzung mit dem Osten« zählte somit auch in Frankfurt weiterhin zu den Kernaufgaben. ¹³³ Aus der Praxis der gegenseitigen Beobachtung heraus sah man sich in der Deutschen Bibliothek noch immer weit im Rückstand. Als Anfang 1962 auch noch das hessische Kultusministerium signalisiert hatte, keine weiteren Bibliotheksamtmann- und Beamtenstellen zu schaffen, ferner die Einstufung des Direktorenpostens in eine bessere Gehaltskategorie nicht vorzunehmen, sah man im Beirat die »Arbeitsfähigkeit des Instituts ernstlich bedroht«. ¹³⁴ Auch der Börsenverein klagte zunehmend über die finanziellen Belastungen, die angesichts rasant steigender Produktionszahlen, Druck- und Gemeinkosten sowie rückläufiger Umsatzzahlen nur noch schwer zu stemmen waren. ¹³⁵ So wurde bald die Produktion der Titeldrucke eingestellt. Umgekehrt sah sich der Börsenverein,

130 BV Leipzig, Abt. XX/I, Einsatz in Westdeutschland 16.11.1967, BStU, MfS, BV Leipzig, AP 8605/92, Bl. 41.

131 Sitzung des Beirats der Deutschen Bibliothek am 2.2.1965, HHStAW, 504, 6905 a, unfol. Hervorhebung im Original.

132 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am 3.3.1965, HHStAW, 504, 6905 b, Bl. 135.

133 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 31.1.1962, HHStAW, 504, 6902 b, Bl. 149f.

134 Ebd., Bl. 149.

135 Börsenverein für den Deutschen Buchhandel e.V. an das Kuratorium der Deutschen Bibliothek, Vorsitzender Ministerialdirektor K.U.Hagelberg, BMI, Abt. III, 29.6.1962, ebd., Bl. 217.

wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, aus berufsethischen Gründen nicht in der Position, seine Mitglieder zur Unterstützung der Deutschen Bibliothek zu zwingen.

Wichtige Impulse für Auswege aus der Krise erhoffte man sich in Frankfurt daher vom westdeutschen Wissenschaftsrat. Dieses Expertengremium war am 5. September 1957 gegründet worden, als Politiker und Wissenschaftler schockiert über die Rückständigkeit der Bundesrepublik im Wettbewerb der westlichen Industrienationen diskutierten.¹³⁶ Diese Debatten wuchsen sich nach dem Mauerbau, der schließlich auch die Fachkräfteabwanderung in den Westen zum Erliegen gebracht hatte, zur Diskussion um die »deutsche Bildungskatastrophe« aus. Vor diesem Hintergrund arbeitete der Wissenschaftsrat seit seiner Gründung an verschiedenen Grundsatzpapieren zur staatlichen Förderung bzw. zum planvollen Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen. Eines dieser Gutachten veröffentlichte das Gremium im Januar 1964, das sich in einem von zwei Bänden allein den wissenschaftlichen Bibliotheken widmete. Die hierin vertretenen Ansichten ähnelten angesichts der blockübergreifenden Anschlussfähigkeit des Planungs- und Technikvokabulars in vielem den Wahrnehmungen in der DDR, weshalb sie auch vom Methodischen Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken in Ost-Berlin rezipiert wurden. So sprach auch der Wissenschaftsrat vom »Tempo der wissenschaftlichen Entwicklung«, an das sich wissenschaftliche Bibliotheken anzupassen hätten. Die Idee der Bibliotheksnetze, die Forderungen nach einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Dokumentations- und Bibliothekswesen, Rationalisierung und Technisierung sowie Hinweise auf Entwicklungen in den USA und Großbritannien finden sich in diesem Gutachten ebenso wie in den internen Dokumenten der Arbeitsgruppe »Einheitliches Bibliothekswesen« und des Methodischen Zentrums in Ost-Berlin.¹³⁷ Der Wissenschaftsrat in der Bundesrepublik erfüllte auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Bibliothekswesens damit eine ähnliche Funktion wie die beiden ostdeutschen Institutionen, nur die jeweiligen Begründungszusammenhänge unterschieden sich. Ähnlich waren sie sich auch darin, dass ihre Empfehlungen keinen verbindlichen Charakter besaßen. Der markante Unterschied war indes, dass die wissenschaftlichen Bibliotheken in der DDR von den Generaldebatten über die Reform des

136 Stefanie Lechner, Gesellschaftsbilder in der deutschen Hochschulpolitik. Das Beispiel des Wissenschaftsrates in den 1960er Jahren, in: Andreas Franzmann/Barbara Wolbring (Hrsg.), Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945, Berlin 2007, S. 103-120, hier S. 106f.; Wilfried Rudloff, Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, München/Paderborn/Wien 2003, S. 259-282.

137 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil II: Wissenschaftliche Bibliotheken, Tübingen 1964, S. 17-25.

Bildungswesens weitgehend abgekapselt blieben, während der Wissenschaftsrat diese in jene westdeutschen Diskurse integrierte. Ein weiterer Unterschied war, dass die Debatten in der DDR nicht öffentlich geführt wurden, während sich in der Bundesrepublik parallel auch die Medien in die Debatte einschalteten und Druck aufbauten. Dabei mehrten sich auch die Stimmen, die das Gutachten des Wissenschaftsrats als zu wenig radikal empfanden. Vielmehr müsse, so der einhellige Tenor, die Zersplitterung des Bibliothekswesens in öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken überwunden werden, um eine »moderne Bibliothek« nach britischem und amerikanischem Vorbild zu entwickeln.¹³⁸

Das für inhaltliche und finanzielle Rahmensetzungen verantwortliche Kuratorium der Deutschen Bibliothek, dem der Leiter der Kulturabteilung des BMI Karl-Ulrich Hagelberg vorsah, sah das Gutachten und die breite Debatte über das wissenschaftliche Bibliothekswesen, in denen sogar die Deutsche Bibliothek als künftige »moderne Präsenzbibliothek« in den Blick geriet, als Chance. Im Gutachten des Wissenschaftsrates, das für die Deutsche Bibliothek eine deutliche Erhöhung der Planstellen und des Erwerbungssetats sowie eine starke räumliche Erweiterung empfohlen hatte, erblickte man geradezu eine Möglichkeit zur »Generalbereinigung der Schwierigkeiten der Deutschen Bibliothek«. ¹³⁹ Der einflussreiche Referatsleiter in der Kulturabteilung, Carl Gussone, hatte das Kuratorium bereits zuvor aufgefordert, nicht erst das Ergebnis des Gutachtens abzuwarten, sondern dieses im Vorfeld durch Zuleitung einer Übersicht über künftig noch zu übernehmende Aufgaben zu beeinflussen. Es müsse herauskommen, so Gussone, dass die Deutsche Bibliothek ein »Institut sui generis« sei.¹⁴⁰ Der für innere Angelegenheiten zuständige Beirat stimmte ebenfalls ein, indem er die Möglichkeit hervorhob, durch das Gutachten »das Vertrauen der Finanzbehörden zu erringen«. ¹⁴¹

Die Erwartungen an das Gutachten waren hoch. Wohin die Reise aber genau gehen sollte, stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest. Kuratorium und Beirat sahen das Gutachten zunächst einmal ganz allgemein als schlagkräftiges Instrument im Kampf um Ressourcen. Anders als die Gutachter und Feuilletonisten aber dachten die Beteiligten in Frankfurt keineswegs daran, an westeuropäische und transatlantische Bibliotheksdebatten anzuschließen. Im Zentrum ihres

138 Walter Görnitz, Entwicklungshilfe für unsere Bibliotheken. Die alten, die neuen und die künftigen Büchereien – Denkschrift des Wissenschaftsrates, in: Die WELT, Berliner Ausgabe vom 20.2.1964, S. 8; Friedrich Andrae, Konservative oder fortschrittliche Bibliotheken? Über den schlimmsten Mangel wird schon nicht mehr geredet, in: Die WELT, Berliner Ausgabe vom 11.7.1964, S. 6.

139 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am 3.4.1963, HHStAW, 504, 6903 a, Bl. 106.

140 Ebd., Bl. 107.

141 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 31.1.1962, HHS-tAW, 504, 6902 b, Bl. 150.

Denkens stand immer noch die Konkurrenz zur Deutschen Bücherei. Besonders die beiden Vertreter der Kulturabteilung des BMI, Abteilungsleiter Karl-Ulrich Hagelberg und Referent Carl Gussone, trieb der Gedanke, die Leipziger Konkurrenz ausschalten zu müssen. Bei beiden handelte es sich um frühere NS-Funktionsträger, die in verantwortlichen Positionen einst in die administrative Gewaltherrschaft der Nazis eingebunden gewesen waren. Hagelberg war als ehemaliger Nationalkonservativer 1933 in die NSDAP eingetreten und während des Zweiten Weltkrieges im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete für die Personalpolitik im russischen Territorium zuständig gewesen. Gussone, früheres Mitglied von NSDAP und SS, hatte während der NS-Zeit dagegen als Finanzbeamter in verschiedenen lokalen Finanzämtern an der Ausgrenzung und Verfolgung der Juden mitgewirkt und war nach 1945 im BMI hauptsächlich für die Entschädigung jüdischer Opfer verantwortlich gewesen, hatte nach dem Rücktritt des Abteilungsleiters Egon Hübinger 1961 aber auch Aufgaben in der Wissenschaftsförderung übernommen.

In den Verhandlungen um die Zukunft der Deutschen Bibliothek trieb Hagelberg besonders sein ausgesprochener Antikommunismus an. An den hessischen Erziehungs- und Volksbildungsminister, Ernst Schütte, schrieb er 1963, dass »[i]nsbesondere im Hinblick auf die Anstrengungen der Leipziger kommunistischen ›Deutschen Bücherei‹ [...] alles vermieden werden [sollte], was sich auf die Leistungsfähigkeit der Deutschen Bibliothek negativ auswirkt.«¹⁴² In diesem Sinne waren Hagelberg und Gussone durchaus zugänglich für die Forderung, die Möglichkeiten der Automatisierung auszuschöpfen, insofern dies der Deutschen Bibliothek im Kampf gegen Leipzig einen Vorteil verschaffte. Ihnen ging es jedoch nicht darum, aus wissenschaftlichen Bibliotheken reine Informationsdienstleister zu machen,¹⁴³ wie dies unter dem Schlagwort »library automation« in den USA¹⁴⁴ und bald auch in der deutschen Bibliothekswissenschaft diskutiert wurde,¹⁴⁵ sondern lediglich um die »Beschleunigung der Bibliographie«. Gegenüber Ansätzen, die in den Köpfen der Bibliothekare verankerten Katalogregeln elektronisch abzubilden, waren nicht nur Hagelberg und Gus-

142 Deutsche Bibliothek, Vorsitzender des Kuratoriums, Hagelberg an den Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung Dr. Schütte, 24.10.1963, HHStAW, 504, 6903 b, Bl. 196f.

143 Exempl. Edward Heiliger, Staffing a Computer Based Library, in: *Library Journal* 89 (1964), S. 2738f.

144 Einen Eindruck über die intensive Debatte um »library automation« in den USA der 1960er Jahre gibt Louis C. McCune/Stephen R. Salmon, *Bibliography of Library Automation*, in: *ALA Bulletin* 61 (1967), Heft 6, S. 674-694.

145 Werner Krieg, Berufs- und Ausbildungsprobleme des Bibliothekars, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 11 (1964), Heft 5/6, S. 299-304; Wilhelm Grunwald, Der Bibliothekar und seine Ausbildung, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 16 (1969), Heft 2, S. 154-169.

sone, sondern auch die Frankfurter Bibliothekare zutiefst skeptisch.¹⁴⁶ In einer Denkschrift vom Januar 1964 machte der stellvertretende Direktor der Deutschen Bibliothek, Rudolf Blum, deutlich, dass »die eigentliche bibliographische Arbeit [...] außerhalb ihres [der Technik, d. V.] Anwendungsbereiches« liege und parallel weiterhin mehr Personal erforderlich sei.¹⁴⁷ Ziel war es daher, lediglich die typographische Herstellung der Bibliographien spätestens ab 1966 zu automatisieren.¹⁴⁸ Die nun tatkräftig vorangetriebene Automation der Bibliographie allein löste aber die Probleme der Bibliothek nicht. Neben der noch immer angespannten Personalsituation, nach Köster eine »unerbittliche ›Peitsche des Fortschritts«¹⁴⁹, saß dem Bibliotheksdirektor auch der Börsenverein im Nacken, der 1964 endgültig ankündigte, die seit 1959 künstlich niedrig gehaltenen Preise für die Bibliographien nicht mehr durchhalten zu können. Ernüchternd fiel auch ein Gutachten der Buchhändler-Vereinigung Frankfurt GmbH, dem Verlag des Börsenvereins, über die Rationalisierungseffekte der Automatisierung aus. Dieses kam zu dem Urteil, dass allein die Bibliothekare von der Technisierung profitierten, weil die redaktionellen Arbeiten künftig wegfielen. Dagegen würden die technischen Herstellungskosten und damit der Verlust für den Verlag noch beträchtlich steigen, zumal Letztgenannter eine passende Lochstreifenmaschine anschaffen müsste. Dem könne man nur mit einer starken Erhöhung der Bezugspreise für Bibliographien begegnen, mit dem Ergebnis, dass die Leipziger Ausgaben dann rund 45 Prozent billiger wären.¹⁵⁰ Da der Verlag drohte, wieder zum kostengünstigeren konventionellen Herstellungsverfahren überzugehen, musste schließlich der Bund die Lochstreifenmaschine aus Sondermitteln bezahlen.¹⁵¹ Die Preiserhöhung vermochte jedoch keiner der Beteiligten aufzuhalten. Bereits 1972 kostete das Wöchentliche Verzeichnis aus Frankfurt 65 Prozent mehr als die Deutsche Nationalbibliographie aus Leipzig, alle anderen Bibliographien waren sogar 135 Prozent teurer als die entsprechenden Leipziger Produkte.¹⁵² Allerdings konnten die Bearbeitungszeiten für die Bibliographien durch die Automation deutlich reduziert werden. Das Halbjahresverzeichnis er-

146 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 5.2.1964, HHS-tAW, 504, 6904 a, Bl. 306.

147 Rudolf Blum, Probleme der Deutschen Bibliographie, Januar 1964, ebd., Bl. 339.

148 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am 3.4.1963, HHStAW, 504, 6903 a, Bl. 101.

149 Kurt Köster an Hessischen Kultusminister, Prof. Dr. Ernst Schütte, 11.1.1966, HHStAW, 504, 6905 b, Bl. 235.

150 Buchhändler-Vereinigung Frankfurt GmbH, Geschäftsführung, an die Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, 4.1.1966, HHStAW, 504, 6906 a, Bl. 276-279.

151 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 4.2.1966, ebd., Bl. 362.

152 Deutsche Bibliothek, Marx, an das Bundesministerium für Finanzen, Dr. Carl, 12.6.1972, BArch, B 126/41461, unfol.

schien schon 1966 zwei bis fünf Monate früher als zuvor. Auf der Frankfurter Buchmesse 1967 konnte man erstmals vor Leipzig die erste Lieferung des Fünfjahresverzeichnisses 1961-1965 präsentieren.¹⁵³ Auch die internationale Fachöffentlichkeit nahm regen Anteil am EDV-Konzept der Deutschen Bibliothek, schließlich konnte Frankfurt mit der weltweit ersten durch Anwendung neuester Technik hergestellten Nationalbibliographie aufwarten.¹⁵⁴ Nicht nur westeuropäische, auch osteuropäische Länder wie die ČSSR entsandten Delegationen nach Frankfurt zum Erfahrungsaustausch.¹⁵⁵

Die Bibliographien bildeten in den Augen der Beteiligten freilich das Hauptproblem in der Konkurrenz zu Leipzig. Die Technisierung der Deutschen Bibliothek schuf erstmals die Möglichkeit, mit Leipzig auf Augenhöhe zu konkurrieren, ohne dass der Börsenverein die Preise für die Bibliographien künstlich niedrig halten musste. Nun lag es an den Verlegern, Buchhändlern und Bibliothekaren, zu entscheiden, ob ihre Priorität bei der Aktualität oder dem Preis der Bibliographie lag. Die Verhältnisse innerhalb der Deutschen Bibliothek blieben dagegen nach wie vor äußerst angespannt. Schon fünf Jahre nach der medienwirksamen Einweihung des Neubaus in der Zeppelinstraße befand sich die Bibliothek hinsichtlich der Platzkapazitäten wieder im »Stadium völliger Ausweglosigkeit«. Dabei wurde deutlich, dass sich die Medienberichterstattung im Jahre 1959 allzu sehr von Äußerlichkeiten hatte blenden lassen. Tatsächlich handelte es sich bei dem Neubau mit knapp 2,5 Millionen DM um einen der bundesweit billigsten Bibliotheksbauten, während in der Regel 15 bis 30 Millionen DM für Universitätsbibliotheken veranschlagt wurden. Entsprechend kurzsichtig war der Neubau geplant worden. Das Grundstück selbst konnte, so Köster in einem alarmierenden Schreiben vom März 1964 an den Frankfurter Oberbürgermeister, Werner Bockelmann, höchstens noch für die nächsten 30 Jahre genügen, sofern der Bücherturm deutlich aufgestockt würde. Angrenzende Grundstücke waren zwischenzeitlich dagegen schon anderen Zwecken zugeführt worden. Freilich konnte Köster hierbei auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates verweisen, der sich für eine deutliche räumliche und personelle Ausweitung der Deutschen Bibliothek ausgesprochen hatte, zumal die Sammlung jährlich um sieben bis zehn Prozent anwuchs.¹⁵⁶ Auch Hagelberg verwendete sich noch ein-

153 Protokoll der Sitzung des Kuratoriums der Deutschen Bibliothek am 2.4.1968, HHStAW, 504, 6909 b, unfol.

154 Protokoll der Sitzung des Beirats der Deutschen Bibliothek am 16.2.1967, HHS-tAW, 504, 6907 b, Bl. 724-734.

155 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 7.3.1968, HHS-tAW, 504, 6909 a, Bl. 66f.

156 Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Werner Bockelmann, 25.3.1964, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

mal nachdrücklich bei Bockelmann im Sinne Kösters.¹⁵⁷ Die Angelegenheit blieb jedoch ungeklärt.

Unerwartet kündigte die Stadt Frankfurt Anfang 1965 in dieser Situation an, sich aus der gemeinsamen Finanzierung zurückzuziehen.¹⁵⁸ Als weiteres Problem kam hinzu, dass immer weniger Verleger es als ihre Pflicht betrachteten, der Deutschen Bibliothek umgehend nach Erscheinen eines Werkes ein Belegexemplar zukommen zu lassen. Von den Beiratsmitgliedern beklagte sich vor allem der Wiesbadener Verleger Vittorio Klostermann über seine Kollegen, die »für das Linsengericht einer schnelleren Berichterstattung das Erscheinen einer unabhängigen Bibliographie gefährden«. ¹⁵⁹ Auch der Münchner Verleger Horst Kliemann beschwerte sich beim Börsenvereinsvorsteher Friedrich Georgi über die »Gleichgültigkeit [...] bei unseren Mitgliedern«, die »im eigentlichen Sinne gar keine Verbundenheit mit unserem Berufsstand haben, sondern das Verlegen von Büchern als einen Zufälligkeitsjob betrachten«. ¹⁶⁰ Hier kündigte sich bereits ein allmählicher Wandel im Berufsverständnis an, der in den 1970er Jahren zunehmend Dominanz gewinnen sollte.

Gleichwohl schuf gerade diese Krisensituation die Basis, um ein bereits seit längerer Zeit im Beirat, im Kuratorium und in der Kulturabteilung des BMI diskutiertes Zukunftskonzept auf die politische Agenda zu heben – nämlich die Umwandlung der Deutschen Bibliothek in eine Bundesinstitution, verbunden mit der Durchsetzung eines Pflichtexemplargesetzes. Bis 1964 hatte Hagelberg immer wieder vergeblich versucht, die Bibliothek als wissenschaftliche Einrichtung in das Königsteiner Abkommen zwischen Bund und Ländern aufnehmen zu lassen. Nicht nur Bayern, auch Hessen hatten sich vehement dagegen verwehrt – Bayern aufgrund der Interessen der Münchner Staatsbibliothek, Hessen angesichts der Furcht, dass die Länder dann bald versuchen würden, überregionale Kosten auf den Bund zu verlagern, was die Länderinteressen schließlich schwächen würde. ¹⁶¹ 1964/65 hatte sich die Situation jedoch derart zugespitzt, dass eine völlige Neuordnung der Verhältnisse kaum noch abzuwenden war.

157 Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Hagelberg, an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Werner Bockelmann, 7.4.1964, ebd., unfol.

158 Deutsche Bibliothek, Vorsitzender des Kuratoriums, Hagelberg, an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Prof. Dr. Brundert, 4.3.1965, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

159 Vittorio Klostermann an A. Springer Verlag, Paul Hövel, 8.2.1963, ISG, W2-7, 1201, unfol.

160 Oldenbourg Verlag, Horst Kliemann, an Friedrich Georgi, 12.6.1965, ISG, W2-9, 199, unfol.

161 Kultusminister des Landes Hessen, Vermerk über die bisherigen Verhandlungen um die Finanzierung der deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main, 30.4.1964, HHStAW, 504, 6904 b, Bl. 378-380.

Seitdem übernahm Hagelberg die Regie. Bereits in seiner Reaktion auf den Artikel des Feuilletonisten der *FAZ*, Günther Rühle, hatte er deutlich gemacht, dass eine Übernahme der Deutschen Bibliothek durch das 1962 gegründete Wissenschaftsministerium, wie von Rühle gefordert, unter keinen Umständen infrage kam.¹⁶² Für Köster war es daher eine Selbstverständlichkeit, die »Vorwürfe« und »Irrtümer« in der Öffentlichkeit richtigzustellen. So hatte er sich bereits im Februar 1963 im Rahmen einer Sendung des Hessischen Rundfunks für eine Stärkung der Rolle des BMI ausgesprochen und das Land Hessen für seine Blockadehaltung mehr oder minder explizit kritisiert.¹⁶³ Im Konsens mit den Bibliothekaren widmete sich Hagelberg zunächst dem Pflichtexemplargesetz, waren hierbei doch die geringsten Widerstände zu erwarten. Zudem konnte ein Erfolg auf diesem Gebiet die Diskussionen um eine Umwandlung der Deutschen Bibliothek zu einer Bundesinstitution wesentlich befördern. Zumindest bestand zwischen dem Börsenvereinsvorstand, den Gremien der Deutschen Bibliothek und der Kulturabteilung des BMI anfangs noch die Hoffnung, »das beabsichtigte Pflichtexemplargesetz zugunsten der Deutschen Bibliothek gleich in dem Sinne auszubauen, daß es auch die gesetzliche Grundlage für die Deutsche Bibliothek selbst wird«. ¹⁶⁴ Die ersten Gespräche waren auch vielversprechend verlaufen. Selbst das Bundesjustizministerium hatte, allen Bedenken wegen der unklaren Gesetzeslage zum Trotz, grünes Licht für ein Bundesgesetz gegeben und eine weite Auslegung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen empfohlen.¹⁶⁵ Grundsätzlich signalisierten auch die Vertreter der Länder, mit denen Hagelberg am 20. Oktober 1964 zusammengekommen war, Einverständnis. Unterschiedliche Auffassungen bestanden allerdings darüber, aus welchem Grundgesetzartikel ein Bundespflichtexemplargesetz hergeleitet werden könne. Die Vertreter des Bundes neigten eher zu Artikel 75, Ziffer 2, der dem Bund das Recht einräumte, Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder im Pressebereich zu erlassen. Da die meisten Länder aber bereits Pflichtexemplargesetze presserechtlich verankert hatten, befürchteten diese einen unberechtigten Eingriff in ihren Kompetenzbereich. Die zweite Möglichkeit, das Pflichtexemplargesetz als Maßnahme der Wissenschaftsförderung gemäß Artikel 74, Ziffer 13 zu verstehen, hätte indes gegebenenfalls finanzielle Leistun-

162 Protokoll der Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 29.1.1963, HHS-tAW, 504, 6903 b, Bl. 149.

163 Fernsehsendung über die Deutsches Bibliothek, gesendet vom Hessischen Rundfunk am Mittwoch, 6.2.1963 in der Hessenschau, 19 Uhr, HHStAW, 504, 6903 a, Bl. 2f.

164 Friedrich Georgi, Aktenvermerk, Betr.: Deutsche Bibliothek, Besprechung mit Ministerialdirektor Hagelberg im Bundesinnenministerium, 13.1.1967, ISG, W2-9, 199, unfol.

165 Bundesministerium der Justiz, IV A 1 c, Regierungsdirektor Diller, Betr.: Pflichtexemplarrecht für Druckwerke; hier: Deutsche Bibliothek, 15.9.1964, BArch, B 141/18776, Bl. 6-8.

gen (etwa an die Verleger) nach sich gezogen, wogegen sich Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU) verwehrte.¹⁶⁶

Ohne diese Frage abschließend zu klären, legte Hagelberg einen Gesetzesentwurf vor, der die unentgeltliche Ablieferung der Belegexemplare festschrieb und der Deutschen Bibliothek zugleich die Aufgabe der »nationalen Repräsentation« zuwies.¹⁶⁷ Was darunter konkret zu verstehen war, verdeutlicht die ausführliche interne Begründung. Darin bezog sich das BMI nicht nur auf die »vielen ausländischen Staaten«, die ihre »Urkunden des geistigen Lebens« selbstverständlich sammelten und verzeichneten, sondern wies auch explizit auf die Deutsche Bücherei hin, der man die »deutsche Gesamtvertretung« nicht überlassen könne.¹⁶⁸ Es überrascht kaum, dass der Bundesrat während der ersten Beratung des zuvor im Bundeskabinett abgestimmten Entwurfs, dem nun auch das Finanzministerium stillschweigend zugestimmt hatte,¹⁶⁹ Bedenken anmeldete. Bemerkenswert ist indes die Begründung, wonach die Deutsche Bibliothek als Stiftung nach hessischem Recht keine Verwaltungskompetenzen gegenüber anderen Ländern ausüben dürfe. So empfahl der Bundesrat (auch das skeptische Bayern), die Bibliothek zunächst in eine Bundesanstalt umzuwandeln.¹⁷⁰

Es ist nicht nachzuvollziehen, ob Hagelberg beabsichtigt hatte, mit dem Entwurf für ein Pflichtexemplargesetz die Bedenken des Finanzministers und der Länder gegeneinander auszuspielen, am Ende stand aber der Erfolg. Nach dem Votum gab auch das Bundesfinanzministerium seinen Widerstand gegen die Errichtung einer Bundesanstalt auf. Finanzminister Strauß hatte bis dahin immer wieder Bedenken angemeldet, dass die Ausgaben des Bundes ungebremst steigen würden, was seinem Sparkonzept entgegenstand, und zunächst empfohlen, die Deutsche Bibliothek in das Königsteiner Abkommen aufzunehmen, was Hagelberg vor dem Hintergrund der zahlreichen erfolglosen Versuche freilich ablehnte.¹⁷¹ Im Februar 1966 eröffnete sich jedoch eine neue Möglichkeit für Hagelberg. In diesem Monat hatte die noch unter Bundeskanzler Ludwig Erhard eingesetzte Sachverständigenkommission unter Leitung des früheren hessischen Finanzminis-

166 Ergebnisprotokoll über die Besprechung am 20. Oktober 1964 im Bundesministerium des Innern betr. Pflichtexemplarrecht für Druckwerke, o.D., ebd., Bl. 12f.

167 Pflicht, nicht Meisterstück, in: Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 41 vom 13.10.1967, S. 2.

168 Bundesministerium des Innern, Begründung zum Entwurf für das Gesetz über die Ablieferung von Pflichtstücken an die Deutsche Bibliothek (Pflichtstückgesetz), o.D., BACh, B 106/28733, unfol.

169 Bundesministerium der Finanzen, Referat II C/2, an den Minister der Finanzen, 21.7.1967, BACh, B 126/30884, unfol.

170 Referat K 8, Weitere Behandlung des Entwurfes eines Gesetzes über die Deutsche Bibliothek, 16.4.1968, BACh, B 106/28731, unfol.

171 Abteilung III, Gespräch mit Minister Schütte am 21.2.1966, BACh, B 106/28773, unfol.

ters und Bundesbank-Vizepräsidenten Heinrich Troeger ein abschließendes Gutachten über Möglichkeiten einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern vorgelegt. Dieses sprach sich u.a. explizit dafür aus, »zentrale Organisationen« mit bundesweiter Wirkung und Einrichtungen der »nationalen Repräsentation« durch den Bund zu fördern, ohne die Kulturhoheit der Länder anzutasten. Nicht nur die Große Koalition unter Kiesinger sah in der darauf aufbauenden Finanzreform ihren wichtigsten »Prüfstein« und war gewillt, den Empfehlungen des Troeger-Gutachtens weitgehend zu folgen,¹⁷² auch die Medienöffentlichkeit unterstützte das Projekt und widmete sich in diesem Zusammenhang besonders auch der Deutschen Bibliothek, auf deren Funktion als »Nationalbibliothek« sie nun verstärkt hinwies. Die Medien machten die Deutsche Bibliothek gewissermaßen zum Lackmustest für die Bundesregierung, ob und wie diese der Not der wissenschaftlichen Bibliotheken zu begegnen wusste. Es gab zwar einzelne Zeitungsmeldungen, die zusätzlich noch auf die Unzuverlässigkeit der Deutschen Bücherei verwiesen, entscheidend war aber der breite gesellschaftliche Konsens über die Förderung der Wissenschaften durch den Bund. Wenn in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in westdeutschen Medien von einer »Nationalbibliothek« gesprochen wurde, dann immer seltener mit Blick nach Leipzig, sondern nach London, Paris oder Washington, D.C.¹⁷³ Selbst Bundestagsabgeordnete beider großer Parteien äußerten sich nun sowohl im Bundestag als auch in den Medien kritisch über die Blockadehaltung des Finanzministers.¹⁷⁴

Schließlich sprach sich auch Hessens Ministerpräsident, Georg-August Zinn, für eine Neuregelung des Status der Deutschen Bibliothek im Zuge der Finanzreform aus. Er befürchtete nach dem Ausstieg der Stadt Frankfurt aus der gemeinsamen Finanzierung eine unkalkulierbare Erhöhung des Landesetats und verwies auf den Wissenschaftsrat, der ja eine »großzügige« Förderung der Bibliothek an-

172 Joachim Samuel Eichhorn, *Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966-1969)*, München 2009, S. 244f.

173 Das »Reichserbe« ist auf 65 km angewachsen. Die »Deutsche Bücherei« in Leipzig – Ihre Bedeutung und ihre Aufgabe, in: *General-Anzeiger (Bonn)*, Nr. 23210 vom 26./27.3.1966, S. 42; A.M., Um die Zukunft einer Bibliothek. Die »Deutsche Bibliothek« in Frankfurt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17.11.1966, S. 24; Deutsche Bibliothek. Neuregelung der Finanzierung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 255 vom 2.11.1966, S. 24; Wann hilft Bonn der Deutschen Bibliothek? Finanzielle Schwierigkeiten sind bedrückend – Rund 70 000 Bücher kommen jährlich hinzu, in: *Die WELT*, Nr. 305 vom 31.12.1966, S. 8; Helmut M. Braem, *Die Deutsche Bibliothek. 1999: und dann?*, in: *Stuttgarter Zeitung*, Nr. 181 vom 9.8.1967, S. 23f.

174 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 127. Sitzung, 24.10.1967, S. 6415f.; Mehr Bundeshilfe für Bibliotheken gefordert, in: *Die WELT*, Nr. 172 vom 27.7.1967, S. 1; Förderung deutscher Bibliotheken, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 171 vom 27.7.1967, S. 22.

gemahnt hatte.¹⁷⁵ Im Oktober 1966 unterbreitete die Kulturabteilung des BMI dem hessischen Kultusminister, Ernst Schütte, das Angebot, nach dem Ausstieg Frankfurts übergangsweise zunächst 75 Prozent der Finanzierung der Deutschen Bibliothek zu übernehmen. Damit wollte man nicht nur das Land Hessen bei der Stange halten, weil eine Umwandlung der Deutschen Bibliothek zur Bundesanstalt noch vor Verabschiedung der Finanzreform kaum durchzusetzen war. Über die Wirkung dieses Modells bestand im BMI aber kein Zweifel: »Wenn der Bund künftig den Hauptanteil der Finanzierung trägt, wird der Bundestag nach aller Erfahrung den Wunsch nach einer solchen Umwandlung äußern.«¹⁷⁶ Zuvor hatte das BMI mit der Stadt Frankfurt vereinbart, dass ihre Beträge zumindest bis 1967 weitergezahlt und ein von der Bibliothek für die Aufstockung des Bücherturms aufgenommenes Darlehen getilgt werde.¹⁷⁷ Unter diesen Bedingungen stimmte auch Schütte schließlich im März 1967 zu und stellte eine Übergangsbeteiligung von 25 Prozent zumindest noch für das Jahr 1968 in Aussicht, schloss eine Finanzierung nach Errichtung der Bundesstiftung aber kategorisch aus.¹⁷⁸

Auch mit dem Börsenverein, der von der »Geheimdiplomatie« Hagelbergs völlig ausgeschlossen war, mussten vorab Kompromisse getroffen werden. Dieser wollte nämlich seine Zustimmung zur Umwandlung der Deutschen Bibliothek in eine Bundesanstalt nur dann geben, wenn ihm auch künftig ein Mitspracherecht gewährt wurde. Hagelberg hatte Börsenvereinsvorsteher Georgi zunächst zugesagt, eine Lösung zu finden, nach der Bund und Verband gemeinsam die Rechtsträgerschaft ausüben könnten.¹⁷⁹ Dies aber stand Hagelbergs und auch Kösters eigentlichen Interessen entgegen, denn hier wäre nur eine privatrechtliche Stiftung infrage gekommen, die beide jedoch als wenig erstrebenswerte Lösung im Kampf gegen Leipzig sahen.¹⁸⁰

Die in der Kulturabteilung des BMI laufenden Arbeiten am Gesetzesentwurf orientierten sich fest am Gesetz über die Deutsche Bücherei von 1940 und Köster drängte darauf, dass die leitenden Bibliothekare unbedingt Bundesbeamte sein müssten. Auch der Bibliotheksleiter müsse den Titel Generaldirektor tragen, zumal die Deutsche Bücherei gerade auf internationalem Parkett, wo man

175 Hessischer Ministerpräsident, Staatskanzlei, an den Hessischen Kultusminister, nachrichtlich an den Hessischen Minister der Finanzen, Deutsche Bücherei [sic!] in Frankfurt/M., 23.8.1966, HHStAW, 504, 6906 b, Bl. 501 f.

176 Bundesminister des Innern, Abt III 1, an den Hessischen Kultusminister, Ernst Schütte, 31.10.1966, ISG, Magisterakten, 2.358, unfol.

177 Bundesminister des Innern, III 1, an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Prof. Dr. Brundert, 25.3.1966, ISG, Magisterakten, 2.357, unfol.

178 Der Hessische Kultusminister, Kabinettsvorlage, 3.3.1967, HHStAW, 504, 6907 a, Bl. 633.

179 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Friedrich Georgi, an Ministerialdirektor Hagelberg, 22. April 1967, ISG, W2-9, 199, unfol.

180 Deutsche Bibliothek, Rudolf Blum, an Friedrich Georgi, 2.5.1967, ebd., unfol.

besonders auf die »Divergenz der Dienstbezeichnungen« achte, »ihren Generaldirektor als deren Repräsentanten« herausstelle.¹⁸¹ Aus diesem Grunde kam für Hagelberg und Köster nur die Schaffung einer Bundesanstalt infrage, die allein vom Bund getragen werde. Hagelberg aber sagte Georgi zu, dass der Verband stärker als bisher im Verwaltungsrat (als Äquivalent zum bisherigen Kuratorium) vertreten sein würde, »bestimmte Entscheidungen« einer »qualifizierte[n] Mehrheit des Verwaltungsrates« bedurften und dem Verband gegebenenfalls auch eine Sperrminorität eingeräumt würde, etwa wenn es um die Herausgabe der Bibliographien ging. Hagelberg zeigte sich Georgi gegenüber sogar offen für die Aufnahme bestimmter »derartige[r] Grundsätze« im künftigen Statut der Bibliothek.¹⁸²

Während sich Hagelberg mit den Trägern der Deutschen Bibliothek relativ schnell über die Modalitäten des Übergangs geeinigt hatte, wurden diese Absprachen bald wieder durch Finanzminister Strauß und den Haushaltsausschuss des Bundestages über Bord geworfen. Letztgenannter hatte im Mai 1967 dafür votiert, dass sich der Bund und das Land Hessen nach dem Ausscheiden der Stadt Frankfurt die Kosten jeweils zur Hälfte teilen sollten.¹⁸³ Auch nachdem sich das Finanzministerium infolge des Votums des Bundesrates zum Pflichtexemplargesetz grundsätzlich damit einverstanden erklärt hatte, die Deutsche Bibliothek zur Bundeseinrichtung umzuwandeln,¹⁸⁴ bestand das Ministerium auf einer Beteiligung Wiesbadens.¹⁸⁵ Trotz der Unstimmigkeiten konnten die Arbeiten am Entwurf des Gesetzes über die Deutsche Bibliothek nun voranschreiten und dies war nicht nur angesichts des absehbaren Ausfalls des Landes Hessen ab 1969 dringend. Der Bundestagsausschuss für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, der das im Dezember 1967 in den Bundestag eingebrachte Pflichtstückgesetz begutachtet hatte, wollte dieses Gesetz selbst dazu nutzen, die Umwandlung der Deutschen Bibliothek zur Bundesanstalt zu beschleunigen, und empfahl die Aufnahme eines entsprechenden Paragraphen. Demgegenüber hatte der Innen-

181 Deutsche Bibliothek, Direktor Köster, an das Bundesministerium des Innern, Oberregierungsrat Dietrich Bernhard, 26.5.1967, BAArch, B 106/28774, unfol.

182 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Friedrich Georgi, Aktenvermerk, Betr.: Deutsche Bibliothek, Besprechung mit Herrn Ministerialdirektor Hagelberg (Bundesministerium des Innern) am 30.5.1967 in meinem Berliner Verlagsbüro, 31.5.1967, ISG, W2-9, 199, unfol.

183 Bundesminister der Finanzen, Strauß, an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Willi Brundert, 22.5.1967, ISG, Magisterakten, 2.358, unfol.

184 Bundesministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Gehrhardt an den Chef des Bundeskanzleramts, 29.11.1967, BAArch, B 126/30884, unfol.

185 Bundesministerium des Innern, Staatssekretär Prof. Dr. Ernst, an den Hessischen Kultusminister, Prof. Dr. Schütte, 1.12.1967, HHStAW, 504, 6908 b, Bl. 263; Deutsche Bibliothek soll Bundesanstalt werden, in: Die WELT, Nr. 249 vom 25.10.1967, S. 10.

ausschuss die Verabschiedung des Pflichtexemplargesetzes vor dem Gesetz über die Deutsche Bibliothek abgelehnt.¹⁸⁶ Die Kulturabteilung des BMI musste seinen Gesetzentwurf deshalb noch einmal mit den konfligierenden Ausschüssen und dem Börsenverein abstimmen. Der Verband hatte bereits im November 1967 seine Forderungen bezüglich seiner Vertretung im künftigen Verwaltungsrat deutlich gemacht. Anstatt der drei Mitglieder des Börsenvereinsvorstandes, wie im Entwurf der Kulturabteilung zunächst festgeschrieben, sollten nun drei Börsenvereinsmitglieder in den Verwaltungsrat entsandt werden, um eine kontinuierliche Vertretung, ungeachtet der stetig wechselnden Vorstandsmitglieder, gewährleisten zu können. Zudem wurde die Entscheidungskraft des Verwaltungsrates auf Angelegenheiten »von [...] erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung« erweitert.¹⁸⁷ Obgleich die Diskussionen im Wissenschaftsausschuss und Innenausschuss kontrovers verlaufen und noch nicht abgeschlossen waren, reichten mehrere an den Debatten beteiligte Abgeordnete von CDU/CSU (6), SPD (8) und FDP (2) einen Entwurf vom 24. Juni 1968 im Oktober als Initiativantrag im Bundestag ein, der zeigt, wie sehr die Deutsche Bibliothek mittlerweile eine parteiübergreifende Angelegenheit geworden war. Der Antrag war sichtlich von dem Anliegen getragen, die Einrichtung als moderne wissenschaftliche Bibliothek zu etablieren. Dies wird vor allem an der vorgeschlagenen Zusammensetzung des Verwaltungsrates deutlich. So enthielt der eingereichte Entwurf zwar die Forderungen des Börsenvereins, jedoch wurden nun fünf Vertreter des Bundes als Mitglieder des Verwaltungsrates genannt. Dies waren zwei Vertreter des BMI, ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums und ein Vertreter der DFG. Hinzu kam noch ein Repräsentant der Stadt Frankfurt, der aufgrund künftiger Bauvorhaben ebenfalls in den Verwaltungsrat aufzunehmen war, im Grunde aber keine entscheidende Rolle spielte. Die vorgeschlagene Zusammensetzung sollte dem Bund in allen Fragen die Stimmenmehrheit sichern, denn bei Stimmengleichheit hätte das Votum des Verwaltungsratsvorsitzenden, eines Vertreters des BMI, den Ausschlag gegeben.¹⁸⁸

Angesichts der noch anhaltenden Debatten wurde der Entwurf in der ersten Lesung noch einmal an die Wissenschafts- und Innenausschüsse (sowie die Finanz- und Vermögensausschüsse, die aber keine entscheidende Rolle spiel-

186 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/3733 (neu), Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik (8. Ausschuß) über den von den Abgeordneten Frau Freyh, Dr. Huys, Dr. Mühlhan und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Bibliothek, Drucksache V/3103, S. 1.

187 Börsenverein für den Deutschen Buchhandel e. V., Friedrich Georgi, an Hagelberg, 29.11.1967, ISG, W2-7, 3167, unfol.

188 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/3103, Antrag der Abgeordneten Frau Freyh, Dr. Huys, Dr. Mühlhan und Genossen, Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Bibliothek, 24.6.1968.

ten) überwiesen. So konnte der Entwurf erst in zweiter Lesung am 5. Februar 1969 ausführlich beraten werden, wobei die ungelösten Konflikte nun in eine Reihe von Anträgen mündeten, über welche die Bundestagsmehrheit entscheiden sollte. So hatte der Wissenschaftsausschuss, im Einklang mit dem BMI, zwei Vertreter des Bundes gestrichen, was den Verbänden wieder eine Mehrheit, zumindest in wirtschaftlichen Angelegenheiten (jedoch nicht in Haushaltsangelegenheiten), sicherte. Dagegen beantragte die Mitunterzeichnerin des Entwurfs vom Juni 1968, Brigitte Freyh (SPD), zusammen mit weiteren 18 Parteigenossen die Wiederherstellung der numerischen Mehrheit des Bundes bzw. die Beschränkung des Einflusses der Wirtschaft im Verwaltungsrat.¹⁸⁹ Dem Verweis des Parlamentarischen Staatssekretärs des BMI, Heinrich Köppler (CDU), auf die historische Rolle des Börsenvereins hielt Freyh entgegen, dass dieser sich mit lediglich 200.000 DM an der Finanzierung der Deutschen Bibliothek beteilige (der Bund dagegen mit 4,5 Millionen DM) und dass letztlich nur 45 Prozent der Bestände der Bibliothek aus der Verlagsproduktion stammten und wiederum nur 70 Prozent der Verleger Mitglieder des Verbandes seien. In der Wirtschaft, so der Vorsitzende des Vermögensausschusses, Hans-Jürgen Junghans (SPD), ergänzend, wären die Mitspracherechte auch nach finanziellen Lasten verteilt. Gegen diese Grundsatzdebatte muten die Bedenken der FDP eher zweitrangig an. Deren Abgeordneter Bernhard Mühlhan, der den Entwurf ebenfalls mitunterzeichnet hatte, wies darauf hin, dass über die genaue Kompetenzbündelung von Kulturaufgaben beim Wissenschaftsministerium noch nicht entschieden sei und deshalb der Bundesinnenminister im Gesetz nicht als Aufsichtsführender genannt werden konnte. Stattdessen sollte die offene Bezeichnung »zuständiger Bundesminister« benutzt werden. In der Abstimmung konnten sich Freyh und ihre 18 Parteigenossen schließlich mit den Stimmen der SPD und FDP durchsetzen, die Mehrheit des Bundes im Verwaltungsrat war damit gesichert. Auch Mühlhan hatte insofern Erfolg, als die in Paragraph 5 festgehaltene Genehmigungspflicht für die Errichtung und Änderung der Satzung in die Hand des »zuständigen Bundesministers« gelegt wurde, ohne dass dies aber, wie Mühlhan gefordert hatte, faktische Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrates hatte.¹⁹⁰ Für den bereits abgelösten Börsenvereinsvorsteher Georgi bedeutete die Bundestagssitzung vom 5. Februar 1969 letztlich eine herbe Enttäuschung.¹⁹¹ Gleichwohl wollte keiner der Beteiligten die Diskussionen noch

189 Fraktionssitzung, SPD, 4.2.1969, S. 7, in: Editionsprogramm »Fraktionen im Deutschen Bundestag«, SPD, 5. Wahlperiode, online, <https://fraktionsprotokolle.de/handle/827> (abgerufen am 31.3.2017).

190 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 212. Sitzung, 5. Februar 1969, S. 11507-11512.

191 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Friedrich Georgi, an den Börsenvereinsvorsteher, Werner E. Stichnote, 11.2.1969, ISG, W2-7, 1582, unfol.

endlos in die Länge ziehen. Alle einte der Wunsch, den langwierigen Gesetzgebungsprozess umgehend abzuschließen. So verlief die dritte Lesung am 12. Februar 1969 ohne jegliche Konflikte ab. Sogar Mühlhan setzte sich noch mit seiner Forderung durch, den Begriff »zuständiger Bundesminister« in sämtlichen relevanten Paragraphen zu verankern, für den Verwaltungsrat einigte man sich auf vier (anstatt auf fünf) vom Bund entsandte Vertreter und auch die CDU/CSU-Fraktion erklärte sich mit dem Entwurf schlussendlich einverstanden.¹⁹² So wurde das Gesetz gerade noch rechtzeitig verabschiedet, um die Gesamtfinanzierung rückwirkend zum 1. Januar 1969 dem Bund übertragen zu können.¹⁹³ Das Gesetz über die Deutsche Bibliothek erhielt seine Gültigkeit zum 31. März 1969 und konstituierte die Bibliothek nach vielen Jahren der Unsicherheit zur offiziellen »zentrale[n] Archivbibliothek der Bundesrepublik Deutschland«.¹⁹⁴

Die sich über fünf Jahre erstreckenden Debatten über die Umwandlung der Deutschen Bibliothek in eine Bundesanstalt basierten auf der Verflechtung zweier Diskursstränge. Die in den Gremien der Deutschen Bibliothek versammelten Akteure einte der Wunsch, die Konkurrenz aus Leipzig vom Markt und aus dem westdeutschen Bewusstsein zu verdrängen. Bei Köster und dem Börsenverein standen dahinter vornehmlich bibliothekarische und wirtschaftliche Interessen, Hagelberg war als Leiter der Kulturabteilung des BMI daran gelegen, alles zu verhindern, was der DDR eine Bühne der Selbstinszenierung bot und das Eindringen kommunistischer Einflüsse in den Westen fördern könnte. Er dachte damit ganz in den Kategorien der »Roll-Back«-Politik der 1950er Jahre, während die führenden Vertreter der Bundesregierung und die Öffentlichkeit immer stärker vom Gedanken der Entspannung und »Normalisierung« im deutsch-deutschen Verhältnis beseelt waren. Dass das Gesetz über die Deutsche Bibliothek dennoch auf einen breiten gesellschaftlichen bzw. überparteilichen Konsens bauen konnte, ist ohne den Diskurs um Wissenschaftsförderung als gesellschaftspolitische Fortschrittsstrategie nicht zu verstehen. Gerade diese Debatten schufen ein diskursives Feld, das Hagelberg und Köster zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen konnten, ohne in der Öffentlichkeit als Kalte Krieger dastehen zu müssen. Das in diesem Kontext entstandene Gutachten des Wissenschaftsrates von 1964 trug nicht unwesentlich zur schnellen Erosion des Finanzierungsmodells von 1952 bei, indem es einen Handlungsbedarf suggerierte, der die Stadt Frankfurt und das Land Hessen vor schier unlösbare

192 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 215. Sitzung, 12. Februar 1969, S. 11665-11667.

193 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 215. Sitzung, 12. Februar 1969, Anlage 17: Schriftliche Erklärung der Abgeordneten Frau Freyh (SPD) zu Punkt 7 der Tagesordnung, S. 11692f.

194 Gesetz über die Deutsche Bibliothek vom 31. März 1969, in: Bundesgesetzblatt 1969, Teil 1, S. 265.

Herausforderungen stellte. Deren plötzlicher Rückzug war sicherlich so nicht intendiert, bot Hagelberg aber die Möglichkeit, die Rolle des Bundes zu stärken. Auch das Troeger-Gutachten von 1966 und die mediale Aufmerksamkeit für die Not der Bibliotheken hatten diesen Prozess wesentlich befördert. Die Bundestagsdebatten der Jahre 1968/69 waren vom Konsens getragen, den wissenschaftlichen und zugleich gesellschaftlichen »Fortschritt« zu fördern. Die Konkurrenz zu Leipzig spielte hierbei keine Rolle mehr. Brigitte Freyh, die als SPD-Abgeordnete das Gesetzesvorhaben wesentlich unterstützt hatte, konnte in ihrem Abschlussbericht stolz darüber berichten, dass die Deutsche Bibliothek nun Aufgaben einer »Nationalbibliothek« übernehmen könne.¹⁹⁵ In den 1950er Jahren hätte es die Partei kaum gewagt, diesen Begriff zu lancieren, galt er doch zum einen als Ausdruck kollektiver Überlegenheitsgefühle, die im Prozess der Westbindung unangebracht erschienen, zum anderen aber auch als Kampfansage an die Deutsche Bücherei und damit an die Wiedervereinigungsoption. Etliche Jahre nach der vollzogenen Teilung beider deutscher Staaten erhielt die Bezeichnung im Westen jedoch zunehmend eine positive Bedeutung im Kontext staatlicher Wissenschaftsförderung. Man blickte nicht mehr so sehr nach Osten, sondern orientierte sich nun wieder an den großen Vorbildern in den USA, England und Frankreich, die ihrerseits auf dem Weg zu »modernen«, technisierten »Großbibliotheken« waren. Wenn es in der Debatte Verlierer gab, dann war dies allenfalls der Börsenverein, der den Verlust an Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Deutschen Bibliothek erst allmählich verdaute. Nichtsdestoweniger blieb der deutsch-deutsche Konkurrenzdiskurs innerhalb der Deutschen Bibliothek handlungsleitend. Bereits in der ersten Sitzung des Verwaltungsrates konnte sich Kurt Köster einen Seitenhieb auf Leipzig nicht verkneifen. Das Gesetz über die Deutsche Bibliothek garantiere nun, so Köster, dass die Bestände nicht mehr »lückenhaft, wie teilweise in Leipzig, wo aus bestimmten Gründen Titel nicht in die Sammlung und die Bibliographie aufgenommen würden«, seien.¹⁹⁶

Es gleicht allerdings schon einer Ironie des Schicksals, dass der einstige Nestor des Gesetzes, der nie die Öffentlichkeit suchende, sondern stets als Netzwerker im Hintergrund agierende Karl-Ulrich Hagelberg, wenige Monate nach Verabschiedung des Gesetzes ins Wissenschaftsministerium abgeschoben wurde. Seine Tage waren im Grunde genommen bereits gezählt, nachdem das 1968 vom Staatsverlag der DDR erschienene »Braunbuch« öffentlich auf die NS-Vergangenheit Hagelbergs aufmerksam gemacht hatte. Hagelberg war es indes noch

195 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 215. Sitzung, 12. Februar 1969, Anlage 17: Schriftliche Erklärung der Abgeordneten Frau Freyh (SPD) zu Punkt 7 der Tagesordnung, S. 11693.

196 Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Der Bevollmächtigte des Vorstandes, Aktenvermerk: 1. Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek am 14. Mai 1969, 20.5.1969, ISG, W2-9, 200, unfol.

einige Monate vergönnt, als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek zu agieren.¹⁹⁷ Wie alle Beteiligten in Frankfurt hatte auch er von der breiten gesellschaftlichen Debatte um Fortschrittskrise und Wissenschaftsförderung profitieren können, indem sich seine eigentlichen Motive hierdurch verschleiern ließen. Inhaltlich hatte er die Diskussionen aber nicht weiter zu Kenntnis genommen. So musste er am Ende seiner Amtszeit erleben, dass dieser Diskurs ein Eigenleben entwickelte, welches seinen Vorstellungen so gar nicht entsprach. Am 3. August 1969 strahlte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) in seiner Sendereihe »Gedanken zur Zeit« einen Essay des zeitkritischen Journalisten Peter von Haselberg über das »Elend der wissenschaftlichen Bibliotheken« aus, der sich ausschließlich mit der Deutschen Bibliothek beschäftigte und bei Hagelberg für Entrüstung sorgte. Dabei begriff Hagelberg zum einen nicht die Intention Haselbergs, andererseits aber auch nicht, dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien keineswegs mehr als bloße »Instrumente zur Erlangung gesellschaftlicher Harmonie«, sondern als aktive Bestandteile einer »partizipative[n] Öffentlichkeit« verstanden.¹⁹⁸ Haselbergs Essay sollte kein »objektiver« Bericht über die Deutsche Bibliothek sein, sondern eine kritische Reflexion über die Gesellschaft und ihre Zukunft. Der Autor sah die Deutsche Bibliothek daher als Synonym für die Blindheit der staatlichen Wissenschaftspolitiker gegenüber den Erfordernissen der Zeit. Er wollte zeigen, dass das Konzept der nationalen Archivbibliothek oder »Nationalbibliothek«, die »schwer zu handhaben« und »schwer zugänglich« sei, in den Kategorien eines »unschuldigen Idealismus« verhaftet sei. Sie verkörpere das Prinzip des konzeptlosen Sammelns und könne damit nicht den »Kulturbeschleunigungsapparat« darstellen, der für den Fortschritt der Wissenschaften notwendig sei. Die wissenschaftliche Bibliothek der Zukunft, für die die Deutsche Bibliothek in den Augen Haselbergs künftig stehen sollte, müsse in erster Linie durch Anwendung von Methoden der wissenschaftlichen Dokumentation für ein rasches Auffinden des verlangten Wissens sorgen. Bisher verkörpere sie aber allenfalls das »hochragende Monument einer altertümlichen Idee«.¹⁹⁹ Information und Dokumentation hatten sich unlängst als neue Schlüsselbegriffe zentraler Wissenschaftsplanung etabliert und fanden auch in der westdeutschen Bibliothekswissenschaft zunehmend Anerkennung, ja stellten sogar alte Paradigmen der Disziplin gründlich auf den Kopf.²⁰⁰ Aus verstaubten wissenschaftlichen Instituten sollten nunmehr mo-

197 Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek 1969, ebd., unfol.

198 Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 443, 460.

199 Norddeutscher Rundfunk, Kult. Wort/Red. Herzfeld, Sendung vom 3.8.69, Gedanken der Zeit, Das Elend der wissenschaftlichen Bibliotheken, Es spricht Peter von Haselberg, Manuskript, BArch, B 106/58060, unfol.

200 Einen zentralen Wendepunkt innerhalb des disziplinären Umorientierungsprozesses markiert das Kölner Kolloquium vom 27.-29. Oktober 1969. Dort wurde die

derne Informationsdienstleister werden. Dass Haselberg in seinem Essay bewusst mit Übertreibungen und Provokationen als Stilmitteln gearbeitet hatte, um diesen als notwendigen Bruch mit alten Gewissheiten verstandenen Paradigmenwechsel zu untermauern, lag jedoch völlig außerhalb Hagelbergs Denkhorizont. Für ihn waren Haselbergs Worte »kennzeichnend für das Niveau der sog. Kulturkritik«²⁰¹, was der »Chronisten- und Journalistenpflicht« widerspräche. »Objektive« Berichterstattung hätte für Hagelberg bedeutet, von der »gesetzlich vorgeschriebene[n] Hauptaufgabe der DB« ausgehend zu untersuchen, »wie weit sie heute diese Aufgaben erfüllt«.²⁰² Selbst die Erklärungsversuche des Redakteurs, Ernst Herzfeld, dass es Haselberg vielmehr um Zukunftsgedanken gegangen sei, stießen bei Hagelberg auf Unverständnis.²⁰³ Stattdessen warfen er und indirekt auch Kösters Stellvertreter, Rudolf Blum, den Hagelberg um Unterstützung bei seinem Antwortschreiben gebeten hatte, Herzfeld vor, Unwahrheiten zu verbreiten und den besonderen Charakter der Deutschen Bibliothek als Archivbibliothek, die als solche für Hagelberg nicht unbedingt zu den wissenschaftlichen Bibliotheken zählte, zu ignorieren.²⁰⁴ Haselbergs Essay beanspruchte nicht, ein Bild der Gegenwart zu zeichnen, sondern einen Ausblick in eine wünschenswerte, bereits in Reichweite erscheinende Zukunft aufzuzeigen. Er ordnete sich damit in einen Diskurs ein, welcher die Rahmenbedingungen für eine verstärkte Wissenschaftsförderung durch den Bund neu geordnet und der Deutschen Bibliothek in der Öffentlichkeit neue Legitimität verliehen hatte, der aber auch entsprechende Erwartungen formulierte, während die Bibliothekare noch im aufbrechenden Zeitalter der Entspannung weitgehend an den Denkkategorien des deutsch-deutschen Bibliothekskonflikts festhielten.

ältere Bibliothekswissenschaft als unwissenschaftliche »Berufskunde« verworfen und an deren Stelle die Integration der Bibliothekswissenschaft in die Kommunikations- und Informationswissenschaft gefordert. Vgl. Rolf Kluth, Gibt es eine Bibliothekswissenschaft?, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 17 (1970), Heft 4/5, S. 227-246; Werner Krieg, (Hrsg.), Bibliothekswissenschaft. Versuch einer Begriffsbestimmung in Referaten und Diskussionen bei dem Kölner Kolloquium (27. bis 29. Oktober 1969), Köln 1970.

201 Ministerialdirektor Hagelberg an Will Weber, Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen, 25.8.1969, ebd., unfol.

202 Ministerialdirektor Hagelberg an den Norddeutschen Rundfunk, Funkhaus Hannover, Ernst Herzfeld, 13.11.1969, ebd., unfol.

203 NDR, Funkhaus Hannover, Abt. Kult. Wort, Ernst Herzfeld, an Ministerialdirektor Hagelberg, 23.10.1969, ebd., unfol.

204 Ministerialdirektor Hagelberg an den NDR, Programmdirektor Franz Reinhold, 2.9.1969, Manuskript mit Einfügungen nach Rudolf Blum, ebd., unfol.

Bildteil II



Bild 16: Zweiter Erweiterungsbau der Deutschen Bücherei, Nordwestflügel, 1962

Walter Ulbricht in der Deutschen Bücherei am 8. April 1961



Bild 17: Walter Ulbricht, Lotte Ulbricht, Helmut Röttsch (v. l. n. r.) mit Medienvertretern



Bild 18: Lotte Ulbricht, Walter Ulbricht, Curt Fleischhack, Helmut Röttsch (v. l. n. r.)

Ich danke den Mitarbeiterinnen der
Deutschen Bücherei für die große
freundliche und obert die mir
geleistet haben.

Die Deutsche Bücherei, als die
Deutsche Nationale Bibliothek
ist von größter Bedeutung für die
Pflege der deutschen Literatur und
für die Entfaltung der Kultur der
Völker durch unsere Mitarbeiterinnen.

Adieu liebe Freunde!

8. 4. 1964

W. Ulbricht

Kolde Ulbricht

Bild 19: Eintrag Walter Ulbrichts im Gästebuch der Deutschen Bücherei



Bild 20: Helmut Röttsch, Walter Ulbricht (v. l. n. r.)



Bild 21: SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei, Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR, 1966

V. Tradition und Moderne: Zwei »Nationalbibliotheken« (1968-1989)

1. Krisenmanagement: Die Deutsche Bücherei in der Ära Honecker

a.) Bröckelnde Fassaden: Die Deutsche Bücherei als »moderne Großbibliothek«

Die Bibliotheksverordnung vom 31. Mai 1968 hatte den Schlusspunkt unter die Debatte um ein einheitliches Bibliothekswesen gesetzt. Am Ende blieb nur eine Absichtsbekundung und obgleich ihr ganze zehn Durchführungsbestimmungen folgten, welche die Herausbildung neuer Bibliothekstypen und die Bildung von Bibliotheksnetzen festschrieben,¹ blieben die Auswirkungen auf das ostdeutsche Bibliothekswesen in einem überschaubaren Rahmen. Für die Deutsche Bücherei schrieb die Verordnung im Grunde jene Funktionen fest, die sie seit jeher ausgeübt und vehement für sich beanspruchte hatte: Nationalbibliothek, Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums und Bibliographisches Zentrum.² Auch der im Mai 1971 offiziell vollzogene Machtwechsel an der Spitze der SED von Walter Ulbricht zu Erich Honecker setzte keine neuen bibliothekspolitischen

1 Die Durchführungsbestimmungen wurden zwischen 1970 und 1976 erlassen und finden hintereinander abgedruckt in Heinz Werner (Hrsg.), Rechts-ABC für Bibliothekare, Leipzig 1983, S. 217-259.

2 Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Aufgaben des Bibliothekssystems bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik – Aufgaben und Arbeitsweise der Deutschen Bücherei zu Leipzig als Leit- und Koordinierungseinrichtung für Bibliographie und bibliographische Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik – vom 24. August 1970, in: Gesetzblatt der DDR 1970, Teil II, S. 567-569.

Impulse. Zwar hatte Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 ganz allgemein von der Erhöhung des kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung gesprochen. Dies meinte allerdings zunächst vor allem die Entwicklung der Konsumgüterversorgung, womit »viele Anlässe für Reibungen und Verärgerungen aus der Welt« geschafft werden sollten. Bald erweiterte sich dies auf sämtliche Kunstformen, besonders auf Literatur und bildende Künste. Für bibliothekspolitische Initiativen boten Honeckers Äußerungen jedoch allenfalls vage Anknüpfungspunkte. So hob der neue Generalsekretär der SED, anknüpfend an die Diskurse der 1960er Jahre, einmal mehr die Bedeutung wissenschaftlicher Forschung hervor, die ihren »gesellschaftliche[n] Wert« nur dann wirklich entfalten könne, wenn sie rasch und »in der möglichen Breite« wirtschaftlich nutzbar würde. Auch die künftige Rolle der EDV kam in diesem Zusammenhang zur Sprache.³

Den von der Netzbildung erhofften Rationalisierungseffekten stand jedoch nicht nur eine weitverbreitete Skepsis unter wissenschaftlichen Bibliothekaren gegenüber, sondern auch die zunehmende Marginalisierung des Sektors durch das übergeordnete Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF). Schon 1970 stellte der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Staatsbibliothek, Kurt Brückmann, fest, dass das »Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen im Hinblick auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen kaum noch in Erscheinung tritt und eine staatliche Führungstätigkeit für die wissenschaftlichen Bibliotheken nicht mehr ausgeübt wird.«⁴ Dagegen erfuhr der Aufbau von Informations- und Dokumentationszentren im ministeriellen Alltagsgeschäft eine deutliche Aufwertung. Der Kooperation von Bibliotheken und Informations- und Dokumentationsstellen wurde nun eine derart große Bedeutung für die Rationalisierung der Literaturversorgung beigemessen,⁵ dass innere Probleme der Bibliotheken und geforderte Investitionsvorhaben (wie Speicherbibliotheken) von den Behörden kaum noch in den Blick genommen wurden. Dabei waren die materiellen, aber weniger die organisatorischen Probleme in der Literaturversorgung akut. So mussten, einem Problembericht von 1975 zufolge, bei 60 Prozent der im Leihverkehr bestellten Titel Bereitstellungszeiten von über sieben Wochen in Kauf genommen werden. In der Erwerbungspolitik klappte zudem eine immer größer werdende Lücke zwischen Nachfrage und Angebot.

3 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1971, S. 64-77. Zur Konsumpolitik der SED als zentralem Politikfeld in der Ära Honecker vgl. Andreas Malycha, Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, München 2014, S. 177-256.

4 Deutsche Staatsbibliothek, Hausmitteilung Kurt Brückmann an Horst Kunze, 27.10.1970, SBB, G II/A/31, Bd. 1, unfol.

5 Marks, Die Bibliotheksgeschichte der DDR, S. 57f.; Knoth, Stellung, Funktion und Aufgaben der Deutschen Bücherei, S. 39.

Während sowjetische Literatur ohne größere Probleme zu beziehen war, hatte sie an der gesamten Ausleihe an Hochschulbibliotheken einen Anteil von gerade einmal zwei bis drei Prozent. Für die Erwerbung der wesentlich stärker nachgefragten »Kontingentliteratur«, insbesondere der westdeutschen Literatur, standen dagegen zunehmend weniger Devisen zur Verfügung, Zeitschriftenabonnements wurden immer wieder ersatzlos gestrichen. Ein kontinuierlicher Bestandsaufbau, der für den von der SED verlangten wissenschaftlichen Fortschritt unentbehrlich war, war für viele Bibliotheken kaum noch möglich. Auf bestellte Titel aus der Bundesrepublik, die nur über die Leipziger Kommissions- und Großbuchhandelsgesellschaft (LKG) zu beziehen waren, warteten Bibliotheken im Schnitt wiederum zehn, auf »Kontingentliteratur« aus anderen nicht-sozialistischen Staaten sogar 18 Wochen.⁶ Dazu kamen eine veraltete technische Ausstattung und massive Raumprobleme. Ende der 1970er Jahre waren die Magazinreserven sämtlicher Universitäts- und Hochschulbibliotheken erschöpft, was diese zur Unterhaltung von Ausweichmagazinen zwang, die aber weder eine bestandsgerechte Unterbringung noch ausreichend Schutz vor Brand boten. Die Bibliothek der TU Dresden etwa unterhielt zu diesem Zeitpunkt bereits elf, die UB Rostock drei Ausweichmagazine, die zum Teil 25 Kilometer vom Hauptgebäude entfernt lagen. Dem wollte das Methodische Zentrum zwar durch den Aufbau einer zentralen Speicherbibliothek, in der nicht oder kaum genutzte Objekte untergebracht werden sollten, Abhilfe schaffen, das Projekt kam über das Entwurfsstadium aus besagten Gründen aber nicht hinaus.⁷

Die Deutsche Bücherei war von diesen Entwicklungen freilich nicht ausgenommen, genoss aber immer eine kulturpolitische Sonderstellung. Diese allerdings wurde nun zunehmend zum Objekt von Auseinandersetzungen zwischen Staats- und Parteiapparat. Einen Fürsprecher fand die Bibliothek in der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED, was sich insbesondere im Konflikt um die Umbenennung der Bibliographien in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zeigte. Nach der Machtübernahme durch Erich Honecker, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger für eine stärkere Integration in die sozialistische Staatenfamilie stand, sollten sämtliche Institutionenbezeichnungen mit Bezug zur deutschen Einheit eliminiert werden. Honeckers Strategie des *nationbuilding* zufolge sollte die DDR in scharfer Abgrenzung zur Bundesrepublik in ihrer tiefen Verwurzelung im »progressiven« deutschen Erbe wahrgenommen wer-

6 Analyse zur Versorgung der Wissenschaftler mit Literatur und zur Nutzung der wissenschaftlichen Bibliotheken des Hochschulwesens zur Verbesserung von Information und Dokumentation, [1975], BArch, DR 3, 2. Schicht, 1854, Teil 2, unfol.

7 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken und Informations- und Dokumentationseinrichtungen, 2. Entwurf: Konzeption für die Errichtung einer Speicherbibliothek, 15.11.1978, ADNBL, 806/2, Bl. 10-13.

den.⁸ Für die Deutsche Bücherei bedeutete dieser Strategiewechsel mehr als eine kosmetische Maßnahme. Die Bibliothek hätte im schlimmsten Fall nicht nur auf ihren traditionsreichen Namen verzichten müssen, sondern musste auch terminologische Korrekturen an den von ihr herausgegebenen Bibliographien befürchten, womit sich folgenreiche Eingriffe in ihre Existenzgrundlagen verbunden hätten. So beeilten sich die Leipziger Bibliothekare, die Wissenschaftsabteilung des ZK der SED bereits im September 1971 über die möglichen Konsequenzen zu informieren, zumal das Presseamt des Ministerrates bereits im Mai 1971, d. h. noch vor dem VIII. Parteitag, die Aufhebung des Titels »Bibliographie fremdsprachiger Werke über Deutschland und Persönlichkeiten des deutschen Sprachgebietes« gefordert hatte. Die Folgen lagen, Helmut Röttsch und Helmut Lohse zufolge, in der Gefahr, dass die Deutsche Bibliothek die traditionsreichen Titel der Bibliographien sofort nach deren Freiwerden übernehmen würde, was nicht nur einen Eingriff in die »rechtmäßigen Ansprüche der Deutschen Bücherei und damit auch der DDR« bedeute, sondern auch einen spürbaren Rückgang kostenloser Belegexemplare aus der Bundesrepublik, Schweiz und Österreich. Damit würden »sowohl die Belieferung der Deutschen Bücherei als auch die Nutzung dieser Materialien für die Zwecke unseres Staates ernsthaft gefährdet«. Röttsch und Lohse machten die Bewahrung der Kontinuität ihrer Institution damit zu einer Angelegenheit im nationalen Interesse.⁹ Unterstützung (jedoch keineswegs kritiklose Fürsprache) erhielten sie dabei von Lucie Pflug, die in der ZK-Wissenschaftsabteilung für Verlage und wissenschaftliche Bibliotheken zuständig war. Diese wies den Abteilungsleiter, Johannes Hörnig, zwar darauf hin, dass die Position der Deutschen Bücherei »sich weder mit der Politik der Abgrenzung noch [...] der Theorie von zwei deutschen Staaten« vertrage. Dennoch stimmte sie für die Forderung der Bibliothekare, besonders in Bezug auf den seit 1961 quasi-offiziell geführten Titel »Nationalbibliothek«, »einzig deshalb, weil bei seiner Aufgabe er sofort durch Frankfurt okkupiert würde«. Ferner erschien es Pflug nicht ratsam, im Untertitel der Deutschen Nationalbibliographie aus politischen Gründen eine Trennung zwischen DDR, BRD und Westberlin vorzunehmen, weil dann optisch 5.000 DDR-Titel 20.000 westdeutschen Veröffentlichungen gegenüberstehen würden.¹⁰ Pflugs Argumentation demonstriert die existentielle Bedeutung der Deutschen Bibliothek für die Deutsche Bücherei. Obwohl es keinerlei

8 Rolf-Ulrich Kunze, Die DDR seit 1971 als Nationalstaat, in: Archiv für Kulturgeschichte 92 (2010), Heft 2, S. 399-424. Zu den Umbenennungen im Einzelnen vgl. McKay, The official Concept of the Nation, S. 89f.; Ilse Spittmann, Honecker und die deutsche Frage, in: Deutschland Archiv 5 (1972), S. 1 f.

9 Helmut Röttsch/Helmut Lohse, Vorlage zu politischen Grundsatzproblemen der Deutschen Bücherei in Auswertung des VIII. Parteitages der SED, 24.9.1971, SAPMO-BArch, DY 30/7474, unfol.

10 Lucie Pflug an Johannes Hörnig, o.D., ebd., unfol.

Anzeichen für eine »feindliche« Übernahme durch Frankfurt gab, hingegen die Gefahr des Rückgangs der kostenlosen Belieferung mit Publikationen aus der Bundesrepublik durchaus realer war, da weitreichende terminologische Eingriffe für die Buchhändler und Verleger der Bundesrepublik einen Verlust der wirtschaftlichen Bedeutung der Bibliographie bewirken konnte, erschien Pflug die Möglichkeit einer »klassenfeindlichen« Übernahme durch Frankfurt wesentlich wahrscheinlicher.

Dennoch mussten die Bibliothekare in einigen Fällen Kompromissbereitschaft signalisieren, wollten sie sich nicht dem Verdacht fehlenden politischen Bewusstseins aussetzen. So legten sie der Wissenschaftsabteilung im Dezember 1972 eine Liste mit Änderungsvorschlägen, die in fünf von zehn Fällen eine Fortführung der bisherigen Titel (Deutsche Nationalbibliographie, Deutsches Bücherverzeichnis, Bibliographie der Übersetzungen deutschsprachiger Werke, Deutsche Musikbibliographie, Bibliographie der Kunstblätter), für die restlichen Titel jeweils die Tilgung des Attributes »deutsch« vorsahen. Pflug reichte dies jedoch nicht, sie vermerkte handschriftlich: »Was soll das? Verantwortung der DB spielt wohl keine Rolle?«¹¹ In Leipzig musste deshalb noch einmal nachjustiert werden. So schlug Röttsch in einem weiteren Positionspapier die Einführung »präziser formulierter Titel und Untertitel« (anstatt »Jahresverzeichnis der deutschen Hochschulschriften« etwa »Jahresverzeichnis der Hochschulschriften der DDR, der BRD und Westberlins«), eine »exaktere Kennzeichnung der Titelaufnahme« durch Preisangaben in der jeweiligen Landeswährung sowie den Verzicht auf die öffentliche Benutzung des Titels »Nationalbibliothek« und stattdessen die Verwendung der den Bezug auf staatliche Entitäten vermeidenden Bezeichnung »internationales Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums der Welt« vor. Befürwortet hatte das Schreiben diesmal auch der seit 1970 amtierende Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme.¹² Die Wissenschaftsabteilung des ZK der SED folgte offenbar diesen Kompromissvorschlägen. Schließlich verblieb jedoch noch ein konkreter Streitfall. Im Juni 1974 forderte Hörnig von Böhme die abermalige Umbenennung des »Jahresverzeichnisses der Hochschulschriften der DDR, BRD und Westberlin«, »um von einer Art gesamtdeutscher Gemeinsamkeit abzukommen«. Stattdessen sollte die Bibliographie in »Jahresverzeichnis deutschsprachiger Hochschulschriften« umgetauft werden, was einerseits den Bezug zu einer geographischen Einheit vermied als auch eine Erweiterung auf österreichische und Schweizer Hochschulschrif-

11 Deutsche Bücherei, Abt. Bibliographie, Gerhard Pomaßl, an das ZK der SED, Abt. Wissenschaft, Genn. Pflug, 18.12.1972, ebd., unfol.

12 Helmut Röttsch, Probleme der Deutschen Bücherei in Leipzig, die sich in Auswertung des VIII. Parteitag der SED ergeben haben, 5.3.1973, ebd., unfol.; Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme, an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, Johannes Hörnig, 22.3.1973, ebd., unfol.

ten ermöglichte.¹³ Auch in diesem Fall musste die Deutsche Bücherei konzeptionelle Maßnahmen ergreifen, denn der sowohl kultur- als auch wissenschaftspolitisch motivierte Vorstoß Hörnigs barg durchaus politische Sprengkraft in sich. So schlug der stellvertretende Leiter der Abteilung Bibliographie, Gottfried Rost, in einer Stellungnahme vom 13. September 1974 drei mögliche Varianten vor, wie eine solche Bibliographie im Textteil zu gliedern sei. Eine erste Möglichkeit sah vor, den Textteil nach Ortsnamen zu strukturieren, was den Zustand vor der Umbenennung wiederhergestellt hätte, kulturpolitisch aber bedenklich erschien. Eine zweite Variante sah vor, die Titel nach Ländernamen zu ordnen, was zwar der Abgrenzungspolitik der SED entgegenkam, aber Proteste vonseiten Österreichs befürchten ließ, weil man dort auf die Eigenständigkeit der nationalen Bibliographie pochte. Ein dritter Vorschlag schließlich bot die Ordnung der Titel nach Wissensgebieten an, was sowohl den Interessen der SED als auch denen Österreichs entgegenkam, weil damit jeglicher Bezug zu geographisch-politischen Entitäten umgangen werden konnte.¹⁴ Obwohl der Leiter des Sektors Bibliotheken und Museen im MHF, Eberhard Kabus, die Bedenken Rosts im Hinblick auf Österreich nicht teilte, stimmte er der dritten Variante zu.¹⁵ Die internen Debatten waren damit beendet und die maßgeblichen Vertreter des zentralen Parteiapparates hatten sich im Ergebnis durchaus flexibel gezeigt, zwischen wirtschafts-, kultur- und außenpolitischen Interessen abzuwägen.

Der Entscheidung, die Deutsche Bücherei in ihrem Sammelauftrag nicht einzuschränken, stand auf der anderen Seite das MHF gegenüber, gegen dessen »Engstirnigkeiten«, wie Röttsch es später nannte,¹⁶ man sich zu behaupten hatte. Denn obwohl sich das MHF im Konflikt über die Bibliographien noch für die Sonderstellung der Deutschen Bücherei eingesetzt hatte, ging die zuständige Fachabteilung bald auf Distanz zur »Nationalbibliothek«. Die vielen Dienstreisen (neben Buchmessen und Verlegerreisen zunehmend auch auswärtige Ausstellungen), der steigende Platzbedarf und die Konkurrenz mit Frankfurt wurden dieser allmählich zu kostenintensiv. Die Deutsche Bücherei sollte deshalb in ihrem Aktionsradius beschränkt werden. So berichtete der auch als

13 ZK der SED, Abt. Wissenschaften, Johannes Hörnig, an den Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme, 11.6.1974, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

14 Deutsche Bücherei, Abt. Bibliographie, Gottfried Rost, Betr.: Erweiterung des Berichtsinhaltes des »Jahresverzeichnis der Hochschulschriften der DDR, der BRD und Westberlins«, 13.9.1974, ebd., unfol.

15 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Bibliotheken und Museen, an den stellvertretenden Minister, Gregor Schirmer, 5.7.1974, ebd., unfol.; Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Gregor Schirmer, an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, Johannes Hörnig, 29.10.1974, ebd., unfol.

16 Röttsch, Eine Gratwanderung ohne Absturz, in: Lehmstedt/Lokatis (Hrsg.), Das Loch in der Mauer, S. 141.

IM tätige Stellvertreter des Generaldirektors, Helmut Lohse, der Stasi im Jahre 1975 von einem informellen Gespräch zwischen ihm, dem Sektorenleiter des Ministeriums, dem Leiter des Methodischen Zentrums und weiteren Teilnehmern am Rande eines Lehrgangs für Direktoren wissenschaftlicher Bibliotheken. In diesem Gespräch hätten beiden Vertreter aus Ost-Berlin die »Rolle und Stellung der DB« grundsätzlich infrage gestellt. Lohse sei nahegelegt worden, die Dienstreisen in die Bundesrepublik auf ein Minimum einzuschränken, die Zahl der Reisekader zu reduzieren und das Sammelgebiet auf Schriften zu begrenzen, die auch häufig benutzt würden.¹⁷ Am Ende blieb es jedoch bei mündlichen Erwägungen im kleinen Kreis. Allerdings machte das Ministerium bald durch andere bürokratische Maßnahmen deutlich, dass es die Deutsche Bücherei künftig wie jede andere wissenschaftliche Bibliothek zu behandeln gedachte. So führte das MHF 1976 ein neues Bestellsystem für »Kontingentliteratur« ein, mit dem Ziel, den Bezug fachfremder Literatur zu vermeiden.¹⁸ Die Richtlinie galt explizit auch für die Deutsche Bücherei, wo man sich über die damit verbundene zusätzliche Belastung des Geschäftsgangs verärgert zeigte und argwöhnte, »daß Bedeutung und Aufgabe der DB vom eigenen, für die DB zuständigen Ministerium nicht bekannt bzw. erkannt worden ist«.¹⁹ Schließlich gingen die Bibliothekare angesichts spürbarer Kürzungen von Reisemitteln bald dazu über, die Verlegerbesuche in der Bundesrepublik und auswärtige Ausstellungen mit dem Privatfahrzeug zu organisieren. Dennoch kürzte das Ministerium immer weiter, sodass Helmut Lohse Ende 1979 befürchtete, bald »den Laden zu machen [sic!]« zu können.²⁰ Seit 1980 wurden die Reisegelder für den Besuch der Buchmessen schließlich vom Außenhandelsministerium aufgebracht, das auch die Reisen von Vertretern des Außenhandelsbetriebs (AHB) Buchexport finanzierte.²¹

Die Differenzen zwischen dem MHF und der Deutschen Bücherei sind auch vor dem Hintergrund der internationalen Bibliotheksdebatten seit Mitte/Ende der 1960er Jahre zu sehen, in deren Zentrum zunehmend das Leitbild der »modernen Großbibliothek« stand, das explizit an Nationalbibliotheken adressiert war. Dabei handelte es sich weniger um einen durch feste Kriterien definierten Bibliothekstyp, sondern um die Vorstellung eines technisch hochgerüsteten, (zentral-)staatlich geförderten Dienstleistungsbetriebs, ohne den die »Wissensgesellschaft« nicht vorstellbar schien. An diesem Modell, das die historischen

17 IM Gerhard, Bericht, 2.2.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Bl. 313f.

18 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Minister Böhme, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 31.3.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 28.

19 FIM Reinhardt, Betr.: Information zum beiliegenden Schreiben des Min. f. HF, 4.5.1976, ebd., Bl. 27.

20 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 14.3.1979, 21.3.1979, ebd., Bl. 291.

21 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 6.10.1983, 31.10.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3 (ab 25.7.1985), Bl. 70.

Wurzeln der angesprochenen Institutionen zunehmend in den Hintergrund rücken ließ, orientierte sich seit Mitte der 1960er Jahre auch die Deutsche Bücherei. Dem stand jedoch das Fehlen einer effektiven zentralen Steuerung bzw. Förderung gegenüber, über welche die Vorbilder in den USA, Großbritannien, Frankreich und zunehmend auch Westdeutschland verfügten. So wurde etwa der dritte Erweiterungsbau der Deutschen Bücherei, der in den Jahren von 1976 bis 1982 am Nordwestflügel errichtet wurde, außerhalb des Plans durchgeführt. Der in kostensparender Montagebauweise ausgeführte Bücherturm sollte vor allem die Unterbringung von fünf Millionen Bänden sichern. Anfängliche Planungen für ein Organisations- und Rechenzentrum des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, für die Fachschule für Bibliothekare sowie für das Deutsche Buch- und Schriftmuseum blieben indes auf dem Papier.²² Der Bauablauf des aus fünf Segmenten und einem Mittelkern bestehenden Turmes, der über eine Brücke mit dem Hauptgebäude verbunden wurde,²³ gestaltete sich offenbar ohne große Konflikte, abgesehen davon, dass das seit 1969 in Planung befindliche Projekt nach Berechnungen der Bibliothek bereits hätte 1975 fertiggestellt sein müssen²⁴ und die Absage der Teilnahme hoher Funktionäre vier Tage vor der Grundsteinlegung 1977 Grund für allerlei Spekulationen gegeben hatte.²⁵ Zur IFLA-Tagung des Jahres 1981, die erstmals in der DDR bzw. in Leipzig stattfand und sich vor allem an das »nicht-sozialistische Ausland« richtete,²⁶ konnte die Leipziger Bibliothek schließlich eine Modernität ausstrahlen, die außerhalb ihrer Mauern jedoch kaum existierte. So diente der Magazinturm in den folgenden Jahren auch als Ausweichmagazin für andere Bibliotheken, etwa für die Leipziger Universitätsbibliothek, die seit einem Bombenangriff im April 1945 noch immer in Trümmern lag und nur zu einem Drittel benutzbar war.²⁷ Am Ende der 1980er Jahre beherbergte der Turm Bestände von »Untermietern« (neben der Leipziger Universitätsbibliothek auch die Bezirks- und Stadtbibliothek, die Universität selbst und die LKG), die eine Fläche von umgerechnet 12 Zugangs-

22 Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig, Objekt Deutsche Bücherei, 29.11.1971, SächsStAL, 22124, 449, unfol.

23 Röttsch/Pleßke, Die Deutsche Bücherei in Leipzig, S. 93f.

24 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Wissenschaftliche Bibliotheken, Information und Museen, Bau eines Magazinhochhauses für die Deutsche Bücherei Leipzig, 9.11.1972, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

25 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 3.6.1977, 6.6.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 100.

26 Von 1.200 Teilnehmern stammten 800 aus dem »nicht-sozialistischen Ausland«. Vgl. FIM Reinhardt, Quellen: Gen. Prof. Dr. Röttsch, »Gerhard«, IFLA-Tagung 1981 in Leipzig, 10.7.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 76.

27 Hierzu vgl. verschiedene Dokumente in ADNBL, 809/2.

jahren belegten.²⁸ Daneben baute die Deutsche Bücherei ihre internationale Stellung aus. Dazu zählte vor allem der Aufbau eines Sammelgebietes »International«, das seit der diplomatischen Anerkennung und Aufnahme der DDR in die UNO Schriften internationaler Nichtregierungsorganisationen aufstellte und erschloss.²⁹ 1977 und 1985 wurden zudem nationale Agenturen für die Vergabe der Internationalen Standardnummer für fortlaufende Serienwerke (ISSN) und der Internationalen Standardbuchnummer (ISBN) eingerichtet,³⁰ wovon sich das MHF jedoch in erster Linie eine Verbesserung des Absatzes von DDR-Publikationen erhoffte.³¹ 1986 erhielt die Bibliothek schließlich die Aufgabe eines »Regionalen Zentrums für Konservierung und Restaurierung« der IFLA übertragen und wurde damit zur Schnittstelle zwischen der IFLA-Zentrale und der sozialistischen, deutschsprachigen und skandinavischen Staaten sowie einigen Ländern Asiens, Afrikas und Mittelamerikas in Fragen der Buchrestaurierung. In diesem Bereich konnte die bereits krisengeschüttelte DDR zumindest auf dem Papier mit technischen Innovationen wie einer Nassbehandlungsmaschine und einer in der Deutschen Bücherei konstruierten Papierspaltmaschine aufwarten. In Leipzig lief das gesamte technische Knowhow der genannten Regionen zusammen.³²

Diese Äußerlichkeiten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Deutsche Bücherei nur bedingt dem internationalen Leitbild einer »modernen Großbibliothek« entsprach. Die Abwesenheit einer zentralen Steuerung musste das Agieren der Deutschen Bücherei diesbezüglich zwangsläufig einschränken bzw. zog unkoordinierte Dezentralisierungstendenzen nach sich. So konnte die Deutsche Bücherei nicht einmal die Funktion der bibliographischen Leit- und Koordinationsstelle der DDR, welche ihr durch die Verordnung von 1968 bzw. die zweite Durchführungsbestimmung von 1970 übertragen worden

- 28 Bericht, gehalten auf der Dienstbesprechung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen mit den Rektoren am Freitag, dem 30. September 1988, zum Tagesordnungspunkt »Aufgaben und Führungsschwerpunkte bei der Entwicklung der Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationszentren der Universitäten und Hochschulen sowie der zentralen wissenschaftlichen Bibliotheken«, o.D., ADNBL, 152/1/6, Bd. 10, unfol.
- 29 Karl-Heinz Winkler, Die Deutsche Bücherei als Depotbibliothek Internationaler Organisationen und Kongressmaterialien, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 101 (1987), Heft 9, S. 402f.
- 30 Röttsch/Pleßke, Die Deutsche Bücherei in Leipzig, S. 94.
- 31 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Bibliotheken und Museen, Abteilungsleiter Dr. Grampp, an die Museumsdirektoren, 1.7.1986, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1874, Teil 1, unfol.
- 32 Helmut Röttsch, Das Kernprogramm der IFLA für die Preservation und das Regionale IFLA-Zentrum für Konservierung und Restaurierung in der Deutschen Bücherei, Leipzig, in: Yorck A. Haase/Gerhard Haass (Hrsg.), 77. Deutscher Bibliothekartag in Augsburg 1987. Reden und Vorträge, Frankfurt am Main 1988, S. 143-152.

war, adäquat ausfüllen. Die hierfür eingerichtete Koordinierungsstelle mit nur einer Planstelle vermochte es kaum, zwischen den bibliographischen Vorhaben der Bibliotheken und der Informations- und Dokumentationseinrichtungen zu vermitteln. Die Koordinierungsstelle war vielmehr damit beschäftigt, Informationen über geplante bibliographische Projekte einzuholen, die in der Regel »jedoch nicht ausreichen, um eine klare Vorstellung für die Durchführung und das Endergebnis zu gewinnen«. Der Einfluss der Koordinierungsstelle blieb gering, zumal die Vorhaben zumeist schon in die jeweiligen Institutspläne integriert waren und ein nachträglich korrigierender Eingriff seitens der Deutschen Bücherei damit nur bedingt möglich war. Zudem hatte die Koordinierungsstelle keinerlei Einfluss auf die Herstellungsbedingungen der Bibliographien. Die Bibliotheken mussten die Druckgenehmigungen immer bei den Bezirken einholen, die ihnen, wohl aufgrund der kostenintensiven Produktion von Bibliographien, wiederum nur Auflagen zur Deckung des Bezirksbedarfs gewährten, was Doppelarbeiten zwischen den Bezirken, die gerade vermieden werden sollten, unvermeidlich werden ließ.³³ Konzeptionelle Arbeiten, die über die rein koordinierenden Aufgaben hinausgingen, mussten die Bibliothekare dagegen neben ihrer hauptamtlichen Tätigkeit erledigen.³⁴

Dies war jedoch bei einer Personalsituation, die zunehmend von Überalterung, Nachwuchssorgen und Personalausfällen von jährlich zum Teil über 20 Prozent³⁵ geprägt war, stetig steigender Eingangszahlen (1982 rund 140.000 Objekte, davon etwa 50.000 Verlagsschriften³⁶) sowie rasant wachsenden Benutzerquoten kaum zu leisten. Dazu kamen externe Faktoren, die einen reibungslosen Geschäftsgang in der Deutschen Bücherei gefährdeten. Sorgen bereiteten vor allem die Verlage der DDR selbst, deren Produktion nur zu einem geringen Teil pünktlich nach Erscheinen in der Bibliothek eintraf. Das lag vor allem an organisatorischen Defiziten der Literaturlieferung. Von 93 DDR-Verlagen lieferten

33 Helmut Röttsch, Die koordinierende Funktion der Deutschen Bücherei auf dem Gebiet der Bibliographie, Referat gehalten auf der Direktorenkonferenz der Einrichtungen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen vom 3. bis 5. Mai 1978 in Siebenlehn, ADNBL, 152/1/6, Bd. 6, Bl. 112.

34 Helmut Röttsch, Die Deutsche Bücherei als Zentrum bibliographischer Literaturinformation, in: Sieghardt von Köckritz/Kurt Nowak (Hrsg.), Nationalbibliotheken im Jahr 2000/National Libraries in the Year 2000, Frankfurt am Main 1988, S. 125-135, hier S. 129.

35 Protokoll der 12. gemeinsamen Beratung der Leitungen der Deutschen Staatsbibliothek (DSB) und der Deutschen Bücherei (DB) am 13. April 1978 im Sitzungszimmer der Deutschen Staatsbibliothek, Entwurf, 30.6.1978, ADNBL, 811/1, unfol.

36 Protokoll der 18. gemeinsamen Beratung der Leitungen der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei am 27. April 1983 im Sitzungszimmer der Deutschen Staatsbibliothek, 11.8.1983, ebd., unfol.

im Jahre 1975 nur 76 ihre Pflichtexemplare direkt an die Deutsche Bücherei, 15 Verlage über die LKG und zwei über die Druckereien. Gerade bei der Lieferung über die LKG ergaben sich Verzögerungszeiten von bis zu acht Wochen, Druckereien lieferten die für die Deutsche Bücherei bestimmten Exemplare meist erst drei bis acht Tage nach Erscheinen aus.³⁷ Im März 1975 forderte die Bibliotheksleitung das MHF deshalb dazu auf, eine Regelung zu finden, wonach die Verlage die Bibliothek ausnahmslos direkt belieferten,³⁸ und hatte Erfolg. Wenige Monate später wies die HV Verlage und Buchwesen des Kulturministeriums die Verlage an, die Deutsche Bücherei wieder direkt zu beliefern, zumindest bis die Organisationsdefizite in der LKG behoben seien.³⁹ Gleichwohl bestanden ähnliche Probleme bei der Ablieferung westdeutscher Belegexemplare, auf die man freilich keinen Einfluss hatte. Obwohl die Deutsche Bücherei rund 80 Prozent der westdeutschen Neuerscheinungen erhielt, lieferten 1975 nur 20 Prozent der Verlage direkt nach Erscheinen. 50 Prozent lieferten dagegen lediglich in monatlichen bzw. halbjährlichen Abständen, 30 Prozent erst nach Aufforderung durch die Bibliothekare. Die rund 200.000 DM, die die Deutsche Bücherei jährlich als Devisen erhielt, reichten dagegen bei Weitem nicht aus, um die verspätet eintreffenden Exemplare zu kaufen. Vielmehr musste ein Teil der Devisen sogar für die Übernahme der Portokosten der westdeutschen Verleger aufgewendet werden. Ein weiteres Problem betraf das Fehlen von Druckkapazitäten, was Verzögerungen bei der Auslieferung der Hefte der Nationalbibliographie von bis zu neun Monaten verursachte. So konnten etwa allein aus diesem Grund im Jahr 1974 6.000 Verlagsschriften und 4.000 Objekte außerhalb des Buchhandels nicht verzeichnet, sondern mussten in das Jahr 1975 übernommen werden. Schließlich mangelte es auch an Buchbinderkapazitäten für die hauseigenen Bibliographien. Die hauseigene Buchbinderei war selbst nicht in der Lage, diese Kapazitäten aufzubringen. Die dort Beschäftigten waren neben ihren eigentlichen Tätigkeiten damit befasst, Katalogkästen anzufertigen oder den Karton für die Titeldrucke zu schneiden, die seit 1974 obligatorisch an alle Bibliotheken der DDR geliefert werden mussten. Aus diesem Grund musste die Deutsche Bücherei zum Teil weiter entfernt liegende Buchbindereien beauftragen,⁴⁰ für die die

37 Geschäftsgang-Analyse (Probleme und Mängel) 1972-1975, ADNBL, 150/2/5, unfol.

38 Deutsche Bücherei, Abt. Beschaffung, Helmut Lohse, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor wissenschaftliche Bibliotheken, Information und Museen, Eberhard Kabus, Belieferung der Deutschen Bücherei mit Signalexemplaren, 7.3.1975, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

39 Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, Abt. Literaturverbreitung und Literaturpropaganda, an die Leiter der der HV Verlage und Buchhandel zugeordneten Verlage, Rundschreiben 21/75, Ablieferung von Pflichtexemplaren, 29.7.1975, ebd., unfol.

40 Geschäftsgang-Analyse (Probleme und Mängel) 1972-1975, ADNBL, 150/2/5, unfol.

Aufträge jedoch wenig lukrativ erschienen. Stattdessen wurden die Aufträge der Bibliothek dort als Lückenfüller betrachtet.⁴¹

Die Folgen blieben auch der internationalen Fachwelt nicht verborgen. In einer von der International Conference on National Bibliographies der UNESCO 1977 in Auftrag gegebenen Studie, in der verschiedene, zur Jahresmitte 1975 erschienene wöchentliche Verzeichnisse danach untersucht wurden, wie viele der dort aufgeführten Titel aus dem Berichtsjahr stammten, belegte die Deutsche Bücherei mit null Prozent den letzten Platz, die Konkurrenz aus Frankfurt rangierte dagegen mit 49 Prozent im Mittelfeld, Spitzenreiter war Polen mit 82 Prozent.⁴² Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte die Deutsche Bücherei einen spürbaren Rückgang der Exportkunden festgestellt, vom Erscheinen eines Buches bis zur Anzeige in der Bibliographie verging nunmehr bereits ein Jahr, während die Deutsche Bibliothek nur etwa 25 Prozent der Arbeitszeit benötigte.⁴³ Dazu kamen steigende finanzielle Belastungen. Die Bibliographien der Deutschen Bücherei waren stets Zuschussunternehmen gewesen. Rund 1,15 Millionen Mark betrug Anfang der 1980er Jahre die Differenz zwischen Herstellungskosten und Verkaufserlös, bei der Reihe A der Nationalbibliographie allein waren es rund 739.000 Mark. Um diese Differenz zu decken, musste auch die Deutsche Bücherei einen jährlichen Betrag aufbringen, der zu dieser Zeit etwa 204.000 Mark betrug. Nach einer Industriepreisreform im polygraphischen Gewerbe im Jahre 1981, in deren Folge die Herstellungskosten spürbar anstiegen, wuchs dieser Betrag auf 454.000 Mark an. Der Verlag für Buch- und Bibliothekswesen drohte daraufhin mit der Einstellung seines Anteils bzw. der Einstellung einiger Bibliographien, würde die Deutsche Bücherei diese Summe nicht aufzubringen. Eine Preiserhöhung, von der man sich eine Steigerung des Verkaufserlöses um 80.000 bis 100.000 Mark erhoffte, wurde dagegen nur für realistisch gehalten, wenn die Rückstände in der bibliographischen Anzeige spürbar abgebaut würden und der Kundenkreis stabil blieb.⁴⁴ Diese Hoffnung erfüllte sich aber nicht, 1988 betrug die Rückstände in den Anzeigen der Nationalbibliographie »beinahe einen Jahreszugang« bzw. rund 149.000 Titel.⁴⁵

Die Möglichkeiten der Deutschen Bücherei, auf diese Herausforderungen zu reagieren, waren eng begrenzt. Eine Anfang der 1970er Jahre eingerichtete haus-

41 Deutsche Bücherei, Abt. Benutzung, an Helmut Röttsch, Aktennotiz über Probleme, die Möglichkeiten und Kompetenzen des Direktors der Abteilung überschreiten, 18.3.1982, ADNBL, 150/2/4, unfol.

42 Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek am 10.11.1978, BArch, B 126/72361, unfol.

43 Deutsche Bücherei, Rationalisierungskonzeption 1981, o.D., ADNBL, 552/0, unfol.

44 Deutsche Bücherei, Protokollnotiz, Subventionierung der Bibliographien der Deutschen Bücherei, 4.8.1981, ADNBL, 558/0, unfol.

45 Beschlußprotokoll der 27. Sitzung der Kommission Geschäftsgang der Deutschen Bücherei am 23. Februar 1988, 11.3.1988, ADNBL, 150/2/4, unfol.

interne Kommission zur Rationalisierung des Geschäftsgangs, die einmal im Monat zusammenkam, entwickelte selbst keine grundlegenden Vorstellungen, die eingeschliffenen Arbeitsroutinen zu verändern. Zu komplex gestaltete sich die Störanfälligkeit des Systems. Etwas Abmilderung erbrachte lediglich eine Revision der Sammelgrundsätze im Jahre 1976, in deren Folge die Sammelgebiete Fremdsprachige Veröffentlichungen, Fremdsprachige Germanica und Übersetzungen eingeschränkt wurden.⁴⁶ 1979 wurden weitere Objektkategorien vom Hauptgeschäftsgang ausgeschlossen, die zwar weiterhin gesammelt wurden, aber einen zweiten Geschäftsgang durchliefen und nicht mehr in der Nationalbibliographie angezeigt werden sollten. Zudem sollten Jahrbücher, Periodika außerhalb des Buchhandels, Abreiß- und Umlegekalender usw. nur noch einmal angezeigt werden.⁴⁷ 1987 erfolgte eine letzte Revision der Sammelgrundsätze, deren Auswirkungen aber marginal blieben.

Am Ende blieben nur die Verheißungen der EDV. Allerdings hatten sich auf diesem Gebiet bereits Ende der 1960er Jahre die Grenzen des Handlungsspielraums offenbart. Die Vorstellungen der Bibliotheksleitung zum Import von westdeutscher Technik oder zur dauerhaften Nutzung bestehender örtlicher Infrastrukturen (Karl-Marx-Universität) stießen in Ost-Berlin auf Ablehnung. Obwohl die SED-Führung der Entwicklung der EDV einen großen politischen Stellenwert einräumte, zählte das Bibliothekswesen als nicht-produktiver Bereich offenbar nicht zu den Schwerpunkten der Anwendung. So schloss die Deutsche Bücherei, nachdem 1968 in der Abteilung Bibliographie ein Sachgebiet EDV eingerichtet worden war, einen Kooperationsvertrag mit der Sektion Rechentechnik und Datenverarbeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig und der vom ZK der SED geleiteten VOG Zentrage, die einen Großteil der Druckereien und Verlage der DDR anleitete, über den Aufbau eines Systems für die Herstellung von Bibliographien. Rechentechnik erhielt die Deutsche Bücherei vom zur VOG Zentrage gehörenden Leipziger Druckhaus, für das die Bibliothek im Gegenzug aber weitere Produktionsaufgaben übernehmen musste.⁴⁸ Zudem unterhielt die Deutsche Bücherei eine Ablochstation in einem baufälligen Gebäude in der Papiermühlenstraße,⁴⁹ wo die zunächst handschriftlich erstellten Daten-

46 Sammelgrundsätze der Deutschen Bücherei, Leipzig 1976.

47 Vereinfachte Einarbeitung bestimmter Objekte mit dem Ziele, ihre Benutzbarkeit zu beschleunigen und die Grundbibliographien zu entlasten. Ergebnis der Diskussion während der Geschäftsgangssitzung am 5.11.1979, ADNBL, 150/2/4, unfol.

48 Gerhard Pomaßl, Reihe C der Deutschen Nationalbibliographie wird auf EDV umgestellt, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 86 (1972), Heft 2, S. 93-95, hier S. 94.

49 Ein Gutachten vom 4. April 1979 kam zu dem Schluss, dass es unökonomisch sei, »auch nur 1,- M in das Gebäude zu stecken«. Deutsche Bücherei, Invest und Wert-erhaltung, an den Verwaltungsdirektor, Bautechnische Begutachtung des Gebäudes Deutsche Bücherei, Außenstelle Papiermühlenstraße 3, 4.4.1979, ADNBL, 150/2/4, unfol.

sätze auf Lochkarten übertragen wurden. Die Lochstreifen wurden dann in das Leipziger Druckhaus, später VEB Interdruck, gebracht, wo die Bibliographien gesetzt und gedruckt wurden. In der Universität wurde parallel an Lösungsmodellen für die automatisierte Bibliographieherstellung gearbeitet.⁵⁰

Die dezentrale Zusammenarbeit beruhte jedoch weitgehend auf Improvisation und gestaltete sich stark störanfällig. Bereits 1972 musste die Universität ihre EDV-Anlage gegen deren Nachfolger eintauschen, was für das EDV-Programm der Deutschen Bücherei eine Neuprogrammierung erforderlich machte, ohne zu wissen, inwiefern das neue Modell für die Zwecke der Bibliothek geeignet war.⁵¹ Bereits 1975, nachdem vier Verzeichnisse (Deutsche Nationalbibliographie Reihen A, B und C⁵², Jahresverzeichnis der Hochschulschriften, Bibliographie der Bibliographien und Deutsches Bücherverzeichnis) auf EDV umgestellt worden waren, wurde deutlich, dass die Lochstreifenverarbeitung für die Menge der Daten völlig ungeeignet war.⁵³ Für jeden Titel wurde eine Lochkarte benötigt, was eine jährliche Produktion von 100.000 bis 150.000 Lochkarten bedeutete. So lagen im November 1981 bereits die handschriftlichen Titelaufnahmen für wöchentliche Verzeichnis (Reihe A) bis zum Heft 12/1981 vor, die Ablochstation war jedoch erst bis zum Heft 45/1980 vorgedrungen.⁵⁴

Als am Ende der 1970er Jahre die Universität auf ESER-Technik⁵⁵ umrüstete und zeitgleich die Lochstreifentechnik in der polygraphischen Industrie abgeschafft bzw. durch Magnetband ersetzt wurde, galt die in der Deutschen Bücherei vorhandene Technik bereits als maßlos veraltet. Dies galt zudem nicht mehr nur im direkten Vergleich zur Deutschen Bibliothek bzw. zu Westeuropa, sondern zunehmend auch im inner-sozialistischen Vergleich. Seit der Westöffnung durch Breschnew, die die DDR in dieser Intensität nicht mitvollzogen hatte, setzten etwa Bulgarien, Polen, Ungarn und die Slowakei nunmehr ganz selbst-

50 Graphische Darstellung der bis 1990 anstehenden Aufgaben, o.D., BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

51 Deutsche Bücherei, Gottfried Rost, Aktennotiz für den Generaldirektor über ein Gespräch mit Koll. Dipl.-Math. Tews am 5.7.1972, 18.7.1972, ADNBL, 905/0, unfol.

52 Die Reihe C der Deutschen Nationalbibliographie war Ende der 1960er Jahre aus Rationalitätsgründen eingeführt worden. Dort wurden künftig alle Dissertationen und Habilitationen unabhängig von anderen Objektkategorien außerhalb des Buchhandels verzeichnet, um diese der Wissenschaft möglichst zeitnah bekannt zu machen.

53 Geschäftsgang-Analyse (Probleme und Mängel) 1972-1975, ADNBL, 150/2/5, unfol.

54 Protokoll über die Rechenschaftslegung und Neuwahl der Leitung der GO DB am 10.11.1980, SächsStAL, 21532, IV/D/7/169/01, unfol.

55 Das Einheitliche System Elektronischer Rechentechnik (ESER) wurde seit 1969 als Kooperationsunternehmen zwischen der UdSSR, Bulgarien, Ungarn, Polen, der DDR, später auch Rumänien und Kuba entwickelt.

verständlich auf westdeutsche EDV-Anlagen.⁵⁶ Die Bilanz der Deutschen Bücherei war dagegen ernüchternd. Anstelle einer planvollen EDV-Entwicklung habe man bisher immer nur die »mehr oder weniger zufällig sich bietenden Möglichkeiten« der Kooperation nutzen können. Alle Konzeptpapiere hätten jeglicher Wissensgrundlage entbehrt und seien stattdessen »mehr oder weniger ›auf Verdacht‹« erstellt worden. Arbeitsalltag und Geschäftsgang liefen auch Anfang der 1980er Jahre noch überwiegend konventionell ab.⁵⁷ Um zumindest die Titeldrucke pünktlich ausliefern zu können, wurden diese wieder traditionell im Bleisatz hergestellt.⁵⁸ Eine vor diesem Hintergrund erarbeitete Rationalisierungskonzeption von 1981 sah deshalb eine Verringerung des hohen Kooperationsgrades durch Anschaffung eigener Kleinrechner-technik zur Herstellung von Magnetbändern und eines hauseigenen Lichtsatzgeräts für die Titeldrucke vor. Davon erhofften sich die Bibliothekare zumindest eine Einsparung von 25 bis 36 Tagen, was noch immer deutlich über der Produktionszeit der Deutschen Bibliothek lag.⁵⁹ Damit bestanden bereits Anfang der 1980er Jahre keine Illusionen mehr darüber, dass man kurzfristig nicht in der Lage sei, gegen die Deutsche Bibliothek auf dem deutsch-deutschen Markt zu bestehen. Dagegen beteiligte sich die Deutsche Bibliothek mit Unterstützung des BMI, des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und der DFG bereits am internationalen Datenaustausch über Euronet. Dort waren die EDV-Kapazitäten in einer der Generaldirektion unterstehenden Zentralabteilung zusammengefasst, Datenverarbeitung und Herstellung der Magnetbänder geschahen im Haus selbst. Lediglich die Datenerfassung wurde in eine auswärtige Firma ausgelagert.⁶⁰

Das MHF lehnte die Rationalisierungskonzeption der Deutschen Bücherei jedoch aus »ökonomischen Gründen« ab. Lediglich die Bereitstellung eines tschechischen Kleinrechners des Typs SM 4-20 wurde zugesagt. Auch diese Entscheidung basierte auf einer sich gerade bietenden Möglichkeit, ohne die

56 Deutsche Bücherei, Abteilung Bibliographie, Reisebericht über ein Symposium über die Automatisierung der Nationalbibliographien, Prag, 13.10.-17.10.1980, 23.10.1980, ADNBL, 816/2/1/1, Bl. 144.

57 Deutsche Bücherei, Abt. Bibliographie, Bereich Spezialbibliographien und EDV, Gottfried Rost, Entscheidungsvorlage für den Generaldirektor über die Bildung einer Arbeitsgruppe »Kleinrechnereinsatz in der Deutschen Bücherei«, 22.2.1982, ADNBL, 905/2/1, unfol.

58 Deutsche Bücherei, Abt. Bibliographie, Zuarbeit zur Konzeption zur weiteren Rationalisierung bibliothekarisch-bibliographischer Arbeitsprozesse und zur gezielten Leistungserhöhung im wissenschaftlichen Bibliothekswesen des MHF-Bereiches mit Hilfe der Automatisierung in den Jahren bis 1990, 1.11.1984, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

59 Deutsche Bücherei, Rationalisierungskonzeption, o.D., ADNBL, 552/0, unfol.

60 Deutsche Bücherei, Bereich Spezialbibliographien und EDV, Aktennotiz, 24.8.1981, ADNBL, 905/2/1, unfol.

Anwendbarkeit für die Bedürfnisse der Deutschen Bücherei zuvor geprüft zu haben: »Präzise Aussagen über die Einsatzmöglichkeit der SM 4-20 im Bibliothekswesen konnten nicht ermittelt werden«, so das Resultat eines ersten Konzeptentwurfes der Deutschen Bücherei und der Universität Leipzig.⁶¹ Damit blieb die Bibliothek auf die Herstellung von Lochstreifen angewiesen, die Magnetbänder für den Lichtsatz mussten nun in der Universität hergestellt werden. Dadurch erhöhte sich der Kooperationsgrad aber noch einmal deutlich. Die neue Kleinrechneranlage sollte dagegen zunächst lediglich für die Kontrolle und Korrektur der bibliographischen Daten eingesetzt werden.⁶² Nach einigen Jahren zeigte sich allerdings, dass auch der SM 4-20 keine bedeutende Entlastung brachte, zumal dieser sehr störanfällig war und häufig ausfiel.⁶³ Dass die neue Technologie »bedeutende Einschnitte in den Geschäftsgang der Bibliothek, der in seinen Grundzügen seit Ende der zwanziger Jahre »festgeschrieben« war«⁶⁴, mit sich brachte, wie Helmut Röttsch und Hans-Martin Pleßke anlässlich der 75-Jahr-Feier 1987 bekundeten, hatte mit der Realität nichts zu tun. Innerhalb der Deutschen Bücherei bildete die EDV kein »strukturbestimmendes Element«, sondern blieb bis kurz vor dem Mauerfall auf ein Sachgebiet in der Bibliographischen Abteilung beschränkt.⁶⁵ In der Praxis bestimmten Konzeptionslosigkeit, Gelegenheitsstrukturen und Improvisation das Geschehen. Dies hatte zur Folge, dass die EDV in der Deutschen Bücherei sich kaum als Zukunftstechnologie etablieren konnte, sondern vielmehr als Störfaktor für eingeschliffene Arbeitsroutinen und Unsicherheitsfaktor im deutsch-deutschen Wettbewerb der Bibliographien wahrgenommen wurde.

Auch wenn aus der Retrospektive bereits Anfang der 1980er Jahre alles auf einen sukzessiven wirtschaftlichen Niedergang der DDR hinzudeuten schien, war dies aus der Perspektive der Bibliothekare keineswegs der Fall. Vielmehr wurden parallel auch im wissenschaftlichen Bibliothekswesen die Zukunfts-

61 Deutsche Bücherei, Anwendungskonzeption für die Kleinrechneranlage SM 4-20 in der Deutschen Bücherei, 7.9.1981, ebd., unfol.

62 Vorschlag von Fragmenten eines Briefes des GD an Rektor, o.D., ebd., unfol.

63 Deutsche Bücherei, Positionspapier, Zu einigen Problemen der Deutschen Bücherei, Frühjahr 1987, SächsStAL, 21123, 1081, unfol.

64 Röttsch/Pleßke, Die Deutsche Bücherei in Leipzig, S. 90.

65 Zunächst war die EDV eingeordnet in den Bereich Spezialbibliographien, 1986 wurde der Bereich Allgemeinbibliographie in »Rechnergestützte Allgemeinbibliographie« umgewandelt und ein Organisations- und Rechenzentrum (ORZ) eingerichtet. Erst im Oktober 1989 verfügte der Generaldirektor die Herauslösung des ORZ aus der Abteilung Bibliographie und dessen Aufwertung zu einer eigenständigen Abteilung. Vgl. Verwaltungsmittelung Nr. 6/1976, Strukturplan der Fachabteilungen der Deutschen Bücherei, 30.6.1976, ADNBL, 155/1, Bl. 15; Verwaltungsmittelung Nr. 2/1986, Struktur der Deutschen Bücherei, 25.2.1986, ebd., Bl. 145; Verwaltungsmittelung Nr. 1/1989, 20.10.1989, ebd., unfol.

planungen wieder intensiviert. Für Aufbruchsstimmung am Tiefpunkt sorgte ein Beschluss des Politbüros der SED vom 18. März 1980 über die »Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft«. Dieser ergoss sich nicht nur in allgemeinen Zukunftsvisionen über die Verwissenschaftlichung des gesamten Lebens und betonte, dass den »Leistungen von Information und Dokumentation sowie der wissenschaftlichen Bibliotheken« dabei »ein immer größeres Gewicht« zukäme, er stellte auch ganz konkret eine Erhöhung der Investitionen in Aussicht.⁶⁶ Am 12. Dezember 1984 legte die SED-Führung einen weiteren Beschluss über die »Aufgaben der Bibliotheken in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft« vor, der die Behörden zudem nachdrücklich auf die Verbesserung der Organisation des Bibliothekswesens verpflichtete.⁶⁷ Die ungewohnte Aufmerksamkeit der SED-Führung für das Bibliothekswesen traf Bibliothekspolitiker und -praktiker unerwartet. Entsprechend reagierten die Behörden nicht mit einer abgestimmten Konzeption, sondern mit jeweils eigenen Dokumenten, mit denen sie um die in Aussicht gestellten, aber nicht näher definierten Ressourcen, aber auch um Zukunftsmodelle für die Entwicklung des Bibliothekswesens konkurrierten. Der beim Ministerium für Kultur im Zusammenhang mit der Bibliotheksverordnung von 1968 gebildete Beirat für Bibliothekswesen forderte in Reaktion auf den Beschluss von 1980 die Übertragung der Anleitungsfunktion für Grundsatzfragen des gesamten Bibliothekswesens auf das Kulturministerium, was auch eine Aufwertung der Position des Beirates implizierte, sowie die Intensivierung der Netzbildung im Bibliothekswesen.⁶⁸ Ein unabhängig davon erarbeiteter Entwurf des MHF schlug dagegen keinen Bogen zur Bibliotheksverordnung. Stattdessen legte das Ministerium dem Präsidium des Ministerrats im Dezember 1982 eine Entwicklungskonzeption für die Deutsche Bücherei und die Deutsche Staatsbibliothek bis zum Jahr 2000 vor, deren Inhalte zwar ebenso wenig konkret, aber zumindest fundierter waren und auf gegenwartsbezogenen wissenschafts- und kulturpolitischen Erwägungen fußten.⁶⁹ Denn – und das musste auch der Beirat in seinem Papier einräumen – für eine straffe zentrale Anleitung des Bibliothekswesens

66 Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 18. März 1980: Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Neues Deutschland vom 20. März 1980, S. 3.

67 Aufgaben der Bibliotheken in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (Aus dem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 12. Dezember 1984), in: Neuer Weg. Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens 3/1985, Beilage, S. 103-106.

68 Ministerium für Kultur, Beirat für Bibliothekswesen, Hauptrichtungen der Bibliotheksentwicklung im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 in der DDR, Orientierungsmaterial, Entwurf, Dezember 1980, ADNBL, 806/2/1, Bl. 246-251.

69 Konzeption zur Entwicklung der Leistungen der Deutschen Staatsbibliothek und der Deutschen Bücherei bis zum Jahre 2000, BArch, DR 3, 2. Schicht, 3914, unfol.

durch das Kulturministerium fehlte es noch immer an konkretem Wissen über Zustand, praktische Tätigkeit und Vernetzungsgrad der einzelnen Bibliotheken, nicht einmal eine einheitliche Bibliotheksstatistik existierte in der DDR. In den Dokumenten der Ost-Berliner Staats- und Parteistellen lässt sich letztlich auch kein Hinweis finden, dass die Initiative des Beirates außerhalb des Kulturministeriums auf nachdrückliche Unterstützung hoffen konnte. Stattdessen hatten das ZK der SED und das MHF bereits im Juli 1981 einen Maßnahmenplan zur weiteren Entwicklung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in den Jahren 1981-1985 vorgelegt, aus dem deutlich hervorgeht, dass diese an spezifischen Leitungsfragen des Bibliothekswesens nicht interessiert waren.⁷⁰ So erhob das Präsidium des Ministerrates die Entwicklungskonzeption des MHF, die auf ungeschminkten Problembereichen und persönlichen Besuchen der Ministeriumsspitze in den beiden Bibliotheken beruhte,⁷¹ Ende Dezember 1982 zum Beschluss. Das Papier machte nicht nur »umfangreiche materielle und finanzielle Forderungen« geltend, mit denen die Arbeitsprozesse in der Deutschen Bücherei rationalisiert und das Personal qualifiziert werden sollten, sondern auch Vorschläge zur Erhöhung der Valuta-Einnahmen, etwa durch Verkauf von Leistungen an das Ausland.⁷² Entsprechend der Einordnung des Papiers in die Wissenschaftspolitik der SED, stellte das Ministerium für Wissenschaft und Technik dem MHF gegenüber jedoch klar, dass die in der Konzeption genannten Maßnahmen zur Technisierung der beiden Zentralbibliotheken vornehmlich der Rationalisierung und Modernisierung der Informationsversorgung, nicht aber der Rationalisierung interner Arbeitsprozesse dienen sollten.⁷³ Dessen ungeachtet

70 Vorlagezettel zur Konzeption, o.D., BArch, DC 20 I/4/5102, Bl. 202.

71 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, Vorschlag für den Ablauf des Besuchs des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, Gen. Prof. h.c. Hans-Joachim Böhme, in der Deutschen Bücherei, Leipzig, 12.3.1982, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.; Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch an den Stellvertreter des Ministers, Prof. Dr. sc. Gerhard Engel, Zwischenbericht über die Erfüllung der Festlegungen im Protokoll über den Arbeitsbesuch des Ministers in der Deutschen Bücherei am 21.9.1982, 15.12.1982, ADNBL, 152/1/6, Bd. 10, unfol. Zuvor hatte die Deutsche Bücherei drei umfangreiche Problemanalysen eingereicht, auf denen die Entwicklungskonzeption aufbaute. Dies waren: Zum Stand der Arbeitssituation in der Deutschen Bücherei Leipzig, zu Beginn der achtziger Jahre (April 1980), Entwicklungsvorlage über die Rationalisierungskonzeption zur Herstellung von Bibliographien und Titeldrucken der Deutschen Bücherei zu Leipzig (März 1981), Anwendungskonzeption für die Kleinrechneranlage SM 4-20 in der Deutschen Bücherei (September 1981).

72 Zu den Hauptentwicklungslinien der Deutschen Bücherei (DB) bis zum Jahre 2000, 1.11.1981, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

73 Ministerium für Wissenschaft und Technik an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Minister Böhme, 19.10.1982, BArch, DC 20 I/4/5102, Bl. 213.

kam parallel aus dem Finanzministerium die ernüchternde Verlautbarung, dass über eine Finanzierung der im Papier genannten Maßnahmen keine Aussage getroffen werden könne.⁷⁴

Der Bibliotheksbeschluss des ZK der SED vom 12. Dezember 1984 trieb den Vorstoß des MHF aber weiter voran. Selbst Helmut Röttsch zeigte sich, den praktischen Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer passenden Kleinrechneranlage zum Trotz, in Aufbruchsstimmung. Dem Archivar des Frankfurter Börsenvereins und Buchhistoriker Adalbert Brauer, mit dem Röttsch auch privat korrespondierte, schrieb er, dass der Beschluss »auch für die Deutsche Bucherei große Bedeutung hat, und der uns in die Lage versetzt, notwendig gewordene Entwicklungsprozesse – insbesondere bei der Bibliographieherstellung – in die Wege zu leiten.«⁷⁵ Das Zusammenspiel von Krisenwahrnehmung und Zukunftsoptimismus bewirkte auch innerhalb der Ost-Berliner Behörden, zumindest unterhalb der SED-Führung, in der Endkonsequenz eine zunehmende Abkehr von großen Zukunftsentwürfen hin zu mittelfristigen Konzeptionen. Bereits acht Tage nach dem Beschluss des ZK der SED vom 12. Dezember legte das MHF eine Konzeption für eine große Bibliothekskonferenz (»Der Beitrag der wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen zur Leistungsentwicklung der DDR«) vor, auf der vor allem die praktische Umsetzung und die technischen Voraussetzungen für die künftige Bibliotheksentwicklung diskutiert werden sollten.⁷⁶ Die Konferenz war zwar schon länger in Planung, vor dem ZK-Beschluss war aber das Diskursfeld noch auf die Möglichkeiten »sozialistischer Gemeinschaftsarbeit« begrenzt, was nun eine deutliche Erweiterung erfuhr. Die Bedeutung der Konferenz lag vor allem darin, dass sie überhaupt die erste von einer staatlichen Stelle organisierte Konferenz im Bibliothekswesen darstellte. Entsprechend hoch waren die Erwartungen. Auf der bereits im Januar 1985 in Leipzig stattfindenden Konferenz diskutierten allein 458 Vertreter von Bibliotheken, Universitäten, Hochschulen und Betrieben vorwiegend über praktische Herausforderungen der bibliothekarischen Arbeit.⁷⁷ Gleichwohl demonstrieren die Einzelbeiträge und die Folgedokumente zur Konferenz, dass man

74 Ministerium für Finanzen, Stellvertreter des Ministers Sandig, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Minister Böhme, 24.11.1982, ebd., Bl. 225.

75 Helmut Röttsch an Adalbert Brauer, 19.3.1985, ADNBL, Schriftwechsel Helmut Röttsch-Adalbert Brauer, unfol.

76 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Bibliotheken und Museen, an Minister Böhme, Was die Konferenz praktisch bewirken soll, 20.12.1984, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1834, unfol.

77 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Bibliotheken und Museen, Leiter Dr. Grampp, Information über die Zentrale Konferenz »Der Beitrag der wissenschaftlichen Bibliotheken und Einrichtungen der Information und Dokumentation zur Leistungsentwicklung der DDR«, 17.1.1985, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1948, unfol.

dabei über theoretische Fragen nicht hinauskam. Zu unterschiedlich waren die Einzelinteressen, die gegenüber einer übergreifenden Betrachtung überwogen.⁷⁸

Es war wohl diese Erkenntnis, die das Kulturministerium und das MHF dazu bewog, erstmals gemeinsam konkrete Forderungen zu formulieren. Die Initiative kam aus dem Kulturministerium, das damit seinen Führungsanspruch für das Bibliothekswesen aufgab. Danach sollten »im Wissen um die gewaltigen Summen« ein gemeinsamer Brief, möglichst in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technik, an das Finanzministerium und die Staatliche Plankommission sowie jeweils separate Schreiben an die ZK-Abteilungen Wissenschaften, Kultur sowie Finanzen und Planung geschickt werden. Auch die höchste Führungsebene hatte man im Blick: »Wenn das alles nichts bringt, aber erst dann, Brief an Stoph.«⁷⁹ Ministerpräsident Willi Stoph wiederum verfügte über einen direkten Zugang zu Erich Honecker, sodass der Adressat implizit der Generalsekretär der SED selbst war. Hatten beide Ministerien eine Zusammenarbeit im Bibliothekswesen bislang wegen unvereinbarer Eigeninteressen ihrer jeweiligen Ressorts abgelehnt, so einte sie erst der katastrophale Zustand der Bibliotheken in den 1980er Jahren und die Erkenntnis, dass die in Aussicht gestellten Ressourcen nicht ohne Ausübung von Druck bereitgestellt würden. Freilich sollte man die späte Zusammenarbeit der Ministerien nicht überbewerten, eine konkrete Zukunftsperspektive für das Bibliothekswesen der DDR bahnte sich hier nicht an. Zwar verzichtete das Kulturministerium nun auf seinen Führungsanspruch in Grundsatzfragen und das MHF setzte sich im Gegenzug nun für eine Zentralisierung des Bibliothekswesen (allerdings aus wissenschaftspolitischen Interessen heraus) ein, wie dies allerdings institutionell aussehen sollte, blieb unklar.⁸⁰ Die dem gemeinsamen Brief als Grundlage dienende Analyse zeigt, dass man sich bei den Forderungen nur noch pro forma an den technischen Entwicklungen in der sozialistischen Welt orientierte. Vielmehr richtete man den Blick auf die USA, wo durch Modernisierungsmaßnahmen im Jahre 1984 10 Milliarden Dollar sowie 40 Prozent an Zeit in den Arbeitsabläufen eingespart worden seien.⁸¹

78 Zu den Dokumenten vgl. BArch, DR 3, 2. Schicht, 5463.

79 Hans-Joachim Böhme, Handschriftliche Notiz nach Auswertung der Bibliotheksvorlage, 26.8.1986, BArch, DR 1, 9715, unfol.

80 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken und Informations- und Dokumentationseinrichtungen des MHF, Hauptrichtungen für die Entwicklung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information bis 1990 und darüber hinaus, Orientierungsmaterial, Entwurf, Februar 1986, ADNBL, 817/3/2, unfol.

81 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme, Ministerium für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, an den Minister der Finanzen, Ernst Höfner, und den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, Entwurf, 1986, BArch, DR 1, 9715, unfol.

Formal konnten das Kulturministerium und das MHF durchaus einzelne Erfolge vermelden. So wuchsen etwa die Devisenmittel für den Erwerb von »Kontingentliteratur« zwischen 1980 und 1987 um 125 Prozent bzw. von umgerechnet 9,9 auf 22,3 Millionen Mark. Jedoch verdecken diese Zahlen, dass damit lediglich die Preiserhöhungen im Westen aufgefangen werden konnten, eine Zunahme der Bestellmenge ermöglichte dies nicht. So verschärften sich die Probleme im Bestandsaufbau der wissenschaftlichen Bibliotheken weiter. Selbst für politisch hoch bedeutsame Fächer wie Informatik, Mikroelektronik und Biotechnologie mangelte es zunehmend an Fachliteratur. Im Rahmen des deutsch-deutschen Literaturaustauschs auf Bibliotheksebene gelangten dagegen nur »wenige relevante Quellen« in die DDR. Ein weiteres Problem betraf die Lesesaalkapazitäten. In den Hochschulbibliotheken standen etwa für 100 Studenten durchschnittlich nur noch drei Lesesaalplätze bereit.⁸²

Die Forderungen der beiden Fachministerien wurden jedoch sämtlich vom Finanzministerium abgewiesen, weil »die vorgeschlagenen Maßnahmen Investitions- und Arbeitskräfteanforderungen sowie NSW-Importe beinhalteten, die in die materiellen, finanziellen und personellen Fonds unserer Ministerien nicht eingeordnet sind«. Deshalb habe, einer undatierten Notiz zu einem Gespräch in der Kulturabteilung des ZK der SED zufolge, die Parteiführung solche Maßnahmen »aus Gründen der ökonomischen Gesamtsituation« aus dem Beschluss vom 12. Dezember 1984 ausgeklammert.⁸³ So explizit hatte der Beschluss dies freilich nicht zu erkennen gegeben. Der Investitionsbedarf lag am Ende der 1980er Jahre schätzungsweise bei rund 675 Millionen Mark allein für den Zeitraum von 1991 bis 1995.⁸⁴ So war von der Entwicklungskonzeption für die Deutsche Staatsbibliothek und die Deutsche Bücherei von 1982 sechs Jahre später gerade einmal die Hälfte der Forderungen umgesetzt, wobei dies keine grundlegenden Modernisierungsmaßnahmen betraf.⁸⁵

82 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Vorlage Nr. 250/88, Analyse des Leistungsstandes der wissenschaftlichen Bibliotheken und Einrichtungen der wissenschaftlichen Information im Verantwortungsbereich des MHF, o.D., ADNBL, 817/3/2, unfol.; Zentrale Beratung der Direktoren der wissenschaftlichen Bibliotheken, Informations- und Ausbildungseinrichtungen im MHF-Bereich vom 17. bis 21. April 1989 in Georgenthal, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1854, Teil 1, unfol.

83 Ministerium für Kultur, Abt. Literaturverbreitung und -propaganda, Beratung in der Abteilung Kultur des ZK der SED zu Fragen und Problemen der Entwicklung des Bibliothekswesens, 25.8.1989, ADNBL, 806/0, unfol.

84 Information über den Stand und die weitere Realisierung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED »Aufgaben der Bibliotheken in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft« vom 12. Dezember 1984, ebd., unfol.

85 Protokoll der 25. gemeinsamen Beratung der Leitungen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek am 3. November 1988 im Sitzungszimmer der Deutschen Bücherei, o.D., ADNBL, 811/1, unfol.

Der Planungsoptimismus der 1980er Jahre ging allerdings nicht mit der Auflösung der Konflikte zwischen dem MHF und der Deutschen Bücherei einher, wie sich anhand einer vom MHF 1988 angeordneten Inspektion zeigen lässt. Die Inspektionsgruppe, die sich überwiegend aus leitenden wissenschaftlichen Bibliothekaren anderer dem Ministerium unterstehenden Bibliotheken zusammensetzte, sollte innerhalb von fünf Tagen die Arbeitsprozesse in der Deutschen Bücherei unter die Lupe nehmen und Empfehlungen zur Rationalisierung abgeben. Der abschließende Bericht, im Grunde eine zum Teil wortwörtliche Zusammenfassung aus den Einzelberichten der Inspektoren, bildete die Grundlage für die Einleitung von Sofortmaßnahmen. Insgesamt macht der Bericht aber deutlich, dass die Einblicke der externen Bibliothekare in die Arbeitsabläufe der Deutschen Bücherei und die strukturellen Rahmenbedingungen sehr selektiv waren. So zeichnete der Bericht ein überwiegend positives Bild von der Deutschen Bücherei, der es trotz aller widrigen Umstände gelänge, ihre Grundaufgaben zu erfüllen. Handlungsbedarf sahen die Inspektoren letztlich in nur drei Bereichen. Erstens empfahlen sie eine Einschränkung des Sammelgebietes »International« auf deutschsprachige Schriften und die Übertragung des Sammelgebietes Patentschriften auf die Technische Hochschule Leipzig (heute HTWK Leipzig). Zweitens stellten sie Überlegungen zur rationelleren Einarbeitung von Neuerwerbungen an. So sollte sich die Deutsche Bücherei bei der »Herstellung bibliographischer Beschreibungen« der Expertise anderer wissenschaftlicher Bibliotheken bedienen. Zudem sollten Sacherschließung sowie formal-bibliographische Erschließung enger miteinander gekoppelt und die Sacherschließung der Kataloge sowie der Nationalbibliographie zusammengelegt werden. Außerdem sollten ferner Fremddaten von anderen deutschsprachigen Nationalbibliotheken übernommen, die Kooperation mit der Deutschen Staatsbibliothek intensiviert, die EDV-Konzeption überarbeitet und eigene Lichtsatz- und Drucktechnik angeschafft werden. Drittens erörterten die Inspektoren schließlich Ideen zur Entlastung der Benutzungsabteilung. Darunter befand sich neben allgemeinen Vorschlägen zur Anwendung der EDV in der Ausleihe sowie für die Herstellung von Reprographien und gezielten Analysen über Benutzerfrequenz sowie -bedürfnisse auch die Schaffung zusätzlicher Lesesaalkapazitäten, etwa durch Umfunktionierung einer Messehalle zu einer »Studienbibliothek«.⁸⁶

Es überrascht nur auf den ersten Blick, dass die für das wissenschaftliche Bibliothekswesen zuständige Abteilung im MHF den Bericht der Inspektions-

86 Bericht über die Inspektion des MHF, Abt. Bibliotheken und Museen, in der Deutschen Bücherei Leipzig vom 9.-13. Mai 1988, o.D., BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

gruppe in ihrer Stellungnahme durchweg positiv beurteilte.⁸⁷ Schließlich waren der Abteilung die Probleme insbesondere in der Anwendung der EDV bis ins Detail bekannt und hatte Helmut Röttsch in seiner vorab gegebenen Stellungnahme seinerseits den Großteil der Empfehlungen für undurchführbar erklärt. Weiterhin hatte er darauf hingewiesen, dass sich die Empfehlungen der Inspektoren in vielen Punkten mit Forderungen deckten, welche die Deutsche Bücherei bereits seit vielen Jahren gegenüber dem Ministerium erhoben hatte.⁸⁸ In einer Dienstbesprechung mit Minister Böhme am 30. September 1988 machte er noch einmal deutlich, der Bericht »könnte eigentlich zu der Versuchung verführen, daß die Leistungsfähigkeit der Deutschen Bücherei den Erfordernissen von Wissenschaft, Forschung und Praxis voll gerecht wird. Das ist jedoch nicht so.«⁸⁹

Die Bibliotheksabteilung des Ministeriums reagierte mit Unverständnis, vermutlich weil der Bericht suggerierte, dass die Probleme nicht nur auf unterlassene Entscheidungen auf zentraler Ebene zurückzuführen seien, sondern sich streckenweise auch durch dezentrale Maßnahmen zumindest abmildern ließen. Insofern erfüllte der Bericht aus Sicht der Ost-Berliner Behörde eine entlastende Funktion. Deshalb wies Röttsch die Abteilungsleiter der Deutschen Bücherei noch einmal nachdrücklich an, »konkret mitzuteilen, was getan werden kann, um den Wünschen und Forderungen der Inspektion zu entsprechen bzw. welche handfesten Argumente es gibt, den Auffassungen des MHF nicht zu folgen.«⁹⁰ Ende März 1989 schickte Röttsch diese Stellungnahme in ungefilterter Form an die Fachabteilung, allerdings explizit »nicht als offizielle Antwort«, »[w]enn ich auch persönlich hinter den unterbreiteten Auffassungen stehe.«⁹¹ In den Einzelberichten fanden die Abteilungsleiter zum Teil deutliche Worte. Aus der Abteilung Bibliographie kam der Vorwurf, dass die Stellungnahme des MHF »das konkrete Umfeld [...] nicht in angemessener Weise berücksichtigt« habe. Die Datenerfassung via EDV sei »keine auf einen Arbeitsplatz beschränkte einfache Aneinanderreihung von Datenelementen, sondern ein stufenweiser Prozeß

87 Stellungnahme der Abt. Bibliotheken und Museen zu den Festlegungen der Leitungskollektive der Deutschen Bücherei in Auswertung der Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Inspektion vom Mai 1988, 11.11.1988, ebd., unfol.

88 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Stellvertreter des Ministers, Prof. Dr. sc. Gerhard Engel, 20.9.1988, ebd., unfol.

89 Bericht, gehalten auf der Dienstbesprechung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen mit den Rektoren am Freitag, dem 30. September 1988, ADNBL, 152/1/6, Bd. 10, unfol.

90 Helmut Röttsch, Betr.: Inspektion des MHF im Mai 1988, 7.12.1988, ADNBL, 152/1/6, Bd. 8, unfol.

91 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Leiter der Abteilung Bibliotheken und Museen, Prof. Dr. Hans-Dieter Grampp, 28.3.1989, ADNBL, 152/1/6, Bd. 10, unfol.

mit zahlreichen Querverbindungen und Rückkopplungen«. Verschiedene EDV-Konzeptionen seien jedoch »ohne verbindliche Stellungnahme des Ministeriums« geblieben.⁹²

Ohne die Berücksichtigung der Widersprüche in der Bibliothekspolitik der 1980er Jahre kann die Phase vom Mauerfall bis zur Volkskammerwahl vom 18. März 1990 nicht verstanden werden. Einerseits ergriffen das Kulturministerium, das MHF, der Bibliotheksverband der DDR und der Beirat für Bibliothekswesen die sich bietende Gelegenheit des offenen Wandels, um das Finanzministerium bzw. die gesamte Partei- und Staatsführung für ihre »undemokratische Verhaltensweise« und die Marginalisierung der Bibliotheken scharf zu kritisieren.⁹³ Andererseits aber knüpften sie unmittelbar an jene Konzepte und Fehleranalysen an, die ohne die Beschlüsse des ZK der SED von 1980 und 1984 gar nicht erst erarbeitet worden wären. Diese Ideen sollten nun in einem »Nationalen Programm zur Entwicklung der Bibliotheks- und Informationsarbeit« gebündelt werden, das letztlich (wie die Vorgängerdokumente) jedoch im Entwurfsstadium steckenblieb. Dass den Bibliotheksdebatten der 1980er Jahre eine lange Phase bibliothekspolitischer Stagnation vorangegangen war und ein Zentralisierungsschub erst dann einsetzte, als der kaum noch zu übersehende Substanzverlust der Bibliotheken und die Furcht vor einem Zurückbleiben im internationalen Wettbewerb zur Zusammenarbeit zwang, wurde in den Debatten zwischen November 1989 und März 1990 ausgeblendet. Dabei hatte es sich für die Deutsche Bücherei parallel als zunehmend notwendig erwiesen, auf informellen Wegen Einzelinteressen zu verhandeln, als Vorstöße für ein einheitliches Bibliothekswesen zu unterstützen, die womöglich den exzeptionellen Status der Bibliothek infrage gestellt hätten. Dabei stellte die Bibliothek seit den 1970er Jahren aber eine hybride Institution dar, die an das internationale Leitbild der »modernen Großbibliothek« anzuknüpfen bestrebt war, ohne hierfür über hinreichenden Rückhalt im MHF zu verfügen.

92 Deutsche Bücherei, Abteilung Bibliographie, Betr.: Inspektionsbericht des MHF vom Mai 1988, Brief der Fachabteilung vom 11.11.1988, o.D., ebd., unfol.

93 Gemeinsamer Brief des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und des Ministeriums für Kultur an Kurt Hager, November/Dezember 1989, BArch, DR 1/9714, unfol.; Beirat für Bibliothekswesen beim Minister für Kultur/Bibliotheksverband der DDR an Hans Modrow, Position zur Situation und Erneuerung der Bibliotheks- und Informationsarbeit in der DDR, 21.11.1989, ebd., unfol.

b.) Bibliothekspolitik und »Betriebssicherheit«:
Konflikte und Praktiken der Personalpolitik

Der 1988 angefertigte Inspektionsbericht über die Deutsche Bücherei enthielt neben gravierenden Fehleinschätzungen auch eine auffällige Leerstelle. Probleme der Personalentwicklung und des Arbeitsklimas wurden völlig ausgeblendet. Vielmehr erweckte der Bericht den Eindruck, dass »die Mitarbeiter sich mit der Idee und Funktion der Deutschen Bücherei identifizieren«, was wiederum als Ausdruck erfolgreicher innerer Bibliothekspolitik gewertet wurde. Im Verlauf des Berichts wird jedoch deutlich, dass sich diese Aussage lediglich auf das Leitungspersonal bezog.⁹⁴ In der Tat hatte es auf den bibliothekarischen Leitungspositionen seit dem umfassenden Elitenaustausch in der ersten Hälfte der 1960er Jahre kaum nennenswerte Veränderungen gegeben. 1988 betrug der Altersdurchschnitt der Leitungskader 56 Jahre, ein umfassender Generationswechsel war damit unvermeidlich.⁹⁵ Insgesamt standen im Jahre 1990 rund zehn Prozent der 540 Mitarbeiter der Deutschen Bücherei mindestens fünf Jahre vor der Rente oder hatten diese bereits erreicht.⁹⁶ Einen Nachfolger hatte man bis 1989 allerdings lediglich für die Position des Generaldirektors gefunden. »Die Tätigkeit eines Abteilungsdirektors der DB«, so Röttsch in einem Kadergespräch, habe dagegen »wesentlich an Attraktivität eingebüßt«.⁹⁷ Wie kompliziert indes auch die Personalie des Bibliotheksleiters war, lässt sich schon daran erkennen, dass die interne Diskussion sieben Jahre dauerte.⁹⁸ Dabei hatte nicht nur das MHF, sondern auch das Kulturministerium ein Wort mitzureden. Die Wahl fiel letztlich auf den studierten Chemiker und Direktor des Verlags VEB Edition Leipzig, Dieter Nadolski,⁹⁹ den Röttsch 1988 ins Gespräch gebracht hatte und dessen Einsatz auch der stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke befür-

94 Bericht über die Inspektion des MHF, Abt. Bibliotheken und Museen, in der Deutschen Bücherei Leipzig vom 9.-13. Mai 1988, o.D., BACh, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

95 Kaderperspektivplan der Deutschen Bücherei bis 2000, Überblick über das Leitungspersonal, Stand: 1988, o.D., ebd., unfol.

96 Personalübersicht mit Geburtsjahren, [1990], ADNBL, 5.3.3.2, unfol.; Übersicht über die Mitarbeiter, die sich im Vorrentenalter befinden, o.D., ebd., unfol.; Übersicht über die in der Deutschen Bücherei beschäftigten Mitarbeiter, die bereits das gesetzlich vorgeschriebene Rentenalter erreicht bzw. überschritten haben, o.D., ebd., unfol.

97 Kadergespräch mit Gen. Prof. Dr. Röttsch am 24.4.85, o.D., BACh, DR 3, 2. Schicht, 3835, unfol.

98 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Stellvertreter des Ministers, Aktennotiz: Kadergespräch mit Helmut Röttsch am 24.6.1982, 30.6.1982, ebd., unfol.

99 Rank Wagner, Art. »Nadolski, Dieter«, in: Müller-Enbergs/Wielgoths/Hoffmann (Hrsg.), Wer war wer in der DDR?, S. 609.

wortete, sofern kein anderer Kader vorhanden sei.¹⁰⁰ Nadolski, der auch nach Auffassung des für die Deutsche Bücherei zuständigen Mitarbeiters im MHF »eine sehr wesentliche Voraussetzungen« mitbrachte,¹⁰¹ wurde schließlich im Oktober 1989 von der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED bestätigt.¹⁰² Mit Nadolski hatte man sich, wie dies bereits bei der Suche nach Nachfolgern für Heinrich Uhlendahl und Curt Fleischhack beabsichtigt gewesen war, ausdrücklich nicht für einen ausgebildeten Bibliothekar, sondern für eine kulturpolitische Repräsentationsfigur entschieden. Durch die Leitung des Exportverlags VEB Edition war Nadolski überdies mit westdeutschen Verlegern vernetzt. Die Personalentscheidung zeigt einmal mehr die besondere Perspektive der Staats- und Parteistellen auf die Deutsche Bücherei, die in ihr vornehmlich ein repräsentatives Institut, weniger aber eine Fachbibliothek sahen. Im Kollegenkreis der Deutschen Bücherei stieß Nadolski als Nicht-Bibliothekar, vor allem aber wegen seiner fehlenden Verankerung in der Institutionenkultur der Bibliothek auf deutliche Ablehnung.¹⁰³ Der sich anbahnende Konflikt brach angesichts der politischen Entwicklung seit Herbst 1989 jedoch nicht mehr aus.

Personalwechsel auf bibliothekarischen Leitungspositionen fanden bis zum Ende der 1980er Jahre nur noch im Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur (Sperrmagazin), in der Abteilung Auskunft und im Bereich Internationale Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit statt. Der langjährige Leiter des Sperrmagazins, Alfred Geßner, der bereits seit 1951 in der Deutschen Bücherei tätig war, ging 1977 in Rente. Ihm folgte die 1944 geborene Petra Zöllner nach, die sich im Jahr zuvor vom VEB Energieversorgung wegbeworben hatte. Als Leiterin des Sperrmagazins benötigte sie nur bedingt bibliothekarisches Wissen, das sie sich aber im Nachhinein, bis auf kleinere Ausnahmen, erfolgreich angeeignet hatte. Wichtiger für diesen Posten war vielmehr ihr offenes Bekenntnis zur SED. Seit 1963 war sie Parteimitglied, hatte mehrere gesellschaftliche Funktionen ausgeübt und Erfahrungen als Kaderinstrukteurin in einem Kombinat gesammelt. Zudem hatte sie bereits viele Jahre inoffiziell für das MfS gearbeitet, was ihre erneute Anwerbung in der Deutschen Bücherei problemlos gestaltete. Unter dem Decknamen »Monika« informierte sie, genau wie ihr Vorgänger, den Geheimdienst über Benutzer des Sperrmagazins sowie vereinzelt über Mitarbeiter der

100 Helmut Röttsch an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Stellvertreter des Ministers Prof. Dr. Gerhard Engel, 19.5.1988, BArch, DR 3, 2. Schicht, 3835, unfol.

101 Aktennotiz Hans-Dieter Grampp, o.D., ebd., unfol.

102 ZK der SED, Abt. Wissenschaften an den stellvertretenden Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Gerhard Engel, 18.10.1989, SAPMO-BArch, DY 30/7474, unfol.

103 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Bibliotheken und Museen, Nachfolge für den Generaldirektor der Deutschen Bücherei, 17.11.1989, BArch, DR 3, 2. Schicht, 3835, unfol.

Bibliothek und händigte dem MfS immer wieder bereitwillig angeforderte Literatur zur operativen Verwendung aus. Mit monatlich bis zu 16 Berichten zählte sie zu den Spitzenquellen der Stasi in der Deutschen Bücherei. Bereits 1980 aber verließ sie die Bibliothek wieder, um eine zivile Anstellung bei der NVA anzunehmen. Zur Begründung gab sie die schwere körperliche Belastung durch den Transport von Büchern an, wohl aber stimmte auch das Gehalt nicht mit ihren Vorstellungen überein.¹⁰⁴ Ihre Nachfolge trat mit dem 1951 geborenen Bruno Hamelmann wieder ein Fachbibliothekar an. Dieser hatte nach dem Abitur in Leipzig Philosophie studiert und war anschließend 1976 in die Deutsche Bücherei gewechselt, wo er als Fachreferent im Bereich Kataloge arbeitete.¹⁰⁵ Die Leitung des Sperrmagazins übernahm er mit dem auch von Röttsch unterstützten Gedanken, sich auf dieser Stelle zum wissenschaftlichen Bibliothekar mit anschließender Promotion zu qualifizieren. Röttsch stand als Doktorvater bereit, auch mit der Absicht, Hamelmann als künftigen Leitungskader aufzubauen. Eine IM-Akte zum SED-Mitglied Hamelmann liegt nicht vor. Allerdings taucht er in einem undatierten Verbindungsplan des FIM »Reinhardt« auf,¹⁰⁶ sodass zumindest eine inoffizielle Tätigkeit belegt ist, was angesichts seiner Position aber nicht überrascht.

Zwei Wechsel an der Spitze erlebte auch die Abteilung Auskunft. 1976 folgte Hildegard Scheffler mit Ewald Späth wieder ein Mann auf die Stelle des Abteilungsdirektors nach. Späth, 1923 in Ulm geboren, war 1946 in die SBZ abgewandert, nachdem der gelernte Maschinenschlosser, der vor seinem Kriegseinsatz 1942 noch das Notabitur abgelegt und von 1944 bis 1946 Antifa-Schulen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft durchlaufen hatte, in der amerikanischen Besatzungszone keinen Studienplatz gefunden hatte. In der SBZ war es dem aus einem kommunistischen Haushalt stammenden Arbeiterkind dagegen möglich, die Arbeiter-und-Bauernfakultät zu besuchen. Wann genau Späth SED-Mitglied wurde, ist nicht belegt. 1951 hatte er das Geschichtsstudium abgeschlossen und arbeitete als Wissenschaftler am Deutschen Wirtschaftsinstitut, sowie am Institut für Gesellschaftswissenschaften.¹⁰⁷ 1960 führte ihn sein Weg schließlich an die Deutsche Bücherei, wo er in der Abteilung Auskunft die Leitung des Sach-

104 Auskunftsbereich, 26.5.1981, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 194/91, Teil I, Bd. 1, Bl. 15; Beurteilung IME Monika, o.D., ebd., Bl. 19-21; BV Leipzig, Abt. III, Ermittlungsbericht, 5.3.1980, ebd., Bl. 83; Aktennotiz: Kadernotiz am 24.1.1979, ADNBL, Personalakte Petra Zöllner, unfol.

105 Personalbogen Bruno Hamelmann, 7.4.1990, ADNBL, Personalakte Bruno Hamelmann, unfol.; Aktennotiz über das am 21. Januar 1980 geführte Kadernotiz mit Genossen Bruno Hamelmann, 28.1.1980, ebd., unfol.

106 Verbindungsplan Harald Pfau, Ref. XX/7, o.D., BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX, 02190, Bl. 1.

107 Heinemann (Hrsg.), Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, S. 215, 441; Sigrid Jacobeit, Und immer klang die Musik in ihr. Hildeburg Späth, in: Dies./Lieselotte

gebiets Gesellschaftswissenschaften und zugleich die Stellvertretung der Abteilungsleiterin übernahm. Zudem bewährte er sich als Mitglied der Parteileitung und Leiter der Zivilverteidigung. Sein Einsatz als Abteilungsleiter 1976 schien nur folgerichtig, bereits drei Jahre später schied er jedoch wegen Invalidisierung wieder aus.¹⁰⁸ Seine Nachfolgerin wurde Käthe Schroeter, die ebenfalls wie Späth seit 1960 an der Deutschen Bücherei tätig war. Anders als Späth zählte die 1938 geborene Schroeter aber bereits zu jenen Fachbibliothekaren, die vollständig in der DDR ausgebildet worden waren. Nach dem Abitur 1956 hatte sie zunächst in einer Kinderbibliothek gearbeitet, ein Jahr später aber bereits die Fachschule für Bibliothekare besucht, die sie 1960 abschloss. In der Deutschen Bücherei fand sie zunächst Anstellung in der Abteilung Benutzung, wechselte 1967 jedoch in die Abteilung Erwerbung zu Helmut Lohse, wo sie den Bereich Amtliche Drucke bis 1976 leitete. In dieser Zeit qualifizierte sich Schroeter im Fernstudium zur wissenschaftlichen Bibliothekarin, sodass sie 1976 zur Sachgebietsleiterin DDR aufstieg.¹⁰⁹ Die Leitung Abteilung Auskunft übernahm sie auf Betreiben Helmut Rötzschs ausdrücklich mit der Perspektive, bereits zwei Jahre später wieder in die Abteilung Erwerbung zu wechseln und dort das Sachgebiet BRD/Westberlin zu übernehmen.¹¹⁰ Ihr fachliches und politisches Profil sprachen für sich. So zählte die 1966 in die SED eingetretene Schroeter, laut Röttsch, bald »zu den fachlich und gesellschaftlich aktivsten Frauen unserer Bibliothek«.¹¹¹ Warum aus den Plänen nichts wurde und Schroeter bis 1989 Leiterin der Abteilung Auskunft blieb, ist nicht bekannt. Fakt ist jedoch, dass das MfS nur einen Monat, nachdem Helmut Röttsch seine Pläne der Stasi mitgeteilt und Schroeter als potentielle Inoffizielle Mitarbeiterin empfohlen hatte, andere Pläne verfolgte. Dort beabsichtigte man, Schroeter in ihrer Funktion als Leiterin der Abteilung Auskunft zu werben, um genaue Informationen über Benutzungsanfragen und damit über Wissensbedürfnisse zu erhalten. Dadurch glaubte man, vermutete subversive Aktionen westlicher Geheimdienste gegenüber wissenschaftlichen Einrichtungen in der DDR besser erkennen zu

Thoms-Heinrich (Hrsg.), Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen, Köln 1987, S. 158-168, hier S. 168.

108 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Kader, Ernennung von Genossen Ewald Späth zum Abteilungsleiter, 11.5.1976, ADNBL, Personalakte Ewald Späth, unfol.; Helmut Röttsch an Ewald Späth, 6.6.1979, ebd., unfol.

109 Personalbogen Käthe Schroeter, 18.9.1990, ADNBL, Personalakte Käthe Schroeter, unfol.

110 BV für Staatssicherheit, Abt. XV/Tonbandabschrift, 21.3.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 58.

111 Helmut Röttsch, Beurteilung Käthe Schroeter, 29.10.1986, ADNBL, Personalakte Käthe Schroeter, unfol.

können.¹¹² Diesen Anforderungen kam Schroeter als IM »Marmor« bereitwillig bis zuletzt nach.

Eine letzte Personalie fällt ins Jahr 1989. 13 Jahre zuvor war aufgrund der zunehmenden internationalen Funktionen und der sich intensivierenden deutsch-deutschen Beziehungen der Bereich Internationale Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit (IBÖA) aus dem Verantwortungsbereich des Generaldirektors ausgegliedert und als eigenständige Abteilung etabliert worden. Die Abteilungsleitung übernahm Horst Bunke, der bereits viele Jahre für dieses Gebiet zuständig war. Nach dessen plötzlichem Tod 1988 wurde die Leitung der 1963 geborenen Ute Steigers übertragen, die damit am Ende der 1980er Jahre die jüngste Bibliothekarin mit Leitungsfunktion darstellte. Nach dem Abitur hatte sie 1982 ein Studium der Lateinamerikanistik in Rostock angestrebt, musste aber aus »Kontingengründen« auf ein Sprachstudium Arabisch-Französisch in Leipzig ausweichen. Nachdem sie Ende 1983 feststellte, dass sie die Anforderungen im Fach Französisch nicht erfüllte, beabsichtigte sie in das Sprachstudium Arabisch-Englisch überzuwechseln, was ihr jedoch verwehrt wurde. So kam sie 1984 an die Deutsche Bücherei, zunächst in die Abteilung Bibliographie (Sachgebiet Rechnergestützte Allgemeinbibliographie), wechselte im Jahr darauf in die Abteilung Bunkes, wo sie für die Organisation der internationalen Reisetätigkeit sowie für die Betreuung der ausländischen Gäste verantwortlich war.¹¹³ Im selben Jahr erfolgte der Eintritt in die SED, zudem übernahm sie innerhalb FDJ-Gruppe der Bibliothek den Bereich Agitation und Propaganda. Sie galt bald als »förderungswürdige junge Genossin«, die sich perspektivisch zur wissenschaftlichen Bibliothekarin mit Leitungsfunktion qualifizieren sollte.¹¹⁴ Das anvisierte Studium der Bibliothekswissenschaft begann Steigers aber nicht mehr. In ihrer Position als Leiterin der Abteilung IBÖA wurde sie freilich auch für das MfS interessant, das sie Anfang 1989 als IM »Nerz« auf der Linie XV warb. In dieser Funktion übermittelte sie der Stasi bereitwillig Informationen über Anfragen westeuropäischer Wissenschaftler zur Benutzung der Deutschen Bücherei und schlug im Juni 1989 sogar vor, einen offiziellen Fragespiegel einzuführen, den man den auswärtigen Benutzern gegenüber mit der »Erhöhung der Serviceleistungen durch umfangreicheres Wissen« begründen könne.¹¹⁵ Bei Steigers stieß das MfS aber auch an Grenzen. So war beabsichtigt, sie zusätzlich auch für die Überprüfung von Mitarbeitern der Deutschen Bücherei einzusetzen. Im Juli 1989 erklärte sie der Stasi gegenüber jedoch »ihren Unwillen zur Praxis

112 BV für Staatssicherheit Leipzig, Abteilung XV, Konzeption zur Kontaktaufnahme zum IM-Kandidaten »Marmor«, 18.4.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2535/91, Bl. 39.

113 Personalbogen Ute Steigers, 24.1.1988, ADNBL, Personalakte Ute Steigers, unfol.

114 Beurteilung der Kollegin Ute Steigers, 22.10.1985, ebd., unfol.

115 BV Leipzig, Abt. XV, Treffbericht 23.5.1989, 1.6.1989, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2170/91, IM Akte A, Teil II, Bd. 1, Bl. 143.

der Ermittlungen bei Bekannten und Hausbewohnern, z.B. bei Reisekaderbestätigungen«. Dies sei »mit ihrem Gewissen« nicht zu vereinbaren.¹¹⁶ Der dennoch verfolgte Plan, sie langfristig als IM zu halten, wurde angesichts der politischen Ereignisse im Herbst 1989 allerdings nicht mehr umgesetzt.

Die Personalwechsel der 1970er/80er Jahre läuteten keine generationelle Wende ein. Vielmehr vermittelte die Deutsche Bücherei das Bild einer saturierten Bibliothek, wo Personalwechsel nur noch aus Alters- oder persönlichen Gründen erfolgten. Blickt man indes auf das Personal unterhalb der unmittelbaren Leitungsebene, so kann von einem von Stabilität geprägten Arbeitsalltag kaum die Rede sein. Immer wieder klagte Helmut Röttsch über die hohe physische und psychische Belastung seiner Mitarbeiter, wofür es ein ganzes Bündel von internen und externen Ursachen gab. Ein besonders Problem war aus Sicht der Generaldirektion der überdurchschnittlich hohe Frauenanteil unter den Bibliothekaren. Ende der 1970er Jahre habe er »nahezu 80%« betragen, wodurch sich die Deutsche Bücherei nicht grundlegend von anderen Bibliotheken unterschied.¹¹⁷ Als Problem sah man dabei vor allem, dass »das Arbeitsalter unserer Bibliothekare und Schreiberinnen [...] gegenwärtig in der Phase größerer familiärer Belastung (20-40 Jahre)« fiel und somit die einseitig zu Lasten der Frau gehende Kinderbetreuung die Deutsche Bücherei besonders fluktuationsanfällig mache. Ein diesbezüglich besonderes »Sorgenkind« stellte die EDV-Abteilung dar, wo im Jahr durchschnittlich fünf Planstellen aus familiären Gründen unbesetzt waren.¹¹⁸ Der überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung durch steigende Benutzerzahlen und den völlig überlasteten Geschäftsgang, zusätzlich verschärft durch museumsreife und reparaturbedürftige Geräte,¹¹⁹ standen schlechtere Verdienstaussichten etwa in Hochschulbibliotheken gegenüber. Dort lagen zwar die Grundgehälter nicht höher, allerdings bestanden dort zusätzliche Fonds, aus denen Bibliothekare bis zu 600 Mark im Jahr zusätzlich als Leistungsprämie erhalten konnten. In der Deutschen Bücherei standen solche Quellen nicht einmal für Wissenschaftler und Leitungspersonal zur Verfügung.¹²⁰ Eine deutliche Verbesserung ergab sich erst, als die SED nach ihrem XI. Parteitag im April 1986 neue Gehaltsregulative erließ. Dadurch sollten einerseits eine Entlohnung entsprechend individueller Fähigkeiten und Fertigkeiten in begrenztem Umfang möglich sein und andererseits die zum Teil beträchtlichen Gehaltsunter-

116 BV Leipzig, Abt. XV, Treffbericht 11.7.1989, 14.7.1989, ebd., Bl. 168.

117 Helmut Röttsch, Sozialistische Prinzipien der Leitungstätigkeit in der Deutschen Bücherei, o.D., ADNBL, 811, unfol.

118 Helmut Röttsch, Zum Stand der Arbeitssituation in der Deutschen Bücherei, Leipzig, zu Beginn der achtziger Jahre, 25.4.1980, ADNBL, 152/1/6, Bd. 8, unfol.

119 Ende der 1980er Jahre stammten etwa noch 40 Prozent der Schreibmaschinen aus der Vorkriegszeit. Vgl. Volkswirtschaftsplan der Deutschen Bücherei 1991, o.D., ADNBL, 269, unfol.

120 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Minister Hans-Joachim Böhme, 24.2.1977, ebd., unfol.

schiede ein Stück weit eingeebnet werden.¹²¹ Für 85 bis 90 Prozent der Bibliothekare und Bibliotheksfacharbeiter (nicht aber für wissenschaftliche Bibliothekare und Verwaltungskräfte) bedeutete dies eine deutliche Steigerung der bisherigen Gehälter von 630 bis 750 Mark auf bis zu 1.050 Mark, was fast dem Durchschnittslohn eines Produktionsarbeiters zu dieser Zeit entsprach.¹²² An den Arbeitsbedingungen änderte sich aber nicht viel. Zudem sorgten die völlig veraltete Heizungsanlage und seit Ende der 1970er Jahre wohl auch die Folgen der Ölkrise dafür, dass gerade in den Wintermonaten Raumtemperaturen von 15 bis maximal 18 Grad eher die Regel als die Ausnahme waren und das Arbeiten deshalb häufig in die Privatwohnungen verlegt werden musste.¹²³ In einigen Bereichen wirkte sich außerdem der zunehmende Platzmangel negativ auf das Arbeitsklima aus. Die Verhältnisse in den Magazinen, besonders im Zeitschriftenmagazin wurden im August 1989 »als katastrophal« charakterisiert. Regale waren bis oben hin vollgestopft, Neueingänge stapelten sich auf dem Fußboden, Verlagsendungen vergangener Jahre waren zum Teil überhaupt noch nicht einsortiert. Die sich über Jahre eingeschlossene Unordnung und der Personalmangel hätten unter den Mitarbeitern, so eine an die Generaldirektion gerichtete Eingabe, Unlust, Unzufriedenheit, Gleichgültigkeit und Frust erzeugt. Die Fehlerquote beim Einstellen der Bücher sei zudem hoch, hygienische Standards würden kaum noch beachtet.¹²⁴

Dass unter diesen Umständen auch das Parteileben in der Deutschen Bücherei noch weiter einschloß als ohnehin schon, überrascht keineswegs. In den Abteilungen Benutzung und Bibliographie, die ohnehin mit SED-Mitgliederanteilen von 5,3 bzw. 7,6 Prozent zu den statistischen »Sorgenkindern« zählten, fanden kaum noch Parteiversammlungen statt. Dasselbe galt aber auch für die Abteilung Erwerbung, die mit Helmut Lohse von einem besonders politisch engagierten Genossen geleitet wurde. Dort wurde teilweise nur eine Parteiversammlung im Jahr abgehalten.¹²⁵ Allerdings mussten auch die politisch versiertesten Genossen erfahren, dass

121 Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München/Wien 1993, S. 166f. Inwieweit diese Bestimmungen mit dem zuvor von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion eingeläuteten Öffnungsprozess standen, müssen künftige Forschungen zeigen.

122 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 27.6.1986, 30.6.1986, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 191.

123 Vgl. die Eingaben der Mitarbeiter in ADNBL, 161/1; FIM Reinhardt, Bericht zur gegenwärtigen Situation in unseren Objekten, 3.1.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 6, Bl. 92.

124 Mitteilung, o.D., BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 387f.; FIM Reinhardt, Information des IM »Anti« vom 9.89, 27.8.1989, ebd., Bl. 386.

125 Rechenschaftsbericht der PL der BPO der SED der DB aus Anlass der Wahlversammlungen am 13.11.1978, SächsStAL, 21532, IV/D/7/169/01, unfol.; Rechenschaftsbericht vom 10.11.1980, ebd., unfol.

ein florierendes Parteileben mit der Arbeitsrealität kaum noch zu vereinbaren war und vor allem junge weibliche SED-Mitglieder lieber aus der Partei austraten, als am Familienleben noch weitere Abstriche zu machen.¹²⁶

Eine Folge zunehmender Hektik und Unlust war die Entstehung von Sicherheitslücken im Arbeitsablauf. Nicht nur in den Lesesälen häuften sich die Diebstähle, wofür vor allem das geringe »geistige[n] Auffassungsvermögen« der kontrollierenden Pförtner verantwortlich gemacht wurde, auch verschwanden immer öfter Bücher für längere Zeit oder ganz aus dem Geschäftsgang, was Röttsch auf das »mangelnde[n] Berufsethos« vor allem der jüngeren Mitarbeiter zurückführte.¹²⁷ Die Probleme hatten allerdings strukturelle Ursachen. Es war üblich, dass Bücher, die den komplexen Geschäftsgang zum Teil über ein ganzes Jahr hinweg durchliefen, herausgenommen wurden, weil sie in der Benutzung oder für dienstliche Zwecke gebraucht wurden. Bei knapp 500 Mitarbeitern (Stand: 1978) war es aber nur schwer möglich, konkretes Fehlverhalten nachzuweisen bzw. durch strenge Sicherheitsvorkehrungen (Kontrolle der Schlüssel usw.) zu verhindern. Schon kleinere Unachtsamkeiten im hektischen Betriebsalltag ließen kaum kalkulierbare Sicherheitslücken entstehen.

Das Thema Sicherheit rief auch das MfS auf den Plan. Nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker baute die Stasi ihr IM-Netzwerk in der Deutschen Bücherei sukzessive aus. 17 von nachweisbaren 18 IM waren nach 1971 in der Bibliothek tätig, davon waren nur zwei (Helmut Röttsch als »Sand« seit 1955, Helmut Lohse als »Gerhard« seit 1967) bereits vor dem Machtwechsel geworben worden. Den Ausgang für die Expansion des IM-Netzwerks seit 1971 bildeten jedoch nicht die spezifischen inneren Probleme der Deutschen Bücherei, sondern diskursive Grenzverschiebungen in der Kulturpolitik. Auf der 4. Tagung des ZK der SED, ein halbes Jahr nach dem VIII. Parteitag (15.-19. Juni 1971), hatte Honecker medienwirksam verkündet, dass es in »Kunst und Literatur keine Tabus« mehr geben dürfe, was Schriftsteller und Künstler (neben der europäischen Entspannungspolitik) vielfach als Signal für ein erneutes politisches Tauwetter verstanden. Als Reaktion darauf verstärkte die Stasi ihre Aktivitäten im Bereich Kultur, unterwanderte diesen nun schwerpunktmäßig unter sicherheitspolitischen Erwägungen und konnte damit zuweilen auch Einfluss auf kulturpolitische Entscheidungen nehmen.¹²⁸ Obwohl Bibliothekare nicht zu den

126 Protokoll der 21. Parteileitungssitzung am 19.11.1974, SächsStAL, 21532, IV/C/7/169/02, unfol.

127 Helmut Röttsch an das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken, Betr.: Ordnung und Sicherheit im wiss. Bibliothekswesen, 27.9.1974, ADNBL, 151/1/6/1, unfol.; Diskussion des Rechenschaftsberichtes der PL bei der Wahlversammlung am 3.12.1973, SächsStAL, 21532, IV/C/7/169/01, unfol.

128 Madeleine Petschke, Literatur in den Farben der Deutschen Demokratischen Republik. Die Kulturpolitik unter Ulbricht und Honecker im Vergleich, Baden-Baden 2016, S. 456-516.

unmittelbaren Zielpersonen geheimdienstlicher Interventionen zählten, wurde die Deutsche Bücherei aus drei Gründen für das MfS interessant. Diese erläuterte der für die Führung der IM auf der seit 1969 bestehenden Linie XX/7 (»Sicherheitsobjekte«) zuständige Referatsleiter Harald Pfau, als er mit Alfred Geßner den Leiter des Sperrmagazins anwerben wollte, mit dem er bereits zuvor viele Jahre offiziell zusammengearbeitet hatte.¹²⁹ Pfau beabsichtigte, erstens, Geßner für eine geräuschlose Übermittlung angeforderter Literatur »für die Lösung spezieller Aufgaben in der operativen Arbeit des MfS« einzusetzen, was »wesentlich zur Erleichterung der Arbeit unseres Organs« beitrage. Zweitens sollte er kontinuierlich über Personen berichten, die sich für gesperrte Buchbestände interessierten. Drittens sollte er schließlich über Mitarbeiter der Bibliothek informieren, nicht zuletzt weil das MfS im Rahmen eines anderen Überwachungsvorganges bereits auf Kontakte zwischen einem Mitarbeiter der Abteilung Benutzung und einer sich mit alternativen Sozialismuskonzepten beschäftigenden Gruppe von Intellektuellen gestoßen war. Dass über diesen Kanal politisch unerwünschte Literatur in falsche Hände gelangen konnte, lag für Pfau nahe.¹³⁰

Die in der Deutschen Bücherei angeworbenen IM stammten überwiegend aus dem Leitungspersonal, IM ohne Leitungsfunktion waren wohl eher die Ausnahme. Denn der Geheimdienst hatte es vor allem auf Informanten abgesehen, die problemlos Zugang zu Kaderakten hatten und informelle Entleihungen ohne großes Aufsehen erledigen konnten. Dazu kam, dass potentielle IM in der Regel nur durch bereits aktive IM, vor allem Helmut Röttsch und Helmut Lohse, bekannt wurden. Beide wiederum schlugen zumeist nur leitende Bibliothekare vor, weil nur diese umfänglichen Zugang zu Interna hatten und unterhalb der Leitungsebene überdies nur sehr wenige politisch geeignete Kandidaten zur Verfügung standen. In seltenen Fällen brachte Röttsch auch Parteileitungsmitglieder in Vorschlag, die keine leitenden Positionen in der Bibliothek innehatten. Wie im Fall von Käthe Schroeter gezeigt, konnten sich mit IM-Vorschlägen auch personalpolitische Interessen verbinden. Eine bedeutende Ausnahme von dieser Rekrutierungspraxis bildete der seit 1976 im Buch- und Schriftmuseum tätige Hans Reihe, der als IM »Anti« (angelehnt an seine frühere Stellung als Hauptabteilungsleiter im Zentralantiquariat Leipzig) bereits seit 1957 für die Stasi spioniert hatte, 1962 nach seiner Verhaftung wegen Devisenschmuggels aber als »Unsi-

129 Zum Aufgabenprofil der Linie XX/7 vgl. Gesine von Prittwitz/Matthias Braun, Abteilung 7: Kultur und Massenkommunikationsmittel, in: Thomas Auerbach u. a. (Hrsg.), Anatomie der Staatssicherheit, Teil 3, Bd. 12: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«, Berlin 2008, S. 122-137.

130 BV Leipzig, Abt. XX/7, Vorschlag zur Werbung eines GMS 15.11.1972, BStU, MfS, BV Leipzig, AGMS 1795/80, Bl. 36.

cherheitsfaktor« »abgeschaltet« worden war.¹³¹ Nachdem »Anti«, der 1975 wieder als IM vorgesehen war, die Kontakte zum MfS einem West-Berliner Handelspartner gegenüber preisgegeben hatte, wurde er in die Deutsche Bücherei »umgesetzt«, wo er jedoch weiterhin tatkräftig für das MfS arbeitete.¹³² Ebenfalls in anderen Zusammenhängen geworben wurden der stellvertretende Direktor der Abteilung Kataloge, Horst Gebauer, der zeitweise von der Bezirksverwaltung Dresden im Rahmen eines operativen Vorgangs auf einen bestimmten Mitarbeiter angesetzt wurde,¹³³ und der 1980 in die Deutsche Bücherei eingetretene Sicherheitsbeauftragte, Roland Mehnert, der bereits zuvor als Berufssoldat der NVA für die Stasi tätig gewesen war und nun im Auftrag der Abteilung XIII (Rechenstation) Personalüberprüfungen vornahm.¹³⁴

Bis auf Röttsch und Mehnert waren sämtliche IM in der Deutschen Bücherei im Auftrag der Linie XX/7 tätig und wurden vom Führungs-IM (FIM) »Reinhardt« angeleitet.¹³⁵ Hinter diesem Decknamen verbarg sich Gerhard Beck, der bis 1963 als hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS tätig war und seitdem als Geheimer Hauptinformator (GHI) auf der Linie Abwehr/Kultur arbeitete. Sein Einsatzgebiet umfasste vor allem die verdeckte Ermittlung bei Kulturveranstaltungen, auf der Leipziger Messe und in Klubhäusern. Seit 1969 leitete er als (vom MfS finanzierter) FIM rund 15 IM in verschiedenen Einrichtungen an und sorgte zugleich für deren geheimdienstliche Schulung. Seine vielfach gelobte Einsatzbereitschaft und Arbeitswilligkeit stellte das SED-Mitglied immer wieder unter Beweis, auch wenn er dabei über seine Belastungsgrenzen hinausging. Neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit für das MfS arbeitete »Reinhardt« zum Schein

131 BV Leipzig, Abt. V/1, Unterleutnant Pemann, Bericht, Betr.: GI Anti, 17.5.1962, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 1, Bl. 156-158.

132 Hauptmann Leopold, Handschriftlicher Bericht, Betr.: IMV »Anti«, 2.1.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 277f.

133 Vgl. die IM-Akte BStU, MfV, BV Dresden, AGMS 2443/76.

134 Beurteilung Roland Mehnert, Deckname Arthur, 8.3.1982, BStU, MfS, XIII, 3403/80, unfol.

135 Allerdings sind auch Gesprächsnotizen zwischen Röttsch und »Reinhardt« überliefert, sodass die Zuständigkeitsgrenzen in der Praxis eher fließend waren. Zum Begriff Führungs-IM: Die Kategorie FIM existierte seit 1968 und sollte vor allem den hauptamtlichen Apparat entlasten. FIM waren meist besonders erfahrene und erprobte IM, welche die Ermittlungstätigkeit mehrerer IM eigenverantwortlich koordinierten. Vgl. Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990*, München 2006, S. 115; Richtlinie 1/68 für die Zusammenarbeit mit Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Staatssicherheit und Inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1968, in: *Der Bundesbeauftragte für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter*, S. 186f.

als freischaffender Schriftsteller, hatte zahlreiche ehrenamtliche Funktionen inne und übernahm etliche Vorträge zu kulturpolitischen Themen auf Honorarbasis. Schon 1971 klagte er über die hohe zeitliche, psychische und körperliche Belastung, zudem über die fehlenden fachlichen und politischen Qualifizierungsmöglichkeiten sowie die schwerfällige Arbeit beim MfS.¹³⁶ Zudem bekundete er, dass ihm bald »die Luft« ausgehe, machte aber immer wieder deutlich, dass er sich weiterhin »voll und ganz auf die Lösung der Aufgaben unseres Ministeriums konzentrieren« wolle.¹³⁷ Politische Überzeugung war jedoch nicht das einzige Motiv, das »Reinhardt« über seine Belastungsgrenzen hinaus an das MfS band. Dazu kamen große Geldsorgen. Seit 1965 empfing er eine kümmerliche Invaliden-Rente, weshalb seine Kinder zum Unterhalt der achtköpfigen Familie beitragen mussten. Auch auf die zahlreichen Vorträge war »Reinhardt« finanziell angewiesen. Das Gehalt, das er vom MfS bezog, reichte dagegen bei Weitem nicht aus.

Was die Motive der in der Deutschen Bücherei geworbenen IM betrifft, so lässt sich freilich nur spekulieren, die Anwerbungsberichte betonen stets die Bereitwilligkeit und das Klassenbewusstsein der IM. Es ist jedoch davon auszugehen, dass gerade leitende Bibliothekare der Deutschen Bücherei ein besonderes Bewusstsein für die mit der Institution verbundenen politischen Probleme besaßen. Eine gedeihliche Beziehung zum MfS war unter den Bedingungen der SED-Diktatur geradezu eine strategische Grundbedingung für den Erhalt der Bibliothek und deren Spitzenposition. In diesem Sinne ließen sich die Bibliothekare nicht nur bereitwillig politisch instrumentalisieren. Im Gegenteil nutzten sie die Verbindungen zum MfS auch für eigene Interessen. Dies spiegelt sich vor allem in den IM-Akten von Helmut Röttsch und Helmut Lohse wider. Röttsch, der im Bereich Auslandsspionage (Abteilung XV der Leipziger Bezirksverwaltung) eingesetzt war, nutzte seine Verbindungen zum MfS auch, um Konflikte mit dem MHF zu umgehen. Denn während das Ministerium seit Mitte der 1970er Jahre darum bemüht war, den wachsenden Mittelbedarf der Bibliothek zu drosseln, hatte die Stasi sowohl an der Erweiterung der Reisekader-Reserve als auch am Erhalt und an der Erweiterung der Sammelfunktion ein besonderes Interesse. Reisekader-Listen besprach Röttsch deshalb zunächst immer erst mit dem MfS.¹³⁸ Dabei wurden häufig auch Personalentscheidungen durchgesetzt, die bei Beachtung der »sozialistischen Leitungsprinzipien« nicht konsensfähig gewesen wären. So kam etwa ein in der Deutschen Bücherei tätiger Bauingenieur auf

136 FIM Reinhardt an das Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Leipzig, 22.5.1971, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 228-239.

137 FIM Reinhardt an »Liebe Genossen«, 18.4.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 6, Bl. 229-231.

138 FIM Reinhardt, Information, 6.1.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AP 8605/92, Bl. 308.

die Liste der Reisekader, die eine Büchertransportanlage in der jugoslawischen Staatsbibliothek inspizieren sollten, ohne den Parteisekretär in diese Entscheidung einzubinden.¹³⁹ Auch bei anderen Reisekaderentscheidungen wurde der Parteisekretär immer wieder umgangen. Überdies nutzte Röttsch das Interesse des MfS an seinen Auslandskontakten mitunter, um Westreisen durchzuführen, für die die Deutsche Bücherei keine Devisenmittel zur Verfügung gestellt bekam. So konnte er etwa im März 1982, finanziert durch die Stasi, eine einwöchige Dienstreise zu den Bibliotheken der Universitäten Münster und Köln sowie des Bundestages und zur Landesbibliothek Düsseldorf durchführen, um dort über Erfahrungen mit der EDV in bibliothekarischen Arbeitsprozessen zu sprechen. Im Gegenzug sollte er umfangreiche Dossiers über dort arbeitende Personen erstellen, die sich als potentielle IM in der Bundesrepublik ansprechen ließen.¹⁴⁰ Die intensive Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bücherei und dem MfS ist damit auch ein Spiegelbild der zunehmenden Differenzen zwischen bibliothekarischen und behördlichen Interessen im MHF.

Helmut Lohse (IMS »Gerhard«) hingegen nutzte seine Kontakte zum MfS, um den Geheimdienst auf bestehende Sicherheitslücken hinzuweisen, die Röttsch aus taktischen Gründen häufig unter den Tisch zu kehren bestrebt war. Dabei kam es zwischen dem Generaldirektor und seinem Stellvertreter immer wieder zu Konflikten, die Letztgenannter auch der Stasi gegenüber schilderte, wohl in der Hoffnung auf eine Intervention. So stellte er Röttschs Personalpolitik immer wieder als Sicherheitsproblem dar. Gleichwohl trug auch das MfS nicht unwesentlich zur Verhärtung der Fronten zwischen Röttsch und Lohse bei, denn Letztgenannter war von »Reinhardt« explizit mit der Absicht geworben worden, wirksam gegen »alte eingefleischte Gewohnheiten und Usancen« vorzugehen. Das bezog sich nicht nur auf die Kaderpolitik der Deutschen Bücherei im Allgemeinen, sondern auch auf die »Widersprüche zwischen dem Verhalten des GD [Generaldirektor, d.V.] und unseren dringenden Sicherheitsanliegen«.¹⁴¹ Für »Reinhardt« war »Gerhard« nicht nur deshalb eine Spitzenquelle, weil er als klassenbewusst, verlässlich, engagiert und belastbar galt, sondern weil er zudem als Stellvertreter des Generaldirektors, Reisekader, Beauftragter für Ordnung und Sicherheit sowie Verantwortlicher für die Quartalsberichterstattung an das MHF über umfangreiches internes Wissen verfügte. Vor allem als Sicherheitsbeauftragter wurde er immer wieder von Mitarbeitern angesprochen, die ihn auf

139 FIM Reinhardt, Hinweis, 5.12.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 15.

140 BV Leipzig, Abt. XV, Treffbericht vom 27.1.1982, 29.1.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 170.

141 FIM Reinhardt, Gedanken und Vorschläge zur Planung und Durchführung von Vorhaben und Maßnahmen für das Jahr 1975, 12.12.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 4, Bl. 10-12.

mögliches Fehlverhalten anderer Kollegen hinwies.¹⁴² Röttsch, der selbst zum Kontrollierten in seiner Bibliothek wurde, reagierte hierauf, indem er Lohse in politisch heikle Personal- und Sachentscheidungen immer seltener einbezog. Ein Mitarbeiter verglich das Verhältnis zwischen beiden hinter vorgehaltener Hand bald mit dem zwischen Löwe und Ameise, wobei er Röttsch Hinterhältigkeit attestierte, Lohse dagegen Naivität: »Löwe = Lohse merkt nicht gleich[,] wenn die Ameisen an ihm hoch kriechen, schüttelt sich blos [sic!].«¹⁴³ Von diesem Dissens profitierte die Stasi, weil er Lohse noch stärker an den Geheimdienst band. Parallel lag es hingegen nicht im Interesse der für Röttsch zuständigen Führungsoffiziere, gegebenenfalls auf dessen Auslandskontakte sowie auf kleinere Gefälligkeiten wie den Ankauf antiquarischer Adressbücher in der Bundesrepublik zu verzichten. Interventionen gegen Röttsch wurden letztlich von keiner Seite angestrengt, was zeigt, dass auch die Stasi kein homogen handelnder Akteur war, sondern dort ebenso unterschiedliche Interessen abgewogen wurden. Am Beispiel des Verhältnisses zwischen der Deutschen Bücherei und dem MfS lässt sich so auch veranschaulichen, dass die Stasi kein »Staat im Staate« war, sondern Teil der ostdeutschen Gesellschaft.¹⁴⁴

Besonders die Berichte von »Gerhard« und »Anti« geben nicht nur einen Einblick in die Intensität der Überwachung der Mitarbeiter und interne Konflikte, sondern zeigen auch, wie sehr die Personalpolitik in der Deutschen Bücherei von informellen Aushandlungsprozessen geprägt war. Eine herausragende Position nahm etwa der Verwaltungsdirektor Waldemar Krieger ein, dem strategisch wichtige Bereiche wie Werterhaltung, die Wache und die Materialversorgung unterstellt waren. Noch bis 1974 galt Krieger Lohse als politisch verlässliche Kraft. Im Mai 1974 schrillten bei Letztgenanntem jedoch die Alarmglocken. Krieger habe seit einiger Zeit eine »geistige Müdigkeit« erkennen lassen, teilte er »Reinhardt« am 20. des Monats mit. Daraus hätten »bestimmte Gefahrenpunkte« resultiert. So habe Krieger einem Jugendorchester erlaubt, Proben in der Garage unter dem Kleinen Lesesaal durchzuführen, was zu starker Lärmbelästigung geführt habe. Einer Gruppe von Studenten habe er gestattet, den Großen Lesesaal über Nacht für eine Faschingsveranstaltung zu nutzen, wobei es zu erheblicher Sachbeschädigung gekommen sei. Ebenso habe er den in der Deutschen Bücherei beschäftigten Handwerkern die Bibliothek für eine Ball-Veranstaltung überlassen, an der Krieger selbst teilgenommen haben soll. Schließlich habe Krieger

142 FIM Reinhardt, Einschätzung des IM »Gerhard«, 31.3.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 211-213.

143 Handschriftlicher Bericht IM »Anti«, 11.3.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 305.

144 Hierzu vor allem Jens Gieseke (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007; Betts, *Within Walls*, S. 21-50; Gary Bruce, *The Firm. The Inside Story of the Stasi*, Oxford 2010.

nichts gegen einen Wachleiter unternommen, obwohl bekannt war, dass gegen diesen bereits acht Lohnpfändungsbescheide vorlagen. Bekannt wurde dies allerdings erst, als sich der Verdacht erhärtete, dass der Wachleiter offenbar zur Aufbesserung seiner Finanzen über Nacht Bücher aus dem Sperrmagazin entfernt und verkauft hatte.¹⁴⁵ Im Rahmen der Ermittlungen wurde auch bekannt, dass der Wachleiter ohne Vorlage der Kaderakte eingestellt worden war. Auf Hinweise über Lohnpfändungsbescheide habe Röttsch nicht reagiert.¹⁴⁶ Im Rahmen der Ermittlungen durch die Kriminalpolizei musste der Wachleiter schließlich entlassen werden, allerdings nicht wegen der Diebstähle, die ihm nicht nachgewiesen werden konnten, sondern wegen des Verschweigens seiner Vorstrafen.

Erst jetzt reagierte Röttsch, indem er den Wachdienst umstrukturierte. Dabei war es bereits 1971 zu einer Verhaftung des Nachtpförtners Siegmар Faust gekommen, da sich der 1968 aus politischen Gründen exmatrikulierte Literaturstudent und freischaffende Schriftsteller nachts unbemerkt an Büchersendungen aus der Bundesrepublik bedient hatte.¹⁴⁷ Infolge des zweiten Vorfalles im Jahre 1974 wurde der Nachtpförtnerdienst nun eingestellt und stattdessen ein Zweischicht-Rhythmus eingeführt, dem ein »wissenschaftlicher Spätdienst« als Vertreter des Generaldirektors beigeordnet wurde. Für die Zeit der Nichtbesetzung der Wache (22:30 bis 4:30 Uhr) sollte der im Haus der Bibliothek wohnende Krieger den Bereitschaftsdienst übernehmen. Zudem sollte jeder Mitarbeiter künftig die Dienstschlüssel nicht mehr mit nach Hause nehmen dürfen.¹⁴⁸

Gleichwohl wies Röttsch Lohse in einem Vier-Augen-Gespräch an, das Fehlen der Kaderakten im Quartalsbericht an das MHF zu unterschlagen.¹⁴⁹ Denn zuvor hatte Röttsch dem Ministerium Krieger für den Posten eines Stellvertreters des Generaldirektors für Ökonomie vorgeschlagen, ohne Lohse in diesen Vorgang einzubeziehen.¹⁵⁰ Die Ernennung Kriegers kam letztlich nicht zustande, jedoch einzig aus finanziellen Gründen. Am 21. März 1975 meldete Lohse erneut an »Reinhardt«, dass Krieger 20 Mitarbeiter im zweiten Arbeits-

145 FIM Reinhardt, Beurteilung Waldemar Krieger, Verwaltungsdirektor der DB, 20.5.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 251f.

146 FIM Reinhardt, Anlage zum Treffbericht des IM Gerhard vom 24.5.1974, 17.7.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 265-268.

147 Zu Siegmар Faust vgl. Bern-Rainer Barth, Art. »Faust, Siegmар«, in: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann (Hrsg.), Wer war wer in der DDR?, S. 200. Siegmар Faust veröffentlichte später seine überwiegend positiven Erinnerungen an die Deutsche Bücherei: Faust, Ich liebte die Deutsche Bücherei, in: Lokatis/Sonntag (Hrsg.), Heimliche Leser in der DDR, S. 208-210.

148 FIM Reinhardt, Treffbericht Gerhard am 28.5.1974, 28.5.1974, ebd., Bl. 259.

149 FIM Reinhardt, Anlage zum Treffbericht des IM Gerhard vom 17.7.1974, Information über den DB-Generaldirektor Röttsch, 17.7.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 208.

150 FIM Reinhardt, Treffbericht Gerhard am 13.6.1974, 20.6.1974, ebd., Bl. 196.

verhältnis ohne Wissen der Hauptarbeitsstellen und damit auch ohne Vorliegen der Kaderakten beschäftigte.¹⁵¹ Zu diesen gehörten die in der Bibliothek beschäftigten Handwerker. Diese hätten sich mit Kriegers Zustimmung »großzügig eingerichtete Werkstätten« geschaffen, wo sie auch betriebsfremde Aufträge wie die Reparatur von Radios durchführten. Zudem habe sich Krieger selbst gelegentlich der Handwerker bedient, etwa beim Aufbau eines Ferienhäuschens. Da die Handwerker auch Ersatzschlüssel besaßen, galten sie Lohse als Sicherheitsrisiko. Ärgerlich war in seinen Augen nur, dass man ihnen kein konkretes Fehlverhalten nachweisen konnte. Er stand der »versippte[n] Gesellschaft« der Handwerker, die »herausgeworfen werden müsste«, machtlos gegenüber. »Einen Durchbruch zur Regelung dieser derzeit aufgetretenen Mißstände« hielt er allerdings selbst für unmöglich, zumal es Hinweise gab, dass auch Röttsch die Praktiken Kriegers deckte.¹⁵²

Die Freiräume, die Röttsch dem Verwaltungsdirektor in seinem Bereich gewährte oder stillschweigend duldete, basierten nicht einseitig auf gegenseitigen materiellen Vorteilen, so wie von Lohse dargestellt. In der DDR war es vielmehr üblich, Handwerker aufgrund ihres exklusiven Zugangs zu knappen Ressourcen weitreichende Privilegien einzuräumen. Auf diese Weise entstanden eigen-dynamische Handelsketten, die wesentlich zur prekären Stabilität der DDR beitrugen.¹⁵³ Auch in der Deutschen Bücherei war dies gängige Praxis geworden, zumal der immer wieder um Hilfe gebetene Stadtbaudirektor die Bibliothekare aufforderte, das Haus »mit eigenen Arbeitskräften instandzuhalten und instandzusetzen«, was mit vier etatisierten Handwerkern kaum möglich war.¹⁵⁴ So entwickelten sich auch in der Deutschen Bücherei informelle Praktiken, die sich seit dem rasanten Ausbau der Verwaltungsabteilung seit 1977 weiter institutionalisierten. Im Dezember 1977 kam noch die zuvor vom MHF genehmigte Stelle eines Sicherheitsbeauftragten hinzu,¹⁵⁵ die bisher Lohse nebenamtlich ausgefüllt hatte, nun aber auf Röttschs Initiative mit Krieger besetzt wurde. Dieser hatte seit dem Ausbau der Verwaltungsabteilung den Bereich Innere Verwaltung geleitet, als neuer Verwaltungsdirektor war Werner Sembritzki eingesetzt worden. Obgleich Lohse auch in diesem Falle zu intervenieren versucht hatte, weil er

151 FIM Reinhardt, Treffbericht vom 21.3.1975, Beurteilung Gen. Krieger, Verwaltungsdirektor der DB, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 324.

152 FIM Reinhardt, Einschätzung der DB-Mitarbeiter [anonymisiert], 3.6.1975, ebd., Bl. 328-330.

153 Jens Gieseke, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), Heft 2, S. 197-198, hier S. 185-188.

154 Ständige Kommission VP/Justiz/Inneres an den Rat der Stadt Leipzig, Beschwerdekommision, Eingabe, 22.11.1973, ADNBL, 161, unfol.

155 Verwaltungsmittelung Nr. 5/1977, 11.7.1977, ADNBL, 155/1, Bl. 32f.; Verwaltungsmittelung Nr. 8/1977, 5.12.1977, ebd., unfol.

Krieger für »völlig untauglich« hielt,¹⁵⁶ setzte sich Röttsch ohne Hinzuziehung der Leitungsmitglieder der SED-Grundorganisation durch, was, so Lohse, »allgemeines Erstaunen über den Entschluß des GD« ausgelöst habe.¹⁵⁷

Vonseiten des MfS blieb eine Intervention aus. Die Führungsoffiziere, die FIM »Reinhardt« überordnet waren, interessierten sich, ungeachtet der Hinweise »Reinhardts«, weniger für die eigenwillige Personalpolitik Rötzschs, sondern vielmehr für die Handwerker. Für die Ost-Berliner Zentrale der Linie XX/7 fertigten sie lediglich einen Bericht über die Praktiken der »Einkommensunterstützung« in der Deutschen Bücherei an, der zahlreiche Fälle von zweckentfremdeten Prämienmittel für völlig unrealistische Rationalisierungsvorschläge und Aushilftätigkeiten dokumentierte. So habe sich etwa der Hausmeister das Heckeschneiden extra vergüten lassen, wodurch er in den ersten neun Monaten des Jahres 1977 rund 1.330 Mark zusätzlich verdiente. Insgesamt wurden in dieser Zeitspanne auf diese Weise 7.109 Mark Prämienmittel ausgezahlt, davon 86 Prozent an Personen mit Löhnen unter 1.000 Mark, was darauf hindeutet, dass die Prämienmittel vorwiegend dazu genutzt wurden, um die vielfach von Röttsch gegenüber dem MHF beklagten geringen Gehälter ein Stück weit dem Durchschnittslohn in der DDR anzupassen. Um die Mittel auszahlen zu können, mussten offizielle Vorwände gefunden werden. Als Verantwortlichen wies der Bericht lediglich den neuen Verwaltungsdirektor aus, Röttsch wurde – entgegen der Berichte Lohses – als Nicht-Eingeweihter beschrieben.¹⁵⁸ Gleichwohl hatte sich mit dem Wechsel von Krieger zu Sembritzki an der Spitze der Verwaltungsabteilung an den eigensinnigen Praktiken der Personalpolitik nichts geändert. Ganz im Gegenteil, im Januar 1978 teilte Lohse »Reinhardt« mit, dass im Bereich Materialversorgung ein mit 1.100 Mark monatlichem Gehalt vergleichsweise hoch dotierter Mitarbeiter eingestellt worden war, nicht weil dieser politisch und fachlich geeignet, sondern ein »sehr guter Beschaffer und Organisator« sei, der »manche Engpässe in der Materialversorgung überwinden« könne.¹⁵⁹ Seinen Höhepunkt erreichte der Konflikt zwischen Röttsch und Lohse um die Verwaltungsabteilung im Jahr 1980. In diesem Jahr hatte das MHF dem lang gehegten Wunsch Helmut Rötzschs zugestimmt, den Verwaltungsdirektor zum Stellvertreter des Generaldirektors und Leiter einer neuen Abteilung Ökonomie und Technik aufzuwerten, was letztlich kaum mehr als ein symbolischer Akt war.¹⁶⁰ Nach »Reinhardts« Notizen hatten sich die Machtverhältnisse be-

156 FIM Reinhardt, Bericht IM Gerhard vom 27.10.1977, 10.10.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 142.

157 FIM Reinhardt, Bericht IM Gerhard vom 18.11.1977, 21.11.1977, ebd., Bl. 146.

158 BV Leipzig, Abteilung XX an MfS Berlin, Hauptabteilung XX/7, Deutsche Bücherei Leipzig, 14.11.1977, BStU, MfS, HA XX, 11080, Bl. 17-20.

159 Betriebsermittlung 11.1.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 163f.

160 Verwaltungsmittelteilung, Nr. 3/1980, 7.8.1980, ADNBL, 155/1, unfol.

reits zuvor umgekehrt. Sembritzki sei nunmehr der »starke Mann« in der DB, an dem der GD Röttsch dranhänge.¹⁶¹ In der Belegschaft der Bibliothek hätte dies großen Unmut ausgelöst.¹⁶²

Von den Normen und Überprüfungsverfahren der sozialistischen Kaderpolitik abweichende Rekrutierungspraktiken finden sich nicht nur in der Verwaltungsabteilung, wo die Notwendigkeit zum Ausweichen auf alternative Handlungsketten die Personalpolitik bestimmte und, als Nebeneffekt, neue Ungleichheiten schuf. Auch im bibliothekarischen Bereich musste angesichts der grassierenden Personalnot und der vergleichsweise schlechten Arbeitsbedingungen mitunter auf alternative Rekrutierungswege ausgewichen werden, etwa auf persönliche Netzwerke. Dies galt auch für politisch heikle Bereiche wie das Annotationsblatt – ein Bestandteil des seit 1964 herausgegebenen Dokumentationsdienstes Bibliothekswesen, der die internationale bibliothekswissenschaftliche Literatur verzeichnete und annotierte. Der hierfür Mitte der 1970er Jahre verantwortliche Mitarbeiter war, laut dessen Aussage, mit Röttsch seit seiner Kindheit bekannt. Obwohl sich sein Verhältnis zu Röttsch in der Deutschen Bücherei verschlechtert habe, weil er den Generaldirektor für einen schlechten Leiter hielt,¹⁶³ genoss er in seinem Arbeitsbereich offenkundig weitreichende Freiheiten. Lohse zufolge habe dieser Personen beschäftigt, die nach seiner Auffassung hierfür völlig ungeeignet waren, etwa ehemalige SED-Mitglieder, Theologen und auch Betriebsfremde, welchen erlaubt war, »feindliche Literatur« mitunter über ein halbes Jahr lang mit nach Hause zu nehmen. Genossen habe er dagegen systematisch aus seinem Bereich »entfernt«. Er würde deshalb nicht nur eine Gefahr für die Erziehung junger Menschen, sondern auch für »direkte Sicherheitsanliegen« darstellen.¹⁶⁴ Über persönliche Bekanntschaften, respektive über eine Empfehlung der Ehefrau des scheidenden Sperrmagazinleiters Alfred Geßner, war auch Petra Zöllner als dessen Nachfolgerin berufen worden.¹⁶⁵ Auch deutsch-deutsche Bekanntschaften konnten durchaus eine, wenn auch eher untergeordnete Rolle spielen. So brachte »Reinhardt« in Erfahrung, dass seit 1964 ein bereits im Rentenalter stehender Mitarbeiter auf einer Planstelle tätig war, auf den Röttsch durch einen westdeutschen Verleger aufmerksam geworden war. Dieser Verleger hatte Röttsch um die Anstellung des 1899 geborenen früheren Rechtsanwaltes und Leiters einer 1964 aufgelösten Leipziger Privatbuchhandlung gebeten

161 FIM Reinhardt, Information des IM Gerhard vom 22.12.1981, 23.12.1981, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 171 f.

162 Bericht des IM Gerhard vom 24.7.1980 und Gen. Röttsch vom 29.7.1980, ebd., Bl. 91.

163 IM Anti, Handschriftlicher Bericht, 11.3.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 304 f.

164 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 4.5.1976, 6.5.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 4, Bl. 126 f.

165 FIM Reinhardt, Quelle: Geßner, Treff am 1.9.1976, 10.10.1976, ebd., Bl. 259.

und sich dabei auf die »guten Beziehungen seiner Firma mit der DB und [die] persönliche[n] Bekanntschaft zwischen ihm und Röttsch« berufen.¹⁶⁶ Daneben entwickelten sich in der Deutschen Bücherei informelle »Karrieresprungbretter«. So erhielt etwa eine 1966 eingestellte Bibliothekshelferin zwölf Jahre später die Stelle der Sachbearbeiterin für Arbeitsökonomie und Sozialwesen, weil sie sich zuvor ehrgeizig in der BGL im Bereich Sozialwesen engagiert hatte.¹⁶⁷ Als »Karrieresprungbrett«, aber auch »Abstellgleis« für auf anderen Stellen obsolet gewordenen Personal fungierte das Sperrmagazin. Da dort die politische Eignung von Kandidaten stets eine viel entscheidendere Rolle spielte als das fachliche Können, kamen hier auch Personen unter, die ihre bisherigen Berufe aus verschiedenen Gründen hatten aufgeben müssen; so etwa ein aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedener Schuldirektor¹⁶⁸ oder eine in der Deutschen Bücherei angestellte Bibliothekshelferin, die aus familiären Gründen ihre bisherige Funktion nicht mehr voll ausfüllen konnte. Gleichwohl wurden dort auch fachfremde Nachwuchskräfte eingesetzt, die sich dann qualifizieren konnten.¹⁶⁹ Auch im Magazin wurden fachfremde Neulinge eingesetzt, die ihre bisherigen Karrieren hatten abbrechen müssen, sich an der Deutschen Bücherei aber – sofern sie Abitur besaßen – bis zum wissenschaftlichen Bibliothekar qualifizieren konnten.¹⁷⁰ Mit dieser Rekrutierungsstrategie stand die Deutsche Bücherei nicht allein da. Vielmehr war dies gängige Praxis in wissenschaftlichen Bibliotheken, weshalb diese vom MHF Ende der 1980er Jahre zu den »politisch relativ anfälligen Bereichen« gezählt wurden. Sie erschienen aus Ost-Berliner Sicht als »ein Reservat für Mitarbeiter [...], die woanders den fachlichen und politischen Ansprüchen nicht genügen«.¹⁷¹

Dass die Personalpolitik in der Deutschen Bücherei in weiten Teilen von informellen Aushandlungsprozessen geprägt war, bedeutet nicht, dass die Grenzen der sozialistischen Kaderpolitik gänzlich verschwammen und nur noch Pragmatismus waltete. Selbst in Zeiten höchster Personalnot wurden bestimmte

166 FIM Reinhardt, Einschätzung des Dr. Albrecht Opitz, 15.7.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 197.

167 FIM Reinhardt, Betriebsermittlung, 7.6.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 245f.

168 FIM Reinhardt, Information, 1.2.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 8, Bl. 192.

169 FIM Reinhardt, Quelle: Genn. Zöllner, Treff am 24.1.1978, 25.1.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 161.

170 FIM Reinhardt, Betriebsermittlung, 16.2.1987 BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 240-244.

171 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Vorlage Nr. 250/88, Analyse des Leistungsstandes der wissenschaftlichen Bibliotheken und Einrichtungen der wissenschaftlichen Information im Verantwortungsbereich des MHF, o.D., ADNBL, 817/3/2, unfol.

politische Grenzen nicht überschritten. So hatten sich im Oktober 1977 Bewerbungen von Theologie-Studenten der Karl-Marx-Universität, die stundenweise im Magazin aushelfen wollten, gemehrt, die von der Kaderabteilung aber »mit Hinweis auf das Interesse der DB für Vollbeschäftigung« abgelehnt wurden,¹⁷² wobei hier eher grundlegendes politisches Misstrauen ausschlaggebend gewesen sein dürfte. Wenn bei Bewerbungen Zweifel über die Motive für einen Arbeitsplatzwechsel an die Deutsche Bücherei bestanden, wurde zuweilen auch das MfS in den Entscheidungsprozess einbezogen.¹⁷³

Nicht nur bei der Personalgewinnung, auch im Arbeitsalltag gab es eine durchaus beachtliche Toleranz gegenüber eigensinnigem Verhalten. Davon profitierten in erster Linie diejenigen Leitungskader, deren fachliche Expertise unverzichtbar erschien. Horst Bunke etwa, der die Öffentlichkeitsarbeit leitete, galt auch der Direktion als »sehr schwieriger Mann, der keine Kritik verträgt«. Er stand im Ruf, auf Kritik mit wochenlanger Abwesenheit wegen Krankheit zu reagieren, was er aufgrund seiner Beinamputation auch »leider« könne, so das zynische Urteil »Reinhardts«.¹⁷⁴ Trotz wiederholter Klagen seiner Mitarbeiter über die schlechte Arbeitsatmosphäre hielt Röttsch aber an ihm fest und wehrte sogar vehement Vorschläge des MHF ab, Bunke auf den Direktorenposten einer anderen Bibliothek umzusetzen.¹⁷⁵ Ein anderes Beispiel ist der Direktor der Abteilung Benutzung, Karl-Heinz Wenkel. Dieser äußerte sich, trotz SED-Mitgliedschaft, nicht nur im Vier-Augen-Gespräch besonders kritisch über die Staatspartei; etwa als er Alfred Geßner gegenüber die Verkehrssituation in Leipzig mit der Gesamtsituation in der DDR verglich.¹⁷⁶ Er kritisierte auch im größeren Kreis Lohse als Stalinisten, warf einer Mitarbeiterin offen Stasi-Tätigkeiten vor oder prangerte allgemein die Praxis der Bücherausleihe an das MfS an.¹⁷⁷ Zudem stand er im Ruf, seinen und anderen Mitarbeitern recht freizügig »halbgeheime« Literatur aus dem Separatzimmer auszuleihen oder setzte bei der Personalauswahl lieber auf politisch unbequeme Kandidaten. Auch über Benutzer, die sich eingeschränkt ausleihbare Literatur mit gefälschten Benutzerausweisen beschafft hatten, sah er stillschweigend

172 FIM Reinhardt, Quelle: Genn. Köhler, Kaderabteilung der DB, Hinweis vom 19.10.1977, 24.10.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 90.

173 FIM Reinhardt, Quelle: Lindner DB, Information vom 9.5.1979, 10.5.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 6, Bl. 124.

174 FIM Reinhardt, Bericht, 22.4.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 6, Bl. 233.

175 FIM Reinhardt, Quelle: GD der DB Gen. Röttsch, Information, 8.5.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 235.

176 FIM Reinhardt, Information Treff mit GMS Alfred Geßner am 10.12.1974, BStU, MfS BV Leipzig, AGMS 1795/80, Bl. 44.

177 Anlage zum Treffbericht vom 28.4.1975, 5.5.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 326; Bericht des IM Gerhard vom 16.8.1977, 23.8.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 106.

hinweg.¹⁷⁸ Sämtliche Versuche Lohses, Röttsch auf die »Machenschaften« Wenkels hinzuweisen, waren offenbar vergebens. Als einzige Reaktion war bereits 1968 der als klassenbewusst geltende Werner Buhs als Wenkels Stellvertreter eingesetzt worden, gewissermaßen als Gegenpart zum »Wenkelschen Leitungsstil«, wie Lohse »Reinhardt« gegenüber anmerkte.¹⁷⁹

Unterhalb der Leitungsebene wurde dagegen weniger Nachsicht geübt. Allerdings waren auch diese Mitarbeiter nicht ohne Handlungsspielraum. Einige verstanden es vor allem, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der DDR zu nutzen und Unruhe in der Belegschaft auszulösen sowie Ansehensverlust der Generaldirektion im Kollegenkreis zu befördern. Das im Rahmen der Sozialpolitik Honeckers umgestaltete Arbeitsrecht bot hierfür Möglichkeiten. Dieses sollte nicht nur als wirksames Erziehungsinstrument für »Werkstätige« fungieren, sondern stärkte auch die Rechte der Arbeiter und Angestellten. Gerade in Arbeitsgerichtsverfahren avancierte die »Herrschaft der Arbeiterklasse« von einer bloßen propagandistischen Floskel zu einer praktischen Erfahrung.¹⁸⁰ Die Konsequenzen bekam die Bibliotheksleitung 1979/80 im Falle einer Mitarbeiterin der Abteilung Erwerbung, die für die Verteilung eingegangener Zeitschriften im Geschäftsgang verantwortlich war und dabei über einen längeren Zeitraum westdeutsche Modezeitschriften unterschlagen hatte, zu spüren. Da der Betroffenen das Vergehen offiziell nachgewiesen werden konnte und sie dies auch nicht abstritt, kam ihr Fall vor die hausinterne Konfliktkommission – ein als erzieherisches Instrument konzipiertes gesellschaftliches Gericht, das bei Arbeitsstreitigkeiten immer als erste Instanz angerufen wurde.¹⁸¹ Dort erhielt sie eine »Rüge«, zudem wurde ihre Versetzung innerhalb des Hauses festgelegt.¹⁸² Verschiedene entsprechende Angebote der Kaderleitung lehnte sie jedoch mit dem Hinweis auf die Geringfügigkeit ihrer Verfehlungen ab. Ihr wurde darauf-

178 FIM Reinhardt, Treffbericht IM Gerhard vom 1.9.1976, 4.9.1976, ebd., Bl. 40; FIM Reinhardt, Treff mit Alfred Geßner am 24.3.1977, 24.3.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AGMS 1795/80, Bl. 64; FIM Reinhardt, Quelle: Gerhard DB, Treff am 26.8.1975, Information, 28.8.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 334.

179 BV Leipzig, Abt. XX/7, Bericht des IMS Gerhard vom 29.2.1971, 3.2.1971, ebd., Bl. 141 f.; FIM Reinhardt, Anlage zum Treffbericht vom 2.10.1974, 3.10.1974, ebd., Bl. 286.

180 Peter Hübner, Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht, in: Christoph Boyer/Klaus-Dietmar Henke/Peter Skyba (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10: 1970–1989. Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden 2008, S. 147–197.

181 Frerich/Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2, S. 69f.

182 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Information, 27.9.1979, 8.10.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 289.

hin die Kündigung ausgesprochen, worauf sie mit einem Einspruch reagierte. Gegenüber der Konfliktkommission, die über den Einspruch zu entscheiden hatte, brachte Lohse nun auch Argumente vor, die die »unkritische und zum Teil anmaßende Haltung« der Mitarbeiterin dokumentieren und damit die Position der Bibliotheksleitung zusätzlich stützen sollten. So habe die Mitarbeiterin jahrelang die politisch-ideologische Arbeit in der FDJ vernachlässigt, sei nicht zur Mai-Demonstration erschienen, habe sich aber stattdessen die hierfür anzurechnenden Überstunden gutschreiben lassen.¹⁸³ Gleichwohl schätzte Lohse die Chancen der Bibliotheksleitung in der Angelegenheit zunehmend schlechter ein. Auch wenn die Konfliktkommission den Einspruch abwies, so Lohse im Gespräch mit »Reinhardt«, werde die Mitarbeiterin weitere Rechtsmittel nutzen und das Kreisgericht anrufen, wo sie »mit ihrer Klage durchkommen könnte und zwangsläufig wieder in ihrer damaligen Funktion eingesetzt werden müsse. (Das wird dadurch begründet, daß die meisten Klagefälle vor unseren Arbeitsgerichten im Sinne der Werktätigen entschieden werden)«. Deshalb bat Lohse das MfS um Einflussnahme auf das Kreisgericht.¹⁸⁴ Kurze Zeit später wurde er in seiner pessimistischen Sichtweise allerdings noch gestärkt. Ein Vertreter des FDGB-Kreisvorstandes, den Lohse um Hilfe ersucht hatte, hatte ihm deutlich gemacht, dass die Bibliotheksleitung zwar »exakt« gehandelt, man mit einem Disziplinarverfahren vor der staatlichen Leitung allerdings mehr erreicht hätte. Zudem hatte der Fall bereits Kreise in der Belegschaft gezogen. Auf der einen Seite hätte sich ein »Lager« gebildet, das hinter der Klägerin stand, auf der anderen Seite drohten die Kollegen der Abteilung Erwerbung ihrerseits mit Kündigungen, falls die Mitarbeiterin zurückkäme.¹⁸⁵ Solche Verfahren konnten also schnell zur Polarisierung innerhalb der Deutschen Bücherei führen. Die Praxis der Sozialdisziplinierung geriet damit in Widerspruch zu den Normen der »Fürsorgediktatur«, in der soziale Sicherheit und politische Loyalität als Wirkungsannahme eng miteinander verknüpft waren.¹⁸⁶

Auch in einem anderen Fall vom Juni/August 1980 kam die Bibliotheksleitung mit den sozialpolitischen Normen der »Fürsorgediktatur« in Konflikt. Hierbei ging es um eine junge Mutter, die aufgrund ihrer Schwangerschaft als

183 Helmut Lohse an Konfliktkommission, Koll. Schoepke, 8.11.1979, ebd., Bl. 375-378.

184 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Information, 2.11.1979, 13.11.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 7f.

185 FIM Reinhardt, 22.11.1979, Quelle: »Gerhard«, Information, 21.11.1979, ebd., Bl. 11 f.

186 Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B20* (1998), S. 33-46; Ders., Konrad H. Jarausch, Care and Coercion: The GDR as Welfare Dictatorship, in: Ders. (Hrsg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 47-69.

nicht mehr tragbar auf ihrer leitenden Position eingestuft wurde. Ihre Schwangerschaft wurde von der Bibliotheksleitung einseitig als Belastung des Arbeitsablaufs betrachtet. Die junge Mutter war bereits zwölf Jahre als Bibliothekarin in der Deutschen Bücherei tätig und nun zum zweiten Mal schwanger. Da sie wegen des ihr zustehenden Mutterschutzes aber nun mindestens sechs Wochen ausfiel (»Wochenurlaub«), hatte die Bibliotheksleitung ihr verschiedene Änderungsverträge vorgeschlagen, die für sie eine Herabstufung auf eine nicht-leitende Position bedeutet hätten. Diese Vorschläge lehnte sie ab, woraufhin ihr mit der Begründung »Nichteignung« gekündigt wurde. Allerdings hatte sie ihre Position bereits vier Jahre inne, sodass die Begründung ziemlich konstruiert wirkte. Entsprechend reagierte sie mit einem Einspruch beim zuständigen Kreisgericht. Dort wurde der Aufhebungsvertrag für rechtsgültig erklärt, jedoch sicherte die Richterin der Klägerin zu, dass sie trotz der Kündigung in den Genuss der staatlichen Mütterunterstützung bis zum ersten Geburtstag ihres Kindes kommen würde. Unter diesen Bedingungen hatte die Bibliothekarin dem Aufhebungsvertrag zugestimmt. Nachdem sich infolge einer Rückfrage bei der Sozialversicherung herausgestellt hatte, dass die Richterin falsche Hoffnungen geweckt hatte, die Bibliothekarin aber beim Generaldirektor, beim zuständigen Vertreter des FDGB-Kreisvorstandes, bei der BGL sowie bei der Konfliktkommission abgewiesen wurde, schrieb sie in letzter Instanz eine Eingabe an Erich Honecker. Obgleich sie als Parteilose mit ihrem Appell an die »Kraft der Partei« für Außenstehende nicht besonders glaubwürdig erschien,¹⁸⁷ brachte die Eingabe den gewünschten Erfolg. Die Einschaltung des Generalsekretärs zog kurzerhand die SED-Bezirksleitung auf den Plan, deren 1. Sekretär Horst Schumann alles vermeiden wollte, um bei Honecker in Ungnade zu fallen.¹⁸⁸ Die Bibliotheksleitung indes wollte, so teilte Lohse »Reinhardt« mit, unter allen Umständen vermeiden, »eine Märtyrerin in der DB großzuziehen«.¹⁸⁹ Jedoch hatte sie sich der SED-Bezirksleitung zu beugen. Die Beschwerdeführerin erhielt einen Änderungsvertrag, dem zufolge sie auf eine nicht-leitende Position versetzt wurde, um ihre alte Planstelle nicht über ein Jahr lang unbesetzt lassen zu müssen. Für die Mitarbeiterin selbst bedeutete diese Regelung eine Gehaltseinbuße von 200 Mark.¹⁹⁰ Damit hatte der staatliche Mutterschutz die Mitarbeiterin zwar nicht vor ihrer beruflichen Herabstufung bewahrt und wirkte damit kaum der Benachteiligung von Frauen

187 Eingabe an Erich Honecker, 27.6.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 97-100.

188 Christian Rau, Art. »Schumann, Horst«, in: Sächsische Biografie, URL: <http://www.isgv.de/saebi/> (abgerufen am 3.2.2017).

189 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 24.7.1980, 29.7.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 87f.

190 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Information, 6.8.1980, 7.8.1980, ebd., Bl. 94f.

im Berufsleben entgegen, die Bibliotheksleitung musste jedoch ebenfalls eine Niederlage hinnehmen.

Sozialdisziplinierend wirksamer als arbeitsrechtliche Sanktionen waren innerbetriebliche Belohnungssysteme. Der Generaldirektion besonders loyal erscheinende Mitarbeiter wurden durch sozialpolitische oder ideelle Gegenleistungen bei der Stange gehalten. Vorrang bei der Vergabe der knappen und begehrten FDGB-Ferienplätze genossen freilich diejenigen Leitungskader, die besonders eng mit Generaldirektor Röttsch verbunden waren, was nicht einmal vor der übrigen Belegschaft verheimlicht wurde.¹⁹¹ Großzügig zeigte sich Röttsch zudem im Umgang mit Westkontakten seiner Mitarbeiter. Das betraf vor allem die Genehmigung privater Reisen in die Bundesrepublik, die im Zuge der deutsch-deutschen Annäherung seit 1971 nicht mehr nur Rentnern und Reisekadern, sondern anderen Bürgern »in dringenden Familienangelegenheiten« offenstanden. Dafür mussten die Antragsteller ein intransparentes Überprüfungsverfahren durch die zuständige Kaderabteilung und das MfS über sich ergehen lassen, durch das sichergestellt werden sollte, dass die Reisenden nicht im Westen verblieben. Wurden dem Antragsteller eine positive bzw. loyale Einstellung zur DDR sowie »geordnete« Familienverhältnisse attestiert, durfte er in der Regel reisen.¹⁹² Wie Beispiele aus der Deutschen Bücherei zeigen, setzte sich Helmut Röttsch aber zuweilen auch persönlich für formal hoffnungslose Fälle ein und bat das MfS, im Sinne des Antragstellers zu entscheiden. So verwandten er und die Kaderleiterin Liane Lindner sich bei »Reinhardt« für eine Mitarbeiterin, die ihre schwer kranke Mutter in der Bundesrepublik besuchen wollte, deren Antrag vom Frühjahr 1978 aber, wahrscheinlich wegen ihres in die Bundesrepublik geflohenen Sohnes, abgelehnt worden war. Röttsch argumentierte dagegen, dass der Sohn kein Grund für einen möglichen Verbleib in der Bundesrepublik darstelle, da in der DDR »andere[r] beachtliche[r] Bindungsfaktoren« bestanden, insbesondere »größere Vermögenswerte und die Existenz eines dauernd kranken Sohnes«. Selbst IM »Anti« fügte hinzu, dass sich die Antragstellerin »als DDR-Bürgerin in der BRD verhalten würde«.¹⁹³ In diesem Fall bestand also durchaus argumentativer Spielraum. Gelegentlich nutzte Röttsch die Westkontakte seiner Mitarbeiter auch aus, um über deren Privatadressen an sammelpflichtiges Material für die Bibliothek zu kommen. Im Gegenzug dafür wurden die Mitarbeiter in eine Strichliste eingetragen und wenn sie eine bestimmte Anzahl an Strichen

191 FIM Reinhardt, Information des IM Gerhard vom 22.12.1981, 23.12.1981, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 171 f.

192 Patrick Major, *Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power*, Oxford 2010, S. 198 f.

193 FIM Reinhardt, Quellen: »Anti«, Gen. Röttsch, Genn. Lindner, Antrag der DB-Mitarbeiterin [anonymisiert] auf eine Besuchsreise in die BRD, 24.7.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 282.

erreicht hatten, erhielten sie Dubletten von Zeitschriften aus der Deutschen Bücherei.¹⁹⁴ Westkontakte der Mitarbeiter ließen sich im Arbeitsregime der Deutschen Bücherei somit gezielt als Loyalitätsressource und Ressource für den Bestandsaufbau einsetzen. So zeigte sich Röttsch auch gegenüber Westkontakten innerhalb der Deutschen Bücherei relativ tolerant. In einem Fall hatte er den Reiseantrag einer Mitarbeiterin, deren Eltern während einer »Rentnerreise« in der Bundesrepublik einen tödlichen Autounfall erlitten hatten, abgelehnt, weil die Mitarbeiterin mit einem Bürger der Bundesrepublik ein gemeinsames Kind hatte. Damit bestand praktisch kein Handlungsspielraum, die Reise anderweitig zu begründen. Deshalb nutzte der Vater jede sich bietende Möglichkeit, seine Partnerin in der Deutschen Bücherei zu besuchen. Er hielt sich entsprechend im Lesesaal, in der Mensa und in den Diensträumen der Bibliothek auf. Zwar bat Röttsch ihn, die Diensträume zu meiden, ein prinzipielles Verbot der Besuche sprach der Generaldirektor aber nicht aus. Stillschweigend geduldet wurden auch telefonische Gespräche mit westdeutschen Familienmitgliedern über die Diensttelefone, obgleich dies ausdrücklich verboten war.¹⁹⁵

Mitarbeiter der Deutschen Bücherei konnten sich trotz der schlechten Arbeitsbedingungen zudem eines besonderen Privilegs erfreuen. Die prinzipielle Möglichkeit, jedes Buch aus dienstlichen Gründen jederzeit aus dem Geschäftsgang oder dem Magazin entnehmen zu können, machte das Lesen von offiziell in der DDR nicht erhältlicher Literatur zu einer Grauzone, die viele Mitarbeiter alltäglich nutzten. Selbst gegenüber der Leiterin des Sperrmagazins, Petra Zöllner, die als politische Hardlinerin galt, versuchte ein Mitarbeiter, der sich das Buch »Spaß mit Männern« (wahrscheinlich »Mehr Spaß mit Männern« von Lynn Barber) ausleihen wollte, gar nicht erst, mit seinen persönlichen Absichten hinterm Berg zu halten. Obwohl die Ausleihe pornographischer Literatur vom Generaldirektor untersagt worden war, habe er sich das Buch über einen privaten Leihschein ausleihen wollen. Von Zöllner gefragt, warum er keine Genehmigung von Röttsch eingeholt hatte, antwortete der Mitarbeiter, dass ihn »das Buch persönlich interessiere und er es deshalb lesen wolle«. Obwohl es in diesem Fall zu einem Gespräch mit Röttsch kam,¹⁹⁶ zeigt ein anderer Fall, dass dies kein Automatismus war. Geduldet wurde die Ausleihe pornographischer Literatur etwa im Falle eines Gastes aus Prag, der als Bekannter eines Mitarbeiters

194 Information des IMS »Gerhard« vom 5.7.1971, 5.7.1971, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 185.

195 FIM Reinhardt, Quellen: Genn. Lindner, »Gerhard«, »Anti«, Betr.: Telefongespräche mit BRD-Bürgern auf dem Apparat [anonymisiert] der Deutschen Bücherei nach Dienstschluß, 20.6.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 31 f.; FIM Reinhardt, Quelle: »Anti«, Treff am 26.10.1976, 27.10.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 280.

196 FIM Reinhardt, Quelle: Genn. Petra Zöllner, amt. Leiterin des Sperrmagazins der DB, 20.6.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 34.

ohne Wissen der Leitung in einem Gästezimmer der Bibliothek untergebracht war. Dieser hatte sich den Titel »Was eine Frau sexuell erregt« (wahrscheinlich »Was Frauen sexuell erregt« von Axel Garding) auf sein Zimmer bestellt. Als Röttsch dies erfuhr, winkte er ab und machte deutlich, in dieser Sache nichts unternehmen zu wollen.¹⁹⁷ Der Vergleich dieser beiden Fälle zeigt, dass auch der Zugang zu politisch unerwünschter Literatur als Loyalitätsressource eingesetzt werden konnte, wobei dies offenkundig von der Person und dessen »Wert« für die Deutsche Bücherei abhing. Von einem Mitarbeiter erfuhr IM »Anti« jedoch, dass praktisch »jeder Mitarbeiter derartige Literatur lesen könne, wenn man die Gewähr dafür habe, daß der betreffende Mitarbeiter das, was er liest, kritisch einschätzen kann«. Man müsse nur aufpassen, dass das übergeordnete Ministerium davon nichts erfahre.¹⁹⁸ Ein anderer Mitarbeiter berichtete ihm, dass es bestimmte Ansprechpartner in der Bibliothek gebe, wenn man ein nicht für die Allgemeinheit bestimmtes Buch privat ausleihen wollte.¹⁹⁹ Geduldet wurde ferner auch das Verhalten einer im Sachgebiet NSW/BRD/WB (Nicht sozialistisches Wirtschaftsgebiet/Bundesrepublik Deutschland/Westberlin) beschäftigten Mitarbeiterin, die sich über den Dienstweg, jedoch für die private Verwendung, Versandhauskataloge aus der Bundesrepublik zukommen ließ und dies unverhohlen in ihrer Abteilung kundtat. Ein Disziplinarverfahren hatte sie nicht zu befürchten, da ihr letztlich nichts nachgewiesen werden konnte.²⁰⁰ So ging die Toleranz gegenüber privaten Lesebedürfnissen immer auch mit einer institutionellen Grenze der »Durchherrschaft« einher, denn der komplexe und verzweigte Geschäftsgang ließ sich nur schwer rund um die Uhr überwachen.

Die Nachsicht gegenüber privaten Lesebedürfnissen konnte allerdings tatsächlich ernste Sicherheitslücken nach sich ziehen. Bei Fällen von »Schwarzentleihungen« durch Mitarbeiter an Bekannte oder Freunde schaltete sich zuweilen das MfS ein, den Modus der Konfliktregelung überließ der Geheimdienst letztlich aber der Bibliotheksleitung.²⁰¹ Die Konsequenzen waren, gerade wenn es sich um Sperrliteratur handelte, deutlich. Vor allem wenn mit nach Hause genommene Bücher unbeabsichtigt verloren gingen, drohten dem Betroffenen mindestens ein Disziplinarverfahren sowie der Ausschluss aus dem Kreis der

197 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff, 1.7.1976, 4.7.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 39.

198 FIM Reinhardt, Quelle: »Anti«, Treff am 26.10.1975, 27.10.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 282.

199 IM »Anti«, Abschrift, 13.1.1977, 2.3.1977, ebd., Bl. 296.

200 FIM Reinhardt, Information des IM »Anti« vom 7.8.1985, des IM »Gerhard« vom 9.8.1985, der GMS »Bibliothekar« vom 9.8.1985, 9.8.1985, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Teil II, Bd. 4, Bl. 154.

201 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 30.10.1975, 4.11.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 336.

Zugangsberechtigten.²⁰² Allerdings konzentrierten sich die Maßnahmen der Bibliotheksleitung immer nur auf die Bestrafung überführter Mitarbeiter, nicht aber auf die Behebung der strukturellen Ursachen. Sicherheitslücken wurden damit durchaus bewusst in Kauf genommen, wie das gut dokumentierte Beispiel eines Anfang Juli 1974 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) wegen Rezeptfälschung und Diebstahls von Krankenhausmaterial festgenommenen Arztes zeigt. Während der Hausdurchsuchung waren die Ermittler auch auf mehrere Bände aus verschiedenen Bibliotheken gestoßen; darunter 74 westdeutsche, zum Teil sehr teure Fachbände aus der Deutschen Bücherei, was den Verdacht nahelegte, dass es in der Bibliothek einen Helfer geben musste.²⁰³ Kurz zuvor war im Rahmen der Ermittlungen gegen den zuvor genannten Wachleiter der Verdacht aufgekommen, dass dieser den in einem versiegelten Brief befindlichen Schlüssel für das Sperrmagazin entwendet hatte, um bestimmte Titel über Nacht zu kopieren. In den Äußerungen des Wachleiters, der seinen Kollegen belastete, was Lohse aber als Wichtigtuerei abtat, wurde auch ein Auto mit einem Karl-Marx-Städter Kennzeichen erwähnt, das nachts vor der Deutschen Bücherei geparkt haben soll.²⁰⁴ Einen Bogen zu den Ermittlungen gegen den Arzt schlug Lohse aber nicht. Im Dezember 1974 häuften sich, trotz der zwischenzeitlichen Entlassung des Wachleiters, Bücherdiebstähle über den Papierkeller. Bücher wurden unbemerkt in Papierkörben zusammen mit Altpapier in den Keller transportiert, wo sie von Mitarbeitern einer privaten Altstoffhandlung verpackt und mitgenommen wurden. Auch der Arzt will die bei ihm gefundenen Bücher bei einer Leipziger Altstoffhandlung erworben haben, wobei er eine andere Adresse nannte. Entdeckt wurde der Weg der Bücherdiebstähle durch den Hinweis einer Raumpflegerin, die Lohse erzählt hatte, auf ein Buch in einem Papierkorb der Benutzungsabteilung gestoßen zu sein. Auf ihre Nachfrage an einen im Raum befindlichen Mitarbeiter habe dieser auffällig reserviert reagiert. Das MfS erwog daher eine Anzeige des Vorfalles bei der Leipziger Kriminalpolizei, was Helmut Röttsch auf Bitten des betroffenen Mitarbeiters aber ablehnte, da die Bücherdiebstähle ohnehin Teil der Ermittlungen der Karl-Marx-Städter Polizei seien. Offenbar war Röttsch an einer offiziellen Aufklärung dieses speziellen Falles nicht interessiert bzw. wollte den ins Visier geratenen Mitarbeiter aus der Schusslinie nehmen. Ob dies aus Sympathie für den Mitarbeiter geschah, oder ob Röttsch verhindern wollte, dass die Deutsche Bücherei in Schwierigkeiten kam, lässt sich nicht feststellen. Jedenfalls lenkte Röttsch den Verdacht auf einen

202 Roland Mehnert, Sicherheitsbeauftragter, Aktennotiz, 27.1.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 8, Bl. 65f.

203 FIM Reinhardt, Treffbericht, Quelle: »Gerhard«, 17.7.1974, 17.7.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 207.

204 FIM Reinhardt, Anlage zum Treffbericht des IM Gerhard vom 24.5.1974, 23.5.1974 [sic!], BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 266.

Hausmeister, der ohnehin wegen anderer Vergehen kurz vor seiner Entlassung stand.²⁰⁵ Einzig Lohse widmete sich weiterhin intensiv den Bücherdiebstählen, wobei er aber immer nur auf Versatzstücke stieß, aus denen sich kein konkreter Verdacht ergab. Etwa im Oktober 1975 gelang es ihm, zwei erneut im Papierkeller (diesmal vom Haustischler) gefundene westdeutsche Bücher zumindest bis in die Abteilung Nationalbibliographie zurückzuverfolgen, wo sie verschwunden seien.²⁰⁶

Im Sommer 1976 jedoch gelang die Aufklärung eines Falles dank einer aufmerksamen Pförtnerin und eines Heizers, der später wegen der Bücherdiebstähle »auspacken« wollte – nicht zuletzt weil sich kurz zuvor ein wahrscheinlich in den Fall verwickelter Kollege umgebracht hatte.²⁰⁷ Die Pförtnerin hatte den Betriebsschutzleiter schon seit längerem im Verdacht, da dieser jeden Morgen mit einer Reisetasche erschien, angeblich um Feuerholz aus der Deutschen Bücherei zu transportieren. In einem unbeobachteten Moment öffnete die Pförtnerin die Tasche und sah, dass das angebliche »Holz« tatsächlich zahlreiche westdeutsche Groschenromane waren. Mit dieser Information wandte sich die Pförtnerin an Benutzungsdirektor Wenkel, der wiederum den »wissenschaftlichen Spätdienst« mit der offiziellen Kontrolle der Reisetasche beauftragte. Der Betriebsschutzleiter, der überdies in großen finanziellen Schwierigkeiten steckte, wurde bald darauf entlassen, der Heizer kam vor ein Arbeitsgericht. Dennoch habe es Röttsch erneut abgelehnt, »ein Disziplinarverfahren oder andere Schritte einzuleiten«, was wiederum darauf hindeutet, dass er alles zu vertuschen versuchte, was die Deutsche Bücherei in Schwierigkeiten bringen konnte.²⁰⁸ Vielmehr sei er, so Lohse an »Reinhardt«, der Meinung gewesen, dass mit den Entlassungen »die bisherigen Unsicherheitsfaktoren beseitigt wären«. Auf Forderungen, etwa zur Schließung der Heizungstüren oder zur Vergitterung des Ausstiegsfensters, wollte sich der Generaldirektor nicht einlassen.²⁰⁹ So dauerte es nicht lang, bis wieder ein Buch in einem Papierkorb entdeckt wurde.²¹⁰ Gleichwohl lag es nicht allein an Röttsch, dass Bücherdiebstähle nur selten verhindert werden konnten. Auch die komplexen Strukturen des Geschäftsganges und die Verschwiegenheit vieler Mitarbeiter ermöglichten das Entstehen von Parallelnetzwerken und erschwerten es selbst spitzfindigen IMs, tatsächlich Schuldige zu identifizieren.

205 FIM Reinhardt, Quelle: IM Gerhard, Treff am 5.12.1974, 11.12.1974, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 302-304.

206 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 30.10.1975, 4.10.1975 [sic!], BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 4, Bl. 82.

207 FIM Reinhardt, Treffbericht, 2.6.1976, ebd., Bl. 168.

208 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 4.5.1976, 4.5.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 23-25.

209 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 1.7.1976, 4.7.1976, ebd., Bl. 39.

210 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 25.2.1977, ebd., Bl. 78.

Das Wirken der Stasi innerhalb der Deutschen Bücherei war von starken Widersprüchen gekennzeichnet. Einerseits führte das Bedürfnis, den Kulturbereich sicherheitspolitisch zu unterwandern, zu einer massiven Ausweitung von inoffiziellen »Stützpunkten« in der Bibliothek, andererseits blieben die Versuche von Helmut Lohse, IM »Anti« und selbst FIM »Reinhardt«, den Geheimdienst für die strukturellen Ursachen von Sicherheitslücken zu sensibilisieren, erfolglos. Zudem hatte die Ausnutzung des Konfliktes zwischen Röttsch und Lohse durch »Reinhardt« bald sogar negative Folgen für die Informationsgewinnung. Ende 1981 machte Lohse »Reinhardt« auf die »eigenartige Konstellation« in der Deutschen Bücherei aufmerksam, dass sich um Helmut Röttsch herum ein Loyalitätsnetzwerk aufgebaut hatte, zu dem Lohse keinen Zugang mehr hatte. Es handele sich um eine »Viererbande« von Leitungsmitgliedern, die bibliothekspolitische Fragen am Mittagstisch entschieden, was nicht nur bei Lohse für Unmut sorgte.²¹¹ Insofern hatte sich die anfangs geheimdienstlich nützliche Konstellation zwischen Röttsch und Lohse nicht nur zunehmend negativ auf den »Quellenwert« Lohses ausgewirkt, sondern auch nicht intendierte Folgen für die Organisationskultur in der Deutschen Bücherei. Lohses Berichte thematisierten seitdem folglich kaum noch innerbetriebliche Konflikte. IM »Anti« berichtete zwar noch bis 1989 über innerbetriebliche Vorgänge, im Gegensatz zu Lohse besaß dieser als einfacher Mitarbeiter aber noch weniger Zugang zu internen Vorgängen, sodass das MfS in den 1980er Jahren kaum noch Einblick in diesen Bereich hatte.

c.) Wissenschaftsförderung und Wissenskontrolle:

Die Bibliothek und ihre Benutzer

Die DDR bezeichnete sich gern als »Leseland«. Statistisch stand diese Selbstbeschreibung durchaus auf einer validen Grundlage. In den 1980er Jahren schlug die jährliche Buchproduktion mit rund 9,31 Titeln pro Kopf zu Buche,²¹² in den Bibliotheken kamen auf einen Einwohner am Ende des Jahrzehnts rund 6,18 Titel.²¹³ Überhaupt gehörte die DDR mit zum Schluss rund 15.000 Bibliotheken

211 FIM Reinhardt, Information des IM Gerhard vom 22.12.1981, 23.12.1981, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 171 f.

212 Christoph Links, Leseland DDR. Bedingungen, Hintergründe, Veränderungen, in: Thomas Großbölting (Hrsg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 196-207, hier S. 196 f.

213 Öffentliche Bibliotheken (1989): 62.126.487 Bände, Wissenschaftliche Bibliotheken (1988): 37.391.308 Bände. Zahlen aus: BArch, DR 1/9768, unfol.; BArch, DR 3, 2. Schicht, 1837, unfol.

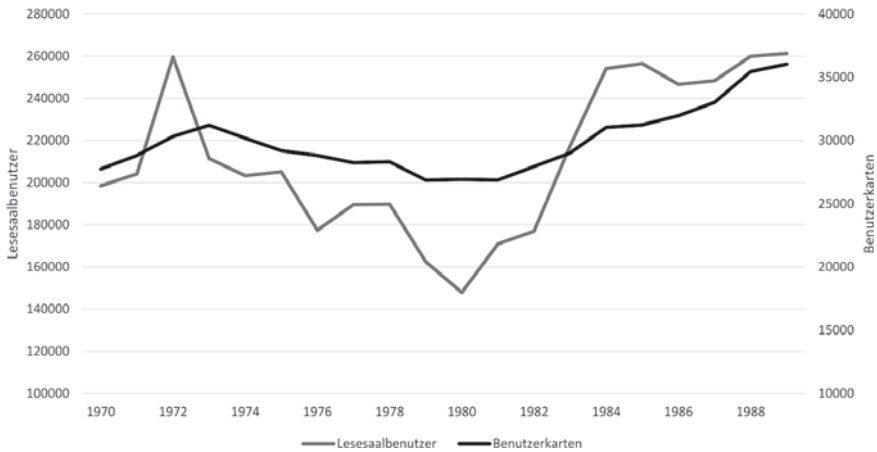


Abb. 11: Benutzerkarten und Lesesaalbenutzer 1970-1989²¹⁴

zur Weltspitze in der Literaturversorgung.²¹⁵ Besonders das öffentliche Bibliothekswesen erlebte in der Ära Honecker einen massiven Ausbau. Aus 1.511 Allgemeinen und Gewerkschaftsbibliotheken im Jahre 1974 wurden 8.686 im Jahre 1989, der Literaturbestand erlebte fast eine Verdoppelung.²¹⁶ Auch die Deutsche Bücherei erfreute sich einer ungebrochenen Beliebtheit. Die Benutzerfrequenz wuchs besonders in den 1980er Jahren in einer bemerkenswerten Dynamik (Abb. 11). Mit rund 40 Prozent machten Studenten nach wie vor den Großteil der Leserschaft aus. Allerdings ist diese Entwicklung weniger Ausdruck eines sich fortschrittlich gebenden »Leselandes«, sondern markiert vielmehr einen räumlichen Konzentrationsprozess, der eine Folge der den wissenschaftlichen Bedürfnissen immer weniger entsprechenden Erwerbungspolitik des MHF war.

Der Andrang in der Deutschen Bücherei schlug am Ende der 1980er Jahre mit rund 3.000 Entleihungen pro Tag zu Buche,²¹⁷ was wissenschaftliche Forschung zunehmend zu einer Geduldsprobe machte. Nicht nur an den Ausleihschaltern, auch vor den Lesesälen bildeten sich häufig »Besucherschlangen«.²¹⁸ Im Januar 1989 beschwerte sich ein Benutzer, dass er 40 Minuten im Vorraum war-

²¹⁴ Datengrundlage: ADNBL, 150/2/9; ADNBL, 162; ADNBL 550.

²¹⁵ Löffler, Buch und Lesen in der DDR, S. 256.

²¹⁶ BArch, DR 1, 9764, unfol.; BArch, DR 1/9768, unfol.

²¹⁷ Röttsch, Die Deutsche Bücherei als Zentrum bibliographischer Literaturinformation, in: von Köckritz/Nowak (Hrsg.), Nationalbibliotheken im Jahr 2000, S. 133.

²¹⁸ Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Bibliotheken und Museen, Hans-Dieter Grampp, Eingabe des Bürgers [anonymisiert], 15.3.1988, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

ten musste, bis ein Leseplatz für ihn frei wurde.²¹⁹ Da zudem ganze Institute die Bibliothek immer wieder um Ausnahmegenehmigungen zur dauerhaften Aus- und Fernleihe von Literatur ersuchten,²²⁰ waren stark nachgefragte Bände häufig über einen längeren Zeitraum außer Haus verliehen. Im März 1977 beschwerte sich eine Benutzerin direkt beim MHF, dass sämtliche technische Wörterbücher »deutsch-französisch« dauerhaft an den Leipziger Export-Betrieb GISAG verliehen waren, während sie eines davon selbst zur Übersetzung von Versandlisten für einen anderen Export-Betrieb benötigte.²²¹

Die Benutzungspolitik der Deutschen Bücherei der 1970er/80er Jahre gibt kein kohärentes Bild ab, sondern lässt sich vielmehr als Krisenmanagement charakterisieren, in dem Privilegien für herausgehobene Betriebe und Einrichtungen Beschränkungen in der allgemeinen Benutzung korrespondierten, aber auch Kontrollverlust und geheimdienstliche Kontrolle in enger Wechselwirkung standen. Verärgerten Benutzern gegenüber argumentierte man nun verstärkt mit dem Archivcharakter der Bibliothek, was angesichts des Inseldaseins der Deutschen Bücherei inmitten einer ideologisch kontrollierten staatlichen Erwerbungspolitik freilich eines gewissen Zynismus nicht entbehrte. Nicht in jedem Fall aber war tatsächlich die Unkontrollierbarkeit des Benutzerzustroms der ausschlaggebende Grund für die Betonung des Archivcharakters. So nahm die Bibliotheksleitung im Februar 1987 eigenmächtig massive Einschnitte am Fernleihverkehr vor, indem sie festlegte, dass Literatur ab Erscheinungsjahr 1982 prinzipiell nicht mehr außer Haus verliehen werden durfte. Grund hierfür waren sich häufende Beschwerden westdeutscher Verleger darüber, dass die Deutsche Bücherei kostenlose Belegexemplare in den Leihverkehr gegeben hatte. Vor dem Hintergrund parallel laufender Verhandlungen über die Umsetzung des im Mai 1986 abgeschlossenen Kulturabkommens mit der Bundesrepublik wollte man jegliche atmosphärische Störung vermeiden.²²² Da gerade aber die neueste Literatur am stärksten nachgefragt war, rief diese Maßnahme von verschiedenen Seiten Protest hervor. Für einen Benutzer, der sich direkt beim MHF beschwerte, sah es so aus, als wolle die Deutsche Bücherei Zensur betreiben und sei »der Meinung, daß erst nach 5-jähriger Wartezeit [sic!] die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse für Mitarbeiter außerhalb der DB »verdaulich« seien« bzw. die Bibliothek

219 W.[anonymisiert] an Helmut Röttsch, 26.1.1989, ADNBL, 766, unfol.

220 Deutsche Bücherei, Abt. Benutzung, Karl-Heinz Wenkel, 6.7.1978, ADNBL, 806/2, Bl. 132.

221 Edith J.[anonymisiert] an das Staatssekretariat [sic!] für Hoch- und Fachschulwesen, Sektion Wissenschaftliche Bibliotheken, 13.3.1977, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

222 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der Abteilung BRD, Karl Seidel, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 28.7.1987, ADNBL, 152/6, unfol.; Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der Abteilung BRD, Karl Seidel, 13.8.1987, ebd., unfol.

als »Lobbyist der Deutschen Reichsbahn« agiere, weil jeder Nutzer genötigt sei, nach Leipzig zu fahren.²²³ Wie die für die Organisation des DDR-weiten Leihverkehrs zuständige Deutsche Staatsbibliothek feststellte, waren von diesen Einschnitten nicht nur Einzelnutzer betroffen, sondern auch ganze Institute, sogar die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.²²⁴ Die Bibliotheksleitung erhielt daraufhin eine Ermahnung durch das MHF, die Anordnung rückgängig zu machen,²²⁵ hielt jedoch (mit Billigung des Außenministeriums) an den Maßnahmen fest. Schließlich setzte das MHF eine Expertengruppe ein, die aber lediglich feststellen konnte, dass nicht die Deutsche Bücherei das Problem sei, auch wenn sie formal gegen die Leihverkehrsordnung der DDR verstoßen hatte, sondern das Fehlen stark frequentierter Literatur in anderen wissenschaftlichen Bibliotheken.²²⁶ So blieb die interne Anweisung bis weit ins Jahr 1990 bestehen.

Mit der Zunahme der Benutzung häuften sich allerdings auch die Diebstahldelikte. Bereits seit Ende der 1960er Jahre waren die Sicherheitslücken in den mit rund 30.000 Bänden bestückten Lesesälen offensichtlich. Die Arbeitsplätze in der Galerie vor den Lesesälen waren schon in dieser Zeit abgebaut worden, weil dort häufig unbemerkt Buchseiten herausgetrennt wurden bzw. das ein oder andere Stück von dort aus seinen Weg aus dem Fenster auf die Wiese gefunden hatte, wo es später abgeholt wurde.²²⁷ Bestandsrevisionen waren allerdings aufgrund fehlender personeller Ressourcen nur selten und wenn, dann auch nur partiell möglich. Die Ergebnisse waren jedoch umso erschreckender. So hatte eine Ende der 1960er Jahre lediglich im Bereich Medizin durchgeführte Revision ergeben, dass rund 100 mehrheitlich westdeutsche Bände mit einem Wert von 10.000 bis 15.000 DM abhandengekommen waren. Besondere Attraktivität besaß zudem die Zeitschriftenauslage, wo sich häufig ein »Gedränge durch junge DDR-Bürger« bildete.²²⁸ Eine völlige Überwachung der Benutzer stieß jedoch

223 Dieter K.[anonymisiert] an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Informationsbereitstellung für wissenschaftliche Zwecke durch die Deutsche Bücherei Leipzig, 16.4.1987, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

224 Rücksendung von unbearbeiteten Leihscheinen aus der Deutschen Bücherei Leipzig, 16.3.1987, SBB, G II/A/30, Bd. 5, unfol.

225 Beirat für Bibliothekswesen beim Minister für Kultur, Protokoll der 32. Sitzung am 29. Mai 1987 in der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel, 2.6.1987, ADNBL, 806/2/4, unfol.

226 Stellungnahme zu den Benutzungseinschränkungen der Deutschen Bücherei im Fernleihverkehr der Bibliotheken, o.D., SBB, G II/A/30, Bd. 5, unfol.

227 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abt. Bibliotheken und Museen, Hans-Dieter Grampp, Eingabe des Bürgers K.[anonymisiert], 15.3.1988, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 1, unfol.

228 FIM Reinhardt, Quelle: »Anti«, Treff am 15.4.1977, 21.4.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 316.

nicht nur an personelle und technische Grenzen. Selbst ein noch so aufmerksamer Pförtnerdienst konnte nicht verhindern, dass »die Überwachung von Zielpersonen nur Zufallsprodukte« sein konnten, da Leibesvisitationen »unter den Bedingungen des Öffentlichkeitscharakters« der Bibliothek ausgeschlossen waren.²²⁹

So bemühten sich die Bibliothekare ganz besonders darum, die Sicherheits- und Justizbehörden für den »politischen« und »gesellschaftlichen« Schaden des Bücherdiebstahls zu sensibilisieren, wobei sie zufällige Einzelfälle bewusst überzeichneten. Allerdings erwies sich diese Strategie – ganz anders als noch in den 1950er Jahren – als erfolglos. Grund hierfür war nicht zuletzt der Wandel in der Strafrechtspolitik unter Erich Honecker. Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 und der wachsenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Bundesrepublik war dieser nun bereit, auf allzu offensichtliche Formen von Repression zu verzichten, ohne dass die Justiz damit freilich ihre Funktion für die Aufrechterhaltung der sozialistischen Ordnung verlor. Vielmehr wandelten sich die Praktiken von offener Repression hin zu subtiler Sozialdisziplinierung im Kleide legaler Verfahrenswege.²³⁰ Dies war nicht zuletzt auch eine Reaktion darauf, dass die Verpflichtung der DDR zur Bewahrung der Menschenrechte den Interpretationsrahmen der Verfassung im Innern erweitert hatte. Das hatte aber auch zur Folge, dass Bücherdiebstähle von den Behörden nicht mehr automatisch nach »politischem« oder »gesellschaftlichem« Schaden beurteilt wurden, sondern danach, ob der Schaden die messbare Grenze von 150 Ost-Mark überstieg, was jedoch selten der Fall war. In der Regel kamen die Delinquenten deshalb vor die Konfliktkommissionen ihrer Betriebe, in denen die Bibliothekare keine Deutungshoheit hatten. Dies galt auch im Falle einer Jugendbrigade des Leipziger Baukombinates, deren Mitglieder mehrere westdeutsche Groschen-Romane aus der Bibliothek entwendet und für zwei bis drei Mark weiterverkauft hatten.²³¹ Selbst wenn es gelang, einen Diebstahl im größeren Stil aufzudecken und es zu einem Prozess kam, wurden die Bibliothekare in ihrem Eifer deutlich gedämpft. Im Oktober 1977 war es einem Benutzer gelungen, den gesamten Kartenkomplex »Hegel« (rund 300 Karten) aus dem Alphabetischen Katalog zu entfernen. Der materielle Schaden war mit 500 Mark freilich gering, jedoch hatte der Diebstahl zur Folge, dass sämtliche nach Eingangsdatum (»Numerus Currens«) im Magazin aufgestellte Werke Hegels nicht mehr auffindbar waren. Infolge

229 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 6.12.1978, Betr.: Ausleihmöglichkeiten und ihre Kontrolle in der DB, 7.12.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 256.

230 Hierzu besonders Johannes Raschka, Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln/Weimar/Wien 2000.

231 IM »Gerhard«, Diebstahl von zwei Büchern aus der Deutschen Bücherei, o.D. [1970], BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 131f.

hausinterner Ermittlungen war ein Ost-Berliner Benutzer der Deutschen Bücherei in Verdacht geraten.²³² Tatsächlich nahm die Polizei Ermittlungen auf und stellte dabei fest, dass der Beschuldigte neben den Katalogkarten mehr als 200 Bücher aus verschiedenen Ost-Berliner Bibliotheken gestohlen und aus weiteren 200 Bänden Seiten herausgetrennt hatte, was dieser bei den Vernehmungen auch ohne Umschweife zugab.²³³ Im Verlauf des sich anschließenden Prozesses beantragte der Leiter der Katalogabteilung der Deutschen Bücherei, der parteilose Heinz Höhne, das Urteil »in der DB mit Namensnennung auswerten zu dürfen«, was von der Staatsanwaltschaft, neben einer dreijährigen Haftstrafe, nachdrücklich unterstützt wurde. Der Richter folgte jedoch dem Antrag des Verteidigers, der sich auf ein psychiatrisches Gutachten berief, das dem Beschuldigten eine »schwere neurotische Fehlentwicklung« bescheinigte. Der Angeklagte blieb damit von der Haft verschont und wurde stattdessen in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, er hatte für den materiellen Schaden aufzukommen, die von Höhne beantragte öffentliche Auswertung des Urteils wurde zudem untersagt.²³⁴ Helmut Röttsch und die Generaldirektorin der Deutschen Staatsbibliothek, Friedhilde Krause, zeigten sich über das Urteil derart entsetzt, dass sie sich zu einem gemeinsamen Brief an den Generalstaatsanwalt der DDR, Josef Streit, genötigt sahen. Darin forderten sie, das Urteil wegen des »großen gesellschaftlichen Schadens«, den der Verurteilte angerichtet habe, zu kassieren, weil hiervon ein »negativer Einfluß auf die Öffentlichkeit zu erwarten« sei und Diebstähle in Bibliotheken salonfähig würden.²³⁵ In beiden Bibliotheken war man davon überzeugt, dass mit diesem Urteil »raffinierten Diebstählen in den Bibliotheken Tür und Tor geöffnet« werde.²³⁶ Das Gefühl, potentiellen Straftätern ausgeliefert zu sein, bestärkte die Bibliothekare in ihrer Praxis, das Prinzip der Archivbibliothek als Abwehrstrategie über das der Wissensdienstleistungseinrichtung zu stellen.

Die Implikationen und Ambivalenzen dieser Strategie lassen sich vor allem in der Benutzungspolitik des Sachgebiets für spezielle Forschungsliteratur (Sperrmagazin) beobachten. Obwohl dort nur ein Prozent des Gesamtbestandes lagerte und der Zugang über ein strenges Überprüfungsverfahren geregelt wurde,

232 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 7.12.1977, Bericht über das Verschwinden des Nachweises des Autorenkomplexes H e g e l aus der DB und über eingeleitete Maßnahmen, 8.12.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 152f.

233 Aktennotiz, Diebstahl des Autorenkomplexes Hegel und die sich aus den Ermittlungen ergebenden Tatsachen, 17.2.1978, ADNBL, 722/1/1, Bl. 184-187.

234 Aktennotiz, Prozeß gegen den Angeklagten Kurt S.[anonymisiert], 2.8.1978, ebd., Bl. 156-160.

235 Helmut Röttsch/Friedhilde Krause, an den Generalstaatsanwalt der DDR, o.D., ebd., Bl. 141-143.

236 Bericht IM Gerhard vom 22.8.1978, 23.8.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 234.

widmete sich die Stasi – im Gegensatz zu den allgemeinen Lesesälen – diesem politisch sensiblen Bereich in besonderer Weise. Dabei gestaltete sich die Gefährdungssituation dort rein rechnerisch betrachtet überschaubar. 1989 etwa wurden in den allgemeinen Lesesälen der Bibliothek 261.302 Benutzer gezählt, im Sperrmagazin gerade einmal 5.705. Selbst die von Bücherdiebstählen geplagten Bibliothekare hielten es für nahezu unmöglich, dass »Bücher aus der Sperrbibliothek auf ungesetzliche Weise in die Öffentlichkeit kommen« konnten.²³⁷ Wagte es dennoch ein Benutzer, Bücher oder Zeitschriften zu beschädigen, dann erwarteten diesen strenge Sanktionen. Als im Januar 1973 ein Arzt dabei erwischt wurde, wie er aus zwei Büchern Aktfotos heraustrennte, wurde er »[f]ür immer« von der Benutzung des Sperrmagazins ausgeschlossen, von der allgemeinen Benutzung dagegen nur ein Jahr.²³⁸ Ein ähnliches Schicksal ereilte einen Benutzer, der 1977 dabei überführt wurde, wie er aus mehreren westdeutschen Magazinen DDR-kritische Artikel ausgeschnitten hatte.²³⁹

Die besondere Position des Sperrmagazins an der Grenze von Wissenschaftslogik und sozialistischem Bildungsverständnis wurde von Benutzern der Deutschen Bücherei jedoch immer häufiger infrage gestellt. Die zunehmende Bedeutung formaler Rechtsgrundsätze in der politischen Kultur und die verbale Lockerung kulturpolitischer Verkrustungen trugen maßgeblich dazu bei, dass vom Leiter des Sperrmagazins abgewiesene Benutzer ihrem Ärger vermehrt Luft machten und sich auf das in der Verfassung verankerte Recht auf Bildung beriefen.²⁴⁰ Ein Benutzer wandte sich sogar direkt an Volksbildungsministerin Margot Honecker. Auf seine Nachfrage, warum er bestimmte Titel nicht erhalten hatte, habe er von einem Bibliothekar die flapsige Antwort erhalten: »Irgendwas wird schon drin stehen, das [sic!] Sie die Bücher nicht bekommen.« Die Benutzungspolitik bezeichnete er als »Willkürakt«, gar als einen Verstoß gegen die UN-Menschenrechtscharta, welche auch die DDR im Zuge ihres UNO-Beitrittes unterzeichnet hatte. »Dressur anhand der Sperrung von Literatur«, so sein Credo, sei ein »Kardinalfehler unserer Republik«.²⁴¹

237 BV Leipzig, Abt. XX7/, Treffbericht IMS »Gerhard« vom 4.3.1971, 7.7.1971, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 198.

238 Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur, Alfred Geßner, Aktennotiz, 16.1.1973, ADNBL, 744, Bl. 120; Aktennotiz, Alfred Geßner (mit handschriftlicher Ergänzung von Helmut Röttsch), 25.1.1973, ebd., Bl. 120 (Rückseite).

239 Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur, Geßner/Zöllner, an Generaldirektor Helmut Röttsch, Information, 18.7.1977, ebd., unfol.; Helmut Röttsch an das Sachgebiet für spezielle Forschungsliteratur, 20.7.1977, ebd., unfol.

240 So etwa Michael L.[anonymisiert] an die Deutsche Bücherei, Betrifft: Verweigerung der Bereitstellung gewünschter Literatur, 18.10.1974, ADNBL, 766, unfol.; Günther K.[anonymisiert] an die Deutsche Bücherei, Eingabe, 27.5.1979, ebd., unfol.

241 Eingabe an Margot Honecker, o.D., BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 296f.

Es gab damit verschiedene Gründe, warum die Bibliotheksleitung seit den 1970er Jahren an einer Benutzungsordnung für das Sperrmagazin arbeitete – ein Vorhaben, das in den 1950er Jahren noch aus politischen Gründen gescheitert war. Womöglich schien nun die Gefahr, Protestpotentiale unter den Benutzern zu züchten, größer, weil Mitarbeiter nicht in der Lage waren, Ablehnungen sachlich zu begründen. Um Bibliothekaren und Benutzern eine formale Berufungsgrundlage an die Hand zu geben, wurde 1974 in die revidierte Benutzungsordnung zunächst ein Absatz über die Kriterien gesperrter Literatur eingefügt, die an ihrer bisherigen Intransparenz damit freilich nichts verloren. Sekretiert waren danach »Bücher, die faschistische, militaristische, antikommunistische, neofaschistische, neokolonialistische und andere undemokratische Ideen zum Ausdruck bringen«. ²⁴² Seit 1. April 1983 galt schließlich eine ausführliche Ordnung für die Benutzung des Sperrmagazins, die die bislang weitgehend informell geregelten Beziehungen zwischen Bibliothek und Benutzer endgültig formalisierte. Diese regelte die Zuständigkeiten für die Genehmigung der Einsichtnahme, die beim Generaldirektor bzw. beim Leiter des Sperrmagazins lagen, die Unterschriftenbefugnisse für die Ausstellung von Verwendungsnachweisen, deren Inhalte und Gültigkeitsdauer, das Verhalten im Lesesaal (ein Austausch zwischen den Benutzern etwa war nicht gestattet), das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Kopien und den Ausschluss von der Benutzung des Sperrmagazins. ²⁴³

Der Formalisierung der Benutzung des Sperrmagazins korrespondierte eine interne Regelung eines Sondergeschäftsganges »im Interesse von Ordnung und Sicherheit«. ²⁴⁴ Hierzu machte die Geschäftsgangkommission Vorschläge, die in eine Weisung des Generaldirektors vom 1. Dezember 1978 eingingen, welche die Verantwortlichkeiten und Bedingungen der geschäftsmäßigen Bearbeitung von Sperrliteratur genau festsetzte. Danach durfte die Zuweisung von Benutzungseinschränkungen ausschließlich durch den Leiter des Sachgebietes Zugang der Erwerbungsabteilung bzw. bei Grenzfällen durch den Abteilungsleiter (Helmut Lohse) erfolgen, die Titel mussten sofort inventarisiert und anschließend in Stahlschränken verwahrt werden, von wo aus sie nur den Mitarbeitern des Sperrmagazins ausgehändigt werden durften. Auch die Klassifikation durch die Abteilung Bibliographie durfte nur noch direkt im Sperrmagazin erfolgen, Bindearbeiten ausschließlich von der Hausbuchbinderei durchgeführt werden. ²⁴⁵

²⁴² Benutzungsordnung der Deutschen Bücherei vom 1. Januar 1974, ADNBL, 721, unfol.

²⁴³ Helmut Röttsch, Grundsätze für die Benutzung spezieller Forschungsliteratur in der Deutschen Bücherei, 1.4.1983, ADNBL, 150/2/4, unfol.

²⁴⁴ Maßnahmeplan 1977 der Kommission Geschäftsgang, Punkt 15: Sondergeschäftsgang für spezielle Forschungsliteratur, 17.3.1977, ADNBL, 744, unfol.

²⁴⁵ Helmut Röttsch, Weisung zur Regelung des Sondergeschäftsganges für spezielle Forschungsliteratur in der Deutschen Bücherei, 1.12.1978, ADNBL, 150/2/4, unfol.

Im Wesentlichen entsprach diese Weisung den bereits eingespielten Routinen. Zwar war die Sperrliteratur zur bibliographischen Erfassung und Sacherschließung bislang stets in die jeweiligen Abteilungen abgegeben worden, der Prozess durfte aber einen Zeitraum von vier Tagen nicht überschreiten. Neu waren auch die Verwahrung in den Stahlschränken sowie der Ausschluss externer Buchbindereien. Gerade letztgenannter Punkt galt zuvor als die »schwache Stelle« im Geschäftsgang für benutzungsbeschränkte Literatur.²⁴⁶

All diese Maßnahmen fanden jedoch ihre Grenze, sobald Verrechtlichung mit Entpolitisierung und damit der Infragestellung der SED-Herrschaft einherging. Vor allem die von der Geschäftsgangkommission aufgeworfene Frage nach Konkretisierung der undurchsichtigen Bewertungskriterien für Sperrliteratur blieb so bewusst ungelöst. Helmut Lohse, der auch persönlich über Benutzungseinschränkungen befand, hielt den Kommissionsmitgliedern entgegen, dass die in der Benutzungsordnung von 1974 festgelegten Maßstäbe »heute für einen qualifizierten Leiter der Zugangsstelle oder Wissenschaftler, der darüber zu entscheiden hat, welche Literatur zu sekretieren ist und welche nicht, ausreichen«.²⁴⁷ Wie man diese Qualifikation sicherstellen konnte, ließ Lohse jedoch offen. So kam es wegen der fehlenden Transparenz immer wieder vor, dass einzelne Titel erst dann als »Hetzschriften« in das Sperrmagazin wanderten, nachdem sie bereits eine Zeit lang in der regulären Ausleihe gestanden hatten. Anfang Januar 1975 etwa teilte Alfred Geßner seinem Verbindungsmann beim MfS, FIM »Reinhardt«, mit, dass »eines der übelsten Hetzwerke«, der Roman »Verwandtenbesuch« von Gudrun Tempel, schon im März 1973 in der Deutschen Bücherei eingegangen, jedoch erst im Dezember 1974 im Sperrmagazin eingetroffen sei, obgleich man, nach Geßners Ansicht, »schon nach den ersten vier bis fünf Zeilen des Klappentextes« den Charakter des Buches hätte erkennen müssen.²⁴⁸ Da die Kulturbehörden zu dieser Zeit zunehmend schärfer gegen »unverbesserliche Autoren wie Heym und Biermann« vorgingen,²⁴⁹ ließ auch die Zollverwaltung im Dezember 1975 eine Kontrolle in der Deutschen Bücherei durchführen. Anlass waren offenbar Eingaben von Bürgern, die sich über die Unterschiede zwischen offizieller Literaturpolitik und Ausleihpraxis in der Deutschen Bücherei irritiert gezeigt hatten, was die mit dem Kulturministerium eng zusammenarbeitende Zollverwaltung als Verstoß gegen die »Interessen des sozialistischen

246 FIM Reinhardt, Quellen: »Gerhard« am 24.1.78, Petra Zöllner am 20.1.78, Reußner am 20.1.78, Lindner am 30.1.78, Bericht über den Komplex »Chinaliteratur« und ihr Geschäftsgang in der Deutschen Bücherei, 1.2.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 170-173.

247 Helmut Lohse, Zur Vorlage in der Kommission Geschäftsgang, Betr.: Pkt. 15 Sondergeschäftsgang, 26.8.1977, ADNBL, 744, Bl. 1-3.

248 FIM Reinhardt, Treffbericht, Quelle: GMS Alfred Geßner, 4.1. und 6.1.1975, 6.1.1975, BStU, MfS, BV Leipzig, AGMS 1795/80, Bl. 48.

249 Petschke, Literatur in den Farben der Deutschen Demokratischen Republik, S. 468.

Staates und seiner Bürger« deutete.²⁵⁰ Bei ihrer Überprüfung in der Deutschen Bücherei stellten die Kontrolleure schließlich eine ganze Reihe von aus ihrer Sicht eklatanten Defiziten fest. Neben einer »äußerst oberflächlichen Eingangskontrolle« durch das Wachpersonal und dem Vorhandensein nicht »einfuhrfähiger« westdeutscher theologischer Literatur in den Lesesälen, ließ vor allem eine durchgeführte Test-Ausleihe die Alarmglocken schrillen. Die Kontrolleure hatten sich – als Benutzer getarnt – Bücher aus einer Liste nicht »einfuhrfähiger« Belletristik bestellt und dabei fünf Titel problemlos erhalten. Darunter befanden sich Bücher von Heinrich Böll (»Der Lorbeer ist immer noch bitter«, »Aufsätze, Reden, Kritiken«), Wolf Biermanns »Die Drahtharfe« und Alexander Solschenizyns »August 14«. Auch die Reproduktion von Textstellen mit »offen und verschleiert antisowjetische[n] und antikommunistische[n] Tendenzen und Hetze gegen die DDR« sei ohne Schwierigkeiten verlaufen. Zu keinem Zeitpunkt sei ein Verwendungsnachweis erforderlich gewesen. Für die Kontrolleure stand fest, dass die Deutsche Bücherei das Einsickern »feindlicher« Ideologien in die Bevölkerung durch ihre Nachlässigkeit befördere. Schlussfolgernd müsse, so der Bericht, eine generelle Übereinstimmung zwischen der Literaturpolitik des Kulturministeriums und der Aussonderungspraxis in den Bibliotheken mit Sperrmagazinen gefunden werden.²⁵¹ Doch die vom Chefinspektor der Zollverwaltung, Gerhard Stauch, vorgeschlagene zentrale Literaturkommission, die diese Fragen klären sollte, wurde letztlich nicht eingesetzt, da dies schwelende bibliothekspolitische Kompetenzkonflikte zwischen Kulturministerium und MHF berührt hätte. Auch die in den Kontrollvorgang involvierte Stasi vermochte nicht, sich über die institutionellen Egoismen hinwegzusetzen und verlangte anders als Stauch eine Verallgemeinerung der Benutzung von Sperrliteratur in den Bibliotheken des MHF.²⁵² So folgte der Kontrolle der Zollverwaltung lediglich eine weitere Überprüfung der Deutschen Bücherei durch das MHF im März 1976. Diese kam jedoch zu dem beschwichtigenden Ergebnis, dass in der Bibliothek alles in Ordnung sei und es sich bei den Ergebnissen der Kontrolle durch die Zollbehörde lediglich um bedauernswerte Einzelfälle gehandelt habe. Künftig werde man, so das Fazit, zumindest die Nachweisführung über die Nutzer bestimmter Titel im Sperrmagazin vereinfachen bzw. Benutzer von Werken Wolf Biermanns

250 Zollverwaltung der DDR, Chefinspektor Gerhard Stauch an das Ministerium für Kultur, Stellvertreter des Ministers, genossen Höpcke, 19.1.1976, BStU, MfS, HA XX, 21621, Bl. 33.

251 Zollverwaltung der DDR, Abt. Postverkehr, Sachgebiet III, Zolloberkommissar König, Vermerk über die durchgeführte Überprüfung an der Deutschen Bücherei Leipzig, 9.12.1975, ebd., Bl. 1-3.

252 MfS, HA XX, Leiter, Generalmajor Kienberg, Stellungnahme, 31.3.1976, ebd., Bl. 36.

gesondert registrieren.²⁵³ Monate später jedoch wurde Generaldirektor Röttsch vonseiten des MHF aber noch einmal in einem vertraulichen Gespräch nahegelegt, nach Fertigstellung des Magazinturms gesperrte und »bedingt verleihbare« Literatur zusammenzuführen und vorsichtshalber auch »Schundserien in den besonders zu sichernden Bereich« aufzunehmen.²⁵⁴

Es liegt nahe, dass im Überprüfungsbericht des MHF vom März 1976 die prinzipielle Funktionsfähigkeit der Deutschen Bücherei im Umgang mit Sperrliteratur bewusst hochgespielt wurde, um unliebsame Eingriffe des Kulturministeriums abzuwehren. Die externe Kontrolle über die Deutsche Bücherei und deren Umgang mit Sperrliteratur gestaltete sich damit aber dysfunktional. Letztlich blieben Kontrollen auch deshalb Einzelfälle, weil eine flächendeckende Überwachung angesichts der jährlich einströmenden Masse an westdeutschen Publikationen gar nicht durchführbar war. So lag »Reinhardt« bereits Ende 1976 erneut ein Bericht von Helmut Lohse und »Anti« über »Fehler« bei der Einstufung von Neuzugängen vor. Etwa hätte sich der Bertelsmann-Weltatlas in der freien Ausleihe befunden, obwohl dieser »die Nato verherrlicht«, den »17. Juni 1953 als Volksaufstand gegen den Kommunismus deklariert, Hetze gegen die Befestigung unserer Staatsgrenze (13.8.1961)« enthalte und »Polemiken gegen den Grundvertrag DDR-BRD, direkt gegen die DDR« richte.²⁵⁵ Besonders heikel war aus Lohses Sicht das Separatzimmer der Benutzungsabteilung. Dort lagerte vornehmlich westdeutsche Literatur, die besonders stark nachgefragt war und ebenfalls nur zu wissenschaftlichen Zwecken ausgegeben wurde. Die Genehmigung hierfür oblag nicht dem Leiter des Sperrmagazins, sondern dem Direktor der Benutzungsabteilung Wenkel. Zwischen diesem und Lohse bestanden jedoch grundlegende Differenzen über die Handhabung beschränkt zugänglicher Literatur. So gerieten beide nach einer Versammlung des Leipziger Bibliothekarverbands, auf der über den 8. Schriftstellerkongress vom 29. Mai 1978 – der ersten öffentlich inszenierten Einigkeit zwischen Staat und Schriftstellern nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns – gesprochen worden war, aneinander. Wenkel habe wörtlich zu Lohse gesagt: »Hoffentlich hast Du gut zugehört. [...] Leider geht es bei der Sperrung der Bücher noch immer nach den Namen und nicht nach den [sic!] Inhalt. Blödsinn ist doch, daß man ein Kinderlied von Rainer Kunze

253 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor wissenschaftliche Bibliotheken, Information und Museen, Eberhard Kabus, Überprüfung der Einhaltung von Benutzungseinschränkungen in der Deutschen Bücherei Leipzig am 12.3.1976, o.D., BStU, MfS, HA XX, 20064, Bl. 28-31.

254 Aktennotiz, 23.8.1976, ADNBL, 152/1/6, Bd. 6, Bl. 182.

255 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard« am 28.12.76 und »Anti« am 30.12.1976, Betr.: Einstufung der publizistischen und literarischen Neuzugänge in der DB, 5.1.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 67.

sperrt«. Auch die Bücher von Solschenizyn, die »Weltqualität« hätten, sollten nach Wenkels Ansicht nicht dogmatisch sekretiert werden.²⁵⁶

Es gab allerdings auch Schriftengattungen, die der internen Bewertungspraxis der Deutschen Bücherei entzogen waren. Dazu zählten seit einer »Anordnung zum Schutz der Dienstgeheimnisse« vom 6. Dezember 1971 sämtliche Dissertationen mit den Geheimhaltungsstufen NfD, VD, VS und VVS²⁵⁷, deren Ergebnisse, so die Befürchtung, nicht in die Hände des politischen Gegners gelangen sollten. So nahm man etwa bei der Arbeit von Maria Saro »Historische Wurzeln und gegenwärtige Politik des Militärregimes in Burma« an, dass »die Schlußfolgerungen und kritischen Einschätzungen als empfindliche Waffe gegen die Stellung und Politik der DDR nicht nur in Burma, sondern auch in anderen progressiven nichtkapitalistischen Ländern genutzt werden« konnten. Auch die Annahme von Wirtschaftsspionage war neben militärischen Interessen immer wieder ein Grund zur Vergabe von Geheimhaltungsgraden bei Dissertationen.²⁵⁸ Ursprünglich war erwogen worden, dass die Deutsche Bücherei völlig auf die Sammlung der Dissertationen verzichten und diese an die Promotionsstätten zurückschicken sollte.²⁵⁹ Daraufhin verfügte die Bibliotheksleitung, auch die bislang im allgemeinen Magazinbereich als »bedingt verleihbar« gelagerten NfD-Schriften samt Katalogkarten dem Sperrmagazin zu überstellen, künftig Dissertationen mit Geheimhaltungsgraden nicht mehr zu katalogisieren und generell die Vorlage eines schriftlichen Nachweises zu verlangen.²⁶⁰ Allerdings dauerten die Verhandlungen mit dem MHF über die Zukunft des Sammelgebietes DDR-Dissertationen über mehrere Jahre an. Erst am 4. Oktober 1977 erging schließlich eine Weisung des Ministers, die nur noch die Abgabe von NfD- und VD-Dissertationen an das Sperrmagazin der Deutschen Bücherei gestattete, die in gesonderten Katalogen zu erfassen waren. Die Schriften und selbst die Kataloge durften dann nur unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen eingesehen

256 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard« am 27.6.1978, Information, 7.7.1978, ebd., Bl. 212.

257 NfD (Nur für Dienstgebrauch), VD (Vertrauliche Dienstsache), VS (Verschlussache), VVS (Vertrauliche Verschlussache). Dissertationen mit Geheimhaltungsgrad GVS (Geheime Verschlussache) waren dagegen zu keiner Zeit an die Deutsche Bücherei abgegeben worden. Deren Anteil am Gesamtbestand der DDR-Dissertationen war jedoch gering. Aufschluss darüber, welche Dissertationen mit Geheimhaltungsgraden versehen waren gibt Wilhelm Bleek/Lothar Mertens, Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen, 2 Bde., München 1994.

258 Aufstellung über Dissertationen mit Begründung der Bedenken gegen die Ausfuhr, o.D., BArch, DC 20/7487, unfol.

259 Helmut Röttsch, Aktennotiz, o.D., ADNBL, 524/1, unfol.

260 Helmut Röttsch, Weisung, 6.9.1972, ebd., unfol.; Helmut Röttsch, Behandlung von NfD-Schriften, 6.6.1973, ebd., unfol.; Helmut Röttsch, Behandlung von VVS- und VD-Schriften im Bestand der deutschen Bücherei, 6.6.1973, ebd., unfol.

werden. Dazu gehörte die ausschließliche Genehmigung durch den Generaldirektor, eine persönliche Belehrung des Benutzers und eine minutiöse Dokumentation der Benutzung. Auch mussten die Kataloge so gestaltet sein, dass es möglich war, dem Benutzer nur den Teil auszuhändigen, der für seine Forschung notwendig war.²⁶¹ Neben den Dissertationen galten auch Sonderregeln für Schriftgut, das von der Militärischen Bibliothek in Dresden an die Deutsche Bücherei abgegeben wurde. Das betraf vor allem Schriften und Periodika der NVA (insbesondere Ausbildungs-, Studien- und Schulungsmaterial), die, einer internen Anweisung von 1974 zufolge, seither im Sperrmagazin untergebracht werden mussten und nicht mehr in den Bibliographien der Deutschen Bücherei angezeigt werden durften. Zudem durfte die Ausleihe nur mit ausdrücklicher Genehmigung durch die Militärbibliothek erfolgen.²⁶² Die Einhaltung dieser Anordnung wurde von Vertretern der Militärbibliothek zuweilen stichprobenartig überprüft. Gleichwohl handelte es sich hierbei um Material, das kaum nachgefragt wurde.

Demgegenüber blieb der Umgang mit der wesentlich stärker nachgefragten westdeutschen Literatur dezentralisiert und unabhängig von zoll- und kulturpolitischen Entscheidungen. Die Stasi konzentrierte sich indes vermehrt auf die Konsumenten von Sperrliteratur, was dem Charakter des Sperrmagazins als Ort der Wissenskontrolle entsprach. Dabei gerieten schwerpunktmäßig auch jene Benutzer ins Visier, die wegen Fehlens eines wissenschaftlichen Verwendungsnachweises erst gar keinen Zutritt zum Sperrmagazin erhalten hatten. Dennoch ermöglichten gerade diese Informationen einen tiefen Einblick in die heimlichen Lesebedürfnisse der Bevölkerung, die nicht auf die »Intelligenz« begrenzt blieben. So wurden neben Studenten auch Schüler und Arbeiter registriert, die sich für »dissidentische« oder nationalsozialistische Literatur interessierten.²⁶³ Die an

261 Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Böhme, Weisung des Ministers an die Deutsche Bücherei, 4.10.1977, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol. Grundlegend zum Umgang der Deutschen Bücherei mit geheimen Dissertationen Wilhelm Bleek/Lothar Mertens, DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat, Opladen 1994, S. 94-99.

262 Helmut Röttsch an Helmut Lohse, 7.6.1974, ADNBL, 744, Bl. 130; Liste der von der Militärbibliothek der DDR als Pflichtexemplare übergebenen Periodica und Schriftenreihen der NVA, die ab sofort nicht mehr in den Bibliographien angezeigt und nur mit Genehmigung der Militärbibliothek der DDR ausgeliehen werden dürfen, o.D., ebd., Bl. 132f.

263 Siehe besonders die IM-Akte von Alfred Geßner: BStU, MfS, BV Leipzig, AGMS 1795/80. Zudem vereinzelte Berichte an »Reinhardt« in: BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 4, Bl. 119, 275, 310; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 6, Bl. 256; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 8, Bl. 161; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/I, Bl. 25; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 281.

»Reinhardt« gegebenen Berichte und Kurzinformationen zeigen damit zugleich, dass offene Repressionen gegen Künstler nicht mehr passiv hingenommen wurden, sondern – im Gegenteil – entweder die Popularität der Geächteten steigen ließen oder zur kritischen Auseinandersetzung ermunterten. Auch das Thema Menschenrechte erzeugte seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte erhöhte Aufmerksamkeit.²⁶⁴ Aktive Einflussnahmen der Stasi lassen sich aber erst im zeitlichen Umfeld des Reformprozesses in der Sowjetunion unter Gorbatschow erkennen, als das MfS in bestimmten Benutzungsanfragen konkrete »Republikfluchtgefahr« zu erkennen glaubte. Zeitschriften der 1972 gegründeten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte durften etwa nach Anweisung der Stasi seit Oktober 1986 nur noch an den Leiter des Referates Antragstellung zum Verzug in die BRD des Rates der Stadt Leipzig, an die Stasi und die Kriminalpolizei verliehen werden.²⁶⁵ Im September 1988 verfügte die Stasi, Literatur über Ballon- und Drachenfliegen nur unter Angabe von Name und Anschrift auszugeben.²⁶⁶ Selbst DDR-Bürger, die Interesse an Veröffentlichungen über »Flug- und Schwimmkörper zum Personentransport« anmeldeten, gerieten nunmehr in den Fokus des Geheimdienstes.²⁶⁷

Eingang in Stasi-Akten fanden freilich vor allem jene Benutzer, die einen formal korrekten Verwendungsnachweis vorgelegt hatten und Zutritt zum »Giftschrank« erhielten. Diesen konnte man zwar, weil sie ihr Forschungsthema präzise benennen mussten, bestimmte Literatur verweigern, indem die Bibliothekare diese als nicht zum Thema passend deklarierten, eine grundsätzliche Ablehnung von Benutzern aufgrund von Milieuzugehörigkeiten oder wegen eines suspekt erscheinenden Themas wurde jedoch vermieden. Gewissermaßen als Kompensation für diese Form der Selbstbeschränkung aber übermittelten die Bibliothekare des Sperrmagazins dem MfS beflissentlich jede noch so suspekt erscheinende Kleinigkeit. Auch die Bibliothekare hatten an dieser Verbindung ein Interesse, weil sich durch das Ineinandergreifen von bibliothekarischen Eigen- und politischen Sicherheitsinteressen auch besonders nachgefragte Bestände vor

264 Dies zeigen neben den Akten des MfS auch die Eintragungen im Eingabebuch der Deutschen Bücherei, das für den Zeitraum 1973 bis 1990 vollständig überliefert ist: ADNBL, 766.

265 FIM Reinhardt, Information, Betr.: Zeitschrift »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte«, 30.10.1986, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 212.

266 Treffbericht, IMS »Anti«, 30.9.1988, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 334.

267 FIM Reinhardt, Information der Genn. Schroeder [sic!], Deutsche Bücherei vom 3.12.1981, Betr.: Laufenden Auftrag über Informationen zu DDR-Bürgern, die nach Literaturhinweisen über Flug- und Schwimmkörper zum Personentransport, bei der DB anfragen, 4.12.1981, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 8, Bl. 181.

dem Verschleiß bewahren ließen. Besonders in den Fokus gerieten, wenig überraschend, Theologen. Im Juni 1983 verlangte ein Student des Theologischen Seminars in Leipzig Bücher von Stefan Heym und Jürgen Fuchs, wofür er einen vom Leiter des Seminars unterschriebenen Verwendungsnachweis vorlegte. Als Thema gab er an: »Stefan Heym: König David Bericht: Historie für die Gegenwart«. FIM »Reinhardt«, dem dieser Fall zugetragen wurde, schlug gleich aus mehreren Gründen Alarm. Zum einen hatte das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) kurz zuvor eine Verfilmung von Heyms Roman »Collin« ausgestrahlt, für den der Schriftsteller 1979 vom Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen worden war. Zum anderen empfand »Reinhardt« »die Themenwahl für ein Theologisches Seminar ohnehin suspekt«. Letztlich war dem Studenten die verlangte Literatur von Heym ausgehändigt worden, die angeforderten Bände von Jürgen Fuchs, gegen den das MfS seit 1982 verstärkt mit »Zersetzungsmaßnahmen« vorging, wurden ihm dagegen unter dem Vorwand, gegenwärtig in Benutzung zu sein, verwehrt.²⁶⁸ Verdacht erweckte in einem anderen Fall vom Januar 1987 eine Gruppe von Benutzern, die regelmäßig mit Verwendungsnachweisen eines Theologiedozenten das Sperrmagazin aufsuchten. Die Gruppe war Teil eines Arbeitskreises für Homosexualität, den der Dozent ehrenamtlich betreute. In der Deutschen Bücherei sollte sich die Gruppe mit der sozialen Situation von Homosexuellen auseinandersetzen. Dies hatte bereits 1985 zu Konflikten mit dem Leiter des Sperrmagazins geführt, wohl weil diesem die Literaturwünsche der Benutzer zu weitreichend erschienen. Generaldirektor Röttsch musste deshalb intervenieren und legte fest, dass die Gruppe zwar weiterhin Literatur über Homosexualität lesen dürfe, bereits gestellte Kopieranträge aber abzulehnen seien. Als die Gruppe daraufhin jedoch eine Genehmigung des West-Berliner Verlages Rosa Winkel über die uneingeschränkte Reproduktion sämtlicher Verlagszeugnisse vorlegte, wurde Röttsch deutlicher. In seinem Ablehnungsschreiben zog er neben formalen Gründen (fehlende Kopierkapazität, Urheberrecht usw.) auch explizit politische Gründe ins Feld, etwa dass »[d]er Inhalt der mir vorliegenden Exemplare [...] eine Verbreitung in gewünschter Form nicht zu[lasse]«. Darüber hinaus deklarierte der Generaldirektor das Benutzungsvorhaben als wissenschaftlich und volkswirtschaftlich nicht vordringlich.²⁶⁹ Als die Gruppe wenige Monate später allerdings größer geworden war, wurde nun auch die Stasi direkt darum gebeten, »in der Sache der Ausleihe dieser Literatur an diesen Kreis eine grundsätzliche Entscheidung« zu treffen.²⁷⁰ Aber auch Benutzer, deren beruflicher Kontext weniger verfänglich erschien, genossen keine Sonder-

268 FIM Reinhardt, Information Betr.: Person [anonymisiert], 27.6.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/I, Bl. 152 f.

269 FIM Reinhardt, Bericht, Betr.: Person [anonymisiert], 21.1.1987, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 226 f.

270 FIM Reinhardt, Information, Betr.: Person [anonymisiert], 14.5.1987, ebd., Bl. 274 f.

rechte. So wurde ein Student der Ingenieurhochschule Mittweida von der stellvertretenden Leiterin des Sperrmagazins abgewiesen, weil sein Verwendungsnachweis ein »allgemeines politisches Thema« auswies, für das er »die gesamten Bücher und Zeitschriften des Sperrmagazins lesen« könne. Verärgert habe dieser das Sperrmagazin mit den Worten »Scheiss Osten, elender!« verlassen.²⁷¹ Ähnlich erging es einem Doktoranden im Fach Marxismus-Leninismus, der an einer Dissertation zum Thema »Antikommunismus« arbeitete. Weil dem stellvertretenden Leiter des Sperrmagazins das Thema »zu allgemein, zu umfassend angegeben« erschien, erhielt der Student die angeforderten Titel nicht. Auch der mahnende Verweis des Doktoranden auf »seine akademischen und gesellschaftlichen Positionen« erzielte nicht die erhoffte Wirkung.²⁷² Im Fall einer Journalistik-Studentin, die für ihre Diplomarbeit über »Bildjournalistische Probleme der Manipulierung in BRD-Illustrierten« das Sperrmagazin aufsuchen musste, wird die intensive Zusammenarbeit zwischen MfS und Deutscher Bücherei besonders deutlich. Zunächst schöpfte der Leiter des Sperrmagazins, Alfred Geßner, keinen Verdacht und erkannte den Nachweis an. Politische Dimensionen nahm der Fall erst dann für ihn an, als die Studentin sich gezielt Ausgaben der westdeutschen Zeitschrift *Neue Revue* herausgesucht hatte, die den »Fall Heckenrose« behandelten. Dabei ging es um den Sexualstraftäter Erwin Hagedorn aus Eberswalde, dessen Prozess 1972 mit der Vollstreckung der Todesstrafe geendet hatte, was auch in der Bundesrepublik für öffentliches Aufsehen sorgte. In Geßners Augen verbat sich die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem »Fall Heckenrose« schon allein deshalb, weil dieser als »eines der übelsten Hetzwerke [...] gegen die hauptsächlichen Repräsentanten der DDR – insbesondere den Generalsekretär des ZK der SED, sein Kollektiv und die Regierung der DDR gerichtet ist«. Da am Verwendungsnachweis der Studentin jedoch kaum etwas auszusetzen war, verständigten sich Geßner und »Reinhardt« darauf, der Studentin das Material zwar auszuhändigen, Kopieranträge jedoch grundsätzlich abzulehnen. Zugleich mutmaßten beide über verborgene Beweggründe der Studentin: Sei sie vielleicht »vorgeschickt« worden, »um zu testen, wieweit das Spektrum der Informationsmöglichkeit für Bürger der DDR reicht«?²⁷³

Wie groß letztlich das »Loch in der Mauer«, wie die Deutsche Bücherei in der Retrospektive ehemaliger Benutzer des Sperrmagazins häufig beschrieben wurde, tatsächlich war, hing nicht nur vom formalen Verwendungsnachweis, sondern fallweise auch von subjektiven Kriterien ab. Das Zusammenspiel von formeller und informeller Regulierung schloss freilich Ausnahmen nicht aus. So ist ein Fall überliefert, in dem Helmut Röttsch einem verzweifelten Leser Zu-

271 FIM Reinhardt, Information, Betr.: Person [anonymisiert], 20.2.1985, ebd., Bl. 107.

272 Ebd., Bl. 108.

273 FIM Reinhardt, Quelle: Geßner, Treff am 4.6.1976, Betr.: Frau [anonymisiert], 8.6.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 4, Bl. 145 f.

gang zu einem Buch aus dem Sperrmagazin verschaffte. Dabei handelte es sich um einen 28-jährigen Kesselbauer, der sich wegen anhaltender Misserfolge beim weiblichen Geschlecht das Buch »Wie man eine Frau aufreißt« von Constanze Elsner ausleihen wollte. Nachdem er Röttsch seine Leidensgeschichte geschildert hatte, verfügte der Generaldirektor, ihm »ausnahmsweise« die Benutzung zu genehmigen, »[d]a es sich um ein ›harmloses‹ Buch handelt« und er »dem jungen Menschen helfen« wolle.²⁷⁴ Später informierte der Benutzer Röttsch allerdings, dass ihm das Buch nichts genützt habe – er habe immer noch keine Frau kennengelernt.²⁷⁵ Neben solchen kuriosen Ausnahmefällen konnten persönliche Beziehungen den Generaldirektor dazu bewegen, die Vorschriften zu unterlaufen. So gewährte Röttsch dem bekannten Sportmoderator Heinz Florian Oertel, der den Generaldirektor einst in seiner Sendereihe »Porträt per Telefon« interviewt hatte, weitreichende Sonderkondition für die Benutzung von Sperrliteratur zur Anfertigung seiner Dissertation.²⁷⁶ Oertel musste weder einen Verwendungsnachweis einreichen noch persönlich in der Deutschen Bücherei erscheinen. Er erhielt das von ihm benötigte Material für eine bestimmte Zeit außer Haus ausgeliehen.²⁷⁷ Ebenfalls weitreichende Sonderkonditionen genoss ein Assistent der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität, für den sich der Sektionsdirektor persönlich bei Röttsch verwendet hatte. Für die Arbeit an einer Studie zur Bildberichterstattung der NSDAP-Wochenzeitschrift *Illustrierter Beobachter* benötigte der Assistent umfangreiche Reproduktionen der Zeitschrift. Da die Deutsche Bücherei dies aus Kapazitäts- und politischen Gründen nicht leisten wollte, schlug der Sektionsdirektor vor, die Bände an einem Tag in die Universität zu transportieren, dort die Kopien anzufertigen und noch am selben Tag zurückzubringen. In diesem Fall stimmte sogar der Leiter des Sperrmagazins zu.²⁷⁸ Die Beispiele machen deutlich, dass die direkte Kommunikation über Helmut Röttsch in Einzelfällen durchaus zur Aushebelung der strengen Benutzungsrichtlinien für Sperrliteratur führen konnte. Besondere Benutzungsbedingungen galten offenbar auch für Benutzer aus der Bundesrepublik. Vor allem aus Image- und Repräsentationsgründen sollte diese Benutzergruppe eine »vor-

274 Matthias A.[anonymisiert] an den Direktor der Deutschen Bücherei, 18.3.1984 (mit maschinenschriftlicher Anweisung Helmut Röttschs vom 20.3.1984, ADNBL, 744, unfol.

275 Matthias A.[anonymisiert] an Helmut Röttsch, 27.4.1984, ebd., unfol.

276 Bleek/Mertens, DDR-Dissertationen, S. 145.

277 Heinz Florian Oertel an Helmut Röttsch, 3.10.1978, ADNBL, 744, unfol.; Helmut Röttsch an Heinz Florian Oertel, 13.10.1978, ebd., unfol.

278 Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik, Direktor an den Generaldirektor der Deutschen Bücherei, 14.5.1982 (mit handschriftlichem Vermerk Hamelmanns vom 21.5.1982), ebd., unfol.

zugsweise Behandlung« erfahren, »da sie sich zum Teil auch aus Verlegern der BRD zusammensetzt, die die DB kostenlos mit ihren Exponaten beliefern«. ²⁷⁹

Nahezu uneingeschränkter Zugang zum Sperrmagazin hatte freilich das MfS selbst. Schon in den 1950er Jahren waren dem Geheimdienst – wie jeder anderen Behörde und Parteistelle auch – immer wieder gesperrte Bestände außer Haus verliehen worden. In der Ära Honecker nahm diese Praxis jedoch dauerhafte Dimensionen an, die auch in vertrauliche Vertragswerke gegossen wurden. Eine erste umfassende Sondervereinbarung über den direkten Leihverkehr bzw. die bevorzugte Anfertigung von Kopien und Mikrofilmen für das MfS wurde bereits 1971 mit dem Operativ-technischen Sektor (Nachrichtentechnik) geschlossen. ²⁸⁰ Eine zweite, weitreichende Vereinbarung schloss die Bibliothek 1984 mit der 1968 gebildeten Abteilung IX/11, deren Aufgabe in der Sammlung aller in der DDR und anderen sozialistischen Staaten verfügbaren Quellen über den »Faschismus« bestand. Dieser Informationspool sollte u.a. der systematischen Entlarvung ehemaliger Nazis in der Bundesrepublik dienen. Ende 1984 wurde der Aufgabenbereich der Abteilung auf die Sammlung von Quellen über »antifaschistische Widerstandskämpfer« ausgedehnt. ²⁸¹ Die Vereinbarung mit der Deutschen Bücherei war dezidiert als Korporativvertrag geschlossen worden, was der Abteilung IX/11 einen privilegierten Zugang zu sämtlicher Literatur aus der Zeit des bzw. über den Nationalsozialismus sicherte. ²⁸² Rechenschaft über die Benutzung der Literatur musste das MfS nicht ablegen. Aber auch über diese Abkommen hinaus ließ sich das MfS immer wieder Literatur zusenden oder beauftragte andere Personen mit intensiven Recherchen im Sperrmagazin. Informationen über Entwicklungen in der Bundesrepublik, »dissidentische« Schriftsteller, kirchliche Gemeinden oder die ideologischen Grundlagen einer Leipziger Buddhisten-Gruppe flossen so regelmäßig an das MfS und von dort zuweilen

279 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard« am 6.9.1977, Betr.: Abt. Benutzung der DB, 8.9.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 119.

280 Ministerium für Staatssicherheit, Bereich -T-, Leiter Oberst Schmidt/Deutsche Bücherei, Generaldirektor, Helmut Röttsch, Vereinbarung, 1971, BStU, MfS, OTS 1415, Bl. 16-21.

281 Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, Befehl Nr. 39/67, 23.12.1967, in: Dagmar Unverhau, Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit, Münster 2004, S. 198-200; Ministerium der Staatssicherheit, Der Minister, Befehl Nr. 22/84, 28.12.1984, in: ebd., S. 233-243.

282 MfS, Hauptabteilung IX/11, an die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abt. XX, Leiter, Korporativbenutzung der Bestände der Deutschen Bücherei Leipzig, 25.11.1983, BStU, MfS, HA IX, 20631, Bl. 23; MfS, BV Leipzig, Stellvertreter Operativ, an das MfS, Stellvertreter des Leiters der HA IX, Genossen Oberst Kopf, 18.12.1985, BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung, 01102, Bl. 67.

auch an die »Freunde«, d.h. an den sowjetischen Geheimdienst.²⁸³ Damit unterstützte die Deutsche Bücherei indirekt das Vorgehen gegen »oppositionelle« Gruppen, indem sie für den nötigen Informationsfluss an den Geheimdienst sorgte, auf dessen Grundlage dieser wiederum Handlungsentscheidungen traf. Freilich handelte es sich bei diesen Informationen nicht um geheimes Wissen, das die Stasi auch auf andere Weise hätte »abschöpfen« können. Der Weg über die Deutsche Bücherei aber trug für den Geheimdienst zumindest zur Schonung eigener Ressourcen bei.

In seinem Beitrag in der 1988 erschienenen Festschrift für den scheidenden Direktor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main, Günther Pflug, charakterisierte Helmut Röttsch die Deutsche Bücherei als modernen Informationsdienstleister:

»Nicht mehr der Student im Lesesaal, der ohnehin schon jetzt auf seine Hochschulbibliotheken »ausweichen« müßte, bestimmt primär den Geschäftsgang, sondern die Informationsanforderungen ganzer Wissenschaftszweige.«²⁸⁴

Tatsächlich war der Student aus dem Lesesaal nicht verschwunden. Ganz im Gegenteil, drängte es ihn, wie viele andere Wissenschaftler und Lesehungrige immer häufiger in die Deutsche Bücherei, die mehr und mehr zum Konzentrationspunkt wissenschaftlicher Forschung wurde, je weniger die Erwerbungspolitik des MHF mit den Informationsbedürfnissen Schritt hielt. In kaum einer anderen Phase der DDR sahen sich die Bibliothekare veranlasst, das traditionelle Konzept der Archivbibliothek vehement zu verteidigen. Benutzer stellten aus Sicht der Bibliothekare ein zunehmendes Sicherheitsrisiko dar, weshalb Letztere vermehrt nach Wegen suchten, den Zugang zu besonders nachgefragten Beständen so restriktiv wie möglich zu gestalten. Dass die Bibliothekare auch nach der Friedlichen Revolution noch am Sperrmagazin (nun als »Abteilung Sonder-sammlung« deklariert) festhalten wollten, obgleich diesem nun die politischen Grundlagen entzogen waren, war nur konsequent. Sie betrachteten dieses auch weiterhin als bewährte Möglichkeit, die »Archivfunktion« der Bibliothek sicherzustellen.²⁸⁵

283 Vgl. exempl. FIM Reinhardt, Monat Juni 78, 6.6.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd, 5, Bl. 265; FIM Reinhardt, Monat August 78, o.D., ebd., Bl. 305f.

284 Röttsch, Die Deutsche Bücherei als Zentrum bibliographischer Literaturinformation, in: von Köckritz/Nowak (Hrsg.), Nationalbibliotheken im Jahr 2000, S. 133.

285 Schlußprotokoll der vom Generaldirektor beauftragten vorübergehenden Arbeitsgruppe zur Neubewertung benutzbarer Bestände des Sachgebietes Spezielle Forschungsliteratur, 27.11.1989, ADNBL, 744/2/0, unfol.

2. Ambivalenzen der Annäherung: Die Deutsche Bücherei und die »Neue Ostpolitik«

a.) Die zweite Geburt: Die Deutsche Bibliothek und der lange Abschied vom Leipziger Erbe

Mit dem Gesetz über die Deutsche Bibliothek vom 31. März 1969 war eine jahrzehntelange Debatte über die Finanzierung und damit die Existenz der Frankfurter Bibliothek zu Ende gegangen. Seither konnte die Institution ihre Aufgaben als nationale Zentralbibliothek im staatsoffiziellen Auftrag durchführen. Die damit verbundene Hoffnung, künftig mit dem BMI als finanzkräftigem Träger im Hintergrund die Konkurrenz aus Leipzig vom Markt verdrängen zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Während des traditionellen Messeessens der Deutschen Bücherei erfuhr Helmut Lohse im September 1969 von einer Mitarbeiterin des Suhrkamp Verlags, dass die Bibliographien aus Frankfurt am Main mit den Leipziger Traditionsprodukten »in keiner Weise standhalten« könnten. Umfang und Qualität der ostdeutschen Bibliographie seien noch immer besser, weshalb die westdeutschen Verleger mehrheitlich auf diese zurückgriffen.¹

Vor diesem Hintergrund hatte sich die Atmosphäre keine zwei Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Deutsche Bibliothek in Frankfurt bereits wieder abgekühlt. Schon im Februar 1971 machte Generaldirektor Kurt Köster im alljährlichen Bericht deutlich, dass die Deutsche Nationalbibliographie der Deutschen Bibliographie mindestens »ebenbürtig, zum Teil sogar überlegen«, die Fünfjahresverzeichnisse Leipzigs den Frankfurter Äquivalenten sogar »weit voraus« seien, auch wenn dies für den Berichtszeitraum 1961-65 nicht zutrif.² Bald darauf wurde im Beirat der Bibliothek, der sich aus Vertretern des Buchhandels und des Bibliothekswesens zusammensetzte, eine »Grundsatzdebatte über die künftige Entwicklung der Deutschen Bibliothek« geführt, die sich zu einem Grundkonflikt mit dem BMI auswuchs. Im Zentrum der Debatte stand die Forderung des Beirates nach einer deutlichen Aufstockung des Stellenplans als Voraussetzung für einen wirksamen Wettbewerb mit Leipzig. Carl Gussone wandte dabei als Vertreter des BMI jedoch ein, dass der Bund bereits »erhebliche Leistungen« erbringe. Der Direktor der Bibliothek der Freien Universität Berlin, Wieland Schmidt, der sich nicht nur im Beirat der Deutschen Bibliothek besonders für den Ausbau zentraler Fachbibliotheken engagierte, warf dem Bund dagegen vor, »noch nicht genug für die Deutsche Bibliothek getan« zu haben.

1 IM »Gerhard«, Bericht über den Suhrkampverlag, 6.9.1969, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 49.

2 Deutsche Bibliothek, Bericht über die bibliographische Arbeit der Deutschen Bibliothek im Jahre 1970, 22.2.1971, BArch, B 126/37042, unfol.

Im Ergebnis der Auseinandersetzungen einigte sich der Beirat zunächst darauf, dem BMI eine Denkschrift vorzulegen, welche die politischen und kulturellen Aufgaben der Deutschen Bibliothek präzise benannte, um auf dieser Grundlage in Personalverhandlungen treten zu können. Die Denkschrift sollte zudem einen Fünf-Stufen-Plan zur Entwicklung der Deutschen Bibliothek beinhalten.³

Im Stufenplan des Beirates war freilich von der Konkurrenzsituation zu Leipzig nichts zu erkennen. Vielmehr bewegte sich die Argumentation in den Diskursen der westdeutschen Finanzpolitik. Erst im Mai 1970 hatte Finanzminister Alex Möller (SPD), ganz auf der Linie der Reformagenda Willy Brandts, in dessen Zentrum eine deutliche Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe stand,⁴ für eine kräftige Expansion der Staatsausgaben (durch Kreditaufnahme) plädiert. In den öffentlichen Finanzen sah er dabei ein zentrales Instrument »gesellschaftspolitischer und ökonomischer Gestaltung«.⁵ Analog argumentierte der Stufenplan der Deutschen Bibliothek, dass Aufgaben und Funktionen der Institution »im großen Rahmen der planenden Überlegungen« gesehen werden müssten, »die sich mit der Rolle der Information für die gegenwärtige und zukünftige Gesellschaft befassen« – getragen von der Erkenntnis, »daß nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch weite Bereiche des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens von zugänglichen Informationssystemen abhängen«. Für den »reibungslosen Ablauf der Massengesellschaft« bedürfe es, so das Fazit, nationaler Informationssysteme wie die Deutsche Bibliothek.⁶ Der Stufenplan schloss damit an das neue Leitbild der »modernen Großbibliothek« an. Der Umfang der geforderten 209 Neustellen, die von der Generaldirektion mit Blick auf die Chancen der EDV nochmals auf 166 reduziert wurden, orientierte sich indes an der Deutschen Bücherei, die weit über 400 Stellen auswies, während die Deutsche Bibliothek 1971 gerade auf 270 Stellen kam. Expliziert wurde dieser Zusammenhang jedoch erst im Haushaltsplan der Deutschen Bibliothek für das Jahr 1972, der nicht die Planungskonzepte der Bundesregierung, sondern die Konkurrenz aus Leipzig in den Vordergrund rückte und vor diesem Hintergrund von einer »deprimierende[n] Bilanz« der Deutschen Bibliothek sprach. Die »Leidtragenden«, vor allem die Bezieher der Bibliographien, hätten

3 Protokoll der Beiratssitzung der Deutschen Bibliothek vom 11.3.1971, ebd., unfol.

4 Dazu zählten eine Steuerreform, eine Strafrechtsreform, Reformen im Bildungswesen (Chancengleichheit), die Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht, der Ausbau sozialer Sicherheit, der Monopolkontrolle und der betrieblichen Mitbestimmung.

5 Hans-Peter Ullmann, Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren, Göttingen 2017, S. 138.

6 Deutsche Bibliothek, Stufenplan, Mai 1971, BArch, B 126/37043, unfol.

»die Politik der verantwortlichen Stellen gegenüber der Deutschen Bibliothek [...] niemals begriffen«, so der Vorwurf an Bonn.⁷

Dass die »Leidtragenden« weniger die Bezieher, die im Zweifelsfall einfach auf die Leipziger Bibliographien zurückgriffen, sondern die Deutsche Bibliothek selbst und der die Bibliographien finanzierende Börsenverein waren, machte Letztgenannter in einem an das Bundesfinanzministerium (von Mai 1971 bis Dezember 1972 vereinigt mit dem Bundeswirtschaftsministerium) gerichteten Memorandum vom 27. April 1972 deutlich. Das darin vorgebrachte Argument, die Deutsche Bücherei setze ihre Bibliographien »zunehmend als kulturpolitisches Kampfmittel auf dem internationalen Parkett« ein, konnte freilich kaum verschleiern, dass es dem Börsenverein in erster Linie um seine eigene wirtschaftliche Existenz ging. Das wöchentliche Verzeichnis war zu diesem Zeitpunkt bereits 65 Prozent teurer als das Äquivalent aus Leipzig, alle Bibliographien zusammen sogar 135 Prozent, was sich auf den Absatz negativ auswirkte. 1971 habe der Verlust immerhin 500.000 DM betragen. Die offiziellen Verlautbarungen der Deutschen Bücherei über den künftigen Einsatz der EDV vor Augen,⁸ sah der Börsenverein bereits »die Bibliographien der National-Bibliothek der Bundesrepublik Deutschland auf dem internationalen Markt schlicht untergehen«. Habe die Deutsche Bücherei erst einmal die »internationale[n] Marktbeherrschung« erreicht, so das aufgezeigte Szenario, sei es fraglich, ob die Leipziger Bibliothek dann immer noch die Veröffentlichungen der Bundesrepublik verzeichnen werde, was dann wiederum negative Folgen für den westdeutschen Buchhandel hätte. Dies bedeutete im Umkehrschluss: Die Deutsche Bibliothek müsse als Gegengewicht zur Deutschen Bücherei »aus politischen Gründen« gefördert werden. Somit forderte der Verband neben einer wirksamen Erhöhung der Stellenpläne auch eine staatliche Subventionierung der Bibliographien von jährlich einer Million DM.⁹

Die Diagnosen und Prognosen der Deutschen Bibliothek und des Börsenvereins waren im politischen Klima der frühen 1970er Jahre allerdings problematisch, denn einerseits standen mit der »Neuen Ostpolitik« der sozialliberalen Koalition alle Signale auf Entspannung im Ost-West-Konflikt, andererseits standen die expansive Finanzpolitik Möllers und die stärker stabilitätsorientierte Linie seines Nachfolgers, Karl Schiller (SPD), unter massiver öffentlicher wie innerparteilicher Kritik.¹⁰ Vor diesem Hintergrund stießen die Argumente der Deutschen Bibliothek und des Börsenvereins in der politischen Kommunikation

7 Haushaltsplan der Deutschen Bibliothek, Haushaltsjahr 1972, o.D., BArch, B 126/41461, unfol.

8 Etwa Gerhard Pomaßl, Reihe C der deutschen Nationalbibliographie auf EDV umgestellt, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 86 (1972), Heft 2, S. 93f.

9 Memorandum des Börsenvereins vom 27. April 1972, BArch, B 126/41461, unfol.

10 Ullmann, Das Abgleiten in den Schuldenstaat, S. 137-176.

mit den Regierungsstellen auf Granit. So wies der Vertreter des Finanzministeriums im Verwaltungsrat der Deutschen Bibliothek, Dr. Carl, die Wünsche des Börsenvereins scharf zurück, indem er den Verlegern nahelegte, es selbst in der Hand zu haben, die Frankfurter Bibliographie durch Nichtbelieferung der Deutschen Bücherei zu fördern.¹¹

Auf der Verwaltungsratssitzung am 12. Oktober 1972 stand deshalb die Frage im Mittelpunkt, wie die Bibliographien der Deutschen Bibliothek konkurrenzfähig gemacht werden konnten. Dabei zeigte sich, dass die Situation zum einen komplexer war als Carls Einwand vermuten ließ, dass zum anderen aber auch die Beziehung zwischen Bibliothek und Börsenverein trotz der Dominanz des Bundes im Verwaltungsrat noch immer von essentieller Bedeutung war. Denn die Vertreter des Buchhandels, die vorwiegend politische Argumente ins Feld führten, betrachteten die Deutsche Bibliothek nach wie vor als ihr Kind und dieser Disposition mochte niemand explizit entgegenreten. So gab der Verleger Harald Boldt etwa zu bedenken, dass die westdeutschen Verleger schon deshalb nach Leipzig liefern müssten, »damit die von drüben hierher abliefern«. Dass die DDR, allein dem Geldwert der Belegexemplare nach, dabei am stärksten profitierte, weil auf ein ostdeutsches Buch sieben westdeutsche Titel kamen, war man zu akzeptieren bereit. Bewusst müsse man »mit der Wurst nach der Speckseite« werfen, wie Gussone es zusammenfassend formulierte, nicht zuletzt auch, da die Deutsche Bücherei »eine der wenigen Kontaktstellen« für »Wissenschaftler von drüben« sei. Damit habe man, so Boldt in einem explizit nicht für das Protokoll bestimmten Nebensatz, »die Chance [...], die zu verunsichern«. Zudem war die Option der Wiedervereinigung, obgleich alles zunehmend auf eine dauerhafte Zweistaatlichkeit hindeutete, noch immer präsent. Deshalb müsse man, so Boldt weiter, im Falle einer Fusion mit der Deutschen Bücherei »mit einer lebendigen Tochter aufwarten für diese Ehe, mit einer toten Frau – d.h. mit einer gestorbenen Frankfurter Bibliographie – wird man überhaupt zu keinen Vereinbarungen kommen. Deswegen müssen wir jetzt unsere Tochter so schön anziehen, daß wir sie politisch zu irgendeinem gegebenen Zeitpunkt auch mit Erfolg und Aussicht auf Erfolg verheiraten können.« Boldt hoffte sogar, dass die in der DDR initiierte Kampagne zur Tilgung des Wortes »deutsch« von den Türschildern wissenschaftlicher Institutionen auch die Deutsche Bücherei treffe, was »uns natürlich atmosphärisch nur recht sein« könne. Wie bereits gezeigt, erfüllten sich diese Hoffnungen letztlich nicht, wofür die Deutsche Bibliothek wiederum indirekt den Ausschlag gab. Gleichwohl trafen sich die Einlassungen der Verbandsvertreter ganz mit der antikommunistischen Gesinnung Gussones, der entscheidenden Schnittstelle im BMI. Dagegen fand der eher implizit geäußerte

11 Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Ministerialrat Dr. Carl, an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek, Ministerialrat Dr. Gussone, 13.7.1972, BArch, B 126/41461, unfol.

Vorschlag des Vertreters des Finanzministeriums, Frankfurt könne sich künftig auf die Verzeichnung westdeutscher Publikationen beschränken, wenn Leipzig nur noch ostdeutsche Titel anzeige, keinen einzigen Fürsprecher.¹²

Die Debatte vom Oktober 1972 hatte, was die Haushaltsforderungen der Deutschen Bibliothek betrifft, zumindest einen Teilerfolg. Der Anstieg der Planstellen von 270 (1971) auf 315 (1972) kann als durchaus respektabel bezeichnet werden. Dem Beiratsvorsitzenden, Richard W. Dorn (Harrasowitz-Verlag), und Generaldirektor Kurt Köster erschien dies angesichts der jährlich steigenden Buchproduktion um acht bis zehn Prozent und der Leipziger Statistik, die nunmehr rund 500 Mitarbeiter auswies, jedoch kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der mittlerweile dritte Finanzminister der sozialliberalen Koalition in weniger als drei Jahren, Helmut Schmidt (SPD), untersagte den Ressorts für das Haushaltsjahr 1973 nun jedoch konsequent neue Stellen und Stellenanhebungen.¹³ Schließlich scheiterte in dieser Situation auch ein Versuch Kösters, Bundeskanzler Willy Brandt beim Essen anlässlich der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1973 persönlich auf die Schwierigkeiten der Deutschen Bibliothek aufmerksam zu machen. Brandt hatte Köster zwar gebeten, ihm die Situation noch einmal in einem Brief zu schildern, und Köster war dem umgehend nachgekommen. In seinem Brief an Brandt bat er, die Deutsche Bibliothek wegen der »ungewöhnliche[n] kulturpolitische[n] Wettbewerbssituation [...] von den restriktiven Maßnahmen des Stabilitätsprogramm der Bundesregierung auszunehmen«. ¹⁴ Das erhoffte erneute Treffen mit Brandt kam jedoch nicht mehr zustande. Denn zum einen erwischte Köster den Bundeskanzler zu einem Zeitpunkt, als dieser sich gerade auf dem Höhepunkt eines von persönlichen Eitelkeiten geprägten Konflikts mit seinem Stab im Bundeskanzleramt befand und Brandt in der Öffentlichkeit deshalb schon Monate vor der Enttarnung des Kanzleramtsspions des MfS, Günter Guillaume, als »entrückt« und »abgeschlafft« galt.¹⁵ Zum anderen schien sich eine neue Verhandlungsoption Bahn zu brechen, welche Köster bereits einen Tag nach der Grundsatzdebatte im Verwaltungsrat vom 12. Oktober 1972 vorzubereiten begonnen hatte. Am 13. Oktober hatte Köster seinen Kollegen Hans Striedel, den ehemaligen Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek, darum ersucht, anstelle des unbeachtet gebliebenen Stufenplans des Beirates ein Fachgutachten über die Deutsche

12 Deutsche Bibliothek, Sekretariat, an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Bibliothek, Verwaltungssitzung vom 12.10.1972, hier: Protokoll, 30.10.1972, BArch, B 126/28744, unfol. (es handelt sich um die unkorrigierte Niederschrift der Diskussionen zum Tagesordnungspunkt: Abgabepreis der Bibliographien).

13 Ullmann, Das Abgleiten in den Schuldenstaat, S. 167.

14 Kurt Köster an Willy Brandt, persönlich, 19.10.1973, BArch, B 126/41462, unfol.

15 Manfred Görtemaker, Kanzlerdemokratie, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 229-252, hier S. 242f.

Bibliothek anzufertigen, das »bei Verhandlungen mit ›Haushaltsleuten‹ in den Bundesressorts und im Bundestag« schlagkräftiger sei.¹⁶ Striedel hatte jedoch abgelehnt und das BMI sich während einer Referentenbesprechung ohnehin gegen einen Bibliothekar als Fachgutachter ausgesprochen. Die Idee eines unabhängigen Gutachtens aber fand Zustimmung in Bonn. Sie lag ganz auf der Höhe der Zeit, denn mit zunehmend sinkenden Wachstums- und Gewinnzahlen hatte externes Beratungswissen seit Beginn der 1970er Jahre nicht nur in Wirtschaftsunternehmen schnell an Bedeutung gewonnen.¹⁷ Auch die öffentliche Hand wollte hiervon profitieren. Jedoch sollte nach Dafürhalten des BMI ein größeres Organisationsunternehmen engagiert werden, um der Gefahr der »Betriebs- und Berufsblindheit« zu entgehen.¹⁸

Einen Kompromisskandidaten für die Anfertigung eines Organisationsgutachtens hatte man mit Hermann von Kortzfleisch schnell gefunden. Kortzfleisch, der eine renommierte Unternehmensberatung leitete, hatte Köster bereits als Ersatzkandidaten für Striedel ins Gespräch gebracht, zumal dieser schon 1970 im Auftrag der DFG ein umfassendes Gutachten über Rationalisierungsmöglichkeiten im wissenschaftlichen Bibliothekswesen vorgelegt hatte und damit über Erfahrungen mit dem Berufsfeld verfügte. Mit der Anregung des Gutachtens läutete die Bibliotheksleitung zugleich ihren allmählichen Abschied vom Leipziger Erbe ein. Den Zeitgenossen war dies freilich nicht bewusst. Vielmehr betrachtete Köster das Gutachten als unverbindliches Instrument für Haushaltsverhandlungen, in denen mit den bisherigen Argumenten nichts erreicht worden war. Für die Deutsche Bibliothek erwiesen sich innere Strukturreformen zugleich aber immer mehr als Notwendigkeit, denn in den Jahren von 1973 bis 1975 hatte die Bibliothek lediglich acht neue Stellen erhalten, davon gingen vier an das 1970 angegliederte West-Berliner Musikarchiv. Die Angst vor dem »ungleich besser ausgestatteten Leipziger ›Konkurrenzunternehmen« saß damit weiterhin tief.¹⁹

16 Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, an Hans Striedel, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek a.D., 13.10.1972, BArch, B 106/58056, unfol.

17 Christopher D. McKenna, *The Origins of Modern Management Consulting*, in: *Business and Economic History* 24 (1995), Heft 1, S. 51-58; Ders., *The World's Newest Profession. Management Consulting in the Twentieth Century*, Cambridge 2006; Christian Marx, *Die Manager und McKinsey. Der Aufstieg externer Beratung und die Vermarktlichung des Unternehmens am Beispiel Glanzstoff*, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014, S. 65-77.

18 Deutsche Bibliothek, *Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Organisationsüberprüfung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/M.*, Vermerk, Januar 1974, ebd., unfol.

19 Sitzung des Beirates der Deutschen Bibliothek am 18.3.1975, BArch, B 106/28742, unfol.

Als das Kortzfleisch-Gutachten vorlag, war Köster bereits in den Ruhestand getreten, seinem Nachfolger Günther Pflug (1923-2008) oblag damit die Umsetzung der Empfehlungen. Mit Pflug, bislang Direktor der Bochumer Universitätsbibliothek, hatte man sich für einen Kandidaten entschieden, der die »technologische Wende« in der Deutschen Bibliothek maßgeblich vorantreiben sollte. Pflug war einer der wenigen deutschen Bibliothekare, die bereits in den 1960er Jahren die US-amerikanische Debatte über »library automation« aufmerksam rezipiert hatten und postulierten, dass die EDV »zu einer bibliothekarischen Selbstverständlichkeit werden« müsse. Zugleich hatte er diesen Prozess in Bochum federführend begleitet und war sich den Beharrungskräften bibliothekarischer Traditionen bewusst. Er sei sich, so Pflug in einem Aufsatz von 1965, »darüber im klaren, daß in Bochum eine Reihe von Arbeitsgängen von der Tradition übernommen wurden, obwohl sie sich unter den neuen Bedingungen zweckmäßiger gestalten ließen.«²⁰ Mit ebendieser Maxime trat Pflug zehn Jahre später seinen Dienst in Frankfurt an. In der Öffentlichkeit wurde er zwar als radikaler Modernisierer des wissenschaftlichen Bibliothekswesens präsentiert, den es reize, das »konventionelle Bibliothekswesen [...] nach jenen drei Jahrhunderten [...] wieder umzukrempeln und von Grund auf neu zu entwickeln.«²¹ In seiner Antrittsrede gab sich Pflug jedoch versöhnlicher und zeigte sich als Vermittler zwischen Alt und Neu. »Tradition und Usancen«, so Pflug, seien »nicht nur eine ›Ewige Krankheit‹, sondern auch Basis und Kraft«. Er wolle die »traditionellen Formen der bibliographischen Anzeige« nicht aufgeben, sondern vielmehr weitergehende Dienstleistungen für das Bibliothekswesen entwickeln. Programmatisch machte er zwei Eckpunkte aus. Zum einen wollte er die Erträge der Debatte um »library automation« als Impulsgeber für die künftige Entwicklung der Deutschen Bibliothek verstanden wissen, zum anderen sollte auch das Verhältnis zum Börsenverein von einem »gegenseitiger Hochachtung zu einem solchen partnerschaftlicher Zusammenarbeit weiterentwickelt« werden.²² Das bedeutete implizit, dass der Verband die Deutsche Bibliothek künftig nicht mehr als sein Kind, sondern als gleichberechtigten Erwachsenen betrachten sollte. Was Pflug perspektivisch vorschwebte, lässt sich aus seinem (letztlich nicht verwirklichten) Entwurf für eine Erweiterung des Gesetzes über die Deutsche Bibliothek vom Dezember 1977 ersehen. Danach sollte die Bibliothek künftig als »Sammelstätte für Informations- und Kulturgut« im Rahmen des »Informations- und Doku-

20 Günther Pflug, Probleme der elektronischen Datenverarbeitung in Bibliotheken, in: *Libri* 15 (1965), Heft 1, S. 35-49, Zit. S. 40, 49.

21 Gerhard Kneier, Computertechnik anstelle von Spitzweg-Romantik. Menschen und Geschichten: Professor Dr. Günther Pflug oder die Bibliothek als Lebensaufgabe, in: *Frankfurter Neue Presse* vom 25.4.1976, S. 1.

22 Deutsche Bibliothek: Ansprache des neuen Direktors der Deutschen Bibliothek, in: *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel*, Frankfurter Ausgabe, Nr. 11 vom 6.2.1976, S. 166.

mentationsprogramms des Bundes« fungieren. Auch die internationalen Kulturbeziehungen sollten nach Pflugs Ansicht im Gesetz als Arbeitsfeld verankert werden.²³

Die vermittelnde Position Pflugs war anders als seine Zukunftsgedanken für den inneren Zusammenhalt der Deutschen Bibliothek von größerer Bedeutung, denn das Kortzfleisch-Gutachten, das am 17. Dezember 1975 vorlag, hob die Stimmung innerhalb der Bibliothek kaum. Es stieß stattdessen auf »erhebliche Vorbehalte«²⁴ und wurde von vielen als Zumutung empfunden. Für besondere Aufregung sorgte die von Kortzfleisch gezogene Konsequenz, dass »derzeit auf einen zusätzlichen quantitativen Personalaufbau verzichtet werden« könne. Grundlage des Gutachtens waren das sogenannte Kölner Integrationsmodell, ein Anfang der 1970er Jahre entwickeltes Modell zur Strukturierung von auf Datenverarbeitung basierenden Arbeitsabläufen in betrieblichen Kontexten, Erfassungsbögen und individuelle Gespräche mit Mitarbeitern. Die Rationalisierungsvorschläge orientierten sich jedoch ausschließlich an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, während das Gutachten bibliothekarische und politische Aspekte völlig ausblendete. So schlug Kortzfleisch vor, Neuauflagen von Büchern nur noch alle zehn Jahre nach Frankfurt zu schicken, den wöchentlichen Verzeichnissen einen verkaufsfördernden Titel zu geben, mit der Deutschen Bucherei zu einer echten Arbeitsteilung zu gelangen (dass etwa Leipzig nur noch ostdeutsche, Frankfurt nur noch westdeutsche Titel anzeige), die Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen, sowie für sämtliche Stellen gezielte Anforderungsprofile zu erstellen.²⁵ In ihrer Stellungnahme erhoben Pflug und die Abteilungsleiter der Deutschen Bibliothek gegen fast alle diese Vorschläge »politische Bedenken« und verwiesen darauf, dass die EDV-Ausstattung tiefgreifende Umstrukturierungsmaßnahmen noch nicht ermöglichte.²⁶ Stattdessen verfolgte Pflug weiterhin den Weg einer schrittweisen Umstrukturierung über einen längeren Zeitraum hinweg. Dabei war es hinzunehmen, »daß das Nebeneinander von automatischen und konventionellen Arbeitsabläufen erhebliche Reibungs-

23 Börsenverein für den Deutschen Buchhandel, e.V., Hauptgeschäftsführer, an den Vorstand des Verlegerausschusses, den Vorsitzenden des Ausschusses für Bibliographie und Bibliotheksfragen, den Geschäftsführer des Verleger-Ausschusses und den Justiziar des Börsenvereins, 5.12.1977, ISG, W2-7, 1582, unfol.

24 Stellungnahme der Deutschen Bibliothek zum Gutachten über die Rationalisierungsmöglichkeiten der Unternehmensberatung Dr. Hermann von Kortzfleisch, o.D., BArch, B 126/45531, unfol.

25 Unternehmensberatung Dr. Hermann von Kortzfleisch, Gutachten über Rationalisierungsmöglichkeiten in der Deutschen Bibliothek Frankfurt, 17.12.1975, BArch, B 126/72360, unfol.

26 Stellungnahme der Deutschen Bibliothek zum Gutachten über die Rationalisierungsmöglichkeiten der Unternehmensberatung Dr. Hermann von Kortzfleisch, o.D., BArch, B 126/45531, unfol.

verluste bringt«, gleichwohl hatte das Gutachten aber dazu beigetragen, dass Schwachstellen in den bisherigen Arbeitsabläufen zunehmend diskutiert wurden. Neben dem weiteren Ausbau der EDV hatte Pflug eine Kooperation mit der Frankfurter Zentralstelle für maschinelle Dokumentation über den Aufbau eines Magnetbanddienstes begonnen, mit dessen Hilfe künftig der internationale Datenaustausch forciert werden sollte.²⁷ Zugleich ließ er den Standpunkt der Deutschen Bibliothek zum Kortzfleisch-Gutachten in einem Fachartikel veröffentlichen, der neben aller Kritik auch noch einmal betonte, dass zumindest »die Dinge in Fluß gekommen« seien.²⁸ Gleichwohl pflegte der neue Generaldirektor bisherige Konventionen der Mittelakquise, indem er dem Haushaltsausschuss des Bundestages Ende Januar 1976 ein umfassendes Papier vorlegte, das die Kürzung von Personalausgaben für die Deutsche Bibliothek wieder explizit mit der »scharfen Konkurrenzsituation zu dem Parallelinstitut, der Deutschen Bücherei in Leipzig« verband. Dabei setzte die Generaldirektion die Hoffnungen nicht nur auf die Einsicht, dass die Deutsche Bibliothek »für die Verbesserung der Informationsstruktur unserer Gesellschaft« unabdingbar, sondern »auch im Hinblick auf die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik zu bedenken« sei.²⁹ Damit wandte sich Pflug auch explizit an die im Februar 1973 eingesetzte zweite Enquete-Kommission für auswärtige Kulturpolitik,³⁰ deren abschließender Bericht vom 7. Oktober 1975 als erstes offizielles Konzept für die Gestaltung dieses bisherigen »Bonner Aschenputtels« (Hansgert Peisert) galt.³¹ Dieses und die Stellungnahme der Bundesregierung vom 23. September 1977 sprachen sich ausdrücklich für die Förderung des Buches als zentralem Medium des in-

27 Günther Pflug, Die Deutsche Bibliothek im Jahre 1976. Weitere Verbesserung der Automation, Mißverhältnis zwischen Arbeitsvolumen und Personalstand, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 41 vom 24.5.1977, S. 73-76.

28 Rolf-Dieter Saevecke, Gutachten über Rationalisierungsmöglichkeiten in der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Berlin. Ein Bericht, erstattet im Auftrag des Generaldirektors, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 24 (1977), Heft 4, S. 386-392.

29 Deutsche Bibliothek, Geplante Kürzung von Personalausgaben bei Zuwendungsempfängern, 28.1.1976, BArch, B 275/25, unfol.

30 Enquete-Kommissionen des Bundestages wurden seit 1969 eingesetzt, um Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungen abzugeben. Sie stellten sowohl eine neue Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft als auch eine Institution zur Stärkung des Parlamentes dar. Vgl. Wolfgang Ismayr, Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/96, S. 29-41.

31 Entscheidende Impulse kamen vor allem von außen, u. a. von internationalen Organisationen wie dem Europarat und der UNESCO. Vgl. Frank Trommler, Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 689-699.

ternationalen Austausches aus.³² Eine deutliche Personalaufstockung sollte die Deutsche Bibliothek bis 1989 dennoch nicht mehr erleben. 1981 erreichte sie mit 331 Stellen ihren Höhepunkt.³³ Einen Teilerfolg erzielte das Papier lediglich mit der Förderung einer Bibliographie der Übersetzungen deutschsprachiger Werke durch das Auswärtige Amt.

Allerdings stellte sich der Erfolg für Günther Pflug fast von selbst ein und die Angst vor dem Leipziger EDV-Programm bewahrheitete sich nicht. 1979 lagen sämtliche Frankfurter Verzeichnisse in der Aktualität der Anzeige deutlich vorn,³⁴ obwohl sich an den Preisvorteilen der Leipziger Bibliographie nichts geändert hatte.³⁵ Nachdem die Deutsche Bibliothek im selben Jahr aber einen eigenen Siemens-Rechner erhalten hatte, während man in Leipzig noch immer über keine brauchbare EDV-Konzeption, geschweige denn die technischen Voraussetzungen verfügte, verlor das Argument des deutsch-deutschen Sonderkonflikts aus Frankfurter Sicht zunehmend an Bedeutung. Gegen weitere Personaleinsparungen verwahrte sich Pflug aber auch künftig. Virulent wurde diese Frage abermals im Jahre 1982, als nun erstmals im Zuge des »Operation '82« genannten umstrittenen Konsolidierungsprogramms, mit dem einerseits die expansiven Staatsausgaben bei einer zunehmend schwächelnden Binnenkonjunktur reduziert und andererseits die sozialen Folgen des wirtschaftlichen »Strukturbuchs« abgefangen werden sollten,³⁶ Personaleinsparungen in der Deutschen Bibliothek bzw. im gesamten Bibliothekswesen anstanden. In einer öffentlichen Stellungnahme warf der Verwaltungsrat der Bundesregierung vor, »der deutschen Literatur, Autoren und Lesern einen großen, nicht wieder gutzumachenden Schaden« zuzufügen.³⁷ Hintergrund dieser Kritik war offenbar auch ein mit den Einspa-

32 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/4121, Bericht der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 1973, 7.10.1975; Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/927, Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission »Auswärtige Kulturpolitik« des Deutschen Bundestages, 23.9.1977.

33 Statistische Angaben zum Stellenplan der Deutschen Bibliothek vgl. ADNBL, 5.3.3.2, unfol.

34 Vergleich Deutsche Bibliographie, Frankfurt/Deutsche Nationalbibliographie, Leipzig, Stand: 27.8.1979, BArch, B 275/28, unfol.

35 Übersicht (Preisvergleich), Nationalbibliographien (Grundstufe), 18.6.1979, ebd., unfol.

36 Ullmann, Das Abgleiten in den Schuldenstaat, S. 323-364.

37 Deutsche Bibliothek gegen Etat Kürzungen, in: Stuttgarter Zeitung, Nr. 225 vom 30.9.1982, S. 33; »Ankaufsetats so hoch wie drei Autobahnkilometer«, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 226 vom 30.9.1982, S. 28; »Großer Schaden«, in: Neue Osnabrücker Zeitung, Nr. 233 vom 7.10.1982, S. 4; Deutsche Bibliothek gegen Kürzungen, in: Kölnische Rundschau, Nr. 227 vom 30.9.1982, S. 15; »Lesekultur nimmt Schaden«, in: Bremer Nachrichten, Nr. 238 vom 30.9.1982, S. 18.

ungsmaßnahmen verbundener Konflikt zwischen Pflug und dem Personalrat der Deutschen Bibliothek, wobei Ersterer Letzteren offenbar brüskiert hatte und es in 20 Fällen zu Arbeitsgerichtsprozessen gekommen war, wie Pflug Röttsch in einem Vier-Augen-Gespräch im Oktober 1982 offenbarte.³⁸ Jedoch handelte letztlich auch Pflug unter Druck, denn die Kürzungen waren mit einer von Bonn verordneten Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Deutschen Bibliothek durch den Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit am Bundesrechnungshof verbunden. Das im Mai 1982 fertiggestellte Gutachten kritisierte Pflug in einer Beirats-sitzung am 26. Oktober 1982 scharf, weil die dort geforderten Personaleinsparungen »ein falsches Verständnis zu einer zentralen Bibliothek sichtbar werden« ließen und der Institution die Möglichkeit nahmen, »aktive Angebote zu machen, um Gemeinschaftsleistungen zu erbringen«. ³⁹ Anders als das Kortzfleisch-Gutachten von 1975 aber gab das Gutachten des Bundesrechnungshofes, das nicht nur rein ökonomisch argumentierte, auch wegweisende Impulse. Auf Zustimmung stießen vor allem die vom Gutachter geforderte stärkere Berücksichtigung von Nutzerbedürfnissen, der Verzicht auf Vollständigkeit bei im Ausland erschienenen Titeln, die Überprüfung der Abteilungsstrukturen, die Einrichtung eines Organisationsreferats zur qualitativen Bewertung der Planstellen und die Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit bei der Erstellung von Spezialbibliographien. Eingeschränkte Zustimmung fand auch der Vorschlag zur Einrichtung eines Cataloging-in-Publication-Services (CIP), von dem man sich einen verkaufsfördernden Effekt auf deutsche Verlagszeugnisse erhoffte.⁴⁰

Das Organisationsreferat war bereits zum 1. Januar 1983 eingerichtet worden, konventionelle Arbeitsabläufe bestanden aber weiterhin neben organisatorischen Neuerungen fort.⁴¹ Zudem wurde der Prozess der Automatisierung (bis auf das Spezialverzeichnis der Amtlichen Druckschriften) 1983 für beendet erklärt und Kurs auf den Aufbau eines Online-Kataloges (OPAC) genommen.⁴² Damit war auch der Weg frei für eine erste große Umfrage unter den Beziehern der Frankfurter Bibliographien, dessen Kreis durch das Zurückbleiben Leipzigs stetig größer geworden war. Die Ergebnisse mündeten in ein Bibliographie-

38 FIM »Reinhardt«, Bericht des IM »Gerhard« vom 14.10.1982, 20.10.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 249-252.

39 Protokoll der 17. Sitzung des Beirates für das Deutsche Musikarchiv am 26.10.1982, BArch, B 106/79674, unfol.

40 Stellungnahme der Deutschen Bibliothek zum Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung über Organisation und Personalbedarf der Deutschen Bibliothek vom Mai 1982, 22.10.1984, BArch, B 106/79679, unfol.

41 Deutsche Bibliothek, Entwurf eines neuen Organisationsmodells für die Deutsche Bibliothek, 1.3.1984, BArch, B 106/79678, unfol.

42 Deutsche Bibliothek, Bericht über Planung und Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet der automatischen Informationsverarbeitung, berichtszeitraum 1984-1987, ebd., unfol.

und Dienstleistungskonzept, das die Generaldirektion selbstbewusst als »Zäsur« kennzeichnete. Kernpunkte waren eine nutzerorientierte und kostensparende Allgemeinbibliographie sowie »maßgeschneiderte Dienstleistungen«, die durch die EDV erst möglich geworden waren.⁴³ Während die Deutsche Bibliothek damit zunehmend in die Rolle einer nutzerorientierten »modernen Großbibliothek« schlüpfte, hatte die »unsichtbare Hand« des Marktes in Leipzig urplötzlich sämtliche Illusionen darüber zerstört, mit den Frankfurter Bibliographien noch adäquat konkurrieren zu können. In Reaktion auf das neue Bibliographie-Konzept der Deutschen Bibliothek machte der stellvertretende Leiter der Abteilung Bibliographie, Gottfried Rost, in einem internen Papier vom Juni 1984 deutlich, dass jeglicher Vergleich mit Frankfurt nur noch »zuungunsten der DB« ausfallen könne und jeder Versuch, Frankfurt zu kopieren »zu keinem effektiven Ergebnis« führen würde. Vielmehr solle man sich auf die jahrzehntelange Tradition der nationalbibliographischen Arbeit besinnen und nicht mehr vom Interesse des Absatzes leiten lassen.⁴⁴

Gerade die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankfurt und Leipzig in den 1980er Jahren zeigt, wie eng politische und wirtschaftliche Faktoren mit ihren jeweiligen Eigendynamiken in den deutsch-deutschen Beziehungen verflochten waren. Bis zum Ende der 1970er Jahre beeinflusste das Konkurrenzdenken auch die bibliothekspolitischen Initiativen in Frankfurt maßgeblich. Entscheidend für das Ende des Dissenses waren somit nicht die »Neue Ostpolitik«, die vielmehr als atmosphärischer Begleiter im Hintergrund wirkte, sondern die Kräfte des Marktes. So war dem Bibliothekskonflikt innerhalb von fünf Jahren der wirtschaftliche und auf Frankfurter Seite auch der politische Boden entzogen. In der Deutschen Bibliothek bestimmte die Technisierung fortan nicht mehr mit Blick auf die Verdrängung Leipzigs vom Markt, sondern auf die Arbeitsorganisation das Alltagsgeschäft, auch wenn hierbei weniger von einem harten Bruch als von einem Prozess gesprochen werden muss, in dem konventionelle Arbeitspraktiken neben neuen Formen der Bibliotheksarbeit fortexistierten. Letztlich blieben auch die Auswirkungen der Sparpolitik der 1980er Jahre auf den Stellenplan der Deutschen Bibliothek im Rahmen. Zwischen 1981 und 1989 gingen lediglich acht Stellen verloren. In der Deutschen Bücherei besann man sich dagegen verstärkt auf die Tradition. Das war freilich vor allem ein Reflex auf die jeweils unterschiedlichen Herausforderungen. In Frankfurt zwangen die be-

43 Deutsche Bibliothek, Die Neukonzeption der Deutschen Bibliographie in gedruckter Form, 1.5.1984, ebd., unfol. Zu den Neuerungen im Einzelnen vgl. Die Neukonzeption der Deutschen Bibliographie in gedruckter Form, in: Bibliotheksdienst 18 (1984), Heft 5, S. 528-534.

44 Gottfried Rost, Betr.: Die Neukonzeption der Deutschen Bibliographie in gedruckter Form, 25.6.1984, ADNBL, 811/10, unfol.

grenzten Haushaltsmittel zum Umdenken und Eingreifen in die Arbeitsabläufe, in Leipzig war man sich dagegen den Defiziten der EDV bewusst.

b.) »Eine kulturelle Klammer«? Kontakte und Abkommen zwischen Leipzig und Frankfurt

Mit der Zuspitzung des deutsch-deutschen Bibliothekskonflikts auf eine wirtschaftliche Konkurrenz (bei Fortbestehen der politischen Konkurrenz) seit den späten 1960er Jahren intensivierten sich die Kontakte zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek. Es wäre aber verfehlt, diese Entwicklung als geradlinigen Prozess zu beschreiben, wie dies in den Erinnerungsberichten ehemaliger Akteure, etwa in denen Klaus G. Saur aufscheint. Der Münchner Verleger hatte den Fusionsprozess der beiden Bibliotheken 1990 als »eine der geglücktesten Zusammenführungen im Rahmen der gesamten Vereinigung Deutschlands«⁴⁵ und später noch einmal als einen »der bis heute am besten funktionierenden Zusammenschlüsse von gesamtdeutschen Einrichtungen« bezeichnet und damit auf die positiven Beziehungen zwischen beiden Häusern lange vor 1990 abgehoben.⁴⁶ In der Praxis jedoch stellten die Bibliothekskontakte keineswegs ein bloßes Abbild der »Neuen Ostpolitik« und der von ihren Akteuren beschworenen Formel »Wandel durch Annäherung« dar.⁴⁷ Vielmehr griffen auch hierbei politische, wirtschaftliche und bibliothekarische Interessen eng ineinander. Davon analytisch zu unterscheiden ist die öffentliche Repräsentation der Bibliothekskontakte im Zuge der seit den Zusammenkünften von ost- und westdeutschen Regierungsvertretern in Erfurt und Kassel (März und Mai 1970) praktizierten innerdeutschen Gespräche sowie der Verhandlungen zum Grundlagenvertrag und zu den Folgeverträgen, die

45 Klaus G. Saur, 80 Jahre Deutsche Bücher. Haben wir eine Nationalbibliothek?, in: Gert Kaiser (Hrsg.), Bücher für die Wissenschaft. Bibliotheken zwischen Tradition und Fortschritt. Festschrift für Günter Gattermann zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 313-324, hier S. 322.

46 Klaus G. Saur, Traumberuf Verleger, Hamburg 2011, S. 155.

47 Über die dahinterliegenden Absichten der sozialliberalen Regierung ist in der Literatur vielfach kontrovers diskutiert worden. Die neuere Forschung geht nunmehr einhellig davon aus, dass die Bundesregierung die forcierte Abgrenzung als Reaktion der DDR durchaus im Blick hatte und vielmehr einen langfristigen Stabilisierungsprozess des ostdeutschen Staates als Grundlage für dessen schrittweise Liberalisierung anstrebte. Vgl. Peter Bender, Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995; Gottfried Niedhart, Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975, München 2014.

sich im Falle des Kulturabkommens bis 1986 hinzogen.⁴⁸ Der europäische und deutsch-deutsche Spannungsdiskurs begannen in der öffentlichen Wahrnehmung ältere Bedrohungsszenarien zu überlagern. Analog erschienen die Deutsche Bücherei und die Deutsche Bibliothek in westdeutschen Pressemedien zunehmend seltener als Kontrahenten, sondern als »Schwestern«, die zusammen eine wie auch immer wirkende »kulturelle Klammer« zwischen beiden Teilstaaten bildeten. Das Medienecho markierte damit eine Art kulturellen Rahmen für die Kontakte zwischen Frankfurt und Leipzig. Auch gegenüber der Deutschen Bücherei selbst gestaltete sich das Klima in der westdeutschen Presse zunehmend freundlicher. In größeren Printmedien wurde sie nun als »normale« Bibliothek in einem »lesefreudigen Land« wahrgenommen.⁴⁹ Pressestimmen, insbesondere aus der Schweiz, welche die Deutsche Bücherei dagegen als Agentin der Stasi bezichtigten, wurden in der Bundesrepublik kaum rezipiert und waren selbst in der Schweiz umstritten.⁵⁰

48 Hierzu besonders Detlef Nakath, Die Verhandlungen zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag 1972. Zum Zusammenwirken von SED-Politbüro und DDR-Außenministerium bei den Gesprächen mit der BRD, Berlin 1993; Ders., Erfurt und Kassel. Zu den Gesprächen zwischen dem BRD-Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph im Frühjahr 1970. Vorbereitung – Verlauf – Ergebnisse, Berlin 1995; Heinrich Potthoff, Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995; Ders., Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997; Mary E. Sarotte, Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Chapel Hill 2001; Sebastian Lindner, Zwischen Öffnung und Abgrenzung. Die Geschichte des innerdeutschen Kulturabkommens 1973-1986, Berlin 2015. Zum Kulturabkommen siehe auch die trotz der Arbeit von Sebastian Lindner noch immer gültige Darstellung von Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998, S. 265-285.

49 Colin McIntyre, Die Deutsche Bücherei Leipzig leidet unter Platzmangel. Jeder darf lesen, was er will: aber mit Ausweis, in: Kölnische Rundschau, Nr. 159 vom 12.7.1972, S. 8; Detlef Rudel, 85 Kilometer Regale. Besuch in Leipzigs Deutscher Bücherei. Turm für fünf Millionen Bücher geplant, in: Rheinische Post, Nr. 69 vom 22.3.1973, S. 9; Ders., »Deutsche Bücherei« geht auf die Revolution von 1848 zurück. Die größte Schatztruhe deutscher Literatur. Leipzigs Gesamtarchiv. Leipzigs Gesamtarchiv des deutsche Schrifttums mit 3,5 Millionen Büchern – »Große Schwester« Frankfurts, in: Die Rheinpfalz, Nr. 68 vom 22.3.1973, S. 7; Ders., Nur bedrucktes Toilettenpapier wird nicht gesammelt. Besuch in der Deutschen Bücherei zu Leipzig, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 70 vom 23.3.1973, S. 7; Ders. Die Deutsche Bücherei in Leipzig – Perle des deutschen Bibliothekswesens. Auch Mickey-Maus-Heftchen und Porno, in: National-Zeitung Basel, Nr. 115 vom 12.4.1973, S. 31.

50 Maßgeblich vorangetrieben hatte die Schweizer Kampagne Nationalrat Rudolph Friedrich, der von 1982 bis 1984 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement

Das persönliche Verhältnis der Generaldirektoren blieb dennoch bestimmend für die Kontakte zwischen beiden Bibliotheken. Ungeachtet der atmosphärischen Entspannung im öffentlichen Diskurs setzte sich so zunächst das distanzierte Verhältnis zwischen Kurt Köster und Helmut Röttsch fort. Zwischen beiden hatte sich kaum mehr als eine Zweckbeziehung entwickelt, die von der Annahme getrieben war, dass sich die generelle Bereitschaft zu Gesprächen zumindest förderlich auf die Ablieferung von Belegexemplaren auswirken würde. Entsprechende Defizite konnten die Kontakte damit entscheidend stören. Einen zentralen Konfliktpunkt, der schließlich auch zu einem Ausgangspunkt für die Folgeverhandlungen zum Grundlagenvertrag wurde, stellte die in der zweiten Jahreshälfte 1971 deutlich nachlassende Abgabe ostdeutscher Hochschulschriften nach Frankfurt dar. Dass die Deutsche Bücherei infolge der Anordnung des DDR-Innenministeriums »zum Schutz der Dienstgeheimnisse« vom 6. Dezember 1971 ebenso massive Einschränkungen in diesem Feld hinzunehmen hatte, blieb in Frankfurt unbeachtet. Der Frankfurter Bibliotheksleitung erklärte man die Einstellung der Belieferung mit organisatorischen Umstellungen in der Bibliothek der Humboldt-Universität, über die die Abgabe der Hochschulschriften abgewickelt wurde. Dennoch reagierte Köster hierauf scharf und forderte bereits im Januar 1972, auf der nächsten Sitzung der AG Hochschulbibliotheken »entsprechende Gegenmaßnahmen zur Diskussion zu stellen«.⁵¹ In einem Brief warf der Leiter der Frankfurter Erwerbungsabteilung, Bertold Picard, dem Leipziger Generaldirektor Helmut Röttsch außerdem vor, einen »Bruch des Prinzips der gegenseitigen Belieferung« begangen zu haben und setzte ihm ein Ultima-

leitete, für eine starke Landesverteidigung eintrat und immerzu vor einer totalitären Gefährdung der Schweiz warnte. Vgl. Rudolf Friedrich, Spionage unter »wissenschaftlichem« Deckmantel. Zunehmendes östliches Interesse für exponierte Infrastrukturanlagen, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 156 vom 1.7.1981, S. 18. Offener Brief der Zentralstelle für Gesamtverteidigung Bern an amtliche und private Stellen, die mit Karten, Plänen, Luftfotos und anderen Darstellungen des Geländes arbeiten, Aushändigung von Dokumenten an ausländische Stellen, Februar 1982, in: Das LETZTE aus der Biblio-Szene 9/1982, S. 5; Die Kampagne mündete zwar in Protestbriefe von Schweizer Verlegern, die die demonstrative Nicht-Belieferung der Deutschen Bücherei als Ausdruck politischer Kritik an den Zuständen in der DDR verstanden, dies blieb aber letztlich ein Minderheitenphänomen. Eine Auswahl dieser Briefe findet sich in BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 116-123. Die wenigen, in westdeutschen Medien lancierten Kritiken an der Deutschen Bücherei zogen dagegen keine vergleichbaren Reaktionen von Verlegern nach sich. Vgl. Über Journalisten wird in der DDR Kartei geführt, in: Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag vom 30.11.1972, als Kopie in ISG, W2-9, 202, unfol.; Aus dem Papierkorb der »Stasi-Informationen«. Offener Brief des Anita Tykve Verlags an die Deutsche Bücherei, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 271 vom 1.12.1988, S. 9.

51 Kurt Köster, Aktennotiz, 18.1.1972, BArch, B 275/7, unfol.

tum. Träfen die ausstehenden Schriften nicht bis zum 15. Mai 1972 ein, so Picard, werde er den Hochschulbibliotheken der Bundesrepublik die Einstellung der Belieferung Leipzigs empfehlen müssen. Daraufhin sicherte Röttsch die baldige Wiederaufnahme der Belieferung zu.⁵² Obwohl bis zum Stichtag erst 137 von geschätzten 4.000 ausstehenden Hochschulschriften in Frankfurt eingetroffen waren,⁵³ blieben die angedrohten Gegenmaßnahmen aus. Ob dies aus Rücksicht auf die kurz vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen zum Grundlagenvertrag geschah, oder ob man von den in Betracht gezogenen Maßnahmen letztlich doch kaum eine Wirkung erwartete, lässt sich nicht zweifelsfrei beantworten.

Bevor es jedoch dazu kam, sorgte die Deutsche Bibliothek unmittelbar nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972 in der westdeutschen Öffentlichkeit selbst für einen politischen Aufschrei. Dabei ging es im Hintergrund weniger um die Bibliothek selbst, sondern vielmehr um die Rezeption des Abkommens, das wegen seines Charakters als quasi-völkerrechtlicher Vertrag zwischen zwei eigenständigen Staaten, die zugleich ihre gemeinsame nationale Einheit fortschrieben, schon den Zeitgenossen als »uneinheitliches und nicht leicht zu überschauendes Vertragswerk« (Kay-Michael Wilke) erschien.⁵⁴ Unter der Überschrift »Künftig nur noch Leipzig komplett?« berichtete die *WELT* am 18. Januar 1973, dass die Deutsche Bibliothek den Vertrag mit Sorge betrachte, da die Bundesregierung hiermit die heimliche Spaltung Deutschlands vorbereite. Man werde künftig nur noch westdeutsche Titel verzeichnen dürfen und müsse den »Zonendiplomaten« damit zwangsläufig die »Rolle der Alleinvertretung« überlassen.⁵⁵ Der Bericht, der zugleich die nach wie vor große Wirkungskraft älterer Stereotype aufzeigt, löste nicht nur einen Aufschrei in der westdeutschen Presselandschaft aus,⁵⁶ auch Innenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) erhielt empörende Schreiben⁵⁷ und schließlich beschäftigte sich sogar der Bundestag im Rahmen einer mündlichen Frage eines Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion

52 Bertold Picard, Aktennotiz, Betr.: Materialien zu einem Schreiben an Prof. Röttsch, bzw. zu einem Telefonat mit ihm, 10.4.1972, ebd., unfol.

53 Aktennotiz, Betr.: Angaben für eine Erörterung des DDR-Hochschulschriften-Problems durch Prof. Köster vor der AG Hochschulbibliotheken auf dem Mannheimer-Bibliothekartag am 25. Mai, 19.5.1972, ebd., unfol.

54 Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969-1982, S. 31f.

55 Künftig nur noch in Leipzig komplett? Deutsche Bibliothek in Frankfurt soll auf gesamtdeutsche Bibliographie verzichten, in: Die *WELT*, Nr. 15 vom 18.1.1973, S. 14.

56 Deutsche Bibliothek Gesamtarchiv, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 17 vom 20.1.1973, S. XII; Deutsche Bibliothek bleibt deutschsprachiges Gesamtarchiv, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 19 vom 24.1.1973, S. 29.

57 Bibliotheksinspektor Jörg Rittinghaus an Hans-Dietrich Genscher, 24.1.1973, BArch, B 106/58057, Bd. 1,2, unfol.

mit dem Thema.⁵⁸ Die Informationen für den Artikel waren indes aus Frankfurt selbst gekommen. Sie basierten auf drei kurzen Telefonaten zwischen dem Referenten der Öffentlichkeitsabteilung, Ernst-Ludwig Berz, und einem Journalisten der *WELT*. Glaubt man der Rekonstruktion der Gespräche, die Berz für eine Stellungnahme gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden (und damit implizit dem BMI) anzufertigen hatte, dann hatte der Referent gegenüber dem Journalisten durchaus »bibliothekarische und ökonomische Gründe« geltend gemacht, die eine Beschränkung der ost- und westdeutschen Verzeichnisse auf den jeweiligen Geltungsbereich der Pflichtexemplargesetze rechtfertigten. Zugleich aber habe Berz während der Telefonate deutlich gemacht, dass die Deutsche Bibliothek »schon aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit« nicht auf die Verzeichnung ostdeutscher Titel verzichten könne und auch der Grundlagenvertrag hieran nichts ändere.⁵⁹ Der Konflikt wurde schließlich politisch im Sinne der »Neuen Ostpolitik« gelöst. Köster verfasste eine öffentliche Gegendarstellung, welche die *WELT* am 2. Februar 1973 abdruckte⁶⁰ und Berz erhielt auf Anweisung Genschers eine »missbilligende Äußerung« durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Auch wenn dieser seine Reaktion bald wieder revidierte, so ermahnte er Köster dennoch nachdrücklich, dass Berz sich künftig »bei Vorgängen von so beachtlicher Bedeutung, wie es bei der Beziehung der aus der DDR gelieferten Literatur der Fall ist«, mit Köster abstimmen solle.⁶¹

Einen Rückschlag in den Beziehungen zwischen Leipzig und Frankfurt bedeutete diese Episode allerdings nicht. Schon im März 1973 besuchten Köster und Picard anlässlich der Leipziger Buchmesse erstmals die DDR und die Deutsche Bücherei, wo sie mit Röttsch, Lohse und Pomaßl zu einem Gespräch über die Belieferung der Deutschen Bibliothek mit ostdeutschen Belegexemplaren zusammenkamen.⁶² Diese Gelegenheit nutzte auch ein Referent des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, um sich seinerseits ein Bild von den Mo-

58 Deutscher Bundestag, 12. Sitzung am 1. Februar 1973, Plenarprotokoll, S. 435, 464.

59 Deutsche Bibliothek, Kurt Köster, an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek, Ministerialrat Marx, Bundesministerium des Innern, 19.1.1973, BArch, B 106/58057, Bd. 1, unfol.; Deutsche Bibliothek, Ernst-Ludwig Berz, an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek, Ministerialrat Marx, Bundesministerium des Innern, Betr.: Stellungnahme des Bibliotheksrats Dr. Ernst-Ludwig Berz zu den beiden Meldungen über die Deutsche Bibliothek in der Tageszeitung »Die Welt« vom 18. Jan. 1973, 19.1.1973, ebd., unfol.

60 Gegendarstellung der Deutschen Bibliothek, in: Die WELT, Nr. 28 vom 2.2.1973, S. 18.

61 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek, Marx, an Kurt Köster, 14.3.1973, BArch, B 106/58057, Bd. 1, unfol.

62 Deutsche Bücherei, Horst Bunke/Helmut Röttsch, Bericht über ausländische Besucher der Deutschen Bücherei während der Leipziger Frühjahrsmesse (11.-18.3.1973), 22.3.1973, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

dalitäten der Benutzung in der Deutschen Bücherei zu machen, und kehrte mit dem Eindruck zurück, dass das Verfahren bei gesperrter Literatur kaum mehr als eine »Routineangelegenheit« wäre. Die Einschränkungen in der Benutzbarkeit verschwieg der Referent in seinem Bericht zwar nicht, jedoch war ein deutlicher Wille zur Entpolitisierung zu erkennen, der freilich auch mit einer Bereitschaft zur Zurückstellung von Kritik an den Verhältnissen in der DDR einherging.⁶³ Und selbst innerhalb des Frankfurter Börsenvereins wurden nun Stimmen laut, die sich nach Gesprächen mit dem innerdeutschen Ministerium für die Einrichtung eines »Härtefonds« aussprachen, der notleidenden Verlagen einen finanziellen Ausgleich für nach Leipzig abgelieferte Titel ermöglichen sollte.⁶⁴ Auch wenn diese Maßnahme letztlich keine mehrheitliche Zustimmung im Börsenverein fand, so hatte sich auch hier der Eindruck verfestigt, dass die Kontakte zwischen beiden Bibliotheken »im allgemeinen stärker von sachlichen als von politischen Erwägungen getragen« seien und man deshalb einer kostenlosen Belieferung Leipzigs positiv entgegensehen könne.⁶⁵

Im Falle der Deutschen Bibliothek und des BMI war das von verschiedenen Seiten erkennbare Bemühen um Entpolitisierung freilich in erster Linie an die Erwartung geknüpft, in der Frage der Belieferungspraxis weiterzukommen. Die Folgeverhandlungen, die der Grundlagenvertrag in Artikel 7 auf dem Gebiet der Kultur und im Zusatzprotokoll mit explizitem Bezug zum Austausch von Literatur vorsah,⁶⁶ sollten hierfür genutzt werden. Zwar bestand innerhalb des BMI anfangs durchaus noch die Hoffnung, im Zuge der Verhandlungen gleiche Benutzungsrechte für wissenschaftliche Interessenten auch in der DDR durchsetzen zu können,⁶⁷ in den Besprechungsunterlagen findet sich dieses Ziel jedoch nicht mehr. Dagegen konzentrierte sich das Papier auf die »besorgniserregende Ungleichmäßigkeit« der Belieferung, »unter der allein die Deutsche Bibliothek

63 Bundesministerium für gesamtdeutsche Beziehungen, Referent Roland Bude, Betr.: Deutsche Bücherei in Leipzig, hier: Öffentliche Benutzbarkeit der Bestände, 2.5.1974, BArch, B 137/16889, unfol.

64 Ablieferung von Titeln bei der Deutschen Bücherei, 11.4.1973, ISG, W2-7, 1201, unfol.

65 Auszug aus dem schriftlichen Bericht über die Arbeit des Vorstandes und des Büros des Verleger-Ausschusses sowie weiterer Gremien des Börsenvereins, 5.3.1975, ebd., unfol.

66 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1979. Bericht und Dokumentation, [Bonn] 1980, S. 205-211.

67 Bundesministerium des Innern, Referat SK II 1, MR Dr. Hieronymus, 23.10.1973, BArch, B 106/126821, unfol.

zu leiden hat«. Man könne sich, so die durchschimmernde Sicht Frankfurts, »des Eindrucks nicht erwehren, daß sie aus bibliothekspolitischen Erwägungen (Vollständigkeit bzw. Unvollständigkeit der Bibliographien) so schlecht beliefert wird«. Die Probleme im Hochschulschriftentausch waren dabei nur ein Gegenstand der Betrachtungen. Auch ostdeutsche Monographien trafen, den Berechnungen zufolge, nur zu 50 Prozent ein, bei amtlichen Druckschriften schätzte man den Zugang für das Jahr 1971 sogar auf nur fünf Prozent. Selbst bei Zeitschriften gab es beklagenswerte Defizite. Für die künftigen Beziehungen beider Bibliotheken empfahl das Papier deshalb »ein genau fixiertes Austauschprozedere«. Wie dieses aussehen sollte, ließen die Beteiligten jedoch offen. Dagegen wusste man, was nicht durchsetzbar erschien. Das betraf vor allem die von der Deutschen Bibliothek favorisierte Etablierung eines zentralen Steuerungsinstrumentes für die Abgabe westdeutscher Hochschulschriften in die DDR (analog zur Bibliothek der Humboldt-Universität), über das sich notfalls auch ein zentraler Lieferstopp durchsetzen ließ. Die Deutsche Bibliothek empfahl sich hierfür freilich selbst. Da dieses Modell aber implizierte, dass künftig zwei Pflichtexemplare nach Frankfurt abgeliefert werden mussten, befürchtete man, dass die Verleger dies als Enteignung betrachteten. Eine baldige Regelung der gegenseitigen Belieferung auf dem Wege eines zwischenstaatlichen Abkommens empfahl sich aus Sicht des BMI aber auch aus einem anderen Grund, und an dieser Stelle wird sichtbar, dass es der Bundesregierung keineswegs zwangsläufig um einen Wandel in der DDR gehen musste. Denn das Papier kalkulierte die »Möglichkeit einer gewollten Abgrenzung der DDR« von vornherein ein, weshalb man gemeinsame bibliothekarische Projekte »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« ausschließen konnte.⁶⁸ Darauf deutete auch die für 1974 angekündigte Umstellung der Leipziger Nationalbibliographie auf die sowjetische Bibliothekarisch-bibliographische Klassifikation (BBK)⁶⁹ hin. In der DDR betrachtete man die BBK offiziell »als Bestandteil der sozialistischen Ideologie«, mit der man »aktiv auf die Bewußtseinsbildung der Nutzer einwirken« könne.⁷⁰

68 Besprechungsunterlage, Betr.: Folgeverhandlungen zum Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, hier: Nr. 10 des Zusatzprotokolls zu Artikel 7, o.D., ebd., unfol.; Bundesministerium des Innern, Referat M 2, Vermerk, Betr.: Folgeverhandlungen zum Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, hier: Nr. 10 des Zusatzprotokolls zu Artikel 7 – Verhältnis Deutsche Bibliothek (Frankfurt/M.) – Deutsche Bücherei (Leipzig), 6.11.1973, ebd., unfol.

69 Die BBK ordnete bibliographisches Material dem sowjetischen Entwicklungsverständnis nach, d.h. Marxismus-Leninismus, Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften.

70 Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Möglichkeiten der Einführung einer Einheitsklassifikation in den Bibliotheken der DDR, 13.4.1973, ADNBL, 543/0, unfol.

Im Grunde erhöhte sich mit der Umstellung aber lediglich die Zahl der Kategorien von 24 auf 27 und veränderte sich die Anordnung des bibliographischen Materials, sodass etwa die Kategorien Religion und Philosophie von der zweiten an 25. und 26. Stelle rückten.⁷¹ Die Festlegungen im Rahmen der Folgeverhandlungen sollten aus Bonner Sicht jedoch in erster Linie Druck auf die DDR ausüben, den Literaturaustausch auch im Falle einer forcierten Abgrenzung der DDR nicht zum Erliegen bringen zu können.⁷²

Bei einem Abbruch der gegenseitigen Belieferung, darüber war man sich in Frankfurt und Leipzig gleichermaßen bewusst, zöge die Deutsche Bücherei den Kürzeren. Im äußersten Falle hätte die Deutsche Bibliothek die jährlich aus der DDR eintreffenden Titel auch für 200.000 DM erwerben können, d.h. für eine Summe, die die Deutsche Bücherei jährlich allein für die nicht kostenlos eingehenden 20 Prozent der westdeutschen Verlagsproduktion aufwenden musste. Aus diesem Grunde empfahl Generaldirektor Röttsch dem Stellvertreter des ostdeutschen Kulturministers, Klaus Höpcke, den Verlagen der DDR eine verbindliche Anweisung zur Belieferung Frankfurts zu erteilen, sofern dem keine gesetzlichen Hindernisse im Weg standen.⁷³ Höpcke kam dem unmittelbar nach, in der festen Hoffnung, damit die zu diesem Zeitpunkt (März 1974) vorerst noch nicht gescheiterten Verhandlungen um ein Kulturabkommen zwischen beiden deutschen Staaten positiv beeinflussen zu können.⁷⁴ Hintergrund war aber auch, dass die Deutsche Bibliothek selbst indirekten Druck auf Leipzig ausgeübt hatte, indem sie das die statistische Ungleichmäßigkeit dokumentierende Zahlenmaterial an westdeutsche Verlage verschickt hatte, woraufhin diese wiederum die Deutsche Bücherei zur Abstellung dieses Missverhältnisses aufforderten.⁷⁵

Einen deutlichen Schub erlebten die Bibliothekskontakte mit dem Wechsel an der Spitze der Frankfurter Bibliothek. Der neue Generaldirektor Günther Pflug war 1975 nicht nur mit dem Anspruch angetreten, die Deutsche Bibliothek ins digitale Zeitalter zu führen, er hatte überdies schon während seiner Bochumer

71 Ein Vergleich der Ausgaben der Deutschen Nationalbibliographie von 1973 und 1974 befindet sich in BArch, B 106/126821, unfol.

72 Handschriftliche Notizen, ebd., unfol.

73 Deutsche Bücherei, Hans-Martin Pleßke, an das Ministerium für Kultur, Stellvertreter des Ministers und Leiter der HV Verlage und Buchhandel, Klaus Höpcke, 4.3.1974, ADNBL, 806/1, unfol.

74 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 14.3.1974, ebd., unfol.

75 So etwa Württemberg Verlag, Karl Hartmut Jeutter, an die Deutsche Bücherei, Betr.: Kostenlose Belegstücke, 7.1.1974, ebd., unfol. Zuweilen empfahl die Deutsche Bibliothek auf der Basis des Zahlenmaterials den Verlagen auch die Einstellung der Belieferung, bis das Prinzip »Gegenseitigkeit« wiederhergestellt war. Vgl. etwa Badenia Verlag und Druckerei GmbH, Karlsruhe, an die Deutsche Bücherei, 10.12.1974, ADNBL, 507/1, Bl. 7.

Zeit sachliche und kollegiale Beziehungen zu Helmut Röttsch gepflegt.⁷⁶ Zu Recht sah Letztgenannter in diesem Personalwechsel ein deutliches Signal für die Versachlichung der Beziehungen.⁷⁷ So kam auch in den schwebenden Konflikt über die Hochschulschriften Bewegung, auch wenn es sich dabei zunächst um kaum mehr als symbolische Akte handelte. Bereits im Januar 1976 hatte sich Röttsch mit der Direktorin der Bibliothek Humboldt-Universität darüber verständigt, dass die Dissertationen künftig auf dem direkten Weg an die Deutsche Bibliothek geliefert würden.⁷⁸ Zuvor waren sie aus politischen Gründen stets an die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt geschickt worden, um nicht den Eindruck der Anerkennung der Bundesrepublik zu erwecken. Eine wesentliche Bedingung für diesen symbolischen Handlungsspielraum war allerdings auch, dass die DDR nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages von sämtlichen westlichen Staaten anerkannt sowie an transnationalen Organisationen und internationalen Verhandlungen beteiligt wurde.⁷⁹

Zugleich werteten die noch schwebenden Kulturverhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin die Bibliothekskontakte auf. Obwohl jene wegen unvereinbarer Differenzen über die von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz verwalteten Kulturgüter wenige Tage nach der offiziellen Ernennung Pflugs zum Generaldirektor offiziell auf Eis gelegt worden waren,⁸⁰ signalisierte nun auch das BMI Gesprächsbereitschaft mit der Deutschen Bücherei. Schon während der Ernennungsfeier Pflugs hatte Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) die Leipziger Bibliothek als eine »vorbildliche Einrichtung« gelobt,⁸¹ was der seit 1974 amtierende Leiter der Kulturabteilung des BMI und zugleich Vorsitzende des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek, Egon Hölder (später: Präsident des Statistischen Bundesamtes⁸²), Röttsch im April 1976 noch einmal nachdrücklich bestätigte, um daran explizit die Bereitschaft zu Gesprächen zu knüpfen.⁸³

76 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch an Universitätsbibliothek Bochum, Günther Pflug, 16.7.1974, ADNBL; 811, unfol.

77 Helmut Röttsch an Günther Pflug, 17.10.1975, ADNBL, 811/10, unfol.

78 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an den Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Bibliothek, Kurt Nowak, 6.1.1976, ebd., unfol.

79 Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 442-459.

80 Die Verhandlungen waren am 29. Oktober 1975 vorläufig beendet worden. Vgl. Lindner, Zwischen Öffnung und Abgrenzung, S. 69-78.

81 Deutsche Bibliothek: Ansprache von Minister Maihofer. Bekenntnis zum Buchhandel, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Nr. 11 vom 6.2.1976, S. 165.

82 Zur Biographie Egon Hölders vgl. Trauer um Präsident a.D. Egon Hölder, in: Wirtschaft und Statistik 9/2007, S. 821 f.

83 Deutsche Bibliothek, Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Egon Hölder, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 12.4.1976, ADNBL, 811/10, unfol.

Anlass für diesen wiederholten Ehrerweis war der Besuch einer westdeutschen Delegation, bestehend aus Vertretern der Deutschen Bibliothek und des BMI in der Deutschen Bücherei während der Leipziger Buchmesse 1976, an den beide Seiten große Hoffnungen knüpften, der allerdings nicht ganz so konfliktfrei verlief, wie sich dies aus Hölders nachträglichem Brief an Röttsch ablesen ließe. Dies fing schon bei der Genehmigung durch das MHF an. Dieses hatte den mit sechs Tagen Vorlauf angekündigten Besuch Pflugs kurzerhand untersagt. Die gewünschte Genehmigung erhielt Helmut Röttsch, der sich Monate zuvor dem MHF gegenüber für eine »maximale« Belieferung der Deutschen Bibliothek mit amtlichen Druckschriften ausgesprochen hatte,⁸⁴ erst nach einem Telefonat mit dem ZK der SED, woraufhin der verantwortliche Mitarbeiter des Ministeriums »sehr wütend« reagiert habe.⁸⁵ Über den Anlass des Konfliktes lässt sich nur mutmaßen. Womöglich stand er im Zusammenhang mit einer zeitlich parallel laufenden Untersuchung über »Aktivitäten der ›Deutschen Bibliothek‹« durch die Inspektionsgruppe des Ministerrates der DDR, bei der – im Gegensatz zu Röttschs Position – schwerwiegende Vorbehalte gegenüber einer Belieferung Frankfurts mit amtlichen Druckschriften deutlich wurden. Sachlich ging es dabei um Schreiben der Deutschen Bibliothek an Industriebetriebe der DDR, welche Letztgenannte zur Ablieferung ihrer Druckschriften aufforderten. Diese sich häufenden Schreiben, in denen sich die Frankfurter Bibliothek auf die westdeutsche Pflichtstückverordnung berufen hatte, waren den Ost-Berliner Stellen ein Dorn im Auge. So kam der im August 1976 an Außenminister Oskar Fischer weitergeleitete⁸⁶ Bericht zu dem Ergebnis, dass die Deutsche Bibliothek anstrebe, die westdeutsche Pflichtstückverordnung »auf die DDR auszudehnen«.⁸⁷

Von den DDR-internen Querelen bekam die Delegation aus Frankfurt und Bonn freilich nichts mit. Gleichwohl verlief auch das Treffen in Leipzig nicht ohne Konflikte, wie dies der offizielle Bericht der Deutschen Bücherei darstellte. Nach diesem habe man sich der gegenseitigen Einflussnahme auf die Belieferung der jeweils anderen Seite verständigt und, so Röttsch, »ich hatte das Gefühl, daß

84 Helmut Röttsch, Argumentation zum Problem der Anforderung kostenloser Exemplare durch die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main bei Herausgebern von Druckschriften in der DDR, 10.1.1976, ADNBL, 152/1/6, Bd. 6, Bl. 250-253.

85 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 17.3.1976, Betr.: Besuch des Direktors der »Deutschen Bibliothek« Ffm (BRD) Herrn Pflug in der Deutschen Bücherei Leipzig, 18.3.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 15.

86 Ministerrat der DDR, Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, Möbius, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Oskar Fischer, 23.8.1976, BArch, DC 20/27640, Bl. 19.

87 Ministerrat der DDR, Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, Information zu Aktivitäten der »Deutschen Bibliothek« Frankfurt/M., BRD, o.D., BArch, DC 20/27560, Bl. 218-220. Der Bericht findet sich auch in BStU, MfS, ZAIG, 30422, Bl. 1-3.

bei den beiden Vertretern des Bonner Innenministeriums ein echtes Interesse vorlag, unsere in der Welt anerkannte Institution einmal kennenzulernen«. ⁸⁸ Auf Dissonanzen wies indes Rötzschs Stellvertreter, Helmut Lohse, in einem Bericht an die Stasi hin. Danach hätten sich Vertreter der Deutschen Bibliothek bei Rötzsch über fehlende Lieferungen von DDR-Verlagen regelrecht beschwert. Ein Vertreter habe sogar angekündigt, »mit seinem Wagen durch die DDR zu fahren und die DDR-Verlage aufzusuchen um die Titel gleich mitzunehmen«. Dies habe man dem aufgebrauchten Bibliothekar aber ausreden können, indem man das Ausbleiben der Lieferungen mit Lieferschwierigkeiten der LKG begründete. ⁸⁹ Ernüchternd wurde in Leipzig im Nachgang des Treffens zudem ein Artikel der *Frankfurter Rundschau* vom 9. April 1976 aufgenommen, in dem Pflug seine Eindrücke aus Leipzig in aus Leipziger Sicht allzu freizügigen Tönen geschildert hatte. So hatte er geäußert, dass der Entwicklungsstand der Datenverarbeitung in der Deutschen Bücherei »so weit« zurückliege, dass der von ihm angeregte Tausch von Magnetbändern »zur Zeit nicht möglich« sei. ⁹⁰ Für deutlichere Missstimmung in Leipzig sorgte jedoch die tatsächlich missverständliche Meldung, die beiden Bibliotheken strebten einen »kostenlosen Leihverkehr« an. Dies sei, so Rötzsch, »[v]ölliger Unsinn«. ⁹¹ Dennoch behinderten solche atmosphärischen Störungen den Annäherungsprozess kaum noch, wie dies in der Vergangenheit durchaus der Fall gewesen war. Im Oktober 1976 besuchten erstmals Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, der dem Bundeskanzleramt unterstellten westdeutschen »Botschaft« in der DDR, die Deutsche Bücherei. ⁹² Für die Leipziger Buchmesse 1978 war sogar der

88 Deutsche Bücherei, Helmut Rötzsch, Bericht über den Besuch des Generaldirektors der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main und der ihn begleitenden Mitarbeiter des Bonner Innenministeriums am 15. März 1976 in der Deutschen Bücherei, 19.3.1976, ADNBL, 811/10, unfol.

89 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard«, Treff am 17.3.1976, Betr.: Besuch des Direktors der »Deutschen Bibliothek« Ffm (BRD) Herrn Pflug in der Deutschen Bücherei Leipzig, 18.3.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 15.

90 Daten-Austausch mit Leipzig erst 1977. Zusammenarbeit der Nationalbibliotheken wird verbessert, in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 85 vom 9.4.1976, S. 17.

91 Deutsche Bücherei, Helmut Rötzsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor wissenschaftliche Bibliotheken, Informationen und Museen, Betr.: Ergänzung zum »Bericht über den Besuch des Generaldirektors der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main und der ihn begleitenden Mitarbeiter des Bonner Innenministeriums am 15. März 1976 in der Deutschen Bücherei«, 31.5.1976, ADNBL, 811/10, unfol.

92 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR an den Chef des Bundeskanzleramtes, Gruppe 22, zugleich an Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, abschriftlich an Bundesminister des Innern und Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, o.D., BArch, B 137/16889, unfol.

Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMI, Gerhart Baum (FDP), der im Juni des Jahres selbst den Posten des Innenministers übernahm, angekündigt. Er kam nur deshalb nicht zustande, weil das BMI infolge einer Fahndungspanne im Rahmen der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die Rote Armee Fraktion (RAF) im Oktober 1977 mit personellen Konsequenzen beschäftigt war. Im Vorfeld des Besuchs hatte man sich mit Ost-Berlin jedoch bereits darüber verständigt, diesen »mit allen diplomatischen Gepflogenheiten« durchzuführen und der Delegation die Deutsche Bücherei »ohne Einschränkungen« zu zeigen.⁹³ Zu den Gepflogenheiten gehörte auch die Auswahl eines Geschenkes, das Pflug in einem Telefonat mit Röttsch verabredete. Man einigte sich auf einen wertvollen Band, den die Leipziger Bibliothek nicht als kostenloses Belegexemplar erhalten hatte.⁹⁴ Das Geschenk erhielt damit über die Bedeutung der bloßen Usance hinaus Symbolcharakter für die engen Beziehungen zwischen Leipzig und Frankfurt und die ehrliche Unterstützung bei der gegenseitigen Belieferung.⁹⁵ Am Ende wurde aus der Staatsvisite ein privater Besuch Pflugs mit seiner Frau, bei dem sich ein »aufgeschlossenes, ungezwungenes Gespräch über Theater und Literatur der DDR und der BRD« entwickelt habe.⁹⁶ Bei all der Harmonie, welche die Treffen in Leipzig begleitete, darf nicht übersehen werden, dass in Leipzig keineswegs Konsens über den Charakter der Treffen bestand. Während Generaldirektor Röttsch, zum Leidwesen seines Stellvertreters Lohse, immer danach trachte, aus solchen Anlässen »eine Sensation« zu machen, sah Lohse hierin ein politisches Problem. So argumentierte er gegenüber der Stasi, dass es eher im Interesse der Bibliotheksleitung liegen müsse, »die Mitarbeiter der Deutschen Bücherei nicht darüber zu informieren«, um potentiell »ausreisewilligen« Mitarbeitern keine Bühne zu bieten.⁹⁷

Gleichwohl: Das zunehmende staatsoffizielle Interesse der Bundesrepublik an der Deutschen Bücherei wirkte als atmosphärischer Hintergrund für ein am 5. Oktober 1977 in Ost-Berlin stattfindendes »klärendes Gespräch über die Verfahrensweise bei der Belieferung der Deutschen Bibliothek Frankfurt/Main mit

93 FIM Reinhardt, Bericht IM »Gerhard« vom 10.3.1978, 10.3.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 188.

94 FIM Reinhardt, Quellen: Gen. Röttsch, GD der DB am 24. und 27.2.78, »Gerhard« am 27.2.78, Information, 28.2.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 180.

95 Zur kulturellen Funktion von Geschenken in diplomatischen Kontexten vgl. Harriet Rudolph, Entangled Objects and Hybrid Practices? Material Culture as a New Approach to the History of Diplomacy, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte/ European History Yearbook 17 (2016), S. 1-28.

96 FIM Reinhardt, Quelle: Genosse Prof. Röttsch, Generaldirektor der DB am 15.3.1978, 15.3.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 195.

97 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 2.9.83, 4.9.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 48f.

Hochschulschriften, die außerhalb des Buchhandels erscheinen«. Dies sollte nun mit Unterstützung des MHF zentral über die Deutsche Bücherei abgewickelt werden. Den Rahmen dafür boten die Konventionen der UNESCO zum internationalen Schriftentausch von 1958, dem die DDR nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki Ende 1975 beigetreten war.⁹⁸ Damit konnte sichergestellt werden, dass das *Procedere* »keinen staatlichen Charakter« annahm. Welche Schriften nach Frankfurt abgegeben werden sollten, blieb freilich der Zentralstelle für Lehr- und Organisationsmittel, einer ungeordneten Behörde des MHF, vorbehalten.⁹⁹ Dessen ungeachtet machte der Schriftenaustausch bald Fortschritte, bereits im Jahre 1977 notierte man in Frankfurt auf diesem Wege einen Eingang von 899 Bänden, an Leipzig habe man 1.540 Bände geschickt.¹⁰⁰ Zugleich entwickelten beide Bibliotheken eine zunehmend kollegiale Basis. Als die Deutsche Bibliothek 1980 daran arbeitete, die Deutsche Bibliographie nutzerorientierter zu gestalten, bat Pflug Röttsch um eine kollegiale Stellungnahme.¹⁰¹ Freilich war zu diesem Zeitpunkt die Deutsche Nationalbibliographie gegenüber der Konkurrenz aus Frankfurt bereits auf dem Rückzug begriffen, was einerseits Pflugs Offenheit, andererseits aber auch Röttschs verhaltene Reaktion erklären mag.¹⁰² Dennoch vermied es nun auch die Deutsche Bücherei, Gelegenheiten für propagandistische Demonstrationen zu nutzen. Eine solche bot sich etwa im Rahmen der Konflikte zwischen Pflug und dem Personalrat der Deutschen Bibliothek 1982. Ohne Pflug zu informieren hatte ein Vertreter

98 Die Bundesrepublik hatte beide Konventionen bereits 1969 unterzeichnet. Vgl. Bekanntmachung über die Annahme der Konvention über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen durch die Deutsche Demokratische Republik vom 5. Dezember 1975, in: Gesetzblatt der DDR 1975, Teil II, S. 250-257; Bekanntmachung über die Annahme der Konvention über den internationalen Austausch von offiziellen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten durch die Deutsche Demokratische Republik vom 5. Dezember 1975, in: ebd., S. 258-265; Gesetz zu dem Übereinkommen vom 5. Dezember 1958 über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen vom 26. August 1969, in: Bundesgesetzblatt 1969, Teil II, S. 997-1011; Gesetz zu dem Übereinkommen vom 5. Dezember 1958 über den zwischenstaatlichen Austausch von amtlichen Veröffentlichungen, in: ebd., S. 1569-1583.

99 Aktennotiz über das Gespräch Kabus/Röttsch/Gotsche zur Verfahrensweise bei der Belieferung der Deutschen Bibliothek Frankfurt/Main mit Hochschulschriften, o.D., BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

100 Bundesministerium des Innern, Notizzettel (Antwort auf eine interne Befragung zu den Wissenschaftskontakten mit der DDR in den letzten drei Jahren), o.D., BArch, B 275/24 unfol.

101 Deutsche Bibliothek, Günther Pflug, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 27.5.1980, ADNBL, 811/10, unfol.

102 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an Deutsche Bibliothek, Günther Pflug, 20.6.1980, ebd., unfol.

des Personalrats Helmut Lohse während der Leipziger Herbstmesse 1982 darum gebeten, vor dem Personalrat in Frankfurt über sozialpolitische Maßnahmen in der Deutschen Bücherei zu sprechen, und in diesem Zusammenhang auf die von Bonn verordneten Stellenplankürzungen verwiesen. Lohse habe nach einigem Zögern schließlich zugesagt, explizit aber darauf bestanden, ausschließlich über die Deutsche Bücherei zu berichten und sich nicht in »Ihre Probleme« einzumischen. Obwohl Pflug, der zwischenzeitlich von diesem informellen Besuch erfahren hatte, den Vortrag untersagte, fand er am 8. Oktober 1982 statt. Röttsch, der sich anlässlich der Buchmesse selbst in der Stadt befand, wurde schließlich zu einem zunächst »recht kühl[en]«, am Ende aber »wieder etwas freundlicher[en]« Gespräch in Pflugs Privatwohnungen gebeten, wo man sich noch einmal gegenseitig vergewissert habe, dass Lohse jegliche Einmischung in innere Belange der Deutschen Bibliothek vermieden habe.¹⁰³

In der westdeutschen Öffentlichkeit war die Beziehung zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek parallel sogar zu einem Kristallisationspunkt für die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme der Kulturverhandlungen avanciert. In zwei Beiträgen des ARD-Magazins *Monitor* aus dem Jahre 1980 wurden die »beiden Nationalbibliotheken« nicht nur als »eine kulturelle Klammer« bzw. als »reibungslos funktionierendes kulturelles Band zwischen beiden deutschen Staaten«, sondern ausdrücklich als »Ausgangspunkt für ein allgemeines Kulturabkommen mit der DDR« gewertet.¹⁰⁴ Dass letztlich nicht die beiden »Nationalbibliotheken«, sondern die in Ost-Berlin gezeigte westdeutsche Ausstellung »StadtPark-ParkStadt« den Anlass dafür bot, dass sich Erich Honecker am Rande der Eröffnungsveranstaltung gegenüber dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischniewski (SPD), Mitte September 1982 »überraschend«¹⁰⁵ für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen unter Ausklammerung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aussprach,¹⁰⁶ tat der positiven Publicity der Deutschen Bücherei in der Bundesrepublik keinen Abbruch. Da-

103 FIM »Reinhardt«, Bericht des IM »Gerhard« vom 14.10.1982, 20.10.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 249-252.

104 Staatliches Komitee für Rundfunk, Redaktion *Monitor*, Renate Zeiss, DPA, R. 5.00 vom 7.5.80, DDR-BRD Kulturkontakte zwischen der Leipziger »Deutschen Bücherei« und der Frankfurter »Deutschen Bibliothek«, 7.5.1980, BStU, MfS, ZAIG, 30422, Bl. 13 f.; Staatliches Komitee für Rundfunk, Redaktion *Monitor*, 2. Beitrag, Red. Erhard Albrecht, SFB 19.05 h v. 21.5.80, Beziehungen Deutsche Bücherei Leipzig und Deutsche Bibliothek Frankfurt/Main, 22.5.1980, ebd., Bl. 15 f.

105 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt, 14.9.1982, in: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1982, 1. Januar bis 31. Dezember. Teil 2: 1. Juli bis 31. Dezember 1982, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2013, S. 1268-1277, hier S. 1269.

106 Lindner, Zwischen Öffnung und Abgrenzung, S. 117-123.

von wollte auch Ost-Berlin profitieren, was die Bereitschaft für Zugeständnisse, zumal in der noch immer heiklen Frage des Schrifttums außerhalb des Buchhandels, sichtlich wachsen ließ. So beschloss das MHF (auch als Reaktion auf sich häufende Anforderungen Frankfurts)¹⁰⁷, die von der Behörde und den ihr unterstehenden Institutionen herausgegebenen Druckwerke über die Deutsche Bücherei nach Frankfurt abzugeben, um auch nach außen hin »das Interesse [...], das die Deutsche Bücherei Leipzig weiterhin auch der Literatur außerhalb des Buchhandels entgegenbringt«, deutlich werden zu lassen.¹⁰⁸

So sehr die letztlich auch ohne Abkommen forcierten Kulturbeziehungen zwischen beiden deutschen Teilstaaten zugleich den Literaturaustausch zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek beförderten, so sehr wuchs im Hintergrund der Verhandlungen der wirtschaftliche Druck auf Leipzig. Mit dem Einbruch der Verkaufszahlen der Deutschen Nationalbibliographie um 1980 verlor die DDR nicht nur einen als strategisch wichtig empfundenen politischen Vorteil gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch einen Devisenbringer, der angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme nötiger denn je war. Schließlich sorgten auch Meldungen über sich erhöhende Portogebühren im Jahre 1982 für erneute Krisenstimmung in Leipzig.¹⁰⁹ Schlagartig wuchs die Furcht, dass künftige von der Deutschen Bibliothek festgestellte Unregelmäßigkeiten in der gegenseitigen Belieferung unmittelbar negative Auswirkungen auf die Deutsche Bücherei haben könnten.¹¹⁰ Es leuchtet deshalb auf den ersten Blick kaum ein, warum die Wiederaufnahme der Kulturverhandlungen in der DDR deutlich weniger mobilisierend wirkte als in der Bundesrepublik. Während dort die großen Bibliotheken schon 1983 von der Bundesregierung aufgefordert worden waren, eigene Interessen im Vorfeld der Verhandlungen zu formulieren, bezüglich des Austausches zwischen Frankfurt und Leipzig bereits konkrete Summen im Gespräch waren und sich das BMI in Frankfurt un-

107 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Bibliotheken und Museen, Kabus, an den Stellvertreter des Ministers, Gen. Prof. Dr. Engel, 14.1.1980, BArch, DR 3, 2. Schicht, 1847, Teil 2, unfol.

108 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Bibliotheken und Museen, Kabus, an den Stellvertreter des Ministers, Gen. Prof. Dr. Engel, 14.7.1981, ebd., unfol.

109 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 25.8.82, 26.8.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 232f.

110 So etwa, als Günther Pflug 1984 von einer Dissertation aus dem Bereich Chemie erfuhr, die als nicht für den Leihverkehr bestimmt deklariert, der Universitätsbibliothek Hannover aber von Bibliothek der TU Karl-Marx-Stadt als Forschungsbericht für einen Preis von 5.000 DM angeboten worden war. Vgl. Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an den Direktor der Bibliothek der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt, Dieter Scheffel, 5.11.1984, ADNBL, 811/10, unfol.

ermüdtlich über den Stand der Belieferung aus der DDR erkundigte,¹¹¹ geschah in Ost-Berlin nichts. Während der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1983 von verschiedenen Verlegern nach den Interessen der Deutschen Bücherei an einem künftigen Kulturabkommen befragt, konnte Röttsch keine Antworten anbieten. Vielmehr musste er eingestehen, dass in der DDR darüber noch nicht gesprochen worden sei.¹¹²

Doch entsprach dieses Gegenüber von Initiative auf der westdeutschen und Defensive auf der ostdeutschen Seite letztlich dem Verhandlungsverlauf und den Intentionen auf der politischen Ebene. In Bonn betrachtete die seit Herbst 1982 amtierende christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl (CDU) das von ihrer sozialliberalen Vorgängerin geerbte Kulturabkommen als Instrument einer aktiven Deutschlandpolitik durch Kulturaustausch in beide Richtungen,¹¹³ in Ost-Berlin erhoffte man sich dagegen eher symbolische Effekte, während man eine Festlegung auf konkrete Vorhaben tunlichst vermeiden wollte.¹¹⁴ Für die Staats- und Parteiführung der DDR war das Kulturabkommen so lange attraktiv, wie es eine Fiktion oder maximal ein Stück Papier blieb, das einzig nach außen hin signalisierte, dass es sich bei der Bundesrepublik und der DDR um »zwei unabhängige, souveräne Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen handelt, die verschiedenen Bündnissen angehören«.¹¹⁵ Auch lassen sich in den zahlreich publizierten Quellen Hinweise dafür finden, dass Honecker das Kulturabkommen lediglich als Steigbügelhalter für die Anbahnung von Gesprächen auf anderen Gebieten ansah.¹¹⁶ Wie dem auch sei: hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek setzte Ost-Berlin ohnehin schon seit längerem auf informelle Regelungen, die den Behörden die notwendige Unsichtbarkeit und (begrenzte) Flexibilität gewährten. Und auf dieser Ebene hatte sich im Schatten der Kulturverhandlungen eine ungeheure Dynamik zum Vorteil beider Seiten entwickelt. Von den Gesprächen während der Frankfurter Buchmesse 1984 wusste Helmut Lohse dem MfS zu berichten, dass beide Bibliotheksleitungen den »Stand der gegenseitigen Tauschbeziehun-

111 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 19.10.-83, 20.10.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 65 f.; FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 16.3.84, 16.3.1984, ebd., Bl. 94-96.

112 BV für Staatssicherheit, Abt. XV, Tonbandabschrift, Bericht zum Einsatz vom 20.8. bis 1.9.83 in der BRD, 5.10.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 208-213, hier Bl. 209.

113 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 130. Sitzung am 25.11.1982, S. 8023 f., 8041.

114 Linder, Zwischen Öffnung und Abgrenzung, S. 128-213.

115 Gespräch Carstens/Genscher – Honecker am 14. November 1982 (Moskau), in: Pothoff, Die »Koalition der Vernunft«, S. 94-100, hier S. 94.

116 2. Telefongespräch Kohl – Honecker am 24. Januar 1983, in: ebd., S. 101-111, hier S. 108 f.

gen« als »sehr positiv« einschätzten. Jährlich tauschte man bereits rund 6.000 Publikationen außerhalb des Buchhandels aus, daneben hatte sich ein verrechneter Tausch (»Kauftausch«) etabliert, durch den regelmäßig wissenschaftliche Publikationen aus der Bundesrepublik gegen amtliche Druckschriften aus der DDR die Besitzer wechselten.¹¹⁷

Dass die Deutsche Bücherei schließlich namentlich in das am 6. Mai 1986 offiziell geschlossene Kulturabkommen aufgenommen worden war, verdankte sie denn auch nicht der DDR-Regierung, sondern einer Initiative des Frankfurter Börsenvereins.¹¹⁸ Entscheidend waren die Formulierungen in Artikel 6 des Abkommens (»Bibliotheksartikel«) und in dem sich anschließenden Gemeinsamen Protokollvermerk. Artikel 6 verpflichtete die Vertragspartner zur Prüfung eines erweiterten internationalen Schriftentausches und der Entwicklung gemeinsamer Katalogisierungsregeln. Explizit gefördert werden sollten dagegen eine Erweiterung des Leihverkehrs, der Austausch von Bibliographien, »sonstigen Informationen« sowie Ausstellungen »auf dem Gebiet des Bibliothekswesens« und der gegenseitige Informationsaustausch auf Tagungen »mit internationaler Beteiligung«. Im Gemeinsamen Protokollvermerk schließlich verpflichteten sich beide Seiten, den Verlagen und »sonstigen Herausgebern« zu empfehlen, die Deutsche Bibliothek bzw. die Deutsche Bücherei unaufgefordert mit Belegexemplaren zu bedenken.¹¹⁹ Die Reaktionen aus Frankfurt und Leipzig auf das Abkommen zeigen, wie unterschiedlich die Erwartungen beider Bibliotheken gelagert waren. So zeigte sich Günther Pflug von den Ergebnissen der Verhandlungen nicht nur enttäuscht, sondern meldete in einem Aufsatz auch »deutliche Bedenken« an. Die Absichtserklärungen waren in seinen Augen und im Vergleich zu anderen Artikeln nicht nur undurchsichtig und viel zu zurückhaltend formuliert. Implizit warf Pflug dem Abkommen auch vor, künftigen Austausch sogar zu behindern, etwa indem der Austausch von Ausstellungen auf Themen des Bibliothekswesens beschränkt wurde, was auf die Mehrzahl der von Bibliotheken organisierten Ausstellungen nicht zutraf, oder fachlicher Austausch auf Tagungen mit internationalem Charakter eingegrenzt wurde. Wohl mit einigem Recht bilanzierte Pflug, dass mit dem Abkommen »kaum mehr erreicht wird,

117 FIM Reinhardt, IM »Gerhard«, Bericht, Zu Kontakten und Gesprächen bei der Dienstreise des IM zur Frankfurter Buchmesse (Okt. 1984), 30.10.1984, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 146.

118 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 15.6.86, 30.6.1986, BStU, MfS, HA XX, 2272, Bl. 216.

119 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit vom 6. Mai 1986, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980-1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986, S. 259-263, hier S. 260f.

als bisher schon seit Jahren an bibliothekarischer Zusammenarbeit existierte«. ¹²⁰ In Leipzig zeigte man sich dagegen anfangs begeisterter, hoffte man doch, die Verleger der Bundesrepublik angesichts der Unterlegenheit der Bibliographie auf dem Markt und steigender Portogebühren nun auf diesem Wege an ihre »Pflicht« zu binden. Doch schon zur Frankfurter Buchmesse im Herbst 1986 mussten Röttsch und Lohse feststellen, dass das Kulturabkommen in den Gesprächen mit Verlegern »keine dominante Rolle« spielte. Es sei in den Fachorganen kaum diskutiert worden und auch in der westdeutschen Öffentlichkeit nehme man von dem Abkommen kaum noch Notiz. ¹²¹

Pflugs öffentliche Reaktion lässt sich indes nicht nur einseitig als Ausdruck einer tiefen Enttäuschung lesen, sondern kann ebenso als Aufforderung zur Selbstermächtigung begriffen werden. Auf diese Lesart deutet auch ein Gespräch mit Vertretern des BMI Anfang Dezember 1986 hin, in dem sich beide Seiten schnell auf eine gemeinsame Umsetzungsstrategie einigten. Vonseiten des Ministeriums wurde schon zu Beginn der Unterredung signalisiert, dass der Begriff »Belegexemplar« im Gemeinsamen Protokollvermerk bewusst weit zu fassen sei. So gelte es in erster Linie, »auch der DDR gegenüber zu verdeutlichen, daß die Bundesrepublik Deutschland es mit der Umsetzung des Kulturabkommens ernst meint«. Dabei ging es offenbar mehr um eine Signalwirkung Richtung Osten, als tatsächlich um aktive Deutschlandpolitik. Dass die nach Leipzig gelieferten Titel dort nur zum Teil zugänglich waren bzw. unter Verschluss genommen wurden, müsse man hinnehmen, so das einhellige Credo. Ziel sei vielmehr die Vollständigkeit der Frankfurter Bibliographie. Damit lag die Auslegung des Abkommens praktisch bei Pflug, der vor allem zwei konkrete Forderungen benannte. Zum einen sollten künftig alle in Leipzig erfassten amtlichen Druckschriften auch in Frankfurt zu greifen sein. Zum anderen sollte der sogenannte »Kauftausch«, über den der Großteil dieser Druckschriften bisher nach Frankfurt gelangt war, durch den die Deutsche Bücherei aber zu einer »Beschaffungsstelle« für wissenschaftliche Literatur« geworden sei, aufhören. ¹²² Diese Vorstellungen präziserte Pflug in einem 7-Punkte-Papier an die Deutsche Bücherei. Darin forderte er gleich zu Beginn verbindliche Anweisungen zur Ablieferung amtlicher Druckschriften (soweit zur Veröffentlichung gedacht) sowie von entsprechenden Empfehlungen an sämtliche Verlage und Herausgeber durch die jeweils verantwortlichen Regierungsstellen bzw. Börsenvereine. Daneben enthielt

120 Günther Pflug, Der Bibliothekartikel des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Zeitschrift für Bibliographie und Bibliothekswesen 33 (1986), Heft 1, S. 39-42.

121 Bericht von der Frankfurter Buchmesse 1986, o.D. (Titelblatt fehlt), BStU, MfS, HA XX, 2272, Bl. 243; FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 19.6.87, 22.6.1987, ebd., Bl. 298.

122 Bundesministerium des Innern, Referat G 5, Vermerk über die Hausbesprechung am 5. Dezember 1986, 15.12.1986, ADNBF, Kulturabkommen BRD-DDR, unfol.

das Papier Punkte, wie die Beendigung des »Kauftausches«, das Recht für beide Bibliotheken, fehlende Exemplare direkt bei den Verlagen anzumahnen, gegenseitige Berichtspflichten und ideelle Unterstützungsleistungen.¹²³ Waren diese letzten Punkte aus Leipziger und Ost-Berliner Sicht ohne größere Hürden umsetzbar, so avancierten die beiden ersten Forderungen zu einem diplomatischen Balanceakt, in den das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) eingeschaltet werden musste.¹²⁴

Die Generaldirektion der Deutschen Bücherei, die sich mit der Umsetzung des Kulturabkommens vor allem einen »Durchbruch in dem Problem der Belieferung der DB durch BRD-Verlage« erhoffte, trieb die notwendigen Verhandlungen mit Ost-Berlin entschieden voran. Dabei konnte Röttsch auf seinen persönlichen Draht zum Leiter der Abteilung BRD des MfAA, Karl Seidel, bauen. Mobilisierend wirkten dabei symbolische Aktionen der Bundesregierung, die Röttsch in Zugzwang setzten. So bereiteten die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen Dorothee Wilms (CDU) und Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) einen gemeinsamen Brief an 400 Verlage vor, die bislang nicht nach Leipzig geliefert hatten. Zimmermann kündigte zudem an, bei den Innenministern der Länder bzw. Innensenatoren eine Regelung bezüglich der amtlichen Druckschriften erreichen zu wollen.¹²⁵ Gegenüber Seidel wies Röttsch deshalb nachdrücklich darauf hin, dass man »eine ähnliche Aktion seitens der DDR erwartet«.¹²⁶ Bereits am 28. April 1987 konnte Pflug während eines Besuchs in Leipzig mit einem veröffentlichten Aufruf des westdeutschen Börsenvereins (zusammen mit dem BMI) an die Verleger der Bundesrepublik zur unaufgeforderten Belieferung der Deutschen Bücherei mit kostenlosen Belegexemplaren¹²⁷ aufwarten. Zudem stellte er eine Revision der gemeinsamen Stellungnahme des BMI und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zur Ablieferung von amtlichen Druckschriften nach Leipzig vom 11. Juli 1972 in Aussicht. Um eine entsprechende Erklärung auf ostdeutscher Seite zu erwirken, musste Röttsch Seidel jedoch davon überzeugen, dass ein solcher Schritt politisch bedeutungslos sei, was einmal mehr die Defensivstrategie der SED gegenüber der

123 Vorschläge der Leitung der Deutschen Bibliothek Frankfurt/Main zum Kulturabkommen mit der DDR, o.D., ADNBL, 811/10, unfol.

124 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Karl Seidel, 5.2.1987, ADNBL, 152/6, unfol.

125 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 8.9.87, 9.9.1987, BStU, MfS, HA XX, 2272, Bl. 321.

126 Bemerkungen zur Gründung und Entwicklung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main, o.D. (als Anlage zum Brief Helmut Röttschs an Karl Seidel vom 5.2.1987), ADNBL, 152/6, unfol.

127 Bundesministerium des Innern und Verleger-Ausschuß mahnen. Belegexemplare nach Leipzig, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 30 vom 14.4.1987, S. 1180.

Deutschlandpolitik der Bundesregierung unterstreicht. So erklärte er Seidel gegenüber, dass eine praktische Notwendigkeit für eine gleichwertige Initiative an sich nicht und damit auch keine politischen Bedenken bestünden, zumal rein prozentual gesehen die Deutsche Bibliothek von den DDR-Verlagen ohnehin besser beliefert werde (95 Prozent) als die Deutsche Bücherei durch die westdeutschen Verlage (78-81 Prozent). Vielmehr ginge es lediglich darum, dem BMI einen formalen Beweis für die Beachtung des Prinzips der Gegenseitigkeit zu liefern. In diesem Sinne forderte Röttsch konkret eine Prüfung, welche Regierungsstelle gegebenenfalls eine Anweisung bezüglich der Ablieferung amtlicher Druckschriften erlassen könne.¹²⁸

Vergleicht man das von Röttsch als Verhandlungsunterlage mit dem MfAA angefertigte Protokoll des Gesprächs mit Pflug vom 28. April 1987 mit der in Frankfurt angefertigten Niederschrift desselben Gesprächs, so wird ersichtlich, dass Röttsch während der Unterredung deutlich mehr als offiziell möglich in die Waagschale geworfen hatte. So hatte er Pflug etwa zugesichert, dass perspektivisch der Anteil von Druckschriften mit Geheimhaltungsgraden in der DDR ohnehin abnehmen und er eine Klärung der Zuständigkeit für eine entsprechende Anweisung veranlassen werde. Mit diesen Zusagen versuchte Röttsch, Pflug weitere Zugeständnisse abzutrotzen. So verlangte er, dass eine revidierte Fassung der Gemeinsamen Stellungnahme vom 11. Juli 1972 auf den »restriktiv klingenden Hinweis«, dass eine Pflicht zur Abgabe amtlicher Druckschriften nicht bestehe, verzichten und stattdessen auf das Kulturabkommen verweisen solle. Zudem regte er an, dass Frankfurt, sobald eine Überarbeitung des Gesetzes über die Deutsche Bibliothek anstünde, künftig zwei Pflichtexemplare einfordern sollte, wovon eines nach Leipzig abzugeben wäre, wogegen Pflug aber »erhebliche Probleme« anmeldete.¹²⁹ Unter welchem ökonomischem Druck Röttsch agierte, zeigt schließlich auch die bereits beschriebene eigenmächtige Anweisung vom Februar 1987 zur Eindämmung des Leihverkehrs, womit vor allem verärgerte westdeutsche Verleger besänftigt werden soll-

128 Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung BRD, Karl Seidel, 19.5.1987 (Anlage: Protokoll über die Ergebnisse des Gesprächs zwischen Prof. Dr. Günther Pflug, Generaldirektor der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Main, und OBR Prof. Dr. Helmut Röttsch, Generaldirektor der Deutschen Bücherei, Leipzig, am 28. April 1987 in der Deutschen Bücherei Leipzig, 15.5.1987), ebd., unfol.

129 Ergebnisse des Gesprächs am 28.4.1987 in Leipzig zwischen der Deutschen Bücherei (Herrn Prof. Röttsch, Dr. Lohse und Bunke) und der Deutschen Bibliothek (Herrn Prof. Pflug und Dr. Picard) über die Verwirklichung des Gemeinsamen Protokollvermerks zu Artikel 6 des Kulturabkommens zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, o.D., ADNBF, Kultur-Abkommen vom 1.4.1988 bis 6.4.1984, unfol.

ten. Dafür nahm der Generaldirektor letztlich auch Ärger mit Benutzern und Konfrontationen mit dem MHF in Kauf.

Dennoch zeigte Rötzschs Doppelstrategie in Bonn und Ost-Berlin Erfolge. Auf der Grundlage der von Pflug vermittelten Eindrücke erklärte sich das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in einem Gespräch Mitte Juli 1987 bereit, die angekündigte Briefaktion als Vorleistung durchzuführen, wobei man gezielt größere, nicht nach Leipzig liefernde Wissenschaftsverlage in den Blick nahm,¹³⁰ um Leipzig gegenüber ernsthaftes Bemühen zu demonstrieren. Zudem verabredete man einen »Probelauf von ca. 2 Jahren«, in denen unter Kontrolle der Deutschen Bibliothek amtliche Druckschriften auf der Basis der Gegenseitigkeit getauscht werden sollten. Schließlich erhielten Pflug und Picard den Auftrag, eine revidierte Fassung der Gemeinsamen Stellungnahme vom 11. Juli 1972 auszuarbeiten, die dann als Grundlage für die Verhandlungen mit den Innenministern bzw. Innensenatoren der Länder dienen sollte.¹³¹ Bereits einen Monat vor den Gesprächen in Bonn hatten Helmut Rötzsch und Karl Seidel ein Zwei-Punkte-Papier verabredet, nach dem das Kulturministerium gemeinsam mit dem Leipziger Börsenverein eine offizielle Stellungnahme zur unaufgeforderten Belieferung Frankfurts abgeben sollte und, sobald Bonn eine Stellungnahme bezüglich der amtlichen Druckschriften vorweisen konnte, eine analoge Stellungnahme durch das Sekretariat des Ministerrats zu erfolgen habe.¹³² Gleichwohl musste dieses Papier noch mit dem Politbüro der SED abgestimmt werden. Involviert in diesen Vorgang war im Hintergrund offenbar auch der von Alexander Schalck-Golodkowski geleitete Bereich Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, versprach die Umsetzung des Kulturabkommens in diesem Fall doch auch eine nicht unerhebliche Einsparung von Devisen.¹³³ Von den Verhandlungen im Politbüro ist nichts bekannt, außer dass sie wohl ergebnislos endeten. Probleme

130 Eine Vorauswahl der wichtigsten nicht liefernden Verlage wurde zusätzlich in einem Gespräch zwischen Vertretern beider Bibliotheken am 24. November 1987 getroffen. Vgl. Besuch des Direktors der Abteilung Erwerbung der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main am 24. November 1987, 25.11.1987, ADNBL, 811/10/2, unfol.

131 Bundesministerium des Innern, Referat G 5, Vermerk über eine Besprechung am 16. Juli 1987, 30.7.1987, ADNBF, Kulturabkommen BRD-DDR, unfol.

132 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der Abt. BRD, Karl Seidel, an die Deutsche Bücherei, Helmut Rötzsch, 19.6.1987, ADNBL, 152/6, unfol.

133 Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Oskar Fischer, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Günter Mittag, [21.6.1987], BAArch, DL 226/1301, Bl. 78.

machte zudem der Leipziger Börsenverein, der sich strikt weigerte, einen offiziellen Aufruf an die Verlage der DDR zu richten.¹³⁴

Die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen, oblag nicht mehr Günther Pflug. Im März 1988 wurde er in den Ruhestand verabschiedet, sein Nachfolger wurde der 48-jährige Naturwissenschaftler und Bibliothekar Klaus-Dieter Lehmann (geb. 1940), der bereits seit 1973 die eng mit der Deutschen Bibliothek verbundenen Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliotheken geleitet hatte. Lehmann setzte nicht nur den unter Pflug eingeschlagenen Weg der Technisierung der Deutschen Bibliothek fort, er stand auch für eine im Vergleich zu seinem Vorgänger offensivere Auslegung des Kulturabkommens, das er nun »mit Leben zu erfüllen« gedachte.¹³⁵ Diesen Anspruch demonstrierte er insbesondere dadurch, dass er keine drei Monate nach seinem Amtsantritt in Leipzig vorstellig wurde, was nicht nur in der westdeutschen Öffentlichkeit für eine kurzzeitige Wiederbelebung des Kulturabkommens sorgte,¹³⁶ sondern auch in Leipzig als Zeichen »spürbare[r] Verbesserungen« wahrgenommen wurde.¹³⁷ So verabredeten Röttsch und Lehmann während des Treffens am 22. Juli 1988 in Leipzig zusätzliche konkrete Kooperationsprojekte, die unter dem Dach des Kulturabkommens realisiert werden sollten, was selbst von den Nestoren der »Neuen Ostpolitik« Anfang der 1970er Jahre noch für unmöglich gehalten worden war. Dazu zählten ein regelmäßiger, institutionalisierter Expertenaustausch, eine langfristige Arbeitsteilung bei der Bearbeitung bibliographischer Daten, die gemeinsame Arbeit an einem Zentralkatalog der Drucke des 16. Jahrhunderts und der Austausch von Ausstellungen jenseits enger bibliothekarischer Themen.¹³⁸ Damit rannte Lehmann bei Röttsch offene Türen ein, denn erste Ansätze für eine engere Zusammenarbeit (regelmäßiger Expertenaustausch und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Katalogisierung) hatte dieser im Jahr zuvor

134 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Anti« vom 3.2.88, 5.2.1988, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 1, Bl. 289.

135 Klaus-Dieter Lehmann an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Bibliothek, Ministerialrat Dr. Sieghardt von Köckritz, 25.7.1988, ADNBF, Kulturabkommen vom 1.4.1988 bis 6.4.1984, unfol.

136 Uwe Wittstock, Von der Vollständigkeit der Titel oder Die Kraft der Archive. Auf dem Weg zu neuen deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten: Die Nationalbibliotheken in Leipzig und Frankfurt kommen einander näher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 189 vom 14. August 1988, S. 23.

137 BV für Staatssicherheit, Abt. XV, Leutnant Reichardt, Treffbericht »Nerz«, 21.2.1989, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2170/91, Teil II, Bd. 1, Bl. 5.

138 Ute Steigers, Festlegungsprotokoll über die Beratung mit Prof. Klaus-Dieter Lehmann, Generaldirektor der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Main, am 22. Juli 1988, in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr, in der Deutschen Bücherei, 25.7.1988, ADNBL, 152/6, unfol.

selbst schon zusammen mit Pflug angeregt.¹³⁹ Jedoch war Rötzsch im Vorfeld des Treffens mit Lehmann bezüglich des anvisierten Datenaustauschs innerhalb seines Hauses auf starke Widerstände gestoßen. Die Bibliographische Abteilung meldete nicht nur Bedenken wegen fehlender technischer Voraussetzungen an. Auch bedeute die damit zwangsläufig werdende Digitalisierung einen »Abbruch der bibliographischen Traditionen der DB« und gravierende »Exportverluste« für das Bibliographische Institut. Schließlich zöge dieser Prozess politisch-ideologische Probleme nach sich, weil man notgedrungen das in Westdeutschland angewandte Schlagwortregelwerk übernehmen müsse.¹⁴⁰ Dagegen signalisierte Karl Seidel in allen genannten und später noch hinzugekommenen Punkten (Zusammenarbeit bei der Erschließung von Hochschulschriften und »grauer Literatur«) Zustimmung,¹⁴¹ wobei einmal mehr deutlich wurde, dass die desolante Wirtschaftslage den Ausschlag gab. Dies wird in einer weiteren Stellungnahme Rötzschs an das MHF deutlich, welches dem MfAA offiziell die Vorschläge unterbreiten musste. Danach sei etwa die Zusammenarbeit beim Zentralkatalog für die Drucke des 16. Jahrhunderts gerade deshalb von Vorteil, weil sich dadurch eigene Druckkapazitäten einsparen ließen, die DDR dennoch international prominent vertreten wäre. Auch mit Blick auf die (westdeutschen) Regeln für den Schlagwortkatalog, gegen deren Einführung Rötzsch keine Bedenken hatte, verwies er auf die fehlenden personellen Kapazitäten der DDR für die Erstellung eines eigenen Regelwerks.¹⁴²

Anfang Dezember 1988 erschien schließlich die lang vorbereitete revidierte Gemeinsame Stellungnahme des BMI und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zur Abgabe amtlicher Druckschriften. Diese unterschied sich von ihrer 16 Jahre alten Vorgängerin aber lediglich darin, dass sie die Übersendung der Materialien nicht mehr in das Ermessen der Behörden legte und diesen damit keinen weitreichenden Handlungsspielraum mehr gewährte, sondern stattdessen ganz konkrete Schriftgruppen nannte, die von einer Abgabe nach Leipzig ausgeschlossen waren. Dem Wunsch Rötzschs, dass der Hinweis auf

139 Helmut Rötzsch an Karl Seidel, Vorschläge zum Ausbau der Beziehungen zwischen der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Main und der Deutschen Bücherei, Leipzig, o.D., ebd., unfol.

140 Deutsche Bücherei, Abt. Bibliographie, Gerhard Pomaßl/Gottfried Rost, Betr.: Austausch nationalbibliographischer Daten, 12.7.1988, ADNBL, 811/10, unfol.

141 Helmut Rötzsch, Aktennotiz, 23.8.1988, ADNBL, 152/6, unfol.; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der Abt. BRD, Karl Seidel, an die Deutsche Bücherei, Helmut Rötzsch, 15.6.1989, ebd., unfol.

142 Deutsche Bücherei, Helmut Rötzsch, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Stellvertreter des Ministers, Gen. Prof. Dr. Gerhard Engel, 28.11.1988 (Anlage: Stellungnahme der Deutschen Bücherei zu Problemen, die sich in der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/M., ergeben, 28.11.1988), ADNBL 811/10/2, unfol.

die Freiwilligkeit durch einen Hinweis auf das Kulturabkommen ersetzt werden sollte, war man jedoch nicht nachgekommen.¹⁴³ Die DDR war nun jedoch wiederum unter Zugzwang; und das umso mehr, als außer der Klärung der administrativen Zuständigkeit für eine entsprechende Anweisung an die DDR-Behörden bisher nichts geschehen war.¹⁴⁴ Indes zwang die Transparenz der Gemeinsamen Stellungnahme die Verantwortlichen in Ost-Berlin dazu, entweder das wesentlich enger gefasste Verständnis von amtlichen Druckschriften offenzulegen (was politisch heikel war) oder terminologische Anpassungen vorzunehmen und damit die Geheimhaltungspraxis aufzuweichen. Man entschied sich schließlich für den ersten Weg unter der Maßgabe, den Text weder im Osten noch im Westen zu veröffentlichen.¹⁴⁵ Der fast sieben Monate nach der Veröffentlichung der Gemeinsamen Stellungnahme vorliegende Text ähnelte letztlich in vielem dem westdeutschen Pendant, nahm sich aber an manchen Stellen erwartungsgemäß deutlich restriktiver aus. So waren etwa sämtliche »Dienstsachen«, ein weit gefasster Begriff, und Schriften mit einer Auflage von weniger als 100 Exemplaren von der Abgabe ausgeschlossen.¹⁴⁶ Gleichwohl: Zum Zeitpunkt des Erscheinens der beiden regierungsamtlichen Stellungnahmen hatten diese kaum noch die Bedeutung, die ihnen einst Günther Pflug zugemessen hatte. Zwar betonte dessen Nachfolger Lehmann bei einem Arbeitsgespräch in Leipzig am 25. September 1989 noch einmal, dass »die Auslegung einzelner Formulierungen noch

- 143 Dies waren: Verschlussachen, Auslege- und Patentschriften, Veröffentlichungen mit einer Auflage von unter zehn Exemplaren, Schriften mit bis zu vier Seiten Umfang (außer Karten, Mikroformen und Tonträger), Sonder- bzw. Vorabdrucke von amtlichen Veröffentlichungen, Plakate, Wandzeitungen, Flugblätter, Veranstaltungsprogramme ohne Abbildungen oder erläuternden Text, Akzidenzdruckschriften, Filmwerke, Tonbildschauen und Einzellichtbilder. Vgl. Gemeinsame Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an die Deutsche Bücherei in Leipzig und andere Stellen in der DDR und Berlin (Ost) vom 1.11.1988, in: Gemeinsames Ministerialblatt 40 (1989), S. 3.
- 144 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der Abt. BRD, Karl Seidel, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 13.12.1988, ADNBL, 152/6, unfol.
- 145 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland an das Bundeskanzleramt/Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 31.7.1989, ADNBF, Kulturvertrag BRD-DDR, unfol.
- 146 Zudem schloss die Verfügung aus: das Schrifttum der Räte der Bezirke, Staatsgeheimnisse, Druckschriften für innerbetriebliche Zwecke, Plakate, Veranstaltungsprogramme, Flugblätter, Vordrucke, Wahlunterlagen, Betriebsanleitungen, Eintrittskarten, Fahrscheine u.ä., und Druckschriften mit weniger als fünf Seiten Umfang. Vgl. Vorsitzender des Ministerrates, Verfügung Nr. 92/89 vom 27. Juni 1989, Maßnahmen zur Erfüllung des Gemeinsamen Protokollvermerks zu Artikel 6 des Kulturabkommens vom 6. Mai 1986 zwischen der DDR und der BRD, BArch, DC 20/4100, Bl. 158.

einer Klärung bedürfe«,¹⁴⁷ sein Hauptaugenmerk lag jedoch auf gemeinsamen Zukunftsprojekten. So beriet Ute Steigers als Vertreterin der Deutschen Bücherei zur gleichen Zeit, als Lehmann in Leipzig weilte, in Frankfurt über einen gemeinsamen Projektantrag bei der Volkswagen-Stiftung.¹⁴⁸

Wie lässt sich abschließend die Wirkung des in der Forschung kaum beachteten bzw. etwas spöttisch als »Mauerblümchen«¹⁴⁹ bezeichneten Kulturabkommens mit Blick auf die Bibliotheksbeziehungen zwischen Leipzig und Frankfurt bewerten? Die Antwort muss differenziert ausfallen. Der Frankfurter Generaldirektor Klaus-Dieter Lehmann schätzte die Wirkung noch im Monat des Mauerfalls minimal ein. Eine ausgesprochene Steigerung der Eingangszahlen sei nicht feststellbar, ein konkreter Zahlenvergleich allerdings ebenfalls nicht möglich. Lediglich in einzelnen Fällen habe man eine spürbare Wirkung verzeichnen können.¹⁵⁰ Aus Leipziger Perspektive lässt sich das Kulturabkommen dagegen durchaus als Erfolg werten. Auch wenn sich das Abkommen kaum auf das Lieferverhalten westdeutscher Verleger auswirkte, so lag der Erfolg doch darin, dass mit dem MfAA ein Akteur in die Bibliotheksbeziehungen eingeschaltet wurde, dessen Abteilungsleiter Karl Seidel einer engen Zusammenarbeit deutlich positiver gegenüberstand als das MHF. Dabei wirkte sich nun die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Krise in der DDR auf die Mobilisierung von Ressourcen aus, während politisch-ideologische Vorbehalte (auch wenn sie nicht verschwanden) zunehmend in den Hintergrund traten. Erst diese Einbindung in außenpolitische und außenwirtschaftliche Belange ermöglichte es Röttsch, sich über Widerstände, die nicht zuletzt aus dem eigenen Haus kamen, hinwegzusetzen. Dabei war die Wahrnehmung der Auswirkung des Kulturabkommens eng an die jeweils unterschiedlichen Erwartungen geknüpft. Diese Unterschiede spiegeln sich noch in den Reaktionen der beiden Bibliotheksdirektoren auf den Mauerfall und die sich anschließenden politischen Veränderungen wider. Während Lehmann Röttsch am 12. Dezember 1989 versicherte, dass »durch die veränderten politischen Bedingungen keine veränderten Prämissen« für die gemeinsame Zusammenarbeit entstünden,¹⁵¹ kündigte Röttsch zehn Tage später in optimistischeren Tönen an, »daß durch die gegenwärtige Entwicklung der DDR sich

147 Deutsche Bücherei, Bereich IBÖA, Gen. Dr. Lohse, Zuarbeit zum Informationsbericht September/Okttober 1989, o.D., ADNBL, 152/1/6, Bd. 11, unfol.

148 BV Leipzig, Abt. XV, Vermerk, 26.9.1989, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2170/91, Teil II, Bd. 1, Bl. 179.

149 Lindner, Zwischen Öffnung und Abgrenzung, S. 233.

150 Stellungnahme Prof. Lehmann zur Wirkung des Kulturabkommens seit 1.1.1989, 29.11.1989, ADNBF, Kulturvertrag BRD-DDR, unfol.

151 Deutsche Bibliothek, Klaus-Dieter Lehmann, an die Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, 12.12.1989, ADNBL, 811/10/2, unfol.

unsere Beziehungen sicher weiter vertiefen lassen«. ¹⁵² Im Kontext des langen Prozesses der Annäherung zwischen Leipzig und Frankfurt stellte das Abkommen jedoch keine Zäsur dar, sondern wirkte letztlich eher verstärkend. In der Umbruchphase 1989/90 stellte das Abkommen dann jedoch eine wichtige Basis für den Fusionsprozess dar.

c.) Kultur, Kommerz und »Aufklärung«:

Die Verlagskontakte der Deutschen Bücherei

Verfolgt man die Eingangsstatistiken der Deutschen Bücherei für die 1970er und 1980er Jahre, so zeigt sich eine weitgehende ungebrochene Kontinuität. Trotz gelegentlicher Schwankungen blieb die Lieferquote kostenloser Belegexemplare insbesondere aus der Bundesrepublik hoch; und das, obwohl im Betrachtungszeitraum nicht nur die Produktionszahlen (von 1970 bis 1989 um fast 30 Prozent) ¹⁵³, sondern auch die Buchpreise steil in die Höhe schossen. Dennoch erlebten die Eingangszahlen im Jahre 1976 einen neuen und anhaltenden Rekord. Ebenso erwies sich der Jahresbeginn 1977 für Erwerbungschef Helmut Lohse als »der beste, den ich in fast 16 Jahren als Leiter der Abt. Erwerbung erlebt habe«. ¹⁵⁴ Ungefähr zehn Jahre später hatte sich an dieser positiven Bilanz nichts geändert. Für das Jahr 1988 wurde der Anteil der kostenlos eingegangenen (westdeutschen) Titel (Stichtag: 31.10.1988) gemessen am Gesamteingang auf 88,5 Prozent, gemessen an der Gesamtproduktion der Bundesrepublik auf 75,4 Prozent berechnet. ¹⁵⁵ Bei einem Produktionsvolumen von zuletzt rund 65.000 westdeutschen Titeln im Jahre 1989, die von etwa 7.000 Verlagen herausgegeben wurden, lag der jährliche Wertzuwachs der Deutschen Bücherei bei geschätzten fünf Millionen DM. Die Bereitschaft der Verleger zur kostenlosen Belieferung war für die Deutsche Bücherei freilich von weit existentiellerer Bedeutung als für ihr Frankfurter Pendant, das die deutlich geringere ostdeutsche Verlagsproduktion notfalls auch hätte käuflich erwerben können. Der Deutschen Bücherei standen dagegen nur sehr knappe Erwerbungsmittel zur Verfügung, von denen, nach

¹⁵² Deutsche Bücherei, Helmut Röttsch, an die Deutsche Bibliothek, Klaus-Dieter Lehmann, 22.12.1989, ebd., unfol.

¹⁵³ Zu den Zahlen vgl. Buch und Buchhandel in Zahlen, hrsg. v. Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., jeweils erschienen als Beilage zum Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe.

¹⁵⁴ Deutsche Bücherei, Abt. Erwerbung, Helmut Lohse, an Generaldirektor Helmut Röttsch, Entwicklung des Jahreszugangs der Deutschen Bücherei, 2.2.1977, ADNBL, 505, unfol.

¹⁵⁵ Belieferung der Deutschen Bücherei mit kostenlosen Belegexemplaren von Verlagen der BRD und Berlin (West), Stand: 31.10.1988, o.D., ADNBL, 811/10/2, unfol.

Schätzung der Bibliothekare, fünf,¹⁵⁶ später allenfalls acht bis zehn Prozent des westdeutschen Schrifttums erworben werden konnten.¹⁵⁷ Um mit der Produktions- und Preisentwicklung in der Bundesrepublik mithalten zu können, fehlte es zudem dem übergeordneten MHF an Einflussmöglichkeiten zur Verteilung der Devisen, da diese Kompetenz in den Bereich des Kulturministeriums fiel und dort mit allen Kräften verteidigt wurde. Sachlich war dies durchaus geboten, da die Erwerbungssets (für Schrifttum außerhalb der DDR) unmittelbar mit dem Buchexport verknüpft waren. Einen Versuch des Methodischen Zentrums für wissenschaftliches Bibliothekswesen, während einer Beratung im Februar 1975 das Thema auf die Agenda zu heben, quittierte das Kulturministerium deshalb mit dem Vorwurf der »Verselbstständigung« des MHF. Dort war man freilich nicht weniger zurückhaltend, sondern sah die umfassende Steuerungskompetenz des Kulturministeriums als »Bevormundung« an.¹⁵⁸

Vor diesem Hintergrund zählten mehrere Reisen in die Bundesrepublik neben der Präsenz auf der Leipziger Buchmesse¹⁵⁹, bei der die Deutsche Bücherei jeweils ein Arbeitessen für westliche Verleger ausrichtete, zum jährlichen Pflichtprogramm des Generaldirektors und des Leiters der Erwerbungsabteilung. Neben dem Besuch der Frankfurter und anderer Buchmessen (Warschau, Moskau, Belgrad, Sofia) führten die Bibliothekare weiterhin gezielte Verlegerreisen durch, denn in Frankfurt stellten kaum mehr als 20 Prozent der westdeutschen Verleger aus. Den Schätzungen der Reisekader zufolge wurden bei jeder Verlegerreise Lieferzusagen im Wert von bis zu 30.000 bis 40.000 DM abgegeben, womit man den Erfolg des Ressourceneinsatzes für die nicht unumstrittenen Dienstreisen immer wieder aufs Neue rechtfertigte. Daneben hoben die Reiseberichte gebetsmühlenartig den politischen Wert der Gespräche hervor, der in einer umfassenden Versorgung der Staats- und Parteistellen mit Informationen lag.¹⁶⁰ Als ökonomisch nützlicher Nebeneffekt ließen sich bei diesen Reisen Be-

156 Deutsche Bücherei, Abt. Erwerbung, Horst Halfmann, Betr.: Dienstreise zum Besuch von Verlagen in der BRD, die bisher nicht die Deutsche Bücherei durch kostenlose Belegexemplare unterstützten, 22.8.1973, ADNBL, 816, unfol.

157 Deutsche Bücherei, Abt. Erwerbung, Reisebericht Raum Frankfurt/Main, 2.4.-12.4.1984, o.D., BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 53/29/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 106.

158 Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, Abt. Literaturverbreitung und Literaturpropaganda, Sektor Bibliothekswesen, an den Stellvertreter des Ministers, Gen. Klaus Höpcke, 12.2.1975, BArch, DR 1/9698, unfol.

159 Die Leipziger Buchmesse fand bis 1973 sowohl im Frühjahr als auch im Herbst statt, wurde dann aber wegen der zeitlichen Nähe zur Frankfurter Buchmesse und wohl auch als Reaktion auf den Grundlagenvertrag auf den Frühjahrstermin beschränkt. Vgl. Zeckert, Die Internationale Leipziger Buchmesse, S. 40.

160 Siehe die sich im Wortlaut kaum voneinander unterscheidenden offiziellen Reiseberichte für den Betrachtungszeitraum in ADNBL, 816/2/1/1.

legexemplare direkt mitnehmen, was zwar hin und wieder zu Komplikationen bei der Zollabfertigung führte, mit der Zeit aber Routine wurde.

Längst nicht alle in den Statistiken als kostenlos ausgewiesene Exemplare waren jedoch durch freiwillige Lieferungen an die Deutsche Bücherei gelangt. Einen, wenn auch in der Masse begrenzten Nutzen zog die Bibliothek paradoxerweise aus der restriktiven Literaturpolitik der SED. Beschlagnahmte Bücher, ob von der Stasi¹⁶¹ oder vom Zoll, wurden der Deutschen Bücherei stets zur Weiterverwendung angeboten. Mit zwei Zollstellen (Rummelsburg, Bezirksbehörde Leipzig) bestanden etwa Vereinbarungen zur turnusmäßigen Durchsicht der beschlagnahmten Bestände.¹⁶² Für die Deutsche Bücherei war aber gerade diese Verbindung auch problematisch, denn beschlagnahmte Bestände stammten häufig von den Verlegern selbst. So kam es immer wieder vor, dass kostenlose Belegexemplare an den Absender zurückgeschickt wurden,¹⁶³ obgleich die Deutsche Bücherei eine Globaleinfuhrgenehmigung besaß.¹⁶⁴ Wenn hingegen als Adressaten Privatpersonen angegeben waren, erhielten die Verleger von den Zollbehörden lediglich unbegründete Beschlagnahmungsvermerke zurück. Gerade für kleinere Verlage war dies mit deutlichen ökonomischen Verlusten verbunden,¹⁶⁵ zumindest aber sorgten diese Praktiken für erhebliche Verärgerung bei den Verlegern und häufig zogen solche Erlebnisse die direkte Aufkündigung der kostenlosen Belieferung der Deutschen Bücherei nach sich. Dabei war es gar nicht so sehr die Beschlagnahmungspraxis an sich, die die Verleger erzürnte, sondern die Intransparenz des Verfahrens. So gab ein Münchner Verleger den Bibliothekaren zu verstehen, dass er das Verfahren sogar »bedingt verstehen« könne, »wenn es sich um politische Bücher handeln würde«, warum seine Sportbücher aber

161 BV für Staatsicherheit, Abt. IX, an die Abt. XX, Übersendung von Büchern an die Deutsche Bücherei, 13.10.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. IX, 00035, Bl. 46-50.

162 IM »Gerhard«, Aktennotiz, 27.2.1970, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 74-76.

163 Vgl. exempl. Franz Schneider Verlag, an die Deutsche Bücherei, Hahn, 25.2.1974, ADNBL, 507/1, Bl. 48.

164 Die Genehmigung wurde jedes Jahr erneuert. Zuständig dafür war das Ministerium für Kultur, zusätzlich wurde die Genehmigung durch das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bestätigt. Vgl. BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, Information, Betrifft: Zurückhaltung bzw. Rücksendung von Buchmaterial für die Deutsche Bücherei Leipzig durch die Zollorgane der DDR, 14.6.1972, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 218f.

165 So beklagte sich die Akademische Buchhandlung Wurzel in Zürich im August 1971 beim Frankfurter Börsenverein darüber, dass von seinen Büchersendungen an einen Freund in der DDR 50 Prozent »verloren« gegangen und 30 Prozent an ihn zurückgeschickt worden seien, nur 20 Prozent seien tatsächlich angekommen. Vgl. Akademische Buchhandlung Wurzel, Zürich, an die Redaktion des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel e.V., 16.8.1971, ISG, W2-7, 2820, unfol.

einbehalten worden waren, war ihm unbegreiflich.¹⁶⁶ Während die Deutsche Bücherei auf der einen Seite also selbst beschlagnahmte Titel in ihre Bestände eingliederte, musste sie die Zollbehörden immer wieder für deren »unqualifizierte Handlungsweise« kritisieren.¹⁶⁷ Die Verleger machten häufig kaum einen Unterschied, ob ihre Sendungen an die Deutsche Bücherei oder eine Privatperson in der DDR adressiert waren. Die Konflikte mit dem Zoll verringerten sich zwar in den 1980er Jahren allmählich, ebnten aber nicht vollständig ab. Vor allem Zeitschriften wurden immer wieder beschlagnahmt oder womöglich sogar von Zollbeamten unterschlagen.¹⁶⁸ Daneben verfügte die Deutsche Bücherei über ein Netz an Tauschpartnern. Mit der Nationalbibliothek Österreichs bestand bereits seit Jahrzehnten ein Tauschabkommen zur Übernahme von Dubletten zu äußerst günstigen Konditionen, wodurch vor allem »eine nicht unerhebliche Anzahl von politischem Schrifttum österreichischer Parteien und Gewerkschaften« nach Leipzig wanderte.¹⁶⁹ Die übernommenen Bestände wurden nach Altpapierpreisen taxiert und für diesen Wert lieferte die Deutsche Bücherei ostdeutsche Literatur nach Wien.¹⁷⁰ Aber auch einzelne Verlage mit guten Beziehungen erwiesen sich als nützliche Tauschpartner. Mit dem westdeutschen Slawistik-Verlag Kubon & Sagner, der entsprechend seiner Produktlinie enge Kontakte mit sozialistischen Staaten pflegte, tauschte man nicht benötigte »Slavistica« gegen allerlei Schrifttum, an das man »sonst nie herankommt«. Dazu zählten spezielle Zeitschriften, Statistiken, Verwaltungsunterlagen, Prospekte, Karten oder »Hetzschriften«. Man tauschte Paket gegen Paket, unabhängig vom Umfang des Inhalts.¹⁷¹ Schließlich wurden auf informeller Ebene auch Geschäfte betrieben, mit denen Röttsch die Devisenkasse der Bibliothek aufbessern konnte. So ließe etwa ein westdeutscher Restaurator Restaurierungsarbeiten an seinen Büchern in der Deutschen Bücherei gegen harte Westmark durchführen.¹⁷²

Während einige tausend Schriften über diese Kanäle und heimlichen Devisenposten an die Deutsche Bücherei gelangten, wurde das Gros von den Verle-

166 Vgl. exempl. Münchner Buchgewerbehaus GmbH, an die Deutsche Bücherei, Abt. Beschaffung, 18.1.1972, ADNBL, 507/1, Bl. 49.

167 BV Leipzig, Abt. XX/7, Treffbericht IM »Gerhard« am 4.9.1970, 5.9.1970, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 112f.

168 Information des IM »Gerhard« vom 7.2.83, 8.2.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 268.

169 Deutsche Bücherei, Bericht über eine Dienstreise nach der Republik Österreich, 25.9.1974, ADNBL, 816/2/1/1, Bl. 85.

170 Bericht über die Dienstreise zur Österreichischen Nationalbibliothek Wien, 11.7.1970, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 114-116.

171 Information des IM »Egon« vom 16.6.82 und des IM »Gerhard« vom 29.6.82, 12.7.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 207.

172 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Anti« vom 20.7.89, 25.7.1989, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 381f.

gern nach wie vor kostenlos abgegeben. Unter den Motivlagen hatte die suggestive Kraft der Tradition bereits in den 1960er Jahren seine Bedeutung eingebüßt. Für die 1970er und 1980er Jahre ist indes ein ganzes Bündel von parallelen zusammenströmenden und wechselseitig miteinander verflochtenen Faktoren auszumachen. Eine wesentliche Rolle spielte erstens ein sich bereits in den 1960er Jahren bemerkbar machender Generationswechsel, der jedoch erst um die Mitte der 1980er Jahre weitgehend zum Abschluss gekommen war. Diese junge Verlegergeneration, die nach vielen Jahren eines zunehmend nachlassenden Interesses westdeutscher Verleger an der Leipziger Buchmesse hier 1984 erstmals wieder für Aufschwung sorgte,¹⁷³ empfand die Zweistaatlichkeit nunmehr als Normalfall und pflegte einen weitgehend unverkrampften, freilich häufig auch unkritischen Umgang mit der DDR. Mit dieser Generation setzten sich auch allmählich neue Wertmaßstäbe verlegerischen Wirtschaftens durch, die in den 1960er Jahren von älteren Verlegern noch als Signale der Erosion des Berufsstandes beklagt worden waren.

Ein zweiter Faktor war die »Neue Ostpolitik« und die mit ihr verknüpften Erwartungen, die von Verleger zu Verleger durchaus unterschiedlich ausfallen konnten. Im Frankfurter Börsenverein etwa hoffte man zwar schon lang nicht mehr auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit, aber zumindest auf die Neukonstituierung eines deutsch-deutschen Wirtschaftsraumes. In einem Memorandum, das der Börsenverein im Auftrag der Bundesregierung für die Folgerverhandlungen zum Grundlagenvertrag erstellt hatte, wurde auch die Frage aufgegriffen, warum »nahezu alle Verlage der Bundesrepublik Deutschland freiwillig kostenlose Belegexemplare ihrer Neuerscheinungen an die ›Deutsche Bücherei‹ in Leipzig schicken«. Die Antwort fiel wenig eindeutig aus. Auf der einen Seite sei es eine »Fiktion, über die politische Situation hinweg, den deutschen Sprachraum als ganzes zu erhalten und im anderen Teil Deutschlands präsent zu sein«. Auf der anderen Seite sei es »kaum auszudenken, welche Chancen die westdeutsche Verlagsproduktion in der DDR hätte, böte man uns die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten. Nicht zu übersehen ist auch, daß für bestimmte Titel, etwa wissenschaftliche Monographien, der deutschsprachige Markt eines der beiden Staaten einfach zu klein ist. Sie kommen nur zustande, wenn eine Kooperation mit einem Partner hüben und drüben gesichert ist.« Es verdiene, so das Schlusswort, »hervorgehoben zu werden, daß in diesem ›Klima‹ manches

173 So stellten zwei Bibliothekare unabhängig voneinander während der Leipziger Buchmesse 1984 erstmals seit vielen Jahren wieder einen regen Besuch des traditionellen Messeessens fest, der sich zu 80 Prozent aus Vertretern der »nachfolgenden Generation« zusammengesetzt habe. Vgl. FIM Reinhardt, Information des IM »Anti« vom 15.3.84, 15.3.1984, Ebd., Bl. 28; FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 16.3.84, 16.3.1984, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 94.

möglich wird, was in den ausgetretenen Pfaden nicht unbedingt vorgegeben ist. Das gilt auch für den literarischen Bereich.«¹⁷⁴ Wie aus einem Vorgespräch zwischen Vertretern des innerdeutschen Ministeriums und des Börsenvereins deutlich wird, hatten vor allem Erstere diese Hoffnungen genährt, während Letztere anfangs deutlich skeptischer waren. So äußerten die Verleger und Buchhändler sich aus verschiedenen Gründen verhalten gegenüber möglichen handelspolitischen Erleichterungen. Der 1973 vollzogene Wechsel an der Spitze des Kulturministeriums von Klaus Gysi zu Hans-Joachim Hoffmann etwa wurde als Zeichen einer Verschlechterung des deutsch-deutschen Buchhandels gedeutet, auch die Zensur an den Zollgrenzen »ohne klar erkennbare Massstäbe« stimmte wenig optimistisch. Die Regierungsvertreter verwiesen dagegen auf »vorhandene neue ›Rinnsale‹ für Kontakte und Verhandlungen«. Gleichwohl kam man dem »dringend[en] Wunsch« des Börsenvereins nach, das »gültige und bewährte Verfahren beizubehalten«. Gemeint war damit der deutsch-deutsche Buchhandel auf der Basis von wertbegrenzten Ausschreibungen und Kompensation, wodurch nicht nur eine Möglichkeit zur Verbreitung westdeutscher belletristischer Literatur in der DDR, wenn auch nur in »geringem Umfang«, bestand, sondern sich auch die steigenden Druckkosten senken ließen.¹⁷⁵

Deutlich optimistischer nahmen die Vertreter der Deutschen Bücherei die Grundstimmung unter den Verlegern wahr. Schon während der Buchmesse in Frankfurt 1969, die unter dem noch frischen Eindruck des Erfolgs der sozial-liberalen Koalition bei den Bundestageswahlen stand, stellte Helmut Lohse ein »positive[s] Klima« fest, weil »der Kreis westdeutscher Verleger, die sich für die Belieferung der Deutschen Bücherei offen einsetzen, gegenüber nicht liefernden Verlagen immer größer wird«. ¹⁷⁶ Auch auf der sich anschließenden Leipziger Buchmesse im Frühjahr 1970 war ein plötzlicher Anstieg der Ausstellerzahlen, vor allem aus Westdeutschland, sowie ein verstärktes Interesse »an weiteren geschäftlichen Kontakten mit dem Deutschen Buchexport bzw. mit anderen Geschäftsunternehmen des sozialistischen Auslands« zu vermerken.¹⁷⁷ Die euphorische Grundstimmung hielt an. Überall hagelte es Lobeshymnen auf Willy

174 Börsenverein des deutschen Buchhandels e.V., Memorandum: Innerdeutscher Handel mit Gegenständen des Buchhandels – Detailspekte, Juli 1975, ISG, W2-7, 2820, unfol. (Hervorhebung im Original).

175 Gespräch beim BMfB am 26. März 1973, Anlass: Grundlagenvertrag und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für gegenseitigen Bezug von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen, Ziel: Abstimmung über Folgeverhandlungen, o.D., ebd., unfol.

176 BV für Staatssicherheit Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandmitschrift, Bericht von »Gerhard« vom 17.10.1969, Bericht zur 21. Buchmesse in Frankfurt/Main, 21.10.1969, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 56.

177 BV für Staatssicherheit Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, Erster Messebericht zum Buchmessehaus, Quelle: »Gerhard«, 5.3.1970, ebd., Bl. 77.

Brandt und die Entspannung des Verhältnisses zur DDR, aber auch kritische Untertöne, die eben jener sozialliberalen Regierung die Explosion der Kosten anlasteten. »[S]elbst nicht sozialdemokratisch orientierte Verlage«, so Lohse in seiner Bilanz zur Verlegerreise vom Mai 1972, hätten sich ausnahmslos für den Abschluss des Grundlagenvertrags ausgesprochen.¹⁷⁸ Dass all diese Sympathiebekundungen letztlich aber »doch nicht den Schluß zu[ließen], daß ein genereller Sinneswandel gegenüber der Friedenspolitik der DDR eingetreten ist«, traf durchaus für das Gros der Verleger zu. Deren politische Einlassungen folgten in erster Linie ökonomischen Erwartungen, wie Helmut Röttsch in Gesprächen mit Verlegern im April und Mai 1972 feststellte.¹⁷⁹ Vom faktischen Anstieg der Exporte ostdeutscher Verlage in die Bundesrepublik profitierten letztlich aber vor allem die DDR-Betriebe selbst, weil erfüllte Devisenpläne eine hohe Jahresendprämie bedeuteten,¹⁸⁰ dagegen aber nur wenige Verlage in der Bundesrepublik, wie der Springer-Verlag, dessen Vertreter am Rande der Leipziger Buchmesse – der früheren Anti-Springer-Kampagne der SED zum Trotz – mit ihren guten Kontakten zur Kulturpolitik der DDR nicht hinterm Berg hielten.¹⁸¹ Nicht realisierte Geschäftsabschlüsse quittierten andere Verleger dagegen mit einem schleichenden Rückzug von der Leipziger Buchmesse, auf der man bald nur noch aus Imagegründen vertreten war (sofern man es sich leisten konnte). In diesem Fall schickten die Verlage bald nur noch ihre »2. Garnitur« nach Leipzig,¹⁸² bis dann Mitte der 1980er Jahre die junge Verlegergeneration der auch von DDR-Behörden bereits totgegläubten Messe¹⁸³ wieder kurzzei-

178 Reisebericht, 2.-19. Mai 1972, Braunschweig – Hannover – Dortmund – Bochum – Essen – Köln – Düsseldorf – Siegburg – Gießen, 24.5.1972, ebd., Bl. 207.

179 Helmut Röttsch, Bericht über den Besuch Westberliner Verlage am 18. April 1972, ADNBL, 816/2/1/1, Bl. 7; Helmut Röttsch, Bericht über den Besuch der Warschauer Buchmesse und der Bibliotheka Narodowa, Warschau, 12.6.1972, ebd., Bl. 17.

180 Dietrich Löffler, Die Kulturpolitik der SED-Führung und der Literaturtransfer in die Bundesrepublik, in: Monika Estermann/Edgar Lersch (Hrsg.), Deutsch-deutscher Literaturtausch in den 70er Jahren, Wiesbaden 2006, S. 140-154, hier S. 145 f.

181 BV für Staatssicherheit, Abt. XX/7, Abschrift, 24.2.1986, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 172; Handschriftlicher Bericht IM »Anti«, 31.3.1986, ebd., Bl. 190.

182 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 18.3.83, 18.3.1983, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 282.

183 Während einer internen Besprechung im Rat der Stadt Leipzig im September 1979 fand man deutliche Worte zur Situation der Leipziger Messe: »So wie bisher stirbt die Messe!« In einem sich daran anschließenden Konzeptpapier wurde der Leipziger Buchmesse attestiert, keine »sozialistische Alternative zu Frankfurt (Main)« mehr darzustellen. Vgl. Rat der Stadt Leipzig, Abt. Kultur, Niederschrift der Beratung Neugestaltung der Buchmesse am 14.9.79, 18.9.1979, StadtAL, StVuR, 23995, Bl. 155 f.; Leipzig als Buchstadt, o.D., SächsStAL, 20237, 22277, Bl. 48 f.

tig neues Leben einhauchte, obgleich sich die Ost-West-Beziehungen seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan Ende 1979 wieder stark abgekühlt hatten.¹⁸⁴ Allerdings verlor auch die Frankfurter Buchmesse als Ort des Handels parallel an Bedeutung, was jedoch äußerlich weniger sichtbar war als in Leipzig.¹⁸⁵ Nichtsdestoweniger blieb die Hoffnung auf eine Intensivierung des Ost-West-Handels immer bestehen und die westdeutschen Verleger maßten den Erfolg der »Neuen Ostpolitik« in erster Linie hieran, was sich besonders in der enttäuschten, ja fast schon verbitterten Reaktion des Frankfurter Börsenvereins auf das 1986 geschlossene Kulturabkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik zeigt. Es enthalte »nichts substantiell Neues und keinen Ansatz«, so das Credo des stellvertretenden Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses, Armin Jetter. Die DDR signalisiere »nirgendwo einen neu eingeräumten Spielraum, während unsererseits mit dem Abschluß des Kulturabkommens Erwartungen verknüpft waren«. Vielmehr sei das Verhältnis zur DDR nach wie vor »erheblich [ge]stört und belastet«.¹⁸⁶

Dieses scheinbar unverbrüchliche Nebeneinander von Hoffnung und Enttäuschung wäre kaum zu verstehen, wenn man nicht den dritten, womöglich entscheidenden Faktor in den Verlagsbeziehungen der Deutschen Bücherei in den Blick nähme. Wie viele andere Wirtschaftssektoren wurde auch das westdeutsche Verlagswesen seit den 1970er Jahren von einem globalen »Strukturbruch« erfasst, der durch nachlassendes Wirtschaftswachstum und eine entsprechende Krisenwahrnehmung geprägt war. Freilich kam dieser »Bruch« weniger als einschneidendes Ereignis, sondern vielmehr als kontingenter Prozess daher.¹⁸⁷ Unter dem Eindruck der permanenten »Krise«, eines wachsenden internationalen Konkur-

184 Stöver, *Der Kalte Krieg*, S. 410-416.

185 So hätten sich auf der Frankfurter Buchmesse 1979 »größere Verleger« darüber ausgelassen, dass man die Frankfurter Messe »nicht mehr zu ernst nehmen sollte«, weil man dort kaum noch Geschäfte abschloss. Einzig aus Prestigegegründen sei man noch präsent. Vgl. FIM Reinhardt, Quellen: 1. »Gerhard« am 16.10.79, 2. Gen. Röttsch am 18.10.79, Betr.: Buchmesse in Frankfurt/Main 1979, 16.10.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 271.

186 Börsenverein für den deutschen Buchhandel e. V., Außenhandelsausschuss, Armin Jetter, an Heinrich Feesche, 7.2.1986, ISG, W2-7, 600, unfol.

187 Neuere historische Arbeiten untersuchen längere Linien des »Strukturbruchs« der 1970er Jahre. Vgl. Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge/London 2011; Reitmayer/Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart*; Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart*; Tobias Gerstung, *Stapellauf für ein neues Zeitalter. Die Industriemetropole Glasgow im revolutionären Wandel nach dem Boom (1960-2000)*, Göttingen 2016; Werner Plumpe/André Steiner (Hrsg.), *Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990*, Göttingen 2016.

renzdruks und steigender Kosten für Papier, Herstellung, Versand und Personal (in Verbindung mit der Stärkung der Arbeitnehmerrechte),¹⁸⁸ setzte sich auch im westdeutschen Verlagswesen das Modell des Massenverlags bzw. Verlagskonzerns mit ausländischer Kapitalbeteiligung als Zukunftstyp durch.¹⁸⁹ Parallel bestanden traditionelle Verlage fort, es bildeten sich vielfach Mischformen und nicht selten ging die Konzernbildung mit der Entstehung neuer Konfliktlinien zwischen Management und prekär beschäftigten Angestellten einher.¹⁹⁰ Dieser sich in die neo-liberale Zeitstimmung einpassende, aber keineswegs einheitlich verlaufende Trend ging mit einer spürbaren Abwendung vom Frankfurter Börsenverein einher. Hatte dieser sich in der »Krise« der 1950er Jahre, die mit dem Durchbruch des Taschenbuchs und der Bildung von Buchgemeinschaften (z. B. Bertelsmann-Lesering) bereits deutliche Schritte in Richtung Kommerzialisierung des Buchhandels erlebt hatten,¹⁹¹ noch als ordnende Hand durchsetzen und überdies als gemeinschaftsstiftendes Element nach dem Nationalsozialismus wirken können, so verlor er diese Funktionen, zumal im Zuge des Generationswechsels, nun zunehmend.¹⁹² 1971 hatte der Verband auf die wachsende Kritik an dessen mangelnder Professionalität mit der Abschaffung der persönlichen Mitgliedschaft zugunsten der Firmenmitgliedschaft reagiert.¹⁹³ In größeren Verlagskonzernen, die, den Eindrücken Helmut Lohses auf der Leipziger Buchmesse 1986 zufolge, »[a]lte verlegerische und buchhändlerische Traditionen und Usancen« spätestens Mitte der 1980er Jahre verdrängt hätten, würden »Einflüsse des Börsenvereins gar nicht mehr geduldet

188 Die »Explosion« der Kosten war ein beständiges Thema in den Gesprächen zwischen Vertretern der Deutschen Bücherei und westdeutschen Verlagen. Allein die Herstellungskosten seien, so eine auf der Frankfurter Buchmesse 1974 gewonnene Erkenntnis, innerhalb von zwei Jahren um 100 Prozent gestiegen. Vgl. Helmut Röttsch/Helmut Lohse, Bericht über den Besuch der Frankfurter Buchmesse in der Zeit vom 9.-15.10.1974, ADNBL, 816/2/1/1, Bl. 146

189 Hans Altenhein, Die Krisis im deutschen Buchhandel, in: Olaf Blaschke/Hagen Schulze (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Buchhandel in der Krisenspirale? Eine Inspektion des Feldes in historischer, internationaler und wirtschaftlicher Perspektive*, München 2006, S. 71-81, hier S. 74-77; als zeitgenössische kritische Reaktion aus soziologischer Perspektive vor allem Michael Lane/Jeremy Booth, *Books and Publishers. Commerce against Culture in Postwar Britain*, Lexington 1980.

190 Einen profunden Überblick bietet Blaschke, *Verleger machen Geschichte*, S. 87-100.

191 Stephan Füssel, Art. »Buchgemeinschaften«, in: Hans-Otto Hügel (Hrsg.), *Handbuch Populäre Kultur. Begriffe, Theorien und Diskussionen*, Stuttgart/Weimar 2003, S. 125-128.

192 Altenhein, *Die Krisis im deutschen Buchhandel*, in: Blaschke/Schulze (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Buchhandel in der Krisenspirale?*, S. 75.

193 Saur, *Traumberuf Verleger*, S. 58; Blaschke, *Verleger machen Geschichte*, S. 113.

[sic!]«. Nicht einmal die Namen führender Verbandsfunktionäre seien dort noch bekannt gewesen.¹⁹⁴

So wenig geradlinig und uneinheitlich dieser »Strukturbruch« verlief, so sehr wohnte ihm doch die Tendenz inne, dass Verleger unter dem Eindruck der permanenten »Krise« und der wachsenden Konkurrenz ökonomischen Erwägungen gegenüber politischen und kulturellen Präferenzen zunehmend den Vorzug gaben. Die Deutsche Bücherei konnte von dieser anhaltenden Krisenstimmung weitgehend profitieren. Das Gefühl, jede Werbemöglichkeit auf dem Markt nutzen zu müssen, um neuen Unwägbarkeiten zu enttrinnen, ließ selbst bei kleineren und mittleren Verlagen, bei denen die Existenzangst am größten war,¹⁹⁵ die Kompromissbereitschaft gegenüber Leipzig steigen. Sie überließen der Bibliothek jeweils ein Stück ihrer Produktion zu einem erhöhten Rabatt von zumeist 50 Prozent oder lieferten Bücher bis zu einem bestimmten Ladenpreis kostenlos ab, gewährten für teurere Stücke dann jedoch einen erhöhten Rabatt.¹⁹⁶ Selbst Verlage, die sich bislang aus politischen Gründen strikt geweigert hatten, die Deutsche Bücherei zu beliefern, änderten ihre Disposition unter dem Eindruck der »Krise«. Das galt auch für den bis dato besonders reserviert aufgetretenen West-Berliner Verlag Paul Parey. So einigte sich Verlagsinhaber Friedrich Georgi mit Röttsch im April 1972 in einem aus Georgis Sicht gequälten Gespräch,¹⁹⁷ dass die Deutsche Bücherei künftig alle Neuerscheinungen bis zu einem Ladenpreis von 25 DM kostenlos erhielt, wovon sich Georgi in erster Linie einen »Ausweg« aus der »Krise« durch Erschließung der Ostmärkte erhoffte.¹⁹⁸ In einigen Fällen konnte die Deutsche Bücherei auch von der Fusion bzw. dem Verkauf traditionsreicher Verlage an ausländische und einheimische Investoren profitieren. So erhielt die Bibliothek etwa von der Piperdrucke-Verlagsgesellschaft, welche die Belieferung seit 1945 konsequent verweigert hatte, seit 1973 wieder kostenlose Belegexemplare, nachdem diese vom Verlag Karl Thiemig, welcher der Deutschen Bücherei positiv gegenüberstand, übernommen worden war.¹⁹⁹ Auch im Fall des Franz-Steiner-Verlags, der die Bibliothek seit

194 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 21.3.86, 21.3.1986, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 200.

195 Helmut Lohse, Reisebericht, 3.-16. Mai 1971, Nürnberg – München – Stuttgart, 19.5.1971, BArch, DR 3, 2. Schicht, B1347/2c, unfol.

196 Vgl. die Verlagskorrespondenzen in ADNBL 507/1 sowie die detaillierten Reiseberichte in ADNBL, 816/2/1/1.

197 Friedrich Georgi, Aktenvermerk, Betr.: Lieferung von Belegexemplaren an die Deutsche Bücherei in Leipzig, Besprechung mit Prof. Dr. Helmut Röttsch am 18.4.1972 im Berliner Verlagsbüro, 18.4.1972, ISG, W2-9, 202, Teil 1, unfol.

198 Helmut Röttsch, Bericht über den Besuch Westberliner Verlage am 18. April 1972, ADNBL, 816/2/1/1, Bl. 7

199 Reisebericht, 30. Mai bis 9. Juni 1973, Nürnberg – München – Rosenheim – Bad Heilbrunn – Feldafing, 14.6.1973, ADNBL, 816/2/1/1, Bl. 42.

vielen Jahren nicht mehr beliefert hatte, änderte sich die Situation schlagartig, nachdem dieser 1974 von einem amerikanischen Konzern an die Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft in Stuttgart verkauft worden war.²⁰⁰

Mit der Präsenz in der Leipziger Bibliographie verband sich vor allem für kleinere und mittlere Verlage die Hoffnung auf Lizenz- und Kompensationsgeschäfte mit der DDR. Kamen diese zustande, wirkte sich dies auf die Bereitschaft zur Belieferung der Deutschen Bücherei positiv aus,²⁰¹ blieben Antworten des AHB Buchexport aus, drohten Verlage jedoch nicht selten mit der Einstellung der Belieferung.²⁰² Deshalb mussten sich auch die Vertreter der Deutschen Bücherei zunehmend aktiv in der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen zwischen Ost und West engagieren. Die Deutsche Bücherei profitierte damit von der zunehmenden Konkurrenz um Geschäftsabschlüsse mit dem AHB Buchexport bzw. anderen ostdeutschen Verlagen. Sie erfuhr vor allem als Informationsressource eine deutliche Aufwertung. Dabei agierte sie als Informantin in doppelter Hinsicht, einmal im direkten Gespräch mit westdeutschen Verlegern, die die Deutsche Bücherei mit entsprechenden Anliegen zuweilen direkt aufsuchten,²⁰³ oder indem ihre Vertreter über informelle Verbindungen zum MfS Geschäftsinteressen der westdeutschen Verleger artikulierten. Zum Teil rutsche die Bibliothek auch selbst in die Rolle des Geschäftspartners. So schloss eine Hildesheimer Firma im Frühjahr 1987 einen Vertrag mit dem MHF über die Verfilmung des Alphabetischen Katalogs der Deutschen Bücherei, woran die DDR rund drei Millionen DM verdiente.²⁰⁴

Größere Verlagsgruppen und -konzerne blickten dagegen weniger auf die DDR, sondern neben den USA und Großbritannien vermehrt auf die osteuropäischen Märkte. Der bereits erwähnte Slawistik-Verlag Kubon & Sagner machte mit dem AHB Buchexport Geschäfte im Wert von jährlich rund 50.000 bis 100.000 DM, im Handel mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien erzielte er hingegen schon das

200 Reisebericht, 5.-11. Mai 1974, Leipzig – Stuttgart – Tübingen – Eßlingen – Leipzig, 14.5.1974, ebd., Bl. 21f.

201 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard« am 25.10.1978, Betr.: Ergebnisse, Kontakte, Gespräche der DB-Vertreter auf der Frankfurter Buchmesse 1978, 26.10.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 339.

202 BV Leipzig, Abt. XX/7, Information des IMS »Gerhard« vom 5.7.71, 5.7.1971, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 182.

203 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 3.9.86, Betr.: BRD-Person [anonymisiert], Hirt-Verlag Heidelberg, 3.9.1986, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 232f.

204 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 19.3.87, 19.3.1987, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 259.

Hundertfache.²⁰⁵ Auch andere, nicht ost-spezifische Fachverlage wiesen bereits in den 1970er Jahren darauf hin, dass die Märkte östlich der DDR durchaus attraktive Absatzchancen böten.²⁰⁶ Im Frankfurter *Börsenblatt* waren die Verheißungen des Ostgeschäftes zudem ein beständiges Thema. Dabei hatte der Export westdeutscher Bücher und Zeitschriften ins sozialistische Europa bereits in den 1960er Jahren an Fahrt aufgenommen, erlebte aber nach dem »Prager Frühling« 1968 noch einmal einen deutlichen Schub.²⁰⁷ Die Warschauer Buchmesse, die im internen Ranking westdeutscher Verleger bald auf Platz zwei hinter dem Frankfurter Pendant rangierte, wurde von einem der Organisatoren angesichts des deutlichen Übergewichts westdeutscher Aussteller schon 1971 als »deutsche Messe« bezeichnet.²⁰⁸ Und die 1. Internationale Moskauer Buchmesse im September 1977 brachte für einzelne Verleger bereits Umsätze von einem »Niveau [...], wie all die Jahre vorher zusammen nicht«. Auch wenn die UdSSR nach Einschätzung der Zeitgenossen ein »eher kleiner Markt« blieb, so waren die Erwartungen umso größer.²⁰⁹ Auf der 1. Moskauer Buchmesse konnten die Leipziger Bibliothekare selbst erfahren, welch breiten Raum westdeutsche, britische und amerikanische Verlage dort einnahmen. Sogar Albert Speers Memoiren und allerlei Bildbände zum Zweiten Weltkrieg wurden dort angepriesen.²¹⁰ Mit der Machtübernahme Gorbatschows im März 1985 und dem von ihm eingeleiteten Öffnungsprozess stieg die Attraktivität dieses Absatzgebietes nach einer kurzen Stagnationsphase erneut, was sich an der plötzlichen Wiederbelebung der Leipziger Messe im selben Jahr ablesen lässt. Zur selben Zeit tourte die holländische Elsevier-Verlagsgruppe, mit der die Deutsche Bücherei gute Beziehun-

- 205 FIM Reinhardt, Quellen: »Gerhard« am 16.8.77 und »Egon« am 16.8.77, Betr.: Beantwortung unseres Fragekomplexes über den BRD-Verleger Otto Sagner, 17.8.1977, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 2, Bl. 111.
- 206 So etwa Verlag Passiva Passau an die Deutsche Bücherei, 4.8.1975, ADNBL, 507/1, Bl. 102.
- 207 Vgl. die Zahlen in Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 101 vom 22.12.1971, S. 3064; Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 101 vom 21.12.1973, S. 2169; Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 58 vom 20.7.1976, S. 1073; Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 50 vom 23.6.1978, S. 1282; Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 79 vom 2.10.1979, S. 1921.
- 208 Manfred Gorselewski, Drang nach Osten? 16. Warschauer Buchmesse mit deutscher Rekordbeteiligung, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 50 vom 25.6.1971, S. 1380f., hier S. 1381.
- 209 Darum stellen deutsche Verleger in Moskau aus. Ist das ein Markt ...!?, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Nr. 68 vom 24.8.1979, S. 1601-1608, hier S. 1604.
- 210 Bericht über den Besuch der 1. Internationalen Moskauer Buchmesse, 6.-11. September 1977 (unkorrigiertes Material), 15.9.1977, ADNBL, 507/5, Bl. 55-57.

gen pflegte, mit einer Wanderausstellung durch die Sowjetunion, auf der über 800 Titel präsentiert wurden. Zugleich hatte die Sowjetunion eine Lizenz zum Vertrieb der westdeutschen Modezeitschrift *Burda* erworben.²¹¹ Mit der parallel von Deng Xiaoping vollzogenen Marktliberalisierung gewann zunehmend auch der chinesische Markt an Attraktivität.²¹² Hier herrsche nun, so ein holländischer Verleger während der Leipziger Buchmesse 1985, »ein enormer Bedarf an westeuropäischer wissenschaftlicher Literatur«. ²¹³ Auch von dieser Entwicklung konnte die Deutsche Bücherei profitieren, unabhängig davon, dass die SED diesem Öffnungsprozess nicht folgte. Denn die Deutsche Nationalbibliographie stellte aus Verlegerperspektive vornehmlich ein Instrument zur Marktbeobachtung und Werbung dar und als solches war sie vor allem in den sozialistischen Staaten verbreitet, während das Frankfurter Pendant dort für Devisen hätte erworben werden müssen. Gelang es also der Deutschen Bibliothek, die Leipziger Konkurrenz vom deutsch-deutschen Markt zu verdrängen, blieb das ostdeutsche Produkt für die wirtschaftliche Expansion Richtung Osten zentral. Die steigende Attraktivität der Frankfurter Bibliographie unter westdeutschen Verlegern bedeutete zwar einen Rückgang der Deviseneinnahmen aus dem Verkauf der Deutschen Nationalbibliographie, angesichts der parallel vor sich gehenden Globalisierung im Buchhandel aber nicht automatisch einen Rückgang der kostenlosen Belieferung der Deutschen Bücherei. Die Entscheidung hierfür war am Ende immer weniger eine politische, sondern eine ökonomische.

Neben dem Kommerzialisierungsprozess im westdeutschen Verlagswesen stellten auch der durch innere Reformen und internationale Protestbewegungen beeinflusste »Wertewandel« sowie die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung im Gefolge der Studentenproteste seit den 1960er Jahren²¹⁴ für die Deutsche Bücherei eine Herausforderung eigener Qualität dar. Zum einen entstand durch den expandierenden Bildungssektor und die zunehmende Rezeption sozialistischer bzw. kommunistischer Ideen an westdeutschen Universitäten ein neuer Markt, durch den Geschäftsbeziehungen mit Verlagen der DDR forciert wurden.²¹⁵ Zum anderen erwachsen aus dem Geiste der Kapitalismuskritik

211 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 19.3.87, 19.3.1987, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 9/II, Bl. 260f.

212 Blaschke, Verleger machen Geschichte, S. 117.

213 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Gerhard« vom 12.3.85, 12.3.1985, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 168.

214 Zur gegenwärtigen Historisierung des »Wertewandels« vgl. Bernhard Dietz/Christopher Neumaier/Andreas Rödder (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2016.

215 Exempl. FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard« am 12.3.80, Information, Betr.: Gespräch mit Herrn [anonymisiert] vom Gerstenberg-Verlag, BRD am 11.3.80, 12.3.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3 Bl. 58.

zahlreiche linke Alternativ-Verlage, welche die Vertreter der Deutschen Bücherei häufig als »Genossen« betrachteten und einen intensiven Austausch mit der DDR anstrebten.²¹⁶ Zuweilen verstanden diese die Belieferung der Deutschen Bücherei als Protest gegen die »faschistische« Bundesrepublik,²¹⁷ vor allem aber erwiesen sich deren Netzwerke, zu denen etwa die Europäische Verlagsanstalt zählte,²¹⁸ als wichtiger Kanal für die Belieferung der Bibliothek mit den vom Frankfurter Börsenverein geächteten Raubdrucken. Gleichwohl konnte sich die gelebte Protestkultur der Verleger²¹⁹ gegenteilig auswirken. So verweigerte etwa der vom Oppositionellen Lutz Schulenburg mitgegründete Verlag Edition Nautilus der Deutschen Bücherei die kostenlose Belieferung, nachdem die Grenzbehörden der DDR ihm den Besuch der Journalistin Cläre Jung in Ost-Berlin verwehrt hatten. Schulenburg sah in der Einstellung der Belieferung Leipzigs ein Mittel, um sich »gegen die Macht einer bewaffneten Bürokratie« zur Wehr zu setzen.²²⁰ Zudem stand die Protestkultur der »68er«, so sehr die SED diese auch propagandistisch stützte, den Eigeninteressen der Deutschen Bücherei häufig entgegen, richtete sich diese doch auch gegen namhafte Großverleger. Protestaktionen linker Verleger auf den Frankfurter Buchmessen Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre wie die Stürmung des Standes des gerade an den Bertelsmann-Konzern verkauften Goldmann-Verlags im Herbst 1969 empfanden die Vertreter der Deutschen Bücherei nicht – wie dies der SED-Propaganda entsprochen hätte – als begrüßenswerten Ausdruck antikapitalistischer Gesinnung, sondern als Störung des ansonsten positiven Messeklimas.²²¹ Freilich brachten solche direkten Konfrontationen die Bibliothekare in Entscheidungskonflikte, die sie im Zweifel zu ihren Gunsten lösten. Im Gesamtkontext der Verlagsbeziehungen der Deutschen Bücherei stellten sie aber letztlich Randerscheinungen dar, zumal die Hälfte der Alternativ-Verlage bis Mitte der 1980er Jahre ihre radikalen Ansichten modifiziert hatte und in den Börsenverein eingetreten war.²²²

216 So etwa BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, Quelle: IM »Gerhard« am 20.6.1969, 30.6.1969, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 38.

217 FIM Reinhardt, Treffbericht, Quelle: IMS Gerhard, 14.3.75, 14.3.1975, ebd., Bl. 318-320.

218 IM Gerhard, Betr.: [anonymisiert], 14.1.1969, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 32f.

219 Zur sozialen Praxis im Milieu der Alternativ-Verlage vgl. Uwe Sonnenberg, Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren, Göttingen 2016, S. 336-379.

220 Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, an die Deutsche Bücherei, 7.1.1978, ADNBL, 507/1, Bl. 16.

221 BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, Bericht von »Gerhard« vom 17.10.1969, Bericht zur 21. Buchmesse in Frankfurt/Main, 21.10.1969, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 55-62.

222 Blaschke, Verleger machen Geschichte, S. 132.

Neben der offiziellen, verfolgten die Westreisen der Leipziger Bibliothekare auch eine heimliche Agenda im Bereich »Aufklärung« für die Staatssicherheit. Aus Sicht des MfS, für das die meisten Reisekader der Deutschen Bücherei als IM tätig waren (insbesondere Helmut Röttsch, Helmut Lohse und Hans Reihe), gaben die Bibliothekare Spitzenquellen ab, als die sich die drei auch selbst immer wieder empfahlen. So brachte Lohse seinem Führungsoffizier während eines Treffs nach der Frankfurter Buchmesse 1970 gegenüber selbstbewusst zum Ausdruck, er habe während der Messe »ja auch die Gelegenheit mit Personen zusammenzukommen, die wenn sie nicht wüßten das [sic!] ich von der DB komme, kaum einen anderen DDR-Vertreter aufgrund ihrer antikommunistischen Einstellung empfangen würden«. ²²³ Bei ihren Spionagetätigkeiten für die Stasi hatten die Bibliothekare stets die eigenen Interessen im Blick, die Grenzen zwischen bibliothekarischen und geheimdienstlichen Tätigkeiten waren oftmals fließend. Für die Bibliothekare erwiesen sich die Spionagedienste, die gewissermaßen als Nebenprodukte bei den Reisen abfielen, vor allem deshalb als vorteilhaft, weil das MHF den ausgiebigen Reisetätigkeiten der Bibliothekare zunehmend kritisch gegenüberstand. So bildete das zusätzliche Standbein der IM-Tätigkeit durchaus eine Gewähr dafür, dass der Geheimdienst im Falle der Ablehnung einer Dienstreise beim Ministerium intervenieren würde. Dass die Bibliothekare berufliche und geheimdienstliche Interessen gut vereinbaren konnten, lag auch an der unkonkreten Aufgabenstellung »Aufklärung«. Was darunter verstanden wurde, unterlag offenbar einer pragmatischen Aushandlung bzw. ein Stück weit der Interpretation der IM und konnte den Situationen entsprechend dynamisch angepasst werden. Das Ausloten von Potentialen zur Anwerbung westdeutscher Verleger als IM fiel dabei wohl einzig in den Aufgabenbereich Röttschs, der anders als Lohse und Reihe auf der Linie Auslandsspionage tätig war. Auf der Linie Kultureinrichtungen, der Lohse und Reihe zuarbeiteten, schien den Offizieren dagegen vielmehr daran gelegen, ihren Einfluss im Kulturbereich durch die Akquise exklusiver Informationen auszubauen. Dafür spricht etwa, dass die von Lohse und Reihe mitgeteilten Informationen im Wesentlichen den kulturpolitischen und ökonomischen Interessen entsprachen, für welche die Reisekader stets im Vorfeld der Frankfurter Buchmessen durch das Kulturministerium sensibilisiert wurden. ²²⁴ So interessierte sich der Geheimdienst vor allem für offizielle und inoffizielle Vertriebswege für Literatur, die Stimmungslage unter westdeutschen Verlegern sowie die Praxis des Literaturaustauschs bzw. Verlags-

223 BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, Information zum Treff mit IMS »Gerhard« vom 5.10.1970 im KW »M. Meister«, Betrifft: Frankfurt/M. Buchmesse, Sept. 1970, 5.10.1970, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 121.

224 FIM Reinhardt, Information des IM »Gerhard« vom 1.10.82, 4.10.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 3, Bl. 244.

kontakte zwischen Ost und West im Allgemeinen. Auskünfte über in den Westen geflüchtete ehemalige DDR-Bürger sollten dagegen nur situationsgebunden eingeholt werden.²²⁵

Die Qualität der von den IM mitgeteilten Informationen unterschied sich je nach Einsatzbereich mitunter stark und war darüber hinaus vielfach von persönlichen Präferenzen abhängig. Seinem Auftrag entsprechend ging es in Rötzschs IM-Berichten vor allem um politische Einschätzungen von Verlegerpersönlichkeiten, die sich gegebenenfalls »operativ bearbeiten«, d. h. anwerben ließen. Dabei erwies sich der Generaldirektor immer wieder als luzider Kenner des westdeutschen Verlagswesens. Seine Einschätzungen bezüglich politischer Präferenzen einzelner Verleger gaben der Stasi jedoch allenfalls einen sehr oberflächlichen Eindruck über »operativ interessante« Personen, denn Versuche, die persönlichen Einstellungen seiner Gesprächspartner zu »testen«, beantworteten diese häufig nur mit sehr allgemeinen Einlassungen. Wenn Rötzsch seine westdeutschen Gesprächspartner gegenüber seinen Führungsoffizieren als »progressiv«, »kein Strauß-Sympathisant, aber auch kein Sozialdemokrat«, »kein CSU-Mann« oder gar »revoluzzer Typ [sic!]<« beschrieb,²²⁶ dann basierten diese Einschätzungen allenfalls auf flüchtigen Eindrücken. Immer wieder räumte Rötzsch ein, dass politische Fragen in den Gesprächen kaum eine Rolle spielten und die Gesprächspartner allenfalls Tendenzen erkennen ließen. Dies galt vor allem für Verleger, die zugunsten geschäftlicher Aktivitäten im Osten bewusst politische Zurückhaltung übten.²²⁷ Es gab sogar Verlage, die aus Rücksicht auf politische Befindlichkeiten selbst auf die Versendung DDR-kritischer Titel an die Deutsche Bücherei verzichteten, um erhoffte Geschäftsabschlüsse nicht von vornherein zu gefährden.²²⁸ Deshalb griff Rötzsch in den Gesprächen mit dem MfS immer wieder auf andere Indikatoren zurück, die eine »operative Bearbeitung« bestimmter Personen rechtfertigen oder zur psychologischen Einflussnahme ausgenutzt werden sollten. Im letzteren Fall sollte sich Rötzsch vor

225 BV Leipzig, Abt. XX/7, Treffbericht vom 30.5.1969, 2.6.1969, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 35; FIM »Reinhardt«, Monat August 77, Aufträge, o. D., BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 97f.

226 BV Leipzig, Abt. XV, Treffbericht vom 22.2.1979, 1.3.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 7-12; BV Leipzig, Treffbericht vom 21.9.1979, Berichterstattung zur IFLA-Tagung in Kopenhagen, 25.9.1979, ebd., Bl. 24-26.

227 Exmpl. BV für Staatssicherheit, Abt. XV, Aktennotiz zu den Treffs mit dem IM »Sand« am 21.10.81 (KW »Löwe«) und 3.11.81 (KO »Sekretär«), 13.11.1981, ebd., Bl. 163-165.

228 FIM Reinhardt, Quelle: »Gerhard« am 25.10.78, Betr.: Ergebnisse, Kontakte, Gespräche der DB-Vertreter auf der Frankfurter Buchmesse 1978, 26.10.1978, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4009/92, Teil II, Bd. 5, Bl. 339.

allem auf Verleger mit ausgeprägten Geschäftsinteressen an der DDR konzentrieren.²²⁹ Einen anderen Schwerpunkt bildeten Personen mit einflussreichen Funktionen und Kontakten. So geriet der Geschäftsführer des Hanser-Verlags, Joachim Urthe-Spencker, in den Blick, der als stellvertretender Vorsitzender und »außenpolitischer Mitarbeiter« des Frankfurter Börsenvereins weitreichende Kontakte zum AHB Buchexport sowie zum Auswärtigen Amt besaß und sich lautstark für den Ost-West-Handel einsetzte. Überdies stellte er im süddeutschen Verlagswesen eine Autorität dar. Ferner arbeitete eine seiner Verwandten in der Deutschen Bücherei, was man in Leipzig zusätzlich zum Erhalt des Kontakts zu Urthe-Spencker ausnutzte. Politisch war er für Rötzsch jedoch schwer einzuordnen²³⁰ und auch die Stasi musste einräumen, dass der Generaldirektor wegen seines öffentlichen Ansehens bei der »unmittelbaren Personarbeit« an deutliche Grenzen stieß.²³¹ Die Berichte Rötzschs und die Gesprächsnotizen der Abteilung XV lassen aber auch immer wieder Versuche des Generaldirektors erkennen, die Stasi gegen die Zollbehörden auszuspielen, indem er auf die enge Verflechtung geheimdienstlicher und bibliothekarischer Interessen verwies. Im Falle des S. Fischer Verlags, der seit Mitte der 1960er Jahre zur Verlagsgruppe Holtzbrinck gehörte, warnte er die Stasi im Oktober 1980 davor, dass eine von den Zollbehörden gegen den Verlag verhängte Geldstrafe dazu führen könne, »daß die gesamte Holzbrinck-Gruppe [sic!] als Gegenmaßnahme die Belieferung der Deutschen Bücherei mit ihrer Verlagsproduktion einstellt. Die Inhaber müssen ja davon ausgehen, daß es sich bei der Verweigerung der Einreise von Herrn [anonymisiert] um einen Afront [sic!] gegen ihre Gruppe handelt. Ich gebe diesen Sachverhalt zur Kenntnis, um ggf. von unserer Seite Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.«²³²

Auch Helmut Lohse bzw. IMS »Gerhard« betrachtete die Arbeit für die Stasi keineswegs als einseitigen Vasallendienst, sondern als Ressourcentausch. Immer wieder beklagte er sich beim Geheimdienst über das Unvermögen der Zollbehörden, die Interessen der Deutschen Bücherei zu berücksichtigen, oder be-

229 BV Leipzig, Abt. XV, Treffbericht vom 22.2.1979, 1.3.1979, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 7.

230 Quelle: IMS »Gerhard«, »Sand«, 17.3.1976, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 1, Bl. 288; BV für Staatssicherheit, Abt. XV, Treffbericht IM »Sand«, Treff am 10.9.80 im Objekt »Sekretär«, 30.10.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 92; BV für Staatssicherheit, Abt. XV/Tonbandabschrift, IM Bericht von »Sand«, Dienstreise nach Manila, 31.10.1980, ebd., Bl. 122-124.

231 BV Leipzig, Abt. XV, Einschätzung der operativen Reise des IM »Sand« vom 11.05. bis 18.5.82 im Operationsgebiet, 5.9.1982, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 1, Bl. 195.

232 BV für Staatssicherheit, Abt. XV/Tonbandabschrift, IM Bericht von »Sand«, Dienstreise nach Manila, 31.10.1980, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1003/91, Teil I, Bd. 2, Bl. 125.

richtete ausgiebig über »überspitzte« Vorgehensweisen der Beamten während der Leipziger Messe, etwa bei der Beschlagnehmung von Prospekten und Bestellkarten am Stand des Teubner-Verlags während der Buchmesse im Frühjahr 1970.²³³ Lohses Einsatz zugunsten westdeutscher Verleger kannte aber auch deutliche Grenzen. So gab er dem Geheimdienst nach einer Verlegerreise im April 1970 den Hinweis auf einen Verleger, der sich als »eingefleischter Antikommunist« gegen die Belieferung der Deutschen Bücherei entschieden hatte, und schlug vor, diesen »zu registrieren und ihn in keiner Weise, auch nicht zu [sic!] Leipziger Messe, eine Einreise in die DDR zu genehmigen.«²³⁴ Nicht zuletzt für solche erwarteten Hilfsdienste zugunsten der Deutschen Bücherei versorgte Lohse die Stasi mit Informationen über Sicherheitslücken bei der Zollabfertigung, die westdeutsche Verleger gezielt nutzten, um Bücher in die DDR einzuschleusen,²³⁵ beschattete einen Vertreter der Christlichen Ostmission während der Frankfurter Buchmesse 1974 und befragte diesen nach seinen Ostkontakten,²³⁶ oder bot seine Beziehungen zur Druckerei der Bundeswehr für Beschaffungsaufträge an.²³⁷ Noch weiter ging Hans Reihe (IM »Anti«), der sich dem MfS regelrecht mit seinen Informationen anbot, indem er ausgiebig über private Verbindungen mit westdeutschen Verlegern und deren Charakterschwächen berichtete,²³⁸ die sich für Spionagezwecke, etwa für Wirtschaftsspionage im Münchner Institut für Weltraumfahrt ausnutzen ließen. Nur erwiesen sich hierbei Reihes Gedächtnis und technisches Knowhow als zu beschränkt, um die technischen Daten an den ostdeutschen Geheimdienst weitergeben zu können.²³⁹ Auch in anderen Fällen erwiesen sich Reihes Informationen häufig als ungenau und überspitzt.

Inwiefern sich das Verhältnis von MfS und Bibliothekaren bei der Gewinnung von Informationen aus dem »Operationsgebiet« Bundesrepublik als für beide Seiten profitabel erwies, lässt sich kaum abschätzen, da aus den Quellen nicht ersichtlich wird, wie die Stasi die Informationen jeweils verwertete. Nur in einem Fall ist ein Gespräch zwischen Stasi-Offizieren und einem westdeut-

233 BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, Erster Messebericht zum Buchmesehaus, Quelle: »Gerhart«, 5.3.1970, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 5329/92, Teil II, Bd. 1, Bl. 79-81.

234 BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonbandabschrift, ebd., Bl. 88.

235 BV Leipzig, Abt. XX/7, Tonband-Bericht des IMS »Gerhard« am 28.8.1970, 2.9.1979, ebd., Bl. 108f.

236 FIM Reinhardt, Treffbericht, Quelle: IM Gerhard, 18.10.1974, ebd., Bl. 288-291.

237 FIM Reinhardt, Quelle: IM Gerhard beim Treff am 27.2.75, Information, betrifft Frühjahrsmesse 75, 28.2.1975, ebd., Bl. 316.

238 Handschriftlicher Bericht des IM »Anti«, Betr.: Herrn [anonymisiert], 25.5.1985, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 137.

239 FIM Reinhardt, Information des IM »Anti« vom 24.1.85, 28.1.1985, ebd., Bl. 103-105.

schen Verleger dokumentiert, dem offensichtlich Hinweise Hans Reihes vorausgegangen waren, das für die Offiziere aber wenig erquicklich verlief. Was dieses Gespräch zum Inhalt hatte, ist nicht bekannt, allerdings erzürnte sich der Betroffene gegenüber Reihe später über die »Attacken« der Stasi.²⁴⁰ Die Verflechtung offizieller und inoffizieller Interessen in den Verlagsbeziehungen der Deutschen Bücherei in den letzten 20 Jahren der DDR spiegelt letztlich die Widersprüche zwischen dem Kommerzialisierungs- und Globalisierungsdruck im Westen »nach dem Boom«, von dem auch die DDR profitieren wollte, und der gleichzeitig verfolgten Abgrenzungspolitik gegenüber dem Westen auf der anderen Seite wider. Im Ergebnis konnte die Deutsche Bücherei, im Gegensatz zur DDR,²⁴¹ von der Öffnung westdeutscher Verlage für ausländisches Kapital, der Eingliederung in internationale Konzernstrukturen und dem wachsenden Interesse am Ostgeschäft profitieren. Dabei wuchs die Deutsche Bücherei zunehmend in eine Transferrolle, was der kostenlosen Belieferung förderlich war. Die Stasi erhielt dadurch wiederum eine Informationsquelle ersten Ranges, die sich zur Ausbalancierung von wirtschaftlicher Integration und politischer Abgrenzung bzw. zur eigenen Kompetenzerweiterung nutzen ließ. Allerdings setzten die Bibliothekare die exklusiven Informationen für die Stasi auch dazu ein, um genau diese Grenzen partiell zum eigenen Vorteil in die eine oder andere Richtung verschieben zu können.

240 FIM Reinhardt, Bericht des IM »Anti« vom 21.9.87, 23.9.1987, BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 588/90, Bd. 2, Bl. 278.

241 In der jüngeren Forschung wird die zunehmende Integration der DDR in die globalisierten Märkte der 1970er und 1980er Jahre als weiterer Faktor für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des ostdeutschen Staates angeführt. Vgl. Peter E. Fäßler, Herausforderung Weltmarkt. Die DDR als Exportnation während der 1970er und 1980er Jahre, in: Michael Schäfer (Hrsg.), Sachsen und die Welt. Eine Exportregion im Vergleich. Beiträge des 6. Unternehmensgeschichtlichen Kolloquiums, Leipzig 2014, S. 233-247; André Steiner, The Globalisation Process and the Eastern Bloc Countries in the 1970s and 1980s, in: *European Review of History* 21 (2014), Heft 2, S. 165-181.

Bildteil III



Bild 22: Der dritte Erweiterungsbau der Deutschen Bücherei (»Büchertürme«), 2001



Bild 23: Die Deutsche Bücherei, 1993



Bild 24: Wendeltreppe mit Zugang zum Sperrmagazin («Sondermagazin»), 1997



Bild 25: Computer in der Deutschen Bücherei: EDV-Anlage »Odra 1204«, 1969

Staatsbesuche in der Deutschen Bücherei in den 1980er Jahre



Bild 26: Hans-Joachim Böhme (rechts), Minister für Hoch- und Fachschulwesen, mit Helmut Röttsch (links), 1986



Bild 27: Johannes Hörnig (links),
Leiter der Abteilung
Wissenschaften
im ZK der SED, mit
Helmut Röttsch (rechts)

Verlagskontakte der Deutschen Bücherei in den 1980er Jahren



Bild 28: Das traditionelle Verleger-Essen der Deutschen Bücherei am Rande der Leipziger Buchmesse: Helmut Lohse (links) und Helmut Röttsch (Mitte) mit Verlagsvertretern, 1989



Bild 29: Helmut Röttsch (links) mit Klaus G. Saur (K. G. Saur Verlag, rechts) auf der Frankfurter Buchmesse 1985

Epilog: »Nationalbibliothek« im wiedervereinigten Deutschland

Widersprüchlicher hätte sich die Situation für die Deutsche Bücherei am Vorabend der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 kaum darstellen können: im internationalen Vergleich genoss sie kaum weniger Prestige als die Deutsche Bibliothek, im Innern stand sie aber technologisch weit abgeschlagen da. Damit befand sich die Deutsche Bücherei auf der einen Seite in derselben Situation wie viele andere wissenschaftliche Bibliotheken der DDR, die aus westdeutscher Perspektive mindestens eine Dekade im Rückstand waren.¹ Auf der anderen Seite stand mit der Deutschen Bibliothek aber ein starker Partner bereit, der einen realen Ausweg aus der »Krise« versprach. Dabei wurde anfangs noch nicht an eine Fusion, sondern vielmehr an eine enge Zusammenarbeit gedacht. Als nach der Volkskammerwahl vom März 1990 jedoch die Weichen auf Wiedervereinigung gestellt wurden und die beiden Bibliotheken diesem Prozess folgten, keimten alte Konflikte wieder von neuem auf. Der Prozess des Zusammenwachsens beider Häuser gestaltete sich damit weniger reibungslos als es die vielfach bemühte Formel der »zwei Schwestern unter einem Dach« nahelegt.

Um diese Konflikte in einen größeren Kontext einordnen zu können, muss ein kurzer Blick auf die Rezeption der Vereinigungsdebatten im wissenschaftlichen Bibliothekswesen geworfen werden, die mit der offiziellen Formel des »Friendly Conquest« durch Westdeutschland allzu harmonisierend beschrieben sind. Allerdings wäre es ebenso verkürzt, die Debatten ausschließlich unter dem Rubrum des Ost-West-Konfliktes zu fassen. Auch die ostdeutschen Bibliothekare sprachen nach dem Herbst 1989 nicht mit einer Stimme. Vielmehr durchzog den Berufsstand ein tiefer Graben. Auf der einen Seite standen wissenschaftliche Bibliothekare in führenden Positionen des Bibliotheksverbandes und der ministeriellen Beiräte, die gemeinsam mit Vertretern des Kulturministeriums und des MHF, das am 18. November im Ministerium für Wissenschaft und Technik auf-

1 Ulla Wimmer/Michael Seadle, A Friendly Conquest. German Libraries after the Fall of the Berlin Wall in 1989, in: *Library Trends* 63 (2014), Heft 2, S. 197-211, hier S. 201.

ging, an die Debatten der 1980er Jahre anknüpften und ein Sofortprogramm zur Modernisierung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens unter Federführung der staatlichen Exekutive einforderten.² Dem korrespondierte eine weitgehende personelle Kontinuität in den Spitzen dieser Gremien, die folglich für einen allenfalls vorsichtigen Reformprozess plädierten. Man wolle, so der einhellige Tenor, die Verantwortung gegenüber dem Berufsstand erhöhen und Möglichkeiten zur Einbeziehung von Einzelpersonen schaffen, während der Bibliotheksverband bislang nur als Institutionenverband agiert hatte. Über die Reichweite der Interessenvertretung gab es jedoch »widersprüchliche Meinungen«. Im Präsidium des Bibliotheksverbandes bestand schon im Dezember 1989 eine hohe Bereitschaft zur Abwicklung unrentabler Bibliotheken, etwa der Gewerkschaftsbibliotheken.³ Erhitzter gestalteten sich die Diskussionen indes in den Bezirksgruppen des Verbandes, nicht zuletzt weil die Existenzangst der dort versammelten Bibliothekare weitaus größer war als in den Gremienspitzen. Die Bezirksgruppe Leipzig votierte im November 1989 mehrheitlich gegen die vom Leiter des Zentralinstituts für Bibliothekswesen, Norbert Stroscher, vorgeschlagene Gesamtleitung des Bibliothekswesens durch das Kulturministerium und plädierte stattdessen für ein eigenes Staatssekretariat für Bibliothekswesen bzw. einen dem Ministerrat direkt unterstellten nationalen Beirat. Zudem sollte der Bibliotheksverband zu einem »demokratische[n] Fachforum« bzw. Personalverband werden.⁴ Ende Januar 1990 hatte sich schließlich eine kleine Gruppe abgespalten und zur Gründung eines Personalverbandes, des Verbandes Deutscher Bibliothekare (VdB/Ost), aufgerufen. Enttäuscht über das inzwischen erneuerte Statut des Bibliotheksverbandes, in dem man allenfalls einen »Beschwichtigungsversuch« erkennen wollte, ansonsten aber die Konservierung des Status Quo des »blosses Sachwalters fuer Institutionen« erblickte, strebte die Initiativgruppe einen Verband an, der die Interessen des Berufsstandes basisdemokratisch und in enger Fühlungnahme mit den westdeutschen Personalverbänden vertrat.⁵

2 Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen und die wissenschaftliche Information beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Protokoll der 9. Sitzung am 1. November 1989 in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität, Berlin, o.D., ADNBL, 806/2/1, unfol.; Hans-Martin Pleßke, Aktennotiz, o.D., ebd., unfol.; Beirat für Bibliothekswesen beim Minister für Kultur/Bibliotheksverband der DDR an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, 21.11.1989, ADNBL, 817/3/1, unfol.

3 Protokoll der 8. Präsidiumssitzung des Bibliotheksverbandes der DDR vom 11.-13.12.1989 in Hohenstein-Ernstthal, Bez. Chemnitz, o.D., ADNBL, 817/3/4, unfol.

4 Bibliotheksverband der DDR, Bezirksgruppe Leipzig, Protokoll über die Leitungsberatung am 15.11.1989, Nov. 1989, ADNBL, 806/2, unfol.

5 Initiativgruppe zur Gründung eines »Verbandes Deutscher Bibliothekare«, Gründungsaufwurf, 30.1.1990, ADNBL, 817/3/5, unfol.; Verband Deutscher Bibliothekare, Satzungsentwurf, o.D., ebd., unfol.

Begrüßt wurde die Initiative zur Gründung des VdB/Ost auch von den westdeutschen Verbandsspitzen, allerdings nicht, weil diese sich davon eine demokratische Erneuerung, sondern in erster Linie eine Konsolidierung der Verhältnisse in der DDR versprachen. Denn hier bestand vor allem die Befürchtung, dass eine »Welle von zuwandernden arbeitslosen Bibliothekaren« sowie ein ungebremster Benutzerzstrom die westdeutschen Bibliotheken vor unlösbare Herausforderungen stellen könnten. Aus diesem Grunde war die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB) als westdeutsche Dachorganisation auch weiterhin an der Zusammenarbeit mit dem Bibliotheksverband der DDR interessiert,⁶ ungeachtet dessen, dass dieser durch den sich zuspitzenden »Dissens zwischen Präsidium und Basis« zunehmend gelähmt war.⁷ Auch andere Sofortmaßnahmen zur technischen Ausstattung der ostdeutschen Bibliotheken, Buchspendenaktionen und »Hilfsprogramme«, an denen sich neben staatlichen Institutionen auch die DFG und private Stiftungen beteiligten, sowie Gespräche zur Intensivierung des deutsch-deutschen Leihverkehrs und zur Integration in die westdeutschen Verbundsysteme zielten auf eine schnelle Konsolidierung des Bibliothekswesens in der DDR. Die Strategie der westdeutschen Verbände stand auch noch nach der Bildung der Großen Koalition unter Lothar de Maizière im März 1990, deren einzige Aufgabe letztlich in der rechtlichen Vorbereitung der Einheit bestand, auf zwei Säulen: Zurückhaltung in inneren Angelegenheiten des ostdeutschen Bibliothekswesens und Intensivierung von Dialog und Kooperation. Denn aus westdeutscher Perspektive stellten die Bibliotheken der DDR nur ein Problem von vielen dar, das in Fachdiskussionen wegen drängender anderer Fragen (z. B. Ausbildungsfragen, europäische Kooperation) häufig nur am Rande diskutiert wurde.⁸ Auch der VdB/West zeigte sich sichtlich erleichtert, nachdem der VdB/Ost am 26. Mai 1990 gegründet worden war, zumal im Gegensatz zur DDR in der Bundesrepublik vier verschiedene Personalverbände existierten, von denen der VdB/West nur die wissenschaftlichen Mitarbeiter vertrat. Hier hoffte man sogar, dass die im Stellenplan-Vergleich »günstige Situation in der DDR« nach einer Konsolidierung auch auf den Westen übertragbar sei.⁹ Das ostdeutsche Ministerium für Bildung und Wissenschaft und der ihm zugeordnete

6 Elmar Mittler, Auf dem Weg zur Einheit im deutschen Bibliothekswesen. Die ersten sechs Monate, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 37 (1990), Heft 4, S. 354-357, hier S. 356.

7 Bibliotheksverband der DDR, Bezirksgruppe Leipzig, Protokoll der Leitungsberatung vom 7.3.1990, März 1990, ADNBL, 806/2, unfol.

8 Exempl. Ingeborg M. Stoltzenburg, Bibliotheken in Europa. Bericht vom 80. Deutschen Bibliothekarstag in Saarbrücken, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 37 (1990), Heft 5, S. 461-465.

9 Engelbert Plassmann/Klaus Peters, Aus dem VDB. Protokoll der Mitgliederversammlung am 7.6.1990 in der Universität des Saarlandes zu Saarbrücken, in: ebd., S. 466-475, hier S. 470.

Beirat mit Helmut Röttsch als Vorsitzendem sahen in der Zurückhaltung der westdeutschen Verbände in berufsständischen Angelegenheiten wiederum eine Chance, in die parallel beginnenden Gespräche über die Harmonisierung der bibliothekspolitischen Strukturen nicht lediglich als »Konkursverwalter« hinzugehen, sondern eigene Vorstellungen in ein wiedervereinigtes Deutschland einbringen zu können. Die Bereitschaft, im Gegenzug alte Konzepte über Bord zu werfen, war dabei groß.¹⁰ Andere Alternativen standen allerdings auch nicht in Aussicht, zumal die Sofortprogramme mit den Vereinigungsgesprächen eingestellt worden waren und das ostdeutsche Bildungs- und Wissenschaftsministerium für 1990 lediglich einen (im Vergleich zum Vorjahr) um 2,6 Prozent erhöhten Erwerbungsetat für »Kontingentliteratur« zur Verfügung stellen konnte, dem jedoch ein Preisanstieg von zehn Prozent allein für Zeitschriften gegenüberstand.¹¹ Die Angleichungsdebatten wurden in den folgenden Monaten von einer Expertengruppe geführt, die von den beiden deutschen Wissenschaftsministerien getragen wurde und seit 1991 als Bund-Länder-Arbeitsgruppe weiterarbeitete. Die letzte Aufgabe des Beirats bestand im Juli 1990 nur noch darin, die ostdeutschen Mitglieder der Expertengruppe aufzustellen, mit denen »überall unsere Interessen sachkundig zu vertreten« seien.¹²

Die hohen Erwartungen schlugen im Verlauf der Gespräche jedoch auf beiden Seiten in Enttäuschung um. Während von ostdeutscher Seite nur ein kleiner ausgewählter Kreis wissenschaftlicher Bibliothekare an den Strukturdiskussionen direkt beteiligt wurde, verschwand der VdB/Ost bald sang- und klanglos in der Versenkung. In seiner praktischen Arbeit war er nie über Statutfragen hinausgekommen¹³ und letztlich hatte er nur wenige Bibliothekare mobilisieren können. Zwischenzeitliche Bibliotheksschließungen, die Abwertung der Hochschulabschlüsse zu »wissenschaftlichen Vorkenntnissen« und die Nichtberücksichtigung zurückliegender Dienstjahre bei der tariflichen Eingruppierung hatten unter ost-

10 Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen und die wissenschaftliche Information beim Ministerium für Bildung, Protokoll der 10. Sitzung am 21. März 1990 in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität, Berlin, 19.4.1990, ADNBL, 806/2/1, Bl. 77-82.

11 Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Referat Archive, Bibliotheken, Museen, Kurzinformation über den Einsatz der Kontingentmittel zum Kauf von wissenschaftlicher Literatur aus dem NSW, o.D., ADNBL, 152/1/6, Bd. 10, unfol.

12 Gegenstand der Debatten waren Fragen der Aus- und Fortbildung, der Literaturversorgung, des Leihverkehrs, der Bibliotheks- und Informationstechnik und der rechtlichen Grundlagen. Vgl. Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen und die wissenschaftliche Information beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Der Vorsitzende, Helmut Röttsch, an das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Abteilungsleiter, Prof. Dr. Eberhard Kallenbach, 23.7.1990, ebd., Bl. 357-359.

13 ADNBL, 817/4.

deutschen Bibliothekaren vielfach den Eindruck erweckt, »von westdeutschen Institutionen ›eingesackt« zu werden, gleichwohl aber auch die Dissonanzen innerhalb des ostdeutschen Bibliothekswesens in Vergessenheit geraten lassen. Der ostdeutsche Bibliotheksverband hatte sich rund fünf Monate nach dem offiziellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 1. März 1991 mit dem westdeutschen Bibliotheksverband vereinigt, der VdB/Ost löste sich schließlich einen Monat später auf,¹⁴ jedoch traten nur wenige ostdeutsche Bibliothekare in den VdB/West ein. Von 55 Neuaufnahmen im Mai 1991 waren nur 19 aus den neuen Bundesländern zu verzeichnen.¹⁵ Im Verband der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken (VdDB) sah es ähnlich aus.¹⁶ Schließlich waren auch der Einladung zum 81. Bibliothekartag in Kassel im Mai 1991 nur rund 200 ostdeutsche Bibliothekare gefolgt, denen etwa 1.800 westdeutsche Kollegen gegenüberstanden.¹⁷ Diese Zurückhaltung verwundert kaum, zumal wenige Tage vor dem Bibliothekartag der Vergütungstarif für die Bibliothekare des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern noch einmal revidiert worden war, so dass die Vergütungssätze nunmehr 60 Prozent unter denen der westdeutschen Kollegen lagen. Hoffnungen auf eine Konsolidierung des ostdeutschen Bibliothekswesens und damit Zurückhaltung auf der einen, jedoch innere Dissonanzen auf der anderen Seite hatten dem deutsch-deutschen Dialog für viele Monate deutliche Grenzen gesetzt. Er wurde schließlich von den politischen Debatten überrollt. In Kassel stand man dann vor einem Scherbenhaufen. Ingeborg Stoltzenburg, Mitglied im Ausschuss des VdB, die im Jahr zuvor den ersten gesamtdeutschen Bibliothekartag noch voller Erwartungen angekündigt hatte,¹⁸ zog eine ernüchternde Bilanz: »E i n B e r u f s s t a n d i n n u n e i n e m D e u t s c h l a n d – z w a n g s l ä u f i g a b e r ›s p r e c h e n w i r e i n e u n t e r s c h i e d l i c h e S p r a c h e«. Eine Bemerkung, die man immer wieder am Rande hören konnte.«¹⁹

- 14 Klaus Peters, Bibliotheksrecht. Ein Bericht für die Zeit vom 1.1.-30.6.1991, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 38 (1991), Heft 6, S. 581-588, hier S. 588.
- 15 Engelbert Plassmann/Klaus Peters, Aus dem VdB. Protokoll der Mitgliederversammlung am 23.5.1991 in der Gesamthochschule Kassel, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 38 (1991), Heft 5, S. 509-515, Zit. S. 511.
- 16 Ilse-Lotte Hoffmann, VdDB in Kassel – Bericht über die Mitgliederversammlung, in: ebd., S. 515-518.
- 17 Anne Buhrfeind, Nur für die wissenschaftlichen Bibliotheken fließen die Millionen, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Nr. 44 vom 4.6.1991, S. 1890-1892.
- 18 Ingeborg M. Stoltzenburg, Bibliotheken in Europa. Bericht vom 80. Deutschen Bibliothekartag in Saarbrücken, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 37 (1990), Heft 5, S. 461-465, hier S. 465.
- 19 Ingeborg M. Stoltzenburg, Wissenschaftliche Bibliotheken im vereinten Deutschland. Bericht vom 81. Bibliothekartag in Kassel, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 38 (1991), Heft 5, S. 499-509, hier S. 499. Hervorhebungen im Original.

Diese berufsständischen Debatten ragten zwar nicht direkt, jedoch zumindest indirekt in die Fusionsdebatten zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek hinein. Im Gegensatz zum Gros der ostdeutschen Bibliotheken war für die Deutsche Bücherei aber der Weg in die Vereinigungsgesellschaft durch die engen Verflechtungen mit der Deutschen Bibliothek zumindest in der Perspektive bereits vorgezeichnet. Ähnliches galt auch für die Deutsche Staatsbibliothek, die zunächst eine Zusammenarbeit, nach den Volkskammerwahlen schließlich eine Fusion mit der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz anstrebte. Bereits rund eine Woche vor der Volkskammerwahl 1990 beschlossen die Leitungen beider »Nationalbibliotheken« bei ihrer 27. und letzten Zusammenkunft, die erzwungene Zusammenarbeit umgehend zu beenden.²⁰ Auf die Einstellung der Arbeiten an einer Gemeinsamen Körperschaftsdatei hatten sich beide Bibliotheksleitungen schon einen Monat zuvor verständigt.²¹ Die einmütige Beendigung der Kooperation durch die Bibliotheksleitungen stieß in den Belegschaften allerdings nicht zwangsläufig auf ungeteilte Zustimmung. So beklagte sich ein an der Körperschaftsdatei arbeitender Mitarbeiter der Deutschen Staatsbibliothek bei seinem Leipziger Kollegen, dass die Generaldirektionen bezüglich der jahrelangen Arbeit zum plötzlichen »Sautod [...] geblasen« hätten, was zeigt, dass die Zusammenarbeit allem Zwang zum Trotz unterhalb der Leitungsebene doch ein Stück weit zur Verbesserung der Atmosphäre zwischen beiden Bibliotheken beigetragen hatte.²²

Parallel eröffnete sich für die Leitung der Deutschen Bücherei jedoch an einer anderen Flanke ein Konflikt, der die Gespräche mit der Deutschen Bibliothek zwar nicht belastete, aber dennoch Ressourcen band. Keine drei Tage nach dem Mauerfall löste ein Offener Brief des Journalisten Norbert Wehrstedt in den von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) herausgegebenen *Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten* (MNN) eine viele Monate anhaltende Debatte über die Zensurpraxis in der Deutschen Bücherei und die Verantwortung der Bibliothekare aus. Darin warf Wehrstedt den Bibliothekaren um Helmut Röttsch vor, dazu beigetragen zu haben, dass die ostdeutschen Wissenschaftler »so patentfaul, so wenig kreativ und geistig anregend« seien, und forderte den Generaldirektor auf, im Zuge des Erneuerungsprozesses Stellung zur Zensurpraxis in der Deutschen Bücherei zu nehmen.²³ Nachdem Wehrstedt nach

20 Protokoll der 27. Gemeinsamen Sitzung der Leitungen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Staatsbibliothek am 9. März 1990 im Zimmer der Generaldirektion der Deutschen Bücherei, ADNBL, 811/1, unfol.

21 Deutsche Bücherei, Abt. Kataloge, Heinz Höhne, an Generaldirektor Helmut Röttsch, 7.2.1990, ebd., unfol.

22 Deutsche Staatsbibliothek, Abt. Katalog, an die Deutsche Bücherei, 16.3.1990, SBB, Generalakten, G II/A/30, Bd. 5, unfol.

23 Norbert Wehrstedt, Offener Brief an den Direktor der Deutschen Bücherei. Also sprechen wir über Zensur, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, Nr. 245 vom 11./12.11.1989, S. 6.

einer Woche Schweigen noch einmal nachgelegt hatte,²⁴ entschloss sich Röttsch schließlich zu einem Interview, das er jedoch der *Leipziger Volkszeitung* (LVZ), dem langjährigen Organ der SED-Bezirksleitung Leipzig, gab. Das war durchaus ein taktischer Fehler, denn als Reaktion darauf musste sich Röttsch in den *MNN* vorwerfen lassen, nur mit »Genossen« diskutieren zu wollen.²⁵ Im Interview selbst hatte Röttsch (analog zur offiziellen Sprachregelung in der DDR) die Existenz jeglicher Zensur in der Deutschen Bücherei abgestritten und stattdessen darauf verwiesen, dass es in »jedem einigermaßen zivilisierten Land« »Giftkammern« gebe und die Deutsche Bücherei sich auch nach dem Mauerfall noch an die Verfassung der DDR zu halten habe, welche die Verbreitung »faschistischer« Literatur verbiete. Zugleich machte er deutlich, dass die Deutsche Bücherei aber auch aus Bestandsschutzgründen an ihrem Sperrmagazin festhalten wolle, denn »wir sind kein Ersatz für fehlendes Bibliothekspotential in unserem Lande und namentlich in unserer Stadt«.²⁶ Dieser Defensivhaltung zum Trotz zeigte die mediale Aufmerksamkeit und das damit einhergehende öffentliche Interesse, das sich in zahlreichen, keineswegs nur dem kritischen Tenor der *MNN* folgenden Leserbriefen an Röttsch und die *LVZ* ausdrückte,²⁷ Wirkung. Bereits wenige Tage nach Veröffentlichung des Interviews beschloss eine in der Deutschen Bücherei eingerichtete Sonderkommission über die Zukunft des Sperrmagazins, dass dieses zwar aus den genannten Gründen erhalten, jedoch der schriftliche Nachweis zur Benutzung und jegliche Privilegien abgeschafft werden sollten.²⁸ Dies ging jedoch unter, nachdem die *LVZ* zur Gegenoffensive ausgeholt und nun die *MNN* bezichtigt hatte, sich einseitig der Methoden der westlichen Boulevardpresse zu bedienen.²⁹

Zwar erreichten Röttsch noch im März Zuschriften von Benutzern mit Fragen zum Sperrmagazin, die Debatte aber verhallte bald, genauso wie die *MNN* nach dem 1. Juli 1990 aufhörte zu existieren. Am Ende blieb die Debatte gar ein

24 Norbert Wehrstedt, Nach einer Woche. Neue Fragen an die DB, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, Nr. 252 vom 18./19.11.1989, S. 3.

25 Hellmut Mauersberger, Knarrt die »Giftschrank«-Tür? Auskünfte von DB-Direktor Prof. Röttsch zu einem Brief, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, Nr. 265 vom 13.12.1989, S. 3.

26 Günter Hofmann, Also sprechen wir über die Wahrheit: Zensur oder nicht? Interview mit Prof. Dr. Helmut Röttsch, Generaldirektor der Deutschen Bücherei, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 253 vom 21.11.1989, S. 8.

27 Die Briefe samt Antworten Röttschs befinden sich in ADNBL, 546/3/2; 744; 766.

28 Helmut Lohse, Schlußprotokoll der vom Generaldirektor beauftragten vorübergehenden Arbeitsgruppe zur Neubewertung benutzbarer Bestände des Sachgebietes Spezielle Forschungsliteratur, 27.11.1989, ADNBL, 546/3/2, unfol.

29 Günter Hofmann, Deutsche Bücherei – die vermutete Zensur und die Medien. Nachträge und Ergänzungen zu einer Polemik, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 5 vom 6./7.1.1990, S. 6.

lokales Phänomen, war zu sehr eingebettet in mediale Positionskämpfe »vor Ort« und fand in westdeutschen Medien sowie selbst in überregionalen ostdeutschen Organen keine Rezeption. Dort überwog das Interesse am Zusammenwachsen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek, die sogar Eingang in den Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik vom 31. August 1990 fand. Bereits am 5. April des Jahres hatten sich die beiden Generaldirektoren Helmut Röttsch und Klaus-Dieter Lehmann mit einer Gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit gewagt, in der sie eine »Bibliotheksgemeinschaft unter Beibehaltung ihrer Standorte« ankündigten, die eine »Perspektive für die Deutsche Bücherei geben« und einen »Aufbruch für die Mitarbeiter und Bevölkerung« darstellen werde. Die Vorteile sollten gleichwohl auf beiden Seiten liegen. Die Nationalbibliographie könne künftig unter Vermeidung von Doppelarbeit kollaborativ bearbeitet werden, was beide Institute entlastete.³⁰ Die Deutsche Bibliothek sagte massive Unterstützung für die Modernisierung der Deutschen Bücherei zu, nutzte aber zugleich die Gunst der Stunde, um die Bewilligung für den seit den 1980er Jahren geplanten Neubau, der bislang am Widerstand des Landes Hessen gescheitert war,³¹ zu erhalten. Ferner sprachen auch die jeweiligen Beziehungen nach West- und Osteuropa für die »Bibliotheksgemeinschaft«.³²

Obwohl der Begriff »Bibliotheksgemeinschaft« ein eher offenes Konzept implizierte, waren sich ost- und westdeutsche Pressemedien in der Bewertung dieses Dokuments einig: Hier entstehe eine gesamtdeutsche Nationalbibliothek auf der Basis der Gleichberechtigung. Sie sei damit ein Symbol der Wiedervereinigung.³³ Das öffentliche Meinungsklima war 1990 damit deutlich empfänglicher

30 In einem ersten Papier über die Zusammenarbeit beider Bibliotheken, das noch auf der Basis des Kulturabkommens argumentierte, verwiesen beide Seiten auf notwendige Personal- und Kosteneinsparungen bei der Erstellung der Bibliographien. Vgl. Zur Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bücherei Leipzig und der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main, o.D., ADNBL, 811/10/3/4, unfol.

31 Verliert Frankfurt die Deutsche Bibliothek?, in: Taunus-Zeitung, Nr. 81 vom 7.4.1990, S. 8.

32 Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bibliothek und der Deutschen Bücherei zur Zusammenarbeit in einem künftig vereinten Deutschland, in: Bibliotheksdienst 24 (1990), Heft 6, S. 786f. Hierzu auch Anne Buhrfeind, Kein deutsch-deutscher Luxus sondern einer Kulturinstitution würdig, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Nr. 29 vom 10.4.1990, S. 1422f.

33 Vgl. exempl. Nationalbibliographie künftig gemeinsam, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 103 vom 4.5.1990, S. 6; Alexander Wendt, Es wird auch in Zukunft zwei Nationalbibliotheken geben. Vom verblichenen Glanz der Buchstadt Leipzig (Schluß), in: Sächsisches Tageblatt, Nr. 104 vom 5./6.5.1990, S. 4; Nationalbibliothek mit zwei »Standorten«, Pressegespräch über künftige Projekte Leipzig-Frankfurt/Main, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 130 vom 31.5.1990, S. 7; Gemeinsame Nationalbibliothek, in: Hamburger Abendblatt, Nr. 132 vom 1.6.1990, S. 18; Brücke mit zwei Pfeilern. Deutsche Büchereien Leipzig und Frankfurt am Main vereint, in: Säch-

für eine »Nationalbibliothek« als 16 Jahre später. Selbst Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) habe diesen Begriff in die Debatte eingebracht.³⁴ Dass man sich schlussendlich gegen ihn entschied und stattdessen das nüchterne Label »Die Deutsche Bibliothek« (DDB) verwendete, hatte offenbar pragmatische Gründe. Womöglich wollte man Rücksicht auf österreichische und Schweizer Empfindsamkeiten nehmen und an dieser Flanke keine Konflikte heraufbeschwören.

Aber das waren Nebensächlichkeiten. In der eigendynamischen Mediendebatte wurde die »Nationalbibliothek« zur Projektionsfläche für den Wunsch nach einem neuen gesamtdeutschen Selbstbild³⁵ – zumindest bis zum 3. Oktober 1990. Zwar hatten einzelne ostdeutsche Pressemeldungen, die an die bereits in der Ära Honecker geförderte lokale Identitätsbildung anschlossen,³⁶ schon zuvor Skepsis bezüglich der öffentlich demonstrierten Harmonie angemeldet und die Erwartung formuliert, dass Leipzig unter keinen Umständen hinter

sisches Tageblatt, Nr. 127 vom 2./3.6.1990, S. 10; Renate Rehn, Nationalbibliothek beschlossen. Elf Millionen Bücher sind wiedervereint, in: Neue Ruhr-Zeitung, Nr. 141 vom 12.6.1990, S. 8; Renate Rehn, Zwei Häuser unter einem Dach. Deutsche Nationalbibliothek: Frankfurt und Leipzig teilen sich die Arbeit, in: Der Neue Weg (Halle), Nr. 147 vom 19.6.1990, S. 9; Ein Dach für zwei Häuser. Künftig nur noch eine Deutsche Nationalbibliothek, in: Thüringer Tageblatt (Weimar), Nr. 147 vom 20.6.1990, S. 6; Ein Dach für zwei Häuser. Die deutschen Nationalbibliotheken wollen sich künftig die Arbeit teilen, in: Stuttgarter Zeitung, Nr. 146 vom 21.6.1990, S. 10; Rolf Richter, Nationalbibliothek an zwei Orten. Die Deutsche Bücherei auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 166 vom 25.7.1990, S. 7; »Deutsche Nationalbibliothek« als Dachorganisation, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 176 vom 1.8.1990, S. 8; Thomas Rietzschel, Die Deutsche Nationalbibliothek entsteht. Zwei Standorte auch nach dem Zusammenschluß/Die Deutsche Bücherei zu Leipzig und die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main planen die künftig gemeinsame Arbeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 189 vom 16.8.1990, S. 23; Hochzeit mit Frankfurt. 5 Millionen Bücher gerettet, in: BILD, Nr. 241 vom 6.10.1990, S. 12.

34 Klare Aussagen, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Nr. 40 vom 18.5.1990, S. 1739; Rolf Richter, Nationalbibliothek an zwei Orten. Die Deutsche Bücherei auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 166 vom 25.7.1990, S. 7.

35 Irene Götz, Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hrsg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 51-73.

36 Hierzu besonders Palmowski, Inventing a socialist nation. Zur Anknüpfung der ostdeutschen Medien an den lokalen Heimatdiskurs in der »Wendezeit« vgl. Frank Bösch/Christoph Classen, Bridge over troubled Water? Deutsch-deutsche Massenmedien, in: Bösch (Hrsg.), Geteilte Geschichte, S. 449-488, hier S. 477.

Frankfurt zurückfallen dürfte.³⁷ Unmittelbar nach dem 3. Oktober 1990 aber kippte die Stimmung endgültig. Die medial überhöhte Wunschvorstellung von einer harmonischen Wiedervereinigung hatte vor den Realitäten nicht bestehen können. Stattdessen breitete sich als Reaktion in den ostdeutschen Medien nun blitzartig eine doppelte Opferperspektive aus, wonach man zuerst Opfer der Betrügereien der SED, dann Opfer der westdeutschen Kolonialherren bzw. eines überbordenden und vernichtenden Kapitalismus geworden sei.³⁸ Aus dieser Deutung, die durch die Fortsetzung des in der DDR gepflegten romantisierenden Heimat-Diskurses, aber auch durch die Ignoranz der sozialen Konsequenzen der Wiedervereinigung in den westdeutschen Medien befördert wurde,³⁹ reifte womöglich eine spezifisch ostdeutsche Identität heran,⁴⁰ durch deren Brille die DDR (nicht die SED) in der Retrospektive vieler Betroffener bald positiver erschien als noch zur Zeit der Teilung. In dieser Perspektive erschien nun auch der Generaldirektor der Deutschen Bibliothek, Klaus-Dieter Lehmann, als westdeutscher Kolonialherr, der für die ostdeutschen Kollegen kaum mehr übrig hatte als die »blauen« Entlassungsbriefe. Bibliothekare und technische Mitarbeiter seien, so der Tenor, einzig nach politischen Kriterien entlassen worden, etwa weil sie zuvor in der Bibliothek der SED-Bezirksleitung tätig gewesen waren.⁴¹

Im deutsch-deutschen Mediendiskurs der »Wendezeit« war die Deutsche Bücherei bald zu einem teilenden Symbol geworden, für den Erfolg der Wiedervereinigung auf der einen, für deren Misserfolg auf der anderen Seite. Schattierungen und Zwischenräume waren in dieser Situation kaum noch öffentlich verhandelbar. Unter dieser Oberfläche gestalteten sich die Aushandlungsprozesse jedoch

37 Ebd.; Christa Pehlivanian, Trotz Fusion: Deutsche Bücherei wahrt ihr Gesicht, in: Neues Deutschland, Nr. 184 vom 9.8.1990, S. 7; V.L., Leseland mit Giftschränken. Die Deutsche Bücherei in Leipzig: Buchmuseum oder Nationalbibliothek?, in: Thüringische Landeszeitung, Nr. 202 vom 24.8.1990, S. 8.

38 So etwa Elmar Faber, Von Selbstermunterung, Tugenden und Lastern, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 264 vom 14.11.1990, S. 21.

39 Bösch/Classen, Bridge over troubled Water?, in: Bösch (Hrsg.), Geteilte Geschichte, S. 481; hier Horst Pöttker, Fortschreibung alter Identitäten. Fremd- und Selbstbilder in der Presse des vereinten Deutschlands, in: Michael Haller/Klaus Puder/Jochen Schlevoigt (Hrsg.), Presse Ost – Presse West. Journalismus im vereinten Deutschland, Berlin 1995, S. 235-244, hier S. 240f.

40 Eher skeptisch bezüglich der Rolle der Medien für die Konstruktion einer ostdeutschen Identität Ulli Schönbach, Das Werteklima in den neuen Bundesländern. Wert- und Einstellungsmuster in den Kommentaren ostdeutscher Tageszeitungen 1991-2000, in: Michael Haller/Lutz Mükke (Hrsg.), Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Köln 2010, S. 40-59.

41 Manfred Jäger, Von Frankfurt am Main wird über die Deutsche Bücherei in Leipzig entschieden. Der neue Chef kam mit »Blauen Briefen«, in: Neues Deutschland, Nr. 265 vom 23.11.1990, S. 7.

komplexer. Bis zur Gemeinsamen Erklärung vom 5. April 1990 herrschte noch weitgehend Einigkeit über die gemeinsame Zusammenarbeit. Gerade für Leipzig stellte sich die Situation günstig dar, wie die Ergebnisse eines ersten Treffens leitender Bibliothekare in Reinhardsbrunn am 24. Januar 1990, bei dem es zunächst um die gemeinsame Bearbeitung der Bibliographien ging, zeigen. Dabei machte Lehmann allerdings von Anfang an keinen Hehl daraus, dass Frankfurt von Leipzig eine Anpassung des Geschäftsgangs und des Regelwerks an die Verhältnisse in der Deutschen Bibliothek erwarte. Im Gegenzug sagte Lehmann zu, die Deutsche Bücherei in die Planungen für ein neues EDV-System und damit in die anstehenden Haushaltsverhandlungen mit dem BMI einzubeziehen. Als im März 1990 ein noch vor dem Mauerfall vorbereiteter Antrag bei der VW-Stiftung zur Ausstattung der Deutschen Bücherei mit EDV-Technik abgelehnt worden war, signalisierte Lehmann, auch diese Summen in die Haushaltsdiskussionen in Bonn einzubringen.⁴² Zugleich vereinbarte man, noch »vor dem Wahltermin in der DDR« ein fachliches Konzept für die Zusammenarbeit vorzulegen, mit dem man »vor der Öffentlichkeit bestehen« könne. Auch hierbei machte Lehmann deutlich, dass »marktwirtschaftliche Überlegungen« als Realität anzuerkennen seien.⁴³ Während sich für Leipzig damit schon früh eine reale Chance zur Stabilisierung ergab, stießen die ersten Verhandlungsergebnisse im Frankfurter Personalrat auf Protest. Dieser warf Lehmann in einem Offenen Brief vor, den »Anschluss« der Deutschen Bücherei an die Deutsche Bibliothek nutzen zu wollen, um ein übergreifendes Sparkonzept in Bonn zu rechtfertigen. Der bekundeten Sorge auch um die Arbeitsplätze in Leipzig lag damit eine ähnliche Vision zugrunde, wie sie auch von den Verbandsspitzen des westdeutschen Bibliothekswesens beschworen wurde – nämlich dass die Vereinigung beider Bibliotheken auch personelle Einbußen für Frankfurt zur Folge hätte.⁴⁴ Die wenige Tage später veröffentlichte Gemeinsame Erklärung vom 5. April 1990 entstand damit im Kontext einer doppelten Drucksituation. Dafür spricht auch, dass Lehmanns Antwort auf die Vorwürfe des Personalrates bereits eine Reihe von Punkten aufführte, die kurze Zeit später auch Eingang in den Text der Gemeinsamen Erklärung fanden.⁴⁵

Während die Medien nach der Veröffentlichung der Gemeinsamen Erklärung euphorisch das Entstehen einer deutsch-deutschen Nationalbibliothek verkünde-

42 Helmut Röttsch, Aktennotiz, 12.3.1990, ADNBL, 5.3.1, unfol.

43 Gottfried Rost, Ergebnisprotokoll, Betr.: Gespräch Deutsche Bücherei – Deutsche Bibliothek in Reinhardsbrunn, 24.1.90, ADNBL, 811/10/3/1, unfol.; Klaus-Dieter Lehmann/Ute Valentin, Zusammenarbeit zwischen Deutscher Bücherei und Deutscher Bibliothek, Ergebnis der Besprechung am 24. Januar 1990 in Reinhardsbrunn bei Eisenach (DDR), 6.3.1990, ADNBL, 5.3.2, unfol.

44 Der Personalrat informiert, hrsg. v. Personalrat der Deutschen Bibliothek, Nr. 79 vom März 1990, S. 2-4.

45 Deutsche Bibliothek, Der Generaldirektor, Klaus-Dieter Lehmann, an den Personalrat im Hause, Offener Brief, 26.3.1990, ADNBL, 811/10/3/2, unfol.

ten, offenbarten sich in den internen Diskussionen um die Ausgestaltung der »Bibliotheksgemeinschaft« indes zunehmende Konflikte. Dabei verliefen die Linien jedoch weniger zwischen Leipzig und Frankfurt bzw. Ost und West, sondern zwischen Generaldirektion und Belegschaft innerhalb der Deutschen Bücherei. Sowohl in Leipzig als auch in Frankfurt wurden jeweils konzeptionelle Vorstellungen ausgearbeitet. In Leipzig hatte sich Gottfried Rost, der die Verhandlungen mit Frankfurt im Auftrag der Generaldirektion führen sollte, hierfür Zuarbeiten aus den Abteilungen erbeten. Diese fielen jedoch enttäuschend aus: »Mit Mutmaßungen und Beschreibungen dessen, was nicht gewollt wird, läßt sich kein aussagekräftiges Memorandum anfertigen«, so seine Bilanz. Er habe deshalb »Aussagen treffen und Vorstellungen entwickeln müssen, die zu einem großen Teil so nicht in den Papieren der Abteilungen gestanden haben«. In großen Teilen der Belegschaft sei noch nicht angekommen, dass man sich in Leipzig »auf die Bedingungen des stärkeren Partners einstellen« müsse, um die Deutsche Bücherei zu »retten«. ⁴⁶ In der Tat waren die einzelnen Papiere im Grundtenor stark von Verlustängsten überzeichnet. Gerhard Pomaßl, Leiter der Abteilung Bibliographie, etwa hatte davor gewarnt, die gedruckten Verzeichnisse zugunsten einer vollautomatisierten Bibliographie aufzugeben, weil diese »in weniger entwickelten armen Ländern« noch gebraucht würden. ⁴⁷ Käthe Schroeter, Leiterin des Bereiches Europa/Übersee in der Abteilung Erwerbung, befürchtete sogar den Verlust des Namens Deutsche Bücherei und die Abwanderung der »wesentlichen Funktionen der Nationalbibliothek« nach Frankfurt, sobald dort der Neubau genehmigt sei. ⁴⁸

Die im Juni vorgelegten Konzeptpapiere hätten schließlich unterschiedlicher nicht sein können. Das Frankfurter Papier argumentierte vorwiegend marktwirtschaftlich und betonte die bibliographischen Dienstleistungen. Aus Leipziger Perspektive erschien das Papier damit aber »radikaler als das, was je in unserem Hause über diese Zusammenarbeit gedacht worden ist«. ⁴⁹ Der Leipziger Entwurf war dagegen von einer »juristische[n] Selbständigkeit« beider Häuser ausgegangen, die ihre »investitions- und personalintensiven Aufgaben koordiniert und arbeitsteilig« erledigten. Demnach sollten beide Bibliotheken

46 Stellvertreter des Generaldirektors für Geschäftsgang, Gottfried Rost, Betr.: Entwurf des Memorandums über die künftige Zusammenarbeit mit Frankfurt. Einführung in die Aussprache am 10.5.1990, ADNBL, 5.3.2, unfol.

47 Abteilung Bibliographie, Gerhard Pomaßl, an Gottfried Rost, Betr.: Zuarbeit zum Memorandum Deutsche Bücherei – Deutsche Bibliothek, 2.5.1990, ADNBL, 811/10/3/1, unfol.

48 Abteilung Erwerbung, Bereich Europa/Übersee, Käthe Schroeter, Information der Mitarbeiter über die vorgesehene Vereinigung der Deutschen Bibliothek und der Deutschen Bücherei am 30.5.1990, 1.6.1990, ebd., unfol.

49 Gottfried Rost/Helmut Lohse, Betr.: Planungsüberlegungen zu einer Zusammenführung von der Deutschen Bücherei in Leipzig und der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main, 4.6.1990, ADNBL, 5.3.2, unfol.

jeweils eigene öffentliche Anstalten unter Dienstaufsicht des BMI und eines gemeinsamen Verwaltungsrates bei Fortbestand der jeweils historisch gewachsenen Strukturen darstellen und gemeinsam »kulturpolitisch-wissenschaftspolitisch wichtige Funktionen erfüllen«.⁵⁰ Dagegen sah der Frankfurter Entwurf tiefe Eingriffe in die Struktur der Deutschen Bücherei vor. Allerdings musste auch Rost bei aller Kritik am Frankfurter Konzept einräumen, dass der »Status Quo der Leistungsfähigkeit letztlich die Entscheidungen bringen« werde. Und vor diesem Hintergrund erschien das Frankfurter Memorandum »überzeugender und zukunftssträchtiger [...], zumal es sich exakt auf der Linie der künftigen politischen Entscheidungsträger bewegt«. Bezüglich der Definition der »Bibliotheksgemeinschaft« sei Leipzig zu einer »eklatante[n] Fehleinschätzung« gekommen. Auch die Hoffnung, dass man künftig alle Arbeitsplätze erhalten könne, wich nun einer zunehmend realistischeren Einschätzung: »Man kann sich ungefähr ausrechnen, was eine unabhängige Beraterfirma bei einer Analyse der Arbeitssituation der Deutschen Bücherei herausfinden wird.«⁵¹

Vor dem Hintergrund dieses Urteils schloss sich die Generaldirektion der Deutschen Bücherei schließlich dem Frankfurter Entwurf an, den man an einigen Stellen wohl aber um sozialpolitische Aspekte und die Profilierung Leipzigs als Stätte der Buchforschung ergänzen konnte. So betonte der schlussendliche Entwurf die Bedeutung beider Standorte mit ihren jeweiligen Vorzügen (in Leipzig weiter zurückreichende Sammlung und Schwerpunkt in der Buchforschung, in Frankfurt »hochentwickelte Informationstechnik mit großen Expansionsmöglichkeiten«), machte aber zugleich auf das »immense[s] Defizit« in der technologischen Ausstattung der Deutschen Bücherei aufmerksam. Aus diesem Grunde plädierte das gemeinsame Papier für eine »institutionelle Zusammenführung« beider Häuser zu einer »Nationalbibliothek mit dezentralen Standorten«, wobei sich Leipzig »in den westlichen Rahmen« einfügen müsse. Nur so könne die Deutsche Bücherei bei der Modernisierung adäquat unterstützt werden. Allerdings müssten die Leipziger Kollegen auch »in großem Umfang Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen« absolvieren. Ein kurz-, mittel- und langfristiges Umsetzungskonzept, das auch »personelle Härten vermeiden« helfen sollte, sollte bald in »einer integrierten Arbeitsgruppe, bestehend aus Experten beider Bibliotheken, unter Hinzuziehung eines ausgewiesenen Beratungsbüros« diskutiert werden.⁵²

50 Memorandum: Zur künftigen Arbeitsweise der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main und der Deutschen Bücherei in Leipzig in einer Bibliotheksgemeinschaft, 3. Entwurf, o.D., ADNBL, 811/10, unfol.

51 Gottfried Rost/Helmut Lohse, Betr.: Planungsüberlegungen zu einer Zusammenführung von der Deutschen Bücherei in Leipzig und der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main, 4.6.1990, ADNBL, 5,3,2, unfol.

52 Planungsüberlegungen zu einer Zusammenführung von Deutscher Bücherei in Leipzig und Deutscher Bibliothek in Frankfurt a.M., 15.6.1990, ADNBL, 811/10, unfol.

Es war wohl den Konflikten in beiden Bibliotheken, insbesondere aber in Leipzig geschuldet, dass die Mitarbeiter unterhalb der Leitungsebene über die Ergebnisse der sich anschließenden Verhandlungen zwar unterrichtet, aber nicht mehr in die Vorbereitung der Gespräche einbezogen wurden. Das sorgte in Leipzig bereits im Vorfeld für erheblichen Unmut innerhalb der Belegschaft und Gottfried Rosts Rolle mäanderte zunehmend zwischen der des Beauftragten der Generaldirektion für die Gespräche mit Frankfurt und der des Vermittlers im eigenen Hause. Auf einer Belegschaftsversammlung am 28. Juni 1990, rund zwei Wochen vor Beginn der Koordinierungsgespräche, machte er seinem Ärger Luft. In einer flammenden Rede hielt er den Mitarbeitern vor, diese wollten »lieber alles so lassen wie es ist, als einschneidende Veränderungen vorzunehmen«. Unmissverständlich machte er demgegenüber deutlich, dass es »nicht unsere Emotionen, sondern politische Tatbestände« seien, die über die Zukunft der Deutschen Bücherei bestimmten. Anstatt dem eigenen Untergang tatenlos zuzusehen, sei man den einzig richtigen Weg gegangen und habe »rechtzeitig und mit realistischen Vorstellungen« die Flucht nach vorn angetreten. Die Marktwirtschaft sei die Realität, der man sich nicht verschließen könne:

»Glaubt denn jemand, wir würden in unserer jetzigen Verfassung diese Arena als Sieger verlassen? Glaubt denn jemand, daß politische Entscheidungsträger sagen würden: die Deutsche Bücherei hat sich zwar öffentlich mit dem alten Machtapparat solidarisiert und sich auch für eine sozialistische DDR erklärt, aber sie hat 30 Jahre mehr Bestand, ein schönes Gebäude und ein Buchmuseum. Da verzichten wir auf eine aktuelle bibliographische Berichterstattung in einer modernen Informationstechnologie und ihre Einbindung in die Europäische Gemeinschaft und den weltweiten Datenverbund und schließen die Deutsche Bibliothek.«⁵³

Damit stimmte Rost die Belegschaft auf anstehende Struktur- und Personalmaßnahmen ein. Schließlich aber blieben die im Juli und August stattfindenden Treffen der »Koordinierungsgruppe Leipzig/Frankfurt« hinter den Erwartungen zurück, was in erster Linie dem Zeitdruck geschuldet war. Anstatt einer mittel- und langfristigen Perspektive stand am Ende der Gespräche zunächst nur ein kurzfristiges Konzept über die Harmonisierung der bibliographischen Zusammenarbeit. Dieses Ergebnis muss aber auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass beide Seiten um einen Dialog auf Augenhöhe bemüht waren und schließlich auch die Vertreter der Deutschen Bücherei eigene Akzente setzen konnten, etwa in Fragen der Reihengliederung der künftigen Nationalbibliographie. Andere aus »Sachzwängen« heraus akzeptierte Regelungen, z.B. die Einstellung der Leipziger Titeldrucke, die Begrenzung der bibliographischen Erfassung zu-

53 Gottfried Rost, Rede auf der Belegschaftsversammlung am 28. Juni 1990, ADNBL, 5.3.3.2, unfol.

nächst auf die in der noch existierenden DDR erscheinenden Publikationen und die Nutzung der Erfassungsbögen der Deutschen Bibliothek,⁵⁴ stießen in der Belegschaft der Deutschen Bücherei jedoch ebenso auf Kritik wie die Konzentration auf kurzfristige Maßnahmen. In einer Dienstbesprechung in Leipzig im August 1990 sei es zu »lebhaft[e]n Diskussionen« gekommen.⁵⁵ In der Kritik stand vor allem die »Verhandlungsführung der Leipziger Vertreter«, denen vorgeworfen wurde, »die Deutsche Bücherei unter Wert in die Verhandlungen eingebracht« zu haben. Zudem wurde befürchtet, dass die getroffenen kurzfristigen Maßnahmen »Gewohnheitsrecht« würden und in der Konsequenz »bleibenden Schaden« anrichteten. Hinter der Nutzung der Frankfurter Erfassungsbögen erblickte man gar eine Degradierung des Leipziger Rechenzentrums. Statusunsicherheit und die von den Medien beförderte ostdeutsche Identitätskrise mischten sich ein weiteres Mal mit alten Ressentiments. So sah man allein in dem Umstand, dass »die Deutsche Bücherei als ältere Institution« im Impressum der Nationalbibliographie nicht an erster Stelle genannt wurde, eine Herabwürdigung.⁵⁶

Gleichwohl wurde auch bei der letzten Sitzung der Koordinierungsgruppe noch einmal deutlich hervorgehoben, dass eine »gleichrangige Zusammenarbeit« daran gemessen werde, »daß jeder der beiden Partner ein gleich großes Arbeitsvolumen in Arbeitsteilung bewältigt«.⁵⁷ Dass man über eine Einigung auf kurzfristige Maßnahmen nicht hinauskam, hatte letztlich nicht nur mit »Sachzwängen« und konkurrierenden Zukunftsvorstellungen zu tun, denen sich beide Parteien gegenübersehen, sondern auch mit den Konflikten und den korrespondierenden Kommunikationskosten innerhalb der Deutschen Bücherei. Zu den vereinbarten Treffen im September, bei denen auch personelle Konsequenzen diskutiert werden sollten, kam es angesichts des Ende August 1990 von der Volkskammer beschlossenen Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nicht mehr. Das hatte wiederum zur Folge, dass sensible personelle Folgen ohne vorangegangene Diskussion der Belegschaft nur noch schriftlich bekanntgemacht wurden. War die Generaldirektion den Hoffnungen auf einen Erhalt aller Arbeitsplätze bislang nicht offen entgegengetreten, so kündigte sie am 30. August nunmehr

54 Protokoll Koordinierungsgruppe Leipzig/Frankfurt, 1. Sitzung, 10.-13.7.1990 in Frankfurt, 13.7.1990, ADNBL, 811/10/3/1, unfol.; Koordinierungsgruppe Frankfurt/Leipzig, Protokoll der 2. Sitzung 7.-10. August 1990 in Leipzig, 14.8.1990, ebd., unfol.

55 Hans-Martin Pleßke, Mitteilung für den GD, 22.8.1990, ebd., unfol.

56 Gottfried Rost, Ergebnisprotokoll über die Diskussion der Empfehlungen der Koordinierungsgruppe (1. und 2. Protokoll) in der außerordentlichen Dienstberatung des Generaldirektors am 15.8.1990, o.D., ebd., unfol.

57 Koordinierungsgruppe Frankfurt/Leipzig, Protokoll der 3. Sitzung der Koordinierungsgruppe vom 28.-31. August 1990 in der Deutschen Bibliothek, o.D., ebd., unfol.

einen »schrittweise[n] Personalabbau« an. Bis Ende 1991 sollte die Zahl der Mitarbeiter um 40 bis 50 reduziert werden, als Zielgröße gab Röttsch, der für die Abwicklungen verantwortlich zeichnete, für Ende 1995 eine Belegschaftsstärke von 440 Personen an. Um allzu große soziale Härten zu vermeiden, sollten zunächst die bereits im Rentenalter stehenden Mitarbeiter entlassen und für auslaufende Arbeiten gezielt Beschäftigte eingesetzt werden, die bis 1995 das Rentenalter erreichten.⁵⁸ Schließlich geriet auch Röttsch selbst unverhofft in den Sog dieser Regelung. Obwohl der bereits 67-jährige Generaldirektor »eigentlich noch weiter beschäftigt bleiben wollte«, wurde ihm anlässlich einer Verwaltungsratssitzung »unter vier Augen« mitgeteilt, dass er, wie die übrigen Betroffenen auch, zum 31. Dezember 1990 auszuscheiden habe.⁵⁹

58 Helmut Röttsch, Informationen für die Mitglieder der Dienstbesprechung des Generaldirektors der Deutschen Bücherei, 30.8.1990, ADNBL, 5.3.3.2, unfol.

59 Helmut Röttsch an Klaus-Dieter Lehmann, 18.12.1990, ADNBL, Personalakte Helmut Röttsch, unfol.

Zusammenfassung

Will man die Geschichte der Deutschen Bücherei in der SED-Diktatur verstehen, kann man nicht im Jahr 1945 beginnen. 1912 wurde die Deutsche Bücherei als Institution in privater Trägerschaft des Börsenvereins der deutschen Buchhändler gegründet, nachdem staatliche Initiativen für eine Nationalbibliothek gescheitert waren. 2006 ging sie schließlich in einer gesetzlich konstituierten deutschen Nationalbibliothek auf. Dazwischen lagen Jahrzehnte des Kampfes um Existenz, Status und Einfluss, die eng mit den Konvergenzen und Divergenzen des »Zeitalters der Extreme« (Eric Hobsbawm) verflochten sind. Die DDR hatte an der langen Geschichte der Institution letztlich nur einen sehr bescheidenen prägenden Anteil. DDR-spezifische Entwicklungen, die sich um den nebulösen Terminus »sozialistische Bibliothek« herum gruppierten, überdauerten mitunter nicht einmal die Lebenszeit des ostdeutschen Staates selbst. Stattdessen beriefen sich auch jene Bibliothekare, denen die SED den Aufstieg gebnet hatte, immer wieder auf die ältere Tradition des Hauses. In den Status- und Existenzkämpfen liegt eine Kontinuitätslinie, die durch die politischen Zäsuren 1945 und 1989/90 nicht gebrochen wurde. Überlagert, aber nicht obsolet, sondern dynamisiert wurden diese Konflikte durch den Kalten Krieg und die deutsch-deutschen Sonderbeziehungen.

In diesem vielschichtigen Koordinatensystem gilt es den Einfluss der DDR bzw. der SED auf die Deutsche Bücherei zu vermessen und nach den Handlungsmöglichkeiten der Bibliothekare zu fragen. Die DDR kann dabei weder einseitig als Phase des Niedergangs des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, wie dies in der bisherigen Forschung ein gängiges Narrativ ist, noch lediglich als Fußnote in der Geschichte der Deutschen Bücherei beschrieben werden. Vielmehr wird in dieser Studie eine andere These vertreten. Die DDR, so das zentrale Argument, bot der Deutschen Bücherei und ihren Akteuren, gleich welcher politischen Couleur, einen vielschichtigen Ermöglichungsraum ganz eigener Qualität, der sowohl Chancen als auch Grenzen der Selbstbehauptung in sich barg, und trotz der revolutionären Rhetorik ältere berufliche Strukturen und Narrative weitestgehend zu konservieren und integrieren imstande war. Die Entwicklungen in der DDR waren dabei zum einen selbst in die langen Linien

des 20. Jahrhunderts eingebettet und bewegten sich zum anderen im transnationalen Rahmen und in den Ambivalenzen des deutsch-deutschen Systemkonflikts. So gab es seit der Errichtung der Deutschen Bibliothek im Jahre 1946 nunmehr zwei Bibliotheken, die identische Sammelgebiete pflegten und nahezu gleiche Bibliographien herausgaben, aber in jeweils unterschiedlichen politisch-kulturellen Kontexten agierten. Beide Institutionen changierten stets zwischen Abgrenzung und Grenzüberschreitung. Sie bedienten das Bedürfnis der jeweiligen Regierungen nach Eigenstaatlichkeit, symbolisierten aber gleichzeitig die Fiktion der Einheit.

Um das Agieren der Deutschen Bücherei bzw. ihrer Protagonisten (auch im Kalten Krieg) zu verstehen, muss man sich die jahrzehntelangen Existenz- und Statuskämpfe vergegenwärtigen, die sich ins institutionelle Gedächtnis eingeschrieben haben. Seit ihrer Gründung litt die Bibliothek nicht nur unter einer unzureichenden materiellen Grundlage. Sie hatte sich zudem als Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums sowohl äußeren Anfeindungen als auch internen Konflikten, insbesondere mit dem Börsenverein, um Funktion sowie Ausrichtung der Bibliothek zu erwehren. Im wissenschaftlichen Bibliothekswesen mangelte es ihr dagegen an Anerkennung. Sie galt als Exot und Außenseiter, was in erbitterten Konkurrenzkämpfen mit der Preußischen Staatsbibliothek ihren markantesten Ausdruck fand. Der Kampf um Selbsterhalt und Anerkennung bildete den Erfahrungshintergrund für die Motivation der Bibliothekare, die Deutsche Bücherei als »Nationalbibliothek« zu etablieren. Damit schrieb sich die Institution, obgleich sie in privater Trägerschaft verblieb, zunehmend eine exponierte Staatsnähe ein, womit sich ein exklusiver Ressourcenzugang verband. Als »Nationalbibliothek« konnte die Deutsche Bücherei per se nie in einem unpolitischen Raum agieren. Die Krisenwahrnehmungen und nationalen Zukunftsvisionen in der Weimarer Republik verhalfen ihr geradewegs zum Durchbruch, denn nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg war das Bedürfnis nach einer Rückkehr in den Kreis der Weltmächte und nach nationalen Symbolen groß. Unterstützt durch das Reich, das sich seit 1923 dauerhaft an der Finanzierung der Bibliothek beteiligte, und die kostenlosen Abgaben der Verleger, die ihrerseits auf eine Buchhandelsbibliographie als Werbe- und Informationsmittel angewiesen waren, baute die Deutsche Bücherei ihre bibliographische Vormachtstellung sukzessive aus, wobei das Jahr 1931 mit dem Erscheinen der Nationalbibliographie den Höhepunkt darstellte. Unter Heinrich Uhlendahl, der 1924 zum Direktor berufen worden war, verstärkte die Bibliothek zudem ihre Initiativen, sich im nationalen Gedächtnis zu verewigen. Man organisierte Ausstellungen mit nationaler Strahlkraft, gerierte sich als Repräsentant einer künftigen »Volksgemeinschaft«, engagierte sich im Kampf gegen »Schund- und Schmutzliteratur« und begann an der Gründungslegende der »Reichsbibliothek« von 1848 zu stricken. Vor allem dieser Akt verfolgte mehrere Ziele zugleich. Das schillernde nationale Erinnerungsjahr 1848 sollte das eher farblose Gründungsjahr der Deutschen

Bücherei 1912 und die damit verbundenen konfliktreichen Anfangsjahre überdecken, die Integration in das wissenschaftliche Bibliothekswesen vorantreiben und das Reich dauerhaft an seine Zahlungspflichten gegenüber seiner »Nationalbibliothek« erinnern.

Die entscheidenden Weichen für die Entwicklung der Deutschen Bücherei vom Außenseiter zur »Nationalbibliothek« wurden somit in der Weimarer Republik gestellt. Die Nationalsozialisten konnten hieran unmittelbar anknüpfen. Uhlendahl, der seine Bemühungen zwar als unpolitischen Dienst an der »Nation« begriff, politisch wie viele seiner Kollegen aber tief im nationalkonservativen Milieu verankert war und aus seiner Abneigung gegenüber zentripetalen Kräften und den Mechanismen der Demokratie keinen Hehl machte, zeigte kaum Berührungspunkte mit den Nationalsozialisten, auch nachdem diese ihn anfangs für kurze Zeit inhaftiert hatten. Gleichwohl tasteten die Nazis das tradierte Berufsbild wissenschaftlicher Bibliothekare kaum an, sodass eine weitgehend kontinuierliche Arbeit möglich war. Nach 1945 konnten Bibliothekare deshalb von sich behaupten, einen stets unpolitischen Beruf ausgeübt zu haben, und damit verdecken, dass sich zwischen NS-Regime und wissenschaftlichem Bibliothekswesen zahlreiche Verflechtungen ergeben hatten. Uhlendahls Dienstherr, Propagandaminister Joseph Goebbels, hatte die »Nationalbibliothek« in jeder erdenklichen Hinsicht gefördert; jedoch nicht primär, weil er ihr eine herausgehobene Rolle für die eigene Selbstinszenierung einräumte. Für Goebbels stellte die Bibliothek vielmehr eine Ressource im Kampf gegen konkurrierende Nebenbuhler dar und schließlich boten die dort vorhandenen Wissensressourcen ein zentrales Fundament für die ebenso von Konkurrenzkämpfen geprägte staatliche Zensur- und Literaturpolitik. Das nach außen gekehrte Bekenntnis zum Nationalsozialismus der Deutschen Bücherei beruhte dagegen stärker auf Selbstmobilisierung und ging über eine rein äußerliche Anpassung deutlich hinaus. Einen Missbrauch ihrer Institution sahen die Bibliothekare auch in der Einrichtung zahlreicher konkurrierender Zensurinstanzen im eigenen Hause nicht. Das Opfernarrativ entstand vielmehr erst im Zuge der nach 1945 notwendig gewordenen Abgrenzung vom Nationalsozialismus, wofür wiederum der »antifaschistische« Gründungsmythos der DDR einen Ermöglichungsraum bot. Während der NS-Diktatur aber überwogen offenbar die Vorteile der administrativen Gewaltherrschaft, die mit einem deutlichen Prestige- und Einflussgewinn gegenüber der Preussischen Staatsbibliothek und dem Börsenverein einhergingen. Auch räumte Goebbels der Deutschen Bücherei einen exklusiven Zugang zu bibliothekarischem Raubgut ein. 1940 wurde die Deutsche Bücherei schließlich in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt, was weitere Handlungsspielräume in inneren Angelegenheiten (Personalpolitik) mit sich brachte.

Die Nationalsozialisten bedienten sich der Facharbeit der wissenschaftlichen Bibliothekare, ohne deren Traditionsbestände im Kern anzutasten, und eröffneten ihnen Partizipationsmöglichkeiten. Darin unterschieden sie sich kaum von

der SMAD und SED, obgleich deren ideologische Offensiven in eine ganz andere Richtung zeigten. Das »einheitliche sozialistische Bibliothekswesen«, das sich am sowjetischen Modell der »Massenbibliothek« als Instrument der Volkserziehung orientierte, blieb eine nie eingelöste Zielvorstellung. In der Praxis lebte die sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildete Trennung zwischen wissenschaftlichen und Volksbibliotheken fort. Die Abteilung Volksbildung der SMAD und die ostdeutschen Behörden widmeten speziell der Transformation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens letztlich nur geringe Aufmerksamkeit. Bei der Deutschen Bücherei zeigten sich die Sowjets sogar zu weitreichenden Sonderregelungen bereit. Befehl Nr. 12 übertrug der Institution und deren Generaldirektor Uhrendahl nicht nur Pflichten zur exklusiven Versorgung der Sowjets mit Informationen und zur Bearbeitung einer Liste der auszusondernden Literatur. Der Befehl stellte darüber hinaus eine kommunikative Ressource dar, die Uhrendahl gegenüber ostdeutschen Behörden beflissentlich einsetzte, und gegen deren Autorität sich kein SED-Kader oder Verwaltungsmitarbeiter aufzulehnen wagte.

Dass es letztlich ein Nationalkonservativer war, der die Deutungshoheit über einen sowjetischen Befehl behauptete, war dabei nicht von Belang. Vielmehr sahen sich die vorwiegend aus dem deutschen Volksbibliothekswesen rekrutierten Bibliothekspolitiker der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) selbst nicht in der Lage, die abstrakte Theorie in die Praxis umzusetzen, zumal diese häufig während der NS-Diktatur von ihrem beruflichen Umfeld ausgeschlossen worden waren. Stattdessen banden sie bildungsbürgerliche Eliten wie Heinrich Uhrendahl dialogisch ein. Die Sächsische Landesverwaltung griff in bibliothekspolitischen Fragen, insbesondere mit Blick auf die Deutsche Bücherei, zudem auf Experten aus den 1930er Jahren zurück, deren Fachkenntnisse sowie Loyalität gegenüber Uhrendahl nicht hinterfragt wurden. Spätestens mit der Etablierung der zentralen Wirtschaftsplanung 1947/48 wurden die Traditionen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens vollends in die politische Kultur der SBZ/DDR integriert. Der parallel heraufziehende Kalte Krieg als bestimmendes Weltordnungsmuster verstärkte diesen Prozess. Seither genügte es der SED, wenn die Volksbibliotheken allein die zuvor dem gesamten Bibliothekswesen zugeordneten Erziehungsaufgaben übernahmen. Die wissenschaftlichen Bibliotheken sollten nun vornehmlich dem ebenso als »Klassenkampf« verstandenen wissenschaftlichen »Fortschritt« dienen. Logische Folge dieses Prozesses war die Bildung des Staatssekretariats für Hochschulwesen (später: Staatssekretariat/Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen) im Jahre, 1951, dem auch die wissenschaftlichen Bibliotheken zugeordnet wurden. Von einer kohärenten Bibliothekspolitik lässt sich angesichts dieser frühen funktionalen Differenzierung somit nicht sprechen. Sie wurde vielmehr von innen- und außenpolitischen Entwicklungen bestimmt und unterlag im Ergebnis nur in begrenztem Maße strukturellen und kulturellen Transformationsprozessen. So folgte auch der massenhaften Entlassung formal NS-belasteter Bibliothekare (in der Deut-

schen Bücherei rund die Hälfte bzw. 80 Mitarbeiter/innen) kein harter Bruch mit bibliothekarischen Traditionen. Bibliothekare mit SED-Parteibuch blieben eher die Ausnahme, die strengen Standards für die Laufbahn wissenschaftlicher Bibliothekare unangetastet. Bei der Vertretung berufsständischer Interessen gegenüber staatlichen Akteuren erwies sich die Fachcommunity ungeachtet politischer Präferenzen und Parteimitgliedschaften zudem als äußerst geschlossen. Berufsständischer Korpsgeist bedeutete jedoch keineswegs Resistenz gegenüber der SED, sondern konstituierte sich vielmehr in einer Mischung aus Selbstbehauptung und Selbstmobilisierung.

Neben sachlichen banden Uhlendahl auch strukturelle Kontinuitäten an die DDR. Seit der Weimarer Republik agierte er stets inmitten eines antiparlamentarisch und antipluralistisch gesinnten bzw. strukturierten Umfelds, was die Kommunikation auf eine Ebene zwischen Bibliothek und staatlicher Exekutive verkürzte. Zudem kam dem Bezug zur »Nation« in allen drei Regimen eine herausgehobene legitimatorische Funktion zu. Als »Nationalbibliothek« war der Deutschen Bücherei damit die Aufmerksamkeit der jeweiligen Zentralregierungen sicher, so sehr diese auch politisch auseinanderlagen. Dabei war die jeweilige Dominanz zentrifugaler Kräfte, die auf dem Feld der Kulturpolitik deutlich zutage traten, der Existenz einer »Nationalbibliothek« förderlich. Dass seit 1918 die nationale Frage ganz besonders im Brennpunkt der Debatten in den drei Systemen stand, wirkte auf die Mobilisierung staatlicher Ressourcen positiv. All diese Grundbedingungen fehlten in der Bundesrepublik. So konnte Uhlendahl auch dem ostdeutschen Regime dienen, aber gleichzeitig das Politische ausblenden. Er konnte das bibliothekarische Selbstbild des unpolitischen Kulturgutverwalters nach außen und innen wahren, sich als Repräsentant der »Nation« aber zugleich staatsnah zeigen und damit in kurzer Zeit staatliche Ressourcen mobilisieren. Bibliothek und Politik waren gerade im Falle der Deutschen Bücherei nie getrennte Sphären, sondern bildeten stets »Ressourcen für einander« (Mitchell G. Ash).

Die Gründung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main im Jahre 1946 bedeutete nicht nur das Erwachen einer unmittelbaren Konkurrenz, sondern wertete die Deutsche Bücherei gleich in doppelter Hinsicht auf. Zum einen ließ Uhlendahl das eingeübte Muster des Konkurrenzkampfes von neuem aufleben und nutzte dieses nun im Kleide des »Klassenkampfes« zur Mobilisierung staatlicher Ressourcen in der SBZ/DDR, während die Deutsche Bibliothek innerhalb eines politisch-kulturellen Institutionenarrangements agierte, das adäquate Gegenreaktionen eher verhinderte. Zum anderen legten selbst einstige scharfe Kritiker der Deutschen Bücherei wie Georg Leyh ihre Ressentiments ab und innerhalb der sich nach wie vor als Einheit begreifenden Community der wissenschaftlichen Bibliothekare erschien nun die Deutsche Bibliothek als Exot und Beförderer der Spaltung des Berufsstandes. Freilich versuchte auch die SED diese Konflikte zur Erzielung von ideologischen Geländegewinnen im Westen

zu nutzen, verkannte aber dabei, dass die berufsständischen und politischen Diskurse trotz des jeweiligen Bezugs zur »Nation« allenfalls oberflächlich miteinander kompatibel waren. Die Staatspartei sah in Uhlendahl eine Transferfigur für ihre Ideologie, der Generaldirektor hingegen nutzte den ihm dadurch gewährten Handlungsspielraum, um die Deutsche Bibliothek innerhalb der Fachcommunity bzw. seiner weit in die westdeutsche Politik hinreichenden Netzwerke zu delegitimieren. Er bediente sich dabei einer ambivalenten Rhetorik, die in verschiedenen politischen, sozialen und kulturellen Kontexten eigensinnig ausgedeutet werden konnte, und die letztlich auch das einstige Freundschaftsverhältnis zwischen ihm und dem Frankfurter Direktor Hanns Wilhelm Eppelsheimer in eine erbitterte Feindschaft verwandelte. Damit wohnte dem deutsch-deutschen Bibliothekskonflikt eine ähnliche Eigendynamik wie dem Dissens zwischen Leipzig und Berlin in den 1920er/30er Jahren inne. Er lässt sich damit nicht einseitig in die Klischees des Kalten Krieges einordnen. Genauso wie der Kampf gegen die Bundesrepublik eine bedeutende Legitimationsressource für die SED darstellte, wurde die Deutsche Bibliothek für die Deutsche Bücherei zu einer grundlegenden Existenzbedingung.

Gleichwohl waren die Animositäten zwischen der Deutschen Staatsbibliothek, wie die ehemalige Preußische Staatsbibliothek seit 1954 offiziell hieß (von 1946 bis 1954: Öffentlich-wissenschaftliche Bibliothek, ÖWB), und der Deutschen Bücherei nicht verstummt. Denn obwohl die SED den Anspruch erhob, auch das Bibliothekswesen zu »durchherrschen«, keimten alte Statuskämpfe unter den Vorzeichen der SED-Diktatur von neuem auf, die sich wiederum mit Ressourcenkämpfen verbanden und ganz eigene selbstmobilisierende Kräfte freisetzten. So überbot sich die Deutsche Bücherei etwa in der Bearbeitung von zu Propagandazwecken gedachten empfehlenden Bibliographien, obgleich diese einen mitunter langwierigen und konfliktreichen Kommunikationsprozess erforderten und sich als wirtschaftliche Verlustgeschäfte erwiesen. Neben der jahrelang eingeübten exponierten Staatsnähe waren es gerade diese Statuskämpfe auf der Mesoebene, die die Umsetzung des hierfür grundlegenden Beschlusses des Politbüros der SED über die »Verbesserung der Literaturkritik, der Bibliographie und Propagierung des fortschrittlichen Buches« vom 26. Mai 1953 beförderten – die eigentlichen Bildungs- und Propagandaziele blieben zweitrangig.

Im Wettkampf mit der Deutschen Bibliothek, in dem sich auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs kulturelle Grenzziehung und Ressourcenmobilisierung wechselseitig bedingten, konnte sich die Deutsche Bücherei lange Zeit behaupten. Der Beginn des dringend benötigten Erweiterungsbaus im Jahre 1959 als Reaktion auf die Einweihung des Neubaus in Frankfurt am Main und die als politische wie bibliothekarische Machtdemonstration begangene 50-Jahr-Feier im Oktober 1962, der ein medial inszenierter Besuch Walter Ulbrichts vorangegangen war, markieren die ressourcenmobilisierende Wirkkraft des Kalten Krieges als kulturelles Ordnungsmuster. Die Deutsche Bibliothek bzw. Eppelsheimer,

der sich ebenso wie Uhlendahl staatsnah und entsprechend flexibel in der Auswahl seiner Strategien zeigte, sah sich hingegen zahlreichen Vetospielern in der Bundesrepublik ausgesetzt, die auch das seit 1952 als Geldgeber aktive Bundesinnenministerium (BMI) in seinem vornehmlich antikommunistisch motivierten Bestreben hinderten, die Frankfurter Bibliothek gegen die Deutsche Bücherei aufzustellen. So sehr Eppelsheimer und der Börsenverein auch versuchten, die kommunistische Beeinflussung der Deutschen Bücherei zu überzeichnen, was letztlich auch die Defizite der eigenen Bibliographie überdecken sollte – sie scheiterten stets an der Kulturhoheit der Länder, am außenpolitischen Konzept der Westbindung, das eine Überbetonung des Nationalen ausschloss, und an deutschlandpolitischen Gegensätzen zwischen CDU und SPD. Zudem genoss die Deutsche Bücherei nach wie vor das Vertrauen vieler westdeutscher Verleger und auch in der westdeutschen Medienöffentlichkeit galt sie lange Zeit noch als nationaler Sehnsuchtsort. Darin zeigen sich letztlich die Grenzen des vermeintlich dominierenden Deutungsmusters des Antikommunismus in der Bundesrepublik.

Erst seit Mitte der 1960er Jahre wandelte sich das Verhältnis zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek allmählich. Im Zuge des Schocks über die »technologische Lücke« zwischen der Bundesrepublik und den USA änderten sich die Rahmenbedingungen für die staatliche Wissenschaftsförderung durch den Bund grundlegend. Dieser konnte sich nun als starker Akteur zur Überwindung der »Krise« gegenüber den Ländern behaupten, was sich im Prozess der Debatten um das Gesetz über die Deutsche Bibliothek vom 31. März 1969 unmittelbar widerspiegelt. Dabei spielte der Diskurs über die »Wissengesellschaft« jedoch eher eine legitimierende Rolle für die Mobilisierung von Ressourcen. Gleichwohl war diese Debatte von einer Akzentverschiebung im Konzept »Nationalbibliothek« begleitet, wonach nicht mehr die Kulturfunktion der Bibliothek im Vordergrund stand, sondern deren Charakter als Dienstleisterin des gesellschaftlichen »Fortschritts«. Unter dieser Oberfläche einte alle in die Belange der Deutschen Bibliothek involvierten Akteure aber noch immer der Wunsch, die Deutsche Bücherei als kommunistische und wirtschaftliche Konkurrenz auszuschalten. Bereits 1966 hatte die Deutsche Bibliothek deshalb technisch aufgerüstet und war nunmehr in der Lage, die langen Bearbeitungszeiten für die Bibliographie bei einem, verglichen mit Leipzig, deutlich kleineren Personalstab zu reduzieren. Die Frankfurter Bibliographien erschienen so bald vor den Leipziger Pendanten, was Erstgenannte zweifelsohne aufwertete. Bis die EDV aber zum Movers innerer Reformen wurde, verging noch ein gutes Jahrzehnt.

In Leipzig kämpfte man dagegen an zwei Fronten. Anders als im Westen sorgten hier unifizierende Bestrebungen im Bibliothekswesen für Unruhe. Während hinter der Idee der »sozialistischen Bibliothek« im wissenschaftlichen Bereich bis Anfang der 1960er Jahre kein kohärentes Konzept gestanden hatte, rückte ein solches im Zuge der Bildungsdebatten nach dem Mauerbau nun in das Blick-

feld, das aber zugleich die Statusunterschiede der Institutionen zu verwischen drohte. So zählte die Deutsche Bücherei mit der Deutschen Staatsbibliothek zu den energischsten Kritikern des »einheitlichen Bibliothekswesens«. Dass dessen Umsetzung aber scheiterte und die Idee lediglich in die Bibliotheksverordnung vom 31. Mai 1968 ohne verpflichtenden Charakter übernommen wurde, lag indes eher an unüberwindbaren Kompetenzkonflikten zwischen dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen und dem Kulturministerium sowie an der generellen Randständigkeit der Bibliotheks- innerhalb der Bildungsdebatte. Einen positiven Nebeneffekt hatte die Debatte dennoch. Die Deutsche Bücherei und die Deutsche Staatsbibliothek, die von den Behörden seit 1964 offiziell als Teile einer ostdeutschen »Nationalbibliothek« betrachtet wurden, legten ihre Streitigkeiten bei und begannen ein Jahr nach Erlass der Verordnung von 1968 mit der Koordination gemeinsamer Aufgaben. Der Zwang zur Kooperation trug somit ein Stück weit zur Einhegung älterer Konfliktlinien bei.

Bedrohlicher nahm sich aus Leipziger Perspektive indes die Automatisierung der Bibliographie durch die Deutsche Bibliothek aus. Spätestens an dieser Stelle wurde offenbar, dass das Bibliothekswesen im Rahmen der DDR-Wissenschaftspolitik eine nachrangige Rolle spielte, was bis dahin maßgeblich zur Reaktivierung traditioneller Strukturen beigetragen hatte. Bei allen Versuchen, eine westdeutsche EDV-Anlage zu erhalten, wurden die Widersprüche zwischen dem Privileg der Randständigkeit und der politisch herausgehobenen Stellung der Deutschen Bücherei deutlich. Bis zuletzt blieben die Mittel der staatlichen Wissenschaftsförderung im Bibliothekswesen dieselben und wurden nicht an sich ändernde Umstände angepasst. Die kontinuierliche Erhöhung der Stellenpläne, die Gewährung außerplanmäßiger Mittel für den Bibliotheksbau und die moderate Anhebung des Erwerbungssetats, der im Fall der Deutschen Bücherei jedoch allenfalls fünf bis zehn Prozent der jährlichen Produktion aus Westdeutschland abdeckte, wirkten in einem zunehmend von Technisierung geprägten internationalen Bibliotheksdiskurs bald schon aus der Zeit gefallen.

Die Inflexibilität der staatlichen Wissenschaftsförderung in der DDR, verstärkt durch die zunehmende administrative Marginalisierung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, sowie wachsende Finanzierungsprobleme seit Ende der 1960er Jahre ließen die Deutsche Bücherei im Vergleich zum nunmehr international propagierten Leitbild der »modernen Großbibliothek« bald antiquiert erscheinen. Nach außen demonstrierte man zwar Modernität, im Innern arbeitete man jedoch noch immer nach Methoden, die die internationale Fachwelt zu überwinden trachtete. Die von der SED kontinuierlich gepriesene Überlegenheit des zentralistischen Planungsregimes erwies sich im wissenschaftlichen Bibliothekswesen zunehmend als ineffizient. Stattdessen beherrschten bald informelles Krisenmanagement und dezentrale Initiativen das Politikfeld. Eine EDV-Konzeption als Nukleus der Zukunft des Bibliothekswesens in der »Informations- und Wissensgesellschaft« etwa ließ sich nur auf örtlicher Ebene um-

setzen, verursachte aber mehr Probleme als sie löste und erwies sich als höchst störanfällig. Zwar wurden in den 1980er Jahren noch einmal alle zentrifugalen Kräfte mobilisiert und Kompetenzkonflikte zwischen den Ministerien ad acta gelegt, um ein mittelfristiges Modernisierungsprogramm zu erarbeiten, diese Initiativen aber kamen angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Probleme zu spät. Gleichwohl wuchsen hierdurch das Problembewusstsein und der Handlungsdruck in kürzester Zeit, sodass die 1980er Jahre nicht einseitig als Phase der Stagnation verstanden werden können. Sie waren ebenso ein Jahrzehnt des Aufbruchs. Gerade die bibliothekspolitischen Initiativen dieses Zeitraums prägten nicht zuletzt die deutsch-deutschen Vereinigungsgespräche. Zudem bedeuteten die 1980er Jahre für die Deutsche Bücherei nochmals einen Zugewinn an Handlungsspielraum durch das 1986 zwischen beiden deutschen Staaten geschlossene Kulturabkommen. Dem vorangegangen waren bereits erste Formen der Zusammenarbeit zwischen Leipzig und Frankfurt, die freilich erst unter Eppelsheimers Nachfolger Kurt Köster möglich wurden und sich vorwiegend auf gegenseitige Unterstützungsleistungen in der Sammlungspolitik konzentrierten, ohne dass das gegenseitige latente Misstrauen dabei abflaute. Persönliche Kontakte und Wahrnehmungen spielten hierbei stets eine größere Rolle als politische Zeitstimmungen. Je mehr die Grenzen der Ressourcenmobilisierung in der DDR aber offenbar wurden, desto stärker suchte Helmut Röttsch die Kooperation mit Frankfurt. Das Kulturabkommen ermöglichte schließlich die Anbahnung von Perspektiven, deren Umsetzung aber zunächst durch den fortbestehenden Systemkonflikt und fehlende Ressourcen auf der ostdeutschen Seite, aber auch wegen unterschiedlicher Erwartungshaltungen der Bibliotheksleitungen in Ost und West blockiert wurde. In Leipzig betrachtete man das Kulturabkommen als Ersatz für ein fehlendes deutsch-deutsches Pflichtexemplargesetz, in Frankfurt lag der Fokus dagegen auf grenzübergreifenden Bibliotheksprojekten. Das Narrativ der gemeinsamen Nationalkultur, das zuweilen in westdeutschen Medien aufschien, spielte jedoch auf beiden Seiten keine Rolle. Darin zeigen sich letztlich die Grenzen der deutsch-deutschen »Annäherung«. Die Umsetzung des Kulturabkommens folgte vielmehr kurz- bzw. mittelfristigen Einzelinteressen, nicht aber langfristigen Zielvorstellungen. Dennoch bot der sich infolge des Abkommens entwickelnde Personalaustausch eine wichtige Grundlage für das Fusionskonzept der Jahre 1990/91.

1979/80 wurden die Weichen im Verhältnis beider Bibliotheken endgültig zugunsten der Deutschen Bibliothek umgelegt. In Leipzig mehrten sich die Bearbeitungsrückstände für die Bibliographien, die damit zusehends an Aktualität verloren. In Frankfurt konnte man mit der finanziellen Unterstützung durch das BMI, das Ministerium für Forschung und Technologie und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) dagegen innere Strukturreformen sowie Investitionen in die Technisierung realisieren und damit auf den rasant expandierenden westdeutschen Buchmarkt adäquat reagieren. Dabei wirkte die deutsch-deut-

sche Konkurrenzsituation lange Zeit noch als primärer ressourcenmobilisierender Faktor, während die im öffentlichen Raum an Dominanz gewinnenden Debatten über »Wissensgesellschaft« und »moderne Großbibliotheken« eher aus Legitimationsgründen adressiert wurden. Die Einführung der EDV im Jahre 1966 war noch nicht Teil eines auf die »Wissensgesellschaft« gerichteten Zukunftskonzepts. Erst mit dem Wechsel an der Spitze der Deutschen Bibliothek von Kurt Köster zu Günther Pflug (1975) rückte das auf den deutsch-deutschen Handlungsraum konzentrierte Narrativ der Bedrohung aus dem Osten allmählich aus dem Fokus und die Deutsche Bibliothek verschmolz nunmehr mit der (trans-)nationalen »Wissensgesellschaft«. Gleichwohl bedeuteten die parallelen Strukturreformen im Innern keinen harten Bruch mit bisherigen Arbeitsroutinen, wie dies in der offiziellen Rhetorik häufig aufschien. Dies waren vielmehr Absichtsbekundungen. In der Praxis wurden die Maßnahmen eher an fortbestehende Strukturen angepasst. Zudem mehrten sich die Konflikte zwischen Bibliotheksleitung und Betriebs- bzw. Personalrat – eine Konfliktlinie, die noch in die Vereinigungsgespräche hineinwirkte. In Frankfurt fand jedoch insgesamt ein allmählicher Wandel im Zukunftsdenken statt, der maßgeblich zur Emanzipation von Leipzig beitrug. Dass sich die Deutsche Nationalbibliothek, deren Zentrale in Frankfurt liegt, heute an die Spitze der Digitalisierung stellt, hat seine Wurzeln tief in der Geschichte der Deutschen Bibliothek. In Leipzig betonte man dagegen wieder verstärkt die Tradition, deren identitätsstiftende Wirkungskraft sich in den Fusionsdebatten 1990/91 auch gegen die Fusionspläne mit Frankfurt richtete. Im Vergleich der Bibliothekspolitiken in Ost und West erwiesen sich die im Zuge der deutsch-deutschen Bildungsdebatten der 1960er Jahre aktivierten zentrifugalen Kräfte in der Bundesrepublik aber als international anschlussfähiger. Hieran knüpften die Fusionsgespräche nach 1990 an. Dass Frankfurt der dominierende Partner war, weil nur das dort vertretene Zukunftskonzept eine Mobilisierung staatlicher Gelder versprach, darüber bestand zwischen den Bibliotheksleitungen beider Seiten kein Dissens – die Konfliktlinie verlief vielmehr zwischen Generaldirektion und Belegschaft in Leipzig.

Die DDR bot der Deutschen Bücherei zumindest bis zu einem gewissen Grad und Zeitpunkt einen Ermöglichungsraum zur Selbstbehauptung im Rahmen eines langen und systemübergreifenden Kampfes um Existenz und Status als »Nationalbibliothek«. Das Fehlen mächtiger Vetospieler (die Deutsche Staatsbibliothek konnte sich als effektvoller Vetospieler letztlich nicht behaupten), die Existenz einer starren Ideologie, die jederzeit reflexartig abgerufen und in politisches bzw. materielles Kapital umgemünzt werden konnte, die Mechanismen der staatlichen Wissenschaftsförderung und schließlich die asymmetrische Verflechtung mit der Bundesrepublik, die trotz der Systemkonkurrenz gerade in der Phase der europäischen Entspannung zusätzliche Kooperations- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete, waren der Entwicklung der Deutschen Bücherei förderlich. Die Geschichte der Deutschen Bücherei macht dabei deutlich, dass

die asymmetrische Verflechtung West- und Ostdeutschlands keine Einbahnstraße zum Nachteil der DDR war. Bis in die 1970er Jahre hinein lief die Deutsche Bibliothek der Deutschen Bücherei hinterher. Erst dann kehrte sich das Verhältnis um. Als dominierende Bibliothek konnte sich die Deutsche Bücherei aber nur deshalb lange Zeit behaupten, weil die SED im Kampf um internationale Anerkennung nationale Symbole brauchte und die Erwerbungssetats für wissenschaftliche Bibliotheken schon in der frühen DDR nicht mehr mit dem expandierenden Buchmarkt der Bundesrepublik mithalten konnten.

Die 1970er und 1980er Jahre lassen sich jedoch nur dann als Phase der Stagnation und des Niedergangs beschreiben, wenn man einzig den Vergleich zwischen der Deutschen Bücherei und der Deutschen Bibliothek zum Ausgang nimmt und diese Zeitspanne vom Herbst 1989 aus denkt. In den Grenzen der DDR aber blieb die Deutsche Bücherei bis zuletzt funktionsfähig, weil der Großteil der westdeutschen Verleger sie nach wie vor mit Belegexemplaren belieferte. Gerade im Zeichen stagnierender bzw. rückläufiger Erwerbungssetats für andere wissenschaftliche Bibliotheken gewann die Leipziger Bibliothek noch einmal deutlich an Attraktivität, was sich an den massiv wachsenden Benutzerzahlen der 1980er Jahre ablesen lässt. Dass die westdeutschen Verleger die Deutsche Bücherei mehrheitlich mit kostenlosen Belegexemplaren belieferten, war jedoch nur bedingt ein Ausdruck von Traditionsbewusstsein. Die Motive der Verleger waren viel heterogener, was auch den 1948 in Frankfurt neugegründeten (westdeutschen) Börsenverein eher zurückhaltend agieren ließ, obgleich es in den 1950er Jahren Ansätze gab, offensiv gegen die Deutsche Bücherei vorzugehen. In dieser Situation entschied sich der Vereinsvorstand jedoch für einen freien Wettbewerb und vermied unter Hinweis auf das unpolitische Selbstbild jegliche interne Richtungsdiskussion, zumal viele Verleger in der Deutschen Bücherei noch immer einen Dienstleister sahen, der ihnen eine professionelle und international anerkannte Bibliographie als Werbe- und Informationsmittel anbot. Politische Aktionen gegen die Deutsche Bücherei in den 1950er Jahren hatten sich zudem häufig zulasten der vom Verband getragenen Deutschen Bibliothek ausgewirkt. Dass die Bibliographie bis etwa Mitte der 1960er Jahre dagegen immer wieder Eingriffen seitens der Staats- und Parteistellen der DDR unterlag, störte nur wenige Verleger. Anders als die Frankfurter Bibliographie aber enthielt die Nationalbibliographie aus Leipzig das gesamte Verlagsschrifttum der DDR und außerdem stellte sie das für Geschäfte mit Staaten des »Ostblocks« maßgebliche Informationsmittel dar. Aber auch an der Frankfurter Bibliographie hatten viele Verleger zunehmend ein Interesse, stellte diese doch gerade im Westen das Hauptinformationsmittel dar. Der von einer permanenten Krisenwahrnehmung geprägte Berufsstand war durch beide Bibliographien weltweit omnipräsent und konnte damit ungeachtet der Fronten des Kalten Krieges wirtschaftlich agieren. Schon kurz nach dem Mauerbau am 13. August 1961 wurden zuvor noch wirkmächtige antikommunistische Ressentiments unter Verlegern zudem von der

Hoffnung überlagert, die Deutsche Bücherei als eine der »letzten Verbindungen« in die DDR für eigene Interessen nutzen zu können. Der Imagewechsel der Bibliothek weg von sozialistischer Rhetorik hin zur traditionellen Repräsentation als unpolitische Institution nährte diese Hoffnungen. Dabei eigneten sich die leitenden Bibliothekare eine institutsspezifische Doppelmoral an. Im Verkehr mit westdeutschen Verlegern agierten sie als unpolitische Interessenvertreter der Deutschen Bücherei, gegenüber ihren ostdeutschen Benutzern dagegen mitunter als ideologische Hardliner. Auch von der Bundesregierung wurde die Deutsche Bücherei schon vor dem Durchbruch der »Neuen Ostpolitik« als Mittlerin zwischen Ost und West wahrgenommen. In den 1970er/80er Jahren waren es schließlich die häufig als Bedrohung wahrgenommene zunehmende Kommerzialisierung und der Globalisierungsdruck, die nahezu alle politischen Vorbehalte gegenüber der Deutschen Bücherei, aber freilich auch jegliche Kritik an den Verhältnissen in der DDR im westdeutschen Verlagswesen schwinden ließen. Die Deutsche Bücherei konnte von diesem tiefgreifenden Umbruch im Verlagswesen, dessen praktische Implikationen noch zu erforschen sind, stärker profitieren als vom Verweis auf ihre Tradition.

Richtet man den Blick stärker auf die Akteure der Deutschen Bücherei, deren Eigeninteressen und Sinnwelten, so werden weitere Dynamiken innerhalb des von außen so monolithisch erscheinenden »demokratischen Zentralismus« sichtbar. Damit wird die Perspektive weg von der Makro- und Meso- hin zur Mikroebene gewechselt und die Deutsche Bücherei als Ort sozialer Beziehungen in den Blick genommen, an dem sich Loyalitätsnetzwerke ausbildeten, die um Einfluss und Ressourcen konkurrierten. Die entscheidende Zäsur in dieser Entwicklung bildet das Jahr 1950, in dem mit Helmut Röttsch der erste nicht klassisch ausgebildete Bibliothekar in eine Schlüsselposition der Deutschen Bücherei delegiert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Loyalitäten einzig auf Heinrich Uhlendahl ausgerichtet, der die Bibliothek patriarchisch mit Direktorialverfügungen leitete. Er allein entschied über Personal und Ressourcenzuteilung, allerdings nicht ohne Unterstützung durch die Sowjets und die ostdeutschen Verwaltungsstellen. Diese ermöglichten ihm etwa weitreichende Spielräume bei der Rehabilitierung NS-belasteten Personals in leitenden Positionen. Versuche, Uhlendahl in seinem Handlungsspielraum zu beschränken, scheiterten dagegen. Vielmehr banden die Behörden diesen aus Interesse an dessen westdeutschen Netzwerken ein und begrenzten sich in ihrem Handlungsspielraum gegenüber der Deutschen Bücherei damit selbst. Gleichwohl arrangierten sich die Bibliothekare mit den neuen Verhältnissen schnell und Uhlendahl unterstützte in seinem Kampf gegen die Deutsche Bibliothek sogar die Einheitspropaganda von SMAD und SED bis zu einem gewissen Grade. Zugleich überschritt auch Uhlendahl bestimmte Grenzen des Sagbaren nicht.

Mit Helmut Röttsch, der 1950 zum Verwaltungs- und Personalchef ernannt wurde, geriet dieses trotz aller Widersprüche stabile Arrangement gehörig ins

Wanken. Röttsch zählte zu jenen jungen SED-Funktionären, denen die kaderhungrige Partei im Zuge der Errichtung ihrer Herrschaft exklusive Integrations- und Aufstiegsmöglichkeiten geboten hatte. Jene Kader, die vor 1945 politisch nicht oder kaum in Erscheinung getreten waren, gaben nun auch bald den Ton in der SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei an und propagierten offensiv den Bruch mit dem bildungsbürgerlichen Berufsideal des wissenschaftlichen Bibliothekars. Zu den Protagonisten zählten neben Röttsch vor allem Kurt Brückmann, der 1953 als Stellvertreter Uhlendahls zu dessen politischer Überwachung eingesetzt wurde, Annemarie Plettner, die sich über die Frauenpolitik der SED Aufstiegsmöglichkeiten erhoffte, und Werner Rittner, der als nach 1945 ausgebildeter Volksbibliothekar die Auskunftstätigkeit der Deutschen Bücherei zu einem Instrument der Literaturpropaganda umwandeln sollte. Röttsch, ebenfalls Parteileitungsmitglied, agierte in dieser Akteurskonstellation durchaus geschickt, fand in der Deutschen Bücherei aber auch günstige Bedingungen für seinen sozialen Aufstieg vor. Denn während Brückmann, Plettner und Rittner sich in der SED-Grundorganisation lautstark als Repräsentanten der sozialistischen Bibliothekspolitik hervortaten und die SED-Grundorganisation zu einer Arena des »Klassenkampfes« machten, konnte Röttsch im Hintergrund deren Initiativen zur Absetzung Uhlendahls unterstützen und sich damit als würdiger SED-Kader profilieren, ohne sich aber als Hardliner gerieren zu müssen. So unterstützte er die Parteileitung, indem er in seiner Zeit als Personalchef (1950-1953) kompromittierendes Material über Uhlendahl sammelte und dieses bereitwillig der Staatssicherheit übergab. Bei der Kontroverse um Uhlendahl ging es jedoch allenfalls oberflächlich um die Durchsetzung eines sozialistischen Berufsbildes. Den Sonderstatus der Deutschen Bücherei, der ohne Fachexpertise nicht zu halten war, wollten auch die jungen Kader nicht aufgeben. Dies hatten sie mit den von ihnen als reaktionär verbrämten Bibliothekaren alten Schlags gemein. Vielmehr ging es ihnen darum, die exklusiven Aufstiegsmöglichkeiten der Deutschen Bücherei zu nutzen. Eine tradierte Kultur des Existenz- und Statuskampfes und die Repressionskultur in der Phase des »sozialistischen Aufbaus« gingen dabei ein eigenartiges Mischungsverhältnis ein. Jedoch kämpfte die Parteileitung erfolglos gegen Uhlendahl und dessen Loyalitätsnetzwerk. Es gelang ihr nicht, ein wirkmächtiges Gegenkollektiv aufzubauen, zumal selbst die im Staatssekretariat für Hochschulwesen zuständigen Bibliothekspolitiker Johannes Müller und Werner Schmidt Uhlendahl weitreichende Mitwirkungsrechte zugestanden und die SED generell die Fachexpertise der wissenschaftlichen Bibliothekare nicht infrage stellte. So sahen auch die zentralen Staats- und Parteistellen die Deutsche Bücherei in erster Linie als Kultur- und Wissensressource, auf die die staatliche Wissenschaftspolitik angewiesen war. Der Frust über die eigene Erfolglosigkeit war damit ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für die Genossen in der Deutschen Bücherei, die die Linie der Partei durchsetzen wollten, ohne aber über hinreichenden Rückhalt in den übergeordneten Institutionen zu verfügen.

Die Absetzung des langjährigen Generaldirektors scheiterte jedoch aus einer Vielzahl von Gründen. Zum einen verfolgte die Stasi eine eigene Strategie zur Überwachung Uhlendahls, die sich als dysfunktional erwies. Zum anderen genoss der Generaldirektor noch immer Rückhalt im Gros der Belegschaft, die sich nicht gegen ihren Chef mobilisieren ließ. Und schließlich wurde durch den unerwarteten plötzlichen Tod Uhlendahls Ende Dezember 1954 die gesamte Kampagne obsolet. Aber auch diese Chance konnte die Parteileitung nicht für sich nutzen. Obwohl sie die Deutsche Bücherei als Instrument im »Klassenkampf« gegen die Bundesrepublik politisch in Stellung zu bringen versuchte (was den Sonderstatus zugleich konservierte), entschied sich das Staatssekretariat im Einvernehmen mit dem ZK der SED dafür, mit Curt Fleischhack einen altgedienten bürgerlich-sozialisierten, aber mit der SED den Konsens suchenden Bibliothekar zum Generaldirektor zu berufen, der die westdeutschen Netzwerke weiterhin im Sinne Uhlendahls pflegte. Den Sprung nach oben schaffte am Ende nur Kurt Brückmann. Nachdem seine Initiative zur Besetzung des Generaldirektorenpostens mit einer im Literatur- und Kulturbetrieb der DDR anerkannten Persönlichkeit gescheitert war, arbeitete er im Hintergrund an der Entmachtung Müllers und Schmidts im Staatssekretariat; mit dem Ergebnis, dass Brückmann 1959 die Position Müllers übernahm, was die SED-Grundorganisation in der Deutschen Bücherei aber zugleich schwächte. Dass die Deutsche Bücherei für Brückmann kaum mehr als eine berufliche Durchgangsstation gewesen war, bewies er noch, als er 1969 Direktor der Deutschen Staatsbibliothek wurde und nun die Deutsche Bücherei als Konkurrenten um Macht und Einfluss betrachtete. Plettner und Rittner wurden indes zwischen den konfligierenden Interessen zerrieben; Plettner zwischen den Männerzirkeln der leitenden Bibliothekare und der Parteileitung, Rittner floh 1961 wenige Tage vor dem Mauerbau völlig ausgebrannt in den Westen. Röttsch ging aus diesen Kämpfen gestärkt hervor. Seine Karriere hatte einen deutlichen Schub erfahren. Von 1953 bis 1955 konnte er sich als Leiter der Lesesäle um den Aufbau sozialistischer Handbibliotheken verdient machen, von 1956 bis 1959 sammelte er als Erwerbungschef Erfahrungen im Umgang mit westdeutschen Verlegern und 1959 beerbte er schließlich Brückmann als stellvertretender Hauptdirektor. Von Fleischhack hatte er keinerlei Gegenwind zu befürchten. Dieser beschränkte sich selbst auf repräsentative Aufgaben und die wissenschaftliche Arbeit. Als Organisator und Vermittler zwischen den konfligierenden Netzwerken und Interessen innerhalb der Deutschen Bücherei erwies sich Fleischhack dagegen selbst als ungeschickt. Dass Röttsch 1961 Hauptdirektor wurde, war jedoch keine logische Folge, obgleich die Parteileitung der SED-Grundorganisation ihn stark förderte. Seinen Posten verdankte er letztlich einem peinlichen Zwischenfall, der mit seiner Tätigkeit als IM seit 1955 zusammenhing. Durch eine Dekonspiration in der Bundesrepublik drohte 1961 auch Röttschs Enttarnung. Um ihn aus der Schusslinie zu nehmen, intervenierte die Stasi bei Staatssekretär Wilhelm Girnus und forderte Röttschs

Ernennung zum Hauptdirektor, während Brückmann (nun als zuständiger Referent) noch einmal versucht hatte, einen Nicht-Bibliothekar für den freien Leitungsposten an der Deutschen Bücherei zu gewinnen. Ein dezidierter Wandel der Institutionenkultur von einer »bürgerlichen« zu einer »sozialistischen Bibliothek« lässt sich trotz der Ernennung Rötzschs zum Hauptdirektor nicht feststellen. Das Selbstverständnis der Deutschen Bücherei blieb unverändert, weil sich einerseits die Institution als politisch und ökonomisch nützlich erwies, andererseits aber auch, weil die neuen »sozialistischen« Bibliothekare keine Vertreter einer kommunistischen Revolutionsbewegung waren, sondern einer SED, die auf dem Weg zur Staatspartei war. In diesem Referenzrahmen war es kein Widerspruch, sich als Vertreter einer traditionsreichen Kulturinstitution und eines sozialistischen Staates zugleich zu fühlen.

Wie sehr Rötzschs eigene Wahrnehmung durch die Ideologie der SED geprägt war, lässt sich aus den Quellen zwar kaum hinreichend belegen. Er hat jedoch die sich bietenden Möglichkeiten, die ihm die SED und ihre Institutionen eröffneten, selbstbewusst und durchaus geschickt für den eigenen Aufstieg genutzt. Dies schloss auch bereitwillige Denunziation ein. In seiner Funktion als Hauptdirektor knüpfte er an die Linie der Parteileitung an, in der sich sozialistische Bildungsrhetorik und traditionelles Selbstverständnis als »Nationalbibliothek« nicht ausschlossen, sondern als Ressourcen geradezu einander bedingten. Im Unterschied zu Brückmann und Plettner aber war sein Auftreten im Innern von weniger Klassenkampfrhetorik, stattdessen aber von Konsensfindung geprägt, was ihn zu einer Integrationsfigur werden ließ. In seiner Doppelrolle als Bibliotheksdirektor in der DDR und Vertreter einer gesamtdeutschen Bibliothek profitierte Rötzsch zudem vom Mauerbau am 13. August 1961, denn hierdurch wurde dieser Rollenkonflikt eingeehgt. In Westdeutschland konnte er sich nun als würdiger Nachfolger des bereits zum Mythos und Sinnbild des unpolitischen Fachbibliothekars gewordenen Heinrich Uhlendahl inszenieren, ohne dass sich aus der Perspektive der Bundesrepublik noch hinreichend beurteilen ließ, inwiefern dies nur Fassade oder Ausdruck von Resistenz war. Parallel veränderte sich auch der Charakter der SED-Grundorganisation. Nachdem bis Mitte der 1960er Jahre eine neue Generation von nach 1945 politisch sozialisierten Wissenschaftlern und SED-Kadern auf leitende Positionen nachgerückt war, die die Geschicke der Deutschen Bücherei bis auf wenige Ausnahmen bis 1989/90 prägte, verlor die Parteiorganisation ihre Funktion als Arena des »Klassenkampfes« im Betrieb. Der »Feind« im eigenen Hause war verschwunden. Nun verteilte sie vor allem Privilegien, in erster Linie an die neuen Leitungskader wie Helmut Lohse, Gerhard Pomaßl und Karl-Heinz Wenkel. Zugleich nutzten diese die SED-Grundorganisation dazu, um die stets in der Minderheit gebliebenen SED-Mitglieder durch zusätzliche Privilegien wie Kinderbetreuung oder rituellen Verzicht auf Parteisanctionen bei dienstlichen Vergehen in der Partei zu halten. All dies erwies sich letztlich aber als wenig erfolgreich, denn die seit jeher

von Termindruck und Überstunden geprägte Arbeit in der Deutschen Bücherei ließ eine aktive Parteiarbeit kaum noch zu. Hier kam das Privilegienregime der Staatspartei an seine Grenzen. Gleichwohl ist der Bedeutungsverlust der SED-Grundorganisation nicht als Zeichen einer allgemeinen Erosion der SED-Herrschaft zu werten. Vielmehr symbolisiert sich hierin der Gestaltwandel der Partei von einer Bewegung hinzu einer Staatspartei, die ihre Mobilisierungsstrukturen allenfalls noch zur symbolischen Manifestation ihrer Macht benötigte.

In den 1970er/80er Jahren spielte die SED-Grundorganisation als Integrationsstruktur kaum noch eine Rolle. Vielmehr formierte sich – auch als Folge der zunehmenden Bespitzelung durch das MfS – ein elitäres Loyalitätsnetzwerk um Helmut Röttsch, der nun zunehmend selbst über die Zuteilung von Privilegien (Westreisen, private Entleihungen, Ferienplätze) entschied und als geschickter Organisator von Ressourcen auf informeller Ebene agierte, um die nachlassende Förderung durch das MHF zu kompensieren. Die 1973 wieder aufgenommene IM-Tätigkeit stellte dabei eine Machtressource für Röttsch dar, beschützte sie ihn doch vor Konsequenzen für sein eigensinniges Vorgehen. So stießen Helmut Lohses wiederholte Hinweise auf Röttschs undurchsichtige Praktiken und Vertuschungsversuche stets auf Ignoranz bei den Führungsoffizieren. Handlungsspielräume im Innern wurden vielmehr geduldet, was zeigt, wie »normal« diese informellen Versorgungsnetzwerke in der DDR bereits geworden waren. Zwar hatte der Geheimdienst seinen »Stützpunkt« in der Bibliothek nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 massiv ausgebaut, dessen Interessen waren aber vornehmlich kulturpolitischer Natur und standen in einem direkten Zusammenhang mit Kompetenzkonflikten zwischen dem Geheimdienst und dem Kulturministerium. Dabei konzentrierte sich die Stasi auf Bereiche, in denen die Gefahr »westlicher« Indoktrination am größten erschien (Benutzungspraxis, deutsch-deutsche Beziehungen). Einen hermetisch abriegelten Sicherheitsbereich stellte die Deutsche Bücherei damit nicht dar.

Über die Stasi-Verstrickungen der Deutschen Bücherei, die ganz allgemein Ausdruck der Politisierung der Bibliothek sind, ist seit der Enttarnung Helmut Röttschs als IM viel und wenig differenziert diskutiert worden. Aus analytischer Perspektive führt diese Debatte jedoch in die Irre. Zunächst stellt Helmut Röttsch keineswegs die Spitze des Eisbergs dar. Vielmehr gab es nach 1971 kaum einen leitenden Mitarbeiter, der nicht auch als IM tätig war. Die Formen des Mitmachens waren dabei breit gefächert. Sie reichten von Helmut Lohse, der die Stasi auch in interne Konflikte einband und Kollegen bereitwillig denunzierte, bis hin zu Ute Steigers, die sich der Denunziation von Kollegen explizit verweigerte. Helmut Röttsch war innerhalb des Stasi-Netzwerkes der Deutschen Bücherei eher die Ausnahme, da er als einziger IM der Linie Auslandsspionage zuarbeitete. Interne Konflikte waren dagegen nicht Gegenstand seines Tätigkeitsbereiches als IM. Gleichwohl sind Wertungen über den Grad der Stasi-Verstrickungen mit großer Vorsicht zu genießen, wenn nach den Motiven der Akteure gefragt

wird. Ideologische Überzeugung und Karriereambitionen als klassische Motive für eine IM-Tätigkeit lassen sich dabei in keinem Fall sauber von bibliothekarischen Interessen trennen. Zwischen diesen bestand eine starke Interdependenz und letztlich bestimmten die Bibliothekare die Qualität der an die Stasi weitergegebenen Informationen selbst. Die Stasi war damit kein »Staat im Staate«, sondern Teil des Institutionengeflechts der DDR und die besondere Staatsnähe der Deutschen Bücherei machte die Zuarbeit für den Geheimdienst nicht einfach zu einer berufsbedingten Notwendigkeit (selbst Curt Fleischhack verweigerte sich der Stasi nicht), sondern das MfS erschien in den Augen der Bibliothekare gar als Akteur bzw. Machtressource im eigenen Interesse. Bespitzelung von Mitarbeitern, Verlegern sowie Benutzern und Handlungsspielräume im Innern gehörten untrennbar zusammen. Die Bibliothekare nutzten ihre Zuträgertätigkeiten für den Geheimdienst aktiv für die Mobilisierung von Ressourcen. Zum Teil banden sie die Stasi in interne Konflikte ein oder stellten ihr bereitwillig Informationen über »oppositionelle« Milieus zur Verfügung und trugen damit ihren Teil zum Funktionieren des Repressionsapparats bei. Erkennbare Skrupel zeigten sie mit Ausnahme Ute Steigers hingegen nicht. Dennoch war die Deutsche Bücherei weder geheimdienstlich »unterwandert«, noch agierte sie als »verlängerter Arm« der Stasi. Auch sollte die Wirkung der IM-Tätigkeit der Bibliothekare nicht überschätzt werden. Nicht wenige Berichte wurden vom Geheimdienst ignoriert oder eigneten sich nur bedingt für dessen Auswertungszwecke.

Nicht nur auf den Feldern der Bibliothekspolitik, der Personalpolitik bzw. Arbeitsbeziehungen und des deutsch-deutschen Austauschs zeigt sich das für die Deutsche Bücherei charakteristische Wechselspiel von Selbstbehauptung und Selbstmobilisierung. Auch die Benutzungspolitik war hiervon nicht ausgenommen. Im Zentrum der Debatten steht dabei freilich das Sperrmagazin, der Ort der verbotenen Bücher, der in den Augen Helmut Rötzschs und Gottfried Rosts jedoch kaum mehr gewesen sei als eine notwendige Konzession an die SED, um den gesamtdeutschen Sammelauftrag nicht zu gefährden. Zeitzeugenäußerungen, die das Sperrmagazin der Deutschen Bücherei als »Loch in der Mauer« beschrieben und den Bibliothekaren eine liberale Benutzungspolitik attestieren, scheinen diese Sichtweise zu bestätigen. Andere Interpretationen beschreiben das Sperrmagazin dagegen pauschal als Form der Zensur im SED-Staat. Beide Sichtweisen treffen jedoch nur bedingt zu. Erstere Position vernachlässigt, dass SMAD und SED selbst die Einrichtung eines Sperrmagazins verfügt hatten. Denn zum Ordnungsmuster des Kalten Krieges gehörte nicht nur Abgrenzung, sondern auch Verflechtung. Um den »Klassenfeind« zu »entlarven«, musste er studiert werden. Zudem begriffen sich auch sozialistische Staaten als wissenschaftlich fortschrittlich, was grenzübergreifenden wissenschaftlichen Austausch notwendig machte. Vor diesem Hintergrund war die Deutsche Bücherei in ihrem Bestand zu keiner Zeit gefährdet. Im Gegenteil, aus wissenschaftspolitischer Sicht war sie unabdingbar. Die zweite Argumentation hingegen verwischt

eher die Unterschiede zwischen kultur- bzw. literaturpolitischer Vorzensur und wissenschaftspolitischer bzw. bibliothekarischer Nachzensur.

Vor diesem Hintergrund lässt sich das Sperrmagazin treffender als sozialer Raum der Wissenskontrolle und Privilegierung beschreiben. Die Einrichtung von Sperrmagazinen wurde, noch bevor die SMAD dies selbst verfügte, zuerst von Wissenschaftlern im Zuge der Diskussionen um die Listen der auszusondernden Literatur vorgeschlagen. Die Bibliothekare hatten seither unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen, aber auf der Grundlage schwammiger Kriterien (faschistisches, antidemokratisches, militaristisches, imperialistisches usw. Schrifttum) darüber zu befinden, welche Bücher sekretiert und nur für konkrete Forschungsprojekte zugänglich gemacht wurden. Dabei arbeiteten die Deutsche Bücherei und die Deutsche Staatsbibliothek ungeachtet aller Streitigkeiten in grundsätzlichen bibliothekspolitischen Fragen eng zusammen. Diese Zweckpartnerschaft hatte für beide Seiten Vorteile. Zum einen diente sie der Absicherung gegen Kritik von außen. Zum anderen nutzte sie die Aussonderungslisten des jeweils anderen, um die Vollständigkeit des eigenen Sammelgebietes zu überprüfen, was zugleich eine Grenze der Zentralisierung der Bibliothekspolitik in der DDR offenbart. Während diese Praxis vermutlich bis zum Ende der DDR wirksam war, änderte sich das Procedere für den Zugang zu sekretierter Literatur im Laufe der Zeit. Bis 1958 entschied der Staatssekretär für Hochschulwesen bzw. ein Bevollmächtigter selbst über die Bereitstellung jedes einzelnen Buches. Da diese Praxis sich aber als wissenschaftspolitisch ungeeignet erwies, wurde auch dieses Verfahren auf die dezentrale Ebene der Bibliotheken verlagert. Am Ablauf selbst änderte sich dadurch freilich nichts. Lesen konnten Benutzer im Sperrmagazin nur, wenn sie einen wissenschaftlichen Verwendungszweck nachweisen konnten, der ihnen durch eine höher gestellte Autorität bestätigt werden musste. Sperrmagazine wurden wohl auch deshalb als notwendig erachtet, weil Bibliotheken in der DDR theoretisch jedem offen stehen sollten. In der Praxis aber blieb die Deutsche Bücherei eine Domäne der »Intelligenz« und diese brachte in der Regel die notwendigen Voraussetzungen für einen Zutritt zum Sperrmagazin mit. Damit trugen die Sperrmagazine durch den kategorischen Ausschluss nicht wissenschaftlich arbeitender Personen implizit zur Reaktivierung sozialer Distinktionsmuster qua Bildung bei. Die Praxis des Aussonderns spiegelt aber auch das generell ambivalente Verhältnis der SED zu ihrer »Intelligenz« wider. Einerseits brauchte die Partei eine wissenschaftliche Elite, um die Entwicklung im Innern voranzutreiben und international Anerkennung zu finden, andererseits misstraute sie dieser stets. Dennoch waren die Benutzer der Deutschen Bücherei keineswegs nur passive Objekte einer restriktiven Literaturpolitik. Vielmehr bildete die Deutsche Bücherei auch einen Kommunikationsraum, in dem Bibliothekare und Benutzer – freilich in Grenzen – über individuelle Leseinteressen verhandeln konnten, wodurch die ansonsten re-

striktivere Aussonderungspraxis zum Teil wieder durch die Hintertür abgeschwächt wurde.

Für die Deutsche Bücherei stellte das Sperrmagazin aber auch eine Möglichkeit zur Lösung genuin bibliothekarischer Probleme dar. Als Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums war die Bibliothek über den gesamten Zeitraum hinweg stark frequentiert und Benutzer galten überdies seit jeher als Sicherheitsproblem. Bücherdiebstähle konnten einerseits negative politische Konsequenzen für die Deutsche Bücherei zur Folge haben, andererseits drohte die Einstellung der kostenlosen Belieferung durch westdeutsche Verleger, wenn jene davon erfuhren, dass ihre Belegexemplare zu Auskunftszwecken nicht mehr am Ort nachweisbar waren. Die Bibliothekare nutzten somit die Möglichkeit des Sperrmagazins, potentiell stark nachgefragte Titel zu sekretieren, indem sie die Bewertungskriterien – verglichen mit der Staatsbibliothek – besonders restriktiv auslegten. Damit reizten sie den bestehenden Handlungsspielraum, die Benutzung so ungehindert wie möglich zu gestalten, nicht aus. Im Gegenteil spielten sicherheitspolitische Erwägungen und die Unversehrtheit des Ansehens der Institution nach außen häufig eine größere Rolle für die Auslegung der Aussonderungskriterien. Seit den 1970er Jahren wurde auch die Stasi zunehmend in die Überwachung der Benutzer einbezogen. In diesem Punkt war die Schnittmenge zwischen den Interessen beider Seiten am größten. Bereitwillig informierten die als IM verpflichteten Leiter des Sperrmagazins den Geheimdienst über die Leseinteressen der Benutzer, auch wenn diese keinen Zugang zum Sperrmagazin erhielten. Zudem diente die Stasi den Bibliothekaren als Instanz der Rückversicherung für die Handhabung der Bewertungs- und Benutzungskriterien. So gerieten Benutzer, die ihr Forschungsthema zu unkonkret formuliert hatten, schnell in den Verdacht, die politischen Grenzen des ostdeutschen Wissensregimes ausloten zu wollen. Auch Forschungen zu politisch brisanten Themen wurden streng überwacht und bei Bedarf reglementiert, prinzipiell unterbunden wurden sie aber nicht. Flächendeckende Überwachung war damit zwar gegeben, der tatsächliche Einfluss der Stasi auf die Benutzung des Sperrmagazins blieb bis auf Einzelfälle aber marginal. Die Entscheidung darüber, wer die Sperrbibliothek benutzen durfte, blieb in der Hand der zuständigen Bibliothekare.

Das Selbstbild der unpolitischen Kulturinstitution verdeckte stets, wie tief die Deutsche Bücherei in die politischen Diskurse und Strukturen des 20. Jahrhunderts eingebunden war und wie sehr die Bibliothek hiervon profitierte. Hinter der Fassade ihrer scheinbar linearen Erfolgsgeschichte verbirgt sich ein dynamisches Wechselspiel von Selbstbehauptung und Selbstmobilisierung, ohne das sich der Eigen-Sinn der Akteure vor wie nach 1945 nicht verstehen lässt. Das Streben nach Anerkennung und Einfluss, der Kampf um die Vollständigkeit der Sammlung und die Ausschaltung von Konkurrenten gingen stets mit einer exponierten Staatsnähe und einer flexiblen Anpassung an damit verbundene Weltdeutungen einher. Bibliothekare waren nie nur Vertreter ihrer Institutionen, son-

den agierten stets in einer Welt verflochtener Subsysteme (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft) und Deutungshorizonte. Mögliche moralische Zweifel am eigenen Handeln hegten die Protagonisten zu keinem Zeitpunkt. In diesem komplexen Prozess konstituierte sich die Deutsche Bücherei als »Nationalbibliothek«, die auch in der ostdeutschen Diktatur ihren herausragenden Platz fand.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ADNBF	Archiv der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt am Main
ADNBL	Archiv der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland/Erstes Deutsches Fernsehen
ASK	Auswahlsachkatalog
BArch	Bundesarchiv
BBK	Bibliothekarisch-bibliographische Klassifikation
BDB	Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände
BDM	Bund Deutscher Mädel
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BMI	Bundesministerium des Inneren
BPO	Betriebsparteiorganisation
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIP	Cataloging-in-Publication-Services
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Deckadresse
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DB	Deutsche Bücherei
DDB	Die Deutsche Bibliothek
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DM	Deutsche Mark
DSB	Deutsche Staatsbibliothek
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZVV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EOS	Erweiterte Oberschule
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung

FDGB	Freier deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FIM	Führungs-IM
GD	Generaldirektor
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GHI	Geheimer Hauptinformant
GI	Geheimer Informant
GM	Geheimer Mitarbeiter
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GVS	Geheime Verschlusssache
HHStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
HJ	Hitlerjugend
HV	Hauptverwaltung
IBÖA	Internationale Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit
ICD	Information Control Division
IDC	Interdepartmental Committee for the Acquisition of Foreign Publications
IFLA	International Federation of Library Associations and Institutions
IfZ	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin
IG	Interessengemeinschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung
ISBN	Internationale Standardbuchnummer
ISG	Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main
ISSN	Internationale Standardnummer für fortlaufende Sammelwerke
JVA	Justizvollzugsanstalt
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuK-Monarchie	Kaiserlich und Königliche Monarchie Österreich-Ungarn
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKG	Leipziger Kommissions- und Großbuchhandelsgesellschaft
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MDN	Mark der Deutschen Notenbank (Währung der DDR 1964-1967)
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

MNN	Mitteldeutsche Neueste Nachrichten
NARA	National Archives and Records Administration Washington, D.C.
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NDPD	Nationaldemokratischen Partei Deutschlands
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖWB	Öffentlich-Wissenschaftliche Bibliothek
OPAC	Online Public Access Catalogue
PCB	Publication Control Branch
RAF	Rote Armee Fraktion
RAK	Regeln für die alphabetische Katalogisierung
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RFSSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RLB	Reichsluftschutzbund
SA	Sturmabteilung
SächsHStAD	Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
SächsStAL	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde)
SBB	Archiv der Staatsbibliothek zu Berlin
SBZ	Sozialistische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA-Sachsen	Sowjetische Militäradministration in Sachsen
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei in Österreich
SS	Schutzstaffel
StadtAL	Stadtarchiv Leipzig
StfH	Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen
TU	Technische Universität
UB	Universitätsbibliothek
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VD	Vertrauliche Dienstsache
VDB	Verband Deutscher Bibliothekare
VdDB	Verband der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken
VEB	Volkseigener Betrieb
VOB	Vereinigung Organisationseigener Betriebe
VS	Verschlussache
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVS	Vertrauliche Verschlussache
WB	West-Berlin
WD	West-Deutschland
ZK der SED	Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
ZKK	Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
ZwL	Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Neueinstellungen in der Deutschen Bücherei (Juli 1945-Okttober 1950) und Beschäftigungsdauer (S. 133)
- Abb. 2: Berufliche und politische Biographie der Neuzugänge im Wissenschaftlichen Bibliotheksdienst der Deutschen Bücherei 1945-März 1948 (S. 137)
- Abb. 3: Berufliche und politische Biographie der Neuzugänge im gehobenen Bibliotheksdienst der Deutschen Bücherei 1945-März 1948 (S. 137)
- Abb. 4: Sozialstruktur der Benutzer der Deutschen Bücherei 1949 und 1953 (S. 187)
- Abb. 5: Haushaltspostitionen der Deutschen Bücherei (DB) und der Deutschen Staatsbibliothek (DSB) 1959-1965 (in Mill. DM) (S. 244)
- Abb. 6: Qualifikationsniveau der Mitarbeiter der Deutschen Bücherei 1950 und 1953 (S. 281)
- Abb. 7: Qualifikationsniveau im wissenschaftlichen und gehobenen Dienst 1949 und 1953 (S. 282)
- Abb. 8: Wissenschaftliche Benutzer der Deutschen Bücherei nach Disziplinen (1953 und 1961) (S. 320)
- Abb. 9: Entwicklung der Benutzerzahlen der Deutschen Bücherei 1945-1975 (nach ausgegebenen Lesekarten) (S. 451)
- Abb. 10: Entwicklung der Eingangszahlen westdeutscher Literatur 1959-1967 (nach Erwerbungsarten) (S. 463)
- Abb. 11: Benutzerkarten und Lesesaalbenutzer 1970-1989 (S. 565)

Bildnachweis

Bild 1: ADNBL, Fotoarchiv, H 01.03 (1959)/2, Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 2*: ADNBL, Fotoarchiv, P 02.01 (Uh.), Fotograf: Willy Gursky; *Bild 3*: ADNBL, Fotoarchiv, P 02.01 (Fl.), Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 4*: ADNBL, Fotoarchiv, P 02.02 (Br.), Fotograf: DEWAG; *Bild 5*: ADNBL, Fotoarchiv, N 05.01.01 (1957), Fotografin: Waltraut Pfeiffer; *Bild 6*: ADNBL, Fotoarchiv, N 05.01.01 (1959), Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 7*: ADNBL, Fotoarchiv, N 03.06.02 (1956), Fotografin: Waltraut Pfeiffer; *Bild 8*: ADNBL, Fotoarchiv, N 05.01.04 (1959), Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 9*: ADNBL, Fotoarchiv, N 05.02.03 (1959), Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 10*: ADNBL, Fotoarchiv, R 04.01 (1959), Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 11*: ADNBL, Fotoarchiv, N 02.02 (1957)/1, Fotografin: Waltraut Pfeiffer; *Bild 12*: Bundesarchiv. Bild: 183-33189-0006. Bestand: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Fotograf: Noack; *Bild 13*: ADNBL, Fotoarchiv, O 03.01 (1956), Fotograf/in: unbekannt; *Bild 14–15*: ADNBL, Fotoarchiv, O 02 (1957), Fotograf/in: unbekannt; *Bild 16*: ADNBL, Fotoarchiv, E 03 (1962)/1, Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 17–20*: ADNBL, Fotoarchiv, P 03.02 (1961), Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 21*: ADNBL, Fotoarchiv, O 05, Fotograf/in: unbekannt; *Bild 22*: ADNBL, Fotoarchiv, H 02.02 (2001), Fotograf: Norbert Bensch; *Bild 23*: ADNBL, Fotoarchiv, H 01.02 (1993), Fotograf: Siegfried G. Müller; *Bild 24*: ADNBL, Fotoarchiv, G 03 (1997)/1, Fotograf: Norbert Bensch; *Bild 25*: ADNBL, Fotoarchiv, N 06.06 (1969)/1, Fotograf: Herbert Strobel; *Bild 26*: ADNBL, Fotoarchiv, P 03.02 (1982)/1, Fotograf/in: unbekannt; *Bild 27*: ADNBL, Fotoarchiv, P 03.02 (1986), Fotograf/in: unbekannt; *Bild 28*: ADNBL, Fotoarchiv, R 03.03.02 (1985), Fotograf/in: unbekannt; *Bild 29*: ADNBL, Fotoarchiv, R 03.03.02 (1989), Fotograf/in: unbekannt.

Leider war es nicht in allen Fällen möglich, die Inhaber der Rechte zu ermitteln. Wir bitten deshalb gegebenenfalls um Mitteilung. Der Verlag ist bereit, berechnete Ansprüche abzugelten.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien und Bestandsverzeichnis

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ-Archiv)
OMGUS (Office of Military Government for Germany, US)

Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU)

XIII (Zentrale Rechenstation)
A-SKS (Archivmaterial über Strafnachweise, die als gelöscht galten)
BV Dresden, AGMS (Bezirksverwaltung Dresden, archivierte GMS-Akte)
BV Leipzig, Abt. XX (Bezirksverwaltung Leipzig – Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund)
BV Leipzig, AGMS (Bezirksverwaltung Leipzig, archivierte GMS-Akte)
BV Leipzig, AIM (Bezirksverwaltung Leipzig, archivierter IM-Vorgang)
BV Leipzig, AOP (Bezirksverwaltung Leipzig, archivierter Operativer Vorgang)
BV Leipzig, AP (Bezirksverwaltung Leipzig, Allgemeine Personenablage)
BV Leipzig, AU (Bezirksverwaltung Leipzig, archivierter Untersuchungsvorgang)
BV Leipzig, Leiter/Leitung (Bezirksverwaltung Leipzig, Leiter/Leitung)
HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund)
HA IX (Untersuchungsorgan)
OTS (Operativ-technischer Sektor)
ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe)

Bundesarchiv Berlin Lichterfelde (BArch/SAPMO-BArch)

3200 (Berlin Document Center/Mitgliederkartei der NSDAP)
DC 20 (Ministerrat der DDR)
DL 226 (Bereich Kommerzielle Koordinierung)
DR 1 (Ministerium für Kultur)
DR 2 (Ministerium für Volksbildung)
DR 3 (Staatssekretariat/Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen)
DY 30/J IV 2/3 (Sekretariat des ZK der SED)
DY 30/IV 2/9.04 (Abteilung Wissenschaften des ZK der SED)
DY 30/IV 2/9.06 (Abteilung Kultur des ZK der SED)
NY 4182 (Nachlass Walter Ulbricht)
Z 47 F (Sowjetische Militäradministration Deutschland)

Bundesarchiv Koblenz (BArch)

- B 106 (Bundesministerium des Innern)
- B 126 (Bundesministerium der Finanzen)
- B 137 (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen)
- B 141 (Bundesministerium der Justiz)
- B 275 (Deutsche Nationalbibliothek)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GStA PK)
VI, HA, NL Schmidt-Ott, F. (Nachlass Friedrich Schmidt-Ott)

Hausarchiv der Staatsbibliothek zu Berlin (SBB)

- G (Generalakten)
- Sperrbibliothek, DB & DSB

Haus- und Verwaltungsarchiv der Deutschen Nationalbibliothek (ADNBL/ADNBF)

- ADNBL (Archiv der Deutschen Nationalbibliothek, Leipzig)
- ADNBF (Archiv der Deutschen Nationalbibliothek, Frankfurt am Main)

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

- 504 (Deutsche Bibliothek)

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)

- Magisterakten
- W2-7 (Börsenverein des Deutschen Buchhandels)
- W2-8 (Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Materialsammlung Ernst Umlauff)
- W2-9 (Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Materialsammlung Friedrich Georgi)

National Archives and Records Administration Washington, D. C. (NARA)

- RG 260 (Office of Military Government for Germany, US)

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStAD)

- 11401 (Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen)

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SächsStAL)

- 20237 (Rat des Bezirkes Leipzig)
- 21123 (SED-Bezirksleitung Leipzig)
- 21532 (SED-Grundorganisation der Deutschen Bücherei)
- 21699 (Kaderakten)
- 21766 (Börsenverein der Deutschen Buchhändler)

Stadtarchiv Leipzig (StadtAL)

- StVuR (Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Leipzig)

Universitätsbibliothek Frankfurt am Main (UB Frankfurt am Main)

- NL Eppelsheimer (Nachlass Hanns Wilhelm Eppelsheimer)

Gedruckte Quellen

Zeitungen

- Augsburger Postzeitung, 1686-1935.
Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, 1913 ff.
Berliner Tageblatt, 1872-1939.
Berliner Zeitung, 1945 ff.
BILD, 1952 ff.
Bremer Nachrichten, 1854 ff.
Das Andere Deutschland. Unabhängige Zeitung für entschiedene demokratische Politik, 1925-1969.
Der Morgen (Berlin), 1945-1991.
Der Neue Weg (Halle), 1946-1992.
Der Tag. Moderne Illustrierte Zeitung, Ausgabe A, 1901-1921.
Der Tagesspiegel, 1945 ff.
Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 1949-1964.
Die neue Zeitung. Eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung, 1945-1955.
DIE RHEINPFALZ, 1945 ff.
DIE WELT, 1946 ff.
DIE ZEIT, 1946 ff.
Frankenpost, 1945-1973.
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1949 ff.
Frankfurter Neue Presse, 1946 ff.
Frankfurter Rundschau, 1945 ff.
Freie Presse Chemnitz, 1946 ff.
General-Anzeiger. Unabhängige Tageszeitung für Bonn, 1949-1983.
Generalanzeiger der Stadt Wuppertal, 1887-1973.
Hamburger Abendblatt, 1948 ff.
Handelsblatt (Düsseldorf), 1946 ff.
Informationsblatt. Amtliches Nachrichtenblatt der Stadtverwaltung Leipzig und des Landrates zu Leipzig, 1945 f.
Kölnische Rundschau, 1946 ff.
Leipziger Neueste Nachrichten, 1892-1945.
Leipziger Tageszeitung, 1932-1940.
Leipziger Volkszeitung, 1894 ff.
Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 1952-1990.
National-Zeitung Basel, 1977 ff.
Nationalzeitung (Schweiz), 1877-1976.
Neue Osnabrücker Zeitung, 1967 ff.
Neue Presse, 1946 ff.
Neue Ruhr Zeitung, 1946 ff.
Neue Zeit. Zentralorgan der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 1945-1951
Neue Zürcher Zeitung, 1780 ff.

Neues Deutschland, 1946ff.
 Rheinische Post, 1946ff.
 Sächsische Zeitung, Dresdner Ausgabe, 1945f.
 Sächsisches Tageblatt, 1946-1990
 Stuttgarter Zeitung, 1945ff.
 Süddeutsche Zeitung, 1945ff.
 Tägliche Rundschau, 1945-1955.
 Taunus-Zeitung, 1876ff.
 Thüringer Tageblatt (Weimar), 1946-1992.
 Thüringische Landeszeitung, 1945ff.
 Tribüne. Sozialdemokratische Landeszeitung für Thüringen, 1945f.
 Volksstimme Dresden, 1945f.
 WELT am Sonntag, 1951ff.
 Weser-Kurier, 1945ff.
 Zeitungs-Verlag, 1900-1953.
 Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag, 1954-1987.

Fachzeitschriften (Bibliothekswesen, Buchhandel)

ALA Bulletin, Chicago 1939-1969.
 Bibliotheksdienst, Berlin (West) 1975ff.
 Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, Frankfurt am Main
 1945-2002.
 Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Leipzig 1834-1991.
 Das Antiquariat. Halbmonatsschrift für alle Fachgebiete des Buch- und Kunstantiquariats, Wien 1945-1973.
 Das LETZTE aus der Biblio-Szene, Basel 1980-1983.
 Der Bibliothekar, Leipzig 1950-1990.
 Der Jungbuchhandel, Düsseldorf 1948-1968.
 Der Personalrat informiert (Örtlicher Personalrat Frankfurt der Deutschen Bibliothek), Frankfurt am Main 1980ff.
 Dialog mit Bibliotheken, Frankfurt am Main/Leipzig 1989ff.
 Korrekturfahne. Betriebszeitung der Deutschen Bücherei Leipzig, Leipzig 1954-1971.
 Library Journal. Official Organ of the American Library Association, New York
 1876ff.
 Libri. International Journal of Libraries and Information Services, Berlin/München
 1950ff.
 Mitteilungen des Landesverbandes des Bayerischen Buchhandels, München 1947-1949.
 Mitteilungen für den Buchhandel in der französischen Zone, Freiburg i.Br. 1946-1952.
 Nachrichten für das wissenschaftliche Bibliothekswesen, Frankfurt am Main 1948-
 1953.
 Neuer Anzeiger für Bibliographie und Bibliothekswissenschaft, Berlin/Stuttgart
 1856-1886.
 Zentralblatt für Bibliothekswesen, Leipzig 1884-1990.
 Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, Frankfurt am Main 1954ff.

Biographische/Bibliographische Lexika

- Baumgartner, Gabriele/Hebig, Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch der SBZ, DDR: 1945-1990, 2 Bde., München 1996f.
- Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934.
- Habermann, Alexandra/Klemmt, Rainer/Stiefkes, Frauke, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925-1980, Frankfurt am Main 1985.
- Habermann, Alexandra/Kittel, Peter, Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare. Die wissenschaftlichen Bibliothekare der Bundesrepublik Deutschland (1981-2002) und der Deutschen Demokratischen Republik (1948-1990), Frankfurt am Main 2004.
- Klötzer, Wolfgang (Hrsg.), Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon. 2 Bde., Frankfurt am Main 1994-1996.
- Kürschners deutscher Literatur-Kalender, München/Leipzig/Berlin 1903 ff.
- Müller-Enbergs, Helmut/Wielgohs, Jan/Hoffmann, Dieter (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, 2. Aufl., Berlin 2001.
- Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, bisher 26 Bde., Berlin 1953 ff.
- Sächsische Biographie, hrsg. v. Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.
- Šilov, Leonid A. (Hrsg.), Sotrudniki Rossijskoj Nacional'noj Biblioteki – dejateli nauki i kul'tury. Gosudarstvennaja Publičnaja Biblioteka v Leningrade – Gosudarstvennaja Publičnaja Biblioteka imeni M.E. Saltykova-Ščedrina 1931-1945, Sankt Petersburg 2003.
- URL: <http://www.isgv.de/saebi/>

Internetquellen

- Berliner Zeitung: Archiv
URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv>
- Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel online (2017ff.)
URL: <https://www.boersenblatt.net>
- Chronik der Mauer, hrsg. v. Rundfunk Berlin-Brandenburg RBB
URL: <http://www.chronik-der-mauer.de/>
- Deutscher Bundestag: Plenarprotokolle
URL: <https://www.bundestag.de/protokolle>
- Editionsprogramm »Fraktionen im Deutschen Bundestag«
URL: <https://fraktionsprotokolle.de>
- National Libraries of the World: Address List
URL: <http://www.ifla.org/VI/2/p2/national-libraries.htm>

Quelleneditionen, amtliche Periodika, Statistiken, Einzelquellen

- Abb, Gustav/Luther, Wilhelm Martin, Die Bibliotheksbenutzung, in: Leyh, Georg (Hrsg.), Handbuch der Bibliothekswissenschaft, Bd. 2: Bibliotheksverwaltung, Wiesbaden 1961, S. 357-507.
- Abteilung Volksbildung im Magistrat der Stadt Berlin (Hrsg.), Verzeichnis der auszu-sondernden Literatur, Berlin 1946.
- Adams, Scott, Report on the Library of Congress Mission, in: Bulletin of the Medical Library Association 35 (1947), Heft 4, S. 360-364.
- Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1982, 1. Januar bis 31. Dezember. Teil 2: 1. Juli bis 31. Dezember 1982, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2013.
- Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hrsg. v. Alliierten Kontrollrat, Berlin 1946.
- Börsenverein der Deutschen Buchhändler (Hrsg.), 19.-25. Jahresbericht über die Ver-waltung der Deutschen Bücherei. 1. April 1931 bis 31. März 1938, Leipzig 1938.
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Drei Ansprachen gehalten aus Anlaß der Einweihung des Neubaus der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main am 24. April 1959, Frankfurt am Main [1959].
- Buch und Buchhandel in Zahlen, hrsg. v. Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt am Main 1952ff.
- Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1951-1990.
- Bundesgesetzblatt, hrsg. v. Bundesminister der Justiz, Köln/Bonn 1951-1990.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Innerdeutsche Beziehun-gen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980-1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Zehn Jahre Deutschland-politik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutsch-land und der Deutschen Demokratischen Republik 1969-1979. Bericht und Doku-mentation, [Bonn] 1980.
- Denis'ev, Vitalij Nikolaevič, Die Arbeit der Massenbibliothek, in: Zentralinstitut für Bibliothekswesen (Hrsg.), Die sowjetische Massenbibliothek. Zwei Beiträge, Berlin (Ost) 1954, S. 7-198.
- Der Bundesbeauftragte für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richt-linien, Befehle, Direktiven (I), Bonn 1992.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.), Rationalisierung in wissenschaftlichen Bi-bliotheken. Vorschläge und Materialien, Bonn/Boppard 1970.
- Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (Hrsg.), Liste der auszu-sondernden Literatur. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946, Berlin 1946.
- Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (Hrsg.), Liste der auszu-sondernden Literatur. Erster Nachtrag nach dem Stand vom 1. Januar 1947, Berlin 1947.
- Ehlermann, Erich, Eine Reichsbibliothek in Leipzig (1910), Leipzig 1927.
- Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtun-gen, Teil II: Wissenschaftliche Bibliotheken, Tübingen 1964.

- Eppelheimer, Hanns Wilhelm, Geleitwort, in: Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Weltausstellung Brüssel 1958. Bibliothek eines geistig interessierten Deutschen, Frankfurt am Main 1958, S. VII–IX.
- Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. v. Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Bonn/Köln 1950–1990.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. v. Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1949–1954.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. v. Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 3 Teile, Berlin (Ost) 1955–1990.
- Goebbels, Joseph, Die Tagebücher. Aufzeichnungen 1923–1942, 9 Bde., hrsg. v. Elke Fröhlich, München 1998–2006.
- Handel, Gottfried/Köhler, Roland (Hrsg.), Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949, Berlin (Ost) 1975.
- Harnack, Adolf von, Wissenschaftspolitische Reden und Aufsätze, hrsg. v. Bernhard Fabian, Hildesheim/Zürich/New York 2001.
- Hartmann, Karl Julius, Die Neuordnung der Ausbildung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst. Die gegenwärtige Lage, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekarstagung der britischen Zone in Hamburg vom 22.–24. Oktober 1946, Hamburg 1947, S. 123–125.
- Jahrbuch der deutschen Bibliotheken, hrsg. v. Verein Deutsche Bibliothekare, Wiesbaden 1902 ff.
- Jellinghaus, Karl, Schundliteratur vergiftet unsere Jugend, in: Unsere Jugend 7 (1955), S. 215–217.
- Johnston, William Dawson, History of the Library of Congress, Bd. 1: 1800–1864, Washington 1904.
- Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997.
- Karstedt, Peter, Das Pflichtexemplar, in: Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekar Tagung der britischen Zone in Hamburg vom 22.–24. Oktober 1946, Hamburg 1947, S. 59–78.
- Keßler, Horst/Staufenbiel, Fred/Blaimer, Hans, Kultur in unserer Zeit. Zur Theorie und Praxis der sozialistischen Kulturrevolution in der DDR, Berlin (Ost) 1965.
- Kreisky, Bruno, Deutschland viergeteilt, in: Monat 22 (1970), Heft 260, S. 20–26.
- Krieg, Werner (Hrsg.), Bibliothekswissenschaft. Versuch einer Begriffsbestimmung in Referaten und Diskussionen bei dem Kölner Kolloquium (27. bis 29. Oktober 1969), Köln 1970.
- Kunze, Horst, Grundzüge der Bibliothekslehre, Leipzig 1969.
- Kunze, Horst/Rückl, Gotthard (Hrsg.), Lexikon des Bibliothekswesens, 2 Bde., 2., neubearb. Aufl., Leipzig 1974 f.
- Land Thüringen, Landesamt für Volksbildung (Hrsg.), Amtliche Richtlinien über die Ausmerzungen des nationalsozialistischen, des militaristischen und des imperialistischen Schrifttums, o. O. 1945.
- Lane, Michael/Booth, Jeremy, Books and Publishers. Commerce against Culture in Postwar Britain, Lexington 1980.
- Lenin, Vladimir Iljitsch, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, 6 Bde., hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1970 f.

- Leyh, Georg, Die Lage der deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Kriege, in: Europa-Archiv 1946, Heft 4/5, S. 234-240.
- Leyh, Georg, Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947.
- Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.), Die Rationalisierung der Arbeit in wissenschaftlichen Bibliotheken, Materialien der Internationalen wissenschaftlichen Tagung. Berlin, den 8. und 9. Juni 1967, Berlin (Ost) 1968.
- Milkau, Fritz, Bibliothekswesen, in: Abb, Gustav (Hrsg.), Aus fünfzig Jahren Deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen, Berlin/Freiburg/München 1930, S. 22-43.
- Milkau, Fritz (Hrsg.), Handbuch der Bibliothekswissenschaft, Bd. 2: Bibliotheksverwaltung, Leipzig 1933.
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin (Ost) 1968.
- Mitteilungen, hrsg. v. Deutschen Städtetag, Berlin/Köln 1946-2011.
- Möller, Horst/Tschubarjan, Alexandr O. (Hrsg.), Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945-1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven, München 2005.
- Mortreuli, Théodore, La Bibliothèque Nationale (1878), Paris 1924.
- Paetel, Karl O., Das deutsche Buch in der Verbannung, in: Deutsche Rundschau (1950), Heft 76, S. 755-760.
- Paust, Albert, Die Idee einer deutschen Reichsbibliothek. Zur Vorgeschichte und Gründung der Deutschen Bücherei, in: Minerva-Zeitschrift 8 (1932), Heft 11/12, S. 173-188.
- Peiss, Reuben, European Wartime Acquisition and the Library of Congress Mission, Frankfurt am Main 1946.
- Pleißke, Hans-Martin, Das Gesamtarchiv der deutschen Musikalien, in: Musica 1952, Heft 9, S. 386.
- Potthoff, Heinrich, Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.
- Potthoff, Heinrich, Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
- Praesent, Hans, Der Daseinskampf der Deutschen Bücherei im deutschen Bibliothekswesen, in: Die Grenzboten 79 (1920), S. 117-125.
- Rawlings, Gertrude Burford, The British Museum Library, London/New York 1916.
- Regierungsblatt für das Land Thüringen, hrsg. v. d. Präsidialkanzlei des Präsidenten des Landes Thüringen, Erfurt 1945-1952.
- Reichsgesetzblatt, hrsg. v. Reichsministerium des Innern, 2 Teile, Berlin 1922-1945.
- Rittner, Werner (Red.), Die Bearbeitung empfehlender Bibliographien. Allgemeine Grundsätze und methodische Verfahren, Leipzig 1960.
- Sächsisches Akademisches Auskunftsamt für Studien- und Berufsfragen (Bearb.), Handbuch der Berufe, Teil II: Akademische Berufe, Magdeburg 1927.
- Schochow, Werner, Rezension: »Die Deutsche Bücherei 1912-1962«, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 12 (1963), S. 452-455.
- Staats-Anzeiger für das Land Hessen, hrsg. v. Hessischen Minister des Innern, Wiesbaden 1946ff.

- Stummvoll, Josef, *Dire necessitas. Der Fall Leyh-Uhlendahl, mit Bemerkungen über Nationalbibliotheken und Nationalbibliographien*, Wien 1968.
- Taubert, Sigfred, *Buchproduktion und Verlagswesen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands im Jahre 1953*, Frankfurt am Main 1954.
- Thüsing, Andreas (Hrsg.), *Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946*, Göttingen 2010.
- Tiemann, Hermann, *Vom Beruf des Bibliothekars*, in: *Probleme des Wiederaufbaus im wissenschaftlichen Bibliothekswesen. Aus den Verhandlungen der 1. Bibliothekars Tagung der britischen Zone in Hamburg vom 22.-24. Oktober 1946*, Hamburg 1947, S. 137-146.
- Uhlendahl, Heinrich, *Die Deutsche Bücherei im Rahmen der deutschen Bibliotheken*, in: *Deutsche Bücherei (Hrsg.), Die Deutsche Bücherei nach dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens. Rückblicke und Ausblicke*, Leipzig 1925, S. 1-35.
- Uhlendahl, Heinrich, *Bibliotheken gestern und heute*, Berlin 1932.
- Uhlendahl, Heinrich, *Vorgeschichte und erste Entwicklung der Deutschen Bücherei*, Leipzig 1957.
- Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen*, hrsg. v. Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Berlin (Ost) 1962-1967.
- Werner, Heinz (Hrsg.), *Rechts-ABC für Bibliothekare*, Leipzig 1983.
- Wettig, Gerhard (Hrsg.), *Chruschtschows Westpolitik 1955-1964*, Bd. 3: *Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962)*, München 2011.
- Winterhoff, Edmund, *Die Krisis im deutschen Buchhandel als Folge seiner Kartellierung*, Karlsruhe 1927.
- Zedler, Johann Heinrich (Hrsg.), *Grosses vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, welche bishero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden*, 64 Bde. u. 4 Suppl. Bde., Halle (Saale)/Leipzig 1731-1754.
- ZK der SED (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, 21 Bde., Berlin (Ost) 1948-1989.

Literatur

- Adam, Christian, *Lesen unter Hitler. Autoren, Bestseller, Leser im Dritten Reich*, Berlin 2010.
- Alker, Stefan/Köstner, Christina/Stumpf, Markus (Hrsg.), *Bibliotheken in der NS-Zeit. Provenienzforschung und Bibliotheksgeschichte*, Göttingen 2008.
- Alker-Windbichler, Stefan/Bauer, Bruno/Stumpf, Markus, *NS-Provenienzforschung und Restitution an Bibliotheken*, Berlin 2017.
- Altenhein, Hans, *Die Krisis im deutschen Buchhandel*, in: *Blaschke, Olaf/Schulze, Hagen (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Buchhandel in der Krisenspirale? Eine Inspektion des Feldes in historischer, internationaler und wirtschaftlicher Perspektive*, München 2006, S. 71-81.

- Amedick, Sigrid, »Macht die wissenschaftlichen Bibliotheken zu sozialistischen Einrichtungen!«. Bibliotheken, Bibliothekare und Politik in der SBZ und DDR 1945 bis 1965, in: *Bibliothek und Wissenschaft* 31 (1998), S. 1-127.
- Amos, Heike, *Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit*, Berlin 1999.
- Amos, Heike, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat*, Münster/Hamburg/London 2003.
- Anderson, Benedict, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, 2. Aufl., London/New York 1991.
- Arnim, Tim von, »Und dann werde ich das größte Zeitungshaus Europas bauen«. Der Unternehmer Axel Springer, Frankfurt am Main, New York 2011.
- Ash, Timothy Garton, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1993.
- Autio-Sarasma, Sari/Miklóssy, Katalin (Hrsg.), *Reassessing Cold War Europe*, London/New York 2011.
- Autio-Sarasma, Sari, *Knowledge through the Iron Curtain. Soviet scientific-technical Cooperation with Finland and West-Germany*, in: Ders./Miklóssy, Katalin (Hrsg.), *Reassessing Cold War Europe*, London 2011, S. 66-82.
- Autorenkollektiv (Leitung Helmut Röttsch), *Die Deutsche Bücherei – Die Deutsche Nationalbibliothek*, in: Röttsch, Helmut/Hesse, Gerhard/Pleßke, Hans-Martin (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Nationalbibliothek*, Leipzig 1962, S. 1-18.
- Babendreier, Jürgen, *Nationalsozialismus und bibliothekarische Erinnerungskultur*, Wiesbaden 2013.
- Balbier, Uta A., *Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte*, Paderborn/München/Wien 2007.
- Barbian, Jan-Pieter, *Der Börsenverein in den Jahren 1933 bis 1945*, in: Füssel, Stephan/Jäger, Georg/Staub, Hermann (Hrsg.), *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000. Ein geschichtlicher Aufriss*, Frankfurt am Main 2000, S. 91-117.
- Barbian, Jan-Pieter, *Literaturpolitik im NS-Staat. Von der »Gleichschaltung« bis zum Ruin*, Frankfurt am Main 2010.
- Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried (Hrsg.), »Jedes Buch ein Abenteuer«. *Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*, Berlin 1997.
- Bärwinkel, Roland, *Zensur in wissenschaftlichen Bibliotheken der DDR zwischen 1970 und 1990 oder Schatzkammern der Wissenschaft, die (ver-)bergen, was Wissen schafft*, in: Lülfiing, Daniela (Hrsg.), 95. *Deutscher Bibliothekartag in Dresden 2006. Netzwerk Bibliothek*, Frankfurt am Main 2007, S. 227-237.
- Basker, David, »Deutschland lebt an der Nahtstelle, an der Bruchstelle«. *Literature and Politics in Germany 1933-1950*, in: Niven, William/Jordan, James (Hrsg.), *Politics and Culture in Twentieth-Century Germany*, Rochester/Woodbridge 2003, S. 89-106.
- Bauerkämper, Arnd, *Verflechtung in der Abgrenzung. Ein Paradox als Perspektive der historischen DDR-Forschung*, in: Mähler, Ulrich (Hrsg.), *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 71-78.
- Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd, *Die doppelte deutsche Zeitge-*

- schichte, in: Dies. (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 9-16.
- Becker, Heinrich, *Zwischen Wahn und Wahrheit. Autobiographie*, Berlin (Ost) 1974.
- Behrends, Elke, *Technisch-wissenschaftliche Dokumentation in Deutschland von 1900 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Bibliotheken und Dokumentation*, Wiesbaden 1995.
- Bender, Peter, *Reaktionen in West-Berlin und in der Bundesrepublik*, in: Hertle, Hans-Hermann/Jarusch, Konrad H./Kleßmann, Christoph (Hrsg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Wirkung*, Berlin 2002, S. 159-164.
- Bender, Peter, *Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München 2005.
- Berger, Peter, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Wien 2007.
- Berghoff, Hartmut, *Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung*, Paderborn 2004.
- Berthold, Werner, *Exil-Literatur der Jahre 1933-1945 in der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Main*. Hans W. Eppelsheimers »Emigrantenbibliothek« in ihrem 25. Jahr, in: *Jahrbuch für Internationale Germanistik* 6 (1974), Heft 2, S. 108-124.
- Betker, Frank, *»Einsicht in die Notwendigkeit«. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994)*, Stuttgart 2005.
- Betts, Paul, *Die Politik des Privaten. Eingaben in der DDR*, in: Fulda, Daniel u.a. (Hrsg.), *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichte des Privaten im deutschen Nachkrieg*, Göttingen 2010, S. 286-309.
- Betts, Paul, *Within Walls. Private Life in the German Democratic Republic*, Oxford 2010.
- Biddiscombe, Perry, *The Denazification of Germany. A History 1945-1950*, Stroud 2007.
- Bille, Thomas, *Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1945-1948. Aspekte der Verlagspolitik in der sowjetischen Besatzungszone*, in: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* 2 (1992), S. 165-209.
- Bispinck, Henrik u.a., *Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), Heft 4, S. 547-570.
- Blaschke, Olaf, *Verleger machen Geschichte: Buchhandel und Historiker seit 1945 im deutsch-britischen Vergleich*, Göttingen 2010.
- Bleek, Wilhelm/Mertens, Lothar, *Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen*, 2 Bde., München 1994.
- Bleek, Wilhelm/Mertens, Lothar, *DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat*, Opladen 1994.
- Bluemel, Helen, *Identity in Transition. Leipzig's cultural downfall 1943-49*, Diss., Cardiff 2010.
- Bluemel, Helen, *Leipzig and its Culture after 1945. The Examples of the Deutsche Bücherei and the Gewandhaus*, in: Fejtová, Olga (Hrsg.), *Evropská velkoměsta mezi koncem války světové a války studené (1945-1989)*, Prag 2011, S. 443-457.
- Blum, Rudolf, *Nationalbibliographie und Nationalbibliothek. Die Verzeichnung und Sammlung der nationalen Buchproduktion, besonders der deutschen, von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1990.
- Bode, Matthias, *Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik. Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese*, Tübingen 2014.

- Bödeker, Hans Erich/Bötte, Gerd-Josef (Hrsg.), NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek. Vorträge des Berliner Symposiums am 3. und 4. Mai 2007, München 2008.
- Böhm, Peter, Rechtsfragen der Beamtenausbildung. Unter besonderer Berücksichtigung des höheren Bibliotheksdienstes, Köln/Berlin (West)/Bonn 1963.
- Boldorf, Marcel, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945-1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998.
- Bollenbeck, Georg/Knobloch, Clemens (Hrsg.), Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, Heidelberg 2011.
- Bölling, Rainer, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1919-1933, Göttingen 1978.
- Bollmus, Reinhard, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, 2. Aufl., München 2006.
- Bösch, Frank, Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.
- Bösch, Frank (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000, Göttingen 2015.
- Bösch, Frank/Classen, Christoph, Bridge over troubled Water? Deutsch-deutsche Massenmedien, in: Bösch, Frank (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000, Göttingen 2015, S. 449-488.
- Bourdieu, Pierre, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Ders. (Hrsg.), Schriften zu Politik und Kultur, Bd. 1: Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992, S. 49-79.
- Bovermann, Rainer, Das »rote« Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, Düsseldorf 1995.
- Brait, Andrea, »die große Trennungslinie, die an unserer Haustür vorbeiführt, überbauen«. Zur Vermittlungsfunktion der österreichischen Kulturaußenpolitik zwischen Ost und West, in: Graf, Maximilian/Meisinger, Agnes (Hrsg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext, Göttingen 2016, S. 259-295.
- Briel, Cornelia, Zum Verhältnis zwischen Reichstauschstelle und Preußischer Staatsbibliothek in den Jahren 1934 bis 1945, in: Bödeker, Hans Erich/Bötte, Gerd-J. (Hrsg.), NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek. Vorträge des Berliner Symposiums am 3. und 4. Mai 2007, München 2008, S. 45-82.
- Briel, Cornelia, Beschlagnahmt, erpresst, erbeutet. NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek zwischen 1933 und 1945, Berlin 2013.
- Brocke, Bernhard vom, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907. Das »System Althoff«, Stuttgart 1980.
- Brocke, Bernhard vom, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 17-162.
- Bruce, Gary, The Firm. The Inside Story of the Stasi, Oxford 2010.
- Brunner, Detlev/Grashoff, Udo/Kötzing, Andreas (Hrsg.), Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013.
- Buschfort, Wolfgang, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.

- Cornish, Graham P., *The Role of National Libraries in the new Information Environment*, Paris 1991.
- Creuzberger, Stefan, *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969*, Düsseldorf 2008.
- Creuzberger, Stefan/Hoffmann, Dierk (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und Immunisierung der Gesellschaft. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.
- Damm, Veit u.a., *Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess 1935-1995. Ein neues Forschungsfeld der modernen Unternehmensgeschichte*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 2 (2011), S. 187-205.
- Darnton, Robert, *Die Zensoren. Wie staatliche Kontrolle die Literatur beeinflusst hat. Vom vorrevolutionären Frankreich bis zur DDR*, Berlin 2016.
- Demke, Elena, *Lauf durch die Metapher. Erfahrungen mit dem »Giftraum«*, in: *Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hrsg.), Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur*, Berlin 2008, S. 211.
- Deutsche Bücherei (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1949-1959. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig 1959.
- Deutsche Nationalbibliothek (Hrsg.), *HUNDERT. Jubiläumsmagazin der Deutschen Nationalbibliothek*, 4 Teile, Frankfurt am Main/Leipzig 2012.
- De Vries, Hanna, *The History of the International Federation of Library Associations. From its Creation to the Second World War, 1927-1940*, Leiden 1976.
- Die (Ost-) Deutsche Bücherei. Helmut Röttsch im Interview mit Christian Horn, in: *Deutsche Nationalbibliothek (Hrsg.), HUNDERT. Jubiläumsmagazin der Deutschen Nationalbibliothek*, Teil 2, Frankfurt am Main/Leipzig 2012, S. 43-47.
- Dietrich, Dieter, *Die Deutsche Buchkunststiftung 1927-1957. Ein Beitrag zur Buch- und Stiftungsgeschichte*, in: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* 8 (1998), S. 135-163.
- Dietrich, Gerd, *Politik und Kultur in der SBZ 1945-1949. Mit einem Dokumentenanhang*, Bern/Berlin/Frankfurt am Main 1993.
- Dietz, Bernhard/Neumaier, Christopher/Rödder, Andreas (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2016.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2015.
- Donig, Simon, *Vorbild und Klassenfeind. Die USA und die DDR-Informatik in den 1960er Jahren*, in: *Osteuropa* 59 (2009), Heft 10, S. 89-100.
- Dosa, Marta L., *Libraries in the Political Scene*, Westport/London 1974.
- Eichhorn, Joachim Samuel, *Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966-1969)*, München 2009.
- Engelhardt, Isabelle, *Der Kampf gegen die moralische Vergiftung. Die Diskussion um »Schund und Schmutz« Film und Literatur*, in: *Eitz, Thorsten/Engelhardt, Isabelle (Hrsg.), Diskursgeschichte der Weimarer Republik*, Bd. 2, Hildesheim/Zürich/New York 2015, S. 261-312.
- Erdmenger, Klaus, Adenauer, *Die Deutsche Frage und die sozialdemokratische Opposition*, in: *Foschepoth, Josef (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 169-182.

- Estermann, Monika, Der Börsenverein in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland, in: Füssel, Stephan/Jäger, Georg/Staub, Hermann (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000. Ein geschichtlicher Aufriss, Frankfurt am Main 2000, S. 161-191.
- Fabian, Bernhard, Die Reform des preußisch-deutschen Bibliothekswesens in der Ära Althoff: Fortschritt oder Weichenstellung in eine Sackgasse?, in: Brocke, Bernhard vom (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das »System Althoff« in historischer Perspektive, Hildesheim 1991, S. 425-441.
- Fabian, Walter/Berthold, Werner, Exilliteratur in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main. Ein Gespräch (17.1.1977), in: Fabian, Anne-Marie (Hrsg.), Arbeiterbewegung, Erwachsenenbildung, Presse. Festschrift für Walter Fabian zum 75. Geburtstag, Köln, Frankfurt am Main 1977, S. 212-227.
- Fäßler, Peter E., Durch den »Eisernen Vorhang«. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949-1969, Köln/Weimar/Wien 2006.
- Fäßler, Peter E., Innerdeutscher Handel als Wegbereiter der Entspannungspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2007, Heft 3, S. 31-37.
- Fäßler, Peter E., Herausforderung Weltmarkt. Die DDR als Exportnation während der 1970er und 1980er Jahre, in: Schäfer, Michael (Hrsg.), Sachsen und die Welt. Eine Exportregion im Vergleich. Beiträge des 6. Unternehmensgeschichtlichen Kolloquiums, Leipzig 2014, S. 233-247.
- Faulenbach, Bernd, Zur Einführung in die Tagung »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte«?, in: Ders./Jelich, Franz-Josef (Hrsg.), »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte«? Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten, Essen 2005, S. 9-14.
- Faust, Siegmund, Ich liebte die Deutsche Bücherei, in: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hrsg.), Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur, Berlin 2008, S. 208-210.
- Ferguson, Niall u.a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/London 2011.
- Fernau, Michael/Poethe, Lothar, Die Gründung der Deutschen Bücherei und das Jahr 1913, in: Alexandre, Philippe/Marcowitz, Reiner (Hrsg.), L'Allemagne en 1913. Culture mémorielle et culture d'avant-guerre, Nancy 2013, S. 289-312.
- Ferret, Christine, Bibliothekare in der DDR. Erfahrungen einer Generation, in: BIOS 8 (1995), Heft 1, S. 235-241.
- Ferret, Christine, Visages d'une profession. Les bibliothécaires de RDA, Lyon 1996.
- Ferret, Christine, Die Zensur in den Bibliotheken der DDR, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 44 (1997), Heft 4, S. 387-417.
- Fitschen, Klaus, Wissenschaft im Dienste des Sozialismus. Die Universität Leipzig vom Mauerbau bis zur Friedlichen Revolution 1961-1989, in: Hehl, Ulrich von (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909-2009, Leipzig 2010, S. 571-777.
- Flachowsky, Sören, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008.
- Flachowsky, Sören, Der gelbe Stern in der Wissenschaft, in: Dialog mit Bibliotheken 28 (2016), Heft 2, S. 37-44.
- Flachowsky, Sören, »Zeughaus für die Schwerter der Geistes«. Die Deutsche Bücherei in Leipzig 1912-1945, 2 Bde., Göttingen 2018.

- Fleischhack, Curt, Die bibliographische Tätigkeit der Deutschen Bücherei, in: Röttsch, Helmut/Hesse, Gerhard/Pleßke, Hans-Martin (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Nationalbibliothek, Leipzig 1962, S. 105-140.
- Foitzik, Jan, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, Berlin 1999.
- Foitzik, Jan, Sowjetische Ordnungspolitik und deutsche Ordnungsambition, in: Ders. (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR, Berlin 2015, S. 99-254.
- Föllmer, Moritz/Graf, Rüdiger (Hrsg.), Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Förtsch, Eckart, Science, Higher Education, and Technology Policy, in: Macrakis, Kristie/Hoffmann, Dieter (Hrsg.), Science under Socialism. East Germany in comparative Perspective, Cambridge/London 1999, S. 25-43.
- Frerich, Johannes/Frey, Martin, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München/Wien 1993.
- Fröhlich, Claudia, Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter (Hrsg.), Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 105-126.
- Frohn, Julia, Literaturaustausch im geteilten Deutschland. 1945-1972, Berlin 2014.
- Fulbrook, Mary, The People's State. East German Society from Hitler to Honecker, New Haven/London 2005.
- Fulbrook, Mary, Dissonant Lives. Generations and Violence through the German Dictatorships, Oxford 2011.
- Funke, Fritz, Buchkunde. Ein Überblick über die Geschichte des Buches, 6. Aufl., München 1999.
- Gehring, Hansjörg, Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms, Stuttgart 1976.
- Gerstung, Tobias, Stapellauf für ein neues Zeitalter. Die Industriemetropole Glasgow im revolutionären Wandel nach dem Boom (1960-2000), Göttingen 2016.
- Geßler, Ulrike/Hochhaus, Jennifer/Schmidt, Kerstin, Die Deutsche Bücherei Leipzig. Gesamtarchiv des deutschsprachigen Schrifttums und seine besonderen Bedingungen, in: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hrsg.), Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur, Berlin 2008, S. 201-207.
- Gestwa, Klaus/Rohdewald, Stefan, Verflechtungsstudien. Naturwissenschaft und Technik im Kalten Krieg, in: Osteuropa 59 (2009), Heft 10, S. 5-14.
- Gibas, Monika, »Bonner Ultras«, »Kriegstreiber« und »Schlotbarone«. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren, in: Satjukow, Silke/Gries, Rainer (Hrsg.), Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus, Leipzig 2004, S. 75-106.
- Gieseke, Jens, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, München 2006.
- Gieseke, Jens, Die SED-Parteielite zwischen Wandel und Verharren. Peter Christian Ludz' Modernisierungstheorie, in: Danyel, Jürgen/Kirsch, Jan-Holger/Sabrow, Martin (Hrsg.), 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 110-113.
- Gieseke, Jens (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007.

- Gieseke, Jens, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), Heft 2, S. 171-198.
- Gilman, Nils, The Cold War as Intellectual Force Field, in: Modern Intellectual History 13 (2016), Heft 2, S. 507-523.
- Goll, Jörn-Michael, Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die »politisch-operative Arbeit« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011.
- Görtemaker, Manfred, Kanzlerdemokratie, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 229-252.
- Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph, Die Akte Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.
- Götz, Irene, Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989, in: Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (Hrsg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 51-73.
- Graf, Maximilian, Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis. Österreich und die DDR 1949-1989/90, in: Zeitgeschichte 39 (2012), Heft 2, S. 75-97.
- Grau, Günter, Zur Theoriebildung über Homosexualität und Homosexuelle, in: Amendt, Günter (Hrsg.), Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR, Köln 1989, S. 93-123.
- Gray, William Glenn, Germany's Cold War. The Global Campaign to isolate East Germany, 1949-1969, Chapel Hill/London 2003.
- Greguletz, Alexander, Der Beginn der stalinistischen Weichenstellung für das DDR-Bibliothekswesen. Legende und Realität 1945-1949, in: Vodosek, Peter/Leonhard, Joachim-Felix (Hrsg.), Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965, Wiesbaden 1993, S. 221-247.
- Gries, Rainer, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991.
- Groeben, Klaus von der, Reichsinnenministerium, in: Jeserich, Kurt G.A. (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 156-168.
- Grosse, Siegfried, Institutionen für die deutsche Sprache und Literatur in Ost und West, in: Flegel, Silke/Hoffmann, Frank (Hrsg.), Aufbau – Umbau – Neubau. Studien zur deutschen Kulturgeschichte nach 1945, Frankfurt am Main/Berlin/Bern 2008, S. 321-335.
- Habermann, Alexandra, Der wissenschaftliche Bibliothekar – Zur Professionalisierung eines Berufes, in: Plassmann, Engelbert/Syré, Ludger (Hrsg.), Verein Deutscher Bibliothekare 1900-2000. Festschrift, Wiesbaden 2000, S. 41-58.
- Hachtmann, Rüdiger; Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz. Zur Struktur der Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus, in: Reichardt, Sven/Seibel, Wolfgang (Hrsg.), Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 29-74.
- Hahn, Gerhard, Die Reichstagsbibliothek zu Berlin – ein Spiegel deutscher Geschichte, Düsseldorf 1997.
- Halder, Winfried, »Modell für Deutschland«. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945-1948, Paderborn/München/Wien 2001.
- Hall, Murray G./Köstner, Christina, »... allerlei für die Nationalbibliothek zu ergattern ...«. Eine österreichische Institution in der NS-Zeit, Köln/Weimar/Wien 2006.

- Hamann, Olaf, Faschistische Literatur in deutschen Bibliotheken – über Aussonderungen und Neuorientierungen im Bestandsaufbau wissenschaftlicher Bibliotheken in der Zeit 1945-1949 am Beispiel der Öffentlich Wissenschaftlichen Bibliothek Berlin (ÖWiBi), in: Heukenkamp, Ursula (Hrsg.), Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit (1945-1961). Internationale Konferenz vom 01.-04.9.1999 in Berlin, Amsterdam/Atlanta 2001, S. 525-540.
- Happel, Hans-Gerd, Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken, München/New York/London 1989.
- Haritonow, Alexandr, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949, Weimar/Köln/Wien 1995.
- Harrison, Hope M., Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011.
- Harsch, Donna, *Revenge of the Domestic. Women, the Family, and Communism in the German Democratic Republic*, Princeton 2007.
- Hehl, Ulrich von, Hitler in Leipzig. »Führerbesuche« in der Messestadt – Anlässe, öffentliche Wahrnehmung, Wirkung, in: Döring, Detlef (Hrsg.), Leipzigs Bedeutung für die Geschichte Sachsens. Politik, Wirtschaft und Kultur in sechs Jahrhunderten, Leipzig 2014, S. 233-256.
- Hein-Kremer, Maritta, Die amerikanische Kulturoffensive 1945-1955, Köln/Weimar/Wien 1996.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.), Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949. Die sowjetische Besatzungszone, Berlin 2000.
- Henke, Josef/Oldenhage, Klaus, Office of Military Government for Germany (US), in: Weisz, Christoph (Hrsg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994, S. 1-142.
- Henke, Klaus-Dietmar, Die amerikanische Besatzung Deutschlands, München 1995.
- Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen (Hrsg.), So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen, 3 Bde., Hamburg 1994.
- Hermann, Konstantin, Die Sächsische Landesbibliothek 1933-1945. Martin Bollert und Hermann Neubert – zwei Episoden in zwölf Jahren?, in: Knoche, Michael/Schmitz, Wolfgang (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus, Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster, Wiesbaden 2011, S. 289-308.
- Herzberg, Guntolf, Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006.
- Hesse, Gerhard, Gesellschaftliche Faktoren bei der Gründung und in der Entwicklung der Deutschen Bücherei bis zum Jahre 1923, in: Röttsch, Helmut/Hesse, Gerhard/Pleßke, Hans-Martin (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Nationalbibliothek, Leipzig 1962, S. 19-46.
- Heuser, Beatrice, Subversive Operationen im Dienste der »Roll-Back«-Politik 1948-1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), Heft 2, S. 279-297.
- Heydemann, Günther, Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945-1961, in: Hehl, Ulrich von (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909-2009, Leipzig 2010, S. 332-565.
- Hirschfeld, Gerhard, Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt am Main/New York 2004.

- Hirschinger, Frank, »Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter«. Kommunistische Partei-säuberungen in Sachsen-Anhalt 1918-1953, Göttingen 2005.
- Hoare, Peter, Europe, in: Spence Richards, Pamela/Wiegand, Wayne A./Dalbello, Marija (Hrsg.), A History of Modern Librarianship. Constructing the Heritage of Western Cultures, Santa Barbara/Denver 2015, S. 1-67.
- Hochscherf, Tobias/Laucht, Christoph/Plowman, Andrew (Hrsg.), Divided, but not disconnected. German Experiences of the Cold War, New York/Oxford 2010.
- Höchsmann, Dieter, Erfahrungen und Erkenntnisse aus Kooperation und Arbeitsteilung wissenschaftlicher Bibliotheken auf dem Gebiet der neuen Bundesländer, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 38 (1991), Heft 4, S. 359-367.
- Höchsmann, Dieter, Die Entwicklung des Bibliothekswesens im zentralistischen Staat. Verordnete Strukturen und ihre Wirksamkeit, in: Vodosek, Peter/Marwinski, Konrad (Hrsg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, Wiesbaden 1999, S. 37-46.
- Hodenberg, Christina von, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006.
- Hoffmann, Dierk, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräfteelentung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002.
- Hohoff, Ulrich, Wissenschaftliche Bibliothekarinnen und Bibliothekare als Opfer der NS-Diktatur. Eine Übersicht über 250 Lebensläufe seit dem Jahr 1933. Teil 1: Die Entlassungen, in: o-bib. Das offene Bibliotheksjournal 2 (2015), Heft 2, S. 1-32.
- Hölder, Egon/Nowak, Kurt (Hrsg.), Die neue Nationalbibliothek. Festgabe für Günther Pflug zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1983.
- Hollender, Martin, Das »Marburger Büchergrab« – Politische Kontroversen um die beiden Berliner Staatsbibliotheken in Ost und West im Kalten Krieg, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 63 (2008), S. 158-220.
- Höpel, Thomas, »Die Kunst dem Volke«. Städtische Kulturpolitik in Leipzig und Lyon 1945-1989, Leipzig 2011.
- Horkenbach, Cuno, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1931.
- Hübner, Peter, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.
- Hübner, Peter, Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht, in: Boyer, Christoph/Henke, Klaus-Dietmar/Skyba, Peter (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10: 1970-1989. Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden 2008, S. 147-197.
- Huff, Tobias, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015.
- Hügel, Hans-Otto (Hrsg.), Handbuch Populäre Kultur. Begriffe, Theorien und Diskussionen, Stuttgart/Weimar 2003.
- Hürtgen, Renate, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln/Weimar/Wien 2005.
- Ismayr, Wolfgang, Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/96, S. 29-41.
- Jacobeit, Sigrid, Und immer klang die Musik in ihr. Hildeburg Späth, in: Dies./Thoms-Heinrich, Lieselotte (Hrsg.), Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen, Köln 1987, S. 158-168.
- Jacobi, Johannes, Anmerkungen zur Bibliothek der Deutschen Reichsversammlung von 1848/49, in: Jacobi, Johannes/Tröger, Erika (Hrsg.), Bibliothek als Lebenselixier.

- Festschrift für Gottfried Rost zum 65. Geburtstag, Frankfurt am Main/Leipzig 1996, S. 47-77.
- Jäger, Georg, Von der Krönischen Reform bis zur Reorganisation des Börsenvereins 1928, in: Füssel, Stephan/Jäger, Georg/Staub, Hermann (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000. Ein geschichtlicher Aufriss, Frankfurt am Main 2000, S. 60-90.
- Jarausch, Konrad H., Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20 (1998), S. 33-46.
- Jarausch, Konrad H., Care and Coercion: The GDR as Welfare Dictatorship, in: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), *Dictatorship as Experience. Towards a socio-cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 47-69.
- Jarausch, Konrad H., »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004), Heft 1, S. 11-30.
- Jessen, Ralph, Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von »Bürokratie« und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Lüdtke, Alf/Becker, Peter (Hrsg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997, S. 57-75.
- Jessen, Ralph, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ära Ulbricht, Göttingen 1999.
- Jessen, Ralph/Gieseke, Jens, Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: Gieseke, Jens/Wentker, Hermann (Hrsg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, S. 16-60.
- Jessen, Ralph/John, Jürgen, Wissenschaft und Universitäten im geteilten Deutschland der 1960er Jahre. Editorial, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 8 (2005), S. 7-25.
- Jordan, Carlo, *Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen, und Militarisierung 1945-1989*, Berlin 2001.
- Jütte, Bettina, *Verlagslizenzierungen in der Sowjetischen Besatzungszone (1945-1949)*, Berlin/New York 2010.
- Kaiser, Monika, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.
- Kändler, Ulrike, Entdeckung des Urbanen. Die Sozialforschungsstelle Dortmund und die soziologische Stadtforschung in Deutschland, 1930 bis 1960, Bielefeld 2016.
- Kaspers, Heinrich, Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken (gehobener Bibliotheksdienst) und den Dienst an öffentlichen Büchereien (Volksbüchereien). Eine Übersicht über die seit der Begründung dieser Laufbahn im Jahre 1906 erlassenen Bestimmungen, Bonn 1962.
- Kastner, Barbara, Statistik und Topographie des Verlagswesens, in: Jäger, Georg/Langewiesche, Dieter/Siemann, Wolfram (Hrsg.), *Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Das Kaiserreich 1870-1918*, Teil I, Frankfurt am Main 2001, S. 300-367.
- Kegler, Karl, *Deutsche Raumplanung. Das Modell der »Zentralen Orte« zwischen NS-Staat und Bundesrepublik*, Paderborn 2015.
- Keiderling, Thomas, *Aufstieg und Niedergang der Buchstadt Leipzig*, Beucha 2012.
- Kempe, Frederick, *Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt*, München 2011.

- Kempf, Klaus/Kuttner, Sven (Hrsg.), Das deutsche und italienische Bibliothekswesen im Nationalsozialismus und Faschismus. Versuch einer vergleichenden Bilanz, Wiesbaden 2013.
- Keynan, Alexander, The Political Impact of Scientific Cooperation in Nations in Conflict. An Overview, in: De Cerreño, Allison L.C./Keynan, Alexander (Hrsg.), Scientific Cooperation, State Conflict. The Role of Scientists in Mitigating International Discord, New York 1998, S. 1-54.
- Kiepe, Jan, Für die Revolution auf die Schulbank. Eine alltagsgeschichtliche Studie über die SED-Funktionärsausbildung in Thüringen, Bonn 2016.
- Klein, Thomas, »Für die Einheit und Reinheit der Partei«. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln, Weimar, Wien 2002.
- Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1988.
- Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5., überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991.
- Kleßmann, Christoph/Lautzas, Peter (Hrsg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn 2005.
- Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin (West)/Bonn 1982.
- Knoche, Michael, Wissenschaftliche Zeitschriften und Bibliotheken in den dreißiger Jahren, in: Vodosek, Peter/Komorowski, Manfred (Hrsg.), Bibliotheken während des Nationalsozialismus, Teil II, Wiesbaden 1992, S. 133-149.
- Knoth, Günter, Stellung, Funktion und Aufgaben der Deutschen Bücherei Leipzig im Bibliothekswesen der DDR, unveröff. Diplomarbeit, Berlin (Ost) 1976.
- Kocka, Jürgen, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547-553.
- Kocka, Jürgen, Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Ders./Mayntz, Renate (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 435-459.
- Koops, Willem Roelf Henderikus/Wieder, Joachim, IFLA's first fifty Years. Achievement and Challenge in international Librarianship, München 1977.
- Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998.
- Koschorreck, Walter, Geschichte des »Deutschen Leihverkehrs«, Wiesbaden 1958.
- Kössler, Till, Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Kreuzberger, Stefan/Hoffmann, Dierk (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und Immunisierung der Gesellschaft. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229-250.
- Köster, Kurt (Hrsg.), Die Deutsche Bibliothek 1945-1965. Festgabe für Hanns Wilhelm Eppelsheimer zum 75. Geburtstag, Frankfurt am Main 1966.
- Kötzing, Andreas, Kultur und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954-1972, Göttingen 2013.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.

- Krause, Friedhilde, Margarita Rudomino als Vorsitzende des Kulturkomitees der Sowjetunion bei der SMAD in Berlin, in: *Bibliothek und Wissenschaft* 28 (1995), S. 1-26.
- Krieger, Waldemar/Rost, Gottfried, Das Gebäude der Deutschen Bücherei und seine technischen Einrichtungen, in: Röttsch, Helmut/Hesse, Gerhard/Pleßke, Hans-Martin (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Bibliothek*, Leipzig 1962, S. 259-270.
- Kriese, Sven (Hrsg.), *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933*, Berlin 2015.
- Kröger, Klaus, »Establishment und Avantgarde zugleich«? Siegfried Unseld und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1967/68, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), *Zwischen den Fronten. Positionskämpfe europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert*, Berlin 2006, S. 311-331.
- Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschulen und Studenten in der SBZ und DDR. 1945-1961*, Köln 1994.
- Kummer, Dietmar, *Ausbildung und Beruf im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1945 und 1990*, in: Vodosek, Peter/Marwinski, Konrad (Hrsg.), *Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR*, Wiesbaden 1999, S. 183-193.
- Kunoff, Hugo, *The Foundations of the German Academic Library*, Chicago 1982.
- Kunze, Rolf-Ulrich, *Die DDR seit 1971 als Nationalstaat*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 92 (2010), Heft 2, S. 399-424.
- Kurzweg, Christian/Werner, Oliver, *SED und Staatsapparat im Bezirk. Der Konflikt um den Rat des Bezirkes Leipzig 1958/59*, in: Richter, Michael/Schaarschmidt, Thomas/Schmeitzner, Mike (Hrsg.), *Länder, Gauen und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert*, Halle (Saale) 2007, S. 255-276.
- Laitko, Hubert, *The Reform Package of the 1960s. The Policy Finale of the Ulbricht Era*, in: Macrakis, Kristie/Hoffmann, Dieter (Hrsg.), *Science under Socialism: East Germany in comparative Perspective*, Cambridge 1999, S. 44-63.
- Lamberti, Marjorie, *The Politics of Education. Teachers and School Reform in Weimar Germany*, New York/Oxford 2002.
- Lambrecht, Wolfgang, *Deutsch-deutsche Reformdebatten vor »Bologna«*. Die „Bildungskatastrophe der 1960er-Jahre“, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 4 (2007), Heft 3, S. 472-477.
- Lambrecht, Wolfgang, *Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965-71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster/New York/München* 2007.
- Langewiesche, Dieter, »Volksbildung« und »Leserlenkung« in Deutschland von der wilhelminischen Ära bis zur nationalsozialistischen Diktatur, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 14 (1989), Heft 1, S. 108-125.
- Lasby, Clarence George, *Project Paperclip. German Scientists and the Cold War*, New York 1971.
- Lechner, Stefanie, *Gesellschaftsbilder in der deutschen Hochschulpolitik. Das Beispiel des Wissenschaftsrates in den 1960er Jahren*, in: Franzmann, Andreas/Wolbring, Barbara (Hrsg.), *Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945*, Berlin 2007, S. 103-120.
- Leipzig – Wiesbaden – Frankfurt. Ein Gespräch mit Professor Dr. Georg Kurt Schauer über die Anfänge des Frankfurter Börsenblattes, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Frankfurter Ausgabe 60 (1974), S. 1238-1241.

- Lemke, Michael, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- Leonhard, Jörn, Bücher der Nation. Die Entstehung europäischer Nationalbibliotheken als Orte lokalisierter Erinnerung, in: Buchinger, Kirstin/Gantet, Claire/Vogel, Jakob (Hrsg.), Europäische Erinnerungsräume, Frankfurt am Main 2009, S. 72-87.
- Leskien, Hermann, Deutsche Nationalbibliothek – und was nun?, in: Knüppel, Helmut u. a. (Hrsg.), Wege und Spuren. Verbindungen zwischen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Geschichte und Politik. Festschrift für Joachim-Felix Leonhard, Berlin 2007, S. 557-578.
- Lewy, Guenter, Harmful and Undesirable. Book Censorship in Nazi Germany, Oxford 2016.
- Liebaers, Herman, The Needs of National Libraries as regards Professional Training, in: National Libraries. Their Problems and Prospects. Symposium on National Libraries in Europe, Vienna, 8-27 September 1958, Paris 1960, S. 27.
- Lienert, Matthias, Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946-1989, Köln/Weimar/Wien 2011.
- Lindenberger, Thomas, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13-44.
- Lindenberger, Thomas, Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40 (2000), B40, S. 5-12.
- Lindenberger, Thomas, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952-1968, Köln/Weimar/Wien 2003.
- Lindenberger, Thomas, SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und »Eigen-Sinn«. Problemstellung und Begriffe, in: Gieseke, Jens (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 23-47.
- Lindenberger, Thomas, Grenzregime und Gesellschaftskonstruktion im SED-Staat, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 23-47.
- Lindner, Sebastian, Zwischen Öffnung und Abgrenzung. Die Geschichte des innerdeutschen Kulturabkommens 1973-1986, Berlin 2015.
- Links, Christoph, Leseland DDR. Bedingungen, Hintergründe, Veränderungen, in: Großbölting, Thomas (Hrsg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 196-207.
- Löffler, Bernhard, Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Kraus, Hans-Christof/Nicklas, Thomas (Hrsg.), Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege, München 2007, S. 155-180.
- Löffler, Dietrich, Die Kulturpolitik der SED-Führung und der Literaturtransfer in die Bundesrepublik, in: Estermann, Monika/Lersch, Edgar (Hrsg.), Deutsch-deutscher Literaturtausch in den 70er Jahren, Wiesbaden 2006, S. 140-154.
- Löffler, Dietrich, Buch und Lesen in der DDR. Ein literatursoziologischer Rückblick, Berlin 2011.
- Lokatis, Siegfried, Vom Amt für Literatur und Verlagswesen zur Hauptverwaltung Verlagswesen im Ministerium für Kultur, in: Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried (Hrsg.), »Jedes Buch ein Abenteuer«. Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin 1997, S. 19-60.

- Lokatis, Siegfried, *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht*, Köln/Weimar/Wien 2003.
- Lokatis, Siegfried, *Der zensierte Hund*, in: Estermann, Monika/Wittmann, Reinhard (Hrsg.), *Buch-Kulturen. Festschrift für Reinhard Wittmann*, Wiesbaden 2005, S. 397-408.
- Lokatis, Siegfried/Rost, Theresia/Steuer, Grit (Hrsg.), *Vom Autor zur Zensurakte. Abenteuer im Leseland DDR*, Halle (Saale) 2014.
- Longerich, Peter, *The Unwritten Order. Hitlers Role in the Final Solution*, Charleston 2001.
- Longerich, Peter, *Joseph Goebbels. Biographie*, München 2010.
- Lüdtke, Alf (Hrsg.), *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*, Göttingen 1991.
- Lüdtke, Alf, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.
- Lüdtke, Alf, *Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (1998), B36, S. 3-16.
- Ludz, Peter Christian, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln 1968.
- Luhmann, Niklas, *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Köln 1970.
- Lüthi, Lorenz M. (Hrsg.), *The Regional Cold Wars in Europe, East Asia, and the Middle East. Crucial Periods and Turning Points*, Washington D.C./Stanford 2015.
- Mai, Gunther, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?*, München 1995.
- Majer, Helge, *Die »Technologische Lücke« zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika*, Tübingen 1973.
- Major, Patrick, *Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power*, Oxford 2010.
- Major, Patrick/Mitter, Rana, *East is East and West is West? Towards a Comparative Socio-Cultural History of the Cold War*, in: *Cold War History* 4 (2006), Heft 1, S. 1-22.
- Málek, Rudolf, *On the Origin of the International Organisation of Librarians (IFLA). The Congress of Librarians in Prague 1926*, in: *Libri* 20 (1970), Heft 3, S. 222-224.
- Mallmann, Paul/Paul, Gerhard (Hrsg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004.
- Malycha, Andreas, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953*, Paderborn 2000.
- Malycha, Andreas, *»Produktivkraft Wissenschaft«. Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945-1990*, in: Burrichter, Clemens (Hrsg.), *Auf dem Weg zur »Produktivkraft Wissenschaft«*, Leipzig 2002, S. 39-104.
- Malycha, Andreas, *Einführung*, in: Ders. (Hrsg.), *Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945-1961*, Leipzig 2003, S. 7-86.
- Malycha, Andreas, *Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989*, München 2014.
- Marks, Erwin, *Die Entwicklung des Bibliothekswesens der DDR*, Leipzig 1985.
- Marks, Erwin, *Die Bibliotheksgeschichte der DDR*, Leipzig 1986.

- Marwinski, Konrad, Der (Deutsche) Bibliotheksverband der DDR 1964 bis 1990, in: Ruppelt, Georg (Hrsg.), Bibliothekspolitik in Ost und West. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Bibliotheksverbandes, Frankfurt am Main 1998, S. 65-129.
- Marx, Christian, Die Manager und McKinsey. Der Aufstieg externer Beratung und die Vermarktlichung des Unternehmens am Beispiel Glanzstoff, in: Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 65-77.
- Mayerhöfer, Josef, Von der Hofbibliothek zur Nationalbibliothek (1899-1922), in: Stummvoll, Josef (Hrsg.), Geschichte der Österreichischen Nationalbibliothek, Erster Teil: Die Hofbibliothek (1368-1922), Wien 1968, S. 497-638.
- Mazower, Mark, Dark Continent. Europe's Twentieth Century, New York 2000.
- McClelland, Charles E., State, Society and University in Germany, 1700-1914, Cambridge 1980.
- McKay, Joanna, The official Concept of the Nation in the former GDR. Theory, Pragmatism and the Search for Legitimacy, Aldershot/Brookfield/Singapore 1998.
- McKenna, Christopher D., The Origins of Modern Management Consulting, in: Business and Economic History 24 (1995), Heft 1, S. 51-58.
- McKenna, Christopher D., The World's Newest Profession. Management Consulting in the Twentieth Century, Cambridge 2006.
- McMahon, Robert J. (Hrsg.), The Cold War in the Third World, Oxford 2013.
- Meenzen, Sandra, »Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit«. SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: Historical Social Research 35 (2010), Heft 3, S. 47-78.
- Merkel, Ina (Hrsg.), »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation«. Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln/Weimar/Wien 1998.
- Middell, Matthias, La bibliothèque nationale. L'expérience allemande, in: Charle, Christophe/Roche, Daniel (Hrsg.), Capitales culturelles, capitales symboliques. Paris et les expériences européennes: XVIIIe – XXe siècles, Paris 1999, S. 249-262.
- Mikkonen, Simo/Koivunen, Pia (Hrsg.), Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe, New York/Oxford 2015.
- Minter, Catherine J., The Classification of Libraries and the Image of the Librarian in nineteenth and early twentieth-century Germany, in: Library & Information History 25 (2009), Heft 1, S. 3-19.
- Minter, Catherine J., Academic Library Reform and the Ideal of the Librarian in England, France, and Germany in the Long Nineteenth Century, in: Library and Information History 29 (2013), Heft 1, S. 19-37.
- Mix, York-Gothart, Das richtige Buch für den richtigen Leser und die falschen Bücher von Leo Perutz, Armin T. Wegner und Karl Kautsky. Öffentliches Bibliothekswesen, Volksbildung und Zensur in Ostdeutschland zwischen kulturpolitischer Entnazifizierung und Stalinisierung (1945-1953), in: Vodosek, Peter/Marwinski, Konrad (Hrsg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, Wiesbaden 1999, S. 117-131.
- Mix, York-Gothart (Hrsg.), Kunstfreiheit und Buchzensur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Boston 2014.
- Nagel, Anne C., Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945, Frankfurt am Main 2012.
- Naimark, Norman M., The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945-1949, Cambridge/London 1995.

- Nakath, Detlef, Die Verhandlungen zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag 1972. Zum Zusammenwirken von SED-Politbüro und DDR-Außenministerium bei den Gesprächen mit der BRD, Berlin 1993.
- Nakath, Detlef, Erfurt und Kassel. Zu den Gesprächen zwischen dem BRD-Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph im Frühjahr 1970. Vorbereitung – Verlauf – Ergebnisse, Berlin 1995.
- Nastola, Edgar, Individuelle Freiheit und staatliche Reglementierung. Lesben und Schwule in der DDR, Marburg 1999.
- Niederhut, Jens, Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln/Weimar/Wien 2007.
- Niedhart, Gottfried, Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975, München 2014.
- Niethammer, Lutz, Das Kollektiv, in: Sabrow, Martin (Hrsg.), Erinnerungsorte in der DDR, München 2009, S. 269-280.
- Niggemann, Elisabeth, Die Deutsche Bibliothek – Gedächtnis der Nation, in: Jammers, Antonius/Pforte, Dietger/Sühlo, Winfried (Hrsg.), Die besondere Bibliothek oder: Die Faszination von Büchersammlungen, München 2002, S. 47-60.
- Notmeier, Christian, Adolf von Harnack und die deutsche Politik 1890-1930. Eine biographische Studie zum Verhältnis von Protestantismus, Wissenschaft und Politik, Tübingen 2004.
- Olsen, Jon Berndt, Tailoring Truth. Politicizing the Past and Negotiating Memory in East Germany, 1945-1990, New York/Oxford 2015.
- Olson, Michael P., The Odyssey of a German National Library. A short History of the Bayerische Staatsbibliothek, the Staatsbibliothek zu Berlin, the Deutsche Bücherei and the Deutsche Bibliothek, Wiesbaden 1996.
- Oppeland, Torsten, Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.
- Orth, Karin, Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949-1968, Stuttgart 2011.
- Osterhammel, Jürgen, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009.
- O'Sullivan, Donald, Stalins »Cordon sanitaire«. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939-1949, Paderborn 2003.
- Otto, Karl A., Die Arbeitszeit. Von der vorindustriellen Gesellschaft bis zur »Krise der Arbeitsgesellschaft«, Pfaffenweiler 1989.
- Palmowski, Jan, Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945-1990, Cambridge 2009.
- Parak, Michael, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Eliten-austausch an sächsischen Hochschulen 1933-1952, Köln/Weimar/Wien 2004.
- Parak, Michael/Schreiber, Carsten, »Flüchtlingsprofessoren«. Karrieren geflohener und vertriebener Hochschullehrer in der SBZ/DDR, Leipzig, Berlin 2008.
- Paulmann, Johannes, Auswärtige Repräsentation nach 1945. Zur Geschichte der deutschen Selbstdarstellung im Ausland, in: Ders. (Hrsg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 1-32.
- Perkow, Maxim A., Abteilung Volksbildung, in: Möller, Horst/Tschubarjan, Alexandr O. (Hrsg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, München 2009, S. 455-461.

- Peters, Christian, Nationalsozialistische Machtdurchsetzung in Kleinstädten. Eine vergleichende Studie zu Quakenbrück und Heide/Holstein, Bielefeld 2015.
- Petrauskas, Rimvydas/Staliūnas, Darius, Die drei Namen der Schlacht. Erinnerungsketten um Tannenberg/Grunwald/Žalgiris, in: Aust, Martin/Ruchniewicz, Krzysztof/Troebst, Stefan (Hrsg.), Verflochtene Erinnerungen. Polen und seine Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 119-137.
- Petschke, Madeleine, Literatur in den Farben der Deutschen Demokratischen Republik. Die Kulturpolitik unter Ulbricht und Honecker im Vergleich, Baden-Baden 2016.
- Pike, David, *The Politics of Culture in Soviet-occupied Germany, 1945-1949*, Stanford 1992.
- Plumpe, Werner, Das Unternehmen als soziale Organisation. Thesen zu einer erneuerten historischen Unternehmensforschung, in: AKKUMULATION 11 (1998), S. 1-9.
- Plumpe, Werner/Steiner, André (Hrsg.), *Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990*, Göttingen 2016.
- Poethe, Lothar, Deutsche Bücherei und Militärzensur im I. Weltkrieg. Das Buchprüfungsamt Ober Ost Leipzig 1916-1918, in: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* 19 (2010), S. 173-193.
- Poethe, Lothar, Die Deutsche Bücherei, ein »... schlagkräftiges Instrument für die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und der ihr vom Ministerium erteilten Aufträge ...«. Heinrich Uhrendahl in Leipzig, in: Knoche, Michael/Schmitz, Wolfgang (Hrsg.), *Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus. Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster*, Wiesbaden 2011, S. 243-288.
- Port, Andrew I., *Conflict and Stability in the German Democratic Republic*, Cambridge 2007.
- Pöttker, Horst, Fortschreibung alter Identitäten. Fremd- und Selbstbilder in der Presse des vereinten Deutschlands, in: Haller, Michael/Puder, Klaus/Schlevoigt, Jochen (Hrsg.), *Presse Ost – Presse West. Journalismus im vereinten Deutschland*, Berlin 1995, S. 235-244.
- Preston, Andrew, *The Great Transition. From Geopolitics to Geoeconomics*, in: Lüthi, Lorenz M. (Hrsg.), *The regional Cold War in Europe, East Asia, and the Middle East*, Washington 2015, S. 111-121.
- Prittwitz, Gesine von/Braun, Matthias, Abteilung 7: Kultur und Massenkommunikationsmittel, in: Thomas Auerbach u.a. (Hrsg.), *Anatomie der Staatssicherheit*, Teil 3, Bd. 12: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«, Berlin 2008, S. 122-137.
- Prodöhl, Ines, *Die Politik des Wissens. Allgemeine deutsche Enzyklopädien zwischen 1928 und 1956*, Berlin 2011.
- Raphael, Lutz, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945*, München 2011.
- Raschka, Johannes, *Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers*, Köln/Weimar/Wien 2000.
- Räuber, Jörg, Die Suche nach der »Spur der Bücher« in der Deutschen Bücherei Leipzig. Ein Werkstattbericht, in: Dehnel, Regine (Hrsg.), *Jüdischer Buchbesitz als Raubgut. Zweites Hannoversches Symposium*, Frankfurt am Main 2006, S. 335-340.
- Rau, Christian, *Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957-1989)*, Stuttgart 2017.
- Reichardt, Ann-Kathrin, *Von der Sowjetunion lernen? Die Zensur sowjetischer belletristischer Literatur in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren*, Münster 2014.

- Reichel, Thomas, »Feste Burgen der Partei«. Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der SBZ 1946-1949, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1 (2000), Heft 1, S. 62-99.
- Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014.
- Reuveni, Gideon, Die Deutsche Nationalbibliothek und die Juden. Anstellungspolitik und Katalogisierung der Deutschen Bücherei in Leipzig als Barometer für den Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Wendehorst, Stephan (Hrsg.), Bausteine zu einer Jüdischen Geschichte der Universität Leipzig, Leipzig 2006, S. 541-561.
- Richter, Kornelia, Chronik zur bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig, in: Plassmann, Engelbert/Kummer, Dietmar (Hrsg.), Bibliothekarisches Studium in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift aus Anlass des 80jährigen Bestehens der bibliothekarischen Ausbildung in Leipzig im Oktober 1994, Frankfurt am Main 1995, S. 15-67.
- Richthofen, Esther von, Bringing Culture to the Masses. Control, Compromise and Participation in the GDR, New York 2009.
- Rieck, Michael, Die Geschichte der wissenschaftlichen Information und Dokumentation in Deutschland unter Berücksichtigung politischer Einflüsse, unveröff. Magisterarbeit, Berlin 2004.
- Riedel, Hildegard, Die faschistische Kultur- und Wissenschaftspolitik in ihren Auswirkungen auf das Buch- und Bibliothekswesen – speziell die Deutsche Nationalbibliothek, Diss. A, Leipzig 1969.
- Riese, Raimar, Der Börsenverein in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Füssel, Stephan/Jäger, Georg/Staub, Hermann (Hrsg.), Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825-2000. Ein geschichtlicher Aufriss, Frankfurt am Main 2000, S. 118-160.
- Ritzheimer, Kara L., »Trash«, Censorship, and National Identity in early twentieth-century Germany, New York 2016.
- Ross, Corey, Constructing Socialism at the Grass-Roots. The Transformation of East Germany, 1945-65, Basingstoke/London/New York 2000.
- Rost, Gottfried, Der Bibliothekar. Schatzkämmerer oder Futterknecht?, Leipzig 1990.
- Rost, Gottfried, »... was die Mode streng geteilt«. Eine Leipziger Sicht auf die Vereinigung von Deutscher Bücherei und Deutscher Bibliothek, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 39 (1992), Heft 3, S. 181-195.
- Rost, Gottfried, Die Deutsche Bücherei als »Loch in der Mauer«, in: Lehmsstedt, Mark/Lokatis, Siegfried (Hrsg.), Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaus-tausch, Wiesbaden 1997, S. 132-136.
- Rost, Gottfried, Die Vollständigkeit als wesentlicher Zweck. Der Buchhandel und die Bewahrung der deutschsprachigen Literatur im zwanzigsten Jahrhundert, in: Fabian, Bernhard (Hrsg.), Buchhandel, Bibliothek, Nationalbibliothek. Vorträge eines Symposiums der Arbeitsgemeinschaft Sammlung Deutscher Drucke, Wiesbaden 1997, S. 157-197.
- Rost, Gottfried, Tradition auf dem Prüfstand. Die Deutsche Bücherei in den Jahren der DDR, in: Vodosek, Peter/Marwinski, Konrad (Hrsg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, Wiesbaden 1999, S. 133-143.
- Roth, Heidi, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1999.
- Röttsch, Helmut, Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig und die

- Deutsche Bücherei, in: Röttsch, Helmut/Pleßke, Hans-Martin/Deutsche Bücherei (Hrsg.), *Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Bibliothek*, Leipzig 1962, S. 47-66.
- Röttsch, Helmut, *Beiträge zur Geschichte und Entwicklung der Deutschen Bücherei*, Leipzig, Diss. A, Leipzig 1969.
- Röttsch, Helmut/Pleßke, Hans-Martin, *Die Deutsche Bücherei in Leipzig. Ein Abriss der Geschichte des Gesamtarchivs des deutschsprachigen Schrifttums 1912 bis 1987*, Leipzig 1987.
- Röttsch, Helmut, *Die Deutsche Bücherei als Zentrum bibliographischer Literaturinformation*, in: Köckritz, Sieghardt von/Nowak, Kurt (Hrsg.), *Nationalbibliotheken im Jahr 2000/National Libraries in the Year 2000*, Frankfurt am Main 1988, S. 125-135
- Röttsch, Helmut, *Das Kernprogramm der IFLA für die Preservation und das Regionale IFLA-Zentrum für Konservierung und Restaurierung in der Deutschen Bücherei*, Leipzig, in: Haase, Yorck A./Haass, Gerhard (Hrsg.), 77. *Deutscher Bibliothekartag in Augsburg 1987. Reden und Vorträge*, Frankfurt am Main 1988, S. 143-152.
- Röttsch, Helmut, *Eine Gratwanderung ohne Absturz. Die Deutsche Bücherei Leipzig in jener Zeit*, in: Lehmostedt, Mark/Lokatis, Siegfried (Hrsg.), *Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch*, Wiesbaden 1997, S. 137-141.
- Rowell, Jay, *Les usages individuels et étatiques des ›Eingaben‹*, in: *L'Allemagne en chantier* 3 (1999), S. 67-84.
- Rudloff, Wilfried, *Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms*, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Tepe, Karl (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, München/Paderborn/Wien 2003, S. 259-282.
- Rudolph, Harriet, *Entangled Objects and Hybrid Practices? Material Culture as a New Approach to the History of Diplomacy*, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte/ European History Yearbook* 17 (2016), S. 1-28.
- Rudomino, Margarita Ivanovna, *Moja Biblioteka. K stoletiju so dnja roždenija*, hrsg. v. Adrian V. Rudomino, Moskau 2000.
- Ruppelt, Georg, *Anmerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit wissenschaftlicher Bibliotheken in der Weimarer Republik mit einer Übersicht »Ausstellungen wissenschaftlicher Bibliotheken des Deutschen Reiches 1919-1932«*, in: *Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken* 7 (1987), Heft 4, S. 219-279.
- Ruppelt, Georg (Hrsg.), *Bibliothekspolitik in Ost und West. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Bibliotheksverbandes*, Frankfurt am Main 1998.
- Ruppelt, Georg (Hrsg.), *West-östliche Bande. Erinnerungen an innerdeutsche Bibliothekskontakte*, Frankfurt am Main 2011.
- Sabrow, Martin, *Wem gehört »1989«?*, in: Ders. (Hrsg.), *Bewältigte Diktaturvergangenheit? 20 Jahre DDR-Aufarbeitung*, Leipzig 2010, S. 9-20.
- Saevecke, Rolf-Dieter (Bearb.), *Die Deutsche Bibliothek. Geschichte, Organisation und Aufgaben*, 7. Aufl., Frankfurt/Main 1986.
- Saldern, Adelheid von (Hrsg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart 2003.
- Saldern, Adelheid von (Hrsg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975)*, Stuttgart 2005.
- Samulowitz, Hansjoachim/Ockenfeld, Marlies, *Bibliothek und Dokumentation – eine unendliche Geschichte*, in: *Information – Wissenschaft und Praxis* 54 (2003), S. 453-462.

- Sarkowski, Heinz, Die Anfänge des deutsch-deutschen Buchhandelsverkehrs (1945-1955), in: Lehmstedt, Mark/Lokatis, Siegfried (Hrsg.), Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch, Wiesbaden 1997, S. 89-108.
- Sarotte, Mary E., Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Chapel Hill 2001.
- Saur, Klaus G., 80 Jahre Deutsche Bücher. Haben wir eine Nationalbibliothek?, in: Kaiser, Gert (Hrsg.), Bücher für die Wissenschaft. Bibliotheken zwischen Tradition und Fortschritt. Festschrift für Günter Gattermann zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 313-324.
- Saur, Klaus G., Traumberuf Verleger, Hamburg 2011.
- Saur, Klaus G., Deutsche Bücherei und Deutsche Bibliothek 1945-1990, in: Aus dem Antiquariat NF 10 (2012), Heft 3/4, S. 166-172.
- Schaaf, Fritz, Zur Geschichte der Deutschen Bücherei nach 1945, in: Röttsch, Helmut/Hesse, Gerhard/Pleßke, Hans-Martin (Hrsg.), Deutsche Bücherei 1912-1962. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Bibliothek, Leipzig 1962, S. 67-90.
- Schervado, Jennifer, Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Stuttgart 2006.
- Schlemmer, Thomas, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998.
- Schmeitzner, Mike/Donth, Stefan, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952, Köln/Weimar/Wien 2002.
- Schmidt, Werner, Struktur und Organisation des Bibliothekswesens in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Kunze, Horst (Hrsg.), Aus der Arbeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1955, S. 1-10.
- Schneider, Ute, Der unsichtbare Zweite. Die Berufsgeschichte des Lektors im literarischen Verlag, Göttingen 2005.
- Schochow, Werner, Die Preußische Staatsbibliothek 1918-1945. Ein geschichtlicher Überblick. Mit einem Quellenteil, Köln/Wien 1989.
- Schochow, Werner, Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld. 20 Kapitel preußisch-deutscher Bibliotheksgeschichte, Frankfurt am Main 2005.
- Schönbach, Ulli, Das Werteklima in den neuen Bundesländern. Wert- und Einstellungsmuster in den Kommentaren ostdeutscher Tageszeitung 1991-2000, in: Haller, Michael/Mükke, Lutz (Hrsg.), Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Köln 2010, S. 40-59.
- Schroeder, Werner, »... eine Fundgrube der Schrifttumsinformation«. Die Leipziger Arbeitsstelle für Schrifttumsbearbeitung beim Reichssicherheitshauptamt (SD) und die »SD-Verbindungsstelle an der Deutschen Bücherei«, in: Gibas, Monika (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945, Leipzig 2007, S. 117-151.
- Seifert, Otto, Aspekte des geistigen Klimas für die »Arisierung« und die Folgen für die Buchstadt Leipzig, in: Gibas, Monika (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945, Leipzig 2007, S. 72-96.
- Seyer, Ulrike, Die Frankfurter Buchmesse in den Jahren 1967-1969, in: Füssel, Stephan (Hrsg.), Die Politisierung des Buchmarktes. 1968 als Branchenereignis, Wiesbaden 2007, S. 159-241.

- »Sie waren tendenziell misstrauisch«. Der Giftschränk in der Deutschen Bücherei aus Sicht eines Benutzers. Prof. Dr. Torsten Seela (S) im Interview mit Kerstin Schmidt (I1), Diana Schmidt (I2) und Jenifer Hochhaus (I3), in: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hrsg.), *Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur*, Berlin 2008, S. 212-219.
- Soilihi Mzéz, Hassan, *Aspekte der Transformation. Die Entwicklung der Universitätsbibliothek Leipzig vom Kriegsende bis zur Bibliotheksreform der DDR (1945-1968/69)*, unveröff. Magisterarbeit, Leipzig 2011.
- Soilihi Mzéz, Hassan, *Fachliches Regelwerk, politisches Werkzeug. Der Entwurf des Gesetzes zur Demokratisierung des Büchereiwesens und seine Adaption in den Ländern Thüringen und Sachsen (1947/1949)*, in: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* 20 (2012), S. 307-320.
- Sonnenberg, Uwe, *Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren*, Göttingen 2016.
- Speitkamp, Winfried, *Jugendschutz und kommerzielle Interessen. Schunddebatte und Zensur in der Weimarer Republik*, in: Berghoff, Hartmut (Hrsg.), *Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 47-75.
- Spittmann, Ilse, *Honecker und die deutsche Frage*, in: *Deutschland-Archiv* 5 (1972), S. 1f.
- Sroka, Marek, »Soldiers of the Cultural Revolution«. *The Stalinization of Libraries and Librarianship in Poland, 1945-1953*, in: *Library History* 16 (2000), S. 105-125.
- Stargardt, Nicholas, *Der Deutsche Krieg 1939-1945*, Frankfurt am Main 2015.
- Steigers, Ute, *Die Mitwirkung der Deutschen Bücherei an der Erarbeitung der »Liste der auszusondernden Literatur« in den Jahren 1945-1951*, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 38 (1991), Heft 3, S. 256-256.
- Steiner, André, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999.
- Steiner, André, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004.
- Steiner, André, *The Globalisation Process and the Eastern Bloc Countries in the 1970s and 1980s*, in: *European Review of History* 21 (2014), Heft 2, S. 165-181.
- Stirn, Andreas, *Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlaubsschiffe 1953-1990*, Berlin 2010.
- Stöhr, Matti, *Literaturpropaganda als Bibliothekskultur*, in: *Libreas* 5 (2006), S. 1-5.
- Stoll, Ulrike, *Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906-1968) in München, Bonn und Rom*, Paderborn 2005.
- Stöver, Bernd, *Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007.
- Szöllösi-Janze, Margit, *Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte?*, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 277-305.
- Taylor, Fred, *The Berlin Wall. 13 August 1961-9 November 1989*, London 2007.
- Tent, James F., *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, Chicago/London 1982.
- Thüsing, Andreas, *Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945-1952. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts*, Frankfurt am Main 2000.
- Tobegen, Michael, *Ein Trommelfeuer von bedrucktem Papier. Fliegerabwürfe in der Deutschen Nationalbibliothek*, in: Julia Freifrau Hiller von Gaertringen (Hrsg.), *Kriegssammlungen 1914-1918*, Frankfurt am Main 2014, S. 313-334.

- Toussaint, Ingo, Wissenschaftliche Bibliotheken im Dritten Reich – methodische Probleme ihrer Erforschung, in: Vodosek, Peter/Komorowski, Manfred (Hrsg.), Bibliotheken während des Nationalsozialismus, Teil I, Wiesbaden 1989, S. 297-303.
- Toussaint, Ingo, Wissenschaftliche Bibliotheken im Dritten Reich – ein vorläufiges Resümee, in: Vodosek, Peter/Komorowski, Manfred (Hrsg.), Bibliotheken während des Nationalsozialismus. Teil I, Wiesbaden 1989, S. 385-388.
- Trauer um Präsident a.D. Egon Hölder, in: *Wirtschaft und Statistik* 9 (2007), S. 821 f.
- Trommler, Frank, *Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2014.
- Tsvetkova, Natalia, *Failure of American and Soviet Cultural Imperialism in German Universities, 1945-1990*, Leiden 2003.
- Ullmann, Hans-Peter, *Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren*, Göttingen 2017.
- Umlauff, Ernst, *Der Wiederaufbau des Buchhandels. Beiträge zur Geschichte des Büchermarktes in Westdeutschland nach 1945*, Frankfurt am Main 1978.
- Unger, Corinna R., *Cold War Science. Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg*, in: *Neue Politische Literatur* 51 (2006), S. 49-68.
- Unsel, Siegfried, Hanns W. Eppelsheimer – der Europäer, in: Kieser, Harro (Red.), Hanns W. Eppelsheimer (1890-1972). *Bibliothekar, Literaturwissenschaftler, Homme de lettres. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt*, Frankfurt am Main 1990, S. 106-114.
- Unverhau, Dagmar, *Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit*, Münster 2004.
- Van Melis, Damian, *»Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, München 2006.
- Vodosek, Peter/Komorowski, Manfred (Hrsg.), *Bibliotheken während des Nationalsozialismus*, 2 Teile, Wiesbaden 1989-1992.
- Vodosek, Peter/Leonhard, Joachim-Felix (Hrsg.), *Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945-1965*, Wiesbaden 1993.
- Vodosek, Peter/Marwinski, Konrad (Hrsg.), *Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR*, Wiesbaden 1999.
- Vodosek, Peter, *Bibliotheken und Leserlenkung*, in: Jäger, Georg/Langewiesche, Dieter/Siemann, Wolfram (Hrsg.), *Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Das Kaiserreich 1870-1918*, Teil I, Frankfurt am Main 2001, S. 409-443.
- Vodosek, Peter, *»Reflex der Verdrängung?« Zur Rezeptionsgeschichte eines schwierigen Themas*, in: Kuttner, Sven/Reifenberg, Bernd (Hrsg.), *Das bibliothekarische Gedächtnis. Aspekte der Erinnerungskultur an braune Zeiten im deutschen Bibliothekswesen*, Marburg 2004, S. 10-24.
- Vodosek, Peter, *Bibliotheken als Institutionen der Literaturvermittlung*, in: Fischer, Ernst/Füssel, Stephan (Hrsg.), *Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Die Weimarer Republik*, Teil I, München 2007, S. 197-222.
- Voigt, Helmut, *Leipzig – Hamburg – Dresden. Zum Rücktritt Gustav Wahls von der Leitung der Deutschen Bücherei Leipzig 1916 und zu seiner beabsichtigten Berufung an die Spitze der Sächsischen Landesbibliothek Dresden 1920*, in: Weigel, Harald (Hrsg.), *Festschrift für Horst Gronemeyer zum 60. Geburtstag*, Herzberg 1993, S. 775-880.
- Vollnhals, Clemens, *Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft*,

- in: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*, München 1995, S. 369-392.
- Vollnhals, Clemens: *Die Entnazifizierung als Instrument kommunistischer Machtpolitik*, in: Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens/Weil, Francesca (Hrsg.), *Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949*, Göttingen 2016, S. 293-328.
- Waligora, Raimund, *Der Giftschränk der Staatsbibliothek Berlin*, in: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hrsg.), *Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur*, Berlin 2008, S. 191-200.
- Walther, Joachim, *Sicherheitsbereich Literatur: Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1999.
- Wanninger, Susanne, »Herr Hitler, ich erkläre meine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit.« Rudolf Buttman (1885-1947). *Politiker und Bibliothekar zwischen bürgerlicher Tradition und Nationalsozialismus*, Wiesbaden 2014.
- Weber, Hermann, *Die DDR 1945-1990*, München 2000.
- Weber, Petra, *Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945-1961*, München 2000.
- Weinke, Annette, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg*, Paderborn 2002.
- Welsh, Helga A., *Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität Leipzig 1945-1946. Ein Bericht des damaligen Rektors Professor Bernhard Schweitzer*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), Heft 2, S. 339-372.
- Welsh, Helga A., *Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945-1948)*, München 1989.
- Welsh, Helga A., *Sachsen*, in: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, 2. Aufl., München 1993, S. 126-146.
- Welsh, Helga A., *Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV)*, in: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, 2. Aufl., München 1993, S. 229-238.
- Welskopp, Thomas, *Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), Heft 1, S. 118-142.
- Wentker, Hermann, *Justiz in der SBZ/DDR 1945-1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen*, München 2001.
- Wentker, Hermann, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989*, München 2007.
- Wentker, Hermann/Wengst, Udo (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008.
- Wentker, Hermann, *Chance oder Risiko? Die Außen- und Deutschlandpolitik der DDR im deutsch-deutschen Kommunikationsraum*, in: Bösch, Frank/Hoeres, Peter (Hrsg.), *Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2013, S. 191-210.
- Werner, Oliver, *Zwischen Konsolidierung, Bedeutungsverlust und Stagnation. Die Stadt Leipzig in der Planwirtschaft der DDR*, in: Schötz, Susanne (Hrsg.), *Leipzigs*

- Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Akteure, Handlungsspielräume, Wirkungen (1400-2011), Leipzig 2012, S. 355-364.
- Westad, Odd Arne, *The global Cold War. Third World Interventions and the Making of our Times*, Cambridge 2007.
- Westdickenberg, Michael, *Die »Diktatur des anständigen Buches«*. Das Zensursystem der DDR für belletristische Prosaliteratur in den sechziger Jahren, Wiesbaden 2004.
- Wettig, Gerhard, *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau*, München 2009.
- Wildt, Michael, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.
- Wimmer, Ulla/Seadle, Michael, *A Friendly Conquest. German Libraries after the Fall of the Berlin Wall in 1989*, in: *Library Trends* 63 (2014), Heft 2, S. 197-211.
- Winckler, Lutz, *Kulturelle Erneuerung und gesellschaftlicher Auftrag. Zur Bestandspolitik der Öffentlichen Bibliotheken und Betriebsbüchereien in der SBZ und DDR 1945 bis 1951*, Tübingen 1987.
- Wirsching, Andreas, *Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2007), Heft 3, S. 13-18.
- Wittich, Ursula, *»Dann schreibe ich eben an Erich Honecker!« »Eingaben« und »Stellungnahmen« im Alltag der DDR*, in: Reither, Ruth (Hrsg.), *Vorwärts und nichts vergessen. Sprache in der DDR. Was war, was ist, was bleibt*, Berlin 2004, S. 195-205.
- Wittmann, Reinhard, *Geschichte des deutschen Buchhandels. Ein Überblick*, München 1999.
- Wolfrum, Edgar, *Die Mauer. Geschichte einer Teilung*, München 2009.
- Wolfrum, Edgar, *Das Verbot der KPD im Jahr 1956. Wehrhafte bundesrepublikanische Demokraten oder politische Gefangene des Kalten Krieges?*, in: *Haus der Geschichte Baden-Württemberg* (Hrsg.), *Politische Gefangene in Südwestdeutschland*, Tübingen 2011, S. 250-281.
- Wolle, Stefan, *Die Aktenüberlieferung der SED als historische Quelle*, in: Henke, Klaus-Dietmar/Engelman, Roger (Hrsg.), *Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung*, Berlin 1995, S. 211-219.
- Zeckert, Patricia F., *Die Internationale Leipziger Buchmesse*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 (2009), S. 39-46.
- Zeller, Bernhard, *Literaturausstellungen. Möglichkeiten und Grenzen*, in: Ebeling, Susanne (Hrsg.), *Literarische Ausstellungen von 1949 bis 1985. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik. Diskussion, Dokumentation, Bibliographie*, München/London/New York 1991, S. 39-44.
- Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam/Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Hrsg.), *Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus*, Stand: 29.10.2015
URL: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2015/11/abschlussbericht-vorstudie-aufarbeitung-bmi-nachkriegsgeschichte.pdf>.

Personenregister

- Abusch, Alexander 182, 398, 400, 414, 420, 426, 459
Adenauer, Konrad 256, 323, 325, 339
Adler, Ernst 253
Althoff, Friedrich 37f., 46, 101, 406
Arndt, Ernst Moritz 47
Arnold, Karl 210
Axmann, Paul 135
- Bade, Wilfried 164
Barber, Lynn 560
Baum, Gerhart 606
Becher, Johannes R. 100, 181f.
Beck, Gerhard 546
Becker, Heinrich 75, 77, 102, 124, 163, 178, 203
Behrens, Friedrich 169
Belonoschkin, Boris 166
Bentzien, Hans 417
Berthold, Werner 485
Berz, Ernst-Ludwig 599
Bessedowsky, Grigorij 164
Bielefeldt, Edgar 69
Biermann, Wolf 572-574
Bismarck, Otto von 37, 42
Blum, Rudolf 55, 493, 506
Bock, Hans-Joachim 327
Bockelmann, Werner 494f.
Böhme, Hans-Joachim 517, 535, 642
Boldt, Harald 586
Böll, Heinrich 573
Bollert, Martin 43
Bömer, Aloys 43
Boor, Hans Otto de 160
Borissow, I. G. 84
Börne, Ludwig 181
Bouhler, Philipp 59f.
Brandt, Willy 456, 482, 584, 587, 626
Brauer, Adalbert 531
Braun, Wilhelm 124
Brinkmann, Carl 170
Brockhaus, Fritz 360f.
Brockhaus, Hans 170
Bronnen, Arnolt 317
Brückmann, Kurt 229-231, 233f., 236, 241, 243, 246, 254f., 257f., 262f., 265, 267-270, 273f., 277f., 294, 301, 303, 313, 315, 317f., 337, 341f., 356, 367, 374f., 392, 396, 400, 406, 411, 419, 421f., 427, 438-440, 444, 453, 455f., 514, 673-675
Brugsch, Theodor 100f., 159f., 162, 167f., 202
Buhs, Werner 556
Bunke, Horst 433, 438-440, 541, 555
- Cassirer, Ernst 181
Céline, Louis Ferdinand 161
Chruschtschow, Nikita 294, 301, 323, 342, 367, 397
Cordes, Hans 134, 212
Coudres des, Hans Peter 135
- Dahlmann, Erich 126
Dieckmann, Johannes 385
Diesch, Carl 125-127, 353
Dorn, Richard W. 587
Dorn, Werner 475f.
Drews, Erich 278f., 285, 292, 307
Dube, Werner 399, 401
Dubrowski, Dimitri Georgijewitsch 187
Dühning, Eugen 161
Dulles, John Foster 322
Dyck, Margarethe 113
- Ebert, Otto Erich 47, 56
Ehlermann, Erich 39, 52
Eichendorff, Joseph von 47
Eichler, Heinz 389

- Elsner, Constanze 580
Engels, Friedrich 181, 185
Enghardt, Walter 284-286
Eppelsheimer, Hanns Wilhelm 29, 115, 180,
191-193, 195f., 198-201, 204-207, 209f.,
212, 219, 324f., 328-330, 333-338, 341, 345,
347-350, 354, 364, 476, 484, 666f., 669
Erhard, Ludwig 497
Erman, Wilhelm Adolf 44
- Faust, Siegmar 550
Fichte, Johann Gottlieb 47
Fichtner, Kurt 417
Fiedler, Rudolf 403f.
Fischer, Kurt 94
Fischer, Oskar 604
Firnberg, Hertha 404
Flatscher, Rudolf 65
Fleischhack, Curt 122, 129-131, 146, 155,
166, 173, 230, 240, 242f., 251, 257-265,
272f., 278f., 285, 303, 315, 317, 325, 327,
340, 348, 352, 354-356, 361-363, 367, 373,
375, 387, 402, 405, 430, 475, 508, 538, 674,
677
Franke, Egon 483
Franz, Rudolph 126, 128
Frels, Wilhelm 407
Freud, Sigmund 181
Freyh, Brigitte 502, 504
Friedrichs, Rudolf 79, 93
Frings, Theodor 170
Fröhlich, Paul 151, 345, 426, 439
Frölich, Paul 170
Fruck, Hans 267
Fuchs, Jürgen 578
- Garding, Axel 561
Gebauer, Horst 32, 546
Geeb, Hans Karl 480f.
Genscher, Hans-Dietrich 598f.
Gentzsch, Gerhard 307
Georgi, Arthur 366
Georgi, Friedrich 465-467, 495, 499f., 502,
629
Gerull-Kardas, Walter 162
Geßner, Alfred 32, 277, 457, 538, 545, 553,
555, 572, 579
Gießmann, Ernst-Joachim 417, 426f.
Girnus, Wilhelm 223f., 233, 267, 345, 390f.,
398, 439, 674
Göber, Willi 228
Gobineau, Joseph Arthur de 156
- Goebbels, Joseph 55, 57f., 60-63, 164, 406,
663
Goerdeler, Carl Friedrich 408
Goethe, Johann Wolfgang von 408
Gonski, Heinrich 350-352
Gorbatschow, Michail 577, 631
Goßens, Hans 309
Grazianski, N. 85
Grimm, Hans 165, 169
Grotewohl, Otto 291
Grützner, Erich 345
Guillaume, Günter 587
Gulich, Wilhelm 340
Gussone, Carl 491f., 583, 586
Gute, Herbert 125
Gutenberg, Johannes 42
Gysi, Klaus 625
- Hachfeld, Eckart 292
Hack, Berthold 353
Haenisch, Wolf 163
Hagedorn, Erwin 579
Hagelberg, Karl-Ulrich 491f., 494-497,
499f., 503-506
Hager, Kurt 224, 252, 259, 362, 390f.
Hahn, Heinrich Wilhelm 52
Hahn, Siegfried 471
Halfmann, Horst 241, 471, 485
Hallstein, Walter 323
Hamelmann, Bruno 32, 539
Hanser, Carl 209
Hantzsch, Franz 128, 151
Harich, Wolfgang 291, 438
Harig, Gerhard 189, 223f., 233, 236, 259,
309f., 312, 314, 361
Harnack, Adolf von 37f., 62, 395
Hartsch, Erwin 99
Hase, Hellmuth von 216
Haselberg, Peter von 505f.
Hauck, Eduard 121
Heerwagen, Heinrich 63
Heine, Heinrich 46, 127, 181
Heinrichs, Fritz 183
Heppe, Hans von 330
Herzfeld, Ernst 506
Heß, Albert 54
Hesse, Gerhard 265, 286, 302, 393, 408,
420f., 425, 433, 440f., 443
Heuss, Theodor 210, 333, 344
Heym, Stefan 572, 578
Hitler, Adolf 54, 57f., 65, 163, 274
Höcherl, Hermann 480

- Hoecker, Rudolf 102, 110, 112, 178f.
 Höhne, Heinz 488, 569
 Hölder, Egon 603f.
 Höpcke, Klaus 537
 Hörnig, Johannes 224, 234, 259, 455,
 516-518, 642
 Hofé, Günter 459
 Hoffmann, E. T. A. 46
 Hoffmann, Hans Joachim 625
 Holtzhauer, Helmut 358
 Honecker, Erich 277, 513-515, 532, 544,
 556, 558, 568, 608, 610, 676
 Honecker, Margot 570
 Horkenbach, Cuno 163
 Hübinger, Paul Egon 344, 492
- Jacobs, Emil 191
 Janka, Walter 291
 Jetter, Armin 627
 Jung, Cläre 633
 Junge (Verwaltungsleiter im Ministerium
 für Kultur der DDR) 369
 Junghans, Hans-Jürgen 502
- Kabus, Eberhard 518
 Kaiser, Bruno 184
 Karstedt, Hans Peter 210, 464f.
 Kasten, Hans 126f.
 Kehrback, Karl 36f.
 Kiesinger, Kurt Georg 481, 498
 Kinard, William 197f.
 Kipp, Heinrich 338
 Klaus, Georg 459
 Klemm, Wilhelm 70f.
 Kliemann, Horst 355, 360, 465, 495
 Klostermann, Vittorio 196, 198f., 208f., 329,
 495
 Knecht, Josef 349, 361
 Köppler, Heinrich 502
 Köster, Kurt 475-477, 484, 486f., 489,
 493-496, 499f., 503f., 506, 583, 587-589,
 597, 599, 669f.
 Kogon, Eugen 175
 Kohl, Helmut 217
 Kohl, Josef 217
 Kolb, Walter 198
 Korn, Ilse 109, 159f.
 Kortzfleisch, Hermann von 588, 590
 Koven, Ludolf 180, 204
 Krause, Friedhilde 569
 Kreisky, Bruno 404
 Kretschmann, Paul 134
- Kretzschmar, Anna-Dorothea 148
 Kreuzhage, Eduard 463-465, 467, 471
 Krieg, Walter 328
 Krieger, Waldemar 245, 549-552
 Krüß, Hugo Andres 53, 62
 Kühn, Johannes 167
 Kürth, Herbert 175
 Kunze, Heinrich 132, 155
 Kunze, Horst 25, 123, 135, 144, 146f., 153,
 220, 228, 234, 238-241, 246, 263, 265, 314,
 317f., 358, 389, 391, 394f., 398-401, 414,
 419, 421f.
 Kunze, Rainer 574
- Ladewig, Paul 41
 Lagarde, Paul de 161
 Landgraf, Kurt 122, 128f., 430
 Lang, Werner 92
 Lange, Fritz 310
 Lange, Hans Friedrich (Pseudonym: I.M.
 Lange) 169, 357
 Lehmann, Klaus Dieter 616-619, 652, 654f.
 Lehmann-Haupt, Hellmut 70f.
 Lehr, Robert 333, 335f.
 Lenin, Wladimir Iljitsch 99, 413
 Leyh, Georg 43, 62, 211f., 404-409, 665
 Liebknecht, Wilhelm 181
 Lindner, Liane 32, 559
 Lippmann, Martin 122, 128
 List, Friedrich 181
 Lohse, Helmut 32, 433-435, 438, 441, 443,
 462, 471f., 476, 478, 516, 519, 540, 543-545,
 547-553, 555-558, 562-564, 571f., 574, 583,
 599, 605f., 608, 610, 612, 620, 625f., 628,
 634, 636f., 643, 675f.
 Lucas, Walter 306
 Ludwig, Emil 164
 Luther, Arthur 407
 Luther, Martin 164
 Luxemburg, Rosa 170
- Maihofer, Werner 603
 Maizière, Lothar de 647
 Mallachow, Sigune 237
 Mann, Thomas 181
 Marhold, Carl 87
 Markov, Walter 169, 174
 Marks, Erwin 389f., 392, 398-400, 415, 454
 Marx, Karl 181, 185
 Mayer, Hans 169
 McClure, Robert 197
 Mehnert, Roland 32, 546

- Meiner, Annemarie 216
 Meiner, Arthur 47, 216, 360f.
 Meiner, Richard 471
 Menke-Glückert, Emil 93f.
 Menz, Gerhard 170
 Milkau, Fritz 51
 Minde-Pouet, Georg 43, 45-47
 Molle, Karl 351
 Möllenberg, Gustav 328
 Möller, Alex 584f.
 Molotow, Wjatscheslaw 301
 Mones, Carl 98, 101-103, 106f., 114, 128,
 154, 156, 161f., 201
 Morus, Thomas 170
 Mühlbach, Egon 127
 Mühlhan, Bernhard 502f.
 Müller, Anna 407
 Müller, Johannes 225, 227-231, 233f., 238f.,
 246, 253, 310, 673f.
 Mussolini, Benito 161
 Mutschmann, Martin 274
- Nadolski, Dieter 537f.
 Napoleon Bonaparte 42
 Nathan, Hans 171
 Niekisch, Ernst 164, 182
- Oehler, Richard 193
 Oertel, Heinz Florian 580
 Oldenbourg, Friedrich 54
 Ott, Karl 328
- Paetel, Karl Otto 181
 Paust, Albert 52, 61, 122, 129-131, 146,
 272f.
 Payrs, Bernhard 55
 Peiss, Reuben 71, 191
 Pemann, Martin 439
 Pepino, Jan 162
 Petermann, Georg 69, 202, 219
 Petersen, Konrad 479f.
 Pflug, Günther 408, 485, 582, 589-593,
 602-608, 611-618, 670
 Pflug, Lucie 516f.
 Picard, Bertold 597-599, 615
 Pičeta, Vladimir Ivanovic 84
 Pieck, Wilhelm 100, 181f.
 Pietsch, Erich 334
 Pleßke, Hans-Martin 73, 238, 473, 528
 Plettner, Annemarie 249, 272f., 279f., 301f.,
 445f., 673-675
 Poll, Bernhard 163
- Pomaßl, Gerhard 421, 433-438, 441, 443,
 488, 599, 675
 Praesent, Hans 45, 55, 57, 118, 122f.
 Proksch, Wolfgang 273-275
 Protze, Walther 92-96, 120-122
- Raiser, Ludwig 332
 Rauch, Karl 67
 Rauschnig, Hermann 181
 Reclam, Ernst 204
 Reclam, Philipp 67
 Reihe, Hans 545, 634, 637f.
 Rest, Josef 212
 Ritter, Gerhard 163, 167, 169f.
 Rittner, Werner 229f., 236, 256-258, 274,
 278f., 284-286, 392, 435, 441, 673f.
 Robbel, Günther 72, 79f., 118f., 122f.,
 129-132, 146
 Rocholl, Otto-Heinz 88, 95-99, 106,
 124-128, 135, 138, 141
 Roepke, Kurt 122f.
 Rompe, Robert 97f., 101, 110
 Rohner, Gerhard 92
 Roloff, Heinrich 240, 349
 Rost, Gottfried 15, 17, 24, 73f., 518, 594,
 656-658, 677
 Rosenberg, Alfred 59
 Röttsch, Helmut 12, 15, 17, 24, 31, 73, 88,
 130, 174, 241, 245f., 248f., 252-254, 263,
 265-269, 271-273, 275, 277-280, 282, 285,
 300, 302f., 373, 384, 388, 390, 393, 398f.,
 401-403, 405f., 408, 412f., 419-422, 424-
 427, 432-437, 440, 452, 455, 458f., 463, 469-
 472, 475f., 484, 486, 508, 510, 516-518, 528,
 531, 535, 537, 539, 542, 544-556, 559-564,
 569, 574, 578-580, 582, 593, 597-599, 602-
 608, 610, 612-617, 619, 623, 626, 629, 634-
 636, 642f., 648, 650-652, 660, 669, 672-677
 Rübenkönig, Ernst 249, 276f., 284
 Rudomino, Margarita 75, 79f., 82-84
 Rückert, Ernst 127, 146-149
 Rühle, Günther 475, 496
 Ruppert, Johannes 122, 129-131, 146
 Ruprecht, Günther 258f.
 Ruprecht, Helmut 351
 Rust, Bernhard 61f.
 Rust, Werner 56f., 117, 122f., 125, 211
- Sachse, Peter 164
 Saro, Maria 575
 Saur, Karl 476
 Saur, Klaus Gerhard 472, 595, 643

- Schaaf, Fritz 265, 390, 421, 441f., 444f.
 Schaar, Ernst 329f.
 Schäffer, Fritz 335f.
 Schäuble, Wolfgang 653
 Schalck-Golodkowski, Alexander 615
 Schaljapin, Fjodor Iwanowitsch 164
 Schauer, Georg Kurt 71, 193-196, 198, 210, 213
 Scheffler, Hildegard 32, 433, 441f., 539
 Schiller, Karl 585
 Schleyer, Hanns Martin 606
 Schmid, Carlo 210
 Schmidt, Helmut 587
 Schmidt, Werner 226-230, 232-234, 237, 246, 673f.
 Schmidt, Wieland 163, 583
 Schmidt-Ott, Friedrich 332, 361
 Schmitt-Vockenhausen, Hermann 339
 Schneider, Lambert 210, 349, 366
 Schochow, Werner 405
 Schöpe, Berthold 148
 Schreiber, Heinrich 58
 Schröder, Gerhard 333, 335-337
 Schroeder, Mathias Ludwig 166
 Schröter, Erich 107-109, 112f., 162, 165f., 169, 174, 185, 188f.
 Schroeter, Käthe 32, 540f., 545, 656
 Schütte, Ernst 492, 499
 Schulenburg, Lutz 633
 Schulte, Hans 352
 Schulz, Fritz 309
 Schulze, Alfred 44
 Schumann, Horst 558
 Schumann, Wolfgang 477
 Schurig, Hans 32, 56, 129f., 148, 151, 262, 275f., 279-281, 292, 314f., 361, 437, 446, 456
 Schurz, Carl 181
 Schwanecke, Erich 130
 Schwenke, Paul 39f., 44
 Seemann, Arthur 43
 Seidel, Karl 613-615, 617, 619
 Selbmann, Fritz 91-93
 Seliger, Heinrich 198
 Sembritzki, Werner 551-553
 Semjonow, Wladimir 255
 Siebeck, Hans Georg 349, 471
 Siegel, Heinz 271f., 297, 299f., 321
 Siegismund, Karl 38f., 42f.
 Simon, Arthur 95, 99, 133
 Simons, Helmut 113, 146
 Snimtschikowa, Galina 88, 94-98, 111, 124f., 138, 141, 161, 163, 180f., 188
 Sokolowski, Wassili Danilowitsch 73
 Solotjuchin, Pjotr 74, 76-78, 81, 84, 86-88, 124, 131, 154, 187, 201, 247
 Solschenizyn, Alexander 573, 575
 Späth, Ewald 539f.
 Spangenberg, Bernhard 92, 96, 111
 Speer, Albert 631
 Spengler, Oswald 161, 163
 Stalin, Josef 99, 164, 175, 214, 294, 323, 385
 Stauch, Gerhard 573
 Steigers, Ute 15, 32, 541, 619, 676
 Steinkopff, Jürgen 465, 470
 Stoph, Willi 532, 596
 Strauß, Franz Josef 497, 500
 Strauß, Rudi 205
 Streit, Josef 569
 Stroscher, Norbert 646
 Stummvoll, Josef 399-403, 406, 408
 Taubert, Sigfred 472
 Tempel, Gudrun 572
 Textor, Gordon E. 206
 Thieme, Georg 67
 Thompson-Seton, Ernest 175
 Tiemann, Hermann 177
 Trepte, Heinz 199
 Troeger, Heinrich 498
 Trotzki, Leo 164
 Trufanow, Nikolai 75, 80, 84
 Tyszko, Oskar 240
 Uhlemann, Georg 444
 Uhrendahl, Heinrich 13, 46-58, 63-67, 71f., 74-78, 80f., 83, 85-89, 91-94, 96-98, 102f., 105-107, 110-114, 117, 119-131, 133-136, 138-141, 143, 146-153, 160, 162, 165, 169, 174, 176, 179-182, 185, 188f., 191f., 194-196, 201-207, 210-220, 230, 238-240, 247f., 250-262, 269, 271, 279f., 284, 298, 300, 303, 325-329, 332, 337, 340f., 349-353, 355f., 358, 361, 372, 398f., 402, 405-409, 412, 475, 485, 538, 662-667, 672-675
 Ulbricht, Walter 12, 277, 291, 323, 361f., 383-391, 397, 426, 429, 439, 508-510, 513, 544, 666, 676
 Ulbricht, Lotte 383, 508
 Unseld, Siegfried 478
 Urthe-Spencker, Joachim 636
 Volckmar-Frentzel, Theodor 69f.
 Wagner, Richard 181

- Wahl, Gustav 42f., 407
 Wallner, Rudolf 231
 Wandel, Paul 100, 121, 184, 310
 Waples, Douglas 68, 70, 72f., 193, 195, 197f.,
 201-203, 206f.
 Weber, Leopold 165
 Wehner, Herbert 481-483
 Wehner, Kurt 165f.
 Wehrstedt, Norbert 650
 Weigel, Siegfried 438f.
 Weise, Hans 120
 Weißenborn, Günther 162
 Wende, Erich 329, 332f., 335, 344
 Wenkel, Karl-Heinz 302, 433, 435, 437f.,
 443, 446f., 460, 555f., 563, 574f., 675
 Werner, Arthur 163, 170
 Wilhelm II. 37
 Wilhelm, Gottfried 258
 Wilms, Dorothee 613
 Wischnewski, Hans-Jürgen 608
 Witsch, Joseph Caspar 162, 470
 Wojczewski, Cuno 162

 Xiaoping, Deng 632

 Zahn, Friedrich von 480f.
 Zeigner, Erich 75, 118, 130
 Zimmermann, Erich 114, 407
 Zimmermann, Friedrich 613
 Zinn, Georg-August 498
 Zöllner, Petra 32, 538, 553, 560
 Zweig, Stefan 181